

Forschungen

zur

Brandenburgischen und Preußischen Geschichte.

Neue Folge der „Märkischen Forschungen" des Vereins für Geschichte der Mark Brandenburg.

In Verbindung

mit

Fr. Holtze, G. Schmoller und A. Stölzel

herausgegeben

von

Otto Hintze.

Zwölfter Band.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1899.

Inhaltsverzeichnis des zwölften Bandes.

(Die angeführten Seitenzahlen beziehen sich auf die am inneren Rande der Seiten angegebenen.)

I.

Vier Briefe über Bismarcks volkswirtschaftliche und socialpolitische Stellung und Bedeutung [1]).

Von

Gustav Schmoller.

I. Die Persönlichkeit.

Als die Nachricht von Friedrichs des Großen Tode sich verbreitete, fragte ein schwäbisches Bäuerlein naiv: Wer wird denn nu aber künftig die Welt regieren? Als der Telegraph die Kunde von Bismarcks Tode in alle Winkel der Erde trug, erklärte die deutsche Geschichtsschreibung: Das Zeitalter Bismarcks geht zur Rüste! Es ist beidesmal der Ausdruck desselben berechtigten tiefen Gefühls für den staatenbildenden, weltbeherrschenden Genius. Aber während damals die sogenannten Gebildeten es dem Mann aus dem Volke überließen, das rechte Wort zu sagen, und in thörichter Selbstüberhebung sich kopfüber in andere Wege und damit Jena entgegenstürzten, hat die höhere politische Bildung und vielleicht auch etwas die Entlassung Bismarcks vor acht Jahren es zuwege gebracht, daß ihn heute das deutsche Volk viel besser versteht und dankbarer verehrt, als unsere Vorfahren vor 100 Jahren dies Friedrich II. gegenüber thaten. Freilich die abweichenden Stimmen und die verletzten

1) Die folgenden vier Briefe sind für die „Soziale Praxis" geschrieben und in ihr 1.—29. September 1898 erschienen. Sie werden hier unverändert abgedruckt, um sie auch den Liebhabern historischer Lektüre zugänglich zu machen. Sie umzuarbeiten, zu ergänzen oder auszufeilen, hatte ich weder Zeit, noch wesentliche Veranlassung; ebensowenig lohnt es sich Stellung zu nehmen zu den Angriffen, die sie in der Tagespresse vereinzelt erfahren haben. Nur auf einen Punkt muß ich in einer Schlußbemerkung eingehen.

Interessen fehlen auch heute nicht. Wie könnten sie ganz im Chore der bewegten, sich stets widersprechenden öffentlichen Meinung der Welt und des Vaterlandes fehlen? Auch diese Briefe wollen ~~nicht zu den~~ vielen patriotischen Hymnen eine weitere fügen, sie wollen gar nicht von Bismarcks eigentlicher Größe, von dem Wiederhersteller des deutschen Vaterlandes und der deutschen Macht reden, sondern wollen nur versuchen, seine volkswirtschaftliche und socialpolitische Stellung und Bedeutung kurz zu charakterisieren, wie es diesen Blättern geziemt und wie ich ohne besondere Vorbereitung und eingehende Studien vermöge meines Berufes und meiner Lebenserfahrung wagen darf, meine schwache Stimme zu erheben. Ich glaube Bismarck, seine Person, seine Ansichten und Thaten soweit zu kennen, daß ich zu ihrem Verständnis etwas beitragen kann. Mehr ist jetzt, ist jedenfalls mir nicht möglich. Ich will ihn nicht loben und nicht tadeln; ich stand im Leben oft auf der Seite seiner volkswirtschaftlichen und socialpolitischen Maßnahmen, oft auch auf der entgegengesetzten Seite. Ich stand ihm persönlich nie nahe, habe nie Wohlthaten oder Förderung von ihm empfangen, war nie von ihm abhängig, habe an den Kämpfen der Zeit keinen aktiven, meine Leidenschaften und Interessen aufstachelnden Anteil genommen. Aber ich war, 1864 nach Preußen kommend, ihm, einem Teil seiner Vertrauten, den ganzen öffentlichen Angelegenheiten als stiller, ich möchte sagen historischer Beobachter doch stets so nahe, daß ich seit 34 Jahren die Ereignisse ziemlich genau verfolgen, oft auch hinter die Coulissen sehen konnte. Und immer habe ich versucht, mir das Bild dieses überwältigenden Mannes zurechtzulegen. Jetzt bei seinem Tode, da ich alle Ursache hätte, nach einem fast erschöpfenden Arbeitsjahr endlich in den Bergen die nötige Ruhe zu suchen, drängt sich mir fast die Feder in die Hand, das Porträt zu fixieren, das mir vor der Seele schwebt, um damit zugleich einen Beitrag zu liefern für die notwendige Auseinandersetzung, welche zwischen den socialpolitischen Reformern, zu denen ich mich rechne, und dem Bismarck von 1864—75, dem von 1876—90 und dem der „Hamburger Nachrichten“ von 1890—98, welche zwischen uns und denen, die sich heute socialpolitisch auf Bismarck berufen, welche endlich zwischen den Anklagen der Socialdemokratie gegen Bismarck und seinen dankbaren Verehrern, zu denen ich mich trotz großer Gegensätze stets gerechnet, stattfinden muß.

Ich möchte heute beginnen, einiges über seine Persönlichkeit zu sagen; denn sie ist doch der Schlüssel auch für seine staatswissenschaftlichen Ansichten und Thaten.

Otto von Bismarck stammt aus einem altmärkischen Adelsgeschlecht,

das seit der niedersächsischen Kolonisation dort eine Rolle spielte. Die gens robustissima nennt ein alter Kosmograph diese Niedersachsen, und die kämpfenden Rittergeschlechter an der Elbe hatten die Riesenkraft der Altvordern stets bewahrt. Ein Ahnherr Ottos war wie viele seiner Standesgenossen zugleich Patrizier in Stendal und hatte 1365—67 dem Markgrafen das wichtige Recht der Münze in den Städten der Altmark abgerungen und abgekauft, das die Verbesserung der Münze ebenso, wie die Selbständigkeit der Städte bezweckte. Noch 1722 nennt Friedrich Wilhelm I. die Bismarcks unter den renitenten Adelsgeschlechtern, denen man den Kitzel der Opposition gegen ihren Landesherrn austreiben müsse. Die Bismarcks waren dann freilich im umfangreichsten Staats- und Heeresdienst die treuesten Diener der Hohenzollern geworden, aber den selbständigen Mannesmut, die kühne, derb zugreifende Energie haben sie sich bewahrt bis heute. Seine Mutter, eine geborene Mencken, stammte aus ganz anderem Lebenskreise; ihr Großvater war Professor in Helmstädt gewesen, ihr Vater der bekannte liberal-humane Kabinetsrat Friedrich Wilhelms III., der ganz im Geiste der idealisierenden Aufklärung Feudalismus und Absolutismus bekämpfte. Sollte nicht von dieser anmutigen, gemütvollen Frau vieles im Wesen Bismarcks stammen, vielleicht gerade das, was die Herrengeschlechter der gens robustissima gewöhnlich nicht in großem Umfange besitzen: Geist, tiefes Gemüt, feiner Humor, gesellige Anmut und hinreißende Liebenswürdigkeit?

Im Jahre der Schlacht von Waterloo ist Otto von Bismarck geboren, und die leidenschaftliche Vaterlandsliebe und der Stolz auf Preußen und seine Helden hat sich als Erbteil aus jenen Tagen mit ganzer Kraft in seine junge Seele gesenkt. Als Student schon galt er als der „tolle Junker"; die Vorlesungen haben ihn wohl nicht zu viel Zeit gekostet, aber zu Hause, auf den Gütern der Familie und der Freunde, wie im Dienste als Referendar, als Reserveoffizier zeigte er früh die scharfe Beobachtungsgabe, den durchdringenden Blick für Menschen und Verhältnisse, für alles Wirkliche und Thatsächliche. Alles Idealistische, Abstrakte, Doktrinäre war ihm in den Tod verhaßt. Und so ist es begreiflich, daß er als junger Aristokrat sich dem antirevolutionären Ideenzug der Zeit anschloß, der auf Adam Müller und Albrecht von Haller zurückging, auch Friedrich Wilhelm IV. erfaßt hatte und eine große Zahl hervorragender jüngerer Köpfe 1830—50 um seine Fahne sammelte, wie die Gebrüder von Gerlach, den Begründer der Kreuzzeitung Assessor Wagener und andere. In diesen Kreisen haßte man Hardenberg und seine Gesetzgebung, wie allen Liberalismus und

am meisten das hohe liberale Beamtentum jener Tage, dessen Nivellierungs- und Centralisierungstendenzen man für alle Schäden des preußischen Staates verantwortlich machte. Man schwärmte für die Legitimität, das Zunftwesen und Ständetum, die Heilige Allianz und Metternich. Man übertrumpfte sich in halb spaßhaften, halb ernsthaften Wendungen, wie z. B., daß die großen Städte vom Erdboden verschwinden müßten, daß die Buchdruckerkunst das Unglück der neueren Zeit sei. Der kühnste unter den Rednern dieser Richtung war 1847 im Vereinigten Landtag wie in den folgenden Jahren der Mitarbeiter der Kreuzzeitung, Otto von Bismarck. Er hatte schon damals verkündigt, er werde den Namen des Junkertums noch zu Ehren bringen; er hatte schon damals den Mut gehabt, im Park von Sanssouci dem König so gewaltthätig zu predigen, er müsse mehr Mut zeigen, daß die hinter einem Gebüsch harrende Königin herbeieilte und ihn fragte, wie er wagen dürfe, so zu seinem Könige zu sprechen. Er erfreute sich aber auch schon damals solchen Ansehens, daß er dem Könige zu einer Ministerstelle empfohlen wurde; dieser aber soll geantwortet haben: „Roter Reaktionär, riecht nach Blut, vielleicht später einmal zu brauchen!“

Aus dem tollen Landjunker wurde durch seine Thätigkeit als Bundestagsgesandter in Frankfurt 1851—59 und als preußischer Gesandter in Petersburg und Paris 1859—62 nicht bloß ein Diplomat mit einer Welt- und Menschenkenntnis ohnegleichen, sondern auch ein preußischer Beamter und Staatsmann, der die meisten romantisch-feudalen Schrullen aus der vormärzlichen Zeit abgestreift und die realen Lebensbedingungen des preußischen Staates wie kein anderer begriffen hatte. Er stand mit seinen alten Freunden, der Kreuzzeitung, den Konservativen, schon vielfach in merklichem Gegensatz, als er September 1862 das Präsidium des Ministeriums übernahm: aber von den meisten wurde er damals noch als der rote, tollkühne Reaktionär der vierziger Jahre angesehen. In den Kreisen der liberalen Ära war er noch so verdächtig, daß ihr Ministerpräsident, der Fürst von Hohenzollern, bei dem Vorschlag ihn zu rufen, meinte, das hieße den Bock zum Gärtner setzen. Auch dem König Wilhelm war er damals noch wenig sympathisch: er acceptierte ihn als pis aller, als das letzte Mittel, die Militärreform zu retten und über den Verfassungskonflikt und die fortschrittliche Opposition Herr zu werden. Von 1862—90 liegt sein öffentliches Leben klar vor dem Auge der Öffentlichkeit. Aber daß diese, die Parteien, die anderen Minister und Beamten, die andern Staaten und ihre Organe ihn rasch und leicht verstanden hätten, wird sich nicht behaupten lassen. Ein Heer von Mißverständnissen verdunkelte immer wieder sein

Bild. Sein Wesen war auch nicht einfach und leicht zu verstehen; seine Entwickelung hat ihn stetig verändert und seine Heftigkeit täuschte gar oft Freunde und Feinde. Und doch ist es jetzt nicht so schwer, das Centrum seines Wesens zu begreifen.

Als der wesentlichste Zug seines Charakters erscheint die titanenhafte Willensenergie, der impulsive Drang zu praktischem Handeln, der rücksichtslose, keine Gefahr und keine Hindernisse kennende Mut, mit dem er seine Person und die Kräfte seines Staates da einsetzte, wo er zu handeln entschlossen war. Schon äußerlich machte er den Eindruck eines olympischen Helden oder germanischen Recken: er war ein Jäger, Reiter, Schwimmer, Fechter, Esser und Trinker, der es mit jedem aufnahm. Auch seine Arbeitskraft am Schreibtisch und im Parlament war kaum von sonst jemand zu erreichen; seine Gehilfen, von denen er Gleiches forderte, gingen immer rasch an der Überanstrengung zu Grunde. Er selbst war schon 1859 durch das Übermaß der Anforderungen an sich selbst ein halb kranker Mann. Aber jede größere Aufgabe schien ihn wieder zu stärken und über sich selbst hinauszuheben, ihn mit noch größerer Thatkraft und Leistungsfähigkeit auszurüsten. Freilich bewegte sich nun auch seine ganze Ministerlaufbahn in dem Gegensatz zwischen körperlicher Erschöpfung und fieberhafter Überanstrengung. Seine Willensenergie zeigte sich einmal in der bohrenden Zähigkeit, mit der er an den für richtig erkannten Zielen festhielt und zeitweise alle Fasern und alle Nerven auf das im Moment Wichtigste konzentrierte — dann aber in den orkanartigen Entladungen seiner Kraft, wenn ihm Hindernisse und Feinde in den Weg traten. Sein Haß war so stark wie seine Liebe; hat er doch selbst erklärt, daß ihm der erstere so notwendig zum Leben sei wie die zweite! In den parlamentarischen Debatten mit Lasker, mit Windthorst, mit Richter und den Socialdemokraten hat er oft über Kleinigkeiten, über Dinge, die dem Unbefangenen als Mißverständnisse erscheinen müssen, mit einer Leidenschaft gestritten, daß man nicht mit Unrecht sagte, er habe mit Kanonen nach Spatzen geschossen. Sein Feuergeist konnte, wenn er gereizt war, nur mit Donner und Blitz, mit Keulenschlägen und Dolchstichen antworten. Er hätte sich vieles erleichtert, wenn er im ersten Moment so ruhig und objektiv gewesen wäre, wie stets einen Tag oder eine Woche nachher; aber er wäre dann wohl auch nicht der Held gewesen, der, lange ehe er Minister wurde, sagte, er werde sein totkrankes Vaterland ferro et igni heilen. Diese Ausbrüche der Leidenschaft hingen mit seinem tiefen und reichen Gemütsleben, seinem feinen Nervensystem, seiner überquellenden geistigen Lebenskraft aufs engste zusammen.

Freilich, sein Gemütsleben, seine innere Wärme und Leidenschaft beschränkte sich auf wenige Gegenstände: Preußen, seinen König, später das deutsche Vaterland hat sein Herz mit der ganzen Glut seiner Empfindung erfaßt, darin übertraf ihn kein anderer der Zeitgenossen. Seine Geschwister, vor allem seine Schwester, seine Gattin, seine Kinder, einzelne Freunde liebte er wie wenige; die schriftlichen Denkmäler aller Zeiten weisen nichts Rührenderes und Herzerquickenderes auf als die Briefe an sie, zumal an seine Schwester. Wer diese Briefe gelesen hat und dann noch behauptet, Bismarck sei nur ein infernalischer kalter Realist gewesen, dem fehlt alle Menschlichkeit und alle Seelenkenntnis. In seinem glänzenden Humor, in seiner Freude an der Natur, in der Anhänglichkeit an Diener und Lieblingstiere zeigte er ebenfalls sein reiches Gemütsleben. In der Verachtung alles äußeren Scheins, in der steten Sehnsucht nach den stillen Freuden des Landlebens, in der immer wieder ausgesprochenen Bereitschaft, aus den Kämpfen und dem Haß des öffentlichen Lebens sich zurückzuflüchten in das bescheidene Dasein des Landedelmannes, die jedenfalls in den früheren Jahren ganz ernst gemeint war, wenn sie auch von dem berechtigten Ehrgeiz großen Stils immer wieder übertrumpft wurde, in all solchen Zügen dokumentiert sich ein großes, edles, auf die Hauptsachen, auf das Schlichte und Wahre gerichtetes inneres Leben. Er liebte den derben Spaß und konnte mit fast cynischem Realismus von der Art reden, wie andere den Freuden, die Bacchus nnd Amor gewähren, huldigen; er war selbst in gewissem Sinne ein derbes Weltkind, dem nichts widerwärtiger war als kopfhängerisches Wesen und der Schein einer nicht vorhandenen Religiosität. Er mißachtete die äußeren Formen des kirchlichen Lebens, aber er war im Innersten ein demütiger, gläubiger Christ und Protestant, der sich in der Hand des Allerhöchsten wußte und von dem Ringen und den Schmerzen dieser Welt meinte, es wäre das Aus- und Anziehen nicht wert, wenn es damit vorbei wäre.

Daß er die Wärme seiner Empfindungen so auf wenige Punkte konzentrierte, steht nicht in Widerspruch, sondern in Übereinstimmung mit der Thatsache, daß er im übrigen die Menschen verachtete und sie mit der Eiseskälte des Schachspielers behandelte, der seine Partie gewinnen will. Große Menschenkenntnis, gesammelt an hoher Stelle, an die sich die Mehrzahl der Menschen schmeichelnd, bettelnd, mit Eitelkeit und allen gemeinen Instinkten herandrängen, hat stets die Menschenverachtung erzeugt. Nur sentimentale Männer ohne Weltkenntnis und weichherzige Weiber, die keine großen Pflichten im engen Kreise erfüllen, haben ein Herz für jedermann. Wer Großes auf irgend welchem Gebiet



erreichen will, muß sein Herz an bestimmter Stelle zuschließen, um die Kraft für das Wesentliche zu sammeln. Ohne eine gewisse Kälte und Härte ist ein großer Staatsmann so wenig zu denken, als ohne die Kunst, die Menschen unter Umständen zu täuschen und rücksichtslos die guten und schlechten Mittel für die höchsten Zwecke einzusetzen, mit allen virtuosen Künsten der Diplomatie dem Vaterlande zu dienen. Bismarck gleicht hier ganz Friedrich dem Großen, nur daß er, die hergebrachte Manier diplomatischer Täuschung des Feindes verschmähend, mit meist verblüffender Offenheit zuwege ging; er verzichtet damit freilich nicht auf die von ihm genial gehandhabte Kunst, die Feinde Preußens zu überlisten und zu überraschen und auch in der inneren Politik seine Gegner und seine Werkzeuge mit überlegener kalter Berechnung so zu behandeln, so ins Garn zu locken, so auszuspielen, wie es für seine Zwecke nötig war. Wer derartiges einem leitenden Staatsmann vorwirft, kennt die Welt nicht. Daß aber mit diesen unentbehrlichen staatsmännischen Eigenschaften gewisse menschliche Schwächen und Einseitigkeiten gegeben sind, wird sich nicht leugnen lassen. Das Wohlwollen gegen andere wird sich meist bei solchen Männern in engen Grenzen bewegen; Anerkennung für fremdes Verdienst ist nicht leicht zu finden; Gerechtigkeit gegen Gegner ist fast nicht möglich; in den Feinden sieht man nur Schurken und Dummköpfe, wie das ein so genauer Kenner Bismarcks, Freiherr v. Tiedemann, als wesentliche Charakterzüge hervorhebt. Auch das Nichtverständnis für die katholische Kirche und ihre Priester, für die Bestrebungen der heutigen demokratischen Arbeiterwelt, die starke, teilweise bis zum Hasse gehende Abneigung, die Bismarck für die ihm abholden, anderen politischen Tendenzen folgenden Mitglieder der königlichen Familie hegte, sowie für Diplomaten und Generale, die er als mögliche Nebenbuhler betrachtete, seine Unterschätzung der preußischen Beamten, besondern der „Geheimen Räte", Unterstaatssekretäre und Ministerkollegen — das alles hing wohl damit zusammen.

Aber soviel Bismarck auch durch Menschenverachtung und geringes Wohlwollen gefehlt haben mag, das dürfen wir nie vergessen: die kalte Überlegung war die Bedingung seiner großen staatsmännischen Wirksamkeit. Nur ein Mann, der alle Phrase und alle Pose durchschaute, der frei von jeder Sentimentalität war, konnte Menschen und Verhältnisse so meistern. Seine Kälte und sein ruhiger, überall ins Innerste dringender Scharfsinn waren doppelt nötig, da er, doch selbst von den stärksten Leidenschaften beherrscht, diesen ein Gegengewicht geben mußte. Er sagt selbst von sich, er habe oftmals zu rasch und zu unbesonnen gehandelt; alle, die mit ihm verkehrten, wissen ein Lied darüber zu singen, wie

schwer er Widerspruch vertrug, wie er jedenfalls im ersten Moment dagegen leidenschaftlich und ungerecht auffuhr. Aber ebenso bekannt ist, wie er sich zu beherrschen lernte, wie er, wenn man zuerst schwieg, nachträgliche ruhige Einwürfe anhörte, wie er jahrelang mit ihm verhaßten und verachteten Menschen auszukommen, wie er im großen und kleinen Maß zu halten verstand.

Es liegt vielleicht seine Hauptgröße darin, daß er bei einem titanenhaften Willen und fast herkulischer Leidenschaft so maßvoll zu handeln verstand, auf den Höhepunkten des Erfolgs nie zu weit ging, immer stets seine Forderungen ängstlich abmaß und den realen Kräften anpaßte. Er entwaffnete eben hierdurch seine heimischen und fremden Gegner, die er durch anderes Benehmen aufs äußerste getrieben und damit wieder gestärkt hätte. Allein seine Mäßigung gegen Österreich und die süddeutschen Staaten hat den Weltfrieden so lange erhalten und das Deutsche Reich möglich gemacht. Allein seine taktvolle Vorsicht gegenüber den kleinen Dynasten hat diese aus Feinden der deutschen Einheit zu ihren Stützen gemacht. Allein seine Mäßigung in der Verfassungsfrage hat den Verfassungskonflikt so glücklich beendigt, daß man heute sagen kann, dieser habe die Monarchie und die Verfassung zugleich befestigt. Er erscheint so häufig als ein vorsichtiger, weiser Cunctator. Im rechten Moment ein kämpfender Löwe, tritt er im folgenden wieder als ein harmlos friedlicher Makler, Nachbar und konstitutioneller Minister auf. Diese seltene Eigenschaft, durch die er seinem Könige und seinem Vaterland, wie gesagt, vielleicht am meisten nützte, hing ebenso mit der Struktur seines Intellekts, als mit dem Wesen seiner Willens- und Gemütskräfte zusammen.

Bismarck wußte unglaublich viel. Er hatte an schöner, historischer, allgemeiner Litteratur unendlich viel gelesen; er hatte das staunenswerteste Gedächtnis, das ihn bis in sein hohes Alter nie verließ; er hatte das lebendigste, anschaulichste Denken. Daher der Reichtum seiner Bilder, das Lebensvolle seiner Briefe und Denkschriften; er wird einer der größten Prosaisten des 19. Jahrhunderts bleiben. Aber seine Schule war das Leben gewesen, nicht das Lesen in den Akten und Büchern. Alles abstrakte Denken und Schließen war ihm fremd, ja unbehaglich. Er hatte als Student nicht hinter den Büchern gesessen, hatte dann als Landedelmann sich seines Daseins gefreut — wie oft rühmt er sich jener göttlichen Faulheit, mit der er die Zeit in Wald und Wiese durchträumt habe; die Tintenscheu erscheint ihm als die natürliche Eigenschaft des vornehmen, gebildeten Mannes. Er war fast 40 Jahre alt, als er sie in seiner Eigenschaft als Gesandter gründlich überwinden mußte.

Alle Menschen, die von Jugend auf nur Bücher studierten, schrieben, drucken ließen, vom Schreiben lebten, mit allgemeinen Ideengängen die Welt lenken zu können glaubten, erschienen ihm verdächtig, auf falschen Wegen. Von ihrer Herrschaft die Welt oder wenigstens den preußischen Staat zu befreien, war ihm eine der wichtigsten Lebensaufgaben. Ich möchte sagen, er habe — im besten Sinne des Wortes — einen Bauernverstand gehabt. Was er nicht selbst gesehen, nicht mit Händen getastet hatte, das existierte gar nicht für ihn. Bei den Beratungen im Staatsrat, wobei ich die einzige Gelegenheit hatte, ihn stunden- und tagelang zu beobachten, war der Haupteindruck für mich der, wie gänzlich wirkungslos die schönsten, auf allgemeine Theorie aufgebauten Reden von Gneist und anderen an ihm abprallten. Derartiges machte so wenig Eindruck auf ihn, als wenn die Betreffenden chinesisch gesprochen hätten, während ein einziges praktisches Beispiel, zumal ein solches aus der Sphäre seiner Lebenserfahrung, ihn sofort überzeugte. Die praktische Erfahrung war ihm alles; in der Theorie sah er nie summierte Erfahrung, sondern wertlose Abstraktion, irrende Spekulation. Er hielt eben deshalb nie an irgend einer Theorie und Meinung starr fest; das praktische Leben und seine Beobachtung änderte und modelte seine Überzeugungen bis ins Alter immer wieder um. Es gab wohl keinen zweiten Mann in Europa, der über einen solchen Reichtum von Beobachtungen und Erfahrungen verfügte; denn wer kannte, wie er, fast alle Länder Europas, ihre Regenten und Minister, ihre leitenden Kreise; wer hatte so offenen Auges (trotz seiner Kurzsichtigkeit und des früh gebrauchten Lorgnons) alle denkbaren Zustände, Sitten, Institutionen, alle Spielarten des Volkscharakters, des Klassengeistes so beobachtet? — Das ermöglichte ihm nun eben, stets rasch jede neue Erfahrung in den Schatz des Vorhandenen einzufügen, Menschen und Verhältnisse richtig zu beurteilen und entsprechend zu handeln. Ein starkes Selbstbewußtsein und eine stets schlagfertige, oft mehr durch genialen Instinkt als Überlegung geleitete Entschlußfertigkeit machten ihn dann zu dem handelnden Staatsmann, der in zwei Minuten erledigte, worüber seine Ministerkollegen tagelang gesessen, ohne zu einem Entschluß zu kommen. Daß ihn das niederdrückende Gepäck aller wissenschaftlichen Gründe pro et contra gar oftmals nicht beschwerte, ließ ihn da und dort wohl mal irren, aber erleichterte ihm andererseits alles Handeln unendlich. Und vor allem das praktische Maßhalten, das dem bloßen Mann der Feder und der Schreibstube so oft abgeht, das gelang ihm spielend, weil er so ganz in der Welt der praktischen Erfahrung lebte. Es will mir auch scheinen, daß, wo der Staatsmann oft fehlte, das auf dem Gebiete gewesen sei, wo er

nur unvollkommene Erfahrungen besaß, so in der Behandlung der katholischen Kirche und in einem Teil der Arbeiterfrage.

Aus seinen Willens- und Gemütskräften, wie aus der Art seines Verstandes und seiner Bildung ging die energische, impetuose Art seines Handelns hervor. Sie läßt sich als ein ununterbrochener Kampf bezeichnen, den er aber immer wieder auf bestimmte Punkte und Personen, Institutionen und Staaten zu beschränken wußte, der immer das Ziel verfolgte, zu Friedensschlüssen, zu höheren, besseren Formen des politischen Lebens zu kommen, das nationale Dasein zu befestigen und auszugestalten.

Hatte er schon als Student, als Mitglied der Stände, als Journalist vor allem von seiner kühnen, streitbaren Seite sich gezeigt, so wurde er in Frankfurt der Hecht im Karpfenteich, der die stillen Wasser der Eschenheimer Gasse zum Schrecken der Hofburg trübte. Und doch galt er hier, wie auf seinem späteren Gesandtschaftsposten, als der unwiderstehlich liebenswürdige Gesellschafter und Causeur, als der Liebling der Damen wie der Männer, der Fürsten wie der Minister. Seine eigentliche Kampfzeit beginnt aber 1862. Er kommt mit dem Ölblatt des Friedens in die erste Sitzung der Kommission des Abgeordnetenhauses, aber der Verfassungskonflikt erreicht jetzt erst seine ganze Schärfe. Er hat nun zugleich mit der Kammer und der öffentlichen Meinung, mit Österreich und den Kleinstaaten, mit den Ministerkollegen und dem König, mit dem übrigen Europa zu ringen und zu kämpfen. Vorher halb krank, schreibt er in jenen Tagen, daß er sich jetzt wieder ganz wohl fühle. Je größer die Gefahr und der Einsatz, desto sicherer fühlt er sich; wenn alle ihn und seine Sache verloren glauben, erhebt er sich, wie er selbst es oft genannt, zu jenem Gefühl der „Wurschtigkeit", d. h. zu dem stolzen Sicherheitsgefühl, das absolute innere Ruhe und Fähigkeit kalten Handelns im größesten Sturme giebt — zu jenem Gefühl, das nur die Folge des höchsten Selbstvertrauens sein kann und bei dem einen mit Gottvertrauen, bei dem anderen mit der Leidenschaft des waghalsigen Spielers, unter Umständen mit beidem zugleich verbunden ist, jedenfalls nur ganz wenigen großen Menschen eignet.

Der Kampf Bismarcks mit dem Ausland und dem Parlament ist bekannt; viel weniger noch der mit den anderen Ministern und Räten, mit dem Hof, mit dem Könige selbst. In seiner späteren Zeit waren seine Kollegen die Männer seiner Wahl; in den ersten 10 bis 15 Jahren seiner Regierung mußte er mit den Männern auskommen, die er im Amte getroffen oder die er nach ihrer Carriere, ihren Verdiensten oder sonstigen Ursachen hatte acceptieren müssen. Ein großer Teil des höheren



Beamtentums stand ihm 1862 bis 1876 politisch und sonst fremd, ja feindlich, mit entgegengesetzten Grundanschauungen gegenüber. Als sein Freund Roon 1873 ausschied, klagt er, daß er mit ihm die „einzig fühlende Brust" verliere. Die Ressortkämpfe und die Machtlosigkeit des Ministerpräsidenten gegenüber den anderen Ministern und Geheimen Räten waren in den siebziger Jahren ein Lieblingsthema seiner Unterhaltung. Es war im Jahre 1875, daß er zu mir in einem Gespräch über solche Dinge sagte, er wolle lieber mit jeder fremden feindlichen Macht über die schwierigsten Dinge einen Vertrag abschließen, als ein Abkommen mit einem preußischen Kriegsminister treffen. Es ist auch bekannt, wie er 1866 während des Krieges den Unwillen der Generale durch den begehrten und erreichten naturgemäßen Einfluß als verantwortlicher leitender Minister erregte und wie jene ihm einen solchen deshalb 1870 möglichst abschneiden wollten.

Über sein Verhältnis zum Hof und zur königlichen Familie hat Bismarck bekanntlich selbst den Ausspruch gethan, seine Leistungen gegenüber Parlament und Ausland seien gering gegenüber denen, durch welche er die hier vorhandenen Schwierigkeiten überwunden habe. Es ist naturgemäß, daß über diese Dinge bis jetzt wenig bekannt ist; vielleicht bringen die Denkwürdigkeiten einigen Aufschluß darüber. Im ganzen wird erst eine spätere Geschichtschreibung hier ganz unparteiische Aufklärungen bringen können. Bis jetzt ist man teilweise absichtlich darüber weggeglitten, so vor allem Sybel, der allerdings bei Lebzeiten Kaiser Wilhelms und Bismarcks von diesen Konflikten nicht gut reden konnte, der sich aber deshalb auch sagen lassen mußte, sein Bild Bismarcks sei eben darum wenig zutreffend, er habe aus einem Königstiger eine zahme Hauskatze gemacht.

Ich vermag nach dieser Richtung natürlich auch nicht Enthüllungen zu bringen. Aber eine gewisse Vorstellung über diese Kämpfe gehört nach meiner Ansicht so notwendig zum vollen Bilde der Persönlichkeit, daß ich wenigstens ein paar Worte und Andeutungen mir gestatten muß.

Daß die Königin Augusta in der waghalsigen Politik Bismarcks die Wege eines Strafford und die größte Gefahr für Thron und Leben ihres Gemahls sah, ist nicht bloß aus ihrer Eigenschaft als Frau und Gattin zu erklären. Wie bei jeder kühnen Politik konnte man 1862 bis 1866 den Ausgang nicht sicher im voraus erkennen; daß die Königin, ganz den liberalen und konstitutionellen Ideen der Zeit zugewandt, den Mann mit Blut und Eisen nicht sofort verstand, ist ebenso natürlich, als daß sie den durch Jahrzehnte hindurch erworbenen, auf ihrem Geist und ihren seltenen Fähigkeiten beruhenden Einfluß auf den Gatten von 1862

an nicht plötzlich verlieren wollte. Ähnlich war die Stellung des kronprinzlichen Paares gegenüber Bismarck; nach Erziehung und Zeitgeist, nach Gemütsanlage und Charakter gehörten sie der liberalen Generation und Schule an. Die hier sich ergebenden Konflikte waren das notwendige Ergebnis der großen widerstreitenden Tendenzen des Zeitalters, und daß sie nicht ohne Härte und Bitterkeit verlaufen konnten, lag nicht allein, aber mit in der Art, wie Bismarck diese ihm feindlichen Einflüsse als ganz unberechtigt ansah und bekämpfte.

Auch mit seinem königlichen Herrn, dessen treuer Diener er gewiß stets hat sein wollen, konnte er nur nach langen Reibungen, nach Ablehnung jener immer wiederholten Entlassungsgesuche, durch welche er seinen Willen durchsetzte, auf jene ganz einheitliche Linie des Zusammenwirkens kommen, welche die letzten Jahre mit dem idealen Glanze vollendeter Harmonie umgiebt. Die beiden großen und willensstarken Männer hatten gewiß seit lange viele Punkte der Übereinstimmung: beide waren im Innersten konservativ, wollten Krone und Armee befestigen, dem preußischen Staate seine gebührende Machtstellung schaffen. Aber daneben waren sie doch grundverschieden, ja Bismarck war dem Könige lange unsympathisch und unheimlich. Wilhelm war so viel älter, milder, gerechter, vorsichtiger, Bismarck so viel jünger, kühner, leidenschaftlicher, trotziger; Wilhelm war, hat man gesagt, das moralische Gewissen seines Kanzlers; dieser schreckte rücksichtslos vor keinem Mittel zurück, er war neben dem König die titanisch-revolutionäre Natur: — was wunder, daß sie oftmals nur nach heftigstem Kampf ineinander sich fanden! — Und der König war ebenfalls von dem stärksten Selbstbewußtsein, er wollte regieren und regierte wirklich; Bismarck konnte unendlich vieles, was er wünschte, nicht durchsetzen. Nur ein gegenseitiges Nachgeben konnte das dauernde Zusammenwirken ermöglichen. Und unbegreiflich ist es für keinen Kenner der betreffenden Personen, daß ähnliche Konflikte nach 1888 mit den Nachfolgern sich wiederholen mußten, sowie daß hier die Versöhnung nicht auf die Dauer so wie mit dem alten Herrn gelingen konnte.

Daß man diese Konflikte, solange sie schwebten, sorgfältig vor der Außenwelt verbarg, war notwendig und selbstverständlich; denn sie hätten die Feinde Preußens gestärkt, die Stellung der Regierung geschwächt. Ein späteres Geschlecht aber kann an diesen Kämpfen und der Art, wie sie verliefen, nur sein patriotisches und monarchisches Gefühl stärken. Auch wenn sie heute in allen Einzelheiten erzählt würden, so glaube ich, würde die Verehrung und Bewunderung für Bismarck und Kaiser Wilhelm nur steigen; denn man würde sehen, wie sich hier

die höchsten politischen und männlichen Tugenden im Kampf und in der Nachgiebigkeit des einen gegen den andern erwiesen. Ich denke dabei vor allem an die Scene, als der von Baden-Baden heimkehrende, dort zur Nachgiebigkeit gegen die Kammer bekehrte König, von dem herbeieilenden Bismarck in der Nacht auf einer Zwischenstation erreicht, bei der Ehre des preußischen, niemals nachgebenden Offiziers gefaßt, wieder zum Standpunkt des unabänderlichen Festhaltens im Verfassungskonflikt bekehrt wurde. Oder an die Scenen in Nikolsburg, wo Bismarck, für die milderen Friedensbedingungen eintretend, sich bereits als entlassener Minister ansah, und der Frieden zwischen ihm und dem König dann wieder durch den Kronprinzen hergestellt wurde.

Wo die großen Geschicke eines Volkes und einer Welt auf eines Messers Schneide liegen, da kann es nicht wie in der harmlos friedlichen Kinder- und Familienstube hergehen. Wie Volk und Regierung, Parteien und Minister, so müssen auch die Könige und ihre obersten Räte zeitweise miteinander ringen, wenn die rechten Entschlüsse reifen sollen. Könige, die stets nur befehlen wollen, Minister, die stets nur ja sagen, taugen nichts. Freilich die Voraussetzung eines segensvollen Kampfes, der stärkt und bindet, ist die, welche Bismarck 1879 in seiner Rede gegen Lasker, als dieser ihm vorwarf, den Bürgerkrieg zwischen Stadt und Land zu entzünden, bezeichnete: es muß für die Kämpfenden einen sicheren Boden gemeinsamer, starker, alles beherrschender Gefühle, Ideale und Pflichten geben; der eben ermöglicht das richtige Nachgeben und den heilsamen Friedensschluß.

Daß man auch Minister und sogar preußischer Finanzminister sein könne ohne Kämpfe, daß man als solcher jahrelang sich auf die harmlos friedliche Arbeit, die Konzepte und Reinschriften seiner Räte zu unterschreiben, beschränken könne, hat Bismarck nicht ohne Bitterkeit mit einem Seitenblick auf einen langjährigen Kollegen ausgesprochen. Das sind die Minister und Ministerien, die sich von Tag zu Tage „durchfretten“, die sich schieben lassen, statt zu führen, die aber auch nichts leisten und steuerlos vor Wind und Wellen treiben.

Wer sein Vaterland gänzlich neu gestalten, die größten inneren und äußeren Reformen durchführen will, der kann das nur durch eine Welt von Kämpfen. Und wenn Bismarck jetzt an der Pforte des Paradieses Einlaß begehrt, so kann er als citatenfester Kenner unserer Klassiker den Goetheschen Vers dem wehrenden Engel zurufen:

„Nicht so vieles Federlesen,
Laß mich immer nur hinein,
Denn ich bin ein Mensch gewesen,
Und das heißt ein Kämpfer sein!“

Und er wird dann vielleicht noch hinzufügen: Ich bin preußischer Ministerpräsident und deutscher Kanzler von 1862 bis 1890 gewesen: „Hier, durchschaue diese Brust, sieh der Lebenswunden Tücke"; ich habe einen guten und großen Kampf für mein Volk gekämpft!

St. Blasien, 26. August 1898.

II. Der Wandel in Bismarcks Ansichten über Staat, Gesellschaft und Volkswirtschaft.

Ich habe in meinem ersten Briefe die Persönlichkeit Bismarcks zu zeichnen versucht. Nur wer sie genauer kennt, wird die socialpolitischen und volkswirtschaftlichen Ansichten dieses Staatsmannes, zu denen wir uns jetzt wenden, begreifen können. Wir müssen dabei aber auch seine Auffassung von Staat und Gesellschaft, Verwaltung und Verfassung kurz streifen, denn sie hängen mit der ersteren zu enge zusammen. Ich beginne heute mit einer summarischen Aufzählung der scheinbar unvereinbaren Gegensätze, die wir im Laufe der Zeit bei Bismarck antreffen.

Er war bis in die fünfziger Jahre ein überzeugter Anhänger des ständisch-feudalen Staates und führte dann das allgemeine Stimmrecht ein. Er war ein Gegner der preußischen Verfassungen von 1848 und 1850, und niemand hat dann mehr als er zur Befestigung des preußischen Verfassungslebens beigetragen. Er hatte bald eingesehen, daß Selbstverwaltung und Kammerdebatten unentbehrliche Organe des heutigen Staates seien; schon 1853 bezeichnete er die Volksvertretung als ein „brauchbares Korrektiv für die von dem Krebs republikanisch-heidnischer Bildung angefressene Bureaukratie, die auf die Dauer mehr Elend ins Land bringe als die Handvoll oppositioneller Kammerschwäzer". Er haßte und mißachtete, ähnlich wie Friedrich Wilhelm IV., das liberale Beamtentum, vor allem die Geheimen Räte; er hat sie noch zuletzt Drohnen genannt, die nichts produzieren als Gesetze. Gegen sie wollte er die produktiven Stände mobil machen; er erstrebte das früher mehr in ständischer Form, später durch den Volkswirtschaftsrat, durch die Begünstigung des Centralverbandes der Industriellen und des Bundes der Landwirte. Aber er hat durch die Eisenbahnverstaatlichung und andere Maßnahmen die Zahl der Beamten verdoppelt; er hat, wenn er Nichtbeamte zu Ministern machte, nur Unglück gehabt. Der preußische Staat blieb auch unter Bismarck ein Beamtenstaat. 1862 wie 1890 waren die fähigen Parteiführer in den Kammern frühere Beamte. Ob das Beamtentum von 1850 bis 1870 oder das von 1880 bis 1900 höher

stand, tüchtiger war, darüber wird man schwerlich heute schon mit Sicherheit urteilen können.

Bismarck hat so stark wie irgend einer der Konservativen 1849 bis 1850 die Gothaer und die Radowitzsche Politik verhöhnt und bekämpft; später ging er ihre Wege und hat die Gothaer als seine besten Bundesgenossen anerkannt.

Bismarck war monarchisch und konservativ bis auf die Knochen, aber er hat es nie zu einem ebensolchen Ministerium gebracht. Er war Mitte der siebziger Jahre so weit, mit den Liberalen zu regieren. Schnöder und gemeiner hat ihn nie jemand angegriffen als sein eigenes Kind, die Kreuzzeitung, mit ihren Ära-Artikeln vom Jahre 1876, denen sich Hunderte von konservativen sog. Deklaranten anschlossen. Erst in dem letzten Jahrzehnt seiner Kanzlerschaft hatte er eine halbwegs sichere Majorität von Konservativen und Centrum hinter sich.

Als im Jahre 1854 Friedrich Wilhelm IV. den Staatsrat wieder herstellte, sah Bismarck darin einen Schachzug gegen den feudalreaktionären Teil des Ministeriums, hauptsächlich den Minister Westphalen. Er schrieb an seine Frau auf die Frage, was denn dieser Staatsrat sei: er stelle die Quintessenz aller der Thorheit und Bosheit dar, die man in Preußen unter dem Wort „Geheimer Rat" begreife. Im Jahre 1885 stellte er ihn selbst wieder her, wohl auch weniger um der Institution als solcher, als um gewisser Nebenwirkungen willen; und wenn er auch einige Grundbesitzer und Industrielle hineinbrachte, das Hauptkontingent der neuen Mitglieder stellten doch wieder die Geheimen Räte.

Bismarck sah 1847 bis 1850 in der Wiederherstellung des Zunftwesens eines der wichtigsten volkswirtschaftlichen Mittel, die falsche Nivellierung der liberalen Gesetzgebung rückgängig zu machen; und mit seiner Unterschrift sind die Gesetze geziert, welche Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, Wucherfreiheit und weitgehende Freiheit des Aktienwesens in Deutschland 1867 bis 1870 einführten.

Das Treiben der kapitalbesitzenden Bourgeoisie, ihre politische Unfähigkeit, ihre Jagd nach Gewinn, ihre Feigheit und Genußsucht, ihre Härte gegen die Arbeiterinteressen war das Thema, das die um Bismarck sich sammelnde Gruppe von Konservativen in der Kreuzzeitung 1848 bis 1857 mit Vorliebe behandelte. Und unter Bismarcks Gönnerschaft kam das Bündnis des großen Kapitals und des großen Grundbesitzes zustande, das politisch in gewissem Sinne Deutschland seit Ende der siebziger Jahre beherrscht.

An der Durchführung der Freihandelsära von 1857 bis 1875 nahm Bismarck einen hervorragenden Anteil, und dann hat er, wie kein

anderer, die neue Schutzzolläre Europas von 1879 an vorbereiten und durchführen helfen.

In der Arbeiterfrage stand Bismarck bis Mitte der siebziger Jahre dem Manchestertum, den Unternehmerinteressen, dem laissez faire schroff gegenüber. Er trat damals für Arbeiterproduktivgenossenschaften mit Staatskredit ein, für staatliche Initiative im Hilfskassenwesen, für Koalitionsfreiheit und ähnliches, ließ die Landräte rüffeln, die bei Streitigkeiten der Arbeiter mit den Unternehmern auf Seite der letzteren traten. Er verhielt sich wohlwollend und anerkennend gegenüber Rodbertus und Lassalle, sagte 1875 zu mir, er sei eigentlich auch Kathedersocialist, habe nur noch keine Zeit dazu. Eine große staatliche Socialreform zu Gunsten der Arbeiter schwebte ihm damals vor. Daß er diesen Gedanken später aufgegeben habe, wird man eigentlich nicht sagen können. Aber er nahm von 1877 bei ihm doch schon eine ganz andere Farbe an als bisher, und später erschien ihm und denen, die sich auf ihn beriefen, doch häufig die Förderung der augenblicklichen Unternehmerinteressen als die Quintessenz der Socialpolitik, weil hierdurch den Arbeitern Brod geschafft werde. Er bekämpfte nun mit Leidenschaft auch die maßvollsten Fortschritte der Arbeiterschutzgesetzgebung, verfiel in seinen Urteilen über die Socialdemokratie oft fast auf das Niveau des jeden Streik als ein Unrecht und als ein nationales Unglück ansehenden Fabrikanten. Der Socialismus der Professoren, Pastoren und Geheimen Räte erschien ihm zuletzt gefährlicher als die Socialdemokratie, während er einst Itzenplitz aufgefordert hatte, in eine Kommission für die Arbeiterfrage ja auch Professoren und socialpolitische Schriftsteller zu berufen, weil er wohl wußte, daß dieser wesentlich Geheime Kommerzienräte wählen würde.

Stellt man gar die politischen und verfassungsrechtlichen Aussprüche vor und nach 1890 zusammen, so erhält man eine ganze Blütenlese von schroffen Antithesen. Vorher die bittersten Klagen über jede parlamentarische Opposition, jetzt Aufforderung zu solcher und Bedauern, daß sie so schwächlich sei. In den fünfziger Jahren Bezeichnung der Souveränitätsrechte der kleinen deutschen Fürsten als gottlosen Schwindel, 1866—70 ihre Unterordnung unter Kaiser und Reich, jetzt Aufforderung an sie, die Privilegien, die ihnen die Reichsverfassung biete, besser zu nutzen. Früher die Tendenz, den Reichstag weit über die Landtage zu erheben, jetzt Aufforderung der letzteren zur Kritik der Reichspolitik. Früher stete Verurteilung der Tendenzen, die zur Parlamentsherrschaft führen, jetzt Aufforderung, die parlamentarische Mitwirkung schärfer zu accentuieren.



Doch genug dieser scheinbaren und wirklichen Gegensätze, die doch die Einheit dieses geschlossensten aller Charaktere so gar nicht aufheben! Wie ist das zu erklären?

Zunächst aus dem Umstand, daß die hier angeführten Thatsachen und Meinungen über einen Zeitraum von 50—60 Jahren zerstreut liegen, welcher die größten Veränderungen des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens in sich schließt. Damit ist zugleich gesagt, daß ein erheblicher Teil der verschiedenen Ansichten sich erklärt aus der natürlichen Entwickelung, die jeder große Mann unter solchen Umständen durchmacht. Nur Flachköpfe, die nichts mehr nach dem zwanzigsten Jahre lernen, die, in ein paar Gedanken eingesponnen, nicht die Pflicht des Handelns haben, bleiben Zeit ihres Lebens bei diesen. Bismarck hat sich gegenüber dem so oft gemachten Vorwurf wechselnder Ansichten immer wieder damit gerechtfertigt, daß ein Mensch, der nichts mehr lerne und nicht fortschreite mit seiner Zeit, auch seiner Zeit nicht gewachsen sei, hinter ihr zurückbleibe. Und sicher: wäre er der feudale Junker und reaktionäre Deichhauptmann von 1848 geblieben, so hätte er so wenig als die Senft-Pilsach, Gerlach, Kleist-Retzow und Wagener das Zeug zu einem Ministerpräsidenten gehabt. Hätte er nicht so offene Augen und Ohren zum Lernen gehabt, so hätte er in Frankfurt so wenig die Krebsschäden des dortigen gänzlich verrotteten Zunftwesens als die Notwendigkeit des Kampfes mit Österreich erkannt. Gerade seine Größe liegt in der Voraussetzungslosigkeit, mit der er Beobachtungen und Erfahrungen aller Art in sich aufnahm, in der inneren Wahrhaftigkeit, mit der er zumal das abstreifte, was in seiner Jugend ihm an romantisch feudaler Ideologie und ständischen Schrullen durch Umgebung und Standeseinflüsse angeflogen war. Die Loslösung von den alten Freunden, die ihm vielfach sehr schwer wurde, ihn in harte Gewissenskonflikte brachte, wird eines der anziehendsten Kapitel in seiner künftigen psychologischen Biographie sein. Ebenso sicher aber, wie er von 1850 bis 1880 in seinen Ansichten, seiner politischen Weltanschauung, seinem staatlichen Tiefblick meteorartig aufstieg, so hat er im Alter, zumal von 1890 an, der Menschlichkeit seinen Tribut gezahlt, ist in gewisser Beziehung verknöchert, hat in der Sorge für den heutigen Tag die Zukunft, in dem kleinen Kampf mit Parlament und anderen Gegnern die großen bewegenden Ideen der Zeit übersehen oder zurückgesetzt, hat als gekränkter und verbitterter Staatsmann a. D. Dinge gesagt und verteidigt, die ihm in seiner besten Zeit ein Gräuel gewesen wären, ähnlich wie das auch dem Freiherrn von Stein begegnet ist.

Außerdem ist bei seinen gelegentlichen Äußerungen nie zu vergessen, daß er stets das Paradoxe liebte, stets den Gegner zum Widerspruch reizen oder niederstrecken wollte, daß er in seinen Reden und noch mehr in seinen Briefen sich gehen ließ, sich den augenblicklichen Ärger von der Seele weg reden und schreiben wollte. Daher die vielen Hyperbeln und drastischen Ausdrücke, die stets geistreich, stets eine Seite der Sache schlagend, aber stark übertreibend treffen. Auch bei seinen Aussprüchen über Personen, über die andern Minister und die Geheimen Räte im allgemeinen und im besonderen, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren, darf man das nie vergessen. Und welche Perlen enthalten sie doch. Ich erinnere nur an die geradezu klassische Bezeichnung von der Heydts als des „Goldonkels, der Herz und Gewissen aus bergisch-märkischem Aktienpergament besitzt“. Auf wie viele der Herren, die sich gerade 1890 bis 1898 als seine Anhänger und Mundstücke ausgaben, passen ähnliche Bezeichnungen!

Ist so vieles, was er äußerte, auf Rechnung augenblicklicher Stimmung und Laune zu setzen, so darf andererseits vieles, was er amtlich sagte, deshalb nicht ganz und wörtlich als seine persönliche Überzeugung betrachtet werden, weil er im Namen des Königs, der Regierung, des Ministeriums Dinge verteidigen mußte, die er vielleicht bekämpft hatte, dann auch, weil er auf das Ausland, die Parteien, die öffentliche Meinung in bestimmter Weise wirken wollte. Wie oft hat er betont, daß er sich in früheren Jahren Delbrück, als dem Fachmann, untergeordnet habe, daß in seinen Reden dessen Meinung und nicht die seine zum Ausdruck gekommen sei. Es ist kein Tadel, sondern ein Lob für ihn als Staatsmann, daß er sich so unterordnete.

Freilich kann ein so fester und selbstbewußter Charakter wie Bismarck sich nur in dem unterordnen, was für ihn auf der Peripherie, nicht in dem, was für ihn im Centrum seiner Tendenzen liegt. Dieses Centrum aber war stets die Machtstellung Preußens und Deutschlands nach außen, die Herstellung einer starken führenden Staats- und Reichsgewalt im Innern. Mit Recht hat er grade auch gegen die Vorwürfe des Prinzipienwechsels immer wieder betont, er habe nur einen einzigen Kompaß, einen einzigen Polarstern für all sein Handeln gehabt: die salus publica, das für Preußen und die deutsche Nation Nützliche, Zweckmäßige, Richtige. Natürlich, wie er es verstand! Aber mehr ist von niemand zu fordern.

Wenn er das freie Vereinsrecht erörterte, so fragte er nicht, was ist an sich möglich, was fördert die gesunde Arbeiterbewegung, sondern nur, was ist im heutigen Preußen mit seiner bedrohten Lage, seinen

centrifugalen Tendenzen heilsam? Alles Parteileben, alle sociale Klassenbildung, alle Socialpolitik, alles Treiben der Socialdemokratie erschien ihm stets unter dem Gesichtswinkel der Stärkung oder Schwächung derjenigen Kräfte, welche ihm, der Regierung, der Monarchie im Moment Schwierigkeiten machen, sich den Feinden Deutschlands anschließen könnten. Auch in der Handelspolitik stehen immer diese Gesichtspunkte voran, wie er z. B. 1864 schreibt: Delbrück mag technisch recht haben, wenn er die österreichischen Forderungen abgelehnt wissen will, ich kann politisch im Moment keinen Bruch mit Österreich brauchen!

Wurde er so in aller Wirtschafts- und Socialpolitik Opportunist, der notwendig in gewissen Meinungen und Mitteln wechselte, so war er es in seiner Macht- und Verfassungs-, in seiner äußeren Politik um so weniger. Jeder große Mann und Charakter kann aber nur in seinem Kern durch ganz feste Ziele und Ideale geleitet sein. Je weiter die einzelnen Maßnahmen von diesem Kern abliegen, desto mehr fallen sie in das Bereich sekundärer Mittel, die man nach dem Hauptzweck modifiziert, unter Umständen beseitigt oder in ihr Gegenteil verkehrt.

Ist damit ausgesprochen, daß Bismarcks Größe und Kern nicht in seiner Wirtschafts- und Socialpolitik, sondern in dem Kampfe für ein starkes und festes einheitliches Deutsches Reich lag, so schließt das doch nicht aus, daß er auch auf dem wirtschaftlich-socialen Gebiete eine weltgeschichtliche Rolle gespielt habe, und zwar gerade durch die Art, wie er diese Gebiete als Teile und Mittel der allgemeinen Politik behandelte. Ich werde weiterhin da, wo ich von den Thaten Bismarcks spreche, darauf zurückkommen und zu beweisen suchen, daß diese Unterordnung aller wirtschaftlichen und socialen Fragen unter die der Förderung der staatlichen Macht und Größe nicht bloß für Bismarck das einzig mögliche, sondern auch für Deutschland das im großen und ganzen heilsame war. Aber auch, wer dies anerkennt, muß, wenn er ganz gerecht sein will, gewisse Vorbehalte beifügen.

In den meisten Gebieten der inneren Politik, nicht bloß in den socialen und volkswirtschaftlichen, auch in der Kirchen- und Finanzpolitik, in den Verwaltungs- und Kommunalfragen, in der Behandlung des Beamtentums war Bismarck von Haus aus nicht Fachmann, hatte er weder die Personen- noch die detaillierte Geschäftskenntnis, wie in seinem Hauptsache. Seine Erfahrungen waren hier, wenn auch reich und vielgestaltig, doch mehr zufällig, nicht ergänzt durch ein systematisches Studium. Seine Ansichten auf diesen Gebieten waren daher, so oft sie mit Scharfsinn den Nagel auf den Kopf trafen, doch ebenso oft einseitig und schief, von ideologischen Jugendeindrücken, Klassenvorurteil und zufälliger

persönlicher Umgebung beeinflußt. Den besten Teil des preußischen Beamtentums lernte er persönlich nicht oder nur oberflächlich kennen. Selbst für die Ministerstellen versagten sich ihm ausgezeichnete Männer aus diesen Kreisen, weil sie nicht glaubten, mit ihm auskommen, an einem Strange ziehen zu können. Auf dieses ganze Gebiet der inneren Politik übertrug er etwas zu leicht die Methoden der auswärtigen, in denen er groß geworden war. Er konnte sich nicht versagen, auch hier dreinzuschlagen, zu schrecken, erbitternde Kampfmittel zu wählen, wo ein ruhiges Hinarbeiten auf langsame Veränderungen durch den bloßen Kampf der Ideen, durch Umbildung der Institutionen angezeigt gewesen wäre.

Der ihm allgemein gemachte Vorwurf, er habe nur durch mechanische Mittel gewirkt, er habe die Ideen unterschätzt, die psychischen Massenprozesse ignoriert, ist in dieser Allgemeinheit so falsch, als der, er habe stets zu hastig nur den nächstliegenden Erfolg im Auge gehabt. Zu letzterem war er freilich im Drange der Parteiungen und im Kampfe der Staaten vielfach als Realist und leitender Staatsmann genötigt. Aber wo er die Dinge und die großen Fragen beherrschte, da hat niemand weiter in die Zukunft gesehen als er, da hat er die bewegenden Gefühle und Ideen der Volksseele, der einzelnen Klassen und Menschen erfaßt, wie nur je ein großer Minister. Aber in dem, was für ihn Nebenfrage war, was er nicht genauer kannte, da stand ihm allerdings der Erfolg der nächsten Stunde klarer vor Augen, als die zukünftige Wirkung, da unterschätzte er die psychischen Vorgänge, den Einfluß der Ideen. Und so kam er da zu Ansichten, Urteilen und Handlungen, die von den Sachkennern nicht immer gebilligt werden können. In der socialen Politik wurde ihm die Zufriedenheit der großen Unternehmer ein zu schwerwiegender Faktor, weil er sie für Parlamentsbeschlüsse brauchte. Die Arbeiter beurteilte er zu sehr nach einzelnen Führern und nach dem Erfolg einzelner Regierungsmaßregeln. Dem aufstrebenden, berechtigten Selbstbewußtsein der unteren Klassen wurde er nicht gerecht. Das Beamtentum beurteilte er stets etwas durch die Junkerbrille und nach seinen Jugenderfahrungen, die allerdings eine der ungünstigsten Phasen der absterbenden absolutistisch liberalen Bureaukratie vor Augen gehabt hatten. Über die Neugestaltung der großen Unternehmungen im Sinne einer fortschreitenden Socialpolitik vermochte er sich keine deutlichen Vorstellungen zu machen. Ebenso stand er der neuen Selbstverwaltung, der Reform der ländlichen Gutsbezirke und Gemeinden, der Notwendigkeit einer veränderten Heranbildung der Beamten wohl mit

einzelnen richtigen praktischen Erfahrungen und Ratschlägen, aber doch mehr kritisch und unproduktiv gegenüber.

Man hat gesagt, er habe nicht pädagogisch gewirkt, und das ist richtig, daß er von den großen Aufgaben des Tages ganz hingenommen, sich um die langsam erziehende Umbildung, welche die Institutionen und Karrieren, die Vorbildung und Ähnliches haben können, nicht so sehr kümmerte. Er verbrauchte die Menschen, die ihm zunächst standen. Er klagte immer, weder im Auswärtigen Amte, noch sonst die rechten Leute zu finden. Aber er that nichts, das zu ändern. Man kann fast sagen, er habe eine abgenützte Beamtenmaschine hinterlassen, wie Friedrich der Große. Kurz, jeder Mensch, auch der größte, hat die Fehler seiner Tugenden und jeder ist ein Sohn seiner Zeit und ihrer Gedanken, ein Produkt seiner Laufbahn. Bismarck steht in volkswirtschaftlicher und socialpolitischer Beziehung auf der Grenzscheide zwischen einem manchesterlich und einem socialistisch gefärbten Zeitalter. Er mußte nach seiner Persönlichkeit, seinen Erfahrungen, seiner Lebensaufgabe eine eigentümliche Kombination dieser zwei Ideenrichtungen darstellen. Er konnte nicht ohne eine gewisse socialistische Ader sein, weil er die sociale Umbildung der Klassen und die ganze Neugestaltung der Volkswirtschaft im allgemeinen richtig erfaßt hatte, weil er ein zu stolzer Preuße und Monarchist war, zu groß vom Staate und seiner Aufgabe dachte, zu sehr die Flachheit und Kurzsichtigkeit der Manchestertheorie, wie sie die ihm feindlich gegenüberstehende Bourgeoisie 1850—75 predigte, einsah. Aber er war andererseits ein knorriger Aristokrat, der in seinem Hause, auf seinem Gut, in seiner Fabrik von keinem Staatsbeamten kontrolliert sein wollte. Er war ein Landedelmann, der seine Arbeiter gut hielt, aber auch ganz allein — ohne den Racker Staat — mit ihnen patriarchalisch fertig werden wollte. Er war ein zu guter Menschenkenner, um nicht den Wahnwitz allgemeiner Gleichheit und die kindliche Hoffnung auf die allgemeine Glückseligkeit und die Zufriedenheit aller Menschen für eitel Dunst zu erklären. Er liebte sein Werk, das neue Deutsche Reich, zu sehr, um es revolutionären und fanatischen Socialexperimenten preisgeben zu wollen. Er lebte so realistisch in der Gegenwart, daß ihm der Blick für große zukünftige sociale Fortschritte, zumal im Alter, öfter verloren ging.

So will mir scheinen, daß es schon einer allgemeinen Betrachtung möglich sei, die oben angeführten Widersprüche in Bismarcks Ansichten teils als bloß scheinbare, teils aber als notwendige Phasen und Bestandteile seines eigentümlichen Charakters aufzuweisen; man kann ihn verstehen, ohne ihm überall beizutreten. Wir können ihn bewundern,

auch wenn wir begreifen, daß seine wirtschaftliche und sociale Politik nicht ganz und überall auf der Höhe steht, wie seine politischen Hauptleistungen. Will man den rechten Maßstab für ihn finden, so muß man sich erinnern, was seine konservativ ständischen Freunde und seine manchesterlichen Gegner aus Preußen und Deutschland gemacht hätten, wenn sie an seiner Stelle gestanden wären. Wiederherstellung des Mittelalters war bei jenen die Losung, obwohl das die Auflösung des preußischen Staates in seine Teile bedeutet haben würde; Wiederherstellung des Zunftwesens und der gutsherrlichen Gewalt, Klassenherrschaft des Junkertums, das wollten diese feudalen Querköpfe; fast nur Geheimrat Wagener stand über dem Durchschnitt, hatte Sinn für die großen Neubildungen der Zeit. — Und die Liberalen! Sie hatten in der Ära Hohenzollern-Auerswald-Schwerin gezeigt, daß sie gänzlich unfähig waren, Preußen nach außen zu heben, es nach innen anders als im Sinne des flachsten, auflösenden Wald- und Wiesenliberalismus umzugestalten oder vielmehr es zu desorganisieren und dem großen Kapital auszuliefern. Und die bureaukratisch-halbliberalen Minister, mit denen Bismarck dann von 1862 an noch lange regieren und sich zu Tode ärgern mußte, die Itzenplitz, Camphausen, Hobrecht, Bitter, Achenbach, Friedenthal waren womöglich noch impotenter als Patow und Schwerin gewesen, auch sie waren ja Holz vom toten Manchesterstamm! Wie erhebt sich ihnen gegenüber Bismarck mit seiner Finanz-, Handels-, Eisenbahn-, Bank-, Social-, Kolonialpolitik, mit seiner Fähigkeit, große neue Gedanken zu erfassen, das neue Deutsche Reich auch wirtschaftlich und social kühn auf neue Grundlagen zu stellen!

Ich werde im folgenden Briefe versuchen, auf die wichtigsten Gebiete der Wirtschafts- und Socialpolitik näher einzugehen und das konkreter zu beweisen, was ich hier aus einem summarischen Überblick über Bismarcks staatswissenschaftliche Ansichten folgerte.

St. Blasien, 1. September 1898.

III. Bismarcks Socialpolitik.

Wenn wir uns Bismarcks socialpolitische Entwickelung in ihrem genetischen Verlaufe vorstellen wollen, so müssen wir uns nochmal zu seinen Anfängen zurückwenden.

Aristokratisch-feudale Jugenderinnerungen, patriarchalische Beziehungen zu Kleinbauern, Taglöhnern, Soldaten und Bedienten, Abscheu vor dem radikalen und liberalen Hexensabbath der Revolution in den Großstädten — derartiges wird die socialpolitische Seele des jugendlichen Bismarck

von 1835—1848 erfüllt haben. Dieses Jahr und was ihm zunächst folgte, verstärkte die Verachtung vor Putsch, socialistischen und radikalen Phrasen- und Maulhelden, vor bonapartistisch-bureaukratischen Hilfsmitteln gegen die Revolution. Aber zugleich gewann er von da an den Einblick in die volkswirtschaftliche und sociale Umbildung, die in Westeuropa längst begonnen, in Deutschland nun auch mit Eisenbahnen, Börse, Großindustrie, Proletariat und Handwerkernot einsetzte. Er wird wohl nie geglaubt haben, daß unbedingte wirtschaftliche Freiheit von den socialen und moralischen Übelständen der Zeit, der materialistischen Hetze nach Gewinn und Genuß heile, aber ebenso erkannte er von 1851—1862, daß die ständisch-romantischen Rezepte seiner Jugend nicht ausreichten. Eine aristokratische Gliederung der Gesellschaft, eine feste große Monarchie, die Nichtauslieferung der Staatsgewalt an wechselnde Majoritäten der Kammern und an die begehrlich ihre Hand nach Reichtum, Ehre und Macht ausstreckenden Kreise der bürgerlichen Hautefinanz und Großindustrie, die ihm in Preußen als fortschrittliche Kammermajorität, als Feindin der Armee und des Königtums, als festefeiernde Klassen-Kappelmanniade entgegentrat — das werden 1859—1862 seine maßgebenden Ideale gewesen sein, die sich mit Freihandel und Gewerbefreiheit schon vertrugen. Als Ministerpräsident war er an Kollegen geschmiedet, denen er ohnedies nach dieser Seite zunächst Konzessionen machen mußte. Aber daß er nicht mit Itzenplitzs Berufung „auf die ersten Grundsätze der Volkswirtschaftslehre", d. h. auf Bastiat und J. St. Mill, übereinstimmte, zeigte er doch bald. Als man ihm vorwarf, daß der König eine Deputation hungernder schlesischer Weber empfangen habe, antwortete er stolz, es sei das Recht und die Pflicht der Krone, die Armen zu empfangen; Friedrich der Große habe schon als Kronprinz gesagt: Quand je serai roi, je serai un vrai roi des gueux. Er verlangte schon im März und April 1863 von seiten der Regierung eine ernstliche Prüfung der Arbeiterfrage, deren Nichtexistenz für Minister Itzenplitz, wie für die liberalen Volkswirte ein Dogma war, und regte die Schaffung von Altersversorgungsanstalten für Arbeiter an. Im Jahre 1863 setzte er eine Kommission durch, welche die Arbeiterfrage, das Koalitionsrecht und ähnliches diskutierte. Seine Freunde Wagener und Blanckenburg traten für Gewerkvereine und Koalitionsfreiheit auf; Bismarck betonte, wenn eine direkte Beeinflussung der Löhne nicht möglich sei, so könnten indirekte Einwirkungen in umfassendem Maße eintreten. Im Juni 1866 wirft er die Frage auf, ob nicht Arbeitsstellen für brotlose Arbeiter zu schaffen seien; 1868 erklärt

er mit Energie, daß die Regierung für den Notstand in Ostpreußen einzutreten habe.

Im ganzen war Bismarck 1867—1870 körperlich sehr erschöpft, mußte den Berliner Ministerkollegen, sowie Delbrück und Michaelis im Bundeskanzleramt die Geschäfte und Gesetze, soweit es irgend ging, überlassen. Immer hatte er durch die Einfügung des allgemeinen Stimmrechts in die Verfassung des Norddeutschen Bundes eine socialpolitische That ersten Ranges vollzogen. Gewiß that er diesen wichtigen Schritt zunächst aus der Mißstimmung über das Dreiklassenwahlsystem heraus, das jahrelang eine oppositionell-fortschrittliche Kammermajorität geliefert und ihm das Leben sauer gemacht hatte. Er nennt die Wahlmännerkollegien des Dreiklassensystems geradezu Träger der Revolution. Er hoffte mit dem allgemeinen Wahlrecht und der Diätenlosigkeit die berufsmäßigen, spießbürgerlichen, fortschrittlichen Abgeordneten zu beseitigen, sie durch aristokratischere, weiterblickende Kräfte zu ersetzen; er nahm wohl vor allem für das platte Land an, daß die Massen einesteils noch fest monarchisch gesinnt, anderenteils von der Aristokratie beeinflußbar seien. Er sah in dem neuen System das Mittel, „die gesunden Elemente, welche den Kern und die Masse des Volkes bilden, wieder in Berührung mit der höchsten Gewalt zu bringen". Später, 1878, setzte er auseinander, daß er das allgemeine Stimmrecht als Frankfurter Tradition vorgefunden und als populäre Karte gegen die Feinde Preußens und des Reichs ausgespielt habe. Einen absoluten Vorzug habe keine der verschiedenen Wahlmethoden, jedenfalls sei ihm der Reichstag, der auf dem allgemeinen Stimmrecht beruhe, lieber als der Landtag; daß das allgemeine Stimmrecht durch seine Resultate ad absurdum geführt worden sei, könne er nicht zugeben.

So wenig hiernach Bismarck diese große Maßregel im Sinne des politischen Radikalismus und der Volkssouveränität beantragte und durchsetzte, ein kühner Schritt nach links war es doch! Es war die denkbar größte politische Konzession an die Bestrebungen des vierten Standes, an Lassallesche Gedanken, es war ein monarchischer Appell an das Volk, ein Schachzug gegen die städtischen besitzenden Klassen, gegen die Millionäre; er war die folgerichtige monarchische Ergänzung der allgemeinen Schul- und Wehrpflicht. Es war eine Maßregel, die in Preußen schon gegenüber dem einseitig plutokratischen Dreiklassenwahlrecht als dessen Korrektiv angezeigt war und heute noch — trotz seiner Schattenseiten — seine Rechtfertigung darin hat, daß es uns bei dem Einfluß der besitzenden Klassen und der Neigung der Regierung, mit ihnen zu paktieren, allein vor einer einseitigen Klassenherrschaft der



Besitzenden bewahrt. In jedem Lande hängt ja die Rechtfertigung eines solchen Wahlsystems von den gesamten politischen Kräften und vorwaltenden Tendenzen der staatlichen und socialen Entwickelung ab; es fragt sich, ob in diese hinein das allgemeine Stimmrecht als richtige Ergänzung oder Korrektur paßt und günstig wirkt. Jedenfalls war es im Jahre 1867 eine Institution, welche nur Sinn und Verstand hatte, wenn man beabsichtigte, wie es Bismarck that, nicht im Interesse des großen Kapitals und der oberen Zehntausend, sondern des Volkes und der Arbeiter zu regieren, die Staatsgewalt und die Staatsmaschine den breitesten Volksmassen und ihren vitalen Interessen mehr als bisher dienstbar zu machen.

Daß Bismarck solche Absichten damals hatte, zeigt vor allem seine denkwürdige Korrespondenz mit dem Handelsminister Graf Itzenplitz aus dem Jahre 1871. Darin präzisiert er seinen Standpunkt dahin, die Regierung müsse „1. denjenigen Wünschen der arbeitenden Klassen — das Wort in dem schiefen, aber gang und gäben Sinne verstanden —, welche in den Wandelungen der Produktions-, Verkehrs- und Preisverhältnisse eine Berechtigung haben, durch die Gesetzgebung und Verwaltung entgegenkommen, soweit es mit dem allgemeinen Staatsinteresse verträglich sei, 2. die staatsgefährliche Agitation durch Verbots- und Strafgesetze hemmen, soweit es geschehen könne, ohne ein gesundes öffentliches Leben zu verkümmern". Die Bureauweisheit der Itzenplitzschen Räte antwortete auf diese klassische Präzisierung einer monarchischen Socialreform, in Preußen sei alles, was möglich sei, bereits geschehen; wenn man Zweifel an dem Bestehenden zulasse, leiste man der socialistischen Bewegung nur bedenklichen Vorschub. Bismarck replizierte (17. November 1871): „Eine Einmischung der bestehenden Staaten in die socialistische Bewegung ist so wenig gleichbedeutend mit dem Siege der socialistischen Doktrin, daß mir vielmehr die Aktion der gegenwärtig herrschenden Staatsgewalt als das einzige Mittel erscheint, der socialistischen Bewegung in ihrer gegenwärtigen Verirrung Halt zu gebieten und dieselbe insbesondere dadurch in heilsamere Wege zu leiten, daß man realisiert, was in den socialistischen Forderungen als berechtigt erscheint und in dem Rahmen der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung verwirklicht werden kann." Er fügt bei, er könne nicht zugeben, daß amtliche Klarlegung und Diskussion der socialistischen Forderungen dieselben in die Öffentlichkeit einführen und damit die Gefahren heraufbeschwören werde, die man vermeiden wolle. Die Theorien seien schon so in die Massen eingedrungen, daß Ignorieren und Stillschweigen vergeblich sei. Man müßte gerade durch öffentliche Diskussion es dahin bringen, daß

die irregeleiteten Arbeiter nicht bloß die Stimmen der Agitatoren hören. Und dabei dürften die brennendsten Fragen, wie Arbeitszeit, Arbeitslohn, Wohnungsnot, nicht ausgeschlossen werden.

Man glaubt bei diesen Worten einen Kathedersozialisten zu hören, der gegen die heutigen Argumente der „Hamburger Nachrichten" und der „Berliner Neuesten Nachrichten" die vernünftige Socialreform verteidigt. Damals hatte Bismarck gegen seinen Kollegen Itzenplitz den Kampf zu führen; dieser warf Bismarck ein, es sei ein Wahn, zu glauben, der Staat könne durch Anordnungen den Notständen abhelfen; die Unterschiede von arm und reich seien in der Weltordnung begründet. Gingen ihm selbst solche fadenscheinige Argumente aus, so antwortete er gar nicht mehr, wie er einmal die socialpolitischen Erinnerungsschreiben Bismarcks unbeantwortet bis auf siebzehn anwachsen ließ.

So wenig damals praktisch in der Socialpolitik geschah, so klar und durch viele Beweise festgestellt ist die Thatsache, daß Bismarcks Ansichten bis 1876 etwa in der gleichen Richtung sich bewegten, wie die der Gründer des Vereins für Socialpolitik, die unabhängig von der Regierung und ohne jede nähere Kenntnis von Bismarcks Anschauungen 1872 eine energische, aber maßvolle, ganz auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung stehende staatliche Socialreform auf ihre Fahne geschrieben hatten. Als Symptome der Bismarckschen Ansichten aus jener Zeit mag noch angeführt werden, daß 1871 das Haftpflichtgesetz zustande kam, daß 1872 Bismarck für höhere Erbschaftssteuer war, daß Wagener auf Bismarcks Befehl damals einen Gesetzentwurf über einen Normalarbeitstag von 56½ Stunden wöchentlich für alle Arbeiter ausarbeitete, daß Bismarck 1873 die Einschränkung der öffentlichen Bauten anregte, um die Fieberhitze der Überspekulation zu mindern, während dieser gegenüber Camphausen und Delbrück eben ihre kurzsichtigsten Aussprüche gethan hatten. Der erstere hatte Millionen überflüssiger Staatsgelder der Seehandlung zu einem minimalen Zinsfuß gegeben und so die Hausse begünstigt; darüber interpelliert, antwortete er, es sei das Geheimnis guter Finanzleitung, keine Zinsen zu verlieren. Der letztere hatte auf die Frage, ob der Staat nichts gegen Börsenschwindel thun könne, gemeint, dieser könne die Leute, die ihr Geld los sein wollten, doch nicht daran hindern!

Von 1876 an tritt im Zusammenhang mit der volkswirtschaftlichen Krisis und dem Anwachsen der socialdemokratischen Agitation eine gewisse Modifikation in Bismarcks socialpolitischen Anschauungen ein, oder vielmehr, es treten gewisse Punkte mehr hervor, andere mehr zurück. Die Ursachen liegen teils in veränderten Zeitverhältnissen, teils in der



inneren Ausgestaltung der socialpolitischen Ideale Bismarcks. Diese hatten bis dahin einen mehr allgemeinen, noch unbestimmten Charakter gehabt, jetzt erst trat er den Fragen näher, 1880 übernahm er selbst das Handelsministerium, und so war es begreiflich, daß er einzelnes, worauf er früher eingegangen, verwarf, anderes ausgestaltete und mit Energie ergriff.

Die Verherrlichung der Pariser Kommune und ihrer Mordbrenner durch Liebknecht und Bebel, die Kaiserattentate und das immer rohere, auf Erregung von Haß und Neid, von gemeinen Leidenschaften aller Art gerichtete Treiben gewisser Organe der Socialdemokratie hatte Bismarck die Gefahren revolutionärer Erhebungen nahe gelegt; er glaubte auch den Stillstand und Rückgang der industriellen Entwickelung auf das Übermaß der socialen Reibungen zurückführen zu müssen. Die Eingriffe der Bureaukratie in die technische und sonstige Führung der einzelnen Geschäfte erschien ihm nun bei näherer Prüfung unter dem Gesichtspunkt, unter dem ihm stets leicht jede Beamtenthätigkeit sich darstellte. Die Erhebungen über Frauen- und Kinderarbeit, die er 1873 angeordnet hatte, jetzt 1876 zu praktischer Gesetzgebung zu verwerten, schien ihm schon deshalb falsch, weil im Gegensatz zu 1873 jetzt Mangel an Arbeitsstellen herrsche, also im Moment eine Verschärfung der Arbeiterschutzbestimmungen, der Sonntagsruhe, des Verbots der Frauen- und Kinderarbeit Tausende brotlos mache. Dem Gesetzentwurf über Ausbildung des Fabrikinspektorats trat er 1877 hauptsächlich mit dem Argument entgegen, daß er die Keime der Vervielfältigung bureaukratischer Mißgriffe in sich trage, daß der Friede zwischen Arbeiter und Arbeitgeber nicht durch die gesteigerte Macht von Staatsbeamten herzustellen sei und daß, wenn der Gesetzentwurf auch seine Ziele erreiche, er gar nicht die Hauptsache treffe, nämlich Verschaffung von Arbeitsgelegenheit, gutem Lohn und Sicherstellung im Falle von Krankheit, Unfällen und Invalidität.

Unter der Vorherrschaft derartiger Gedanken konsolidierte sich Bismarcks Socialpolitik von 1878 bis 1890; sie kulminierte nun einerseits in dem repressiven Kampfe gegen die revolutionären Tendenzen und die gehässigen, allen gesellschaftlichen Frieden bedrohenden Ausschreitungen der Socialdemokratie durch das Socialistengesetz von 1878, andererseits in der Ablehnung aller weitergehenden Forderungen der Arbeiterschutzgesetzgebung, in der Durchführung der großen Arbeiterversicherungsgesetze, in der Erleichterung oder Beseitigung der direkten Steuern und des Schulgeldes für die Arbeiter sowie in der Proklamierung des sogenannten Rechtes auf Arbeit. Diese Dinge sind heute allgemein bekannt; wir

haben die betreffenden Gesetze hier weder darzustellen noch zu kritisieren. Unsere Aufgabe ist nur, uns den allgemeinen Standpunkt klar zu machen, den Bismarck damit einnahm, und ihn zu prüfen.

Daß ein leitender Staatsmann, der eben ein Reich aus sehr heterogenen Elementen geschaffen hatte, der es von tausend auswärtigen Gefahren bedroht sah, der ihm nach innen Einheit und Frieden geben, starke patriotisch-nationale Gefühle schaffen wollte, auf die internationale Socialdemokratie, welche Reich und Staat nicht anerkannte, jeden Tag mit der Revolution drohte und mit jedem Gegner Deutschlands kokettierte, nicht ohne Sorge blicken konnte, ist natürlich. Ebenso ist es bei der Persönlichkeit Bismarcks begreiflich, daß er rasch zu den energischsten Mitteln griff. Dabei wird man ihm nicht vorwerfen können, daß er nicht zwischen den revolutionären Führern und der socialdemokratischen Masse unterschieden habe, die an sich harmlos ist, begründete Ursache zu mancherlei Klagen hat und deshalb unzufrieden, ohne klares Urteil über die Pläne und Versprechungen der radikalen Führer diesen folgt. Oft hat er das gethan und häufig ein klares Verständnis für die relative Berechtigung der Socialdemokratie gezeigt, die man heute bei seinen Nachtretern vergeblich suchen würde. So hat er es z. B. 1884 (26. November) ausgesprochen, daß er die Zunahme der socialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag nicht für ein Unglück ansehe, da sie bei größerer Zahl endlich positive Vorschläge machen müßten. Er fügte, als er das aussprach, hinzu, Auer habe ganz Recht: „Wenn es keine Socialdemokratie gäbe und wenn nicht eine Menge Leute sich vor ihr fürchteten, würden die mäßigen Fortschritte, die wir überhaupt in der Socialreform bisher gemacht haben, auch noch nicht existieren." Die Utopien der Socialisten, sagte er einmal, können vor der Mehrzahl der gebildeten Leute keinen Bestand haben, und sind daher vollständig ungefährlich. Immer wieder hat Bismarck betont, daß er ein warmes Herz und offenes Ohr für die vernünftigen Bestrebungen der Arbeiter habe, daß er seine Bemühungen, ihr Los, ihren Anteil am Einkommen zu verbessern, fortsetzen werde. Oft hat er gewarnt, jede Maßregel zu ihren Gunsten als Staatssocialismus zu verschreien; er hat sogar selbst mit der socialdemokratischen Revolution gedroht, wenn man seine Arbeiterversicherungsgesetze nicht annehme.

Aber all diese Erkenntnis hielt ihn nicht ab, den socialdemokratischen Stier bei den Hörnern zu fassen, niederzuwerfen und vernichten zu wollen. Er glaubte 1878 nur mit dem Socialistengesetz der vor der Thür stehenden Revolution Herr werden, nur mit einem solchen Ausnahmegesetz und seinen weitgehenden Einschränkungen des Versammlungs-



Vereins-, Preß- und Aufenthaltsrechts die Verantwortung tragen zu können, daß nicht aus der Drachensaat der gehässigen Leidenschaften ernste Gefahren für Staat und Gesellschaft, für die ruhige Entwickelung des wirtschaftlichen Lebens entstehen. Ich glaube, er hat diese Gefahren stets überschätzt und demgemäß die Mittel zu scharf gegriffen. Jedenfalls hat thatsächlich das Mittel seinen Zweck nicht erreicht. Es hat scheinbar die Bewegung äußerlich zum Stillstand gebracht; in Wahrheit hat es sie innerlich gestärkt. Es hat die Führer zu Märtyrern und Diktatoren gemacht, so daß notorisch die bedeutendsten von ihnen sich bei Aufhebung des Gesetzes nach diesen Fleischtöpfen zurücksehnten. Es hat trotz loyaler Handhabung im ganzen so viel Härte für Tausende, so vieles, was sie als Ungerechtigkeit empfanden, erzeugt; es hat durch den unglücklichen Ausweisungsparagraphen mit am meisten zur geographischen Ausbreitung der Agitation beigetragen — man hätte die Ausgewiesenen mindestens an bestimmten unschädlichen Orten internieren und finanziell entschädigen müssen, wenn man diese Maßregel überhaupt für unentbehrlich hielt; — es hat als Ausnahmegesetz so sehr den Stempel einer brutalen Klassenherrschaft an sich getragen, daß naturgemäß die Socialdemokratie 1890 ungebrochen und mächtiger dastand als 1878. Freilich würde Bismarck, wenn man ihm derartiges vorhielt, geantwortet haben, er sei für die Einzelheiten des Gesetzes nicht, jedenfalls nicht allein verantwortlich, und deshalb auch nicht für alle Folgen. Seine juristischen und socialpolitischen Ratgeber, der Bundesrat, die Parteien und der Reichstag trügen die Schuld, wenn das Gesetz nicht wirksamer geworden sei. Das ist ja nun gewissermaßen anzuerkennen. Was dem Schwerte des Gesetzes in erster Linie die Schärfe raubte, war die Beschränkung auf eine kurze bestimmte Zeit. Eine ausreichende analoge Bestimmung auf dem Boden des gemeinen Rechtes hätte Bismarck ohne Zweifel gern angenommen; sie hätte nur dem von ihm selbst 1871 ausgesprochenen Grundsatz widersprochen, daß die Verbots- und Strafgesetze gegen die socialdemokratische Agitation nicht das gesunde öffentliche Leben überhaupt verkümmern dürfen. So bleibt Bismarck doch zuletzt auch moralisch für das Gesetz verantwortlich, wie er es rechtlich als Reichskanzler war.

Ausschließlich aber trifft ihn die Verantwortung in Bezug auf die Nichtverlängerung, resp. Nichtersetzung durch gemeinrechtliche Bestimmungen (1889/90). Es ist das der dunkelste Punkt in seiner Socialpolitik. Man konnte eine Verlängerung des Gesetzes über 1890 hinaus von der Reichstagsmajorität haben, wenn man den unglücklichen, wenig nützenden, viel Unheil stiftenden Ausweisungsparagraphen fallen ließ. Da die Majorität diesen Paragraphen definitiv ablehnte, ließ Bismarck

die ganze Vorlage daran scheitern. Das konnte man, wenn man optimistisch auf ein Auskommen mit der Socialdemokratie auf dem Boden unseres gemeinen liberalen Preß-, Versammlungs-, Vereinsrechts hoffte. Der Standpunkt ließ sich verteidigen; ich würde immer gesagt haben: Lassen wir das Gesetz von 1878 fallen, aber fordern wir als Preis dafür einige nötige Verschärfungen auf dem Boden des gemeinen Rechts, um der extremen staatsfeindlichen Agitation entgegenzutreten. Bismarck stand aber keineswegs auf diesem optimistischen Standpunkt, sondern er ging von der Annahme aus, daß die Aufhebung des Gesetzes rasch zu einer revolutionären Erhebung der Socialdemokratie führen, daß diese mit den Waffen niedergeschlagen und dann die große Masse der Philister ängstlich nach einem strengeren Gesetz als dem von 1878 rufen, der Reichstag es leicht bewilligen werde. Dabei war nicht nur die Socialdemokratie thatsächlich, wie man sah, falsch beurteilt, sondern wohl auch gewisse Faktoren der Regierung. Und wenn es zum Straßenkampf und dann zu einer Reaktion gekommen wäre, so würde das das größte Unglück für unser Vaterland bedeutet, die socialen Klassen in ihrem Haß gegeneinander noch mehr vergiftet haben. Es wäre der Anfang von weiteren, noch brutaleren Kämpfen, die größte Schädigung für unsere sociale und wirtschaftliche Entwickelung gewesen.

Mag man nun aber Bismarck über diese Dinge tadeln, wie man will, das bleibt immer wahr, daß er von Anfang an seinen ganzen Feldzug der Repression mit einem solchen der Hebung und Gewinnung der Arbeiter verbinden wollte. Aber es hätte dies mehr a tempo und in einer Weise erfolgen müssen, die fähig war, die Interessen, die Gefühle und die Phantasie der Arbeiterwelt zu erfassen, die vorhandenen Ströme der socialen Bewegung in ein anderes gesetzliches Bett zu leiten, den unteren Klassen den Glauben an Bismarcks sociale Mission beizubringen. Er war dazu nicht Demagog genug, obwohl er einer solchen Ader nicht ganz entbehrte; er fand dazu nicht die rechten Werkzeuge, war selbst zu aristokratisch, auch mehr und mehr auf widerstrebende Parlamentsmajoritäten angewiesen, so daß er zuletzt, so viel er glaubte, für die Arbeiter gethan zu haben, bei ihnen nur als ein reaktionärer Wüterich und Priester der Klassenherrschaft verschrieen wurde. Damit geschieht ihm großes Unrecht. Spätere Jahrzehnte und Jahrhunderte werden ihn doch unter die socialen Reformatoren rechnen, trotz des Socialistengesetzes, trotz seiner Abneigung gegen die Fabrikinspektion und der häufigen, zuletzt von 1890 an einseitigen Parteinahme für die Interessen des großen Kapitals und der Unternehmer.

Darin, daß mit einer zunehmenden Ausbildung der Arbeiterschutz-



gesetzgebung und der Fabrikinspektion die wichtigsten Streitpunkte zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht aus der Welt geschafft werden, hat Bismarck sicher Recht; auch damit, daß nur langsam, vorsichtig, unter Berücksichtigung der auswärtigen Konkurrenz auf diesem Gebiete voranzugehen ist. Aber dies ist auch in Deutschland von 1890 an geschehen. Bismarck vergaß, als er sich mit der Abneigung der Fabrikanten hiergegen identifizierte, ganz, daß die Unternehmerinteressen stets jeden Fortschritt, der sich nachher als unschädlich und heilsam erwies, als verderblich bekämpft haben. Er verwechselte Unvergleichbares, wenn er meinte, dann müsse man auch auf jeden Heuboden und in jedes Familienhaus staatliche Inspektoren schicken. Er übersah vollständig die Wucht der Konkurrenz, wenn er mir persönlich in einer Unterhaltung 1890 sagte: Alle diese gewünschten Verbesserungen, wie Sonntagsruhe 2c., würden von selbst, durch die freie Initiative der Beteiligten kommen. Er hatte, ohne genaueres Studium dieser Dinge, keine richtige Vorstellung von der Art, wie die lange Arbeitszeit, die ungesunden Arbeitsräume, die Frauen- und Kinderarbeit 2c. auf eine dauernde körperliche und geistige Herabdrückung des Arbeiterstandes wirken und wie nur durch allgemeine gesetzliche Schranken, durch Inspektion und richtige Eingriffe der Staatsverwaltung mit den verbesserten technischen und sanitären Bedingungen der Arbeit, mit der Regelung der Arbeitszeit, mit der Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit die Hebung des Arbeiterstandes und ein dauerndes Steigen des Lohnes möglich sei. Wenn er noch 1890 einem englischen Journalisten sagte, die Arbeiter sollten doch ohne Staatseinmischung ihre Lage verbessern, so vergaß er, daß diese Verweisung ein freies Vereins- und Koalitionsrecht, massenhafte Streiks und harte sociale Kämpfe, wie in England, voraussetzt. Und derartiges in Deutschland zu hindern, war doch ein Hauptbestandteil seiner späteren Socialpolitik.

Die Anerkennung des Rechtes auf Arbeit bedeutete bei Bismarck im ganzen nicht mehr, als die Zusage von staatlichen Notstandsarbeiten in Jahren der Krise und sonstiger allgemeiner Not. Er fühlte sich daher auch nicht getroffen, wenn Richter ihm erwiderte, dieses Recht sei der Sieg des socialistischen Staates über die Monarchie. Es war ihm ernst, wenn er sich diesem Vorwurf gegenüber auf das Landrecht berief. Er übersah dabei nur, daß der Staat Friedrichs des Großen allerdings ein halb socialistischer gewesen war und daß der absolutistische preußische Kleinstaat des achtzehnten Jahrhunderts mit Notstandsarbeiten und ähnlichem, mit dem stets geübtem Zwang gegen die Unternehmer, keine Entlassungen vorzunehmen, das Recht auf Arbeit leicht realisieren konnte,

welches heute ganz andere Institutionen voraussetzt. Wer heute mit dem Rechte auf Arbeit halbwegs ernst machen will, muß ein gut Teil unserer wirtschaftlichen Freiheit, die Bismarck auch damals sehr hochhielt, opfern, muß den Arbeitsnachweis, die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und derartiges staatlich ausbilden, kurz, muß den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend große organisatorische Veränderungen vornehmen, welche die halbe Volkswirtschaft umbilden. An derartiges dachte Bismarck offenbar 1884 bei seiner bekannten Rede nicht. Deshalb war aber auch seine Anerkennung des Rechts auf Arbeit nur ein hölzernes Schüreisen; er dokumentierte damit nur seinen guten socialen Willen und sein sociales Pflichtbewußtsein — Eigenschaften, die immer bei ihm vorhanden waren.

Viel praktischer für die Arbeiterwelt waren die Absichten Bismarcks, sie von der Zahlung direkter Steuern zu befreien, obwohl man bei der Wirkung der betreffenden Erlasse der unteren Stufen der Klassensteuer zweierlei nicht übersehen darf: 1. wieviel mehr indirekte Steuern dafür die Arbeiter zahlen mußten und 2. ob nicht in der Aufhebung jeder direkten Steuer zugleich eine Lockerung des Pflichtbewußtseins gegen den Staat liegt. Gerade in Preußen hatte man 1815—70 gar oft die Klassensteuer mit dem Gedanken verteidigt, auch der Arme müsse wissen, daß der Staat und seine Kosten für ihn zum täglichen Brot gehören, daß er hierfür etwas zu zahlen habe. Dieser Gedanke ist nicht falsch. Aber Bismarck hatte für derartiges keinen Sinn. Er erklärte schlechtweg: „Es ist nie und für keinen ein Vergnügen, Steuern zu zahlen.“

Auf ganz anderem Boden steht nun aber die Arbeiterversicherungsgesetzgebung. Sie ist die große unsterbliche sociale That seines Lebens. Sie wäre ohne seine Überzeugung und ohne seine Thatkraft nicht vorhanden. Und ohne sie wäre die deutsche Volkswirtschaft und die Lage der arbeitenden Klassen in Deutschland heute eine wesentlich andere, nach meiner Überzeugung ungünstigere, unvollkommnere, zurückgebliebenere. Und da die meisten anderen Staaten die deutsche Gesetzgebung mehr und mehr nachzuahmen beginnen, so handelt es sich nicht bloß um eine deutsche, sondern um eine weltgeschichtliche Wendung der Socialpolitik.

Wenn ich die deutsche Arbeiterversicherungsgesetzgebung als That Bismarcks bezeichne, so vergesse ich dabei natürlich nicht, wie die deutsche Entwickelung im Knappschaftswesen und in den von v. d. Heydt geschaffenen städtischen Zwangskrankenkassen den Gesetzen von 1883—89 vorgearbeitet hatte, wie die Frage der Arbeiterhilfskassen von Theorie und Praxis aller Kulturländer seit 1848, noch mehr seit 1862 erörtert und ausprobiert wurde, wie die englischen und französischen Hilfskassen

in Deutschland zur Nachbildung anreizten. Ich übersehe ebensowenig, daß in Deutschland die einschlägigen legislatorischen Versuche von von 1871—76 immer energischer auf eine ganze und volle Lösung der Frage hindrängten, daß freiwillige, beamtete und parlamentarische Mitarbeiter an dem großen Werke halfen, daß besonders Bötticher, Bödicker, Bosse, Woedtke und andere die eigentliche Last der Detailarbeit und der parlamentarischen Durchkämpfung trugen, wie Bismarck selbst am 29. März 1889 Bötticher das Hauptverdienst des Invalidengesetzes zuschob.

Noch weniger übersehe ich die großen allgemeinen Ursachen, welche in unserem Jahrhundert darauf hinwirkten, die Unterstützung und Pflege der kranken, verunglückten, alten und invaliden Arbeiter auf das Prinzip der Versicherung statt auf das des Armenrechts zu basieren. Es ist eines der anziehendsten Kapitel der Socialgeschichte, zu verfolgen, wie alle solche Unterstützung ursprünglich den Gentilverbänden und den Familien zufiel, dann gewissen kleinen Vereinen, Gilden, Brüderschaften, wie aber in den größeren Städten und Staaten diese Unterstützung versagte, weil das ganze Gefüge der Gesellschaft ein anderes wurde; wie dann langsam Staat und Kirche Versuche machten, diese Pflicht auf sich zu nehmen; wie vom 16. Jahrhundert an der Staat die Gemeinden zur Armenunterstützung zwang, wie dieser große sociale Fortschritt aber in der Ausführung immer größere Schwierigkeiten bot und ungünstige Nebenfolgen erzeugte, je mehr man die verwaltungstechnische Seite des Armenwesens vervollkommnete; wie im Laufe des 18. und 19. Jahrhunderts gerade der kommunistische Charakter des Armenwesens den Bettel und die Heuchelei großzog, das Ehrgefühl und die Selbstverantwortlichkeit der unteren Klassen erstickte; wie daneben im 18. und 19. Jahrhundert das See-, Feuer-, Lebensversicherungswesen sich ausbildete, wie so für alle denkbaren Gefahren, Schäden nnd Unglücksfälle der sociale Gedanke siegte, die Menschen müßten sich gruppenweise zusammenthun, durch kleine wiederholte Beiträge die Mittel sammeln, um die vom Unglück Betroffenen zu unterstützen; wie so ein ganz neues Prinzip der socialen Hilfe und der socialen Organisation entstand, ebenso an die individuellen Triebfedern des Sparens und der Selbstverantwortlichkeit, als an die sympathischen Triebe der Solidarität und der gegenseitigen Unterstützung appellierend. Es ist so der Sieg des Versicherungswesens auf allen denkbaren Gebieten einer der größten socialen Fortschritte unseres Jahrhunderts. Es war eine ganz notwendige Entwickelung, daß die Versicherung von den oberen auf die unteren Klassen sich ausdehnte, daß sie versuchen mußte, soweit es gehe, das Armenwesen abzulösen, daß die mildthätigen, kümmerlichen, älteren Arbeiterhilfskassen mehr und mehr

auf dem gesunden Prinzip der Versicherung aufgebaut wurden. Dieser historische Prozeß war längst im Gange, tausend Ursachen drängten nach dieser Seite.

Und doch war Bismarck der Moses, der mit seinem Stabe auf den harten, dürren Stein schlug und das lebendige Wasser der socialen Versicherung hervorquellen machte. Ohne ihn wäre man in Deutschland vielleicht noch Jahrzehnte, vielleicht noch länger in kleinlichen Versuchen, in versumpfenden, kümmerlichen Anläufen, in schiefen Nachahmungen des freiwilligen englischen Kassenwesens stecken geblieben. Bismarck hat den Kaiser für seine Pläne nicht schwer gewonnen, die deutsche Wissenschaft stand in der Mehrheit wohl auf seiner Seite, einige hochstehende Großindustrielle ebenso; aber die Masse des Volkes, der Arbeitgeber wie der Arbeiter, stand den Plänen halb mißtrauisch, halb widerwillig gegenüber; die öffentliche Meinung war lange nicht reif für die Bismarckſche Art der Lösung des Problems; in Parlament und Bundesrat waren große Schwierigkeiten zu überwinden. Nur sein Feuergeist, sein Mut und seine Energie fanden den rechten Weg und halfen über alle Hindernisse, Stockungen und Verschleppungsversuche, über alle Intriguen und Zweifel hinweg. Als ich 1882 nach Berlin kam und öfter gerade auch den maßgebenden höheren Beamten meinen Zweifel nicht über das Prinzip, sondern über die Raschheit des Vorgehens, das Nichtabwarten des Gelingens der ersten Schritte äußerte, wurde mir immer die Antwort: Wenn nicht der ganze Hochdruck von Bismarcks Riesenkraft daran gesetzt, wenn die Sache nicht erledigt wird, so lange er lebt oder Kanzler ist, so können hundert Jahre vergehen, bis wieder einer kommt, der die Widerstände überwindet. Und das Alters- und Invalidengesetz wäre ja auch ums Haar an der Opposition der östlichen Großgrundbesitzer gescheitert. Die Mehrzahl der großen Industriellen hat ihre Abneigung gegen diese ganzen socialen Lasten wohl nur deshalb unterdrückt, weil sie sahen, daß Bismarck der Mann sei, der sie gegen schärfere Arbeiterschutzgesetze schütze und ihnen die Schutzzölle bringe. Aber mit ihrer allgemeinen Zustimmung waren die Schwierigkeiten noch lange nicht beseitigt.

Es handelte sich ja nicht bloß darum, daß überhaupt das Hilfskassenwesen der Arbeiter auf dem Boden des Versicherungsprinzips gefördert und geregelt wurde, sondern um die bestimmte Art, die Bismarck ergriffen hatte. Er wollte dem Arbeiter die Sicherheit der Existenz wiedergeben, aber in der Form, daß der Reichsgedanke dabei gewinne, daß der Arbeiter das Wohlwollen, die christliche Hilfsbereitschaft der Staatsgewalt für ihn und seine Interessen spüre. Große Reichsanstalten



oder vom Reich geschaffene, von ihm abhängige Korporationen, Reichszuschüsse, eine fast socialistische oder kommunistische Zuwendung an die Arbeiter, die fähig gewesen wäre, großen Eindruck auf sie zu machen — derartiges stand im Mittelpunkt seiner Pläne. Partikularisten und Centrum bekämpften die Reichsanstalt, die Liberalen die Reichs- oder Staatszuschüsse.

Alle Gegensätze der politischen Parteien, der socialen Klassen und Interessen konzentrierten sich auf hartnäckige Versuche, bei der Durchführung des Arbeiterversicherungswesens für ihre idealen und materiellen Interessen etwas herauszuschlagen. Es war natürlich, daß der Liberalismus an dem Ideal einer Nachahmung des freien englischen Kassenwesens, das eine gute Schule für die Selbständigkeit, für den politischen Sinn der Arbeiter darstelle, festhielten. Es war ebenso natürlich, daß die Geschäftswelt die Gelegenheit sich nicht entgehen lassen wollte, für das ganze Arbeiterversicherungswesen große gewinnbringende Aktiengesellschaften zu bilden. Die Tendenz Bismarcks, diese Domäne dem spekulativen Getriebe und der kapitalistischen Gewinnsucht zu entziehen, mußte um so stärkeren Widerstand erzeugen, als man vermutete, ähnliches stehe für die Feuer- und Lebensversicherung bevor. An diesen Gegensätzen drohte immer wieder das ganze Werk zu scheitern. Bismarck mußte viel von seinen Lieblingsvorstellungen opfern, um die verschiedenen Gesetze durch alle Klippen hindurchzubringen.

Die „Hamburger Nachrichten" erklärten 1891, die Bismarckschen Grundgedanken seien in der Ausführung so umgestaltet worden, daß er fast das Interesse an dem großen Werke verloren habe.

Es zeigt seine ganze geistige und moralische Größe, seine Anpassungsfähigkeit und seinen praktischen Verstand, daß er trotzdem am Werke festhielt und es durchkämpfte, daß er in so vielem seinen Willen der Parlamentsmajorität und, fügen wir bei, teilweise auch der bessern Einsicht seiner Mitarbeiter unterordnete. Denn seine Absicht, die Renten den Arbeitern möglichst als Reichswohlthat ohne deren eigene Gegenleistung zuzuwenden, hätte die Institution vielleicht für den Moment geeigneter gemacht, die Arbeitermassen zu gewinnen, hätte aber das Wesen der Versicherung alteriert, die Versicherung halb oder ganz auf das Niveau des kommunistischen Armenwesens herabgedrückt. Was Bismarck freilich dem Partikularismus nachgeben mußte, war vom Übel. Auch sonst ist die ganze Versicherungsgesetzgebung keineswegs vollkommen: die drei Organisationen der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung sind nicht recht ineinandergepaßt; das Ganze ist eine schwerfällige, teilweise bureaukratische Maschine; gewisse Teile, wie die Witwen- und

Waisenversicherung, fehlen noch. Aber es ist dafür auch ein sociales Riesenwerk geschaffen: die Millionen der deutschen Arbeiter sind in der Hauptsache heute gegen Krankheit, beruflichen Unfall, Alter und Invalidität versichert. Gesetzlicher Zwang hat dies allein zuwege gebracht; ohne ihn wäre nur ein Stückwerk vorhanden. Und die Träger von all dem sind doch in der Hauptsache berufliche Selbstverwaltungskörper, in denen Unternehmer und Arbeiter sociale Pflichterfüllung und sociales Zusammenwirken lernen, die, gemeinnützigen Charakters, nirgends spekulativer Gewinnsucht dienen, wie Gemeinde- und Staatswirtschaft den Versuch einer höhern Form des Wirtschaftslebens darstellen. Gewiß haben sie sich erst zu erproben, sie haben noch viel zu lernen; sie sind nach vielen Seiten verbesserungsfähig; so z. B. auch in Bezug auf die Teilnahme der Arbeiter. Die Reichstagsmajorität hat in falscher Rücksicht auf die Unternehmerwünsche die vorgeschlagene aktive Teilnahme der Arbeiter bei der Verwaltung der Unfallberufsgenossenschaften beseitigt. Aber es ist doch im ganzen mit dieser Selbstverwaltung das Richtige getroffen.

Und was das Wichtigste ist: das von allen Liberalen zuerst für unmöglich Gehaltene ist doch gelungen; dieser gesetzliche Zwang, den sie für unvereinbar mit den heutigen Prinzipien der Volkswirtschaft, mit ihrer Freiheit und Selbstverantwortlichkeit erklärten, ist doch in das freie Getriebe derselben so richtig und so unschädlich eingefügt, daß heute fast niemand mehr diese liberalen Einwürfe wiederholt. Die Lasten, welche die Unternehmer zuerst für unerträglich erklärten, werden so leicht ertragen, der gesamte deutsche Arbeiterstand ist in seiner wirtschaftlichen Existenz so gehoben, daß selbst die reaktionärsten und kurzsichtigsten Feinde der Maßregel nicht mehr ihre Beseitigung ernstlich zu fordern wagen; am wenigsten denken die socialdemokratischen Arbeiter, welche alle diese Gesetze als ärmliche Palliativmittel des Klassenstaates bekämpft haben, daran. In der Zukunft werden Millionen und Millionen kranker, verunglückter und invalider Arbeiter den Namen Bismarcks segnen.

Die sociale Frage ist natürlich mit diesen Versicherungsgesetzen nicht gelöst. Aber der schwere Druck des Arbeitsverhältnisses ist auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung gemildert. Das was fähige und tüchtige Arbeiter, ihre Familien, die bessere Erziehung ihrer Kinder immer wieder am härtesten traf, Krankheit, Verunglückung, Invalidität, ist, wenn auch nicht beseitigt, so doch in seinen schlimmsten Wirkungen wesentlich eingeschränkt. Der deutsche Arbeiterstand, der schon durch seine Schulbildung dem anderer Länder voraus ist, kann nun leichter sich geistig und wirtschaftlich heben, seine Lebenshaltung dauernd verbessern.

Dieser Fortschritt ist schnell und für alle Arbeiter erreicht um den Preis des staatlichen Zwangs und der staatlichen Ordnung und Überwachung der Selbstverwaltungsorgane. Damit sind die Vorteile, die eine langsame freie Vereinsentwickelung, wie die englische sie hat, natürlich auch preisgegeben. Aber es scheint mir, als ob unsere Organisation doch dem deutschen Charakter, der deutschen Geschichte, unsern übrigen Institutionen besser entspreche, und daß bei richtiger Leitung die Selbstverwaltungsorgane viel Gutes, was die Vereine haben; nach und nach auch bieten können. Es muß nur das bureaukratische Element in diesen Körpern nicht den Sieg über die Teilnahme und Thätigkeit der Beteiligten erringen.

Will man mit zwei Worten Bismarcks socialpolitische Tendenzen zusammenfassen, so hat er Staat und Gesellschaft, Königtum und Eigentum mit derber Faust vor der socialen Revolution zu schützen gesucht, den Besitzenden und Unternehmern so viel Vertrauen zu seinem Regiment beizubringen verstanden, daß sie ihm folgten. Aber dabei hat er mit kühnstem Mute diejenige sociale Reform, die ihm als Aristokraten, als Sprossen patriarchalischer Traditionen für die wichtigste galt, durchgeführt. Er hat nicht alle Faktoren unserer socialen Entwickelung richtig geschätzt und begriffen, er hat die Augen vor weiteren, vielleicht noch kühneren Aufgaben verschlossen, teilweise vielleicht auch aus taktischen Gründen, um damit nicht seine politischen Aufgaben und seine nächsten socialen Zwecke zu gefährden. Aber jedenfalls hat er die große Aufgabe der Zeit begriffen, daß Staat und Monarchie den arbeitenden Klassen die Hand reichen, den auf ihnen lastenden Druck mildern, sie versöhnen müssen. Ein Sohn der feudalen Romantik und des manchesterlichen Liberalismus hat er sich durch Weltkenntnis und Wahrhaftigkeit von beiden geistigen Strömungen losgerissen, hat eine manchesterliche Hochflut zum Stehen und zur Umkehr gebracht, der preußischen und deutschen Socialpolitik eine veränderte Wendung von weltgeschichtlicher Bedeutung gegeben, hat die preußische Krone mit den Tropfen socialen Öls gesalbt, die nötig waren, um ihre innere und sociale Rechtfertigung in der Gegenwart zu behaupten. Wenn Bismarck zuletzt einige manchesterliche Rückfälle hatte, sich mit seinem Kaiser über einige bescheidene weitere socialreformatorische Maßregeln entzweite und in seinem Alter einzelne Stunden hatte, in denen er als Grundbesitzer und Fabrikant, statt als Staatsmann redete, so bleibt doch die unendlich wichtigere Thatsache, daß er Preußen und dem Deutschen Reich durch seine sociale Politik einen unverlöschlichen Stempel ausdrückte und ihnen mit ihr die dringliche Aufforderung für die Zukunft hinterlassen hat, nach dem „inneren

und socialen Bismarck" zu suchen, der allein vollenden wird, was der „äußere" begonnen hat.

Mein Brief ist bereits zu lang geworden. Die Professores werden immer zu weitläufig, pflegte Friedrich Wilhelm I. zu sagen und sagen heute noch die Redakteure aller Zeitschriften. So muß ich auf den letzten vierten Brief verschieben, was ich in diesem gern noch in Bezug auf die sonstigen wirtschaftlichen Ansichten Bismarcks sagen wollte. Im übrigen soll er die Thaten des großen Staatsmannes, soweit sie das sociale und wirtschaftliche Leben beeinflußt haben, kurz zusammenfassen. Freilich habe ich schon hier neben seinen Ansichten teilweise seine Thaten erwähnen müssen. Beides läßt sich bei diesem Heros des Handelns schwer trennen.

St. Blasien, 6. September 1898.

IV. Die Finanz-, die Handels- und die Eisenbahnpolitik. Die historische politische Gesamtleistung.

Die erste Bedingung guter und großer Staatsleitung ist ihre Einheit. Sie ist um so schwerer herzustellen, je größer die Staaten werden, aus je verschiedeneren Teilen sie bestehen, je schwierigere Aufgaben im Moment zu bewältigen, je freier die Verfassungen sind, d. h. je mehr neben der Regierung Volk und Parlament eine gewichtige Stimme beanspruchen, je mehr aber auch die Regierung selbst nicht bloß in Fürst und Ministerium, sondern außerdem in eine Anzahl notwendig in ihrer Kompetenz und ihrem Einfluß sich bekämpfender Ressorts und Ministerien zerfällt. So lange die Staaten klein waren und die Fürsten selbst wie Beamte arbeiteten, war der eigentliche Träger der Einheit der Fürst allein, heute ist er es in Gemeinschaft mit dem Ministerpräsidenten; ja der letztere ist es insofern noch mehr, als er alle Gesetzgebung und laufende Verwaltung im einzelnen schon so weit vereinheitlichen muß, daß er sie als ein Ganzes dem Fürsten vortragen könne.

So ist jeder Ministerpräsident, der seine Aufgabe begreift und große Dinge durchführen will, notwendig darauf angewiesen, die anderen Minister zu beherrschen und zu leiten, sich soweit in ihre Geschäfte zu mischen, daß die Einheit der Staatsleitung gewahrt bleibe. Jeden Ressortminister treiben zu lassen, was er will, ist nicht ein Vorzug, sondern der denkbar größte Vorwurf für einen leitenden Minister. Die Ressortminister sollten stets Personen seines Vertrauens und in den leitenden Grundsätzen mit ihm einig sein. Auch wenn dies der Fall ist,

muß er um alle großen Reformen aus den anderen Ressorts sich kümmern; ist es nicht der Fall, so wird er umsomehr genötigt, sich in ihre Geschäftszweige einzuarbeiten, ihnen dreinzureden und ihnen das Konzept zu korrigieren.

Wie Bismarck diese Aufgabe in Bezug auf die socialen Dinge energisch erfaßte, wie er endlich 1880, um die Konflikte zu beseitigen, das Handelsministerium selbst übernahm, so hatte er auch in Bezug auf die Finanzen einen ungewöhnlich schwierigen Stand durch die Persönlichkeiten, welche an der Spitze der preußischen Finanzen standen und durch die seit Jahrzehnten in diesem Ressort vorherrschenden Tendenzen.

Nach der großen Neugestaltung der preußischen Finanzen 1815 bis 1833, welche gewiß nach mehreren Seiten Außerordentliches geleistet, aber auch dringliche Aufgaben, wie die Reform der Grundsteuern, unerledigt gelassen hatte, trat für Jahrzehnte im Finanzministerium vollständige Stagnation ein, die auf der gespreizten Selbstgefälligkeit der freihändlerisch liberalen Traditionen und der überwiegenden Verwendung von Juristen beruhte. Es waren nur kleine Fortschritte, daß die Revolution und die Verfassung endlich 1851 die Ausbildung der obersten Stufen der Klassensteuer zu einer recht unvollkommenen Einkommensteuer und die Militärreform von 1859 bis 1862 die endliche Reform der Grundsteuer brachte. Nicht als Finanz-, sondern als Handelsminister hatte von der Heydt das preußische Staatseisenbahnwesen begründet, die Bank reformiert, die Staatspost vervollkommnet. Er hatte dann später als Finanzminister beim Ausbruch des Krieges sich insofern bewährt, als er hierfür die Mittel rasch und glücklich beschaffte, war aber nach der Gründung des Norddeutschen Bundes zu einer großen Finanzreform, die jetzt so angezeigt war, nicht fähig; seine „Steuerbouquets" fielen unrühmlich im Parlament. Camphausen, bisher Leiter der Seehandlung, wurde sein Nachfolger. Bismarck hat von 1869 bis 1878 mit ihm „in Frieden und Unfrieden", wie er selbst sagte, gelebt. Vielleicht ein guter Bankdirektor, freute Camphausen sich der Überschüsse der Gründerjahre und der Zuflüsse der französischen Kontribution, als ob sie sein Verdienst wären; er vergaß, daß nach den sieben fetten auch die sieben mageren Jahre kommen; es ist kaum zu viel gesagt, daß er allem Vernünftigen nnd jeder großen Reform sich entgegenstellte, seine eigentliche Aufgabe, die preußischen und Reichsfinanzen auf neuen Boden zu stellen, gar nicht begriff. Die Vorschläge Bismarcks behandelte er ähnlich wie Itzenplitz; Delbrück als Präsident des Reichskanzleramtes fand mit dem besten, was er schuf, z. B. der Reform des Geldwesens, bei Camphausen wesentlich nur Hemmung. Die beiden Nachfolger Hobrecht und Bitter

konnten sich keine Position machen; erst in Scholz (1882) fand Bismarck einen ihm etwas kongenialeren Gehilfen.

Nur auf diesem Hindergrund sind Bismarcks Ansichten, Tendenzen und Maßregeln in Bezug auf die preußischen und Reichsfinanzen recht verständlich; nur auf ihm begreifen wir, wie er, mit den ausländischen Finanzeinrichtungen fast bekannter als mit den inländischen, von 1867 an immer unzufriedener wird, die vielgerühmten preußischen Finanzen immer energischer als rückständig anklagt. Die Grundsteuerregulierung von 1861, welche die adeligen Steuerfreiheiten aufhob, sieht er durch die Brille des Rittergutsbesitzers als verfehlte und ungerechte Maßregel an, ganz übersehend, welch altes Unrecht damit gut gemacht wurde. Er schwärmt für die bessere Ausbildung der indirekten Steuern, die in Frankreich und England die Macht der Regierung so sehr stärken, mit dem wachsenden Wohlstand von selbst steigende Erträge liefern. Er ist für erhöhte Biersteuer, für das Tabaksmonopol; für verschiedene neue direkte Steuern, vor allem für größere Zolleinnahmen.

Alle direkten Steuern erscheinen ihm als plumper Notbehelf; die Einkommensteuer will er als eine Art Anstands- und Ehrensteuer belassen, von der Klassensteuer die unteren Klassen befreien, einen Teil der direkten Steuern den kommunalen Verbänden überweisen, die Grundsteuer womöglich ganz aufheben. Er spricht viel von der Doppelbesteuerung, die den Landmann in Form von Grundsteuer und Einkommensteuer treffe, von der Überlastung der Landwirtschaft durch Steuern überhaupt. Er übersieht dabei, daß mehrfache direkte Steuern auch andere Klassen treffen; er hat nur darin recht, daß der Besitz des Bauern und Gutsbesitzers meist am leichtesten zu fassen ist. Die Steuerlast, die seit der landwirtschaftlichen Krise allerdings übermäßig drückte, stammte in der Anlage aus einer Zeit rasch wachsender Grundrente, in welcher eben deshalb die später hart erscheinende ländliche Besteuerung keine übermäßige war.

In all diesen und ähnlichen Äußerungen Bismarcks war stets viel Richtiges mit einzelnem Schiefen gemischt. Erreicht wurde außer der Zollreform, einigen neuen indirekten Reichssteuern und der Beseitigung der unteren Stufen der Klassensteuer nichts. Aber es entstanden doch Entwürfe, die dann in Miquels kluger und energischer Hand ausreiften. Wie weit die große Reform der direkten Steuern dieses Finanzministers sich mit den Plänen und Entwürfen von Scholz deckte, wie weit Bismarck letztere beeinflußt, gefördert oder gehindert hat, kann ich nicht genau sagen. Jedenfalls nehmen Sachkundige an, Bismarck würde die neue Einkommens- und Vermögenssteuer der 90er Jahre nicht gebilligt haben,

obwohl er 1847 schon für eine höhere Besteuerung des fundierten Einkommens eingetreten war.

In Bezug auf die Reichsfinanzen bleibt Bismarck das Verdienst, die Matrikularbeiträge immer wieder bekämpft zu haben, stets für eigene Einnahmen des Reichs und ihre Erhöhung eingetreten zu sein. Am schwersten in dieser Beziehung ins Gewicht fällt, daß er die Zolleinnahmen etwa auf das Vierfache zu erhöhen verstand. Ohne diese große Maßregel wäre der Reichsfiskus der Schwindsucht oder dem Bankerott anheimgefallen. Die veränderte Handelspolitik ist die wichtigste finanzielle Maßregel Bismarcks neben der Eisenbahnverstaatlichung. Bei ihr müssen wir noch etwas stehen bleiben.

Daß Bismarck früher Freihändler war, hat einfache Ursachen. Seine Jugend wie sein Mannesalter fallen in eine Zeit, in welcher Beamtentum und Großgrundbesitz gleich freihändlerisch waren; der Tarif von 1818 hatte den Rittergutsbesitzern die freie Wollausfuhr definitiv gesichert — im Gegensatz zu dem 1719—1806 bestehenden, die Landwirte schädigenden Wollausfuhrverbot. Der Wohlstand des deutschen Ostens beruhte 1815—70 auf der Rohproduktenausfuhr nach England; der Sieg des Freihandels in England brachte 1846—65 die glücklichsten Jahre für Bauer und Rittergutsbesitzer; die Bodenpreise stiegen von 1820—1875 auf das Drei- bis Vierfache. Der Schutzzoll galt in den feudalen Kreisen damals als ein Klasseninteresse und Irrtum der städtischen Bourgeoisie, die man bekämpfte. Dazu kam von 1849 bis 1866 der handelspolitische Kampf mit Österreich: Österreich wollte in den Zollverein eintreten und ihn zum Schutzzoll bekehren; wer dies und damit die handelspolitische Mediatisierung Preußens hindern wollte, trat für den Freihandel und von 1860 an für den Anschluß an das westeuropäische freihändlerische Konzert ein. Der französisch-preußische Handelsvertrag war abgeschlossen, als Bismarck das Ministerium übernahm; er galt ihm als politisch und wirtschaftlich gleich richtig; in seinem Vater, Delbrück, sah er zunächst zwar einen liberalen Geheimrat, der ihm unter Umständen Schwierigkeiten machen werde; aber er arbeitete sich rasch mit ihm so ein, lernte seine virtuose bureaukratische Geschicklichkeit und verstandesdürre liberale Aktenlogik und Korrektheit so schätzen, daß er bis 1876 mit ihm auskam. Eben weil Delbrück kein Staatsmann, sondern ein vortrefflicher Unterstaatssekretär war, ergänzten sich die beiden sehr gut, so lange Bismarck mit liberalem Winde segelte.

Was Bismarck dann am Freihandel stutzig machte, war der Stillstand in seinem Fortschritt, war der teils nie beseitigte, teils wieder

wachsende schutzzöllnerische Abschluß der meisten anderen großen Staaten; er sah außerdem, wie in Frankreich und anderwärts die kleinen Künste der Verwaltungspraxis als Kampfmittel der Konkurrenz benützt wurden; er betont, daß unser Beamtentum dazu zu ehrlich und anständig sei. Daß der Zollverein seit Jahrzehnten vom Ausland sich fast alles hatte gefallen lassen, ohne zu Retorsionen zu greifen, hatte ihn stets gewurmt. Er wäre unmittelbar vor dem Frankfurter Frieden, als Thiers uns mit hohen Schutzzöllen drohte, sofort bereit gewesen, das Praevenire zu spielen und gegen Frankreich hohe Zölle einzuführen, wenn ihm Delbrück nicht in den erhobenen Arm gefallen wäre. Und die praktisch wichtigste Ursache, welche bisher den östlichen Adel freihändlerisch gemacht, der gewinnreiche Absatz nach England begann in den 70er Jahren zu stocken; Großbritannien machte Anstalt, seine Lebensmittel aus Rußland, Nordamerika, Indien und Australien zu beziehen; wir wurden aus einem Getreide exportierenden ein importierendes Land; die Rohprodukte der durch die Eisenbahnen aufgeschlossenen großen Flächenstaaten begannen in Masse auf den europäischen Markt zu strömen und eine schwere Krisis der Landwirtschaft herbeizuführen, die naturgemäß die bisherigen agrarischen Freihändler zu Schutzzöllnern machte. Dazu kam die seit 1873 einsetzende industrielle Krisis, die in Deutschland schärfer und chronischer als anderwärts auftrat. Die Ursache dieser Verschiedenheit lag hauptsächlich in dem Umstande, daß Deutschland, lange in seiner Entwickelung aufgehalten, von 1866—1873 gewerblich und in seinem Handel und Kreditwesen rascher und plötzlicher vorangekommen war, ja in vielen Gewerbszweigen übertriebener sich ausgedehnt hatte, als andere Staaten. Bismarck meinte, die Ursache läge im Freihandel, Frankreich und Rußland hätten wegen ihrer Schutzzölle eine geringere Krise. Die Reichstagsmajorität, die öffentliche Meinung, ein Teil der Wissenschaft forderte Schutzzölle, wie sie in Frankreich, Rußland, Österreich, den Vereinigten Staaten bestanden und erhöht wurden. Der Widerstand der Geheimen Räte konnte Bismarck nicht abhalten, seine durch Enqueten und umfangreiche Studien in Handelskammerberichten und ähnlichem Material gestärkte neue Überzeugung geltend zu machen. Die Reichsfinanznot trieb ihn fast noch mehr als die handelspolitischen Ursachen zur Durchkämpfung des erhöhten Tarifs von 1879.

Die handelspolitischen Reden, welche Bismarck damals und in den folgenden Jahren im Reichstag hielt, gehören zu seinen besten Leistungen; sie geben die großen Gesichtspunkte der Steuer- und Zollreform, das Verhältnis zum Ausland, unsere ganze einschlägige historische Entwickelung, die Motive der gesetzgeberischen Vorschläge und der ganzen Umkehr

der Handelspolitik, das Wesen der Handelsverträge ebenso meisterhaft wieder, wie sie eine Fülle praktischer Preis-, Konkurrenz-, gewerblicher und landwirtschaftlicher Detailfragen mit Sachkenntnis und Anschaulichkeit erörtern. Freilich nicht ohne in Übertreibungen da und dort, ja auch in einzelne handgreifliche dilettantische Irrtümer zu verfallen. So z. B. wenn er die Prosperität Rußlands 1870—1879 auf seinen Tarif, statt auf seine spätere Entwickelung, hauptsächlich seinen Eisenbahnbau, zurückführt; wenn er hohe Getreidepreise schlechthin als Zeichen volkswirtschaftlicher Blüte preist, ohne zu unterscheiden zwischen einem langsamen mäßigen Steigen, das der Bevölkerungsdichtigkeit und der allgemeinen Kultur entspricht, und jenem starken anormalen Steigen, das als Folge des natürlichen oder künstlich gesteigerten Bodenmonopols sich darstellt und für die Masse des Volkes mit Elend, Teuerung und allerlei proletarischen Erscheinungen sich verbindet, wie z. B. in England 1790—1815, 1830—46.

Die Wendung im ganzen aber, welche Bismarck unserer Handelspolitik 1879 gab, muß ich heute, wie 1879, für richtig und für eine große, kühne That halten. In einer Epoche, in welcher die englischen Kolonien überwiegend Schutzzölle einführten, England, Rußland, die Vereinigten Staaten sich anschickten, ihre handelspolitischen Fangarme riesenhaft auszurecken und ihre großen Weltreiche zu begründen, wo die letzte große Teilung der Welt, ihrer Kolonien, ihrer Märkte einsetzte, wo durch die neuen Verkehrsmittel plötzlich alle Konkurrenzverhältnisse der Vergangenheit auf den Kopf gestellt waren, wo fast alle anderen Staaten ihre Thore zumachten, durfte Deutschland nicht allein sie offen lassen. Der Zollverein hatte sich jahrzehntelang von seinen Nachbarn mißhandeln lassen; jetzt war die Macht Deutschlands endlich so gewachsen, daß wir selbstbewußter, kühner auftreten, wieder etwas in die Wege fridericianischer Handelspolitik zurücklenken konnten, ohne in deren Übertreibungen und Irrtümer zu verfallen. Schon um wieder die Basis zu Verhandlungen über Handelsverträge mit anderen Staaten zu bekommen, mußten wir unsere Zölle erhöhen und zunächst den inländischen Markt der fremden Konkurrenz etwas schwerer zugänglich machen.

Ihn ganz zuzuschließen, gar keine Handelsverträge mehr abzuschließen, dem geschlossenen Handelsstaat zuzusteuern, daran dachte Bismarck sicher 1879 nicht; auch für später glaube ich es nicht. Und wenn die extremen Schutzzöllner behaupten, er würde, wenn er Kanzler geblieben wäre, 1890—93 ein extremes Hochschutzsystem geschaffen haben, so zweifle ich ernstlich daran. Vor allem der russische Handelsvertrag liegt ganz in den Bahnen Bismarckscher russophiler Politik. Und wenn

man einwirft, er habe ja gerade erklärt, die allgemeine und die handelspolitische Freundschaft oder Feindschaft brauche zwischen zwei Staaten nicht notwendig übereinstimmend zu sein, so zeigen die, welche ihm das heute nachsprechen, daß sie ihm nur abgelernt, wie er sich räusperte und wie er spuckte. Er that einen solchen Ausspruch, als er das Verhältnis zu Österreich für ganz gesichert ansehend, entschuldigen wollte, daß wir auf gewisse handelspolitische Wünsche dieses Staates im Moment nicht eingingen. Im übrigen war dies für ihn selbst ein Ausnahmefall, gerechtfertigt durch die damalige Festigkeit des Dreibundes. Sonst hat er zeit seines Lebens die Handelspolitik streng seiner allgemeinen angepaßt. Er war freihändlerisch, wesentlich weil er 1859—63 antiösterreichisch und franzosenfreundlich war. Und im ganzen verfuhr er mit Recht stets so. Er wurde schutzzöllnerisch, weil der Schutzzoll in der neuen Ära der gesteigerten politischen und wirtschaftlichen Rivalitäten der großen Staaten, in der Zeit des Kampfes um den Weltmarkt und die Kolonien, für uns die wichtigste, ja fast die einzige Waffe war.

Unter den zollpolitischen Ausführungen Bismarcks stehen an Wahrheit und Sachkenntnis diejenigen obenan, welche den Zusammenhang der Zoll- mit den Eisenbahntarifen betreffen. Die Eisenbahnen haben ihn seit 1862 beschäftigt; er hat über sie und ihre Reform so viel nachgedacht, auf letztere so viel Kraft und Energie verwendet, daß dieses Kapitel seiner Thätigkeit ebenbürtig neben seiner Socialpolitik steht.

Die Ansichten und Tendenzen Bismarcks entwickeln sich auch hier im Kampfe gegen Itzenplitz, wie bei der Socialpolitik. Dieser Minister hatte den preußischen Eisenbahnbau wieder mehr und mehr dem Privatkapital überlassen, nachdem von der Heydt in den 50er Jahren den ungeheuren Fehler seiner Vorgänger etwas gut gemacht hatte. Friedrich Wilhelm IV. und seine Minister hatten den Staatseisenbahnbau aus falscher Angst davor abgelehnt, daß der hierzu nötige Staatskredit zur Berufung der 1820 im Staatsschuldengesetz versprochenen Generalstände führen müsse. Von der Heydt baute nun erhebliche Staatsbahnen, wußte auch die Aufsicht über die Privatbahnen energischer zu handhaben, das Recht des Staates, wo er Zinsengarantie leistete, dazu auszunutzen, die Privatbahnen in steigende Abhängigkeit von der Staatsgewalt zu bringen. Unter Itzenplitz erlahmten diese Tendenzen; statt des Staatsministeriums erteilte der Handelsminister allein die Eisenbahnbaukonzessionen; zärtlich suchte man dabei die Aktienbahnen vor Konkurrenz zu schützen; staatliche Linien wurden nur wenige mehr gebaut. Die wirtschaftlichen Modedoktrinen, die im Handelsministerium herrschten, waren dem großen Kapital, den Gründerkonsortien, der Behandlung der Eisenbahnen wie



gewöhnlicher Privatunternehmungen nur allzugünstig. Die Mißbräuche häuften sich dann so, daß die große parlamentarische Untersuchungskommission von Lasker durchgesetzt wurde, deren Licht dem Sturz von Itzenplitz leuchtete.

Bismarck hatte längst im Staatsministerium auf die Schäden des preußischen und deutschen Eisenbahnwesens aufmerksam gemacht, seine Zersplitterung beklagt, im Bundesrat eine wirksame Gestaltung der Bundesgewalt in Eisenbahnsachen gefordert. Als Itzenplitz endlich ging, schrieb Bismarck (März 1873) an Roon als damaligen Ministerpräsidenten, nun müsse es endlich anders werden; die früher mit Nachdruck geführte Staatsaufsicht müsse jetzt wieder im Interesse des Publikums hergestellt, die Konzessionserteilung dem gesamten Staatsministerium zurückgegeben, konkurrierende eventuell vom Staat gebaute Linien als Schutz gegen das Monopol geschaffen werden. Im Reiche setzte er damals wenigstens die Errichtung des Reichseisenbahnamtes durch, nicht ohne heftigen Widerspruch der leitenden politischen Parteiführer, die überwiegend noch mit manchesterlichem Winde fuhren; Reichensperger z. B. meinte, solche Centralisierung und Monopolisierung sei der allmähliche Tod alles freiheitlichen Lebens. Seinen richtigen Blick zeigte Bismarck Ende des Jahres 1873 noch durch seinen freilich vergeblichen Protest gegen die Erhöhung der Eisenbahntarife; die große Krisis hatte begonnen, man mußte alles thun, um den Rückgang der Industrie und die Arbeiterentlassungen zu hindern; die Eisenbahnen sahen ihre fetten Renten bedroht, aber statt sie lieber etwas zu beschränken, ließ man die Erhöhung der Tarife zu und verstärkte so die industriellen Einschränkungen, ohne den Eisenbahnen viel zu helfen.

Das Reichseisenbahnamt nützte kaum etwas; der Reichskanzler wurde nicht Herr über die Handelsminister und Eisenbahnpräsidenten. In Preußen schwang sich der neue Handelsminister Achenbach nicht zu kühneren Thaten auf: da zwei Drittel aller deutschen Bahnen in Privathänden seien und Vorteile und Nachteile der Staats- und Aktienbahnen sich die Wage hielten, so müsse die Sache bleiben wie bisher. Mit dieser profunden Weisheit schloß er seine Programmrede. Bismarck war auf die Fortsetzung des kleinen Ressortkrieges angewiesen. Als im Jahre 1874 die Börse sich mit der Fusionierung großer Privatbahnen beschäftigte, sah Bismarck darin eine Verstärkung des zu bekämpfenden Feindes und ermahnte das Staatsministerium, statt dessen lieber diese Bahnen für den Staat zu kaufen. Im folgenden Jahre empfiehlt er eine nationale Eisenbahntarifpolitik in Form von Repressalien gegen ausländische, uns schädigende Bahnen. Kühnere Bahnen versucht er 1876

einzuschlagen; er will das Reich in den Besitz möglichst aller deutschen Eisenbahnen setzen, wie es ja die elsaß-lothringischen bereits besaß. Er sieht mit Recht darin eine Stärkung der Reichsgewalt, wie sie großartiger nicht gedacht werden könne, eine Belebung des Nationalgefühls und eine mächtige Handhabe, die volkswirtschaftlichen Interessen zu fördern und alles wirtschaftliche Leben in nationalem einheitlichem Sinne zu beeinflussen und zu lenken. Er versucht zunächst, die preußischen Eisenbahnen an das Reich zu übertragen. Er führt aus, da das Reichseisenbahnamt die gewünschte Einheit und eine nationale Eisenbahnpolitik im Dienste des Verkehrs nicht geschaffen habe, so müßten andere Wege eingeschlagen werden. Wie im Mittelalter, ruft er, bestehen in Deutschland 63 verschiedene Eisenbahnprovinzen und Territorien; jedes besteuert den Verkehr nach Willkür zu Gunsten seines Privatsäckels; die Direktionen treiben den Kampf untereinander als Sport; das alte Stapel-, Zoll-, Geleits-, ja das Fehderecht des Mittelalters lebt durch sie neu auf.

Da das Ziel nicht zu erreichen ist, die deutschen Mittelstaaten rasch ihre Privatbahnen aufkaufen, so bleibt Bismarck auch in Preußen nur die Eisenbahnverstaatlichung in großem Stile übrig. Er will 1878 dazu ein Eisenbahnministerium schaffen. Miquel und andere suchen es zu hindern. Maybach wird zum Handelsminister ernannt; die übrigen Zweige seines Ressorts werden ihm später abgenommen. Er ist der rechte Mann, um den großen und kühnen Gedanken Bismarcks, den der Überführung der wichtigsten Eisenbahnlinien in Staatsbesitz auszuführen.

Wir stehen heute nach fast 20 Jahren diesen Ereignissen schon so fern, daß die öffentliche Meinung naturgemäß sich mit Vorliebe fragt, welche Kehrseiten diese Maßregel gehabt habe. Und diese können natürlich, wie bei jeder menschlichen Einrichtung, nicht fehlen. Die bureaukratische Behandlung hat die kaufmännische ersetzt; an dem ursprünglichen Wunsche Bismarcks, daß nur die Verkehrs-, nicht die Finanzinteressen regieren sollen, hat er selbst am wenigsten festgehalten. Die Millionen Eisenbahnüberschüsse waren zu verführerisch für den Etat, der durch den Wechsel dieser Überschüsse in ein bedenkliches Schwanken kam. Die Erwartungen, daß die verstaatlichten Eisenbahnen social zu Musteranstalten würden, sind keineswegs ganz erfüllt, obwohl die Verbesserung gegenüber der Aktienverwaltung evident ist. Aber alle diese kleinen Schattenseiten verschwinden gegen die Hauptsache.

Sie liegt in der Ermöglichung einer einheitlichen Eisenbahn- und Verkehrpolitik, wie sie kein anderer großer Staat der Welt jetzt treiben kann und in England bereits heute als ein Hauptvorzug der deutschen



Volkswirtschaft anerkannt wird; — aber was vielleicht noch wichtiger ist, in der denkbar größten Machtverschiebung zwischen den volkswirtschaftlichen Kräften und Potenzen. Die großen centralisierten Kreditinstitute, die großen Verkehrsanstalten und die großen industriellen Aktiengesellschaften, Kartelle und Ringe, das sind die drei Arten von Organisationen, welche heute in den reichen Kulturstaaten mehr und mehr die Volkswirtschaft und bald auch den Staat beherrschen. Es sind Bildungen, die meist einen großen technischen und organisatorischen Fortschritt bedeuten, in der heutigen Zeit deshalb nicht aufzuhalten, sondern eher zu fördern sind; aber sie geben einer immer kleineren Zahl von Personen die größte wirtschaftliche Macht, häufig ein Monopol; sie können, im Gesamtinteresse geleitet, den größten Segen stiften, während sie, im egoistischen Interesse gemißbraucht, zur wirtschaftlichen Tyrannei und zu Mißbräuchen aller Art führen. Zunächst sind häufig geniale, aber harte Geschäftsleute, oft wucherische und schwindelhafte Spekulanten an der Spitze, die um jeden Preis und ohne jede Rücksicht große Gewinne, Dividenden- und Kurssteigerungen erzielen wollen. Daher die Mißstimmung über diese Bildungen, die socialistische Klage, daß sie die Klassenherrschaft des Kapitals darstellen, besonders wenn diese Organisationen durch ihren Einfluß, ihr Geld, ja ihre Bestechung, Regierung, Parlament, Presse, Gerichtshöfe und Verwaltung von sich abhängig machen, wie es in den Vereinigten Staaten, aber auch in Europa teilweise der Fall ist. Und deshalb die große, moralische, politische und sociale Gefahr, die sich hier unter Umständen vorbereitet; vielleicht die größte, die der heutigen Volkswirtschaft und dem modernen Staate droht, wenn nicht Gegengewichte und Heilmittel gefunden werden. Sie können sehr verschiedenartig sein, wie das drohende Übel der Korruption, der Bestechung, des Monopols, des Machtmißbrauchs verschiedene Formen haben kann. Jedenfalls ist es gut, wenn in der Leitung dieser Organisationen das staatliche Gesamtinteresse ein Wort mitzusprechen hat, oder wenn ein Teil derselben, besonders die großen Verkehrsanstalten und die centralisierten Kreditinstitute, direkt der Staatsleitung unterstellt werden. Damit ist den schlimmsten Mißbräuchen der Boden entzogen, damit ist gehindert, daß die Eisenbahnen Staaten im Staate werden, die Regierung und Parlament beherrschen und das Publikum in ihrem und der Aktionäre Interesse brandschatzen: die Bismarcksche Eisenbahnpolitik war in dieser Richtung die größte That unseres Jahrhunderts. Alles was man in anderen Staaten in ähnlicher Richtung versuchte, bleibt unendlich weit dahinter zurück. Die Gefahren

einer einseitigen Kapitalistenherrschaft sind damit in Preußen mehr als irgendwo anders in Westeuropa zurückgedrängt.

Daß Bismarck bewußt oder instinktiv von Gedanken dieser Art geleitet war, wird niemand leugnen, der eine intime Kenntnis seiner Stimmungen und Tendenzen von 1864—1880 hat: es ist dieselbe Richtung der Politik, welche zur deutschen Reichsbank, den Altersversicherungsgenossenschaften und ähnlichem führte. —

Es würde über die Grenzen, die diesen Briefen gesteckt sind, weit hinausführen, wenn ich versuchen wollte, auch nur in solchen Umrissen Bismarcks Ansichten und Tendenzen auf allen Gebieten der Volkswirtschaft und wirtschaftlichen Verwaltung und Gesetzgebung zu charakterisieren. Teilweise wären dazu auch umfangreichere Studien und nicht bloß in dem gedruckten, sondern auch in dem ungedruckten und geheimen Material nötig.

So möge also zum Schlusse nur versucht werden, kurz anzudeuten, was nicht sowohl die Ansichten als die Thaten Bismarcks für die wirtschaftliche und sociale Entwickelung Deutschlands bedeuten. Wenn wir auch einige der wichtigeren wirtschaftlichen schon erwähnt haben — gerade als Ergebnisse seiner Ansichten — so haben doch auch die nicht wirtschaftlichen Thaten des großen Staatsmannes sociale und volkswirtschaftliche Bedeutung. Und auch die wirtschaftlichen wollen in diesem Zusammenhang als Ausflüsse seines politischen Handelns begriffen sein. War er doch in erster Linie der Mann der That und zwar der politischen, der staatenbildenden; stellte er doch in erster Linie den von der Theorie und leider auch von der Praxis so oft zerrissenen Zusammenhang zwischen Staat und Volkswirtschaft in einer Weise wieder her, wie es nur den größten Staatsmännern auf den Höhepunkten der Kultur gelang.

Die politische Lage war im September 1862 folgende: Preußen stand in einem Verfassungskonflikt, aus dem nur der Staatsstreich oder die Revolution einen Ausweg zu bieten schien. Preußen und Österreich, zeitweise durch den Kampf gegen gemeinsame Gegner, zeitweise durch schwächliche Romantik darüber getäuscht, daß nur Eines in Deutschland herrschen könne, standen sich seit 1848 und 1850 immer feindlicher gegenüber. Neben und zwischen ihnen die Summe von Mittel- und Kleinstaaten, fast alle zu klein zum Leben, zu groß zum Sterben. Der Antagonismus der beiden großen und aller kleinen unter sich und gegen die großen hinderte jede gesunde politische und im ganzen auch die wirtschaftliche Entwickelung. Deutschland war hinter Westeuropa 200 bis 300 Jahre in den politischen und wirtschaftlichen Lebensformen zurück.

Immerhin so lange Technik und Verkehr sich nur wenig änderten, war das Verharren in den alten Einrichtungen der Stadtwirtschafts- und Territorialpolitik noch erträglich gewesen. Diese Voraussetzung verschwand 1840 bis 1860. Deutschland stand mit seiner Zerrissenheit und Ohnmacht, mit seiner Träumerei und seinem Philistertum, mit all seinen häuslichen und privaten Vorzügen und Tugenden vor dem politischen Untergang. Nicht bloß weil die überlieferten Lebensformen unerträglich geworden waren, sondern weil die wachsende Macht seiner Nachbarn ihm immer gefährlicher wurde, weil bei der wirtschaftlichen und politischen Neugestaltung, die in Europa und der ganzen Welt mit den ungeheuren Veränderungen der Technik bevorstand, vollends sinken mußte, wer nicht fähig war, wie die Großstaaten, an den Errungenschaften der neuen Zeit teilzunehmen. Die wenigen großen politischen Thaten der deutschen Vergangenheit, die Leistungen Friedrichs II., die Freiheitskriege und die Hardenbergschen Reformen, der Zollverein, konnten nicht mehr ausreichen, das ungeheure politische und wirschaftliche Defizit, vor dem man stand, zu decken. Immer schwächlicher, lethargischer, unfähiger die großen Aufgaben zu bemeistern, stand Deutschland den großen, politisch längst konsolidierten und darum so überlegenen feindlichen Nachbarn gegenüber, deren leitender politischer Grundsatz seit 400 Jahren die Schwäche und Zerrissenheit Deutschlands war, die, längst ein Stück nach dem andern abreißend oder loslösend, nur auf den Moment zu warten schienen, uns politisch vollends den Gnadenstoß zu geben.

Rußland betrachtete Deutschland und besonders Preußen als halbrussische Domäne und Vormauer gegen die liberalen Westmächte. Hatte doch der russische Kaiser 1848 dem kommandierenden General in Königsberg, ohne Anfrage bei Friedrich Wilhelm IV., die Aufforderung gesandt, gegen Berlin zu marschieren, um den König von seinen liberalen Ministern zu befreien. Die Westmächte wollten Preußen als militärischen Sturmbock gegen Rußland verwenden, aber gönnten ihm sonst jede Schwächung. Frankreich erwartete 1866 sicher den Sieg Österreichs, wollte dann das gefallene Preußen großmütig beschützen, aber um den Preis des linken Rheinufers, das dann zusammen mit halb oder ganz Schlesien verloren gewesen wäre. Den Kulturkampf danken wir in erster Linie der Thatsache, daß der päpstliche Stuhl an der französisch-antipreußischen Koalition von 1870 so stark beteiligt war. Kurz, die Gegner drohten von allen Seiten und fanden überall im Inland offene oder geheime Unterstützung. Bei der Weltreichsbildung, die sich 1860 bis 1890 vollzog, bei der ungeheuren technischen und gesellschaftlichen Umwälzung, die mit der Weltwirtschaft, der letzten Verteilung der Kolo-

nien und Absatzmärkte vor sich ging, bei den riesenhaften neuen Interessenkonflikten, die sich bildeten, drohte unserem armen Vaterlande die Gefahr, als Entschädigungsobjekt behandelt, weiterer Teile beraubt, wenn nicht ganz erdrückt und zerrieben zu werden, falls nicht in letzter Stunde der Retter erschien, eine einheitliche deutsche Reichsgewalt aufrichtete, den Dualismus von Preußen und Österreich löste und die Möglichkeit bot, die modernen politisch-wirtschaftlichen Lebensformen bei uns heimisch, aus einem Haufen territorialer Wirtschaftskörper eine staatliche Volkswirtschaft großen Stils zu machen.

Nur politische Träumer und historische Ignoranten können sich einbilden, dieser Ausweg hätte durch konstitutionelles Regieren in Preußen allein, oder gar durch das radikale Rezept einer Auflösung Deutschlands in kleine republikanische Schweizer Kantone gefunden werden können. Nur die kühnste und glücklichste Machtpolitik, gestützt auf die bewährten monarchischen und militärischen Einrichtungen Preußens, konnte mit blitzartiger Schnelligkeit die ganze Welt überraschen, das scheinbar Unmögliche leisten, Deutschlands Einheit unter Preußens Leitung herstellen, Österreich versöhnen, den mißgünstigsten Nachbar isolieren und niederwerfen und dann durch zwanzig Friedensjahre hindurch all den Haß und den Neid, das Mißtrauen und das Rachegefühl der sämtlichen in ihren wichtigsten Interessen durch das Aufsteigen Deutschlands geschädigten Nachbarn und Großmächte beschwichtigen und niederhalten und so die Welt an die Existenz eines mächtigen Deutschen Reiches gewöhnen. Man mag dem Glück, dem Zufall, der göttlichen Vorsehung noch so viel zuschieben, es bleibt eine Politik heroischer Kühnheit und diplomatischer Feinheit und Geschicklichkeit, die in aller Geschichte kaum jemals ihresgleichen gehabt hat und nicht leicht je wieder haben wird. Es ist eine Politik, die uns vor dem Schicksal Griechenlands und Polens bewahrt hat, die für immer hindern wird, daß man die Thaten des Großen Kurfürsten und Friedrichs des Großen mit denen Gustav Adolfs und Karls X. vergleicht, die ihrem Vaterlande nur eine kurze, scheinbare Macht verliehen.

Deutschland ist nicht allein durch Bismarck, aber doch vor allem dank seiner genialen Politik ein großes einiges Kulturvolk geworden, das heute in der Welt nicht an erster Stelle, aber doch unter den ersten steht, das die Fähigkeit hat, noch sehr viel höher an Kultur und Macht emporzusteigen. Und das sollte für die Volkswirtschaft und die sociale Entwickelung nicht ohne die größeste Bedeutung sein? Ohne diesen politischen Aufschwung würden wir heute an halb mittelalterlichen Zuständen, an entsetzlicher Übervölkerung, an den traurigsten proletarischen Zuständen



leiden. Wir wären noch das Volk von Handwerkern, Krämern, Kleinbauern und Tagelöhnern, von Philistern und Träumern, und nicht eine stolze selbstbewußte Nation, deren Großindustrie, Landwirtschaft, Verkehr und Handel, Export und Schiffahrt den meisten anderen Ländern als beneidenswert in Technik und Organisation erscheint, deren Arbeiterbewegung, so viel man über sie klagen mag, doch an der Spitze der europäischen steht.

Der politische, rechtliche und wirtschaftliche Neubau des Deutschen Reiches mußte erfolgen unter dem Druck der schwersten militärischen Rüstung, weil wir von allen Seiten bedroht waren, und in einer Epoche der Umbildung der Gesellschaft, wie man sie seit Jahrhunderten, der Technik, wie man sie fast seit Jahrtausenden nicht erlebt hatte. Es mußte nachgeholt werden, was die westeuropäischen Einheitsstaaten seit vielen Generationen besaßen, und dabei sollte vom bestehenden territorialen Staats- und Verwaltungsrecht, von den berechtigten und unberechtigten Eigentümlichkeiten der kleinen und kleinsten Staaten so viel als möglich geschont und erhalten werden. Und doch gelang der Staatskunst Bismarcks und seiner Gehilfen der Neubau des Reichs: Deutschland wurde in Wirklichkeit ein einheitlicher freier Markt, es erhielt ein einheitliches Maß-, Gewichts- und Geldwesen, eine centrale Reichs-Notenbank und ein einheitliches Bankrecht, eine fast einheitliche Reichspost, ein musterhaftes Telegraphen- und Telephonwesen, verstaatlichte Eisenbahnen und verbesserte Wasserstraßen, eine einheitliche rechtliche Ordnung des Gewerbebetriebs, der Presse, des Patentwesens, des Seeschiffahrtsgewerbes, eine einheitliche Justizverfassung und ein einheitliches bürgerliches Recht; die nationale Handelspolitik, die Ordnung des Konsularwesens, der Erwerb von Kolonien, die Subvention großer Dampferlinien, der Erwerb einer tüchtigen Kriegsmarine, die rasche Förderung einer stetig wachsenden Handelsflotte vollendeten nach außen, was für die wirtschaftliche Entwickelung nach innen geschehen war.

Gewiß hat man bei der unendlichen Schwierigkeit der Probleme dabei nicht überall rasch und sofort das Richtige getroffen; noch weniger konnten alle Parteien und Klassen mit ihren Sonderinteressen und Sonderwünschen, mit ihren Idealen befriedigt werden. Aber das Wesentlichste ist geschehen und ist geglückt. Und das Wesentlichste ist der feste, gesicherte, nationale Staat mit geordneter zeitgemäßer Verfassung nach innen, mit Ansehen und Macht nach außen. Er ist die erste Lebensbedingung für eine gesunde wirtschaftliche und sociale Entwickelung. Und eben deshalb könnten oder sollten alle Parteien und Klassen zufrieden sein, die Liberalen mit dem, was für wirtschaftliche Freiheit und

Einheit, für Industrie und Handel, die Konservativen mit dem, was für die Macht und Stärkung der Krone, der Armee, der Regierung, für Landwirtschaft und Rittergutsbesitzer, die Arbeiter und die Socialreformer mit dem, was zur Hebung der unteren Klassen und des Mittelstandes geschehen ist, alle damit, daß keiner Partei und keiner Klasse die freie Bethätigung ihrer Interessen, der gesetzliche Kampf für ihre Ideale versagt ist.

Einzelne werfen Bismarck vor, er habe die elementaren und egoistischen Kräfte der Gesellschaft entfesselt, er sei der Arbeiterbewegung, die er durch das allgemeine Stimmrecht gefördert, dann nicht Herr geworden, er habe die begehrlichen Wünsche der Agrarier und der Großindustrie, der Zünftler und der Bauern nach Staatshilfe großgezogen. Darauf ist zu antworten, daß diese Bewegungen mit oder ohne ihn kommen mußten, daß überhaupt niemals und vollends nicht in den Zeiten großer Neugestaltung solche Bewegungen und große sociale Kämpfe fehlen können. Es müssen nur die centralen Kräfte stärker bleiben als die auseinanderstrebenden, und das hängt immer wesentlich von der Art der Regierung ab. Daß Bismarck diese Bewegungen überall und stets richtig geleitet und beeinflußt habe, will ich nicht behaupten; aber daß er sie als Kanzler und Ministerpräsident stets vom Standpunkt der Gesamtinteressen und der Stärkung der Monarchie aus zu leiten suchte, wird man ihm nicht abstreiten können. Er war in seinem Herzen Landwirt und Agrarier; aber er hat, so lange er im Amt war, stets im Interesse der Krone und nicht einer Klasse regiert. Und er hat, indem er der Monarchie eine unvergleichliche Stärkung verlieh, uns zugleich die besten Garantien für die Zukunft geschaffen.

Auch für unsere sociale Zukunft! Denn wenn die Anstoß gebenden Kräfte und Persönlichkeiten für den socialen Fortschritt auch gewiß aus dem Volke, der Wissenschaft, dem Streit der Geister und Ideen, aus der Arbeiterbewegung und den socialen Kämpfen selbst heraus entstehen: Ordnung, Maß und Gestaltung vermag die Revolution, der Radikalismus, der Kampf selbst der Bewegung nicht zu geben. Wo nicht eine populäre Diktatur oder eine feste erbliche Monarchie die Zügel in die Hand nimmt, entsteht nichts Gutes, kein dauernder Fortschritt. Aber auch der populären Diktatur gelingt es selten; sie hat zu viel mit ihrer eigenen Befestigung zu thun; sie leidet an dem Rechtsbruch, durch den sie entstanden ist. Was hat selbst ein Julius Cäsar, was haben Napoleon I. und Napoleon III. Sociales geleistet? Eine feste große erbliche Monarchie bleibt immer der sicherste Träger und Exekutor der socialen Fortschritte der Menschheit, weil sie nach allen Verirrungen zu dem



nobile officium des Schutzes und der Hebung der unteren Klassen zurückkehren muß, weil sie auf gesichertem Boden stehend am leichtesten den höheren Klassen größere Pflichten auferlegen, die unteren heben und fördern kann, ohne den gegenseitigen Haß unnötig zu steigern, weil sie immer wieder die natürliche Versöhnerin im Kampfe der Klassen ist. Das preußische König- und Beamtentum kann dieser Lebensaufgabe, durch welche beide groß geworden sind, nicht dauernd untreu werden. Schon die Bismarckschen Traditionen, wie die Friedrichs des Großen, halten sie daran fest. —

Ich bin zu Ende mit dem, was ich über Bismarcks volkswirtschaftliche und socialpolitische Stellung und Bedeutung in diesen Briefen sagen wollte. Ich nehme vom Leser Abschied als nationalökonomischer Gelehrter mit einem Worte über Bismarcks Stellung zu unserer Wissenschaft.

Er hat als Mann von Geist die wirklich großen Gelehrten aller Fächer hoch geschätzt. Aber über die sog. abstrakten Theorien der Nationalökonomen und der verwandten Wissenschaften hat er oft die Lauge seines Spottes ergossen, versichert, sie ließen ihn gänzlich kalt; er folge der Erfahrung, die allein im Gebiete des organischen Lebens die richtige Führerin sei.

Es giebt Professoren, die ihm das übel nahmen, und man konnte bei einzelnen solchen Wendungen ja wohl versucht sein, ihm mit Mephisto zuzurufen: „Verachte nur Vernunft und Wissenschaft, des Menschen allerhöchste Kraft". Man könnte versucht sein zu fragen, ob er so spreche, weil er wirklich nie in seinem Leben ein nationalökonomisches Lehrbuch in der Hand gehabt habe, wie eingeweihte Gewährsmänner behaupten.

Und doch hat er, richtig verstanden, nicht Unrecht gehabt. Sollte er auf Bastiat oder Marx, auf Brentano oder A. Wagner und Schäffle schwören? Giebt es denn in den abstrakten Theorien eine anerkannte Wissenschaft? Sind die heutigen allgemeinen Theorien eine fertige Wissenschaft, stellen sie nicht vielmehr zu einem guten Teile Partei- und Klassenideale dar? Hat nicht auch Hardenberg, der Verehrer A. Smiths, einmal erklärt, rein nach diesen Theorien lasse sich nicht regieren?

Freilich bleibt daneben die Thatsache, daß Bismarck auch den Teil der nationalökonomischen Wissenschaft, der kondensierte Erfahrung ist, nicht genauer kannte und zeitweise mißachtete. Er täuschte sich über sich selbst, wenn er annahm, seine zufällige persönliche Beobachtung sei fehlerlos, die so gemachten Schlüsse ruhten auf einer sicheren Erfahrung.

So groß seine Erfahrungen waren, größer bleiben die von der Wissenschaft gesammelten. Und auch in seine Beobachtungen und Erfahrungen mischten sich, wie in alle andern, subjektive Elemente, Ideale, Hoffnungen und Wünsche. Daß die vollendete Wissenschaft mit der vollendeten Erfahrung der Praktiker übereinstimmen müsse, wird er freilich nicht geleugnet haben. Aber wo sind sie? Die Praxis wie die Wissenschaft müssen selbständig nebeneinander gehen, sich korrigieren und ergänzen. Vollendet können sie beide nicht sein.

Der Streit aber, den so Bismarck der abstrakten Wissenschaft immer wieder ankündigte, ist der natürliche Ausdruck von Lebensrichtungen, die seit Jahrtausenden nebeneinander hergehen; es ist der uralte Kampf zwischen Prometheus und Epimetheus, zwischen den handelnden und den nachdenkenden Menschen. Und unser größter Dichter hat recht, wenn er in seiner Darstellung der alten Sage sowohl dem Prometheus als dem Epimetheus zuruft, daß beide einseitig, jeder für sich allein sein Ziel nicht erreichen könne, daß beide zusammen sich der göttlichen Leitung unterzuordnen hätten:

„Aber leiten zu dem ewig Guten, ewig Schönen
Ist der Götter Werk! Die laßt gewähren!“

In solchem Bekenntnis bescheidener Demut über die engen Grenzen unseres Könnens und Wissens ist Bismarck mit aller echten Wissenschaft einig gewesen.

St. Blasien, 16. September 1898.

Anmerkung.

Mein Urteil über den Anteil Bismarcks an der Nichterneuerung des Socialistengesetzes (s. oben S. 29), das ich andeutungsweise schon in meinem Jahrbuch 1890 S. 699 und in meinem Buche „Zur Social- und Gewerbepolitik der Gegenwart“ (1890) S. 468 gemacht hatte, fand mancherlei heftigen Widerspruch, aber auch beachtenswerte Bestätigung. Ich kann nur versichern, daß ich auf zwei verschiedenen Wegen, die in die direkteste und vertrauteste Umgebung Bismarcks reichen, ganz zuverlässig unterrichtet zu sein glaube. Was in der Tagespresse dagegen vorgebracht wurde, stammt erstens von Leuten, denen politische Zwecke so sehr am Herzen liegen, daß ihnen die Konstatierung einer komplizierten historischen Wahrheit beim besten Willen nicht ganz leicht wird. Und zweitens widerspricht es meiner Behauptung dann nicht, wenn man annimmt, Bismarck habe stets verschiedene Eisen im Feuer gehabt, gegen verschiedene Personen über dieselbe Sache je nach den augenblicklich zu erreichenden politischen Zwecken und je nach den Personen sich verschieden ausgesprochen. — Ich meine, auch psychologisch wird der historisch forschende Bismarckkenner kaum anders urteilen können, als ich es that. Wer hinter die Coulissen sieht, weiß, wie Bismarcks ganze Tendenz in den letzten Monaten seiner Kanzlerschaft darauf gerichtet war, die von ihm als verhängnisvollen politischen Fehler angesehene damalige Arbeiterfreundlichkeit des Kaisers

praktisch möglichst rasch ad absurdum zu führen. Die künftige geheime Entstehungsgeschichte des kaiserliches Erlasses vom 4. Februar 1890 wird das beweisen. In diesem Zusammenhang allein aber wird es verständlich, daß Bismarck vom Socialistengesetz nicht rettete was zu retten war, daß er die konservative Partei nicht anwies für das gemilderte Gesetz zu stimmen; das konnte nur unterlassen, wer sicher darauf rechnete, daß rasch ein Umschwung eintreten werde, der ihm wieder das alte Gesetz oder ein schärferes verschaffen werde. Auch die Abstimmung der Konservativen, welche das Gesetz zu Fall brachte, wird nur so erklärlich. Ohne diese Voraussetzung wäre sie ein gar nicht zu begreifender Fehler gewesen.

Gedanken und Erinnerungen von Otto Fürst von Bismarck[1].

Von

Gustav Schmoller.

Das politische Testament Bismarcks an das deutsche Volk, mit seltener Spannung seit Monaten erwartet, ist in den letzten Novembertagen ausgegeben worden; wie viele Tausende habe auch ich es, in der Lektüre nicht mehr enden könnend, verschlungen und eile, in diesen Blättern kurz darüber zu berichten, obwohl es socialpolitische Dinge kaum berührt. Ich fühle mich dazu veranlaßt, weil ich in vier Septembernummern der „Sozialen Praxis" neben der socialpolitischen und volkswirtschaftlichen Bedeutung Bismarcks doch auch seine Persönlichkeit und ihre politische Gesamtleistung schilderte. Den übermächtigen Eindruck der zwei Bände möchte ich gleichsam als Epilog dem dort Gesagten folgen lassen.

Es versteht sich nach Titel und Umfang, daß wir keine erschöpfende Autobiographie vor uns haben, auch keine künstlerisch abgerundete Geschichtsdarstellung, wie sie Friedrich der Große nach jahrelanger Durchfeilung in seinen historischen Werken hinterließ. Das Werk ist auf Zureden Lothar Buchers aus Gesprächen des 75jährigen entstanden, welche dieser treue Gefährte stenographisch fixierte. Nachher wurden sie wiederholt von Bismarck selbst durchgesehen und geändert. Man spürt diese Entstehung; vielfach waltet der Charakter einer Causerie vor; Wieder-

1) Zwei Bände, 376 und 311 S., Stuttgart 1898, J. G. Cottasche Buchhandlung Nachfolger. Die hier wieder abgedruckte Anzeige erschien zuerst in der „Sozialen Praxis" vom 2. Dezember.

holungen sind nicht vermieden. Aber alles atmet dafür lebensvolle Anschaulichkeit und vollendete subjektive Wahrhaftigkeit. In loser Form folgen sich dreiunddreißig Kapitel, einige kürzer, andere länger, durchschnittlich zwanzig Seiten lang; ihre Folge entspricht dem Lebensgang des Kanzlers; jedes behandelt eine Zeitepoche, ein großes Ereignis, eine Institution oder Persönlichkeit. Einzelne Kapitel sind hinreißende anschauliche Erzählungen der großen Wendepunkte seines Lebens; in anderen überwiegen teils neue, teils auch bekannte Aktenstücke; oft wird der Faden der Darstellung durch Rück- und Vorblicke, durch politische Vergleiche und historische Exkurse, durch Ziehung der Ergebnisse aller Erfahrungen des großen Staatsmannes unterbrochen. Die Fürsten, Minister und anderen wichtigeren Personen der Zeit werden drastisch geschildert, häufig mit soviel Humor und Sarkasmus, daß man immer wieder in laute Heiterkeit ausbricht; einzelne nicht ohne Bitterkeit und Schärfe, wie Gortschakow, andere mit vollendeter Pietät, wie Kaiser Wilhelm, alle mit dem Pinsel, den nur die gottbegnadeten Historiker führen. Im Mittelpunkt steht durchaus die auswärtige Politik, hauptsächlich die von 1859—78; die materiellen Fragen der inneren Politik werden mehr nur da und dort gestreift, um bestimmte Überzeugungen auszusprechen. Dagegen sind die formal rechtlichen und politischen Fragen der Ministerstellung und alles, was damit zusammenhängt, fast ebenso eingehend erörtert, als die auswärtige Politik.

Bei dem großen Umfang der schon vorhandenen Publikationen Bismarckscher Akten und Briefe und den zahlreichen Darstellungen, die wir von Sybel, Marcks und anderen über die Zeit haben, ist es natürlich, daß wir nicht durchaus Neues erfahren können. Aber nicht nur ist Neues und Überraschendes doch in Hülle und Fülle vorhanden; nicht nur erzählt der größte Kenner der neueren europäischen Politik mit überraschender Offenheit über eine Epoche, deren Archivschätze doch im ganzen noch verschlossen sind. Auch wo er viel erörterte, im ganzen bekannte Fragen, wie die Entstehung des Krieges von 1870 erzählt, erscheint die geschlossene, sichere Darstellung dieses unterrichtetsten Zeugen in so hellem Lichte, daß man zunächst unbedingt von ihr gefangen genommen wird. Nachher freilich kehren die Zweifel wieder. Denn es bleibt der Memoirencharakter doch dem Werke aufgedrückt: der große, leidenschaftlich liebende und hassende Kanzler will sich rechtfertigen, will zeigen, was er gethan, was andere ihm in den Weg gelegt. Er spricht pro domo. Er ist kein objektiver Historiker, der über ferne Zeiten ganz gerecht abwägend berichtet; er erzählt teilweise aus dem Gedächtnis; so wie ihm die Personen und die Dinge in der Zeit, da er spricht und



schreibt, erscheinen, sind sie dargelegt; die Motive seiner Feinde und Gegner würdigt er jetzt so wenig ganz objektiv, als er es im Amte gekonnt hatte; er sieht von denselben überwiegend doch die niedrigen. Die ungeheure Kraft seines Willens hätte nicht existiert, wenn er das Berechtigte in den Tendenzen seiner Gegner verstanden hätte. Die Bitterkeit des entlassenen Ministerpräsidenten bricht immer wieder in einzelnen kleinen Zügen durch. Aber alles derartige erscheint doch nur als eine zu übersehende Beigabe neben der abgeklärten Ruhe des großen preußisch-deutschen Patrioten und des welterfahrensten Menschenkenners und Staatenlenkers, der am Abend seines Lebens seinem Volke sagen will, wie Deutschland endlich seit den Tagen der sächsischen Kaiser wieder ein einiger großer Staat geworden ist, und durch welche Mittel und Wege wir über das Heer von Hindernissen hinweg zum großen Ziele kamen. Freilich erzählt er das im Tone des Titanen, welcher sein Herzblut dabei vergossen hat, der fast nie den Dank und das Verständnis, das er erwartete, fand, der fast nie zur Ruhe, zum Genuß des reinen Glückes und der vollen Befriedigung seines Schaffens kam.

Der ungeheure dramatische Eindruck des Werkes scheint mir wesentlich darauf zu beruhen, daß es bei aller Schlichtheit und Realistik, bei dem gänzlichen Mangel jedes Posierens und jeder Deklamation die innere Tragik des weltgeschichtlichen Helden erzählt, der alles Große für sein Vaterland nur erreicht durch innere Erregungen und äußere Kämpfe so bitterer und so heftiger Art, daß all seine Macht, sein äußerer Glanz ihn nicht über seine Einsamkeit und die Nichtanerkennung trösten können. So sehr für diese Stimmung seine Entlassung 1890 mit- und nachgewirkt haben mag — er vermeidet in vornehmer Weise sie zu besprechen — so wenig ist diese doch offenbar die Grundursache dieser durchschimmernden Stimmung. Auch alles, was er vorher erlebt hat, seine ganze politische Thätigkeit von 1862 an, tritt uns in der Beleuchtung eines erschöpfenden Kampfes und eines Martyriums entgegen; und dabei ist das, was an seinem Herzen nagt, was seine Nervenkraft erschöpft, nicht die Reibung mit seinen Feinden; die belebt, erfreut und erfrischt ihn. Nein, die Losreißung erst von Gerlach, Stahl, Wagener, später von der ganzen konservativen Partei, von seinem Verwandten Kleist-Retzow, seinem Freunde Blankenburg und halb auch von Roon, die Kämpfe mit den Generalen, die ihn, den Begründer all ihres Ruhmes, 1870 von jeder Beratung ausschließen, weil er, wie der Kaiser zu Graf E. Stolberg sagte, 1866 immer Recht in seinem Votum gegen sie gehabt habe, die Reibungen und Kämpfe mit den anderen Ministern, der erschöpfende Kampf gegen die Hofkamarilla, über die er nie ganz Herr wird, die bittere Empfin-

dung, daß bei seiner Entlassung 1890 durch alle Ministerien die Stimmung einer Befreiung von schwerem Joch laut durchbricht, und zuletzt freilich am meisten, daß er auch mit seinem vielgeliebten Kaiser nur durch Kämpfe der erschütterndsten Art hindurch auskommt, daß dieser z. B. nach der Kaiserproklamation in Versailles ihn ignoriert, an ihm vorbeigeht, den Generalen die Hand gibt, weil König und Kanzler die Tage vorher sich über die Art der Kaisertitulation nicht hatten einigen können, — das sind die bittersten Tropfen in dem Leidenskelch, den er dann zuletzt mit der Entlassung bis auf die Hefe leeren muß.

Daß er seine eigene innere Geschichte so empfand, daß er die ungeheuren Erfolge, die große Popularität, die seltene Macht weniger sah, als die vielfach kleinen Kränkungen, lag viel mehr in seinem innersten Wesen begründet, als in seinem äußeren Schicksal. Ein Mann von solcher Willensstärke und so tiefer Gemütsempfindung, daß er, der scheinbar Eiserne, z. B. in Nikolsburg, als er von allen Generalen und dem König überstimmt wird, nur noch fähig ist, in sein Zimmer zu eilen und in einem Weinkrampf zusammenzubrechen, ein solcher Mann war nicht fähig, sich harmlos wie andere zu trösten, er habe ja doch viel erreicht, alles sei nicht zu haben. Es bäumt sich in ihm der Prometheus auf, der das Schicksal zwingen will, und wo er es nicht zwingen kann, mit den Göttern hadert.

Aber die Götter überlassen ihren Lieblingen, durch welche sie das Höchste ausrichten, eine solche Rolle nur um den Preis der Einsamkeit und eines gewissen Martyriums. Der große historische Genius, der sein Vaterland rettet und zur Größe führt, kann das nur vollführen auf einem schwindelnden Pfade, auf dem ihn selbst die Nächststehenden oft nicht begreifen, den erst die folgende Generation in dankbarer Verehrung ganz verstehen kann.

* * *

Etwas mehr als die Hälfte aller Kapitel ist den äußeren Verhältnissen gewidmet. Ein meisterhafter Rückblick auf die preußische Politik gibt uns die Einsicht in das Urteil des Kanzlers über die Zeit von 1786 bis 1862: es ist im ganzen eine Epoche verpaßter Gelegenheiten, in welcher unsere Politik meist nicht in Berlin, sondern in Wien und Petersburg gemacht wurde; Preußen war 1815 bis 1850 fast ein russischer Vasallenstaat. Was in Österreich die Beichtväter, haben bei uns die Kabinettsräte und die ehrlichen, aber beschränkten Generaladjutanten verschuldet. Die Bestimmbarkeit Friedrich Wilhelms IV. durch mehr oder weniger geistreiche Adjutanten, Kabinettsräte, Gelehrte, unehrliche Streber, Phantasten und Höflinge war sein Unglück: statt

nur auf seine Minister zu hören, vertraute er sich dem General von Radowitz, „dem Garderobier seiner mittelalterlichen Phantasie", an. Auch König Wilhelm unterliegt zuerst ähnlichen Gefahren; er läßt sich 1854 zu einer falschen Parteinahme für die Westmächte, 1859 fast zur Teilnahme am italienischen Kriege hindrängen. Aber mehr und mehr siegt in ihm das Augenmaß für die Realitäten, der stolze Patriotismus und die Einsicht in das Staatsinteresse über die konservativen Traditionen der heiligen Allianz, über romantische Einflüsse und die hofliberalen Koterien. Immer wieder betont Bismarck, daß man in der auswärtigen Politik nur Schaden stiftet, wenn man Sympathien, traditionellen Gefühlen, allgemeinen Stichworten, wie Legitimität oder Kampf gegen die Revolution, folge. Es ist in seinen Werdejahren ein Lieblingsthema gegenüber seinen konservativen Freunden, wie falsch es sei, wenn man einen Mann wie Napoleon III. reize und zurückstoße, weil man sich in Berlin noch in der Stimmung von 1813 fühle. Nur das Interesse des eigenen Staates dürfe maßgebend sein, das man freilich mit weitem Blick, mit Abwägung aller Beziehungen klar und scharf und mit keckem, kühnem Mute erfassen müsse; in den Augenblicken des Erfolges dürfe man aber auch nicht etwa zur Befriedigung nationaler Eitelkeit oder militärischen Ruhmes einen Schritt zu weit gehen.

Die historische Abwandelung der preußischen Beziehungen zu Rußland, Österreich, Frankreich in erster Linie, zu Italien, England, den anderen deutschen Staaten in zweiter Linie wird in allen ihren Phasen, Möglichkeiten, Spannungen und Annäherungen geschildert; völkerpsychologische Bilder wechseln mit der Erörterung des Einflusses der Regierungssysteme; es wird für keinen heranwachsenden deutschen Diplomaten ein lehrreicheres Studium geben, als das dieser Blätter, wenn auch heute die mitsprechenden Faktoren teilweise schon wieder etwas andere sind, als in der Zeit von 1850—1890, auf welche die Erörterung sich bezieht.

Die Frage, wann, für was, in welcher europäischen Konstellation Preußen oder Deutschland zum Kriege schreiten dürfe, die Erklärung, warum die Kriege 1864, 1866, 1870 berechtigt, die drohenden, teilweise auch in Deutschland gewünschten, 1867, 1875 abgewendet werden mußten, steht im Mittelpunkt dieser Erörterungen. Und damit verknüpft sich natürlich die andere, durch welche Bündnisse Deutschland seine Stellung behaupten und stärken müsse. Es ist nicht unsere Sache, hierauf einzugehen. Vielleicht am lehrreichsten ist dabei, was Bismarck über Österreich und den Dreibund, über seine bis 1850 zurückreichende Absicht äußerte, Österreich die Führung Deutschlands abzunehmen, aber

zu ihm in das Verhältnis eines engeren Bundes zu kommen. Bismarck ist bis 1850 gut österreichisch. Erst Schwarzenbergs Devise in Bezug auf Preußen: „Avilir, puis démolir" öffnet ihm die Augen darüber, daß hier eine Auseinandersetzung mit Blut und Eisen nötig sei; aber er sucht sie zu vermeiden, so lange er kann, und als sie dann kam, so rasch und so mild als möglich zu beenden. Er wäre 1864 im Oktober sogar zu Verhandlungen über einen Zollverein mit Österreich, hauptsächlich um Rechberg zu halten, bereit gewesen, wenn ihn nicht die anderen Minister und Delbrück daran gehindert hätten. Daß er, um nicht mit französischer teurer Hilfe die deutsche Frage zu lösen, die Bündnisanträge Napoleons III. ablehnte, ist bekannt. Nicht genauer wenigstens (Sybel erwähnt es nur kurz) die Ablehnung eines russischen Bündnisantrages im Jahre 1863, welches einen Krieg gegen Frankreich und Österreich und die Niederwerfung der fortschrittlichen Opposition zum Zwecke hatte. Bismarck empfahl die Ablehnung, um nicht Österreich zu gefährden, um nicht die deutsche und Verfassungsfrage mit Kosaken zu lösen und nicht dadurch die Abhängigkeit von Rußland zu steigern. „Daß der König", sagt er in Bezug hierauf, „1863 seine schwer gekränkte Empfindung als Monarch und als Preuße nicht über die politischen Erwägungen Herr werden ließ, beweist, wie stark in ihm das nationale Ehrgefühl und der gesunde Menschenverstand waren."

Die Stellung Bismarcks gegenüber den anderen deutschen Staaten und den deutschen Fürsten und damit seine Anschauungen über die föderative deutsche Verfassung ist schon bisher allgemein bekannt. Er war ein schroffer Gegner des radikalen Unitarismus, wie ihn Treitschke wünschte, obwohl er aus Schleswig-Holstein keinen neuen Mittelstaat werden lassen wollte, Hannover, Kurhessen und Nassau dem preußischen Staate einverleibte. Aber die Leser werden in den „Gedanken" doch viele drastische Ausführungen und neue Gründe für seinen Standpunkt finden. Überaus lehrreich ist in dieser Beziehung das Kapitel über „Stämme und Dynastien", das zeigt, wie sehr Bismarck doch auch völkerpsychologischen Gedankenreihen zugänglich war. „Der Schlüssel zur deutschen Politik", sagt er da, auf 1848—1866 zurückblickend, „lag bei den Fürsten und Dynastien, nicht bei der Publizistik in Parlament und Presse oder bei der Barrikade."

* * *

Auch die Anschauungen Bismarcks über die großen inneren Verfassungsfragen der Gegenwart und speciell der preußischen und deutschen sind im ganzen bisher schon bekannt gewesen. Aber sie erhalten doch mancherlei neue Beleuchtung.

Er erzählt, daß er, mit Pestalozzi-Jahnschen Grundsätzen erzogen, die Schule mit der Überzeugung verlassen habe, die Republik sei die vernünftigste Staatsform; er betont, daß sein Vater frei von aristokratischen Vorurteilen, seine Mutter von so liberalen Traditionen erfüllt war, daß sie, am Leben bleibend, kaum mit der Richtung seiner ministeriellen Thätigkeit zufrieden gewesen wäre. Von dem Eintritt in die Burschenschaft hielt ihn hauptsächlich der Mangel an Erziehung und die utopistische Überspanntheit ihrer damaligen Göttinger Mitglieder ab. Für ein Adelsregiment sei er nie gewesen, habe nie geglaubt, daß Geburt ein Ersatz für mangelnde Tüchtigkeit sei. Aber den guten Preußen und den zum entschlossenen Monarchisten gewordenen ständisch-liberalen Gutsbesitzer der vierziger Jahre reizten die Flachheiten und Plattheiten des Liberalismus jener Tage zum Kampfe. Die polternde Heftigkeit Vinckes, die Sentimentalität Beckeraths, der rheinisch-französische Liberalismus Mevissens und von der Heydts erzeugten seinen Widerspruch und ließen ihn auf dem vereinigten Landtage als Junker und extremen Royalisten erscheinen, während die unumschränkte Autorität der alten preußischen Königsmacht schon damals nicht sein letztes Wort war. „Der Absolutismus", sagt er, „bedarf in erster Linie Unparteilichkeit, Ehrlichkeit, Pflichttreue, Arbeitskraft und innere Demut des Regierenden; sind sie vorhanden, so werden doch männliche und weibliche Günstlinge, im besten Falle die legitime Frau, die eigene Eitelkeit und Empfänglichkeit für Schmeicheleien dem Staate die Früchte des königlichen Wohlwollens verkürzen, da der Monarch nicht allwissend ist und nicht für alle Zweige seiner Aufgabe gleiches Verständnis haben kann." Aus diesen Gründen sei er schon 1847 für eine öffentliche Kritik in Parlament und Presse gewesen. Es erscheint mir nicht zweifelhaft, daß hier teilweise spätere Erfahrungen in jene Zeit übertragen werden; Bismarck sagt selbst, diese Auffassung hätte sich in dem Maße bei ihm ausgeprägt, als er die Hofkreise und die Gefahren des Ressortpatriotismus näher kennen gelernt habe. Jedenfalls sind die Äußerungen wichtig und korrigieren einigermaßen das Bild von dem tollen reaktionären Junker, in dem Friedrich Wilhelm IV. seinen Freund und Schüler sah.

Das Verhältnis Bismarcks zu diesem Fürsten tritt uns wohl aus den Aufzeichnungen zum erstenmal klar entgegen. Die beiden geistreichen Männer zogen sich an; die ritterliche Treue und der kühne Mut des Junkers fesseln den König ebenso, wie die verblüffende Wahrheit seiner politischen Erörterungen und Ratschläge, denen er doch nicht zu folgen wagt. Als Bismarck ihm 1854 ein kühnes Auftreten gegen Österreich und Frankreich zugleich rät, antwortete er: „das is sehr schöne, aber

es is mich zu teuer, solche Gewaltstreiche kann ein Mann von der Sorte Napoleon wohl machen, ich aber nicht.“ Bismarck versieht die Stelle eines spiritus familiaris beim König, besorgt ihm Minister und versöhnt sie wieder mit ihm, entwirft Depeschen, wird über alles gehört, soll selbst immer wieder Minister werden, weiß dem aber geschickt auszuweichen, weil er wohl empfindet, daß er als Minister nicht mehr mit dem romantischen, wechselnden Stimmungen unterliegenden König auskäme. Es ist eine Thätigkeit neben den Ministern, wie sie Bismarck später als Minister auf das heftigste jederzeit bekämpft hat, die aber doch damals viel Gutes bewirkte; freilich wesentlich deshalb, weil Bismarck nie gegen Manteuffel intriguierte, immer nur die Sache, nie seine Person im Auge hatte.

Bismarck diente dem König auch als geheimer Agent bei der konservativen Partei, weiß diese für die Herrenhauspläne des Königs zu gewinnen; er fügt aber bei, er sehe, daß das nicht richtig gewesen, wie er es schon damals, freilich ganz vergeblich, dem Könige vorgestellt habe. Die frühere erste gewählte Kammer sei zur Lösung ihrer Aufgaben befähigter gewesen, als das nun frei vom König gebildete, als sein alter ego erscheinende Herrenhaus: eine erste Kammer dürfe nicht in der öffentlichen Meinung als Organ der Regierung gelten. Ein mutiges Königtum bedürfe solcher Krücken nicht. In der Konfliktszeit habe das Herrenhaus zwar durch furchtlose Treue sich ausgezeichnet, aber nicht durch mehr. Eine erste Kammer, wie sie bis 1854 bestand, würde durch die Sachlichkeit und Leidenschaftslosigkeit ihrer Debatten schon viel früher auf das Abgeordnetenhaus ermäßigend eingewirkt und dessen Ausschreitungen verhindert haben. Er würde 20 Jahre später aus der Beibehaltung der ersten Kammer gegen ein Herrenhaus eine Kabinettsfrage gemacht habe. Diese Einschätzung des Herrenhauses, die fast an die Schriften von Twesten, Gneist, Constantin Rößler erinnert, wird selbst für viele genaue Kenner Bismarcks überraschend sein.

Bei der Erzählung, wie er mit großer Mühe den König dazu gebracht habe, zuzustimmen, daß im August 1866 für die budgetlose Regierung von 1862 bis 1866 Indemnität vom Landtag gefordert werde, kommt Bismarck auf die Verfassungsfrage zurück: der Absolutismus sei keine Form einer in Deutschland auf die Dauer haltbaren oder erfolgreichen Regierung. Die preußische Verfassung sei in der Hauptsache vernünftig, indem der König und jede der beiden Kammern ein Veto habe; es lasse sich mit derselben regieren. Kurz vorher verteidigt er die Konzedierung des allgemeinen Stimmrechts; nur öffentliche Wahl sei nötig, wie er sie ursprünglich gefordert. Damit erhalte der Einfluß der

Gebildeten, als Gegengewicht, seine Wirksamkeit. In jedem Staatswesen sei das Streben der Nichtbesitzenden nach Erwerb so berechtigt, als die Tendenzen der Besitzenden; aber das Übergewicht derer, die den Besitz vertreten, sei das Nützlichere. Ein Regiment der Begehrlichen, der novarum rerum cupidi, und der Redner, welche urteilslose Massen belügen, erzeuge leicht eine Unruhe, welche staatliche Gemeinwesen nicht ohne Schaden aushielten, welche eine gefährliche Beschleunigung oder gar Zertrümmerung des Staatswagens erzeuge. Und wenn dann auch die Massen selbst durch das Ordnungsbedürfnis zuletzt wieder zur Diktatur und zum Cäsarismus geführt würden, so geschehe das unter Aufopferung auch des berechtigten und festzuhaltenden Maßes von Freiheit, das europäisch-staatliche Gesellschaften ertragen.

Diese historische Betrachtung über den Kreislauf, dem die heutigen europäischen monarchischen Staaten unterliegen, der von der absoluten Monarchie zur ganz- oder halbrepublikanischen Staatsform und zur Radikalisierung aller Institutionen führe und stets mit dem Cäsarismus ende, klingt an verschiedenen Stellen des Werkes wieder an; diesen Prozeß so aufzuhalten und zu moderieren, daß weder die Anarchie noch der Cäsarismus eintrete, könnte man als das Ziel seiner inneren Politik bezeichnen. Aber nirgends geht nun der große Staatsmann auf die socialen, damit in Verbindung stehenden Fragen ein; er berührt weder das Socialistengesetz noch den Arbeiterschutz und die Arbeiterversicherung, erörtert weder die Socialdemokratie noch die Gewerkvereine, weder Kartelle noch Lohnkämpfe: er bringt damit gewiß die socialpolitischen Reaktionäre, die sich jetzt so häufig auf ihn berufen zu dürfen glauben, in Verlegenheit. Ich möchte sagen, er zeigt damit, daß ihm diese Fragen nicht so am Herzen lagen wie die, welche er eingehend bespricht.

Auch nach der mehr politisch-verfassungsrechtlichen Seite hin bespricht Bismarck das von ihm aufgestellte historische Gesetz leider nicht näher. Wir bedauern das, weil das Gesetz in seiner Allgemeinheit gewiß ebenso wahr ist, als die Auffindung des Mittelweges schwierig erscheint, der der gefürchteten Konsequenz auszuweichen, aber doch die berechtigten Forderungen der Zeit, wie allgemeines Stimmrecht, zu bewilligen versteht. Bismarck kommt nur noch kurz und andeutungsweise auf einige hierher gehörige Fragen, z. B. den Einfluß des Besitzes und der Bildung ohne Besitz in den Parlamenten. Letztere findet er viel zu stark vertreten, während sie im Volke nur wenige Prozente ausmache, steige sie in den Kammern auf über die Hälfte. Dabei giebt er aber an anderer Stelle zu, daß die den Besitz vertretenden Abgeordneten meist träge, wenig arbeitsam, dabei leicht verstimmt und ehrgeizig seien, noch

mehr als andere ohne eigene Prüfung den Führern folgen, während die Gebildeten ohne Besitz in der Regel mehr Arbeitsamkeit und Intelligenz zeigten.

Die Mittellinie, welche unsere Verfassungsleben einzuhalten habe, bezeichnet Bismarck vom Standpunkt der Erhaltung guter Ministerien so: die Kritik der Parlamente und der Presse soll in den Schranken sich halten, soll durch das positive Recht und die politische Erziehung so bemessen werden, daß unfähige Minister dadurch beseitigt, fähige aber auch gegenüber gelegentlichen Majoritätsabstimmungen, Schwankungen der öffentlichen Meinung, zeitweisen Angriffen der Presse und Hof- und Kamarillaeinflüssen sich halten können. Dieses Ziel sei bis zu dem nach menschlicher Unvollkommenheit überhaupt erreichbaren Grade annähernd unter Kaiser Wilhelm I. erreicht gewesen.

Nach dieser Anerkenntnis sollte man erwarten, daß Bismarck auch die Existenz und Wirksamkeit der politischen Parteien anerkennen würde. Aber er verweilt ausschließlich bei den Schattenseiten der heutigen Parteien, was ja psychologisch wohl begreiflich ist, da niemand mehr als er unter der Unreife unserer deutschen politischen Parteien litt. Jede Partei, meint er, treibe Politik, als ob sie allein wäre; auf dem Wege des Parteihasses kämen sie bis zur Unehrlichkeit nnd Vaterlandslosigkeit, bis zur Anwendung von Mitteln, die jeder in seinem Privatleben verwerfe; nicht Programme und Prinzipien schieden sie, sondern persönliche Zwecke; die Führer und Redner seien Kondottieris, die eine Gefolgschaft von Strebern um sich sammelten; die Parteianhänger wollten mit den Führern zur Macht und zu Stellen kommen. Am meisten geht er ins Gericht mit der konservativen Partei; er wiederholt Roons bekannte Worte von der Verworrenheit, Rat- und Kopflosigkeit dieser Partei, von der neidischen und boshaften Überhebung einzelner in derselben. Er spricht wiederholt den Vorwurf aus, daß viele der Junker in sarmatischem Gleichheitsdrang ihm die Ministerstellung, die Dotation und den Fürstentitel, der ihm so sehr widerstrebt habe, geneidet hätten. Die Abwendung der Konservativen von ihm, ihre Angriffe gegen ihn 1868—76, erzählt er noch mit dem ganzen Groll der gestern erlittenen Kränkung und mit der Entrüstung über den großen politischen Fehler, den sie damit begingen. Der Verleumdungsfeldzug der Kreuzzeitung und der Reichsglocke gegen ihn und seine Integrität hat ihn wohl am allermeisten geschmerzt; es war auch der thörichtste und unwahrste Angriff, ihn als einen Begünstiger oder Teilnehmer des Tanzes um das goldene Kalb zu verdächtigen. Hätte er ihn mitgemacht, wie z. B. einst Mazarin oder Richelieu, so hätte er wie diese ein Vermögen von 100—200

Millionen hinterlassen und nicht ein für einen Fürsten mäßiges von einigen wenigen, das den Dotationen und dem Ministergehalt entspricht.

Immer geht diese Parteikritik an manchen Punkten über die Billigkeit und die historische Wahrheit hinaus. Bismarck gibt generalisierende Urteile ab, auch wo er nur einige bestimmte Personen im Auge hat. Und die großen geistigen Strömungen, als deren Ergebnis doch die Parteien sich darstellen, stehen ihm häufig nicht so vor der Seele, daß er von hier aus die Parteien innerlich verstünde. Während er also hier teilweise übers Ziel hinausschießt, scheint das mir gar nicht der Fall da, wo er auf die Schilderung seiner Ministerkollegen und verschiedener Gesandten, auf die Konflikte, die er mit ihnen hatte, und die Ressortkämpfe, welche damit zusammenhängen, kommt. Er ist hier fast durchaus maßvoll und gerecht; ich glaube, daß in den zahlreichen dieses Thema behandelnden Partien einer der bedeutsamsten Beiträge für eine praktische Politik geliefert ist. In unseren großen bureaukratischen Staaten mit ihren organisierten Beamtengruppen, deren Arbeitsteilung und Feuereifer für ihr Ressort ist es eine der größten Gefahren, daß der Staat und das Ganze durch die Reibung der Ressorts und durch die zeitweilige einseitige Herrschaft der einzelnen Gruppen gefährdet werde, daß so eine teils gelähmte, teils falsche Staatsleitung entstehe. Ich habe davon schon des näheren in meinen Bismarckbriefen gesprochen und darf heute dabei nicht verweilen, so vieles zu sagen wäre über die Art, wie Bismarck diese Frage in Zusammenhang mit der notwendigen Einheit der Staatsverwaltung, mit der Technik der Gesetzgebung bespricht, wie er von diesem Gesichtspunkt aus die Wiederbelebung des Staatsrats versuchte, wie er die Rolle des leitenden Ministers gegenüber der in gewissen Grenzen nötigen Selbständigkeit der anderen Minister zu bestimmen sucht.

Wichtiger ist zuletzt doch noch die politische mit der vorhergehenden freilich vielfach zusammenhängende Kernfrage, die man neben der auswärtigen Politik das Hauptthema seiner Erinnerungen nennen könnte: wie kann und soll das Verhältnis des leitenden Ministers zum Fürsten sein. Das ist die wahre Achse der inneren Politik des preußischen Staates seit 1786. Alle entscheidenden Krisen und Wendungen unseres Staatslebens drehten sich mit darum; man kann ohne Übertreibung sagen, in immer neuen Anläufen kämpften die leitenden Minister von Hertzberg, Stein, Hardenberg bis zu Manteuffel, Bismarck und Caprivi um die normale Gestaltung dieses schwierigsten politischen Verhältnisses. Die Hohenzollern wollen mit Recht die leitende Stellung behalten, aber die ungeheure Last der Geschäfte und die Notwendigkeit für den König

von Preußen, in erster Linie Offizier zu sein, die Verfassung und die heutige Öffentlichkeit zwingen doch in immer weitergehender Weise dazu, aus gehorchenden, durch die Unterschrift des Königs gedeckten, bei Dissens nicht zurücktretenden Ministern selbständige verantwortliche Träger einer eigenen Politik zu machen, welche zugleich die ganzen inneren Staatsgeschäfte technisch verstehen und beherrschen, welche nur ihr Programm auszuführen bereit sind. Das Problem ist nicht etwa erst mit der Verfassung entstanden; schon 1806—15 handelte es sich im absoluten Staate um die Friedrich Wilhelm III. so schwer werdende Erkenntnis, daß die Rettung des Staates in der Aufrichtung, in der rechten Wirksamkeit und Kompetenzabgrenzung eines selbständigen, das geheime Kabinett beherrschenden, den König täglich beeinflussenden Staatskanzleramtes liege.

Was uns Bismarck über diese wichtigste konstitutionelle Frage erzählt und vorträgt, ist in erster Linie rein Persönliches; und es ist klar, daß das persönliche individuelle Verhältnis des Königs zu seinem Minister immer zuletzt das Entscheidende für das Zusammenwirken und die Konflikte ist. Aber auch dieses Persönliche ist bedingt durch die Sitten und Gepflogenheiten, die institutionellen Einrichtungen, welche den König wie den Minister binden, ihnen eine bestimmte Art des Verhältnisses als hergebracht und notwendig, heilsam oder schädlich erscheinen lassen.

Es ist zunächst die Frage, in wieweit der Regent einer Großmacht heute noch sein eigener Minister sein könne. Im Januar 1859 sagte der Prinzregent zu Bismarck, daß er sein eigener auswärtiger und Kriegsminister sein werde; dieser suchte ihm sofort zu beweisen, daß das heute unmöglich sei. Es handelt sich dann weiter darum, ob und in wieweit die anderen Minister dem leitenden beim König entgegentreten dürfen, wogegen in Preußen die bekannte Kabinettsordre zu Manteuffels Zeit erlassen wurde, die 1890 eine Rolle spielte. Zu Bismarcks Zeit verknüpfte sich damit die weitere Frage, ob ein leitender Minister persona grata bei der Fürstin sein müsse, wie es Schleinitz war, ob in der Person des königlichen Hausministers eine Art weiblicher Gegenregierung geduldet werden könne, ohne die Zahl der Friktionen an oberster Stelle bis zum Übermaß zu steigern. Über derartiges klagt Bismarck am meisten. Ebenso wichtig ist die Stellung der obersten militärischen Ratgeber des Königs zu dem Ministerpräsidenten. Die Freundschaft Bismarcks mit Roon und Moltke hinderte nicht die stärksten Kämpfe, wie ich schon erwähnte. Mit leidenschaftlicher Energie betont Bismarck, daß der erste Minister und nicht die Generale die Entscheidung auch über Krieg und Frieden, wie über die Art der Kriegführung haben müsse, da



auch letztere stets politische Bedeutung habe. Daß die Generale stets leicht zum Kriege drängen, will er nicht verurteilen, aber heilsam sei es nur, so lange ein großer Minister und ein König sie im Zaume halte, der das rechte Augenmaß habe und gegen unberechtigte Einflüsse widerstandsfähig sei.

Außer diesen nie zu vermeidenden Nebeneinflüssen der obersten Spitzen des Staates auf den König stehen aber auch alle Personen in Konkurrenz mit dem Kanzler, die überhaupt regelmäßig den König sehen und sprechen: die Kabinettsräte, General-Adjutanten, persönliche Freunde, die durch ihre gesellschaftlichen Beziehungen an den Monarchen Herankommenden. In England wechseln mit den Partei-Ministerien seit lange auch die Kammerfrauen, nicht um die Königin zu kränken, sondern um die Zahl der kreuzenden Einflüsse zu mindern. Alle solche Personen werden einem Minister das Leben um so schwerer machen, als sie meist von den Staatsgeschäften weniger als die Minister, oft gar nichts verstehen, von Eitelkeit und anderen unsachlichen Motiven getrieben werden. Bismarck kann sich nicht genug thun, über sie zu klagen. Wollen wir billig sein, so werden wir sagen, daß solche Einflüsse nie ganz zu beseitigen seien, aber innerhalb gewisser Grenzen sich halten müssen. Der Regent kann nicht in der Wahl seines Umganges, seiner Adjutanten und Generale, seiner Diener ganz bevormundet werden, sonst wird der leitende Minister zum Hausmeier; vollends in Zeiten der Krise, des Zweifels an demselben, muß der König auch andere Personen hören können. Andererseits muß der leitende Minister fordern, daß nicht unverantwortliche Ratgeber mehr das Ohr des Königs haben als er, wie daß die anderen Minister nur in Übereinstimmung mit ihm den König beraten, daß taktlose Intriguanten und Streber sich nicht herandrängen dürfen. Es ist so teils Sache des Taktes und des gegenseitigen Vertrauens, teils der Hofetikette und des positiven Rechts, wie der König zu beraten sei. Zuletzt, wenn der leitende Minister nicht mit seinem Rate durchdringt, hat er das Pressionsmittel der Kabinettsfrage, sofern er sich erhebliche Verdienste erworben und bei den Parlamenten und der öffentlichen Meinung einen Rückhalt gefunden hat. Bismarck hat es auch Kaiser Wilhelm I. gegenüber öfter und stets mit Erfolg angewandt. Und man wird nicht sagen können, daß Kaiser Wilhelm sich dabei etwas vergeben habe. Ich habe dem, was ich in meinem ersten Bismarckbrief (1. Sept. 1898) über diese Konflikte, ihre psychologischen Ursachen und die stets wieder gelingende Versöhnung sagte, weder etwas zuzufügen, noch auf Grund der „Erinnerungen" etwas zu ändern. Wie ich dort schon

sagte, erscheint die Größe beider Männer gerade hiebei in ihrem reinsten Lichte.

* * *

Ich glaube daher auch, daß die vollständige Aufdeckung dieser Konflikte und der jedesmaligen Versöhnung, welche hier zum ersten Male rückhaltlos geschieht, nicht nur nicht Schaden, sondern Segen stiften wird. Die volle Wahrheit gleicht auch hier dem Speere, der wohl Wunden schlagen kann, aber sie stets auch heilt. Nur wenn die Menschen endlich zu begreifen anfangen, wie unendlich schwierig das Regieren, das Zusammenfassen Vieler zu einem Willen, ja nur das einheitliche Zusammenwirken zweier großer und edler Männer durch Jahre hindurch ist, werden sie beginnen, etwas verständiger über politische Fragen zu urteilen.

Und der letzte Eindruck der „Erinnerungen" wird nach dem ersten tragischen doch am Ende der versöhnliche sein; gerade durch die Art, wie Bismarck sein Verhältnis zu Kaiser Wilhelm schildert. Nicht ohne Absicht sind die Kapitel über die beiden letzten Kaiser ans Ende gestellt. Nicht mit Worten des Grolls, wie er sie vorher reichlich nach den verschiedensten Seiten ausgeschüttet, scheidet der eiserne Kanzler von seinem Volke, sondern mit Worten der Liebe, der Pietät, der Dankbarkeit.

Kaiser Wilhelm wird freilich in den ganzen zwei Bänden nur mit Verehrung behandelt. Als er in Nikolsburg Bismarck vorgeworfen hatte, er lasse ihn vor dem Feinde im Stich und zwinge ihn zu schmachvollem Frieden, fügt Bismarck bei, er habe sich an dieser unverbindlichen Form der Zustimmung zu seinen Vorschlägen nicht gestoßen und beklagt es, daß er seinen geliebten Herrn so habe verstimmen müssen. Nun im vorletzten Kapitel schildert er im Zusammenhang die Persönlichkeit des Kaisers; ohne übertreibendes Lobwort, ja die Eigenheiten und Grenzen scharf bezeichnend, aber die schönen ritterlichen und großen Züge in so rührender Weise, so hinreißend zeichnend, daß man sagen muß: so schön und so wahr ist entfernt kein anderes Porträt. Bismarck erscheint nur als der Lehnsmann, der treue Diener des treuen Herrn, der sich jede Verstimmung, ja, jede Ungerechtigkeit gern gefallen läßt, wie der Sohn es vom Vater hinnimmt. Er erzählt, wie der Kaiser offen sagt, er wisse, daß er von ihm geleitet werde, daß er ohne ihn sich in seinem Alter „blamieren" würde, wie aber all das seiner königlichen Würde nie Eintrag gethan, weil er sich seiner hohen Stellung und seines Wertes stets bewußt gewesen, daher er nie eine Spur von Eifersucht auf den Kanzler gezeigt habe. Und fast wie ein Jubel klingt es, wenn er zuletzt außer den vorher schon eingestreuten Dankesbriefen des Kaisers nun noch eine ganze Serie von solchen abdruckt, als wolle

er sagen: Seht, ihr Mäkler und Feinde, dieser Eine, mein Herr, der mich kannte, er hat mich verstanden und gewürdigt!

Auch was über Kaiser Friedrich gesagt wird, ist in ähnlichem Geiste gehalten. Ihr Verhältnis zu einander habe bis 1866 ab und zu geschwankt, später nie mehr. In den entscheidenden Konflikten mit Wilhelm I. war der Kronprinz stets auf Bismarcks Seite. Bei der Besprechung, ob Bismarck später bei ihm bleiben werde, hatte sich ein vollständiges Einverständnis ergeben auf Grundlage von dem Worte des Ministers: „Keine Parlamentsregierung und kein auswärtiger Einfluß in der Politik."

Das Verhältnis zur Kaiserin Friedrich ist ebenfalls mit besonderem Takt besprochen, ohne die vorhandenen Gegensätze zu leugnen. Bismarck hat eine Art ritterlicher Hochachtung vor dieser geistreichen Philosophin auf dem Throne, mit der er scherzhaft-neckische Gespräche über Republik und Königtum führt.

So klingt das politische Testament Bismarcks harmonisch aus. Es wird dadurch dem deutschen Volke um so mehr ans Herz wachsen; er wird Tausende seiner Gegner entwaffnen, die meisten überraschen durch die olympische Ruhe und Vermeidung jeder Pikanterie. Wir Socialpolitiker, die wir in manchem Punkte seine Gegner waren, haben ihm zu danken, daß er auf diese strittigen Fragen gar nicht eingeht; das Werk gewinnt dadurch an geschlossener Größe. Die, welche sagen, das Testament würde im Amte geschrieben auf etwas anderen Ton abgestimmt sein, haben gewiß Recht; eine königliche Regierung über dem Parlament wäre dann etwas stärker betont. Aber die Erinnerungen würden damit nicht wirksamer, vielleicht auch nicht innerlich wahrer. Auch dadurch verliert der Eindruck nicht, daß die Schwächen, die Leidenschaften, die teilweise einseitigen Gefühle zwischen der fast übermenschlichen Größe des Mannes überall menschlich durchblicken.

Ich kenne von keinem großen Mann der Geschichte ein ähnliches Testament, — außer von Friedrich dem Großen. Aber dessen beide Testamente werden von bureaukratischer Geheimniskrämerei leider immer noch dem deutschen Volke vorenthalten. Stets hat sich bisher eine Summe von Legenden und Mißverständnissen für Generationen wie ein Nebel vor das Bild der großen Staatenlenker gelagert, so daß erst spätere Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte sie ganz begriffen. Hier wird zum erstenmal sofort nach dem Tode dieser Nebel zerrissen durch ein authentisches Dokument, das uns den deutschen Helden unseres Jahrhunderts in seiner ganzen Thatkraft, seiner ganzen Leidenschaftlichkeit, seinem unbezwinglichen Mute, seinem stolzen Patriotismus, seiner Schlichtheit,

seiner Mäßigung im Handeln, seinem durchdringenden Scharfsinn, seinem unbegreiflichen Augenmaß für die wirklichen Kräfte des staatlichen Lebens zeigt. Es ist ein Werk, dessen Wirkung man kaum überschätzen kann.

Es wird noch nach Jahrhunderten und Jahrtausenden gelesen und studiert werden. Heute sollen schon 80 000 Exemplare der deutschen Ausgabe fest bestellt sein, über Jahr und Tag werden es Hunderttausende werden und Millionen von Menschen, die es gelesen haben. Mögen die Lehren geschichtlicher und politischer Weisheit, die es predigt, als Samenkörnchen wirken und tausendfach aufgehen, dann wird es wahr werden, was ich am 3. August am Schluß meiner Rektoratsrede im Hinblick auf Bismarck aussprach: „daß die breiteste Wirksamkeit der großen Genien der Menschheit gerade nach ihrem Tode beginnt!"

Berlin, 1. Dezember 1898.

II.

Die Entsendung des Herzogs von Nivernais an den preußischen Hof im Jahre 1755.

Von

Georg Küntzel.

Für die französisch-englischen Kolonialstreitigkeiten in Amerika hatte der Aachener Friede nur die Bedeutung eines Waffenstillstandes gehabt. Das unmittelbare Friedensbedürfnis beider Teile hatte ihn veranlaßt, aber binnen kurzem begannen wieder, zunächst noch mehr unter der Hand, die Feindseligkeiten, die seit dem Frühjahr 1755 in offenen Krieg auszuarten drohten. Der Angriff des englischen Admirals Boscawen auf französische Schiffe am 8. Juni 1755 mußte allem Zweifel über die rücksichtslose Energie Englands ein Ende machen. Mitte Juli gelangte die Nachricht von diesem Friedensbruch nach Paris. Sofort berief der Versailler Hof seine diplomatischen Vertreter aus London und Hannover zurück. Der Krieg schien unvermeidlich.

Auf diesem politischen Hintergrund tritt uns in den Urkunden die Absicht des französischen Hofes, den Herzog von Nivernais nach Berlin zu entsenden, zum ersten Male entgegen. Der französische Minister des Auswärtigen, Rouillé, läßt durch den preußischen Gesandten in Paris, Knyphausen[1]), anfragen, ob dem Könige Friedrich die Person des Herzogs genehm sei, um mit ihm über die notwendigen Maßnahmen gegen England zu verhandeln. Vom 9. August datiert die zustimmende Antwort Friedrichs[2]). Erst am 22. Dezember jedoch reiste Nivernais von Paris ab. Wie dieses lange Zögern sich erkläre, — das ist eine Frage, die in jüngster Zeit verschieden beantwortet worden ist.

---

1) Vgl. Knyphausens Bericht vom 24. Juli 1755 P. K. XI, 240 ff.
2) Vgl. P. K. XI, 245.

Die Frage angeregt zu haben ist das Verdienst des Herzogs von Broglie[1]). So wenig ich der Gesamtauffassung seines Buches zustimmen kann, daß infolge des Abschlusses der Westminsterkonvention der Trieb der Selbsterhaltung Frankreich mit Notwendigkeit in die Arme Österreichs geführt habe, daß ohne diese österreichische Allianz eine völlige Isolierung Frankreichs eingetreten wäre[2]), so ist er doch meines Erachtens in der Lösung unserer Specialfrage der Wahrheit näher gekommen, als seine Nachfolger in der Forschung. Unter ihnen steht die Ansicht R. Waddingtons[3]) in unserer Frage der des Herzogs von Broglie nicht allzuferne. Beide Forscher sind darin einig, daß der lange Aufschub der Gesandtschaft nicht aus der geheimen Hoffnung zu erklären sei, trotz aller Beleidigungen Englands noch den Frieden erhalten zu können. Auch in dem positiven Resultat stimmen sie dahin überein, daß die Unentschlossenheit der französischen Regierung der entscheidende Grund gewesen sei. Aber während Waddington ganz im allgemeinen die Schuld dem Mangel an Konsequenz (manque de suite) zuschiebt, der die französische Politik jener Zeit mit fluchwürdigem Andenken belade, findet Broglie, daß die Unsicherheit der französischen Staatsmänner, ob man sich auf einen Seekrieg beschränken oder den Kampf auf dem Kontinente durchführen solle, noch durch die soeben begonnene Unterhandlung mit Österreich befördert worden sei[4]). Daß dieser inneren Unentschlossenheit Frankreichs erst der Abschluß der Westminsterkonvention ein Ende bereitet habe, ist wiederum die Ansicht beider Forscher, wie sie schon vor ihnen v. Arneth, Ranke, Sorel[5]), Koser und Lehmann vertreten hatten. Daß erst die Westminsterkonvention die französisch-österreichische Allianz als unmittelbare Folge herbeigeführt habe, durfte man als die herrschende Ansicht bezeichnen.

Ihr tritt Heußel in seiner Erstlingsschrift[6]) schroff entgegen. Lange

1) Vgl. l'alliance autrichienne (Paris 1895) 230 ff.

2) a. a. O. S. 342 f., 414. Genau die gleiche Anschauung hat Bernis in seinen Memoiren Mémoires et lettres du cardinal de Bernis, ed. Masson. Paris 1878) I, 231.

3) Louis XV et le renversement des alliances (Paris 1896), S. 239 f.

4) Diesem Urteil tritt auch F. Wagner: Friedrichs des Großen Beziehungen zu Frankreich und der Beginn des siebenjährigen Krieges (Hamburg 1896), 59 bei.

5) Recueil des instructions. Autriche (Paris 1884) 337.

6) Friedrichs des Großen Annäherung an England im Jahre 1755 und die Sendung des Herzogs von Nivernais nach Berlin. (Gießener Studien auf dem Gebiete der Geschichte. Herausgegeben von W. Oncken. Heft 9. Gießen 1897.) Der erste Teil sucht den Nachweis zu erbringen, daß Friedrichs diplomatische

vor diesem preußisch-englischen Vertrage ist nach ihm die Abkehr Frankreichs von Preußen, die Hinwendung zu Österreich innerlich vollzogen und beschlossen. Nicht die Ursache, nur den willkommenen Vorwand für den Systemwechsel bedeutet die Konvention von Westminster. So weit ist Heußels These nicht neu [1]). Original dagegen ist der von ihm versuchte Nachweis, daß die Sendung des Herzogs von Nivernais nach Berlin den geheimen Zweck verfolgt habe, die Annäherung König Friedrichs an England zu beschleunigen und damit den gesuchten Vorwand zu schaffen. Man erkennt hieraus unschwer: die Ansicht über die Zwecke der Nivernaisschen Gesandtschaft bedingt das Urteil über die gesamte französische Politik seit der Mitte des Jahres 1755. Eine für die Vorgeschichte des siebenjährigen Krieges durchaus nicht unwichtige Frage steht zur Diskussion.

Dürfen wir den Bernisschen Memoiren glauben, so ist die Entsendung des Herzogs von Nivernais auf die Initiative des weit voraussehenden Abbé zurückzuführen: Ein höchst auffälliges Verhalten des preußischen Gesandten Knyphausen, der zuerst einen gemeinsamen preußisch-französischen Angriff auf Böhmen und die österreichischen Niederlande vorgeschlagen, später aber in krassem Stellungswechsel den französischen Plan, sich nach Möglichkeit auf den Seekrieg gegen England zu beschränken, gutgeheißen haben soll, hat dem Abbé bewiesen, daß der preußische König die französische Allianz mit einer englischen zu vertauschen wünsche. Niemand in Frankreich sonst hat diesen prophetischen Seherblick bewiesen; Bernis hat außer dem Könige Ludwig und vielleicht dem Minister Machault auch niemanden von der Richtigkeit seines Argwohns zu überzeugen vermocht. Gleichwohl ist durch Vermittlung der Pompadour der Herzog von Nivernais ausersehen worden, um die schweren Verdachtsmomente gegen König Friedrich an Ort und Stelle einer Prüfung zu unterziehen.

Es kann aber gar keinem Zweifel unterworfen sein, daß die gesamte Unterlage für die Erzählung der Memoiren, das auffällige Verhalten Knyphausens, ein Produkt lediglich der zügellosen Phantasie ihres Autors

---

Thätigkeit im Frühling und Sommer 1755 darauf gerichtet gewesen sei, „dem König-Kurfürsten (Georg) Angst zu machen und ihn zum Anschluß an Preußen zu zwingen". Mit Berufung auf meine gleichzeitig entstandenen Ausführungen in diesen Forschungen IX, 541 ff. vermeide ich es, nochmals näher auf diese Frage einzugehen.

1) Vgl. Th. Bernhardt, „Friedrich II. und der Beginn des siebenjährigen Krieges" in der Histor. Z. XII (1864), 48. Doch ist Heußel unabhängig von diesem Forscher zu der gleichen Anschauung gelangt.

ist[1]). Daraus ergiebt sich die selbstverständliche Forderung der Methode, die Memoirendarstellung nur dann heranzuziehen, wenn sie durch andere, unverdächtige Quellen bestätigt wird, die in unserem Falle jedoch vollständig fehlen. Heußel dagegen, der gleichfalls „starke Zweifel" an der Richtigkeit dieser Erzählung empfunden hat, unternimmt den ebenso unmethodischen wie unmöglichen Versuch, nachzuweisen, „bis zu welchem Grade die von Bernis vorgetragenen Dinge auf Wahrscheinlichkeit Anspruch machen und welche Gründe ihn zur Entstellung der Wahrheit veranlaßt haben können"[2]. Indem Heußel aber gleichsam in der Seele des Abbé zu lesen bestrebt ist, gelangt er unvermerkt dazu, dessen Erzählung im wesentlichen als begründet anzusehen und also seiner früheren Ansicht unvermittelt zu widersprechen. „Vielleicht" habe sich Knyphausen zu seinem Anerbieten, ohne von König Friedrich beauftragt zu sein, „hinreißen lassen, um einen letzten Versuch zu machen, die französische Regierung aus ihrer Unthätigkeit aufzurütteln." Ja, noch mehr: Heußel findet ein solches Verhalten Knyphausens teilweise aus einem Erlasse seines Königs vom 8. Juli erklärlich, „der von österreichisch-russischen Kriegsberatungen meldet und auf alle Fälle einen Krieg für Preußen nahe erscheinen ließ". Ganz abgesehen davon, daß die letztere Behauptung übertrieben ist[3]), hat sich Heußel wohl schwerlich klar gemacht, welch unerhörter Handlungsweise er damit Knyphausen beschuldigt. Als ob es gar nichts bedeutete, wenn ein Staat wie Preußen mit seiner gesamten Macht sich über seinen Nachbarn herzufallen erbietet.

Müssen wir also die Darstellung der Bernisschen Memoiren vollständig verwerfen, so entfällt das einzige[4]) Zeugnis für die angebliche Thatsache, daß der Zweck der Nivernaisschen Mission die Prüfung der Verdachtsmomente gegen König Friedrich gewesen sei, daß der Argwohn

---

1) Diesen Nachweis habe ich in dieser Zeitschrift IX, 186 f. zu erbringen versucht. Ich werde demnächst auf diese Frage gelegentlich einer zusammenhängenden Kritik der Glaubwürdigkeit der Bernisschen Memoiren zurückkommen.

2) a. a. O. S. 25.

3) Friedrich begnügt sich mit dem Befehl, diese Nachricht im Vertrauen Rouillé mitzuteilen. Vgl. P. K. XI, 198/9.

4) Die Instruktion für d'Estrées vom 19. Oktober 1756, die gleichfalls die antipreußische Gesinnung König Ludwigs betont, erweist sich in der Darstellung von der Entstehung der französisch-österreichischen Allianz als so abhängig von Bernis, daß diese Instruktion nicht als eine neue, unverdächtige Quelle zu betrachten ist. Führt doch auch sie mit groteskser Entstellung des wahren Sachverhalts aus, daß bis zum Einmarsch der Preußen in Sachsen nur defensive Absichten die Grundlage der Verhandlungen zwischen dem Wiener und Versailler Hofe gebildet hätten. Vgl. Sorel a. a. O. S. 347 ff.

gegen Preußen den entscheidenden Anlaß zu diesem Plane gegeben habe, und daß bereits damals, im Juli 1755, König Ludwig mit seinen Sympathieen nicht mehr auf Seiten Preußens gestanden habe.

Wie die Grundlage für Heußels Ansicht, so erweisen sich auch seine weiteren Ausführungen nicht als stichhaltig. Mit voller Entschiedenheit sei König Ludwig, so erzählt er wiederum im Anschluß an die Memoiren von Bernis[1]), auf den Vorschlag der Kaiserin Maria Theresia eingegangen, die preußische Allianz mit einer österreichischen zu vertauschen. Allein an dem Vorwand dazu gebrach es. Ihn zu beschaffen, die bereits im Werke begriffene Annäherung König Friedrichs an England zu beschleunigen, sei der geheime Zweck der Mission Nivernais' gewesen.

Heußel stützt seine Kombination auf drei Gründe.

Sehr verfänglich ist zunächst die Bestätigung, die er zwischen den Zeilen der Bernisschen Memoiren zu finden glaubt[2]). Bernis erzählt nämlich noch an einer anderen Stelle, wie die Gesandtschaft des Herzogs von Nivernais zustande gekommen sei. Kaunitz hatte seine Anträge an Frankreich vom August 1755 durch den Argwohn gegen Preußen begründet. Diesen durch einen Gesandten an Ort und Stelle prüfen zu lassen, sei Bernis' Vorschlag gewesen. Er habe damit auch Eindruck beim Könige gemacht, und „bald darauf wurde Nivernais für die Gesandtschaft nach Berlin erwählt."

Daß hier eine einfache Unrichtigkeit der Darstellung vorliege, hat Broglie angenommen[3]), und die bisherigen Ausführungen werden diese Erklärung von vornherein wahrscheinlich machen. Heußel dagegen liest das Menschenmögliche aus dieser Quellenstelle heraus. Da Bernis hier zum zweiten Male von der Erwählung Nivernais' spreche, so müsse diese inzwischen rückgängig gemacht worden sein. „Die Ausdrucksweise des Abbé zwingt unleugbar zu der Vermutung, daß der Sendung des Herzogs von keiner anderen Seite Widerstand entgegengesetzt wurde, als von König Ludwig selbst" (!). Ursprünglich hatte der Herzog den

1) Sie sind auch für diese Erzählung die einzige Quelle.

2) a. a. O. 32.

3) Vgl. Alliance 229/30; auch Wagner a. a. O. 30. Die unausgleichbaren Widersprüche, in die sich Bernis verwickelt, sind mit Händen zu greifen. Er behauptet hier (I, 234), die Nachricht von preußischen Verhandlungen mit England habe die Entsendung Nivernais' veranlaßt. Gleichzeitig bemerkt er aber (I, 230), daß diese Nachricht erst durch Starhemberg im Auftrage von Kaunitz den Franzosen zugekommen sei. Also ist entweder diese zweite oder die frühere Erzählung von der Grundlage für die Nivernaissche Mission unrichtig.

einzigen Bundesgenossen für Frankreich erhalten sollen. Jetzt, nach den österreichischen Anträgen, zeigte sich die Möglichkeit, Ludwigs Herzenswunsch, die Verbindung mit Österreich, durchzusetzen. Um nun Preußen nicht etwa zu größerer Vorsicht in seinen gemutmaßten Verhandlungen mit England zu veranlassen, und Österreich nicht durch die Absendung Nivernais' zu größerer Zurückhaltung oder gar zum Abbruch seiner soeben begonnenen Unterhandlung zu verleiten, wäre König Ludwig nur scheinbar auf den Vorschlag des Abbé eingegangen, hätte vielmehr in Wahrheit die Abreise des Gesandten hinausgeschoben.

Zunächst aber ist es unbeweisbar, daß Ludwig sofort bereit gewesen sei, auf Antrag des Grafen Kaunitz die österreichische Allianz an die Stelle der preußischen zu setzen. Im Gegenteil beweist die französische Antwort vom 9. September[1]), daß König Ludwig durchaus an dem Bündnis mit Preußen festzuhalten gesonnen war[2]). Nach wie vor sollte Preußen den Eckstein in dem Gefüge der französischen Allianzen bilden.

Vollends aber wird Heußels Vermutung durch die Erwägung hinfällig, daß gar kein Grund zu ersehen ist, warum Ludwig zunächst aus Rücksicht auf Preußen und Österreich mit der Absendung Nivernais' zögert, ihn dann aber Ende November, bezw. Dezember doch entläßt, um Preußen noch schneller zu England hinüberzutreiben. An die Stelle einer Erklärung hätte Heußel lediglich ein neues Rätsel gesetzt. Noch war ja die Westminsterkonvention nicht geschlossen, noch war man auch mit Österreich zu keinerlei Abschluß gelangt, als der Herzog von Nivernais am 23. November seine Instruktion empfing oder als er am 22. Dezember abreiste.

Genau so, wie Heußel es für einen früheren Termin annimmt, hätte man in Frankreich auch jetzt noch besorgen können, Nivernais' Absendung werde den König Friedrich zu größerer Behutsamkeit veranlassen. Und nachweisbar hat Ende November Kaunitz mit der größten Spannung der Entscheidung entgegengesehen, ob Nivernais nach Berlin gehen solle, um das alte Bündnis zu erneuern, oder aber nur, um über die Absichten des Königs Gewißheit zu verschaffen. Von der Entscheidung über diese Frage hat damals der österreichische Staatskanzler sein Urteil über die geheimen Ziele der französischen Politik

1) Vgl. v. Arneth, Maria Theresia IV, 398 ff., und den vollständigen Abdruck in den von mir herausgegebenen, demnächst erscheinenden „Akten zur Vorgeschichte des siebenjährigen Krieges" I, Nr. 9 (zitiert fortan als „Akten").

2) In diesem Sinne ist die französische Erklärung denn auch von Kaunitz aufgefaßt worden. Vgl. Vortrag vom 4. Oktober 1755, Akten Nr. 13.

abhängig gemacht[1]). In Österreich also hat man die Mission Nivernais' durchaus anders als Heußel es will, aufgefaßt. War man doch noch im Januar 1756 bereit, in die Defensivallianz mit Frankreich selbst Preußen aufzunehmen[2]).

Eine zweite Stütze seiner Anschauungen entnimmt Heußel dem Charakter der Instruktion Nivernais'. Vor allem ist da in der That sehr auffallend, daß der Herzog keine Nachricht über die mit Österreich schwebenden Verhandlungen erhält[3]). Indessen ist dieser Zug ja nicht das einzig Wunderliche in der Regierung König Ludwigs XV. Man braucht nur an das künstliche Spiel der geheimen Kabinettspolitik dieses Herrschers zu denken, das Broglie in dankenswerter Weise enthüllt hat[4]), oder aber an die Thatsache, daß der französische Ministerrat von den österreichischen Verhandlungen erst ein halbes Jahr nach ihrem Beginn erfuhr[5]), daß die ersten Eröffnungen des Grafen Kaunitz sogar dem auswärtigen Minister Frankreichs wochenlang verheimlicht worden sind[6]), um zu begreifen, daß es nicht so etwas ganz unerhörtes ist, wenn Nivernais in den Stand der österreichischen Verhandlungen nicht eingeweiht wurde. Es kommt dazu, daß Nivernais' Instruktion im Conseil verlesen wurde[7]). Schon um diesem nicht jetzt schon das Geheimnis zu enthüllen, mußte über die Aussicht auf eine österreichische Allianz strenges Stillschweigen beobachtet werden.

Größeren Wert aber wird Heußel auf seine These legen, daß der Inhalt der Nivernaisschen Instruktion durchaus zu der Annahme führe, die Mission des Herzogs sei eine Komödie, eine Intrigue gewesen, um Preußen auf die Seite Englands zu treiben. Im engen Anschluß an Broglie hält Heußel[8]) es für das entscheidende Merkmal dieser Instruktion, daß unter preußischer Vermittlung eine ungeheure Liga gegen

1) Vgl. Vertrag vom 26. November 1755. Akten Nr. 24. Beer, Die österreichische Politik in den Jahren 1755 und 1756, H. Z. 27, 336 f. (1872).

2) Vgl. v. Arneth a. a. O. 412 f. Akten Nr. 37, 37a.

3) Lucien Perey findet diese Annahme sogar ganz unmöglich. Dennoch ist sie eine unleugbare Thatsache. Leider geht der Verfasser auf die Instruktion Nivernais' und die Verzögerung seiner Absendung nicht ein. Vgl. Un petit-neveu de Mazarin (Paris 1890) 349; vgl. Broglie, Alliance 240 Anm.

4) Le secret du Roi (Paris 1878), 2 Bände.

5) Vgl. Starhembergs Bericht vom 17. April 1756, Waddington, Renversement 322 ff., Aktenstücke Nr. 68.

6) Erst am 22. Oktober 1755 berichtete Starhemberg, daß Rouillé in das Geheimnis eingeweiht worden sei. Vgl. v. Arneth a. a. O. 404. Akten Nr. 25.

7) Vgl. Waddington, Renversement 242.

8) a. a. O. 35 ff.; Broglie, Alliance 240 ff.

Österreich gebildet, ein „wahres Erdbeben gegen die Erben Karls V.“ heraufbeschworen werden sollte, ohne daß man jedoch präzise Forderungen an Preußen gestellt habe. Wurde aber Österreich als der Hauptfeind hingestellt, so mußte, deduziert Heußel, König Friedrich in seinem Bestreben, England von der Allianz mit Österreich abzuziehen, bestärkt werden; nicht minder durch den Umstand, daß keinerlei Hülfe gegen England von ihm verlangt wurde. Und daß eine Verbindung Preußens mit England in der That durch die Mission Nivernais' herbeigeführt werden sollte, findet er sehr deutlich durch die Thatsache bewiesen, daß man „die Zustimmung der Kaiserin Maria Theresia“ zu der Sendung des Herzogs eingeholt hatte.

Leider muß indessen konstatiert werden, daß Heußel in seinen Schlußfolgerungen durch einen Irrtum Broglies auf ganz falsche Fährte geführt worden ist. Broglie hat den Charakter der Nivernaisschen Instruktion vollständig verkannt. Es ist, wie man aus Waddingtons ausführlicher Analyse[1]) ersehen kann, gar keine Rede davon, daß Österreich als der Hauptfeind betrachtet werde. Vielmehr soll die gewaltige Liga ganz unzweideutig gegen Rußland gebildet werden, um dem Könige Friedrich eine Diversion nach Hannover ohne Besorgnis vor einem russischen Angriffe zu ermöglichen[2]). Ganz und gar tritt die Absicht eines Krieges mit Österreich in den Hintergrund, obwohl diese Eventualität nicht völlig ausgeschlossen wird; man traut dem Grafen Kaunitz noch nicht unbedingt. Aber doch nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen[3]) sah man auch einen französischen Angriff auf die österreichischen Niederlande vor.

Und noch viel weniger kann Heußel seine Behauptung aufrecht erhalten, daß die Zustimmung Maria Theresias zu der Sendung Nivernais' eingeholt worden sei. Heußel hat hier eine Anmerkung Broglies[4]) mißverstanden, der ganz richtig bemerkt, daß der Wiener Hof von der Nivernaisschen Instruktion „Kenntnis gehabt“ habe. Er hat von ihr genau ebenso gewußt, wie Friedrich[5]). Von einer eingeholten Zustimmung findet sich aber in den österreichischen Akten auch nicht die Spur einer Andeutung. Im Gegenteil, die Ungewißheit des Wiener Hofes

---

1) Renversement 241 ff. Vgl. doch auch schon Droysen, Preuß. Politik V, 4, 480 ff. und unten S. 91.

2) Die gleiche Auffassung hatte Kaunitz. Vgl. Akten Nr. 24.

3) Vgl. unten S. 87.

4) Alliance 247.

5) Vgl. P. K. XI. 371.

über die Absichten Frankreichs beweist[1]), daß von einer so großen Vertraulichkeit der Beziehungen keine Rede ist.

Ebenso irrtümlich nimmt Heußel an, der preußische Gesandte wäre von dem Versailler Hof absichtlich über den wahren Inhalt der Nivernaisschen Instruktion getäuscht worden, weil sein Bericht an König Friedrich mit der Broglieschen Inhaltsangabe schlechterdings unvereinbar sei[2]). Knyphausen hatte erfahren, daß Frankreich in erster Linie sich auf den Seekrieg gegen England beschränken wolle, erst im Falle der Not sich auch an Hannover zu halten und hierzu die preußische Mitwirkung zu erbitten gedenke. Der Vergleich mit Waddingtons Darstellung von dem Inhalte der Nivernaisschen Instruktion ergiebt aber, daß Knyphausen im wesentlichen das Richtige zu melden gewußt hatte. Und noch mehr schwindet jeder Gedanke an eine absichtliche Täuschung Knyphausens und also auch des Königs Friedrich dahin, wenn man aus den österreichischen Akten ersieht, daß der Wiener Hof sich im wesentlichen die gleiche Anschauung über den Inhalt der Instruktion gebildet hatte. Man begrüßte es in Wien mit lebhafter Freude, daß die französische Regierung den Gedanken eines Landkrieges fürs erste aufgegeben habe, und nahm an, daß Nivernais die preußische Mitwirkung bei einem etwaigen Angriff auf Hannover durchsetzen solle[3]).

Heußels Annahme ist indessen auch an sich völlig unmöglich. Wenn die wirkliche Instruktion Nivernais' den Zweck hatte, durch die Betonung der antiösterreichischen Tendenz König Friedrich auf die Seite Englands zu treiben, so hätte es selbstverständlich im Interesse Frankreichs gelegen, von diesem Inhalt der preußischen Regierung möglichst bald Kenntnis zu geben. Geradezu widersinnig aber ist es, daß man statt dessen Knyphausen mit Angaben betrügt, die der geheimsten angeblichen Absicht direkt zuwiderlaufen. Denn, wenn Preußens eventuelle Mitwirkung an einem Angriff auf Hannover gesichert werden sollte, so bedurfte es wahrlich keines besonderen Scharfsinns, um zu erkennen, daß man in Frankreich eine Verbindung Preußens mit England nicht wünsche. Und das spricht denn auch die wirkliche Instruktion Nivernais' unzweideutig aus. Die Macht König Friedrichs, heißt es, ist das stärkste Gegengewicht, das Frankreich den ehrgeizigen Absichten der Höfe von London, Wien und Petersburg entgegensetzen kann. Man unterrichtet den Herzog von den Bemühungen Englands und Österreichs, Preußen von der französischen Allianz abzuziehen, damit Nivernais dem

1) Vgl. Akten Nr. 24.
2) a. a. O. 35 Anm. 3.
3) Vgl. Vortrag vom 26. November 1755, Akten Nr. 24.

preußischen Könige vorstellen könne „l'illusion de ces propositions et le peu de confiance qu'elles peuvent mériter de la part de ce Prince dont le véritable intérêt exige la plus parfaite intelligence avec Sa Majesté". Ja, die Verhinderung eines Anschlusses Preußens an England wird geradezu als der Zweck (but) der Nivernaisschen Mission bezeichnet [1]).

Noch beruft sich Heußel zum Beweise für seine Anschauung über die Zwecke der Nivernaisschen Mission auf einen Briefwechsel zwischen Nivernais und Rouillé. Nivernais stellte dem Minister lebhaft vor, wie wenig er bei König Friedrich ausrichten werde, wenn er über die Absichten Frankreichs nichts anderes zu berichten habe, als daß man noch schwanke, ob ein Land- oder Seekrieg geführt werden solle [2]). Rouillé antwortete darauf am 15. Dezember: Er könne sich jetzt deutlicher erklären. „Der König kennt keine anderen Feinde als England; er will ihre Zahl nicht vermehren und scheut sich noch mehr, einen allgemeinen Krieg in Europa zu erregen." Von England indessen wolle er sich Genugthuung verschaffen, sei es durch einen Seekrieg oder durch eine Landung in England, oder durch einen Angriff auf Hannover.

Aus diesem Briefe konnte Nivernais zum mindesten das eine entnehmen, daß König Ludwig England und nicht Österreich als seinen Hauptfeind betrachtete. Ferner aber, da er einen allgemeinen Krieg in Europa zu vermeiden wünschte, so war damit zugleich gesagt, daß die englischen Alliierten, d. h. Österreich, keinen französischen Angriff zu besorgen hätten. Über die Rolle, die man Preußen zudachte, ist in diesem Briefe nichts gesagt. Nach der Instruktion sollte Nivernais König Friedrich zu einer Mitwirkung an einem eventuellen Angriff auf Hannover gewinnen. Da auf diese Hilfsleistung aber in dem Projekt eines französisch-österreichischen Defensivvertrages vom 28. Dezember 1755 unzweideutig Verzicht geleistet wird, so vermutet Heußel wohl richtig [4]), daß Rouillé über die preußische Mitwirkung deshalb kein Wort verlor, weil man schon damals auf ihr nicht mehr bestand.

Nivernais hat sich mit diesem Bescheid, soviel wir wissen, zufrieden gegeben. Heußel meint, er habe daraus wenigstens seine eigene An-

---

1) Vgl. unten S. 95.

2) a. a. O. 37 ff. Es ist auffallend, daß Heußel nicht gesehen hat, wie unvereinbar dieser Brief mit dem Exzerpt ist, das Broglie von der Instruktion Nivernais' gegeben hat.

3) Vgl. Akten Nr. 31.

4) a. a. O. 40.

schauung bestätigt gefunden, daß er Preußen von einer Verbindung mit England zurückhalten solle. Aber man fragt erstaunt: wie konnte sich Nivernais mit diesem Briefe Rouillés abfinden, wenn seine Instruktion von ganz entgegengesetzten Ansichten ausging? In dieser soll ja Österreich als der Hauptfeind bezeichnet sein; Rouillé aber nannte England den alleinigen Gegner. Schon dieser Umstand hätte Heußel stutzig machen sollen, ob er den Inhalt der Instruktion richtig erfaßt habe.

Hat sich also Heußels Ansicht als nicht zutreffend erwiesen, so erübrigt noch, in kurzen Zügen zu zeigen, welche Ziele die französische Politik in der zweiten Hälfte des Jahres 1755 verfolgte und welchen Zweck die Mission Nivernais' hatte.

Zunächst muß man in Rücksicht ziehen, daß die Verzögerung der Nivernaisschen Sendung eine so sehr große gar nicht gewesen ist. Am 24. Juli berichtet Knyphausen über die offizielle Anfrage Rouillés, ob Nivernais dem Könige Friedrich genehm sein werde. Etwa am 20. August ist dessen Antwort in Paris gewesen. Nach Mitte Oktober sind die Instruktionen aufgesetzt, am 12. November hat der Conseil über sie beraten, am 23. erst scheinen sie dem Gesandten zugestellt worden zu sein [1]). Am 24. November berichtet Knyphausen, daß Nivernais sich vom Könige und der königlichen Familie verabschiedet habe. Wenn er trotzdem erst am 22. Dezember abreiste, so giebt er selbst eine Erkrankung als Grund für diese Verzögerung an, und es ist gar kein Anlaß vorhanden, in diesem Umstande nur einen Vorwand Nivernais' zu suchen [2]). Die Verzögerung reduziert sich also auf die Zeit von Ende August bis Mitte November 1755, und es fragt sich, ob Gründe vorhanden sind, die diesen Aufschub erklären.

Je größere Hoffnungen sich bis zu jener Vergewaltigung des französischen Geschwaders durch den englischen Admiral noch immer

1) Vgl. Waddington Renversement 245, unten S. 93. Ich vermag nicht zu sagen, worauf sich Wagner a. a. O. 59 stützt.

2) So faßt Heußel die Erkrankung auf, a. a. O. 38. Indessen berichtet Knyphausen am 28. November: M. de Nivernais qui est malade d'un gros rhume et d'une courbature, n'a point pu partir cette semaine. Auch Starhemberg spricht über Nivernais' Erkrankung. Der Gesandte schreibt am 4. Dezember 1755: „Duc de Nivernais befindet sich noch immer unpäßlich, soll aber . . . in wenig Tagen seine Reise antreten." Am 18. Dezember wiederholt er: „Duc de Nivernais, welcher zwar noch immer sehr unpäßlich ist, hat seine Abreise auf morgen festgestellet, es stehet aber dennoch dahin, ob er dieselbe noch werde vornehmen können." Vgl. Akten Nr. 28.

Männer wie Rouillé auf die Erhaltung des Friedens gemacht hatten[1]), um so härter traf sie der Schlag. Ins Grenzenlose stieg in Frankreich die Erbitterung gegen England. Unverzüglich berief man die diplomatischen Vertreter aus London und Hannover zurück. Dem englischen Gesandten verbot man, länger am Hofe zu erscheinen. Eine fieberhafte Thätigkeit löste die träge Ruhe in den regierenden Kreisen ab. Fast täglich, zuweilen gar zweimal an einem Tage fanden Conseils statt. Man beschloß die sofortige Augmentation der Armee auf den Kriegsfuß, eine Verstärkung der Marine um 4—5000 Mann. Eilends wurde der Marschall Noailles nach Paris berufen, die Abreise Belleisles verschoben[2]). Der Herzog von Nivernais[3]) wurde ausersehen, um mit dem verbündeten preußischen Könige die geplanten gemeinsamen militärischen Operationen zu besprechen. Alles schien auf einen unmittelbaren Beginn der Feindseligkeiten zu deuten.

Sogleich indessen trug die klägliche Schwäche und Unentschlossenheit der leitenden Persönlichkeiten den Sieg über die aufsteigende Wut gegen England davon. In unbegreiflicher Scheu hielt man in Frankreich trotz der flagranten Friedensverletzung Englands an dem Gedanken fest, nicht zuerst Gewaltmaßregeln anzuwenden[4]). Auch sollte wohl erst noch die Rückkehr der zahlreichen französischen Handelsschiffe, die ohne Kunde von den jüngsten Ereignissen sich auf der Heimfahrt befanden, abgewartet, die französische Marine erst auf einen kriegstüchtigen Stand gebracht werden, ehe der Kriegszustand offiziell verkündet würde[5]). Das Entscheidende aber scheint doch der Zwiespalt zwischen der kriegerischen und der friedliebenden Partei innerhalb des französischen Ministeriums gewesen zu sein.

---

1) Vgl. Starhembergs Bericht vom 1. Mai 1755.

2) Vgl. Starhembergs Bericht vom 26. Juli 1755.

3) Gerade die Wahl dieses hochangesehenen, vornehmen, geistvollen und feingebildeten, von Bewunderung für Friedrich erfüllten Mannes und Günstlings der Pompadour beweist, wie hohen Wert man in Frankreich auf die preußische Allianz legte. Knyphausen berichtet am 31. Juli 1755 von ihm: M. de Nivernais ne réunit non seulement beaucoup d'esprit avec beaucoup de savoir et de douceur, mais il jouit aussi d'une grande considération, et tout ce qui sera proposé par lui, sera très bien recueilli et fera impression sur le Roi et sur le ministère. C'est d'ailleurs un des plus zélés admirateurs que V. M. ait dans ce pays-ci, et qui a toujours fait profession du plus grand attachement pour Sa personne.

4) Vgl. Knyphausens Berichte vom 31. Juli und 17. August 1755.

5) Vgl. Berichte Starhembergs vom 27. August, Knyphausens vom 17. August und 17. November 1755.

Denn in unbelehrbarem Optimismus wollten sich Rouillé und wohl auch König Ludwig selbst, dessen Wünsche hierin mit der begreiflichen Abneigung der Pompadour gegen das Wagnis eines Waffengangs zusammentrafen[1]), noch immer nicht in die Unvermeidlichkeit des Krieges fügen[2]). Der englische Minister Robinson hatte die Andeutung fallen lassen, daß Boscawen ohne Befehl gehandelt habe. Wie, wenn England die Konsequenz hiervon zog, die gekaperten Schiffe zurückstellte und so das Vorgehen seines Admirals desavouierte? Einer so löblichen Absicht durch vorschnelle Eröffnung von Repressalien entgegenzuwirken, schien geradezu sündhaft zu sein. Von unmittelbarer thatkräftiger Beantwortung des englischen Angriffs sah man ab: vielleicht ließ sich dann noch einmal der Friede erhalten[3]).

Denn trotz der Abberufung der offiziellen französischen Gesandten aus London und Hannover waren die diplomatischen Beziehungen noch nicht völlig abgebrochen. Noch Mitte Oktober und Anfang November 1755 schwebten geheime Verhandlungen, die eine Beseitigung der drohenden Kriegsgefahr bezweckten[4]). Das preußische Vermittelungsangebot fand anscheinend gute Aufnahme[5]). Ängstlich vermied man es, die kriegerische Stimmung Englands auch nur im geringsten zu reizen, und achtete der eigenen Würde so wenig, daß man in übel angebrachter Großmut eine aufgebrachte englische Fregatte an England auslieferte, ohne daß dieser Staat auch nur Miene machte, die mitten im Frieden gekaperten französischen Prisen auszuliefern[6]). Ganz deutlich gestand Rouillé vor Knyphausen seine andauernde Friedenshoffnung. Sogar eine Abnahme der Kriegswut in England glaubte der Staatssekretär wahrzunehmen. Vielleicht, daß die Eröffnung des britischen Parlaments noch einer friedlichen Entwicklung Raum gab. Den Zusammentritt des Parlaments jedenfalls wollte man abwarten, ehe man den entscheidenden Beschluß faßte. Auch Nivernais' Abreise, so berichtet Knyphausen ausdrücklich, wurde bis zu diesem Termin verschoben[7]).

1) Vgl. Knyphausens Bericht vom 17. November 1755.

2) Vgl. Starhembergs Berichte vom 20. und 31. Juli, Knyphausens vom 31. Oktober 1755.

3) Waddington, Renversement 240 verwirft diese Annahme ohne eigentliche Begründung.

4) Vgl. Waddington, Renversement 184 ff.

5) Vgl. P. K. XI, 232 und Knyphausens Bericht vom 17. August 1755, P. K. XI, 281.

6) Vgl. Knyphausens Bericht vom 12. September 1755.

7) Vgl. Knyphausens Bericht vom 7. November 1755; Starhembergs Bericht vom 24. September 1755, Akten Nr. 13.

Mit der Scheu vor dem Kriege überhaupt mischte sich eine steigende Unsicherheit über die Art, wie der Kampf gegebenenfalls zu führen wäre, ob man sich allein auf einen Seekrieg gegen England beschränken, oder auch den englischen Alliierten, Österreich, durch einen glückverheißenden Angriff auf die lockend vor den Grenzen Frankreichs gelegenen österreichischen Niederlande in den Streit verwickeln solle [1]). Niemand zweifelte an der Überlegenheit der englischen Seemacht [2]); da schien der Kontinentalkrieg die beste Gelegenheit zu bieten, die Verluste des Seekrieges wett zu machen. Als selbstverständlich betrachtete Starhemberg [3]) nach den Äußerungen Rouillés den Einmarsch der Franzosen in Flandern auch dann noch, als seine wiederholten lebhaften Versicherungen von dem Friedenswunsche Österreichs wenigstens soweit Eindruck gemacht hatten, daß der unmittelbare Angriff verschoben wurde. Starhemberg hatte den Marschall Noailles und Rouillé für den Plan einzunehmen verstanden, die Gegner Frankreichs nicht noch durch die Hereinziehung Österreichs zu vermehren [4]). Sie beide redeten einer Politik das Wort, die zunächst den Wiener Hof unbehelligt zu lassen empfahl. Und wenngleich Starhemberg voll Bedauern hinzufügt, daß Noailles als eine abgethane Größe zu betrachten und auch Rouillés Einfluß stark gesunken sei, so war doch immerhin für Österreich ein Zeitgewinn gesichert.

Noch weit größer indessen mußte die Unsicherheit der französischen Entschließungen werden, als sich im August 1755 Maria Theresia mit dem Vorschlage an den Versailler Hof wandte, mit ihr eine gegen Preußen gerichtete Verbindung einzugehen. Als lockendes Ziel stellte der unerwartete Antrag den wenigstens teilweisen Erwerb derselben Niederlande für den Bourbonenprinzen Don Philipp hin, die man sonst durch Waffengewalt und das schwankende Kriegsglück hätte erobern müssen. Einer selbstbewußten, willens- und thatkräftigen Regierung freilich wäre die Notlage Österreichs nicht entgangen, der geringe Widerstand, der von ihm zu erwarten war, solange der preußische König waffengewaltig und kriegsbereit auf der Wacht stand. Bei dem so wie so unentschlossen hin und her schwankenden Wesen der französischen

1) Vgl. Knyphausens Bericht vom 7. August 1755.

2) Über Rouillés Ansicht berichtete Starhemberg am 1. Mai 1755; Friedrichs Urteil vgl. bei Ranke 117, das des Grafen Kaunitz bei Beer, Archiv für österreichische Geschichte 48, 25, 51.

3) Vgl. Starhembergs Berichte vom 2., 12. und 27. August 1755.

4) Vgl. Bericht vom 2. August 1755.

Politik indessen, der Vergessenheit, der die ruhmreichen Traditionen der Zeiten Ludwigs XIV. in Frankreich anheimgefallen waren, konnte der geschickt ausgeworfene Köder schon seine Dienste thun. König Ludwig ergriff in der That die Gelegenheit zur friedlichen Ausbreitung des französischen Einflusses über die Niederlande. Wenigstens die Antwort des Wiener Hofes auf die Propositionen, mit denen die ersten österreichischen Eröffnungen erwidert wurden, wollte man abwarten, bevor man sich schlüssig wurde, ob der Krieg ein reiner Seekrieg werden oder auch auf den Kontinent Ausdehnung finden sollte. Vorher aber wäre die Abreise des Herzogs von Nivernais unnütz gewesen; bis zu dem Eintreffen der Antwort aus Wien wurde sie verschoben[1]).

So sind teils in der durch das Gefühl der eigenen Schwäche begründeten Hoffnung, überhaupt den Frieden erhalten zu sehen, teils in der Erwartung, durch eine Vereinbarung mit Österreich, dem inneren Wunsche entsprechend, die Alliierten aus dem Spiel lassen, den Krieg rein auf England beschränken zu können, Momente gegeben, die Nivernais' Entsendung nach Berlin aufzuschieben wohl geeignet waren. Denn über beide schwebende Fragen mußte man sich erst entschieden haben, bevor endgültige Operationspläne entworfen, endgültig die Forderungen an den preußischen Alliierten normiert werden konnten.

Rouillés Hoffnung, die englische Politik werde nach der Eröffnung des Parlaments in friedliche Bahnen einlenken, erfüllte sich mit nichten. Die Ansprache König Georgs an das Parlament und dessen Antwortsadressen mußten vielmehr jedermann klar machen, daß England mit vollen Segeln auf den Krieg lossteuerte. Selbst das französische Ministerium sah nunmehr den Krieg für unvermeidlich an. Zweierlei nur blieb jetzt noch zu thun übrig, äußerte Rouillé[2]), Landung in England und Angriff auf Hannover.

Am 17. November abends war die entscheidende Nachricht aus England in Paris eingetroffen[3]); am 23. erhielt Nivernais seine Instruktion zugestellt. Der zeitliche Zusammenhang beider Thatsachen läßt auch einen kausalen vermuten. Und Knyphausen bestätigt, daß die Aussicht auf den nahen Krieg der Mission des Herzogs eine erhöhte Bedeutung verliehen habe[4]); eine um so größere, als es jetzt nicht mehr

1) Vgl. Vortrag des Grafen Kaunitz vom 4. Oktober 1755, Akten Nr. 13.

2) Vgl. Knyphausens Bericht vom 28. November 1755; vgl. auch den vom 21. November.

3) Vgl. Starhembergs Bericht vom 20. November 1755.

4) Vgl. Waddington, Renversement 194.

allein darauf ankam, die gemeinsamen Kriegsoperationen zu verabreden, sondern zugleich auch darauf, Frankreich von der großen Sorge zu befreien, daß Preußen sich der französischen Allianz entziehen könnte. Schon am 17. und nochmals am 21. November berichtete Knyphausen, man beschleunige eben dieser Besorgnis wegen Nivernais' Abreise aufs äußerste[1]). Gerade die umgekehrte Wirkung also, als Bernis schildert, hatte der erwachte Argwohn gegen Preußens Bundestreue: nicht den Bruch mit dem Alliierten, vielmehr den Versuch, sich seiner unverweilt zu versichern, hatte er zur Folge[2]).

Die Instruktion Nivernais'[3]) stellt ein äußerst wertvolles Dokument zur Erkenntnis der Stimmungen dar, die in den ausschlaggebenden Kreisen Frankreichs herrschten. Dreierlei vor allem fällt bei ihrer Lektüre ins Auge: man hegt Mißtrauen gegen Österreich; man wünscht dringend die Verlängerung des zu Ende gehenden Vertrages mit Preußen, dessen Übergang auf Englands Seite ängstlich verhütet werden soll; endlich, man ist sich noch immer nicht über die Form klar, in der der Krieg gegen England geführt werden soll.

Schon gelegentlich der Beantwortung der ersten österreichischen Bündnisanträge vom August 1755 hatte Frankreich in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise zu erkennen gegeben, daß es an der Allianz mit Preußen als dem Eckstein seines politischen Systems unerschütterlich festhalte[4]). Nicht anders dachte man jetzt im November. Die Erneuerung der preußischen Allianz ist das Hauptziel der Nivernaisschen Mission. Der Herzog erhielt die Vollmachten mit, den Vertrag mit Preußen zu verlängern. Und um dem Könige alle Bedenken wegen Rußlands zu nehmen, schlug man vor, eine umfassende Liga zu bilden,

---

1) Vgl. Waddington, Renversement 241 ff.

2) Mit Recht hebt Wagner a. a. O. 45 diesen Gesichtspunkt hervor. Nichts beweist deutlicher als die Verzögerung der Nivernaisschen Mission vom August ab bis gegen Ende November, wie wenig ihr Plan durch einen etwaigen Verdacht gegen Friedrich hervorgerufen sein kann. Andererseits zeigt die auserlesene Höflichkeit, mit der König Ludwig seinen Alliierten im Juni 1755 zu Wesel begrüßen ließ (Wagner a. a. O. 30, Koser, König Friedrich der Große I, 574, vgl. auch u. S. 90), in Verbindung mit der Thatsache, daß Ludwig weder jetzt im November, noch auch zu Ende Dezember an Lösung seines Verhältnisses zu Friedrich dachte, wie unrichtig die Behauptung des Abbé Bernis ist, daß sein Herr lange unter der preußischen Allianz gelitten habe. (Bernis' Memoiren I, 227.)

3) Ausführliches Exzerpt vgl. bei Waddington, Renversement 241 ff., einige Abschnitte veröffentliche ich unten nach R. Kosers Abschrift (vgl. S. 91 ff.), die schon Droysen V, 4, 480 ff. benutzte.

4) Vgl. S. 76.

die sich dem Marsche eines russischen Corps zum Schutze Hannovers entgegenstellen sollte.

Von besonderem Interesse ist es, daß Frankreich noch immer Mißtrauen gegen Österreich hegt. Schon die erste Beantwortung der Starhembergischen Propositionen war stark durch den Argwohn beeinflußt worden, daß es dem Wiener Hof mit dem Wechsel seiner Allianzen, dem Verzicht auf Englands Bundesgemeinschaft gar nicht Ernst, daß es der geheime Zweck der Anknüpfung mit Frankreich sei, Großbritannien durch die Besorgnisse vor einem Abfall Österreichs zu höheren Subsidienbewilligungen zu veranlassen[1]). Seitdem hatten sich freilich die Beziehungen beider Staaten freundlicher gestaltet. Aber von sicherem Zutrauen zu einander war man noch weit entfernt. Kaunitz bekennt, noch im Dezember 1755 habe man Besorgnisse vor einem französischen Angriffe auf die österreichischen Niederlande gehabt[2]).

Diesen Verhältnissen entspricht es durchaus, wenn man auch jetzt, im November, noch mit einer Verbindung Österreichs und Englands rechnen zu müssen fürchtet, die eine Abwendung Preußens von der französischen Allianz bezwecke, oder wenn man dem Wiener Hofe die Absicht zuschreibt, Schlesien durch einen gütlichen Austausch der Niederlande oder des schwedischen Pommerns an Preußen wieder zu erhalten[3]). Noch gedenkt man sogar der Möglichkeit, daß französische Truppen in die österreichischen Niederlande einfallen würden. In drei Fällen solle es geschehen, 1. wenn die Russen in Deutschland einmarschierten, 2. wenn die Hannoveraner, Hessen oder andere englische Hilfstruppen nach den Niederlanden geschickt würden, und 3. wenn sich die Engländer der Plätze Ostende, Ypern oder Nieuwport bemächtigten.

Unentschieden bleibt nach wie vor, was Frankreich zu thun gedenke, falls keine der eben bezeichneten Annahmen eintreffe. Insbesondere ist nicht mit Bestimmtheit festgestellt, ob und in welchen Fällen ein Angriff auf Hannover geplant werde. Daß man einen solchen eventualiter im Auge behielt, sich dazu der preußischen Unterstützung zu versichern suchte, ist nicht zu verkennen. Der Zweck der Mission Nivernais' soll ja nach der Instruktion darin bestehen, „d'inspirer de la confiance au roi de Prusse pour l'empêcher de prendre aucun engagement avec les ennemis du Roi et l'engager au contraire à seconder les mesures politiques de S. M. et à concourir aux mesures militaires, lorsqu'il

1) Vgl. Vortrag des Grafen Kaunitz vom 4. Oktober 1755, Akten Nr. 13.
2) Vgl. Denkschrift des Grafen Kaunitz vom Juli 1756, Akten Beilage Nr. 3.
3) Vgl. Waddington, Renversement 242, 244 f.

s'agira d'opérer." Sollte England russische Truppen zum Schutze Hannovers heranziehen, so will König Ludwig das Reich auf Grund des westfälischen Friedens zu einem Protest dagegen aufbieten. Gelinge dieser Versuch nicht, so glaube Frankreich mit seinen Alliierten im Recht zu sein, Hannover anzugreifen.

Über diese Unschlüssigkeit der französischen Regierung war Nivernais höchst unzufrieden. Er wies auf den Eindruck hin, den eine solche schwächliche Haltung auf König Friedrich ausüben müsse[1]). Aber der Herzog vermochte keine deutlichere Erklärung zu erwirken. Sein Hof behielt sich die Entscheidung über die Form der Kriegführung vor. Nur soviel fügte Rouillé zur Erläuterung der Instruktion hinzu, daß König Ludwig England allein als seinen Feind betrachte und einen kontinentalen Krieg zu vermeiden wünsche[2]).

Als Nivernais endlich am 22. Dezember 1755 seine Reise nach Preußen antrat, hatte sich die Lage bereits in bemerkenswerter Weise verschoben. Die französischen Vorschläge, die am 28. Dezember dem Wiener Hofe unterbreitet wurden[3]), waren durchaus geeignet, einen Neutralitäts- und Garantievertrag mit Österreich herbeizuführen. Das noch im November lebhaft hervorleuchtende Mißtrauen gegen die Absichten der Kaiserin war geschwunden. Das Mißtrauen gegen Preußen war dagegen stark gewachsen. Das frühere Verhältnis Frankreichs zu den beiden Mächten hatte sich fast umgekehrt. So vertraulich stand man jetzt mit dem Wiener Hofe, daß man die starke Indiskretion beging und ihm die geheimen Ratschläge mitteilte, durch die König Friedrich seinen zaghaften Verbündeten zu einem Angriff auf die österreichischen Niederlande zu verleiten versucht hatte[4]). Die Neigung für Preußen war „seit kurzem" ebenso „merklich vermindert", als die für Österreich gestiegen war. Es ist charakteristisch, daß man die drei Fälle, in denen Nivernais beauftragt war, den Einmarsch der Franzosen in die Niederlande anzukündigen, jetzt durch gütliche Einigung mit Österreich aus der Welt

1) Vgl. Lucien Perey 350 f.; Heußel a. a. O. 37, Anm. 2.

2) Vgl. Rouillés Brief vom 15. Dezember 1755 bei Lucien Perey 352; auch Heußel a. a. O. 38 Anm. 1.

3) Vgl. Akten Nr. 31.

4) Vgl. Akten Nr. 37 und P. K. XI, 106, 145, 240 ff. Übrigens mag hier ein nicht unwichtiger Druckfehler bei Ranke 117 Anm. 1 auf Grund einer freundlichen Mitteilung R. Kosers berichtigt werden. Das Gespräch zwischen König Friedrich und La Touche, in dem ersterer von einem französischen Angriff auf Hannover abriet, hat am 27. Juli stattgefunden, und La Touches Bericht darüber datiert nicht vom 25., sondern vom 28. Juli 1755.

zu schaffen bestrebt war. Und auch darin ist die Entwicklung unverkennbar, daß sich nunmehr der Entschluß gefestigt hatte, keinen Kontinentalkrieg zu führen. Denn wenn sich Frankreich auch den Angriff auf Hannover vorbehielt, so verzichtete es doch ausdrücklich darauf, irgend einen anderen Staat in diesen Kampf mit zu verwickeln, d. h. Frankreich verzichtete auf die Mitwirkung Preußens. Daß der steigende Argwohn der Grund hierfür war, ist möglich, wenngleich nicht wahrscheinlich. Denn auch jetzt noch, Ende Dezember 1755, gedachte der Versailler Hof die Verbindung mit Preußen so wenig aufzugeben, daß er vielmehr die Ausdehnung des vorgeschlagenen Garantievertrages auch auf seine Alliierten, d. h. eben Preußen, ausdrücklich verlangte, und Österreich sich mit dem Gedanken vertraut machte, diese Bedingung zuzugeben[1]). Und vollends war keine Rede davon, daß Frankreich sich zu irgend welchen Schritten gegen Preußen hätte gewinnen lassen.

Erst und allein die Thatsache, daß Friedrich heimlich die Westminsterkonvention abschloß, hat, das erkennen wir klar, dem Grafen Starhemberg die Handhabe geboten, Frankreichs zunehmende Erkaltung gegen Preußen bis zur ausgesprochenen Gegnerschaft zu steigern. Dieser Wechsel vollzog sich, während Nivernais in Berlin weilte. Nur auf ausdrücklichen Befehl hat er sich gegen seine innere Überzeugung entschließen müssen, den veränderten Umständen entsprechend, die Verhandlungen mit Preußen abzubrechen[2]). Man hat zu Unrecht angenommen, die ganze Mission sei von Anfang an nichts weiter als eine Komödie gewesen[3]). Nichts wäre verkehrter als eine solche Annahme. Nivernais wurde in der ernsthaften Absicht nach Berlin gesandt, die Allianz mit Friedrich zu erneuern. Er wurde unverrichteter Sache zurückgerufen, weil eine ungeahnte Veränderung der politischen Situation die Voraussetzungen umgeworfen hatte, von denen aus seine Reise an den Berliner Hof einst beschlossen worden war[4]).

1) Vgl. Akten Nr. 37.

2) Vgl. Lucien Perey a. a. O.

3) Vgl. Heußel a. a. O. 40. Mit Recht erklärt sich schon Lucien Perey und Wagner 60 gegen eine solche Annahme. Schon der hohe Rang des Herzogs schließt diesen Gedanken aus.

4) Rouillé hat Starhemberg mitgeteilt, daß man dem Herzoge infolge des steigenden Mißtrauens nachträglich eine erheblich abweichende Anweisung zugesandt habe, nach der er nur die Haltung Friedrichs argwöhnisch beobachten sollte. Es fehlt mir an der Möglichkeit, diese Behauptung quellenmäßig zu bestätigen. Vgl. Akten Nr. 36.

Beilagen[1]).

I.

Mémoire pour les circonstances actuelles relativement au roi de Prusse[2]).

Versailles, 6 juin 1755.

Il est aisé de concevoir que la fermentation où se trouvent les affaires de l'Amérique, doit augmenter les inquiétudes naturelles du roi de Prusse. Ce Prince voit s'élever un orage qui, s'il vient à éclater, se communiquera infailliblement à l'Europe, et il a tout lieu de croire que les effets de l'animosité des ennemis communs du Roi et de la cour de Berlin ne se borneront pas à la France. Le langage du roi de Prusse vis-à-vis du Roi sur ces circonstances a été bon jusqu'ici, quoique très général, mais Sa Majesté Prussienne observe actuellement le plus profonde silence; elle craint les Russes au dessus de tout, et il y en a depuis longtemps un corps considérable sur les frontières de la Prusse. Elle est dans le préjugé qu'elle ne peut leur faire la guerre efficacement, surtout, s'ils se trouvent secondés par l'Impératice-Reine, à moins que la Suède n'ait la supériorité par mer, et que la Porte ne leur présente des objets de crainte.

Es sind Anzeichen da, daß der König von Preußen in Verhandlungen stehe tant avec la cour de Russie qu'avec celle d'Angleterre. Man wolle ihn also über die Maßregeln aufklären „que le Roi a prises, et qu'il prend actuellement pour la sûreté même du roi de Prusse ... Le voyage que M. Darget va faire à Berlin, semble présenter une voie des plus favorables pour parvenir à ce but".

„La suite de l'objet conduira nécessairement le roi de Prusse à demander au sieur Darget où il croit que la France, en cas de rupture, portera ses forces, et la réponse à lui donner doit être qu'il pense que ce sera dans les Pays-Bas ou en Hollande. Si ce Prince lui réplique: pourquoi pas dans l'électorat d'Hanovre? le sieur Darget pourra dire qu'il croit bien que la France n'a aucun éloignement pour l'exécution de ce dessein, mais que cependant il juge qu'on ne peut le prendre sans un concert avec la cour de Berlin, et qu'il ne sait pas où l'on en est là-dessus, personne ne

---

1) Die beiden folgenden Aktenstücke sind von R. Koser dem Pariser Archiv des auswärtigen Ministeriums entnommen und mir zur Veröffentlichung gütigst überlassen worden.

2) Die Reise Friedrichs nach Wesel gab dem französischen Hof Veranlassung, sich durch einige Höflichkeiten der Sicherheit der preußischen Allianz zu vergewissern. Leider wissen wir nicht, ob zwischen dem Könige und dem ihn bebegrüßenden Bailli de Froullay auch politische Gespräche stattgefunden haben, wie es nach Knyphausens Bericht vom 6. Juni 1755 (vgl. Droysen V, 4, 457: P. K. XI, 183) geplant war. In die gleiche Zeit fällt das obige Memoire. Es ist eine Art Instruktion für Darget, der im Begriff steht, eine Reise nach Deutschland anzutreten, und beauftragt wird, König Friedrich auszuhorchen. Darget war früher Sekretär König Friedrichs gewesen. Vgl. Koser, König Friedrich der Große I, 574; P. K. X, 445.

peut mieux résoudre la question que le roi de Prusse même[1]). Cette réponse, dont il sentira la vérité, pourra peut-être le porter à laisser échapper quelques traits de lumière qui feront connaitre ses vues, et qui donneront occassion au sieur Darget d'entretenir sa disposition de parler pour l'engager dans quelque explication."

Darget soll hervorheben: „Qu'en effet on pense généralement en France que, si les Anglais attaquent le Roi dans ses établissements de l'Amérique, l'affaire est autant celle des alliés du Roi que la sienne; que la raison en est que, dès que la cour de Londres entreprendra de diminuer les ressources que le Roi tire de ses colonies pour l'entretien de la puissance de terre, il sera évident que ce ne peut être qu'afin que, trop occupé à sa propre défense, il ne puisse contribuer à celle de ses alliés; que, si les alliés ne le secondent pas en l'aidant à s'emparer en répressailles des ressources que l'Angleterre a dans le continent pour se donner l'influence principale de terre, tous les projets de l'Angleterre contre la France et contre le roi de Prusse nommément seront facilement exécutés; que, par conséquent, c'est le cas de concourir avec la France pour compenser les succès de l'Angleterre en Amérique et sur mer par ceux que l'on pourra se procurer facilement sur terre, en les attaquant réciproquement dans la partie la plus sensible, c'est-à-dire dans les Pays-Bas, la Hollande et l'électorat d'Hanovre.

Wegen der Russen soll Darget auf die Vorkehrungen zum Schutze der schwedischen und dänischen Küsten und auf die Diversion der Pforte hinweisen.

II.

Instructions de M. le Duc de Nivernais[2]).

Elles ont été lues dans un comité et on a profité des réflexions qui y ont été faites[3]). En général, elles roulent:

1°. Sur les procédés et les vues des Anglais de s'emparer de nos colonies, de détruire notre commerce et notre marine et d'allumer une guerre dans l'Europe, ce qui est prouvé par tous les traités que le roi d'Angleterre a faits tant avec différents princes d'Allemagne[4]) qu'avec l'impératrice de Russie[5]).

2°. On informe M. le duc de Nivernais des démarches des ministres d'Angleterre en Hollande pour engager les Sept Provinces à faire une

1) Zur Sache vgl. P. K. XI, 106. 143, 148.

2) Die Vorlage ist bereits von Droysen, Preuß. Politik V, 4, 480 ff. benutzt worden. Vgl. auch Waddington, Renversement 241 ff.

3) Am Rande von Rouillés Hand: „Lu au Conseil le 12 novembre 1755, et Sa Majesté en a approuvé les dispositions contenues dans les instructions de M. le duc de Nivernais que j'ai signées le même jour."

4) England hatte Subsidienverträge abgeschlossen mit Ansbach, Hessen-Kassel, Sachsen-Gotha; es schwebten Verhandlungen mit Sachsen und Braunschweig.

5) Der am 30. September 1755 abgeschlossene Subsidienvertrag ist freilich erst nach langen weiteren Verhandlungen und sachlichen Änderungen im Februar 1756 ratifiziert worden.

Beilagen[1]).

I.

Mémoire pour les circonstances actuelles relativement au roi de Prusse[2]).

Versailles, 6 juin 1755.

Il est aisé de concevoir que la fermentation où se trouvent les affaires de l'Amérique, doit augmenter les inquiétudes naturelles du roi de Prusse. Ce Prince voit s'élever un orage qui, s'il vient à éclater, se communiquera infailliblement à l'Europe, et il a tout lieu de croire que les effets de l'animosité des ennemis communs du Roi et de la cour de Berlin ne se borneront pas à la France. Le langage du roi de Prusse vis-à-vis du Roi sur ces circonstances a été bon jusqu'ici, quoique très général, mais Sa Majesté Prussienne observe actuellement le plus profonde silence; elle craint les Russes au dessus de tout, et il y en a depuis longtemps un corps considérable sur les frontières de la Prusse. Elle est dans le préjugé qu'elle ne peut leur faire la guerre efficacement, surtout, s'ils se trouvent secondés par l'Impératice-Reine, à moins que la Suède n'ait la supériorité par mer, et que la Porte ne leur présente des objets de crainte.

Es sind Anzeichen da, daß der König von Preußen in Verhandlungen stehe tant avec la cour de Russie qu'avec celle d'Angleterre. Man wolle ihn also über die Maßregeln aufklären „que le Roi a prises, et qu'il prend actuellement pour la sûreté même du roi de Prusse ... Le voyage que M. Darget va faire à Berlin, semble présenter une voie des plus favorables pour parvenir à ce but".

„La suite de l'objet conduira nécessairement le roi de Prusse à demander au sieur Darget où il croit que la France, en cas de rupture, portera ses forces, et la réponse à lui donner doit être qu'il pense que ce sera dans les Pays-Bas ou en Hollande. Si ce Prince lui réplique: pourquoi pas dans l'électorat d'Hanovre? le sieur Darget pourra dire qu'il croit bien que la France n'a aucun éloignement pour l'exécution de ce dessein, mais que cependant il juge qu'on ne peut le prendre sans un concert avec la cour de Berlin, et qu'il ne sait pas où l'on en est là-dessus, personne ne

1) Die beiden folgenden Aktenstücke sind von R. Koser dem Pariser Archiv des auswärtigen Ministeriums entnommen und mir zur Veröffentlichung gütigst überlassen worden.

2) Die Reise Friedrichs nach Wesel gab dem französischen Hof Veranlassung, sich durch einige Höflichkeiten der Sicherheit der preußischen Allianz zu vergewissern. Leider wissen wir nicht, ob zwischen dem Könige und dem ihn bebegrüßenden Bailli de Froullay auch politische Gespräche stattgefunden haben, wie es nach Knyphausens Bericht vom 6. Juni 1755 (vgl. Droysen V, 4, 457: P. K. XI, 183) geplant war. In die gleiche Zeit fällt das obige Memoire. Es ist eine Art Instruktion für Darget, der im Begriff steht, eine Reise nach Deutschland anzutreten, und beauftragt wird, König Friedrich auszuhorchen. Darget war früher Sekretär König Friedrichs gewesen. Vgl. Koser, König Friedrich der Große I, 574; P. K. X, 445.

peut mieux résoudre la question que le roi de Prusse même[1]). Cette réponse, dont il sentira la vérité, pourra peut-être le porter à laisser échapper quelques traits de lumière qui feront connaitre ses vues, et qui donneront occassion au sieur Darget d'entretenir sa disposition de parler pour l'engager dans quelque explication."

Darget soll hervorheben: „Qu'en effet on pense généralement en France que, si les Anglais attaquent le Roi dans ses établissements de l'Amérique, l'affaire est autant celle des alliés du Roi que la sienne; que la raison en est que, dès que la cour de Londres entreprendra de diminuer les ressources que le Roi tire de ses colonies pour l'entretien de la puissance de terre, il sera évident que ce ne peut être qu'afin que, trop occupé à sa propre défense, il ne puisse contribuer à celle de ses alliés; que, si les alliés ne le secondent pas en l'aidant à s'emparer en répressailles des ressources que l'Angleterre a dans le continent pour se donner l'influence principale de terre, tous les projets de l'Angleterre contre la France et contre le roi de Prusse nomînément seront facilement exécutés; que, par conséquent, c'est le cas de concourir avec la France pour compenser les succès de l'Angleterre en Amérique et sur mer par ceux que l'on pourra se procurer facilement sur terre, en les attaquant réciproquement dans la partie la plus sensible, c'est-à-dire dans les Pays-Bas, la Hollande et l'électorat d'Hanovre.

Wegen der Russen soll Darget auf die Vorkehrungen zum Schutze der schwedischen und dänischen Küsten und auf die Diversion der Pforte hinweisen.

II.

Instructions de M. le Duc de Nivernais[2]).

Elles ont été lues dans un comité et on a profité des réflexions qui y ont été faites[3]). En général, elles roulent:

1°. Sur les procédés et les vues des Anglais de s'emparer de nos colonies, de détruire notre commerce et notre marine et d'allumer une guerre dans l'Europe, ce qui est prouvé par tous les traités que le roi d'Angleterre a faits tant avec différents princes d'Allemagne[4]) qu'avec l'impératrice de Russie[5]).

2°. On informe M. le duc de Nivernais des démarches des ministres d'Angleterre en Hollande pour engager les Sept Provinces à faire une

1) Zur Sache vgl. P. K. XI, 106. 143, 148.

2) Die Vorlage ist bereits von Droysen, Preuß. Politik V, 4, 480 ff. benutzt worden. Vgl. auch Waddington, Renversement 241 ff.

3) Am Rande von Rouillés Hand: „Lu au Conseil le 12 novembre 1755, et Sa Majesté en a approuvé les dispositions contenues dans les instructions de M. le duc de Nivernais que j'ai signées le même jour."

4) England hatte Subsidienverträge abgeschlossen mit Ansbach, Hessen-Kassel, Sachsen-Gotha; es schwebten Verhandlungen mit Sachsen und Braunschweig.

5) Der am 30. September 1755 abgeschlossene Subsidienvertrag ist freilich erst nach langen weiteren Verhandlungen und sachlichen Änderungen im Februar 1756 ratifiziert worden.

augmentation dans leurs troupes[1]), des intrigues qu'ils font de concert avec les ministres des cours de Vienne et de Russie, pour entretenir la division qui règne entre le roi et la reine de Suède et le Sénat.

3°. M. le duc de Nivernais paraitra informé des différentes propositions que l'on prétend que les cours de Vienne et de Londres font au roi de Prusse pour le détacher de l'alliance de la France, ou du moins pour l'engager de prendre le parti de la neutralité[2]). On fournit à M. le duc de Nivernais les moyens de faire sentir au roi de Prusse l'illusion de ces propositions, et le peu de confiance qu'elles peuvent mériter de la part de ce Prince, dont le véritable intérêt exige la plus parfaite intelligence avec Sa Majesté.

4°. Pour rassurer le roi de Prusse sur les craintes que peut lui causer le passage des troupes russes, M. le duc de Nivernais informera ce Prince des ordres qui ont été envoyés au sieur de Vergennes[3]), et de l'état où se trouve la négociation dont il est chargé. Il l'informera pareillement des mesures que Sa Majesté prend en Pologne[4]), de l'état actuel des forces du Roi tant sur terre que sur mer, des mesures prises pour l'augmentation de sa marine et pour les augmentations et l'emplacement de ses troupes de tous les dépôts et de tous les magasins, aussi bien que des secours extraordinaires que Sa Majesté s'est procurée dans ses finances, sans être à charge à ses peuples[5]).

5°. Il rendra compte au roi de Prusse des mesures que prend Sa Majesté pour la sûreté de ce Prince et de ses autres alliés, en travaillant à faire des traités avec le roi de Pologne et l'électeur de Bavière et par la disposition où elle est, de renouveler ceux qu'elle a déjà avec différents princes d'Allemagne, même, dans le cas de la mort du landgrave de Hesse-Cassel, de tenter d'en faire un avec le Prince son fils qui puisse détruire celui qu'il a fait avec les Anglais.

6°. M. le duc de Nivernais instruira le roi de Prusse des mesures que l'on prend pour former une union maritime entre le Danemark et la Suède[6]), ce qui sera nuisible au commerce des Anglais et utile en particulier au roi de Prusse.

7°. M. le duc de Nivernais assurera Sa Majesté Prussienne que le Roi est dans le dessein d'exécuter fidèlement le traité de 1741, et il tâchera par la suite de ses entretiens d'amener la proposition du renouvellement de ce traité. Il lui fera sentir qu'outre que ce parti convient à la bonne intelligence des deux cours, il paraît indispensable dans les circonstances actuelles, pour faire connaître à toute l'Europe qu'elles persistent invariablement dans les principes d'union et de politique qu'elles ont adoptés, et pour ôter par ce moyen à leurs ennemis l'espérance de les diviser, et augmenter la confiance de leurs amis.

---

1) Vgl. P. K. XI, 481.
2) Vgl. P. K. XI. 246 ff., 474.
3) Vertreter Frankreichs in Konstantinopel. Vgl. P. K. XI 477.
4) Vgl. P. K. XI, 282, 372.
5) Vgl. auch P. K. XI, 312.
6) Vgl. P. K. XI, 487.

Le parti que le roi de Prusse prendra là-dessus, paraissant être la pierre de touche de ses intentions, M. le duc de Nivernais mettra toute sa dextérité à les pénétrer par le moyen de cette négociation.

Il est très probable que dans le cas où il s'agira de conclure ce traité, le roi de Prusse renouvellera la prétention de l'alternative; mais comme on sera toujours à temps d'instruire là-dessus M. le duc de Nivernais, on lui dit seulement d'avance que, si le concours du roi de Prusse aux mesures du Roi ne tenait qu'à l'obstruction de cette prérogative, Sa Majesté pourra peut-être, quoique avec peine, se porter à l'accorder.

8°. Comme il est naturel que le roi de Prusse interroge M. le duc de Nivernais sur le système de la France par rapport à la Diète actuelle de Suède[1], M. le duc de Nivernais lui répondra que le système du Roi par rapport aux affaires politiques consistera à maintenir et augmenter, s'il est possible, l'union de la Suède avec le Danemark et le roi de Prusse, à intéresser ces trois cours au bonheur les unes des autres, et à établir, par ce moyen, dans le Nord un équilibre capable d'abaisser la Russie, ou tout au moins de la contenir.

Qu'à l'égard des affaires domestiques de la Suède, le Roi a recommandé à son ambassadeur à Stockholm[2]) de se tenir attaché au corps de la nation, de marquer les plus grands égards au roi et à la reine de Suède, de faire tous ses efforts pour inspirer la conciliation aux deux partis, mais de ne point gêner la liberté des ordres du royaume, en s'ingérant dans les affaires qui concernent la forme du gouvernement, afin qu'on ne puisse reprocher à la France de se mêler des affaires dans lesquelles elle a soutenu que la Russie n'a aucun droit d'entrer.

9°. M. le duc de Nivernais pourra dire au roi de Prusse que, si le Roi a suspendu jusqu'à présent toute opération militaire sur le continent, son motif principal a été son zèle pour la conservation de la tranquillité de l'Europe et de celle de ses alliés et en particulier de celle du roi de Prusse, qu'il veut éviter de compromettre par égard pour sa situation; que, de plus, il est important pour Sa Majesté d'éloigner d'elle les moindres apparences d'agression en Europe, afin de ne pas fournir à l'Espagne un prétexte de ne se pas déclarer pour la France, et aux alliés de l'Angleterre de prendre parti contre elle; mais que Sa Majesté n'en est pas été moins attentive à toutes les manœuvres des Anglais sur les affaires de l'Europe, et qu'en même temps elle n'a rien négligé pour sa défense par mer. Elle s'est mise en état, si les circonstances l'exigent de porter la guerre sur le continent partout où l'intérêt de la couronne et celui de ses alliés pourront le rendre nécessaire.

10°. Il y a encore quelques circonstances sur lesquelles on prévoit que le roi de Prusse ne manquera pas de s'entretenir avec M. de duc de Nivernais, et pour le mettre en état d'y répondre, on en a formé autant d'articles séparés sur lesquels on supplie Sa Majesté de vouloir bien faire sa volonté[3]).

1) Vgl. P. K. XI, 486.

2) Havrincourt.

3) Aus der ausführlichen Instruktion [„Vers. 13 novembre, remis à M. le duc de Nivernais le 23"], die obigem Auszug zu Grunde liegt, sei noch der Satz bemerkt: . . La puissance de ce Prince est le plus fort contrepoids que le Roi

Der Instruktion liegen vier Supplemente bei.

Das 1. Supplement (au sujet des affaires d'Espagne et d'Italie) besagt: que la cour du roi d'Espagne est incontestablement pour la France . . . que rien n'est capable de détruire les principes que le sang et l'amitié ont gravés dans son âme, et que, si les choses en viennent à une guerre décidée, l'on peut compter que Sa Majesté Catholique concourra à la défense du Roi.

Über Sardinien heißt es weiter: Nous ne dissimulerons cependant pas que la cour de Turin sent tout l'avantage qui lui donne le besoin qu'on a d'elle des deux partis, et qu'elle ne voudra pas le perdre par un arrangement prématuré . . . mais nous ne perdons pas, pour cela, de vue le dessein d'associer dans l'occasion cette cour aux principes et aux opérations de la France.

Das 2. Supplement bezieht sich auf den Prätendenten für die englische Krone, Nivernais solle erklären qu'il n'en a pas été question dans ses instructions; qu'il ignore les dispositions du Roi à cet égard, mais que l'on a reconnu dans la dernière guerre que le parti de ce Prince était alors peu considérable, qu'il doit avoir beaucoup diminué depuis, et qu'on croit qu'il diminue encore tous les jours.

Das 3. Supplement handelt sur l'opposition à former à l'entrée des Russes en Allemagne. Auf Grund des Art. 2 § 3 des münsterischen Friedens werde der König von Frankreich dem Reichstag eine Deklaration übergeben, um Kaiser und Reich aufzufordern, den von England veranlaßten, gegen Frankreich gemünzten Einmarsch der Russen zu inhibieren. Die Deklaration würde durch die mit Frankreich verbündeten Fürsten zu unterstützen sein.

Enfin que, si le Roi et ses alliés sont obligés d'envoyer des troupes dans l'électorat d'Hanovre, parceque les Russes y viendraient sans opposition de la part de l'Empire et sous la protection de l'électorat de Brunswik, Sa Majesté et ses alliés s'en trouveront pleinement justifiés par le traité de Münster, par la capitulation impériale et par la demande faite à l'Impératrice de l'exécuter.

Tel est l'expédient dont le duc de Nivernais fera usage, comme on l'a dit, dans ses entretiens avec le roi de Prusse; mais il observera de ne le proposer que comme une idée que la chaleur de la conversation lui aurait inspirée, et de paraître la soumettre entière aux lumières du roi de Prusse et ne vouloir la communiquer à sa cour qu'après que ce Prince l'aura approuvé et aura jugé convenable d'y donner son concours, sans lequel on ne pourrait espérer de le faire réussir.

---

puisse opposer aux desseins ambitieux des cours de Vienne, de Londres et de Russie; elle contribue au maintien du système d'Allemagne et à celui de l'équilibre du Nord. Son influence dans l'Empire y soutient celle de Sa Majesté. Elle affermit l'union de ses alliés, et le nombre et la réputation de ses troupes en imposent aux ennemis communs. Mais si son alliance est utile au Roi, celle du Roi lui est indispensable.

. . . . Son imagination, qui est très vive, l'éblouit par ce qui est son véritable intérêt.

Supplement 4 (sur l'époque des opérations militaires sur le continent): Le but des instructions que l'on fait remettre au sieur duc de Nivernais, étant d'inspirer de la confiance au roi de Prusse pour l'empêcher de prendre aucun engagement avec les ennemis du Roi et l'engager au contraire à seconder les mesures politiques de Sa Majesté et à concourir aux mesures militaires, lorsqu'il s'agira d'opérer, on ne peut espérer de le déterminer à ce concours, si l'on ne fixe point l'époque des opérations.

Dans cette vue, il conviendra que le sieur duc de Nivernais s'explique de la façon suivante, c'est à dire:

Que, si les Russes font des mouvements pour entrer en Allemagne soit par la Pologne ou par quelqu'autre voie; si les Hanovriens font des mouvements pour venir aux Pays-Bas; si les Hessois ou autres troupes auxiliaires du roi d'Angleterre font des mouvements pour le même dessein; si les Anglais envoient des troupes pour s'emparer d'Ostende, Ypres et Nieuwport: dans tous ces cas, les troupes françaises marcheront dans les Pays-Bas pour pouvoir prévenir les ennemis du Roi et ceux de ses alliés.

III.

Blüchers Austritt aus dem Heere[1]).

Von

Ernst Friedlaender.

Gleich nach dem Tage, an dem der schwedische Kornet Gebhard Lebrecht von Blücher im Gefecht am Kavelpaß bei Friedland i. M. am 29. August 1760 von preußischen Husaren gefangen genommen war, trat der feurige junge Soldat in das preußische Heer ein. Denn der Chef jenes Husarenregiments, der Oberst von Belling, bewog alsbald den Siebzehnjährigen, preußischer Husar zu werden, und der Große König ernannte Blücher am 20. September desselben Jahres zum Kornet im Bellingschen Husarenregimente. Bei der im folgenden Winter eintretenden Vermehrung der jungen Waffe kam Blücher ungewöhnlich schnell vorwärts: so wurde der eben 18 Jahre Zählende am 1. Januar des Jahres 1761 Secondelieutenant, und als sogleich noch ein drittes Bataillon Belling-Husaren errichtet wurde, bereits am 6. Juli desselben Jahres Premierlieutenant. Als das Regiment nach beendetem Kriege in

1) Vgl. Preuß, Friedrich der Große II. S. 267. IV. S. 80. Varnhagen v. Ense, Leben des Fürsten Blücher von Wahlstatt. Berlin 1845. Kurd Wolfgang v. Schöning, Geschichte des K. Preuß. fünften Husaren-Regiments, mit bes. Rücksicht auf Gebhard Lebrecht von Blücher. Berlin 1843. Friedr. Wigger, Feldmarschall Fürst Blücher von Wahlstatt. Schwerin 1878. Karl Blasendorff, Gebhard Leberecht von Blücher. Berlin 1887. Derselbe, Blüchers Wiedereintritt in das Heer. Stettin 1897. (In dieser Programmabhandlung bedauert der verdiente Verfasser, daß über die Entfernung Blüchers aus dem Heere die sorgfältigste Nachforschung im Geheimen Staatsarchive ergebnislos geblieben sei. Er hatte gefragt, ob aus dem Dezember 1772 und Januar 1773 Nachrichten vorhanden seien, was der Wahrheit entsprechend verneint werden mußte. —) Allgemeine Deutsche Biographie. II. S. 727. Artikel Blücher von v. Meerheimb.

seine pommersche Friedensgarnison Stolp einrückte, war der erst 20jährige Blücher bereits der drittälteste Premierlieutenant. Aber nur noch zehn Jahre gehörte Blücher dem preußischen Heere an; was ihn aus dem Dienst entfernt hat, ist bisher niemals aufgeklärt worden, und die Lebensbeschreibungen, deren es ja eine große Anzahl über den Feldmarschall giebt, scheinen über dieses sein Mißgeschick alle auf die Erzählungen des Varnhagen von Ense zurückzugehen, der folgendes zu berichten weiß:

Zuerst habe Blücher seinen Generalinspekteur, General von Lossow (1772), dadurch gekränkt, daß er in seiner Abneigung gegen den Vorgesetzten für ein Pferd, das der General gern kaufen wollte, von ihm 100 Friedrichsd'or verlangt habe, während er, wie er verkündigte, es jedem andern für 50 Friedrichsd'or lassen würde. Sodann habe Blücher einen polnischen Priester, der die Bauern gegen die preußischen Husaren aufgereizt habe, zum Tode verurteilt und vor die Karabiner seiner Husaren führen lassen. Durch den Knall der blind geladenen Waffen erschreckt, sei der Priester ohnmächtig in die angeblich für seinen Leichnam vorbereitete Grube, vor der er mit verbundenen Augen kniete, gestürzt und nur mit Mühe wieder ins Leben zurückgebracht worden. Nicht lange darauf, im Oktober 1772, habe der Lieutenant von Jaegersfeld unter Übergehung von Blücher die durch den Tod des Rittmeisters von Meseberg [1]) vakant gewordene Schwadron im Bellingschen Husarenregimente erhalten, was Blücher zu folgendem Schreiben an den König veranlaßt habe: „Der von Jaegersfeld, der kein anderes Verdienst hat, als der Sohn des Markgrafen von Schwedt zu sein, ist mir vorgezogen. Ich bitte um meinen Abschied." Daraufhin habe General von Lossow über Blücher berichtet, und der König habe diesen in Arrest geschickt. Blücher habe fast 3/4 Jahr darin zugebracht und als dann noch immer keine Sentenz gefällt war, um seinen Abschied gebeten. Der König habe unverweilt eigenhändig verfügt: „Der Rittmeister von Blücher kann sich zum Teufel scheeren." Dies sei im Januar 1773 passiert.

Varnhagen spricht im Vorwort S. VII die Hoffnung aus, „daß man die vielen heiteren Züge, die in seiner Blücherbiographie eingeflochten sind, nicht zu streng nehmen werde: von manchen Geschichtchen sei wenigstens das wahr, daß sie allgemein erzählt und für glaubwürdig gehalten würden." Es ist mithin schwer zu unterscheiden, wo bei Varnhagen die Wahrheit aufhört und die Dichtung beginnt, und man wird gut thun, die größte Vorsicht walten zu lassen. Hier soll lediglich berichtet werden, was die mit Varnhagen ganz und gar nicht überein-

1) Das ist unrichtig, denn Meseberg starb schon 1770.



stimmenden Akten über Blüchers Austritt aus dem preußischen Heere und über die dabei mitwirkenden Umstände enthalten, und zwar Akten, die herbis hierfür noch niemals erschöpfend durchforscht worden sind. Um sie kurz zu nennen, so sind es namentlich die sog. Extrakte aus den Kabinettsvorträgen, die uns mancherlei neue Ergebnisse gespendet haben, und die sog. Minüten des Königl. Kabinetts. Jene sind kurze Inhaltsangaben der täglich einlaufenden Immediatgesuche, gewöhnlich zwischen 10 und 20 an der Zahl, die die Königlichen Kabinettsräte auf die rechte Seite eines gebrochenen Foliobogens niederschrieben und dann dem Könige entweder mündlich vortrugen oder urschriftlich vorlegten und auf die der Monarch sogleich kurz seinen Bescheid gab. Der Kabinettsrat schrieb flüchtig mit Bleistift die Allerhöchste Resolution wörtlich auf die linke Seite des Bogens oder der König schrieb eigenhändig seine Entscheidung dorthin, und aus diesen kurzen Notizen, die aber meist höchst charakteristisch und prägnant sind, ward dann die ausführliche Antwort auf die Eingabe formuliert und eine Kabinettsordre hergestellt. Solcher „Extrakte" giebt es aus der Zeit des Großen Königs eine stattliche Reihe von Jahrgängen, die in umfangreichen Foliobänden vereinigt sind. — Die „Minüten" sind die von den Formalien befreiten Niederschriften aller vom Könige erlassenen Kabinettsordres, die in chronologischer Reihenfolge eingetragen und nach Jahrgängen in Foliobände gebunden, ein ungemein reiches und wichtiges Material zur Armee- und Verwaltungsgeschichte Preußens im achtzehnten Jahrhundert darbieten. — Außer diesen Kabinettsvorträgen und Minüten sind noch die Berichte benutzt, die der polnische Gesandte am preußischen Hofe an den König und an den Minister Grafen Finck von Finckenstein in rascher Folge und mit warmen Worten erstattete. — Ob noch an anderen Stellen des Geheimen Staatsarchivs, dessen Reichtum immer wieder erstaunlich ist, so daß man niemals mit völliger Sicherheit sagen darf, nun sei es für einen bestimmten Gegenstand gänzlich erschöpft, ob also noch sonstwo über die uns hier beschäftigende Frage zerstreute Nachrichten vorhanden sein mögen, scheint uns nicht wahrscheinlich, ist aber mit nichten ausgeschlossen. Für den Augenblick aber haben sehr eingehende Nachforschungen nur ergeben, was wir im folgenden erzählen.

Als im Jahre 1770 König Friedrich der Große es für nötig hielt, von den Nachbarprovinzen aus größere Truppenmassen nach Polen zu schicken, um zunächst die Grenzgebiete zu besetzen, dann aber auch tiefer ins Land vorzurücken, ward der nunmehrige Generalmajor von Belling Oberkommandierender dieser Regimenter, die anfangs ganz ordnungsmäßig, bald aber mit einer durch nichts gerechtfertigten Härte in Polen

Beitreibungen erhoben und allerlei Übergriffe vornahmen, die große Erbitterung im Lande erregten. Daß die polnische Bevölkerung durch das Benehmen der Preußen häufig zu blinder Wut entfesselt, nun auch ihrerseits zu allerlei verbrecherischen Thaten hingerissen wurde, ist durch manche Überlieferungen solcher Vorfälle bezeugt. So tötete einmal ein polnischer Knecht einen Bellingschen Husaren meuchlings, war sogleich geständig und wurde nach Urteil und Recht bestraft, wie es billig war. Schwerlich aber waren die argen Ausschreitungen, die sich die preußischen Truppen in Polen vielfach zu schulden kommen ließen, durch solche einzelnen Vorfälle gerechtfertigt, und wenn auch, wie es scheint, alle dorthin geschickten Regimenter mehr oder weniger bei diesen Exzessen beteiligt waren, so standen die Belling-Husaren doch zweifellos dabei an der Spitze. Im Frühjahr 1772 liefen die ersten Klagen über sie beim Könige ein. Der Starost von Fraustadt, Graf von Kwilecki, der als außerordentlicher Gesandter des Königs und der Republik Polen bei Friedrich dem Großen beglaubigt war, bat am 16. März um Einsetzung eines gemeinsamen Gerichtshofes, um die Klagen der Polen gegen die preußischen Gewaltthaten zu untersuchen, da die preußischen Offiziere bisher nach Willkür entschieden hätten, und trug einige Tage später neue Beschwerden über die den Grenzkordon bildenden Truppen vor, weil sie auf der Weichsel sämtliche Getreideschiffe mit willkürlichen Steuern belegten, wie nun schon seit zwei Jahren geschähe, und dadurch den Handel ruinierten; auch auf der Warthe und Netze thäten sie desgleichen und brächen dadurch die alten Verträge. Vier Wochen darauf spitzten sich die Klagen gegen Belling zu, über den folgende belastende Thatsachen dem Könige gemeldet wurden. General von Belling habe sich über die gegen ihn erhobenen Klagen so geärgert, daß er dafür die beiden Dörfer Powierce und Leznica gründlich heimgesucht habe, er sei Ende März dorthin gekommen „et y a séjourné avec 900 hommes pendant onze jours, employant ce tems à faire consommer tous les grains, légumes, farine, bêtes de boucherie, volaille, et en général toutes choses consomptibles, jusqu'au lard et autres viandes fumées, ne laissant ni dans la ferme, ni dans aucune cabane de paysan un seul morceau de pain ou la moindre nourriture, et non content de cet épuisement, ses gens ont fait main basse sur les meubles dans la maison du maître jusqu'à briser ce que l'on ne pouvait emporter commodement et à bruler tous les registres économiques avec les quittances sur les livraisons faites antérieurement et ne s'en est retiré que lorsqu'il n'y avait plus rien à détruire."

Der König, der wohl ein Auge zudrückte, wenn es sich um Klagen



über zu harte Getreideforderungen handelte, weil seine Truppen doch ihren Lebensunterhalt aus dem Lande ziehen mußten, war aber keineswegs gewillt, solche Exzesse, wie sie der Graf Kwilecki ihm eben vorgetragen hatte, zu dulden. Er berief sogleich den General von Belling vom Oberkommando ab und betraute den Generalmajor von Lossow mit diesem Posten, „qui jouit d'une meilleure réputation que le Général de Belling", wie der Minister Graf Finckenstein an den polnischen Gesandten schrieb. Und wenn der König an Finckenstein eigenhändig befahl: „Vous auréz la bonté de Luy repondre en stile D'oracle de fasson que perssonne ni comprene rien. Federic", so war seine Meinung doch nur die, den Polen lediglich wegen der Klagen über die Getreidelieferungen hinzuhalten, wegen der Exzesse jedoch zürnte er heftig. Doch ließ er es vor der Hand bei Warnungen bewenden. Als z. B. im Mai der Generalmajor von Zastrow den Tod eines Stabskapitäns seines Regimentes meldet und Avancementsvorschläge daran knüpft, schrieb Friedrich: „Avancement gut; aber er soll nur das Regiment wieder in Ordnung bringen und halten, sonst setzt es, wenn ich es auf meiner Reise etwa sehe, Lerm. Er kann es nur auch an die übrigen mit ihm in Polen stehenden Generals und daß sie gleichfalls auf ihrer Huth sein mögen sagen." Die Klagen über Belling aber hörten nicht auf: „il est certain", heißt es einmal, „que si le général de Belling avait dès le commencement agi avec moins de rigueur, les trouppes Prussiennes et leurs magasins s'en seraient mieux trouvés;" und ein anderes Mal: „Mr. le général de Belling vient d'ordonner, que chaque bourgeois (in der Stadt Posen) doit fournir une telle quantité de grains, sous peine d'exécution militaire, laquelle ne se trouve pas pour la subsistence de cette ville épuisée, qui est obligée de nourrir préférablement et gratis la garnison et de laisser périr de misère ses propres bourgeois. Partout où les trouppes Prussiennes ont leur position les officiers s'emparent des caisses publiques de l'état et chassent les commis et receveurs des douanes . . . ."

Und ein dritter Bericht lautet:

„. . . Les exactions augmentent de jour en jour et les procédés inhumains dont elles sont accompagnées font voir clairement que les trouppes Prussiennes travaillent plus à la désolation totale de cette partie de la Pologne qu'au profit de leur souverain.

Les officiers de ses trouppes entièrement insatiables renouvellent sans cesse leurs demandes malgré la parfaite connaissance, qu'ils ont de l'épuisement total de ce pays malheureux . . . . . ."



Es wird auch geklagt, daß die Einforderung enormer Getreidelieferungen und die Bedrückung der Geistlichkeit kein Ende nähmen; die Offiziere verlangten, daß, wenn kein Getreide mehr vorhanden sei, dafür bares Geld nach Posen geliefert werde. „Les officiers visent plus à l'argent qu'au blé." Hinsichtlich der Getreidelieferungen schrieb der König abermals: „Vous pourez Luy faire une reponsse d'Oracle", aber im übrigen habe General von Lossow die Instruktion „de remedier à tout désordre". Die Mißstimmung des Monarchen gegen das Bellingsche Husarenregiment stieg bei alledem schnell. Wir haben dafür mehrere Beweise. Ein Major von Bülow, der bei der Auflösung des dritten Bataillons der Belling-Husaren bald nach geschlossenem Frieden „reducirt" worden war und sich seitdem in Schlawe aufgehalten hatte, wo er von seinen geringen Mitteln bescheiden lebte, war schon im April 1772 darum eingekommen, ihn „mit einer Eskadron Husaren anderweit zu versorgen", aber damals ohne Antwort geblieben. Er war nun im Sommer „auf den ihm allergnädigst ertheilten Urlaub" nach Berlin gekommen, um zur Wiedererlangung seiner Gesundheit daselbst eine Kur zu gebrauchen, und zeigte an, daß der General von Lossow ihm Seiner Majestät Ordre, um seinen Abschied einzukommen, bekannt gemacht habe; er bäte, ihm, da er außer Diensten nichts zu leben habe, eine pension zu accordiren. Und welcher Bescheid ward ihm zu teil! „Mit Officiers", verfügte Friedrich am 4. Juli, „die keine Ordnung im Regimente halten und Leute thun lassen, was sie wollen, und die größte Excesse begehen oder nachsehen, damit ist mir nicht gedienet." [1]). Nicht besser erging es dem Kommandeur des Regiments, dem Major von Schulenburg, dessen Gesuch am 28. September 1772 dem Könige vorgetragen wurde. Schulenburg bittet, „da er seines Orths an Sorge und Fleiß es nicht ermangeln läßet, das seinem Commando untergebene Regiment in Ordnung zu bringen und darin zu erhalten, ihn seine ancienneté durch sein avancement zum Oberst-Lieutenant wiederum angedeihen zu lassen." Da lodert der Zorn des Königs hell auf. Er schreibt: „Das Regiment hat in Pohlen nichts gethan als geplündert und der armée Schande gemacht: seine negligence ist Schuld, daß das Regiment nicht in Ordnung und wenn er es nicht wieder darin bringt, werde anstatt ihn zu avanciren einen andern Kommandeur bestellen."

Auch noch auf andere Weise, als durch direkten Tadel drückte der König seine Unzufriedenheit mit dem Bellingschen Regimente aus. Einschub in ein Regiment wird von den Beteiligten niemals gerne gesehen

1) Als er am 29. April 1773 um eine Pension bat, mußte er hören: „Ich weiß nicht, wodurch er eine Pension verdient hätte!"



und meist bitter empfunden. So geschah es auch jetzt, und der am schwersten Betroffene war Blücher. Dieser war im Laufe der Zeit ältester Stabsrittmeister im Regimente geworden und durfte mithin hoffen, bei der nächsten Gelegenheit zum Eskadronschef aufzurücken. Der König aber hatte es anders beschlossen und befahl im Unmut und um das Regiment zu bestrafen, daß ein Offizier aus einem andern Regimente in das Belling-Husarenregiment versetzt würde. Am 10. Oktober 1772 erging an den General der Kavallerie von Seydlitz folgende Ordre:

„Ich habe dem Lieut. Jaegerfeldt[1]) des HusarenRgts. v. Czettritz die bey dem Bellingschen HusarenRgt. durch Abgang des davon dimittirten Majors von Zülow erledigte Escadron zu conferiren resolviret und Euch solches und daß Ihr diesen Lieutenant zur Uebernahme der Escadron dahin abzugehen und sich bei dem Gen.-Maj. v. Löllhöffel gehörig zu melden aufgeben, in dessen Stelle aber bei den Czettritz-Husaren mir das Avancement vorschlagen sollet."

Und dem Inspekteur der pommerschen Inspektion, Generalmajor Löllhöffel von Löwensprung, schrieb der Monarch an demselben Tage: „Ich . . . . . mache Euch hierdurch bekannt, daß da das Bellingsche Husaren Regiment an Majors keinen Mangel hat, ich die durch Abgang des Majors v. Zülow vacant gewordene Escadron dem bisheirgen Premier-Lieutnant v. Jaegersfeldt[1]) Czettritzschen Husaren Regiments conferiret habe."

Dadurch war Blücher doppelt zurückgesetzt, denn erstens hatte er als ältester Stabsrittmeister nicht die erwartete Schwadron erhalten und dann war ihm, der nun bereits seit 1½ Jahren[2]) Stabsrittmeister war, ein Premierlieutenant vorgezogen worden, der freilich schon 44 Jahre alt war und seit 15 Jahren diente, während Blücher damals 29 Lebensjahre und erst 12 Dienstjahre zählte. — Zunächst hören wir nichts von ihm, bedurfte es doch auch längerer Zeit, bevor auf dem Instanzenwege die königliche Willensäußerung bis zum Regimente gelangen konnte: des Königs Stimmung blieb aber erregt. Das erfahren wir zunächst aus einer Ordre an den zum Bellingschen Husarenregimente versetzten Major von Löllhöffel, welcher am 14. Oktober bat, „da er seinem Commando nimmer die geringsten Excesse conniviret, sondern solches in Ordnung gehalten hat, ihn der auf das Regiment geworfenen Ungnade nicht theilhaftig werden zu lassen, und da er seine Umstände mittelst der Heirath mit einer verwitweten von Gedrowska, deren

---

1) Georg Wilhelm Jaegersfeld, ein natürlicher Sohn des Markgrafen von Schwedt, wurde erst am 26. November 1786 in den Adelstand erhoben.

2) Seit dem 3. März 1771.

verstorbener Mann als Capitaine bei der Polnischen Cron-Armee gestanden, ungemein verbessern kann, so bittet er, ihm die Erlaubniß zu solcher Heirath zu ertheilen." Der König entschied beim Vortrag: „Es ist freilich nicht gut bei so einem verwilderten Regiment zu stehen: er mus indessen seines theils es mit in Ordnung zu bringen suchen. Die Heirath erlaube ihm." Der Kommandeur des Grenzkordons, General von Lossow, erhielt einige Tage später, am 28. Oktober, folgende von der großen Mißstimmung des Königs zeugende Ordre:

„Eure beiden Berichte vom 16. d. M. sind mir richtig zugekommen und ist mir ganz lieb, daß die von der polnischen Schatz-Kommission in Niszawa veranstaltete Zoll-Einhebung gestöret worden, auch ferner dergl. Neuerung daselbst nicht verstattet werde, indessen muß dabei nicht mit Härte und eclat, sondern auf eine glimpfliche Art und mit Bescheidenheit verfahren werden. Die 65 unbrauchbare Pferde, so Ihr bei dem Bellingschen Hus. Rgt. gefunden habt, könnt Ihr nur dem G. M. v. Löllhöffel anzeigen, weil ich solche dem Regimente im künftigen Frühjahr wieder ersetzen zu lassen gewillet bin. Uebrigens thut Ihr ganz recht, wenn Ihr dies Regiment, um wieder Ordnung darin zu bringen, fleißig exerciren lasset. Ihr wollet solches nur ferner zu seiner Besserung sehr kurz halten und demselben auch nicht das geringste, besonders in Ansehung derer Officiers, durch die Finger sehen."

Belling wurde auf seinen Bericht an demselben Tage mit dem kühlen Bescheide abgefunden, der König sei mit dem eingesandten Generalabschluß und der Berechnung des Getreideeinkaufes in Polen zufrieden.

Unterdessen war der erfolgte Einschub beim Regimente bekannt geworden und Blücher war nicht gewillt, die Zurücksetzung zu ertragen. Wir finden folgende Eintragung in den Extrakten zu den Kabinettsvorträgen am 31. Oktober 1772: „Der Staabs-Rittmeister v. Blücher Bellingschen Husaren-Regiments bittet allerunterthänigst, da ihm der Premier-Lieutenant v. Jaegerfeld zur vacant gewesenen Bülowschen Escadron vorgezogen worden, und ihm bey Ueberzeugung seiner untadelhafften conduite, der darüber empfindende Schmertz nicht erträglich ist, ihm den Abschied allergnädigst zu accordiren."

Die Allerhöchste Entscheidung hierauf giebt deutlich Zeugnis von der außerordentlichen Mißstimmung des Monarchen. Sie lautet: „Ist kein Husaren, sondern ein Zigeuner Regiment und da meritiren diejenige, so in der Maasse bey gestanden haben kein avançement."

Blücher erhält hier also, wie man sieht, keine speziellen Vorwürfe für besondere Übelthaten, die er nach Varnhagen begangen haben soll, sondern es ist mehr der tiefe Groll des Königs, den er gegen das



Regiment gefaßt hat, der aus seinen Worten spricht. Dieser Groll äußerte sich gleich darauf in folgenden beiden Befehlen vom 18. November an die dem Regimente vorgesetzten Generale:

An den G. M. v. Löllhöffel. Potsdam, 18. November 1772.

„Es ist keineswegs meine intention, und habt Ihr solche ganz unrecht verstanden, wenn Ihr Inhalts Eures Berichts vom 14. d. M. unter denen vom Bellingschen Regimente wegzuschaffenden Officiers nur diejenigen bürgerlichen Standes und sogar solche, welche durch ihre rechtschaffenen Dienste und bravour zu officiers avanciret sind, wegzuschaffen mir in Vorschlag bringet; sondern ich will alle die officiers, adelichen oder bürgerlichen Standes, welche sich Plündereien oder Erpressungen und anderer dergl. niederträchtiger Behandlungen in Pohlen theilhafftig gemacht, wissen, und davon werdet Ihr demnach mir eine Liste einzuschicken nicht ermangeln, weil ich dergleichen Officiers als Meines Dienstes unwürdig beym Regimente zu dulden nicht gemeinet bin."

An den G. M. v. Lossow. Potsdam, 18. November 1772.

„Um das Regiment von Belling wieder in Ordnung zu bringen, finde ich ohnumgänglich nöthig, alle diejenigen Officiers, sie seien adelichen oder bürgerlichen Standes, welche sich Plündereyen, Erpressungen und anderer dergl. niederträchtiger Handlungen in Pohlen zu Schulden kommen lassen, davon wegzuschaffen, und werdet Ihr zu dem Ende eine Liste davon anfertigen und mir zu meiner weiteren Verfügung einschicken."

Nachdem die verlangten Berichte, deren Inhalt nicht bekannt ist, beim Könige eingelaufen waren, scheint sich sein Zorn hauptsächlich gegen zwei Offiziere des Bellingschen Regiments gerichtet zu haben. Zuerst gegen Blücher, der nach seiner Eingabe wegen Jägersfeld schon schlecht angeschrieben sein mochte, und dann gegen den Lieutenant von Rexin. In der monatlichen Generalliste der pommerschen Kavallerieinspektion vom 3. Februar 1773 stehen für den Januar in Abgang: „Rittmeister von Blücher, Lieutenant von Rexin kassirt" [1]). Es scheint daher, als haben jene Berichte der Generale gravierende Thatsachen gegen Blücher enthalten, als wären ihm wirklich Exzesse zur Last gelegt worden. Doch dürften solche schwerlich thatsächlich bewiesen werden können, wie aus dem folgenden hervorgeht.

Ein kassierter Offizier konnte später den Abschied und die Erlaubnis, die Uniform zu tragen, erhalten, wurde auch wohl ganz ausnahmsweise einmal wieder in die Armee aufgenommen, obgleich der König

1) Gefällige Mitteilung des Vorstehers der K. Geheimen Kriegskanzlei Herrn Oberstl. v. Ballet des Barres, für die ich hier nochmals verbindlichst danke.



grundsätzlich dagegen war, Verabschiedete wieder anzustellen. Nicht selten finden wir die Äußerung: „Wer einmal den Abschied gesucht und erhalten, wird nicht wieder angenommen", oder: „Er ist einmal außer Dienst, kann ihm nicht helfen", oder: „Warum ist er aus dem Dienst gegangen; wer einmal aus dem Dienst geht, bleibt auch daraus weg, ich werde denen Offiziers, die da im Dienst bleiben, keine vorziehen und die zurücksetzen."

Blücher war nun also schlicht und ohne Uniform entlassen. Um sich aber einigermaßen die Zukunft zu sichern, mußte ihm vor allem daran gelegen sein, einen ordnungsmäßigen Abschied zu erhalten, und darauf sehen wir denn von nun an seine Bemühungen gerichtet. Wieweit sein Gewissen dabei rein war, wenn es sich um die Exzesse der Belling-Husaren handelte, können wir aus Mangel an Zeugnissen dafür nicht wissen, daß aber bei seiner Kassation Exzesse in Polen wenigstens zur Sprache gekommen sein müssen, beweist gleich die erste Eingabe, die wir aus den Kabinettsvorträgen kennen lernen. Diese lautet: 13. Febr. 1773 „der wegen imputirter Excesse vom Bellingschen Husaren-Regiment cassirte Stabs-Rittmeister v. Blücher bittet allerunterthänigst, nach näherer Untersuchung seiner conduite, ihm seinen Abschied allergnädigst expediren zu lassen." Die Entscheidung bestand darin, daß dieser Vortrag einfach durchstrichen ward. So rasch verrauchte der Zorn des Königs überhaupt nicht. Denn nicht besser erging es den beiden Eingaben, die die Schwestern des kassierten Lieutenants von Rexin am 19. Februar und 16. März 1773 an den König mit der Bitte richteten, ihren Bruder, der „wegen schlechter Aufführung in Polen" oder „wegen unanständiger Conduite in Polen" kassiert sei, wieder zu Gnaden anzunehmen. Beide sind ebenfalls durchstrichen. Des Königs Zorn war zu tief erregt und äußerte sich noch oft und heftig. Als am 8. August der Kommandeur der Belling-Husaren, Major von Schulenburg, „mit Rücksicht auf seinen rechtschaffenen Diensteifer" bittet, „Sich seiner in Ansehung seines avancements zu erinnern und ihm seine verlorene ancienneté wieder zu schenken", da heißt es: „Das Regiment ist nicht in Ordnung und er Commandeur, hätte also so nachsichtig nicht agiren sollen."

Am 28. desselben Monats bekommt der gewesene Kapitän von Rexin, der für seinen kassierten Sohn um Anstellung bittet, zu hören: Sein Sohn hat gestohlen in Pohlen, ist keine Conduite von Edelmann." Auch Blücher, der inzwischen am 21. Juni 1773 geheiratet hatte und Landwirt geworden war, wurde nicht müde, zu bitten. Zum 22. Oktober finden wir wieder ein Gesuch von ihm; er bittet, „ihn bei der armée



wieder zu placiren oder ihm seinen Abschied mit der Erlaubniß in auswärtige Dienste treten zu dürffen, zu ertheilen." Der Vortrag teilte das Schicksal seiner Vorgänger, er wurde einfach durchgestrichen. — Selbst auf die Gefahr hin, den Leser zu ermüden, teilen wir noch einige Äußerungen des Großen Königs aus dieser Zeit mit, da sie deutlich Zeugnis geben von der noch immer andauernden Mißstimmung des Königs gegen die Belling-Husaren, dem Hauptgrunde, wie es uns scheint, für Blüchers Mißgeschick. Doch wird dem aufmerksamen Leser nicht entgehen, wie sich allmählich die Stirn des Monarchen wieder zu glätten beginnt und seine Resolutionen nicht mehr so schroff ausfallen, sondern nach und nach einen Anflug von Humor erhalten, ja, dem jungen Rexin leuchtet sogar wieder die volle Gnade seines Königs. Zuerst ist es Schulenburg, der immer wieder bittet. Zum 18. Dezember 1773 lesen wir seine Meldung, daß das Regiment am 11. wieder in seine ehemalige Garnison in Pommern eingerückt sei, und er bittet zugleich, da er allen Ernst und Fleiß angewandt, es in gehörige Ordnung zu setzen, ihm seine verlorene ancienneté wieder zu schenken. Der König antwortet: Wenn er scharf ist wie ihm oblieget und das Regiment wieder in der gehörigen Ordnung setzet, kann er versichert sein, daß ich von ihm zufrieden sein werde."

Schlimmer kommt General Belling weg. Dieser meldet am 12. Januar 1774 den Tod des Majors und Direktors der Stolpischen Kadettenschule von Koetteritz, und daß er dem Rittmeister von Chartron seines Regiments bis zur Ernennung eines anderen Direktors die Inspektion aufgetragen habe. Das war dem König gar nicht recht. Sogleich verfügte er: „Der Platz ist schon wieder besetzt; seine Husaren Offiziers würden die jungen Leute nur stehlen lernen." Sehr erfreulich aber gestaltete sich das Los des Lieutenants von Rexin. Im April bat der Kapitän abermals für seinen Sohn, der wegen irregulairer conduite kassiert sei. Ihm war der König hold. Er befahl am 27. April: „An Owstien[1]) als jüngster Seconde-Lieutenant." „Ich will es noch einmal probiren, wo er aber wieder dergleichen Plündereien macht, wird er schlecht cassiret werden."

Im Laufe des Sommers wurde auch Schulenburgs Wunsch erfüllt und der König ernannte ihn am 2. Juni zum Oberstlieutenant, ohne ihn indessen dadurch völlig zufrieden zu stellen. Am 5. desselben Monats bittet er nämlich, ihm seine verlorene Anciennität wieder zu schenken und denjenigen Stabs-Offizieren des Bellingschen Regiments, die beim

---

1) Ein kürzlich errichtetes Husarenregiment.

Avancement i. J. 1772 mit ihm zugleich Seiner Majestät Ungnade empfunden hätten, „da sie stets rechtschaffen und brav gedienet, die Allerhöchste Gnade wieder angedeihen zu lassen." Der König verfügte hierauf: „Compliment" und auf die beiden Bittgesuche der Majors von Podscharly und von Eben des Bellingschen Regiments um Avancement zum Oberstlieutenant: „Wird nichts daraus werden." Nur drei Wochen später machte Schulenburg wiederum eine Eingabe. Er bittet in Ansehung seiner 13 Jahre als Major redlich geleisteten Dienste, ihm sein Oberstlieutenants-Patent hiernach datieren zu lassen. Hierauf erhielt er die wenig freundliche Antwort: „Ich avancire die Husaren-Officiers so wie ich will und so wie sie sich distinguiren." Im folgenden Jahre scheint dann der König mit dem Regimente wieder völlig ausgesöhnt zu sein. Als Schulenburg im Juni 1775 wiederum um seine ehemalige ancienneté bittet, bekommt er den Bescheid: „Ich wehre mit dem Regiment dis Jahr zufrieden und werde schon vor ihm sorgen." So sehen wir, daß des Königs Wohlwollen zurückgekehrt und das Regiment wieder zu Gnaden angenommen ist. Als dann am 20. Mai 1776 Belling Generallieutenant geworden war und im Jahre 1778 für das Gefecht bei Gabel (2. August) drei Rittmeister des Regiments geadelt wurden und 9 Orden Pour le mérite ins Regiment kamen, da war wohl die polnische Scharte völlig ausgewetzt. —

Nur einer gelangte nicht zur Erfüllung seiner Wünsche, trotz heißer Bemühungen. In zahlreichen Eingaben[1]) bewarb sich Blücher darum, wieder angestellt zu werden, den Charakter als Major zu erhalten, die Uniform von der Armee tragen zu dürfen, ja, in einem ausführlichen Aufsatze überreichte er (22. August 1782) eine Darstellung seiner militärischen, nicht unrühmlichen Laufbahn: es half nichts, der König grollte weiter. Er verfügte: „Keine Antwort", „ist nichts", „Warum ist er nicht in Dienst geblieben und herausgegangen, das ist seine Schuld", und er stellte ihn nicht wieder an, ging überhaupt auf keinen von Blüchers Wünschen ein. — Was ist der Grund dafür? Wir wissen es nicht. Waren es nur die dem Stabsrittmeister „imputirten Excesse"? Schwerlich, denn dem Lieutenant von Rexin wurden seine wirklichen Exzesse vergeben und in der zuletzt mitgeteilten Randverfügung steht von Exzessen ebenfalls nichts. Auch Blüchers Bitte um den Abschied, weil der Lieutenant Jaegersfeld ihm vorgezogen wurde, kann wohl den Großen König nicht wirklich auf die Dauer seines Lebens gegen seinen Husarenrittmeister eingenommen haben: die Geschichte von Blüchers Austritt aus dem Heere haben wir erzählt,

1) Bei Schöning a. a. O. und in Blasendorffs Programm.



der eigentliche Grund für seine Entfernung bleibt dunkel. — Die weiteren Schicksale Blüchers sind bekannt. König Friedrich Wilhelm II. stellte ihn bald nach seinem Regierungsantritte mit einem vordatierten Patent in seiner alten Anciennität vor dem Major von Jaegersfeld im Bellingschen Husarenregimente wieder in der Armee an.

Wie trügerisch ist doch oft das Gedächtnis der Menschen bei Gelegenheiten, wo es sich um Thatsachen aus dem eigenen Leben handelt! Nachdem wir die vorstehende Erzählung vernommen haben, mutet es doch eigentümlich an, wenn wir spätere Eingaben Blüchers an den König um Wiederanstellung lesen. Seit 1759 habe er beim Bellingschen Regimente gestanden, schreibt er, und 1773 sei er auf sein Ansuchen der Dienste entlassen. „Krankheit hat mich von dem Allerhöchsten Dienst entfernt, keinen Abschied habe ich noch nicht." „Gantz Pomern ist der Unglücklige zustand meiner damahligen Gesundheit bekannt und ich hatte zu völliger Genesung alle Hoffnung aufgegeben" (28. Januar 1785)!

Wir sehen: Wahrheit und Dichtung!

IV.

Morgenstern, ein Biograph Friedrich Wilhelms I.

Von

Richard Leineweber.

I.

Salomon Jakob Morgenstern wurde im Jahre 1706 in Pegau in Sachsen geboren[1]). Nachdem er das Gymnasium zu Altenburg besucht hatte, bezog er die Universität Jena und errang nach beendigtem Studium in Leipzig die Magisterwürde. Da ihn der Besuch der Vorlesungen, die er abhielt, nicht befriedigte, wandte er sich 1734 nach Halle. Aber auch hier erging es ihm nicht viel besser. Seine philosophischen, historischen und geographischen Kollegien wurden nur von sehr wenigen Studenten besucht. Um Zuhörer zu bekommen, las er schließlich zweimal in der Woche ein sogenanntes Zeitungskolleg unentgeltlich, das er durch das Programm: „Vorschlag wie die Zeitungen mit Nutzen zu erläutern" ankündigte[2]). Diese Kollegia, in denen an der Hand der Tagesneuigkeiten staatsrechtliche, wirtschaftliche und politische, kurz die verschiedensten wissenschaftlichen Fragen besprochen wurden, waren an sich nicht so ungewöhnlich, wie es uns heute

1) Als Quellen kommen in Betracht: a) Grünhagen, „Zwe Demagogen im Dienste Friedrichs des Großen" in den „Abhandlungen der schlesischen Gesellschaft". Philolog.-histor. Abteil. 1861. Der Aufsatz des Herrn Prof. Grünhagen war mir ein sehr guter Wegweiser. Ich verdanke ihm namentlich für die ersten Jahre, die Morgenstern in Schlesien verlebte, sehr viel. b) „Neue Berlinische Monatsschrift" herausgegeben von Biester. Maiheft 1807: Aufsatz von Nicolai S. 288 ff. c) Flögel, „Geschichte der Hofnarren" 1789 S. 245 ff. d) „J. J. Mosers Leben von ihm selbst beschrieben." 3. Aufl. S. 170 ff.

2) Eckstein, „Chronik der Stadt Halle" 1842. S. 109.

erscheint; auch von Thomasius wissen wir, daß er derartige Vorlesungen abgehalten hat. Bei Morgensterns „Übungen" ging es freilich etwas absonderlich zu: sie fanden bei einer Pfeife Tabak und einem Glase Wasser statt, und oft wurden die zu Tage tretenden Ansichten derartig kräftig unterstützt oder bekämpft, daß der gegenüber wohnende Geheimrat Heineccius, der damals gerade an seinen „Elementa juris germanici" arbeitete, wiederholt um Ruhe bitten ließ.

Aus diesen Zeitungskollegien sind auch wohl die ersten Werke hervorgegangen, mit denen der Hallenser Dozent vor die gelehrte Welt trat. Seine Erstlingsschrift, die 1735 erschien, ist die „Neueste Staats-Geographie, wo jeden Landes natürlicher Kirchen- und Schulenstand genau abgeschildert ist". Es ist vielleicht bezeichnend für Morgenstern, dem die eigentliche wissenschaftliche Ader fehlte, daß er es bei dem „ersten Teil" bewenden ließ. Nach Nicolai soll hierin zum ersten Male der allerdings unvollkommene Versuch gemacht sein, die Idee einer Statistik auszuführen. Eine eingehende Kritik muß ich mir leider versagen, da ich das Buch nicht zu Gesicht bekommen habe. Es war weder auf der Göttinger Universitäts-, noch auf der Königlichen Bibliothek zu Berlin vorhanden. Die Arbeit wird aber wohl kaum auf eine höhere Stufe zu stellen sein, als etwa die Kompilation, die Kaspar Abel zu derselben Zeit in zweiter Auflage herausgegeben hat[1]): aufgeraffte Notizen, die nur äußerlich in einen gewissen Zusammenhang gebracht sind, ohne jede wissenschaftliche Kategorie. Die zweite Schrift wenigstens, die Morgenstern schon im nächsten Jahre dem deutschen Leserkreise bescherte, das „Jus publicum imperii Russorum", berechtigt durchaus zu diesem Urteil. Der Autor hat es sich bei der Abfassung äußerst bequem gemacht. Es ist im großen und ganzen eine Kompilation aus älteren Werken, deren der Verfasser auch eine Anzahl anführt. Namentlich hat er für seine historischen und geographischen Kapitel, die über die Hälfte dieses Staatsrechtes ausfüllen, Philipp Johann von Strahlenbergs[2]) „Nord- und Östliches Teil von Europa und Asia . . . .", das im Jahre 1730 erschienen war, benutzt.

Verschiedene Male zitiert er ihn selbst, schreibt ihn aber auch an anderen Stellen aus, ohne Angabe seiner Quelle. So sind z. B. seine Ausführungen[3]) über die Einteilung Rußlands in zehn Gouvernements

1) Abel, „Preußische und Brandenburgische Reichs- und Staatsgeographie". Leipzig. u Gardelegen. 2. Aufl. 1735.

2) Strahlenberg, der längere Zeit als schwedischer Gefangener in Rußland lebte, berichtet als Augenzeuge.

3) Morgenstern a. a. O. S. 11—13.

— vicariatus, wie sie Morgenstern nennt — durch Peter den Großen nur ein Excerpt aus dem betreffenden Kapitel bei Strahlenberg[1]); die Bemerkung über das Gouvernement Astrachan z. B. zeigt eine fast wörtliche Übereinstimmung mit der Quelle. Auch der staatsrechtliche Teil weist wenige originelle Gedanken auf und ist trotz der äußeren Einteilung sehr unübersichtlich. Der an sich schon geringe Genuß, den diese Arbeit Morgensterns bereitet, wird uns aber durch das geradezu grauenhafte Latein völlig vergällt. Man sollte meinen, daß ein Hallenser Docent die Gelehrtensprache der damaligen Zeit doch etwas besser hätte beherrschen müssen. Wollte der Verfasser wirklich durch seine Untersuchungen über das russische Staatsrecht eine bis dahin vorhandene Lücke ausfüllen, wie er in der Vorrede betont? Die Widmung des Werkes verrät uns schon die wahre Absicht des strebsamen Magisters. Der Kaiserin Anna, „magnae dominae orthodoxissimae ac sacratissimae, augustissimae ac potentissimae Augustae“, ihrem „getreusten und wegen seiner ausgezeichneten Verdienste bewunderungswürdigsten“ Grafen von Ostermann, „heroi togato“, und dem Grafen von Münnich, „heroi sagato“, widmet der „perdemissus auctor“ seine Schrift! Rußland galt damals als das Dorado, nach dem sich mancher deutsche Gelehrte sehnte; es ging die niemals ganz beseitigte Sage, wer in Deutschland nicht fortkäme, könne bei den Moskowitern, die er an Bildung und Klugheit noch weit überträfe, sein Glück machen. Morgenstern hatte in der That nicht falsch spekuliert: Die Kaiserin Anna ließ ihm durch ihren Gesandten in Berlin 100 Rubel anweisen und bot ihm die Stelle eines Geschichtsprofessors an einem Moskauer Gymnasium an. Der arme, verlachte Hallenser Magister war mit diesem Tausche sehr zufrieden; er beschloß, sein Glück in Rußland zu versuchen.

Als er auf seiner Reise nach Potsdam gekommen war, verstand die Thorwache den lateinischen Titel magister legens nicht und führte Morgenstern vor den wachthabenden Offizier Nettelhorst. Diesem kam wohl in der Unterhaltung mit dem schlagfertigen und beweglichen Gelehrten der Gedanke, einen geeigneten Mann für das Tabakskollegium gefunden zu haben, und er erstattete daher dem Könige Bericht über den Vorfall. Die Zeit war gerade günstig: Gundling war gestorben, Faßmann aus Preußen fortgegangen, Graben zum Stein und der halbverrückte Nossig von Rabenpreis mochten dem Könige nicht genügen.

Die Einrichtung eines besonderen Rauchzimmers, des sogenannten Tabakskollegiums, in das man sich zurückzog, um sich dem Genusse

1) Strahlenberg a. a. O. S. 183—188.

des Tabaks hinzugeben, bestand bereits unter Friedrich I. Auf einem Gemälde aus jener Zeit sehen wir eine solche Tabaksgesellschaft[1]): In der Mitte sitzt der König Friedrich I., dem seine Gemahlin mit zierlicher Handbewegung einen Fidibus reicht, ringsherum die Minister und Generale, mit langen Perücken und würdigen Mienen. Von Getränken, vor allem von Bier, ohne das wir uns die späteren Rauchabende gar nicht denken können, ist hier nichts zu erblicken.

Da bietet doch das Tabakskollegium Friedrich Wilhelms I.[2]) ein anderes Bild! Auch in diesem kleinen Zuge ist der gewaltige Unterschied zwischen Vater und Sohn, die ganz veränderte Zeit, deutlich zu erkennen. Als Feind jeder Etikette wollte der König ohne Zwang mit seinen Vertrauten den Abend verplaudern. Pöllnitz, der wegen seiner boshaften Zunge ein zwar nicht beliebtes, aber dennoch von Zeit zu Zeit gern gesehenes Mitglied des Tabakskollegiums war, berichtet uns, daß niemand sich erheben durfte, auch wenn der König selbst kam. Als gegen dieses Gesetz in den letzten Lebensjahren Friedrich Wilhelms die Anwesenden beim Eintritt des Kronprinzen aufstanden, hätte der König grollend die Gesellschaft verlassen und sie niemals wieder berufen. Im Anfang der Regierung bestanden die Geladenen fast nur aus Offizieren, die auf dem Exerzierplatze wohl besser Bescheid wußten, als in den Wissenschaften. Wenn wir Benekendorff trauen dürfen, verstand einer der Lieblinge des Königs, der regelmäßig bei seiner Anwesenheit in Potsdam zum Tabakskollegium eingeladene General Flans, nicht einmal hochdeutsch. Dem steten Drange Friedrich Wilhelms, sich zu unterrichten, entsprach es nun, auch Gelehrte zu diesen Abenden heranzuziehen und so beim Bierkruge eine Art Zeitungskolleg anzuhören; Gundling war der erste, der hierzu berufen wurde. Von ihnen sollten die Zeitungen vorgelesen und in geeigneter Weise erklärt werden, indem sie über alle Fragen, die im Anschlusse an die Lektüre auftauchten, Auskunft gaben. Die wissenschaftlichen Diskussionen, die oft daran anknüpften, wurden auf eine ebenso einfache als ungewöhnliche Art erledigt: der König ließ über die strittigen Punkte abstimmen. Die Ansicht, die von der Majorität angenommen wurde, galt auch als die allein approbierte Lehrmeinung. Daß auch philosophische Probleme an solchen Abenden gestreift wurden,

---

1) Siehe Nicolai a. a. O. S. 268 u. „Histor.-Geneal. Kalender für 1822", herausgegeben von der Königl. Kalender-Deputation.

2) Siehe die eigenen Angaben bei Morgenstern in seinem Buche „Über Friedrich Wilhelm I." S. 168/174 u. 186/192 ꝛc. Ferner Nicolai, „Graben zum Stein" in der „Neuen Berlin. Monatsschr." Mai 1807, S. 266 ff.

beweist die Erzählung, daß die Ausweisung des Philosophen Wolff im Tabakskollegium zuerst erwogen sein soll. Friedrich Wilhelm hat später, als er sich mit der Wolffschen Philosophie eingehender beschäftigt hatte, öfters bei diesen Zusammenkünften die Unterhaltung auf dieses Gebiet gelenkt. Am meisten wurden natürlich, wie es unter dem Soldatenkönige nicht anders zu erwarten war, die militärischen Angelegenheiten besprochen, das „métier“, wie Friedrich Wilhelm schlechthin den Soldatenberuf bezeichnete. Aber auch die Politik war ein beliebtes Thema; dabei kam es zuweilen vor, daß der König mehr ausplauderte, als ihm lieb war[1]). Namentlich der schlaue kaiserliche Gesandte von Seckendorf wußte diese Stunden sehr gut zu benutzen. Man hat, wie überhaupt alles, was mit Friedrich Wilhelm im Zusammenhang steht, das Tabakskollegium viel zu sehr in burleskem Lichte betrachtet. Wenn es auch ursprünglich und hauptsächlich eine Art Erholungsstunde des Königs war, so brachte der zwanglose Verkehr es doch mit sich, daß hier, wo Friedrich Wilhelm annahm, daß jeder frei und „gut soldatisch“ von der Leber weg seine Ansicht sagen würde, auch wichtigere Regierungsangelegenheiten besprochen wurden. Wer kann sagen, wie oft die Handlungen des Königs, der sonst nur seinen eigenen Willen und seine eigene Ansicht gelten ließ, nicht durch die Diskussion im Tabakskollegium beeinflußt oder gar angeregt sind? In gewissem Sinne gehört auch die „Tabagie“ zu dem Spionagesystem, das Friedrich Wilhelm begünstigte, um die wahre Ansicht über seine Behörden zu erfahren. In einer Beschreibung des Berliner Hofes[2]) aus dem Jahre 1727, die aus der Feder des sächsischen Gesandten stammt, heißt es: „Des Königs Grundsatz ist, durchaus kein Geheimnis aus seinen Finanzen zu machen, ganz im Gegenteil, er legt sie ausdrücklich klar, damit jeder darüber seine Ansicht sagen kann. Ebenso ist das Gespräch über die Finanzen die ganz gewöhnliche Unterhaltung im Tabakskollegium, wo jeder darüber sein Urteil abgiebt, nach seinen Beobachtungen und Erfahrungen. Wenn er in dieser Unterhaltung etwas findet, von dem er sich einen Vorteil verspricht, merkt er es sich und läßt es im Finanzkollegium[3]) in Erwägung ziehen.“ An einer anderen Stelle desselben Berichtes heißt es: „Ebenso behandelt man an diesem Hofe die auswärtigen Angelegenheiten, auf denen doch das Ansehen und der gute

1) Acta Borussica, Beiband: Briefe Friedrich Wilhelms I. an Leopold zu Anhalt-Dessau. herausgeg. von Krauske, Nr. 328 S. 214 ff., oder „Zeitschr. für preuß. Geschichte u. Landeskunde“ VIII, 502.

2) Eine Abschrift des Manuskriptes hat mir Herr Professor Krauske zugestellt.

3) D. h. im Generaldirektorium.

Ruf eines Fürsten beruht, wie die Finanzsachen, ohne Geheimnis; die wichtigsten Grundsätze und Maßnahmen des Staates werden, wie jene, im Tabakskollegium ganz offen besprochen, wo oft ein Offizier, der nicht einmal die Rudimente kennt, ohne Überlegung sein Urteil darüber abgiebt; und man schenkt ihm so sehr Gehör, daß er die wohlberechnetsten Pläne der Minister vernichtet..." Wer sollte es glauben? In diesem Tabakskollegium, das in der gewöhnlichen Anschauung als ein Sammelpunkt der banalsten und derbsten Witze gilt, hatte auch die Kunst der heiligen Cäcilie Zutritt. Zweimal in der Woche erschien, wie Morgenstern erzählt, der Kapellmeister Sydow, der die Kinder des Potsdamer Waisenhauses zu Hautboisten für die Armee ausbilden sollte, mit dem Musikcorps des königlichen Leibregiments und den gerade neugebildeten Abteilungen der Schüler zu einem Konzert. Der König, der die musikalische Ader von seiner Mutter geerbt hatte — sein Lieblingskomponist war Händel —, gab oft die Noten dazu, die er aus England oder Italien bezog. Der Direktor der Hautboistenschule war seit der Stiftung des Militärwaisenhauses der Kapellmeister Pepusch, den Friedrich Wilhelm mit einem Gehalte von 1000 Thalern ernannt hatte. Sydow wurde ihm Ende der dreißiger Jahre adjungiert und übernahm bald darauf die Leitung der Schule vollständig[1]). Freilich darf man billig zweifeln, ob das von diesen Musikanten Gebotene einem auch nur einigermaßen verwöhnten Ohre Ergötzung bereitet hätte. Als Lieblingsstück des Königs, das der Kapellmeister Pepusch auf stürmisches Verlangen öfters spielen mußte, nennt uns der allerdings nicht immer zuverlässige Beneckendorff die Nachahmung einer quiekenden Schweineherde.

Bei der Beurteilung der Hofnarren haben wir wohl zu unterscheiden zwischen wissenschaftlich gebildeten Männern und den gewöhnlichen „Possenreißern und Stockfechtern", wie sie Morgenstern nennt, zu denen u. a. der unglückliche Eisenbläser gehörte, den man von Soldaten prügeln und mit Ketten umherlaufen ließ. Diese konnten und wollten nichts anderes als Narren sein, blindlings den Launen ihres Herrn unterworfen. Aber auch den Gelehrten kann der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie zum großen Teil durch eigene Schuld eine so schmachvolle Rolle im Tabakskollegium spielten. Gundling hat durch seine Trunksucht und alberne Eitelkeit die letzte Spur von Respekt verscherzt, auf den er nach seiner wissenschaftlichen Qualität Anspruch machen

---

1) „Geschichte des Königlichen Potsdamschen Militärwaisenhauses." Berlin u. Posen 1824. S. 370 ff.

konnte. Die Verachtung, mit der Friedrich Wilhelm auf die „Blackscheißer", wie er in seinem Soldatendeutsch alle nannte, die nicht den blauen Rock trugen, und der Übermut der Offiziere haben freilich das ihrige zu dieser Erniedrigung beigetragen. Ihnen war jede Unterhaltung, die Vergnügen bereitete, recht, und ihre Heiterkeit erreichte den Höhepunkt, wenn die beiden Rivalen, Gundling und Faßmann, wie ein paar mutige Kampfhähne auseinander losgingen und sogar handgemein wurden.

Das originelle Aussehen [1]) Morgensterns ließ erwarten, daß er die possenhafte Rolle Gundlings gut spielen würde. Sein Zeitungskolleg, die Dreistigkeit, mit der er sein geringes Wissen auszustaffieren wußte, und ein unleugbarer Scharfsinn, der leicht in Rabulistik ausartete, machten ihn nach jeder Richtung zu einem würdigen Nachfolger der früheren Hofgelehrten.

Der König ließ ihn zu sich bescheiden und bot ihm die Stelle eines Hofrates an, mit 500 Thalern Gehalt und freier Wohnung in Potsdam. Die Bezüge Morgensterns waren für damalige Zeiten bedeutend genug, wenn man bedenkt, daß auch ein Kriegsrat nicht mehr Einkommen hatte. Mußte das nicht den armen Docenten locken, der bisher um das tägliche Brot geschrieben hatte? Nach kurzem Besinnen willigte er ein. Es war eine schwierige Lage, in die sich der Hallenser Magister so plötzlich versetzt sah. Das Schicksal Gundlings war ihm wohl bekannt. Aber Morgenstern hatte vor Gundling, dem er als Gelehrter nicht gleich kam, die Gewandtheit und Schlagfertigkeit im Umgange voraus, durch die es ihm oft gelang, die Pfeile, deren Zielscheibe er werden sollte, in geschickter Weise von sich abzulenken. Was ihm an Gelehrsamkeit und persönlicher Würde fehlte, ersetzte er durch eine verstärkte Bosheit. Als Hofnarr machte er von dem Narrenrechte Gebrauch, mit der Pritsche rechts und links Schläge auszuteilen; er versuchte auch, allerdings in vorsichtigerer Form als die alten Narren, seinen Herrn und dessen hohe Freunde zu treffen. Freilich, ganz vermochte er nicht den unwürdigen Späßen aus dem Wege zu gehen, zumal wenn sie von Friedrich Wilhelm selbst angestiftet wurden.

1) Nicolai, der ihn im Jahre 1779 in Potsdam besucht hat schildert ihn als klein, mit kleinen geschlitzten Augen und einem unverhältnismäßig großen Kopf, wodurch das ganze Angesicht ein originelles Ansehen erhalten habe. In dem „Histor.-Genealog. Kalender auf das Gemeinjahr 1823" befindet sich ein Bild Morgensterns. Nicolai meint allerdings, daß es ähnlicher sein würde, wenn der Körper nicht allzu lang und besonders die Augen nicht „allzu groß" vorgestellt wären.



Das beweist namentlich die Frankfurter Disputation, die Morgensterns Namen unrühmlich bekannt gemacht hat. Der ganze Vorfall ist für den König ungemein charakteristisch. Es lag ihm fern, die Universität in irgend einer Weise schädigen zu wollen; hatte er doch erst vor wenigen Jahren einen nationalökonomischen Lehrstuhl in Frankfurt errichtet[1]) und dadurch sein Verständnis und seine Fürsorge wenigstens für den kameralistischen Zweig der Wissenschaften, bewiesen. Aber gerade durch den Umgang mit seinen Hofgelehrten war die Geringschätzung, die er schon von Haus aus gegen die Gelehrten hatte, noch gewachsen. Vielleicht bestärkten ihn noch die traurigen Zustände auf der Universität Frankfurt[2]), dem das jung aufblühende Halle durch seine berühmten Lehrer die meisten Studenten entzog. Besonders die lutherischen Theologen, denen die Stiftungen des Frankeschen Waisenhauses große Vorteile gewährten, zogen die neugegründete Universität vor. Wie sah es in der juristischen Fakultät, der wichtigsten in Frankfurt, aus! Die meisten Professoren verspürten gar keine Neigung, Vorlesungen zu halten. Johann Jakob Moser, der 1736 als juristischer Professor berufen war, beklagte sich bitter über die Saumseligkeit seiner Kollegen[3]). Um die Professoren zu kränken und zu verhöhnen, ließ der König dieses Possenspiel vor sich gehen, aber er bedachte nicht, daß er auf diese Weise den jämmerlichen Zustand der Universität nur noch verschlimmerte.

Als Friedrich Wilhelm im November 1737 nach Frankfurt kam, sollte Morgenstern eine gelehrte Disputation über die gelehrten Narren halten und die Professoren ernsthaft dagegen opponieren. Als Anzug hatte Friedrich Wilhelm für ihn ein gesticktes blaues Sammetkleid mit roten Aufschlägen und eine rote Weste bestimmt, dazu eine große Perücke, die über den ganzen Rücken herabhing. Die Stickereien „an den Knopflöchern, Taschen, Hosen und Zwickeln in den Strümpfen" bestanden aus lauter silbernen Hasen[4]); statt des Degens, der damals noch die Professoren zierte, mußte er einen Fuchsschwanz, und auf dem Hute statt der Federn Hasenhaare tragen. Mosers Warnungen, daß diese Verhöhnung der Gelehrsamkeit den Ruin der Universität herbeiführen würde, waren vergeblich, die Professoren wurden auf dringenden Befehl des Königs in das Auditorium geholt. Streng nach den akademischen

1) Roscher, „Geschichte der Nationalökonomie in Deutschland" S. 431.

2) Hansen, „Geschichte der Universität Frankfurt a./O." 1800. S. 21.

3) „Mosers Lebensgeschichte von ihm selbst erzählt." 3. Aufl. 1, 157 ff. Vgl. auch Bornhak in den „Forschungen" Bd. XI, 329 ff.

4) Hängt zusammen mit „haselieren", d. i. scherzen, Possen treiben. Schon Gundlings Kleid war aus diesem Grunde mit Hasen besetzt.

Gesetzen ging die Farce vor sich; Morgenstern rief den Professor Roloff zur Opposition auf und begann mit seinen Thesen.

Wie schimpflich hatte sich doch die Lage des ehemaligen Hallenser Docenten verändert, der noch vor Jahresfrist Mitglied eines akademischen Lehrkörpers gewesen war und nun in seinem albernen Aufzuge den Beruf verhöhnte, zu dem er selbst einst geschworen hatte. Was will es dagegen sagen, daß er sich mit ziemlicher Gewandtheit aus dieser Lage gezogen hat? Die Thesen, die Morgenstern bei seiner berüchtigten Disputation verteidigte, sind noch in demselben Jahre in Frankfurt im Druck erschienen, unter dem Titel: „Vernünfftige Gedanken von der Narrheit und Narren" [1]). Dem Könige mochte wohl die Eigenmächtigkeit des Hofnarren nicht sehr genehm sein, mit der dieser sein Thema behandelt hatte. Denn den gelehrten Narren sollte er verhöhnen, in Wahrheit aber hat er seinen beißenden Spott über alle ergossen, ja, seinen eigenen Herrn nicht einmal verschont [2]). Eine Anlehnung an Erasmus' „Lob der Narrheit", die man zunächst erwarten sollte, ist nicht nachzuweisen. Man darf billig bezweifeln, ob er das Werk des großen Humanisten überhaupt gekannt hat. Eher ist die Schrift in den Kreis Rabeners einzureihen, ohne jedoch dessen Feinheit und Mannigfaltigkeit zu erreichen. Die Abhandlung beginnt gleich sehr erbaulich: Narr leitet Morgenstern von narrare ab. Diese Etymologie ist selbst für die damalige Zeit, die in diesen Dingen viel leistete, zu ungeheuerlich. Ihr reiht sich vielleicht würdig die Erklärung des Namens Potsdam an, die wir bei Graben zum Stein finden [3]). Die Grundidee, von der Morgenstern bei seinen Ausführungen ausgeht, ist die nicht ganz verwerfliche These, daß „jeder Mensch gewissen falschen Meinungen anhanget, die ihn zu Narrheiten verführen." Schon

1) In der Vorrede entschuldigt sich der Verfasser, daß er keine Beweggründe für die Abfassung der „kützlichen" Schrift geben könne, die möge jeder selbst erraten. Der Mangel an gelehrten Citaten sei durch die eigenartigen Umstände zu erklären, unter denen die Disputation entstanden sei.

2) Ein Leipziger Verleger schildert in einem Briefe vom 30. November 1737 die Vorgänge in Frankfurt in glaubhafter Weise. Eine Kopie dieses Briefes befindet sich in dem Exemplar der Morgensternschen Schrift, das auf der Göttinger Universitätsbibliothek ist.

3) [Graben zum Stein] „Nachrichten von der Königlichen Residenz-Stadt Potsdamm" 1754. S. 1: Der Name Potsdamm „sey daher entsprungen, weil man allhier zur Bequemlichkeit der Posten, wegen der vielen Moräste und Sümpfe, einen Damm angelegt habe." — Die Schrift ist ein Wiederabdruck der Abhandlungen, die Graben 1740 und 1741 in der Zeitung „Potsdammische Quintessenz von alten und neuen politisch-historisch- und gelehrten Sachen" erscheinen ließ. Vgl. Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Potsdams. Teil 3, 303 ff. Über Graben zum Stein vgl. ebenda S. 418 ff.

die Alten erkannten dies in dem Satze an: „stultorum plena sunt omnia!" „Die ganze Welt ist voller Narren, vom Hirten an bis auf den Pfarren", allerdings mit der Einschränkung, „daß einige Personen mehrern solchen Meynungen, andere wenigern ergeben" [1]). Jeder Mensch ist also in seinem Leben wenigstens einmal „in einem gewissen Stück" und „zu seiner Zeit" ein Narr; auch die einzelnen Nationen haben ihre spezifischen Narrheiten [2]). Er versucht nun, die Eigentümlichkeiten der einzelnen Völker und der deutschen Stämme zu charakterisieren, ein an sich lockendes Thema, das ihn aber nur zu den allertrivialsten Bemerkungen führt [3]). Was er über die Portugiesen, Spanier, Franzosen und Italiener sagt, birgt noch eine gewisse Halbwahrheit in sich. Aber was soll man zu seiner Charakteristik des englischen Narren sagen: „Des Britten Narrheit besteht darinnen, daß er nach Neuerungen ohne Ziel und Maß dürstet, deßwegen er im Stande seinen König zu verraten und einem Rebellen als ein Sclav und Fuß-Schemel zu dienen: allein darum, weil es was neues."? Verhältnismäßig am besten ist die freilich auch billige Bemerkung über die Schweizer, deren Bereitwilligkeit zu allem, wenn nur „Geld dabei zu verdienen oder das Heimweh kein Hindernis einstreuet", als Nationalnarrheit hingestellt wird. Dann kommen die einzelnen Stände an die Reihe. Beim „Wehrstand" werden auch die „Götter dieser Welt", die Fürsten, nicht verschont [4]). Morgenstern sagt zwar, sie würden durch ihren hohen Stand von der Narrheit ausgenommen, aber die Erfahrung bezeuge, daß einige ihr „bißgen Noth" öfter mit den Kopfwürmern, als mit dem Kopfweh infolge vielen Nachdenkens hätten. Sein Spott richtet sich zunächst gegen die Beherrscher der kleineren Ländchen, deren ganzes Lebensideal die Jagd ist und die „ihr Land, zumahl wann es auf jeden Ameisen-Hauffen zu überschauen ist [5]), vor einen Tiergarten ansehen und alles jagen wollen." Wer von den Zuhörern hätte nicht gewußt, daß diese Worte auf Leopold von Dessau gemünzt waren, dessen Tiergarten sich thatsächlich von Dessau bis an die preußische Grenze ausdehnte? Ja, Morgenstern wagt, den König selbst unter die Narren zu zählen, wenn er sagt, daß es nicht an Exempeln solcher fehle, die sich einbilden, die Sünden der Unterthanen lägen centnerweise auf ihren Schultern und drückten bis in

1) Morgenstern § 7 u. 8.
2) Morgenstern § 12.
3) Morgenstern § 13. 14.
4) Morgenstern § 17/18.
5) Morgenstern § 19.

den Abgrund[1]). In der That erstreckte sich Friedrich Wilhelms Sorge für das Wohl seiner Landeskinder bis ins kleinste Detail, und mit diesem Interesse für alles, was das Volk betraf, glaubte er auch die größte Verantwortlichkeit für alles, was in seinem Reiche geschah, übernommen zu haben. Aus naheliegenden Gründen zeigt der boshafte Hofnarr weit mehr Furcht vor den Militärs; er könne den „Kriegsbediensteten nicht viel Thörichtes in Amtssachen beimessen", er rüge nur ihre Rauflust und Duellwut. Den landläufigen Spott über die „Hofbedienten" oder „Hofschranzen" läßt er sich nicht entgehen[2]), ohne jedoch mehr als die gewöhnlichen Klagen über Intriguen, Sittenlosigkeit, Hochmut zc. vorzubringen. Endlich kommt er zu dem gelehrten Narren, der ihm nach der Absicht des Königs als alleiniges Thema gegeben war. Seine eigenen trüben Erfahrungen, die er auf der Universität gemacht hat, geben seinem Tadel eine besondere Schärfe, aber auch aus anderen Gründen kann er frei über die Gelehrten reden: er hat den nötigen Schutz zur Seite. Nach seiner Ansicht sind unter zehn Personen[3]), die als Gelehrte gelten, neun Köpfe, „die von Würmern starren, als ein Nest der Ameisen." Die Pietisten, deren Verfolgungssucht vor einem Jahrzehnt Wolff erlegen, die Chiliasten, die es nicht dulden wollten, daß sich ein Gottesgelehrter um die Dinge dieser Welt bekümmerte, und die Theologen, die nur aus materiellen Gründen, der fetten Pfründe wegen, studieren, sie werden sämtlich zu den Narren geworfen. Ganz aus der Seele des Königs heraus und unbestreitbar den wundesten Punkt der damaligen Rechtspflege berührend, schildert Morgenstern dann die Juristen[4]). Sie sollten sich mehr darum kümmern, was in ihrem Vaterlande „Rechtens und Herkommens" sei, als um die Anwendung des alten römischen Rechts; sie sähen das Recht „als eine wächserne Nase an, die sie nach Gutbefinden durch einen Stieber links oder rechts schnellen und aus krumm gerade, aus gerade krumm machten." Bemerkenswert für Morgenstern selbst ist es vielleicht, daß er sich gegen den Materialismus wendet, den er bei allen Ständen vertreten sieht[5]). Freilich, für die metaphysischen Probleme hat er kein Verständnis, er hält es für thöricht, daß man sich damit beschäftige, ob mehr als ein Geist im Menschen sei" u. a.[6]).

---

1) Morgenstern § 19.
2) Morgenstern § 20.
3) Morgenstern § 21, Anm.
4) Vgl. die allgemeine Justizordnung vom 21. Juni 1713: „Acta Borussica, Behördenorganisation" I, 215 ff.
5) Morgenstern § 26.
6) Morgenstern § 29.

Die Philosophie ist in seinen Augen „haselieren". Zum Schluß sucht er sein närrisches Auftreten zu rechtfertigen: wem das Amt eines Narren durch das Verhängnis aufgedrängt würde, dem bringe seine gezwungene Stellung ebensowenig Nachteil an seinem Verstande, wie „dem römischen ersten Bürgermeister Brutus", als er sich vor Tarquinius dem Hochmütigen närrisch geberden mußte[1]) Kleider machten den Mann nicht, sondern der Verstand und das Verhalten. „So wenig Staatskleider einen Narren klug machen, so wenig könnten unanständige Kleider einen vernünftigen Kopf verwirren"[2]).

So oft ein Paragraph besprochen war[3]), gab der König selbst das Zeichen zum Beifall durch Pfeifen und Händeklatschen; jubelnd fiel die zahlreich erschienene akademische Jugend ein. Bei der „Serenade", die die Studentenschaft dem Könige darbrachte, wurden auch Hochrufe auf Morgenstern als Vicekanzler laut.

Über diese Ernennung des Hofnarren zum Vicekanzler aller preußischen Universitäten berichtet auch Moser[4]), der die Nachricht von dem König selbst erfahren hat. Wir haben keine Veranlassung, dies nur als eine scherzhafte Äußerung Friedrich Wilhelms aufzufassen. Man denke nur an Gundling und den noch viel kümmerlicheren Graben zum Stein, die als Präsidenten der Berliner Societät der Wissenschaften Nachfolger eines Leibniz waren. Ob Morgenstern in der That das Amt eines Vicekanzlers der preußischen Universitäten bekleidete, können wir nicht nachweisen; wohl aber wissen wir, daß er mit einer Art Kontrolle über die Stätten der Wissenschaft betraut wurde. Wir finden bei Schrader[5]) zwei Verordnungen, vom 31. August und 5. Oktober 1739, angeführt, in denen den Universitäten verkündet wird, daß sie von allen Drucksachen Abzüge an den Vicekanzler der Akademie der Wissenschaften, Magister Morgenstern, nach Potsdam zur Censur einzusenden hätten.

---

1) Morgenstern § 36.

2) Die Schrift wurde nach ihrem Druck auf das strengste verboten.

3) Ich folge den Angaben des oben erwähnten Briefes. Siehe auch Förster, „Friedrich Wilhelm I., König von Preußen", Bd. I, S. 297 und [Benekendorff] „Karakterzüge aus dem Leben König Friedrich Willhelm I." VIII, 56 ff.

4) Siehe Moser 1, 172. In dem schon erwähnten Briefe wird Morgenstern ebenfalls als Vicekanzler, allerdings nur von Halle und Frankfurt, genannt. Förster meint in seinem „Friedrich Wilhelm I., König von Preußen" I, S. 296, der König habe Morgenstern zum Vicekanzler der Universität Frankfurt a/O. gemacht und dies Schauspiel in Scene gesetzt, um ihn als solchen einzuführen. Aber Förster bleibt den Beweis für seine Behauptung schuldig.

5) Schrader, „Geschichte der Friedrichsuniversität zu Halle". Berlin 1894. I, 343.

Offenbar meint Morgenstern diese Verordnungen in seinem später zu erwähnenden Pasquill[1]), wenn er von den Erlassen Friedrich Wilhelms an die vier Universitäten spricht, die ohne sein Vorwissen ergangen seien und ihm eine große Verantwortlichkeit und Last aufgebürdet hätten; er habe daher nicht eher geruht, als bis er von diesen Pflichten entbunden sei.

Die Einleitung zu der Schrift über Friedrich Wilhelm berichtet, Morgenstern sei im Jahre 1739 als außerordentlicher Gesandter nach England geschickt und habe bei seiner Rückkehr als Belohnung für die Schlichtung der Streitigkeiten eine Plantage auf der Insel Surinam erhalten, die an 3000 holländische Gulden einbrachte, und mit deren Besitz das Tragen eines Ordens verknüpft war. Diese Notiz entspricht, wie die meisten anderen der Vorrede, durchaus nicht der Wahrheit. Man kann mit gutem Rechte sagen, daß die Einleitung, die ungefähr drei Seiten beträgt, abgesehen von dem Geburts- und Todesdatum, so ziemlich nichts Richtiges enthält. Vielleicht hat Morgenstern, um sich ein Ansehen zu geben oder um müssige Frager irre zu führen, selbst diese skurrilen Behauptungen erfunden. Über die englische Reise berichtet unser Magister selbst in seiner Schrift, setzt sie aber auch irrtümlicherweise für eine falsche Zeit, nämlich für das Jahr 1737 an. In Wirklichkeit fand sie im Februar 1738 statt, wie wir aus einer Kabinettsordre vom 4. Februar 1738 ersehen[2]). Ihr Inhalt zeigt, daß es Morgenstern gelungen war, in gewisser Weise das Vertrauen des Königs zu erlangen. Er soll direkt über Hamburg nach London fahren und hier bis zum 20. Mai bleiben, dann aber Holland, hauptsächlich den Haag, Amsterdam und die übrigen großen Städte besuchen und überall einige Tage verweilen. Seine Rückkehr über Wesel nach Potsdam wird auf den 1. September festgesetzt. Dabei soll er „alles und jedes genau und wohl observiren" und „sich nach allem fleißig erkundigen, jedoch sich um keine schulfüchsige Sachen bekümmern, sondern vielmehr auf die Lebensart der Leute an den Orten, wohin er kommt, sehr wohl Acht geben und dieses sein größtes Studium sein lassen." Über seine Erlebnisse soll er ein ordentliches Tagebuch führen, auf der Reise aber niemandem sagen, daß er in preußischen Diensten stehe, sondern einen falschen Namen annehmen und mit keinem Menschen korrespondieren. Wenn er Leute trifft, die ihn kennen, muß er vorgeben, er habe den

1) Siehe S. 131.

2) Dieses und die weiter unten mitgeteilten Schriftstücke wurden mir von Herrn Professor Krauske zur Verfügung gestellt.

preußischen Dienst verlassen und reise in seinen eigenen Angelegenheiten. Um die Unkosten der Reise zu bestreiten, werden ihm 800 Thaler angewiesen.

Sollen wir annehmen, daß Friedrich Wilhelm, der sonst so sparsam war, Morgenstern in seiner Eigenschaft als Zeitungsvorleser und Erzähler im Tabakskollegium auf Reisen schickt, damit er Land und Leute aus eigenster Anschauung kennen lernt und mit seinen Erlebnissen das Tabakskollegium später unterhält? Dazu bedurfte es nicht des falschen Namens und des Verbotes, mit irgend jemand zu korrespondieren. Die Angaben, die Morgenstern selbst in seiner Schrift über diese Reise giebt [1]), daß er u. a. Erkundigungen eingezogen habe über die Bemühungen der Schotten unter der Königin Anna, den damaligen Kronprinzen Friedrich Wilhelm auf den englischen Thron zu bringen, sind doch wohl nebensächlicher Art und kommen als Hauptgrund gar nicht in Betracht. Welches Interesse konnte der König daran haben, nach so langer Zeit näheres über seine damaligen Aussichten auf die Krone Englands zu erfahren, nachdem bereits seit 25 Jahren das Haus Hannover auf dem englischen Throne saß? Mehr Wahrscheinlichkeit hat schon die Annahme, daß er vielleicht aus politischen Gründen, etwa um in England die Stimmung gegen Preußen auszukundschaften, von Friedrich Wilhelm dorthin geschickt wurde. Die Jülich-Bergsche Frage kam binnen kurzem, da man den Tod Karl Philipps von der Pfalz nicht mehr fern glaubte, zur Entscheidung; dem Könige lag daher viel daran, bis dahin eine Annäherung an England ermöglicht zu haben. Der Fall steht auch gar nicht vereinzelt für diese Zeit da [2]). Gerade am 20. Mai, dem Tage, an welchem Morgenstern London wieder verlassen sollte, erhielt der Obergerichtsrat Andrié durch Kabinettsordre den Auftrag, unter dem Namen George Perriot, Kaufmann aus Neufchatel, dem eine energische Unterstützung der protestantischen Interessen am Herzen läge, mit Sir Robert Walpole, dem englischen Minister, eine Anknüpfung zu suchen. Auffallend ist allerdings, daß wir unseres Wissens über diese Reise Morgensterns gar keine Berichte oder sonstige Akten im Berliner Geheimen Staatsarchive haben. Könnte nicht auch die Idee Friedrich Wilhelms, der Krone zu entsagen und sich nach Holland zurückzuziehen, mitgespielt haben, zumal die Instruktion dem Magister auch für dieses Land einen längeren Aufenthalt vorschreibt? Jedenfalls zeigt diese Sendung, die doch immerhin einige Diskretion, Geschicklichkeit und Klugheit erfordert,

1) Siehe Morgenstern, „Über Friedrich Wilhelm I.“ 1793. S. 123. 124.
2) Siehe Droysen, „Gesch. d. preuß. Politik“ 4. 3, 342.

daß Morgensterns Stellung weit über die eines gewöhnlichen Possenreißers hinausragte.

Mehr in das Gebiet Morgensterns schlägt ein zweiter Auftrag, der freilich auch eine gewisse diplomatische Geschicklichkeit voraussetzte. Als Friedrich Wilhelm gegen Ende der Regierung von seiner vorgefaßten Meinung gegen Wolff abkam, versuchte er zu wiederholten Malen, den ehemals verjagten Philosophen wieder in seine Dienste zu ziehen und bot ihm eine sehr gut dotierte Professur in Halle an. Gegen Ende des Jahres 1739 reiste nun Morgenstern im Auftrage des Königs nach Marburg[1]) und ließ sich als durchreisender Doktor bei Wolff melden, um ihn und seine Umgebung auszuforschen. Wie geschickt er sich dabei benahm, ersehen wir aus einem Briefe Wolffs an den Grafen von Manteuffel vom 27. Oktober 1739[2]). Der Philosoph erklärt darin, daß ihm um seiner Gemahlin willen allerdings lieb wäre, Marburg wieder zu verlassen; „woher es aber," schreibt er, „Morgenstern erfahren, weiß ich nicht, weil vermeinet, es könne niemandem als mir bekannt sein." Der schlaue Hofnarr hatte indessen nichts eiligeres zu thun, als in Berlin zu verbreiten, Wolffs größter Wunsch sei, wieder nach Halle zu kommen, und er würde gewiß zu Ostern dort eintreffen, wenn ihm der König diese Universität vorschlagen würde.

Wieweit die Bemerkung Manteuffels in einem Briefe vom 24. Januar 1740 an Wolff[3]) richtig ist, daß der König, um die Universität Frankfurt zu heben, kürzlich zu dem verfehlten Mittel gegriffen habe, Morgenstern hier eine Professur zu übertragen, läßt sich nicht feststellen; viel Wahrscheinlichkeit ist hierfür nicht vorhanden.

Welche Rolle der Magister als Vertrauter des Königs in der Meinung der damaligen Hofwelt spielte, ersehen wir aus Benekendorff, der in seinen „Karakterzügen Friedrich Wilhelm I."[4]) auch von einer Sendung nach Braunschweig berichtet. Morgenstern sollte hier in den Freimaurerorden eintreten und dem Könige über die Geheimnisse und

1) Wuttke, „Christian Wolffs eigene Lebensbeschreibung". 1841. S. 55. Siehe auch Schrader, „Geschichte der Friedrichsuniversität zu Halle," Berlin 1894. I, 318.

2) Wuttke a. a. O. S. 53.

3) Wuttke a. a. O. S. 60 . . . „Savez-vous quel parti S. M. a enfin pris pour faire refleurir cette Academie? Elle vient de déclarer une chaire de Professeur au fameux Morgenstern, que vous connoissez et l'on est persuadé que quand Elle verra les mauvais effets de ce remède, Elle supprimera entièrement l'Academie et en joindra les fonds à ceux de ses revenus ordinaires."

4) Siehe Samml. XII, S. 46.

Einrichtungen des Ordens berichten, dem der Kronprinz Friedrich 1738 in Braunschweig beigetreten war. Eine Durchsuchung der Akten[1]) des Braunschweiger Freimaurerordens hat aber keine Bestätigung dieser Nachricht ergeben.

Wie sollte es nun aber werden, als Friedrich Wilhelm 1740 starb? Morgenstern sah wohl ein, daß man ihm schwerlich sein Gehalt als Gnadenpension weiter geben würde, denn Friedrich hatte für Narren kein Geld. Daher suchte er in dem eroberten Schlesien eine Stelle in der Verwaltung und fand, dank seinen Verbindungen, die bis zu dem neuen Könige hinaufgereicht zu haben scheinen, bereits 1741 bei dem neu errichteten Feldkommissariate in Breslau Beschäftigung als politischer Agent. Bei seiner Gewandtheit im Umgange mit anderen Menschen war er für die politischen Kundschafterdienste, die dieses eben eroberte Gebiet erforderte, vortrefflich geschaffen.

Breslau, ausgestattet mit großen Privilegien, hatte sich unter der Herrschaft Österreichs sehr wohl befunden und nur ungern in den Wechsel der Dinge gefügt. Am 2. Januar 1741 schloß der siegreiche Preußenkönig, da ihm an einer friedlichen Verständigung mit der Stadt viel lag, einen Neutralitätsvertrag mit der Bürgerschaft. Er versprach, Zufuhr und Handel in keiner Weise zu hemmen, keine Truppen in die Stadt zu legen und alle Privilegien zu achten. Dafür verlangte er ein Magazin in der Vorstadt und Einkauf von Lebensmitteln zum Marktpreise. Der Rat der Stadt, vor allem der Obersyndikus von Gutzmar, suchte jedoch auf jede Weise mit Österreich in gutem Einvernehmen zu verbleiben und verdoppelte seine Ergebenheitsbezeugungen dem Hause Habsburg gegenüber. So standen sich preußische und österreichische Interessen schroff entgegen, als Morgenstern nach Breslau kam.

Unter dem Namen eines Doktor Freyer trieb er sich von früh morgens bis in die späte Nacht in den Kaffeehäusern der Stadt umher, überall hetzend und spionierend. Er war vor allem darauf bedacht, das Haupt der antipreußischen Partei, Gutzmar, zu beseitigen. Bereits am 17. Mai 1741 sandte er einen längeren Immediatbericht an den König[2]), in dem er die Lage der Stadt schilderte und dringend die

1) Ich möchte nicht verfehlen, Herrn Kistner, Archivar der Loge „Carl zur gekrönten Säule in Braunschweig", für diese Unterstützung meinen Dank auszusprechen.

2) Grünhagen weist mit Recht darauf hin, daß dieser Bericht Morgensterns an den König nicht der erste gewesen wäre, da er ohne jede Einleitung sei; außerdem spricht Podewils in seinem Briefe an den König vom 21. Mai von Morgenstern ganz kurz nur mit Namensnennung, wie von einem alten Bekannten.

Verhaftung Gutzmars forderte. Welchen Wert der König diesen Berichten des ehemaligen Hofnarren beilegte, zeigt am deutlichsten die Thatsache, daß alle Bemühungen des Ministers von Podewils, der die Beschuldigungen gegen Gutzmar zu widerlegen suchte, ohne Erfolg waren.

Das Treiben Morgensterns blieb nicht lange unbemerkt; schon wenige Monate nach seiner Ankunft verfaßte der Breslauer Rat eine große Beschwerdeschrift an das Feldkriegskommissariat wegen der „Wühlereien" eines preußischen Agenten, „so sich Doktor Freyer nennt, nach seinem wahren Namen aber Morgenstern heißen soll." Zur Begründung wurde das Protokoll eines Zeugenverhörs beigelegt, das mit sieben Bürgern angestellt war. Der König hatte von der Stadt Breslau am 13. Juni 500 000 Reichsthaler gefordert; der Rat hatte aber dagegen protestiert und verlangte unter Berufung auf den Neutralitätsvertrag, daß die Forderung auf 106 000 Gulden als Kriegskontribution für das verflossene Halbjahr ermäßigt würde. Die Beschwerde hatte den gewünschten Erfolg. Am 10. Juli wurde dies Ergebnis der Bürgerschaft mitgeteilt, aber diese beschloß, auch hiergegen Einsprache zu erheben. Wie wir aus der Zeugenaussage erkennen, wußte Morgenstern die augenblicklichen Verhältnisse zu benutzen. Die Kontribution von 500 000 Reichsthalern bezeichnete er als eine Strafe für die preußenfeindliche Gesinnung des Rates, gegen die Unterzeichner des Protestes aber habe der König eine Strafe von 106 000 Thalern[1]) verhängt. Er stellte sich nun als den geeigneten Mann hin, der sie hiervon befreien könnte: sie müßten ihm nur bescheinigen, daß sie ohne Kenntnis des Inhalts ihren Namen unter den Protest gesetzt hätten. Wenn die Bürger in dieser Weise ihre Unterschriften widerriefen, müßte der Magistrat die ganze Summe bezahlen. Ob die Zeugenaussagen ganz den Thatsachen entsprechen, mag dahingestellt sein: das ist jedenfalls klar, daß die Handlungsweise Morgensterns, die Bürger getrennt vorzunehmen und zu bearbeiten, und durch Vorzeigen einer vielleicht etwas von ihm vervollständigten Renunciantenliste den einzelnen schwankend zu machen, als äußerst geschickt bezeichnet werden muß. Dadurch war dann sein Hauptzweck erreicht, den Rat zu isolieren und „Fermentationes zwischen Magistrat und der Bürgerschaft zu erwecken."

Hiermit war aber die Thätigkeit Morgensterns noch nicht erschöpft. Seine Absicht war auch vorzüglich, die Bürger untereinander zu verhetzen und eine Spaltung herbeizuführen, damit Friedrich, vielleicht von einer Partei als Schiedsrichter angerufen, eine gewisse Berechtigung

1) Es sind natürlich die 106000 Gulden gemeint.

hätte, den Neutralitätsvertrag zu brechen. So lud er am 21. Juli eine Anzahl Bürger[1]) abends auf das Feldkriegskommissariat zur einer Besprechung und forderte sie auf, freiwillig die preußische Herrschaft anzunehmen; dann hätten sie begründete Aussicht, Privilegien zu erhalten.

Ungefähr zu derselben Zeit erhielt der Generalfeldmarschall Graf Schwerin von dem Könige die Weisung: „Da eine große Partie wohlgesinnter Bürger in der Stadt sei, solle er sich des p. Morgensterns bedienen, damit dieser in seinem bisherigen Treiben continuiere und unter dem Namen des Dr. Freyers die preußisch gesinnten Bürger in guten Gedanken conservire.“ [2])

Wie groß der unmittelbare Nutzen seiner Thätigkeit gewesen ist, läßt sich schlecht beurteilen, denn wenige Tage nach der Absendung der Beschwerdeschrift bemächtigte sich Friedrich der Stadt Breslau, am 10. August 1741.

Beim Könige blieb Morgenstern persona grata, denn auf den Umschlag der Beschwerdeschrift setzte der Geheimrat von Reinhardt die wenigen, aber inhaltreichen Worte: Ponantur ad acta. Nicht ohne Bosheit verfügte Friedrich, daß in Zukunft dem Hofrat Morgenstern 500 Thaler Pension jährlich von dem Rate der Stadt Breslau gezahlt werden sollten. Bereits im Jahre 1742 befindet sich der Posten in der Kämmereirechnung mit der Bemerkung: „Auf allerhöchste spezielle Verordnung.“

Es ist erklärlich, daß ein Mann, dem man einen so großen Einfluß bei dem Könige zuschrieb, auch in den höheren Kreisen Breslaus Zutritt hatte, wenn auch nicht als gern gesehener Gast. So finden wir in dem Diarium[3]) eines Prämonstratensermönches zu St. Vincent in Breslau für den 17. Februar 1742 die Notiz, daß ein gewisser Morgenstern beim Abte zum Frühstück gewesen sei. Am Ende des Jahres 1742 arbeitete er unter dem Geheimrat von Nüßler, dem die Grenzregulierung nach dem Frieden übertragen war.

Sein Amt als geheimer politischer Agent blieb in der folgenden Zeit bestehen. Allerdings sind die Nachrichten, die wir über ihn für

1) In der Beschwerdeschrift wird sehr drastisch gesagt, Morgenstern habe einige ex fece plebis zusammengelesen und zur Nachtzeit auf das Feldkommissariat gebracht. Richtiger wird wohl die obige Angabe sein, die aus dem Tagebuche eines Breslauer Kaufmanns Steinberg stammt. Vgl. Grünhagen a. a. O.

2) Vgl. „Politische Korrespondenz Friedrichs des Großen“ I, 292. Der Brief ist ohne Datum und wahrscheinlich Ende Juli 1741 abgefaßt.

3) Siehe Stenzel, „Scriptores Rerum Silesiacarum“ V, 521. Prandium sumpserunt apud reverendissimum nostrum Borussicus Agens vel iniquiore sensu explorator habitus dom. Morgenstern . . . .

diese Zeit haben, nur sehr spärlich. Im August 1742 erhielt Schwerin von dem Könige den Auftrag, den Magistrat der Stadt Breslau abzusetzen und „andere tüchtige, redliche und wohlgesinnte Subjekte" wählen zu lassen. Betreffs der neu zu wählenden Bürgermeister soll er mit Morgenstern, der ihre Gesinnungen kenne, sich in Verbindung setzen und seine Vorschläge hören[1]). In einem Schreiben vom 7. Juli 1743 bittet der Domherr Graf Schaffgotsch den Etatsminister von Münchow[2]), er möge Morgenstern veranlassen, daß er sich nicht in die Neuwahl des Abtes beim Kloster auf dem Sande in Breslau einmische. Der eifrige Agitator hatte die Mönche bedroht, er würde sie alle nach Spandau schicken, wenn sie nicht den gewünschten Kandidaten wählten. Auch aus dem Jahre 1747 liegt uns ein Immediatbericht Morgensterns an den König vor[3]), vom 29. September, in dem er die Ansichten schildert, die man in Breslau über den Nachlaß und den vermeintlichen Nachfolger des kürzlich verstorbenen Kardinals Sinzendorf habe.

Diese eigentümliche Stellung benutzte der Magister, um seine eigenen Interessen zu fördern. Er, der in seinen „Vernünftigen Gedanken von der Narrheit" als einen Hauptfehler geißelte, ein Amt nur um des Einkommen willens zu erstreben und zu schätzen, suchte sich selbst durch Flunkereien und allerhand Praktiken zu bereichern. Bereits im Jahre 1747 befahl der König dem Präsidenten des Breslauer Oberamtsgerichts von Benekendorff[4]), auf „den bekannten Morgenstern" genaue Acht zu haben und nicht zu gestatten, daß sich derselbe in fremde Händel und Justizsachen mische. Benekendorff hatte darauf versucht, „ihm alle Mittel, welcher er sich bisher zu seinen Menées bediente", zu nehmen und sogar einen Advokaten, der dem Magister bei seinen schmutzigen Justizsachen Ratschläge erteilt hatte, aus dem Anwaltstande ausgestoßen. Eine Zeit lang hatte man Ruhe vor Morgenstern, aber es kam um so ärger hinterher. In dem Prozesse eines Grafen Arco, bei dem es sich um ein Wertobjekt von über 30000 Gulden handelte, wollte er sich von dem Grafen die Forderung in unerlaubter Weise cedieren lassen, sodaß diesem nicht mehr als 2500 Gulden blieben, wobei noch überdem „dessen dabei interessierte Creditores ihrer Forderung halber unglücklich geworden wären". Der Fall machte unliebsames Aufsehen. Von Benekendorff

1) Schreiben aus dem Lager bei Strehlen vom 12. August 1742. Vgl. „Politische Korrespondenz Friedrichs des Großen" I, 313.

2) Lehmann, „Preußen und die katholische Kirche" II, 329.

3) Lehmann a. a. O. III, 2.

4) Bericht Benekendorffs an Cocceji: Breslau, 11. September 1748. Diese und die folgenden Aktenstücke befinden sich im Geheimen Staatsarchiv zu Berlin.

veranlaßt, griff das Oberamt ein und „kassierte das mehr als jüdische Negotium als null und nichtig". Morgenstern, der sich so plötzlich um seinen unsauberen Gewinn betrogen sah, reichte nun bei dem Präsidenten von Benekendorff eine umfangreiche Beschwerdeschrift Ende Juli 1748 ein. Abgesehen von seinem Buche über Friedrich Wilhelm I. ist es das Letzte, was wir aus seiner Feder besitzen. Es verlohnt sich daher vielleicht, etwas näher auf dieses Schriftstück einzugehen, um so mehr, als wir hier zum ersten Male Gelegenheit haben, aus den eigenen Worten Morgensterns auf seinen Charakter schließen zu können. Morgenstern spricht zunächst von dem Wohlwollen, dessen ihn Benekendorff unzählige Male versichert habe, das er seinerseits durch nützliche Dienste und Propaganda für die preußische Sache vergolten hätte, und zwar unter der Hand, ohne Vorwissen Benekendorffs, wo dieser es am wenigsten vermutet habe. Dessen ungeachtet erlitte er seit einiger Zeit von dem Oberamtsgericht nichts als Tort, Chagrin und Neckerei, er, der doch nie gegen des Horaz Lebensregel „Integer vitae" verstoßen habe; der ungerechte Haß gegen ihn würde soweit getrieben, daß alle Rechtssachen darunter leiden müßten, von denen man wisse oder auch nur glaube, daß er dabei beteiligt sei. Allerdings habe er „außer der Freudigkeit seines Herzens noch den Trost, daß alle Pièccen, die ihm zum Tort publizirt worden, auf den ersten Blick die darin steckende Intention nebst einer unbegreiflichen Rancune verraten", allein wegen seiner Gemütsruhe wolle er Gewißheit haben. Nur zwei Erklärungen seien möglich, entweder sei er bei Benekendorff angeschwärzt, oder dieser habe ihn wie Absalon den Joab im 2. Samuel. Kap. 14 Vers 29 ss. zu fleißigerem Besuche anhalten wollen, indem er ihm Anlaß zu gerechter Beschwerde gäbe. Es sei unrecht, daß Benekendorff der Verleumdung mehr glaube als seinem Gewissen, das sich doch auf das Urteil am Hofe und in Berlin, auch auswärtiger Länder und fast ganz Schlesiens, ja auf eigene lange Erfahrung von Morgensterns exemplarisch redlicher Gemütsbeschaffenheit gründen könne. Die Rechtsgeschäfte, bei denen er als Konsulent beteiligt, oder selbst interessiert gewesen, seien sonnenklar, und dennoch wäre er darin bedrückt worden. Was man gegen ihn vorbringe, sei Ohrengewäsch. Man habe ihm zum Vorwurf gemacht, daß einige ihn Hofrat nennten: er sei niemals gesonnen gewesen, seinen ehrlichen und „etwas bekannten" Namen durch eitle Titel wieder aus der Leute Andenken zu bringen. Benekendorff selbst, General von Linger, Philipp Bogislav von Schwerin und Winterfeldt könnten bezeugen, wie oft und mit welchen unumstößlichen Gründen er alle Titel mit Standhaftigkeit ausgeschlagen habe, weil er keinen anderen Rang und Titel

möge, als seinen guten Ruf in den Augen „vernünfftiger Leute“. Besonderes Interesse hat sein Hinweis auf die englische Reise. Der Oberst von Camas[1]) hätte dem Könige den Vorschlag gemacht, wenn Morgenstern die Sache gut ausrichte, möge ihm der Titel eines Geheimen Rats verliehen werden[2]); der König sei vollständig damit einverstanden gewesen und habe es sogar schon vorher thun wollen; er sei aber abgereist und auch nach seiner Rückkehr allen Ehren aus dem Wege gegangen, nicht aus Geringschätzigkeit, sondern weil Herrengunst nicht erblich sei. In gleicher Weise habe er nicht eher geruht, als bis die Verordnungen Friedrich Wilhelms an die vier Universitäten, die ohne sein Vorwissen ergangen seien, und wodurch ihm große Verantwortung und Last aufgebürdet sei, vom Könige zurückgenommen seien. Durch gerichtliche Prozedur, sagt er, wäre er bedroht, das Seinige zu verlieren, was er sauer erworben, dem Munde abgebrochen und den Kleidern bisher abgespart. Die Rechtswidrigkeit sei handgreiflich, „Gott müßte ihm ein weniger redliches und freudiges Herz gegeben haben, pour être homme à de mordre“, auch besäße er zuviel Welt- und Rechtseinsicht von seinem unermüdlichen Studiren, „pour être la dupe d'un fantôme, pour me faire surprendre et éblouir pour un quid pro quo avec d'attraper nubeculum pro Junone“. Jetzt müsse er in Sachen, die ihm so nahe am Herzen lägen, seine sentiments d'esprit et de cœur der blöden Einsicht solcher Leute submittiren, denen er zu raten aufgeben könne, und die sich besser darauf verstünden, den Speichel aufzulecken, ut inspirentur, als auf die Kunst zu denken. Morgenstern setzt dann des weiteren auseinander, warum die von ihm angefochtenen Rechtssprüche in dem Arcoischen Prozesse ungültig sein müßten. Der „Dekretant“, der im Oberamtsgerichte gegen ihn entschieden habe, müsse ohne Zweifel seine Gedanken nicht beisammen gehabt haben. Er wäre wohl ein Geistesverwandter des brabantischen Rates Vierlamont[3]), der gerne schlief und einst, da er meinte, es handle sich um einen Ketzer, als Urteil: „suspendatur! suspendatur!“ abgab. In Wirklichkeit handelte es sich aber um eine Wiese. Als er den Irrtum erkannte, habe er

---

1) Paul Heinrich Tilio de Camas, Obrist des Infanterie-Regiments „Schwerin“. Er stand im näheren Verhältnis zu Friedrich II. Vgl. „Œuvres de Frédéric le Grand.“ 17, 127.

2) Falls diese Angabe auf Wahrheit beruht, ist es wohl ein ähnlicher Wachtstubenscherz wie der Geheimratstitel Gundlings.

3) Hier ist Morgenstern ein Irrtum untergelaufen. Nicht von Verlaymont, wie Morgenstern geschrieben hat, sondern von Hessels wird die Anekdote erzählt. Siehe Wenzelburger, „Geschichte der Niederlande“ II, 225.

„mit einer besonderen présence d'esprit" erklärt: defalcetur! defalcetur! Bereits seit 1743 habe Morgenstern dem Grafen Arco Geldvorschüsse gegeben und für ihn Bürgschaft geleistet. Was in dem ablehnenden Gerichtsbeschlusse vorgebracht wäre, hätte nicht Hand noch Fuß und könne weder vor der Wissenschaft, noch vor dem natürlichen Verstande stichhalten. „Ach Logica, du Mutter ordentlicher Gedanken und Moral, die du die Verblendungen derer Leidenschaften verhinderst, was seid ihr vor gute Hausgenossen in denen Köpfen der Gelehrten." Wenn er den Namen des Referenten erführe, so solle er unter den Gelehrten nicht viel weiterlaufen, vielmehr unter diesen auf eine Art bekannt werden, daß ihm die Hörner zu Berge stünden. Es sei ja wirklich zum Erstaunen, ein Mann, der sich zu den Gelehrten zähle, könne nicht einmal vierzehn Zeilen Kanzleischrift ohne Fehler schreiben, der ganze Bescheid sei ein recueil d'égarements d'esprit et de cœur; kaum könne er sich enthalten, daß er diese scriptiuncula cum notis perpetuis nicht zur Presse beförderé; doch er wolle warten, ob der Herr Präsident nicht auch seiner Meinung sei. Jedenfalls müsse ein Exempel statuirt werden, damit andere sich hüten, über ehrlicher Leute gerichtliches Wohl „so leichtsinnig ins Gelag hineinzuschmieren". Ja, Morgenstern treibt seine Unverschämtheit so weit, zu fordern, daß diese Beschwerdeschrift an den König und Cocceji geschickt würde, dann würde ihm Recht werden. Er glaubte vielleicht, sein Kniff, den er den Breslauern gegenüber anwandte, sich als Vertrauter des Königs hinzustellen, würde auch das Oberamt einschüchtern. Der Herr Präsident dürfe sich über die Schreibart nicht wundern; diejenigen, die unter dem Charakter: integer vitae scelerisque purus renommiret seien, wüßten weder im Schreiben noch im Reden zu kriechen. „Da er den Herrn Präsidenten als einen Anführer dieser kleinen Gesellschaft ansehe, so verharre er mit unauslöschlicher Admiration, Hochachtung und Verbindlichkeit . . . ."

Der Ton dieser Schrift, zumal sie doch an einen der höchsten Beamten gerichtet, ist geradezu unbegreiflich. Entweder fühlte sich Morgenstern in seiner Stellung zu sicher, als daß er irgend welche üblen Folgen hätte befürchten müssen, oder er verfaßte das Schreiben unter dem Eindruck einer augenblicklichen Erregung, vielleicht da er sah, daß seine besten Geschäfte gestört wurden. Die Forderung Morgensterns, daß seine Schrift an den Hof gesandt würde, ging sehr gegen seinen Wunsch in Erfüllung. Er hatte sich damit selbst eine Grube gegraben. In dem Immediatberichte, mit dem Benekendorff das Morgensternsche Pasquill begleitete, schilderte er dem Könige ausführlich das Treiben des Magisters, der immer wieder versucht habe, sich „einzuschleichen"



und durch keine vernünftige Zureden mehr abgehalten werden könnte, „durch Schimpf und Schmälen in die Justiz einzudringen". Angesichts dieses unerträglichen Zustandes, der die gesamte Rechtspflege in Schlesien zu zerrütten drohe, müsse der Präsident um Verhaltungsmaßregeln bitten. Bereits am 6. September verfügte der König, der auf seiner Besichtigungsreise nach Breslau gekommen war, an Benekendorff, daß Morgenstern Breslau für immer verlassen und in Potsdam oder Berlin bleiben sollte, ohne sich je wieder in ungebührliche und ihn nichts angehende Händel einzumischen, bei Vermeidung der allerschwersten Bestrafung. Der König hatte gar kein Interesse daran, den Agenten noch länger in Breslau zu halten, da dessen eigentliche „Mission" seit dem Dresdener Frieden erfüllt war [1]).

Weshalb mußte Morgenstern in Berlin oder Potsdam seinen Wohnsitz aufschlagen, gleichsam unter den Augen Friedrichs II.? Hatte man vielleicht genügenden Grund, ihn fortwährend unter Aufsicht zu haben?

Die Fragen lassen sich nicht beantworten. Erinnern wir uns, daß Morgenstern lange in der Umgebung Friedrich Wilhelms gewesen und mit manchem Geschäfte von diesem betraut war; auch Friedrich selbst hatte ihm eine nicht gerade saubere Aufgabe übertragen. Vielleicht wollte der König den Mitwisser solcher Dinge nicht ganz ins Elend stürzen, um die bösartige Zunge zur Erreguug eines noch größeren Skandals zu reizen. Er ließ ihm daher seine alte Pension weiterzahlen, und zwar durch die Breslauer Kämmerei.

Nach der Abreise Morgensterns wurden noch eine Menge Betrügereien offenbar, da er Stadt und Land mit der Vorspiegelung, ein Vertrauter des Königs zu sein und alles bei ihm durchsetzen zu können, „in beständiger Kontribution" gehalten hätte. Um diese Meinung zu bestärken, heißt es in dem Berichte Benekendorffs [2]), hätte er selbst von den geheimsten königlichen Geschäften in frecher und gefährlicher Art gesprochen. Als Beleg für diese Behauptungen schickte der Oberamtspräsident eine Denunziation ein, die der Deponent mit Eid und Zeugen bestätigen könnte. Die Angaben, die der in preußischen Diensten stehende Denunziant macht, erheben sich im großen und ganzen nicht über den gewöhnlichen Klatsch, der nun in unnatürlicher Weise aufgebauscht wurde, da man den ausgewiesenen Agenten nicht mehr zu fürchten brauchte. Es wird ihm vorgeworfen, vor einer größeren Gesellschaft habe er unziemliche Reden u. a. gegen Cocceji geführt und hinzugefügt,

1) Am 11. Sept. berichtete Benekendorff an Cocceji über den ganzen Vorfall.
2) Bericht Benekendorffs, Breslau, den 29. Sept. 1748.

der Hof beginge mit der Übertragung der ostfriesischen Schuldregulierung einen großen Fehler. „Der alte Jürgen" — Georg II. von England — sei dadurch disgustirt. Wenn man Friesland dem Herzog vom Cumberland überlassen hätte, würde Preußen reichen Ersatz in säkularisierten Bistümern gefunden haben. „Durch den Korb, den der Cumberland von Friedrich II. erhalten, als er um die Prinzessin Ulrike angehalten habe, sei der alte Jürgen noch mehr disgustirt." Von demselben Cocceji, den Morgenstern in seiner Beschwerdeschrift als seinen Gönner rühmt, soll er gesagt haben, er ließe sich bei seinem sonst güten Plane zur Justizreform „des verzweiselten Plusmachens einkommen". So habe er der Schwerinschen Familie ein pommersches Gut gegen drei Kammersententien für den Fiskus abgesprochen[1]). Den Räten, die in dem Prozesse sämtlich gegen Cocceji entschieden, hätte der Großkanzler die Akten über den Fall von neuem zustellen lassen und „denselben deklariret, sie wären unerfahren und in Rechten schlechte Leute, hätten wie Rindvieher gesprochen und meritirten cassiret zu werden". Die Räte hätten aber darauf erklärt, sie könnten vermöge ihres Gewissens nicht anders urteilen; die Strafe würde für Cocceji nicht ausbleiben. Weiter sollte Morgenstern gesagt haben, die Familie Schwerin würde unter der jetzigen Regierung allem Anschein nach das werden, was die Dessauer unter Friedrich Wilhelm I. gewesen wären. Zu Arnims — des früheren Justizministers — Stelle hätte Cocceji Görne und Benekendorff vorgeschlagen. Letzterer Name sei vom Könige ausgestrichen; dies habe der Herr Großkanzler dem Morgenstern selbst gezeigt. Jetzt hätte er, Morgenstern, zwei Männer vorgeschlagen, an die er auch bereits geschrieben, ob sie es annehmen wollten. Auf den Oberamtsgerichtspräsidenten von Benekendorff sei von ihm „auf eine fast unglaublich injurieuse Art" geschmäht und gelästert. Die Ordre, „sich aus Breslau zu packen", habe er der ganzen Gesellschaft gezeigt und beteuert, der König hätte den Befehl „nimmermehr gelesen", das Schriftstück sei von Freunden Benekendorffs unter andern Sachen Sr. Königlichen Majestät mit untergeschoben und auf diese Weise die Ausweisungsordre erschlichen worden. „Er wollte aber seinen Feinden zeigen, daß sie nicht wohl gethan, ihn nach Berlin zu relegiren."

Der Zorn Morgensterns gegen Benekendorff und Cocceji ist nach den Vorgängen wohl begreiflich. Aber wenn auch vieles an dieser

---

1) Gemeint ist das Gut Spantekow im Anklamschen Kreise (s. Morgenstern, „Über Friedrich Wilhelm I." S. 74). Nach Leonhardi, „Erdbeschreibung der preußischen Monarchie" III, 2, 658 hat aber Friedrich Wilhelm I. dies Gut 1739 von den Steenbockschen Erben gekauft.



Denunziation erlogen ist, man erkennt doch daraus, welch bösen Mund der ehemalige Hofnarr hatte. Cocceji, der Beneckendorff geraten hatte, die Denunziation beim Könige einzureichen, erklärte in einem Schreiben an den Präsidenten, vom 18. September 1748, er hätte sich niemals in vertrauliche Unterredungen mit Morgenstern eingelassen, geschweige denn mit ihm die Ernennung eines neuen Breslauschen Präsidenten besprochen. Alle diese Angaben seien „falsch und ertichtet.“ Die Schwerinsche Familie sei ihm allerdings nicht gewogen, da er verhindert habe, daß sie dem Könige ein Gut von 150 000 Thalern aus den Händen spielte. Der König verfügte zu dem Berichte Beneckendorffs die wenigen Worte: „Der Mensch ist ein Narr, also sich nicht darüber wundern.“

So schied Morgenstern nach ungefähr achtjährigem Aufenthalt aus Breslau und siedelte nach Potsdam über, das er bis zu seinem Tode nicht mehr verließ. Aus den letzten Jahrzehnten ist sehr wenig bekannt. Nicolai, der ihn im Jahre 1779 besuchte, schildert ihn uns als einen ganz verständigen Mann, dessen Erzählungen von den Charakteren der Personen, die in der Umgebung Friedrich Wilhelms I. gewesen waren, eine scharfe Beobachtungsgabe und treffendes Urteil verrieten. Im übrigen war Morgenstern ein vollständiger Sonderling geworden. Da er einmal plötzlich von einem Gewitterregen überrascht war, ging er nur im dicken Mantel aus, mochte die Sonne noch so g[illegible] brennen. In seinem Wohnzimmer ließ er Mäuse und Spinnen ruhig gewähren, denn er freute sich in seiner Einsamkeit darüber. Ab und zu war er noch zu einer Partie Schach in Gesellschaft gegangen; da man ihn aber zu sehr zum Trinken verleitete und dann die alten groben Späße mit ihm versucht hatte, zog er sich nach und nach ganz von der Welt zurück und lebte nur noch seinen Büchern. Sein Tod erfolgte in Potsdam im Jahre 1785.

II.

Die Schrift Morgensterns über Friedrich Wilhelm I., die in seinem Nachlaß aufgefunden wurde, erschien acht Jahre nach dem Tode des Verfassers [1]). Der unbekannte Herausgeber [2]) giebt uns über die näheren

1) Ueber / Friedrich Wilhelm I. / Ein nachgelassenes Werk / vom / Hofrath und Professor Morgenstern, / Mitglied des Tabaks-Kollegii / Friedrich Wilhelm I. / 1793.

2) Die tiefen historischen Kenntnisse des Herausgebers haben wir bereits in der phantasiereichen Vorrede zur Genüge bewundern können (siehe S. 123). Was soll man aber dazu sagen, wenn wir mehrmals von den „Trizowischen“ Gütern lesen, aus denen z. T. das Amt „Elclenburg“ entstanden sei! Kannte er die Quitzows gar nicht, denen das Gut Eldenburg gehörte?

Umstände, wie und wann dieses Werk entstanden ist, gar keine Aufschlüsse. Aber aus den Angaben, die Morgenstern selbst über Personen, historische Vorgänge ꝛc. in seinem Buche giebt, läßt sich mit ziemlicher Sicherheit die Zeit der Abfassung bestimmen.

Den „kürzlich verstorbenen Steinmetz Angermann aus Jüterbog“, dessen Fleiß und Arbeitsfreudigkeit, wie Morgenstern erwähnt[1]), der König Friedrich Wilhelm auf seinen Spazierritten wiederholt bemerkte, finde ich zuletzt in einer Verordnung Friedrichs II. vom 1. September 1775 für die Bildhauergesellschaft in Potsdam[2]) angeführt. In demselben Jahre erschienen die „Reisebeschreibungen“ des Schotten Nathan Wraxall[3]), dessen Bemerkungen über die Ehrerbietung der Russen gegenüber Peter dem Großen Morgenstern wörtlich übernimmt[4]). Die „Jahrbücher der Maria Theresia“ von Fromageot, die unser Verfasser ebenfalls erwähnt[5]), sind 1776 entstanden. Ja, sogar auf eine noch spätere Abfassungszeit weist die Bemerkung hin über die Gemahlin des regierenden Herzogs von Braunschweig, Auguste Friederike, deren bewunderungswürdiges Gedächtnis Morgenstern rühmt[6]). Karl Wilhelm Ferdinand — denn er ist der Gemahl dieser englischen Prinzessin — folgte aber erst am 26. März 1780 seinem Vater in der Regierung.

So haben wir also als weitliegendsten terminus a quo dieses letzte Datum vom 26. März 1780 anzusehen.

Auch für die Bestimmung des terminus ad quem kommt uns eine Prinzessin zu Hilfe. Morgenstern sagt[7]): „Weil die Luise, deren Asche in Hildburghausen noch verehret wird, . . . gar nicht so unförmlich klein, wie ihre damals 36jährige Tante, die noch lebende Charlotte Amalia . . .“ Der Verfasser meint die dänische Prinzessin Charlotte Amalia, die Schwester Christians VI.; sie starb am 28. Oktober 1782[8]). Auf dasselbe Jahr führt die Erwähnung des Generals von Ramin[9]) hin,

1) Morgenstern S. 97.

2) Manger, „Baugeschichte von Potsdam.“ 1789/90. Bd. III, S. 713.

3) Der Titel lautet: Wraxall, „Cursory Remarks made in a Tour through some of the Nordern Parts of Europe, particularly Copenhagen, Stockholm and Petersburgh.“ Vgl. Allibone, „A critical dictionary of English Literature , . .“

4) Morgenstern S. 230.

5) Morgenstern S. 106 Anm.

6) Morgenstern S. 19 Anm.

7) Morgenstern S. 199.

8) Voigtel, „Genealogische Tabellen zur Erläuterung der Europäischen Staatengeschichte“, Halle 1811, Tab. 224.

9) Morgenstern S. 133.

der als noch lebend bezeichnet wird. Auch er starb, nach König, „Biographisches Lexikon aller Helden und Militairs in preußischen Diensten“, im Jahre 1782. Wir haben also anzunehmen, daß Morgenstern in hohem Alter, etwa im Anfang der 80er Jahre, die Schrift verfaßt hat.

Aber ist das Ganze nicht vielleicht aus Aufzeichnungen hervorgegangen, die sich der Alte allmählich gemacht hat? Einige Stellen des Buches scheinen in der That darauf hinzuweisen. Er redet z. B. von einem Hauptmann von Münchow, der „erst kürzlich“ als Generallieutnant und Inhaber des Regiments in Brandenburg gestorben sei[1]). Der Tod des von Friedrich hochgeschätzten Gustav Bogislaw von Münchow erfolgte aber nach König schon am 12. Juni 1766. Auch von dem uns schon bekannten Steinmetz Angermann, der frühestens zehn Jahre später gestorben sein kann, hören wir, daß er „kürzlich“ aus dem Leben geschieden sei. Noch eine andere Bemerkung Morgensterns gehört hierher[2]): „Dem Geheimrat Eichel, der im Kabinett Friedrich Wilhelms nur die Kriegssachen bearbeitet habe, sei bei jetziger Regierung im letzten Kriege alles übertragen“. Da Eichel bereits im Februar 1768 starb[3]), kann nur der siebenjährige Krieg gemeint sein[4]). Demnach führt uns diese Angabe in die Zeit vor dem Anfang des bayrischen Erbfolgekrieges, allerdings vorausgesetzt, daß Morgenstern diesen überhaupt mitrechnet. Weisen diese Stellen nun wirklich auf tagebuchartige Aufzeichnungen, die, mit persönlichen Erinnerungen vermischt, in späteren Lebensjahren zu einem Buche zusammengestellt wurden? Bedenken wir doch, in welchem Alter der Autor sich befand. Ist es nicht ganz natürlich, wenn dem 75jährigen Greise die Zeiträume bedeutend kürzer erschienen, so daß ihm ein Ereignis, das bereits ein Dezennium und noch länger zurücklag, vor den Augen stand, als ob es erst kürzlich geschehen sei?

Die ganze Art und Weise, wie Morgenstern den Stoff behandelt, ist im höchsten Grade bemerkenswert. In seiner Schwatzhaftigkeit gefällt er sich darin, Citate, ja sogar Exkurse, oft ohne jeden Zusammenhang zu dem Thema einzuflechten. Denn was sollen wir in einem Charakter-

1) Morgenstern S. 178.

2) Morgenstern S. 148.

3) „Forschungen zur brandenburg.-preußischen Geschichte“, Jahrgang 1892, S. 169.

4) In Wirklichkeit erhielt Eichel bereits im ersten schlesischen Kriege diese Befugnisse. Siehe Lehmann, „Der Ursprung des preußischen Kabinetts“. Histor. Zeitschr. Bd. 63, S. 270.

bilde Friedrich Wilhelms mit dem Urteile der Russen über Peter den Großen[1]), das aus einer Reisebeschreibung wörtlich übernommen ist, oder mit der endlosen Erzählung von dem Mönch Diederich, den Karl IV. wegen seiner Sparsamkeit zum Haushofmeister ernannt und später mit dem Erzbistum Magdeburg beschenkt habe[2])? Auch wo wir ein gewisses Festhalten am Thema konstatieren können, finden wir oft die verschiedensten Gegenstände nebeneinander behandelt. Wenn Morgenstern z. B. auf Seite 67 und 69 von den Sprachen redet, die Friedrich Wilhelm beherrscht hätte, so erzählt er auf Seite 69/70 von der Unhöflichkeit der Kinder des Königs in der Gesellschaft, während der Herr selbst „die größte Höflichkeit besonders stets gegen das schöne Geschlecht zeigte". Nachdem er dann kurz den Hang Friedrich Wilhelms zum Scherzen berührt — Seite 74 —, führt er aus, er habe von jedermann verlangt, daß er ihm frei ins Auge sah. Noch bezeichnender ist eine andere Stelle. Morgenstern berichtet — Seite 60 —, daß des Königs Sitten alle „bis auf wenige sehr gut" gewesen seien. Man erwartet nun, daß eine Würdigung der moralischen Eigenschaften kommen wird. Aber was folgt? Eine Schilderung der Reinlichkeit seines Herrn, daß er u. a. aus Scheu vor Unreinlichkeit „außer seiner Wohnung sich nie eines Nachtstuhles bediente". Aus diesem Mangel jeglicher Disposition erklären sich auch die mannigfachen Wiederholungen, die sich bei Morgenstern finden. Höchst auffällig ist es aber, daß wir sogar direkte Widersprüche konstatieren können. Wenn wir z. B. lesen, daß der König gegen das schöne Geschlecht stets höflich gewesen sei[3]), so entspricht dies doch wenig den von Morgenstern mitgeteilten Scherzen, die er sich mit den Kammerdienern und ihren Frauen erlaubte[4]), oder seinem Verhalten, als er den Landrat von Schomberg und dessen Gemahlin antraf und ihn fragte, „was er für eine Hure bei sich hätte"[5]).

Die Frage, ob Morgenstern bei der Abfassung besondere Quellen herangezogen und ausgeschrieben hat, läßt sich mit ziemlicher Sicherheit verneinen. Eine direkte Benutzung der beiden 1741 in Holland erschienenen Lebensbeschreibungen Friedrich Wilhelms von Mauvillon und Martinière[6]) und der anonym erschienenen „Kurtzgefaßten Lebens- und

1) Morgenstern S. 230.
2) Morgenstern S. 149 ff.
3) Morgenstern S. 70.
4) Morgenstern S. 31 Anm.
5) Morgenstern S. 34.
6) M[auvillon], Histoire de Frederic Guillaume I. A Amsterdam et à Leipzig 1741. [Martinière], Histoire de la vie et du règne de Frederic

Regierungsgeschichte König Friedrich Wilhelms" [1]) ist ausgeschlossen; wir können nicht einmal mit Sicherheit nachweisen, ob er diese Schriften gekannt oder sich wenigstens ihrer noch erinnert hat. Andererseits wird wohl niemand bezweifeln, daß er seine chronologisch genauen Angaben, wie er sie z. B. über Peters des Großen Reisen giebt [2]), aus derartigen Quellen geschöpft haben muß. Bei dem Faßmannschen Buche „Leben und Thaten des Königs von Preußen Friederici Wilhelmi (Hamburg und Breßlau 1735) liegt die Sache etwas anders; mit ihm stimmt Morgenstern in einzelnen Angaben, wenn auch nicht wörtlich, überein. Aber diese gemeinsamen Bemerkungen beziehen sich meist auf Vorgänge, die beide während ihres Aufenthaltes am Hofe selbst gesehen haben konnten: daß z. B. der König oft eigenhändig einen Fischsalat für seine Abendgesellschaft in Potsdam zubereitet habe und dabei in der saubersten Weise zu Werke gegangen sei [3]), oder daß die Berliner Juden gezwungen wurden, die in Wusterhausen erlegten Wildschweine zu kaufen [4]). Unser Autor ist bei derartigen Angaben meist genauer und mehr ins einzelne gehend. Während Faßmann kurz berichtet [3]), daß der König sich bei der Zubereitung des Salats „drey- bis viermal wäscht und ebenso offt, nachdem der Sallat gemachet", schildert uns Morgenstern den ganzen Vorgang viel anschaulicher. Wir sehen bei ihm, wie sich der hohe Wirt wäscht, bevor er den Fisch tötet, ehe „er den Salat mit Salz und Essig reinigt" u. s. w.; kurz, jede einzelne Handlung Friedrich Wilhelms wird erwähnt.

Mit der zeitgenössischen Litteratur ist der einsame Gelehrte in Potsdam gewiß in reger Berührung geblieben, wenigstens lassen die zahlreichen Bemerkungen und Citate hauptsächlich historischer Werke darauf schließen [5]). Seine Beurteilung Friedrichs I. steht sogar voll-

---

Guillaume. A la Haye 1741. Vgl. über sie Droysen, Geschichte der Preußischen Politik. 4. 4, 25 ff.

1) Das Büchlein, das in kurzem Kalenderstil einen Abriß des Lebens Friedrich Wilhelms giebt, kann frühestens Anfang 1743 verfaßt sein, denn der Tod des Erbprinzen Gustav von Dessau, von dem der Verfasser erwähnt, daß er vor 5 Jahren starb (S. 16), erfolgte am 16. Dezember 1737. Vgl. Droysen 4. 4, 25 u. Ranke, Werke 24, 51, Anm. 1.

2) Morgenstern S. 127/128.

3) Morgenstern S. 60 u. Faßmann S. 864.

4) Morgenstern S. 183 u. Faßmann S. 902.

5) So finden wir u. a. benutzt: Küster, „Collectio opusculorum historiam Marchicam illustrantium" 1727/31 u. 1733/53 (s. Morgenstern S. 13). Abbé Montgon, „Mémoires de ses différents négociations dans les cours d'Espagne et de Portugal depuis 1725—1731", 1742 u. 1756 (s. Morgenstern S. 46)

ständig unter dem Einflusse der Charakterschilderung, die Friedrich II. in den „Mémoires de Brandenbourg“ von seinem Großvater giebt. Auch der Vorwurf, daß der erste preußische König, „ohne es im mindesten nötig zu haben“ [1]), zu einer dritten Ehe geschritten sei, ist diesem Buche entnommen [2]).

Während die übrigen Biographen Friedrich Wilhelms I. streng annalistisch vorgegangen sind, ist bei Morgenstern von einer chronologischen Anordnung und Aneinanderreihung von Thatsachen und Regierungsakten nichts vorhanden. Er ist der einzige von den Zeitgenossen Friedrich Wilhelms, der ein Charakterbild des Königs zu entwerfen sucht. Daraus erklärt sich auch der anekdotenhafte Zug, der uns bei jeder Gelegenheit entgegentritt. In diesen Geschichten liegt der Hauptwert des Morgensternschen Werkes, freilich sind sie auch besonders schwer zu kontrollieren.

Die Erziehung des jungen Prinzen Friedrich Wilhelm bezeichnet Morgenstern als eine verfehlte. Er macht der Königin Sophie Charlotte den Vorwurf, daß sie den Ungezogenheiten ihres Sohnes nur ein „mon cher fils! que faites-vous?“ entgegenzusetzen wußte [2]) und durch ihre Nachsicht und Güte eine angemessene Erziehung des wilden und ungestümen Knaben verhindert habe. Der König aber habe „die Bildung des Herzens und des Verstandes“ bei seiner Vorliebe für Pracht und äußeren Glanz gar nicht bedacht [3]). Friedrich Wilhelm soll sich nach Morgenstern [4]) selbst später über seine Erziehung geäußert haben: „Meine Mutter war gewiß eine gute Frau, aber eine böse Christin!“ Schon Erman, der Verfasser der „Mémoires pour servir à l'histoire de Sophie Charlotte“, sucht die Anklage zu entkräften, daß die Königin gewissermaßen die Fehler ihres Sohnes begünstigt oder wenigstens geduldet habe; er weist auf einen Brief hin, den sie an ihre Vertraute, Fräulein von Pöllnitz, schrieb [5]). Entrüstet, aber auch tief bekümmert über die Untugenden des Sohnes, dessen Geiz und Wildheit ein sehr schlechtes Herz verrieten, ja, der sich sogar erdreiste, den Damen des

---

Bielefeld, „Lettres familières et autres“ 1763 (s. Morgenstern S. 87), Fromageot, „Jahrbücher der Maria Theresia“ 1776 (s. Morgenstern S. 106). „Chronique des Rois d'Angleterre“ par Nathan Ben Saddi 1743 (s. Morgenstern S. 229) und manche andere.

1) Morgenstern S. 9 u. „Œuvres de Frédéric le Grand“ I, 115.

2) Morgenstern S. 5.

3) Morgenstern S. 6.

4) Morgenstern S. 4.

5) Erman a. a. O. S. 185.

Hofes „Sottisen zu sagen", schüttet sie der Freundin ihr Herz aus. Als Friedrich Wilhelm sein zwölftes Jahr erreicht hatte, widmete sie täglich mehrere Stunden seiner Erziehung und Belehrung und suchte seine Interessen durch die Lektüre von Fénélons „Telemach", den sie ausführlich mit ihm las, in andere Bahnen zu lenken. Es soll nicht bestritten werden, daß die geistvolle und hochbegabte Freundin eines Leibniz vielleicht den nüchternen und schon früh dem Praktischen zugewandten Sinn des jungen Prinzen nicht sonderlich anzuregen wußte, zumal durch eine so lehrhafte Lektüre; der Vorwurf ist aber sicher unberechtigt, daß sie „alles verabsäumt, was zu des Sohnes guter Erziehung nötig gewesen sei". Damit fällt aber auch die Behauptung Morgensterns [1]) in sich zusammen: „Hat ihn nun die Mutter verzogen, der Vater vernachlässiget; woher hatte denn der höchstselige Herr seine guten Sitten und angenehmen Manieren, welche ihm Niemand abstreiten kann?" Friedrich Wilhelm wußte selbst, daß seine Jugenderziehung in guten Händen gewesen war. Ist es nicht ein deutlicher Beweis seiner Dankbarkeit und Anerkennung, daß er seiner alten Erzieherin, Madame de Rocoulle, die ihn selbst schon in den ersten Kinderjahren geleitet hatte, seinen ältesten Sohn anvertraute [2])? Auch der Graf Alexander von Dohna, welcher der Gouverneur des siebenjährigen Prinzen wurde, war nicht der ängstliche, durch seine Instruktion gebundene Oberhofmeister, wie er von Morgenstern geschildert wird. Von einer Bedrohnng durch „Leib- und Lebensstrafe" [3]) bei schlechter Führung des Amtes war gar nicht die Rede. Überhaupt zeugt alles, was Morgenstern über die Stellung und die Befugnisse des Grafen berichtet, von großer Unkenntnis. Vergeblich sucht man in der Instruktion [4]) eine Andeutung dafür, daß Dohna nur der Reisebegleiter des Prinzen sein sollte, wie uns der Autor belehren will. Im Gegenteil, dem Grafen wird die volle Oberaufsicht über den Knaben anvertraut, ohne jede Beschränkung in der Ausübung des Amtes. Friedrich Wilhelm soll ihm in allem, was er auf Grund der Instruktion anordnet, „willig folgen und sich in keinem Dinge widerspänstig erweisen" [5]). Selbst die Ernennung und Beaufsichtigung der Dienerschaft des Kurprinzen wird dem Oberhofmeister als ausschließliches Recht eingeräumt. Daß der Unterricht in den Wissenschaften allerdings

1) Morgenstern S. 13.
2) Erman a. a. O. S. 127.
3) Morgenstern S. 7.
4) Förster, „Friedrich Wilhelm I." 1834, Bd. I, S. 77 ff.
5) Förster a. a. O. S. 78.

oberflächlich gewesen, geht aus den Vorschriften hervor; es soll nur „das nöthigste, so viele möglich, mit lust und gleichsamb spielend beygebracht werden", da „junge Printzen durch langwierige treibunge der Grammatischen reguln einen eckel bekommen"[1]). Aber eine gewisse Kenntnis des Lateinischen wird doch verlangt und ist auch wohl erreicht, denn diese Sprache bildete auch einen Bestandteil der öffentlichen Prüfung, die jährlich einmal vor versammeltem Hofe mit dem Schüler angestellt wurde[2]). Friedrich Wilhelm hatte in gewissem Sinne sogar eine Vorliebe für das Latein; er verwendete es gern in seinen Marginalien. Freilich, seine Ausdrücke „non habeo pecunia", pericula memora" [periculum in mora] und andere Beispiele zeigen, daß er doch manches schon wieder verlernt hatte. Welch greifbarer Unsinn ist es aber, wenn Morgenstern zu der Ansicht kommt, der König habe die französische Sprache erst durch den Umgang mit den Feldherren in den Niederlanden gelernt[3]). Die Erziehung in frühester Kindheit durch die Frau von Rocoulle, eine französische Emigrantin, die stundenlangen Gespräche, die Sophie Charlotte an die Lektüre von Fénélons „Telemach" knüpfte, und überhaupt die ganzen Zustände am Hofe Friedrichs, wo französisches Wesen und französische Sitten wohlgelitten waren, beweisen die völlige Unwahrheit der Angaben Morgensterns[4]). Bekannt ist ja auch die Anekdote von dem Fremden, der nicht glauben will, daß Sophie Charlotte überhaupt eine Deutsche sei. Die französisch abgefaßten Jugendbriefe und die deutschen Schriftstücke, die von dem Könige herrühren, zeigen mehrfach[5]), daß er des höfischen Französisch bei weitem mächtiger war als des Deutschen. Namentlich in der Gemütsbewegung suchte er oft vergebens nach dem passenden deutschen Ausdruck; die französische Sprache mußte ihm gewöhnlich das Wort ersetzen, das er in der deutschen nicht fand. Am wenigsten gelang es, den Prinzen zum „wohl reden" und zu einer „reinen und lautlichen Aussprache zu erziehen"[6]), wie es die Instruktion verlangte. Sein Tonfall und die abgerissene und kurze Art, in der er sich auszudrücken pflegte, verriet

1) Förster a. a. O. S. 82.

2) Förster a. a. S. 111.

3) Morgenstern S. 67.

4) Siehe auch die Instruktion an Dohna bei Förster I, 83: Die frantzösische sprache, worinnen der Printz bereits einen guthen anfangk gemachet, kann man continuiren, Ihme durch die übunge im reden, und dann mit der Zeith durch Lesunge guther frantzösischer Bücher beyzubringen.

5) Mitteilung des Herrn Professor Krauske.

6) Förster a. a. O. S. 84.

alles andere als ein rednerisches Talent. Morgenstern ist wohl der einzige, der bei Friedrich Wilhelm Schönheit des Vortrages und der Gedanken gefunden hat[1]), und auch er gesteht ein, daß man sich erst an die leise und schnarrende Stimme gewöhnen müsse, um alles verstehen zu können. Treffender können jedoch die ganzen Vorwürfe über die Erziehung des jungen Prinzen nicht widerlegt werden, als durch die Thatsache allein, daß der König die Instruktion des Jahres 1695, die für seine eigene Erziehung aufgesetzt war, den beiden Gouverneuren des jungen Friedrich mit nur unwesentlichen Änderungen als Richtschnur für den Unterricht gab[2]).

Es ist durchaus falsch, wie Morgenstern es thut[3]), die kritische Stellung, die Friedrich Wilhelm seinem Vater gegenüber einnahm, aus dem Gefühle einer mangelhaften Erziehung zu erklären. Man denke nur an den großen Gegensatz dieser beiden Charaktere. Auf der einen Seite der prachtliebende König, bis zur Maßlosigkeit verschwenderisch und allezeit mit hohen Plänen beschäftigt, zu denen ihm nur die Mittel fehlen, auf der anderen der einfache Friedrich Wilhelm, bis zum Geize sparsam, mit jenem wunderbaren Sinn für das Detail, aber ohne das richtige Verständnis für die weiten, verschlungenen Pfade der Politik. Stand es überhaupt so schlimm mit der Abneigung des Kronprinzen gegen seinen Vater? Aus den Memoiren des Grafen Christoph Dhona[4]) erfahren wir, daß der Kronprinz Friedrich Wilhelm einst Essen und Trinken zurückgewiesen habe, nur weil er den Vater, den er zärtlich liebte, gegen sich erzürnt wußte. Und wie liebevoll zeigt sich der Sohn in den Tagen der Todeskrankheit Friedrichs! Welche wahren Gefühle den Thronfolger beseelten, verrät die kleine Erzählung, die der sächsische Gesandte von Manteuffel zu berichten weiß[5]): Als der Kronprinz mit Thränen in den Augen aus dem Krankenzimmer des Vaters kam, trat der Justizminister von Bartholdi an ihn heran und suchte ihn mit zierlichen, wohlgesetzten Worten über den bevorstehenden Verlust zu trösten: „Der Tod des Königs würde ein herber Schlag für das

1) Morgenstern S. 26.

2) Koser „Friedrich der Große als Kronprinz“, 1886, S. 5 ff.; s. auch Bratuscheck, „Die Erziehung Friedrichs des Großen“, 1885, S. 3 ff.

3) Morgenstern S. 7/8.

4) Christophe Comte de Dohna, „Mémoires originaux sur le règne et la cour de Frédéric I. de Prusse“, 1833, S. 334, und Acta Borussica, „Behördenorganisation“ I, 215 ff.

5) Bericht vom 17. Februar 1713, s. Acta Borussica, „Behördenorganisation“ I, 308.

Land sein, aber man müsse doch Gott danken, daß ein so würdiger Nachfolger an die Stelle treten würde". Schluchzend hatte ihm Friedrich Wilhelm bis zum Schluß zugehört. Dann trocknete er seine Thränen und ließ ihn stehen mit den Worten: „Was hast du Hundsfott dich darumb zu bekümmern"!

Bei Morgenstern lesen wir zum ersten Male die seitdem oft wiederholte Behauptung, daß der älteste Sohn des Kronprinzen, Friedrich Ludwig, der Ceremoniensucht des Königs zum Opfer gefallen sei. Friedrich I. sei „von dem Titel Oranien, wie von der Erbschaft dieses Hauses, dermaßen eingenommen", daß er diesen Titel für den jedesmaligen ältesten Sohn des Kronprinzen bestimmte. „Als er nun diese Verordnung der ganzen Welt" durch die üblichen Kanonenschüsse kundgethan habe, sei der junge Prinz „durch das außerordentliche Geknalle dermaßen erschreckt", daß er „mit dem bösen Wesen befallen und nach einigen siechen Jahren dem Tode zu Teil wurde". Auch der zweite Prinz soll, wie wir von Morgenstern hören, unter besonderen Umständen gestorben sein, und zwar infolge eines zu starken Pulvers, das er von dem betrunkenen Leibarzte Gundelsheimer erhalten habe [1]). Gerade Gundelsheimer gehört aber zu den wenigen Erlesenen, denen Friedrich Wilhelm bei der allgemeinen Gehaltsreduktion etwas zulegte [2]). Während alle studierten Beamten in dem neuen Rangreglement vom 21. April 1713 herabgesetzt werden, der Hofapotheker sogar nicht höher als ein Musketier gestellt wird, bekommt der Leibmedikus Gundelsheimer den Rang eines Kapitäns [3]), den nicht einmal der Generalfiskal, die Gerichts- und Konsistorialräte erhalten, die im alten Reglement weit über ihm standen. Würden diese Auszeichnungen wohl erfolgt sein, wenn Friedrich Wilhelm ihn für den Tod seines Sohnes verantwortlich gehalten hätte?

Auch der schon oben erwähnte Vorwurf, Friedrich I. sei ohne Not zu einer dritten Ehe geschritten [4]), ist nicht ganz gerechtfertigt. Als der König sich im Jahre 1708 zu dieser verhängnisvollen Heirat entschloß, hatte Friedrich Wilhelm keinen männlichen Erben. In ärztlichen Kreisen wurde die Befürchtung ausgesprochen, der Kronprinz würde voraussichtlich keine Nachkommen mehr erhalten. Daher schritt der König, besonders auf Drängen seiner Minister, zu einer neuen Heirat. Ihn leitete wohl

---

1) Morgenstern S. 8/9.
2) Acta Borussica a. a. O. I, 318.
3) Acta Borussica a. a. O. I, 415/16.
4) Morgenstern S. 9.

dabei vor allem die Abneigung gegen die Familie seines Stiefbruders, auf die sodann die preußische Königskrone übergegangen wäre.

Haben wir aber festgestellt, daß die Stellung Friedrich Wilhelms zum Vater nicht so unerquicklich war, dann wird eine weitere Erzählung über das Verhältnis beider höchst verdächtig. Morgenstern berichtet, Friedrich Wilhelm habe gleich nach angetretener Regierung im Trunke die Rede ausgestoßen: „Wie könnt Ihr glauben, daß ein so schwacher Mann mein Vater sey"![1]) Wir haben auch keine Nachricht darüber, ob Generalmajor von Gersdorf bei dem jungen Könige in solchem Ansehen gestanden, daß er sich die Erwiderung erlauben durfte: „So können Sie auch nicht unser König und Herr sein!" Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir als Quelle Morgensterns für diese Geschichte, die sich lange vor seiner Anwesenheit abspielte, den Hofklatsch annehmen. Ein Blick in die Memoiren von Pöllnitz und der Markgräfin, ja, auch in die Depeschen der Gesandten, beweist aber schon, mit welchen Erfindungen die Person Friedrich Wilhelms umgeben wurde. Die Vermutung Morgensterns, daß die Abneigung Friedrich Wilhelms gegen Friedrich I. „durch der Mutter Eingaben und vertraute geheime Nachrichten"[2]) von seiner Zeugung zu erklären sei, ist sicher von der Hand zu weisen. Allerdings stellt sich Sophie Charlotte in einem Briefe an Fräulein von Pöllnitz[3]) als das leidende Opfer eines ungeliebten Gatten hin, aber wir dürfen nicht vergessen, daß die Königin es liebte, gerade ihrem Gemahl gegenüber ihre geistige Überlegenheit hervorzukehren. Zahlreiche Zeugnisse beweisen doch, daß die Ehe im ganzen eine glückliche gewesen ist. Es würde auch wohl nicht dem Charakter dieser Fürstin entsprochen haben, durch eine derartige Infamie den Sohn dem Vater zu entfremden und ihre eigene Ehre in den Schmutz zu ziehen.

Bisher haben wir jedes Wort, das Morgenstern über die Erziehung Friedrich Wilhelms sagt, anzweifeln müssen. Richtig jedoch ist von ihm der Einfluß erkannt, den die Großmutter, die Kurfürstin Sophie von Hannover, auf die Bildung ihres Enkels gehabt hat[4]). Ja, Friedrich Wilhelm, der schon von Kindheit auf nur für die realen Dinge Interesse hatte, geht sogar auf die philosophischen Probleme ein, die seine hohe Erzieherin anregt. Selbst so kleine Äußerlichkeiten, wie die schlechte

1) Morgenstern S. 11.
2) Morgenstern S. 10.
3) Erman a. a. O. S. 243.
4) Morgenstern S. 14.

Handschrift Friedrich Wilhelms, geben ihr Gelegenheit zum Tadeln. Wie gern er ihre Ermahnungen und Winke hinnahm, erkennen wir schon daran, daß er in den Briefen an Sophie sichtlich seine Schrift zu verbessern sucht[1]). Ob auch die Liebe Friedrich Wilhelms zu der fünf Jahre älteren Markgräfin Wilhelmine Charlotte von Ansbach, die bei seiner Mutter erzogen wurde, auf seine Bildung förderlich eingewirkt hat[2]), wie Morgenstern uns belehren will, gehört zu jenen unkontrollierbaren Erzählungen, die vielleicht schon damals am Hofe auftauchten. Unser Autor legt dieser Jugendliebe des Prinzen eine besondere Bedeutung bei, er glaubt in ihr den Grund für die laue Gesinnung gefunden zu haben, die der König gegen seine Gemahlin zeigte, der er „mehr ein getreuer und redlicher, als liebreicher Gatte gewesen sei". Er sucht uns sogar zu überzeugen, daß Friedrich Wilhelm „gegen die erste Halbheit seiner Kinder gleichgültiger, als gegen die übrigen gewesen sei" und vermutet daher, daß diese alte Neigung nicht eher erloschen, als bis die Markgräfin als Gemahlin Georgs II. den englischen Thron bestiegen hätte. Seine Bemerkungen, die er hieran knüpft, daß sich nun der ganze Groll des Königs gegen den glücklichen Gemahl gewandt habe, widersprechen aber ganz seinen sonstigen Angaben. Er weist selbst an anderer Stelle darauf hin, wie schon in den ersten Kinderjahren eine gegenseitige Abneigung der beiden Prinzen bestanden habe, die sich in Hannover sogar mit Rappieren bekämpft hätten, wenn nicht die Aufseher dazwischen getreten wären[3]). Sonderbarer Weise ist Morgenstern der einzige, der uns von dieser Jugendliebe des Königs zu berichten weiß. Pöllnitz oder die Markgräfin hätten sich doch wohl kaum diesen pikanten Stoff entgehen lassen, der ihnen eine reizende Gelegenheit bot, den rauhen Friedrich Wilhelm als den schmachtenden Liebhaber darzustellen.

In der Beurteilung der Stellung, die Ilgen gegenüber Friedrich Wilhelm einnahm, irrt sich unser Autor gründlich, wenn er meint, der König habe diesen Minister wegen seiner unlauteren Machinationen in der Führung der auswärtigen Politik verachtet[4]). Sollte Friedrich Wilhelm wirklich solchen Anstoß daran genommen haben, daß Ilgen sich durch einen diplomatischen Kunstgriff in den Besitz der Chiffren des sächsischen Gesandten zu setzen wußte? Die „Korrespondenzkontrolle" war damals ein ganz gebräuchliches Mittel und auch vom preußischen Hofe

1) Mitteilung des Herrn Professors Krauske.
2) Morgenstern S. 37.
3) Morgenstern S. 242.
4) Morgenstern S. 49.

nicht verschmäht; der König hatte selbst in der Clémentschen Angelegenheit die Papiere des sächsischen Gesandten mit Beschlag belegen und durchsuchen lassen. Als der hochbetagte Minister im Herbst 1728 mehrere Wochen in ländlicher Zurückgezogenheit der Ruhe pflegte, besuchte Friedrich Wilhelm den „alten treuen Brandenburgischen Vater", wie er ihn nannte, und bat ihn [1]), ausführlich seine Meinung kundzuthun, in welcher Weise die preußische Politik nach seinem Ableben weitergeführt werden sollte, zugleich ihn seines größten Wohlwollens versichernd und seines Dankes für die treuen Dienste, die er dem Staate geleistet.

Über die englische Successionsfrage giebt uns Morgenstern die eigenartigsten Angaben [2]). Der junge zwölfjährige Friedrich Wilhelm sei in Begleitung seiner Mutter und Großmutter nach Het Loo in Geldern gereist, wo er bei Wilhelm von Oranien zurückgeblieben, während die beiden Kurfürstinnen in die Bäder nach Spaa und Aachen gefahren wären. Der König habe unter den vielen anwesenden Fürstenkindern den jungen Prinzen außerordentlich bevorzugt und zu seinem Nachfolger in England bestimmen wollen. Friedrich Wilhelm, der dessen Absichten wohl durchschaute, habe diese Neigung eifrig zu fördern gesucht. Die ganze Angelegenheit sei aber gescheitert, da der Oberhofmeister Graf Dohna verhindert habe, daß der Kronprinz den König begleitete, als dieser plötzlich nach England gerufen wurde. Die Familie Dohna sei deswegen lange in Ungnade gewesen. Eine Reise der beiden Kurfürstinnen fand in der That Anfang September des Jahres 1700 statt [3]). Sie besuchten zunächst die Bäder von Aachen und wandten sich dann nach Holland zu einem Besuche des Königs von England. Der junge zwölfjährige Friedrich Wilhelm hatte bereits vorher in Begleitung seines Oberhofmeisters Hannover passiert und war direkt zum Oranier nach Het Loo in Geldern gefahren [4]). Ob dieser sich wirklich mit dem

1) Koser, „Die Gründung des Auswärtigen Amtes durch König Friedrich Wilhelm I." in den „Forschungen zur brandenb.-preuß. Gesch." II. Bd. S. 163.

2) s. Morgenstern S. 118 ff.

3) Die Angabe Ermans, a. a. O. S. 110, der die Reise in das Jahr 1699 verlegt, ist unrichtig.

4) Die Kurfürstin Sophie von Hannover schreibt am 5. September 1700 an die Raugräfin Louise in Frankfurt: .....„disser [Friedrich Wilhelm] ist hier durcher passirt, um nach Loo zu geben zum König von Engelant, sol auch Hollant undt Brussel sehen". Vgl. Bodemann, „Briefe der Kurfürstin Sophie von Hannover an die Raugräfinnen und Raugrafen zu Pfalz". Publikationen aus den Königlich Preußischen Staatsarchiven XXXVII, 206. Vgl. auch Bodemann, „Jobst Hermann von Ilten", Hannover 1879, S. 133.

Gedanken getragen hat, dem aufgeweckten und munteren Knaben, den er wohl in der kurzen Zeit lieb gewonnen haben mochte, an Stelle des verstorbenen Herzogs von Gloucester die englische Krone dereinst zu übertragen, läßt sich in keiner Weise feststellen [1]). Den Ausführungen Onno Klopps, der die Angaben Morgensterns ohne Prüfung übernimmt, kann ich mich nicht anschließen [2]). Die Behauptung Morgensterns, daß der preußische Hof sich große Hoffnungen auf den englischen Thron gemacht habe, ist leicht zu widerlegen. Der Graf Christoph Dhona, der als kurbrandenburgischer Gesandter bei Wilhelm III. nächst seinem Herrn doch am besten die Verhältnisse kannte, erklärt in seinen Memoiren ausdrücklich [3]), König Friedrich I. habe sich nie mit solchen Plänen getragen. Andererseits ist in dem wichtigsten Zeugnis, dem Testament des Oraniers vom 18. Oktober 1695, das den Prinzen Friso von Nassau zum Erben der oranischen Besitzungen einsetzt [4]), eine eventuelle Statthalterschaft Friedrich Wilhelms in Holland, wie sie Wilhelm III. nach Morgenstern [5]) im Sinne gehabt haben soll, mit keinem Worte erwähnt. Freilich ist damit nicht ausgeschlossen, daß Wilhelm diesem Gedanken vielleicht gelegentlich in Gesprächen näher getreten ist, um dadurch Preußen seinen Interessen dienstbar zu machen. Wir wissen wohl, welchen Wert er auf die Bundesgenossenschaft Preußens in dem bevorstehenden Kampfe gegen Frankreich legte.

Da der Oranier bereits im März 1702 starb, wird er wohl schwerlich der Lehrmeister des jungen Kronprinzen in der Kriegskunst gewesen sein [6]), wie unser Autor berichtet. Vielleicht ist hier dem alten Magister ein historischer Schnitzer untergelaufen. Friedrich Wilhelm liebte es, gelegentlich seinen Urgroßvater, den Prinzen Friedrich Heinrich

---

1) Vielleicht ist diese Geschichte dadurch entstanden, daß man sich die Entfremdung, die später zwischen den Dohnas und dem königlichen Hause eintrat, nicht erklären konnte. In Wirklichkeit war Friedrich Wilhelm bei seinem Regierungsantritte sowohl Alexander als Christoph Dohna sehr gnädig gesinnt.

2) Onno Klopp, „Der Fall des Hauses Stuart", Wien 1879, VIII, 570 ff. und S. 637. Vgl. auch Bodemann, „Jobst Hermann von Ilten". S. 133.

3) Graf Dohna a. a. O. S. 251: „... et qu'il [Friedrich I.] n'aurait pas été fâché de supplanter une certaine maison d'Allemagne, qui est aujourd'hui sur un grand pied dans le monde. On se trompe, loin que c'ait été son but, je ne crois pas même, que la chose lui soit jamais venue en pensée.

4) s. Lamberty, Mémoires pour servir à l'histoire du XVIII siècle". Bd. II, S. 121 ff.

5) Morgenstern S. 121.

6) Morgenstern S. 55 u. 136.

von Oranien, der die neue Infanterietaktik mitbegründet hatte, seinen Lehrmeister zu nennen. Könnte nicht Morgenstern diesen Oranier, von dem vielleicht öfter im Tabakskollegium die Rede war, mit Wilhelm III. verwechselt haben?

Bei der Zusammenkunft Friedrich Wilhelms mit dem Kaiser Karl VI. und dessen Gemahlin, im Juli und August 1732 in Böhmen, sind wir in der glücklichen Lage, den Bericht unseres Autors kontrollieren zu können. Er bringt uns die Nachricht, die Kaiserin habe seinem Herrn einen goldenen Tabakskasten überreicht, in dem sich unter dem Tabak die Eventual-Belehnungsurkunde über Ostfriesland befand[1]). Faßmann und Mauvillon, die allerdings von dem Geschenke einer goldenen Tabaksdose sprechen, wissen hiervon nichts, während Martinière und der Verfasser der „Kurtzgefaßten Lebens- und Regierungsgeschichte König Friedrich Wilhelms I." wohl diese Belehnung erwähnen, aber nicht von den Geschenken sprechen, geschweige denn von dieser für einen Staatsakt doch etwas eigenartigen Form. Vielleicht hat Morgenstern diese Quellen kombiniert und dabei die Legende um den historischen Kern gebildet[2]).

Den Ursprung des Tabakskollegiums sieht der Verfasser in der Langeweile, die sein Herr als Kronprinz empfunden habe[3]). „Um diese zu überwinden, ritt er auf seinen Pagen und Lakeien im Zimmer herum und prügelte sie dann zur Thür hinaus." Beim Regierungsantritt sei an die Stelle dieser Belustigung das Tabakskollegium getreten. Sollte Friedrich Wilhelm wirklich noch als Ehemann, zu einer Zeit, wo er schon mit den militärischen Angelegenheiten betraut war und sogar verschiedentlich den Vater in den Staatsgeschäften vertrat, sich einem so unwürdigem Zeitvertreibe hingegeben haben? Wir wollen kein Gewicht darauf legen, daß diese Angabe sich nirgends in gedruckten Büchern aus jener Zeit findet; aber würden die Gesandten in ihren Berichten ein solches kindisches Treiben des erwachsenen Kronprinzen wohl unerwähnt gelassen haben? Im Gegenteil, die wenigen Bemerkungen, die wir aus den diplomatischen

1) In der Kompilation „Staatsversammlung in denen beglückten oberen Wohnungen zwischen Karl VI. und Friedrich Wilhelm", S. 333, erwähnt der Kaiser die Belehnung mit Ostfriesland und die Geschenke an das Gefolge. Er fährt fort mit den Worten: „Wo mir recht ist, so wurde auch Ew. Liebden eine Tobacksdose, zum Rauch-Toback von feinstem Golde, nebst Tobacks-Stopffer und Pfeiffen-Räumer von eben diesen Metall auf dem Nachtisch gesetzet."

2) Arneth, „Prinz Eugen von Savoyen", Bd. III, S. 345, bezeugt die Belehnung mit Ostfriesland.

3) Morgenstern S. 170.

Berichten kennen [1]), sind voll des Lobes über die Fähigkeiten und den sittlichen Ernst des Thronfolgers.

Daß Friedrich Wilhelm seinem Sohne in Küstrin alle Kriminalprozesse und Urteile zur Bearbeitung habe geben lassen, wie wir von Morgenstern hören [2]), ist ebenfalls eine Erfindung, die vielleicht auf unseren Autor selbst zurückgeht. In einem Briefe an den Prediger Müller [3]), vom 8. November 1731 aus Wusterhausen, giebt der König an, daß der Prinz bei der Kriegs- und Domänenkammer in ökonomischen Sachen arbeiten solle, Rechnungeu abnehmen, Akten nachlesen und Extrakte machen. Aus Koser wissen wir, daß Friedrich während seines ganzen Aufenthaltes in Küstrin nur in der Kammer als „Auskultator" beschäftigt worden ist; er hatte also gar keine Veranlassung, sich mit Gerichtsakten zu befassen. Die Erledigung der Kriminalprozesse stand aber lediglich der neumärkischen Regierung zu. Die Einführung des Kronprinzen in die Justizgeschäfte hätte auch wenig dem Sinne Friedrich Wilhelms entsprochen: durch die harte Küstriner Zucht wollte er seinen Sohn, mit oder ohne dessen Willen [4]), zu einem praktischen Kameralisten, aber nicht zu einem Juristen ausbilden.

Jedoch nicht alle Erzählungen Morgensterns aus einer Zeit, wo er noch nicht am Hofe gewesen ist, können so wenig vor der Kritik bestehen. Für die noch immer nicht ganz aufgehellte Geschichte des preußischen Kabinetts haben wir bei ihm sehr gute Nachrichten [5]). Von der Entstehung dieser wichtigen Behörde, die so viel zum Aufschwung und Zusammenbruche des Staates beigetragen, hat er die richtige Auffassung. In der That ist diese Regierungscentrale, in der später alle Fäden der Verwaltung zusammenliefen, aus kleinen Anfängen hervorgegangen. Friedrich Wilhelm war sich wohl selbst nicht der Bedeutung dieser neuen Einrichtung bewußt, als er seinen ehemaligen Regimentsauditeur Creutz zum ersten Kabinettssekretär berief. Da dieser schon wenige Wochen nach dem Regierungsantritt des Königs zum Minister ernannt

---

1) Acta Borussica, „Behördenorganisation" I, 51 u. 321.

2) Morgenstern S. 142.

3) Förster a. a. O. S. 377/378. Ferner Koser, „Friedrich der Große als Kronprinz", S. 72 ff.

4) Acta Borussica, Beiband „Briefe Friedrich Wilhelms I." S. 460.

5) Morgenstern S. 64: „Ehe er sein Cabinet eingerichtet, hielt er zu seiner Schreiberey nur einen Mann. Dieser pflegte, im Fall der König die Antwort nicht selbst unter die Eingabe hinschrieb, dessen eigene Ausdrücke, ohne davon oder dazu zu thun, getreulich nachzuschreiben und zur Antwort auf die Eingaben auszufertigen. Zu diesen Zeiten schrieb der König aber öfters selbst."

wurde, folgte Marschall in dieser wichtigen Stellung und nach diesem Boden. Die weitere Entwicklung des Kabinetts deutet unser Autor kurz an, indem er uns, gestützt auf seine eigenen Wahrnehmungen am Hofe, mit den einzelnen Kabinettssekretären und ihren Ressorts bekannt macht. Leider giebt uns aber auch Morgenstern keinen Aufschluß darüber, wann aus dieser ursprünglich privaten Institution die eigentliche Behörde entstanden ist.

Morgenstern hält sich allerdings von dem Einfluß der bisher erschienenen Biographien Friedrich Wilhelms fern; andererseits verfällt er aber doch in einen nicht unwesentlichen Fehler: seine Nachrichten über Friedrich Wilhelm I. für die Zeit, wo er nicht selbst am Hofe war, gehen in den allermeisten Fällen sicherlich auf Hofklatsch zurück. Der sensationslustige Magister nimmt sich nicht die Mühe, zu prüfen, ob das ihm Mitgeteilte bei näherer Untersuchung standhält oder nicht.

Auf weit sichereren Boden aber treten wir, sobald es sich um Vorkommnisse handelt, die Morgenstern selbst miterlebt hat. Die treffenden Bemerkungen, die wir bei ihm für diese Zeit finden, lassen erkennen, daß er es sehr wohl verstand, vermöge seiner scharfen Beobachtungsgabe, das Leben und Treiben am preußischen Hofe und die Person des Königs richtig zu schildern. Alle die kleinen Züge, die er uns über die tägliche Beschäftigung Friedrich Wilhelms giebt, seine Morgenandachten, seine Reinlichkeit, die Malstudien unter Leitung des Malers „Häußgen", dem jeder mißglückte Pinselstrich des Königs fühlbaren Lohn eintrug, alle diese kleinen Züge finden wir in anderen Berichten vollkommen bestätigt. Auch sonst zeigt sich der Hofnarr als guter Beobachter, wo er von der sparsamen Haushaltung spricht, die nur 33 1/8 Thaler für Speisen pro Tag verbrauchte, von den Jagden im Tiergarten am Stern, in Machnow und Wusterhausen[1]), den Abendunterhaltungen in Berlin. Einen wertvollen Beitrag zur Charakteristik Friedrich Wilhelms erhalten wir in den Angaben Morgensterns über die Bemühungen und die Fürsorge des Königs für Potsdam[2]), wie der sonst so sparsame Herrscher keine Kosten scheute, um die Stadt zu vergrößern und zu verschönern. Unermüdlich suchte er den morastigen Boden für seine Bauten gefügig zu machen; wenn ein Unternehmen zum ersten Male fehlschlug, wie der Versuch mit der sogenannten „Faulen See", so wurde es sofort von neuem unternommen, bis es von Erfolg gekrönt war. Die Bürgerschaft unterstützte er nicht nur in freigebigster Weise beim Häuserbau,

1) Morgenstern S. 171.
2) Morgenstern S. 31 Anm.

sondern bevölkerte die Stadt auch künstlich mit fremden Kolonisten. Morgenstern vergleicht diese mit der ersten Bevölkerung Roms[1]), „sie wären jedoch frech genug gewesen, zu versprechen, daß ihre Nachkommenschaft zuverlässiger sein sollte." Ja, es verrät sogar eine gute psychologische Erkenntnis, wenn unser Autor darauf hinweist, wie groß des Königs Neigung zur Freundschaft war, wie er aber die meisten durch sein Auftreten abstieß. Auch von seinem ältesten Sohne verlangte er keinen knechtischen und sklavischen Respekt, wie wir aus der Instruktion an den Grafen von Finckenstein ersehen[2]), sondern „eine wahre Liebe und vollkommen Vertrauen". Wenn der Kronprinz unartig sei, solle man ihn stets „mit der Königin schrecken, mit dem Könige aber niemahlen"[3]).

Auf die wunderlichen Verhältnisse am Berliner Hofe, an denen Friedrich Wilhelm durch seinen mit den Jahren noch wachsenden Argwohn und die Königin durch ihre unbesiegbare Neigung, sich in die Politik einzumischen, die Hauptschuld tragen, wirft die Erzählung Morgensterns ein Licht[4]): Die Königin habe ihm eine Belohnung und die Versicherung ihrer Protektion versprochen, weil er sich nicht von Friedrich Wilhelm als Spion über ihre „Hof- und Familienkonnexion" habe brauchen lassen. Bei dem Charakter des schlauen Magisters ist dieses Eigenlob doch etwas vorsichtig aufzunehmen. Wenn man die Thätigkeit Morgensterns in Breslau bedenkt, wie ihm jedes Mittel recht war, um seinen Einfluß und sein Vermögen zn vermehren, dürfte man doch billig zweifeln, ob er sich als der integer vir bewiesen haben würde, bei dem ein vom Könige selbst ausgesprochenes Ansinnen nicht verfangen konnte.

Die Äußerung Friedrich Wilhelms über den geringen Einfluß des Feldmarschalls Grumbkow in der auswärtigen Politik, die der König bei der Nachricht von dem Tode dieses Ministers gethan haben soll[5]), dürfen wir nicht ohne weiteres ablehnen. Andererseits ist uns aber bezeugt, daß Friedrich Wilhelm an der Todeskrankheit seines Staatsmannes warmen Anteil nahm. „Grumbkow galt noch immer viel bei

---

1) Morgenstern S. 79.

2) Instruktion für den Oberhofmeister des Kronprinzen, Generalleutnant Graf von Finkenstein, und den Sousgouverneur, Obristen von Kalkstein, vom 13. August 1718 in Cramer, „Zur Geschichte Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs II., Könige von Preußen". 1829.

3) Cramer a. a. O. S. 11.

4) Morgenstern S. 182.

5) Morgenstern S. 48 Anm.

Friedrich Wilhelm I.", sagt Koser[1]). „Man durfte ihn wohl nicht mehr, wie vor sieben Jahren, als den erklärten Günstling bezeichnen, die aber irrten, die da meinten, daß er das Vertrauen seines Gebieters verloren hätte. Er hat dem Könige bis zuletzt für die hohe Politik neben und über den Ministern der auswärtigen Angelegenheiten als Berater zur Seite gestanden."

Wir wollen es Morgenstern nicht verargen, daß er an mehreren Stellen seiner Schrift sich offenbar bemüht, seine Stellung am Hofe als einen besonderen Vertrauensposten hinzustellen. Alles Ernstes berichtet uns der Verfasser, wie „die Achtung des Königs ganz seiner Menschenkenntnis entsprochen habe" und zwar nach folgendem „Tarif der Würdigung": 1. Die tüchtigsten Militär- und Civilpersonen, dann 2. die Hofnarren. Allerdings fügt er gleich hinzu: „insofern sie genug wußten, entweder verschickt zu werden oder den Umgang zu würzen und zu beleben"[2]).

Um einen Beweis zu geben, mit welchem Vertrauen ihn Friedrich Wilhelm geehrt, wie der König dem „Hofnarren" seine geheimsten Gedanken, die den Großen verborgen geblieben wären, enthüllt habe, erzählt Morgenstern ausführlich von einem Plane Friedrich Wilhelms, die Regierung niederzulegen und sich nach Holland zurückzuziehen[3]). Morgenstern rühmt sich ausdrücklich, daß niemand außer ihm genaue Kunde hiervon gehabt habe. An den Rheinsberger Hof sei freilich ein Gerücht von diesem Vorhaben gedrungen; aber Bielefeld, jener bekannte Gesellschafter des Kronprinzen Friedrich, habe nichts weiter gewußt, als daß „dergleichen bevorstehe". In der That berichtet Bielefeld in seinen Lettres familières[4]) nur, daß man versichere, der verstorbene König habe seit einigen Jahren sich mit der Absicht getragen, die Krone niederzulegen und sich nach dem Haag zurückzuziehen. In dem Teilungsvertrage mit dem Prinzen von Oranien[5]) über die Erbschaft Wilhelms III. habe er sich ausdrücklich den Palast im Haag, den „alten Hof" und das Lustschloß in Hoenslardyck vorbehalten, um dort seine Tage als Privatmann zu beschließen. Einen Beweis vielleicht, daß es Friedrich

1) Koser, „Briefwechsel Friedrichs des Großen mit Grumbkow und Maupertuis", S. XXIX.

2) Morgenstern S. 49 Anm.

3) Morgenstern S. 86/87 u. 211—224.

4) „Lettres familières et autres de Monsieur le Baron de Bielefeld," 1763, S. 116/117.

5) Rousset, „Recueil historique d'Actes et Traités depuis la Paix d'Utrecht", 1741, VIII, 413, Artikel 5.

Wilhelm Ernst war, noch bei Lebzeiten abzudanken, bietet die Thatsache, daß er diese Idee an seinem letzten Lebenstage wirklich ausführte und in aller Form in Gegenwart des Staatsministers von Podewils, des Fürsten von Anhalt und anderer die Regierung niederlegte. Man darf wohl kaum annehmen, daß Morgenstern diesen Plan vollständig erfunden hat; die Einzelheiten, die er uns bringt, passen genau zu dem Charakter des Königs. Unser Autor erzählt, der König habe ihn zuerst beim Malplaquetfeste 1738 — am 11. September — ins Vertrauen gezogen und ihm seine Absicht entdeckt. Dachte Friedrich Wilhelm dabei vielleicht an die Pläne seines Vaters, die Erbstatthalterschaft in den Niederlanden für sein Haus zu erwerben? Bei der nächsten Revue in Wesel, die alle drei Jahre hier stattfand, wollte Friedrich Wilhelm den Plan zur Ausführung bringen, nachdem vorher durch den Gesandten im Haag, Geheimrat Luiscius, „der alte Hof im Haag" und „das Haus in Hoenslardyck in Stand gesetzt war". Würde Morgenstern, der doch einige Kenntnis des Staatsrechts besaß, selbst auf den Gedanken gekommen sein, daß der König vor der Front abdanken wollte und eine Urkunde hierüber von allen Generälen und Stabsoffizieren unterzeichnet werden sollte, während die Minister mit keinem Worte erwähnt würden? Über die Reiseroute und die Vorkehrungen für die Verpflegung, sowohl unterwegs als bei der Ankunft im Haag, werden wir aufs genaueste unterrichtet. Die Kleidung Friedrich Wilhelms sollte der Landestracht entsprechend umgeändert und Hoenslardyck zum dauernden Aufenthalt genommen werden, während die Prinzen, umgeben von einem holländischen Hofstaat, unter den Landesuniversitäten Leyden, Utrecht oder Harderwijk wählen sollten. Es entspricht ganz dem haushälterischen Sinne des Königs, der jeden Tag die Rechnung des Kochs prüfte, wenn er den Prinzessinnen die Oberaufsicht der Wirtschaftskassen übertrug; wie Friedrich Wilhelm selbst in Aktien spekulierte [1]), so sollten auch sie ihre Ersparnisse in Lotterien, Leibrenten, Anteilen an Schiffen ꝛc. anlegen. Musik und Spiel, überhaupt die höchste Gastfreundschaft soll den Sommer in Hoenslardyck, den Winter im Haag verkürzen. Um das Vertrauen seiner neuen Landsleute zu erwerben, will sich Friedrich Wilhelm eifrig an den Handelscompagnien und anderen wirtschaftlichen Unternehmungen beteiligen.

Es ist wohl möglich, daß Morgenstern in dem Ausmalen der Einzelheiten etwas zu weit gegangen ist und vielleicht nur hingeworfene Gedanken des Königs in Wusterhausen und Machnow dem Ganzen

---

1) Acta Borussica, Beiband, „Briefe Friedrich Wilhelms I. an Leopold zu Anhalt-Dessau", S. 172, Nr. 283.



angepaßt hat; daß aber derartige Unterredungen in Wirklichkeit stattgefunden haben, darf man wohl als sicher annehmen. Es spricht nicht nur die genaue chronologische Fixierung dafür, sondern auch die große Vorliebe, die Friedrich Wilhelm von jeher für Holland an den Tag gelegt hat. Paßt nicht auch die Instruktion Morgensterns im Jahre 1738, die neben England den Besuch von Holland und ein eingehendes Studium von Land und Leuten vorschreibt, vortrefflich zu diesen Plänen? Eine andere Frage ist es nun aber, ob es dem Könige wirklich Ernst war, abzudanken, oder ob er nur nach der Ermüdung der täglichen Arbeit mit dem Gedanken spielte. Bei dem Malplaquetfeste herrschte stets eine animierte Stimmung; vielleicht ist anzunehmen, daß Friedrich Wilhelm das als positive Absicht hinstellte, was er sich nur als wünschenswertes Ideal ausmalte. Schon 1726 hatte der König einmal als seinen festen Willen ausgesprochen[1]), die Regierung niederzulegen, wenn die Gicht, die ihn damals zum ersten Male befiel, wiederkehren würde. Die Krankheit hat seitdem Friedrich Wilhelm fast in jedem Jahre heimgesucht; nach dem schweren Anfalle von 1734 dauerte es Monate lang, bis er wieder ein Pferd besteigen konnte. Dennoch hören wir in dieser Zeit nichts davon, daß der König sich mit der Absicht getragen habe, abzudanken. Die starke Herrscherader in Friedrich Wilhelm, der noch über den Tod hinaus seinem Nachfolger genaue Vorschriften machen wollte, der Eifer, mit dem er der Regierungspflicht genügte, und schließlich auch der immer von neuem hervorbrechende Argwohn gegen den Thronfolger lassen doch vermuten, daß der König seinen Plan selbst nicht ernst ins Auge gefaßt hat. Immerhin ist die Erzählung Morgensterns ein wertvoller Beitrag zur Charakteristik Friedrich Wilhelms.

Im höchsten Maße auffallend ist es, daß Morgenstern bei der eigentlichen Charakterschilderung des Königs nichts zu tadeln weiß, ja selbst in Fällen, wo Friedrich Wilhelm von anderer Seite angegriffen ist, seinen königlichen Herrn anscheinend nach Möglichkeit zu verteidigen sucht. Dies muß uns um so mehr befremden, weil es nicht an boshaften Seitenhieben fehlt gegen alle, die früher mit dem Magister am Hofe waren. Durch die Behandlung als Hofnarr in seinem Selbstbewußtsein verletzt, rächt er sich jetzt, wo er vor jeder Ahndung sicher, für die Herabwürdigung, die ihm von den Hofleuten zu teil geworden ist. Die Habsucht[2]) und Intriguen der „Fronde"[3]), als deren Haupt er den

1) Brief Friedrich Wilhelms an Leopold von Dessau vom 28. Februar 1726, Acta Borussica, Beiband, „Briefe Friedrich Wilhelms I.", S. 334.

2) Morgenstern S. 112.

3) Morgenstern S. 141.

Baron von Pöllnitz[1]) ansieht, geißelt er zu wiederholten Malen. In der That trifft er mit seinem Urteil über Pöllnitz das Richtige. Auch andere Zeitgenossen haben diesen boshaften, genußsüchtigen Höfling richtig erkannt: man denke nur an das höchst ironisch gehaltene Entlassungspatent, das Friedrich II. seinem Ceremonienmeister ausgestellt hat[2]). Seit Ranke und Droysen steht das ungünstige Urteil über Pöllnitz fest. Aber wenn Morgenstern sich schon an der Umgebung des Königs, die nur in den Ton, den der Herrscher angab, einstimmte, nachträglich zu rächen sucht, sollte er da trotz aller Demütigungen, die er von Friedrich Wilhelm selbst erlitt, der ihn gezwungen, im Narrenkleide seinen eigenen Stand zu verspotten, wirklich so sehr vom Könige eingenommen sein, daß er in seinem Bilde keine Flecken sah? Betrachtet man die abfälligen Urteile über die Umgebung Friedrich Wilhelms und den ganzen Charakter Morgensterns, so kann man auch nicht annehmen, daß Morgenstern etwa sich von dem Satze: „de mortuis nil nisi bene!" leiten ließ.

Nein, der ehemalige Hofnarr war weit entfernt davon, ein Lobredner des Königs zu werden. Er greift von neuem zu der Taktik, die er bereits in seinem „gelehrten Narren" befolgt hat: unter der Maske der harmlosen Erzählung, die nur Gutes von dem verkannten Friedrich Wilhelm zu berichten weiß, teilt er seine Hiebe aus. Jetzt werden uns auch die scheinbaren Widersprüche klar, die uns in der Schrift begegnen. So erzählt er z. B. von „den guten Sitten und angenehmen Manieren, die niemand seinem Herrn abstreiten könne"[3]), und gleich darauf berichtet er[4]), daß Friedrich Wilhelm sogar die Ehre seiner Mutter aufs gröbste angetastet habe, daß dieser König, der die Keuschheit über alles achtete[5]), der eigenen Mutter die Übertretung des sechsten Gebotes zum Vorwurf gemacht und sich nachher mit der Betrunkenheit entschuldigt habe.

Fast auf jedes Lob folgt eine Erzählung, in der der Autor in boshafter Weise sein eigenes Urteil zurücknimmt. So sagt Morgenstern[6]): „Hätte man ihm [Friedrich Wilhelm] in der Jugend die schönen Wissen-

1) Morgenstern S. 71 u. 141.

2) „Congé expédié au Baron de Pöllnitz à sa retraite de Berlin" vom 1. April 1744 in den „Œuvres de Frédéric le Grand" XV, 193.

3) Morgenstern S. 13.

4) Morgenstern S. 11/12.

5) Krauske, „Friedrich Wilhelm I. und Leopold von Dessau" in der „Historischen Zeitschrift" Bd. 75, Jahrgang 1895, S. 32.

6) Morgenstern S. 26/27.

schaften angenehm zu machen gewußt; so würde er es nicht nur weit darinnen gebracht haben, sondern er hätte sich auch in die Dichtkunst gefunden." Als Beweis tischt er uns dann dieses Gedicht auf, mit dem Friedrich Wilhelm das Gesuch einer Witwe um eine Unterstützung abgewiesen haben soll:

„Eure Bitte kann ich Euch nicht gewähren!
Ich habe hundert tausend Mann zu ernähren!
Gold kann ich nicht sch—
Friedrich Wilhelm, König in Preußen."

Wer fühlt nicht den Hohn, wenn Morgenstern hinzufügt, der Versuch verstieße zwar gegen die Sittsamkeit, aber der „Hang zum Versemachen" sei in dem Pröbchen der königlichen Muse unverkennbar, „von der naiveté und Expression zu geschweigen". Sollte der bösartige und scharfsinnige Pasquillant wirklich dieses Urteil im Ernst aus voller Überzeugung gefällt haben? Das hieße seiner geistigen Fähigkeit und auch seiner Bosheit nicht gerecht werden. Gerade durch die scheinbare Verteidigung wird die in Wahrheit beabsichtigte Wirkung noch erhöht.

Als besonders anstößig galt es schon zu Lebzeiten Friedrich Wilhelms, daß alle Ämter nur gegen eine größere Zahlung an die Rekrutenkasse zu erlangen wären. Morgenstern erzählt nun, daß der König, als Feind jeder Weitschweifigkeit im schriftlichen Verkehr, eingeführt habe, die Gesuche um Verleihung eines Amtes sollten nur die Sätze enthalten [1]: „Ich bitte darum; und biete dafür . . . Rthlr." Friedrich Wilhelm war allerdings ein Freund der Kürze, aber es würde doch schwer halten, auch nur ein Gesuch zu finden, daß in so lakonischer Weise abgefaßt worden wäre. Es scheint doch, als ob unser Autor durch diese Schilderung und Entstellung der Thatsachen Friedrich Wilhelm als einen Herrscher darstellen will, bei dem die Sucht, Geld zu erwerben, der einzige Trieb gewesen wäre, ganz gleichgültig, ob die Beamten für ihren Posten fähig oder untauglich waren.

Auf die Methode der hämischen Entschuldigung treffen wir ebenfalls, wenn wir Morgensterns Urteil über des Königs Art zu scherzen lesen [2]). Er meint, „Friedrich Wilhelm habe in der Kindheit die gute Art, angenehm zu scherzen, nicht lernen können; daher seien seine scherzhaften Einfälle meist so geraten, daß man sie ihm gerne geschenkt hätte". Sollte nicht auch der Wunsch, den König lächerlich zu machen, mitgespielt haben, wenn er vermutet, daß der längst verheiratete Friedrich

1) Morgenstern S. 46/47.
2) Morgenstern S. 74.

Wilhelm nicht eher die Neigung gegen seine Jugendliebe, die er überhaupt nur kurze Zeit gesehen, aufgegeben habe, als bis sie das Festland verlassen [1]).

Wer noch nicht überzeugt ist, daß hinter all der angeblichen Verehrung Hohn und Ironie hervorschimmern, der mag die mehr als realistische Geschichte von der „wohlriechenden Charlotte" selbst nachlesen [2]), mit der Morgenstern die Keuschheit Friedrich Wilhelms illustriert. Auch als Beweis für den Ton, der, trotz der Behauptung unseres Autors, im Tabakskollegium manchmal wenigstens geherrscht hat, ist diese Geschichte sehr lehrreich [3]). Aber diese Keuschheit des Königs leitet Morgenstern nicht aus religiösen oder moralischen Gründen her, nein, er führt als Ursache an: „Weil der erste Verstoß gegen das sechste Gebot dieselben üblen Folgen für ihn gehabt habe, wie für den ältesten Sohn, Friedrich den Großen!"

Auch in den einzelnen Worten verrät sich die ironische Tendenz. Würde Morgenstern wohl im Ernste geschrieben haben [4]): „Der Vorfall war zu der Zeit, als der König Gottscheds deutschen Auszug aus Wolfs Weltweisheit zu lesen im Begriff, jedoch über die Vernunftlehre, woraus er sich der Regel erinnerte, schon längst weg war?" Oder wenn er erzählt, daß der General von Glasenapp einen zu unleserlich geschriebenen Befehl des Königs falsch auslegte und infolgedessen einen unschuldigen Offizier „durch den Strang am Galgen im Herrn selig entschlafen lassen wollte" [5]).

Aber Morgensterns versteckte Satire richtet sich nicht nur gegen den König Friedrich Wilhelm und dessen Höflinge; er sucht auch seinem Groll gegen den Sohn, Friedrich II., Luft zu machen. Hatte dieser ihn nicht in seinen einträglichen Geschäften gestört, die ihm in Breslau so manchen materiellen Vorteil verschafft, und gegen seinen Willen in Potsdam „angesiedelt?" Um den Sohn zu treffen, zieht er Charaktereigenschaften und Aussprüche des Vaters heran oder erfindet sie auch ungescheut. Wenn Friedrich der Große von seinen Zeitgenossen wegen seines Ausspruches gepriesen ist, „er wäre der erste Diener des Staates",

1) Morgenstern S. 41.

2) Morgenstern S. 45.

3) Man darf die Wahrheit dieser Anekdote nicht so ganz ablehnen. In der That führte Generalmajor Heinrich Karl von der Marwitz [nicht Balthasar, wie Morgenstern schreibt] in dem vertrauten Kreise um Friedrich Wilhelm den Beinamen „Le Parfum". Vgl. Acta Borussica, „Beiband, Briefe Friedrich Wilhelms I. an Leopold zu Dessau", S. 406 Anm. 5.

4) Morgenstern S. 28/29.

5) Morgenstern S. 65/66.

so beeifert sich Morgenstern unter der Maske eines Lobredners Friedrich Wilhelms, Friedrich II. dieses Ruhmes zu entkleiden. Er sagt [1]), „sein Herr habe sich nie getraut, sich selbst König zu nennen, sondern nur den ersten Diener des Staates". In Wahrheit fühlte sich aber gerade Friedrich Wilhelm als Herr des ganzen Staates; diesem Gedanken, daß das Land ausschließlich dem Könige gehöre, entsprach jenes Edikt vom 13. August 1713, das die Einverleibung der „Schatullgüter" des Königs in die Staatsdomänen als unveräußerlichen Besitz verfügte [2]). Dieselbe Auffassung von der unumschränkten Machtstellung des Königs tritt in dem bekannten Marginale Friedrich Wilhelms hervor, in dem er den Widerstand mehrerer Beamten gegen eine Verwaltungsmaßregel mit furchtbarer Härte verurteilt [3]). Der König schreibt: „. . . man mus den Herren mit Leib und lehben mit hab und guht mit ehr und gewißen [dienen] und alles daran sehzen als die sehligkeit die ist vor Gott aber alles das ander mus mein sein."

Und wer merkte nicht die Ironie, wenn Morgenstern von Friedrich Wilhelm sagt: „Er war selbst so aufrichtig wie seine Münze!" [4]) Die „Ephraimiten", die Art, wie Friedrich II., um Sachsen und Polen zu ruinieren und die Mittel zum Kriege zu erlangen, falsche Münzen dieser Staaten schlagen ließ und in Verkehr setzte, aber nach dem Frieden sich weigerte, das von ihm ausgegebene schlechte Geld einzulösen oder auch nur anzunehmen, alles das war noch in der übelsten Erinnerung. Auch über die Beseitigung mancher nützlichen Einrichtung Friedrich Wilhelms durch dessen Nachfolger beklagt der Verfasser sich sehr [5]). Der Meister Eckart, bemerkt Morgenstern, der sich besonders durch die Verbesserung der Kamine große Verdienste erworben, habe den Regierungswechsel bitter empfinden müssen; „sobald der Herr und Wohlthäter tot war, sei es ihm wie Joseph, Jakobs Sohn, in Ägypten ergangen, man wußte bei Hofe nichts mehr von ihm, er ward vielmehr gebeten, aus unseren Grenzen zu weichen" [6]). Desgleichen versäumt der Autor auch nicht, bei passender Gelegenheit seinen Groll über die ganze Handhabung der Justiz auszuschütten [7]), mit der er selbst unter Friedrich II. so böse Erfahrungen gemacht hatte.

---

1) Morgenstern S. 29/30.
2) Hohenzollern-Jahrbuch 1897. S. 83: Krauske, „Der Regierungsantritt Friedrich Wilhelms I."
3) Acta Borussica, „Behördenorganisation" Bd. 2, 128 ff.
4) Morgenstern S. 46.
5) Morgenstern S. 234.
6) Morgenstern S. 50. 51 Anm.
7) Morgenstern S. 112 ff.

Nun wird auch klar, warum Morgenstern Friedrich Wilhelm als den höflichsten in der Gesellschaft hinzustellen sucht [1]). Er benutzt ihn gleichsam als Folie, von der sich die Ungezogenheiten der Kinder um so greller abheben. Er stellt die Prinzen, „wie die Söhne Ludwigs XIV., als grobe Gesellen" hin, die „entweder einer dem andern ins Wort fielen und unter sich sprachen, wenn der Vater selbst erzählte oder seine Meinung über etwas äußerte". „Andere schliefen unterdessen," fährt er fort, „und öfters machten welche durch Reiben Papier beweglich, und trugen es vom Tische weg, im Munde, durch das Zimmer zur Thür hinaus, damit es jedermann kund und zu wissen sein sollte, wohin sie damit abwandelten."

Die ganze Schrift Morgensterns läßt sich nur schwer unter einen einheitlichen Gesichtspunkt bringen. Die Nachrichten über die Erziehung des Kronprinzen, über das Verhältnis zu seinem Vater rc., haben wir zum großen Teil von der Hand weisen müssen. Nicht viel besser steht es mit den anderen Angaben über Vorgänge, die vor der Zeit Morgensterns liegen: entweder übernimmt er den Hofklatsch und die Tradition kritiklos, oder er färbt die an sich richtigen Thatsachen in tendenziöser Weise. Die Berichte für die Zeit, wo er selbst am Hofe sich aufhielt, werden durch die Sucht zu unterhalten und zu amüsieren stark beeinträchtigt. Aber wir können doch nicht leugnen, daß seine anschaulichen Schilderungen von den täglichen Beschäftigungen des Königs, von dem ganzen Leben und Treiben am preußischen Hofe, im Tabakskollegium, bei den Jagden und Revuen, durchaus den Stempel der Wahrheit tragen und eine scharfe Beobachtungsgabe verraten. Freilich ist für diese Epoche ebenfalls die größte Vorsicht geboten, da die Tendenz, der nicht die schlichte Erzählung an sich genügt, auch diese Stellen beeinflußt. Wo es Morgenstern darauf ankommt, seine eigene Stellung im Hofleben in ein günstiges Licht zu rücken, oder Friedrich Wilhelm und dessen Sohn, sei es mit offenen Worten oder mit scheinbaren Lobreden, zu treffen, müssen wir uns im höchsten Grade hüten, ihm allzuweit zu folgen. Wenn ein so trefflicher Historiker, wie Friedrich Wilken, Morgenstern als den gutmütigen Pedanten hinstellt [2]), wenn Förster von ihm ganze Seiten seiner „harmlosen Erzählungen" übernimmt, weil er ihn für eine

---

1) Morgenstern S. 69, 70.

2) „Histor.-genealog. Kalender auf das Gemeinjahr 1823" S. 261. Wilken schließt seine Ausführungen über Morgenstern: „Bei aller Unbeholfenheit, Weitschweifigkeit, pedantisch gelehrten Form der Darstellung zieht diese Schrift durch die in jeder Zeile sich aussprechende Gutmütigkeit ebenso an, als durch die darin mitgeteilten merkwürdigen Nachrichten."

einwurfsfreie Quelle hält, so haben beide nicht den boshaften Zug in dem Charakter des ehemaligen Magisters beachtet. Diese Eigenschaft, die wir bereits in der Frankfurter Disputation bei dem Hofnarren finden, hat auch der Greis in der Einsamkeit in Potsdam nicht abgelegt.

Dennoch möchten wir aber das Endurteil Rankes[1]), das er über die Memoiren des Kammerherrn von Pöllnitz und der Markgräfin von Baireuth fällt, auch auf Morgenstern anwenden: Es wäre ein Verlust, wenn man die Schrift Morgensterns ganz aus der Reihe brandenburgischer Denkmäler ausstriche. In seinem Buche erkennt man allerdings den König Friedrich Wilhelm und seinen Hof wieder; aber sie erscheinen nicht überall, wie sie wirklich waren, im natürlichen Lichte des Tages, sondern unter dem einseitigen Gesichtspunkte eines verbitterten Menschen, der seiner Verstimmung und seiner boshaften Zunge freien Lauf läßt.

1) Ranke, „Sämmtliche Werke" XXIV, 55 und 70.

V.

Analekten zur Geschichte des Großen Kurfürsten.

Von

Hans Prutz.

Mit erfreulichem Eifer ist neuerdings von verschiedenen Seiten der Anfang gemacht worden zu einer erneuten Prüfung der Überlieferung für einige besonders wichtige Abschnitte der brandenburgisch-preußischen Geschichte, die trotz der Fortschritte, die von der Forschung für ihre bessere Erkenntnis im einzelnen bisher gemacht waren, doch von dem Banne des patriotisch-legendaren Charakters besonders stark beeinflußt geblieben sind, der auf diesem Gebiete im allgemeinen so lange pietätvoll festgehalten worden ist. Es ist das nicht immer ein dankbares Unternehmen. Werden dabei doch nicht selten gerade solche Anschauungen als vor der Wissenschaft unhaltbar erwiesen, die, seit Menschenaltern zum Gemeingut weiter Kreise geworden, das patriotische Denken und Fühlen mehr als eines Geschlechts angeregt und gestärkt haben und daher ohne Rücksicht auf ihre kritische Haltbarkeit als ein kostbares Stück nationalen Besitzes mit dem Herzen hochgehalten werden. Wird infolgedessen doch oft genug an die der Forschung fernstehenden die Zumutung gerichtet, das Bild an hervorragender Stelle handelnder Männer, wie es ihnen, von der Vorzeit her überkommen, nicht bloß vertraut, sondern auch lieb und wert geworden ist, als historisch unhaltbar aufzugeben und durch ein anderes zu ersetzen, das ihnen trotz seiner größeren geschichtlichen Wahrheit doch zunächst fremd und nicht selten unsympathisch bleibt.

Später als für andere Perioden ist diese Revision der Überlieferung neuerdings auch für die Geschichte des Großen Kurfürsten in Angriff genommen worden. Es entspricht der Richtung, die, von der gesamten Zeitströmung nachhaltig begünstigt, von der historischen Wissenschaft

dermalen mit ausgesprochener Vorliebe verfolgt wird, daß der Nachdruck dabei zumeist auf eine bessere Erkenntnis der inneren Entwickelung gelegt wird, der Organisation der Verwaltung und der wirtschaftlichen Verhältnisse. Umfänglich angelegte Publikationen unternehmen es, die schwer übersehbaren und doch nie zu erschöpfenden Massen des einschlägigen archivalischen Materials der Forschung zugänglich zu machen, noch ehe die vor länger als einem Menschenalter begonnene Sammlung der auf die eigentliche politische Geschichte der Zeit bezüglichen Aktenstücke ihrem Abschluß entgegengeführt worden ist. Um so mehr aber dürfte es im Interesse der Sache sein, wenn über das weit ausgreifende Streben nach der Gewinnung einer sicheren Grundlage für eine allumfassende Erkenntnis jener großen Zeit und namentlich der Erschließung ehemals weniger beachteter Seiten in ihrer staatlichen Entwickelung, doch auch die weitere Erforschung des Gebietes nicht allzusehr außer Acht gelassen wird, das ehemals, wenn auch nicht ausschließlich, so doch vorzugsweise angebaut und als das der Geschichtschreibung recht eigentlich zustehende mit begreiflicher Vorliebe behandelt worden ist. Läßt sich doch gerade von ihm aus erst der rechte Standpunkt gewinnen, um an dem, was Brandenburg-Preußen durch seine Verflechtung in die von so gewaltigen Krisen erschütterte große europäische Politik an schweren Pflichten auferlegt, an den Untergang drohenden Gefahren bereitet und an trügerischen Hoffnungen erweckt wurde, dasjenige recht so messen, was es, um all dem gewachsen zu sein, im Innern zu erstreben und zu erreichen galt und was dabei geleistet und versucht, aber auch verfehlt worden ist. Von dem patriotisch erwärmenden und erhebenden Nimbus, der gerade diesen Teil der preußischen Geschichte in ihrer herkömmlichen Fassung so wohlthuend umgiebt, geht dabei freilich manches verloren. Dafür aber treten doch auch hier Menschen und Dinge unmittelbarer in der harten und widerspruchsvollen Wirklichkeit ihres ehemaligen Daseins in die Erscheinung und werden aus ihr heraus in ihrem Werden und den von ihnen ausgehenden Wirkungen erst recht verständlich. Auch sollten diese Verhältnisse weniger als das bisher im allgemeinen geschehen ist, von dem besonderen, immer einseitig befangenen brandenburgisch-preußischen Standpunkte aufgefaßt und beurteilt werden: der Einfluß, den da die späterhin thatsächlich eingetretene Entwickelung zu üben pflegt, trübt den Blick und disponiert zu einer gewissen teleologischen Voreingenommenheit.

Denn wie die Bedeutung und die Größe, so liegt doch auch die Schwäche des von dem Großen Kurfürsten geschaffenen Staates zunächst darin, daß er im Widerspruch mit den sicher zu seiner Verfügung



stehenden Machtmitteln bereits eine europäische Stellung einnahm, die er einnehmen und nach Möglichkeit auszufüllen suchen mußte, wenn er nicht mit der sich vor ihm aufthuenden Zukunft zugleich die Ergebnisse einer arbeitsvollen, aber auch erfolgreichen Vergangenheit preisgeben wollte. Daraus erklären sich die Züge, die mehr als bisher gemeinhin geschehen ist, als die eigentlich charakteristischen von Friedrich Wilhelms Politik hervorgehoben werden müssen, wie sie ihr denn auch in den Augen der tiefer eingeweihten Zeitgenossen ihr eigenartiges Gepräge gaben — jene fieberhafte Rastlosigkeit, jene nimmer ruhende Begehrlichkeit, jenes unvermittelte Hin- und Herspringen zwischen einander eigentlich ausschließenden Zielen und jener schroffe Wechsel in der Methode zu ihrer Erreichung, kurz, der scheinbare Mangel an Konsequenz bei konsequentester Festhaltung eines und desselben leitenden Gedankens, die Freunden und Feinden nur allzuhäufig als Unzuverlässigkeit, Verstellung und Hinterlist erschien.

Ein vollständiger Einblick in die vielverschlungenen Gebiete der europäischen Politik in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts ist am sichersten, vielleicht sogar ausschließlich, von dem französischen Standpunkte aus zu gewinnen, wie ja thatsächlich ihr Gang bis zu der großen Krisis von 1688 durch das rücksichtslos geltend gemachte Interesse Frankreichs und den auch da geradezu gebietenden Willen seines Königs bestimmt worden ist. Kaum zu irgend einer Zeit sonst hat ein Land und ein Fürst einen so entscheidenden Einfluß auf die Entwickelung aller internationalen Verhältnisse ausgeübt, sind alle übrigen Mächte, von den kleinsten hinauf bis zum größten, so gleichsam nur die Steine in einem Bretspiel gewesen, die von einem allein auf den eigenen Vorteil bedachten Spieler willkürlich hin- und hergeschoben wurden. Ja, manche von ihnen gewannen überhaupt erst dadurch eine Bedeutung, andere eine solche, wie sie ihnen eigentlich gar nicht zukam und die daher auch nur so lange anhielt, als sie für die weit angelegten und kühn erfundenen Kombinationen dieses Spielers in Betracht kamen. Bedingung dafür und zugleich Folge davon war es, daß die französische Diplomatie jener Zeit nicht bloß die praktisch geschickteste und am besten unterrichtete war, sondern daß auch sogar ihre untergeordneten Organe, in der Schule großer Minister zu einer gewissen virtuosen Technik erzogen, an Schärfe der Beobachtung, Genauigkeit der Berichterstattung und Raschheit und Sicherheit der Kombination den meisten Diplomaten der Zeit weit überlegen waren. Im kleinen und einzelnen wiederholten sich an den meisten von ihnen die Eigenschaften, welche die von einer unbedingt autoritativen Stelle geleitete französische Diplomatie

zur Zeit Ludwigs XIV. überhaupt charakterisieren und mehr noch als des Königs von trefflichen Feldherren geschultes Heer und der unwiderstehliche Zauber des französischen Goldes, das ohne Rücksicht auf den Ruin des eigenen Landes in unerschöpflich scheinenden Massen überallhin verstreut wurde, Frankreichs herrschende Stellung dem gesamten Europa gegenüber erklären. So läßt sich denn auch für die deutsche und namentlich die brandenburgisch-preußische Geschichte gerade aus den einschlägigen französischen Archivalien eine beträchtliche Bereicherung und vielfache Berichtigung unserer Kenntnis gewinnen, zumal diese Dinge von dem dort eingenommenen europäischen Standpunkt aus doch in mancher Hinsicht wesentlich anders erscheinen, als wir sie von dem minder umfassenden brandenburgischen Standpunkte zu sehen gewohnt sind. Denn deutlicher als hier tritt dort die Art ihrer Einfügung in das Gesamtgewebe der europäischen Politik zu Tage, und manches, was als eine That freien Entschlusses und selbständigen Wollens erschien, erweist sich als geschehen auf fremde Veranlassung, auf einen von außen gekommenen Anstoß hin oder gar im Dienste der Interessen anderer. Auch die Rolle, die Brandenburg damals spielte, wurzelte doch gerade in gewissen entscheidenden Momenten weniger in einem bestimmten, auf ein entschlossen gewolltes Ziel gerichteten Handeln, als sie vielmehr hervorging aus der wechselnden und zum Teil sehr widerspruchsvollen Einwirkung von Faktoren, die einem ganz anderen Gebiete angehörten.

Von diesem Standpunkte aus stelle ich im folgenden einige von den Ergebnissen vorläufig zusammen, welche ich bei der Fortführung meiner Studien über die Zeit von dem Nymwegener bis zum Ryswiker Frieden in dem Archiv des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten zu Paris gewonnen habe. Sie betreffen in erster Linie die politischen Verhältnisse während des Schwedenkrieges und lassen, in Ergänzung der von mir an einer anderen Stelle veröffentlichten Materialien, die Momente deutlicher hervortreten, welche den Kurfürsten nach so glänzenden Waffenthaten und so großen Erfolgen doch nötigten, den ruhm- und gewinnlosen Frieden von St. Germain auf sich zu nehmen, und machen den totalen Umschwung vollends begreiflich, den er damals in seiner auswärtigen Politik eintreten ließ, eröffnen zugleich einen weitern Einblick in die Absichten, die ihn dabei leiteten, und die Ziele, die er von da aus weiterhin zu erreichen dachte.

I.

Hannover und der schwedische Angriff auf Brandenburg 1674—76.

Nimmt man allein die diplomatische Kunst zum Maßstab, die aufgewendet werden mußte, um das erstrebte Ziel zu erreichen, indem den wechselnden Verhältnissen gegenüber und gegenüber den Schwankungen von Freund und Feind immer gerade die im Augenblick den Erfolg sichernden Mittel angewandt werden mußten, so erscheint die Reihe von politischen Maßnahmen als ein vollendetes diplomatisches Meisterstück, durch die Ludwig XIV. die Tripelallianz zu sprengen wußte, die ihm bei der Eroberung der spanischen Niederlande hindernd entgegengetreten war, England und Schweden auf seine Seite zog und die Vereinigten Niederlande auch sonst so völlig isolierte, daß keine der an ihrer Erhaltung interessierten Mächte — und welche wäre nicht daran interessiert gewesen? — sie ernstlich zu schützen versuchen konnte, ohne ihren eigenen, der Förderung durch Frankreich bedürftigen Vorteil empfindlichster Schädigung auszusetzen. Daß er zuerst und allein durch hartnäckige Verweigerung des Eintritts dieses System erschüttert und damit den Anstoß zu seinem schließlichen Zusammenbruch gegeben hat, bleibt das größte Verdienst, das Friedrich Wilhelm sich um die Freiheit Europas erworben hat. In ihm erkannte der König frühzeitig den gefährlichsten Gegner auch seiner damals noch zurückgehaltenen politischen Pläne: er mußte niedergeworfen oder gewonnen werden. Nur für den Augenblick war ersteres in dem Feldzuge von 1673 gelungen; letzteres aber wollte trotz allen Werbens und Lockens nicht gelingen. Vielmehr wurde der Kurfürst der Mittelpunkt, um den sich die neue Koalition sammelte, die Frankreich aufhalten und die Niederlande retten wollte. Bei der Lauheit und dem Eigennutz seiner Verbündeten drohte ihm das zum Verhängnis zu werden. Während er selbst im Elsaß die Ehre der deutschen Waffen rettete, erfolgte der schwedische Einfall in die Mark. Von Ludwig XIV. als ein Stoß in das Herz der brandenburgischen Macht gewollt und ermöglicht, wurde er — zum Glück für den Kurfürsten — nach langem Zögern und nur widerstrebend, zur unrechten Zeit und mit ungenügenden Mitteln ausgeführt und unter Umständen, die es bis zum letzten Augenblick zweifelhaft ließen, ob es Schweden überhaupt Ernst damit war oder ob es dabei nicht am Ende eine besondere, den Wünschen Frankreichs nicht entsprechende eigennützige Absicht verfolgte.

Nach den dankenswerten Mitteilungen, die Arnheim[1]) über die

1) Sitzungsberichte der Historischen Gesellschaft zu Berlin 1898, Nr. 2.

Ergebnisse der in Deutschland im allgemeinen unbekannt gebliebenen neueren schwedischen Forschungen gemacht hat, erscheint die schwedische Aktion gegen Brandenburg vollends in einem andern Licht, als man sie bisher zu sehen gewohnt war. Danach hatten die Leiter der schwedischen Politik bei Abschluß des Subsidienvertrages mit Frankreich vom 14. April 1672 durchaus nicht die Absicht, sich in irgendwelche kriegerische Aktion in Deutschland einzulassen und gaben dem erneuten Ansturm Feuquières' auch weiterhin nur nach, um mit Hilfe der nun wieder reichlicher zuströmenden französischen Gelder die schwedische Armee vor dem sonst sichern Hungertode zu retten. Demgemäß wurde denn auch der am 30. September 1674 an Karl Gustav Wrangel ergangene Befehl, „sechs Wochen nach seiner Landung in Pommern mit Brandenburg nach der raison de guerre zu verfahren“, wenn auch nicht ausdrücklich zurückgenommen, so doch als thatsächlich hinfällig bezeichnet durch den Beschluß des Reichsrats, vielmehr zunächst Dänemark zur Neutralität zu zwingen, und die demgemäß dem Kronfeldherrn erteilte neue Weisung, unter dem Vorwand eines bloßen Durchmarsches seine Truppen bis auf weiteres in Mecklenburg einzuquartieren. Der kriegslustige Wrangel aber fingierte ein Mißverständnis und beantwortete die den früheren Absichten widersprechenden Erlasse vom 24. November mit der bedauernden Meldung, ein Aufschub der kriegerischen Aktion sei nicht mehr möglich und Mitte Dezember werde er in Brandenburg einrücken. In die, wie sie glauben mußte, damit gegebene vollendete Thatsache fügte sich die Stockholmer Regierung wohl oder übel und schrieb Wrangel am 5. Dezember, da sie leider bereits begonnen sei, bleibe freilich nichts übrig als die Aktion gegen den Kurfürsten fortzusetzen. Einen Monat später, am 3. Januar 1675 überschritt Wrangel mit 12—13000 Mann die märkische Grenze.

Aber nicht genug, daß der schwedische Kronfeldherr den folgenschweren Angriff auf Brandenburg gegen den ausdrücklichen Willen der Stockholmer Regierung unternahm: auch von den Voraussetzungen, die er selbst für seine Weiterführung und seinen Erfolg als unerläßlich erkannt hatte, traf eigentlich keine einzige ein. Schon seit Ende November 1674 unterhandelte Wrangel mit Herzog Johann Friedrich von Hannover, um sich dessen Kooperation gegen Brandenburg zu sichern. Daß dies nicht gelang, der Welfe vielmehr unter immer neuen Vorwänden und Ausflüchten die Entscheidung hinausschob und seine zweideutig zuwartende Haltung durchzuführen wußte, bis der Tag von Fehrbellin die militärische und politische Lage von Grund aus zu wandeln angefangen hatte, ist von den Schweden als die eigentliche

Ursache des über sie hereinbrechenden Mißgeschicks angesehen und mit Eifer zu ihrer eigenen Entlastung geltend gemacht worden, und Ludwig XIV. hat sich zeitweise wenigstens den Anschein gegeben, als ob er diese Auffassung teilte. Nicht minder jedoch war die Unentschiedenheit des Herzogs für den Kurfürsten bedenklich und gefährlich: wessen er sich von dieser Seite zu versehen hatte, konnte er kaum noch zweifeln, und schließlich ist denn auch der Streich, der ihn um die Frucht dieses glorreichen Krieges bringen sollte, von eben dieser Seite geführt worden. Die Einleitung und das Vorspiel dazu bildete das widerspruchsvolle und eigentlich nach allen Seiten hin unehrliche Spiel der hannoverschen Politik, durch das diese schließlich selbst die auf des Kurfürsten Seite gegen Schweden fechtenden übrigen Welfen zu sich herüberzuziehen und zum Frieden mit Schweden und zum Bunde mit Frankreich zu vermögen wußte. Erst als er diese Feinde in Rücken und Flanke erstehen und mit Frankreich gegen ihn gemeinsame Sache machen sah, hat sich der Kurfürst von der Unmöglichkeit jedes weiteren Widerstandes überzeugt und den Frieden von St. Germain über sich ergehen lassen. Vergessen aber hat er den Welfen niemals, daß sie ihn in diese harte Notwendigkeit versetzt hatten. Im Hinblick auf diese späteren Vorgänge ist es von Interesse, die Politik Hannovers während des ersten Stadiums des Schwedenkrieges näher zu verfolgen. Die Berichte, welche der damals bei Johann Friedrich beglaubigte französische Gesandte Rousseau nach Paris erstattete, erschließen da einen sehr lehrreichen Einblick auch in charakteristische Einzelheiten. Aus ihnen gewinnen wir eine lebhafte Anschauung von der Staatskunst des welfischen Konvertiten, die sich im großen nachher in der Rolle wiederholen sollte, die das Gesamthaus Braunschweig weiterhin in der großen europäischen Krisis zu spielen sich anschickte — ein Gemisch von Ländergier und Großmannssucht, von Selbstüberschätzung und Kleinmut, von Säbelrasseln und Kriegsgeschrei, immer aber beherrscht von dem einen Gedanken, mit dem denkbar geringsten Einsatz den denkbar größten Gewinn zu machen, sich ohne eigene Gefahr auf Kosten anderer zu bereichern und, was man so nennt, im Trüben zu fischen.

Im Jahre 1671 (10. Juli) hatte Johann Friedrich mit Ludwig XIV. einen Neutralitätsvertrag geschlossen[1]), der ihm

---

1) Das Folgende nach der die früheren Vorgänge zusammenfassenden Instruktion Ludwigs XIV. für Rousseau, den bisherigen Gesandten bei dem Bischof von Münster, der nach dessen Abfall zu den Niederlanden nach Hannover geschickt wurde, vom 15. Juni 1674. Paris, Archives du Ministère des affaires étrangères. Vgl. A. Köcher, Gesch. von Hannover u. Braunschweig 1648—1714 (Publikationen aus den Preußischen Staatsarchiven Bd. 63) II, S. 543 ff.

10000 Thaler monatliche Subsidiengelder eintrug[1]). In einem neuen, Ende des Jahres 1673 eingegangenen Vertrage[2]) übernahm er dann gegen 30000 Thaler monatlich die Verpflichtung, eine Armee von 14000 Mann aufzustellen und beisammen zu halten[3]), um damit gegen den Kaiser in Aktion zu treten, sobald dieser die Verbündeten Frankreichs im westfälischen und niedersächsischen Kreise angreifen und „gegen den Geist des Münsterschen Friedens" den Feinden Frankreichs Unterstützung gewähren würde — so deutete man der 1674 gegebenen Lage gegenüber den allgemeiner und unbestimmter gefaßten Wortlaut des 5. Artikels jenes Pakts, in dem der Herzog zunächst nichts weiter zugesagt hatte, als die mit französischem Gelde geworbenen Truppen gegen alle Störer der Ruhe und des Friedens im Reiche in Westfalen und Sachsen marschieren zu lassen[4]). Doch hatte sich Johann Friedrich ausdrücklich ausbedungen, nur dann gegen den Kaiser in Aktion treten zu müssen, wenn außerdem wenigstens Schweden oder Dänemark sich für Frankreich erklärte[5]). Gegen Fürsten des Braunschweigischen Hauses zu fechten sollte er überhaupt unter keinen Umständen gehalten sein[6]).

Als nun für das Jahr 1675 endlich Schwedens Eingreifen in Deutschland wirklich zu erwarten stand, andererseits aber Münster und Köln zu Frankreichs Gegnern übergetreten waren[7]), bekam die Haltung Hannovers für Frankreich größere Bedeutung. Hatten doch Johann Friedrichs Bruder, Georg Wilhelm von Celle, und sein Vetter, Rudolf August von Wolfenbüttel, in dem am 14./24. April 1674 mit dem Kaiser eingegangenen Bündnis[8]), durch das sie den gegen Frankreich alliierten Mächten beitraten, sowohl den Hannoveraner, wie Ernst August, den Bischof von Osnabrück, zu dem gleichen Schritt zu bestimmen zugesagt. Von einem Bündnis mit Baiern, das Frankreich in seinem Interesse ihm empfohlen, hatte Johann Friedrich ebensowenig wissen wollen, wie Kurfürst Max Emanuel: man sei einander räumlich doch zu fern, um militärisch die Basis für die Bildung einer dritten Partei abzugeben, die Frankreich durch Teilung seiner Gegner Luft machen könnte[9]). Vollends ins

1) Vgl. den Sekretartikel bei Köcher II, S. 537.
2) Ebendas. S. 603 ff.
3) Ebendas. Art. 7 (S. 605).
4) Ebendas. S. 604 (Art. 5).
5) Art. 24 (S. 608).
6) Art. 10 (S. 605).
7) Köcher a. a. O. S. 332.
8) Ebendas. S. 337—42 und S. 649 ff.
9) Ebendas. S. 331.

Gedränge aber geriet Johann Friedrich, als er nun zum Reichskriege gegen Frankreich sein Kontingent von 300 Mann stellen sollte. Auf sein Ansuchen gab ihm Ludwig XIV. das ausdrücklich frei, sprach aber zugleich den Wunsch aus, es möge der hannoverisch-schwedische Defensivtraktat von Stade[1]) in ein engeres Bündnis verwandelt werden. Dagegen verlangte der Herzog, man solle vor allem Dänemark gewinnen, da nur dann Schweden im Rücken gedeckt und die geplante Aktion in Deutschland zu unternehmen in der Lage sei. Zugleich freilich verweigerte er dem Kurfürsten von Brandenburg, der damals nach dem Oberrhein aufbrach, den Durchmarsch durch sein Gebiet[2]). Wie die meisten Gegner desselben rechnete er wohl darauf, daß die bereits beginnende Sammlung schwedischer Truppen in Pommern Friedrich Wilhelm dem westlichen Kriegsschauplatze fern halten würde. Daß das nicht geschah, erweckte auch bei ihm den Glauben an ein geheimes Einverständnis zwischen Brandenburg und Schweden[3]). Um so nachdrücklicher mußte Rousseau ihn auf die Vorteile hinweisen, die ihm sicher seien, wenn er mit Schweden gemeinsam gegen den Kaiser und Brandenburg losschlüge. Aber Johann Friedrich wollte Schweden den Vortritt lassen. Wie hätte man sich unter diesen Umständen in Paris gefreut, wenn der ungeduldige Eifer des Kurfürsten sich durch die Verweigerung des Durchmarsches zu einem Gewaltakt hätte hinreißen lassen und den Herzog zum Schlagen genötigt hätte[4])! Doch geschah nichts dergleichen. War man in Paris doch — ganz entsprechend der damals in Stockholm herrschenden Stimmung — noch gar nicht einmal sicher, wohin die schwedischen Truppen von Pommern aus eigentlich geschickt werden würden; aber selbst, wenn sie sich oderaufwärts gegen Schlesien, also gegen die kaiserlichen Erblande, wenden würden, die dauernd zu bedrohen nach der Meinung der Stockholmer Staatsmänner ja eigentlich die Absicht gewesen war, in der Schweden unter allen Umständen im Besitze

1) Köcher a. a. O. S. 330.

2) Bericht Rousseaus d. 1. August 1674.

3) Derselbe schreibt: la Poméranie n'estant pas capable de fournir à la subsistance de tant de trouppes, il faudra la chercher ailleurs, et comme il semble que cela ne peut estre que dans les Estats de Mr. l'Electeur de Br., il faut en ce cas ou qu'il y ait un grand aveuglement à Berlin ou qu'on y soit bien assuré du contraire pour abandonner ainsy son pays sans troupes à la mercy d'un tel voisin.

4) Ludwig an Rousseau, Versailles, d. 24. August 1674: Il seroit à souhaitter — que Mr. l'Electeur de B. tentant un passage de force engageait une guerre dans la Basse-Allemagne capable d'y arrester les mesures qui s'y sont prises en faveur de nos ennemis.

Pommerns hatte bleiben müssen [1]), so suchte man Johann Friedrich französischerseits zu überzeugen, daß ein Angriff auf Brandenburg für ihn selbst höchst vorteilhaft sein könne, da er so auch für den eigenmächtigen Durchmarsch von 1673 bei dem Rückzug aus Westfalen Vergeltung üben und Schadenersatz erzwingen könnte, ganz abgesehen von dem augenfälligen Verdienst, das er sich dadurch um die Herstellung des ersehnten allgemeinen Friedens erwerben könnte [2]).

Aber der Herzog blieb für solche Lockungen noch unzugänglich. Ja, er gewährte sogar den dem kaiserlichen Heere zuziehenden Truppen seines Bruders von Celle Durchmarsch durch sein Land, woraus Ludwig XIV. alsbald den Anspruch herzuleiten eilte, daß die gleiche Vergünstigung auch seinen Truppen zugestanden werden müsse, falls ihre Vereinigung mit den Schweden nötig werden sollte [3]). Zudem richtete er, da des Hannoveraners Haltung ihm immer mehr Sorge machte, am 26. Oktober selbst ein Schreiben an Johann Friedrich [4]), welches, im dringendsten Tone gehalten, diesem klar machen sollte, daß, wenn je, so jetzt die Zeit zur Erfüllung der früher geschlossenen Verträge gekommen sei. Unter Hinweis auf Schwedens — in Wahrheit doch noch immer zweifelhafte — Bereitschaft, den Bruch der Verträge an dem Kaiser und seinen Verbündeten zu rächen, sprach er die bestimmte Erwartung aus, der Herzog werde sich nicht weniger eifrig in der Erfüllung seiner Pflicht zeigen und gewaffnet für die Erhaltung des für das Reich so geheiligten Westfälischen Friedens eintreten. Die Antwort aber, die Rousseau endlich Mitte November auf eine zum Kriege gegen Brandenburg drängende Denkschrift erhielt, erklärte nicht bloß die Jahreszeit für bereits zu weit vorgerückt zum Beginn der Feindseligkeiten, sondern wies auch nachdrücklich darauf hin, daß Schweden ja von seiner Absicht, mit Brandenburg zu brechen, in Hannover noch gar nichts habe verlauten lassen, der Herzog also Gefahr laufe, wenn er zuerst angriffe,

---

1) In einem Ende 1678 entstandenen Mémoire de l'Envoyé de Suède sur les affaires de Poméranie (Paris, Arch. Min. aff. étr. Suède XXXVI) wird gegen die drohende Abtretung Stettins an Brandenburg u. a. geltend gemacht: le principal dessein de l'alliance des couronnes en seroit frustré, puisque le Brandebourg seroit en estat d'empescher le passage des trouppes suédoises de Stetin en Silésie, s'il éstoit maistre du bord de la rivière.

2) Ludwig XIV. an Rousseau, Versailles, 14. September 1674.

3) Ludwig an Rousseau d. 21. September 1674.

4) St. Germain, d. 26. Oktober 1674: — — j'ay droit de m'attendre que vous ne vous porterez pas avec moins d'ardeur et de zèle pour répondre à ce que vous devez et à nostre alliance et au maintien des traittés dont les lois doivent estre sy sacrées dans l'Empire.

die ungeteilten Kräfte der Feinde auf sich zu ziehen, — was er vor seinem Vaterlande und seinem Gewissen nicht verantworten könne; zudem sei die Lage durch den Übertritt Kölns und Münsters zu dem Kaiser wesentlich geändert. Die schuldigen Truppen zum Reichsheere zu stellen, dürfe er unter diesen Umständen nicht unterlassen. Doch zögerte er damit auf Frankreichs Wunsch wenigstens so lange wie möglich[1]), und als er endlich im November die dazu bestimmten Truppen inspizierte — zwei Compagnien, eine von 100 Reitern und eine von 150 Mann zu Fuß — entging dem französischen Gesandten nicht, daß er dazu aus allen Regimentern die erbärmlichsten Leute hatte aussuchen lassen, zum Teil so alte, daß er selbst ihnen gleich die Bitte um Entlassung mit auf den Weg gab[2]).

In denselben Tagen aber erschien als Abgesandter des in Pommern befehligenden schwedischen Kronfeldherrn Karl Gustav Wrangel, der eben im Begriff stand, gegen den ausgesprochenen Willen der von ihm getäuschten Stockholmer Regierung — welche, wenn denn schon einmal gegen Brandenburg Krieg geführt werden müßte, viel lieber Preußen angegriffen hätte[3]) — in die Mark einzufallen, dessen Bruder, der Generallieutenant Waldemar Wrangel[4]), in Hannover, um direkt mit Johann Friedrich wegen seiner Mitwirkung bei dem Angriff auf den Kurfürsten zu verhandeln. Zwischen ihm und der hannoverschen Regierung begann nun ein wunderliches Versteckspielen, das höchst charakteristisch ist für die völlige Unklarheit der Lage und die ängstliche Zurückhaltung beider Teile, die gleich weit davon entfernt waren, für Frankreich irgendwelche Gefahr laufen zu wollen. Auf der einen Seite hütete sich der schwedische Abgesandte peinlichst vor jeder Äußerung, die bewiesen hätte, daß Schweden den Krieg mit Brandenburg wollte.

1) Ludwig XIV. an Rousseau, Versailles, 19. Oktober 1674.

2) Rousseau aus Hannover, d. 19. November 1674: — — on a pris les plus mechants et les plus malmontés. Cette infanterie est pleine de vieillards et vingt présentèrent des placet de Mr. le duc de Hannovre pour s'excuser sur leur age.

3) Pomponne an Rousseau, St. Germain, d. 7. Januar 1675: — — mais pour s'attirer moins de plaintes de l'Empire et pour ne pas engager à la deffence de ce prince tous ceux qui sont obligés à la garantie des traittés de Westphalie le Roy de Suède avoit résolu de porter la guerre dans la Prusse.

4) Bei der ersten Erwähnung dieser Gesandtschaft in seinem Bericht vom 23. November nennt Rousseau ihren Träger Gen.-Leutn. Horn, spricht aber weiterhin immer von Gen.-Leutn. Wrangel: es liegt da anfangs wohl eine Namensverwechselung vor.

Ohne diese Gewißheit aber, erklärte der Herzog, sich auf nichts einlassen zu können [1]). Dem heftigeren Ansturm Rousseaus aber, dem der König durch einen neuen, noch energischeren Brief nachhalf [2]), in dem die sofortige Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen gefordert wurde, begegnet er mit der Frage, wie er sich denn überhaupt erklären könne, da Frankreich ihn ja noch nicht einmal die Bedingungen habe wissen lassen, auf die hin es eventuell Frieden zu machen bereit sei [3]). Man begriff in Paris, daß der Welfe doch nur durch ein größeres Angebot zum Handeln zu bestimmen sein würde: man wies auf die Eroberungen hin, die er in den Bistümern Halberstadt und Minden machen könnte, womit angeblich schon der schwedische Kronfeldherr ihn zu ködern versucht hatte [4]). Trotzdem aber erfolgte von Wrangel kein Antrag zu gemeinsamem Vorgehen gegen Brandenburg, so daß man französischerseits an dem Ernst der Absichten Schwedens ganz irre wurde und ein plötzliches Abschwenken desselben gegen Dänemark zu fürchten begann [5]), wie denn ja thatsächlich damals in Stockholm beschlossen war, die in Pommern stehenden Truppen nicht nach der Mark zu schicken, sondern durch sie Christian V. zur Neutralität zu nötigen [6]).

Nach alledem durfte es als ein erster, freilich noch sehr bescheidener Erfolg der französischen Diplomatie in Hannover angesehen werden, daß Johann Friedrich nun Anfang Dezember an den Kurfürsten von Brandenburg ein Schreiben richtete, worin er diesen unter Hinweis auf die Niedersachsen augenscheinlich drohende Kriegsgefahr und seine Zugehörigkeit zu demselben, zum Frieden zu wirken ermahnte — ein erster Schritt,

---

1) Rousseau d. 26. November 1674. — que Mr. Wrangel ne luy ayant encore parlé que par questions sans s'expliquer positivement de l'action dans laquelle a Suède est résolue d'entrer incessamment, il ne pouvait luy respondre que de mesme, et il attendoit qu'il parlait plus précisément pour s'ouvrir aussy de son costé avec plus de netteté.

2) d. d. Versailles, 30. November 1674.

3) Rousseau a. a. O. — qu'il attend l'éclaircissement — sur les conditions de paix desquelles S. M. se contentera pour justiffier sa déclaration et mettre sa conscience en repos.

4) Ludwig XIV. an Rousseau, St. Germain, 30. November: Vous luy ferez encore envisager des conquestes dans les eveschés de Halberstadt et de Minden, dont le Grand-Connestable de Suède luy a le premier ouvert la pensée.

5) Der König an Rousseau, St. Germain, 7. Dezember 1674: que la Suède aura porté son action contre le Danemark au lieu qu'elle me l'avoit promise contre les princes qui sont aujourdhuy en armes contre moi.

6) S. oben S. 168.

so schien es, um Brandenburg für die drohende kriegerische Verwickelung verantwortlich zu machen und so eine Handhabe gegen dasselbe zu gewinnen[1]). Erkannte der Herzog doch nun auch Frankreich gegenüber an, daß, nachdem die Truppen Brandenburgs, Celles und Münsters sich im Elsaß mit den Kaiserlichen vereinigt hätten, der Bündnisfall eingetreten und er verpflichtet sei, in Westfalen und Niedersachsen zu Gunsten Frankreichs zu handeln[2]). Das aber wollte er auch jetzt erst thun, nachdem Schweden vorausgegangen wäre und den Krieg faktisch begonnen hätte. So suchte man ihn nun wenigstens zu der bestimmten Zusage zu vermögen, er werde unmittelbar nach Schweden losschlagen[3]). Immer wieder also wurde die Entscheidung Schweden zugeschoben. In Stockholm aber hätte man nach wie vor sich lieber gegen Preußen gewendet: alsdann wünschte man von Hannover die Deckung des Herzogtums Bremen und Pommerns übernommen zu sehen. Auch damit wäre Ludwig XIV. zufrieden gewesen und empfahl Johann Friedrich ein solches Abkommen[4]).

Da kam endlich die Nachricht von dem am 3. Januar 1675 erfolgten Einmarsch der Schweden in die Mark, und gleichzeitig erhielt der Generallieutenant Wrangel von dem Kronfeldherrn Vollmacht zum Abschluß des von Frankreich so dringend gewünschten schwedisch-hannoverschen Bündnisses[5]). Nun kam man rascher vorwärts, und bereits am 15. Januar 1675 wurde der Vertrag zu Hannover unterzeichnet[6]), der jedoch den Absichten des französischen Königs nur wenig

1) Bericht Rousseaus vom 7. Dezember 1674: — il semble en effet qu'elle fait encore voir le dessein qu'on a toujours icy de rejetter sur ce prince la cause de la guerre et d'en tirer le prétexte d'agir.

2) Pomponne an Rousseau, St. Germain, d. 7. Januar 1675: Le Roy a veu la déclaration qui vous a esté donnée par le duc de Hannovre —. Ce que y est de positif comme le plus important est la déclaration qui est faite par ce prince, qu'il est obligé de faire agir ses armes dans l'estendue des cercles de Westphalie et de le Basse Saxe contre les princes qui auroient envoyé du secours aux ennemis de S. M.

3) Ebendas. C'est ce que l'on pourroit craindre des termes sy généraux „d'après que le Roy de Suède auroit commencé la guerre“ qu'il a insérés dans sa déclaration et bien qu'il se soit reservé la liberté de ne point agir que lorsque cette couronne agiroit, il est bon qu'il la suive immédiatement. Pour cela sy vous ne pouviez faire changer le terme d'après en celuy d'En mesme temps, vouz devez travailler au moins à y faire joindre celuy d'Aussitôt.

4) Pomponne an Rousseau, St. Germain, d. 7. Januar 1675.

5) Bericht Rousseaus vom 7. Januar 1675.

6) Bericht desselben vom 15. Januar, nebst einem Extrait du traitté signé à Hannovre le 15. janvier 1675 entre la Suède et le duc d'Hannovre.

entsprach, weil er wiederum die verlangte sofortige Aktion nicht verbürgte. Bezeichnender Weise nämlich gab sich Schweden den Anschein, als ob es an dem den 11. Dezember 1673 mit Brandenburg geschlossenen Vertrage, nach dem beide gemeinsam vermitteln wollten, dann aber, wenn das mißlänge, jedem von beiden Staaten die Wahl der Partei uneingeschränkt freistehen sollte [1]), nach wie vor festhalte und einzig und allein auf den allgemeinen Frieden bedacht sei, und legte von da aus dem Kurfürsten den Anschluß an den Kaiser und die Niederlande als einen Bruch der ihm gegenüber eingegangenen Verpflichtungen aus. Als Zweck des engeren Bundes zwischen Hannover, Schweden und Frankreich wird die Sicherung des bedrohten Friedens, namentlich in Westfalen und Niedersachsen, bezeichnet, insbesondere der Schutz Hannovers. Brandenburg soll dabei mitzuthun eingeladen, d. h. zur Lossagung von Frankreichs Gegnern aufgefordert und, wenn es sich deren weigert, durch Schweden mit Krieg überzogen werden. In diesem Falle sollte Hannover, ausschließlich der Festungsbesatzungen, 10 000 Mann aufbringen, die gemeinsam mit 6 000 Mann, die Schweden in Bremen und Verden bereit zu halten hatte, Schwedens deutsche Lande zu decken bestimmt waren.

Aber auch den Fesseln, welcher dieser Vertrag ihm anzulegen schien, wußte Johann Friedrich sich alsbald wieder zu entwinden. Es war freilich nicht ganz unberechtigt, wenn er unter Hinweis auf die mehrfach abgegebenen Erklärungen Schwedens die Okkupation der Mark nicht als einen wirklichen Bruch mit Brandenburg gelten lassen wollte: von einem solchen spräche man wohl in Frankreich, aber Wrangel habe davon nichts verlauten lassen [2]). Zudem sei den Schweden ja bisher gar kein Widerstand entgegengesetzt worden: der Kurfürst selbst scheine in dem Geschehenen also einen kriegerischen Angriff nicht zu sehen [3]). Das alles entbehrte nicht einer gewissen Begründung, und bei den französischen Diplomaten stieg immer von neuem die Befürchtung auf, daß sie am Ende der Schlauheit der geriebenen Schweden zum Opfer gefallen seien und es sich bei deren Einmarsch in die Mark um ein mit dem Kurfürsten abgekartetes Spiel handeln könne [4]).

1) Vgl. Prutz, Aus des Großen Kurfürsten letzten Jahren S. 53.

2) Ebendas. Il m'a encore repondu, que M. l'Electeur de Br. et la Suède mesme qu'on en doit croire plus que tout autre, puisqu'ils y ont le plus d'intérest, n'en parlent pas comme d'une rupture entre eux, qu'il n'y a que la France à qui elle s'explique peut-estre ainsy, que Mr. Wrangel mesme ne luy en a donné part comme d'une rupture u. s. w.

3) Bericht Rousseaus aus Hannover vom 25. Januar 1675.

4) Rousseau a. a. O. Il est vray qu'on ne peut trop s'étonner des

Thatsächlich also war durch den Vertrag vom 15. Januar 1675 für Frankreich noch gar nichts gewonnen. Denn allein und zuerst in Aktion zu treten, weigerte sich Johann Friedrich nach wie vor, meinte zudem, gegen den Kaiser die Waffen überhaupt nur unter dem Scheine eines gewissen auf ihn geübten Druckes ergreifen zu können. Allerdings begann er nun demonstrativ zu rüsten. Von einem Einmarsch in das Halberstädtische aber, zu dem man ihn von Paris her zu drängen suchte[1]), konnte nach seiner Meinung vollends nicht die Rede sein, als er vernahm, daß die schwedische Armee sich zunächst nach Hinterpommern gewandt habe[2]). Daran änderten auch die plumpen Schmeicheleien nichts, mit denen man ihn französischerseits als den Hort des Friedens im Reiche feierte und ihm für den Fall des Eingreifens den größten Gewinn verkündete: ohne durch einen leidlich brauchbaren Vorwand den Schein zu wahren, dabei blieb er, könne er nicht zu den Waffen greifen[3]). In Wahrheit aber leitete der Herzog bereits damals eine Schwenkung nach einer ganz anderen Richtung ein, indem er den Anträgen seiner Brüder von Celle und von Osnabrück Gehör schenkte, welche, ihrerseits bisher auf der entgegengesetzten Seite stehend, jetzt, wo der Krieg ihr Land selbst zu treffen drohte, eine politisch-militärische Aktion des braunschweigischen Gesamthauses planten, die sie sowohl vom Kaiser, als auch von Frankreich emanzipieren und in dem hereinbrechenden allgemeinen Wirrsal eine energische Förderung der welfischen Interessen ermöglichen sollte. Zwar gelang es ihm noch nicht, Georg Wilhelm von Celle und Ernst August von Osnabrück, mit denen er in Celle zusammentraf, gleich jetzt von Kaiser und Reich abwendig zu machen[4]). Aber schon die Verhandlungen zwischen den Brüdern erweckten des französischen Königs Mißtrauen: denn wenn dieselben die niedersächsischen Lande vom Kriege frei erhalten wollten, war auf einen hannoverschen Angriff gegen Brandenburg vollends nicht

---

procédé si irrégulier de Mr. l'Electeur de B., mais je ne sçay, si l'on ne devoit estre autant surpris de la finesse et de l'ambiguité de celuy de la Suède en cette occasion et si l'on ne pouvoit pas soupçoner qu'elle n'est entrée dans les Estats de cet Electeur que de son consentement.

1) Rousseau d. 18. Februar 1675.

2) Derselbe d. 22. Februar.

3) Ebendas. — Le duc — prie le Roy que puis que S. M. est assurée de luy et que son action ne presse pas, qu'il attende le prétexte de quelque mouvement contre la Suède pour paroistre avoir esté comme forcé à prendre les armes et sauver encore les apparences.

4) Ludwig XIV. an Rousseau, St. Germain, d. 29. März 1675.

mehr zu rechnen [1]). Die Konferenzen, welche auf jene erste Anknüpfung hin dann weiter zwischen Bevollmächtigten Hannovers, Celles, Osnabrücks und Wolfenbüttels gehalten wurden, hatten denn auch ein für Frankreich sehr unbequemes Ergebnis [2]). Für den Fall nämlich, daß die Truppen von Celle, Osnabrück und Wolfenbüttel am Rheine oder sonstwo in Oberdeutschland, jedenfalls außerhalb des niederdeutschen Gebietes, in dem der obersächsische Kreis ausdrücklich als inbegriffen bezeichnet wurde, im Dienste des Kaisers Verwendung fänden, sollte Johann Friedrich den Brüdern und dem Vetter ihren Territorialbesitz garantieren, sich auch zur Fernhaltung jeder Einquartierung und Kontribution von ihrem Lande verpflichten und von Frankreich und Schweden die Zusage erwirken, daß sie den von ihnen anderwärts verwendeten hannoverschen Truppen jeden Augenblick den Heimmarsch gestatten würden, sobald es die welfischen Lande dementsprechend zu decken gelten würde, ihrerseits aber niemals Durchmarsch durch die drei Herzogtümer verlangen würden. Dann wollten sie ihrerseits Hannover gegenüber die gleiche Verpflichtung auf sich nehmen und ihm bei ihren Alliierten die entsprechende Vergünstigung auswirken, die sie für sich Schweden und Frankreich gegenüber eingeräumt haben wollten. Natürlich wäre ein Abkommen der Art Johann Friedrich höchst erwünscht gewesen. Daß er es mit den gegen Frankreich übernommenen Pflichten für vereinbar hielt, zeugt von seiner politischen Naivetät, die nicht geringer war, als sein naiver Eigennutz, in dem ihm seine jüngeren Brüder und sein Wolfenbüttler Vetter freilich nicht nachstanden. Das in diesen vier Herren vertretene Gesamthaus Braunschweig meinte in allem Ernst, den Anspruch erheben zu können, von den beiden Parteien, auf die es sich in diesem Kriege verteilte, sein Gebiet gleichmäßig als unverletzlich respektiert zu sehen, d. h. es wollte durch Teilnahme an dem Kriege alle erreichbaren Vorteile gewinnen, ohne eine von den damit verbundenen Gefahren auf sich zu nehmen. Obgleich mit Schweden und Frankreich verbündet, wäre Hannover gegen Brandenburg gedeckt gewesen, und die drei anderen Herren hätten ihre Heere für den Kaiser

1) Ludwig XIV. an Rousseau d. 22. März: Le concert que vous marquez que les trois fréres travailloient à establir pour esloigner la guerre de la Basse Saxe ne s'accorderoit pas avec ce que l'on peut attendre de ce prince, puisque dans la veue de conserver ses estats, il feroit peut-estre difficulté de les porter dans ceux que Mr. l'Electeur de B. possède dans e cercle.

2) S. die von Rousseau nach Paris mitgeteilte Coppie des propositions de onférence de Zell du 2. avril 1675. Lateinisch und französisch.



und die Niederlande fechten lassen können, ohne Repressalien von Schweden und Frankreich fürchten zu müssen. Mit gutem Grunde setzte daher Ludwig XIV. diesem Projekt ein unbedingtes Veto entgegen[1]). Da die Welfen infolgedessen sämtlich auf die Deckung ihrer Lande bedacht sein und ihre Truppen, wenigstens zu einem Teile, daheim halten mußten, verminderte er dadurch die Streitkräfte seiner Gegner.

So hatte das Frühjahr 1675 begonnen, die bessere Jahreszeit machte die Eröffnung der Operationen möglich, die Johann Friedrich im Herbst 1674 der vorgerückten Jahreszeit wegen abgelehnt hatte[2]), ohne daß eine Entscheidung erfolgt war. Ja, der Herzog blieb auch jetzt noch dabei, Schweden sei mit Brandenburg nicht im Krieg: denn noch hätten seine Truppen in der Mark nichts gethan als essen und trinken, das aber sei nicht Krieg führen[4]). Um so dringender verlangte Generallieutenant Wrangel bestimmte Zusagen für das Zusammentreffen der schwedischen Armee mit der hannoverschen an der Elbe, auf welches der Kronfeldherr seinen ganzen Operationsplan gründete. Ohne einen weiteren Zwischenfall aber, der ein solches Vorgehen rechtfertigen könnte, hatte Johann Friedrich selbst dazu keine Lust: wenn er als der erste von allen Reichsfürsten sich gegen den Kaiser erklärte, würde er das Odium des Friedensbruches auf sich laden. Aber mit dem Säbel rasselte er gewaltig und wünschte angeblich nichts sehnlicher, als womöglich selbst gegen den brandenburger Kurfürsten zu fechten. Auch fing es wirklich an, im Lande kriegerisch auszusehen: in Hameln wurde die Artillerie bereitgestellt; die Offiziere hatten sich marschbereit zu halten; das Heer sollte an der Grenze eine Stellung nehmen, von der aus es sich ungehindert mit den Schweden vereinigen konnte; sobald der Kurfürst Miene machen würde, in jene Gegend zu kommen oder nach seinen märkischen und pommerschen Landen zu marschieren, werde er sich gegen ihn wenden als den eigentlichen Urheber des Krieges im Reiche und aller aus ihm entspringenden Unordnungen[5]). Und dann folgte diesen martialischen Reden nach einigen Tagen die bedauernde

1) Bericht Rousseaus vom 4. Mai 1675.

2) Pomponne an Rousseau, St. Germain, d. 16. Mai 1675. Vous voyez par là combien S. M. a eu raison de n'y point donner son consentement. Elle retint en cette sorte les princes de Brunswik dans leurs estats —.

3) Vgl. oben S. 172.

4) Rousseau d. 8. April 1675. — que ses trouppes n'avoient encore fait que manger et boire dans les estats de Mr. l'Electeur de B., qu'on ne pouvoit pas appeler cela faire la guerre.

5) Bericht von Verjus aus Hannover 10. Mai 1675.

Erklärung, ehe die Schweden nicht näher herangekommen wären, so daß man sich gegenseitig sichere Hilfe leisten könnte, d. h. ehe sie nicht die Elbe überschritten hätten, sei für ihn nach wie vor jedes Handeln unmöglich, zumal er von dem Ernst Schwedens noch immer nicht überzeugt sein könne[1]). Schließlich erklärte er, zur Vereinigung mit den Schweden überhaupt nicht eher aufbrechen zu können, als bis sie einen festen Platz in der Mark — der aber auch Widerstand leisten müsse! — angegriffen und genommen hätten oder der Kurfürst aus Franken aufgebrochen und im Marsch gegen die Schweden wäre[2]).

Rousseau, dem damals der nach Münster geschickte Verjus zur Unterstützung beigegeben war, geriet förmlich außer sich über die Unerschöpflichkeit des aalglatten Herzogs an immer neuen Ausflüchten und Vorbehalten, zumal derselbe sich über die durch Schwedens Zurückhaltung verschuldete Verlegenheit Frankreichs ziemlich offen lustig machte. Er blieb dabei, daß Schweden ja noch immer nicht mit Brandenburg gebrochen, ja ihm noch nicht einmal gesagt habe, wozu es sich eigentlich mit ihm vereinigen sollte. Erst auf das erneute Andringen Rousseaus und Verjus' ließ sich Wrangel nun endlich zu der Erklärung herbei, allerdings seien die Schweden in die Mark eingerückt, um den Kurfürsten zur Rückberufung seiner gegen Frankreich geschickten Truppen und zum Frieden zu nötigen, vertraute Johann Friedrich auch an, daß sie geradeswegs nach der Elbe marschieren würden und zu deren Überschreitung seine Hilfe durchaus nötig hätten. Der Herzog versprach denn nun auch, alles so anzuordnen, daß die Vereinigung seiner Truppen mit den schwedischen durchaus gesichert sei[3]), wies zugleich aber wiederum darauf hin, daß ihm ein stichhaltiger Grund zum Kriege gegen Brandenburg doch noch immer fehle[4]). Jedenfalls unterblieb der schwedischerseits so dringend verlangte Vormarsch nach der Elbe[5]). Auch die ihm empfohlene Besetzung der ehemaligen Werbener Schanze lehnte der Herzog ab, weil er in jener Gegend weder Magazine, noch

---

1) Bericht Verjus' vom 17. Mai.

2) Ebendas. — que les Suédois auroient pris ou attaqué une place de Monsieur l'Electeur qui auroit resisté ou que Mr. l'Electeur quitteroit ses quartiers de Franconie pour avancer contre les Suédois, il marcheroit pour les joindre, il nous le promettoit.

3) Rousseau und Verjus aus Hannover d. 17. Mai 1675.

4) Ebendas. — on tesmoigne que les sujets de plainte qu'on a contre luy, ne sont pas assez forts pour luy faire la guerre et qu'ainsy on en doit tirer le prétexte de la Suède.

5) Rousseau 20. Mai.

die zum Schlagen einer Brücke nötigen Gerätschaften habe. Dann ließ die Kunde von des Kurfürsten eiligem Anmarsche es ihm vollends unmöglich erscheinen, durch Entfernung seiner Truppen sein Land ungeschützt einem Handstreiche desselben auszusetzen [1]). Ja, er stellte dem schwedischen Kronfeldherrn eine Denkschrift zu, worin all die Punkte verzeichnet waren, in denen Schweden ihm gegenüber seinen vertragsmäßigen Verpflichtungen nicht nachgekommen sein sollte. Darauf erwiderte der schwedische Bevollmächtigte mit der Alternative, entweder müsse der Herzog alsbald mit seiner ganzen Armee an die Elbe marschieren und sich dort festsetzen, um den Übergang der Schweden zu erleichtern, oder wenigstens seine Reiterei dem Grafen Königsmark überlassen, damit dieser, nach Heranziehung der im Bremischen stehenden schwedischen Abteilungen, den Kurfürsten am Übergang hindern und die sich hie und da zusammenrottenden märkischen Bauern zerstreuen könne. Das erklärte nun Johann Friedrich seinerseits für eine ungeheuerliche Zumutung: denn seit vier Monaten hätten die Schweden sich, worauf er immer gedrungen, eines festen Platzes an der Elbe bemächtigen mühelos können [2]). Hinter der Weigerung der Schweden, sich von der Elbe zu entfernen, vermutete er unlautere Absichten: wahrscheinlich wollten sie sich auf Holstein werfen, und er solle ihnen dazu den Rücken decken [3]). Hatte Schweden doch noch unlängst auf dem niedersächsischen Kreistag zu Lüneburg erklären lassen, es denke nicht an Krieg gegen Brandenburg, wenn nur auch von der anderen Seite sein Gebiet als neutral respektiert würde. Die Schweden, meinte er, seien zwar sehr gerieben, aber doch nicht gerieben genug, um ihn zu einem solchen Wagnis zu verlocken, bei dem er sein Heer, seinen Staat und alles, was er auf Erden hätte, aufs Spiel setzen würde, nur aus Gefälligkeit gegen sie und ohne Frankreich irgend etwas zu nützen [4]). Dennoch ließ er in der zweiten Hälfte des Juni seine Truppen endlich ausrücken und zog

1). Schreiben des Herzogs an den Connetable Wrangel vom 22. Mai 1675: Abschrift bei Rousseaus Bericht.

2) Bericht Verjus' vom 3. Juni 1675.

3) Ebendas. — qu'ils ne veulent pas s'esloigner de leur pays ou qu'ils veulent encore moins s'esloigner de l'autre costé de l'Elbe pour des desseins qu'ils y ont, dont il ne s'estoit pas encore expliqué clairement, mais qu'il m'a dit aujourduy ouvertement sembler estre sur le Holstein, qu'ils veulent qu'il marche pour garder les manteaux pendant qu'ils feront ce qui leur plaira.

4) Ebendas. — qu'ils sont bien fins, mais qu'ils ne le seront jamais assez pour le porter à hazarder ses trouppes, ses estats et tout ce qu'il a au monde pour leur complaire sans servir rien à S. M. . . .

selbst mit: aber bereits bei Salzhelder in der Nähe von Eimbeck wurde Halt gemacht mit der Erklärung, nicht einen Schritt werde er weiter vorwärts thun, ehe die Schweden nicht einen Elbübergang in ihre Gewalt gebracht hätten[1]).

Und eben in jenen Tagen erfolgte nun die Entscheidung in der Mark. Der Tag von Fehrbellin machte all diesem Hin und Her ein jähes Ende. Wohl hätte Johann Friedrich den Schweden Luft machen können, wenn er den siegreichen Kurfürsten vom Rücken her in Minden und Halberstadt angefallen hätte. Natürlich aber wollte er davon nun vollends nichts wissen. Wohl bekam er von Ludwig XIV. harte Worte zu hören: er allein sollte an dem unglücklichen Ausgang des schwedischen Unternehmens schuld sein und müsse durch einen schnellen Angriff auf Brandenburg das Versäumte wieder gut machen, zumal bei der bevorstehenden Heirat des Schwedenkönigs mit einer dänischen Prinzessin von Dänemark nichts mehr zu befürchten sei: er sollte nun seinerseits über die Elbe gehen und sich mit den Schweden vereinigen[2]). Selbstverständlich blieb der Herzog demgegenüber dabei, nur der Schweden Langsamkeit und Unentschlossenheit sei für das Unglück verantwortlich zu machen. In Aktion zu treten aber war er nur in dem einen Fall bereit, daß Schweden in dem Herzogtum Bremen angegriffen würde[3]). Als sich dann aber als Folge des Fehrbelliner Tages die totale Zertrümmerung der schwedischen Armee ergab und die Mark bald völlig von ihr geräumt war, da erklärte Ludwig XIV. überraschender Weise das bisher so eifrig betriebene Eintreten Hannovers in den Krieg plötzlich für unnötig, verzichtete auf die Erklärung gegen Brandenburg und war bereit, Hannover die ihm früher verweigerte Neutralität zuzugestehen[4]). Er hatte den Welfen hinreichend kennen gelernt, um zu wissen, daß derselbe jetzt, wo man seiner dringend benötigt war, seine Forderungen ins ungemessene steigern würde. Um so mehr eilte er, ihn beim Wort zu nehmen mit dem Erbieten, zu Gunsten Schwedens das Herzogtum Bremen gegen jedermann zu verteidigen, im Notfalle selbst gegen Dänemark, hätte es sogar am liebsten gesehen, wenn der vom Bischof von Münster beabsichtigte Einfall ins Bremische den Herzog zu sofortigem Handeln genötigt hätte, denn wenn derselbe

1) Rousseau aus dem Lager bei Salzhelder, d. 21. Juni 1675.

2) Ludwig XIV. an Verjus, Camp de Fleurus, d. 26. Juli 1675. — Pomponne an Rousseau u. Vejus eod. dat.

3) Verjus aus Hannover, d. 19. Juli 1675.

4) Ludwig XIV. an Rousseau, Versailles, d. 26. Juli 1675.

erst einmal die Waffen ergriffen haben würde, werde er sie nicht so leicht wieder niederlegen können[1]).

Nun hatte aber mit diesem Anerbieten zur Verteidigung Bremens im Interesse Schwedens Johann Friedrich nur den ersten Fühler ausgestreckt, ob bei dem wahrscheinlichen Zusammenbruch der schwedischen Macht in Deutschland nicht ein erkleckliches Stück der Beute an ihn zu bringen sein würde. Was kein Andringen Frankreichs und keine Mahnung Schwedens bisher zu Wege gebracht hatte, bewirkte die veränderte Konjunktur. Trotz der drohenden Art, in der Brandenburg sowohl, wie Münster von ihm Erklärungen über die dabei verfolgte Absicht forderten, ließ er Anfang August Truppen in Bremen und Verden einrücken, um mit den Schweden gemeinsame Sache zu machen, ja, sogar auf Cellischem Grund und Boden eine Minden bedrohende Schanze aufführen, unbeirrt durch die entrüsteten Klagen seines Bruders von Celle und die emphatischen Vorstellungen, die ihm in einem durch einen Spezialgesandten überbrachten Briefe Friedrich Wilhelm über sein Verhalten machte, weil er durch die Parteinahme für die als Reichsfeinde erklärten Schweden, die der Politik seines Hauses zuwider sei, seinen Ruf sowohl, wie seines Landes Wohlfahrt schwer schädige und sich nicht bloß harten Verlusten, sondern unauslöschlicher Schmach bei der Nachwelt aussetze[2]). Mit solchen wohlgemeinten, reichspatriotischen Phrasen aber, an die man in Berlin selbst nicht allzu sehr glaubte, war freilich bei Johann Friedrich so wenig auszurichten, wie durch ähnliche Mahnungen, die der Kaiser an ihn ergehen ließ. Richtiger urteilten auch hier die französischen Diplomaten, wenn sie an den Ernst der ganzen Aktion nicht glaubten, darin vielmehr nur einen ersten Schritt sahen, um die völlige Lösung von Frankreich und den Übertritt zur Gegenpartei vorzubereiten, den er sich auf Kosten Schwedens belohnen zu lassen dachte. Trat doch nun auch Dänemark aus seiner Reserve heraus, nachdem Ludwig XIV. es vergeblich durch die lockendsten Versprechungen in Unthätigkeit zu erhalten gesucht hatte: eine unsichere Neutralität, die nicht einmal

1) Ludwig XIV. an Rousseau, Versailles, d. 9. August 1675. . . . de quelque manière qu'il eust pris une fois les armes, il ne seroit plus libre de les quitter . . . Den 16. August an Verjus: de quelque manière qu'il s'engage à la guerre, c'est assez qu'il la commence, et de quelque costé qu'il entrast en rupture, il luy seroit difficile de s'en retirer et de ne pas agir contre le party qui m'est contraire. C'est ce qui me feroit souhaitter que l'evesque de Munster continue dans le dessein d'attaquer le duché de Bremen au lieu d'en retirer ses trouppes.

2) Bericht Verjus' und Rousseaus aus Hannover vom 19. August 1675.



allen seinen Verbündeten gegenüber gelten sollte, mit 300 000 Thaler jährlicher Subsidien und der gleichen Summe als Aussteuer der dem jungen Schwedenkönige zur Gattin bestimmten dänischen Prinzessin zu erkaufen, wie ihm der Kopenhagener Hof zumutete, fand der König denn doch etwas zu teuer[1]). Um so mehr lag diesem daran, Johann Friedrich neutral zu erhalten, und er war zu diesem Zwecke bereit, ihm auch fernerhin Subsidien zu zahlen, bloß damit der Herzog seine Armee beibehalten könnte und die von ihm notgedrungen entlassenen Soldaten nicht etwa die Streitkräfte seiner gegen Schweden und Frankreich im Felde stehenden Nachbarn noch vergrößerten[2]).

Zunächst bemüht, Zeit zu gewinnen und die Entscheidung, zu der man ihn von beiden Seiten zu drängen suchte, hinauszuschieben[3]), bestritt er Münster und Brandenburg mit einer gewissen sittlichen Entrüstung das Recht, eine Erklärung von ihm zu verlangen, wie sie gethan, da dazu allein der Kaiser berechtigt sei, enthüllte aber dem französischen Gesandten seines Herzens geheime Wünsche[4]) mit der Frage, ob es nicht anginge, daß er seine Truppen in das Herzogtum Bremen würfe, um Schwedens Feinde an dessen Wegnahme zu hindern. Er erneute also den schon früher vergeblich angeregten Gedanken eines hannoverschen Sequesters des ihm so bequem gelegenen Landes, nur mit dem bezeichnenden Unterschiede, daß er jetzt nicht mehr die künftige Rückgabe an Schweden als selbstverständlich in Aussicht stellte, sondern es demjenigen zu überantworten bereit sein wollte, dem es im Frieden zugesprochen werden würde[5]); ja, er meinte, wenn Bremen im Frieden an Schweden nicht zurückkommen sollte, sei er noch ebenso geeignet,

---

1) Instruktion für Verjus, Fontainebleau, d. 5. September 1675, der auf Betreiben Hannovers damals nach Kopenhagen geschickt wurde.

2) Schreiben des Königs von demselben Tage an Rousseau: Ainsy il ne me reste qu'à vous prescrire de nouveau, que vous mesnagiez le plus qu'il sera en vous le subside, par lequel il s'engagera à demeurer neutre et à entretenir ses trouppes, et que vous empeschiez selon l'expédient que je vous en ay marqué que la refforme qu'il pourroit faire de ses soldats ne puisse grossir les trouppes de mes ennemis.

3) Rousseau und Verjus aus Hannover, den 6. September 1675.

4) Ebendas. Il lascha encore à Verjus un mot plus considérable, après luy avoir dit, qu'il luy parloit comme à un confesseur.

5) Ebendas. — il renouvella la proposition du séquestre de ce duché entre ses mains mesme, avec cette différence qu'auparavant il disoit que c'estoit avec obligation de le rendre aux Suédois après la paix, mais qu'il ne parle plus maintenant que de la remettre à celuy à qui on aura arresté de le laisser par les traittés.

es zu behalten wie jeder andere[1]). Sein Minister von Grote bekannte sogar ganz offen, der Herzog begehre die Erwerbung Bremens geradezu leidenschaftlich, das Schweden doch nicht zu verteidigen vermöge und er unmöglich an eine ihm feindliche Macht kommen lassen könne. Die französischen Diplomaten sahen unter diesen Umständen den Übertritt Hannovers zu den Gegnern bereits damals als kaum abwendbar an, mochte Johann Friedrich sich auch noch in Beteuerungen seiner treuen Anhänglichkeit ergehen und um des Königs guten Rat in den auf ihn einstürmenden Schwierigkeiten bitten. Thatsächlich stand er denn auch mit den Gegnern Schwedens bereits in geheimer Unterhandlung, denen sich offen anzuschließen er in dem Augenblick für unvermeidlich erklärte, wo Dänemark sich ihnen verbünden würde[2]). Bereits 11./21. September wurde der betreffende Vertrag — angeblich auch ein Neutralitätsvertrag — zwischen Hannover, Dänemark, Brandenburg und Münster unterzeichnet[3]).

Die französische Diplomatie erlitt damit eine empfindliche Niederlage. Eigentlich mit sehenden Augen hatte sie sich von dem geriebenen Welfen hinter das Licht führen lassen. Daran änderte die de- und wehmütige Entschuldigung nichts, die der Herzog nach Paris gelangen ließ. Ludwig XIV. war außer sich, als er aus dem Inhalt des Vertrags vom 11./21. September entnehmen mußte, daß Johann Friedrich, statt den gegen schweres Geld übernommenen Verpflichtungen endlich nachzukommen, nun mit seinen Gegnern gemeinsame Sache machte und die mit den französischen Subsidien geworbene und unterhaltene Armee dazu anwandte, um sich aus den Spolien seines Schützlings zu vergrößern. Denn während nach dem Hauptvertrage Johann Friedrich nur versprach, sich gegenüber dem Angriffe Dänemarks, Brandenburgs und Münsters auf Schweden durchaus neutral zu halten, wurde ihm in dem Nebenreceß von den drei Verbündeten nicht bloß zugesagt, daß sie, um ihm die Erhaltung seiner Truppen zu ermöglichen, sich bei

1) — mais qu'aussy en cas que la paix se fist de manière que ce duché ne dust pas retourner à eux, il croyoit qu'il seroit assez bon pour le garder qu'un autre.

2) In dem Bericht über seine vergebliche Mission nach Kopenhagen (Hannover, den 23. September 1675) sagt Verjus: La résolution où je vis Mr. le duc d'Hannovre et qu'il déclaroit nettement de vouloir sans aucun delay s'accommoder avec les ennemis de la Suède aussitost que le Danemark se joindroit à eux.

3) Meldung Verjus' vom 23. September. Der Vertrag bei v. Mörner, Kurbrandenburgs Staatsverträge von 1601—1700, Nr. 219 (S. 386—87).

dem Kaiser für die Anweisung von Quartieren für dieselben verwenden würden, sondern die Versicherung gegeben, daß, falls Bremen und Verden erobert werden sollten, auch er seinen Teil davon haben und deshalb zu den darüber zu führenden Verhandlungen hinzugezogen werden solle[1]). Und dabei sollte es ihm unbenommen bleiben, wenn er sie erlangen könnte, auch fernerhin französische Subsidien zu beziehen[2]), während ihm gegen Ansprüche, die Frankreich auf Grund der bisher gezahlten Summen etwa an ihn erheben würde, der Schutz der Verbündeten zugesagt wurde[3]).

So wenig Ludwig XIV. dieses Verfahren mit der Ehrenhaftigkeit vereinbar finden mochte, die Johann Friedrich im Munde zu führen liebte[4]): es blieb ihm, wie die Dinge lagen, nichts übrig, als das Geschehene gut zu heißen. Wie leicht hätte er sonst dem Welfen den erwünschten Vorwand gegeben, schon jetzt offen in das Lager der Gegner überzutreten. Dieser machte wirklich ein ausgezeichnetes Geschäft. Während er von Dänemark, Brandenburg und Münster zum Lohne dafür, daß er Schweden nicht half, einen Anteil an der diesem in Bremen und Verden abzunehmenden Beute zugesagt erhielt, zahlte Frankreich ihm auch ferner Hülfsgelder als Preis für die Unterlassung der thätigen Unterstützung von Schwedens Gegnern. Denn mit der angebotenen Neutralität allein Frankreich gegenüber war Ludwig XIV. doch nicht Genüge geleistet[5]). Vielmehr kam es ihm vornehmlich darauf an, die Entlassung der hannoverschen Truppen zu hindern, welche Brandenburg und die anderen Welfen sofort in ihren Dienst genommen und gegen Schweden verwendet haben würden. Dazu aber verlangte der Herzog anfangs nicht weniger als 30000 Thaler monatliche Subsidien und ganz allmählich nur gelang es Verjus und Rousseau, ihn

---

1) Mörner a. a. O. S. 387.

2) Nebenreceß ebendas. S. 387. Verjus' und Rousseaus Bericht über den Vertrag vom 27. September.

3) Ebendas. Le dernier écrit est une déclaration des confédérés qu'ils ne trouveront par mauvais que ce Prince prenne de subside de V. M. et qu'ils n'entendront point que cela contrevienne à leur traitté de neutralité. — Hauptvertrag Art. 5 (a. a. O. S. 386).

4) Der König an Rousseau und Verjus, Versailles, den 11. Oktober 1675: Celuy par lequel il se fait céder quelque part du duché de Breme ne s'accorde guéres — — avec l'honnesteté dont il fait sy grande prétension.

5) Ludwig XIV. an Rousseau und Verjus, Versailles, den 11. Oktober 1675. — je desire que vous y fassiez marquer bien précisémment qu'il gardera à l'esgard de mes alliés dans l'Empire la mesme neutralité qu'il promet de garder avec moi.

auf 20000 herunterzubieten. Am 18. Oktober 1675 wurde der betreffende Vertrag unterzeichnet[1]). Hart genug kamen dem Könige diese Zugeständnisse an, aber er sann auch schon wieder auf Mittel und Wege, sich ihnen zu entziehen, indem er dem Hannoveraner in dem eigenen Hause Nebenbuhler und vielleicht Feinde erweckte. Würden nicht, so rechnete er ganz zutreffend, die Herren in Celle, Osnabrück und Wolfenbüttel es äußerst mißfällig vermerken, daß ihr Bruder und Vetter für die bloße Neutralität, die ihm obenein Frankreich mit nahezu einer halben Million Thaler jährlich bezahlen sollte, durch ein Stück von Bremen belohnt werden sollte? Sollte es daher nicht möglich sein, sie durch ein verhältnismäßig geringeres Opfer ähnlicher Art zum Eingehen eines gleichen Paktes zu vermögen, auf Grund dessen sie der ferneren thätigen Unterstützung des Kaisers und seiner Alliierten entsagten? Bereits in einem Schreiben vom 1. Oktober legte Pomponne es Verjus dringend nahe, auf Mittel und Wege dazu zu denken[2]).

Nun wurde aber eben von jener Seite damals der Versuch gemacht vielmehr Johann Friedrich vollends zu den Feinden Schwedens herüberzuziehen. Der drohende Zusammenbruch von dessen Macht in Deutschland ließ die Erwerbung des Herzogtums Bremen für das Gesamthaus Braunschweig als leicht und sicher erscheinen. Dazu mußte freilich Hannover seiner so wohl bezahlten Neutralität entsagen und mit Celle und Osnabrück gemeinsam in Aktion treten. Bereits zu Anfang des Jahres 1676 wurde darüber zu Vorsdorf zwischen den Bevollmächtigten der drei Herzöge beraten: that Hannover mit, so sollte Bremen unter sie geteilt werden[3]). Diesen Weg einzuschlagen wurde dem Herzog auch dadurch empfohlen, daß der Kaiser die von Dänemark, Brandenburg und Münster empfohlene Anweisung von Quartieren, die ihm seine Truppen auf anderer Reichsstände Kosten zu unterhalten erlaubt hatten, entschieden verweigert hatte[4]). Von Frankreich aber noch höhere Subsidien herauszuschlagen ließ sich doch nicht hoffen. Den Anschluß an seine Brüder zum Kampf gegen Schweden wünschten auch seine Unterthanen, seine Offiziere und Minister, zumal im Hinblick auf seine

1) Bericht aus Hannover vom 20. Oktober.

2) Pomponne an Verjus, Versailles, den 1. Oktober 1675: — Il n'est pas nécessaire de vous dire combien il luy seroit avantageux de pouvoir destacher Messieurs les ducs de Zell et d'Osnabruck du party de ses ennemis.

3) Rousseau aus Hannover, den 6. Januar 1676: — à l'esgard du duché de Bremen il me dit, qu'il n'y a point encore de partage reglé.

4) Rousseau den 20. Januar 1676.

Kinderlosigkeit und körperliche Hinfälligkeit, bei der man täglich seines plötzlichen Endes gewärtig sein mußte. Auch die persönliche Beliebtheit des als Erbe geltenden Ernst August von Osnabrück wirkte dazu mit. So wurde man denn zu Ende Januar 1676 zu Borsdorf handelseinig [1]). Unter Vermittelung seiner Brüder knüpfte der Herzog denn auch mit Bischof Christoph Bernhard von Münster Unterhandlungen in der gleichen Richtung an [2]). Ja, obgleich er mit dem Kurfürsten über die leidige Quartierfrage von neuem in ernste Kollisionen geriet [3]), hielt es Johann Friedrich nun doch an der Zeit, auf Grund der Autorisation, die Artikel 5 des Vertrages vom 11./21. September 1675 ihm erteilt hatte [4]), als Friedensvermittler zwischen Brandenburg und Frankreich aufzutreten. Obgleich der König der Sache nicht eher näher treten zu können erklärte, als bis der Kurfürst selbst bei ihm ein entsprechendes Ansuchen gestellt hätte, wünschte er diesen Faden doch weitergesponnen zu sehen und bevollmächtigte den Herzog, in diesem Sinne auf den Berliner Hof einzuwirken [5]). Doch hatte die Anknüpfung keine weiteren Folgen. Denn so wenig der Kurfürst mit seinen Verbündeten, namentlich den Kaiserlichen, zufrieden war, noch hatte seine Enttäuschung und Verstimmung nicht den Grad erreicht, daß er zu Frankreich überzutreten für nötig gehalten hätte [6]). Vor allem aber entbrannte der leidige Quartierhader zwischen Hannover und Brandenburg von neuem. Durch den Geheimrat von Gladebeck, der einst im Dienste Christian Ludwigs von Braunschweig gestanden hatte, des ältesten Bruders der Braunschweiger Herzöge und ersten Gemahls der Kurfürstin Dorothea von Brandenburg, ließ Friedrich Wilhelm dem Herzog die Forderung überbringen, die bisher innegehabten Quartiere zu räumen oder mehr für das Reich zu leisten, d. h. die Waffen gegen Frankreich und Schweden zu ergreifen; im Weigerungsfalle drohte er mit Gewalt [7]). Der Herzog

---

1) Rousseau den 24. Januar 1676: — quoy-qu'ils n'ayent encore rien signé, ils sont pourtant comme d'accord de tout.

2) Ebendas.: — sur les mesmes affaires de leurs conquestes dans le duché de Bremen et du partage de cette province.

3) Bericht desselben vom 2. März.

4) v. Mörner a. a. O. S. 386.

5) Ludwig XIV. an Rousseau, St. Germain, den 6. März 1676.

6) Vgl. des Königs Weisung an Rousseau ebendas. auszukundschaften zu lassen „sy le desgoust qu'il tesmoigne des Impériaux seroit capable de le porter à quelque accomodement avec moy."

7) Rousseau den 1. Mai 1676. Le principal sujet du voyage de cet envoyé a esté de proposer à Mr. le duc de Hannovre que s'il vouloit jouir

war außer sich über dieses Attentat auf seine fürstliche Freiheit, mit dem seiner Ehre zu nahe getreten sei: ginge dem Kaiser, der durch Versagung der verheißenen Quartiere den Brandenburger zu diesem Auftreten in den Stand gesetzt, dergleichen ungehindert durch, dann würden nach der Bewältigung der Fürsten die Kurfürsten der Tyrannei desselben zum Opfer fallen[1]); bitter bereue er, daß er sich durch Versprechungen, die man ihm nun nicht erfüllte, zu Frankreich und Schweden nachteiligen Schritten habe bestimmen lassen. So entrüstet war er, daß er Miene machte, nun wieder nach der anderen Seite umzuschlagen und in Paris anfragen ließ, was man dort für ihn zu thun bereit sei, wenn er wirklich gewaltsam aus seinen Quartieren verdrängt werden sollte. Denn der Kurfürst habe ihn wissen lassen, um handeln zu können, müsse er seiner unter allen Umständen sicher sein[2]).

Eifrig griff die französische Diplomatie in ihrer rastlosen Vielgeschäftigkeit diesen Punkt auf, um ihre und ihres schwedischen Schützlings steigende Verlegenheit durch eine neue überraschende Wendung zu mindern. Der Bischof von Münster, Christoph Bernhard von Galen, meinte in dem Bündnis mit Dänemark und Brandenburg auch nicht seine Rechnung zu finden. Er lag damals vor Stade, ließ aber Frankreich erkennen, daß er bereit sei, im Bunde mit ihm den Kampf gegen die Niederlande wieder aufzunehmen, wenn man ihm die Stadt übergebe, die er nach dem Frieden an Schweden zurückzugeben sich verpflichten wollte: was die Welfen im Bunde mit Frankreichs Gegnern zu erreichen hofften, dachte er mit Hilfe desselben zu gewinnen. Aber er verlangte außerdem, daß Frankreich eine Armee am Niederrhein aufstellen, oder auch Hannover sich für dieses erklären sollte, oder mindestens, daß Schweden 5—6000 Mann im Herzogtum Bremen bereit halten sollte. Weder die erste noch die letzte Bedingung war zur Zeit erfüllbar. Um so mehr versuchte man Hannover zu gewinnen. Jetzt könne, so stellte

plus longtemps des quartiers qu'il a, il devoit faire d'avantage pour l'Empire et prendre conjointement avec les autres alliés les armes contre V. M. et contre la Suède. Cette proposition a mesme esté accompagnée de menaces de l'obliger à quitter ses quartiers.

1) Ebendas.: que Mr. l'Electeur de Br. a peut estre plus d'interest qu'il ne croit à l'empescher et que quand les princes seront abattus, les Electeurs auront aussy leur tour.

2) Rousseau aus Hannover, den 11. Mai 1676: — il dit qu'il ne comprend pas pourquoy cet Electeur fait tesmoigner qu'il ne peut agir sans estre plus assuré de luy, puisque cette raison ne l'on a pas empesché l'année passée, quoyqu'il eust alors plus de sujet de demander cette assurance.

man Johann Friedrich vor, Münster ihm den Rückhalt gewähren, den er früher an Schweden gesucht habe; griffen sie beide mit ihren 28000 Mann die Niederlande von neuem an, so gewinne Schweden die Möglichkeit, neue Kräfte zu sammeln. Dazu stellte Ludwig XIV. auch höhere Subsidien in Aussicht[1]). Denn er rechnete darauf, wenn der Herzog und der Bischof so energisch gegen den vom Kaiser beliebten Widerruf des Westfälischen Friedens aufträten, so würden sie damit unter den Reichsfürsten viel Nachahmer finden. Aber so lockend diese Aussicht für Johann Friedrich war, er schreckte doch vor der Gefahr zurück, die mit einer solchen Aktion verbunden war; zu solchen gewagten Entschlüssen war er nicht der Mann[2]). Und auch in der Folge blieb die leidige Quartierfrage der Zündstoff, aus dem Frankreich noch immer hoffen durfte, den gewünschten Brand in Niedersachsen zu entfachen. Mit dem Nahen des Winters wurde sie von neuem akut. Ende November wäre es beinahe zwischen 2000 Brandenburgern, die durch hannoversches Gebiet ziehen und die bisher von den Hannoveranern innegehabten Quartiere einnehmen wollten, und den Herzoglichen zu einem Zusammenstoße gekommen; doch zogen sich erstere schließlich nach dem Halberstädtischen zurück[3]). Daß sie nachher in Thüringen untergebracht werden sollten, hatte kursächsische Beschwerden zur Folge. Und als dann an Hannover der ausdrückliche kaiserliche Befehl erging, die ihm durch Reichstagsbeschluß längst abgesprochenen Quartiere endlich zu räumen[4]), da schien der empörte Johann Friedrich nicht übel Lust zu haben, die im Anhaltischen stehenden Brandenburger mit Friedrich von Homburg von seiner kampfbereit stehenden Armee vertreiben zu lassen, und Frankreich redete ihm natürlich eifrigst zu, ja, stellte ihm für diesen erwünschten Fall die Erhöhung der monatlichen Subsidien auf 40000 Thaler in Aussicht[5]). Aber natürlich kam es auch diesmal nicht zu der ersehnten Aktion, die Schweden Luft gemacht und den Kurfürsten zur Teilung seiner Kräfte genötigt hätte. Übel genug aber blieb es für diesen, so dauernd in Flanke und Rücken bedroht zu sein.

---

1) Ludwig XIV. an Rousseau, Versailles, 31. Juli 1676.

2) Rousseau, den 1. August: — pour tout dire en un mot, il craint trop le péril et est trop peu capable d'une résolution vigoureuse pour embrasser une semblable occasion de prendre les armes.

3) Bericht Rousseaus vom 30. November.

4) Derselbe den 7. Dezember.

5) Derselbe den 21. Dezember.

II.

Welfische Einmischung 1677.

Daß nach dem unglücklichen Verlauf des märkischen und des pommerschen Feldzuges der Gedanke auftauchte, die siegreichen Waffen des brandenburger Kurfürsten durch einen Angriff auf Preußen nach einer anderen Seite hin abzuziehen, war um so natürlicher, als die leitenden schwedischen Staatsmänner, wenn die von ihnen eigentlich niemals recht gewollte Einmischung in den deutsch-französischen Krieg denn durchaus nicht zu umgehen wäre, viel lieber als die Mark das Herzogtum Preußen zum Ziel der ihnen aufgezwungenen Diversion gemacht hätten, wie sie ja noch in den letzten Tagen des Jahres 1675 Erbietungen der Art hatten nach Paris gelangen lassen [1]). Als nun infolge der Ereignisse des Jahres 1677 und angesichts des drohenden Angriffs auf Stettin der Verlust Pommerns für Schweden zu befürchten stand, erhielt der unausgeführt gebliebene Plan gesteigerte Bedeutung, und die französische Diplomatie setzte daher nicht bloß in Stockholm, sondern auch in Warschau alles daran, um ihn zu verwirklichen. Hier wurde der Marquis de Béthune, dort Feuquières in diesem Sinne zu wirken angewiesen. In Polen fand der Gedanke natürlich lebhaften Beifall. Indem man seine Hilfe in Aussicht stellte, empfahl man dem schwedischen Hofe, einen Teil der französischen Subsidien gerade auf dieses Unternehmen zu verwenden [2]). Einem alsbald aus Livland in Preußen einbrechenden Heere von 10000 Mann war man bereit, 8000 Mann hinzuzufügen [3]). Auch Ludwig XIV. sagte zu, Polen in jeder Weise zu diesem Angriffe zu ermutigen und in den Stand zu setzen, durch den er die verzweifelte Lage Schwedens gebessert zu sehen erhoffte. Denn als verzweifelt wurde diese damals sowohl von dem kundigen Feuquières, wie von dem französischen Militärbevollmächtigten bei der schwedischen Armee in Pommern angesehen [4]). Daß Schweden zur Rettung Pommerns so gar nichts that, dasselbe seit dem Tage

1) Pomponne an Rousseau, St. Germain, den 7. Januar 1675. — le Roy de Suède avoit résolu de porter la guerre dans la Prusse.

2) Paris, Archives du Ministère des affaires étrangères: Suède Vol. XXIII. (55) ff. Ludwig XIV. an Feuquières, St. Germain, 5. Februar 1677.

3) Béthune aus Warschau, den 5. April, nach Ludwigs XIV. Ordre an Feuquières, St. Omer, den 1. Mai 1676.

4) Feuquières an den König, Malmö, den 16. Mai 1677. Mr. de Vitry — — ne laisse pas d'estre dans la mesme peine pour la conservation de la Poméranie.

von Fehrbellin vielmehr eigentlich seinem Schicksal überlassen hatte, erschien ersterem so unbegreiflich, daß er bereits anfing, irgend eine besondere, Frankreich nachteilige geheime Absicht dahinter zu vermuten[1]). Er fand es unerträglich, daß angesichts einer stattlichen schwedischen Streitmacht zu Lande und zur See diese Provinz verloren gehen sollte, „unter dem Schatten seiner Majestät und des Westfälischen Friedens“ [2]). Und nun stellten sich auch der schwedisch-polnischen Kooperation gegen Preußen unerwartete Schwierigkeiten entgegen. Karl XI. wollte lieber in Deutschland selbst eingreifen; dazu verlangte er Durchmarsch durch Polen, während dieses seinerseits Preußen angreifen sollte. Johann Sobieski dagegen wollte den Durchmarsch nur gestatten zum Angriff auf das Herzogtum und dazu 5—7000 Mann auf Kosten Schwedens in Polen zu werbende Truppen stellen, selbst aber in dem königlichen Preußen Aufstellung nehmen; trotzdem sollten alle in dem Herzogtum gemachten Eroberungen sofort ihm überantwortet werden, auch dem Lande die Freiheit bleiben sich der polnischen Herrschaft zu überantworten, und so zu seinem ehemaligen Herrn zurückzukehren[3]). Dagegen erhob man zwar schwedischerseits keinen prinzipiellen Widerspruch, wollte sich aber nicht etwa zur Eroberung des ganzen Herzogtums verpflichten, da man seine Kräfte dadurch am unrechten Ort zu binden fürchtete, und verlangte außerdem die eroberten preußischen Plätze bis zum Frieden zu behalten, aus Furcht, die polnische Republik könne sich möglicherweise nach des Königs Tode an die von ihm getroffenen Vereinbarungen nicht für gebunden erachten[4]). Es war jedoch nicht bloß diese Verschiedenheit der Meinungen und Absichten, welche den Plan vereitelte, dessen Ausführung der König von Frankreich möglichst beschleunigt zu sehen wünschte, damit der Kurfürst statt auf die Belagerung Stettins

---

1) Feuquières an den König, Malmö, den 16. Mai 1677: Je comprends toujours moins, pourquoy on n'y pouvoit pas, quand on le peut faire. Je l'ay attribué longtemps à la négligence ordinaire, mais elle est poussée trop avant, pour n'avoir pas quelque raison cachée là dessous. Enfin depuis le combat de Fehrbellin en n'y a pas envoyé le moindre secours ny la moindre consolation.

2) Ebendas.

3) Feuquières' Journal, Malmö, den 27. Mai, auf Grund der ihm zugegangenen Mitteilungen Béthunes: Le tout aux conditions que les conquestes qui se feront dans la Prusse ducale luy seront aussytost remises et que sy cette province se veut donner entière au Roy de Pologne dont elle a esté separée, la Suède n'y opposera aucun empeschement.

4) Feuquières den 31. Mai 1677.

vielmehr auf die Verteidigung Königsbergs zu denken genötigt würde [1]), vielmehr wurde auch hier die völlige Erschöpfung und militärische Ohnmacht Schwedens in der entmutigendsten Weise offenbar. Im entscheidenden Augenblicke waren die schwedischen Truppen in Livland nicht marschbereit und die zum Anschluß bestimmten polnischen Abteilungen warteten vergeblich auf ihr Erscheinen [2]). Es geschah schließlich eben gar nichts, trotz der brennenden Begierde des französischen Königs, Pommern in Preußen zu retten [3]), und die 100000 Thaler, die er in Polen auf die Anwerbung und den Unterhalt von Truppen hatte aufwenden lassen, waren vergeblich ausgegeben [4]).

Da aber erschloß sich von einer andern Seite unverhofft die Aussicht auf einen Umschwung zu Gunsten Schwedens: die Schwenkung der Welfen, die Ludwig erhofft und betrieben hatte [5]), begann sich zu vollziehen.

Bereits im Juni 1677 hatte das Haus Braunschweig-Lüneburg durch Vermittelung Johann Friedrichs von Hannover sich unter der Hand zum Eingehen eines Neutralitätsvertrages mit Frankreich und Schweden erboten. Doch war man nicht zum Abschluß gekommen, weil seine auf Kosten Schwedens gestellten Forderungen zu hoch waren. Bezeichnenderweise freilich hatte Ludwig XIV. dieselben nicht einfach abgewiesen, sondern die Entscheidung über ihre Annahme oder Verwerfung Schweden anheimgestellt, um auch den Schein zu vermeiden, als denke er seinen Alliierten im Stich zu lassen: im übrigen war er davon überzeugt, daß Schweden notwendig Opfer bringen müsse, um in Deutschland Verbündete zu gewinnen [6]). Durch den Angriff auf Stettin war die Lage Schwedens inzwischen noch übler geworden: es mußte seine Gegner durch Nachgiebigkeit zu teilen suchen. Da kam der Herzog von Hannover auf seinen Antrag zurück, indem er den schwedischen Ober-

1) Ludwig XIV. an Feuquières, Camp de Thulin, den 26. Mai 1677: — d'obliger l'Electeur de Brandebourg à abandonner le siège de Stettin pour songer au salut de Königsberg.

2) Ludwig XIV. an Feuquières den 7. Oktober 1677 (Suède Vol. XXIV [54]).

3) Ebendas. Le Prusse est plus capable que toutte chose de sauver la Poméranie.

4) Derselbe, Versailles, den 22. Oktober 1677.

5) S. oben S. 189—90.

6) Ludwig XIV. an Feuquières, Versailles, den 11. Juni 1676: N'y négligez point touttefois d'y employer vos offices, puisqu'il peut estre de quelque avantage que la Suède entre dans le sentiment de sacrifier quelque chose au besoin qu'elle auroit de se faire des alliés dans l'Empire.

feldherrn in Pommern, Grafen Königsmark, vertraulich wissen ließ, da er — Königsmark — doch nicht imstande sei, Pommern zu behaupten, sei es für Schweden vorteilhafter, er übergäbe es samt den Truppen und den festen Plätzen den Fürsten des Gesamthauses Braunschweig, aus deren Händen es nach dem Frieden leichter an Schweden zurückkommen würde, als aus denen des Kurfürsten von Brandenburg[1]). So weit, hatte Königsmark sich darauf vernehmen lassen, sei es zwar noch nicht; wenn das Haus Braunschweig wirklich entschlossen sei, seine Haltung Schweden gegenüber zu ändern, so werde, wie er glaube, Karl XI. sich bereit finden lassen, ihm Bremen und Verden einzuräumen, vorausgesetzt, daß es sich mit ihm gegen Brandenburg verbünden und ihm in Magdeburg, Minden und Halberstadt zu genügendem Ersatz verhelfen würde. Auf dieser befremdlichen Basis begannen alsbald ernstliche Unterhandlungen. Der schwedische Gesandte Esaias von Pufendorf wurde ins Geheimnis gezogen. Georg Wilhelm von Celle war bereit, mitzuthun. Dagegen walteten in betreff Ernst Augusts von Osnabrück ernste Zweifel, ob er zu einem Auftreten gegen Brandenburg zu bewegen sein werde, trotz der für diesen Fall in Aussicht gestellten französischen Subsidien: im Notfalle freilich wollte Schweden den gebotenen Preis auch zahlen, wenn Celle und Wolfenbüttel nur neutral bleiben würden. Obgleich ohne Vollmacht in betreff Osnabrücks verbürgte sich Pufendorf doch mit seinem Kopfe dafür, daß er ein Abkommen der Art in Stockholm zur Annahme bringen würde[2]). An der Neutralität jener beiden aber wollte sich Johann Friedrich nicht genügen lassen, da er ja dann doch allein für Schweden gegen Brandenburg aufzutreten gehabt hätte. Da obenein Georg Wilhelm von Celle sich überzeugte, ohne die volle Wiederherstellung Schwedens in seinem Besitze werde Frankreich doch nicht Frieden machen, die in Aussicht genommene Erwerbung also als höchst fragwürdig erkannte und deshalb sich lieber enger an Brandenburg und Dänemark anschloß, verlief die ganze Angelegenheit für diesmal im Sande[3]).

Natürlich aber ließ die französische Diplomatie den aufgenommenen

---

1) Pomponne an Feuquières, Versailles, den 12. November 1677.

2) Rousseau aus Hannover, den 6. Januar 1678: que la Suède cèderoit aussy à la maison de Lünebourg les duchés de Br. et de Werden pourvu seulement que les ducs de Zell et de Wolfenbuttel s'engageassent à les laisser agir et de demeurer neutres.

3) Ludwig XIV. an Rousseau, St. Germain, den 21. Januar 1678: Vos lettres — ne me laissent plus d'espérance que la négociation du Sr. Pouffendorf puisse réussir.

Faden nicht ganz fallen. Sie kannte Punkte genug, wo sich gelegentlich mit Aussicht auf Erfolg einsetzen ließ, um das niemals allzugute Einvernehmen der Herzöge von Celle, Osnabrück und Wolfenbüttel mit ihren Alliierten vollends zu sprengen. In Osnabrück arbeitete die ebenso kluge wie ehrgeizige Herzogin, die Pfälzerin Sophie, die nicht umsonst eine Königstochter sein wollte, darauf hin, ihren Gatten erst zur Neutralität und dann zur Freundschaft mit Frankreich umzustimmen [1]). In Celle und Wolfenbüttel war man höchst mißvergnügt über die Unpünktlichkeit der Niederlande und Spaniens in der Zahlung der Hilfsgelder [2]). So rechnete man in Paris darauf, sie alle wenigstens zu einer gewissermaßen halben Neutralität zu gewinnen, d. h. daß sie ihre Truppen dem Kaiser nicht wieder gegen Frankreich zur Verfügung stellten. Der Herzog war bestrebt, sich seine Stellung als Vermittler im entscheidenden Augenblick zu wahren, indem er nicht müde wurde, dem Könige von Frankreich seine bis zum Tode getreue Ergebenheit zu beteuern [3]). Jedenfalls lähmte fortdauernde Uneinigkeit die Aktion der Verbündeten auch gegen Schweden. Von den Münsterschen Truppen, die zur Unterstützung Dänemarks durch Bremen und Holstein marschieren sollten, um in Schonen gegen die Schweden zu fechten, ließ Celle bloß die Hälfte durch sein Gebiet passieren und auch das nur, nachdem sie Geiseln gestellt und sich zur Bezahlung alles Gelieferten verpflichtet hatten: jede Verletzung dieses Abkommens drohte Georg Wilhelm mit Gewalt zu hindern, und Johann Georg stand mit seinen Truppen bei Hameln bereit, ihm dabei Hilfe zu leisten [4]). Auch zwischen Brandenburg und Dänemark herrschte nicht das erwünschte Einvernehmen, in militärischer Hinsicht so wenig wie in politischer: der Kurfürst wollte die dänische Armee auf dem deutschen Kriegsschauplatze verwendet wissen, Christian V. lag vor allem die endgültige Wiedergewinnung von Schonen am Herzen. Celle, wegen des Münsterschen Durchmarsches ebenfalls mit dem Dänenkönig gespannt, sah mit wachsender Sorge die Steigerung der brandenburgischen Macht und hatte nicht Lust, sie durch seine Hilfe zur völligen Gewinnung Pommerns noch mehr zu erhöhen [5]). So war es beinahe

1) Ludwig XIV. an Rousseau, St. Germain, den 21. Januar 1678.

2) Derselbe den 14. Januar 1678.

3) Rousseau an Pomponne den 9. Mai 1678: — en me renouvellant l'assurance de ses bonnes intentions et de son zèle pour le service du Roy m'a dit, qu'il estoit pour ainsy dire prest à rendre l'âme.

4) Rousseau an Pomponne den 15. und 20. Mai 1678.

5) Derselbe den 20. Mai: Il n'est pas d'accord avec l'Electeur de Br., il a de la peine à se resoudre de contribuer à augmenter sa puissance desjà trop grande en l'aidant à achever la conqueste de la Poméranie en sa faveur.

zu verwundern, daß diese Allianz nicht bereits damals in die Brüche ging[1]). Unter diesen Umständen wurde auch des Herzogs von Hannover Stellung immer schwieriger, zumal er infolge der Unregelmäßigkeit des Eingehens der französischen Subsidien finanziell hart ins Gedränge geriet und seine Truppen kaum noch erhalten konnte[2]). Da erging an ihn nun auch noch die kaiserliche Aufforderung, sein Kontingent zum Reichsheere in Pommern zu stellen. Natürlich fragte er zunächst in Paris an, wie man dort einen solchen Schritt aufnehmen würde und welchen Weg man die Truppen einschlagen zu sehen wünschte[3]). Mit Kursachsen aber schloß er (den 3. Juni) einen Vertrag zum Schutze gegen Quartierbelastung und zur Behauptung der bisher innegehabten Quartiere. Zu dem gleichen Zwecke knüpfte er nun auch mit Baiern an[4]), das ihm früher zu gemeinsamem Handeln zu fern gelegen hatte[5]). Einem solchen Bunde war auch der Landgraf von Hessen bereit beizutreten[6]). Griff diese Bewegung in den reichsfürstlichen Kreisen weiter um sich, so konnte dem Kaiser, Brandenburg und Münster freilich die Fortsetzung des Krieges gegen Schweden nahezu unmöglich gemacht werden[7]).

So lagen die Dinge für Brandenburg schon im Reiche keineswegs günstig, als im August zu Nymwegen der Friede zwischen Frankreich und Spanien und den Niederlanden unterzeichnet wurde. Es war wiederum ein meisterhafter Schachzug der französischen Politik gewesen,

---

1) Rousseau an Pomponne den 3. Juni: — on est persuadé icy qu'ils en demeureront à la fin d'accord malgré l'interest qu'a la maison de Lunebourg de ne point contribuer à l'augmentation de la puissance desja trop grande de l'Electeur de Br.

2) Rousseau den 27. Mai: Il se plaint tousjours du retardement qu'on a apporté et en protestant que le Roy doit estre assuré de sa bonne foy, il dit qu'il ne peut pas faire des miracles et il tesmoigne en ses propres termes qu'il espère que le Roy aura la charité de ne plus l'abandonner dans une grande extrémité.

3) Rousseau den 27. Mai: — ce prince souhaittoit de sçavoir de quel costé le Roy aimoit mieux qu'il les fist passer, pour faire en cette occasion comme à toute autre ce que S. M. trouveroit le plus à propos.

4) Derselbe den 6. Juni.

5) Vgl. oben S. 170.

6) Rousseau den 16. September.

7) Rousseau den 6. Juni: cet exemple pouvant aisément estre suivi par d'autres princes, l'Empereur, l'Electeur de Br. et Mr. l'evesque de Munster se trouveroient privés des quartiers, d'où ils tirent la principale subsistance de leurs trouppes et cette affaire peut ainsy devenir facilement d'une très-grande importance pour le service du Roy.

daß gleich in der ersten ausführlichen Darlegung der Bedingungen, auf die hin der Friede erreichbar sein würde, die Ludwig XIV. aus Anlaß der allmählich drohend werdenden Haltung Englands, durch seinen Gesandten Courtin Karl II. hatte überreichen lassen[1]), die volle Herstellung Schwedens in seinem deutschen Besitze dadurch zu einer europäischen Angelegenheit gemacht worden war, daß von ihrer Bewilligung die angebotene Herausgabe der französischen Eroberungen, namentlich der den Spaniern abgenommenen Teile von Sicilien, abhängig sein sollte[2]). Das war englischerseits vorbehaltlos zugestanden, und auch Wilhelm III. von Oranien, der wenige Monate später durch seine Ehe mit der Tochter des Herzogs von York der politischen Welt eine so große Überraschung bereitete, hatte bei den damals zwischen ihm und Karl II. von England stattgehabten Vereinbarungen diesem Punkte in dem Programm für den allgemeinen Frieden ausdrücklich seine Zustimmung gegeben[3]). Man kann also eigentlich sagen, daß diese Frage damals bereits so gut wie entschieden war, und daß nur eine vollkommene Täuschung über die Lage der Dinge den Kurfürsten an dem Glauben festhalten lassen konnte, es werde durch seinen Widerstand, so berechtigt derselbe von dem Standpunkte der besonderen brandenburgischen Interessen aus ohne Zweifel war, an diesem Schlusse, der durch die Nymwegener Verträge vom 10. August bestätigt wurde, noch etwas geändert werden können. Wenn er beharrte, so that er das zumeist in der Erwartung, daß auch die übrigen Alliierten den Frieden, den die Niederlande ohne Rücksicht auf sie geschlossen hatten, mit Entrüstung zurückweisen und den Kampf mit gesteigerter Energie fortsetzen würden. Wie völlig er sich darin verrechnete, ist bekannt. Besondere Schwierigkeiten aber für die beabsichtigte Fortführung des Kampfes mußte ihm alsbald die Politik des Hauses Braunschweig bereiten.

Mit begreiflichem Unbehagen nahm der eroberungslustige Georg Wilhelm von Celle die Nachricht von dem Frieden auf, der die gehoffte Vergrößerung auf Kosten Schwedens zum mindesten von neuen schweren Opfern abhängig machte. Persönlich suchte ihn Johann Friedrich zur Fügsamkeit zu gewinnen; in Borsdorf konferierten die Minister der

---

1) Versailles, 3. Juli 1677: Mignet, Négociations relatives à la succession d'Espagne sous Louis XIV. (Documents inédits sur l'histoire de France) IV, S. 485 ff.

2) Ebendas. S. 493: En me dépouillant d'une partie de mes conquêtes, en rendant des villes qui m'étaient acquises par un traité, et des provinces entières, je ne le fais qu'à condition que la Suède soit rétablie.

3) Ebendas. S. 512/13.

Herzöge über die zu ergreifenden Maßregeln [1]). Die Herren erfüllte die Sorge, Brandenburg könne ihnen zuvorkommen und durch schnellen Anschluß an den Frieden sich besonders günstige Bedingungen auswirken, d. h. sich des Wenigen, was unter diesen Umständen überhaupt von Schweden zu gewinnen war, versichern, so daß sie das Nachsehen hätten, und französischerseits that man natürlich alles, um sie in dieser Furcht zu bestärken [2]). Ohne irgend welchen Gewinn, meinte Johann Friedrich, bloß um des Friedens willen, würden seine Brüder die Waffen nicht niederlegen: auf etliche Ämter dürfe es Schweden daher nicht ankommen [3]). Weniger noch als Georg Wilhelm von Celle wollte der hochstrebende Ernst August von Osnabrück davon hören, zumal ihm der Kaiser das Kommando der an der Mosel zu sammelnden Armee der Alliierten anbot [4]). Andererseits war Schweden nach der über alles Erwarten günstigen Wendung, welche die Dinge in Nymwegen genommen hatten, von jedem, auch dem geringsten territorialen Opfer weiter entfernt als jemals [5]). Ein weiterer Gewinn für Schweden und Frankreich war es, daß gerade in jenen kritischen Tagen (19. September 1678) der kriegerische Bischof von Münster, Christoph Bernhard von Galen, starb: insbesondere die Verständigung mit den Braunschweigern wurde dadurch wesentlich erleichtert [6]). Wirklich erklärten sich dieselben nun im Prinzip bereit, sich für die bisher erhobenen territorialen Ansprüche durch Geld entschädigen zu lassen [7]). Ganz außer sich aber über den Gang, den die

---

1) Rousseau den 19. und den 22. August.

2) Rousseau den 22. August 1678: Je luy ay dit — qu'il y auroit du désavantage à s'accomoder les derniers, qu'en différant longtemps Mr. le duc de Zell se verroit peut-estre prévenir par ses propres alliés et que le passé et la maxime si bien establie à Berlin de s'accomoder au temps et de prendre ses avantages dans l'occasion luy faisoient connoistre le peu de confiance qu'il pouroit prendre en la fermeté de l'alliance de Mr. l'Electeur de Br.

3) Ebendas.

4) Rousseau den 29. August 1678.

5) Ludwig XIV. an Rousseau, Fontainebleau den 7. September 1678: Tout ce que j'apprends des sentiments de la Suède me fait assez connoistre qu'en l'estat présent des choses et lorsque la paix est sur le point d'estre conclue avec l'Espagne et avec la Hollande cette couronne assurée de mon assistance voudra rentrer dans la possession entière des provinces qu'elle a perdues.

6) Rousseau den 23. September: — elle facilitera fort l'accomodement de Messieurs les ducs de Lunebourg.

7) Ludwig XIV. an Rousseau, Fontainebleau, den 29. September: C'est desjà beaucoup que l'on se déclare de renoncer pour de l'argent à la prétention de retenir des terres et c'est un grand acheminement au party

Dinge nun zu nehmen schienen, war Johann Friedrich von Hannover, der zu spät erkannte, daß er sich mit seiner ebenso unentschlossenen wie unehrlichen Schaukelpolitik recht eigentlich zwischen zwei Stühle gesetzt hatte. In einem Schreiben an seinen Minister von Grote[1]), das natürlich von diesem dem französischen Gesandten mitgeteilt wurde und so auch zur Kenntnis des Königs gelangte, erging sich der Herzog in wahrhaft leidenschaftlichen Klagen über die schlechte Behandlung, die ihm von Frankreich zu teil geworden sein sollte. Auf das wörtlichste habe er alle eingegangenen Verpflichtungen erfüllt, obgleich er sich dadurch den Haß seines ganzen Vaterlandes zugezogen und alle seine Freunde verloren und sein Land ruiniert habe durch die Beibehaltung der ihm durch die Verträge auferlegten Truppenzahl, und nun werde ihm keine der gemachten Zusagen gehalten, sondern er dem allgemeinen Gelächter und seines Landes Interessen dem Belieben der Feinde preisgegeben, die er sich durch seine Hingebung an Frankreich zugezogen habe[2]). Entscheidend fiel vor allem die totale Erschöpfung seiner finanziellen Mittel ins Gewicht: nur für einen Monat noch hatte eine von allen Unterthanen ohne Unterschied eingehobene Kopfsteuer den Bedarf gedeckt, und unter solchen Umständen wollten auch die 100 000 Livres, die Ludwig XIV. nun endlich wieder zahlen ließ, nicht viel bedeuten[3]). Den Herzog aber trotz alledem auf seiner Seite festzuhalten, hoffte man in Paris namentlich, weil eben um jene Zeit — während der Belagerung und nach dem Fall von Stralsund — das Verhältnis Celles zu Brandenburg ernstlich erschüttert wurde durch den Streit über die mecklenburgischen Quartiere, der sich drohend zu einem bewaffneten Zusammenstoß der bisher Alliierten zuspitzte[4]). Für diesen Fall suchte sich Georg Wilhelm der Hilfe seines Bruders von Hannover zu versichern auf Grund des früher getroffenen Abkommens zu gegenseitigem Schutze in ihren Quartierrechten[5]). Eine gütliche Verständigung zwischen Celle und Brandenburg, die versucht werden sollte, suchte Frankreich zu hintertreiben, da der Bruch ihm ja nur erwünscht sein konnte.

---

auquel ces princes ce voient reduits d'abandonner leurs conquestes par la paix.

1) d. d. 7. Oktober 1678.

2) Das charakteristische Schreiben schließt: — tout cecy sont des choses qui crient vengeance au ciel et à la terre, mais comme il est dur de retomber contre l'aiguille, il faut s'en remettre à Dieu.

3) Rousseau den 7. Oktober 1678.

4) Vgl. auch Prutz, Aus des Großen Kurfürsten letzten Jahren S. 7 u. 10.

5) Rousseau den 31. Oktober 1678.

An diesem Punkte hatte nun damals auch Schweden bereits die Hebel eingesetzt. Seine Gesandten in Nymwegen hatten denen Celles unter der Hand ein Offensivbündnis gegen Brandenburg angeboten zum Zwecke der Wiedereroberung Pommerns. Celle lehnte so wenig wie Wolfenbüttel ab, scheute sich aber doch vor einem so jähen Parteiwechsel: — würden sie das auch gethan haben, wenn sie Kenntnis davon gehabt hätten, wie um dieselbe Zeit der Kurfürst sich durch Rébenac an Frankreich drängte und, vorläufig seine ganze Vergangenheit verleugnend, sich auf Kosten Schwedens seiner mächtigen Freundschaft zu versichern suchte[1])? Wie um einigermaßen das Dekorum zu wahren, wollten sie den Parteiwechsel durch einen gewissen Übergang vermitteln und zugleich einigermaßen rechtfertigen: unter einem etwas anderen Namen lasse sich dann im wesentlichen das von Schweden Gewünschte erreichen[2]). Dazu, schlugen sie vor, solle man dem brandenburger Kurfürsten eine ganz geringe Entschädigung anbieten, um ihre sicher zu erwartende Ablehnung zum Vorwande zu benutzen, um sich gegen ihn zu erklären als den, der an der Fortdauer des Krieges in Deutschland allein die Schuld trage[3]). Als Lohn für sich selbst freilich verlangten sie nicht bloß die Garantie des zu schließenden Vertrages durch Frankreich, sondern auch Subsidien und eine — territoriale — Entschädigung von Schweden[4]). Obgleich schon um dieses letzten Punktes willen ein Erfolg auf diesem Wege kaum zu hoffen stand, ging Frankreich doch auf die Sache ein: die Unterhandlungen konnten jedenfalls dazu dienen, das Mißtrauen und die Entfremdung zwischen Celle und Berlin zu nähren und ein Zusammenwirken zur gemeinsamen Behauptung der gemachten Eroberungen hindern[5]). Der Angelpunkt der französischen Politik in Deutschland blieb eben das Bemühen, die Häuser Braunschweig und Hohenzollern

---

1) Prutz a. a. O. S. 5 ff., 63 ff.

2) Rousseau den 25. November 1678: — mais qu'ils avoient pourtant faire paroistre de la disposition à faire presque la mesme démarche sous un autre nom . . .

3) Ebendas.: — par exemple de proposer une satisfaction très-petite à Mr. l'Electeur de B. et sous prétexte du reffus qu'il en feroit, de se déclarer contre luy comme estant seul cause par là de la continuation de la guerre en Allemagne.

4) Ebendas.

5) Ebendas.: — la négociation en paroist pourtant avantageuse et retenant la jalousie et le peu d'intelligence, qui est desjà entre Mr. le Electeur de Br. et le duc de Zell, elle empeschera au moins qu'ils ne se unissent dans le dessein de s'aider réciproquement à conserver leurs conquestes.

möglichst gegeneinander zu verhetzen und dadurch die beiden ansehnlichsten deutschen Mächte für die Vertretung der Reichsinteressen lahm zu legen. Deshalb wäre es ihr nach wie vor am genehmsten gewesen, Schweden hätte mit Rücksicht auf seine verzweifelte Lage sich auf den von Hannover proponierten Handel eingelassen, den Welfen Bremen und Verden zu überlassen und sich mit ihrer Hilfe durch die Eroberung der Pommern benachbarten brandenburgischen Lande zu entschädigen[1]). Das Entscheidende war aber, daß man in Stockholm nach wie vor von irgend welchen Abtretungen nichts hören wollte und auch Frankreich gegenüber ganz wörtlich auf der in dem Frieden mit den Niederlanden und mit Spanien verheißenen vollen Wiederherstellung seines deutschen Besitzes beharrte. Dieser Eigensinn war es, welcher die von Frankreich so dringend gewünschte Verständigung mit den Braunschweigern verhinderte und die Gegner nahezu wider ihren Willen bei einander zu bleiben nötigte, obgleich sie namentlich wegen der Quartiere dauernd im Streit lagen und auch jetzt noch mehrfach dicht daran waren, deshalb handgemein zu werden. Als im Dezember 1678 sechs brandenburgische Regimenter über die Elbe kamen, um in der Grafschaft Mansfeld Quartiere zu nehmen, verhandelte Kursachsen nebst dem übrigen sächsischen Hause in Eisleben mit den Braunschweigern über gemeinsame gewaffnete Abwehr und Johann Friedrich von Hannover war bereits wieder mit entsprechenden Truppendislokationen bei der Hand[2]). Aber da die längst drohende schwedische Invasion in Preußen nun endlich wirklich erfolgte, zog es der Kurfürst vor, zurückzuweichen und auf die Quartiere im Mansfeldischen für jetzt zu verzichten[3]). So blieben Brandenburg, Celle, Osnabrück und Wolfenbüttel ebenso sehr zur Überraschung, wie zum Ärger der französischen Diplomaten trotz allen Streits und Mißtrauens doch noch gegen Schweden geeinigt. Je mehr er aber von der Unhaltbarkeit dieses Bundes überzeugt war und, namentlich seit Ende Dezember der vielgewandte Rébenac am Celler Hofe

1) Wie Pomponne an Feuquières, Versailles, den 12. November 1677 geschrieben hatte: dans le mauvais estat où les affaires de Suède sont reduittes, on ne pourroit guerres doutter qu'il ne luy fust avantageux d'engager la maison de Brunswik dans ses interests et d'echanger proprement les duchés de Bremen et de Verden contre des conquestes sur Mr. l'Electeur de Br. et plus voisines de la Poméranie. Pour l'interest de S. M. vous voiez qu'il se trouveroit tout entier à commettre ensemble les deux puissances plus considerables de l'Empire.

2) Rousseau aus Hannover, den 23. Dezember 1678.

3) Rousseau den 26. Dezember 1678.

erschien und seine Maulswurfsarbeit begann, jeden Augenblick den Abfall der Welfen erwartete, um so enger suchte Friedrich Wilhelm Dänemark an sich zu ziehen und ferner für die Fortsetzung des Krieges gegen Schweden zu gewinnen.

III.

Der Kongreß zu Dobberan, den 24—28. November 1678.

Am 29. Oktober 1678 hatte der Kurfürst seinen Einzug in das den Tag zuvor von den Schweden geräumte Stralsund gehalten. Am 18. November war nach kurzer Beschießung Greifswald gefallen: die Eroberung Pommerns war vollendet. Würde es aber behauptet werden können? Nach wie vor bestand Frankreich auf seiner unverkürzten Rückgabe und auch die weitgehenden Anerbietungen, die der Kurfürst durch Meinders und d'Espense hatte machen lassen[1]), hatten daran nichts geändert. Dennoch zweifelte Ludwig XIV. gerade damals ernstlich an der Durchführbarkeit dieses Punktes des Nymwegener Friedens, und er würde nicht nur nichts dagegen einzuwenden gehabt, sondern es als Befreiung von einer lästigst empfundenen Verlegenheit freudig begrüßt haben, wenn Schweden sich zu irgend einem für Brandenburg annehmbaren territorialen Opfer entschlossen und dadurch den Frieden möglich gemacht hätte. Nur seinerseits dasselbe dazu zu drängen oder durch Versagung weiterer Hilfe dazu zu nötigen, hielt er für unvereinbar mit seinem Ruhme[2]). Aber er täuschte sich nicht über Schwedens verzweifelte Lage. Am 11. November wies er Feuquières an[3]), zwar die Aussicht auf fernere Hilfe in Stockholm nicht ganz abzuschneiden, aber die Regierung doch zu der Einsicht zu bringen, „qu'il n'est guéres possible de les restablir dans l'Empire, dont ils sont entièrement chassés; qu'il ne leur reste plus aucune porte ouverte pour y entrer et que le grand esloignement de ma frontière met en quelque sorte Mr. l'Electeur de Brandebourg à couvert de mes armes. Par là ils pourroient s'accoustumer insensiblement à connoistre que la paix est plus propre pour les remettre en Allemagne, mais pour y arriver i l s n e p e u v e n t g u è r e s e s v i t e r q u ' i l n e l e u r c o u s t e q u e l q u e s p a r t i e s d e l e u r s p r o v i n c e s. C'est dans cette vue, meldet der

---

1) Prutz a. a. O. S. 67 ff.

2) Prutz a. a. O. S. 71.

3) Ludwig XIV. an Feuquières, Versailles, den 11. November 1678 (Suède a. a. O.).

König seinem Gesandten weiter, que les ministres de Brandebourg ont fait quelque ouverture à Nimvège[1]) et que mesme depuis la prise de Stralsund Mr. l'Electeur de Brandebourg se renfermoit à garder quelques parties de ce qu'il a conquis et qu'il restitueroit l'autre. Il en seroit le mesme de la maison de Lunebourg pour le duché de Breme, et si une fois ces princes estoient accomodés le Roy de Dannemarc ne pourroit gueres se dispenser à traitter à des conditions équitables." Das soll Feuquières in Stockholm — freilich nicht direkt als des Königs Ansicht — mitteilen, nicht förmlich vorschlagen, aber Erwägungen der Art, die doch auch dort angestellt werden würden, nachdrücklich unterstützen — „mais de telle manière touttefois qu'en entrant dans ce sentiment, on ne puisse soubçonner aucune diminution dans touttes les assistances possibles que je serois toujours disposé d'accorder à la Suède."

Der Kurfürst hatte demnach nicht unrecht, wenn er damals durch ferneres Beharren zu einem einigermaßen günstigen Frieden kommen zu können glaubte und unter Vermeidung des alle Zeit drohenden und von Frankreich dringend erwünschten Bruchs mit seinen unzuverlässigen und schon halb abtrünnigen braunschweigischen Alliierten sich für die Fortsetzung des Kampfes namentlich Dänemarks zu versichern suchte, bei dem dafür, wie bei ihm selbst, nicht bloß politische, sondern auch nationale Momente entscheidend in die Wagschale fielen. So eilte Friedrich Wilhelm gleich nach dem Fall von Greifswald nach dem benachbarten Mecklenburg, um in Dobberan mit König Christian V. die Lage zu besprechen und die weiter zu ergreifenden Maßregeln zu vereinbaren.

Über diese Zusammenkunft und ihre Ergebnisse liegen genauere Nachrichten bisher nicht vor. Pufendorf thut ihrer nur ganz beiläufig Erwähnung[2]): man sieht, er maß ihr besondere Wichtigkeit nicht bei, hatte wohl auch in den ihm vorliegenden Akten nichts darauf bezügliches gefunden. Auch von den neueren Bearbeitern dieser Dinge ist sie nicht eingehender behandelt[3]). Mit begreiflicher Neugier nahm ich daher einen sehr ausführlichen Bericht darüber in die Hand, der mir in dem Archiv des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten zu Paris

---

1) Vgl. Prutz a. a. O. S. 8, 63.

2) De rebus gest. F. W. XVI, 86: Et inde habita cum Daniae rege consultatione super praesenti rerum statu — dann folgt der bekannte Brief des Kurfürsten an den Kaiser, d. d. Dobberan, den 24. November 1678. Ebendort (S. 1261) erwähnt Pufendorf, spem fuisse colloquio Dani et Electoris Cellensem quoque interfuturum fuisse.

3) Droysen, Gesch. der preuß. Politik III², 3, S. 429.

unter der Korrespondenz Feuquières' aufstieß, des Gesandten Ludwigs XIV. am schwedischen Hofe [1]).

Bezeichnet als „Copie d'une lettre en date de Dobran du 27e Novembre dernier 1678 contenant la plupart des choses qui ont esté resolues dans les conseils tenus en ce lieu entre le Roy de Dannemark et l'Electeur de Brandebourg" giebt er offenbar die nach Paris eingeschickte Abschrift eines Schreibens, das an einen Empfänger in Schweden gerichtet gewesen war, vermutlich an Feuquières selbst. Denn einen Frankreichs Interessen vertretenden Leser sowie einen die gleiche Richtung verfolgenden Schreiber setzt doch die gegen Ende des Berichtes vorkommende Wendung voraus: „Par tout cecy vous jugerez bien vous-mesme, Monsieur, jusqu'où s'étendra la confiance que le Roy Très Chrestien voudra prendre aux engagemens et promesses de ces deux confédérés, si ses interests permettront que la Suède soit entièrement opprimée, et ce que l'Empereur et divers autres Estats de l'Empire doivent attendre de l'exécution de leurs grands desseins, puisqu'ils ont les pensées bien plus grandes et étendues, ainsi qu'il a esté prouvé assez clairement et qu'ils songent s'agrandir de plus en plus." Danach verfolgt der Bericht offenbar die Tendenz, Frankreich gegen die Anerbietungen Dänemarks und Brandenburgs, die es zur Preisgebung Schwedens und zu einem Bündnis mit ihnen bestimmen sollten, mit Mißtrauen zu erfüllen, nicht minder aber bei dem Kaiser und verschiedenen Reichsständen vor den sie bedrohenden Plänen der beiden Alliierten Sorge zu erwecken, also an beiden Stellen in einem Schweden freundlichen Sinne einzuwirken.

Über die Herkunft seiner geheimen Wissenschaft macht der Schwedenfreund selbst gelegentlich folgende Angabe: „Voilà, Monsieur, ce que j'ay peu recueillir des matières qui ont esté mises icy en délibération et des résolutions qui ont esté prises. Notre ami que vous sçavez m'y a beaucoup servi par l'adresse qu'il a eue de me faire tomber entre les mains le régistre ou protocol, que j'ai parcouru à la haste. Il ne luy a pas esté possible de me faire avoir le traitté en forme touchant cette nouvelle alliance, mais il a protesté que les choses les plus capitales et plus essentielles en estoiént mentionnées dans le dit protocol, et j'ose assez me fier à ma mémoire pour vous pouvoir répondre que je n'ay rien obmis à l'égard

1) Suède, Vol. XXV (58) fol. 240 ff.



des choses principales et réelles." Danach hätte also ein an den Geschäften in irgend einer Art — vielleicht nur als Kanzlist — beteiligter „Freund" des Briefschreibers, d. h. ein im Solde Feuquières' stehender Verräter, den man in diesem Falle viel eher auf dänischer als auf brandenburgischer Seite zu suchen haben dürfte, diesem das Protokoll zum Durchlesen in die Hände gespielt, das über die in Dobberan gepflogenen Besprechungen geführt worden war. Auf einmaliger, eiliger Lektüre desselben beruhten die in dem Bericht gemachten hochpolitischen Mitteilungen. Da wird denn freilich weniger an dem guten Gedächtnis des Briefschreibers als an seiner Kenntnis der Dinge und vielleicht auch an seinem Willen genau die Wahrheit zu sagen gezweifelt werden dürfen. Den förmlichen Vertrag, der nach seiner Meinung in Dobberan über die neue brandenburgisch-dänische Allianz aufgesetzt worden ist, bekennt er nicht gesehen zu haben. Thatsächlich aber ist ein Vertrag in Dobberan überhaupt nicht abgeschlossen worden: es konnte ihm ein solcher mithin auch nicht zur Einsichtnahme gegeben werden. Der Verfasser des dem nach Paris geschickten Schreiben zu Grunde liegenden Originals macht sich also einer handgreiflichen Unwahrheit schuldig, von der als gleichgültig dahingestellt bleiben kann, ob sie auf seine Rechuung zu setzen ist oder auf die seines Gewährsmannes.

Wenn der Berichterstatter, dem Feuquières' Korrespondent seine Weisheit verdankt, im Interesse der von ihm vertretenen Sache einen Vertrag als geschlossen fingiert, der gar nicht einmal verhandelt worden ist, so fällt im Gegensatz dazu die scheinbare Bescheidenheit und Ehrlichkeit auf, womit er in einem anderen Punkte seine Unwissenheit bekennt. „Il y a seulement", sagt er, „deux choses que je n'ay pas peu pénétrer, l'üne pour sçavoir, quel avantage les confédérés prétendoyent tirer du mariage qu'ils jugent sy nécessaire entre le Roy de Suède et la princesse de Dannemarc, et l'autre comment ils pourroyent faire voir, que les trouppes de Königsmarc n'auroyent apporté aucun préjudice au Dannemarc dans le pays de Schonen. Le dit protocol n'en a rien touché et comme cette affaire a esté concertée fort secrètement entre deux personnes, il sera difficile d'en avoir connoissance, si non quand elle sera exécutée." Um mit dem letzten Punkt zu beginnen, so nimmt der unbekannte Berichterstatter über das die Dobberaner Verhandlungen angeblich wiedergebende Protokoll mit dieser Äußerung Bezug auf eine bereits im Eingang von ihm berührte Angelegenheit. Es habe sich, so berichtet er, auf dänischer Seite eine gewisse Verstimmung darüber bemerkbar gemacht, daß die 3000 in Stralsund befindlich gewesenen Schweden des Grafen Königsmark auf

Grund der Kapitulation nach Schweden übergeführt worden seien. Brandenburgischerseits habe man dagegen, sobald Dänemark die vorgeschlagene Grundlage für den neuen Vertrag angenommen haben würde, den Beweis dafür erbringen wollen, daß die Dänen dadurch nicht weiter benachteiligt worden seien, „quoyqu'ils avouassent ingénuement qu'il eust mieux vallu que l'on eust pû faire ces trois mille hommes prisonniers de guerre, mais que cela n'avoit pas esté praticable et que pour faire quitter la ville à un officier général désespéré on n'avoit pas trouvé un expédient plus prompt qu'en luy promettant d'exécuter ponctuellement la capitulation, que luy mesme avoit dressée".

Man wird hier kein Gewicht darauf legen, daß die Zahl der aus Stralsund abgezogenen Schweden auf 3000 statt auf 4500[1]) angegeben wird. Daß der Berichterstatter aber von dem jammervollen Schicksal noch nichts weiß, das die Schweden auf der Überfahrt durch Strandung auf der Küste Bornholms traf, 2000 den Tod in den Wellen bereitete und nur einen kleinen und elenden Rest sehr verspätet nach Schweden gelangen ließ, giebt jedenfalls einen Anhalt für die Zeit der Entstehung des Schriftstücks. Dasselbe ist augenscheinlich vor dem Bekanntwerden jener vielbesprochenen Katastrophe, also wirklich in den Tagen entstanden, wo die Zusammenkunft in Dobberan stattfand. Auch hat sein Verfasser augenscheinlich gute Verbindungen gehabt und verdankt ihnen Kenntnis von Vorgängen, die anderen verborgen blieben: das zeigt seine Bemerkung über die Kapitulation von Stralsund. Daß der Große Kurfürst dem tapfern Grafen Königsmark, der das brennende Stralsund bis zum äußersten zu halten entschlossen war, nicht von sich aus bestimmte Bedingungen auferlegte, sondern, sobald er die Übergabe, an deren möglichster Beschleunigung ihm alles gelegen war, im Prinzip zugestand, dieselben seinerseits zu formulieren überließ, findet anderweitig seine Bestätigung. Denn über die Entstehung der Kapitulation, die er ausdrücklich als eine „gute" bezeichnet[2]), bemerkt Rébenac in seinem während der Belagerung von Stralsund geführten Tagebuch zum 22. Oktober 1678: „Ce jour là Mr. le comte de Kœnigsmark convint avec ses officiers des points de la capitulation. Comme il falloit

1) Droysen a. a. O. S. 421.

2) Bericht aus Stralsund, den 26. Oktober 1678 (Paris a. a. O.). Die von mir ebenfalls in den Feuquièresschen Papieren aufgefundenen Berichte und Tagebücher Rébenacs aus der Zeit der Stralsunder Belagerung teile ich in dem demnächst erscheinenden Heft der „Baltischen Studien" ihrem vielfach interessanten Inhalt nach mit.

quelque temps pour les résoudre, Mr. l'Electeur s'impatienta et envoya trois ou quatre fois des gens pour dire, qu'il falloit se presser, parcequ'il n'avoit pas le loisir d'attendre."

Die gleiche Beobachtung läßt sich nun aber noch in betreff einer Anzahl anderer Punkte machen. Der Verfasser des Berichts verdankt seine Informationen einem wirklich gut unterrichteten Gewährsmann, der von dem zu Dobberan Verhandelten vertraulich Kenntnis erlangt hatte. Er weiß z. B., was in den Tagen nach dem Falle Stralsunds durch den Kurfürsten persönlich[1]) und in seinem Auftrage durch Fuchs[2]) Rébenac über die beabsichtigte totale Schwenkung der brandenburgischen Politik unter vier Augen eröffnet worden war. Denn er läßt den Dänen mitgeteilt werden, „que du costé de Brandebourg on avoit desjà en quelque manière préparé les choses pour cela, puisque lors de la reddition de Stralsund on avoit insinué à Mr. de Rébenac, envoyé de France, qu'il y avoit lieu d'espérer, qu'un jour le Roy, son maistre, préféreroit l'amitié et l'alliance du Dannemarc et de Brandebourg à celle de la Suède". Von den abfälligen Urteilen, in denen der Kurfürst sich bei dieser Gelegenheit nicht bloß über die Braunschweiger, sondern auch über die Dänen ergangen hatte, hat er freilich nichts zu hören bekommen — ein Moment mehr für die Annahme, daß der Bericht aus dänischer Feder stammt, aber auch Mitteilungen von brandenburgischer Seite bringt, und zwar teilweise auch solche von zweifellos autoritativem Wert.

Andererseits aber verfolgt der Berichterstatter ganz im Einklang mit der Thatsache, daß er für den französischen Gesandten in Schweden schreibt, unverkennbar die Tendenz, nicht bloß Frankreich gegen die zudringlichen Werbungen Brandenburgs möglichst mißtrauisch zu stimmen, sondern auch bei Schweden jeden Gedanken an Nachgiebigkeit zu ersticken und die schon vorhandene Erbitterung zu unversöhnlichem Hasse zu steigern. Um ersteres zu erreichen weiß er namentlich auch das religiöse Moment geschickt zur Geltung zu bringen, das in der Politik Ludwigs XIV. damals eine immer größere Rolle zu spielen begann. Er durfte des Eindrucks, so scheint es, sicher sein, wenn er am Schluß u. a. behauptet: „J'ajousteray à cecy que de le part du Dannemark on a fait espérer que l'on embrasseroit la religion réformée afin que l'alliance fust par ce moyen plus estroite et plus indissoluble et le dessein des confédérés moins suspect et odieux à l'Angleterre et

1) Prutz a. a. O. S. 5 ff.
2) Ebendas. S. 8.

la Hollande.“ Eben dahin gehört es, wenn Brandenburg den Anschluß des Hauses Braunschweig selbst um den Preis eines Teils von Bremen und Verden für wünschenswert halten soll, weil dann „on auroit une puissance nouvelle à opposer aux prestres dans la Westfalie et on se prépareroit un chemin seur à des accroissemens plus considérables“ — d. h. doch zu Säkularisationen. Und in demselben Sinne wird von den gründlichen territorialen Änderungen, welche die beiden Alliierten auch sonst im Nordwesten des Reichs, namentlich in dem niedersächsischen Kreise beabsichtigten, erst bemerkt: „Et c'est à cause de cela aussy que l'on ne sçauroit assez recommander le secret d'un dessein de cette importance, qu'il faudroit céler non seulement à la France, mais aussy à l'Empereur, lesquels on pourroit entretenir d'autres affaires et particulièrement des pensées pour la paix, qu'alors on pourroit se promettre que l'on obstiendroit un succès d'autant plus favorable que cette entreprise auroit pour fin principale l'accroissement et la propagation de le vraye Religion dans le Nord aussy bien qu'en Allemagne et qu'avec le temps elle porteroit le coup mortel à l'idololatrie des papistes.“

Bedenklicher noch sind andere Züge in dem Bericht über die in Dobberan angeblich getroffenen Verabredungen. In betreff der weiteren militärischen Unternehmungen soll danach dänischerseits zunächst die Belagerung von Malmöe in der Weise derjenigen von Stralsund in Angriff genommen werden, wozu der Kurfürst Offiziere und Mannschaften aus Pommern zu schicken bereit ist. Da es sich dabei füglich nur um die vor Stettin und Stralsund so furchtbar bewährte brandenburgische Artillerie handeln kann, waren die Forderung und ihre Erfüllung wohl vereinbar mit der Thatsache, daß der lange drohende Einfall der Schweden in Preußen eben damals wirklich erfolgen sollte, die dänischen Minister aber die dadurch nötig gewordene Entfernung Friedrich Wilhelms von dem deutschen Kriegsschauplatz für sehr bedenklich hielten. „Il se trouve des difficultés bien plus grandes“ — heißt es in Bezug darauf — „par le sujet des actions de guerre de l'Electeur pour ce que d'abord les ministres Dannois ne voulurent point du tout entendre à ce que l'Electeur fist dès à présent marcher là plus grande partie de ses troupes du costé de la Prusse et moins encore à ce qu'il y allast en personne en une conjoncture où il y avoit lieu de soubçonner que le Roy de Pologne fist d'intelligence avec ses ennemis. Mais après que de la part de l'Electeur on eût fait

voir, combien il emportoit, que cette invasion des ennemis dans la Prusse fust reprimée dans son commencement et de quelle utilité seroit la présence de l'Electeur à cette expédition, ils y donnèrent les mains et s'en rapportèrent entièrement à la conduite de l'Electeur." Unter den Gründen, durch welche brandenburgischerseits diese Bedenken der Dänen zum Schweigen gebracht wurden, spielt die Unwahrscheinlichkeit eines Eintretens Polens für Schweden eine Hauptrolle: auch das entspricht durchaus den thatsächlich gegebenen Verhältnissen. Demnach soll dann verabredet sein, daß wenn sowohl der Kurfürst in Preußen, wie der Dänenkönig gegen die Schweden glücklich sein würde, ersterer alsbald mit seiner ganzen Armee nach Westfalen marschieren solle, wenn aber die Dänen nichts ausrichteten, er sich gegen die Schweden wenden müsse, gegebenen Falls mit Hilfe der dänischen Flotte. Die Dänen nämlich sollten nächst Malmö die Festungen Halmstadt und Christianstadt belagern, einen etwaigen Entsatzversuch aber, wenn nötig, durch eine Schlacht hindern. Dann aber geht es in dem Bericht folgendermaßen weiter: „que leur jeune Roy s'y portera d'autant plus facilement que la fortune qui l'avoit accompagnée en un couple de rencontres, l'avoit rendu hardi, où il estoit important de recommander aux officiers généraux et aux autres braves de l'armée de s'appliquer avec tout le soing possible aux moyens de pouvoir se saisir de sa personne ou du moins de le tuer de quelque prix que ce fust, puisque les frais que l'on auroit faits pour cela, seroient assez richement récompensés par cette mort". Die beiden Fürsten sollen demnach dem jungen kampflustigen Schwedenkönig den Tod zu bereiten bestrebt gewesen sein und kein Mittel haben sparen wollen um dieses Ziel zu erreichen, dazu also demjenigen, der ihn im Handgemenge niederhauen würde, eine besonders reiche Geldbelohnung verheißen haben. Das trägt so unverkennbar den Stempel der Erfindung an sich, daß es eines Beweises dafür nicht mehr bedarf, es liege hier eine tendenziöse Erfindung vor. Was mit solchen Fabeln am schwedischen Hofe erreicht werden sollte und erreicht werden konnte, liegt ebenfalls auf der Hand. Höchstens die Naivetät des Mannes kann man bewundern, der auf Glauben für die Mitteilung rechnet, daß dergleichen auf dem Dobberaner Kongreß verhandelt und protokolliert sein soll!

Wird nach alledem kein Zweifel darüber obwalten können, daß der Verfasser des an Feuquières gelangten Berichtes über die in Dobberan geführten Verhandlungen darauf ausgeht, das Ergebnis derselben in



einem Frankreich und Schweden möglichst erbitternden Lichte darzustellen, um jede Aussicht auf einen Frieden abzuschneiden, obgleich Ludwig XIV. selbst einen solchen für den besten Ausweg für Schweden hielt [1]), so wird auf der anderen Seite doch nicht in Abrede gestellt werden können, daß er von dem, was dort vorgegangen war, gute Kenntnis gehabt und diese auch richtig wiedergegeben habe. Mag er diese im Dienst der von ihm verfolgten verhetzenden Tendenz an einzelnen Stellen durch recht plumpe Erfindungen ausgeschmückt oder verunstaltet haben, so sind die übrigen Teile seines Berichtes doch jedenfalls insofern von Interesse, als sie ein Stimmungsbild geben und uns in den Gedankenkreis einen Einblick gewinnen lassen, in dem sich die Besprechungen der beiden Verbündeten zu Dobberan bewegten. Und was er da von den angestellten Erwägungen und diskutierten Plänen mitzuteilen weiß, findet in den wesentlichsten Punkten durch die diplomatischen Aktenstücke der Zeit anderweitig Bestätigung. Gewisse Einzelnheiten aber, die vorläufig noch unbelegt bleiben, entbehren wenigstens nicht einer starken inneren Wahrscheinlichkeit. Überhaupt steht das Bild, das hier von der Dobberaner Zusammenkunft entworfen wird, im vollsten Einklang mit dem Charakter, welcher der Politik Friedrich Wilhelms damals eigen war, ihrer — man möchte fast sagen nervös — springenden Unruhe, ihrer erstaunlichen Produktivität an einander überstürzenden Projekten, ihrer rastlosen, beinahe krankhaften Begehrlichkeit und ihrer Skrupellosigkeit in der Wahl der anzuwendenden Mittel. Zudem befindet es sich auch völlig in Übereinstimmung mit den überraschenden Eröffnungen, die der Kurfürst etwa vier Wochen früher vor Stralsund dem erstaunten Rébenac über die Grundzüge des neuen politischen Systems gemacht hatte, das er demnächst im Bunde mit Frankreich durchzuführen gedächte, und eine ganze Anzahl von den in Dobberan behandelten Gedanken sind von ihm thatsächlich in der Folge aufgenommen und in nachdrücklicher diplomatischer Aktion weitergeführt worden.

Es würde zunächst ja ganz zu dem Charakter der Zeit passen, wenn der Zusammenkunft gewisse Etikettestreitigkeiten vorausgegangen wären, wie der Eingang des Berichtes andeutet. Obgleich er nämlich als der im Range höher stehende den Kurfürsten bei sich erscheinen zu sehen hätte erwarten dürfen, war Christian V. vielmehr seinerseits zu diesem geeilt, veranlaßt durch die — nach mancher Meinung übertriebenen — Berichte von Friedrich Wilhelms üblem körperlichen Befinden. In seiner Umgebung war man damit keineswegs durchweg

---

1) Vgl. oben S. 202.

einverstanden und erinnerte daran, wie anders — und richtiger — der Schwedenkönig es dereinst in Preußen mit dem Kurfürsten gehalten habe. Am Abend des 24. November 1678 in Dobberan angekommen, verweilte der Dänenkönig dort den 25. und reiste in der Frühe des 26. wieder zu seiner Armee ab. In den am 25. gehaltenen Konferenzen nun erklärten nach unserem anonymen Berichterstatter die brandenburgischen Räte ein neues enges Bündnis des Kurfürsten und des Königs für nötig — „pour partager leur bonne et mauvaise fortune, travailler à la conservation des conquestes desjà faites comme aussi à un projet nouveau pour les accroitre et augmenter. Mais pour exécuter les grands desseins en Allemagne il seroit indispensablement nécessaire, que la Suède fust entièrement opprimée et contrainte de se retirer dans ses anciennes limites, soit par une ligue que l'on feroit avec la France contre la maison d'Austriche ou bien avec celle cy contre la France."

Nach anfänglichem Sträuben nahmen die Dänen diese von den Brandenburgern vorgeschlagenen Grundlagen für die Unterhandlungen an, um zunächst zu verabreden, was gethan werden soll, wenn der Kaiser nach dem Vorgang der Niederlande und Spaniens einen Separatfrieden mit Frankreich macht und auch das Haus Braunschweig (d. i. Celle, Osnabrück und Wolfenbüttel) und der Bischof von Paderborn[1]) ebenso handelten, also die beiden Verbündeten allein gelassen werden sollten. In jedem Falle, so meinen die Brandenburger, müssen sie auch dann noch einen Feldzug hindurch ausharren, „et se consoler de ce que quelque mal que l'on eust pensé de leur faire par cette paix, elle ne leur apporteroit pas le moindre préjudice ni qu'ils avoient à craindre la moindre surprise ou invasion de ce costé ci." Daß man von Schweden, wenn der Einfall in Preußen das mit Bestimmtheit erwartete Ende nahm, nichts weiter zu fürchten hatte, war gewiß richtig. Im übrigen gelte es vor allem, zwischen Schweden und Frankreich Mißtrauen zu säen und so das letztere „faire écouter l'offre qu'on luy feroit d'entrer avec elle en une alliance perpétuelle pour n'avoir doresnavant que les mesmes amis et ennemis, spécialement pour agir vigoureusement de concert contre la maison d'Austriche, touttes lesquelles choses pourroient estre changées et limitées selon que les raisons d'estat et les interests le requerroient et ce après que l'on auroit

1) Wilhelm II. von Fürstenberg, seit dem Tode Christoph Bernhards von Galen (S. oben S. 198) auch Bischof von Münster.

obstenu l'estat desiré contre la Suède". Der Gedanke an ein enges Bündnis mit Frankreich zu gemeinschaftlichem Handeln gegen Österreich war dem Kurfürsten damals ganz geläufig. Gleich in seiner ersten Unterredung mit Rébenac hatte er ihn ja bereits auf das lebhafteste entwickelt[1]). Darauf ist nach unserem Bericht seitens der brandenburgischen Räte auch in Dobberan ausdrücklich Bezug genommen worden[2]). Hier bekommt er noch eine besondere Färbung durch das Eingeständnis, es brauche sich ja dabei gar nicht um eine dauernde Maßnahme zu handeln, vielmehr könne man das französische Bündnis wieder fallen lassen, sobald es die Staatsraison und der eigene Vorteil erfordern würden, d. h. sobald man sein Ziel in betreff der Schwächung Schwedens erreicht haben würde. Was sich gegen eine solche Politik einwenden läßt, wußten ihre Befürworter ganz gut: sie verlangten für die Verhandlungen, die nun auch von Seiten Dänemarks mit Frankreich angeknüpft werden sollten, das strengste Geheimnis. Denn „autrement il résulteroit un effet très pernicieux et que l'on se mettroit en réputation de gens sans foy", zumal des Kurfürsten Äußerungen — Rébenac gegenüber — von den französischen Diplomaten benutzt würden, um den Kaiser gegen Brandenburg mißtrauisch zu stimmen und zum Separatfrieden zu vermögen.

Der Reihe nach werden dann die an der Sache interessierten deutschen und außerdeutschen Mächte durchgesprochen. Mit Paderborn müsse man kurzen Prozeß machen: seine Truppen sollen, mag der Bischof wollen oder nicht, halb durch List halb durch Gewalt den Verbündeten weiter zu dienen gezwungen werden — ein Vorhaben, das sich augenscheinlich auf die von dem kriegerischen Christoph Bernhard von Münster zusammengebrachten, mit seinem Tode herrenlos gewordenen beträchtlichen Mannschaften bezieht. Vorsichtiger gelte es mit dem Hause Braunschweig zu verfahren: man müsse „pour l'attirer dans la confédération luy promettre que non seulement on la maintiendroit dans les conquestes nouvelles, mais mesme qu'on luy procureroit l'entière possession des deux duchés de Bremen et de Verden et que si l'on venoit de s'appercevoir, qu'elle ne seroit pas disposée à la continuation de la guerre, ce qu'elle ne pourroit pas tenir longtemps caché, il ne luy faudroit rien communiquer du grand projet[3]), et ne laisser pas de luy faire plus que jamais touttes les caresses et amitiés possibles, afin de se conserver par ce moyen

1) Prutz a. a. O. S. 7.
2) S. oben S. 207.
3) Vgl. S. 211.

sa bienveillance et luy oster tout sujet de conniver aux François, lorsqu'ils s'approcheroient d'elle près du Weser et qu'ils se voudroient rendre maistres de la principauté de Minden. Car comme l'on ne pourroit croire, qu'elle voulust permettre qu'une armée passast sur ses terres pour entrer plus avant dans l'Empire, aussy ne devoit-on pas s'imaginer, qu'elle voulust attaquer les deux alliés et faire contreux des actes d'hostilité, pour ce qu'elle n'estoit pas en bonne intelligence avec elle mesme et qu'on ne la voyoit jamais bien unie, si ce n'est qu'en cas que quelqu'un vinst à l'insulter inconsidérement, que d'ailleurs Hanovre faisoit de grandes réflexions sur l'amitié du Dannemarc et n'entreroit jamais en aucune affaire qui alloist directement contre d'interest de cette couronne". Diese Erörterung ist besonders interessant, denn sie betrifft den Punkt, in dem die beiden Verbündeten sich völlig verrechneten und der namentlich für die brandenburgische Politik verhängnisvoll werden sollte. Daß der Kurfürst in seiner Antipathie gegen die Braunschweiger es versäumte, durch Zusicherung eines entsprechend reichlichen Anteils an der schwedischen Beute sie zu fernerer thatkräftiger Unterstützung zu gewinnen, hat sich schwer an ihm gerächt. Da hat Frankreich alsbald eingesetzt und Celle, Osnabrück und Wolfenbüttel durch die lockende Vorspiegelung der Erwerbung eines Teils von Bremen und Verden von ihren bisherigen Verbündeten abgezogen, dann gegen diese auf alle mögliche Weise verhetzt und schließlich um überaus dürftige Zugeständnisse erst zum Separatfrieden und dann weiterhin zu einem Bündnis gegen Brandenburg vermocht, das dieses endlich nötigte, unter Verzicht auf alle großen Entwürfe gegen Schweden sich dem von Frankreich diktierten Frieden zu unterwerfen.

Aber auch die außerdeutschen Lande sind bei den Dobberaner Besprechungen in die weitausgreifenden Kombinationen der beiden Alliierten gezogen worden. Es soll auf einen Frieden zwischen Russen und Türken hingewirkt werden, um letztere zum Angriff auf den Kaiser frei zu machen. Polen, so meinte man, werde durch die Aussicht auf die Wiedergewinnung Livlands zu gewinnen sein, auch dem Kaiser Verlegenheiten bereiten können durch Geltendmachung seiner Ansprüche auf gewisse Teile Schlesiens. Andernfalls werde man den Polen ja leicht im eigenen Lande Schwierigkeiten bereiten können, um sie von der Einmischung in fremde Angelegenheiten und namentlich einem Versuch auf Preußen abzuhalten. Hier soll die diplomatische Arbeit so geteilt werden, daß Dänemark die Unterhandlungen mit Rußland, Brandenburg die mit Polen auf sich nimmt.



Besonders charakteristisch sind die Erwägungen über das, was die beiden Alliierten im Frieden bewilligt zu erhalten versuchen wollen. Da läßt unser Bericht den brandenburgischen Minister folgendermaßen räsonnieren: „Que s'il arrivoit que la fortune leur tournast le dos ou — ce qui seroit la mesme chose — que la France sengeast sérieusement à restablir les Suédois en Allemagne — il faudroit en ce cas-là après la fin de la campagne de l'année prochaine entrer en négociation d'un traitté de paix, se résoudre à faire restituer aux Suédois la ville de Wismar et les duchés de Bremen et de Verden, quand on devoit forcer à cela la maison de Lunebourg et Paderborn, les confédérés demeurant en possession de tout le reste. Car si l'on venoit à considérer que le pis qui pourroit arriver aux alliés la prochaine campagne seroit de ne point faire de nouvelles conquestes et que les Suédois demeurassent les maistres du plat pays dans la Prusse — quant à Kœnigsberg, Memel et Pillau on n'avoit rien à craindre — il n'estoit pas probable que la France voulust avoir de si grands esgards pour la couronne de Suède, énervée comme elle l'est à présent jusques à l'extrémité,' pour vouloir forcer les alliés à tout restituer.“ Man sieht, wie sehr man brandenburgischerseits die Lage noch immer verkannte und wie man sich von dem, was man schlimmstenfalls eintreten zu sehen gewärtig sein mußte, ein ganz verkehrtes Bild machte. Die Braunschweiger sollten ihre auf Kosten Schwedens gemachten Eroberungen herausgeben, man selbst gedachte Pommern und Rügen behalten zu können, und zwar selbst dann, wenn die geplante Wiedereroberung Preußens nicht so glatt verlaufen, sondern das flache Land dort längere Zeit in der Gewalt der Schweden bleiben sollte. Denn man blieb davon überzeugt, Frankreich werde um seiner eigenen größeren Entwürfe willen den Verbündeten schließlich doch gegen Schweden freie Hand lassen, und war bereit, um diesen Preis deren Durchführung nach Kräften zu unterstützen. Den Grundzügen nach ist das bereits die Politik, die der Große Kurfürst wenige Wochen früher vor Stralsund Rébenac gegenüber mit so verblüffender Offenheit skizziert hatte und wenige Monate später durch das Defensivbündnis mit Frankreich vom 25. Oktober 1679 thatsächlich inaugurierte und die ihn jahrelang Ludwig XIV. dienstbar machte. Ihr Programm tritt bereits deutlich in den Erwägungen zu Tage, die er in Dobberan mit dem Dänenkönig anstellte. Den auch im schlimmsten Falle für möglich gehaltenen Frieden auszuwirken, so meinte man, werde nicht schwer halten, „pourvu que l'on fist à la cour de France

les négociations convenables aux véritables interests des confédérés, lesquels devoient tousjours tenir pour chose constante, que la France n'avoit aucune envie de désarmer, mais plustost d'entretenir une guerre petite et aisée pour à la première occasion favorable pouvoir achever la conqueste des Pays Bas et arracher la dignité impériale à la maison d'Austriche; que quoyqu'il pust arriver, elle demeuroit ferme dans ces deux veues, et comme pour parvenir à ses fins, elle avoit besoin d'amis, et que la Suède n'estoit plus en estat ni le seroit de longtemps de luy prester la main dans une affaire de cette importance, il n'estoit pas possible de croire, qu'elle voulust entièrement désobliger deux princes si considérables, qu'au contraire elle les recevroit à bras ouverts et tacheroit d'en tirer les services nécessaires pour son dessein, supposé que de la part des alliés on voulust se confesser à elle d'une manière cordiale, qui la persuadast de la bonne foy des alliés et leur ferme résolution de persévérer dans le parti de la France". Es ist jedenfalls beachtenswert, daß die Leiter der brandenburgischen Politik sich über die letzten Ziele der französischen Staatskunst ganz klar waren und sich und anderen kein Hehl daraus machten, daß Ludwig XIV., was ihm diesmal noch nicht gelungen war, bei der ersten günstigen Gelegenheit nachzuholen entschlossen war. Doch auch das ist sehr charakteristisch, daß man trotz aller bisher gewonnenen und noch gehofften Erfolge in Dobberan bereits durchaus mit der Möglichkeit rechnete, Schweden trotz aller seiner Niederlagen durch Frankreichs Schutz seinen Besitzstand wahren zu sehen und daß man seine Hoffnungen und Wünsche demgemäß einzuschränken entschlossen war. Denn nach erneutem Hinweis darauf, daß es vor allem darauf ankomme, zwischen Schweden und Frankreich Mißtrauen und Verstimmung zu erzeugen und zu nähren, und daß von Seiten Brandenburgs damit bereits ein guter Anfang gemacht sei[1]), heißt es weiter: „Que cependant, si la France contre toute attente venoit à presser plus que jamais les deux alliés et qu'elle prestendit autre chose pour la Suède que ce qui a esté mentionné cy dessus, et que personne ne se présentast pour les assister, il faudroit enfin pour tascher de détruire l'alliance entre ces deux couronnes consentir à la paix et la faire toute telle que la conjoncture des affaires le requerroit à condition toutefois, que la

1) S. oben S. 207.

Suède demeureroit frustrée de l'exemption du péage du Sund et qu'en cela elle fust égalée à toutes les autres nations, au moyen de quoy elle perdroit entièrement son commerce et elle n'oseroit plus paroistre sur mer." Es war also ein sehr weiter Umweg, auf dem man im Notfall Schweden gewissermaßen klein zu kriegen versuchen wollte! Denn die Hauptsache war und blieb nach der Meinung Brandenburgs: „que les Suédois jettés soient en bas du théâtre," d. i. daß die Schweden in der Versenkung verschwänden.

Daran knüpften sich alsbald weitere Pläne, diejenigen, für deren Verwirklichung der Kurfürst 1682 die Zeit gekommen glaubte, als die Association Schwedens mit den Niederlanden den lange ersehnten Bruch desselben mit Frankreich in nahe Aussicht stellte und er gemeinsam mit Dänemark und von Frankreich ungehindert den Erbfeind endlich niederzuringen hoffen durfte [1]). Man dürfe natürlich, so wurden in Dobberan die Dänen belehrt, auch nach dem Frieden nicht entwaffnen, sondern müsse sich schlagfertig halten, jedoch nur so lange friedlich bleiben, bis der Bund zwischen Frankreich und Schweden gelöst und der Schwedenkönig mit einer dänischen Prinzessin verheiratet sei, man selbst aber zu Frankreich gute Beziehungen gewonnen und das Haus Braunschweig zum Eintritt in eine Ligue gegen Schweden geneigt gemacht habe, „sous condition qu'on luy procureroit les duchés de Bremen et de Verden pour les pouvoir posséder comme un bien propre et héréditaire." Aber von da aus spekulierte man bereits weiter, namentlich für den als möglich angenommenen Fall, daß das Haus Braunschweig nicht würde mitthun wollen. Dann wollte man den Anfang machen „par l'attaque prompte et inopinée de la ville de Hambourg, laquelle il faudroit d'abord tellement presser par le feu qu'elle se trouvast reduite à capituler avant que personne la pust secourir. Que quand une fois elle seroit entre les mains des confédérés, on ne s'en mettroit plus en peine que l'on avoit fait autre fois à l'égard de Magdebourg ou de Brunsvig: Qu'après cela quelque conduite que pourroient tenir alors les Suédois, il faudroit aller prendre Wismar et les duchés de Bremen et de Verden en mesme temps avec l'aide de la flotte de Dannemarc qu'il faudroit avoir preste, laquelle se tiendroit sur l'Elbe et fermeroit Wismar par eau. Que si la Suède faisoit la moindre mine de vouloir secourir Hambourg, on auroit alors

1) Prutz a. a. O. S. 23/32.

après la prise de la ville un sujet plausible de luy déclarer la guerre, que si elle demeuroit entièrement paisible, on ne laisseroit pas de faire le mesme, quand on devroit suivant le proverbe luy faire une querelle d'Allemand".

Des weiteren wird aber gleich erwogen, wie man zu verfahren haben würde für den Fall, daß die Braunschweiger sich an der Beraubung Schwedens zu beteiligen bereit seien und einen Teil von Bremen und Verden für sich verlangen sollten: „Il ne faudroit point du tout rejeter cette proposition, pour ce que la jalousie qui se seroit augmentée dans cette maison, viendroit à se diminuer, on auroit une puissance nouvelle à opposer aux prestres dans la Westfalie et on se prépareroit un chemin seur à des accroissemens plus considérables[1]). Que pour ce qui resteroit des duchés de Bremen et de Verden les deux confédérés conviendroient entre eux pour le partager dans une proportion raisonnable. Qu'à l'égard de la ville de Wismar elle demeureroit au Roy de Dannemark et S. M. cèderoit à l'Electeur l'Isle de Rugen, qui est le grenier et le garde manger de la Pomméranie, ensemble la meilleure partie des terres qui dépendent de la ville de Hambourg qui sont les quatre pays au canton de la dite ville, comme aussy quelque chose des baillages circonvoisins, afin que l'Electeur fust obligé par là de donner tous les secours nécessaires pour la défense de la dite ville contre qui que ce fust, et que l'on en peut faire un jour un apanage pour quelque jeune prince. Et comme il n'y avoit aucune doute que les princes de la maison de Lunebourg en entrant en cette nouvelle alliance ne se rendissent absolus et ne devinssent les maistres dans le cercle de la Basse-Saxe aussy bien que dans celuy de le Westphalie, il ne faudroit rien négliger pour priver Paderborn de tout ce qu'il auroit des troupes sur pied et luy oster par là les moyens de s'opposer assez à temps à l'exécution du dessein des alliés pour ce que leurs progrès ne manqueroyent pas de donner de la jalousie à tout le monde[2])."

Selbstverständlich wird man nicht alle die hier entwickelten Projekte zu territorialen Veränderungen, die ebenso tiefgehend wie willkürlich gewesen sein würden, als ganz ernst gemeint und zu demnächstiger Ausführung bestimmt auffassen dürfen. Aber sie sind doch in jedem Fall

---

1) Vgl. oben S. 208.

2) Es folgt der S. 212 erwähnte Passus über die Art, wie man sich der Münster-Paderbornschen Truppen würde bemächtigen können.

insofern außerordentlich lehrreich, als sie zeigen, wo und wie der Große Kurfürst Ersatz suchte und finden zu können meinte für die Verluste, die der bevorstehende Friede ihm durch die Rückgabe Pommerns an Schweden aufzuerlegen drohte. Das Entscheidende bleibt die auch hier wiederum klar ausgesprochene Absicht zum Anschluß an Frankreich, dem er bereit ist, zur Verwirklichung seiner Entwürfe gegen die Niederlande sowohl, wie gegen das Haus Habsburg zu verhelfen, um an Stelle Schwedens als bevorzugter Bundesgenosse an seiner Seite stehend freie Hand zur Eroberung Pommerns zu gewinnen, dem eine entsprechende Vergrößerung Dänemarks und, wenn es mitzuthun bereit war, auch Braunschweigs als Kompensation angeschlossen werden sollte. Es ist demnach in Dobberan im wesentlichen bereits das politische System entworfen worden, dessen von Frankreich erst begünstigte, dann plötzlich verhinderte Durchführung im Mittelpunkt der Krisis gestanden hat, welche die Politik des Großen Kurfürsten 1681—83 durchmachte und deren schmerzlich enttäuschender Ausgang ihn endlich von der Unmöglichkeit überzeugte, als Vasall Frankreichs an dieses leidenschaftlich erstrebte Ziel zu gelangen.

IV.

Der Celler Vertrag vom 5. Februar 1679.

In eben den Tagen, wo Friedrich Wilhelm und sein dänischer Alliierter in Dobberan berieten, wie sie, auch von den übrigen Gegnern Frankreichs im Stiche gelassen, den Kampf noch eine Zeit lang fortsetzen könnten, um die auf Kosten Schwedens gemachten Eroberungen wenigstens zum Teil zu behaupten und für das dann Aufgegebene im Bunde mit Ludwig XIV. anderweitig Ersatz zu suchen — allerdings unter dem stillschweigenden Vorbehalte, nach Eintritt einer Änderung in der politischen Lage die augenblicklich unentbehrliche französische Allianz wieder aufzugeben —[1]) war an einer anderen Stelle bereits die Wendung angebahnt, die so weit ausgreifende Pläne unausführbar machen und auch die bescheidensten Hoffnungen vernichten sollte: das Haus Braunschweig, dessen wohlwollende Neutralität eine unerläßliche Voraussetzung war für die Verwirklichung der in Dobberan besprochenen Entwürfe, das unter Umständen zum Mitthun gewonnen und dann zu einem entsprechenden Anteil an der Beute zugelassen werden sollte, löste

---

1) Vgl. oben S. 211—12.

sich von dem Bunde gegen Schweden, um nicht lange danach förmlich auf die Seite desselben überzutreten. Wohl hatte Ludwig XIV. im Hinblick auf das wenig freundliche Verhältnis namentlich Celles zu Brandenburg die Möglichkeit eines solchen Parteiwechsels schon früher erwogen und seine Gesandten sie im Auge zu behalten angewiesen[1]): daß sie eintrat, war doch weniger das Werk einer bestimmten, zuerst von Paris aus eingeleiteten diplomatischen Aktion, als vielmehr das Ergebnis, sozusagen, eines glücklichen Ungefährs, das scharfen Blickes in seiner Wichtigkeit erkannt und ebenso schlagfertig wie geschickt ausgenutzt wurde. Anfang Dezember 1678 war man in Paris ernstlich irre geworden an der Möglichkeit einer vollen Herstellung Schwedens in seinem deutschen Besitzstand: man machte sich kein Hehl daraus, daß es dazu eines langen und seinem Ausgange nach zweifelhaften Krieges bedürfen würde und meinte, es sei klug, einen Teil preiszugeben, um den Rest zu retten, hielt es aber mit den bisher abgegebenen Erklärungen für unvereinbar, Karl XI. direkt zu einem solchen Schritte zu raten[2]). Da gewährte der ungesucht angebotene Parteiwechsel Georg Wilhelms von Celle, der den des Gesamthauses Braunschweig zur Folge hatte, Ludwig XIV. den Stützpunkt, um Brandenburg, dem er selbst ohnedies nicht recht beikommen konnte[3]), in einer Weise zu bedrohen, die dem Kurfürsten keine Wahl mehr ließ und ihn nötigte, sich seinem Machtgebot zu fügen und dem überall geschlagenen Gegner die entrissene kostbare Beute bis auf einige kleine Stücke herauszugeben: nicht in Nymwegen und nicht in Paris, nicht in dem pommerschen und nicht in dem westfälischen oder niederländischen Feldlager ist damals das Schicksal Brandenburgs entschieden worden, sondern in den Gemächern des Schlosses zu Celle.

Durch seine Unterredungen mit dem Kurfürsten in Kenntnis gesetzt von der überraschenden Wendung, die dieser seiner Politik geben wollte, durch die auf der Reise von Stralsund nach Hamburg empfangenen Eindrücke in der Überzeugung von der tiefen Mißstimmung zwischen Brandenburg und

---

1) Vgl. S. 195.

2) Pomponne an Feuquières, Versailles, den 9. Dezember 1678: Les ennemis de la Suède paroissent tous dans un dessein extrême de s'accomoder. Il est vray qu'ils prétendent de retenir quelque chose, et S. M. souhaite, que vous réussissiez à l'insinuer et à persuader. — Die schwedische Regierung ließ damals in einer ausführlichen Denkschrift darlegen, weshalb Stettin für sie durchaus unentbehrlich sei.

3) Vgl. oben S. 194.

Celle bestärkt[1]) und damit gewissermaßen in den Brennpunkt der augenblicklichen Krisis gestellt, brannte der bisherige französische Bevollmächtigte bei der Armee des Grafen Königsmarck, François de Pas, Graf von Rébenac, vor Begierde, sich auf dem ihm eigentlich bisher fremden Gebiete der Diplomatie auszuzeichnen und durch eine überraschende glänzende Leistung das ihm bisher versagt gebliebene Glück zu machen. Wegen der Unsicherheit seiner ferneren Verwendung längere Zeit in Hamburg zu bleiben genötigt, hielt er es in seiner Thatenlust wenigstens für geboten, als Privatmann dem benachbarten Celler Hofe einen Besuch zu machen, um seine schöne Landsmännin, die „Demoiselle de Poitiou", Eleonore d'Olbreuse, zu begrüßen, die dort als Herrin des Herzogs Georg Wilhelm von Braunschweig gebot. Beide fand er von dem lebhaften Wunsche erfüllt, die ehemaligen guten Beziehungen zu Ludwig XIV. wiederherzustellen, und da das nach Lage der Dinge ohne Verständigung auch mit Schweden nicht möglich zu sein schien, hatte der Herzog sich auch zu dieser gleich bereit erklärt, allerdings als Preis ein Stück von dem Herzogtum Bremen und eine pekuniäre Entschädigung gefordert[2]). Die letztere war Ludwig XIV., der auf die Meldung von der in Celle herrschenden Stimmung Rébenac sofort den Faden weiterzuspinnen anwies, auf sich zu nehmen bereit, schon weil Schweden sie selbst zu leisten völlig unvermögend war, verlangte aber dagegen, Georg Wilhelm solle die occupierten Teile Bremens ganz zurückgeben, jedoch, damit nicht jemand anders sich ihrer bemächtige, so lange besetzt halten, bis Schweden wieder die nötigen Truppen hineinzulegen imstande sein würde. Indem man Bremen dem Herzog von Celle in Depot gab, sollte es Brandenburg und Dänemark entzogen werden[3]). Nicht bloß die Zahl der Feinde Schwedens erfuhr dadurch eine beträchtliche Minderung, sondern es wuchs, wenn die Rettung Bremens gelang, in unverhofftem Maße die Aussicht, Schweden überhaupt in allen seinen deutschen Landen herzustellen[4]). Ja, im Hinblick

1) Prutz a. a. O. S. 98.

2) Ludwig XIV. an Feuquières, St. Germain, den 16. Oktober 1678. Vgl. Prutz a. a. O. S. 99—100.

3) Ebendas. — si l'oblige à demeurer comme dépositaire de ce pais et d'y entretenir des trouppes autant de temps que la Suède differera à y en envoyer. J'ay cru devoir prendre cette précaution pour empescher que le duché de Bremen sortant des mains du duc de Celle ne devinsse aisément la proie de ses autres ennemis.

4) Ebendas. — et que le recouvrement du duché de Bremen ouvriroit un grand jour à son restablissement dans tout l'Empire.

auf die zwischen Brandenburg und Celle schwebenden ernsten Differenzen hielt es der französische König schon damals nicht für ausgeschlossen, durch Subsidienzahlung und vielleicht Waffenhilfe Celle zum Kriege gegen Brandenburg zu gewinnen. So erlangten die nur durch einen Zufall angeknüpften Verhandlungen mit Celle mit einem Male eine entscheidende Bedeutung: führten sie nicht zu dem erstrebten Ziele, blieb Celle im Bunde mit Brandenburg, so war der schwedische Besitz in Deutschland so gut wie unrettbar verloren; gelang es, Georg Wilhelm zur Neutralität zu gewinnen, so blieb wenigstens eine teilweise Herstellung Schwedens möglich; ließ er sich zum Kriege gegen seine bisherigen Alliierten bestimmen, so blieb die Stellung Schwedens im Reiche erhalten, trotz aller politischen und militärischen Fehler, die es gemacht, und trotz aller der Niederlagen, durch die es seinen einstigen Kriegsruhm elend zu Grunde gerichtet hatte. Eine Bedrohung Brandenburgs von dieser Seite, deren man sich am wenigsten versehen zu müssen geglaubt hatte, schien um so mehr den Ausschlag geben zu müssen, als eben damals der schon seit Jahren betriebene Einfall der Schweden aus Livland nach Preußen nun endlich wirklich ausgeführt werden sollte.

Nun unterhandelte der Kurfürst ja damals auch bereits mit Frankreich. Noch Ende des Jahres 1678 hatte er sich gegen Ludwig XIV. zu einem ehrenvollen Frieden erboten und Meinders mit Vollmacht nach Paris geschickt [1]). Eben dadurch aber bot er unwissentlich der französischen Diplomatie die erwünschte Handhabe, um auf Georg Wilhelm von Celle einen Druck auszuüben, damit er ihre Anträge anzunehmen eile, ehe die eingeleitete Verständigung mit dem Kurfürsten erfolgt wäre [2]). Seit dem 15. Januar 1679 verweilte Rébenac, nun ausdrücklich als Bevollmächtigter beglaubigt, in Celle. Seine Eröffnung, daß von einer Abtretung schwedischen Gebietes nicht die Rede sein könne, nahm man dort ohne Widerspruch hin und erklärte sich bereit, dem zuzustimmen, wenn auch die anderen an dem Kriege beteiligten Zweige des Gesamthauses damit einverstanden sein würden. Die gleichzeitig angebotene Überlassung des Herzogtums Bremen bis zu seiner Wiederbesetzung durch die Schweden hatte ja viel Verlockendes: dazu kam — nicht minder wirksam — die Aussicht auf 200 000, vielleicht sogar 300 000 Thaler

1) Prutz a. a. O. S. 71.

2) Pomponne an Rébenac, St. Germain, d. 27. Januar 1679, meldet daß man Meinders erwarte — vous pouvez vous servir utilement de cette apparence de négociation pour insinuer à Mr. le duc de Zel que luy importe de prévenir les mesures que ce prince voudroit prendre avec le Roy.

französische Subsidien. Aber es war nicht welfische Art, sich so leicht zu geben. Während die Herzogin, deren Sympathien begreiflicherweise von jeher bei Frankreich waren, schnell zuzugreifen riet, drückte Georg Wilhelm sein Erstaunen aus über so geringe pekuniäre Anerbietungen, zumal da er das Geld doch noch mit Osnabrück und Wolfenbüttel teilen müsse, wurde dabei aber nicht müde, zu beteuern, des Königs Freundschaft sei ihm mehr wert als fünfzig Provinzen von der Größe Bremens [1]). Natürlich war man dennoch auch mit Osnabrück und Wolfenbüttel eifrigst am Unterhandeln. Daß sie ganz ohne Territorialgewinn bleiben sollten, empfanden freilich auch diese Herren als eine schmerzliche Enttäuschung: wenigstens ein kleines, ihrem Gebiet benachbartes Amt wollten sie auf jeden Fall überlassen haben, mochte sein Jahresertrag auch nur 3000 Thaler ausmachen. Rébenac lehnte das nicht unbedingt ab: wußte er doch, wie der Herzog eben damals auch von der anderen Seite umworben wurde [2]) und durch die Aussicht auf Anteil an der schwedischen Beute von neuem an Brandenburg und Dänemark gefesselt werden sollte. Er ließ deshalb den schwedischen Gesandten Esaias von Pufendorf kommen [3]), der schon 1678 bereit gewesen war, seinen König zu bestimmen, daß er die Welfen durch ein großes Territorialopfer zu sich herüberzuziehen versuche [4]). Je weniger trotzdem für die Welfen Aussicht auf den erstrebten Landzuwachs war, um so eifriger suchten sie die Gunst der Umstände anderweitig für sich auszunutzen. Während Ernst August von Osnabrück, wie immer in Opposition gegen seine Brüder, sich den Anschein gab, als ob die französischen Offerten völlig ungenügend seien [5]), traten die Herren mit dem schon früher von Hannover ausgesprochenen Wunsche heraus [6]), für sich einen höheren Rang unter ihren fürstlichen Genossen zu gewinnen: ihre Unterhändler sollten von dem französischen Könige als „Gesandte“

---

1) Rébenac aus Celle, den 16. Januar 1679 — il me répéta trois ou quatre fois que les bonnes graces de V. M. luy estoient plus chères que cinquante provinces comme Breme.

2) Ebendas. — la mesfiance ou je voyois Mr. le duc de Zell et les offres avantageuses qu'on luy foisoit de toutes parts.

3) Rébenac aus Celle, den 28. Januar 1679.

4) Vgl. oben S. 194.

5) Rébenac den 23. Januar 1679 — avoit traitté les offres du Roy de bagatelles.

6) Den 31. März 1679 schreibt Ludwig XIV. in Rébenacs Instruktion: Il y a desjà longtemps que le duc de Hanovre a fait valoir la pretention que j'accordasse aux princes de Brunswik la qualité de frère et d'ambassadeurs.

behandelt, sie selbst brieflich als „Brüder" angeredet werden. Auch das lehnte Rébenac nicht einfach ab, meinte aber, davon könne füglich erst bei dem Vertrage die Rede sein, den sie zu gemeinsamer Aktion gegen Brandenburg mit Frankreich schließen würden[1]). Diese Aussicht vermochte die Herzöge wirklich, ihre territorialen Ansprüche wesentlich herabzusetzen: was ihnen da an schwedischem Gebiete in Deutschland entging, das durften sie hoffen, demnächst auf Kosten Brandenburgs reichlich ersetzen zu können. Auch war der gewandte Pufendorf klug genug, den günstigen Moment rasch entschlossen auszunutzen, indem er, ohne ausdrückliche Vollmacht dazu, auf eigene Verantwortung den Welfen den kleinen Landgewinn, auf den ganz zu verzichten sie mit ihrer Ehre nicht recht für vereinbar zu halten schienen, bei den weiteren in Celle geführten Verhandlungen zugestand: durch die Überlassung des Amtes Thedinghausen und der Vogtei Dörverden, die als gemeinsamer Besitz an Celle und Wolfenbüttel kommen sollten, rettete er seinem Könige im übrigen die Provinzen Bremen und Verden. Als dann aber der Celler Minister von Bernstorff, durch diesen Erfolg ermutigt, im Auftrage seines Herrn, der es schon wieder bereute, sich damit haben begnügen zu wollen, mit neuen Forderungen kam, drohte Rébenac kurzweg mit dem Abbruch der Verhandlungen und seiner Abreise[2]). Das wirkte: am 5. Februar 1679 wurde der Vertrag in Celle unterzeichnet, durch den Celle und Wolfenbüttel sich für die Fortdauer des Krieges zur Neutralität verpflichteten: daß es dabei nicht bleiben, sondern bald ein weiteres erfolgen würde, dessen war Rébenac bereits so sicher, daß er Georg Wilhelm für die Zukunft den getreuesten Dienern seines Königs zuzählen zu können meinte[3]). Mit der Bemessung der demselben zugestandenen Geldentschädigung freilich, die Frankreich auf sich nahm, hatte Rébenac, um zum Ziele zu kommen, wesentlich über den ihm eigentlich erlaubten Satz hinausgehen müssen. Er hatte das getrost gethan, weil unter dem Eindruck der eben in jenen Tagen eintreffenden Nachricht von dem kläglichen Ausgang des schwedischen Einfalls in Preußen der Herzog plötzlich wieder in seinem Entschlusse schwankend geworden war und Lust bekommen hatte, es auch ferner mit den glücklichen Gegnern

---

1) Ludwig XIV. an Rébenac, St. Germain, den 20. Februar 1679: J'ay approuvé que vous aiez remis au traitté d'action contre l'Electeur de Br. les conditions qui vous ont esté demandées du titre de frère et du traittement d'ambassadeur.

2) Bericht Rébenacs vom 30. Januar 1679.

3) Derselbe den 7. Februar 1679. S. den Vertrag Actes et memoires de la paix de Nimegue III, S. 567 ff.

Schwedens zu halten. Auch die der französischen Diplomatie sonst geläufigen kleinen Künste hatte Rébenac erfolgreich spielen lassen: der Herzogin war ein Geschenk des Königs in Aussicht gestellt — sie erklärte auf seine Anfrage, was ihr besonders erwünscht sei, daß sie für etwas, was sie an sich tragen könne, besonders dankbar sein würde[1]); die Minister sowohl, wie die Kanzlisten hatten die üblichen Gratifikationen empfangen. Ludwig XIV. war mit Rébenac äußerst zufrieden und ratifizierte den Vertrag in allen Punkten: selbst den anfangs beanstandeten[2]) Artikel hieß er gut, durch den den Braunschweigern 20000 Thaler Subsidien den Monat zugesichert waren[3]), für den Fall nämlich, daß sie den von ihnen eroberten und ihnen vorläufig überlassenen Teil des Herzogtums Bremen vor dem allgemeinen Frieden an Schweden zurückzugeben haben würden.

Französischerseits maß man dem Celler Vertrage die höchste Bedeutung bei: man sah mit ihm den lange vergeblich ersehnten rettenden Wendepunkt endlich erreicht. In die Reihe der Gegner war Bresche gelegt: nun ließ sich hoffen, sie vollends zu sprengen, indem man die jetzt zur Neutralität gewonnenen Widersacher demnächst als Bundesgenossen zu sich herüberzog. Mit wachsender Spannung hatte man den Ausgang der Celler Verhandlungen erwartet. Der Staatssekretär Arnauld de Pomponne bekannte Feuquières gegenüber, sein Sohn habe dem Könige einen sehr angenehmen, Schweden einen sehr beträchtlichen Dienst geleistet[4]), und als am 16. Februar abends der Kurier mit dem Vertrage in Paris ankam, hielt er das für so wichtig, daß er gleich in der Frühe des nächsten Morgens damit dem Könige nach St. Germain nachreiste[5]). Der König selbst aber wies Feuquières an, den Schweden, die auch nicht ein Dorf abtreten zu wollen erklärt hatten, nachdrücklich klar zu machen, welchen Gewinn sie mit diesem Vertrage gemacht hätten, der das Haus Braunschweig von ihren Gegnern trennte: er sollte sie bestimmen, vernünftig zu sein und die Ratifikation sofort eintreten zu lassen[6]). Er teilte offenbar Rébenacs Ansicht, nach der die Schweden auferlegten Gebietsabtretungen so un-

---

1) Bericht Rébenacs den 7. Februar 1679. Elle préfère une marque de sa bonté qu'elle puisse porter sur elle à tout de reste.

2) Pompōnne an Rébenac, St. Germain, den 24. Februar 1679.

3) Derselbe den 31. März — en cas que la Suède rentrast dans le pays de Breme avant la conclusion de la paix générale.

4) Schreiben vom 28. Februar aus Paris.

5) Pomponnes Sekretär an Feuquières, Paris, den 17. Februar 1679.

6) Ludwig XIV. an Feuquières, St. Germain, den 24. Februar 1679.

bedeutend waren, daß sie eigentlich überhaupt nicht als Abtretungen gelten könnten[1]). Aber nicht das damit Erreichte allein gab dem Celler Vertrag vom 5. Februar 1679 in den Augen des französischen Königs einen so hohen Wert: er beruhte vielmehr in den Aussichten, die sich von dem damit Erreichten aus weiter eröffneten. Die Neutralität Celles und Wolfenbüttels sollte nur das Übergangsstadium sein, durch das sie zum Eintreten für Schweden gegen Brandenburg geleitet werden sollten. Unmittelbar nach dem Empfange der Nachricht von dem erfolgten Abschluß, am 17. Februar, ließ der König die Instruktion ausarbeiten, die Rébenac anwies, nun unmittelbar auf die Gewinnung Celles zum Kriege gegen Brandenburg hinzuarbeiten. Nicht bloß Truppen- und Geldhilfe sollte er ihm dazu in Aussicht stellen, sondern auch die Erwerbung entweder des Bistums Minden oder des Bistums Halberstadt. Daß der Kurfürst gerade in jenen Tagen von Georg Wilhelm wieder einmal Durchmarsch für einige nach dem Rhein bestimmte Regimenter forderte, ließ dieses französische Erbieten dem Celler Hofe vollends lockend erscheinen[2]). Sobald er der Ratifikation des Vertrages vom 5. Februar durch den König sicher war, lehnte er das brandenburgische Ansinnen rundweg ab unter Hinweis auf die soeben gegen Frankreich übernommenen Pflichten der Neutralität[3]). Dennoch stieß Rébenac mit seinem Werben um eine gemeinsame Aktion gegen Brandenburg zunächst auf unerwartete Schwierigkeiten. Georg Wilhelm wußte nur zu gut, was seine Allianz unter den obwaltenden Umständen Frankreich wert sein mußte: er wollte daher den Preis so hoch als möglich steigern, nicht bloß zu seinem, sondern zu des Gesamthauses Vorteil. So erneute er zunächst das Verlangen nach der schon früher angeregten Rangerhöhung[4]). Es ist bezeichnend, daß Ludwig XIV. gerade daran Anstoß nahm: die Anrede „Frère“ erklärte er den Herzögen unter keinen Umständen zugestehen zu können wegen der Konsequenzen, die sich daraus anderen Fürsten gegenüber ergeben

---

1) Bericht vom 7. Februar: Les terres qui sont cédées par la Suède sont si peu considérables par elles-mesme et l'incommodement si peu dans la possession du reste de la Breme, qu'on ne peut pas les regarder comme une cession.

2) Pomponne an Rébenac, St. Germain, den 17. März 1679.

3) Rébenac an den König den 17. März: Mr. le duc de Zell répond aujourdhui — — qu'il luy refuse en vertu du traitté qu'il a fait avec V. M.

4) Vgl. S. 223. — In dem Bericht über den Abschluß des Vertrags, den 7. Februar, bemerkt Rébenac darüber: Le titre d'ambassadeur qui est icy comme une passion bien dominante. —



würden[1]). Hinsichtlich der Erhebung der herzoglichen Minister zu Gesandten dagegen war er nachzugeben bereit, wenn ihm ein entsprechend großer Vorteil dagegen gewährt würde, nämlich der thatsächliche Bruch Celles mit Brandenburg und sein sofortiger Angriff auf dieses[2]).

So kam Rébenac zunächst nicht recht vorwärts, denn gerade in der Anredefrage blieb Georg Wilhelm hartnäckig und erklärte, nicht begreifen zu können, warum der König ihm versagen wolle, was er jedem Kurfürsten unbedenklich zugestehe[3]) — man sieht, worauf die Aspirationen der Welfen bereits damals gerichtet waren. Günstiger stellten sich die Aussichten für die von Frankreich gewünschte Aktion von seiten des Gesamthauses Braunschweig. Denn Johann Friedrich von Hannover war da gern bereit mitzuthun. Am 1. April 1679 wurden Rébenac und Rousseau zur Unterhandlung auch mit ihm bevollmächtigt. Die meisten Schwierigkeiten machte bis zuletzt Georg Wilhelm von Celle, und zwar spielte dabei wiederum die Geldfrage die Hauptrolle. Er hatte schon zur Zeit des Celler Vertrages verlangt, von Frankreich für die Verluste entschädigt zu werden, die er erfahren würde, wenn man ihm wegen seiner Neutralität von seiten des Reiches die bisher eingeräumten Quartiere in Niedersachsen entziehen würde[4]). Nach ihrem Verlust erklärte er seine Armee entlassen zu müssen, die Ludwig XIV. dann durch Dänemark und Brandenburg angeworben zu sehen fürchtete[5]). Das zu hindern, war der König zu weiteren Subsidienzahlungen bereit, allerdings nur, wenn der Herzog sich offen gegen Brandenburg erklären und damit zu seinem eigenen Ruhm und für die Ruhe des Reiches handele und ihm zugleich einen beträchtlichen Beweis seiner Anhänglichkeit geben wollte[6]). Ja, er stellte dem Herzog Zuzug von seinem eigenen Heere in Aussicht: so sei er des Erfolges im voraus sicher und werde die Ehre haben, in Deutschland den Frieden

1) In der Instruktion für Rébenac heißt es: — je ne peux en façon quelconque y donner les mains et en cas que l'on y insistast, vous vous en deffendrez sur l'ancienneté de l'usage et sur la conséquence dont il seroit d'exciter par cet exemple la prétention de tous les princes. —

2) Ebendas. — la déclaration de la guerre et la rupture effective contre l'Electeur de Br.

3) Rébenac den 20. März 1679.

4) Er gab an, daraus monatlich 15—20000 Thlr. zu ziehen. Rébenac schätzt den Betrag auf das Doppelte: Bericht vom 7. Februar 1669.

5) Ludwig XIV. an Rébenac, St. Germain, den 7. April 1679.

6) Ebendas. — pourveu qu'il veuille en se déclarant contre l'Electeur de Br. agir pour sa propre gloire, pour le repos de l'Empire et pour me donner une marque considérable de son affection.

herzustellen. Denn der Kurfürst sei nicht stark genug, ihm zu widerstehen, wenn er selbst ihn von der anderen Seite her angreife: wohl oder übel werde er sich dann zum Frieden entschließen müssen [1]).

Der Plan des Königs von Frankreich ging also dahin, Brandenburg durch einen französischen Angriff auf Westfalen und einen gleichzeitigen Einfall der Braunschweiger in das Halberstädtische und Mindensche niederzuwerfen. Schon durch den Celler Vertrag war Friedrich Wilhelms Lage übel genug geworden. Welche Gefahr ihm jetzt durch den Übergang seiner bisherigen Verbündeten zu den Feinden drohte, ahnte er noch nicht. Siegreich über die Schweden in Preußen hatte er nur den einen Gedanken, durch energische Wiederaufnahme des Kampfes gegen Frankreich den allgemeinen Frieden doch noch zu hindern und dabei zunächst Kaiser und Reich mit sich fortzureißen. In Ausführung des in Dobberan [2]) vereinbarten Programms wollte er sofort über den Rhein gehen. Unerläßliche Voraussetzung dafür aber war, daß die Braunschweiger ihm trotz der Neutralität den Durchmarsch gewährten; nachdem er ihm verweigert war, dachte er ernstlich daran, ihn zu erzwingen. Der Stillstand, den er am 31. März mit Frankreich schloß [3]), ermöglichte ihm die nötigen Vorbereitungen. Am 8. April erschien der Geheimrat Paul Fuchs in Celle, um das Verlangen nach freiem Durchmarsch für die nach dem Rhein bestimmten brandenburgischen Truppen zu wiederholen. Natürlich blieb Georg Wilhelm bei seiner Weigerung. Aber in anderer Hinsicht wirkte Fuchs' Reise nach Celle entscheidend. Er hatte dort eine Unterredung auch mit Rébenac, und diese erst erschloß ihm den vollen Einblick in die ungeheure Gefahr, die seinem Herrn drohte, indem er von den braunschweigisch-französischen Unterhandlungen Kenntnis erhielt und mit Schrecken sah, welchem Doppelangriff Brandenburg demnächst schutzlos preisgegeben sein würde [4]).

1) Ludwig XIV. an Rébenac, St. Germain, den 7. April 1679.

2) S. oben S. 202 ff.

3) Prutz a. a. O. S. 73.

4) Der Bericht Rébenacs, Celle, den 10. April 1679, ist gedruckt Gallois, Lettres des Feuquières IV, p. 372 ff., die entscheidende Stelle lautet (p. 375): qu'il (der Kurfürst) seroit encore plus à plaindre, si le Roy se voyoit obligé à continuer la guerre, parcequ'il commenceroit peut-estre à armer ses voysins par garantir les conquestes que l'on feroit sur luy. Ce mot de garantie — le frappa comme un coup de foudre, il le répéta trois ou quatre fois et me dit: Il faut avouer, Monsieur, que mon maistre est malheureux, si cela est, et je n'y vois que trop d'apparence.

Durch dieses Gespräch gewann Fuchs vollends klare Einsicht in die verzweifelte Lage seines Herrn: die Wahrscheinlichkeit, ja Sicherheit eines braunschweigischen Angriffs in Rücken und Flanke machte auch auf den Kurfürsten den tiefsten Eindruck, überzeugte ihn von der verzweifelten Aussichtslosigkeit der Lage und der Notwendigkeit des Friedens auf die von Frankreich vorgeschriebenen Bedingungen hin, zumal dieses eben damals wenigstens einen kleinen Schritt entgegenkam, indem es eine Regulierung der schwedisch-brandenburgischen Grenze in Pommern vorschlug, welche die mit dem Receß von 1653 geübte Vergewaltigung Brandenburgs einigermaßen ausglich und eine von ihm zu übernehmende Geldentschädigung in Aussicht stellte. Der Friede sollte also ganz nach der Schablone des mit Celle und Wolfenbüttel geschlossenen gestaltet werden. Eile war um so mehr geboten, als auch der Dänenkönig bereits im geheimen mit Frankreich angeknüpft hatte und seinerseits um Frieden unterhandelte.

So hatte Rébenacs diplomatische Betriebsamkeit in Celle den gewünschten Erfolg gehabt. Ein übriges that die rücksichtslose Energie, mit der die Franzosen unmittelbar nach Ablauf des Waffenstillstandes vom 31. März — gleich am 1. Mai — die Operationen wieder aufnahmen; und das wiederholte sich, als die damals verwilligte kurze Verlängerung am 18. Mai zu Ende ging[1]). Jeder Versuch, durch ferneren Widerstand bessere Bedingungen auszuwirken, mußte verhängnisvoll werden, da er Brandenburgs Lage nur verschlimmerte. Mehr als die Ehre der brandenburgischen Waffen zu wahren, vermochte auch der tapfere Sparr bei Minden nicht. Das Eintreffen der Nachricht von der Unterzeichnung des Friedens in St. Germain, die Meinders in richtiger Würdigung der Lage ohne Vollmacht vollzogen hatte, wandte eine militärische Katastrophe ab, welche die bereits hereingebrochene politische furchtbar vergrößert haben würde.

In demselben Maße aber, wie so im Laufe des Frühjahres 1679 die Wahrscheinlichkeit des Friedens wuchs, verlor natürlich für Ludwig XIV. das Bündnis mit dem braunschweigischen Gesamthause an Wert. Denn eines kriegerischen Eingreifens würde es, das zeigte sich immer deutlicher, nicht mehr bedürfen. Es genügte, dasselbe zu dem formellen Abschluß mit Brandenburg in Bereitschaft zu halten, damit der Kurfürst sich von dieser Seite bedroht wußte und seinen Entschluß nicht wieder änderte. Auch ließen sich nach wie vor die immer erneuten Quartier- und Durchmarschhändel in jedem Augenblick

1) Prutz a. a. O. S. 75—77.

zu einem gewaffneten Zusammenstoß verschärfen. Noch Ende April drohte Friedrich Wilhelm den seinen Truppen verweigerten Durchmarsch durch cellisches Gebiet zu erzwingen und Georg Wilhelm war entschlossen, dann Waffengewalt anwenden zu lassen[1]). Demgemäß war Rébenac nun angewiesen, den Abschluß des traité d'action nicht mehr so eifrig zu betreiben, die Unterhandlungen zwar nicht fallen zu lassen, aber doch nur langsam und mehr zum Scheine weiterzuführen, bis das Ergebnis der neuen Reise von Meinders nach Paris erkennbar würde[2]). Verloren damit die Unterhandlungen in Celle und Hannover auch an aktueller Bedeutung, so ist es doch von Interesse, zu sehen, wie die Welfen die günstige Lage, die durch Frankreichs Werben um ihre Hilfe geschaffen war, auszunutzen suchten, und was sie bei dieser Gelegenheit zu gewinnen wünschten und für möglich hielten.

Vom 14. Mai — aus den Tagen also, wo nach Ablauf des verlängerten Waffenstillstandes die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten durch die Franzosen das militärische Verhängnis Brandenburgs zu vollenden drohte — datiert der Entwurf zu einem braunschweigisch-französischen Offensivvertrage gegen Brandenburg, den der braunschweigische Bevollmächtigte Rébenac in Celle vorlegte[3]). Er läßt erkennen, welches Schicksal Brandenburg zugedacht war, wenn es sich dem Willen Frankreichs nicht schleunigst fügte, sondern es darauf ankommen ließ, daß dieses die Welfen gegen es aufbot. Andererseits zeigen die Änderungen, die Rébenac daran vornahm oder fordern mußte, wie der heißblütige Eifer der Welfen selbst für die Franzosen weit über das Ziel hinausschoß. Würde, so war vorgeschlagen, der Kurfürst die durch eine besondere braunschweigische Gesandtschaft an ihn zu richtende Mahnung zum Frieden auf Grund des Westfälischen Friedens zurückweisen, so werde das Haus Braunschweig sich zu gemeinsamer Aktion gegen ihn mit Frankreich verbünden und so lange verbündet bleiben, bis er die ihm auferlegten Bedingungen annimmt. Die braunschweigischen Truppen sollten dann diesseits der Ems operieren. Für die Dauer des Krieges behält das Gesamthaus das Herzogtum Bremen in seinem Gewahrsam. Frankreich soll in dem Lande zwischen Ems und Rhein immer etwa 40000 Mann zu seiner Unterstützung bereithalten. Dazu entsandte kleinere Abteilungen treten unter braunschweigischen Oberbefehl. Frankreich übernimmt die Kosten für Munition und Bespannung der Artillerie

1) Rébenac aus Celle, den 28. April 1679.
2) Ludwig XIV. an Rébenac, St. Germain, den 19. Mai 1679.
3) Paris a. a. O. Hannovre-Celle XIV, f. 258 ff.

und soll auf Braunschweigs Verlangen Sparemberg und Minden erobern, dann aber seinem Alliierten ausliefern, wie überhaupt alles, was es diesseits der Ems gewinnen werde. Zudem soll Ludwig XIV. ausdrücklich eine Erklärung abgeben, dahin lautend, daß er für sich im Reiche keine Eroberungen machen wolle, und Schweden zu dem gleichen Schritte bestimmen[1]). Die diesseits der Ems gemachten Eroberungen werden den Braunschweigern von seiten Frankreichs garantiert, ebenso für die Zukunft alles, was ihnen in dem Frieden definitiv zufallen werde. Die Abmachungen darüber im einzelnen mit Brandenburg zu treffen, ist Sache der Braunschweiger allein und Frankreich entsagt ausdrücklich dem Recht, ihnen die Herausgabe von irgend etwas an Brandenburg seinerseits zuzumuten und bleibt an den Vertrage so lange gebunden, bis es jenem von dem Kurfürsten eine ausreichende Entschädigung ausgewirkt haben würde[2]). In jedem Falle soll Brandenburg angehalten werden, Rheinstein mit Zubehör an Braunschweig abzutreten und seinen Ansprüchen auf Lokkum zu entsagen (Art. 17). Sollte aber der — vom braunschweigischen Standpunkte aus besonders unerwünschte — Fall eintreten, daß der Kurfürst gleich auf die erste Aufforderung hin sich zum Frieden nach Frankreichs Willen bereit erklärte, es also nicht zum Kriege gegen ihn käme, so soll das Haus Braunschweig für seine vergeblichen Rüstungen durch Geld entsprechend entschädigt werden.

Auf dieser Grundlage wurde weiter unterhandelt. Die steigende Wahrscheinlichkeit der Unterwerfung Brandenburgs unter die harte Notwendigkeit gab Ludwig XIV. schon die Gewißheit, daß er dieser begehrlichen Bundesgenossen nicht mehr bedürfen würde, um an das Ziel zu gelangen. Immerhin wurden alle nötigen Vorbereitungen getroffen, als ob man demnächst in Aktion treten müßte. Die Stärke des von Wolfenbüttel und Celle zu stellenden Heeres wurde auf 14000, die des hannoverschen auf 10000 Mann festgesetzt. Denn selbst daß der

1) Paris a. a. O. Hannovre-Celle XIV, f. 258 ff. S. M. déclare de ne vouloir point faire pour Elle de conquestes dans l'Empire et promettra la mesme déclaration de la Suède.

2) Les conquestes qui se feront sur l'Electeur de B. en deça de l'Ems seront garanties par. S. M. aussy bien durant la guerre que ce qu'on en retiendra par la paix et S. M. laisse à la maison de Brunswik la dispositon entière comme elle en voudra convenir avec l'Electeur de B., sans les vouloir obliger à la restitution, si la maison de Brunswik ne s'y porte par un traité libre et volontaire, au contraire S. M. continuera les engagemens pris avec la maison de Br. jusques à ce qu'elle ait une satisfaction raisonnable de l'Electeur de Br.

König von der Überlassung Bremens an die Braunschweiger für die Dauer des Krieges nichts wissen wollte, sondern sie rundweg ablehnte [1]), minderte den Eifer der Herzöge nicht: wenn sie nur ihre Pläne gegen Brandenburg verwirklichen konnten! Demgemäß stellte man denn auch bereits die Grundzüge für die gemeinsamen Operationen fest. Die Braunschweiger sollten „im Herzen der brandenburgischen Staaten" operieren [2]). Frankreich würde, so hoffte man, 30 000 Mann ins Feld stellen: ihm sollte die Grafschaft Ravensberg, den Braunschweigern das ganze Herzogtum Minden zu Quartieren überlassen bleiben.

Man sieht, die Welfen glaubten den Zeitpunkt gekommen, wo sie ohne eigene Gefahr als Schützlinge Frankreichs und Beschützer Schwedens sich auf Kosten der unbequemen brandenburgischen Nachbarn würden bereichern können, und waren entschlossen, die Gelegenheit gründlich auszunutzen: selbst von seiten Frankreichs wollten sie sich einen Einspruch dabei nicht gefallen lassen. Doch wurden ihre Hoffnungen vereitelt: sie kamen gar nicht mehr zu der nun so lebhaft gewünschten Aktion. In eben den Tagen, wo sie den mit Rébenac vereinbarten Vertragsentwurf endgültig zu gestalten und zu vollziehen gedachten, wurde der Friede in St. Germain unterzeichnet, und wenige Tage später wies Ludwig XIV. seinen in dieser Sache so glänzend bewährten Gesandten in Celle an, die bisher weiter gesponnenen Verhandlungen über einen Aktionsvertrag nunmehr fallen zu lassen. Das verwanden die Braunschweiger nicht: die Enttäuschung, die ihnen Frankreich bereitet hatte, empfanden sie als schreiendes Unrecht, und der scharfblickende Rébenac hatte ganz recht, wenn er einige Wochen später bereits ihren Übergang zu den Gegnern Frankreichs als wahrscheinliche Folge davon vorhersagte. Er schrieb am 15. September an Pomponne: — — „à vous parler bien sincèrement je ne respondray point à l'avenir des sentiments de cette maison. Elle avoit fondé touttes ses espérances de grandeur et d'interest dans l'amitié du Roy, non pas seulement dans les choses où les traittés l'engageoient, mais mesme dans ce qu'on appelle offices d'amitié. On ne sçauroit luy oster de l'esprit, quelque peu de raison qu'elle en ait, qu'on a tout à fait manqué de considération pour elle dans le traitté de Brandebourg, et celuy de Dannemark luy paroistra un sujet nouveau de se plaindre."

Ludwig XIV. hatte diese Warnung kluger Weise nicht außer acht gelassen: die Braunschweiger blieben auch in der Folge ein wichtiger

1) Ludwig XIV. an Rébenac den 3. Juni 1679.

2) Rébenac den 26. Juni: L'action de l'armée de la maison de Br. se fera dans le cœur des Estats de l'Electeur de B.



Faktor in seinen politischen Kombinationen, namentlich in allen den Fällen, wo es galt, in freundlichem oder feindlichem Sinne entscheidend auf Brandenburg einzuwirken. Ohne einen nennenswerten positiven Gewinn davongetragen zu haben, war das Gesamthaus dennoch durch seine unentschieden zuwartende und widerspruchsvolle Politik zu einer wesentlich höheren Bedeutung erhoben, als es sie sonst hätte beanspruchen können. Die Kosten davon aber hatte schließlich doch im wesentlichen Brandenburg zu tragen.

V.

Die Friedensexekution und der Hamburger Kontributionshandel 1679/80.

Was Ludwig XIV. durch die von Rébenac veranlaßte Unterhandlung mit Celle und die von diesem vermittelte Anknüpfung auch mit den übrigen braunschweigischen Herzögen zu erreichen gedacht hatte, war im wesentlichen erreicht worden. Dem heillos bedrängten Schweden war durch Teilung seiner Gegner Luft gemacht; sein total verlorener deutscher Besitzstand war bis auf einen minimalen, wahrlich kaum nennenswerten Teil ohne die Opfer und Gefahren eines neuen Waffenganges gerettet; des Königs eigener Ruhm, mit dem er eine beträchtlichere Verkleinerung Schwedens für unvereinbar erklärt hatte, war unangetastet geblieben und durch die Art, wie das alles ins Werk gesetzt war, sowohl im Kreise der deutschen, wie der europäischen Mächte eine solche Fülle von Verfeindnng und Erbitterung erzeugt worden, daß es Frankreich auch fernerhin ein Leichtes bleiben mußte, seine Gegner geteilt zu erhalten und aus ihrer Verhetzung sich auch ohne Krieg eine an kein Gesetz gebundene Vorherrschaft in Europa zu sichern. Die tiefe Verstimmung des Großen Kurfürsten gegen den Kaiser, die Niederlande und Spanien machte eine Koalition, wie sie Ludwig XIV. zuletzt so gefährlich geworden war, auf lange Zeit hinaus unmöglich, und insbesondere war mit der Herstellung des schwedischen Besitzstandes der Pfahl im Fleische Deutschlands erneut und gewissermaßen tiefer getrieben. Und dazu kam nun die mit dem Celler Vertrag begonnene und durch die folgenden Verhandlungen weitergeführte Organisation des Gegensatzes zwischen Braunschweig und Brandenburg, Welfen und Hohenzollern, die hinfort der Angelpunkt für die deutsche Politik auch Friedrich Wilhelms werden mußte. Niemals hat der Kurfürst es den Braunschweigern vergessen, daß schließlich doch sie es gewesen waren, die ihn

durch ihren Abfall und den Übergang zu seinen Feinden um die Frucht eines glorreichen Krieges gebracht hatten, die ihm so ganz vorzuenthalten selbst Ludwig XIV. nicht mehr für möglich gehalten hatte [1]).

Dem Frieden mit Brandenburg folgte der mit Münster und mit Dänemark. In beiden Fällen gingen die Schwierigkeiten, die es zu überwinden galt, von Schweden aus. Der Vertrag mit Münster war schon zu Beginn des Jahres 1679 in Nymwegen so gut wie fertig gewesen, als schwedischerseits plötzlich neue pekuniäre Forderungen erhoben worden waren, deren Ablehnung den förmlichen Abschluß vereitelte. Und als er dann dennoch erfolgte, mußte Frankreich auf Schweden einen starken Druck ausüben, um es zu bestimmen, sich den durch den unglücklichen Gang des Krieges nun einmal eingetretenen Verhältnissen zu fügen und wenigstens einige Opfer zu bringen [2]). Hatte es doch selbst dem Celler Vertrage anfangs die Ratifikation verweigert [3]).

Dabei tritt ein neuer Zug in der französischen Politik bestimmter als bisher zu Tage. Er ist bezeichnend für die Richtung, welche dieselbe einzuschlagen sich anschickte. Ludwig XIV. fängt an, den berufenen Protektor der Katholiken im Reiche zu spielen und knüpft damit Fäden an, die, weiter verfolgt, ihm neue Rechtstitel zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands an die Hand geben sollten. Denn er trieb damit einen weitern Keil der Zwietracht in die Gruppen der Gegner. Dabei scheint es, als ob der König gerade für diese Bestrebungen in Rébenac einen besonders geeigneten Vertreter gefunden, oder vielmehr dieser in der Erkenntnis der Bedeutung, welche diese Dinge neuerdings am Hofe gewannen, sich im Interesse seiner ferneren Laufbahn denselben mit besonderem, gewissermaßen demonstrativem Eifer dienstbar gemacht habe. Die Sache ist insofern von Interesse, als es sich dabei um den Punkt handelt, der den Kurfürsten eigentlich schließlich von der Unmöglichkeit des Jahre lang festgehaltenen französischen Bündnisses überzeugen und zur Zerreißung der ihm dadurch angelegten Fesseln führen sollte [4]).

---

1) Vgl. oben S. 219.

2) Ludwig XIV. an Feuquières, St. Germain, den 17. März 1679. Am 2. Dezember 1678 aber hatte der König aus Versailles an Feuquières geschrieben: Il pourroit que l'Evesque de Munster se relascheroit jusqu'au seul village de Wildzhausen, que le duc de Zel seroit satisfait de quelque partie du duché de Bremen et que Stetin et quelque territoire proche contenteroit l'Electeur de Br. Avec tout autre qu'avec un allié qui s'est exposé pour mes interests, j'entrerois dans ces propositions comme capables pour produire la paix . . .

3) Derselbe an denselben, St. Germain, den 7. April 1679.

4) Prutz a. a. O. S. 297/98.

Fügt man eine Reihe vereinzelt überlieferter Momente von scheinbar untergeordneter Bedeutung zusammen, so wird man sich der Einsicht kaum entschlagen können, daß es sich dabei um ein wohldurchdachtes, unvermerkt, aber planmäßig verfolgtes System zur allmählichen Untergrabung des Protestantismus in Norddeutschland handelte. Denn schließlich war es doch vorzugsweise das religiöse Moment, das diesen Teil des Reiches trotz der Differenzen, die auch seine Stände sonst trennten, dem Kaiser sowohl, wie Frankreich gegenüber immer wieder einigte und zusammenhielt.

Am 25. April 1678 berichtet Rébenac aus Stralsund, wo er seit Anfang August 1677 als französischer Militärbevollmächtigter bei dem Grafen Königsmark verweilte, an den Staatssekretär Pomponne: „Je n'ay point receu de lettre de vous ce dernier ordinaire, mais, Monseigneur, j'en ay receu une bien honorable pour un bon catholique. Monsieur le nonce apostolique, qui est à Cologne m'escrit à ce qu'il dit par l'ordre du Pape une grande lettre dans laquelle il m'exhorte à continuer mon zèle pour la religion catholique et me remercie du progrès qu'elle a fait par ma protection dans la ville de Stralsund. Il m'assure dans le mesme temps de la bienveillance et des graces de Sa Sainteté aussy bien que de celle de Sa Majesté auprès de laquelle il me promet la faveur du Pape. Je vous supplie très humblement, Monseigneur, de croire, que ce n'est par un zèle indiscret que je me suis attiré cet honneur: ce seroit un parti à prendre peu utile et fort dangereux dans un pays où j'ay fait dire chez moy la première messe depuis 150 ans. On a assez de peine à empescher les prestres Luthériens d'en parler. Je croy que cette lettre vient de ce que j'ai sauvé le plus de catholiques que j'ai pu à la bataille de Rugen ou plustost de ce que j'ai équippé et donné quelque argent à quelques ausmoniers Jésuittes qui ne s'attendoient aucune civilité de cette nature dans une armée de Suédois." Jedenfalls hat dieses angenehme Erlebnis den jungen Diplomaten auf ein Gebiet aufmerksam gemacht, wo es leicht war Gunst zu gewinnen und sich mächtige Förderer zu verpflichten. Als er dann nach dem Fall Stralsunds auf dem Wege nach Hamburg in Lübeck verweilte, ließ ihm die dortige kleine katholische Gemeinde ihre Beschwerden über die ihr zu Teil werdende üble Behandlung vortragen und bat ihn, ihr den Schutz des Königs auszuwirken, um so zu einer eigenen Kirche zu kommen. Die Erfüllung einer früher bereits gegebenen Zusage der Art werde sich dem Rate leicht abnötigen lassen, wenn der König die erbetene

Gleichstellung der Lübecker mit den Holländern in den französischen Häfen davon abhängig mache[1]).

Bei dem Friedensschluß mit Münster erhob Frankreich — angeblich auf des Bischofs Wunsch — Schweden gegenüber die Forderung, es möge in den ehemaligen Bistümern Bremen und Verden die Freiheit des katholischen Kultus so wiederhergestellt werden, wie sie 1624 bestanden habe und durch den westfälischen Frieden anerkannt worden sei. Daraufhin erging an Feuquières durch Pomponne die Ordre[2]):

„Le Roy m'ordonne de vous dire qu'il vous charge expressément d'employer tous vos efforts pour faire accorder cette justice que l'on traittera peut estre de grace en Suède, mais que S. M. par sa piété et son zèle pour la Religion affectionne au delà de ce que je puis vous le dire. Sy la Suède a quelque reconnoissance de tout ce que S. M. fait pour elle, cette marque sera la plus grande et la plus agréable qu'Elle puisse recevoir de sa gratitude. Ce qu'Elle demande pour les duchés de Bremen et de Ferden, Elle le demandera de mesme pour la Poméranie, lorsqu'elle luy sera restituée et Elle le fait avec autant plus de droit et plus d'éspérance de devoir obtenir ce qu'Elle souhaitte, qu'elle est fonde sur les traittés de Westphalie, sy l'on fait pour elle dans ce rencontre ce que l'on ne peut raisonnablement luy réffuser, Elle s'attend encor que vous obtiendrez plus de liberté pour les catholiques qui sont en Suèdé, principalement pour les estrangers." Daß es sich bei solchen Bestrebungen um sehr praktische Dinge handelte, beweist eine Äußerung Rébenacs in einem noch aus Hamburg an Pomponne erstatteten Bericht, die ihn unter des Staatssekretärs Leitung mit der Lage der Katholiken zunächst in den Hansastädten ernstlich beschäftigt zeigt. „J'ay receu, schreibt er den 15. September 1679, Monseigneur, les mémoires que vous avez bien voulu joindre à vos depesches du 7e de ce mois. Par celuy qui regarde les catholiques à Hambourg il y a desjà une maison destinée pour une église sous le nom de l'Empereur qui a obtenu sur cela toute la liberté qu'on est en droit de demander de cette ville. Je m'informeray plus exactement sur celle de Bremen et j'auray l'honneur de vous en rendre conte." Offenbar also war damals im nordwestlichen Deutschland eine von Frankreich getragene katholische Propaganda an der Arbeit. Man darf dabei nicht vergessen, daß Herzog Johann Friedrich in Hannover Kon-

1) Gallois, Lettres des Feuquières (Paris 1846) IV, S. 246—47.
2) St. Germain, den 7. April 1679.

vertit war. Auch wird von hieraus die leidenschaftliche Katholiken- und Priesterfeindschaft erklärlich, welche in den Dobberaner Verhandlungen zwischen dem Kurfürsten und dem Dänenkönig zum Ausdruck kam [1]).

Als es nun an die Exekution des glücklich zu stande gebrachten Friedens ging, wünschte Schweden, das nach allem Vorausgegangenen gegen das Haus Braunschweig von begreiflichem Mißtrauen erfüllt war, möglichst schnell wieder in den Besitz von Pommern zu kommen: Frankreich befürwortete daher bei dem Kurfürsten, der seinerseits die ihm doch nicht verbleibende Provinz baldigst räumen wollte, den dorthin bestimmten schwedischen Truppen von Livland her den Durchmarsch durch sein Gebiet zu gewähren. Der Wunsch wurde abgelehnt unter Hinweis auf die Länge des Weges, die Sorge vor Unordnungen und die Belastung des Landes. Auch Polen wollte den Weg durch Litauen dazu nicht freigeben. Friedrich Wilhelm empfahl die Seefahrt, auf der man ja längs der Küste Livlands, Preußens und Pommerns gegen einen dänischen Angriff gesichert sei, während Ludwig XIV. vornehmlich daran lag, daß die Schweden von Pommern aus den Dänenkönig zum Frieden nötigen halfen [2]). Schließlich macht der Kurfürst durch Meinders, der im Begriff war, nach Berlin zurückzukehren, den Vorschlag, wenn Schweden die nötigen Truppen eben nicht so schnell schicken könne, möge es wenigstens einen Mann von Ansehn, wie etwa Graf Königsmark, als Bevollmächtigten abordnen, dem er alle Plätze übergeben wollte, indem er sich zugleich verpflichtete; Pommern für Schweden zu garantieren und gegen jedermann, der es angreifen würde, zu verteidigen, bis Schweden das Land selbst in seine Obhut zu nehmen vermöchte. Ein solches Arrangement empfahl auch Frankreich, weil dadurch Schweden sobald wie möglich von der Pflicht des Unterhalts der brandenburgischen Truppen befreit wurde [3]). Diese Angelegenheit, bei der für beide Teile ein beträchtliches finanzielles Interesse mitspielt, kam erst im Jahre 1680 zur Erledigung [4]). Das hing mit den Schwierigkeiten zusammen,

---

1) Vgl. S. 208.

2) Ludwig XIV. an Feuquières, St. Germain, den 5. August 1679. — j'ai plus d'impatience de voir la Suède restablie dans cette province parcequ'ayant une fois le pied dans l'Empire elle seroit plus en estat de causer de l'inquiétude au Dannemark et de l'obligér à la paix.

3) Ludwig XIV. an Feuquières, Fontainebleau, den 7. September 1679, wo es u. a. heißt: — et il (der Kurfürst) s'obligeroit en ce cas de guarentir et de deffendre la Poméranie contre qui que ce fust, dont elle pourroit estre attaquée jusques à ce que la Suède y eust fait entrer un corps de trouppes suffisant pour la garder elle-mesme.

4) Prutz a. a. O. S. 225—26.

die Schweden auch in einem anderen Punkte der Exekution des Friedens bereitete, indem es sich hartnäckig sträubte, den Streifen Landes auf dem rechten Oderufer, den es durch den Receß von 1653 Brandenburg abgepreßt hatte, an dasselbe herauszugeben. In einer ausführlichen Denkschrift [1]) suchte es den Nachweis zu führen, daß die Folge dieser Abtretung die Unhaltbarkeit Stettins sein würde [2]), das doch samt Wismar als für seine Stellung in Deutschland unentbehrlich anerkannt worden sei. Denn alsdann würde Brandenburg die Schiffahrt auf der Oder sperren können, auch sei Stettin mit seinem Unterhalt auf die Landschaften rechts der Oder angewiesen, wo auch alles von ihm zu benützende Weideland läge. Vor allem aber würde auf diese Weise der vornehmste Zweck des schwedisch-französischen Bündnisses vereitelt werden, weil Brandenburg den Schweden alsdann den Weg von Stettin nach Schlesien verlegen könnte [3]). Es war die erste Frucht des Geheimvertrags mit Frankreich vom 25. Oktober 1679, daß Ludwig XIV. in dieser Sache entschieden Brandenburgs Partei nahm: am 23. Januar 1680 [4] wurde Feuquières instruiert, Schweden sein Unrecht klar zu machen und es zur Abtretung des Landes rechts von der Oder anzuhalten und so diesem Handel zur Zufriedenheit des Kurfürsten ein für allemal ein Ende zu machen [5]).

Wenn Ludwig XIV. die Schweden namentlich deshalb schnell nach Pommern zurückkehren zu sehen wünschte, weil er ihrer dort bedurfte, um im Notfalle auf Dänemark zu Gunsten des Friedens eine Pression ausüben zu können [6]), so war dieses Moment hinfällig geworden, seit auch Christian V. auf die Fortsetzung des nun völlig aussichtslosen Kampfes verzichtete. Auch er bewegte sich dabei ganz auf der Linie, die in Dobberan für den schließlich thatsächlich eingetretenen ungünstigsten Fall vereinbart worden war [7]), indem er nicht bloß seine Bereitwilligkeit zur Annahme der vorgeschriebenen Bedingungen erklärte, sondern sich wie sein brandenburgischer Alliierter dem Sieger förmlich zum Bundesgenossen aufzudrängen suchte. Und zwar that er das in derselben ungewöhnlichen

1) Mémoire de l'Envoyé de Suède sur les affaires de Poméranie [Minist. des aff. étr. Suède XXVI (60) fol. 72].

2) Stetin tomberoit de soy mesme et seroit bientost ruiné, si la Suède ne pouvoit conserver Wolin et le pays delà de l'Oder.

3) Vgl. oben S. 172 Anm. 1.

4) Der König an Feuquières, S. Germain, den 23. Januar 1680 [Suède, Supplement (62)].

5) — pour terminer entièrement ce differend à la satisfaction de l'Electeur de Br.

6) Vgl. oben S. 236.

7) S. 211.

vertit war. Auch wird von hieraus die leidenschaftl[illegible] und Priesterfeindschaft erklärlich, welche in den Dobb[illegible] lungen zwischen dem Kurfürsten und dem Dänenkönig zum [illegible]

Als es nun an die Exekution des glücklich zu st[illegible] Friedens ging, wünschte Schweden, das nach allem Vo[illegible] gegen das Haus Braunschweig von begreiflichem Mißtrau[illegible] möglichst schnell wieder in den Besitz von Pommern zu ko[illegible] reich befürwortete daher bei dem Kurfürsten, der seinerseits [illegible] nicht verbleibende Provinz baldigst räumen wollte, de[illegible] stimmten schwedischen Truppen von Livland her den Dur[illegible] sein Gebiet zu gewähren. Der Wunsch wurde abgelehnt [illegible] auf die Länge des Weges, die Sorge vor Unordnungen [illegible] lastung des Landes. Auch Polen wollte den Weg durch [illegible] nicht freigeben. Friedrich Wilhelm empfahl die Seefahrt, [illegible] ja längs der Küste Livlands, Preußens und Pommerns [illegible] dänischen Angriff gesichert sei, während Ludwig XIV. vorn[illegible] lag, daß die Schweden von Pommern aus den Dänenkönig [illegible] nötigen halfen [2]). Schließlich macht der Kurfürst durch [illegible] im Begriff war, nach Berlin zurückzukehren, den Vor[illegible] Schweden die nötigen Truppen eben nicht so schnell schicken [illegible] es wenigstens einen Mann von Ansehn, wie etwa Graf Kö[illegible] Bevollmächtigten abordnen, dem er alle Plätze übergeben [illegible] er sich zugleich verpflichtete; Pommern für Schweden zu ga[illegible] gegen jedermann, der es angreifen würde, zu verteidigen, [illegible] das Land selbst in seine Obhut zu nehmen vermöchte. [illegible] Arrangement empfahl auch Frankreich, weil dadurch Sch[illegible] wie möglich von der Pflicht des Unterhalts der bra[illegible] Truppen befreit wurde [3]). Diese Angelegenheit, bei der [illegible] ein beträchtliches finanzielles Interesse mitspielt, kam [illegible] 1680 zur Erledigung [4]). Das hing mit den Schwieri[illegible]

1) Vgl. S. 208.

2) Ludwig XIV. an Feuquières, St. Germ[illegible] j'ai plus d'impatience de [illegible] la Suède [illegible] parcequ'ayant une fois le[illegible] ns l'E[illegible] causer de l'inquiétude a[illegible]

3) Ludwig XIV. [illegible] wo es u. a. heißt: — [illegible] et de deffendre l[illegible] estre attaquée ju[illegible] trouppes suffisan[illegible]

4) Prutz a[illegible]

Denn alsdann …
können, auch …
der Oder …
läge. Vor allen …
schwedisch-französischen …
den Schweden …
könnte[3]). Es …
vom 25. Oktober …
Brandenburgs …
instruiert, Schweden …
des Landes …
Zufriedenheit des …

Wenn Ludwig XIV. …
Pommern zurück…
um im Notfalle auf …
ausüben zu können …
auch Christian V. …
Kampfes verzichtete. …
in Doberan für den …
Fall vereinbart worden …
zur Annahme der …
sein brandenburgisches …
aufzudrängen suchte. …

… ls namentlich der Streit eine
… mit der Stadt Hamburg lag.
… ihre Hetzereien zu einem neuen
… ich dann auf Kosten Branden-
… eite aber darf auch nicht ver-
… Dassower Zusammenkunft
… Es scheint danach, als ob

… sten 1676 zum Kriege gegen
… 0 Thaler auf Hamburg erteilt
… n aus kommerziellen Gründen
… weigerte natürlich die Zahlung[3]).
… hatten sich die Braunschweiger
… Sachsen-Lauenburg, sowie mit
… westdeutschen Reichsständen ver-
… Separatartikel des Friedens von
… ff dieser Streitfrage die gütliche
… h anzunehmen, hatte der Kurfürst
… ien ihren Lauf gelassen. Ein Teil
… end sechs Hamburger Schiffe weg-
… kauft worden waren[4]). Darüber

… t, den 3. Juli 1679, und ein ausführ-
… l, das Rébenac den 23. August seinem

persönlichen Weise wie jener und bediente sich dabei ebenfalls des im Centrum all dieser Verwicklungen stehenden Rébenac als des erwünschten Vermittlers. Als nämlich ein Teil der Truppen Créquys, der durch den Frieden zu St. Germain auf dem westfälischen Kriegsschauplatze entbehrlich geworden war, sofort in das Oldenburgische zu marschieren angewiesen wurde, wandte sich Christian V. brieflich an Rébenac, der damals Georg Wilhelm von Celle nach Pyrmont begleitet hatte[1]), und erklärte ihm, daß er, der sich in Schonen aussichtslos hinschleppenden Unterhandlungen mit den unzuverlässigen Schweden müde und ganz von dem Wunsche nach Frieden erfüllt, es seiner Ehre für angemessen halte „de céder plustost à la puissance et à la vertu du Roy qu'aux chicanes de la Suède“ und daß er demgemäß seinen Minister angewiesen habe „de remettre générallement tous ses interests entre les mains du Roy.“ So werde der Friede in einigen wenigen Tagen geschlossen sein. Rébenac wurde gebeten, daraufhin Créquy zur Einstellung der Feindseligkeiten zu vermögen — „qu'il ayt la bonté, so hieß es in des Königs Brief an Rébenac — d'espargner les provinces d'un Roy qu'il peut desjà regarder comme ayant avec son maistre des alliances plus estroites et plus sincères que les Suédois n'en ont jamais eu“ — eine Wendung, die fast wörtlich an diejenige anklingt, deren sich der Kurfürst in dem gleichen Sinne Rébenac gegenüber bedient hatte. Thatsächlich wurde denn auch bereits am 2. September 1679 der Friede zu Lund unterzeichnet.

Ludwig XIV. war völlig Herr der Situation: namentlich innerhalb des Deutschen Reichs war er kaum jemals von so ausschlaggebendem Einfluß, wie er jetzt sein konnte, welchen von den sich bietenden Wegen er in der weiteren Verfolgung seines Ziels auch einschlagen mochte. Hatte er doch gleichsam zwei Eisen im Feuer, die er mühelos gleichzeitig weiter schmieden konnte, um je nachdem im entscheidenden Augenblicke dieses oder jenes zu gebrauchen. Durch die Verhetzung Brandenburgs und der Braunschweiger legte er Norddeutschland lahm. Hatte er eines thätigen Eingreifens der Welfen diesmal auch noch entraten können, so war doch der Wert der Allianz mit ihnen hinreichend erwiesen, um ihre Erhaltung auch für die Zukunft wünschenswert zu machen. Wesentlich unter ihrem Druck hatte sich der eigensinnige Stockholmer Hof, so laut er über die ihm angeblich zugemuteten Opfer klagen mochte, entschließen müssen, die Verträge mit den Braunschweigern, mit Münster,

---

1) Rébenac an Créquy, Pyrmont, den 20. Juli 1679, unter wörtlicher Mitteilung des Schreibens, das er von dem König erhalten.

mit Brandenburg und mit Dänemark zu ratifizieren. Andererseits freilich waren die Vorteile, die ihm das so dringend erbetene Bündnis mit Brandenburg verhieß, doch augenblicklich noch größer. So bewilligte er Friedrich Wilhelm die begehrte Allianz, deren konsequente Weiterentwicklung Brandenburg in seiner deutschen so gut wie in seiner allgemeinen Politik ihm als Vasallenstaat dienstbar machte. Doch ließ er die Verbindung mit den Braunschweigern darum nicht fallen, freilich ohne ihnen einen so hervorragenden Platz an seiner Seite einzuräumen, wie er ihn trotz aller ihm auferlegten Abhängigkeit dem Kurfürsten zu gewähren für gut fand. Der unruhige Ehrgeiz der Welfen empfand das als eine schmerzliche Enttäuschung und sah darin nicht bloß eine Minderung ihres Einflusses, sondern sogar eine Bedrohung ihrer Sicherheit. Deshalb nahm ihre Politik in der Stille bald eine Brandenburg und damit auch Frankreich feindliche Richtung.

Unter diesen Umständen erhielt damals namentlich der Streit eine gewisse Bedeutung, in dem der Kurfürst mit der Stadt Hamburg lag. Gern hätten die Braunschweiger ihn durch ihre Hetzereien zu einem neuen kriegerischen Zusammenstoß entwickelt, um sich dann auf Kosten Brandenburgs zu vergrößern. Auf der anderen Seite aber darf auch nicht vergessen werden, welches Schicksal auf der Dobberaner Zusammenkunft gerade Hamburg zugedacht worden war[1]). Es scheint danach, als ob der Kurfürst mit der Stadt Händel suchte.

Von Reichswegen war dem Kurfürsten 1676 zum Kriege gegen Frankreich eine Assignation über 150 000 Thaler auf Hamburg erteilt worden. Die Stadt, deren Sympathien aus kommerziellen Gründen ohnehin auf der Seite Frankreichs waren, weigerte natürlich die Zahlung[2]). Sie gegen etwaigen Zwang zu schützen, hatten sich die Braunschweiger mit den Herzögen von Mecklenburg und Sachsen-Lauenburg, sowie mit Hamburg und Lübeck und etlichen nordwestdeutschen Reichsständen verbunden[3]). Obgleich er in dem zweiten Separatartikel des Friedens von St. Germain zugesagt hatte, in betreff dieser Streitfrage die gütliche Vermittlung des Königs von Frankreich anzunehmen, hatte der Kurfürst doch bereits früher ergriffenen Repressalien ihren Lauf gelassen. Ein Teil seiner Flotte hatte vor der Elbe kreuzend sechs Hamburger Schiffe weggenommen, die dann in Dänemark verkauft worden waren[4]). Darüber

1) Vgl. oben S. 216—17.

2) Prutz a. a. O. S. 99.

3) Ebd. S. 78.

4) Rébenac an Pomponne, Pyrmont, den 3. Juli 1679, und ein ausführliches Schreiben Fuchs' über den Handel, das Rébenac den 23. August seinem Bericht nach Paris abschriftlich beilegte.

erhoben die Hamburger und ihre Beschützer Klage in Paris und verlangten Zwangsmaßregeln gegen den Kurfürsten, wobei wiederum die Braunschweiger besonderen Eifer entwickelten, obgleich sie durch ihre soeben unterzeichnete Defensivallianz mit Münster[1] des Königs Unzufriedenheit und Mißtrauen erregt hatten. Doch fanden sie damit nicht die gehoffte Aufnahme. Vielmehr erklärte Ludwig XIV., daß Hamburgs Interesse doch zu untergeordnet sei, um deshalb mit Brandenburg zu brechen und ihm nichts daran liegen könne, ob die Sache der Stadt ein Stück Geld koste[2]. Noch deutlicher wurden die Hamburger auf erneutes, heftigeres Andringen abgefertigt und namentlich auch den Braunschweigern das Verkehrte ihrer auf Verhetzung der Nachbarn gerichteten Politik vorgehalten: der König wolle nichts weniger als neue Unruhen in Norddeutschland, wo er eben mit Dänemark Frieden zu schließen im Begriff sei. Die Welfen aber mußten sich dort auf den Widerspruch hinweisen lassen, der darin liege, daß sie für sich selbst auf Grund kaiserlicher Anweisung Quartiere und Kontributionen im Reiche verlangten, anderen aber das nicht zugestehen wollten, was sie für sich selbst als recht und billig beanspruchten[3]). In Gemeinschaft mit seinem Gesandten in Hamburg, Bidal, beauftragte der König Rébenac, einen Vergleich zwischen der Stadt und dem Kurfürsten zu vermitteln. Die Zumutung, überhaupt auf jede Zahlung zu verzichten, wies der letztere entschieden zurück, weil es sich dabei nicht um das Geld, sondern um seine Ehre und sein Ansehn handele[4]). Wohl aber ließ der Kurfürst auf Frankreichs freundschaftliches Andringen die anfänglich erhobene Forderung fallen, daß die Stadt ihm auch die in drei Jahren aufgelaufenen Zinsen von den 150 000 Thalern zahlen und die auf 80 000 Thaler ver-

---

1) Rébenac aus Pyrmont den 12./2. August 1679.

2) Erlaß an Rébenac, St. Germain, den 1. August 1679: que cet interest de la ville de Hambourg est trop peu considérable pour le commettre avec l'Electeur de Br., qu'il emporte peu qu'il en couste quelque chose à cette ville.

3) Ludwig XIV. an Rébenac, St. Germain, den 25. August 1679: L'interest de cette ville ne mérite pas qu'il excite de nouveaux troubles dans la Basse-Allemagne et la maison de Brunswik doit embrasser avec plaisir le party que je luy offre de mon entremise pour empescher les suittes que ce différend pourroit avoir — . . . Il ne paroist pas tout à fait juste que lorsque les princes de Brunswik ont joui de quartier et de contribution dans l'Empire sur les ordres de l'Empereur, ils veulent condamner dans les autres ce qu'ils ont jugé raisonnable pour eux.

4) Ausführliches Schreiben Fuchs' an Rébenac in Abschrift bei dessen Bericht vom 23. August 1679: — il ne s'agit pas tant d'une somme d'argent que de de la réputation de S. A. E.

anschlagten Kosten ersetzen sollte, welche ihm aus der Flottenexpedition nach der Elbmündung erwachsen waren. Politisch aber erlangte dieser an sich ziemlich untergeordnete Handel namentlich dadurch Bedeutung, daß er den Gegensatz zwischen Brandenburg und Braunschweig verschärfte und verbitterte. Denn nur auf des letzteren Anregung, so urteilte auch Ludwig XIV., sträubte sich Hamburg gegen die Zahlung, zu der es zweifellos von Rechts wegen verpflichtet war[1]). Und eben diese Einmischung der Welfen war es, was der Kurfürst als eine besondere Herausforderung empfand[2]). Was — so ließ er fragen — würde das Haus Braunschweig wohl gesagt haben, wenn er seinerseits mit demjenigen einen ähnlichen Vertrag geschlossen hätte, der vom Reiche jenem Zahlung zu leisten angewiesen wäre? Von einer weiteren Herabminderung seiner Ansprüche durch den Verzicht nicht bloß auf die Exekutionskosten und die Zinsen, sondern auch einen Teil des Kapitals, die der König als einen Beweis seiner Ergebenheit von ihm bewilligt zu sehen wünschte[3]), wollte er infolgedessen nichts hören. So blieb dieser Hamburger Kontributionshandel eine dauernde Gefahr für die Ruhe im Norden, und es bedurfte erst eines stärkeren Druckes, den der König auf beide Teile und namentlich auf Celle ausübte, um dem Streit ein Ende zu machen, indem es den einen Teil schließlich doch zu einer weiteren Reduktion seiner Forderungen bestimmte, den anderen aber zu einer beträchtlichen Steigerung der angebotenen Zahlung anhielt[4]). Den Kurfürsten wies er darauf hin, daß er im Falle eines gewaffneten Konflikts genötigt sein könnte, auf Grund des neunten Artikels des Celler Vertrages, in dem er des Herzogs Besitzstand garantiert hatte, für diesen einzutreten; dem Herzog aber und Hamburg ließ er vorhalten, wie er sich aller Pflichten gegen sie entledigt betrachten könnte, wenn sie ihm die Vertretung ihrer Interessen nicht vorbehaltlos einräumen wollten: beide Teile sollten ihn demgemäß förmlich zum Schiedsrichter bestellen, dann sollte Rébenac in seinem Namen der Stadt die Zahlung der Hälfte, also 75 000, allerhöchstens 80—90 000 Thaler an den Kurfürsten auf-

1) Erlaß an Rébenac den 31. August 1679. Je n'ay pas lieu de doutter que leurs maistres n'embrassassent tous .les partis convenables, s'ils ne se voioient soutenus par les espérances que leur donne le duc de Zell.

2) Fuchs a. a. O. Elle a seu avec regret que la dite sme maison s'oppose à cela directement, luy veut oster les droits dont elle mesme a jouy et a deffendu à la ville de Hambourg de ne rien payer.

3) Rébenac aus Hamburg, den 25. August 1679 „comme preuve de defference".

4) Instruktion für Rébenac, Fontainebleau, den 27. September 1679.

erlegen[1]). Auf diesem Wege kam man dann schließlich zu der gewünschten Verständigung, allerdings erst, nachdem dem Kurfürsten 100 000 Thaler zugebilligt worden waren: Mitte Oktober meldete Rébenac seinem König den Abschluß des Vergleiches[2]).

Durch diesen Ausgang war namentlich das Haus Braunschweig wieder unangenehm enttäuscht. Denn es sah die Hoffnungen, die es auf die französische Allianz gesetzt hatte, von neuem getäuscht und empfand es schmerzlichst, in der Gunst Frankreichs von dem Brandenburger überflügelt zu sein[3]). Vornehmlich regte sich nun bei ihnen und den ihnen in der Hamburger Sache verbündet gewesenen niedersächsischen Ständen die Befürchtung, es könne ihnen in betreff der vom Reiche auf sie angewiesenen Quartiere und Kontributionen von seiten Dänemarks und Brandenburgs ebenso ergehen wie Hamburg. Sie zu beschwichtigen, ließ Ludwig XIV. am 24. November 1679 in Ebsdorf einen neuen Vertrag mit Celle und Wolfenbüttel schließen, welcher auf Grund des neunten Artikels des Celler Vertrages bestimmte, daß Frankreich mit den Herzögen gemeinsam den König von Dänemark und den Kurfürsten von Brandenburg daran hindern sollte, ihnen vom Kaiser erteilte Anweisungen auf Quartiere und Kontributionen in irgend einer Weise gewaltsam geltend zu machen gegenüber den Herzögen von Mecklenburg und Sachsen-Lauenburg, dem Bischofe von Lübeck, den Grafen von Lippe und Schwarzburg und den Städten Lübeck und Hamburg[4]), den Gliedern

---

1) Instruktion für Rébenac, Fontainebleau, den 27. September 1679. — si Mr. l'Electeur de Br. le reffusoit, il auroit sujet de craindre — — que je ne me trouvasse engagé selon de 9e article du traitté de Zel à assister la maison de Brunswik dans la garantie qu'Elle a promise, et que le duc de Zel et la ville de Hambourg en faisoient de difficultés, ils auroient sujet d'estre persuadés que je ne me croirais justement desgagé de mes promesses, lorsqu'ils n'auroient pas voulu m'abandonner leurs interests. — Sy vous pouvez porter la négociation à ce point, et que l'un et l'autre me rende maistre de prononcer sur la somme que la ville de Hambourg devroit payer, mon intention seroit alors.

2) d. d. Winssen, den 15. Oktober 1679.

3) Vgl. Rébenacs Angabe in seinem Bericht vom 17. September 1679.

4) Es heißt Artikel 1: Comme la paix de l'Empire pourroit estre aisement troublée si — folgen die genannten — et autres estats du cercle de la Basse-Saxe, qui sont en alliance avec la sme maison de Brunswik-Lunebourg venoient à estre inquiétés à l'avenir à cause des quartiers d'hiver ou d'assignation, que le Roy de Dannemark et l'Electeur de Br. ont obtenus sur eux pendant la guerre, S. M. T. C. conjointement avec les Seigneurs ducs feront en sorte que l'on ne vienne point à des voies de fait entre les dits estats et que l'on

also des Bundes, der sich zum Schutz Hamburgs gegen die brandenburgische Assignationsforderung gebildet[1]), der aber nichts durchgesetzt habe. Im Fall eines daraufhin gegen sie erhobenen Angriffs, von wem auch immer er ausgehen mochte, verpflichtete sich Frankreich, den Herzögen binnen sechs Wochen nach erfolgtem Ansuchen Waffenhilfe zu leisten. Der Vertrag bedeutete einen Schritt weiter in der Organisation des Gegensatzes zwischen Brandenburg und dem ehrgeizig aufstrebenden Teile des Hauses Braunschweig, von dem Johann Friedrich in Hannover, der die ihm während des Schwedenkrieges gewordene üble Behandlung nicht verschmerzte, und Ernst August in Osnabrück, der sein Glück im engsten Anschluß an den Kaiser suchte, seitab stehen blieben und damals mit Frankreich so wenig freundlich standen, daß der Ebsdorfer Vertrag ihnen sorgsamst verheimlicht wurde und der Marquis d'Arcy, der als Ersatzmann des nach Berlin geschickten Rébenac am Celler Hofe beglaubigt wurde, ausdrücklich Befehl erhielt, sich weder in Hannover noch in Osnabrück vorzustellen[2]). Auch das Haus Braunschweig war demnach in sich gespalten und Frankreich hinderlich zu werden außer stande.

---

n'en exige rien par la force ou d'autre manière. — Wenn es dennoch geschieht, — Elle leur prestera son assistance pour garantir les Estats susdits des violances et des prétentions que l'on pourroit faire contre eux.

1) Vgl. oben S. 239.

2) Instruktion für d'Arcy, St. Germain, den 14. Dezember 1679 — dieselbe ist interessant durch die systematische Darstellung, die sie von den Pflichten eines Gesandten und der Art ihrer Erfüllung giebt.

Kleine Mitteilungen.

Das Tagebuch des Herzogs von Braunschweig-Lüneburg.

Von Heinrich Borkowski.

Die Feldzüge des Herzogs Ferdinand von Braunschweig, des Oberbefehlshabers der Westarmee im siebenjährigen Kriege, enthalten für den Geschichtsforscher manches, das bis auf den heutigen Tag der Aufklärung entgegensieht. Selbst das umfangreiche Werk desjenigen Mannes, der dem Herzoge in jenen Jahren am nächsten stand und an seinen Plänen den größten Anteil hatte, des Sekretärs Westphal[1]), giebt uns auf viele Fragen keine Antwort. Der Grund hierfür ist die Unvollständigkeit des handschriftlichen Materials in dem militärischen Nachlasse des Herzogs.

Eine wichtige Ergänzung der Quellen bildet das Tagebuch des Herzogs, dessen Original sich in der reichsburggräflich Dohnaschen Bibliothek zu Schlobitten befindet und bisher nicht bekannt geworden ist. Die Vermutung von Donalies[2]), es müsse aus den Sammlungen des Herzogs frühzeitig viel Material in nicht mehr bekannte Hände gekommen sein, scheint sich demnach zu bestätigen.

Die Geschichte dieses Tagebuches setzt die Geschichte des Mannes voraus, in dessen Besitz dasselbe einst überging.

Friedrich Alexander, Reichsburggraf und Graf zu Dohna aus dem Hause Schlobitten, wurde am 6. Juli 1741 geboren. Sein Vater war Alexander Emil, der als preußischer Generalmajor 1745 infolge der bei Soor erhaltenen Wunden in jugendlichem Alter starb, seine Mutter Sophie Charlotte, die Tochter des Herzogs Friedrich Wilhelm von Holstein-Beck, die in zweiter Ehe am 1. Januar 1750 zu Pröckelwitz den Herzog Ludwig von Holstein-Gottorp heiratete, seine Paten u. a. Friedrich II. und Prinz Heinrich.

---

1) Unter dem Titel: „Geschichte der Feldzüge des Herzogs Ferdinand von Braunschweig-Lüneburg" in 6 Bänden 1859 und 1871/72 von dem Enkel Westphals herausgegeben.

2) Der Anteil des Sekretärs Westphalen an den Feldzügen des Herzogs Ferdinand von Braunschweig in den Forsch. zur brandenb. und preuß. Geschichte VIII, 1.



Der Herzog Georg Ludwig war seit 1743 Generalmajor und Chef des neuformierten Holsteinschen (früher v. Platenschen, später v. Pomeiske-schen) Dragonerregiments Nr. 9 und stand in Riesenburg in Garnison. Hier trat auch Friedrich Alexander mit einem Patent vom 28. Januar 1757 als Fähnrich ein, um sich unter der unmittelbaren Leitung seines Stiefvaters zunächst an dem Feldzuge gegen die Armee Apraxins zu beteiligen. Auch er focht bei Groß-Jägerndorf, wobei er sich, wie Holstein dem Könige meldet, „sehr distinguiret", und zog dann mit der Armee nach Pommern gegen die Schweden.

Immer in der Umgebung Holsteins, teilt er bis 1760 dessen Kriegserlebnisse. Auf die Gefechte in Pommern und die Kontributionszüge in Mecklenburg folgte im Februar 1758 die Kommandierung Georg Ludwigs zur alliierten Armee Ferdinands von Braunschweig, wo Friedrich Alexander, durch Patent vom 22. August 1758 zum Sekondlieutenant ernannt, eine harte militärische Schule durchmachen mußte.

Die Aufgabe des Herzogs von Holstein, dessen Befähigung in der geschickten Führung der Avantgarde und überhaupt aller „actions vigoureuses" bestand, wie Friedrich d. Gr., d. d. Breslau, 13. Januar 1758, an Ferdinand von Braunschweig schreibt, war, die dauernde Fühlung mit dem Feinde aufrecht zu erhalten. Daher wurde er fast täglich in kleineren Scharmützeln mit dem Gegner handgemein und leitete die meisten größeren Gefechte ein. Friedrich Alexander machte diese schweren Kriegsjahre in der Front durch; er kämpfte, außer in kleineren Gefechten, bei Krefeld (23. Juni 1758), bei Bergen (13. April 1759), bei Minden (1. August 1759) und bei Marburg (8. Januar 1760) [1]).

Am 30. Mai 1760 mußte er sich indes von seinem Stiefvater, der zur Armee des Königs zurückgerufen wurde, trennen. Kurze Zeit vorher hatte er die Bekanntschaft des Herzogs Ferdinand selbst gemacht, aus der sich im Laufe der Zeit ein dauerndes Freundschaftsverhältnis entwickelte. Über die Art und Weise der Bekanntschaft erzählt die Familientradition: Der junge Graf, welcher mit einer Meldung ins Hauptquartier des Herzogs geschickt worden war, hatte das Unglück, beim Niederschreiben der Befehle die Spitze seines Bleistiftes abzubrechen. Schnell entschlossen trat er, um den Herzog nicht zu unterbrechen, an dessen Schreibtisch, nahm einen dort liegenden Bleistift und schrieb ruhig weiter.

Dohna wurde ins Hauptquartier Ferdinands kommandiert und traf am 4. Juni 1760 dort ein. Der Herzog notiert unter diesem Datum in seinem Tagebuche: „Le comte de Dohna mon nouvel aide de camp général arrivat ce jour la de Cassel." Offiziell mit Genehmigung des Königs trat Dohna jedoch erst 1761 am 27. Juni zugleich mit Fink und Riedesel in die Reihe der Generaladjutanten v. Reden, Estorff, Ligonnier, Wintzingerode, Klinkowström, Taube und Pentz ein, nachdem durch Bülows und Derenthals Tod (September und Oktober 1760) Stellen frei geworden waren. Solange gehörte er neben Riedesel, Fink, Dachenhausen, Massow u. a. zu den „galopins".

---

1) Friedrichs des Großen Urteil über die Holsteinschen Dragoner bei Westphalen: Die Feldzüge Ferdinands von Br. II, 239. Politische Korrespondenz Fr. d. Gr. XVI, 211.



Dohna wußte sich in kurzer Zeit das Vertrauen und die Liebe des Herzogs zu erwerben, so daß er neben dem Sekretär Westphal bald in einem vertrauteren Verhältnisse als die übrigen zu ihm stand. In diese Jahre, 1760—1762, fielen die Operationen Ferdinands an der Diemel (1760), die Schlacht bei Vellinghausen (Juli 1761), die Operationen an der Weser und Diemel (1761) und die Befreiung Hessens (1762) durch die Schlacht bei Wilhelmsthal am 24. Juni 1762. Dohna leistete während dieser Zeit durch schwierige Rekognoscierungen, wichtige Befehlsvermittlungen, Meldungen ins königl. Hauptquartier, durch freiwillige Teilnahme an entscheidenden Attaquen, wie bei Wilhelmsthal, dem Herzoge wesentliche Dienste. Er durfte dafür dem Könige die Siegesnachricht von Wilhelmsthal überbringen. Dohna traf ihn zu Lissa am 30. Juni 1762 bei der Revue der russischen Truppen, welche unter Tschernyschef zu der preußischen Armee stoßen sollten. „Vous voyez," sagte der König zu dem russischen General, „que vous amenez avec vous la victoire" (Unterhalt. mit H. de Catt, hrsg. von Koser, S. 453, Westphal VI, 180). Nach seiner Rückkehr (15. Juli) erhielt Dohna auf Antrag des Herzogs am 28. Juli den Orden pour le mérite (Tagebuch des Herzogs vom 5. und 23. August 1762). In einem besonderen Schreiben, d. d. Peterswalde, d. 4. September 1762, drückte ihm der König seine Zufriedenheit aus (Archiv Schlob. 30./6.).

Inzwischen hatte Dohnas Stiefvater, Georg Ludwig von Holstein, am 27. März 1761 auf sein Gesuch den Abschied erhalten. Der König hatte ihm den Vorwurf gemacht, bei der Schlacht von Torgau zu spät auf dem Schlachtfelde eingetroffen zu sein, und ihn deutlich seine Ungnade fühlen lassen, unter anderm dadurch, daß er seine Offiziere im Avancement überging. Der Herzog forderte nunmehr auch seinen Sohn auf, den Abschied einzureichen, da er nicht zugeben könne, daß er ewig preußischer Lieutenant bliebe (Br. 23. Januar 1762, Arch. 32./6.). Er verfolgte dabei den Plan, ihn in Rußland, wo am 5. Januar 1762 Elisabeth gestorben und Peter III. aus dem Hause Holstein-Gottorp zur Regierung gekommen war, sein Glück machen zu lassen. Seine Söhne, August und Peter, hatten bereits Regimenter in Petersburg erhalten, er selbst war zum Chef der deutschen Truppen daselbst ernannt worden.

Nur mit Mühe setzte Dohna es durch, bis zum Ende des Krieges im Dienste bleiben zu dürfen, der Abschied von dem Herzoge fiel ihm unendlich schwer (Tagebuch Ferdinands, 8. Januar 1763). Um seine Eltern nicht zu erzürnen, reichte er im Dezember 1762 das Abschiedsgesuch ein. Der König äußerte sich zunächst in einem Briefe an Ferdinand, d. d. Leipzig, den 17. Dezember 1762, sehr überrascht, daß der junge Lieutenant schon jetzt seinen Kohl zu bauen gedenke (Westphal VI, 1101), doch dem Herzoge zu Liebe bewilligte er am 6. Januar 1763 das Gesuch. Ferdinand unterließ nicht, seinem Schützlinge unter dem 8. Januar 1763 noch andere Äußerungen des Königs mitzuteilen:

„Au reste aux instances que vous venez de me renouveller, Je veux bien accorder au jeune comte de Dohna, le congé qu'il demande, qui Luy sera expédié De ma chancellerie de guerre à Berlin. Je vous avoue cependant, que je ne m'y suis determiné

qu'avec peine, et que Je ne l'ai fait par complaisance pour vous; Car outre que je n'aime pas de voir sortir du service, De jeunes gens de famille, pour mener après celà une vie oisive sur leurs terres, qui ne convient pas à leur naissance, il arrive presque ordinairement, qu'ennuyés et depités de cette sorte de vie, ils veulent sortir Du Païs, pour aller servir des Puissances Etrangeres. Ce qui ne m'accommode nullement." (Arch. Schlob. 24./6.)

Hiermit endigt Dohnas militärische Thätigkeit. Nach schmerzlichem Abschiede von Herzog Ferdinand, den er als seinen Lehrer, Wohlthäter und Freund sein Leben lang verehrte, mit dem er in dauerndem brieflichen Verkehre blieb, und der ihm wahrscheinlich zur Erinnerung an die gemeinsam verlebte Kriegszeit[1]) und als Zeichen besonderer Freundschaft seine Tagebücher schenkte, traf er im Sommer 1763 mit seinem Kriegsgefährten v. Usedom in Schlobitten ein, um sich der Verwaltung seiner Güter zu widmen.

An fremde Kriegsdienste konnte er nicht denken, da der Revers, welchen er beim Austritte aus der preußischen Armee unterzeichnen mußte, ihm dieses verbot. Überdies starben seine Eltern beide kurz nach einander 1763, und Peters III. Regierung hatte am 9. Juli 1763 ein jähes Ende genommen. Später, 1772 und in den folgenden Jahren, versuchte Dohna durch Vermittlung Herzog Ferdinands, wieder in militärische Dienste zu treten, aber seine Bemühungen blieben erfolglos, (Briefe an den König und Ferdinand, Arch. Schlob. 23./6., 24./6., 32./6.), obwohl ihm der König wieder sehr gnädig gesinnt wurde.

Auf Friedrich Alexander zu Dohnas Leben nach 1763 genauer einzugehen, ist hier nicht der Ort, es ist überdies aus Schleiermachers Leben zum Teil bekannt. Es bleibt noch zu erwähnen, daß er sich am 29. April 1769 mit der einzigen Tochter des Grafen Friedrich Ludwig Finckenstein, der im Kriege von 1757—1759 als Brigadekommandeur sein Vorgesetzter gewesen war, vermählte. Von seinen Söhnen, welche in den Feldzügen gegen Napoleon hervorragende Stellungen bekleideten, waren die bedeutendsten der spätere Staatsminister Burggraf Friedrich Ferdinand Alexander, der Stifter der Landwehr, Burggraf Wilhelm, Wirkl. Geh. Rat und Obermarschall, ein Schüler Kants, Burggraf Ludwig, Königl. preuß. Oberst, und Karl Friedrich Emil, Kommandeur des I. Armeekorps während der Revolutionszeit 1848 und preuß. Generalfeldmarschall.

Im Jahre 1776 wurde Dohna der ehrenvolle Auftrag des Königs zu teil, den Großfürsten Paul (I.) auf seiner Reise nach Berlin zu-

1) U. d. 25. März 1764 schreibt der Herzog an den Grafen aus Braunschweig: „Ich werde mich niemals, ohn das Lebhafteste Vergnügen zu genießen, derjenigen Zeit erinnern können, welche Sie meiner Person so nahe attachiret gewesen sind. Ich habe darin mehr als eine Gelegenheit gehabt, Ihren würdigen und verehrungsvollen Charakter, Ihre Talente, und die rühmliche Begierde kennen zu lernen, welche Sie angeflammet, sich hervor zu thun. Sie haben in Hundert Vorfällen von allen solche Beweise gegeben, die Ihnen zum Beständigen und immer wehrenden Ruhm gereichen werden ..... Ich werde dagegen bey allen vorkommenden Gelegenheiten Ihnen zu bezeigen suchen, mit wie großer Hochachtung, Freundschaft und Erkentlichkeit ich bin u. s. w." Orig. Arch. Schlob. 24./6.



sammen mit dem Grafen Dönhoff in Memel zu empfangen und bis zur pommerschen Grenze zu begleiten und wieder abzuholen, wobei der Großfürst auch in Schlobitten Station machte.

In den unglücklichen Jahren von 1806—1810 stand Dohna dem Könige Friedrich Wilhelm III. in Memel und Königsberg mit Rat und That treu zur Seite. Dieser lohnte 1808 seine Treue durch Verleihung des hohen Ordens vom schwarzen Adler, nachdem er ihn bereits 1803 (8. Mai) für „den bei jeder Gelegenheit an den Tag gelegten Patriotismus", wie es in der Kabinettsordre heißt, an Stelle des verstorbenen Staatsministers Grafen von Dönhoff, zum Obermarschall des Königreichs Preußen ernannt hatte (Briefe von Friedrich Wilhelm III. an ihn, Arch. Schlob. 30./6.).

Burggraf Friedrich Alexander starb am 8. April 1810 zu Finckenstein, dem von seinem Schwiegervater übernommenen Besitze, im Alter von 69 Jahren. Die Königl. preuß. Staats-, Kriegs- und Friedenszeitung vom 26. April 1810 widmet ihm einen schönen Nachruf, der mit den Worten schließt: „Seine letzten Augenblicke waren ein schönes Bild seines ganzen Lebens, sie waren auf die edelste Weise der Erfüllung seiner Pflichten, Gott und dem Könige geweihet."

Die hinterlassenen militärischen Papiere Friedrich Alexanders zu Dohna, soweit sie hier in Betracht kommen, bestehen in zusammenhängenden Ausarbeitungen, Tagebüchern, Tabellen, Marschbefehlen, Karten und Briefen. Sie behandeln die Feldzüge des Königs, die Aktionen der pommerschen Armee unter Generallieutenant zu Dohna und der alliierten Armee unter Herzog Ferdinand und sind teils eigene Ausarbeitungen des Grafen, die sich auf die im Feldzuge aufgezeichneten Adjutantenberichte, auf Tagebücher, auf eigene und fremde Kriegserinnerungen beziehen, teils fremde Papiere, vor allem Karten, die er im Laufe der Zeit für die geplante Geschichte des Krieges gesammelt hatte. Eine wichtige Quelle seiner Darstellungen sind die Originaltagebücher des Herzogs Ferdinand gewesen. Sie umfassen die Jahre 1751—1766 in sechzehn Bänden. Die Aufzeichnungen des Jahres 1751 sind in ein gedrucktes Exemplar des verbesserten Schreibkalenders, herausgegeben von Adolf Pape in Blankenburg, eingetragen, die übrigen Bände sind meistens nach dem Muster des ersten eingerichtet und in Pappe, Leder, Sammet oder Seide gebunden. Die Sprache ist französisch.

An jedem Tage hat der Herzog seine Erlebnisse, während des Krieges kurze Angaben der gegebenen Befehle und ausgeführten Bewegungen, der Nachrichten über den Feind und aus dem königlichen Hauptquartiere, soweit es seine Zeit erlaubte, eingetragen. Öfters sind am Schlusse der Tagesnotizen in ein bis zwei Reihen die Wörter nur durch die Anfangsbuchstaben bezeichnet. Auf der Innenseite des Deckels oder den letzten Blättern stehen Vermerke über die täglich zurückgelegten Meilen und bisweilen auch über Gewinn und Verlust beim Spiele. Jedes neue Jahr leitet eine kurze fromme Betrachtung oder ein Spruch ein.

Aus dem Briefwechsel des Herzogs mit Friedrich Alexander läßt sich nicht mit Sicherheit feststellen, wie das Tagebuch in seinen Besitz gekommen ist. Es ist schon oben gesagt worden, daß es der Herzog ihm

wahrscheinlich geschenkt habe. Der Graf beschäftigte sich mit einer Darstellung des siebenjährigen Krieges und verhandelte darüber öfters mit dem Herzoge. Aus einem Briefe an ihn vom 15. Januar 1774 geht hervor, daß er ihm und durch ihn dem Könige die fertigen Teile zur Durchsicht übersandt hat. Diese Arbeiten wollte Herzog Ferdinand vielleicht durch sein Tagebuch unterstützen und seinem jungen Freunde durch dieses Geschenk zugleich ein Zeichen seines Vertrauens und seiner Freundschaft geben.

Es steht ferner fest, daß Friedrich Alexander am Anfange der 70er Jahre schon viele Jahre mit seiner Arbeit beschäftigt ist. Dieselbe muß also schon in den 60er Jahren begonnen worden sein. Dies ungefähre Datum stimmt mit der Zeit, in der die Aufzeichnungen des Herzogs plötzlich abbrechen, dem 16. Mai 1766, und mit der Thatsache, daß Westphal die Tagebücher in seinem Geschichtswerke, dessen erster Teil 1769 vollendet war, nicht benutzt hat, wohl überein.

Folgende Proben mögen die Art der Abfassung des Tagebuches näher kennzeichnen.

13. August 1756.

Je fus levé à 1 heure. Je n'avois pas fermé l'oeille toute la nuit. à 3 heures et demi je partis de Magdebourg. Tous les officiers de l'Etat Major de mon Rgt. s'y trouverent, et beaucoup d'officiers de mon Regt: Je fis si bonne diligence qu'à 10 heures et demi je fus rendu à Brandebourg. J'y dinai avec le Lieut: General Münchow. Un detachement d'artillerie destiné pour le train de l'artillerie de campagne de Magdebourg partit de Berlin et arrivat justement comme je fus à Brandenbourg. Je repartis à 2 heures et demi. Vers les 7 heures du soir je fus rendu à Potsdam. Je logeai au chateau. Puïs je m'habillai. Schmettau vint me voir. Peu apres de Concert je fus apellé chés le Roi. S. M. m'ambrassat. Puis Elle entrat avec moi dans sa chambre de lit, me parlat longtemps des affaires très graves. Ensuite il soupat avec son frere Henri, Moi, Milord Marschal, et le Marquis Dargens. Cela durat jusque vers les 11 heures. J'expediois encore plusieurs lettres. Puis je me mis au lit. Je ne dormis pas trop bien. Je souffris au coté droit, branche, cuisse, genouil et jambe droite. V. g. l. r. f. t. l. br. n l. ff. . . / . . p r. S. n t . . q . . l q ch. f. d'. nd. ss. nt c. q . . l. f. t d. ch. r. y. r.

14. August 1756.

Je fus pret fort avant les 9 heures. Alors je me rendis en haut chés le Roi. Je fus apellé chés le Roi qui me dit les choses les plus graves et importantes. Retzow y étoit present. Il s'agissoit de marche et ce que j'y avois à faire. L'on m'envoïat avec Retzow dans une chambre pour étudier de quoi il s'y agissoit de moi. Winterfeld vint ensuite chés moi. Et plusieurs autres qui voulurent me parler, et que je ne pouvois voir. Je dinai avec le Roi dans la chambre jeaune avec une compagnie de 12 à 14 personnes. Apres la table je recus mon instruction, l'on me fit apeller et je fus obligé de la lire d'un bout jusqu'à l'autre a



coté de Lui assis. Puis je fus chés moi. J'allai chés Winterfeld, qui me bavardat beaucoup. De la je fus chés Retzow qui me parlat très sencément. A 8 heures, de retour chés moi. Zanthier vint me voir. Je fus encore apellé chés le Roi. Je m'entretins avec Lui encore tout un temps. Il me parlat avec une bonté infinie. Le Roi soupat avec son frere Henri, Dargens et moi. Levé de table je me congediai du maitre. Je fus attendris. Je souffris beaucoup au coté droit, et de douleurs dans la jambe droite. Apres 11 heures au lit. Je m'en dormis bientôt.

15. August 1756.

Je fus levé à 2 heures. À 3 heures et demi Je partis de Berlin. Je ne m'arettai nulle part. Apres les 3 heures de l'apres midi je fus rendu à Magdebourg. J'eus terriblement à faire et à travallier que je pensois que la tête m'en tourneroit. Je me couchai de bonne heure. Je confiai une partie de ma besogne au Regt: Quartier Goldbeck.

6. Mai 1757 (Schlacht bei Prag).

Je ne me pressai pas beaucoup le Matin pour sortir. Le Roi avoit écrit la veille une lettre fort piquante au Maréchal de Schwerin. Le Roi étoit sorti avec son fere et plusieurs officiers pour reconnoitre. Il fut resolu que le Corps que le Roi avoit ammené prendroit incessament les armes à la main, et devoit se mettre en marche, pour se joindre à l'armée du Marechal Schwerin. Ce qui se fit aussi. L'on remarquat de terribles mouvements dans l'armée autrichienne. Elle defilat par sa droite et prit une nouvelle position. Le Roi étant chés le Gen: Veld Marechal Schwerin, il me fit ordonner de le faire avertir des que j'aurois joint l'armée du Marechal. L'on vit toute l'armée autrichienne sous les armes. Elle nous saluat de quelques coups de cannon. Je fis aussi cannonner quelques Husards. A 10 heures la Battaille commençat. Notre armée voulut prendre celle des autrichiens en flanc et a Dos. Le feu fut terrible et opiniatre de part et d'autre, et une cannonnade affreuse. Ce fut une des plus rudes journées, et qui nous coutat cher, malgré la victoire complette que nous avons remportés. Le Marechal Schwerin et le Gen: Maj: Amstel furent tués. Fouquet, Hautcharmoi, Winterfeld, Ingersleben, Schöning, Blanckensee, Saldern, Kurssel furent blessés. Nous les poussames jusque sous prague, et une partie du coté de Kundratice. Ils abandonnerent nombre de cannons, et presque tout leur bagage, La moitié de leur camp. Le Roi prit son quartier dans le mauvais village de Michele. Le Pr: Henri a fait des merveilles. Notre gauche très mal, nommement les Regt: de Fouquet, Kurssel, Schwerin, Lestwiz. Le troisieme Batt: d'Anhalt a encore très mal fait. Mais en revange le reste de la droite a merveille. Mais Elle a été engagée mal à propos par le G: M: Manstein. Je reparai le desordre à la gauche, et je retablis un peu l'affaire avec le Regt. de Kannacker, Wiedt, et Charles. Le Roi a desesperé du gain de la battaille, et a voulu se retirer. Le Duc de Bevern a du faire la retraitte. Notre perte a une de païs, je l'evalue à 10/m hommes. Je restai la nuit aupres du Regt: de Kannacker sans



wahrscheinlich geschenkt habe. Der Graf beschäftigte sich mit einer Darstellung des siebenjährigen Krieges und verhandelte darüber öfters mit dem Herzoge. Aus einem Briefe an ihn vom 15. Januar 1774 geht hervor, daß er ihm und durch ihn dem Könige die fertigen Teile zur Durchsicht übersandt hat. Diese Arbeiten wollte Herzog Ferdinand vielleicht durch sein Tagebuch unterstützen und seinem jungen Freunde durch dieses Geschenk zugleich ein Zeichen seines Vertrauens und seiner Freundschaft geben.

Es steht ferner fest, daß Friedrich Alexander am Anfange der 70er Jahre schon viele Jahre mit seiner Arbeit beschäftigt ist. Dieselbe muß also schon in den 60er Jahren begonnen worden sein. Dies ungefähre Datum stimmt mit der Zeit, in der die Aufzeichnungen des Herzogs plötzlich abbrechen, dem 16. Mai 1766, und mit der Thatsache, daß Westphal die Tagebücher in seinem Geschichtswerke, dessen erster Teil 1769 vollendet war, nicht benutzt hat, wohl überein.

Folgende Proben mögen die Art der Abfassung des Tagebuches näher kennzeichnen.

13. August 1756.

Je fus levé à 1 heure. Je n'avois pas fermé l'oeille toute la nuit. à 3 heures et demi je partis de Magdebourg. Tous les officiers de l'Etat Major de mon Rgt. s'y trouverent, et beaucoup d'officiers de mon Regt: Je fis si bonne diligence qu'à 10 heures et demi je fus rendu à Brandebourg. J'y dinai avec le Lieut: General Münchow. Un detachement d'artillerie destiné pour le train de l'artillerie de campagne de Magdebourg partit de Berlin et arrivat justement comme je fus à Brandenbourg. Je repartis à 2 heures et demi. Vers les 7 heures du soir je fus rendu à Potsdam. Je logeai au chateau. Puïs je m'habillai. Schmettau vint me voir. Peu apres de Concert je fus apellé chés le Roi. S. M. m'ambrassat. Puis Elle entrat avec moi dans sa chambre de lit, me parlat longtemps des affaires très graves. Ensuite il soupat avec son frere Henri, Moi, Milord Marschal, et le Marquis Dargens. Cela durat jusque vers les 11 heures. J'expediois encore plusieurs lettres. Puis je me mis au lit. Je ne dormis pas trop bien. Je souffris au coté droit, branche, cuisse, genouil et jambe droite. V. g. l. r. f. t. l. br. n l. ff. . . / . . p r. S. n t . . q . . l q ch. f. d'. nd. ss. nt c. q . . l. f. t d. ch. r. y. r.

14. August 1756.

Je fus pret fort avant les 9 heures. Alors je me rendis en haut chés le Roi. Je fus apellé chés le Roi qui me dit les choses les plus graves et importantes. Retzow y étoit present. Il s'agissoit de marche et ce que j'y avois à faire. L'on m'envoïat avec Retzow dans une chambre pour étudier de quoi il s'y agissoit de moi. Winterfeld vint ensuite chés moi. Et plusieurs autres qui voulurent me parler, et que je ne pouvois voir. Je dinai avec le Roi dans la chambre jeaune avec une compagnie de 12 à 14 personnes. Apres la table je recus mon instruction, l'on me fit apeller et je fus obligé de la lire d'un bout jusqu'à l'autre a



coté de Lui assis. Puis je fus chés moi. J'allai chés Winterfeld, qui me bavardat beaucoup. De la je fus chés Retzow qui me parlat très sencément. A 8 heures, de retour chés moi. Zanthier vint me voir. Je fus encore apellé chés le Roi. Je m'entretins avec Lui encore tout un temps. Il me parlat avec une bonté infinie. Le Roi soupat avec son frere Henri, Dargens et moi. Levé de table je me congediai du maitre. Je fus attendris. Je souffris beaucoup au coté droit, et de doulcurs dans la jambe droite. Apres 11 heures au lit. Je m'en dormis bientôt.

15. August 1756.

Je fus levé à 2 heures. À 3 heures et demi Je partis de Berlin. Je ne m'arettai nulle part. Apres les 3 heures de l'apres midi je fus rendu à Magdebourg. J'eus terriblement à faire et à travallier que je pensois que la tête m'en tourneroit. Je me couchai de bonne heure. Je confiai une partie de ma besogne au Regt: Quartier Goldbeck.

6. Mai 1757 (Schlacht bei Prag).

Je ne me pressai pas beaucoup le Matin pour sortir. Le Roi avoit écrit la veille une lettre fort piquante au Maréchal de Schwerin. Le Roi étoit sorti avec son fere et plusieurs officiers pour reconnoitre. Il fut resolu que le Corps que le Roi avoit ammené prendroit incessament les armes à la main, et devoit se mettre en marche, pour se joindre à l'armée du Marechal Schwerin. Ce qui se fit aussi. L'on remarquat de terribles mouvements dans l'armée autrichienne. Elle defilat par sa droite et prit une nouvelle position. Le Roi étant chés le Gen: Veld Marechal Schwerin, il me fit ordonner de le faire avertir des que j'aurois joint l'armée du Marechal. L'on vit toute l'armée autrichienne sous les armes. Elle nous saluat de quelques coups de cannon. Je fis aussi cannonner quelques Husards. A 10 heures la Battaille commençat. Notre armée voulut prendre celle des autrichiens en flanc et a Dos. Le feu fut terrible et opiniatre de part et d'autre, et une cannonnade affreuse. Ce fut une des plus rudes journées, et qui nous coutat cher, malgré la victoire complette que nous avons remportés. Le Marechal Schwerin et le Gen: Maj: Amstel furent tués. Fouquet, Hautcharmoi, Winterfeld, Ingersleben, Schöning, Blanckensee, Saldern, Kurssel furent blessés. Nous les poussames jusque sous prague, et une partie du coté de Kundratice. Ils abandonnerent nombre de cannons, et presque tout leur bagage, La moitié de leur camp. Le Roi prit son quartier dans le mauvais village de Michele. Le Pr: Henri a fait des merveilles. Notre gauche très mal, nommement les Regt: de Fouquet, Kurssel, Schwerin, Lestwiz. Le troisieme Batt: d'Anhalt a encore très mal fait. Mais en revange le reste de la droite a merveille. Mais Elle a été engagée mal à propos par le G: M: Manstein. Je reparai le desordre à la gauche, et je retablis un peu l'affaire avec le Regt. de Kannacker, Wiedt, et Charles. Le Roi a desesperé du gain de la battaille, et a voulu se retirer. Le Duc de Bevern a du faire la retraitte. Notre perte a une de païs, je l'evalue à 10/m hommes. Je restai la nuit aupres du Regt: de Kannacker sans

tentes. Mon équipage ne put me trouver. Je dormis sur de la paille. La perte de nos braves officiers est irreparable.

19. Juni 1757 (der Tag nach der Schlacht bei Kollin).

Je fus levé tout de suite des que Grand[1]) me vint voir. Je me jettai vite sur mon cheval et je me rendis chés le Pr: Henri. Celui la ne fut pas peu saisi de cette desastrueuse nouvelle. Le Pr: Henri se jettat sur son cheval, envoïat Grand le plus tôt possible chés le Marechal Keith, Pr: de Prusse, et Winterfeld. Le Pr: se rendit chés Winterfeld. Moi je donnai tout de suite des ordres relatifs à notre situation. Puis je fus chés moi. Je me couchai tout habillé sur mon lit. Je parlai à Dieskau, et à l'Ecuier Schwerin. Puis je me mis à cheval et je retournai chés le Pr: Henri. Qui s'arrogeat à faire la disposition pour la marche du lendemain. Nous rendismes ensuite ensembles au Rendés vous à Branick ou le Marechal Keith, Pr: de Prusse, Pr: Ferd: Schmettau et Retzow s'y trouvoient. Puis nous donnames l'ordre. Je dinai en petite compagnie chés le Prince Henri. On vint nous avertir ensuite que le Roi revenoit. Personne ne s'y attendit. Nous le trouvames d'un abattement singulier. Il nous fit entrer le Pr: Henri et moi. Il s'étoit jetté sur un mauvais grabat et pleurat. Quelque temps apres, il nous ordonnat de tout arranger pour la marche du lendemain. Puis arrivat le Cornet Krockow de Schönaich avec un corps de poste sonnant avec la nouvelle que la Battaille étoit gagnée de notre part. Puis ce n'étoit qu'une lettre qui marquoit l'état des choses, et cet eventé l'avait fait passer pour une bataille gagnée. J'entrai chés le Roi pour le feliciter et il me repondit ne me felicité pas, Dieu preserve pour de pareilles victoires. Je restai campé au quartier général, je dormis passablement bien, et je ne souffris pas trop.

15. und 16. Juli 1761 (Gefecht bei Bellinghausen).

Je fus levé entre 4 et 5 heures. Je fis la grande tournée du Camp. Il plut horriblement. Je fus avertis de la marche d'un Corps de 10/m hommes et de 30 Cannons qui avancoit sur Milord Granbi. Je fis tout de suite marcher le Corps de Wutginau. Et j'ordonnai que 6 Batt: et 6 Escad: du Corps de Spörcke vinssent me joindre par le pont de Haaren que j'avois fait raccommoder et jetter tout de suite. Je courus moi même chés Mylord. Et j'apris que ce n'étoit rien. Mais l'ennemi avoit les tentes abbattues. Je fus un moment chés moi pour diner. A peine étois je à table pour diner que l'on vint me dire que Milord Granbi alloit être attaqué en force. J'ordonnai tout de suite que Wutginau allat proteger la droite de Mylord, avec le L: G: Howard. Le L: G: Conway occupat l'emplacement entre Mingsen et Hohenovre, avec 8 pieces de 12 ℔: pesant anglois. Le Pr: Héred: observat et garnit avec ses troupes la partie de Wamlen et de Hilbeck. L'ennemi nous cannonnat et nous attaquat vivement. Cela durat jusqu'à 10 heures du soir. Le parc Anglois

1) Er brachte die Nachricht von dem Verluste der Schlacht.



eut la droite à Kirck Denckern, le village à Dos. Le parc Hannovrien du Centre aussi sur la hauteur du Camp de Mylord Granbi. Les 10 pieces de 6 ℔: de Bale que Mylord avoit, furent envoiés à Wutginau. J'y envoïai aussi la Brigade de l'artillerie de la gauche. Je restai couché aupres du feu à la tête des gardes Brittanniques.

A 2 heures du matin la cannonnade recommencat. Et le feu des petites armes, à la gauche sur le chemin de Hamm, et vis à vis du bois de Villinghausen. Je fis du changement dans ma position. J'appuïois ma droite à Kirch Denckern, ou Mylord Granbi avoit logé, Occupant avec ma gauche la hauteur de Mylord Granbi. Les parcs d'artillerie des Anglois et de la Brigade du centre furent aussi autrement distribués. Le secours que Spörcke m'envoïat arrivat à point nommé. Alors je donnai. J'attaquai l'ennemi avec fureur. Il fut repoussé avec perte par tout. Nous primes Cannons, Drapeaux, et des Battaillons entiers. L'affaire fut meurtriere. Le bon Dieu benit nos armes. Nous fumes victorieux. Son St: Nom soit beni a toute Eternité. Tout fit bien ce qui donnat. Nous poursuivimes l'ennemi jusqu'à Hültrup. J'ordonnai alors que toutes les troupes reprissent leur ancien amplacement. A Scheiding ou l'ennemi avoit voulu penetrer en force, il fut pareillement repoussé avec perte. Je me rendis chés le Pr: Hereditaire, et de la chés moi à Hohenover, ou j'établis de nouveau mon quartier. Je mangeai un peu. Je fus harracé et fattigué au possible. Je mangeai seul. Westphal me temoignat bien sincerement sa joïe, et fut touché. Les Saxons avoient passé la Lippe et avoient marché sur Lipstadt. Tandis que le Prince de Croui étoit venu dans la partie de Hemmerde et de Lüdern. Freytag avoit ruiné deux gros convois des ennemis entre Westuffeln et Cassel Et entre Cassel et Waarbourg. Je me couchai bien fattigué.

Über die erste Anknüpfung zwischen Preußen und England im Jahre 1755.

Eine Quellenmitteilung von Georg Küntzel.

In der Frage, von welcher Seite aus im Jahre 1755 die in der Westminsterkonvention zum Abschluß gelangten Verhandlungen zwischen England und Preußen begonnen worden sind, hat Waddington der herkömmlichen Ansicht widersprochen. Die Entscheidung der Kontroverse hängt wesentlich davon ab, ob König Friedrich im Anfang Juni 1755 eine nach den preußischen Rheinlanden unter Berührung hannoveranischen Gebietes ausgeführte Reise zur Anknüpfung politischer Beziehungen mit König Georg hat benützen wollen, wie Waddington[1]) glaubt, oder ob das strenge Inkognito, unter dem sich die Reise Friedrichs vollzog, von Anfang an

1) Renversement 198 f.

auf preußischer Seite in Aussicht genommen, mithin ein politischer Zweck nicht mit beabsichtigt war, wie es zuletzt noch Koser[1]) angenommen hat.

In der Hoffnung auf Nachahmung aus den englischen Archiven veröffentliche ich im folgenden alles, was im Geh. Staatsarchive zu Berlin über diese Frage sich vorfindet. Das Resultat ist, daß die Sicherheit der Behauptung Waddingtons Einbuße erleidet, obgleich volle Gewißheit mir noch nicht erreicht zu sein scheint. Jedenfalls aber ist die Möglichkeit nach dem preußischen Material durchaus nicht von der Hand zu weisen, daß Friedrich niemals an eine persönliche Zusammenkunft mit König Georg gedacht hat, und dieser Gedanke nur in den Köpfen englischer und hannoverscher Staatsmänner, deren Korrespondenz Waddington benutzte, aus der allerdings naheliegenden Annahme entstanden ist, daß König Friedrich nicht durch die Stadt Hannover oder in ihrer Nähe vorüberreisen könne und werde, ohne dem englischen Könige, der, nur 2 km von Hannover entfernt, in Schloß Herrenhausen, sich aufhielt, einen Besuch abzustatten. Aus dem ersten der folgenden Aktenstücke geht nur hervor, daß Friedrich in der Nähe von Hannover hat vorüberfahren wollen, doch aber auch auf die Frage Wert gelegt hat, ob man in Hannover ihn etwa auffordern werde, in dieser Stadt Aufenthalt zu machen. Von dem Plan einer mündlichen Begrüßung König Georgs ist hier nichts zu finden[2]).

Au conseiller privé Vockerodt[3]).

(Geh. Staatsarchiv Berlin. Minütenband A. 1755.)

Potsdam 15. März 1755.

Je veux bien vous accorder la permission que vous me demandez de pouvoir aller pour deux mois le printemps prochain à Aix la Chapelle et Spa afin de vous servir des eaux minérals pour le rétablissement de votre santé; mais par des raisons particulières mon intention est qu'à l'occasion de ce voyage vous passiez point par la ville d'Hanovre, soit en allant à Aix la Chapelle soit en revenant ici, et vous ne manquerez pas de vous y conformer.

Ferdinand von Braunschweig an Friedrich.

(Eigenhändig. Geh. Staatsarch. Berlin. Rep. 96, 100 R.)

Potsdam 2 juin 1755.

J'ai l'honneur de communiquer très humblement à Votre Majesté ce qui m'est parvenu de la part du Duc[4]) mon frère au sujet d'Hanovre suivant ce qu'il a plu à Votre Majesté[5]) de m'ordonner en conséquence.

---

1) König Friedrich der Große I, 577.

2) Höchst auffallend ist die Bemerkung Holdernesses, daß Herzog Karl von Braunschweig versprochen habe de faire de son mieux pour empêcher la rencontre, quoique le roi Frédéric le désire beaucoup. Karls Verhältnis zu Friedrich scheint eine den Wünschen des Königs entgegengesetzte Handlungsweise des Braunschweigers auszuschließen. Vgl. Waddington a. a. O. S. 199.

3) Vgl. Koser, König Friedrich der Große, I, 577.

4) Karl.

5) Dieser Brief liegt bisher nicht vor.

„Pour ce qui regarde ce que vous avez demandé de vouloir savoir d'Hanovre, je vous dirai que jusqu'à présent l'on n'y a absolument pensé à rien, mettant le voyage du Roi encore toujours en doute, parcequ'on y a eu des nouvelles que la santé du Roi ne le permettrait pas. On a aussi cru que, si le voyage se ferait, que le Roi irait par le pays de Hildesheim droit dans le pays de Cleve ou à Wesel. J'ai fait écrire d'abord après la réception de votre lettre, hier vers le soir, en confidence par quelqu'un pour apprendre des nouvelles sûrer de leur façon de penser au sujet de voyage du Roi et du passage près d'Hanovre, et, si de la part d'Hanovre on ferait des démarcher pour le passage et la réception de S. M. le Roi votre maitre dans ce pays-là, ou s'il y aurait quelqu'un de nommé pour complimenter ou pour inviter Sa Majesté le Roi de la part du roi d'Angleterre, pour que Sa Majesté le Roi, votre maitre, s'arrettât ou passât par Hanovre, déjà que la route de Sa Majesté frisait les portes d'Hanovre. D'abord que j'aurai réponse, je vous en donnerai part, mon cher frère, le plus promptement possible. Le jour de la revue générale des troupes d'Hanovre, près d'Hanovre, consistant à peu près dans la moitié de leurs troupes, est fixé au 9e du mois de juin. Toutes les troupes cantonnent dans les villages et petits bourgs à l'entour d'Hanovre, ainsi justement, quand Sa Majesté le Roi, votre maître, y passera, vous trouverez tout en mouvement. L'autre partie de leurs troupes s'assemblera dans les mêmes quartiers de cantonnement au commencement du mois de juillet. Vous pouvez compter là dessus que d'abord que j'aurai quelque chose de positif d'Hanovre, je vous en avertirai sur le champ."

Tout ceci était contenu dans une lettre du 30e du mois passé.

Par une lettre du dernier du mois écoulé, j'ai reçu les avis suivants:

„Quelqu'un d'ici ira à Hanovre devant les portes ce soir pour s'y aboucher avec une certaine personne sur tous les points rapportés dans ma précédente. Si j'apprends demain vers le soir, quand celui-là sera de retour, quelque chose d'ultérieur, je ne manquerai pas de vous en donner part, si cela en vaudra la peine. Je me rapporte du reste à ma précédente dans laquelle je vous ai détaillé plusieurs choses, comme aussi des troupes dont Sa Majesté le Roi en trouvera peut-être sous les armes. Sur la lettre écrite en confidence est venue la réponse suivante: „Si Sa Majesté le roi de Prusse veut notifier son arrivée à Saltzdahlum et son dessein de passer par le pays d'Hanovre, vous pouvez compter que de la part d'Hanovre l'on enverra non seulement sur le champ quelqu'un à Saltzdahl pour faire complimenter Sa Majesté le roi de Prusse, mais on se fera aussi un grand plaisir de montrer toute l'attention pendant tout le chemin qu'il fera dans le pays d'Hanovre, et il ne sera certainement rien oublié qui puisse plaire à Sa Majesté le roi de Prusse. Je crois, Monsieur, que vous trouverez l'un et l'autre dans l'ordre, parceque le roi d'Angleterre ne pourra par avec décence envoyer complimenter le roi de Prusse sans une notification préalable."

Copie d'une lettre du Duc, mon frère, en date du 2 de juin 1755.

(Eigenhändig von Ferdinand. Geh. Staatsarch. Berlin. Rep. 96, 100 R.)

Depuis mes dernières j'ai eu encore un émissaire qui a parlé à deux ministres hanovriens, et il m'a rapporté qu'ils lui ont dit qu'on y était prêt à tout, et qu'on se réglerait selon les intentions du Roi, votre maître, s'il voulait passer et être reçu en Roi, ou s'il voulait passer à moitié incognito ou dans un incognito parfait; qu'ils y étaient préparés à tout et n'attendaient que einen Wink. Les troupes, étant assemblées, s'il voulait les voir peut-être, on ferait aussi en sorte qu'il pourrait passer le front; qu'à Hanovre on tirerait les canons, d'abord qu'on saurait que le Roi passerait, si même il passât incognito; qu'on aurait soin des relais et de tout ce qui y appartient. J'attends encore des lettres et ai voulu envoyer ceci seulement par la poste d'avance ...."

Eichel an Podewils.

(Eigenhändig. Geh. Staatsarch. Berlin. Rep. 11, 104c.)

Potsdam, 4. Juni 1755.

Es haben mir des Königs Majestät befohlen, an Ew. Excellenz sogleich zu melden, wie von Seiten dero Etats-Ministerii zu Berlin citissime an das hannöverische Ministerium gebührend und mit aller politesse geschrieben und selbiges benachrichtiget werden solle, wie des Königs Majestät nächstens die hannoverische Lande wegen Dero vorhabenden Reise nach dem Clevischen von Braunschweig aus passieren, und Dero eigene Relais zur Reise durch die hannoverische Lande auf dero Wege verlegen lassen würde, dabei aber sowohl auf Dero Hin- als Rückreise sehr gerne das völlige incognito halten und dahero alle distinctiones und Ehrenbezeugungen gänzlich verbäten, weil sie gerne ganz in der Stille und in völligem incognito passieren wollten[1].

---

1) Das entsprechende Schreiben an das hannoversche Ministerium ist vom 5. Juni datiert, dessen Antwort, datiert Hannover. 7. Juni 1755, praes. 11. Juni, besagt: Man habe dem Könige Georg sofort Anzeige von dem Begehren des preußischen Monarchen gethan.

„Vor dessen Einlangung war nun bei Sr. Majestät würklich zur Überlegung gekommen, wie sie bei Gelegenheit solcher Durchreise Sr. Königl. Majestät von Preußen auf eine Ihro gefällige Art, ihre Hochachtung und Aufmerksamkeit durch öffentliche Ehrenbezeugungen darlegen mögten; und es würde Höchstderoselben ein Vergnügen gewesen sein, ihren Trieb hierunter zu befolgen." Nach der positiven Erklärung des preußischen Ministeriums aber glaube das hannoversche Ministerium „nichts besseres und gefälligeres thun zu können, als sich nach demjenigen zu richten, was Ihre Königl. preußische Majestät wegen Beobachtung eines incognito beschlossen haben . . ."

Aus der Korrespondenz der französischen Gesandtschaft zu Berlin 1752—1756 [1]).

Aus den durch Reinhold Koser gesammelten Materialien mitgeteilt von
Georg Küntzel.

In der Vertretung Frankreichs am Hofe König Friedrichs wurde Tyrconnell [2]) durch La Touche [3]) abgelöst, der folgende Instruktion erhielt:

Mémoire pour servir d'instruction au Sieur de La Touche [4]).

Versailles, 25 juin 1752.

Le ministère anglais a promis si positivement au Parlement de la Grande-Bretagne qu'avant sa prochaine rentrée il ferait l'archiduc Joseph roi des Romains, et il a fait publier d'ailleurs avec tant d'ostentation que la cour d'Hanovre allait être le théâtre des négociations les plus importantes, que le séjour du roi d'Angleterre dans ses Etats d'Allemagne attire aujourd'hui les yeux de toute l'Europe . . . Comme le Roi est persuadé que son union avec le roi de Prusse est essentielle à ces objets, Sa Majesté ne veut pas différer d'envoyer à ce Prince un ministre caractérisé.

Es folgt eine historische Darlegung des Verlaufs der Wahlangelegenheit seit 1750 [5]). Die französische Garantie des westfälischen Friedens könne nur auf Requisition der deutschen Fürsten in Kraft (exercice) treten. Il fallait absolument pour rendre cet exercice efficace, le concours du roi de Prusse, qui est aujourd'hui le principal mobile de toute entreprise dans l'Empire. Der König von Preußen habe aber beständig erklärt, qu'il ne croyait pas qu'on dût s'opposer à l'élection du roi des Romains, puisque l'on ne pourrait l'empêcher à la longue, et que cela ne valait pas la peine de replonger l'Europe dans une guerre [6]).

König Friedrich habe eine Union mit Sachsen abgelehnt, da Sachsen nur die Geheimnisse der Verbündeten verraten werde [7]). Sachsen habe sich darauf durch Hannover gewinnen lassen.

---

1) Vgl. die früheren Mitteilungen Kosers in Forschungen VI, 451—481; VII, 71—96.

2) Vergl. Koser in diesen Forschungen VII, 71.

3) Maréchal de camp, ministre plénipotentiaire.

4) Kosers Excerpt ist bereits benutzt von Droysen, Geschichte der preußischen Politik V, 4 298 (Leipzig 1886). Daselbst auch eingehende Erörterungen der in der Instruktion behandelten Verhältnisse. Vergl. auch Koser, König Friedrich der Große I, 571 (Stuttgart 1893).

5) Vergl. hierüber i. a. Gehlsdorf, die Frage der Wahl Erzherzog Josephs zum römischen Könige. (Bonner Dissert. 1887.) Droysen a. a. O. 209 und passim.

6) Vergl P. K. VIII, 126, 532; IX, 98 f.

7) Vergl. P. K. VIII, 483. Für die analoge Haltung Friedrichs 1755, vergl. P. K. XI, 240, 282.

König Georg II. habe in Frankreich erklären lassen, man werde Kurpfalz entschädigen[1]) und den Kaiser und die Kaiserin Maria Theresia veranlassen, den König von Preußen um seine Stimme für den Erzherzog zu ersuchen[2]). Von dieser Mitteilung sei (am 19. April 1752) Preußen, von dessen Antwort Sachsen und Pfalz benachrichtigt worden, et ce ne sera que sur la connaissance de leurs sentiments que l'on pourra être en état de donner des ordres là dessus au Sieur de La Touche. Tel est l'état actuel de l'affaire[3]).

Es folgt ein Rückblick auf Frankreichs Bemühungen zur Aufrechterhaltung des allgemeinen Ruhestandes. Das Gerücht von einer Erneuerung des Vertrages von 1746 zwischen Rußland und Österreich habe sich bewahrheitet[4]). Man müsse Schweden durch Geld unterstützen[5]), zwischen Schweden und Dänemark Frieden stiften[6]), den Einfluß der Höfe von Wien und London im Reich bekämpfen. Den Kurfürsten von Köln habe man ihnen entzogen, als er in München weilte, entouré de ministres anglais, autrichiens et hollandais. Le Roi, sans qu'il parût personne de sa part à Munich, enleva l'alliance de l'électeur de Cologne à la vigilance de tant de ministres réunis et lui fit signer au milieu d'eux, sans qu'ils s'en aperçussent, un traité qui rompait les nœuds qu'ils cherchaient à fortifier[7]). Auch mit anderen deutschen Fürsten noch plane Frankreich Subsidienverträge abzuschließen[8]).

Il est évident que ces mesures et beaucoup d'autres encore qu'il serait trop long de rapporter isi, ont eu pour but principal la sûreté du roi de Prusse; cependant l'on s'attend que ce Prince trouvera que, quoique ce soit beaucoup, ce n'est point encore assez; qu'il dira, comme il a déjà[9]), qu'il y a une négociation actuelle entre les cours de Vienne et de Petersbourg pour assurer soit à un archiduc soit au prince Charles de Lorraine[10]) le trône de Pologne, lorsqu'il deviendra vacant; que cet objet est beaucoup plus intéressant pour lui que celui d'un roi des Romains, et qu'on ne peut trop tôt commencer à prendre des arrangements sur cette affaire[11]).

Si la cour de Berlin tient en effet ce langage au Sieur de La Touche, il répondra qu'il ne parait guère de probabilité dans cette nouvelle; que les archiducs sont trop jeunes pour être destinés au trône de Pologne,

1) Vergl. hierüber Droysen a. a. O. passim, z. B. 299.

2) Die preußische Politik verlangte eben, daß die Wahl nicht über den Kopf des Königs hinweg vollzogen werde.

3) Vergl. P. K. IX, 106 f.

4) Vergl. P. K. VIII, 181, IX, 95.

5) Vergl. P. K. VIII, 345, 525.

6) Vergl. P. K. VIII, 540, 544. Dänemark fürchtete die Wiederherstellung der Souveränität in Schweden durch die Königin Ulrike.

7) Vergl. P. K. VIII, 300. Vergl. Droysen a. a. O. 288.

8) Vergl. P. K. VIII, 597.

9) Vergl. P. K. IX, 20.

10) Schwager Maria Theresias.

11) Vergl. über die Stellung Preußens in der polnischen Thronfrage Droysen a. a. O. 328. Koser a. a. O. I, 563 f.

et que, comme l'Angleterre et la Hollande viennent de conclure un traité avec l'électeur de Saxe[1]) dont l'élection du roi des Romains fait un des principales conditions, il n'est pas naturel que Sa Majesté Polonaise ait donné sa voix pour procurer la couronne impériale à l'ainé des archiducs, sans s'être assuré de toute l'influence des trois cours alliées pour faire passer celle de Pologne à un de ses fils, et que par cette raison nous avons lieu de croire que cette négociation est sans fondement; mais que, s'il devenait constant qu'elle eût quelque réalité, comme le Roi n'a rien plus à coeur que de se porter à tout ce qui peut contribuer à la sûreté du roi de Russe, et que d'ailleurs il ne convient nullement à ses intérêts que le prince Charles de Lorraine ou un archiduc deviennent rois de Pologne, Sa Majesté s'unira très volontiers à Sa Majesté Prussienne pour l'empêcher, et qu'elle espère qu'elle voudra bien en ce cas lui communiquer ses vues et concerter avec elle les arrangements nécessaires pour détourner un pareil danger.

Auf dem bevorstehenden polnischen Reichstage werde man mit Preußen zusammengehen. Über die Höhe der für Bestechungen daselbst zu verwendenden Summen wird hier nichts mitgeteilt.

Bezüglich Schwedens on se concertera de recommender au Sieur de La Touche de profiter des occasions que le roi de Prusse pourra lui fournir, de lui faire sentir qu'il est important pour son propre intérêt qu'il tâche autant qu'il lui sera possible, de détourner le roi et la reine de Suède de rechercher une augmentation d'autorité malgré le sénat[2]). . . . L'opinion fondée où est ce Prince, est que la principale ressource est dans la France, la confiance que lui inspire la sincérité des sentiments du Roi pour lui, et d'ailleurs l'usage où il est, de tout faire tout par lui-même, l'ont déterminé à discuter les affaires directement avec le ministre du Roi soit par écrit soit de vive voix[3]).

Wiederholt berichtete La Touche über die Königin Ulrike von Schweden. Er schreibt am 30. Juli 1752 an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Paris, St. Contest:

---

1) Vergl. P. K. VIII, 459.

2) Vergl. über die schwedische Frage und Preußens Haltung Droysen a. a. O. 277, Arnheim in Quiddes Zeitschrift II, 2, 414 [1889].

3) Die den Schluß der Instruktion bildenden Verhaltungsmaßregeln für den persönlichen Verkehr des Gesandten mit dem Könige von Preußen und seinen Ministern gehen wesentlich auf die Beobachtungen Tyrconnells zurück, dessen „Tableau de la cour de Berlin" (vergl. Forschungen VII, 88—95) nachweisbar benutzt ist. Das gleiche „Tableau" liegt auch einem Teile der Instruktion Nivernais' zu Grunde, aus der Waddington, renversement 245, einiges abdruckte. Die methodologisch interessante Thatsache, daß häufig Partien älterer Instruktionen in die folgenden hinübergenommen werden, läßt sich besonders deutlich an den Instruktionen d'Estrées, Stainvilles, Choiseuls, Chatelets, Durforts verfolgen im Recueil des instructions données aux ambassadeurs et ministres de France. Autriche 338 ff. (Paris 1884).

J'ai vu à Potsdam le comte de Lieven, généralmajor en Suède, qui m'a fait confidence d'un embarras où se trouvait sa Reine pour la méprise de l'inscription de deux lettres adressées l'une au roi de Suède qui est en Finlande et l'autre au roi de Prusse. le Prince a dit au comte de Lieven qu'il avait reconnu à l'ouverture de la lettre de la Reine sa soeur par le terme de mon cher mari, qu'il y avait un qui pro quo, et que sans la lire il l'avait recachetée et renvoyée en Suède. Le comte de Lieven n'est point persuadé de cette sincérité, et il croit le roi de Prusse trop curieux pour s'en être tenu à cette discrétion. Pour moi, je pense que la reine de Suède, toujours ambitieuse, s'est servi de cette ruse pour faire parvenir ses véritables sentiments au Roi son frère, sous prétexte de s'être expliqué cordialement avec le roi de Suède son époux. Ce qui me fait augurer de la sorte est la suite de la conversation du comte de Lieven, qui me dit que sa Reine, élevée en Prusse, avait bien de la peine à en oublier le despotisme et à se faire (sic) au gouvernement modéré de la Suède. Ce dangereux et rusé favori[1]) voulait apparemment pénétrer les sentiments de ma cour à ce sujet.

Am 28. November 1752 konnte de La Touche an St. Contest über die folgende Unterredung mit König Friedrich berichten:

En remerciant, Monseigneur le roi de Prusse des conseils sages et modérés qu'il a fait passer à la reine de Suède sa soeur[2]), et en le priant de vouloir bien les lui continuer, ce Prince m'a dit: „Tenez, Monsieur, vous avez été en Suède, vous connaissez ma sœur, elle a de l'esprit, on n'en peut disconvenir, mais elle est d'une obstination que rien ne peut surmonter, d'une vivacité qui n'admet pas de réflexion, et, ce qui est de pire, c'est qu'elle se laisse prévenir. Je sens, continua ce Prince, qu'il y a en Suède, plus qu'ailleurs, des gens mal intentionnés qui cherchent à pêcher en eau trouble, et je vais vous en citer un exemple.

Il y a quelque temps que M. de Rohd, mon ministre à Stockholm, est allé à Drottningholm[3]). Dès que ma sœur l'aperçut, elle s'en approcha et lui dit avec vivacité: „Voyez, Monsieur, et jugez de la sincérité du désir que les sénateurs affectent de vouloir la paix et la réconciliation. Ce sénat, si modéré en apparence, est dans le dessein de convoquer une Diète extraordinaire ce qui va de nouveau aliéner les esprits mettre tout en combustion.“ Mon ministre répondit à la Reine: „Les sénateurs sont trop sages et trop éclairés sur leurs intérêts et sur ceux de la patrie pour faire une pareille démarche qui leur ferait perdre le crédit et l'estime de la nation, et qui ferait révolter la noblesse, qui ne ferait pas sans dépit des occasions d'une dépense indispensable, tant pour se rendre

1) Über Lieven berichtete La Touche am 29. August 1752: On assure ici que ce favori (Lieven) trouvera son crédit beaucoup diminué lorsqu'il arrivera à Stockholm.

2) Vergl. P. K. IX, 249 ff.

3) Vergl. zum folgenden P. K. IX, 273 Rohds Bericht vom 14. November, Antwort König Friedrichs darauf vom 24. November 1752.

dans la capitale que pour les frais du séjour qu'elle serait obligée de faire. Le bruit même, continua mon ministre, est à Stockholm contraire à ce que Votre Majesté vient de me dire. Il s'y débite que c'est le Roi qui veut convoquer une Diète extraordinaire, et les sénateurs qui m'en ont fait la confidence, en prennent ombrage. Il y a donc de l'extraordinaire dans cette nouvelle et Votre Majesté y est trop intéressée pour n'en pas chercher l'éclaircissement; qu'elle fasse attention à sa source, et elle pourra connaître le dégré de confiance qu'elle doit mettre dans les personnes qui l'approchent."

J'attends, dit le roi de Prusse, des nouvelles de Suède qui débrouilleront ce cahos; mais en attendant vous pouvez assurer votre cour que je ne cesserai de prêcher la modération à ma sœur, dont le refrain dans ses réponses est toujours: „Vous ne connaissez pas, mon cher frére, le véritable état de ce pays-ci, on vous en impose par le tableau qu'on vous présente; si vous étiez bien informé, vous approuveriez ma conduite, et en ma place vous feriez tout comme moi."

Ma sœur, poursuivit le roi de Prusse avec sa volubilité naturelle, ne connaît pas ses véritables intérêts; ce n'est pas le vrai moyen de parvenir à son but que de démasquer ses vues, et si elle a effectivement le désir d'augmenter l'autorité royale, elle devrait y aller plus sourdement et attendre un temps plus favorable."

Je remets ceci, Monseigneur, à vos réflexions, et je pense que le roi de Prusse m'en a dit plus qu'il ne voulait.

Von den Ansichten König Friedrichs über Frankreich berichtete La Touche an St. Contest, Berlin, am 30. September, folgendermaßen:

Scheffer[1]) habe ihm unter dem Siegel absoluter Verschwiegenheit mitgeteilt: que le Roi de Prusse, en le questionnant sur la France, lui avait dit qu'il connaissait la puissance du Roi, ainsi que ses ressources, mais qu'il savait que ses finances étaient dans un état si déplorable que l'alliance de cette couronne ne pouvait être d'aucune utilité, tant qu'elle ne travaillerait plus sérieusement à les remettre en règle; que le désordre qui y régnait, était connu de toute l'Europe, ainsi que la difficulté de le redresser[2])... Le roi de Prusse ne parait pas être content de M. le comte de Broglie[3]), qu'il a vu à Breslau, puisqu'il a dit à M. le baron de Scheffer, que cet ambassadeur avait l'air suffisant et l'esprit pointilleux et difficile.

1) Baron Scheffer, bisher schwedischer Botschafter in Paris, war auf der Rückreise in seine Heimat begriffen, weil er in den Senat berufen war. Vergl. Droysen a. a. O. 329.

2) Vergl. P. K. VIII, 272, 277, 283.

3) Französischer Gesandter bei der Krone Polen. Über seine Wirksamkeit reiche Aufschlüsse bei Broglie, Le secret du Roi (Paris 1879). König Friedrich urteilte über Broglie nach persönlicher Kenntnis am 11. September 1752: Je lui ai reconnu un caractère fort présomptueux et d'une suffisance dont jusqu'à présence j'ai trouvé presque peu de pareille, peu versé dans les affaires, mais plein d'orgueil, et qui aime à être flatté. Vergl. P. K. IX,

Die kritische Situation im Herbst 1753[1]) spiegelt sich in der Bemerkung wieder, die La Touche in seinem Bericht vom 18. September machte:

Le roi de Prusse paraissait depuis quelques mois rixeur, occupé, même soucieux et moins attentif que jamais.

Nicht uninteressant ist mit dem Bericht La Touches an Rouillé[1]), Berlin, 18. Januar 1755, die folgende Bemerkung über Chasot:

„M. de Chasot[2]), dont j'ai eu l'honneur de vous parler dans la mienne du 11 de ce mois, a été présenté au roi et aux reines de Prusse comme étranger, et l'accueil qu'on lui a fait, ne paraît pas annoncer qu'il doit rentrer au service de Sa Majesté Prussienne. Cependant ce gentilhomme normand m'a confié qu'il n'était venu ici que sur une permission par écrit de ce Prince. Je n'aurais jamais reconnu M. de Chasot au portrait qu'on m'avait fait de son caractère. On me l'avait dépeint parleur, présomptueux et même étourdi; aujourd'hui, il paraît doux, modeste et réservé, changement qui fait l'étonnement de tous ceux qui l'ont connu dans le temps de sa faveur à Potsdam. Quoique le roi de Prusse ait reçu froidement M. de Chasot, à qui il n'a pas même encore parlé, on ne doute pas qu'il ne rentre au service de Prusse avec de grands avantages, et il y a apparence que ce Prince veut voir ce que les personnes qui ont sa confiance, parlent du retour de ce Français avant que de déclarer l'avancement qu'il lui destine. M. de Chasot m'a dit qu'il ferait le difficile et qu'il ne se contenterait pas du grade de général major, si l'on n'y joignait la promesse du commandement des gens d'armes, lorsqu'il viendra à vaquer, et si on ne voulait pas le dispenser de l'esclavage de Potsdam auquel il ne voulait s'assujetir que pour six mois de l'année"[3]).

---

210. Anmerkungsweise wenigstens mag hier auch das ungünstige Urteil erwähnt werden, das sich nach La Touches Bericht vom 7. April 1753 über den preußischen Specialgesandten am Versailler Hofe, Ammon, in den preußischen Hofkreisen gebildet hatte. Vous (Contest) savez sans doute que ce chambellan est détesté du ministère de cette cour, peu aimé et encore moins estimé dans la ville.

[1]) Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

[2]) Vgl. Droysen a. a. O. 386 f.; auch Carlyle-Neuberg IV[1], 315.

[3]) La Touche hatte, Berlin, 11. Januar 1755, geschrieben: M. de Chasot, gentilhomme de Normandie, qui avait quitté il y a quelques années le service de cette cour après y avoir été pendant 20 (sic) ans, est revenu ici depuis quelques jours où il a été présenté à Sa M. Prussienne, et est venu aux cours des deux reines. On veut à Berlin que l'objet de son retour ici soit de rentrer au service de ce Prince.

[3]) La Touche konnte am 22. Februar 1755 näher berichten: M. de Chasot est admis depuis huit jours à la table de S. M. Pruss., sa reconciliation avec ce Prince est faite, mais il n'est pas encore rentré dans son service.

Im Frühjahr 1755 hegte man in Frankreich (nicht ganz unberechtigte)[1]) Befürchtungen über eine Annäherung Preußens an Rußland. La Touche hielt das Gerücht im Gegensatz zu Rouillé für unbegründet. Der Gesandte berichtete am 15. April 1755:

Podewils vermeide, sich über die Erneuerung des Vertrages auszusprechen. Quoique le ministre prussien ait évité avec assez de sécheresse d'entrer en matière sur ce qui faisait l'objet de ma curiosité, je ne dois pas présumer que sa cour soit en train de se mettre en liaison d'amitié avec celle de Pétersbourg; car comment concilier cette prétendue négociation avec la complaisance que le roi de Prusse vient de marquer à Sa Majesté en me remettant un modèle de son artillerie de campagne[2])... Ce Prince n'aurait-il donné la connaissance de cette artillerie dans un temps où la France, cessant d'être son alliée, pourrait avec le temps devenir son ennemie?

... Les remerciments que m'en a renouvelés M. de Podewils (für die Vergennes erteilten Instruktionen)[3]) me persuadent de plus en plus que cette cour paraissant compter beaucoup sur la diversion que la Porte Ottomane pourrait faire en cas de rupture avec la Russe, est toujours éloignée de chercher à entamer une négociation avec la Russie.

Ähnlich berichtete der Gesandte nachmals Berlin, 10. Mai 1755:

Quand je veux amener la conversation sur quelque chose relative au traité de notre cour avec celle-ci, qui est prête à expirer, on cherche à éluder, et on a grand soin de changer de discours. Je ne crois cependant pas, comme j'ai eu l'honneur de vous le mander que la cour de Berlin se soit mise ou veuille se mettre en terme de conciliation avec la Czarine, mais je crois que le roi de Prusse veut régler sa conduite sur les événements[4]).

Rouillé war jedoch durch La Touches Bericht vom 15. April nicht beruhigt. Vielmehr beantwortete er diesen am 21. Mai 1755 aus Versailles folgendermaßen[5]):

Comme le roi de Prusse craint les Moscovites au-dessus de tout, et qu'il y en a actuellement un corps nombreux sur les frontières de la Prusse, il se pourrait bien qu'intimidé par la conjoncture, il ait cru ne pouvoir trouver de sûreté que dans une alliance avec la Russie, et que pour y parvenir, il ait entamé une négociation avec cette puissance. Il y a longtemps qu'on a voulu nous en inspirer le soupçon, et tout semble nous y confirmer... Nous sentons, M., tout le danger qu'il y aurait pour la cour de Berlin même dans l'union qu'elle pourrait former avec

1) Vgl. Koser, Preuß. Jahrb. 47, 479. P. K. XI, 147.
2) Vgl. P. K. XI, 91.
3) Vergennes war soeben zum französischen Botschafter in Konstantinopel ernannt worden. Vgl. P. K. XI, 477.
4) Vgl. Koser, König Friedrich der Große I, 573.
5) Vgl. Droysen a. a. O. 464.

des cours naturellement ses ennemies et les nôtres, et il est très important de savoir à quoi nous en tenir sur ses véritables dispositions à cet égard.

Indessen beharrte La Touche auf seiner Ansicht. Er schrieb Berlin, 31. Mai 1755.

Podewils und Finckenstein stellen die Gerüchte einer Verbindung Preußens mit Rußland in Abrede. Finckenstein habe u. a. gesagt en ricanant: „j'imagine que vous regardez, comme nous, tous ces bruits comme des nouvelles controuvées et répandues pour chercher à donner plus d'influence et de réputation à toutes les manœuvres que le roi d'Angleterre va faire en Allemagne et en Russie." Par les réponses des deux ministres prussiens il faut présumer que le Roi leur maitre continue de rester ferme dans son alliance avec la France.

Und nochmals am 1. Juli 1755 fügt La Touche bestätigend hinzu:

Le chevalier Stanhope et son neveu (Sohn Chesterfields) ont été mandés samedi au soir pour Potsdam où le roi de Prusse les a accueillis avec bonté, et où il a cherché de les dissuader de leur voyage de Russie, en leur disant en pleine table qu'ils allaient dans un pays sauvage et barbare où ils ne trouveraient nul agrément. Ces petits riens qui dans d'autres temps ne mériteraient pas de vous parvenir, concourent cependant, ce me semble, à faire juger que la cour de Berlin est encore bien éloignée de rechercher l'alliance de celle de Pétersbourg.

Aus den späteren Berichten seien noch folgende Einzelheiten erwähnt. Der Gesandte meldete Berlin, 23. September 1755:

Comme je me suis trouvé scandalisé d'un article des gazettes allemandes de Berlin qui a marqué positivement que la veille du départ du roi d'Angleterre d'Hanovre[1]), on avait bu publiquement à la table de ce prince à la santé de Sa Majesté Prussienne comme un allié futur, je n'ai pu me dispenser de désapprouver la liberté de ce gazetier et d'en parler à M. le comte de Podewils qui est convenu avec moi de s'en être trouvé aussi scandalisé, et qui m'a assuré d'avoir fait donner une réprimande très sévère au reviseur de la gazette, qui est effectivement un jeune homme sans expérience et sans jugement, que le roi de Prusse vient de nommer tout récemment à l'insu de ses ministres à cette besogne.

La Touche berichtete, Berlin, 26. Dezember 1755, über Rexin[2]):

Il est Silésien d'une très basse extraction, ayant même encore son frère simple chirurgien dans une compagnie du troisième bataillon des gardes, et il parle assez les langues orientales . . . Comme il avait déjà fait le voyage de Constantinople avant que d'être entré en service de ce Prince, cette raison seule et non son intelligence lui a procuré la préférence.

1) 6. September 1755. Vgl. Koser, König Friedrich der Große I, 578.

2) Preußischer Emissär in Konstantinopel. Vergl. z. B. P. K. XI, 7f., 14ff.



Sehr viel günstiger lautete das Urteil La Touches über den preußischen Hauptmann Albert Friedrich Marquis de Varenne, der nach Rexins Rückkehr von König Friedrich nach Konstantinopel geschickt wurde, um die mit der Türkei angeknüpften Beziehungen aufrecht zu erhalten[1]):

Homme de condition qui ne ressemble en rien au sieur Rexin; il a de la politesse, du monde, de l'esprit et toutes les qualités nécessaires pour se rendre agréable et pour réussir dans ses entreprises, ce que l'on ne peut accorder au sieur Rexin, qui est un véritable rustre et un homme de néant.

Von den Ansichten König Friedrichs über Frankreich konnte La Touche am 24. Januar 1756 in einer lettre particulière („lue au Conseil") das folgende Bild[2]) entwerfen:

Les personnes qui approchent le plus familièrement Sa Majesté Prussienne m'ont assuré que ce Prince ne cessait de faire des plaisanteries, sur la modération de Sa Majesté dans sa discussion avec les Anglais, qu'il la qualifiait de faiblesse de gouvernement, et qu'il disait que la soi-disante augmentation de notre infanterie n'était composée que de racaille et d'enfants de 14 ans peu capables de porter les armes et de supporter les fatigues d'une campagne; que notre marine paraissait sur le papier belle et formidable, mais que, dans le fond, elle manquait de tout le nécessaire, et que l'abondance de l'argent en France que l'on voulait prouver par la facilité avec laquelle la loterie a été remplie, n'était qu'un trait de politique du gouvernement qui aurait pris tous les billets sur le compte du Roi pour leurrer les étrangers et leur donner lieu de croire que jamais l'argent n'aurait été si abondant en France qu'il l'est aujourd'hui.

J'ai quelque répugnance, Monseigneur, de vous informer de ces particularités, mais mon zèle pour le Roi l'exige, et elles vous donneront occassion d'apprécier la façon de penser du roi de Prusse à notre égard. Ce Prince me paraît tout enorgueilli de sa position actuelle et le deviendra davantage par l'arrivée d'un ministre britannique[3]) — s'il en vient un, puisque pour lors il se croira l'arbitre de l'Europe et le protecteur de l'Allemagne. Ce qui est certain, est que ses troupes sont nombreuses et en très bon état, et que son trésor est rempli; mais plein de ces idées flatteuses, il ne fait point assez d'attention au peu de ressource qu'il a, et à l'impossibilité où il se trouverait, malgré sa position riante du jour, de soutenir les frais de quelques campagnes.

Am 16. Januar 1756 berichtete La Touche über eine Unterredung mit König Friedrich:

Bei Überreichung der französischen Requisition an England[4]) am letzten Sonnabend habe ihm der König gesagt: Eh bien, Monsieur, votre cour

1) Vergl. P. K. XI, 424. Bericht La Touches vom 20. Januar 1756.
2) Vergl. z. B. P. K. XI, 373, 125, 312 f.
3) Vergl. P. K. XI, 450.
4) Vergl. P. K. XII, 32 ff.

pense-t-elle qu'elle recevra une réponse de celle de Londres au mémoire que le Roi, votre maître, vient de faire passer en Angleterre? Croit-on en France que cette modération calmera la nation anglaise, et qu'elle la portera à vous rendre la justice que vous demandez et à vous restituer tout ce qu'elle vous a pris? Vous pourriez bien vous tromper, vous recevrez peut-être une réponse vague et ambigue qui ne servira qu'à vous endormir et n'aura pour but qu'à vous porter à diminuer l'activité de vos armements et à négliger les précautions et les mesures nécessaires à la conservation de vos possessions en Amérique.

La Touche erinnerte des Königs Maj. daran, „qu'Elle me dit précédemment, au mois d'avril, que dès que les Anglais auraient commis le moindre acte d'hostilité sur mer contre la France, Elle ferait, si Elle était le roi de France, marcher tout de suite une armée en Westphalie, pour la porter dans l'électorat d'Hanovre et y faire chanter le roi d'Angleterre, son oncle." [1])

Ce que Votre Majesté trouvait praticable pour lors, ai-je ajouté, est devenu plus aisé par l'augmentation de nos troupes et celle de notre marine.

Je m'en souviens très bien, me répliqua encore le roi de Prusse, mais je croyais votre marine et vos troupes en meilleur état qu'elles ne le sont. Vous avez à la vérité un nombre de vaisseaux, mais la plupart sont sans agrès et ils manquent de canons et même de matelots.

Von des alten Kaisers Verlobungstage.

Mitgeteilt von Theodor Schiemann.

Im Februar 1829 trat der französische Botschafter in Petersburg, Herzog von Mortemart, nach längerem in Paris verbrachten Urlaube seine Rückreise nach Petersburg an. Er nahm wie üblich seinen Weg über Berlin und schickte von dort aus durch den regelmäßigen Kurier der französischen Botschaft am 23. Februar eine Depesche nach Paris, in welcher er über den Verlauf seiner Reise berichtet (Paris, Archives du ministère des affaires étrangères. Russie, dépêches, Vol. 177). Da der Inhalt dieser Depesche als ein Beitrag zur Geschichte Kaiser Wilhelms I. von Interesse ist, soll er im wesentlichen Wortlaut hierher gesetzt werden.

Mortemart traf am 15. Februar in Weimar ein (er selbst giebt fälschlich den 16. an, was jedoch nur ein Rechnungs- oder Gedächtnisfehler sein kann). „Ce jour — schreibt er — était l'anniversaire de la naissance de la G^de^ Duchesse (Maria Pawlowna, geb. den 15. Februar 1786) et celui choisi pour les fiançailles de sa seconde fille, avec le P^ce^ Guillaume de Prusse. Je fus sur le champ invité à cette cérémonie, où je me rendis ainsi qu'à une grande soirée de Gala, qui me fournit l'occasion de causer longuement avec le P^ce^ Guillaume,

1) Vergl. Bericht La Touches vom 5. April 1755 bei Koser, Preuß. Jahrb. 47, 476; Broglie, L'alliance autrichienne (Paris 1895) 104; vergl. auch P. K. XI, 106 f.



avec le P^ce^ Royal de Prusse qui était venu à Weimar pour être témoin des fiançailles de son frère, et avec beaucoup de Généraux Prussiens. Tous manifestent des sentiments favorables à la Russie et beaucoup d'éloignement pour l'Autriche dont la politique tortueuse est l'objet de tant de blâmes et une cause d'éloignement envers ceux qui appuyent ses idées, tandis que la conduite franche et généreuse de la France lui fait partout des amis.

Le P^ce^ Guillaume qui jouit d'une assez grande popularité, surtout dans l'armée, est particulièrement attaché à la Russie; ces sentiments sont sans doute entretenus par la tendre amitié qui l'unit à sa sœur; en parlant des Russes il dit toujours nous. Dans la visite qu'il a fait l'été dernier à Vienne au camp qu'on y avait assemblé, il a été à même d'observer les Autrichiens. Le résultat n'en a pas été favorable pour ces derniers, dont il semble estimer fort peu la force militaire.

Le P^ce^ Royal . . . s'est exprimé vis-à-vis le moi avec beaucoup d'abandon. Il ne cache pas le dégout que lui inspirent les menées d'une puissance voisine et parle avec enthousiasme du caractère du Roi (Charles X) et des services que la France rend au repos de l'Europe. Tout bien vient de vous, m'a-t-il dit plusieurs fois, si chacun s'était conduit de même, tout serait fait maintenant. Il m'a en général paru beaucoup plus Russe que l'année dernière. . . . ."

Mortemart berichtet dann noch eingehend über die Gespräche, die er danach in Berlin mit dem Grafen Bernsdorff, dem kranken General von Witzleben und mit König Friedrich Wilhelm III. hatte. Ihr Inhalt ist geeignet, die Fabel von dem bestimmenden Einfluß, den die preußische Politik auf den Gang der orientalischen Angelegenheiten gehabt haben soll (cf. Ringhoffer), noch weiter zu entkräften.

Erklärung.

Erst jetzt, wo mein Buch „Schönhausen und die Familie von Bismarck" in einer fast völlig unveränderten neuen Ausgabe erschienen ist, werde ich auf eine Recension (in den Forschungen zur brandenb.-preuß. Geschichte, 1898, X) des Herrn Dr. v. Petersdorff aufmerksam gemacht, in welcher meine Arbeit geradezu als ein Rückschritt in der Bismarck-Litteratur bezeichnet wird. Der Herr Recensent stützt diese seine Behauptung wesentlich auf zwei Punkte: 1. erhebt er den Vorwurf, daß ich vieles hineingebracht, was nicht hineingehöre, und vieles verschwiegen, was mitteilenswert gewesen wäre. Demgegenüber verweise ich auf die Einleitung meines Buches, in welcher ich ausgesprochen, daß ich mich der ganzen Arbeit auf die Initiative des Fürsten Bismarck hin unterzogen habe, und daß dieser mit seinem Sohne, dem Grafen Herbert, mein Manuskript und die Korrekturbogen mit vielfachen Zusätzen und Ergänzungen versehen, auch nicht unbedeutende Streichungen vorgenommen hat, sowie daß ich mit Rücksicht auf eine derartige für mich hoch ehrenvolle Mitarbeit meine persönlichen Wünsche mannigfach beschränkt habe. Herr Dr. v. Petersdorff würde gewiß in solcher Lage nicht anders ge-

handelt haben. 2. Der Herr Recensent schreibt: „Der Verfasser, aus Unkenntnis der Nachträge Götzes zu Riedels Geschichte der Bismarck, tischt die unhaltbare Behauptung Riedels, daß die Ahnen des ersten Reichskanzlers Stendaler Gewandschneider und nicht ritterbürtig gewesen wären, kritiklos wieder auf." Die Ausführungen Riedels werden meines Wissens von allen Genealogen gegenüber der mir sehr wohlbekannten Götzeschen Gegenschrift für durchaus stichhaltig erachtet. Trotzdem habe ich mit nüchterner Abwägung des Für und Wider die Abstammung der Familie als eine offene Frage behandelt. Cf. Seite 33, wo ich schreibe: „Sollte solche Belehnung mit dem für den Schutz der Landesgrenze so bedeutungsvollen Schlosse Burgstall dem ganzen Geiste der damaligen Zeit entsprechen, wenn Claus v. Bismarck, wie Riedel es darstellt, einer angesehenen Bürgersippe und nicht vielmehr einem rittermäßigen Geschlechte entstammte?" Dr. Georg Schmidt.

Entgegnung.

Da Herr Dr. Georg Schmidt in seiner Vorrede ausdrücklich hervorhob, sein Werk sollte einen „mehr" wissenschaftlichen Charakter tragen, so habe ich auch den entsprechenden Maßstab angelegt. Mein Gesamturteil vermag ich nicht zu ändern. Seine Arbeit ist eine dilettantische Leistung, und wenn er nun dem Fürsten Herbert Bismarck indirekt die Schuld an den Schwächen seines Buches aufbürdet, so kann ich dieser Art der Verteidigung nicht gerade Beifall zollen. Da Herr Dr. Georg Schmidt Götzes Aufsatz gekannt hat, so finde ich es geradezu unbegreiflich, daß er ihn nicht (und außerdem vielleicht noch Karl Kletkes verdienstliche Zusammenstellung in Ad. M. Hildebrandts Vierteljahrsschrift 1880) neben Riedel angeführt und sich mit ihm auseinandergesetzt hat. Daß „alle Genealogen" Götzes wohlbegründete Ansicht als nicht stichhaltig betrachten, ist eine etwas allgemein gehaltene und daher wenig beweiskräftige Behauptung. Mir ist nicht bekannt, daß irgend jemand Götze zu widerlegen auch nur versucht hat. Hält ja doch Dr. Georg Schmidt selbst in der von ihm oben angeführten, von mir thatsächlich übersehenen Stelle Riedels Ansicht für nicht „stichhaltig". Leider stehen jene Worte an einer etwas verlorenen Stelle seines Buches. Sie sind auch lediglich als vorübergehender Lichtblick anzusehen. Denn im Kapitel VI, das von dem Ursprung der Bismarck handelt, wo also billigerweise die Zweifel an der Riedelschen Ansicht, bei der Riedel selbst nicht geheuer war, hingehörten, bezeichnet Schmidt im Anschluß an Riedel die Urahnen des Fürsten Bismarck ohne Einschränkung als Stendaler Gewandschneider und nicht ritterbürtig, während sie höchstwahrscheinlich Stendaler Burgmannen gewesen sind, denen nach einem Brauche in jener Gilde Ehrenstellungen eingeräumt wurden. Insofern behauptete ich, daß das im übrigen recht hübsche Buch „zum Teil" einen Rückschritt in der Forschung zur Geschichte der Bismarck bedeute, und da das Buch, wie ja auch sein Erfolg lehrt, Aussicht auf weite Verbreitung hatte, beklagte ich, daß so der Legendenbildung Vorschub geleistet würde. Beides, Behauptung und Klage, bestehen, wie mir scheint, durchaus zu Recht. v. Petersdorff.

Mitteilung über eine Statutenrevision des Vereins für Geschichte der Mark Brandenburg.

Die bevorstehende Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs hat dem Verein für Geschichte der Mark Brandenburg Veranlassung gegeben, sich den neuen Rechtsverhältnissen anzupassen und zugleich seine Statuten, die, noch aus dem Jahre 1838 stammend, längst veraltet waren, überhaupt einer gründlichen Revision zu unterziehen. Für diesen Zweck wurde in der Maisitzung des vorigen Jahres ein Ausschuß eingesetzt, bestehend aus den Herren Bailleu, Erhardt, Hintze, Holtze, Koser, Meinecke und Schmoller, die dann auf Grund eines von Herrn Amtsgerichtsrat Dr. Holtze ausgearbeiteten Entwurfs nach eingehenden Beratungen die Fassung der neuen Statuten festgestellt haben. Am 8. Februar d. J. wurden diese Statuten, die wir im Wortlaut folgen lassen, der Mitgliederversammlung vorgelegt und einstimmig angenommen. Sie werden demnach nach erfolgter behördlicher Genehmigung im nächsten Jahre in Kraft treten.

Die Statutenberatung gab zugleich den Anstoß, um, längst gehegten Wünschen entsprechend, den Verein auf eine breitere Basis wissenschaftlicher Thätigkeit zu stellen. Während in anderen Provinzen seit einer Reihe von Jahren sich historische Kommissionen gebildet haben, die, von reichen Mitteln unterstützt, die historischen Studien für die Provinz energisch betrieben und nach allen Seiten hin förderten, war gerade die Provinz Brandenburg in dieser Beziehung zurückgeblieben. In diese Lücke schien unser Verein berufen einzutreten, und zwar schien es wünschenswert, einmal neben dieser Zeitschrift besondere Publikationen zur Geschichte der Mark Brandenburg zu veranstalten und zweitens die bei kleineren Behörden und Korporationen oder im Privatbesitz zerstreuten Archivalien der Provinz zu verzeichnen. Für diesen Zweck galt es aber vor allem, größere Mittel als bisher für den Verein aufzubringen. Es ist nun in der That bereits gelungen, durch hochherzige größere Be-

willigungen von seiten der brandenburgischen Provinzialstände und der königl. preuß. Archivverwaltung einen Anfang damit zu machen. Weitere Zuschüsse hofft der Verein dadurch zu gewinnen, daß ihm die Kreise und Städte der Provinz und die angesehensten alten Familien als Patrone beitreten.

Für die Vorbereitung der Publikationen und der Archivalienverzeichnung wird ein Arbeitsausschuß gebildet werden, und zwar ist zunächst die Publikation der Stände- und Landtagsakten, die Weiterführung der Grundkarten und die im Anschluß an die Menkeschen Kollektaneen zu bearbeitende politische (zunächst kirchliche) Geographie der Mark Brandenburg im Mittelalter in Aussicht genommen. Für die Archivalienverzeichnung ist bereits ein Anfang gemacht mit einer Enquete über die Kirchenbücher. Weitere Arbeiten zur Kultur- und Verfassungsgeschichte, Urkundenbücher für Städte und Klöster zur Ergänzung von Riedels Codex Diplomaticus pp. sind in Aussicht genommen. —

Die Generalversammlung des Vereins vom 8. Februar 1899 hat den langjährigen Vorsitzenden des Vereins, Wirkl. Geh. Rat Dr. v. Levetzow, den Landesdirektor der Provinz Brandenburg, Frhr. v. Manteuffel, und den nach 40jähriger Amtsführung zurückgetretenen Generalsekretär des Vereins, Prof. Holtze, zu Ehrenvorsitzenden des Vereins, den Prof. Dr. Schmoller zum Vorsitzenden, den Amtsgerichtsrat Dr. Holtze zum Generalsekretär, den Geh. Archivrat Hegert zum Schatzmeister, den Archivar Dr. Erhardt zum Bibliothekar, den Archivrat Dr. Bailleu, den Privatdocenten Dr. Hintze und den Oberlehrer Dr. Tschirch zu Beisitzern des Vorstandes gewählt.

Satzungen des Vereins für Geschichte der Mark Brandenburg.

Zweck.

§ 1. Der in Berlin unter dem Namen:

Verein für Geschichte der Mark Brandenburg

bestehende Verein bezweckt die wissenschaftliche Erforschung der Vergangenheit der Provinz Brandenburg und der jetzt zur Provinz Sachsen gehörigen Altmark, einschließlich der Entwicklung der Mark Brandenburg zum preußischen Staate.

§ 2. Mittel zur Erreichung dieses Zwecks sind:

a) regelmäßige Mitgliederversammlungen (Sitzungen), in denen Vorträge gehalten und neuere Erscheinungen auf dem Arbeitsgebiete des Vereins besprochen werden;

b) wissenschaftliche Arbeiten, die in der Vereinszeitschrift, zur Zeit den „Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte“, zur Veröffentlichung gelangen;

c) Unterstützung größerer wissenschaftlicher Unternehmungen durch Mitarbeit oder Geldhilfe und Nutzbarmachung der zerstreuten Archivalien der Provinz durch Herstellung von Verzeichnissen;

d) Sammlung einer Bibliothek, die sich hauptsächlich aus Werken zur brandenburgisch-preußischen Geschichte und aus Druckschriften der mit dem Vereine im Tauschverkehr stehenden Gesellschaften zusammensetzt.

§ 3. Der Verein hat seinen Sitz in Berlin und soll im Vereinsregister des königl. Amtsgerichts I zu Berlin eingetragen werden.

Eintritt und Austritt der Mitglieder.

§ 4. Mitglied des Vereins kann jede großjährige männliche Person werden, die bereit und im stande ist, an den Zwecken des Vereins mitzuwirken, und sich verpflichtet, einen Jahresbeitrag von 9 Mark zur Vereinskasse zu zahlen.

§ 5. Die Anmeldung zum Beitritt geschieht beim Vorstande, der über die Aufnahme entscheidet, ohne im Falle der Ablehnung Gründe anzugeben. Im Falle der Aufnahme ist der Beitrag für das Kalenderjahr zu zahlen, und erhält der Aufgenommene eine vom Vorsitzenden und vom Schriftführer vollzogene Mitgliedskarte, sowie die im laufenden Jahre erschienenen Hefte der Vereinszeitschrift. Der Jahresbeitrag wird im Anfang des Jahres im voraus eingezogen.

§ 6. Jedes Mitglied ist zum unentgeltlichen Empfange eines Exemplars der Vereinszeitschrift, zum Stimmrechte in den Mitgliederversammlungen, zur Wählbarkeit in die Vereinsämter und zur Benutzung der Bibliothek berechtigt.

§ 7. Der Austritt steht jedem Mitgliede jederzeit frei, wofern es die rückständigen und fälligen Beiträge gezahlt hat. Mitglieder, die trotz wiederholter Aufforderung den Jahresbeitrag nicht zahlen, gelten als freiwillig ausgetreten. Mitglieder, die rechtskräftig zum Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt sind, werden von der Mitgliederliste gestrichen.

§ 8. Der Vorstand kann Personen, die sich erhebliche Verdienste um die Vereinszwecke erworben haben und die nicht in der Provinz Brandenburg wohnen, zu Korrespondenten des Vereins ernennen. Die Zahl derselben darf 10 Prozent der Mitglieder (cf. § 4) nicht übersteigen.



Die Korrespondenten erhalten die Vereinszeitschrift unentgeltlich, nehmen aber an den sonstigen Rechten und Pflichten der Mitglieder keinen Teil.

§ 9. Die Mitgliederversammlung (cf. § 18) kann einige Ehrenpräsidenten des Vereins auf Lebenszeit ernennen; dieselben stehen an der Spitze des Vereins, ohne an der Verwaltung und Vertretung beteiligt zu sein. Im übrigen haben sie alle Rechte, nicht aber die Pflichten der Mitglieder.

§ 10. Patrone des Vereins können diejenigen Körperschaften oder Personen werden, die sich zur Unterstützung der Vereinszwecke durch Zahlung eines Jahresbeitrages von mindestens 50 Mark verpflichten. Sie erhalten die sämtlichen Veröffentlichungen des Vereins ohne Entgelt.

Vorstand.

§ 11. Der Verein hat einen aus 7 Mitgliedern bestehenden Vorstand. Die Vorstandsmitglieder sind:

a) der Vorsitzende, der den Verein nach außen vertritt und die Versammlungen der Mitglieder und die Sitzungen des Vorstands leitet;

b) der stellvertretende Vorsitzende, der den Vorsitzenden in Behinderungsfällen vertritt;

c) der Schriftführer, der die Mitgliederliste führt, sowie das Protokoll in den Versammlungen der Mitglieder und in den Sitzungen des Vorstands;

d) der Bibliothekar, der die Büchersammlung verwaltet und deren Benutzung durch die Mitglieder vermittelt;

e) der Rentmeister, der das Vereinsvermögen verwaltet, die Beiträge erhebt und die vom Vorstande beschlossenen Zahlungen aus der Vereinskasse leistet;

f—i) zwei Beisitzer.

§ 12. In der Mitgliederversammlung des Januar giebt der Rentmeister Rechenschaft über den Kassen- und Vermögensbestand des Vereins, und der Schriftführer erstattet einen kurzen Bericht über die Entwicklung und die Arbeiten des Vereins. Im übrigen giebt sich der Vorstand seine Geschäftsordnung selbst und verfügt über sämtliche Mittel des Vereins.

§ 13. Die Vorstandsmitglieder bekleiden Ehrenämter und werden für jedes Amt einzeln von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von 5 Jahren gewählt, wobei Wiederwahl zulässig ist. Die Wahl ist nur im Falle des § 27, 2, Schlußsatz B. G. B. (bei grober Pflichtverletzung oder entstandener Unfähigkeit) widerruflich.



§ 14. Der Vorstand ist bei Anwesenheit von mindestens 4 Vorstandsmitgliedern, unter denen ein Vorsitzender sein muß, beschlußfähig. Er faßt die schriftlich abzufassenden, vom Vorsitzenden zu unterzeichnenden Beschlüsse mit Stimmenmehrheit, bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

§ 15. Für die Vorbereitung und Leitung besonderer wissenschaftlicher Unternehmungen kann der Vorstand sich durch Kooptation zu einem Arbeitsausschuß erweitern oder besondere Ausschüsse bilden.

Mitglieder-Versammlung.

§ 16. Mitgliederversammlungen, deren Hauptzweck oben § 2a angegeben ist, finden in der Regel an jedem zweiten Mittwoch der Monate Januar, Februar, März, April, Mai, Oktober, November und Dezember statt. Die Mitgliederversammlung nimmt die Wahl der Ehrenpräsidenten und der Vorstandsmitglieder vor und beschließt Änderungen der Vereinssatzungen. Die Einladung der Mitglieder erfolgt durch gedruckte Formulare; sind Wahlen vorzunehmen oder Beschlüsse zu fassen, so ist der Gegenstand in der Einladung anzugeben.

§ 17. Die Mitgliederversammlung ist bei Anwesenheit von mindestens 10 Mitgliedern beschlußfähig; ein zur Beschlußfassung stehender Antrag ist so lange auf die Tagesordnung zu setzen, bis eine beschlußfähige Mitgliederversammlung vorhanden ist.

§ 18. Zu allen Beschlüssen und Wahlen genügt einfache Stimmenmehrheit, bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden; haben dagegen bei einer Wahl zu einem Vereinsamte mehrere die gleiche, höchste Stimmenzahl erhalten, so ist derjenige von ihnen gewählt, der am längsten dem Vereine als Mitglied angehört. Die Auflösung des Vereins gilt nur dann als beschlossen, wenn sie von zwei Mitgliederversammlungen im gleichen Kalenderjahre beschlossen ist.

§ 19. Der Vorstand hat Anträge, die von mindestens 10 Mitgliedern schriftlich unter Angabe der Gründe bei ihm gestellt werden, auf die Tagesordnung der nächsten Mitgliederversammlung zu setzen und im Falle der Dringlichkeit eine außerordentliche Mitgliederversammlung zur Beschlußfassung über den Antrag anzuberaumen.

§ 20. Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung sind schriftlich abzufassen und von den anwesenden Vorstandsmitgliedern zu unterzeichnen.

§ 21. Während der Beratung von Vereinsangelegenheiten haben sich Nichtmitglieder, die im übrigen, wenn sie durch Mitglieder eingeführt sind, als Gäste willkommen sind, aus dem Sitzungszimmer zu entfernen, wenn dies auch nur ein Mitglied verlangt. Korrespondenten

und Patrone des Vereins bedürfen keiner Einführung und können auch an den Beratungen ohne Stimmrecht teilnehmen.

Auflösung des Vereins.

§ 22. Ist die Auflösung des Vereins in der § 18 Schlußsatz gedachten Weise beschlossen, so fällt das Gesamtvermögen nach Abzug etwaiger Schulden an die Provinz Brandenburg, die es thunlichst in einer den Vereinszwecken entsprechenden Weise zu verwenden hat.

§ 23. Die Vorstandsmitglieder fungieren als Liquidatoren mit den in §§ 48—53 B. G. B. aufgeführten Rechten und Pflichten.

Verzeichnis der Mitglieder des Vereins für Geschichte der Mark Brandenburg 8. Februar 1899.

1. Arnold, Dr., Archivar, z. Z. in Rom.
2. Bailleu, Dr., Archivrat, Charlottenburg.
3. Bardey, Dr., Oberlehrer, Nauen.
4. Berner, Prof. Dr., Archivrat, Berlin.
5. Böttger, Dr., Oberlehrer, Wriezen a./O.
6. Boldt, Prof. Dr., Eberswalde.
7. Bolte, Dr., Oberlehrer, Berlin.
8. Bracht, Dr., Charlottenburg.
9. Brecher, Prof. Dr., Berlin.
10. Breysig, Prof. Dr., Wilmersdorf.
11. Brode, Dr., Privatdozent, Halle a./S.
12. Brosien, Prof. Dr., Berlin.
13. Buchholtz, Dr., Stadtbibliothekar, Berlin.
14. v. Buttlar, Dr., Staatsarchivar, Dresden.
15. Clauswitz, Dr., Stadtarchivar, Berlin.
16. Delbrück, Prof. Dr., Charlottenburg.
17. Deichmann, Gerichtsassessor, Berlin.
18. Droysen, Prof. Dr., Friedenau bei Berlin.
19. Erhardt, Dr., Archivar, Charlottenburg.
20. Friedel, Geh. Regierungsrat, Stadtrat, Berlin.
21. Friedlaender, Dr., Geh. Archivrat, Berlin.
22. Gallandt, Prof. Dr., Berlin.
23. Gebauer, Dr., Brandenburg a./H.
24. Granier, Dr., Berlin.
25. Harder, Prof. Dr., Berlin.
26. Hegert, Dr., Geh. Archivrat, Berlin.
27. Hermann, Dr., Berlin.
28. Hintze, Privatdozent Dr., Berlin.
29. Holtze, Prof., Dr., Berlin.
30. Holtze, Dr. jur., Amtsgerichtsrat, Berlin.
31. Jähns, Dr., Oberstlieutenant a. D., Berlin.
32. Immich, Dr., Privatdozent, Königsberg i./Pr.
33. Kamieth, Prof. Dr., Friedenau bei Berlin.
34. Keller, Dr., Archivrat, Charlottenburg.
35. Klinkenborg, Dr., Berlin.
36. v. Knobelsdorff, Generalmajor z. D., Hannover.
37. Kohlmann, Dr., Archivrat, Berlin.
38. Koser, Prof. Dr., Geh. Ober-Regierungsrat, Direktor der Staatsarchive, Charlottenburg.
39. Krauske, Prof. Dr., Göttingen.
40. Krüner, Prof. Dr., Steglitz.
41. Küntzel, Dr., Berlin.
42. Lehmann, Prof. Dr., Geh. Regierungsrat, Göttingen.
43. Lehnert, Dr., Oberlehrer, Groß-Lichterfelde.

44. v. Levetzow, Dr., Wirklicher Geh. Rat, Excellenz, Gossow (Neumark).
45. Liesegang, Prof. Dr., Berlin.
46. v. Lindenau, Legationssekretär a. D., Berlin.
47. Graf zur Lippe-Weißenfeld, Berlin.
48. Löwe, Dr., Berlin.
49. Marcks, Prof. Dr., Leipzig.
50. Meinardus, Dr., Archivar, Wiesbaden.
51. Meinecke, Dr., Archivar, Berlin.
52. v. Meier, E., Dr., Geh. Ober-Reg.-Rat, Berlin.
53. Meier, E., Prof. Dr., Berlin.
54. Mollwo, Dr., Göttingen.
55. Naudé, Dr., Privatdozent, Charlottenburg.
56. v. Neefe, Wirklicher Geh. Ober-Regierungsrat, Berlin.
57. van Niessen, Dr., Oberlehrer, Stettin.
58. v. Petersdorff, Dr., Pfaffendorf bei Coblenz.
59. Pinschovius, Oberlehrer, Segeberg in Holstein.
60. Roloff, Dr., Privatdozent, Berlin.
61. v. Ruville, Dr., Privatdozent, Halle a./S.
62. v. Scharfenort, Hauptmann a. D., Groß-Lichterfelde.
63. Schiemann, Prof. Dr., Berlin.
64. Schmoller, Prof. Dr., Berlin.
65. Schnackenburg, Oberstlieut. a. D., Berlin.
66. Schottmüller, Dr., Posen.
67. Frhr. von Schrötter, Dr., Charlottenburg.
68. Graf v. d. Schulenburg, Angern bei Mahlwinkel.
69. Schwartz, Prof. Dr., Geh. Regierungsrat, Berlin.
70. Schwartz, Dr., Landesbibliothekar und Vorsteher des Provinzial-Museums, Posen.
71. Seidel, Dr., Direktor des Hohenzollern-Museums, Berlin.
72. Fürst zu Solms, Durchlaucht, Baruth.
73. v. Sommerfeld, Dr., Berlin.
74. Spannagel, Prof. Dr., Münster i./W.
75. Stenger, Dr., Oberlehrer, Groß-Lichterfelde.
76. Stiehl, Otto, Stadtbaumeister, Steglitz.
77. Tschirch, Dr., Oberlehrer, Brandenburg a./H.
78. Volz, Dr., Berlin.
79. Voß, Dr., Direktor der Sammlung prähistorischer Altertümer, Berlin.
80. Wenck, Prof. Dr., Marburg.
81. v. Wurmb, Dr., Charlottenburg.
82. Zeumer, Prof. Dr., Berlin.
83. Zickermann, Dr., Berlin.

Aus den Berichten über die wissenschaftlichen Unternehmungen der Akademie.

Ausgegeben am 2. Februar 1899.

Politische Korrespondenz Friedrichs des Großen.

Bericht der HH. Schmoller und Koser.

Infolge des Ausscheidens unseres Mitarbeiters Herrn Treusch von Buttlar, der nach achtjähriger ersprießlicher Thätigkeit für unser Unternehmen eine Berufung als Staatsarchivar am Königlich Sächsischen Hauptstaatsarchiv nach Dresden erhalten hat, konnte der in Vorbereitung befindliche, für die Urkunden der Jahre 1766 und 1767 bestimmte 25. Band im verflossenen Jahre noch nicht zur Ausgabe gelangen. Die Bearbeitung der Publikation liegt nunmehr ausschließlich in den Händen des Herrn Dr. Volz, mit der Maßgabe, daß das von ihm hergestellte Manuskript zunächst noch durch Herrn von Buttlar von Dresden aus einer Durchsicht unterzogen werden wird. Es besteht die Erwartung, die weiteren Arbeiten so gefördert zu sehen, daß mit Ablauf des beginnenden Jahres außer dem fast abgeschlossenen 25. Band noch ein zweiter vorliegen wird.

Unser Aktenmaterial hat abermals wertvollen Zuwachs erhalten, indem mit Genehmigung Sr. Majestät des Königs von Württemberg auf unser Ersuchen uns aus dem Geheimen Hausarchiv zu Stuttgart eine größere Reihe von Schreiben König Friedrichs II. an Mitglieder des württembergischen Herrscherhauses zur Verfügung gestellt ist. Daraus ergeben sich bereits für den zunächst erscheinenden Band einige wesentliche Ergänzungen, vor allem aber finden sich in einer Anzahl eigenhändiger Briefe des Königs belangreiche Aufschlüsse für die Geschichte der siebziger Jahre, u. a. in Bezug auf die Vermählung des Großfürsten und nachmaligen Kaisers Paul von Rußland mit der Prinzessin Maria von Württemberg.

Acta Borussica.

Bericht der HH. Schmoller und Koser.

Die Drucklegung des Briefwechsels zwischen Friedrich Wilhelm I. und dem Fürsten Leopold von Dessau durch Prof. Dr. Krauske in Göttingen, die im

Februar 1898 begann, ist bis Bogen 42 (März 1739) gediehen und ihrem Abschluß nahe.

Der zweite Band der Akten, welche sich auf die Behördenorganisation unter Friedrich Wilhelm I. beziehen, ist im Laufe des vorigen Jahres ausgegeben worden; er umfaßt auf 40 Bogen die wichtige Zeit vom Juli 1714 bis Dezember 1717, in welche große Umgestaltungen der Staatsverwaltung, zunächst hauptsächlich die Reform der obern Provinzialbehörden und ihre Unterordnung unter die Berliner Centralregierung fallen. Dr. Victor Löwe ist jetzt mit der Vervollständigung des Materials für die Zeit von 1718—1723 beschäftigt.

Dr. Hintze hat den ersten Band der Behördenorganisation unter Friedrich dem Großen nebst der Einleitung über den Stand derselben im Jahre 1740 vollendet, so daß der Druck desselben beginnen konnte.

Dr. W. Naudé, der glücklicherweise wieder ganz hergestellt ist, hat die Akten und die Darstellung der preußischen Getreidehandelspolitik bis 1740 fertig gestellt, so daß der Druck in den nächsten Monaten in Angriff genommen werden kann.

Dr. Freiherr von Schrötter hat die Bearbeitung der preußischen Münzsammlungen des 18. Jahrhunderts und die Münzbeschreibung vollendet und die Darstellung der brandenburgisch-preußischen Münzpolitik von 1701—1740 ausgearbeitet; der Druck dieser Abteilung unserer Publikation könnte beginnen, wenn wir nicht für richtiger hielten, damit zu warten, bis auch die Zeit Friedrich des Großen im ganzen zu überblicken ist.

Dr. Bracht hat, nach Fertigstellung einer übersichtlichen Darstellung der brandenburgischen Wollgewerbe bis 1713, begonnen, dieselbe Materie für 1713 bis 1740 zu bearbeiten. Die schon vor einigen Jahren von Dr. Freiherr von Schrötter für die Acta Borussica verfaßte Darstellung der schlesischen Wollindustrie im 18. Jahrhundert ist zur Entlastung unserer Bände in den Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte Bd. X, 129—273, Bd. XI, 75—192 im Laufe dieses Jahres abzudrucken begonnen worden. Diese früher vom Kultusministerium direkt, jetzt aus den Mitteln der Acta Borussica unterstützte und von unserem ersten Hilfsarbeiter Dr. Hintze redigierte Zeitschrift soll überhaupt jetzt noch mehr als bisher als Hilfsorgan für unsere Publikation dienen.

Dr. Lohmann hat seine archivalischen Studien in Paris und London über die Handelsstatistik und die Reglements der Hausindustrie im 17. und 18. Jahrhundert beendet und ist beschäftigt, die Resultate seiner Reise in zusammenfassenden Denkschriften niederzulegen; die erste derselben über die englische und französische Handelsstatistik des 18. Jahrhunderts wurde der Akademie am 22. Dezember vorgelegt und ist in ihrem Sitzungsbericht von diesem Tage abgedruckt.

Neue Erscheinungen.

I. Zeitschriftenschau 1898[1]).

(1. Juli bis 31. Dezember.)

Altpreußische Monatsschrift. Herausgegeben von Rud. Reicke und Ernst Wichert. XXXV. Band. Heft 5—8 (Juli bis Dezember). Königsberg i/Pr. 1898.

S. 357—391: H. Eisenblätter (Superintendent a. D.), Die Klöster der Augustiner-Eremiten im Nordosten Deutschlands (Neumark, Pommern, Preußen). [Die verhältnismäßig kurz gehaltenen beiden ersten Abschnitte (12 Seiten) dieses ganz auf Archivalien beruhenden und, wie alle Arbeiten desselben Verfassers, mit emsigen Fleiß und höchst achtbarer Kritik gefertigten, wenn auch nicht ganz von dilettantischen Anflügen freien Aufsatzes behandeln den durch die päpstliche Bulle vom 16. Dezbr. 1243 gestifteten Orden im allgemeinen und darnach seine Klöster in der Neumark und in Pommern. Den Inhalt des doppelt so großen übrigen Teiles bildet die eingehend dargestellte Geschichte der vier preußischen Klöster: der zu Rößel, zu Konitz und zu Heiligenbeil, von denen das erste durch den Bischof von Ermland, die beiden anderen wenig später durch Hochmeister Winrich v. Kniprode gegründet sind, und die Geschichte des Klosters der h. Dreifaltigkeit zu Patollen (jetzt Gr. Waldeck) bei Tannau, dessen Stiftung der Verfasser auf Grund des Treßlerbuches in den ersten Anfang des 15. Jahrhunderts setzen kann. Allein das Kloster zu Konitz hat die Zeit der Reformation überdauert, es wurde erst 1819 aufgehoben. In den Klostergebäuden zu Rößel und zu Konitz befinden sich jetzt Gymnasialanstalten. Der Richtigstellungen und Ergänzungen, die der Verfasser der bisherigen Überlieferung gegenüber bieten kann, sind nicht wenige.]

S. 392—422: Max Töppen, Johann Bochmann und sein Calendarium.

S. 423—434: Max Töppen, Mitteilungen aus einem Zinsbuch der Stadt Gollub. [Beide Aufsätze sind wieder von dem Sohne, dem Oberlehrer R. Töppen, aus dem reichen Nachlaß des Vaters entnommen. — 1) Was Johann Bochmann, der zuerst (1561) Rektor des Gymnasiums zu Elbing, dann nacheinander Geistlicher in Königsberg, in Danzig und wieder in Elbing gewesen und 1607 gestorben ist, aus den Ereignissen seinerzeit aufgezeichnet hatte, war in die Kompilationen späterer elbingischer Historiographen übergegangen und ist in diesen von M. Töppen aufgefunden und aus ihnen herausgeschält. Was hier über das Jahr 1607 hinausgeht, rührt von dem Sohne Johann Bochmanns her. — 2) Die einem Zinsbuche der kleinen westpreußischen Stadt Gollub (im

1) Zusammengestellt hauptsächlich von Herrn Prof. Dr. Karl Lohmeyer in Königsberg i. Pr. und Herrn Dr. Victor Loewe in Berlin.

Kulmerland) entnommenen, nicht sonderlich belangreichen Aufzeichnungen gehören bis auf wenige Notizen dem zweiten Jahrzehnt des 16. Jahrhunderts an.]

S. 435—455: M. Curtze, Eine Studienreise, unternommen August bis Oktober 1896. [Mit Unterstützung der Berliner Akademie der Wissenschaften hat der namhafte Thorner Mathematiker eine zehnwöchentliche Studienreise ausführen können, um eine große Zahl mittel- und oberdeutscher, sowie österreichischer Bibliotheken und Klöster behufs einer mathematischen „Handschriftenjagd" zu durchforschen. Über den unerwartet großen Erfolg (in München allein hat er „rund 200 Handschriften in Händen gehabt") hat er auch dem Copernicus-Verein in Thorn in einem Vortrage Bericht abgestattet, und dieser Vortrag liegt hier gedruckt vor.]

S. 458—462: H. Freytag (Prediger), Zur Lebensgeschichte des Hans Nimptsch, Danziger Stadtschreibers und späteren Kammerrates des Herzogs Albrecht. [Es ist blutwenig Neues, was der Verfasser da aus einigen Danziger Archivalien über den Mann beibringen kann. Bezeichnend für die unzureichende Akribie des Verfassers ist es doch wohl, wenn er jenem Nostiz, in dessen Haushaltungsbuche Nimptsch eine gewisse Rolle spielt, überall, selbst in dem Titel meines Buches, den Vornamen Karl (statt Kaspar) giebt.]

S. 463—479: Conrad (Amtsrichter), Zur Geschichte der städtischen Verwaltung von Pr.-Holland im Jahre 1620. [Im angegebenen Jahre hatten drei fürstliche Kommissare den Auftrag erhalten, „die noch nicht abgehörten Jahresrechnungen jener Stadt abzuhören, die eingerissenen Mängel abzustellen und gute Ordnung und Polizei einzurichten". Da die von ihnen in 95 Punkten aufgestellten Bemerkungen und Verfügungen „einen sehr interessanten Einblick in die damalige städtische Verwaltung gewähren", so wird die durch die Regenten des Herzogtums unter dem 17. Dezbr. 1620 vollzogene Bestätigung derselben hier zum Abdruck gebracht.]

S. 485—577: Lose Blätter aus Kants Nachlaß. Mitgeteilt von Rudolf Reicke. (Fortsetzung.)

S. 578—614: A. Warda (Gerichtsassessor), Zur Frage nach Kants Bewerbung um eine Lehrerstelle an der Kneiphöfischen Schule.

S. 615—649: Walter Meyer (kgl. Bibliothekar), Altpreußische Bibliographie für die Jahre 1896 und 1897. [Vom Beginne der Zeitschrift ab, mit dem Jahre 1862 anfangend, hat Reicke alljährlich bis zum Jahre 1895 seine „altpreußische Bibliographie" veröffentlicht, bis er mit dem Ausscheiden aus seinem Bibliotheksamte sich genötigt sah, diese Arbeit, für die ihm von allen Seiten mit vollstem Recht stets größter Dank gezollt ist, aufzugeben. Daraufhin hat denn jetzt der Verein für die Geschichte von Ost- und Westpreußen die Sache in die Hand genommen, doch sollen, während Reicke bekanntlich nicht bloß alles, was in und über Altpreußen gedruckt wurde, sondern auch sämtliche litterarische Erzeugnisse aller, die durch Geburt oder Stellung unserer Heimat angehörten oder angehört hatten, aufgenommen hat, in der neuen bibliographischen Sammlung nur die Arbeiten zur Geschichte und Landeskunde (der letztere Ausdruck allerdings im weiteren Sinne gefaßt) Altpreußens verzeichnet werden. Soweit bei einer solchen Zusammenstellung von einer Vollständigkeit nur irgend die Rede sein kann, hat der Verfasser — das sieht man wohl, und das kann auch sonst versichert werden, — eine solche mit peinlichster Gewissenhaftigkeit zu erreichen sich bemüht, selbstverständlich aber und aus zwingenden Gründen nur für Schriften in deutscher Sprache. — Daß diese neue Bibliographie sich ihrem Inhalte nach von der frühern wesentlich unterscheidet, hätte, will mir scheinen, wenigstens doch in ihrem Titel zum Ausdruck gebracht werden müssen. — Bemerkt sei hier noch, daß Sonderabdrücke dieser



Bibliographie sowohl den Mitgliedern des Vereins zugestellt werden, wie auch in den Buchhandel kommen sollen.] K. Lohmeyer.

Zeitschrift der Altertumsgesellschaft Insterburg. Heft 5. Insterburg 1898.

S. 21—51: Die Pelleninkar Kirchen-Chronik. [Eine teilweise sehr ausführliche Chronik der 1718 gegründeten Kirche zu Pelleninken (nordöstl. von Insterburg) und ihres Kirchspiels wurde im Jahre 1761 von dem dortigen Pfarrer begonnen und ist, abgesehen von einer von 1816—1845 reichenden Lücke, bis 1870 fortgeführt. Aus ihr werden zwei Partieen, die Geschichte der Gründung selbst und die nicht minder interessante „Russenzeit“ von 1757—1763, hier zum Abdruck gebracht.] K. L.

Mitteilungen der Litterarischen Gesellschaft Masovia (des früheren Vereins für Kunde Masurens). Herausgeg. von Dr. K. Ed. Schmidt. 3. Heft. Lötzen 1897. [Verspätet erschienen.]

S. 6—40: Die Tagebücher des Grafen Ernst Ahasverus Heinrich von Lehndorf.! [Der Anfang einer etwas kürzenden Übersetzung der seit 1750 in französischer Sprache geführten Tagebücher des Kammerherrn der Gemahlin Friedrichs des Großen, die in dem sehr reichen gräflichen Archiv zu Steinort am Mauersee aufbewahrt werden. Staatssachen kommen darin wenig zur Sprache, vielmehr handelt es sich hauptsächlich um das Leben am Hofe.]

S. 45—86: M. Gerß' Geschichte und Chronik von Rydzewen. 2. Teil, bearbeitet von Karl Haugwitz. [Die Fortsetzung — doch noch nicht der Abschluß — der im vorigen Hefte begonnenen sehr eingehenden und an mannigfaltigen Einzelnheiten reichen, daher für alle, die sich mit solchen Dingen zu beschäftigen haben, höchst wertvollen, lediglich auf Altenmaterial beruhenden Geschichte jenes im Kreise Lötzen belegenen Kirchspiels.] K. L.

Zeitschrift für die Geschichte und Altertumskunde Ermlands. Im Namen des historischen Vereins für Ermland herausgeg. von Franz Hipler. Jahrgang 1896 (XI, 4). Braunsberg 1897.

S. I—XXII: Namenregister zu Eichhorns Stanislaus Hosius von Dr. D. Korioth.

S. XXIII—CLXXIII: Namenregister zu Band VI—XI der Zeitschrift für die Geschichte und Altertumskunde Ermlands von F. Fleischer.

Jahrgang 1897 (XII, 1). Braunsberg 1897.

S. 1—134: F. Fleischer, Domvikar, Heinrich IV. Heilsberg von Vogelsang, Bischof von Ermland (1401—1415). [Als nach der Schlacht von Tannenberg der deutsche Orden und sein preußischer Staat im ersten Augenblick vernichtet, jeder Widerstand gegen das unaufhaltsame Vordringen des siegreichen Heeres unmöglich erschien, und alles, um zu retten, was zu retten war, sich eiligst dem Polenkönige zu Füßen warf, traten auch die vier preußischen Bischöfe unter den Schutz und die Herrschaft desselben; den Akt aber der persönlichen Huldigung im Lager vor Marienburg hat unter ihnen als der erste der Ermländer Heinrich IV. Vogelsang vollzogen. Dieses Eine hat dann dem Hochmeister Heinrich v. Plauen genügt, um dem Manne, mit dem er bisher stets auf dem besten Fuße gestanden hatte, den schweren Vorwurf des Verrates zu machen und bei und nach dem Frieden alles daranzusetzen, bis an Kaiser und Papst zu gehen, selbst ihren Entscheidungen zuwider zu handeln, damit nur jener seines Bistums verlustig würde. Daß die

Geschichtschreiber im Ordenslande und in Polen die Sache nach ihrer Parteistellung auffaßten und darstellten, ist wohl selbstverständlich; man muß aber auch zugestehen, daß bis in die neueste Zeit fast ausnahmslos Deutsche und Polen, Protestanten und Katholiken sich in ihrer Beurteilung der beiden Gegner schroff gegenüberstehen. Hier will der Verfasser Klarheit schaffen und giebt, da er es mit Recht für nötig hält, den ganzen Mann in seiner vollen Persönlichkeit und mit ihm seine Gegner dem Auge des Lesers vorzuführen, die vollständige Lebensgeschichte des Bischofs. Durchweg und auch in betreff des Hauptpunktes geht der Verfasser mit einer maßvollen Kritik, mit einer ruhigen, streng sachlichen Unbefangenheit zu Werke, die gerade in diesem Falle nicht bloß angenehm berührt, sondern auch die vollste Anerkennung verdient, ja ohne weiteres als musterhaft bezeichnet werden muß. Er hat ohne Frage Recht, wenn er Heinrich v. Plauen, der, wenn er einmal eine Sache für richtig und nötig erkannt hatte, ohne jeden Strupel auf sein Ziel losging, die volle Absicht zuschreibt, die gute Gelegenheit zu benutzen, um, es koste nun auch was es wolle, endlich auch das ermländische Kapitel und Bistum seinem Orden zu inkorporieren. Auch in allen anderen Partieen — höchstens die kurze Schilderung der Tannenberger Schlacht abgerechnet — wird man der schönen Abhandlung mit Freude und Genugthuung zustimmen können.]

S. 135—191: **Dittrich**, Professor, Die Ausführung des Breve Dominus ac Redemptor vom 21. Juli 1773 in Westpreußen und Ermland. [Es ist bekannt, daß Friedrich der Große den Jesuitenorden trotz der von Papst Clemens XIV. verfügten Auflösung desselben in seinen Staaten, d. h. in Schlesien und in den ganz neuen polnischen Erwerbungen, fortbestehen lassen wollte. Den darüber geführten Kampf mit der Kurie, soweit er Ermland und Westpreußen betraf, schildert die Abhandlung auf Grund von gedrucktem und ungedrucktem Aktenmaterial. Er endete damit, daß aus den dort vorhandenen Jesuitenkollegien, soweit die eingezogenen Ordensmittel ohne Staatszuschuß ausreichten, „öffentliche Institute (teils zur Bildung der Geistlichen, teils zum Unterricht der katholischen Jugend überhaupt) errichtet“ und die vorhandenen Exjesuiten als Lehrer an denselben verwendet werden sollten.]

S. 192—207: F. **Hipler**, Die Rolle der Tuchmachergesellen in Wormditt [vom 6. Januar 1558]. K. Lohmeyer.

Zeitschrift des Westpreußischen Geschichtsvereins. Heft 38. Danzig 1898, Th. Bertling.

S. 1—138: H. **Freytag**, Die Beziehungen Danzigs zu Wittenberg in der Zeit der Reformation. [Der Titel dieser Abhandlung ist meines Erachtens doch etwas zu weit gefaßt, indem der Verfasser nicht alle Verbindungen, welche die deutsche Hauptstadt des polnischen Preußen in der angegebenen Zeit mit der Mutterstadt der Reformation gehabt hat, in seine Darstellung hineinziehen wollte; er behandelt vielmehr nur zwei Reihen von Personen: diejenigen geborenen Danziger, die in Wittenberg studiert haben, und diejenigen Schüler dieser Universität, die später in Danzig als Geistliche, Lehrer, Staatsmänner oder sonstwie gewirkt haben, ohne dort geboren zu sein. Jede dieser beiden Reihen weist eine stattliche Zahl auf, und es ist ganz natürlich, daß zumal bei der Darstellung der Thätigkeit und Wirksamkeit, welche nicht wenige unter ihnen in Danzig haben entwickeln können, auch vieles zur Sprache und Erwähnung kommt, was zur Förderung unserer Kenntnis der kirchlichen und politischen Geschichte der Stadt in jenem Zeitraum und des Verlaufes der Entwickelung so mancher anderen Verhältnisse gute und ersprießliche Beiträge liefert. So dankbar das aufzunehmen ist, wie hier gern anerkannt werden soll, so unthunlich ist es, alle diese



Einzelheiten hier etwa zu einem übersichtlichen Gesamtbilde zusammenzufassen, so daß es schon bei diesem kurzen Berichte sein Bewenden haben muß.]

S. 139—158: O. Günther, Stadtarchivar, Zwei Miscellen zur Danziger Buchdrucker- und Litteraturgeschichte im 17. Jahrhundert. [1) Im Jahre 1632 war zwischen den beiden Danziger Buchdruckern ein Konkurrenzstreit über Druck und Herausgabe der von einem dortigen Gymnasialprofessor angefertigten deutschen Übersetzung von des Comenius Janua linguarum reserata entstanden. Hier werden nun neben dem an den städtischen Rat gerichteten Bittschreiben des einen Druckers auch, wodurch die Mitteilung ihren Hauptwert erhält, drei Schreiben des berühmten Schulmannes zum Abdruck gebracht. Weiter giebt der Stadtarchivar aus seinen Akten eine kurze Darstellung des Verlaufes dieses kleinen Handels. — 2) Unter den überaus zahlreichen Danziger Flugschriften aus den ersten Jahren des sogenannten ersten nordischen Krieges befindet sich auch eine, welche den Titel „Preussisches Haanen-Geschrey. Anno M.DC.LVI." führt und ohne Namen des Verfassers und des Druckers erschienen ist. Weil darin die polenfreundliche Politik des Rates gegeißelt und zugleich auch der Polenkönig nicht ungerupft gelassen wird, so fühlte sich der Rat veranlaßt, eine Untersuchung zunächst wenigstens gegen den Drucker anzustellen. Aus den Akten dieses Prozesses macht Günther, nachdem er zuvor den verwunderlich geschraubten Inhalt des Flugblattes, sowie einer nur handschriftlich vorhandenen Gegenschrift („Echo oder Kikeriki auf das Preußische Hahnen-Geschrey") wiedergegeben hat, einige interessante Mitteilungen, besonders über den Verfasser des Hahnenschreis.] K. Lohmeyer.

Zeitschrift des historischen Vereins für den Reg.-Bezirk Marienwerder. 36. Heft. Marienwerder 1898.

S. 1—30: F. Jacobi, ev. Pfarrer, Das Thorner Blutgericht 1724 in polnisch-katholischer Auffassung. [Wie schon früher zweimal in diesen Blättern (Forsch. X, S. 381 u. 428), kann ich auch jetzt nicht umhin, dem Verfasser gegen die wohl erklärlichen, aber nach meiner aufrichtigen Überzeugung völlig unverdienten Angriffe seiner katholischen Gegner Recht zu geben. Auch der neuen Streitschrift des katholischen Pfarrers, Dekans Stanislaus Kujot (Der Thorner Tumult 1724. Aus Anlaß zweier Schriften von Franz Jacobi. Thorn 1897) kann man, man mag sich wenden wie man wolle, unmöglich zugestehen, daß ihr Verfasser die vollends in solchem Streite erforderliche Unbefangenheit zu wahren gewußt hat.]

S. 31—63: Zwei Visitationsrezesse für die evangelischen Kirchen zu Gr. Trannau und Niederzehren von 1568 und 1576. Von Amtsrichter Conrad.

S. 64—83: L. Rosenow (Prediger), Karl Jakob Rosenow, Abgeordneter der Stadt Graudenz auf der ständischen Versammlung zu Königsberg im Februar 1813. [Rosenow, ein angesehener „Negotiant" in Graudenz, der durch die französische Occupation allein nicht weniger als 13600 Thaler verloren hatte, war als Abgeordneter seiner Stadt nach Königsberg entsandt. Als er bereits abgereist war, traf von dem Kommandanten der Feste, der zugleich den Oberbefehl über die in dauerndem Belagerungszustand befindliche Stadt führte, ein Befehl ein, der ihm die Abreise verbot, offenbar weil jenem die Königsberger Versammlung als eine revolutionäre Unternehmung erschien. Nach Empfang dieses Befehls reichte R., der bis zum Nachmittage des 8. Februar an den Sitzungen teilgenommen hatte, beim Vorsitzenden die schriftliche Erklärung ein, daß er aus Rücksicht auf den Befehl des Kommandanten als des Stellvertreters des Königs und auf seinen Magistrat, für den er wohl sonst Unannehmlichkeiten befürchtete, von den weiteren Sitzungen

fern bleiben müsse, und reiste heim. Diese für die damaligen Verhältnisse charakteristische und meines Wissens unbekannte kleine Episode glaubte ich hier wiedergeben zu sollen.]

S. 84—106: G. A. v. Mülverstedt, Das Riesenburgische Dragoner-Regiment. [Als das Stiftungsjahr dieses „leichten" Dragonerregiments stellt der Verfasser das Jahr 1743 fest; aufgelöst wurde es 1806 „und das Depot 1807 dem 1. Ulanenregiment zugeteilt". Auch eine Liste der Offiziere vom Jahre 1806 mit Angaben über ihren fernern Verbleib ist beigegeben.] K. Lohmeyer.

Schriften des Vereins für die Geschichte Berlins. Heft 35. Berlin 1898.

S. 1—65: Eduard Wintzer, Die Wegelysche Porzellanfabrik in Berlin. [Ein interessanter, zum Teil nach den Akten des Geheimen Staatsarchivs gearbeiteter Beitrag zur Geschichte der preußischen Luxusindustrie im 18. Jahrhundert. Am 3. Februar 1751 erhielt W. C. Wegely, der Mitinhaber der bedeutenden Wollenzeugfabrik Johann Georg Wegely und Söhne, das Privileg für eine Fabrik zur Herstellung echten Porzellans. Das Geheimnis desselben war bis dahin nur in Meißen und Wien bekannt, aber da man in Berlin überzeugt war, daß Wegely die Kenntnis der echten Porzellanmasse und des richtigen Verfahrens bei der Fabrikation besaß, wurde sein Unternehmen von der Regierung durch zahlreiche Vergünstigungen gefördert. In der That war die Porzellanmasse anerkannt fein und gut; wo sich Wegely seine Kenntnisse erworben hatte, läßt sich aber nicht mit Bestimmtheit sagen. Der Ausbruch des siebenjährigen Krieges bereitete jedoch dem jungen Unternehmen bald seinen Untergang. Mit der Besetzung Sachsens geriet auch die Meißener Fabrik in die Hände Friedrichs. Wegely wurde nach Dresden verschrieben und bot alles auf, die Vorräte der Fabrik an sich zu bringen. Vielleicht auf Betreiben der sächsischen Regierung wußte es aber der bekannte Kaufmann und spätere dänische Minister Schimmelmann, der wegen seiner Fouragelieferungen bei Friedrich großen Kredit hatte, durchzusetzen, daß ihm die Vorräte verkauft wurden. Er selbst übergab dann wieder an andere, der sächsischen Regierung nahestehende Personen und Beamte die Leitung der Fabrik. In der Hoffnung, nun Schimmelmann später für sich zu gewinnen, ließ der König Wegely fallen, so daß dieser schon im Herbste 1757 mit großen Verlusten seine Fabrik schloß; Schimmelmann aber lehnte die später wiederholt an ihn gerichteten Aufforderungen zum Eintritt in den preußischen Dienst, der ihm wohl nicht gewinnbringend genug erschien, stets ab. Es ist bekannt, daß dann Gotzkowsky die Lieblingsidee des Königs, die Begründung einer neuen Porzellanfabrik, verwirklicht hat; aus Gotzkowskys Fabrik ist später die königliche Porzellanmanufaktur hervorgegangen.]

S. 67—121: Prof. Holtze, Bilder aus Berlin vor zwei Menschenaltern. [Lesenswerte Erinnerungen eines alten Berliners; sie behandeln u. a. das Leben auf der Straße, die Garnison, die öffentlichen Vergnügungen.]

29.—30. Jahresbericht des historischen Vereins zu Brandenburg a. d. Havel. Hrsgb. von O. Tschirch. Brandenburg 1898.

S. 1—38: O. Jork, Brandenburg im Jahre 1848. [Nach gleichzeitigen Quellen, Zeitungen u. s. w. und mündlichen Mitteilungen.]

S. 39—51: Joh. Gebauer, Das evangelische Hochstift Brandenburg und die Restitutionspläne Kaiser Ferdinands II. [Fortsetzung der „Geschichte der Reformation im Bistum Brandenburg" im Programm der Ritterakademie 1898. — Ein Versuch des Kaisers, dem Sohne eines katholischen Kapitularen des Stiftes Halberstadt eine brandenburgische Majorpräbende im Jahre 1624 zu verschaffen, scheiterte damals am Widerspruch



des Kurfürsten. Im Jahre 1630 erhielt der katholische Graf Ernst v. Kriechingen das kaiserliche Immissoriale und die päpstliche Bestätigung als Dompropst von Brandenburg, obwohl seit mehr als einem Jahrhundert die Besetzung der Propstei den Kurfürsten zustand. Ein weiteres Vordringen der katholischen Reaktion wurde bald darauf durch die veränderte politische Lage verhindert.]

S. 63–65: H. Pieper, Zum Verfall der Marienkirche auf dem Harlungerberge. [Abdruck und Erläuterung eines Gedichtes von Kaspar Praetorius aus einem in der Würzburger Universitätsbibliothek befindlichen, ganz seltenen Bande seiner Dichtungen.]

S. 66—69: F. Priebatsch, Beziehungen der beiden Städte Brandenburg zu Kurfürst Albrecht Achilles. [Abdruck eines Schreibens des Kurfürsten aus dem Jahre 1483; es betrifft einen Übergriff der Stadtbehörden in die ihnen nicht zustehende Sphäre des Gerichtswesens.]

S. 70—80: Sagen und Gebräuche der hiesigen Gegend, gesammelt von A. Werner u. a.

S. 125—132: Register der in den ersten 30. Jahresberichten enthaltenen Vorträge und Abhandlungen.

24. und 25. Jahresbericht des Altmärkischen Vereins für vaterländische Geschichte und Industrie zu Salzwedel. Abteilung für Geschichte. Hrsgb. von T. O. Radlach. Magdeburg 1897, 1898.

Bd. 24 S. 9–60, Bd. 25 S. 25—68: W. Zahn, Geschichte der Kirchen und kirchlichen Stiftungen in Tangermünde.

Bd. 25 S. 1—24: v. Mülverstedt, Die Münzstätten in der Altmark. [Nach den Forschungen von Bahrfeldt, Leitzmann und Tannenberg.]

S. 69—76: G. Hertel, Einige Regesten und Urkunden zur Geschichte der Altmark. [Aus den Jahren 1443—1486; die Urkunden stammen aus dem Lüneburger Stadtarchiv.]

S. 82—120: v. Mülverstedt, Die altmärkischen Frauenklöster auf dem Lande. [Giebt Verzeichnisse der höheren Würdenträger und der Konventualinnen.]

S. 121—138: H. Wildberg, Altmärkische Sittenbilder aus der Zeit von 1670 bis 1786. [Auf Grund der kirchlichen Urkunden der Parochieen Rochau und Schorstedt.]

S. 147—165: A. Parisius, Die französische Invasion in Gardelegen während des siebenjährigen Krieges.

S. 166—182: J. O. Radlach, Französische Truppen in Plathe bei Brunau im Herbst des Jahres 1757.

Niederlausitzer Mitteilungen. Zeitschrift der Niederlausitzer Gesellschaft für Anthropologie und Altertumskunde. Bd. 5. 1898.

S. 169—263: Eduard Clausnitzer, Versammlungen der Niederlausitzer Stände während der Habsburger Herrschaft 1526—1635. [Der Aufsatz beruht hauptsächlich auf den Akten des Geheimen Staatsarchivs zu Berlin.]

Annalen des historischen Vereins für den Niederrhein, insbesondere die alte Erzdiöcese Köln. Heft 66. Köln 1898.

S. 93—181: H. Keussen sen., Beiträge zur Geschichte Crefelds und des Niederrheins. [Vergl. Forsch. XI, 220. Schildert u. a. S. 124—131 den Übergang der Grafschaft Mörs an Preußen und den Konflikt, in den Friedrich I. hierbei mit den Generalstaaten geriet.]

58. **Bericht über Bestand und Wirken des historischen Vereins zu Bamberg für das Jahr 1897.** Bamberg 1897.

S. 59—71: H. Heidenheimer, Ein Besuch König Friedrich Wilhelms I. von Preußen und Friedrichs des Großen bei den Jesuiten in Bamberg. [Den Besuch schildert ein hier mitgeteilter, vom 21. Juli 1730 datierter Brief, den der Bamberger Jesuit J. Bayer an den Provinzial der oberrheinischen Jesuitenprovinz in Mainz richtete.]

Historische Zeitschrift. Hrsgb. von Fr. Meinecke. München und Leipzig 1898.

Bd. 81 S. 274—291: C. Varrentrapp, Süvern über Friedrich den Großen. [Aus den im Jahre 1803 in Königsberg gehaltenen Vorlesungen wird hier ein Abschnitt mitgeteilt, der Süverns kräftige Sympathieen für Friedrichs Person und Wirken erweist; Süvern war also von der Abneigung gegen Friedrich frei, die in den Jahren nach 1806 gerade unter den Vorkämpfern einer neuen Erhebung Preußens weit verbreitet war. — Varrentrapp ergänzt weiterhin auch die Mitteilungen Diltheys über Süverns Thätigkeit als Schulmann.]

Bd. 82 S. 98—104: Fr. Meinecke, Zur Geschichte des Gedankens der preußischen Hegemonie in Deutschland. [Es werden zwei Berichte an Hardenberg von Justus v. Gruner und von F. A. L. v. d. Marwitz aus dem Jahre 1815 hier mitgeteilt: sie beweisen, daß der Gedanke an Deutschlands Einigung unter Preußens Führung damals doch verbreiteter war, als noch Treitschke meinte.]

Preußische Jahrbücher. Hrsgb. von H. Delbrück. Bd. 93. Berlin 1898.

S. 393—406: H. Delbrück, Fürst Bismarck in der Weltgeschichte. [Vergleichung mit anderen Staatsmännern des Altertums und der Neuzeit.]

S. 471—514: Max Lehmann, Der Ursprung der Städteordnung von 1808. [Den Anstoß zu der vorliegenden bedeutsamen Untersuchung gab die Auffindung neuer einschlägiger Akten im Berliner Geheimen Staatsarchiv. Der Aufsatz schildert die Thätigkeit des ostpreußischen Provinzialdepartements und der kombinierten Immediatkommission, untersucht dann besonders eingehend den bedeutenden Anteil des Königsberger Polizeirats Frey an der Vorbereitung und Durchführung des Werkes, betrachtet hierauf ausführlich die Einwirkungen der französischen Gesetzgebung auf die Reform und stellt schließlich fest, daß der Wunsch nach Befreiung des städtischen Lebens von der Militärgewalt ein wichtiger Antrieb bei der Durchführung des großen Werkes war.]

Deutsche Rundschau. Hrsgb. von J. Rodenberg. Jahrgang 24. Berlin 1898.

Heft 10 S. 29—63, Heft 11 S. 253—279: Aus der preußischen Hofgesellschaft 1822—1826. In zeitgenössischen Briefen hrsgb. von A. Boguslawski. [Hauptsächlich Briefe des Fräuleins Albertine v. Boguslawski, der Hofdame der Prinzessin Wilhelm. Die Briefe bieten einige kleine Beiträge zur Kennzeichnung des Königs und anderer Mitglieder des königlichen Hauses, bringen aber sonst nichts Neues zur Staats- und Hofgeschichte.]

Nord und Süd. Hrsgb. von P. Lindau. Bd. 87. Breslau 1898.

S. 45—61: A. v. Ruville, Zum Ursprung des siebenjährigen Krieges. [R. will durch seine Darlegungen die Richtigkeit des Lehmannschen

Grundgedankens erweisen, daß der Eroberungsgedanke es war, der Friedrich am Ende das Schwert in die Hand drückte. Die Offensivabsichten Friedrichs nach der Westminsterkonvention hält N. aber für ungenügend erwiesen und ziemlich unwahrscheinlich.]

Sonntagsbeilage zur Vossischen Zeitung. Berlin 1898.

Nr. 3 u. 4: Bruno Gebhardt, Fürst Wittgenstein.

Nr. 18—22: Berlin vor siebzig Jahren. Briefe von Prof. Otto Friedrich Gruppe.

Nr. 23: Franz Rühl, Aus den Beilagen zu der Selbstbiographie Theodor v. Schöns.

Beilage zur [Münchener] Allgemeinen Zeitung. München 1898.

Nr. 109, 110: Adolf Stölzel, Zur Erinnerung an Svarez. († 14. Mai 1798).

Nr. 175—177: G. Schmoller, Das preußische Handels- und Zollgesetz vom 26. Mai 1818 im Zusammenhang mit der Geschichte der Zeit, ihrer Kämpfe und Ideen. [Die weitausgreifende Einleitung des Aufsatzes, eines Abdruckes der Berliner Universitätsrede vom 3. August 1898, schildert die Gründe und Bedingungen, aus denen und unter denen gegen Ende des 18. Jahrhunderts der völlige Wandel der europäischen Volkswirtschaft zuerst namentlich in der Theorie sich vollzog. — Die Minister, die Friedrich Wilhelm III. zuerst umgaben, waren keiner großen Reform fähig, das bewiesen die geringen Ergebnisse der großen Finanzkommission vom 19. Februar 1798. Auch nach dem Eintritt Steins und Hardenbergs war doch bis 1815 weder Raum noch Zeit für eine große Reform der Handels- und Zollpolitik. Während nun aber die Epoche der Kriege von 1792—1815 die Anwandlungen zu einer liberalen Handelspolitik, wie sie in den 80er Jahren sich allerwärts gezeigt hatten, völlig rückgängig gemacht hat, wurde Preußen von dieser Bewegung fast gar nicht berührt; es hat den groben Rückfall Englands und Frankreichs in den Merkantilismus nicht mitgemacht. Es waren die richtig erkannten Staatsinteressen Preußens, die hierbei mitwirkten im Zusammenhang mit den politischen Schicksalen und den Gefühlen nationaler Neigungen oder Abneigungen, wie man sie damals in Preußen hegte. In der ganzen Periode von 1795 ab herrschten in Preußen englische Sympathieen, man war trotz aller Schädigungen, die der Kontinent von England erlitt, doch überzeugt, daß der englische Handel zunächst der preußischen Industrie nütze. Eben daraus ist es zu erklären, daß eine Allianz mit Frankreich, um durch sie Englands Handel zu vernichten, für Preußen nichts verlockendes hatte und nur 1805 verführerisch erschien, als damit die Erwerbung von Hannover in Aussicht stand. Auch in der Zeit der Kontinentalsperre behielt man in Preußen die englischen Sympathieen und lebte dann auch von 1815—1818 in der Hoffnung, der allgemeine Friede werde ein System liberaler Handelsverträge bringen. — Der Aufsatz schildert weiter die Persönlichkeiten und den Anteil der einzelnen Beamten an dem Gesetze und berichtet dann über den Inhalt des Gesetzes und die durch dasselbe eingeführte Neugestaltung der technischen und verwaltungsmäßigen Zollbehandlung. „Im ganzen gehört das Gesetz zu den gesetzgeberischen Höhepunkten und Großthaten jener Zeit und dem preußischen Staate ist damit der Ruhm zugefallen, in der großen weltgeschichtlichen Wendung vom Merkantilismus zur Handelspolitik des 19. Jahrhunderts das erste dauerhafte Beispiel gegeben zu haben."]

Nr. 246 u. 247: W. Scheel, Heinrich Abeken. [Vgl. bei den Büchern.]

Nr. 286: G. Kaufmann, Gedanken und Erinnerungen von Otto Fürst v. Bismarck.

Bismarck-Jahrbuch. Hrsgb. von Horst Kohl. Bd. 6, Liefer. 1 u. 2. Leipzig, Göschen, 1898.

[Enthält u. a. 36 Briefe v. Savignys an B. aus den Jahren 1851—1867, 4 Briefe Roons an B. aus den Jahren 1861, 1868 und 1869, Teile des Briefwechsels zwischen B. und v. Balan, ferner sehr viele Stücke der Korrespondenz B.s mit dem Grafen Bernstorff aus den Jahren 1856—1871.]

Jahrbücher für die deutsche Armee und Marine. Hrsgb. von E. Schnackenburg. Berlin 1898, A. Bath.

Bd. 106 S. 29—37: L. Frhr. v. Thüna, Generalmajor A. W. v. Thüna und sein Infanterieregiment Nr. 23 (fridericianischer Zählung) 1778 bis 1786.

S. 121—134: v. Buddenbrock, Die Schlacht bei Bautzen vom Standpunkt der Truppenführung.

Bd. 107 S. 133—149: E. Schnackenburg, Grenadiere zu Pferde. Eine heeresgeschichtliche Studie. [Aus eingewanderten französischen Edelleuten errichtete der Große Kurfürst im Jahre 1687 zwei Kompagnieen grands mousquetaires und aus Unteroffizieren eine Kompagnie grenadiers à cheval. Beide Truppenkörper, die eine Art Leibwache darstellten, bestanden nicht lange. Im Jahre 1714 erhielt ein von dem Generalmajor v. Derfflinger errichtetes Dragonerregiment, das sich bei Malplaquet ausgezeichnet hatte, den Namen Grenadierregiment zu Pferde. Über die wenig rühmliche Rolle, die das Regiment bei Mollwitz spielte, vergl. auch Forsch. XI, 223.]

Bd. 108 S. 162—165: H. Granier, Zwei Berichte über das Gefecht bei Charlottenburg am 9. Oktober 1760.

Bd. 109 S. 46—59: H. v. Schierbrand, Betrachtungen über Verfolgung in den Kriegen Friedrichs des Großen, Napoleons I. und der Neuzeit.

S. 253—260: Gr[af] L[ippe], Feldmarschall Möllendorf, ein Zögling Friedrichs des Großen. [Bietet manches Neue dar für die Kenntnis des Lebensganges des bekannten, erst 1816 im 92. Lebensjahre verstorbenen Feldmarschalls, dem Friedrich Wilhelm III. noch zu seinem 50jährigen Generalsjubiläum hat gratulieren können. Wir heben diese biographische Skizze namentlich auch gegenüber der Darstellung Potens in der Allg. Deutsch. Biographie hervor. Es mag bei dieser Gelegenheit noch darauf hingewiesen werden, daß der neuerdings im Militär-Wochenblatt mitgeteilte „Parolebefehl“ M.s (vielmehr „Cirkular“), dessen Bedeutung für die humanere Behandlung der Soldaten bekannt ist, schon bei Preuß IV, 331 f. z. T. gedruckt ist.]

S. 261—283: Funk, Die Verbindungsgefechte und Märsche des Generals v. Schmidt während der Operationen gegen Le Mans.

Historisches Jahrbuch der Görresgesellschaft.

S. 57—88: Martin Spahn, Auswärtige Politik und innere Lage des Herzogtums Pommern von 1627—1630 in ihrem Zusammenhange. [Der Verfasser will die Frage beantworten, warum Pommern, das fast ein Vierteljahrhundert hindurch der Schauplatz des großen Krieges war, an seinen Ereignissen so gut wie gar keinen aktiven Anteil genommen hat. Das Ergebnis der Untersuchung, das auch für andere norddeutsche Territorien, namentlich Brandenburg, vielfach gültig ist, ist folgendes: Die Bevölkerung Pommerns hatte die wirtschaftlichen Kräfte zur Gegenwehr, die Regierung besaß auch die Möglichkeit, diese Kräfte durch ein tüchtiges Beamtentum in Bewegung zu setzen: religiöse Triebfedern des Handelns fehlten aber so gut wie ganz, und dazu kam die Un-

fähigkeit des Fürsten und der Geiz der Stände, der diesen die Neutralität als den vorteilhaftesten Ausweg erscheinen ließ.]

Archiv für österreichische Geschichte. Wien, in Kommission bei C. Gerolds Sohn, 1898.

Bd. 85 S. 361—378: J. Schwerdfeger, Eine Denkschrift des Großherzogs (nachmaligen Kaisers) Franz Stephan von Lothringen-Toscana aus dem Jahre 1742. [In dieser im Wiener Staatsarchiv befindlichen, bisher unbekannten Denkschrift macht Franz Stephan den Vorschlag einer Aussöhnung zwischen Maria Theresia, Bayern, Preußen und Sachsen. Alle deutschen Mächte sollten sich dann gemeinsam gegen Frankreich kehren, dessen Bezwingung einen dauernden Frieden verbürgen würde; das konkrete Ziel des Feldzuges müßte die Rückeroberung des Elsaß sein. Den Friedenspreis für Preußen sollte die Überlassung Niederschlesiens bilden, während Sachsen das Herzogtum Sagan eventuell als preußisches Lehen erhalten sollte. Durch Vermittlung des Reichsvicekanzlers Grafen Schönborn suchte der Großherzog Karl VII. für sein Projekt zu gewinnen; dieser lehnte aber alle Anerbietungen ab.]

Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung. Bd. 19. Innsbruck 1898.

S. 302—326: F. Priebatsch, Die Reise Friedrichs III. ins Reich 1485 und die Wahl Maximilians. [S. 304 ff.: Verhandlungen Friedrichs mit Albrecht von Brandenburg.]

S. 535—546: R. F. Kaindl (Professor in Czernowitz), Zur Geschichte des hl. Adalbert. [Eine Zusammenstellung, wenn auch nicht aller, so doch der meisten deutschen und nichtdeutschen (polnischen und böhmischen) Schriften, welche das Jubiläum des hl. Adalbert (1897) hervorgerufen hat; von den deutschen hat freilich die bedeutendste, das Buch von H. G. Voigt, hier noch nicht hineinbezogen werden können und ist einer besondern Anzeige vorbehalten. — Den der Bibliographie nachgesetzten acht „zusammenfassenden kritischen Bemerkungen“ über die Vita I. (Canaparius) und ihr Verhältnis zu den Versus de s. Adalberto, über die verschiedenen Reisen Adalberts und ihre Zeit, über die ihm vielfach zugeschriebenen Schriften u. s. w. stimme ich im ganzen bei, jedoch nicht so der Ansicht, daß „die Frage nach der Stätte des Martyriums noch keine endgültige Lösung gefunden“ hätte.]
K. Lohmeyer.

Streffleurs Österreichische Militärische Zeitschrift. Jahrgang 39. Wien 1898.

Bd. 3 S. 66—84: G. Wolff, Die Operationen der österreichischen Nordarmee nach der Schlacht bei Königgrätz.

Rozpraw Wydziału hystoryczno-filozoficznego Akademii Umiejętności w Krakowie. [Abhandlungen der historisch-philosophischen Klasse der Akademie der Wissenschaften zu Krakau.] XXXVII. Krakau 1898.

S. 89—129: W. Kętrzyński, Najdawniejsze żywoty ś. Wojciecha i ich autorowie (Die ältesten Lebensbeschreibungen des hl. Adalbert und ihre Verfasser). [Die Hauptergebnisse dieser Abhandlung des bekannten gelehrten Direktors des Ossolinskischen Instituts in Lemberg gehen dahin, daß der Verfasser der zweiten Vita des Preußenapostels nicht, wie bisher einstimmig angenommen wurde, der hl. Brun, der Nachfolger Adalberts im Martyrium, sondern ein sonst unbekannter Deutscher aus Sachsen gewesen wäre, die erste Vita nicht von dem römischen



Abte Canaparius, sondern von Adalberts Bruder Gaudentius herrührte. Trotz des hier wie immer zu Tage tretenden Scharfsinns des Verfassers und seiner sehr überlegten Kritik vermag ich der zweiten Hypothese garnicht, der erstern wenigstens bis jetzt noch nicht zuzustimmen.]

K. Lohmeyer.

Mitteilungen des Vereines für Geschichte der Deutschen in Böhmen. Jahrgang 36. Prag 1898.

S. 291—328: A. Pribram, Zur Geschichte des böhmischen Handels und der böhmischen Industrie in dem Jahrhunderte nach dem westfälischen Frieden. II. [Vgl. Forsch. XI, 220. Behandelt die Thätigkeit des böhmischen Kommerzkollegs namentlich zur Hebung der Tuchindustrie bis zum Tode Karls VI. Der Versuch zur Einführung der Seidenindustrie in Böhmen mißlang, und zu einem bedeutungsvollen Aufschwung kam es bis zum Tode Karls VI. in keinem Industriezweige.]

Jahrbuch für Schweizerische Geschichte. Bd. 23. Zürich 1898.

S. 33—88: A. Burckhardt-Finsler, Der Durchmarsch der Aliierten durch Basel. [Sehr eingehende, zum Teil auf Familienpapieren beruhende Schilderungen. Über den politischen Zusammenhang vgl. Forsch. VIII, 264.]

Kosmopolis. Internationale Revue. Bd. 11. 1898.

S. 655—672: Fr. Greenwood, Prince Bismarck.

S. 740—747: Henry Houssaye, La veille de Waterloo, 17 juin 1815. [Vgl. Revue des deux mondes.]

S. 829—862: Max Lenz, Der Schöpfer von Kaiser und Reich. Ein Nekrolog.

Revue des deux mondes. Bd. 148. Paris 1898.

S. 587—614, 737—773: Henry Houssaye, La bataille de Waterloo. [Vgl. Kosmopolis.]

II. Bücher.

Edmund Pfleiderer: Über den geschichtlichen Charakter unserer Zeit. (Festrede zur akademischen Feier des Geburtstages S. M. des Königs Wilhelm II. von Württemberg, 25. Februar 1898.) Tübingen 1898, H. Lauppsche Buchhandlung (28. S. 8; 0,80 Mk.).

Der derzeitige Rektor der Tübinger Universität wirft in der geistreichen und anregenden Rede, die hier gedruckt vorliegt, am Ende des Jahrhunderts stehend, einen Blick auf den Gesamtcharakter unserer Zeit, wie er sich im Zusammenhang der Geschichte darstellt; und es wird auch diesen Blättern angemessen sein, davon Notiz zu nehmen. Ein starker Optimismus und eine jugendlich-frische Zuversicht spricht aus seinen Worten. Er vergleicht unsere Tage mit der Zeit, von der Ulrich von Hutten gesagt hat, daß es eine Lust sei, in ihr zu leben; er sieht heute wie damals ein neues Weltalter heraufdämmern. In zwei beherrschenden Grundzügen glaubt er vornehmlich die historische Eigentümlichkeit der gegenwärtigen Epoche zu erfassen: in dem extensiven Zuge der „Allgeschichtlichkeit" und in dem intensiven der „Thatgeschichtlichkeit". Die Form dieser Bezeichnungen mag nicht eben glücklich gewählt erscheinen — der deutsche Philosoph liebt es nun einmal, die Fülle der Gesichte zu schwerverständlichen Wortgebilden

zu verdichten —; aber was damit gemeint ist, wird mit Klarheit und Energie entwickelt. Es ist auf der einen Seite die ungeheure weltweite Ausdehnung des politischen und des Kulturhorizonts in unseren Tagen, die Herstellung des Kontakts zwischen den Nationen und ihren Interessen über die ganze Oberfläche unseres Planeten hin, was den Blick des Betrachters fesselt; und andererseits ist es die mutige Thatkraft, die Arbeitsamkeit, Voraussicht und Mannhaftigkeit des lebenden Geschlechts, die ihm als das charakteristische Zeichen unserer Zeit erscheint gerade auch in unserem Volk gegenüber dem Ende des vorigen Jahrhunderts, wo wir Deutschen in der Hauptsache nur noch das Volk der Dichter und Denker waren.

Mancher wird die Zeichen der Zeit anders zu deuten geneigt sein, wenigstens die der „intensiven“ Reihe. Der Redner verkennt die Kämpfe und Gefahren, die der gährende Zustand der Gegenwart in sich birgt, nicht; aber er gleitet etwas leicht darüber hinweg; er überläßt es getrost der Zukunft, die große „sociale“ Frage zu lösen: nach außen in der rationellen Erdausteilung und nach innen in der richtigeren Güterausgleichung. Denn: „im großen und ganzen genommen“ — so lautet das Trostwort des schwäbischen Philosophen — „ist die Geschichte trotz allem vernünftig und besitzt eine merkwürdige Naturheilkraft, die auch über böse Tage weghilft. Wohl mögen in der Niederung zeitweis Nebel liegen. Sobald wir aber höher hinaufsteigen, scheint die Sonne der Vernunft über der geistigen Welt der Geschichte schließlich nicht minder, als über dem Reiche der Natur.“

O. H.

Hildegard Ziegler: Chronicon Carionis. (Hallesche Abhandlungen zur neueren Geschichte H. XXXV.) Halle 1898, M. Niemeyer (62 S.).

Die Verfasserin behandelt eins der interessantesten Probleme aus der Geschichte der Historiographie des 16. Jahrhunderts, das für die märkische Geschichte seine besondere Bedeutung hat. Es ist die Frage nach der Urheberschaft des sogenannten Chronicon Carionis. Bekanntlich gingen im 16. Jahrhundert unter dem Namen des brandenburgischen Hofastronomen Carion zwei gänzlich voneinander abweichende weltgeschichtliche Kompendien, das erste in deutscher Sprache 1532 erschienen, ein Büchlein in kleinem Oktavformat, das nur Carions Namen trägt, das zweite ein vierbändiges Werk von dem sechsfachen Umfange des ersten, in lateinischer Sprache, 1558—65 herausgegeben, das als seine Bearbeiter Melanchthon und dessen Schwiegersohn Peucer namhaft macht. Es ist im allgemeinen bekannt, daß Melanchthon nicht nur das zweitgenannte Werk umgearbeitet, sondern auch erheblichen Anteil an der ersten kleinen Ausgabe der Chronik gehabt hat, obwohl sein Name hier nicht auf dem Titelblatte erscheint. Wieweit aber hier seine Mitarbeit reicht, darüber sind die Ansichten stets weit auseinandergegangen, und während Cario sich selbst allein als Verfasser nennt und die Widmung unterzeichnet, haben angesehene Stimmen diesem Manne eigentlich alles Verdienst an dem Buche abgesprochen. Es war daher dringend wünschenswert, daß diese Streitfrage in einer eingehenden Monographie kritisch behandelt wurde, und die Verfasserin hat mit ziemlich umfangreicher Belesenheit in den zeitgenössischen Chroniken jener Epoche die Aufgabe in Angriff genommen. Sie untersucht beide Werke, die den Titel Chronicon Carionis tragen, im einzelnen und bemüht sich, namentlich in dem kleinen deutschen Kompendium von 1532 den Anteil Carions und Melanchthons zu scheiden. Auf Grund brieflicher Äußerungen des letzteren, sowie durch Vergleich des Buches mit den sonstigen historischen Werken des Reformators gelingt es ihr, eine Anzahl Stellen für den einen oder den andern Verfasser zu sichern, wobei sie umsichtig den verschiedenen schriftstellerischen Charakter des praktischen Weltmannes mit mäßigen Kenntnissen und volkstümlicher Ausdrucksweise und des gelehrten Universitätsprofessors mit wesentlich wissenschaftlichen Interessen berücksichtigt. In Bezug auf die Quellen des kleinen Werkes betont H. Ziegler, daß das Kompendium sich keineswegs an die vorangegangenen größeren Weltchroniken von Schedel und Nauclerus an-

schließt, vielmehr eine selbständige Einteilung zeigt und aus den damals zugänglichen Quellen eine geschickte und taktvolle Auswahl trifft. Bei der Benutzung seiner Quellen, unter denen im Mittelalter vor allem Sigebert v. Gembloux und der Abt v. Ursperg, die damals eben im Druck erschienen waren, hervortreten, läßt er keineswegs alle Kritik vermissen. Die Bedeutung des Werkchens liegt nach der Verfasserin vor allem darin, daß es der erste, kurze, deutsch geschriebene und deutsch gedachte populäre Abriß der Weltgeschichte mit maßvoller, aber entschiedener reformatorischer Tendenz ist. Diese Eigenschaften gaben dem Büchlein seine große Beliebtheit und Verbreitung. Indem es Melanchthon seinen akademischen Vorträgen zu Grunde legte, arbeitete er es allmählich in der Praxis des akademischen Unterrichts völlig um und entschloß sich schließlich, das Werk in lateinischer Sprache und erweiterter Gestalt zum Gebrauche der Studierenden herauszugeben. Nach Beendigung des zweiten Teils, der bis zu Karl dem Großen reichte, starb er, und an seine Stelle ist Peucer getreten, der zwei weitere Bände (bis zur Schwelle des Reformationszeitalters reichend) lieferte, aber durch die Verfolgungen seines wechselvollen Lebens verhindert wurde, das Werk durch eine Darstellung der Zeitgeschichte zu krönen. Auch dieses Doppelwerk Melanchthons und Peucers bespricht die Verfasserin eingehend und weist nach, daß Melanchthon bei gleicher Disposition des Stoffes völlig unabhängig von der Darstellung der ursprünglichen Carionschen Chronik ans Werk ging. An Stelle des behaglichen Fabulierens tritt kurze, sachliche Belehrung, indem er es vor allem für seine Aufgabe hält, für die akademische Jugend den Bestand des historischen Wissens geschickt ausgewählt und in annähernder Vollständigkeit zusammenzufassen und darzustellen. Im übrigen urteilt die Verfasserin über das Werk ungünstiger als über Carions kleine Chronik, da Melanchthons Kraft bei der schwierigen Behandlung der ersten christlichen Zeit ermatte und Pencer hinter dem von seinem Vorgänger gesteckten Ziele, den Studierenden ein zuverlässiges, lebhaft und warm geschriebenes Handbuch der Weltgeschichte zu liefern, zurückbleibe. In diesen Ausführungen zeigt die Verfasserin eine ziemlich umfangreiche Belesenheit in der wenig anziehenden Masse der historischen Kompendien des 16. Jahrhunderts und den Werken des zweiten Reformators. Wenn sie dennoch ihre Aufgabe nicht völlig befriedigend gelöst zu haben scheint, so liegt dies wohl vor allem an einem gewissen Mangel kritischer Schärfe in der Auffassung der überlieferten Nachrichten. — Vor allem bemißt sie Melanchthons Anteil an der kleinen deutschen Chronik wohl viel zu gering, wenn sie sagt, der Grundstock stamme von Carion her, Melanchthon aber habe das Werk durchgesehen und einiges eingeschoben (S. 14). Der Reformator nennt die Chronik, die ihm Carion ad emendandum gesendet habe, in einem vertrauten Briefe farraginem quandam negligentius coacervatam (eine nachlässig zusammengehäufte, wüste Masse), quae a me disposita est, und äußert schon vorher an andrer Stelle darüber: totum opus retexo, et quidem germanice, et constitui complecti praecipuas mutationes maximorum imperiorum. — Aus diesen Ausdrücken ergiebt sich, daß Melanchthon vor allem auf die von ihm herrührende Anordnung des bis dahin ungeordneten Werkes nach den wichtigsten Weltreichen den Hauptnachdruck legt. Geht also Peucer gewiß zu weit, wenn er die erste Chronik Carions Melanchthon allein zuschreibt und jede Teilnahme des brandenburgischen Hofastrologen leugnet, so irrt die Verfasserin meines Erachtens ebenso, indem sie die Einteilung des Werkes Carion als Verdienst anrechnet (S. 19 ff.), vielmehr ist man nach den vorliegenden Äußerungen Melanchthons genötigt, die Disposition auf seine Rechnung zu setzen, also wohl auch die eigentümliche Zugrundelegung der altrabbinischen Prophezeihung des Hauses Elia ihm zuzuschreiben. —

Ebenso ist von der Verfasserin das Problem gar nicht berührt, ob Carion seine Chronik ursprünglich deutsch oder lateinisch geschrieben hat. A. Stern nimmt, offenbar auf Grund der Äußerung des Reformators: opus retexo, et quidem germanice, an, daß sie zuerst lateinisch geschrieben sei. Aber wenn allerdings diese Wendung zunächst auf die Annahme führt,



daß Melanchthon eine lateinische Vorlage deutsch umgestaltet habe, so läßt sie sich doch auch so verstehen, daß er nur betonen will, er bediene sich bei seiner Arbeit der ihm als Universitätslehrer verhältnismäßig ungewohnten deutschen Sprache. Es ist dies auch aus andern Gründen sehr wahrscheinlich. Jedenfalls aber war diese Frage zu stellen und nicht einfach als abgemacht zu betrachten, daß das Buch von Carion in deutscher Sprache geschrieben ist.

An andern Stellen zeigen sich seltsame Widersprüche in den Ansichten der Verfasserin. So führt sie selbst die Äußerung Melanchthons an, daß er die chronologische Tabelle am Schlusse des Büchleins hinzugefügt habe, läßt dies aber später ganz außer acht und sagt von der gleichen Tabelle in dem spätern lateinischen Werk, Melanchthon habe sich darin an das Buch Carions angeschlossen (S. 46).

Für die Erledigung der Hauptfrage des Buches ist auch die Behandlung der Lebensumstände des brandenburgischen Astrologen nicht unwichtig, die an sich ihren besonderen Reiz hat. Ist doch der in diplomatischen Geschäften vielerfahrene, weltkundige Astrolog, der riesige Schwabe, dem Luther neckend schreibt, er werde zu schwer für den Nachen seines Namensvetters Charon sein, der gewaltige Trinker, der, den Becher in der Hand, starb, und dessen urkräftig derbe Späße uns Hafftiz mit Behagen erzählt, eine höchst originelle Erscheinung am Hofe Joachims I., und eine kräftige Zeichnung seines Charakterbildes ist um so erwünschter, als er in Wilibald Alexis weitverbreitetem Roman: „Die Hosen des Herrn von Bredow" ganz und gar verzeichnet als ein satanischer Kobold, ein buckliger Zwerg jüdischer Abkunft erscheint, der die Leichtgläubigkeit des Kurfürsten mit der Rachsucht der unterdrückten Rasse mißbraucht. Leider ist die biographische Darstellung der Verfasserin nicht ohne Irrtümer und nicht eindringend genug. Die Umstände des letzten Lebensjahres sind unrichtig dargestellt, da der Astrolog seine Reise nach Württemberg nicht 1537, sondern 1536, ein Jahr vor seinem Tode, unternahm. (Voigt, Briefwechsel mit Herzog Albrecht von Preußen S. 159.)

In Bezug auf Carions Bildungsgang begnügt sich H. Ziegler, die unsicher überlieferten Nachrichten zu bezweifeln, so daß alles im Dunkeln bleibt. Das Gemeinsame der verschiedenen Traditionen über seine Bildung ist nun doch, daß er mit Melanchthon früh Beziehungen gehabt habe, und diese allgemeine Nachricht führt auf eine Spur, die uns vielleicht weiter bringt. Carion ist in Bietigheim am Neckar, also in Württemberg, geboren. Das Heimatsgefühl spricht aus ihm, wenn er Friedrich Barbarossa stolz „einen frommen Schwaben" nennt. Melanchthon rühmt seine schwäbische Treuherzigkeit (vir candidus et Suevice simplicitatis plurimum referens). Noch in spätern Jahren hat er lebhafte Beziehungen zu seiner Heimat. Er giebt dem Herzog Albrecht von Preußen 1534 wiederholt nähere Nachrichten über die politischen Wirren in Württemberg auf Grund von Briefen seiner Freunde daselbst. Melanchthon fragt ihn um Rat, ob er auf Wunsch des Herzogs Ulrich ein oder zwei Jahre nach Schwaben zur Wiederherstellung der Universität Tübingen gehen solle, muß ihm doch also besondere Kenntnis der Verhältnisse zugetraut haben. 1536 reist Carion nach seinem Vaterlande und bittet den Herzog Albrecht, falls er ein Anliegen an den Herzog Ulrich von Württemberg habe, ihm eine Kredenz nachzusenden. Nichts liegt näher, als daß Melanchthons und Carions Beziehungen von einem gemeinsamen Aufenthalt auf der schwäbischen Landesuniversität Tübingen herstammen, wo der Reformator bekanntlich von 1512—18 zuerst als Student, dann als Docent sich aufhielt. Jedenfalls hätten die Matrikeln der süddeutschen Universitäten Tübingen und Heidelberg für Carion befragt werden müssen. Hat Carion in Tübingen studiert, so erklärt sich ohne weiteres der große Einfluß, den der dort lehrende berühmte Mathematiker und Astronom Johannes Stoffler auf seine astrologischen Schriften geübt hat. Carions „Prognosticatio und Erklärung der großen Wesserung von 1524" wiederholt wörtlich die Konstellation, welche Stoffler in seinen 1499 erschienenen Ephemeriden für dieses Jahr angiebt.



Eine Prüfung der Tübinger Matrikel, bei der zu beachten ist, daß Carion damals anstatt seines gräcisierten Namens wohl noch einen deutschen trug, ergiebt, daß dort von 1512—18 viele Bietigheimer, darunter fünf mit dem Vornamen Johann, studiert haben. Ich wage die Vermutung auszusprechen, daß vielleicht Johann Negelin (1514) unser Carion ist, da Cariophyllon der wissenschaftliche Name für Gewürznäglein war. — Die Textkorrektur, namentlich der lateinischen Citate, ist leider außerordentlich flüchtig. — Trotz dieser zahlreichen Ausstellungen bezeichnet das Buch durch seine eingehende Analyse der fraglichen Chroniken einen Fortschritt der Forschung, aber nicht eine endgültige Lösung der Streitfrage.

Otto Tschirch.

Max Thomas: Markgraf Kasimir von Brandenburg im Bauernkriege (S. 1—69), nebst einem Exkurse: Zur Kritik der sogenannten Reformation Kaiser Friedrichs III. (S. 70—79). Gotha 1897, Perthes (1,50 Mk.).

Der Verfasser will auf Grund der gedruckten Quellen eine Schilderung der Thätigkeit Kasimirs im Bauernkriege geben und „das Bild des Markgrafen, auf das bisher zu viel Schatten gefallen, in ein helleres, der Wahrheit mehr entsprechendes Licht rücken“, verfällt aber hierbei in den Fehler der tendenziösen Darstellung. Die ersten zwei Kapitel, welche mehr als ein Dritteil des Büchleins ausfüllen und in kurzen Umrissen das Leben und Wirken Kasimirs bis zum Ausbruch der Empörung schildern sollen, sind inhaltlich dürftig und stilistisch unbeholfen. Die Litteratur hätte hierfür zweifellos besser ausgenutzt werden müssen; Werke wie die Acta Tomiciana, die Reichstagsakten jüngerer Reihe, die Arbeiten über die Reichstage von 1522/23, 1534, 1526 u. s. w. sind z. B. nicht herangezogen worden. Besser, wenn auch nicht einwandfrei, ist die Schilderung der Empörung selbst. Doch bleibt sie hinsichtlich ihres Wertes hinter dem von C. Jäger in den Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Nürnberg, 9. Heft, 1892, veröffentlichten Aufsatze über Kasimir und den Bauernkrieg zurück, welcher leider nur die südlichen Grenzländer des Fürstentums und die Zeit vom 26. April bis 21. Mai 1525 berücksichtigt. Die Nachrichten, welche Thomas für die frühere wie spätere Zeit hinzufügt, sind verhältnismäßig geringfügig und hätten wohl noch aus der Litteratur ergänzt werden können.

Der in dem beigegebenen Exkurse über die sog. Reformation Kaiser Friedrichs III. gemachte Versuch, Friedrich Weigand als den Verfasser zu erweisen, ist nicht sonderlich geglückt.

O. Merx.

Alexander Bergengrün: Herzog Christoph von Mecklenburg, letzter Koadjutor des Erzbistums Riga. Ein Beitrag zur livländischen und mecklenburgischen Geschichte. (A. u. d. T.: Bibliothek Livländischer Geschichte, herausgegeben unter Mitwirkung zahlreicher baltischer Historiker von E. Seraphim. II. Band.) Reval 1898, F. Kluge (IX u. 324 S. 8°; 6 Mk.).

Die bisweilen fast abenteuerlichen Geschicke des dem 16. Jahrhundert angehörenden mecklenburgischen Fürsten, dessen Leben das obige, ganz auf Archivalien beruhende Buch behandelt, haben auf keine der damaligen hohenzollerischen Besitzungen einen unmittelbaren oder wesentlichen Einfluß ausgeübt, so daß eine eingehende Besprechung und Beurteilung der Arbeit in diesen Blättern nicht am Platze sein würde. Da aber der erste preußische Herzog Albrecht dem verwandten Fürsten während seiner unglückseligen livländischen Periode vielfache und kräftige Förderung hat angedeihen lassen, so möge es hier wenigstens erwähnt sein.

K. L.



Akten und Urkunden der Universität Frankfurt a. O., herausgegeben von Georg Kaufmann und Gustav Bauch, unter Mitwirkung von Paul Reh. 2. Heft: Die allgemeinen Statuten der Universität Frankfurt a./O. (1510—1610), herausgegeben von Paul Reh. Breslau 1898, Marcus (102 S.; 3 Mk.).

Bei der Besprechung des ersten, das Dekanatsbuch der philosophischen Fakultät enthaltenden Heftes wurde der Wunsch nach Veröffentlichung der Statuten ausgesprochen (vgl. Forschungen X. S. 243), der erfreulich rasche Erfüllung gefunden hat. Sind doch Universitätsstatuten für sich allein schon durch die Festlegung geübten Brauches eine reiche Quelle für die Erkenntnis akademischer Einrichtungen und Sitten. So entrollt im vorliegenden das Kapitel De vitiis scholarium ein bewegtes Bild studentischen Lebens in Frankfurt um die Mitte des 16. Jahrhunderts. Sind die Abweichungen der jeweilig geltenden Fassungen nicht wertlose Zeugnisse der Zeitströmungen, so war auch die Feststellung ihres gegenseitigen Verhältnisses eine dankenswerte Aufgabe, wenn dabei auch in philologischer Genauigkeit etwas weit gegangen ist. Da die Statuten aus dem Gründungsjahr 1506 nicht erhalten sind, haben die von 1510 und 1544, sowie die von Kurfürst Joachim II. zur Hebung der Hochschule 1564 erlassenen Bestimmungen vollständig Abdruck gefunden, von den Bearbeitungen der Jahre 1588 und 1610 nur die Abweichungen. Die starke Beeinflussung von Leipzig wie sie im Charakter der ältesten Statuten und der Herkunft der meisten Professoren zu Tage tritt, hat mit Recht eine besondere Würdigung erfahren.

G. Liebe.

Les mémoires du Burgrave et Comte Frédéric de Dohna, seigneur de Schlobitten . . . ., gouverneur et capitaine-général du principauté d'Orange et des seigneuries voisines en Dauphiné au service de S. A. du Prince d'Orange, général-major . . . . 1621—1688. Herausgegeben von H. Borkowski. Königsberg i. Pr. 1898, B. Teichert (IV Bl., LVI u. 517 S. 8°; 10 Mk.).

Zwar entstammte der Verfasser der in dem hier angeführten Buche mit großer Sorgfalt und höchst achtbarem Fleiß geordneten, zusammengestellten und herausgegebenen Memoiren dem preußischen Zweige der Dohna und ist wieder der Stammvater der beiden heutigen Hauptlinien Schlobitten und Schlodien geworden, aber wie er am Hofe des flüchtigen böhmischen Winterkönigs geboren und auf der zum Ruhesitz erkauften Begüterung am Genfersee gestorben ist, so hat er auch sein ganzes Leben — einen einmaligen, kurzen Besuch abgerechnet — fern vom Heimatlande verbracht. Zur altpreußischen Geschichte bringen daher seine Aufzeichnungen gar nichts bei. Bis zu seinem vierzigsten Lebensjahre hat Graf Friedrich „der Jüngere" ausschließlich dem Hause Oranien gedient; doch auch, nachdem er sich aus dem festen Dienste zurückgezogen und im Schweizerkanton Waadt niedergelassen hatte, ließ er sich noch öfter zu Truppenwerbungen und Gesandtschaften für die Oranier bereit finden. Dabei trat er besonders in dieser Zeit auch dem brandenburgischen Hause, dem Großen Kurfürsten sehr nahe, wie er denn gelegentlich einmal geäußert hat: wenn Oranien und Brandenburg ihn riefen, so hätte er für nichts anderes mehr Auge und Ohr, und wie auch die erhaltenen Aufzeichnungen mit dem Ausruf schließen: „Vive Orange! Vive la maison de Brandebourg!" Für die Beziehungen zu Brandenburg kommen besonders die (nach der dem Herausgeber beliebten Einteilung) im dritten Buche der Memoiren erzählten Bemühungen in Betracht, welche sich der Graf im Anfange der siebziger Jahre gegeben hat, um die Schweizer von dem ihm selbst tötlich verhaßten Frankreich abzuziehen und für dessen Gegner, für Österreich,

Spanien, Holland und Brandenburg, zu gewinnen. — Im übrigen sei auf meine Anzeige des Buches in der diesjährigen Nr. 1 des Litterar. Centralblattes verwiesen. K. Lohmeyer.

Emil Olmer: Konflikten mellan Danmark och Holstein-Gottorp (1695—1700) med särskildt afseende fäst vid Sveriges förhållande till densamma. I. mars 1695—april 1697. Akademisk afhandling (Upsala). Göteborg 1898 (246 S. gr. 8°).

Der Verfasser hat nicht nur das gedruckte Material mit Einschluß der zahlreichen Streitschriften, sondern auch die Akten in den Reichsarchiven zu Stockholm und Kopenhagen, in den Staatsarchiven zu Berlin, Dresden und Hannover benutzt, um ein lichtvolles Bild von den Streitigkeiten zu entwerfen, in die Dänemark zu den souverän gewordenen Herzogen von Holstein-Gottorp geriet und nach Lage der Verhältnisse geraten mußte. Er schildert nur einen Abschnitt dieses Kampfes, der später mit dem völligen Siege Dänemarks endete, da die Gottorper 1720, als ihr schwedischer Rückhalt versagte, auf ihren Besitz in Schleswig verzichten mußten, während sie, wie bekannt, den in Holstein belegenen 1778 gegen Oldenburg vertauschten.

Nachdem der durch die Gunst seines Schwiegersohnes, des Königs Karls X. von Schweden, seit 1659 souverän gewordene Herzog Friedrich III. von Gottorp bereits im selben Jahre verstorben war, hatte es sein Sohn und Nachfolger Christian Albrecht verstanden, in Anlehnung an Schweden seine Souveränetät zu erhalten, zugleich aber in ein erträgliches Verhältnis zu Dänemark zu treten. Dies änderte sich indes, als ihm nach seinem 1694 erfolgten Tode sein thatkräftiger Sohn Friedrich IV. folgte, der alsbald in ein feindseliges Verhältnis zur Regierung in Kopenhagen trat und schwedische Hilfsvölker in sein Herzogtum aufnahm. Der jetzt entbrennende, zunächst nur mit Drohungen, Protesten und Beschwerden geführte Kampf zog alsbald weite Kreise, und die Nachbarstaaten, die ausnahmslos einer kriegerischen Entscheidung abgeneigt waren, bemühten sich eifrig um die Beilegung des Zwistes. Ein besonderes Interesse daran hatte Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg, dessen Staatskunst von dem schwedischen Verfasser in treffender Weise vorurteilslos gewürdigt wird. „Der Platz, den Brandenburg, auf allen Seiten von rivalisierenden Nachbarn umgeben, innehatte, und das Ziel, das seine Fürsten sich gesteckt, ihr Land zur Vormacht in Norddeutschland zu erheben, gab der brandenburgischen Staatskunst eine recht eigenartige Prägung. Die Haltung, welche die brandenburgischen Staatsmänner in manchen Fragen einnahmen, erscheint auf den ersten Blick unsicher, schwankend, unbeständig und veränderlich aus scheinbar ganz unbedeutenden Ursachen. Aber diese Unbeständigkeit erhält ihre Erklärung, wenn man den Grundplan dieser Staatskunst beachtet, der darin besteht, die Macht der Nachbarn derartig im Gleichgewichte zu erhalten, daß keiner übermächtig werde." Eingehend schildert Verfasser aus reichem, vor ihm nicht vollständig benutzten Aktenmateriale die vielfachen Bemühungen Friedrichs III., den Gottorper Streitfall aus der Welt zu schaffen (vgl. S. 41 ff., 107 ff., 145 ff., 210 ff.). Dieses Streben war auch insofern von Erfolg begleitet, daß die kriegerische Auseinandersetzung zwischen dem Hause Gottorp und der Krone Dänemark bis zum Jahre 1700 hingehalten wurde.

Es kann an dieser Stelle nicht auf Einzelheiten der trefflichen Arbeit eingegangen werden, die auch denen, die sich mit der brandenburgischen Staatskunst jener Tage beschäftigen, reiche Belehrung bieten wird. Aus diesem Grunde sei hier darauf aufmerksam gemacht. Holtze.

Dr. A. Dock: Der Souveränitätsbegriff von Bodin bis zu Friedrich dem Großen. Straßburg i. E. 1897, Schlesier u. Schweikhart (152 S. 8°, 3 Mk.).



Diese staatsrechtliche, Professor Laband gewidmete Arbeit, die es unternimmt, anschließend an Hanckes Bodin-Studie und geleitetet von dem Licht des Gierkeschen „Althusius“, eine Dogmengeschichte des Souveränitätsbegriffs namentlich bei den deutschen Schriftstellern im 17. und 18. Jahrhundert zu entwerfen, interessiert uns an dieser Stelle vornehmlich durch den Anhang, in dem „die Staatsidee Friedrichs des Großen“ besprochen wird. Der Verfasser kommt dabei zu einem bedeutenden Resultat, das zugleich als der Schlußstein in dem Gebäude seiner Untersuchungen erscheint: Friedrich der Große ist nach ihm der Erste gewesen, der den Gedanken der Staatspersönlichkeit und demgemäß der Staatssouveränetät zu erfassen gewußt hat, während alle Theoretiker vor ihm entweder noch, wie Bodin, den Staat in der Herrscherpersönlichkeit aufgehen ließen, oder, wie Althusius, einen Dualismus von Volks- und Herrscherpersönlichkeit statuirten. In der That hat der Verfasser, der seine Ansicht aus den Schriften des Königs näher zu begründen versucht, Recht damit, wenn er der Idee eines untrennbaren Zusammenhanges von Fürst und Volk, der ebenso jenen Dualismus, wie die Einseitigkeit der andern Lehre vermeidet, einen ganz besonderen Werth beimißt. Mir scheint, der König hat das selbst gethan und hat eine Empfindung davon gehabt, daß es sich bei diesem Grundsatz der Identität von Fürst und Volk um etwas Neues, um eine epochemachende Veränderung in der Staatsanschauung handle. In seinem politischen Testament wie in seiner großen Instruktion für das General-Direktorium nimmt dieser Gedanke eine beherrschende Stellung ein: „Jetzunder muß der alte Sauerteig ausgefegt werden: des Landes Interesse ist des Königs!“ Diese Worte aus den Randbemerkungen zu der Instruktion von 1723 hat schon Stölzel einmal mit Recht hervorgehoben. Inwieweit nun freilich diese Anschauung des Königs, die ich als eine innerliche Überwindung des ständischen Staatsprinzips verstehen möchte, und die bei ihm durch das Bild von dem Herrscher als dem Haupt des Staatskörpers veranschaulicht wird — inwiefern diese Anschauung ein Recht auf die dogmengeschichtliche Bedeutung hat, die ihn der Verfasser beimißt, muß dahingestellt bleiben. Jedenfalls fließt aus dieser Grundanschauung auch die Auffassung des Königs als des ersten Dieners des Staats, und mit ihr hängt auch die Ansicht von der Natur und dem Inhalt des Herrschaftsvertrages zusammen, an dem der König bekanntlich festgehaten hat. O. H.

Publikationen aus den K. Preußischen Staatsarchiven. Bd. 72. Briefwechsel Friedrichs des Großen mit Grumbkow und Maupertius (1731 bis 1759). Hrsg. von Reinhold Koser. Leipzig 1898, S. Hirzel (LXIV, 342 S. u. 1 Bl. 8°; 12 Mk.).

Jeder, der sich mit der Geschichte des großen Königs beschäftigt, wird diese litterarische Gabe des berufensten Kenners fridericianischer Zeit mit aufrichtiger Freude begrüßen. Wenn die beiden Briefwechsel auch keine inneren Berührungspunkte aufzuweisen haben, so ist doch jeder für sich eine wichtige Quelle, jener für die Jugendzeit des Kronprinzen, dieser für die Geschichte der Akademie in den ersten Regierungsjahren des Königs. Die vorausgeschickten ausführlichen Einleitungen orientieren uns über die Entstehungsgeschichte der Sammlungen und über ihren Inhalt. Der Briefwechsel Friedrichs mit Grumbkow, dem vertrauten Minister seines Vaters, umfaßt 139 Nummern, von denen 70 bereits bekannt waren und teils von Fr. Förster im 3. Bande der Geschichte Friedrich Wilhelms I., teils von Preuß in der Ausgabe der Oeuvres de Frédéric le Grand veröffentlicht worden sind; um 69 Nummern ist die Sammlung durch Abschriften aus dem Geheimen Staatsarchiv bereichert worden. In dieser Briefsammlung, der unentbehrlichen Einleitung zu der politischen Korrespondenz, lassen sich deutlich zwei Gruppen voneinander scheiden: die erste, welche den Zeitraum von 1731—1733, also des Kronprinzen Cüstriner und einen Teil der Ruppiner Zeit umfaßt, erweckt unser Interesse durch die Beziehungen auf

das Verhältnis des Sohnes zum Vater, auf die Heirat mit Elisabeth Christine und die zweideutige Rolle, die Grumbkow dabei spielte. Die zweite Gruppe von Briefen, die nach einer längeren Pause erst im Herbst 1735 beginnt und 1738 abschließt, trägt einen von der ersteren wesentlich verschiedenen Charakter. Hier lernen wir die politischen Anschauungen des Kronprinzen kennen, die sich im wesentlichen um den Friedensschluß von 1735 und den bald darauf beginnenden jülich-bergischen Erbfolgestreit drehen. Auch für die Beurteilung des im österreichischen Solde stehenden und mit Seckendorff verbündeten Ministers ist der Briefwechsel eine wichtige Quelle. Das Charakterbild dieses Mannes, das auch in der Einleitung der Sammlung mit meisterhaften Zügen skizziert ist, wird hiernach ein wesentlich anderes, als wir es z. B. nach der Darstellung in der Allgemeinen Deutschen Biographie erhalten.

Der zweite Abschnitt des vorliegenden Bandes bietet zum erstenmal in authentischer Form den lange vermißten Briefwechsel des Königs mit Moreau de Maupertuis, dessen Name uns bereits einmal in den Grumbkow-Briefen begegnet, und den der König dazu ausersah, die zu Zeiten seines Vaters zu einer „Versorgungsanstalt für die Hofnarren" herabgesunkene Akademie der Wissenschaften zu neuem Leben zu erwecken. Die 213 Nummern dieses Briefwechsels setzen sich zusammen aus einer jetzt wieder im Staatsarchiv befindlichen Sammlung der kgl. Kabinettsregistratur, sodann aus einer dem Nachlasse von Maupertuis' Freunde, des Mathematikers La Condamine entstammenden und von Le Sueur 1897 veröffentlichten Reihe wertvoller Briefe, und schließlich einer aus der Autographensammlung Feuillet des Conches in den Besitz des Staatsarchivs übergegangenen Anzahl von 103 Originalbriefen. Von diesen letzteren Briefen waren von Maupertuis' Freunde La Beaumelle Abschriften zum Zweck einer Biographie seines Gönners genommen worden, und als La Beaumelles Enkel im Jahre 1856 diese Biographie veröffentlichte, stellte es sich heraus, daß die beigefügten Briefe plumpe Fälschungen waren. Diese Fälschungen nun, sowie ihren Charakter und ihre Tendenz klargestellt zu haben, ist das Verdienst des Herausgebers der vorliegenden Korrespondenz. An der Hand dieses Briefwechsels, der im Jahre 1738 beginnt und mit der Todesanzeige Maupertuis' von dessen Witwe 1759 schließt, können wir alle Phasen des freundschaftlichen Verhältnisses, welches den jungen König mit seinem Akademiepräsidenten verband, verfolgen, die ersten glücklichen vom Ruhme der vorangegangenen Polarforschungen des Präsidenten ausgefüllten Jahre bis zum Streit mit Samuel König, sodann das boshafte Auftreten Voltaires, der das Ansehen des ohnehin durch Krankheit angegriffenen Gelehrten völlig untergrub. Nirgends zeigt die ritterliche Art des Königs sich schöner als hier, wo er sich seines durch Voltaire schwer gekränkten Freundes annahm, ihn zu trösten und aufzurichten suchte und mit seiner ganzen Person in Wort und That für ihn eintrat. Fast in jedem Briefe kehrt in immer neuen Wendungen der Ausdruck der Sorge um dessen Gesundheit wieder. Für die Geschichte der Preußischen Akademie der Wissenschaften in dem ersten Jahrzehnt nach ihrer Wiederherstellung ist dieser Briefwechsel eine außerordentlich ergiebige Fundgrube, denn Maupertuis pflegte dem Könige über jedes Vorkommnis, über jedes neu zu berufende Mitglied Bericht zu erstatten, und wir können an mehreren Stellen (z. B. Nr. 174, 176, 193) einen leisen Unwillen des Monarchen herauslesen, daß er mit jeder Kleinigkeit behelligt werde. Jedem Leser wird der reichhaltige Inhalt dieser Briefsammlung, sowie der vorigen, ungetrübte Freude bereiten.

Ich möchte an dieser Stelle nicht unterlassen, auf das von H. Diels in der Sitzung der Akademie der Wissenschaften vom 27. Januar 1898 in großen Zügen in geistvoller Weise entworfene Lebensbild Maupertuis' hinzuweisen (abgedruckt außer in den Sitzungsberichten noch in der Deutschen Rundschau Bd. 94 [1898] S. 439—460), dessen wissenschaftliche Bedeutung bereits 1865 von Kummer, 1887 von Helmholtz und 1892 von Du Bois-Reymond an derselben Stelle gewürdigt worden ist. Dr. G. Kerber.



Heinrich Pigge: Die religiöse Toleranz Friedrichs des Großen nach ihrer theoretischen und praktischen Seite. Auf Grundlage der Quellen dargestellt. Mainz 1898 [Umschlagtitel 1899], Franz Kirchheim (VII u. 419 S. 8°; 4 Mk.).

Die vorliegende Arbeit, von der schon im Jahre 1897 ein Teil unter dem Titel: „Die Toleranzanschauungen Friedrichs des Großen, nebst Anhang: Friedrichs des Großen Stellung zu den gemischten Ehen" als Dissertation von Münster gedruckt worden ist, verdankt ihre Entstehung einem von der Gesellschaft rheinisch-westfälischer Gelehrter erlassenen Preisausschreiben und macht das bisher noch nicht in erschöpfender Gesamtdarstellung behandelte Gebiet der religiösen Toleranz des großen Königs zum Gegenstand der Untersuchung. Dem Verfasser gebührt der Dank dafür, durch die gegenwärtige Arbeit die vorhandene Lücke ausgefüllt zu haben. Der Begriff der religiösen Toleranz ist in richtiger Weise nicht nur als passive religiöse Duldung, sondern auch als Kirchenpolitik gefaßt. Der erste, theoretische Teil erörtert in drei Kapiteln, im wesentlichen unter Zugrundelegung von Zellers Werk „Friedrich der Große als Philosoph", die Ansichten des Königs, der zweite, praktische Teil die Thaten desselben auf dem Gebiete der religiösen Toleranz, hauptsächlich nach der Ediktensammlung von Mylius und der Archivpublikation von M. Lehmann. In einer Reihe von Kapiteln bespricht der Verfasser die Stellung des Königs zu den Philosophen, zur lutherischen und reformierten Kirche, zu den Sekten, den Juden und den Jesuiten. Ein großer Raum ist sodann der Schilderung der kirchlichen Verhältnisse Schlesiens, der Generalvikariatsangelegenheit, des Koadjutorstreites, der Wahl Schaffgotschs und der innerkirchlichen Angelegenheiten gewidmet. Das Bestreben des katholischen Verfassers, das Charakterbild des großen Königs mit möglichster Objektivität zu zeichnen, ist unverkennbar. Vielleicht hätte aber bei dieser Gelegenheit hervorgehoben werden können, daß Friedrich der Große nicht schlechterdings ein Verächter aller Religion war. Seine vortrefflichen Urteile über die Entwicklung der christlichen Religion, über die Reformation, seine Reflexionen über die Gottesidee, über das Verhältnis von göttlicher Vorsehung und menschlicher Freiheit und über Unsterblichkeit beweisen zur Genüge, daß diesem skeptischen Geiste doch auch religiöse Bedürfnisse nicht fremd gewesen sind. Sein Haß und seine Verachtung richtete sich gegen alles das, was die Priester und Pfaffen im Laufe der Jahrhunderte aus der Religion gemacht hatten; sein Herz bäum'e sich mit Entrüstung gegen allen Fanatismus und Aberglauben, gegen dogmatisches Gezänk auf. Ich möchte daher sein Auftreten für die Freiheit des Gedankens für das abgeklärte Resultat eines langen Gedankenprozesses halten, also gerade für das Gegenteil gleichgültigen Indifferentismus. Seine die Zeitgenossen überragende Größe besteht eben, wie Fr. Nippold gelegentlich sagt, darin, daß er auch dort, wo er auf die unedle und niedrige Art der kirchlichen Zänkereien aus der Höhe herabsehen mußte, seinem hehren Prinzip der Duldung aller religiösen Ansichten nicht untreu geworden ist. Freilich darf nicht geleugnet werden, daß der König speziell auf die protestantische Konfession seines Hauses Wert legte und dadurch dem konfessionellen Hasse Veranlassung zu Intriguen gab. Man wird es daher begreiflich finden, wenn wir gelegentlich in einer Verfügung an Zedlitz der Wendung begegnen: „Daß die Schulmeister auf dem Lande die Religion und die Moral den jungen Leuten lernen, ist recht gut und müssen sie davon nicht abgehen, damit die Leute bei ihrer Religion hübsch bleiben und nicht zur katholischen übergehen, denn die evangelische Religion ist die beste, und weit besser wie die katholische . . ." (s. Deutsch-Evangelische Blätter 1899 Heft 1, S. 61). Auf politische Motive ist es zurückzuführen, daß der König während der Kriegszeiten gegen die Katholiken Schlesiens, insbesondere die Geistlichkeit, aufs schärfste vorging. Er hatte dazu auch allen Grund, denn diese war es, die bei Gelegenheit mit dem Erzhause konspirierte und z. T. offnen Hochverrat trieb. Es ist interessant genug, daß noch 100 Jahre später dieselbe Wahrnehmung zu machen ist: wir wissen,

daß während des Krieges von 1866 schlesische Ultramontane mit Österreich in landesverräterische Beziehungen getreten sind. Es gelang — wie Friedjung (Der Kampf um die Vorherrschaft 1859—1866) berichtet — den Österreichern, den Telegraphendraht, der von dem schlesischen Hauptquartier des Kronprinzen nach Berlin lief, im Walde insgeheim mit einem Handapparat in Verbindung zu setzen und so Depeschen abzulesen. Es ist kaum denkbar, daß dieser Streich gelungen wäre, wenn die Kaiserlichen nicht Verbindungen unter der schlesischen Bevölkerung gehabt hätten (s. E. Daniels in den Preuß. Jahrbb. 92, 1898, S. 103). Das scharfe Vorgehen Friedrichs gegen die Katholiken Schlesiens gehört also nicht in das Gebiet der religiösen Toleranz. Wo es sich um innerkirchliche Verhältnisse und Lehrmeinungen handelt, wendet er das gleiche Prinzip auf alle seine Unterthanen an, von dem Gedanken beseelt, daß alle konfessionellen Gegensätze vor dem Bewußtsein der gemeinsamen Staatsangehörigkeit zurückzutreten haben.

Die vorliegende Abhandlung des Verfassers, die ohne Zweifel außerordentlich fleißig gearbeitet ist, würde gewonnen haben, wenn das viele wörtliche Citieren aus den Quellen vermieden und der Inhalt in die Darstellung eingearbeitet worden wäre. Ein Register am Schlusse des Bandes würde die Brauchbarkeit des Werkes ganz besonders erhöht haben. Immerhin kann der Verfasser des Dankes der Fachgenossen für seine Ausführungen gewiß sein. Dr. G. Kerber.

Max Leitzke: Neue Beiträge zur Geschichte der preußischen Politik und Kriegführung im Jahre 1744. Heidelberger Dissertation 1898 (49 S.).

Der erste Teil dieser Dissertation, welche offenbar unter Delbrücks Einfluß entstanden ist, beschäftigt sich mit der Politik Friedrichs des Großen vor Ausbruch des zweiten schlesischen Krieges. Der Verf. bekämpft die zuletzt von Sapper verfochtene Behauptung, daß Friedrichs Angriff aus Eroberungsabsichten erfolgt sei, und kehrt mit Recht zu der älteren Rankeschen, auch von Koser vertretenen Anschauung zurück. Im Widerspruch mit der herrschenden Meinung sucht er sodann nachzuweisen, daß nach den bestehenden Abmachungen die kaiserliche Armee gar nicht verpflichtet war, bis Passau vorzurücken; damit fällt zugleich der angebliche Plan des Königs, mit den Kaiserlichen vereint den Österreichern bei Wien eine Entscheidungsschlacht zu liefern. Ganz einwandsfrei ist jedoch diese Darstellung nicht. S. 14 sagt der Verf., in den undatierten Erwägungen sei zwar Linz als der Ort genannt, bis zu welchem die Kaiserlichen die Verfolgung fortsetzen sollten, doch habe Friedrich wohl schwerlich jemals von seinen Alliierten eine so bedeutende Leistung verlangt, auch finde sich in seiner Weisung an Rothenburg nichts davon. Nun ist aber Linz in dieser Instruktion ausdrücklich genannt, ebenso in der an Seckendorff vom folgenden Tage, und endlich sind in dem Operationsplan vom 13. Mai, den L. sehr kurz abmacht, Braunau und Schärding als das Ziel bezeichnet, bis zu welchem die kaiserliche Armee vorrücken solle. Richtig ist, daß Friedrich sich nachträglich mit einem Marsch nach Bayern an der Donau entlang begnügen wollte; immerhin blieb den preußischen Bundesgenossen die Aufgabe, die österreichische Armee am Rhein noch zwei Monate nach dem Einfall Friedrichs an dem Rückmarsch nach Böhmen zu hindern oder wenigstens sie energisch zu verfolgen. Dies ist bekanntlich nicht geschehen; Leitzkes Schilderung verleitet jedoch zu der Annahme, daß Franzosen und Kaiserliche ihre Verpflichtungen erfüllt hätten.

In dem zweiten Teile behandelt L. die kriegerischen Ereignisse in Böhmen im Herbst 1744, mehrfach gegen das Generalstabswerk polemisierend. Nach seiner Auffassung trugen die Hauptschuld an dem unglücklichen Ausgang des Feldzugs der zwar durch echt kriegerischen Instinkt hervorgerufene, aber für die damaligen Verhältnisse allzu kühne Vorstoß Friedrichs und die Unmöglichkeit, den Gegner zu einer Schlacht zu zwingen. M. Immich.



Die Süßenbachschen Handschriften zur Geschichte des Siebenjährigen Krieges in der Großherzoglich Hessischen Hofbibliothek zu Darmstadt. Feldzug 1756 und Feldzug 1757. Bearbeitet in der kriegsgeschichtlichen Abteilung II des Großen Generalstabes (Beiheft zum Militär-Wochenblatt 1898, Heft 8, S. 323—393).

Die vorliegende Quellenstudie über die Feldzüge von 1756 und 1757 ist eine wertvolle Vorarbeit für die von der kriegsgeschichtlichen Abteilung des Generalstabes zu erwartende Bearbeitung des Siebenjährigen Krieges. Die aus dem Besitze des preußischen Feldjägers Süßenbach, des Sekretärs Wobersnows und später Krusemarcks in der Generaladjutantur und nachmaligen schlesischen Oberforstmeisters, stammenden Handschriften, welche im Jahre 1788 in den Besitz Ludwigs I. von Hessen-Darmstadt gekommen sind (s. Allg. Mil.-Ztg. 1884, Nr. 35. 36), werden hier zum erstenmale auf ihre Entstehung im allgemeinen und ihre Bestandteile im einzelnen geprüft und ihre Beziehungen zu andern handschriftlichen Sammlungen, insbesondere zur Gaudischen aufgesucht. Der erste Abschnitt enthält eine Schilderung der Persönlichkeit Johann Christian Süßenbachs. Es wird festzustellen versucht, wo sich dieser während der einzelnen Zeitabschnitte des Krieges befand, um daraus die Glaubwürdigkeit der Berichte in den unter seinem Namen gehenden Manuskripten zu prüfen. Der folgende Abschnitt der Untersuchung beschäftigt sich mit den sieben für die ersten beiden Kriegsjahre in Betracht kommenden Handschriften, ihren Verfassern und ihrem Verhältnis zu andern Aufzeichnungen, dem Gaudischen Journal und dem Bellona-Tagebuch. Es wird festgestellt (S. 356), daß bis auf eine einzige die Handschriften nicht von Süßenbach selbst stammen, und die eine, die möglicherweise von diesem selbst verfaßt sein kann, keine Erzählung eigner Erlebnisse, sondern eine Überarbeitung anderen Materials ist. Gegenüber diesem negativen Resultate, daß man sich für die ersten beiden Kriegsjahre nicht auf Süßenbach berufen kann, weil er in dieser Zeit noch nicht dieselbe Vertrauensstellung wie später inne hatte, wird indessen auf die Fülle wertvoller Notizen für die nächsten Kriegsjahre hingewiesen, und es ist zu wünschen, daß die kriegsgeschichtliche Abteilung des Großen Generalstabes auf die Fortsetzung dieser interessanten und für den Historiker äußerst wichtigen Studien nicht allzu lange warten läßt. Dr. G. Kerber.

Le conflit entre les Neuchâtelois et Frédéric-le-Grand sur la question de la ferme des impôts du pays de Neuchâtel (1766—1768). Étude historique par Arnold Borel. Neuchâtel 1898, Attinger frères (VIII, 159 S. 8°).

Die Differenzen zwischen König Friedrich und seinen Neuchâteller Unterthanen sind bereits mehrmals in ziemlich ausführlicher Weise geschildert; doch ist dabei stets die politische Seite des Handels in den Vordergrund gestellt worden. Demgegenüber sucht Borel vor allem die rechtlichen, wirtschaftlichen und finanziellen Fragen, um die es sich bei dem Streit handelt, des näheren darzulegen. Es ist rühmend hervorzuheben, daß er sich überall bemüht, unbefangen und vorurteilsfrei den beiden streitenden Parteien gerecht zu werden. Wenn dabei das Verhalten der Bevölkerung Neuchâtels eingehender motiviert wird als die manchmal den Eindruck des willkürlichen erweckenden Maßnahmen der Vertreter Friedrichs, so erklärt sich das aus dem von Borel benützten Material. Seine Darstellung geht überall auf die Archivalien zurück, aber er verwertet ausschließlich Neuchâteller Akten. Ich möchte doch annehmen, daß auch im Berliner Archive noch Material über diese Dinge zu finden ist; wäre auch dieses vom Verfasser herangezogen worden, so würde sich wohl die Politik des Königs in hellerer und vielleicht auch in noch anziehenderer Beleuchtung zeigen. Überhaupt schadet es der Arbeit Borels, daß die ganzen Neuchâteller Händel zu sehr als isolierter und rein lokaler Vorgang angesehen werden; es hängt dies offenbar damit zusammen, daß der Verfasser mit der allgemeinen Litteratur über König

Friedrich und dessen Wirtschaftspolitik, wie es den Anschein hat, nicht wirklich eingehend vertraut ist: beispielsweise beruft er sich an mehreren Stellen, wo er allgemeine finanzpolitische Maßregeln des Königs erwähnt, nicht auf die betreffenden Specialarbeiten, sondern auf Berners (den er als „Brenner, archiviste de la couronne de Prusse“ citiert) Geschichte des preußischen Staates. Ich glaube, daß wenn Borel anstatt die Vorgänge in Neuchâtel als isoliertes Geschehnis zu schildern, ihnen in der Gesamtpolitik des Königs den entsprechenden Hintergrund gegeben und sie auf diesen projiziert hätte, das Bild an Plastik und Schärfe wesentlich gewonnen haben würde.

Wenn Friedrich 1748 in Neuchâtel die Verpachtung der bisher in eigener Regie erhobenen Steuern einführt, so handelt es sich dabei — wie auch Borel mit Recht betont — nicht um irgendwelche politischen Absichten, wie etwa einen Angriff auf die Freiheiten und Privilegien der Bevölkerung, sondern es ist eine rein finanzielle Maßregel. Da die Steuern Neuchâtels fast durchweg in Naturalabgaben — in erster Linie von Getreide- und Weinbau — bestanden, die freilich zum Teil in Geld bezahlt wurden, war ihr Ertrag ein ungemein wechselnder, der in den einzelnen Jahren um 30 bis 40 Prozent differierte. Daß ein solcher Zustand für einen Monarchen wie Friedrich, der gewohnt war, mit einem genau bestimmten Budget zu rechnen, ganz unerträglich sein mußte, springt in die Augen. Um diesem Schwanken der Einnahmen ein Ende zu machen, wurde 1748 für die Hauptabgaben die Ferme eingeführt: das heißt, die betreffenden Abgaben wurden gegen feste Summen verpachtet. Dieser Übergang von der Regie zur Ferme, den der Finanzrat Rhode leitete, erfolgte in durchaus schonender Weise; fast durchweg traten die bisherigen Steuererheber in den Pachtvertrag ein und fungierten so thatsächlich weiter. Sehr bezeichnend ist, daß gegen die Maßregel als solche ein nennenswerter Widerstand nicht erfolgte: wenn allmählich in Neuchâtel eine steuerpolitische Opposition emporwächst, so richtet sie sich faktisch — und es ist das Verdienst Borels, gegenüber den früheren Darstellungen, dies klar hervorgehoben zu haben — nicht gegen den Übergang von eigener Steuererhebung zur Steuerverpachtung und die darin etwa zu findende Antastung der verbrieften Freiheiten Neuchâtels, sondern diese Opposition hat in rein materiellen Fragen ihren Grund, die mit der Ferme eigentlich nur in losem Zusammenhang stehen. Es handelt sich um die Institutionen des „abri“ und der „vente“: es sind das offizielle, alljährlich von der Landesbehörde festgesetzte Durchschnittspreise für Getreide und Wein, die für die Berechnung maßgebend sind, sobald die Abgaben von den Steuerpflichtigen nicht in Natur, sondern in Geld entrichtet werden: selbstverständlich spielten dann diese Getreide- und Weintaxen, sobald sie einmal vorhanden waren, nicht bloß bei der Steuerzahlung, sondern auch sonst im wirtschaftlichen Leben eine große Rolle. Mit der Einführung der Ferme wurden diese offiziellen Preistaxen aufgehoben. Dadurch sahen sich die Steuerpflichtigen dem Belieben der Steuereinnehmer ausgesetzt, hatten zu klagen, daß ihnen diese zu hohe Preise berechneten. Man begehrte deshalb Wiederherstellung von abri und vente; für die Weintaxe, die vente, wurde das von Friedrich auch bewilligt, für die Getreidetaxe, den abri, aber abgeschlagen. Doch nahm die Mißstimmung über die steuertechnischen Umänderungen erst sehr allmählich größere Dimensionen an; nach Ablauf der ersten Pachtperiode im Jahre 1754 konnte die Erneuerung der Pacht noch ohne besondere Schwierigkeiten erfolgen. Anders dagegen, als 1766 die Pacht zum zweitenmal ihr Ende erreichte. Während der König die Gelegenheit benutzen wollte, um durch höhere Pacht die Einnahmen zu steigern, verlangte man umgekehrt in Neuchâtel, wo bei mehreren Mißernten die neue Einrichtung der Dinge sich besonders drückend fühlbar gemacht hatte, nicht bloß Wiedereinführung des abri, sondern auch Abschaffung der Ferme. Durch ungeschicktes Benehmen des königlichen Bevollmächtigten, des Geheimrats Michel, wurde die bestehende Spannung noch vergrößert. Es kam dahin, daß man in der Stadt Neuchâtel der öffentlichen Ausschreibung der Steuerverpachtung offenen Widerstand entgegen-

stellte. Friedrich antwortete mit der Absetzung einiger Mitglieder des Staatsrats, worin man in Neuchâtel wieder eine Verletzung der verbürgten Privilegien erblickte. Der König benahm sich streng loyal; statt gewaltsam durchzugreifen, erhob er gegen Neuchâtel Klage bei der Berner Regierung. Der Schiedsspruch Berns lautete in allen wesentlichen Punkten zu Gunsten Friedrichs. In Neuchâtel hatte man nicht übel Lust, dies Urteil zu ignorieren; erst als Bern Miene machte, seine Entscheidung auch mit den Waffen zur Geltung zu bringen, fügte man sich notgedrungen, nicht ohne daß die Neuchâteller Demokraten durch die Frevelthat der Ermordung des Advokaten Gaudet, der vor dem Berner Schiedsgericht Friedrichs Standpunkt wahrgenommen, in häßlichster Weise ihre Sache befleckt hätten. Das Resultat war, daß die Ferme bestehen blieb, daß aber andrerseits auch der abri wiederhergestellt wurde.

So sehr sich Borel auch bemüht, unbefangen zu urteilen, so gehören doch sichtlich seine Sympathien mehr Neuchâtel als dem König. Aber das Vorgehen Friedrichs erscheint ebenso vom Staatsstandpunkt aus, wie wenn man den Maßstab der finanzpolitischen Anschauungen seiner Zeit anlegt, nicht bloß erklärlich, sondern auch berechtigt. Jedem, der gewohnt war, mit dem Finanzwesen Preußens oder eines anderen wohlgeordneten Staates zu rechnen, mußten sich die Steuerverhältnisse in Neuchâtel als zurückgeblieben, veraltet, verrottet darstellen. Man kann es dem König nicht verdenken, daß er bestrebt war, hier Wandel zu schaffen und festgeordnete Zustände herbeizuführen. Gerade die aktenmäßigen Mitteilungen Borels zeigen, daß Friedrich bei den nach seiner Meinung unumgänglich nötigen Umänderungen jede Härte zu vermeiden sucht, den Interessen der Bevölkerung Neuchâtels, sobald er sich von deren Berechtigung überzeugt, soweit wie möglich entgegenkommt. Ob, wie dies Borels Urteil ist, die Ferme formell mit den Privilegien Neuchâtels nicht vereinbar war, bleibe dahingestellt; vom historischen Standpunkt aus bewegt sich jedenfalls in dem hier geschilderten Konflikt Friedrich, nicht Neuchâtel, auf der Linie des Fortschritts.

Bei auf archivalischen Studien beruhenden Arbeiten begegnet es ziemlich häufig, daß in der äußeren Form der Darstellung das dieser zu Grunde liegende Quellenmaterial sich allzusehr bemerklich macht. Auch Borel hat der Versuchung nicht widerstehen können, Aktenauszüge in größerem Umfange zu geben, als es wohl nötig gewesen wäre. Bei straffere Zusammenfassung der in den Denkschriften und Eingaben der verschiedenen Parteien enthaltenen Ausführungen und bei schärferer Charakterisierung und Hervorhebung des wirklich Bedeutsamen würde seine Darstellung an Klarheit und Übersichtlichkeit wesentlich gewonnen haben.

Walther Schultze.

Ernst Graf zur Lippe: Hans Joachim von Zieten. Zweite veränderte Auflage. Berlin, R. Eisenschmidt, o. J.

Anläßlich des 200jährigen Andenkens an die Geburt Hans Joachims v. Zieten hat die Verlagsbuchhandlung eine neue Ausgabe des bekannten Büchleins, das in zweiter Auflage 1885 erschienen ist, veranstaltet, auf die wir hier hinweisen wollen. Der Herr Verfasser hat ihr eine Nachschrift hinzugefügt (S. 83 u. 84), aus der wir eine für den Kenner Fridericianischer Ausdrucksweise immerhin interessante Kleinigkeit hervorheben: der Herr Verfasser hält in der bekannten Ordre an Zieten, 9. Dezember 1757, gegenüber neueren kritischen Konjekturen fest an der Lesart: „Nur immer dem Feinde in die H o s e n gesessen!“ O. H.

Gustav Schmoller: Umrisse und Untersuchungen zur Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte, besonders des Preußischen Staates im 17. und 18. Jahrhundert. Leipzig 1898, Duncker & Humblot (X u. 687 S.; 13 Mk.).

Die Herausgabe dieser Sammlung verdanken wir, wie uns das Vorwort lehrt, dem Umstande, daß der Verfasser den lange gehegten Plan, eine Verwaltungs-, Finanz- und Wirtschaftsgeschichte Friedrich Wilhelms I. oder Preußens überhaupt im 18. Jahrhundert zu schreiben, bei den wachsenden Dimensionen der einschlägigen wissenschaftlichen Arbeiten aufgegeben hat; er nimmt nur noch in Aussicht, einen zusammenfassenden Grundriß der inneren preußischen Geschichte zu schreiben, ähnlicher Art, wie er für die allgemeine Nationalökonomie demnächst aus seiner Feder erscheinen soll.

Der gegenwärtige Band, dem hoffentlich bald ein weiterer folgen wird, ist so zusammengestellt worden, daß die darin enthaltenen Arbeiten „in Anordnung und gegenseitiger Ergänzung ein Bild dessen geben", was der Verfasser mit seinen Studien erstrebt. Die Vorrede führt das folgendermaßen näher aus: „Nr. I giebt das Leitmotiv für das Ganze, Nr. II ergänzt es durch ein Beispiel; Nr. III—V geben in Umrissen die wesentlichen Elemente des Staates: Finanzen, Heer, Beamtentum; Nr. VI—VIII erörtern die Verfassung des Handwerks, seinen Übergang zur Hausindustrie und die beginnende Großindustrie Preußens im 18. Jahrhundert; IX und X wollen diese gewerblichen Studien durch agrarische und handelspolitische ergänzen." Neben den sachlichen Gesichtspunkten hat die Rücksicht auf einen mäßigen Umfang des Bandes die Auswahl, die Beschränkung, die sich der Verfasser darin auferlegt hat, bestimmt.

Wir fügen noch die Titel der einzelnen Abhandlungen hinzu:

I. Das Merkantilsystem in seiner historischen Bedeutung: städtische, territoriale und staatliche Wirtschaftspolitik.
II. Die Handelssperre zwischen Brandenburg und Pommern im Jahre 1562.
III. Die Epochen der preußischen Finanzpolitik bis zur Gründung des Deutschen Reiches.
IV. Die Entstehung des preußischen Heeres von 1640 bis 1740.
V. Der deutsche Beamtenstaat vom 16. bis 18. Jahrhundert.
VI. Das brandenburgisch-preußische Innungswesen von 1640 bis 1800, hauptsächlich die Reform unter Friedrich Wilhelm I.
VII. Die russische Compagnie in Berlin, 1724—1738. Ein Beitrag zur Geschichte der brandenburgischen Tuchindustrie und des preußischen Exports im 18. Jahrhundert.
VIII. Die preußische Seidenindustrie im 18. Jahrhundert und ihre Begründung durch Friedrich den Großen.
IX. Die preußische Einwanderung und ländliche Kolonisation des 17. und 18. Jahrhunderts.
X. Die Epochen der Getreidehandelsverfassung und -politik.

Von einer Würdigung des wissenschaftlichen Wertes der Sammlung wird in diesen Blättern billig Abstand genommen, ebenso von einer Beleuchtung der antikritisch-apologetischen Ausführungen des Vorworts. Die Fachgenossen sind ja über Wert und Bedeutung dieser Studien ohnehin längst orientiert. O. H.

Kriegsgeschichtliche Einzelschriften. Herausgegeben vom Großen Generalstabe, Abteilung für Kriegsgeschichte, Heft 24. Die Teilnahme des preußischen Hülfskorps an dem Feldzuge gegen Rußland im Jahre 1812. Berlin 1898, E. S. Mittler (VII und 138 S.; 3 Mk.).

Dieses Heft behandelt einen Feldzug, der nicht durch kriegerische Großthaten ausgezeichnet, aber deshalb von Interesse ist, weil er die erste Feuerprobe der durch Scharnhorst organisierten preußischen Armee darstellt. Auf Grund gedruckten und ungedruckten Materials, das zum Teil auch schon Droysen bekannt gewesen ist, erhalten wir hier eine genaue Schilderung von den Vorgängen auf dem linken Flügel der Großen Armee, dem Vormarsch der Preußen auf Riga und der Belagerung Rigas. Die kleinen Gefechte, zu denen es hier kam, zeigen York, den Kommandeur des Korps, als tapfern und einsichtigen General, als den er sich auch später bewährt,

sobald er die strategische Situation übersah. Macdonald wird dagegen als ein Feldherr von großer Behutsamkeit und geringer Umsicht geschildert, ein Urteil, das im allgemeinen zutreffen dürfte, wenn auch sein langsames Vorrücken gegen Riga, das der Verfasser besonders tadelt, sich durch die allgemeine Kriegslage, den langen Aufenthalt Napoleons in Wilna und die schlechte Verpflegung erklären läßt. Von allgemeinem Interesse ist, daß auch hier wieder die ungenügende Vorbereitung des Krieges durch die mangelhafte Verpflegung gekennzeichnet wird und infolgedessen die Disziplin schon zu Beginn des Krieges viel zu wünschen übrig läßt. — Schwach ist die politische Einleitung, die vorangeschickt wird, dem Verfasser scheint die Vorgeschichte des Krieges von 1812 nur ungenügend bekannt zu sein.

G. Roloff.

H. Freymark: Die Reform der preußischen Handels- und Zollpolitik von 1800—1821. Jena 1898, Gustav Fischer (I u. 103 S.; 3 Mk.).

Der Titel der Schrift Freymarks müßte korrekterweise so lauten: „Die Wirkung des preußischen Zollgesetzes vom 26. Mai 1818 auf Handel und Produktion." Denn der Verfasser sucht, gestützt auf die Akten des Berliner Staatsarchivs und des Statistischen Bureaus, statistisch die Wirkung des Gesetzes von 1818 auf einzelne Zweige der Volkswirtschaft zu erfassen, vornehmlich auf die Landwirtschaft, die Seiden-, Woll- und Baumwollindustrie, die Leinen- und Eisenindustrie. Er zeigt dabei Sachkunde, ergänzt und berichtigt mit Hülfe seines archivalischen Materials die älteren Angaben Ferbers, Viebahns und Dietericis.

Der Verfasser hätte sich auf diese Partien seiner Schrift beschränken sollen: die Erzählung der Vorgeschichte des Zollgesetzes von 1818 geht über die bekannten Werke von Dieterici, Mamroth und Zimmermann nicht hinaus, ist trocken und chronistisch gehalten und zeigt, daß die Begabung und das Interesse des Verfassers jedenfalls nicht auf dem eigentlich historischen Felde liegt.

Am wenigsten befriedigt der Abschnitt über die Handels- und Zollpolitik vor 1806, obgleich gerade eine genaue Kenntnis der Fridericianischen Wirtschaftspolitik erst den rechten Maßstab zur Beurteilung der Reform von 1818 liefern würde. Der Verfasser behauptet z. B.: „Das Merkantilsystem hatte die Getreideausfuhr gänzlich verboten." Die Kenntnis meines Buches: „Die Getreidehandelspolitik der Europäischen Staaten vom 13. bis zum 18. Jahrhundert" würde ihn überzeugt haben, daß im England der Königin Elisabeth, Cromwells und Wilhelms III. das Merkantilsystem gerade die Richtung auf Seehandel und Getreideexport gehabt hat, daß auch im Frankreich Colberts der Kornexport im überwiegenden Maße erlaubt gewesen, daß überhaupt in keinem der großen merkantilistisch regierten Staaten des 17. und 18. Jahrhunderts „die Getreideausfuhr gänzlich verboten" war. Von dem Merkantilismus Preußens im 18. Jahrhundert sagt F.: „Man verbot die Ausfuhr von Getreide, ließ dagegen die Einfuhr desselben unversteuert, um der Industrie niedrige Arbeitslöhne zu sichern." Das genaue Gegenteil trifft zu. Neben dem industriellen Schutzzollsystem haben Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Große ein schroff agrarisches Schutzzollsystem aufgerichtet; agrarische Einfuhrzölle werden bereits seit 1721 eingeführt, später zu einem gänzlichen Einfuhrverbot fremden Korns und zur staatlichen Monopolisierung der fremden Einfuhr verschärft; neben der Begünstigung der Ausfuhr von Industrieprodukten steht die Begünstigung der Getreideausfuhr: die merkantilistische Wirtschaftspolitik Friedrichs des Großen hat nicht — wie es allerdings bis heute die herrschende Ansicht ist und auch von anderer Seite, nicht nur von F., immer wieder behauptet wird — einseitig die Richtung auf die Industrie, sondern — wie ich hoffe, bald ausführlich beweisen zu können — die Richtung zugleich auf agrarische und auf industrielle Schutzzollpolitik.

Wilhelm Naudé.

Ludolf Parisius: Leopold Freiherr von Hoverbeck. Ein Beitrag zur vaterländischen Geschichte. Erster Teil 224 S. Zweiter Teil, erste Abteilung: Verfassungskampf- und budgetloses Regiment. Von 1862 bis zum dänischen Kriege. 220 S. Berlin 1897 u. 1898, J. Guttentag.

Ob ein Parlamentarier, der mitten im politischen Kampfe steht, dazu geeignet ist, die Geschichte dieses Kampfes oder die Geschichte seiner Partei zu schreiben, kann wohl bezweifelt werden. Eine unparteiische Geschichte wird man jedenfalls nicht von ihm erwarten können. Eher kann es ihm gelingen, in biographischer Weise das Bild eines Parteigenossen, eines Freundes zu zeichnen. Der Mangel an Unbefangenheit der Auffassung kann bei solcher Arbeit ersetzt werden durch genauere Kenntnis, durch völlige Vertrautheit mit dem Gegenstande und der Persönlichkeit. Das zeigen die beiden gänzlich voneinander verschiedenen Teile der oben genannten Schrift. Der erste Teil ist biographisch gehalten. Mit großem Fleiße hat der Verf. Stoff zu dem Lebensbilde seines Helden gesammelt. Er will sich nicht „auf die Schilderung des politischen und parlamentarischen Wirkens Hoverbecks beschränken“, er will auch „darstellen, wie dieser Sprosse eines uralten, um Brandenburg-Preußen und die Hohenzollern hochverdienten Adelsgeschlechtes, in seiner ostpreußischen Heimat, fernab vom öffentlichen Leben, in selbstlosem Ringen nach der Wahrheit emporwuchs zu einem unbeugsamen Vertreter demokratischer Grundsätze, zu einem mannhaften, ebenso entschlossenen wie besonnenen Vorkämpfer für Recht und Freiheit des deutschen Volkes.“

Für Hoverbecks Jugend und erste Mannesjahre sowie für den Anfang seiner politischen Thätigkeit ist dies Programm, das der Verf. sich vorgezeichnet hat, durchaus erfüllt. Wir hören von Hoverbecks Vorfahren, wir lernen den Knaben und den Jüngling kennen, wir begleiten ihn auf seinen Studienreisen, sehen, wie er zu einem hervorragenden Landwirt und Obstzüchter wird, sehen auch, wie sein knorriger, harter und fester Charakter sich bildet und wie sich seine politischen Anschauungen langsam und allmählich zur Selbständigkeit und Unabhängigkeit entwickeln. Wie stark in ihm das Streben nach Unabhängigkeit war, zeigt in besonders charakteristischer Weise der Brief vom 31. Januar 1861, in dem er seinen Freunden erklärt, daß er das ihm angetragene Landratsamt in seinem Kreise nicht annehmen könne. Es heißt in demselben: „Ich kann und will mich nicht einer Abhängigkeit unterziehen, die ich selbst bei einem Verwaltungsbeamten ... für notwendig anerkenne, nach meinen Überzeugungen aber weder gegen das jetzige Ministerium, noch gar gegen die Königsberger Regierung übernehmen könnte. Wenn ich überhaupt Beamter werden wollte, was schon meine Augen verbieten, so würde ich hundertmal eher, vom Referendarius wieder anfangend, mich zum selbständigen Richter emporarbeiten, als Verwaltungsbeamter werden wollen: — Sie wissen, ich spreche ehrlich! Ich wäre lieber Kreisrichter, als Oberpräsident; am liebsten freilich keins von beiden.“

Vom Jahre 1861 an, wo sich unter Hoverbecks sehr lebhafter Mitwirkung die deutsche Fortschrittspartei bildet, wird leider der Charakter des Buches ein wesentlich anderer. Die Persönlichkeit Hoverbecks tritt mehr und mehr zurück, die Fortschrittspartei tritt in den Vordergrund. Nicht eigentlich eine Geschichte derselben wird gegeben, sondern nur allerlei Material zu einer solchen: Auszüge aus Reden, Briefen, Wahlaufrufen, Programmen, Lesefrüchte aus Bernhardis Tagebuchblättern, aus Roons Denkwürdigkeiten und aus zahlreichen anderen Büchern, dazu manches aus den Erinnerungen und Aufzeichnungen des Verfassers, chronologisch geordnet, sonst nur lose miteinander verbunden, nicht durchgearbeitet zu einem Gesamtbilde. Natürlich wird hierbei auch Hoverbeck mehrmals genannt, aus seinen Reden und Briefen wird einzelnes mitgeteilt, aber doch mehr gelegentlich, nicht als der Kern und Mittelpunkt der Darstellung. So finden sich beispielsweise auf Seite 171—176 des zweiten Bandes mancherlei zum Teil anekdotenhafte Notizen über reaktionäre Maßregeln, über den Justizminister Graf Lippe, über den König, den Kronprinzen, den Frankfurter Fürstentag, über den

gleichzeitigen Kongreß deutscher Abgeordneten und bei diesem endlich als einzige auf den Helden des Buches bezügliche Bemerkung nur die kurzen Worte: „Hoverbeck fehlte."

Daß in diesen Mitteilungen die Gegner der Fortschrittspartei nicht gut fortkommen, wird niemand in Erstaunen setzen. Ein rechtes Verständnis für die von den seinigen abweichenden Anschauungen hat der Verfasser auch jetzt noch nicht gewonnen, nachdem mehr als dreißig Jahre seit der Zeit jener Verfassungskämpfe verflossen sind. Doch blickt bisweilen der Anfang eines solchen Verständnisses durch, z. B. in dem Zugeständnis, „daß alle Welt, nicht blos die Fortschrittspartei, sondern auch die altliberalen und konservativen Feinde und Gegner derselben, wirklich Bismarck Unrecht thaten, wenn sie meinten, er sei . . . von der Absicht ausgegangen, die Herzogtümer schließlich wieder an Dänemark zu überliefern".

Mit dem Beginn des dänischen Krieges im Februar 1864 schließt die erste Abteilung des zweiten Bandes. Die weitere Fortsetzung wird hoffentlich die Persönlichkeit Hoverbecks wieder mehr hervortreten lassen und sie zum Mittelpunkt der Darstellung machen. P. Goldschmidt.

Die Schriften Johann Karl Bertram Stüves, zusammengestellt von Max Bär und Friedrich Runge. Osnabrück 1898, Kisling.

Die Titel der zahlreichen Schriften des bekannten Osnabrücker Bürgermeisters und hannoverschen Ministers, der 1872 gestorben ist und dessen Bild der Broschüre beigegeben ist, sind hier mit den nötigen Erläuterungen zusammengestellt, die politischen von dem Staatsarchivar Dr. Bär, die allgemein-wissenschaftlichen und volkswirtschaftlichen von dem Oberlehrer Dr. Runge. Einiges davon ist auch für die preußische, mehreres für die allgemeine deutsche Geschichte von Interesse. O. H.

Briefe aus dem Feldzuge 1866, an die Gattin gerichtet von Julius von Hartmann, Kommandeur der Kavalleriedivision der zweiten Armee. Mit einem Bildnis des Generals. Berlin 1898, E. S. Mittler & Sohn (62 S. 8°; 1.40 M.).

Die Herausgeberin, die Witwe des Generals, setzt selbst im Vorworte den historischen Wert des Büchleins gering an: „was der Verstorbene zur Geschichte des Krieges beizusteuern wünschte, hat er in einer auf Grund dieser Briefe verfaßten Schrift niedergelegt, die aber noch Jahre ruhen möge". Die Berechtigung dieses Aufschubes läßt sich nicht diskutieren, festgestellt aber muß werden, daß die Briefe, wie sie hier vorliegen, die Kriegsereignisse nicht nur nicht aufklären, sondern zum Teil verschleiern.

General von Hartmann war ein durchaus gebildeter, wissenschaftlich gerichteter Offizier, von aufgeklärten militärischen Grundsätzen und von aufrichtiger Humanität erfüllt; das ist allgemein bekannt, und kein geringerer als Heinrich von Sybel, mit dem er befreundet war, hat ihm in der „Allgemeinen Deutschen Biographie" 1879 ein Denkmal gesetzt, das zumeist auf den nachgelassenen Papieren des Generals beruht. Aber jene rein menschlichen und militärischen Vorzüge zugegeben, so steht doch historisch fest, daß H. kein Kavallerieführer war; dem Gedankenreiter fehlten die Reitergedanken. Er selbst ist ja der beste Zeuge dafür, denn 1870 übernahm er nur mit großem inneren Widerstreben die ihm wieder zugefallene Aufgabe der Führung der I. Kavalleriedivision. Sehr fein sagt Sybel a. a. O., als H. nach dem Kriege zum Gouverneur von Straßburg ernannt wird: „es kam damit der rechte Mann an die rechte Stelle". Nun springt der apologetische Zweck der jetzt veranstalteten Briefausgabe in die Augen; aber geglückt ist das nicht. Gerade wo wir Erweiterung unserer Kenntnisse hoffen dürften, versagt diese Quelle, aus guten Gründen, vor allem bei der Schlacht von Königgrätz. Jetzt, wo eben Lettow — „Geschichte des Krieges 1866", II. Bd. 1899, S. 518 — aktenmäßig über diese Vorgänge berichtet,

darf das, was dem Referenten H. v. Sybel schon vor Jahren erzählte, als festgestellt betrachtet werden, daß H. beim Vormarsche zur Schlacht seine Division einfach verloren hatte, wodurch „kostbare zwei Stunden" ungenützt verstrichen. Jeder Soldat wird das durch falsche Führer herbeigeführte Mißgeschick durchaus nicht unbegreiflich und durchaus entschuldbar nennen müssen, aber Thatsache bleibt es darum nicht weniger, und wenn von diesem einschneidenden Vorkommnisse auch nicht ein Wort in den Briefen steht, so wird ihr Wert hinfällig. Auch bei den übrigens charakteristischen Briefen über Trautenau hat die Herausgeberin gerade an den wichtigsten Stellen Unterdrückungen für gut befunden, was wiederum der Skepsis Grund giebt. Da überrascht es denn, daß die Bemerkung H.s im Briefe vom 10. Juli: „die Division ist enorm angegriffen . . . in sieben Tagen haben wir 21½ Meile zurückgelegt", stehen geblieben ist; denn in welches Licht setzt sich der Schreiber mit solcher Auffassung kavalleristischer Leistungsfähigkeit? Übrigens fehlt es den Briefen nicht an interessanten und bezeichnenden Bemerkungen, namentlich für die Stimmung des kronprinzlichen Kreises beim Kriegsausbruche. Immer einleuchtender werden uns die Schwierigkeiten, die gegen Bismarck und damals auch gegen Moltke in Politik und Strategie sich aufthürmten. In diesem Bezuge dürfen wir auch hier das Goethesche Motto gelten lassen: „Briefe sind brauchbare Bausteine in der Hand des kundigen Meisters." Herman Granier.

Thilo Krieg: Wilhelm von Doering, Königlich Preußischer Generalmajor. Ein Lebens- und Charakterbild. Mit zwei Bildnissen in Lichtdruck. Berlin 1898, E. S. Mittler & Sohn (X u. 345 S. 8°; 7,50 Mk.).

Nicht nur die sympathische Persönlichkeit des dem Vaterlande nur zu früh entrissenen Generals, sondern auch die litterarische Behandlung seines Lebensbildes machen das vorliegende Buch zu einer der lesenswertesten und anziehendsten unter den gleichartigen Schriften. Der Verf. hat den Gegenstand seiner Arbeit mit Liebe und Verständnis erfaßt, mit Umsicht, Takt und zuverlässiger Kritik alle Quellen sich eröffnet, seine bei gehaltener Wärme ruhige und von jeder Übertreibung freie Darstellung überall wohl begründet und eingehend belegt. Hinsichtlich der Methode der Arbeit dürfen wir sie als mustergültig ansprechen, wenn auch das umfangreiche Material vielleicht mehr dargeboten, als wirklich zu einem Kunstwerke verarbeitet worden ist.

Aber das „Material" verdient schon an sich volle Beachtung. Zwar stand der als junger Brigadekommandeur bei Vionville gefallene Held niemals an leitender Stelle, aber sein reich bewegtes militärisches Leben hat ihn wiederholt in Sphären geführt, aus denen Mitteilungen auch in höherer Beziehung von Wert sind. Zum Prinzen von Preußen, zum Prinzen Friedrich Karl, endlich im Generalstabe zu Moltke trat Doering in enge dienstliche Berührung. Seine Arbeiten für den Kriegsplan von 1866 sind für das Studium dieses Feldzuges nicht unwichtig, gerade weil sie von den Moltkeschen Gedanken abwichen. Seine Sendung nach Langensalza zum Könige von Hannover ist von bleibender historischer Bedeutung. Daß D. im Feldzuge 1866 das Nachrichtenwesen organisierte, giebt ihm einen Namen in der Entwickelungsgeschichte der Armee, und seine selbstthätigen Leistungen als Truppenführer bei Spicheren und Vionville sichern ihm einen Platz in unserer Kriegsgeschichte.

Doch auch abgesehen von seinem geschichtlichen Werke ist die Schilderung seines Lebens, rein menschlich betrachtet, höchst dankenswert: sein Charakter, wie er uns hier wahrheitsgemäß entgegentritt, muß auf jeden Soldaten, ja auf jeden echten Mann vorbildlich und erhebend wirken. Von vornehmer Gesinnung und seltener Willenskraft arbeitete er unausgesetzt an sich selbst, und war so befähigt und berechtigt, auch an seine Untergebenen hohe Anforderungen zu stellen, und somit dem Vaterlande über die eigene Person hinaus zu dienen; seine ungewöhnliche militärische Begabung brachte sein stolzer Wagemut zu rechter Geltung.

Besondere Würdigung verdienen die der Biographie beigegebenen „Anlagen", namentlich die Feldzugsbriefe Doerings von 1848/1849, 1864 und 1870; die von 1866 sind leider verloren gegangen. Die Briefe von 1864 sind, wenn auch D. damals nur Bataillonskommandeur, vom I. 53, war, als kriegsgeschichtliche Quelle auch nach den Feldbriefen Goebens durchaus beachtungswert.

Noch sei erwähnt, daß die beiden Lichtdrucke ganz besonders ansprechende Bilder des Kadetten und des Regimentskommandeurs geben.

Herman Granier.

W. v. Tümpling: Erinnerungen aus dem Leben des Generaladjutanten Kaiser Wilhelms I., Hermann von Boyen. Mit einem Bildnisse, dem Faksimile eines Schreibens Kaiser Wilhelms I. und genealogischen Anlagen. Berlin 1898, E. S. Mittler & Sohn (XI u. 244 S. 8°; 5,50 Mk.).

Man ist wohl ungerecht gegen eine Individualität, wenn man den Sohn eines hervorragenden Mannes mit dem Maßstabe messen wollte, der dem Vater geeignet ist. Der Generaladjutant von Boyen war nichts weniger als der geistige Erbe des Feldmarschalls, und das vorliegende Lebensbild kann dies allgemeine Urteil nicht einschränken. Rein litterarisch betrachtet sind die „Erinnerungen" auch nicht gerade in ansprechende Form gegossen, sie sind schwer übersichtlich, schwer genießbar, ein Gemisch von ungleichartigen und ungleichwertigen Bestandteilen, leider auch oft ohne Unterscheidung des wirklich wissenswerten und des gleichgültigen, von dem Herausgeber, dem Schwiegersohne des Generaladjutanten, aus dessen Nachlasse zusammengebracht.

Da aber Boyen erst acht Jahre beim General von Grolman, dann dreißig Jahre lang in der unmittelbaren Umgebung Wilhelms I. gelebt hat, außerdem öfters zu militärischen und Höflichkeitsschickungen an fremde Höfe gebraucht wurde und so eine Fülle interessanter, geschichtlicher Ereignisse und Persönlichkeiten aus nächster Nähe erlebt und kennen gelernt hat, so war es eine wohlberechtigte Aufgabe, aus seinen Papieren zu schöpfen, und wir dürfen uns doch einer Reihe dementsprechender Mitteilungen erfreuen.

So giebt der fast vierzig Seiten füllende Bericht Boyens über seine Sendung nach Krakau während der polnischen Unruhen von 1846 eine recht anschauliche Schilderung der dortigen Zustände und namentlich der russischen und österreichischen Truppen, wobei man an stilistischen Unebenheiten — wie S. 20: „im Begriffe zum Fenster zu eilen, öffnet sich die Thür" — nicht stoßen darf. Die an diesen Bericht anknüpfende Bemerkung des Feldmarschalls Boyen, S. 53, sei um ihres aktuellen Interesses willen erwähnt: „der maßlose Anteil, den der Deutsche an den Polen affektiert, ist eine merkwürdige geistige Verirrung und ein betrübender Beweis, wie gering die politische Bildung in Deutschland eigentlich ist".

Auch über die Olmützer Tage vom November 1850 finden sich ein paar charakteristische Züge, u. a. S. 90, in den Briefen B.s aus der Umgebung des Prinzen von Preußen, dessen persönlicher Adjutant er seit dem März 1848 war, und des Königs selbst.

Bei den späteren Ereignissen ist weniger das thatsächliche der Mitteilungen, als die Stimmung, aus der heraus B. schreibt, bemerkenswert; es kommt hier das, was man als „Hofton" zu bezeichnen geneigt ist, zum Ausdruck bei der Beurteilung der Ereignisse wie der Persönlichkeiten.

Mit Bismarck steht B. „laulich gut, wie ich es wünsche", S. 180; über die „Diplomaten" spricht er sich noch derber aus, S. 179, als etwa Wrangel zu thun pflegte: bei der Kaiserproklamation von Versailles findet er „an ihrem Schlusse große schöne Worte". Dem Herausgeber fällt zur Last, daß wir von der einzigen „Handlung", zu der Boyen in den großen Kriegen ausersehen ward, so gut wie nichts erfahren; daß der Bericht B.s über seine Geleitung des gefangenen Kaisers Napoleon von Sedan nach Wilhelmshöhe

im Konzepte im Archive zu Thalstein beruht, teilt uns der Herausgeber mit, sonst aber nichts von diesem immerhin interessanten Dokumente. Thatsächlich läßt uns Abeken — „Heinrich Abeken", Berlin 1898, S. 413 — nach den Erzählungen Boyens in Versailles über diese Mission mehr wissen, ein paar interessante Einzelheiten, die hier der zwei Seiten umfassenden Erzählung gänzlich mangeln. Hat der Herausgeber in dieser Richtung vielleicht im Sinne B.s handeln zu müssen geglaubt, dessen einseitige Anteilnahme an den öffentlichen Dingen sehr oft leider da aufzuhören scheint, wo sie für uns beginnt? Sei es Beschränkung, sei es Pietät, befriedigend kann auf diese Weise das Buch nicht wirken, die Weizenkörner verschwinden doch allzusehr unter der Spreu. Herman Granier.

Hans Fabricius, Oberstleutnant a. D.: **Die Kämpfe um Dijon im Januar 1871 und die Vogesenarmee.** Nach den kriegsarchivalischen Akten des Generalstabs und anderen Quellen. Mit 4 Karten und Plänen und einer Abbildung. Bromberg 1897, Mittlersche Buchhandlung (A. Fromm) (XXXII u. 610 S. 8°; 12 Mk.).

Die kurze Zeitspanne der hier geschilderten Episode — in der Hauptsache vom 21. Januar bis zum 1. Februar — und der Umfang des Werkes lassen voraussehen, daß eine gründliche Einzeluntersuchung vorliegt. Und so ist es in der That: mit Umsicht sind die erreichbaren Quellen, namentlich auch persönliche Mitteilungen von Mitkämpfern, herangezogen und ausgenutzt, und mit großer Genauigkeit werden alle Vorfälle kritisch beleuchtet und das Für und Wider der sehr oft sich widersprechenden Quellen erwogen. Der Verf., in dem wir wohl den S. 533 hervortretenden Compagnieführer der 3./72. vermuten dürfen, bringt zu seiner Arbeit eine sehr wertvolle Gabe mit: er war selbst dabei, er kennt das Gelände nicht nur als Tourist, sondern aus jener schweren Wintercampagne selbst, und er hat aus seinen eigenen Erfahrungen dort das wirksame Streben nach Unparteilichkeit dem Gegner gegenüber gewonnen, das er in seinem Werke bethätigt. Nicht zu rein geschichtlichem Zwecke schreibt er, er will zugleich dem applikatorischen Unterrichte in der Taktik für gemischte Detachements die nötigen Unterlagen geben (S. VII). Deshalb ist er in der Darstellung so tief in die Einzelheiten hineingegangen, was die Lektüre nicht gerade erleichtert: dem Historiker bleibt vielleicht zu wünschen, daß die Einzeluntersuchungen in besondere Anlagen verwiesen wären, um den Text zu entlasten und übersichtlicher zu gestalten. Auch wäre wohl zu bezweifeln, ob alle solche Untersuchungen nötig waren: der Franzose — wir Deutsche oder andere Ausländer kommen nicht in Frage —, der heute noch glaubt, deutsche Soldaten hätten auf Befehl ihrer Offiziere ihre Gegner lebendig geröstet, der wird auch durch alle Liebesmühe des Verf. (S. 353 ff.) nicht zu überzeugen sein.

Sehr erfreulich und lehrreich ist es, daß der Verf. uns die Vogesenarmee und die Persönlichkeiten ihrer Führer psychologisch nahe bringt, und zwar frei von aller soldatischen Voreingenommenheit gegen diese wunderlich bunt zusammengewürfelte Masse von italienischen und französischen Verteidigern der Republik.

Auch Garibaldi selbst wird der Verf. durchaus gerecht, ohne ihn zu überschätzen. Zu bedauern aber bleibt es, daß das Gegenbild der Schilderung der leitenden Persönlichkeiten der deutschen Heeresabteilungen vollständig fehlt. Und doch wäre diese noch wertvoller, als die der französischen: die letztere kann der Litteratur entnommen werden, für die deutschen Führer aber fehlt bisher noch jeder wesentliche litterarische Anhalt, und jetzt sind wir, ein Menschenalter nach dem Kriege, an der Zeitgrenze angelangt, wo es noch möglich ist, aus mündlichen Informationen diese Lücke auszufüllen, wozu der Verf. besonders geeignet erscheint. Wie notwendig solche Charakteristik der Führer ist, mag ein Beispiel zeigen: überzeugend bringt uns der Verf. zur Darstellung, wie am 31. Januar der Vogesenarmee eine



Katastrophe bevorstand, falls der vor Dijon kommandierende Generalleutnant Hann von Weyhern zum energischen Angriffe geschritten wäre, auf den ihn die Befehle Manteuffels hinwiesen. Die Ursachen können nur in den persönlichen Eigenschaften jenes Generals und seines Stabes gesucht, vielleicht ausreichend erklärt werden; ohne ihre Darlegung bleibt die Unterlassung unverständlich.

Überhaupt legt sich der Verf. bei Beurteilung der Vorgänge auf deutscher Seite größere Zurückhaltung auf als bei der der Gegenseite. Wenn er aber S. 410 von der „Unterlassungssünde des Oberkommandos" der Südarmee, dem General von Kettler keine Munitionskolonne beigegeben zu haben, spricht, so bedurfte dieser Vorwurf unbedingt einer eingehenden Begründung. Ohne eine solche vermag ich nicht zu glauben, daß General Manteuffel und sein Generalstabschef Graf Wartensleben diese Zuteilung etwa vergessen hätten, muß vielmehr annehmen, daß das Oberkommando keine Munitionskolonne entbehren konnte für die beim Gros der Südarmee vorauszusetzenden entscheidenden Schläge, und daß sie aus diesem zureichenden Grunde das Nebendetachement so knapp gehalten haben, zumal dessen Aufgabe bei den unzulänglichen Nachrichten vom Feinde für ungleich leichter gehalten wurde, als sie es thatsächlich war.

Mit größter Ausführlichkeit wird begreiflicherweise das meist besprochene Ereignis von Dijon behandelt: der Verlust der Fahne des II./61. Bei der wiederholt, S. 386, 387, 440, ausgesprochenen Behauptung des Verf., diese Fahne sei die einzige im ganzen Kriege in Feindes Hand gefallene deutsche Fahne, brauchen wir uns nicht zu verweilen, nachdem die im Anschlusse an das vorliegende Werk zwischen dem Generalkommando des VII. Armeekorps und dem Militärkritiker der „Kölnischen Zeitung" entsponnene Diskussion hierüber (Köln. Zeit. 1898, März/April, Nr. 243, 336, 346) den Verlust der Fahne des II./16. bei Mars-la-Tour von neuem vor die Öffentlichkeit gebracht hat, und das letzte Heft der „Kriegsgeschichtlichen Einzelschriften des Großen Generalstabes", Nr. 25, Berlin 1898, eben erst diese Thatsache ohne Hehl darstellt. Ich selbst habe schon wiederholt betont, daß die 16er nicht um ein Haar weniger rühmlich von diesem Unglücke betroffen worden sind, als hier die 61er. Nur darauf möchte ich noch hinweisen, daß der Verf. zwar hier nicht weniger als drei einschlägige Schriften von Ledeuil d'Enquin citiert, aber gerade die nicht, die seinen Irrtum verhindert hätte: „Les drapeaux prussiens du 16me et 61me régiment d'infanterie pris à Rezonville et Dijon", Paris 1891, wo er sogar die Nummern des Katalogs der Trophäen im Invalidendome für die Fahne vom II./16. gefunden hätte.

Erleichtert der Verf. bei einer neuen Auflage, die wir dem gediegenen Werke wünschen dürfen, seine Darstellung von allzu sehr ins einzelne gehenden Untersuchungen, läßt er sein an sich löbliches Streben „Deutsch" zu schreiben, sich nicht bis zu mißverständlichen Wortanwendungen ausdehnen (wie z. B. S. 522 „Einschließung" für Dorfrand), stellt er uns andererseits noch die deutschen Führer lebensvoll vor Augen, so werden wir sein Werk zu einer der besten kriegsgeschichtlichen Arbeiten über den großen Krieg zählen dürfen.

Die beigegebenen skizzenhaft ausgeführten Karten genügen zum Verständnisse der Darstellung; nur die Übersichtskarte ist so wenig scharf gedruckt, daß die zahllosen Ortsnamen kaum zu unterscheiden sind.

Herman Granier.

Kriegsgeschichtliche Einzelschriften. Hrsg. vom Großen Generalstabe, Abteilung für Kriegsgeschichte. Heft 25. Der Kampf der 38. Infanterie-Brigade und des linken Flügels in der Schlacht bei Vionville—Mars la Tour am 16. August 1870. Berlin 1898, E. S. Mittler & Sohn (VI u. 112 S.; 3,50 Mk.).



In diesem durch Karten und Pläne überreich ausgestatteten Heft wird eine viel erörterte Episode aus der Schlacht von Vionville auf Grund zahlreicher deutscher und französischer Berichte noch einmal bis in alle Einzelheiten untersucht. Im einzelnen ergeben sich daraus mancherlei Berichtigungen und Ergänzungen zum Generalstabswerk und zu neueren Monographien, in der Hauptfrage aber, was denn zu der rücksichtslosen Einsetzung der Brigade geführt habe, bestätigt der Verf. die in den meisten Darstellungen vertretene Anschauung, daß das Generalkommando des 10. Armeekorps irrtümlich der Meinung war, der Gegner sei im Abzug auf Verdun begriffen und es komme darauf an, ihn hier festzuhalten. Der Angriff führte bekanntlich, wie der Verf. ausführlich darlegt, bis dicht an die feindlichen Massen heran und scheiterte nach lebhaftem Feuergefecht, in dem auch die Franzosen bedeutende Verluste erlitten, an der Überlegenheit des Feindes, der die Brigade von beiden Seiten umfassen konnte.

G. Roloff.

Heinrich Abeken. Ein schlichtes Leben in bewegter Zeit, aus Briefen zusammengestellt. Mit einem Bildnisse und einem Faksimile. Berlin 1898, E. S. Mittler & Sohn (VIII u. 544 S.; 10 Mk.).

Zur Biographie des Geheimen Legationsrats Abeken sind schon früher verschiedene wertvolle Beiträge erschienen: wir nennen namentlich die Skizzen aus der Feder seines Kollegen, des Legationsrats Meier (in der Allgemeinen Zeitung), und seines Freundes, des Geheimrats Wiese (in der Allgemeinen deutschen Biographie). Ferner hat Moritz Busch (in seinem Buche: Graf Bismarck und seine Leute) noch einiges hinzugefügt. Durch die Briefsammlung, die Abekens Witwe jetzt herausgegeben hat, wird man zwar Meiers Darstellung im ganzen bestätigt finden, aber diese Publikation ist doch aus mehr als einem Grunde eine wichtige zu nennen. Denn nicht nur wird uns dadurch der Charakter A.s ganz klar, sondern es fallen darin auch, trotz der offenbar beschränkten Auswahl, helle Lichter auf mitlebende bedeutende Persönlichkeiten.

Im antiken und deutschen Klassizismus wurzelte A. In Osnabrück 1809 geboren, wurde er durch seine Verwandten, die mit den Weimarer Kreisen in enger Beziehung standen, von Kindheit an mit Bewunderung für unsere großen Dichter erfüllt. Er studierte in Berlin Theologie, hörte eifrig Schleiermacher und Neander, der bald auf seine Fähigkeiten aufmerksam wurde, und machte es möglich, sich auch mit Philosophie, Litteratur und Kunst zu beschäftigen. Von größtem Einfluß auf sein äußeres und inneres Leben sollte aber Bunsen werden, dessen Bekanntschaft er in Berlin machte und mit dem er durch liturgische Arbeiten bald in engeren Verkehr trat. Sich ebenso fern vom Rationalismus wie vom Pietismus haltend, fand A. in dem damaligen kirchlichen Leben kein Genüge; auch fühlte er sich selbst zur praktischen Theologie nicht recht tauglich: Wie könne, so fragte er, ein junger Mann der Gemeinde ins Herz, ins Gewissen reden? Nichts als Phrasen zu drechseln und allgemeine, schöne Worte zu sagen vermöge er, die niemandem etwas geben. Als er dann durch Bunsens Vermittelung die Stelle als Gesandtschaftsprediger in Rom erhielt — er vermählte sich hier mit einer Engländerin, die aber bald starb —, füllte er sie zwar mit oft schönem Erfolge aus (1835—40), doch war es ihm willkommen, als er, um für das Bistum Jerusalem zu wirken, erst zu Bunsen nach England gehen und darauf sich der Expedition Lepsius' nach Ägypten (1842—45) anschließen durfte. Seine Absicht war dann zuerst, sich der historischen Wissenschaft zu widmen. Doch nicht für diese, sondern nur für „ein echt politisches Leben“ konnte er sich eigentliche Begeisterung zugestehen. Schon seit 1834 öfter als Kurier verwandt, in reger Anteilnahme am politischen Leben der Zeit, in häufigem Verkehr mit Friedrich Wilhelm IV., erhielt er 1848 eine Stelle als Hülfsarbeiter im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, wo er seitdem bis an sein Ende gewirkt hat.

Zwar war A. eine führende Stelle in der Politik einzunehmen nicht berufen. Ich glaube, Meier hat den Grund dafür, daß er 24 Jahre lang unter sieben verschiedenen Ministern und Systemen sich behaupten konnte, richtig darin gefunden, daß A. ein bewegliches Gemüt und einen vielseitigen Geist besaß und darin eine Ähnlichkeit mit seinem Lehrer Bunsen zeigte, daß er aber kein selbständiger, kein schöpferischer Charakter war. Dadurch sei er der Gefahr entgangen, „daß er im Verfolgen einer kühnen, neuen Idee, einer Überzeugung mit dem Strudel der Zeitverhältnisse, dem hergebrachten Gange der Staatsmaschine in Kampf geraten und an den Strand geworfen wäre“.

Andere Fähigkeiten waren es, die ihn den leitenden Männern unentbehrlich machten. Abgesehen von seinem Fleiß, seiner Pflichttreue, seinen weitgehenden Kenntnissen von Personen, Dingen und fremden Sprachen, war es besonders seine Befähigung, sich in das Denken und Fühlen anderer einzuleben. Frau v. Usedom sagte einmal von ihm, er sei fast der einzige Mensch, den sie kenne, der die Frauen nehme, wie sie sind und sie nicht immer modeln und anders haben wolle. A. fügt hinzu, er hoffe, das gelte ihm für Frauen und Männer; er habe an den verschiedenartigsten Naturen seine Freude, wenn es nur wirkliche Naturen seien; er mache es in dem Punkt wie die Dichter, die auch an dem wunderlichsten Getier ihre Freude hätten. Hiermit ist wohl das Treffendste über diese Seite seines Wesens gesagt: A. war ein Virtuos im Anempfinden. Daher sind auch die Charakteristiken die besten Stellen seiner Briefe. Nur einige seien erwähnt.

Von Thomas Carlyle, den er 1852 in Berlin herumführte, schrieb A., er sei von einem gewaltsamen Drang nach Realität und Wahrheit, der oft genug die Grenzen überspringe und, wenn er die Masken und den Aufputz herunterzureißen unternehme, Stücke lebendigen Fleisches mit herabbringe; ein wunderbarer Mensch mit einem seltsamen Gemisch von determinierter Prosa und Realismus einerseits und ideellster phantastischer Poesie andererseits; oft auf die schlagendste Weise tief eindringend in die Wirklichkeit, und zu anderer Zeit wieder ganz unfähig, irgend eine Sache so aufzufassen, wie sie einfach und schlicht ist; ein tiefer Philosoph und doch nüchterner Schotte; ein Mann, der statt der Geschichte immer nur Poesie und Philosophie der Geschichte schreibe. — Ferner schildert A. den jungen Hermann Grimm als eine humoristische, oft etwas sarkastische, aber durch und durch edle Natur, die nicht von fern mit dem „elenden Volk unserer jungen Litteraten“ zu vergleichen sei; sein kritisches Talent sei ebenso durchaus positiv, urteilend, nicht nur kritisierend. — Endlich bemerken wir die schöne Art, in der er über König Wilhelm I. sagt, es könne keinen humaneren Monarchen geben und erzählt, wie der König es so peinlich empfand, wenn er jemandem gegenübertreten mußte, der Unrecht gegen ihn gehabt und gegen den er Recht behalten habe. A. rühmt oft die wunderbare Sicherheit Wilhelms im Auffassen des punctum saliens, die es so angenehm mache, ihm Vortrag zu halten.

A.s umfassende und tiefe Kenntnisse in Kunst und Litteratur brachten ihn mit den führenden Männern der damaligen Geistesbestrebungen zusammen. Er gründete die „Graeca“, eine Freitagsgesellschaft, in der Männer wie Curtius, Lepsius, Wiese, Wattenbach griechische Schriftsteller lasen, er wurde eine Hauptstütze jener musikalischen und dramatischen Aufführungen des Radziwillschen Kreises und ein stets willkommener Gast in der Familie Olfers-York, aus der er sich auch seine zweite Gemahlin, die Tochter des Generaldirektors der Museen v. Olfers, holte. Wenn er sich auch oft nach jenen Tagen zurücksehnte, da noch die Ideen der Humanistik die deutschen Gemüter beherrschten, so erkannte er doch, daß es endlich an der Zeit sei, die Politik in den Vordergrund zu stellen und energisch auf das Ziel der Einigung Deutschlands durch Kräftigung des preußischen Staates vorzugehen.

Der politisch interessanteste Teil des Buches ist offenbar die Zeit von 1848 bis 1864, die Zeit der Verfassungskämpfe und des österreichisch-preußischen Ringens. Durch seine tiefe Religiosität, seine Begeisterung für

die Kunst trat A. Friedrich Wilhelm IV. nahe, er verehrte diesen „hinreißend liebenswürdigen und vielseitig gebildeten" Monarchen auf das wärmste, erkannte aber in den Märztagen von 1848, daß von ihm nichts mehr zu erwarten sei, „denn", schrieb er später etwas gezwungen, „was derselbe wollte, widerstrebte dem Gange Gottes in der Weltgeschichte, wenn es gleich in Ihm im edelsten göttlichen Kerne seines Wesens wurzelte". A. wollte damals oft schier verzweifeln an Preußen, aber immer wieder raffte er sich auf zu neuer Hoffnung. Seit er 1850 zum Wirklichen, 1855 zum Geheimen Legationsrat ernannt war, beurteilte er oft treffend die Lage: Er bemerkte die Notwendigkeit der Loslösung von Österreich, dem er die brüderliche Gesinnung für Preußen absprach, er sagte die Selbständigkeit Italiens voraus und hoffte, daß die Deutschen endlich auch Politiker werden würden. Im Februar 1862 schrieb er darüber: Für Preußen sei es gefährlich, nicht vorwärts zu gehen, „aber vorwärts zu gehen, zu handeln ohne einen genialen Führer, ist unmöglich; und wo ist ein genialer Staatsmann jetzt in Preußen? Nicht zum Leben, wohl aber zum Handeln bedarf man des Genies ... Alles Äußere würde mich nicht betrüben, aber im Innern! Oben der beste Wille und gesunder Verstand — aber welche Einflüsse! Schwankende Minister, ein Herrenhaus, das sich von Parteiinteressen leiten läßt, eine zweite Kammer, die kein moralisches und kein geistiges Gewicht hat ..., ein Volk, ehrlich, treu und klug, aber ohne politische Bildung und ohne politische Führer. Und dennoch werfe ich mein Vertrauen nicht weg ..., ich glaube doch an Preußen und Deutschland."

Als gleich darauf der ersehnte Mann kam, erkannte A. sofort Bismarcks Größe. So oft er auch später seufzte über dessen Anforderungen und Nervosität, nie hat er es unterlassen können, mit einem „dennoch" seiner Bewunderung über jenes Initiative, politisches Genie und ungeheure Arbeitskraft Ausdruck zu geben. Nur eine Stelle wollen wir anführen, die für den Schildernden und Geschilderten gleich bezeichnend ist: „Mit dem Minister ist manchmal schwer auszukommen. Das Schlimmste ist immer, wenn er nicht hören will, während man ihm nur einfache Thatsachen vorlegen will, die er kennen müßte; manchmal freilich will er sie nicht kennen und manchmal hat er sogar Recht daran. Ich muß oft, wenn der erste Ärger vorbei ist, über ihn und über mich lachen. Ich will immer sehr genau auf das antworten, was die Leute gefragt haben. Er antwortet sehr oft gar nicht darauf, antwortet oft auf etwas ganz anderes, hört nicht, was sie sagen, er denkt nur an das, was er sagen will, und das alles geschieht oft ganz unabsichtlich, oft, sehr oft absichtlich. Da haut er denn manchmal sehr daneben und, was mir leid thut, es kriegt mancher einen Klaps weg, den er gar nicht verdient hatte. Aber oftmals ist es auch gerade das Rechte; und es kommt meistens wirklich mehr darauf an, was Bismarck sagen, als was der andere hören will. Es ist gerade dies Nichtachten des anderen auch in dieser Beziehung ein notwendiges Element seiner Größe, welches ihn befähigt, mit eiserner Energie auf sein Ziel, wenn auch oft auf sehr schiefem, ja krummem Wege loszugehen. Alles persönlich Unbequeme vergißt und verzeiht man leicht über seinen großen Eigenschaften, die ihn zum Werkzeug in Gottes Hand befähigen ... Wie liebenswürdig er dann auch wieder sein kann, das weißt du auch." (12. Sept. 1870.)

Im Jahre 1870 und später war A. dem Könige und dem Minister in gleicher Weise durch sein konziliantes und sich dem Charakter beider anpassendes Wesen geradezu unentbehrlich. Der furchtbar überanstrengte Bismarck war oft nicht fähig, über eine Sache, die womöglich auf Widerspruch gestoßen wäre, dem Könige ruhig Vortrag zu halten, und da war A. der geschaffene Mittler. Wie Wilhelm dabei seinen ersten Diener zu schonen suchte, erhellt schön aus den Worten, die er einst bei Übersendung einer Mahnung von fremder Hand an A. schrieb: „Ist es ratsam, den Ministerpräsidenten bei seiner Nervosität mit der Einlage zu belästigen? Oder soll sie in den Kamin gehen? W. 18. 12. 70."

Sind die meisten Ereignisse aus der Kriegszeit, die wir in A.s Briefen lesen, wohl schon bekannt, so bringen diese doch für alles Persönliche sehr

wichtige Beiträge, besonders für die Zeit der Friedensverhandlungen in Versailles, von den ersten Besprechungen mit Favre bis zu jenem Befehl Bismarcks an A.: „Mandate Regi quod signatum."

A. starb infolge von Überanstrengung am 8. August 1872. Rühmend gedachte seiner Bismarck im Abgeordnetenhause, und unersetzlich nannte seinen Verlust der König, dessen steter Begleiter auf Reisen und im Kriege er gewesen war, und der A. als einen der treuesten, edelsten Menschen, als einen selten klaren und arbeitsfähigen Beamten bezeichnete.

Frhr. v. Schroetter.

Erich Marcks: Kaiser Wilhelm I. Dritte verbesserte und vermehrte Auflage. Leipzig 1899, Duncker & Humblot (XV u. 407 S.).

Von dem schönen Buche, das wir bei seinem Erscheinen in diesen Blättern eingehend gewürdigt haben, liegt nunmehr, nach nicht viel mehr als Jahresfrist, die 3. Auflage vor, auf die wir uns begnügen können mit wenigen Worten hinzuweisen.

Der Verfasser hat alles, was inzwischen an einschlägigen Veröffentlichungen erschienen ist — und dessen ist, wie bekannt, nicht wenig — in den Text dieser neuen Auflage hineingearbeitet, soweit die künstlerische Ökonomie seines Buches es zuließ; und auch da, wo keine ausdrückliche Berücksichtigung statthaft war, hat er, soweit es angebracht schien, Ton und Stimmung im einzelnen hie und da leise verändert. Vor allem hat er noch Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" selbst in diesem Sinne verwertet. Autor und Verleger haben die Mühe und das Opfer nicht gescheut, das im Satz bereits vollendete Buch noch einmal einer durchgehenden Revision zu unterziehen. Aus den 370 Seiten der ersten Auflage sind jetzt 407 geworden; aber im ganzen ist das Buch unverändert geblieben, in der äußeren Anlage wie in der inneren Auffassung. Der Verfasser hat die Genugthuung gehabt, seine Ansichten im großen und ganzen, wie in den meisten Einzelheiten durch die „Gedanken und Erinnerungen" lediglich bestätigt zu sehen. Wo Abweichungen vorhanden sind, wie namentlich in der allgemeinen Auffassung der Bismarckschen Politik von 1864—66 und des Verhältnisses des Königs zu dem Minister in dieser Zeit, da waren sie dem Verfasser schon vorher zum Bewußtsein gekommen und sind von ihm, den Einwendungen von Horst Kohl in den „Erinnerungen" selbst gegenüber, auch jetzt aufrecht erhalten worden. Daß andererseits auch die von Berner geltend gemachte Auffassung, die dem König einen größeren Anteil an der politischen Gesamthaltung zuerkennen möchte, das Urteil des Verfassers nicht zu modifizieren vermocht hat, wird niemanden überraschen. In unendlich mühsamer und peinlich sorgfältiger Kleinarbeit hat Marcks sein Buch auf die volle Höhe der neuesten Erkenntnis und Forschung gehoben. Die Fachgenossen werden ihm auch dafür noch besonders dankbar sein, daß er in dieser neuen Auflage die kritischen Anmerkungen erheblich reichlicher bemessen und namentlich über einzelne Punkte in Form von freilich sehr knappen Exkursen Rechenschaft gegeben hat. O. H.

H. Ulmann: Kaiser Wilhelm der Alte (Festreden der Universität Greifswald, Nr. 6). Greifswald 1898, Jul. Abel (20 S.).

Diese Festrede des Greifswalder Professors zum 22. März 1897, die das Lebenswerk und die Persönlichkeit Kaiser Wilhelms I. in feiner, wohlabgewogener Würdigung vergegenwärtigt, schließt sich an die Säkularschriften an, die wir in Bd XI, 364 (im letzten Absatz) zusammengestellt haben. Hier wie dort begnügen wir uns mit einem einfachen Hinweis, ohne auf den Inhalt näher einzugehen. Es soll nur bemerkt werden, daß auch diese Schrift den erfreulichen Eindruck verstärkt, wie unsere besten Historiker diesem Gegenstande gegenüber bei aller individuellen Eigentümlichkeit der Färbung doch im großen und ganzen in Urteil und Auffassung — auch in Ablehnung einer heroisierenden Amplifikation — einig sind.

O. H.

Theodor Schiemann: Heinrich v. Treitschkes Lehr- und Wanderjahre 1834—1867. Zweite Auflage. München u. Leipzig 1898, R. Oldenburg. (Historische Bibliothek, hrsg. von der Redaktion der Historischen Zeitschrift I.) (291 S.; 6 Mk.).

Dem was wir früher in diesen Blättern (X, 476 f.) über die erste Auflage des vom Publikum sehr freundlich aufgenommenen Buches gesagt haben, mögen beim Erscheinen dieser neuen Auflage noch einige orientierende Notizen hinzugefügt werden.

Der Verfasser hat den Text des Ganzen revidiert, wobei die inzwischen erschienenen biographischen Essais über Treitschke, namentlich der von Bailleu in der „Deutschen Rundschau", gute Dienste geleistet haben; aus ihm sind auch die Antwortschreiben Treitschkes an Bismarck in der bekannten Verhandlung von 1866, die in der ersten Auflage fehlten, hinzugefügt worden. Vor allem aber hat die Erschließung neuer Materialien, namentlich der Korrespondenz Treitschkes mit seiner Braut und mit seinem Jugendfreunde Schelske, den Verfasser veranlaßt, eine erhebliche Erweiterung des Buches vorzunehmen. Aus dem Schlußkapitel der ersten Auflage („das Jahr 1866") sind in dieser Neubearbeitung drei Kapitel geworden: „Aus Baden nach Preußen", „Krieg und Frieden", „Kiel". Das Buch hat dadurch, wie überhaupt durch die Revision des Textes, noch entschieden gewonnen. Freilich, das Bedürfnis und der Wunsch nach einer vollen Biographie, nach einer Würdigung des g a n z e n Treitschke und seiner Lebensarbeit bleibt bestehen; und wir können hinzufügen, daß die Aussicht vorhanden ist, ein solches Denkmal aus berufener Feder vielleicht bald zu erhalten. Daneben würde diese Darstellung ihren eigentümlichen Wert und Reiz immer behalten.

Das Buch ist von 270 auf 291 Seiten gewachsen, obwohl der Anhang der ersten Auflage, enthaltend die Studentenlieder und den dramatischen Entwurf „Heinrich von Plauen", diesmal fortgeblieben ist. Zwei Bilder Treitschkes, etwa aus den Jahren 1860 und 1867, sind beigefügt worden. Trotzdem hat die Verlagshandlung den Preis des Buches, das diesmal auch äußerlich in geschmackvollerem Gewande auftritt als das erste Mal, nicht erhöht. O. H.

Die Trophäen des Preußischen Heeres in der Königlichen Hof- und Garnisonkirche zu Potsdam. Auf Allerhöchsten Befehl Seiner Majestät des Kaisers und Königs hrsg. vom Königlichen Kriegsministerium. Bearbeitet durch G u s t a v L e h m a n n, Wirkl. Geheimen Kriegsrat und vortragenden Rat im Kriegsministerium. Mit 24 Tafeln in Lichtdruck. Berlin, E. S. Mittler & Sohn (6 Mk., geb. 7,75 Mk.).

Der Kaiser hat in seinem schönen Bestreben, die ruhmvollen Traditionen des Heeres zu pflegen, in diesem Buche ein Gegenstück zu der Geschichte der preußischen Fahnen und Standarten ausarbeiten lassen. Der kundige Verf. beschreibt in möglichster Vollständigkeit meist nach Akten nicht nur die in der Garnisonkirche zu Potsdam aufgestellten, sondern alle von der preußischen Armee eroberten Siegeszeichen. Erhalten sind von den vor 1806 erbeuteten fast gar keine, denn die vorhandenen wurden damals vom Feinde weggeführt. Indessen war es doch nach früheren Verzeichnissen möglich, die seit den Tagen des Großen Kurfürsten gewonnenen Trophäen zu beschreiben und auch die Vorgänge bei der Eroberung in fortschreitend immer genauer werdender Art zu erzählen. Für die neuesten Kriege seit 1848 ist diese Darstellung recht eingehend. Das von der Verlagsbuchhandlung glänzend ausgestattete Buch wird besonders für die Truppenteile von Wert sein, die das Glück hatten, Fahnen und Standarten zu erbeuten.

Frhr. v. Schroetter.

R. van der Borght: Sociale Friedenspolitik der letzten zehn Jahre in Deutschland. (Festrede zur Vorfeier des Geburtstages Sr. Maj. des



Kaisers und Königs Wilhelm II., gehalten am 26. Januar 1898 an der Kgl. technischen Hochschule zu Aachen.)

Der bekannte Professor der Nationalökonomie an der Technischen Hochschule zu Aachen giebt in dieser Rede einen gedrängten Überblick über die gesamte sociale Gesetzgebung und Politik seit dem Regierungsantritt unseres Kaisers. Der Ausbau der Arbeiterversicherung und des Arbeiterschutzes, die Erweiterung und Verschärfung der Gewerbeaufsicht, die Begründung der Kommission für Arbeiterstatistik, die Ergebnisse der Berufs- und Gewerbezählung von 1895, die staatlichen Einwirkungen in den Fragen des Arbeitsnachweises, der Arbeiterwohnungen, der verschiedenen Wohlfahrtseinrichtungen, die Begründung und die mannigfaltige Funktion der Gewerbegerichte, die Rentengutsgesetzgebung und die Maßregeln der innern Kolonisation werden nacheinander besprochen: der Zusammenhang der Militär- und Steuerreform mit den sozialen Fragen und manches andere wird kurz erörtert.

Die Tendenz des Redners ist, nachzuweisen, daß in den Maßnahmen der inneren Politik dieses ganzen Zeitraums „viel mehr innere Folgerichtigkeit und Stetigkeit herrsche, als sich die meisten träumen lassen"; er betont, „daß es bei Beurteilung gerade dieser Seite des kaiserlichen Wirkens verkehrt ist, sich durch Einzelheiten bestimmen zu lassen": „den Geist und den großen Grundgedanken, der in der sozialen Friedenspolitik verwirklicht ist, muß man erfassen, wenn man dem Kaiser und seiner Wirksamkeit gerecht werden will." O. H.

Max Fleischmann: Der Weg der Gesetzgebung in Preußen. (Abhandlungen aus dem Staats- und Verwaltungsrecht, hrsgb. von Prof. Dr. Siegfried Brie in Breslau, Heft 1.) Breslau 1898, M. & H. Marcus (128 S.; 3,60 Mk.).

Das Erscheinen einer jeden Monographie auf dem Gebiete des deutschen Landesstaatsrechts ist für den Fachmann heute allemal etwas besonders Erfreuliches, denn dieses Arbeitsfeld der Wissenschaft vom öffentlichen Recht liegt seit längerer Zeit in bedauerlichster Weise brach. Während die Erforschung und Darstellung des Reichsstaatsrechts sogleich nach Gründung des Reiches einen großartigen, glänzenden Aufschwung nahm, während die ersten Namen der deutschen Staatsrechtswissenschaft — Laband, Haenel, Georg Meyer, Zorn und mancher andere — sich dem Reichsrecht und zunächst nur ihm, zuwandten, geschah für das Staatsrecht der deutschen Einzelstaaten wissenschaftlich so gut wie nichts. Die Institutionen des neuen Reichs zogen die Fachkreise, von denen die Rede ist, mächtig an, das „alte Eisen" des Partikularrechts blieb im Dunkel liegen. Es blieb, anders ausgedrückt, auf der Stufe theoretischer Entwickelung stehen, welche es bereits um die Mitte des Jahrhunderts, durch die Geistesarbeit von Männern wie Gerber, Mohl und anderen, erreicht hatte, — ein für die damalige Zeit höchst achtungswertes Niveau, das sich aber doch mit dem heutigen Stande der Wissenschaft vom Reichsstaatsrecht gar nicht vergleichen läßt. Von systematischen Gesamtdarstellungen der deutschen Partikularstaatsrechte giebt es gegenwärtig, streng genommen, nur eine, die in Wahrheit — man gestatte mir den etwas zeitungsdeutschen Ausdruck — „erstklassig" ist und auf der Höhe der allgemeinen wissenschaftlichen Entwickelung steht: das bayerische Staatsrecht M. v. Seydels. Wie sehr aber gerade die Theorie des wichtigsten deutschen Partikularstaatsrechts, des preußischen, unter der dauernden Vernachlässigung landesstaatsrechtlicher Forschungen zu leiden hat, das mag man in der Vorrede nachlesen, mit der jetzt Zorn seine Neubearbeitung des v. Roenneschen Staatsrechts der preußischen Monarchie begleitet. Möge nach Abschluß dieser Neubearbeitung, deren erster Band soeben erschienen ist, das Urteil gerechtfertigt sein, daß der neue Roenne den alten an wissenschaftlicher Bedeutung weit übertrifft! —

In Anbetracht dieser litterarischen Gesamtlage des deutschen Landesstaatsrechts ist es, wie eingangs gesagt, erwünscht, daß dieses Arbeitsfeld

häufiger beschritten und fleißiger beackert werden möge, als es in letzter Zeit geschah. Und in diesem Sinne darf man das Fleischmannsche Buch als eine erfreuliche Leistung dankbar begrüßen. Der Gegenstand, den sich Verf. ausgesucht hat, ist freilich eng begrenzt und die Grenzen des Themas sind — was auch wieder nicht Tadel, sondern Lob verdient — überall streng innegehalten. Behandelt wird „der Weg der Gesetzgebung in Preußen", d. h. also das Verfahren bei dem Erlaß von Gesetzen. Nach der angegebenen Stoffbegrenzung bleibt unerörtert, was der Terminus „Gesetz" nach preußischem Staatsrecht materiell und formell zu bedeuten hat, in welchen Fällen ein Akt der gesetzgebenden Gewalt erforderlich ist und in welchen anderen Fällen der königlichen Verordnungsgewalt freier Spielraum bleibt. Es werden lediglich die Formen aufgewiesen, in denen sich die Thätigkeit der preußischen Gesetzgebungsmaschine vollzieht.

Verf. lehnt sich im ganzen wie im einzelnen eng an die dogmatischen Anschauungen Labands an, dessen Lehre vom Zustandekommen der Gesetze hier von dem Reichsstaatsrecht (für welches ausschließlich Laband seine Theorieen aufgestellt und begründet hatte) auf das preußische Staatsrecht übertragen werden. Danach gliedert sich das legislative Verfahren in folgende Abschnitte: 1. Gesetzvorschlag (Initiative), 2. Feststellung des Gesetzesinhalts, 3. Sanktion, 4. Ausfertigung, 5. Publikation des Gesetzes. Zur Initiative sind die drei Faktoren: König und beide Häuser des Landtags gleichmäßig berechtigt, die Feststellung des Gesetzesinhalts erfolgt durch Vereinbarung zwischen den drei Faktoren, während von da ab, d. h. in den drei letzten Stadien, das Gesetzgebungsverfahren der königlichen Prärogative ausschließlich überwiesen ist. Das centrale Moment des ganzen Vorgangs ist die Sanktion, welche ganz im Sinne Labands, als „Erteilung des Gesetzesbefehls" dogmatisch scharf geschieden wird von der voraufgehenden Vereinbarung des Gesetzesinhalts. Wesentlich nur in dem einen Punkte weicht Fleischmann von Laband ab, als er (S. 70 ff.) die „Ausfertigung" des Gesetzes, d. h. die autoritative Prüfung und Feststellung, ob den materiellen und formellen Vorschriften der Verfassung und sonstigen Gesetze über den Weg der Gesetzgbung in casu genügt sei, der Sanktion begrifflich vorhergehen läßt. In der That ist dies rein theoretisch betrachtet ganz richtig, insofern der König einen Gesetzentwurf nur dann sanktionieren wird, wenn, d. h. nachdem er jene Prüfung vorgenommen und der Entwurf die Prüfung bestanden hat. Es hat aber m. E. überhaupt keinen Sinn, nach preußischem Staatsrecht (anders nach Reichsrecht, vgl. die bemerkenswerten Ausführungen Fleischmanns S. 71, 72) Ausfertigung und Sanktion begrifflich zu trennen. Beide Akte fließen zusammen in der unterschriftlichen Vollziehung der Gesetzesurkunde durch den König. Indem der König das Gesetz ausfertigt, sanktioniert er es, und er kann ein Gesetz nicht anders sanktionieren als dadurch, daß er die Ausfertigung vornimmt. — Auf weitere Einzelheiten des Buches kann hier nicht eingegangen werden. Alles in allem bietet Verf. eine vollkommen erschöpfende und zuverlässige, von wissenschaftlichem Geiste getragene Darstellung der Materie. Als wichtiger litterarischer Nachtrag zu der S. 64 erörterten Frage — Zulässigkeit der Zurücknahme der Sanktion im allgemeinen und insbesondere in dem Falle des Gesetzes betr. die Verlängerung der Legislaturperioden vom 27. Mai 1888 — ist hier noch anzumerken die Äußerung Bismarcks in seinen inzwischen erschienenen „Gedanken und Erinnerungen" Bd. II S. 306, 307. Bismarck stellt sich dort, was die Beurteilung jener Frage nach preußischem Staatsrecht betrifft, ganz auf den Boden der auch vom Verf. vorgetragenen und gewiß richtigen Anschauung, daß König Friedrich III. befugt gewesen wäre, die Sanktion des vorbezeichneten Gesetzes zu verweigern, obwohl es, von der Regierung Wilhelms I. eingebracht, unverändert die Zustimmung des Landtags gefunden hatte. Anschütz.

W. Schultze: Chronik der Stadt Storkow (Mark) im Kreise Beeskow-Storkow, im Zusammenhang mit der Meißenschen und Branden-



burgisch-Preußischen Geschichte nach den vorhandenen Quellen aufgezeichnet. Storkow 1897 (132 S. 4°).

Das Buch ist die Arbeit eines für seine Gemeinde treu empfindenden Pfarrers, dem es Bedürfnis war, die Geschichte der ihm anvertrauten Gemeinde bis zum Ursprunge zu verfolgen. Es ist aus Artikeln für den Storkower Lokalanzeiger erwachsen und nach des Verfassers Wegzug aus Storkow nach Berlin dort unter Benutzung des Königl. Geh. Staatsarchivs erweitert worden. Die Schicksale des seit alters vom Verkehr abgeschlossenen, von Wald und Seen umgebenen kleinen Landstädtchens bieten wenig bemerkenswerte Ereignisse. Daher zieht der Verfasser vielfach die allgemeine Geschichte der Mark und Lausitz in seine Darstellung hinein und teilt auch sagen- und romanhafte Überlieferungen mit, die sich auf die Storkower Gegend beziehen, doch stets unter reinlicher Scheidung von Sage und Geschichte. Der Verfasser erhebt bescheiden keine litterarischen Ansprüche und sucht seine Leser unter den Familien der Kirchengemeinde Storkow, aber wenn das Buch auch vielfach aus den landläufigen Quellen schöpft, so bietet es doch auch viel bisher ungedrucktes Material aus dem Pfarr- und Stadtarchiv von Storkow und aus den Akten des Königl. Geh. Staatsarchivs. Natürlich stellt der Verfasser, der Beschaffenheit seiner Quellen sich anpassend, die Geschichte der Kirchengemeinde in den Vordergrund. Die handschriftlichen Hauptquellen sind die 1572 beginnenden und bis auf die Gegenwart fortgeführte, 1720 von Superintendent Rönisch angelegte Pfarrchronik, sowie die vom Bürgermeister Daberkow bald nach 1848 begonnene Stadtchronik, deren Nachrichten bis ins 16. Jahrhundert zurückgehen. Beide verwebt der Verfasser meist wörtlich in seine Erzählung. So wird diese fleißig zusammengestellte und geschickt geschriebene Arbeit ebenso für die Fachgelehrten, als für die Bewohner der behandelten Gegend ihren dauernden Wert behaupten. O Tschirch.

H. Freyberg: Geschichte der evangelischen Kirchengemeinde Tollminglehmen. Stallupönen 1898 (64 S. 8°).

Das jetzt dem Kreise Goldap zugehörige Kirchspiel T., welches auch der vormundschaftlichen Regierung des Markgrafen Georg Friedrich (1575—1603) seine Entstehung verdankt, besitzt, wie in diesen Blättern schon zweimal (X S. 379 und XI S. 213) zu erwähnen Gelegenheit gewesen ist, ein überaus reiches und selten vollständiges Pfarrarchiv. Aus den Schätzen desselben giebt der Ortsgeistliche in dem obigen Schriftchen sehr reichhaltige Auszüge, die nicht bloß dem Angehörigen des Ortes und der Gegend „interessant“ sind, sondern auch für den Historiker nach mancher Richtung von größter Wichtigkeit werden können. Derartige Lokalgeschichten, aber auch nur solche, sind daher stets mit großem Danke entgegenzunehmen. — Dem bekanntesten und bedeutendsten Pfarrer zu T., dem größten litauischen Dichter Christian Donalitius (st. 1790) sind hier sechs Seiten gewidmet.
K. Lohmeyer.

Joh. Heyse: Die Bau- und Kunstdenkmäler der Provinz Westpreußen. Bearbeitet im Auftrage des westpreußischen Provinzial-Landtages. Danzig, Th. Bertling.

Heft X. Der Kreis Löbau. Mit 61 in den Text gedruckten Abbildungen, 15 Beilagen und einer Übersichtskarte. 1895 (3 Bl., 116 S. 4°).

Heft XI. Kreis Marienwerder östlich der Weichsel. Mit 38 in den Text gedruckten Abbildungen und 24 Beilagen. 1898 (4 Bl., 111 S. 4°).

Da bereits bei den Besprechungen der vier vorhergegangenen Hefte die Art und Bedeutung des in jeder Beziehung vortrefflichen und, was für diese Stelle die Hauptsache ist, auch in den historischen Einleitungen streng wissenschaftlich gehaltenen und durchaus zuverlässigen großartigen Prachtwerkes zur Genüge gewürdigt ist (Forsch. III S. 311 f., IV S. 638 u. VII S. 588), so mag es hier bei der bloßen Anzeige der beiden inzwischen erschienen Hefte sein Bewenden haben. Wie im Kreise Löbau die Pfarrkirchen der Hauptstadt, so nehmen bei Marienwerder natürlich und in noch viel höherem Maße der Dom und das Domschloß, die Kathedrale und der Kapitelsitz des ehemaligen Bistums Pomesanien, das Hauptinteresse in Anspruch.

K. Lohmeyer.

Albert Zweck (Oberlehrer): Litauen. Eine Landes- und Volkskunde. [A. u. d. T.: Deutsches Land und Leben in Einzelschilderungen. Landschaftskunden und Städtegeschichten. I. Landschaftskunden. 1. Bd.] Mit 66 Abbildungen, 8 Kartenskizzen und einer großen Karte der Kurischen Nehrung. Stuttgart 1898, Hobbing & Büchle (VIII u. 452 S. 8°; 8 Mk., geb. 9,50 Mk.).

Wenn die ganze Sammlung, welche mit dem obigen, die nordöstlichste Landschaft des preußischen Staates und des Deutschen Reiches behandelnden Buche beginnt, auch durchweg mit ihm gleichen Schritt hält, so kann der Urheber des großen Unternehmens mit berechtigtem Stolze auf sein Werk blicken. Wer Litauen und seine Bewohner, die Eigenarten der letzteren auch nur so weit kennt wie der Berichterstatter, wer ferner weiß, wie verhältnismäßig wenig nicht gerade gedrucktes Material über Land und Volk überhaupt, wohl aber wissenschaftlich verwertbares und unanfechtbares gedrucktes Material vorhanden ist, weiß zu beurteilen, welche große Mühe es dem Verfasser gekostet haben muß, den Stoff für sein Werk zusammenzubringen und zu sichten. Dazu hat sich der Verfasser in die verschiedenartigsten Wissensgebiete hineinarbeiten müssen, wenn er nicht in seinen Urteilen von seinen Vorlagen in bedenklicher Weise abhängig bleiben wollte, und sollte da hin und wieder eine Ausstellung zu machen sein, so wird man es ihm eben bei der Mannigfaltigkeit des Stoffes nicht hoch anrechnen dürfen. Die Geschichte im eigentlichen Sinne des Wortes fällt hier fast ganz aus, und nur gelegentlich kommen vereinzelte Bemerkungen vor, die in ihr Gebiet gehören, so daß es wohl genügen dürfte, wenn hier kurz der Inhalt angegeben wird. Nach einigen Bemerkungen „über Ostpreußen im allgemeinen“ wird im weitaus größten, fast zwei Drittel des ganzen Buches umfassenden Teile „Litauen“ (genauer möchte ich sagen: das festländische Litauen) behandelt, dann in zwei gleichen kleineren Teilen das Memeldelta und nach wenigen Seiten über das Kurische Haff die Kurische Nehrung. Nicht weniger als hundert Seiten verwendet der Verfasser auf die höchst belehrende Beschreibung der Oberflächengestaltung des eigentlichen Litauen, das er durch die vier Hauptströme Memel, Inster, Pissa-Pregel und Angerapp in fünf Hochgebiete zerteilt werden läßt; ebenso wird in den beiden anderen Hauptteilen, Memeldelta und Nehrung, zuerst die Bodenbeschaffenheit genauer erörtert. Dann folgen immer: Klima, Pflanzen- und Tierwelt, die Bewohner, zuletzt ihre Erwerbsthätigkeit und ihre Siedlungen (städtische, wo solche vorhanden sind, und ländliche); daß bei der Darstellung der Erwerbsthätigkeit neben Landwirtschaft und Viehzucht, Forsten, Fischfang, Gewerben auch (natürlich mit Ausschluß der Nehrung) Handel und Verkehr nicht fehlen, soll nicht unerwähnt bleiben. Jedem größeren Abschnitt folgt eine Zusammenstellung der einschlagenden Litteratur, doch darf nicht außer Acht gelassen werden, daß der Verfasser stets neben Gedrucktem und Ungedrucktem das Hauptgewicht auf die eigene Anschauung, auf „Specialstudien an Ort und Stelle“, und auf Nachforschungen bei Kundigen und Sachverständigen gelegt hat. So vorsichtig

der Verfasser sonst überall zu Werke geht, ist er doch, wie ich nicht zurückhalten kann, in Bezug auf den Rombinus und andere angebliche Litauersagen (S. 77 ff.) mehr, als gestattet ist, Gisevius gefolgt. Auch der bereits 1237 aufgehobene livländische Schwertbrüderorden hätte doch bei den Jahren 1326 und 1328 nicht als noch bestehend aufgeführt werden dürfen (S. 253). — Da das Buch doch jedenfalls auf den größeren Leserkreis berechnet ist, so war auch die Art der Darstellung nicht gering anzuschlagen, und es muß anerkannt werden, daß es dem Verfasser meist gelungen ist, den „sich gegen eine geschmackvolle Darstellung nur zu oft sträubenden Stoff" siegreich zu bewältigen. K. Lohmeyer.

Theodor Löschke, Seminardirektor: **Ragnit.** Eine historisch-geographische Skizze unter Mitwirkung von Seminarlehrer **Th. Eckstein** verfaßt und herausgegeben. Ragnit 1898, Selbstverlag (86 S. 8°).

Dieses Büchelchen, welches im wesentlichen die Quellen selbst sprechen läßt, die mittelalterliche schriftliche Überlieferung und für spätere Zeit auch Akten, wird gewiß von denen, die es angeht, zunächst von Ragnitern, gern und auch nicht ohne allen Nutzen gelesen werden. Wissenschaftliche Ansprüche aber erhebt es wohl kaum und kann es auch nicht erheben, denn es fehlt trotz allem Fleiß, wie mit vielen Beispielen leicht zu erweisen wäre, jede Spur von wissenschaftlicher Forschung. Sachlich ist mir die große Lücke zwischen 1684 und 1722 aufgefallen: ist denn wirklich etwa aus der Zeit der großen litauischen Pest am Anfange des 18. Jahrhunderts für Ragnit selbst nichts zu ermitteln gewesen? K. L.

Hohenzollern-Jahrbuch. Forschungen und Abbildungen zur Geschichte der Hohenzollern in Brandenburg-Preußen. Hrsgb. von **Paul Seidel.** Zweiter Jahrgang. Berlin und Leipzig 1898, Giesecke & Devrient (250 S. gr. 4°; broch. 20 Mk.).

Inhaltlich ebenso bedeutend und äußerlich noch stattlicher und glänzender als der erste stellt sich dieser zweite Jahrgang des Hohenzollern-Jahrbuchs dar, eine wahre Zierde des deutschen Buchgewerbes. Es enthält zu 16 größeren und kleineren Aufsätzen, denen sich eine Anzahl von Miscellaneen anschließt, nicht weniger als 32 Abbildungen in meist prachtvoll ausgeführten Vollblättern, von den zahlreichen Textillustrationen, die sich überall durch Geschmack auszeichnen, ganz zu geschweigen. Aber auch der wissenschaftliche oder litterarische Wert der Beiträge ist meist ein hervorragender. Wir wollen hier nur mit wenigen Worten einen Begriff von dem Inhalte des Bandes zu geben versuchen.

Am Anfang und am Schluß der Aufsatzreihe stehen zwei Arbeiten, deren Gegenstand der jüngsten Vergangenheit oder der Gegenwart angehört: Ernst Berner feiert im Rückblick auf die zehnjährige Regierung Kaiser Wilhelms II. Verdienste und Bestrebungen, namentlich unter dem Gesichtspunkte der socialen und der Weltpolitik; Erich Marcks bietet eine Studie über „Bismarck und die Hohenzollern", in der namentlich eine gedankenreiche Parallele zwischen dem Begründer der preußischen Vorherrschaft in Deutschland und dem Schöpfer der preußischen Großmacht gezogen und dann das Verhältnis des Kanzlers zu seinem „alten Herrn" feinsinnig erörtert wird.

Von aktuellem Interesse sind auch die historischen Erläuterungen Reinhold Kosers zu den Denkmälern in der Siegesallee, die gerade aus dieser Feder den Lesern des Jahrbuchs hoch willkommen sein werden. Ausgezeichnet gelungene Reproduktionen der Bildwerke selbst begleiten die Worte des kundigen Interpreten.

In die ältere brandenburgische Geschichte führt der Aufsatz des Professors Frhrn. v. d. Ropp über Albrecht Achilles, offenbar die Frucht einer langen und liebevollen Beschäftigung mit dem Gegenstande. Eine interessante archivalische Ausgrabung bietet Dr. Erhardt in der Darstellung der



[illegible]

[illegible] et pendant la guerre de sept ans. [illegible]

[illegible] von Berlin. [illegible]

1898). Berlin 1898, Korporation der Berliner Buchhändler (VII u. 303 S.; 4 Mk.).

O. Wiedfeldt: Statistische Studien zur Entwicklungsgeschichte der Berliner Industrie von 1720 bis 1890. Leipzig 1898, Duncker & Humblot (XI u. 411 S.; 9,60 Mk.). [A. u. d. T.: Staats- u. socialwissenschaftliche Forschungen hrsgb. von G. Schmoller. Bd. 16. Heft 2.]

Adolf Beer: Die österreichische Handelspolitik unter Maria Theresia und Josef I. (Aus: Archiv f. österr. Geschichte.) Wien 1898, C. Gerolds Sohn in Komm. (204 S.; 3,40 Mk.).

K. v. Rohrscheidt: Vom Zunftzwange zur Gewerbefreiheit. Eine Studie nach den Quellen. Berlin 1898, C. Heymann (XX u. 668 S.; 12 Mk.).

G. Cavaignac: La formation de la Prusse contemporaine. T. 2: Le ministère de Hardenberg, le soulèvemént de 1808—13. Paris 1898, Hachette et Cie. (517 S.; 7,50 Fr.). Vgl. Forsch. V, 663.

F. v. Demelitsch: Metternich und seine auswärtige Politik. Bd. 1. Stuttgart 1898, J. G. Cotta Nachf. (XVIII u. 692 S.; 14 Mk.).

Kriegsgeschichtliche Einzelschriften, hrsgb. vom Großen Generalstabe, Abt. für Kriegsgeschichte. 1. Heft. Berlin 1898, E. S. Mittler & Sohn (X, 133 S.; 2,50 Mk.). Enthält: Die preußischen Kriegsvorbereitungen und Operationspläne von 1805. — Die Unternehmung des Detachements v. Boltenstern im Loirthal am 26. u. 27. Dez. 1870.

Karl Mathy: Aus dem Nachlaß. Briefe aus den Jahren 1846—48, mit Erläuterungen hrsgb. von L. Mathy. Leipzig 1898, S. Hirzel (VII u. 523 S.; 9 Mk.).

K. Schorn, Landgerichts-Kammerpräsident a. D.: **Lebenserinnerungen.** Ein Beitrag zur Geschichte des Rheinlands im 19. Jahrhundert (1818—1885). 2 Bde. Bonn 1898, P. Hanstein (VIII, 346 u. u. V, 286 S.; 10 Mk.).

E. Friedrich: Das Große Hauptquartier und die deutschen Operationen 1870 bis zur Schlacht von Sedan. München 1898, Beck (104 S.; 6 Mk.).

P. Lehautcourt: Le siège de Paris. I: 7 août — 27 octobre, II: 28 octobre—3 décembre 1870. 2 vol. Paris 1898, Berger-Levrault (407 u. 438 S.; 12 Fr.).

H. v. Müller, Gen.-Leut. z. D.: **Die Thätigkeit der deutschen Festungsartillerie bei den Belagerungen, Beschießungen und Einschließungen im deutsch-französischen Kriege 1870/71.** Bd. 1: Die Belagerung von Straßburg. Berlin 1898, E. S. Mittler & Sohn (XVI u. 374 S.; 8 Mk.).

Otto Fürst v. Bismarck: Gedanken und Erinnerungen. 2 Bde. Stuttgart 1898, J. G. Cotta Nachf. (XVI, 375 S. u. XVI, 311 S.; 20 Mk.). [Vgl. S. 55 ff. dieses Bandes.]

M. Busch: Bismarck. Some secret pages of his history. 3 vols. London 1898, Macmillan & Co. (XXIV, 564 u. VI, 484 u. VII, 407 S.; 30 Mk.).

H. v. Poschinger: Bismarck-Portefeuille. Bd. 3. Stuttgart 1898, Deutsche Verlagsanstalt (188 S.; 3 Mk.).

Margaretha v. Poschinger: Kaiser Friedrich. In neuer quellenmäßiger Darstellung. Bd. 1: 1831—1862. Berlin 1898, R. Schröder (VI u. 430 S.; 10 Mk.).

E. Lange: Die Greifswalder Sammlung Vitae Pomeranorum. Alphabetisch nach Geschlechtern verzeichnet. Greifswald 1898, J. Abel (XIX u. 406 S.; 6 Mk.). [A. u. d. T.: Baltische Studien. Erste Folge. Ergänzungsband.]

R. Dorr: Kurze Geschichte der Elbinger Altertumsgesellschaft (1873 bis 1898) nebst Mitteilungen über das Städtische Museum und die Konvent-Sammlung. Anhang: Drei Lieder aus der ältesten Zeit des Vereins. Zur Feier des fünfundzwanzigjährigen Bestehens der Gesellschaft zusammengestellt. Elbing 1898, C. Meißner (48 S. 8°; 1 Mk.).

R. Dorr: Die Gräberfelder aus dem Silberberge bei Lenzen und bei Serpin, Kreis Elbing, aus dem 5.—7. Jahrhundert nach Christi Geburt. Mit 3 Tafeln und 7 Textfiguren. Festschrift der Elbinger Altertumsgesellschaft zur Feier ihres fünfundzwanzigjährigen Bestehens. Elbing 1898, C. Meißner (29 S. 4°; 3 Mk.).

Forschungen

zur

Brandenburgischen und Preußischen Geschichte.

Neue Folge der „Märkischen Forschungen" des Vereins für Geschichte der Mark Brandenburg.

In Verbindung

mit

Fr. Holtze, G. Schmoller und A. Stölzel

herausgegeben

von

Otto Hintze.

Zwölfter Band, zweite Hälfte.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1899.



Pierer'sche Hofbuchdruckerei Stephan Geibel & Co. in Altenburg.

Inhaltsverzeichnis.

I.

Geistiges Leben in der Mark Brandenburg am Ende des Mittelalters[1]).

Von

Felix Priebatsch.

Bei der Eröffnung der Universität Frankfurt an der Oder äußerte Kurfürst Joachim I., in der Mark sei ein Gelehrter so selten wie ein weißer Rabe. In ähnlicher Weise meinte er, als er vom Papste die Aufhebung der Prämonstratenserregel der beiden westlichen märkischen Domkapitel begehrte, diese Maßnahme würde es erleichtern, wissenschaftlich gebildete Männer in die Mark zu bringen; bisher habe sie daran großen Mangel gehabt. Julius II. fügte sich dem kurfürstlichen Wunsche und machte sich seine Begründung zu eigen[2]). Der Abt Trithemius, der eine Zeit lang als Gast des Kurfürsten in Berlin weilte, schrieb an seine Freunde, hier herrsche zwar Achtung vor den Gelehrten, aber nur ein sehr geringes Streben nach Bildung[3]). Auf Grund dieser Äußerungen wird die Mark in der Regel als ein halb barbarisches Land hingestellt, das allein von allen Territorien von dem mächtigen Aufschwunge des deutschen geistigen Lebens dieser Epoche unberührt

---

1) Riedels Codex diplomat. Brandenburgensis wird im folgenden unter Weglassung des Titels citiert und zwar wird die Abteilungsnummer durch Buchstaben, die Bandnummer durch Zahlen angegeben. Die vom Verfasser herausgegebene Politische Korrespondenz des Kurfürsten Albrecht Achilles (Publ. aus den K. Preuß. Staatsarchiven 59. 67. 71) wird kurzweg P. K. I—III citiert. M. F. bedeutet Märk. Forsch., B.U.B. das Urkundenbuch zur Berlinischen Chronik. Universitätsmatrikeln werden durch die bloße Angabe der Universität citiert.

2) A. XIII 13. 1506.

3) Freher, Trith. opp. hist. II 480 f.

geblieben; man begründet dies noch, die Mark habe von den Heimstätten der Bildung an der Ostsee, oder im Westen und Süden Deutschlands zu weit abgelegen, um an den dort gepflegten Bestrebungen teilnehmen zu können[1]). Dies Urteil ist, wie hier erwiesen werden soll, nicht einmal dann zutreffend, wenn man die glänzenden Leistungen der Humanisten als die einzige Bethätigung des Geistes in dieser Zeit ansehen will und die treufleißigen Bemühungen derer, die im alten Gleise ersprießlich fortarbeiteten, unbeachtet lassen zu dürfen glaubt. Doch ist ohne weiteres zuzugeben, daß in der armen, entvölkerten Mark vieles, was recht eigentlich zu den Lebensbedingungen einer litterarischen Bewegung gehörte, nicht vorhanden war oder sich erst herausbilden mußte: ein reiches, bildungsbeflissenes Patriziat, üppige, freigebige Prälaten, weltliche Fürsten, die sich in der Rolle von Mäcenaten gefielen. Es fehlte zudem im Lande an hohen Schulen, gut dotierten Stiftsstellen, die die einheimische Intelligenz festhalten, die fremde heranlocken konnten. Die Landesherrschaft nahm zu ihren gelehrten Räten mit Vorliebe Söhne ihrer fränkischen Heimat. Der märkische Klerus ging auf in den Sorgen um das tägliche Brot und konnte nur schwer die Muße zu wissenschaftlicher Beschäftigung gewinnen, obwohl einzelne Bischöfe es nicht daran fehlen ließen, ihn hierzu zu ermuntern. Es stand also der Entwickelung einer gelehrten Bildung in der Mark von vornherein mancherlei im Wege; umsomehr muß es daher hervorgehoben werden, daß der Zudrang der Märker zu den Universitäten sich auf gleicher Höhe mit anderen Landschaften hielt, daß den Brandenburgern der Weg nach den Centren der Bildung, die für sie nicht selten in Feindesland lagen, weder zu weit, noch zu beschwerlich war. Viele wurden tüchtige, angesehene Männer. Einige sichern ihrem Geburtslande sogar einen hohen Rang in dem geistigen Leben der Nation. Für die Strömungen, die Deutschland erfüllten, werden sich kaum typischere Gestalten finden lassen, als die folgenden drei Märker: Unter den Rufern im Streite in den kirchenpolitischen Kämpfen der ersten Hälfte des Jahrhunderts steht in vorderster Reihe der leidenschaftliche Priegnitzer Matthias Döring, unstreitig neben Gregor Heimburg damals der erste politische Schriftsteller Deutschlands, auch als Geschichtsschreiber und Theologe angesehen, als Kenner der Italiener, vornehmlich des Petrarca, merkwürdig. Steht Döring dem Humanismus nahe, so findet ein anderer Zweig der aus Italien eindringenden Wissenschaften, das römische Recht, wenig bedeutendere, keinen unermüdlicheren Vertreter als den Altmärker Henning Goede aus Werben, der als Rechtslehrer in Erfurt und Witten-

1) Paulsen, Gesch. d. gelehrten Unterrichts 2. Aufl. II 166.

berg jahrzehntelang wirkte, an Einfluß, Klientel, Verbindungen der erste Konsulent in Deutschland. Aus Sommerfeld, jenem lausitzischen Städtchen, das mit der Hälfte der Erbschaft Barbaras der Kamenzer Friede an die Mark brachte, stammte Johann Rhagius Ästicampianus, auch er ein rechter Typus jener wanderlustigen, begeisterten, ruhelosen Humanisten mit ihrem hohen Wollen, ihrem unermeßlichen Selbstgefühl, aber auch ihrer kleinlichen Streitsucht und dem zwecklosen Verpuffen ihrer geistigen Kräfte in allerhand unbedeutenden, geringwertigen Leistungen. Diese Männer stehen aber nicht allein da. Der Mark gehören noch an der kirchliche Eiferer und Reformer Jakob von Jüterbock, der gelehrte Kenner des Hebräischen, Stephan Bodeker, nachmals Bischof von Brandenburg; auch Johann von Falkenberg ist hierher zu rechnen, jener litterarische Schildknappe des deutschen Ordens und Feind Polens, der auf der Konstanzer Kirchenversammlung soviel Unfrieden erregt hat; denn das Wedellsche Mediatstädtchen, von dem er den Namen tragen soll, war zwischen Pommern und Brandenburg streitig und gehörte am Ausgange des Mittelalters zumeist zur Mark[1]). Aus früherer Zeit muß an Hans von Buch erinnert werden, der wohl mit der erste deutsche Laie gewesen ist, der sich in Italien dem Studium des römischen Rechts gewidmet hat, an Nicolaus Wurm, den Glossator des Sachsenspiegels und an so manchen andern.

Solche Namen zeigen schon allein, daß es mit der geistigen Öde in der Mark doch nicht ganz so schlimm bestellt gewesen sein kann. Wenn die Zeitgenossen trotz des Vorhandenseins so ausgezeichneter Brandenburger zu abfälligen Urteilen in Bausch und Bogen kamen, wie sie oben wiedergegeben worden sind, so lag das zum Teil an dem Umstande, daß die gelehrten Märker selten ihren Wirkungskreis im Lande fanden und daher leicht in der Heimat übersehen und vergessen werden konnten; daß das Leben in der Mark wirklich sehr hausbacken dahinstrich, so daß man von einer innata rusticitas der Bewohner[2]) reden durfte, daß in dieser verhältnismäßig jungen Kultur kein rechtes Feld für geistige Thätigkeit erwartet werden konnte; hauptsächlich aber daran, daß die Mark als das eigentlich klassische Land der wilden Adelsfehden bekannt war. Diese unbändigen, kriegerischen Edelleute, die man im eigentlichen Reiche zum Unterschiede von ihren höfischen oder gelehrten oder ackerbautreibenden Standesgenossen kurzweg „Reiter“ zu nennen

1) Auch Beß in Ztschr. f. Kirchengesch. XVI 392 erklärt ihn für einen Neumärker.

2) Trithemius (Freher II 481).

pflegte, galten als bäuerische, ungelenke Gesellen, als Verächter feinerer Lebensart und höherer Bildung. Jede Thorheit glaubt z. B. Albrecht Achilles solchen Leuten zutrauen zu dürfen. Der Erzbischof Friedrich von Magdeburg (ein Thüringer) wundert sich darüber, daß er de terra rutherorum reformatores erhalten solle[1]). Die Augustiner, die ihm zur Klosterreform übersandt wurden, waren weder „Reiter", noch hatten sie mit ihren Fehden das geringste zu thun. Der Erzbischof glaubt sich aber trotzdem berechtigt, aus der Art eines einzelnen, wenngleich einflußreichen Standes, einen Schluß auf das ganze Land zu machen. Noch weniger dachte man natürlich, Gelehrte in einem „Reiterlande", wie es die Mark unzweifelhaft war, finden zu können, und man war daher rasch mit der Behauptung bei der Hand, dort lebten nur rebelles, pertinaces, indociles, Leute parvae intelligentiae[2]). Und diesen weit verbreiteten Vorurteilen sind die erwähnten Bemerkungen über den Stand der märkischen Bildung in erster Linie zuzuschreiben. In der Hauptsache sind es sogar nur die üblichen rhetorischen Übertreibungen; denn es gehört zur humanistischen Phraseologie, die „Finsternisse", die beleuchtet werden sollten, besonders schwarz zu malen. Vornehmlich bei Gründung einer neuen Hochschule waren solche Äußerungen fast nicht zu umgehen. Das Gleichnis vom weißen Raben stammt aus Lucian, der es auf Cappadocien anwendet[3]). Die Klagen über die geringe Bildung, besonders des Klerus, werden auch anderwärts mit noch mehr Nachdruck vorgebracht. Im Schwabenlande, das bereits drei berühmte Hochschulen besaß, klagte Fabri, unter 1000 Geistlichen sei nicht einer, der eine hohe Schule besucht habe, ein baccalaureus werde wie ein Wunder angestaunt[4]).

I.

Studenten aus der Mark. — Verteilung auf die Universitäten. — Laufbahn. — Stipendien. — Studium von Laien. — Der Herrenstand und die Hochschulen. — Plan, Friedrich den Feisten auf die Universität zu schicken. — Der niedere Adel und die Hochschulen. — Studenten aus dem Patriziat. — Aussichten für studierende Märker. — Die Landesherrschaft bevorzugt die Franken. — Die Hohenzollern und die Bildung der Zeit. — Vorurteil gegen die märkischen Gelehrten. — Unterkommen gelehrter Märker in der Fremde; in Dänemark. — Klitzing. — Märker in Rom. — Märker als Stadtschreiber. — Laien. — Syndici. — Befragung von

1) Gesch.qu. der Prov. Sachsen XIX 465.

2) Magd. Gesch.Bl. 18, 133.

3) ed. Imman. Bekker II 448: θᾶττον ἔην λευκοὺς κόρακας, πτηνάς τε χελώνας εὑρεῖν ἢ δόκιμον ῥήτορα Καππαδόκην.

4) Vgl. Tagmann, Petrus Vincentius. Festschr. d. wiss. Ver. z. 17. Vers. der deutschen Philologen zu Breslau S. 44.

Universitäten. — Märker als Universitätslehrer. — Märker leiden in der Fremde durch den Fremdenhaß. — Notwendigkeit, eine Hochschule zu gründen. — Die Mark braucht ein eignes Beamtenpersonal. — Anschauungen der Zeit über den Nutzen einer Universität. — Urteil der brandenburgischen Räte. — Die Rechtsfakultät als Spruchkollegium. — Die Städte und Hochschulen. — Vorbereitung der Universitätsgründung. — Greifswald. — Albrechts angebliche Äußerung über eine Universitätsgründung. — Johanns Thätigkeit hierfür. — Frankfurt wird Sitz der Hochschule. — Bedeutung der Universitätsgründung.

Die Matrikeln deutscher und außerdeutscher Universitäten — eine ganze Anzahl liegt ja bereits gedruckt vor — verzeichnen eine stattliche Menge studierender Märker. Die noch fehlenden, die zum Teil verloren, zum Teil noch ungedruckt sind, würden ihre Zahl noch erheblich steigern. Besonders kämen Padua, Paris, Kopenhagen, daneben aber auch Ingolstadt und Wien, ferner Köln von 1466 an [1]) in Betracht. Die jetzt bekannten Listen ergeben insofern kein gleichartiges Material, als die Rostocker und Greifswalder Matrikeln auch die Artisten mit umfassen, während dies in Leipzig bis jetzt noch nicht der Fall ist [2]), aus Prag nur die Juristen und promovierten Artisten bekannt sind, und die Bologneser Matrikel, die freilich keine Matrikel im strengen Sinne ist, große Lücken aufweist. Außerdem hat sich sicherlich so mancher Märker gar nicht förmlich in die Listen aufnehmen lassen. Aus den Eintragungen in die Matrikeln und aus sonstigen Notizen über Studium von Märkern lassen sich bis zum Jahre 1500 2980 Namen von Brandenburgern auf Universitäten nachweisen. 160 von diesen haben nachweislich auf zwei, 7 auf drei Hochschulen studiert [3]). Auch von diesen sind nicht alle wirkliche Studenten im heutigen Sinne gewesen; doch wird man, da die Neigung der märkischen Kaufleute oder Handwerker, außer Landes zu gehen, zu keiner Zeit groß war, die Zahl der bloßen Universitätsverwandten märkischen Ursprungs nicht als sehr bedeutend annehmen dürfen. Vergleiche mit anderen Landschaften zeigen, daß das Kontingent der studierenden Märker nicht geringer war, als das anderer Gegenden. In Bologna studieren bis 1500 86 Brandenburger, das bevölkertere, größere und Italien weit näher liegende Schlesien stellte auch nicht mehr [4]). Man beachte ferner den Abstand zwischen den studierenden Märkern und den studierenden Hessen [5]).

1) Ein paar Notizen über Köln seit 1466, Mitt. d. Ver. für Gesch. Berlins 1884 S. 55.

2) Der neue Bd. der Matr. konnte noch nicht benützt werden.

3) Vgl. die Tabelle.

4) Nach der Berechnung von Pfotenhauer.

5) Die Stölzel zusammengestellt hat.

Eine erhebliche Abweichung von den Erfahrungen aus anderen Gebieten zeigt sich bei den Märkern insofern, als bei ihnen die zahlreichen Studenten niederster Herkunft zu fehlen scheinen, die anderwärts so oft erwähnt werden. Es lassen sich zwar zur Zeit noch nicht alle Märker, die in die Matrikeln eingetragen sind, in den sonstigen Urkunden der Zeit nachweisen, wohl aber ist dies meist der Fall hinsichtlich der Familien, denen sie angehören, die fast ausschließlich adlige oder namhafte, zum Teil ratsfähige Stadtgeschlechter sind. Wo einmal ein Sohn eines geringen Handwerkers, wie der gelehrte Stephan Bodeker, zu hohen akademischen und kirchlichen Würden gelangt, hebt er seine niedrige Geburt mit solchem Nachdruck und solcher freudigen Beflissenheit hervor, daß man den Eindruck gewinnen muß, ein solches Emporsteigen gehöre hierzulande zu den Seltenheiten. Auch der Schreiber eines für einen Thurmspitzenknopf bestimmten Zettels vermerkt darauf, daß er eines Stendaler Lakenmachers Sohn sei[1]).

Der anderwärts beobachtete Umstand, daß die Menge der Studierenden aus einem Orte oft im umgekehrten Verhältnisse zu dessen Größe steht, läßt sich in der Mark nicht wahrnehmen, auch nicht, daß gerade die Orte, die berühmte Heiligtümer oder eine stattliche Zahl von Geistlichen besaßen, wie die Sitze der märkischen Kathedralen, besonders fruchtbar an Studenten gewesen wären.

Die meiste Anziehungskraft auf die Märker übte Prag und dann dessen Erbin Leipzig aus; vereinzelte Brandenburger studierten übrigens auch noch nach der Auswanderung der Deutschen an der Moldau. (So wird der Leipziger Magister Johann Hasenfeld aus Frankfurt 1447 in die Gemeinschaft der Prager Magister aufgenommen[2]), während der Leipziger Baccalar Lucas aus Frankfurt nicht als Baccalaureus anerkannt wird[3].) Bei den übrigen deutschen Hochschulen ist meist ihre Lage maßgebend. Erfurt lockt die Altmärker, daneben auch die Mitglieder des Franciskanerordens an. Rostock, zu dessen Konservatoren auch der Stendaler Dechant zählt[4]), kommt für den Norden, Krakau für den Osten stark in Betracht. Greifswald[5]) spielt nicht die Rolle, die man

1) A. 6, 263.

2) Mon. univ. Prag. I 2, 35.

3) 36. Hierzu vgl. jedoch Goll, Qu. u. Untersuch. z. Gesch. d. böhmischen Brüder 123.

4) A. 5, 224.

5) Die bekannten Matrikelausgaben werden im folgenden nur kurz mit dem Namen der Universität citiert; Knods eben erschienenes Werk „Die deutschen Studenten in Bologna“ konnte nur während der Korrektur gelegentlich verwertet werden.

nach seiner Nähe zur Mark erwarten sollte. Bei der Gründung erscheinen zwar sehr viele Brandenburger, nachher bleiben sie weg, vielleicht infolge der Kriege, doch läßt sich nicht sagen, daß gerade die Kriegsjahre den Rückgang der Zahl der märkischen Studierenden besonders stark zeigen. Nach Italien wandert der Adel, der namentlich unter den Besuchern Bolognas durch zahlreiche Genossen vertreten ist. Der Edelmann ist freilich nicht überall leicht herauszuerkennen. Meist fällt er jedoch durch eine erheblich höhere Eintragungsgebühr und durch die Mitnahme eines Hofmeisters oder Bedienten auf. Padua wird nur wenige Male erwähnt, dürfte aber weit öfter aufgesucht worden sein. Auf Pisa deutet vielleicht der Umstand hin, daß ein altmärkischer Domherr einen Pisaner Dukaten besitzt und ihn bis an sein Lebensende aufhebt[1]). Nach Siena ist ein Alvensleben gekommen. Aus Ferrara wird nur ein Jüterbocker Student gemeldet[2]). Der Zulauf nach Paris war erheblich größer, als die jetzt vorliegenden Nachrichten es erkennen lassen. Wo an sonstigen Hochschulen Märker erscheinen, da handelt es sich in der Regel um Versprengte. Doch muß betont werden, daß, wo auch immer eine neue Universität sich aufthut und durch Ausschreiben die Hörer an sich lockt, sich auch Märker einfinden; so in Ingolstadt[3]), in Basel[4]). In Tübingen erscheint im Jahre 1511 der erste Märker, ein Doktor und Kanonikus zu Brandenburg, Jodocus Lorcher[5]).

Die Zahl der pauperes unter den Märkern ist nicht groß, bisweilen werden Leute erwähnt, die auf der einen Universität als arm frei bleiben, auf der andern die vollen Gebühren zahlen. Manche erwarben die Freiheit durch Dienste bei Mitgliedern des Lehrkörpers, bei dem Universitätsnotar, bei dem Arzte, durch verwandtschaftliche Beziehungen zu einflußreichen Universitätslehrern. Dem Paulus de Reppyn, der 1499 in Greifswald Magister wird, werden die Gebühren auf Bitten der Italiener an der Hochschule erlassen[6]).

An den nach Nationen gegliederten wälschen Hochschulen zählten die Märker zu den Deutschen; in Leipzig, einer der wenigen deutschen, die nach dem Vorbilde der Mutteruniversität Prag diese Einteilung

1) A. 5, 223. Leider wissen wir sehr wenig von Orléans, das noch im 17. Jahrh. große Anziehungskraft auf die Märker ausgeübt hat. (Ein Bismarck ist dort 1608, vgl. Nouvelle revue historique 1888. 393.)

2) Freundliche Mitteilung des Herrn Prof. Luschin von Ebengreuth.

3) Prantl, Gesch. d. Univ. Ingolstadt I 65.

4) W. Vischer, Gesch. d. Univ. Basel 255.

5) Urk. z. Gesch. d. Univ. Tübingen 584.

6) Matrikel 145.

beibehielten, zu den Sachsen. Nur die südlichen, lausitzischen Gebiete des Landes, die dem Bistume Meißen unterstanden, rechnete man zur meißnischen Nation; dorthin zählte man bisweilen auch die studierenden Lehniner Mönche.

Die große Zahl von Märkern, die in Bologna Sachwalter ihrer Nation geworden sind, zeigt das Ansehen, das sie genossen. Diese Auszeichnung schrieb sich wohl daher, daß viele Adlige unter ihnen waren, denen man ein solches Amt gern antrug. Auch in Paris tritt das niederdeutsche Element stark hervor, wie z. B. die Thätigkeit des Jakob Windhorst in der Mitte des 15. Jahrhunderts beweist[1]). Der Märker Busso von Bartensleben wird dort Vorsteher der deutschen Nation[2]), in der übrigens die Engländer zumeist überwiegen. Von dem Neumärker Benedikt Sydow, der 1483 in Leipzig studierte, heißt es in der Matrikel: fuit hic apud Saxones magni nominis vir. Paul Götz aus Brandenburg stirbt 1499 „tief betrauert" in Bologna; dort beschließt auch der Soldiner Domherr Lorenz von Kuhmeise sein Leben (1498), ebenso zwei Jahre vorher ein anderer Neumärker, Jakob Goldbeck (1496).

Daß sich unter den märkischen Studenten auch mancher unbotmäßige, wilde Geselle befand, zeigt das Schicksal des Salzwedlers Rutenberg, der in Rostock 1476 studierte und dann in seiner Vaterstadt gevierteilt wurde. Zahlreiche Klagen werden über das Verhalten der Studenten erhoben[3]).

---

1) Jourdain, Ind. chron. chart. 262 ff.

2) Mém. de la Société de l'Hist. de Paris et de l'Isle de France (1875) I 173. Der Name ist dort verschrieben. 1344 wird in Paris ein dom. Conradus de Berlyn Licentiat, der in der beiliegenden Tabelle nachzutragen ist. (Arch. für Litt. u. Kirchengesch. V 287, 276.)

3) Ein N. Byth wurde in Königsberg der Brandstiftung angeklagt (1457). A. 19, 386. Ein Stechow wurde in Greifswald 1479 wegen rebellio verwiesen, ein Michael Roer, ein clericus coniugatus, Läufer der Universität ebenda, wegen Pflichtverletzung entlassen (1486). In Leipzig wurden der Havelberger Domherr Otto Czyler und der Kottbuser Martin Fabri ausgeschlossen. (Matr. 733 f.) Vielleicht ist auch jener Conradus Landisberg, der 1461 wegen Mordes relegiert wird (Matr. 735) ein Märker. Dagegen buchen die Leipziger Polizeiaufzeichnungen (abgedr. bei Wustmann, Qu. z. Gesch. d. St. Lpz.) keinerlei Ungebühr märkischer Studenten, wohl aber verlautet aus Leipzig von Beleidigungen, die einem märkischen Universitätslehrer widerfuhren (Matr. 734). In Salzwedel wurde ein Student wegen Ruhestörung festgenommen (Berlin, kgl. geh. Staatsarchiv R. 78a [C. M. 21] 160), in Zerbst ein Scholar aus Stendal in den Turm gesetzt, weil er bei Nacht in ein Haus eingedrungen, um zu der Magd zu gelangen (Zerbster Stadtarchiv II 3. Er wird vom Rate losgebeten, weil er „accolitus unde gheistlik iss). Einem Märker wird vorgeworfen, daß er nur um die Privilegien der Scholaren zu genießen und bald den, bald jenen mit geistl. Gerichte behelligen zu können, Leipziger Student geworden sei. Vgl. Sitz.ber. d. Berl. Akad. d. Wiss. 1883, 455.

Über Studiengang, Specialfächer u. s. w. ist fast nichts überliefert. Aus der Rostocker Matrikel ersieht man, daß ein sehr starker Prozentsatz der märkischen Artisten das Baccalaureat und von diesem ein kleinerer Teil die Magisterwürde erwarb. Der Stendaler Hans Brunkow wurde mit 21 Jahren Magister in Leipzig [1]). Wie sich die Beförderten nun auf die höheren Fakultäten verteilten, läßt sich nicht sagen. Von dem namhaften Arzte und Diplomaten Kyritz weiß man, daß er zweimal seine Fakultät wechselte, erst Mediziner, dann Jurist, dann wieder Mediziner wurde [2]). Erscheinen und Abgang von den Universitäten war so regellos wie überall. Auch die Mark durchziehen Studierende fremder Hochschulen auf ihren Wanderungen; sie sind unangenehme Gäste und werden, wie die oben erwähnten Beispiele zeigen, der Brandstiftung, wohl auch der Dieberei bezichtigt und wegen ihrer Neigung zu Tumulten nicht gern gesehen. Ein Student überbringt dem Markgrafen die Fehdebriefe des Lausitzers Erdmannsdorf und seiner Genossen [3]).

Die Mehrzahl der märkischen Studierenden waren Kleriker oder wollten es werden. Leute, die bereits im Besitze einer Pfründe waren, fanden es aber oft nicht ratsam, diese zu verlassen, weil die Gefahr einer Beeinträchtigung während der Abwesenheit zu groß war. Urlaub wurde von der kirchlichen Behörde bereitwilligst erteilt [4]). Die Träger höherer Kirchenämter des 15 ten Jahrhunderts scheinen fast alle studiert zu haben; auch in den Kapiteln und den Klöstern sucht man das Studium zu befördern. So werden Brandenburger Canonici in scholis degentes erwähnt [5]). Das Kapitel giebt Gelder her zum Unterhalt studierender Domherrn. Die Klöster, vor allem Lehnin und Zinna, schicken ihre Mönche auf Universitäten. Lehnin erwirbt 1431 vom Papste das Recht, 1 bis 2 Mönche auf die Hochschulen zum Studium des ius canonicum zu entsenden [6]). Der Propst Vlogel zu Tangermünde vermacht seine juristischen und liturgischen Bücher demjenigen seiner drei Neffen, der studiert. Für diesen liegen Stipendiengelder bei dem Rate zu Stendal bereit [7]). Der Stendaler Dechant Belitz bestimmt 600 fl. für einen Studenten, der an beliebiger Hochschule und hernach auf Wunsch in Rom

---

1) A. 1, 326.

2) Abh. d. Wiener Akad. d. Wiss. Phil.-Hist. Kl. 127 II. Abt. S. 14 Anm. 12.

3) P. K. II 460.

4) A. 12, 162.

5) A. 8, 47. 265.

6) Repertorium Germanicum 145 Nr. 876.

7) A. 5, 215.

studieren soll [1]). In Pritzwalk wird 1478 ein Stipendium von 18 rh. fl. [2]) jährlich gestiftet zur Unterstützung eines Studenten. Es wird ihm entzogen, wenn er nicht fleißig ist [3]). Der aus Seehausen gebürtige Gregor Moller, Pfarrer zu St. Pauli in Hamburg, die Pröpste Dietrich Maß und Johann Kuchenbitter in Krevese und Arendsee hinterlegen 1481 600 rh. fl. [4]) beim Rate zu Seehausen. Von den Zinsen soll 20 fl. einer aus ihren Familien erhalten und auf die Universitäten Paris, Köln, Rostock, Erfurt gesandt und dort mindestens Magister artium oder baccalaureus juris werden. Nach Erlangung der Magisterwürde hat der Stipendiat in Seehausen eine Messe zu lesen und sich dem Rate als Leiter der Stadtschule zur Verfügung zu stellen. Ist kein Familienmitglied da, soll ein Locat oder Schüler 10 fl. als Unterstützung erhalten [5]).

Laien, die eine gelehrte Bildung erwarben und zum Abschluß brachten, sind vorerst noch selten, häufiger dagegen solche, die auf den Hochschulen nur die Anfangsgründe des Wissens in sich aufzunehmen wünschten. Zu diesen dürften eine Reihe Patrizier märkischer Städte gerechnet werden, die in den Universitätslisten erscheinen und später als Ratmannen oder als Richter [6]) ihrer Städte eine bedeutende Wirksamkeit entfalten. Der bekannte Berliner Kaufherr Thomas Blankenfelde gehört zu diesen; er wird 1453 in Leipzig erwähnt; sein Sohn gelangt dann als Rechtslehrer und Kirchenfürst zu hohen Ehren. Der Berliner Herbergswirt Kaspar Zeyse, der aus Frankfurt stammt, wird ebenfalls in der Leipziger Matrikel aufgeführt.

Die Mitglieder des Herrenstandes, die, wie die Bieberſteiner oder die Schenken von Landsberg [7]), Universitäten bezogen, folgten damit der Sitte ihrer Standesgenossen, die den Hochschulen schon früh Interesse entgegenbrachten und dort durch die Höhe ihrer Spenden wie durch ihre Begleiter, die bisweilen namhafte Gelehrte waren, Aufsehen erregten. Bevorzugte Kirchenstellen, auf die sie sich wohl durch das Studium vorzubereiten wünschten, haben nur wenige von ihnen erreicht [8]). Fürst-

1) A. 25, 479.

2) Kapital 400 fl.

3) A. 2, 43 f.

4) 5%.

5) Prog. des Progymnas. zu Seehausen 1865 S. 31. Moller wird 1448 in Rostock immatrikuliert, vgl. auch A. 6, 382.

6) z. B. Bamme und Feist in Frankfurt, beide stud. zu Leipzig.

7) Sieben Schenken von Landsberg studieren bis 1500.

8) Von norddeutschen Herren glückte es außer dem Fürsten von Anhalt nur den Herren von Barby, Grafen von Mühlingen, die durch die langjährigen

liche Personen sind zur Zeit in ganz Deutschland noch selten auf den Hochschulen anzutreffen; nur die Landesuniversität immatrikuliert mitunter Söhne des Herrscherhauses und erteilt ihnen die Würde des Rektors. Keiner der Markgrafen hatte bisher studiert. Der Plan, Friedrich den Feisten [1]) auf die Kölner Hochschule zu schicken, um ihn für den geistlichen Stand erziehen zu lassen, war nicht zur Ausführung gekommen [2]). Dagegen hat der Neffe Albrecht Achills, der Graf Eitelfritz von Zollern, die Freiburger [3]) und die Erfurter Hochschule [4]) besucht. Sein Begleiter war der später viel genannte Dr. legum Christ. v. Hayn. In der dispositio Achillea wurde für den Unterhalt jüngerer Söhne, die sich für den geistlichen Stand auf Universitäten vorbereiten wollten, ein Jahrgeld von 1000 fl. ausgeworfen.

Um so stärker ist dagegen der niedere Adel auf den Hochschulen vertreten. Um nur die bekanntesten märkischen Geschlechter zu nennen: es werden 3 Burgsdorff, 6 Bredows, 8 Bülows, 9 Holzendorf [5]), 3 Schlabrendorf, 2 Sparre, 10 Stutternheim [5]), 4 Stechow, 4 Alvensleben, 8 Arnim, 6 Knesebeck, 3 Rohr, 4 Bartensleben, 12 Schulenburg, 8 Güntherberg, 3 Krusemark, 4 Wedell, 2 Kröcher, 3 Klitzing, 2 Lüderitz, 5 Quitzows, 7 Schlieben erwähnt. Es handelt sich allerdings zumeist um die Geschlechter, die in den Geschäften des Landes bereits eine Rolle spielen und auf die höheren Würden in Staat und Kirche hoffen dürfen. Sie bevorzugen die ausländischen, besonders die italienischen Universitäten, deren Titel in Deutschland noch bis über das folgende Jahrhundert hinaus an Ansehn und Bedeutung die an deutschen Hochschulen erworbenen überragten. Die Doktoren Schlabrendorf [6]), Bülow [7]), Schlieben [8]), Königsmarck [9]), Alvensleben [10]) wurden Bischöfe, die Doktoren Dieskau [11]) und Rohr [12]) erhielten hervorragende Stellungen

Ratsdienste Johanns von Barby gute Beziehungen zum Kaiserhause besaßen, bisweilen eine reiche Pfründe zu erlangen. Einer der Ihren wurde Dechant von Straßburg, konnte aber in dem fernen Bistum keinen Boden gewinnen.

1) Bruder Friedrichs II.
2) Voigt, Die Erwerbung der Neumark 273. 1444.
3) Schreiber, Gesch. der Albert Ludwigsuniv. zu Freiburg I 31.
4) 1469. Vgl. P. K. II 642.
5) Hiervon sind vielleicht nicht alle adlig.
6) stud. Rost. 1484. Lpz. 1485. Bol. 1491.
7) Rost. 1472. Erf. (?) 1478. Bol. 1479.
8) Lpz. 1461. Bol. 1467.
9) Ist Doctor jur. utr., Univ. kann ich nicht angeben.
10) Rost. 1476. Bol. 1480.
11) Ist Doktor, Univ. kann ich nicht angeben.
12) Bol. 1478.

im Johanniterorden. Auch andere märkische Kirchenfürsten adliger Abkunft, wie Bischof Joachim von Brandenburg[1]) (Bredow), Ludwig von Lebus[2]) (Burgsdorff) und selbst der Haudegen Wedigo von Havelberg[3]) (Putlitz) hatten hohe Schulen besucht. Ein Priegnitzer Edelmann, Hans von Eichendorff, der 1435 in Leipzig studierte, wird Schreiber Kurfürst Friedrichs II., Domherr zu Havelberg und Propst zu Stendal. Der Kanzler Berdemann gehörte einer altmärkischen Adelsfamilie an. Adlige Kanzleibeamte sind überhaupt nicht selten. In Beeskow werden z. B. zwei Mitglieder der Familie Gebelzig als Schreiber der Herrschaft, der eine als Magister artium erwähnt[4]). Als Doktor der Herren von Ruppin wird der Neuruppiner Stadtpfarrer Otto von Gladow bezeichnet[5]), der es indes nur bis zum Baccalaureat in den geistlichen Rechten gebracht hatte[6]). Ritter Nickel Pfuhl, der zwar studiert, aber kein Examen abgelegt hatte, wird ebenfalls in der Regel mit dem Titel Doktor bedacht[7]).

Von den bekannteren Bürgergeschlechtern sind es vornehmlich die Patrizierfamilien der altmärkischen Städte, die eine größere Zahl von Studierenden hervorbrachten. Die Möring stellen in dem Zeitraume von 1428—1496 9 Mitglieder, darunter 6 seit 1479, die Blankenfelde 5, ebensoviel die Klingbeil; 9 Wins aus Berlin und einer aus Frankfurt lassen sich zusammenzählen. Die Bürgersöhne erstrebten, wenn sie nicht, wie bereits erwähnt, bloß an den Erwerb elementarer Kenntnisse dachten, die Erlangung von Pfründen städtischen Patronats. Einzelne wurden Rechtskonsulenten wie jener Nicolaus Wegener aus Perleberg, den man auch in Hamburg zu Rate zog[8]). Andere wurden Schreiber bei Kommunen oder Adligen[9]). Dagegen eröffnete ihnen der Staatsdienst, die Laufbahn eines fürstlichen Rates oder Kanzleibeamten zunächst nur bescheidene Aussichten. Auch der Adel wuchs erst allmählich in diese Stellungen hinein, wenn sie ihm auch nicht verschlossen waren. Die Landesherrschaft zog lange Zeit in erster Linie Ausländer heran.

1) Lpz. 1461.

2) Lpz. 1467.

3) Rost. 1448. Lpz. 1452.

4) A. 20, 432. 433 f.

5) A. 4, 345.

6) Univ. Rostock und Bologna 1454.

7) Siehe Stölzel, Rechtsverwaltung I 93; P. K. III S. 484.

8) Koppmann, Hamburger Kämmereirechnungen IV 268. W. studierte 1453 in Rostock, 1456 ist er in Greifswald immatrikuliert.

9) So ist wohl der Schulenburgsche Schreiber Chr. Gläsing A. 5, 382 mit dem Studenten gleichen Namens, der 1424 in Leipzig immatrikuliert wird, identisch.

Auch unter den nicht gelehrten Beamten überwogen, wenigstens soweit es auf die Vertrautenstellungen ankam, die Fremden, vornehmlich die Franken. Es lag das an dem berechtigten Mißtrauen der Kurfürsten gegen ihre neuen Unterthanen; in Franken verfügten sie über Beamtenfamilien, die seit Generationen im Dienste der Nürnberger Burggrafen thätig gewesen und sich auch in der Mark besser verwenden ließen, als die ungelenken und den fürstlichen Interessen noch nicht ohne Vorbehalt ergebenen Märker. Bei den gelehrten Beamten kam hinzu, daß die Hohenzollern gewöhnt waren, an ihre Räte recht hohe Ansprüche zu stellen. Die fränkischen Lande mit ihren blühenden Reichsstädten, reich bewidmeten Bistümern, ihrer alten Kultur, konnten fast als eine Pflanzschule für ganz Deutschland angesehen werden. Fast ohne Mühe vermochten sich dort auch die Burggrafen mit den in reichem Überfluß vorhandenen ausgezeichneten Kräften zu versorgen. Man braucht bloß die Räte Albrecht Achills zu mustern, um dies bestätigt zu finden. Man blickt da in einen Kreis von fast durchweg hervorragenden Männern. Da steht neben Dr. Gregor Heimburg der starre Anhänger blinder Unterwerfung unter die Kurie, religionis patronus, wie ihn Enea Silvio nannte, Dr. Peter Knorre[1]). Da Dr. Pfotel, der unaufhörlich zu den Reichstagen, nach Ungarn, Polen, Böhmen, der Mark geschickt wurde[2]), und ihm zur Seite zwei andere Legisten, der Bamberger Dombechant Dr. Hertnid von Stein, ein begeisterter Verehrer der vollendeten Staatskunst der italienischen Fürsten[3]), und Dr. Georg von Absberg, den man mit Heimburg[4]) verglich und als eine Perle unter den deutschen Beamten pries[5]). Schier unerschöpflich scheint hier die Fülle der Talente, der Virtuosen in der neuen Staatskunst, lauter Leute, die jeder Aufgabe in Diplomatie, Verwaltung und Hofleben gewachsen scheinen und mit ihrer erstaunlichen Anpassungsfähigkeit sich in allen Lagen zurechtfinden. Ob sie nun ausgesandt wurden, die wilden Friesen gegen Burgund aufzuwiegeln oder den Übermut der siegreichen Schweizer zu mäßigen, ob sie mit ketzerischen Böhmen verhandeln oder mit ihren fanatischen Gegnern, ob sie die Verschleppungskünste der kaiserlichen

1) Ss. rer. Pruss. IV 221.

2) P. K. passim.

3) P. K. II 486.

4) Vgl. P. K. I S. 8. Betr. seiner litterarischen Interessen genügt es, daran zu erinnern, daß ihm Niclas von Wyle und Albrecht von Eyb ihre Schriften widmeten und daß er der berühmten Pfalzgräfin Mechthild nahe stand. Vgl. u. a. Herrmann, Albr. v. Eyb 270. 276 f.

5) Sattler, Gesch. Württ. IV 142.

Sekretäre oder die Hinterlist und Geldgier der päpstlichen Agenten überwinden wollen, überall zeigen sie selbst in ganz fremden Verhältnissen dieselbe Rührigkeit und Geschicklichkeit und offenbaren dabei eine nicht gewöhnliche Gabe, Land und Leute zu beobachten und Schönes, Nachahmungswürdiges, das ihnen entgegentritt, in sich aufzunehmen. Der Franke Dr. Heiden, der vom brandenburgischen Dienste aus zu einer ansehnlichen Stellung am kaiserlichen Kammergerichte emporstieg und zugleich als Diplomat gefährliche Aufträge, z. B. öfters am Hofe Ludwigs XI. erledigen mußte, versteht es sogar, den romantischen und historischen Interessen des jungen Maximilian nicht minder aufmerksam zu dienen als den politischen des Markgrafen und des Kaisers. Und der Schwabacher Sachwalter Engelhard Funck, der in Rom die Prozesse der Söhne Albrechts zu führen pflegte, weiß daneben auch seine junge Herrin, die Markgräfin, durch zierliche Verse zu Dank zu verpflichten. In allen Sätteln gerecht ist vor allem die an Talenten jeder Art so reiche Eybsche Familie, voran Ludwig von Eyb, ein letzter Vertreter jener adligen Hofleute alten Stiles mit ihrer gesunden Derbheit, ihrer praktischen Vielseitigkeit und ungelehrten Einfachheit, und dessen Brüder und Söhne, die sich, sieben oder acht an Zahl [1]), alle auf Universitäten [2]) tummelten; unter dieser Schar steht obenan Albrecht von Eyb, der berühmte deutsche Schriftsteller, ein langjähriger Rat der Markgrafen, und Anselm, Doctor legum, ein einflußreicher Diener der Markgrafen am kaiserlichen Hofe [3]). Die Mehrzahl dieser Männer ließ sich auch in märkischen Geschäften verwenden. Vor allem Pfotel wurde dort oft und gern in Anspruch genommen. Der berühmte Nürnberger Arzt Hermann Schedel lebte eine zeitlang am Hofe Friedrichs II. [4]); die an gebildeten und hochgelehrten Sprossen überreiche fränkische Familie Sesselmann gab eine ganze Reihe ihrer Mitglieder an die Mark ab, z. B. außer dem oft genannten Lebuser Bischofe noch dessen Bruder Doktor Hieronymus Sesselmann, der Dechant zu Lebus wurde, aber später wieder nach Franken zurückging [5]). Des Bischofs Nachfolger im Kanzleramte wurde der Franke Doktor Zerer, und neben ihm behauptete sich dessen engerer Landsmann [6]), Markgraf Johanns Erzieher, Doktor decr. Stocker, in einflußreicher Stellung am Berliner Hofe.

1) Vogel, L. v. Eybs Aufzeichnung 2c. S. 28 f.
2) Fast durchweg zu Erfurt und Pavia.
3) Biographie P. K. II 129.
4) Vgl. unten.
5) Außerdem noch Paul S., Thomas S. u. a.
6) Ebenfalls aus Hof.

Die Hohenzollern ließen sich aber bei dieser Bevorzugung der bewährten fränkischen Räte nicht bloß von ihrer landsmannschaftlichen Sympathie und wohlberechtigten Erkenntlichkeit leiten; sie hatten bereits ein festes Verhältnis zu der neu aufkommenden Wissenschaft gefunden, das sie zu immer schärferer Auslese unter ihren Räten veranlaßte. Albrechts Bruder Johann der Alchymist war der erste gewesen, der persönliche Beziehungen mit Italien und Italienern anzuknüpfen versucht hatte. Schon bei seiner Pilgerfahrt wird dies geschehen sein [1]). Dann hatte seine Tochter Barbara einen italienischen Prinzen geheiratet und in ihrer neuen Heimat, in Mantua, einen gelehrten Kreis zu versammeln verstanden, in dem sie sich mit voller Sicherheit zu bewegen wußte, und der der deutschen Fürstentochter mit rauschenden Huldigungen ihre Gunst und ihr teilnehmendes Interesse für seine Bestrebungen vergalt [2]). Aus Italien verschrieb sich nun ihr Vater einen gelehrten Schriftsteller Arriginus, der dann auf der Plassenburg einen Kreis von Jüngern mehrere Jahre lang um sich scharte. Der Italiener suchte den deutschen Zöglingen seine Eleganz, seine Anschauungen und sein Stilgefühl zu übermitteln. Er fand eine treffliche Aufnahme und entzückt schrieb er nach Hause „Die neue Schreibweise gilt viel unter den Menschen" [3]). Es läßt sich annehmen, daß ein großer Teil der in den brandenburgischen Kanzleien beschäftigten Beamten unter ihm seine Ausbildung erhalten hat. Auch Albrecht, der nicht eigentlich gelehrt war, stand den neuen Bildungsbestrebungen, die in seiner Nachbarschaft, vornehmlich an den bischöflichen Höfen zu Eichstädt und zu Augsburg ein warmes Nest gefunden hatten, mit voller Hochachtung gegenüber. Alle Fehler, die damals die Halbgebildeten aus der neuen Geschmacksrichtung entnahmen, finden sich in seinen Briefen wieder, vor allem die naive Freude, seine deutsch abgefaßten Schreiben mit allerhand lateinischen Citaten und Redewendungen zu spicken, gelehrter zu scheinen, als er eigentlich war. Er weiß, welch hohen Wert gerade die feingebildeten römischen Prälaten auf eine glatte, gewandte, zierliche Schreibweise legen; wenn er auch zugeben muß, daß in der Mark „Doktoren die Menge" [4]) sind, wagte er doch nicht, ihnen einen einfachen Dankbrief an den Kardinal Franz Piccolomini, den Neffen

1) Vgl. Hauptmann, Das Wappenrecht S. 500 f. Die dortigen Zweifel, ob Johann gemeint ist, sind unbegründet.

2) Über die merkwürdige Fürstin vgl. 41. Ber. d. hist. Ver. f. Mittelfr. Hofmann, Markgräfin Barbara v. M., ferner verschiedene Bemerkungen bei Schmarsow, Melozzo da Forli u. a. Über Friedrichs I. deutsche Lesebücher und seine Fürsorge dafür vgl. C. I 231, Arch. Ztschr. X 19.

3) Ztschr. f. Gesch. d. Oberrheins 22, 35.

4) P. K. I 389.

Pius des Zweiten [1]), anzuvertrauen; den Brief muß der Bamberger Dechant Hertnid von Stein schreiben [2]), dessen Art zu reden der Papst und viele Kardinäle gerühmt hatten [3]). Die Märker sind ihm, selbst wenn sie eine gelehrte Bildung besitzen, zu schwerfällig, zu ungeschlacht zu solchen Aufgaben. Er scheint hierin nicht falsch beobachtet zu haben; dem Soldiner Propste Wilkin Thomä (früher am Domstifte zu Köln) wird von seinem Geschäftsträger in Rom eröffnet, seine Bittschriften seien so lang und weitschweifig, daß sie bei den päpstlichen Beamten Widerwillen erregten [4]). Selbst dem Ästicampian wird in Paris Schwulst vorgeworfen. Auch zu den Reichstagen, auf denen sich die Blüte der gelehrten fürstlichen Räte aller Territorien zu versammeln pflegte, zog Albrecht keine Märker zu. Deren breites Niederdeutsch, das er für eine ganz fremde Sprache hielt, hätte ja dort niemand verstanden. Nur wo es ihm darauf ankam, daß die Mark als solche vertreten sei, so bei den Verhandlungen über die pommersche Frage, ließ er Landeskinder hinauskommen, meist den studierten Ritter Nickel Pfuhl und den Abt von Lehnin, mitunter auch, solange er in brandenburgischen Diensten war, den Albert Klitzing, der freilich in seinem Wesen wenig märkische Züge aufwies. Der zweite Nachfolger Klitzings, Erasmus Brandenburg, wird häufiger in solchen Geschäften verwandt, doch war dieser kein geborener Märker, sondern ein gelehrter Sachse aus Zwickau.

Kurfürst Johann ließ sich in den Reichsangelegenheiten, wenn es anging, von seinen Brüdern und ihren Beamten vertreten; in seinen märkischen Sachen gebrauchte er mehrere Franken, Zerer, Stocker u. A., gelegentlich auch den Sachsen Staufmel, bis der in Braunschweigische Dienste trat, die Franken Absberg, Pfotel u. A., sowie einige Märker adliger, bisweilen auch einige bürgerlicher Herkunft [5]).

So hatten die märkischen Landeskinder, auch wenn sie eine gelehrte Bildung erwarben, nicht allzuviel Aussichten, im Lande selber zu Diensten verwandt zu werden und als Beamte des Fürsten emporzukommen.

---

1) Kardinaldiakon tit. St. Eustachii, Erzb. v. Siena, später Pius III., einer der Albrecht befreundeten Kardinäle. Er verstand deutsch.

2) P. K. I 389 f.

3) P. K. I 320.

4) appellationes vestrae adeo sunt longae et prolixae, quod procuratores habent taedium eas videre. Schoettgen und Kreysig, Dipl. et Scriptores III 165. Von dem Dr. Arnold von Monkedamm, weiland Abte von Lehnin, heißt es, daß er eine oratio elegans vor Sixtus IV. gehalten habe. Sello, Lehnin 161.

5) Außer dem Propste Matthie noch den Dr. M. Packebusch aus Stendal, der indes in lübische Dienste übertritt.

Glücklichere Bedingungen bot ihnen die Fremde. Vor allem zog Dänemark, das an einheimischen Talenten keinen Überfluß gehabt haben dürfte und bis zur Gründung einer eignen Hochschule verhältnismäßig wenig Studierende hervorbrachte, mit Vorliebe deutsche und darunter brandenburgische Kräfte heran. Erleichtert wurde dies durch die enge Verbindung des in Dänemark seit Christian I. regierenden oldenburgischen Hauses mit den Hohenzollern; König Christian hatte eine Tochter Johanns des Alchymisten geheiratet[1]) und engen Anschluß an ihren Oheim Albrecht gesucht[2]), durch dessen Vermittelung er eine Reihe kaiserlicher Bewilligungen zu erlangen hoffte. Auch ungelehrte, einfache märkische Edelleute, ein Hasso Queis[3]), ein Jakob Bodendieck[4]), oder unadelige, z. B. Melchior Kieckebusch[5]) fanden an seinem Hofe Anstellung. Die höheren brandenburgischen Beamten, wie den Ritter Busso von Alvensleben, suchte er wenigstens für gelegentliche Dienstleistungen zu gewinnen[6]). Den Havelberger Johann Cordes machte er zu seinem Sekretär und beförderte ihn dann zum Domherrn in Roeskilde[7]). Den markgräflichen Sekretär Klitzing, den Kurfürst Albrecht zu ihm mit einer Botschaft gesandt hatte, nahm er als Rat in seinen Dienst, ließ sich von dem gewandten und weltkundigen Manne nach Italien und dann an den Rhein zu Karl dem Kühnen begleiten und verschaffte ihm die Propstei zu Hamburg. Klitzing brachte eine Heirat zwischen dem dänischen Kronprinzen Hans und Christine von Sachsen zustande, der Tochter des Kurfürsten Ernst, und gewann hierdurch auch enge Beziehungen zum sächsischen Hofe, die ihm nach dem Tode des Königs Christian die Erhebung zum Domdechanten zu Magdeburg eintrugen. Diese Pfründe scheint er später mit der Propstei zu St. Sebastian daselbst vertauscht zu haben, wenn er nicht beide gemeinschaftlich besitzen durfte. Die Hamburger Propstei hat er beibehalten und später (1505) einen Verwandten in diese Stellung gebracht[8]). Er wußte somit in allem, was er in fremdem Dienste that,

---

1) Dorothea, siehe P. K. II S. 672.
2) Siehe P. K. passim.
3) Vgl. z. B. A. 21, 480
4) Dresden, Hauptstaatsarchiv. W. A. Dänische Sachen 14.
5) P. K. III Nr. 732.
6) P. K. I 635 ff.
7) P. K. II 614. K. wurde aber nicht, wie dort angegeben, Dechant.
8) Vgl. Archiv der freien und Hansestadt Hamburg, 1505 6. April. König Johann von Dänemark an Papst Julius II. Albert Klitzing hat auf die Hamburger Propstei zu Gunsten des Mag. Joachim Klitzing verzichtet. Der König präsentiert denselben für die Stelle. J. Kl. hat die Stelle thatsächlich erhalten.

seine eignen Sachen daneben zu fördern[1]) und fortwährend neue Verbindungen anzuknüpfen, sich an immer neuen Höfen einen Stein im Brett zu sichern. Die Sendung im brandenburgischen Auftrage zu Christian bot ihm die Staffel, um in den dänischen Sold zu kommen. Auf der Reise mit Christian wußte er sich dem Papste zu empfehlen und eine Auszeichnung von ihm zu erwirken[2]), denn ein akademischer Titel fehlte ihm, obwohl er zwei Universitäten[3]) besucht hatte. Bei der Fahrt an den Rhein erlangte er das Vertrauen Karls des Kühnen und erhielt von ihm den geheimen Auftrag, seinem früheren Herrn, dem Markgrafen Albrecht im Namen Burgunds die römische Königskrone anzubieten. Die Heiratsverbindung zwischen dem dänischen Königshause und Sachsen und hernach Verhandlungen zu ähnlichem Zwecke in Polen erwarben ihm auch dort Freunde und Anspruch auf Dank. Am kaiserlichen Hofe und auf den Reichstagen war er nicht minder wohl bekannt[4]). Nur am Ausgangspunkte seiner Laufbahn, in der Mark, mißtraute man schließlich[5]) dem allzu wandlungsfähigen Manne, der so vielerlei einander widerstreitende Interessen mit gleicher Liebe und Emsigkeit umfaßte. In der Mark mit ihren täglichen kleinen Sorgen, ihren ungarischen und pommerschen Nöten, ihrer langsamen Entwickelung hätte der geschäftige Ränkeschmied freilich kein so geeignetes Feld der Thätigkeit gefunden, wie bei den lustigen Gebilden des abenteuerlichen Christian oder den stolzen Plänen der Wettinischen Hausmachtspolitik. Ein anderer Klitzing[6]), wohl sein Neffe, folgte ihm als Propst zu Hamburg. Nicolaus Bolden aus Berlin wurde „syndicus Theomarcie“[7]). Im 16ten Jahrhundert brachte es Jörg von Quitzow bis zum dänischen Kanzler[8]).

Auch am päpstlichen Hofe machten eine Reihe Märker ihr Glück.

1) Vgl. auch P. K. III Nr. 883 über die Betriebsamkeit, mit der er sein Getreide und sein Holz zu verkaufen versteht.

2) Vgl. P. K. III Nr. 972.

3) Rostock und Leipzig.

4) Einiges Material bei Hertel, Magdeburger Urkundenbuch III und Magdeburger kgl. Staatsarchiv, Kreisarchiv. Sollte nicht die bekannte Äußerung bei Albert Kranz über die Wahl Maximilians auf Klitzing zurückgehen, der als Hamburger Propst mit dem Hamburger Kranz jedenfalls bekannt war. Vgl. Mitt. des Instituts f. öst. Gesch·forsch. XIX 326.

5) Ztschr. f. pr. Gesch. u. Landeskunde XIX 510. Albrecht hatte sich übrigens 1476 bemüht, Klitzing die Magdeburger Dompropstei zu verschaffen, vgl. P. K. II 282.

6) stud. Erf. 1487.

7) stud. Rost. 1470.

8) Herold 1888 25.

In das Kollegium der Abbreviatoren, in eine der Kanzleibehörden, in Stellungen, die eine elegante, sorgfältige, geglättete Schreibweise voraussetzten und viel von Italienern begehrt wurden, wird wohl nur selten einer gelangt sein. Wohl aber wurden sie Advokaten und Prokuratoren, mitunter auch Mitglieder päpstlicher Gerichtsbehörden [1]).

Das Einschlagen einer Laufbahn am päpstlichen Hofe wurde in der Mark sogar durch Stipendien gefördert [2]). Die Märker in Rom fanden Beschäftigung vor allem in märkischen Prozessen, die nach Rom gelangten — auch Albrecht bediente sich einmal der Dienste eines dieser Leute —, sie scheinen das Ihrige dazu beigetragen zu haben, daß trotz der Verbote der Landesherrschaft in brandenburgischen Rechtssachen immer wieder nach Rom appelliert wurde. Daß die Stellen am päpstlichen Hofe auch für die Märker einträglich genug waren, zeigt das Beispiel eines Altmärkers. Der Stendaler Roxe, der wohl nicht einmal eine gelehrte Bildung erworben haben wird, lebte lange Jahre verheiratet als päpstlicher Läufer in der ewigen Stadt und konnte bei seinem Tode der Brüderschaft der Deutschen zwei Häuser und einen Weinberg hinterlassen [3]). Anderen bot die Thätigkeit am Sitze der Kurie Gelegenheit, gute Pfründen zu erlangen.

An den kaiserlichen Hof, der ebenfalls das erstrebte Ziel vieler Stellenjäger war, scheint, wenn man von der Zeit Karls IV. absieht [4]), für die besondere Bedingungen galten, nur der eine Nitzschewitz gekommen zu sein, der kaiserlicher und königlicher Kaplan wurde und Maximilian nahe stand [5]). In Karls IV. Kanzlei wirkten der Lebuser Scholasticus

1) Es werden erwähnt Joh. Elling (vgl. Liber beate Marie etc. S. 72) aus Stendal als procurator causarum, der Brandenburger Kleriker Johann Döring als literarum sacre penitentiarie procurator (ebenda 97), der Halberstädter Domherr Bartoldus Baldewinus aus Salzwedel als Notar der Rota 121, 1495), Franciscus de Stendalia als procurator audiencie litterarum contradictarum (221), Heinrich Schulte als notarius sacri palatii (er stammte aus Biesenthal, vgl. P. K. III Nr. 911). Herman Piwerling aus der Altmark, Licentiat der Theologie, geistlicher Richter und Cellerarius zu Halberstadt, ist 1479 Kaplan des Kardinals Paul Fregoso (Kard. v. Genua tit. S. Anastas. betr. P.s vgl. Herold 1884, 62). Während des Schismas am Anfange des 15. Jahrh. hatte Busso Rathenow, ein Berliner Patrizier, als Vertrauter Gregors XII. eine große Rolle gespielt (Ztschr. f. Gesch. d. Oberrheins N. F. XI 462, R. hatte in Erfurt seit S. 1405 studiert).

2) A. 2, 43 f. Schluß. A. 25, 479.

3) Liber beate Marie 256.

4) Aus der Hohenstaufenzeit braucht bloß an Anselm und Erich von Havelberg erinnert zu werden.

5) Ledeburs Archiv IX 199.

Peter und Th. Damerow aus Prenzlau[1]), in der Wenzels Hanko Propst von Lebus. Damerow war übrigens wohlgelehrt und ein Freund des Johann von Neumarkt[2]).

Studierte Märker werden in vielen Städten als Stadtschreiber erwähnt. In märkischen Gemeinden zeichneten sich aus: in Brandenburg Engelbert Wusterwitz und Trydener, den auch Markgraf Johann zu Geschäften verwandte[3]), in Frankfurt Ritzschewitz aus Trebbin, der sich iurisconsultus nennt[4]), und dessen Nachfolger[5]) Teymler, der sich nach Übernahme des Amtes an der neugegründeten Frankfurter Hochschule immatrikulieren läßt, vorher aber bereits zu Leipzig studiert hatte. In Salzwedel wirkte Jakob Rambow, in Neustadt-Eberswalde Nicolaus Bading, in Prenzlau Eberhard Eberlin, in Neuruppin Busso Bratz, der vorher, wie es scheint, Schreiber des Bischofs von Havelberg gewesen. Aber auch in der Fremde erscheinen märkische Schreiber häufig. Fast alle Schreiber, die Zerbst anstellte, stammten aus der Mark oder waren dort vorgebildet. So Gebhard Klot, lange Zeit Stadtschreiber, dann Bürgermeister, der innige Beziehungen zu beiden Städten Brandenburg aufrecht erhält, und da er fortwährend um Auskunft von ihnen ersucht wird, früher in ihren Diensten gestanden haben muß[6]). Magister Peter Wedegonis aus Brandenburg[7]) war Stadtschreiber zu Zerbst und wurde dann Ratmann zu Magdeburg[8]), wo bereits am Anfange des Jahrhunderts sein Landsmann Wusterwitz der Schöppenschreiberei vorgestanden hatte[9]). Ein Ambrosius Stendal[10]), ein Johann Reppin, der lange Zeit dem Dompropste zu Brandenburg gedient hatte „und Briefe und Werbungen auszurichten verstehe", ein Ungenannter, der drei Jahre lang des Kurfürsten von Brandenburg oberster Schreiber gewesen, werden dem Zerbster Rate zu dem Stadtschreiberamte empfohlen[11]).

Der Spandauer Notar Kaspar Kroger wurde Stadtschreiber von Lüneburg und gleichzeitig auch von Hamburg zur Erledigung von Bot-

1) Vgl. Burdach, Vom Mittelalter zur Neuzeit 76; Lindner, Das Urkundenwesen Karls IV. 24 f., 28.
2) Vgl. Wolkan, Böhmens Anteil an der deutschen Litteratur III 99.
3) Vgl. Zerbster Stadtarchiv passim.
4) D. I 345.
5) 1497.
6) Zerbster Stadtarchiv passim.
7) studiert als Magister Coloniensis W. 1490 in Erfurt.
8) Hertel III 781.
9) siehe unten.
10) Hertel III 74.
11) Zerbst. Stadtarchiv 1456 II 18, betr. Reppins s. II 18, 1445.

schaften verwandt[1]). Hamburg bediente sich ferner, wie bereits erwähnt worden, des Rates des Perleberger Rechtsgelehrten Wegener[2]). Die Pfarre zu St. Pauli übertrug es dem Altmärker Moller, von dessen Stipendienstiftung bereits die Rede gewesen ist[3]). In Braunschweig wirkte als Stadtschreiber Johann Cordes[4]), der vorher lange in dänischen Diensten thätig gewesen war. Aus der Mark stammte wohl auch jener Doktor Henning Havelberg, der auf den Rechtstagen nach der großen Stadtfehde die Stadt Braunschweig vertrat und ihre Sache mit solchem Eifer anfaßte, daß ihm ob der gegnerischen Einwürfe die Thränen ins Auge kamen[5]). Cordes hatte übrigens auch der Stadt Hamburg mancherlei Dienste geleistet[6]); dasselbe that Albert Klitzing; es wurde ihm dies von dem Rate, dem er auch in den inneren städtischen Wirren beisprang, durch bedeutende „Ehrungen" [7]), von der niederen Bürgerschaft jedoch mit lebensgefährlichen Bedrohungen vergolten[8]). Lübeck ernannte den Stendaler Doktor Matthäus Packebusch zum Syndicus und ließ sich von ihm in den mannigfachsten Geschäften vertreten. Packebusch half auch dem Hamburger Bürgermeister Langenbeck bei der Abfassung des Stadtbuchs. Ferner ist Jakob Stenvorth, Stadtschreiber und Schulmeister in dem pommerschen Freienwalde, ein Märker[9]). Aus Frankfurt stammt der Zittauer Stadtschreiber Ulrich Steger[10]), der später in gleicher Stellung in Glogau viel von sich reden machte, aber mit seinem märkischen Bürgerstolze bei den polnischen Machthabern in der Stadt nicht durchdrang[11]). Einer seiner Vorgänger in Zittau, Johann von Guben, ist wenigstens ein unmittelbarer Nachbar der Mark. Jakob Bereith aus Jüterbock wirkte in Görlitz, der bekannte Nicol. Wurm in Liegnitz. Die eigentlichen Gelehrten zog somit das Ausland an sich. Die meisten

1) P. K. II 139.

2) Koppmann, Hamburger Kämmereirechnungen IV 268, 1493.

3) siehe oben.

4) Brandis, Diarien, herausg. v. L. Hänselmann 83, 126.

5) ebenda 134.

6) Koppmann l. c. III 389 f.

7) ebenda 389 f., 401.

8) Daß auch Klitzing in die Hamburger Angelegenheiten eingegriffen, vgl. verschiedene Notizen der Stadtrechnungen, sowie Lappenberg, Hambg. Chroniken 351.

9) Balt. Stud. 46, S. 57, 1474, er stammte aus Königsberg N.M. und stud. in Rostock.

10) Carpzow, Annal. fast. Zittav. 301, erwähnt freilich nicht, daß er aus Frankfurt stammt, Lorenz Gesch.Q. sagt dies ohne Quellenangabe. Indessen geht es aus den Tschirschnitzschen Annalen im Bresl. Staatsarchive hervor.

11) s. Bresl. Staatsarchiv l. c.

märkischen Städte übertrugen ihr Stadtschreiberamt einem Kleriker, bisweilen einem Schulmeister[1]). Einen Laien wagt der Rat von Frankfurt bereits im Jahre 1428 anzustellen. Es begegnet dies heftigem Widerstande bei der niederen Bürgerschaft; aber Kurfürst Friedrich I. billigt diesen Entschluß[2]), dem der Rat freilich nicht immer treu geblieben ist. Soldin[3]), Königsberg[4]), Treuenbrietzen[5]) fordern oder erhalten die Verbindung ihrer Stadtschreiberei mit einer Pfründe. Königsberg begründet dies, dadurch würde sich die Ketzerei leichter unterdrücken lassen, dann aber auch mit dem Hinweise ut eo doctiorem haberemus[6]). Schon 1492 giebt man hier dem Stadtschreiber den Titel Syndicus[7]). Ein rechtsgelehrter Syndicus, ein Doctor der Rechte ist noch nirgends vorhanden, oder er wird nur wie der Kanonist Doktor Hasselmann von Berlin-Köln, zu schriftlicher Raterteilung im Nebenamte verpflichtet[8]). Wohl aber wird in streitigen Fällen das Urteil von Universitäten mehreremale angerufen, so von den altmärkischen Städten gegenüber den markgräflichen Steuerplänen[9]); die Leipziger Juristenfakultät erkennt in einem Streite gegen den Rat von Neuruppin[10]); 1488 soll in einem Prozesse zwischen dem Havelländischen Edelmanne Diericke und dem Brandenburger Domkapitel (es handelt sich um Fischereigerechtigkeiten) das Urteil der Universitäten Mainz, Köln, Ingolstadt, Heidelberg eingeholt werden[11]). An den Universitäten wirkten bereits eine ganze Anzahl Märker, zum Teil in sehr ersprießlicher Weise[12]). Nicht weniger als 15[13]) märkische

1) A. 19, 105 f., A. 12, 41. Stendal besitzt 1489 zwei Schreiber, einen obersten und einen untersten.

2) A. 23, 164.

3) A. 18, 492 f.

4) A. XIX 413 (1486).

5) A. 9, 442.

6) A. 19, 430.

7) A. 19, 418.

8) B.U.B. 433. Zum Vergleiche diene, daß in Bremen 1515 der erste promovierte Syndikus, 1562 der erste Dr. jur. im Rate erscheint, vgl. Kühtmann, Die Romanisierung des Civilprozesses in der Stadt Bremen 48. An einen Magdeburger Doktor zahlt Kloster Diesdorf 1474 1 rh. fl. pro consiliis. Berl. Geh. Staatsarch. Diesdorf 12, 72a.

9) P. K. II 180.

10) A. 4, 337 f.

11) A. 24, 467.

12) Man beachte übrigens auch den großen Einfluß, den einzelne märkische Prälaten, wie der Brandenburger Dompropst Joh. Klest (Klitzke), auf die Leipziger (Abh. d. sächs. Ges. d. Wiss. 1857, 721 ff.), andere als Konservatoren auf andre Universitäten gewonnen haben.

13) Wenn man Gersdorf-Kottbus und Fabri-Krossen mitrechnen will, 17.

Rektoren zählte man in Leipzig bis zum Jahre 1500. In dem Fürstenkolleg saßen Peter Wegun aus Prenzlau, Andreas Gersdorf aus Krossen, Herman Wulkow, Johann Schwertmann uud Johann Lyreke aus Frankfurt, Heinrich Elling aus Stendal, Matth. Damerow aus Prenzlau [1]). Der berühmteste unter den Märkern, die an der Pleiße lehrten, war ohne Frage Helmold Gledenstede aus Salzwedel [2]), der Arzt und Theologe, der bereits in Prag an der Spitze der Hochschule gestanden, ihre Geschäfte in Rom geführt, den Auszug nach Leipzig mitgemacht hatte und dort einer der ersten Rektoren geworden war.

In Erfurt lehrten neben Matthias Döring noch Stolzenhagen, Jakob von Jüterbock [3]) und der berühmte Jurist Goede, der auch zwischen Rat und Bürgerschaft, zwischen der Stadt und ihren Nachbarn als berufener Vermittler wohlthätig wirkte. Gleichzeitig lebte dort sein Landsmann Simon Volzke aus Havelberg, Dr. decr. und Rektor vom Jahre 1491. Er wird als sigillifer in Errforda ac sancti Sebastiani Magdeb. et Severi Errfordensis ecclesie canonicus, sowie als Vorsitzender des Erfurter geistlichen Gerichts bezeichnet [4]). Durch Döring kamen eine Reihe märkischer Minoriten nach Erfurt. Aus seiner Vaterstadt Kyritz stammte Lambert, der Lector secundarius im Erfurter Franciskanerkloster wurde. Döring ist auch der Rostocker Hochschule zuzurechnen, an der er im Jahre 1434 lehrte [5]). Unter den Greifswaldern ist vor allem Nikolaus Dedelow aus Havelberg († 1485) hervorzuheben, der, mehrmals Rektor, dreißig Jahre die dortige Artistenfakultät leitete [6]), ferner Mantey aus Schiefelbein, Nikolaus Kremer aus Wittstock [7]) und vielleicht noch Henning Parleberg, der Chronist und Rechtslehrer und Berater der pommerschen Herzöge. Parleberg ist zwar kein geborener Märker, dürfte

---

Erwähnt mag übrigens auch der Notar mag. art. Gerhard Visenthal aus Osterburg werden. Er war 1491 Dekan der Artisten. Zarncke, Die Statutenbücher der Universität Leipzig 121.

1) Vgl. Möhsen, Medaillensammlung II 353.

2) Auch er war Mitglied des collegium maius, vgl. Abh. d. sächs. Ges. d. Wiss. 1857, ebenda S. 763 ff. die Mitglieder des collegium minus, darunter 7 Märker.

3) Jüterbock gehört zwar nicht zur Mark, liegt aber von märkischem Gebiet umschlossen. In die Tabelle der Studierenden ist Jüterbock nicht mit aufgenommen.

4) Erf. Matr. Vorwort S. XX, Magd. Gesch.Bl. 9, 146.

5) Vgl. Histor. Ztschr. 59, 257.

6) Kosegarten, Gesch. d. Univ. Greifswald I 152.

7) ebenda I 128. Mantey ist 1480 Dekan der Artisten. ebenda I 143.

aber, nach seinem Namen zu schließen, einer Familie, die aus der Mark stammte, angehört haben.

So lehrten bereits eine stattliche Zahl brandenburgischer Gelehrten an deutschen Hochschulen oder hatten in der Beamtenschaft fremder Länder oder in den Kapiteln der Hochstifter ihre Versorgung gefunden. Der Berliner Johann Blankenfelde, der Sohn des Bürgermeisters Thomas, wurde sogar Erzbischof von Riga [1]). Der Mark gingen freilich hierdurch eine Menge köstlicher Kräfte verloren, Leute, die auch selber sehr wohl empfanden, daß sie trotz ihrer zum Teil glänzenden Stellungen das Brot der Verbannung aßen und unter Mißgunst und landschaftlicher Abneigung leiden mußten. Der dänische Sekretär Cordes aus Havelberg läßt die hansischen Sendboten wissen, daß es ihm sehr leid thue, ihnen für die Bestätigung ihrer dänischen Privilegien viel Geld abnehmen zu müssen; er und sein Kumpan seien ja deutsche Gesellen und wollten ihr Leben in deutschen Städten endigen [2]). Der Altmärker Schulte, notarius sacri palatii in Rom, ist glücklich, auch einmal seinem Landesherrn einen Dienst leisten zu können [3]). Man wird es wohl auch als ein Zeichen lebhaften Stammesgefühls auffassen dürfen, wenn der Märker Martin Sporn, 1491 Rektor in Leipzig, einen Studenten aus Rom, der an der Pleiße studierte, ohne weiteres der sächsischen Nation, der die Märker angehörten, einverleibte, wofür er freilich die spöttische Randbemerkung hinnehmen mußte: ecce Roma de nacione Saxonum [4]). Als Nikolaus Dedelow, der sein Leben lang erfolgreich für die Greifswalder Hochschule gearbeitet hatte, plötzlich, wohl an der Pest, starb (1485) und keine Zeit gefunden hatte, etwas der Universität zu vermachen, trug man in die Bücher gehässige Worte über den „undankbaren Fremdling" ein [5]). Solche Anfechtungen mußten sich häufen, je mehr die einzelnen Landschaften zu geschlossenen Territorien wurden und je mehr die Zahl der studierten Landeskinder wuchs, die sich gegen die Fremden, die ihnen das Brot vom Munde wegnahmen, zur Wehr setzten. Welche Angriffe solche auswärtige Eindringlinge zu erdulden hatten, zeigt das Beispiel der Italiener, die der Pommernherzog Bogislaw auf seiner Pilgerreise kennen gelernt und

1) Von einem Bernhard aus Brandenburg, der als Gesandter des Erzbischofs von Mainz in Rom erscheint, ist bisweilen die Rede, vgl. Thuasne, Diarium Burchardi I 101.

2) P. K. II 614.

3) P. K. III Nr. 911.

4) Leipz. Matrikel, I Einl. S. XXXVII.

5) Publ. a. d. preuß. Staatsarchiv. 52, 94.

nach Greifswald berufen hatte [1]). Der nackte Brotneid hatte es vornehmlich in Pommern, aber auch in Sachsen leicht, seine Mißgunst mit der politischen Gegnerschaft gegen die Mark zu beschönigen. Die große Zahl studierter Märker, die dann bei der Gründung der Landesuniversität Frankfurt neben einigen wenigen auswärtigen Sternen ein Lehramt erhielten, — man denke an Aesticampian, Lindholz, Blankenfelde, Schirach, Zimmermann, Bredickow u. A. — macht klar, wie sehr die Versorgung der Landeskinder bei der Errichtung der Hochschule im Vordergrunde stand.

Aber auch der eigene Nutzen der Mark erforderte es, die gelehrten Söhne des Landes nicht mehr wie bisher stiefmütterlich zu behandeln und in die Ferne zu treiben. So lange Kurfürst Albrecht lebte, hatte die Mark die Räte des Frankenlandes zur Verfügung gehabt; die brandenburgische Politik wurde ja damals in der Hauptsache in Ansbach gemacht. Aber gleich nach seinem Tode zeigte es sich, daß die Mark sich notwendig einen eignen, ausreichenden Beamtenapparat schaffen mußte. Wenn Johann von seinen Brüdern die Überlassung eines Rates begehrte, dann kam trotz aller Bereitwilligkeit nicht selten eine ablehnende Antwort; dann hieß es. der Kanzler Volker sei zu alt und wolle nicht mehr eine Reise außer Landes unternehmen [2]); Doktor Pfotel stehe mit kaiserlichen Räten nicht gut und sei daher zur Entsendung an den Hof nicht geeignet [3]). Doktor Jorg von Absberg, der auf einem Rechtstage den brandenburgischen Standpunkt in der Pommernfrage vertreten sollte, zeigte dabei nicht die erforderliche Sachkenntnis und äußerte, wie ihm Johann vorwarf, Dinge, die er nicht hätte vorbringen dürfen, die der Gegner aufgreifen konnte und aufgriff [4]). Es fehlte ihm wohl nicht bloß die nötige Sachkenntnis. In solche „Pommersche Teidinge", über die ein gewiegter Politiker wie Albrecht zeitlebens geseufzt hatte, in derartige Verhandlungen mit den meist trunkenen Vertretern des Nachbarstaats, den man selbst in der Mark als eine Art wildes Land betrachtete, konnte sich eben ein Süddeutscher trotz seiner sonstigen Vielseitigkeit nicht hineinfinden. Hierzu gehörte neben der juristischen Findigkeit und Gelehrsam-

---

1) Vgl. übrigens auch den Hohn, den Aesticampian über jenen „Greculus esuriens" ausgießt, dessen Mitbewerb er in Krakau fürchtete. Arch. f. Litteraturgeschichte XII 328.

2) Archiv für Kunde österr. Gesch.quellen VII 145.

3) ebenda 146.

4) C. II 354. Allmählich hört die im 15. Jahrhundert gebräuchliche Sitte auf, zu Verhandlungen von allen befreundeten Mächten Räte zur Unterstützung zu erbitten. Man verlangt einen eingeweihten Wortführer, den man sich höchst selten von auswärts verschreiben konnte.

keit, die man auch hier bereits nicht mehr missen wollte, ein naiver Sinn, der sich auf diese zurückgebliebenen Verhältnisse verstand, hinreichende Übung in der hierzulande gebräuchlichen Weise zu debattieren, wirkliche Kenntnis des Idioms und der Persönlichkeiten. Nur ein Niederdeutscher konnte solchen Aufgaben gerecht werden. Johann brauchte also ein eigenes auch für solche Zwecke passendes Beamtenpersonal. Die Heranbildung erheischte aber große Vorsicht. Gerade um diese Zeit erregten eine Reihe skandalöser Vorfälle gewaltiges Aufsehn durch ganz Deutschland hin. Der Protonotar Waldner, jahrzehntelang die rechte Hand Kaiser Friedrichs III. (auch ein treuer Beförderer der brandenburgischen Wünsche bei ihm), entleibte sich beim Regierungsantritte Maximilians, da er eine Untersuchung wegen Veruntreuung zu fürchten hatte [1]). Herzog Georg von Bayern stürzte plötzlich seinen bisher allmächtigen Kanzler Doktor Kolberger, den er zum Grafen von Neu-Kolberg hatte erheben lassen und nahm ihn in strenge Gefangenschaft. Er gab ihm Schuld, sein wichtigstes Staatsgeheimnis, das Testament, das die Münchner Linie von der Erbfolge ausschließen sollte, an Herzog Albrecht IV. verraten zu haben [2]). Herzog Heinrich der Ältere von Braunschweig erschien eines Morgens bei seinem Kanzler, dem Doktor Staufmel, zerrte ihn an den Haaren aus dem Bette und ließ ihn dann grausam hinrichten. Er hatte unwiderlegliche Beweise in den Händen, daß er, von seinen ärgsten Feinden bestochen, ihnen wichtige und verfängliche Pläne verraten hatte [3]). Staufmel war vorher brandenburgischer Rat gewesen. Selbst Männer wie Albert Kranz und der erwähnte Märker Packebusch kamen in den Verdacht, Bestechungen angenommen zu haben [4]). Solche Erfahrungen ließen den Wert eines treuen, aus dem Lande hervorgegangenen Beamtentums erst recht schätzen. Fürsten und Städte hatten bisher oft genug Lehrgeld zahlen müssen. Bei beiden zeigte sich schon früh ein instinktiver Argwohn gegen die rechtsverständigen Beamten. Das wußten diese klugen Männer selber und hüteten sich, diesem Vorurteile neue Nahrung zu geben. Kranz wollte z. B. nicht, daß es den Anschein gewinne, als ob „zwei Pfaffen die Hanse regierten" [5]) und ließ den Ratmannen bei allen Verhandlungen bereitwilligst den Vortritt; andere betonten überlaut, daß sie Bürgersöhne seien oder daß sie „aus der Herrschaft gebürtig" wären,

1) Adler, Die Organisation der Centralverwaltung I 233.
2) Vgl. den Aufsatz Oberbayer. Arch. f. vaterl. Gesch. XI 188.
3) Ztschr. d. hist. Ver. f. Niedersachsen 1891, 60 ff.
4) Nemus, Die Hanse und das Kontor zu Brügge. Tübinger Dissert. 48 f.
5) ebenda 46.

also dieselben Interessen hätten wie ihre Auftraggeber[1]). Aber selbst wo hinsichtlich der Treue kein Bedenken vorlag, war bei den mannigfachen Verpflichtungen, die alle diese Beamten eingingen, das ausschließliche Verfügungsrecht über sie nicht gesichert. Und wo das einmal gelang, mußte man in Sorge sein, daß die Räte sich morgen schon einen anderen besseren Dienst suchten. Die Klage, daß die Beamten Zugvögel wären, ist weit verbreitet. Bei der Umwandlung der Rostocker Pfarrkirche in ein Stift, der Ursache der „Domfehde", wird dies in naiver Weise folgendermaßen begründet[2]): Die gelehrten Männer lassen sich berufen, wenn sie aber genug Geld gesammelt haben, gehen sie anderswohin und verzehren den Gewinn im Auslande. Darum solle ein Stift gegründet werden, um die Flüchtigen (gemeint sind die Lehrer an der Rostocker Hochschule) festzuhalten und um sie zur Residenz zu verpflichten.

Kurfürst Albrecht empfahl seinem Sohne Johann, in vertrauliche Dinge nur solche Leute einzuweihen, die im Lande „beerbt und angesessen" und „nicht wie ein Gast" heut in dieses und morgen in jenes Dienste wären[3]). Solche Männer zu gewinnen, bildete wie in andern Territorien auch in der Mark das eifrige Streben der Fürsten. Besonders empfahlen sich adlige Gelehrte, da die Abneigung ihrer Standesgenossen gegen die gelehrten Beamten ihnen gegenüber weniger stark hervortrat und auf ihre Treue und Seßhaftigkeit zu zählen war. Für die Bildungsgeschichte der Mark wurde diese Frage insofern bedeutungsvoll, als sie der Universitätsgründung jedenfalls die Wege ebnete, also zu der Übernahme der Bildungsbestrebungen auf den Staat erheblich mitgewirkt hat.

Seit man in Deutschland die Verwertbarkeit eines gelehrten Beamtentums kennen gelernt und durch üble Erfahrungen gewitzigt, den Nutzen zuverlässiger und mit dem Lande verwachsener Staatsdiener von neuem erprobt hatte, mußte man dahin kommen, den Landeskindern den Besuch einer Universität dadurch zu erleichtern, daß man im eignen Territorium eine Hochschule ins Leben rief. Hiervon erhoffte man auch, infolge des Zuströmens von Studierenden, eine neue Quelle wirtschaftlicher Vorteile für das Land. Mehr als tausend Gulden würden „alle und igliche lande, stete und slosz" durch eine Universität mehr wert, meinten die brandenburgischen Räte[4]). Eine Hochschule im Lande

1) Vgl. z. B. Priebatsch, Die Hohenzollern 12 Anm. 4.
2) Franck, Des alten und neuen Meckl. achtes Buch 195.
3) C. II 218.
4) Kaufmann, Gesch. d. d. Univ. II 44.

gewährte eine bequeme Übersicht über die verfügbaren Talente; andernfalls war man auf Empfehlung und Probedienstleistung angewiesen, wobei Enttäuschungen nicht ausbleiben konnten. Ferner sicherte sie vor unangenehmen Rechtserkenntnissen oder erleichterte Repressalien. Die Rechtsfakultät ist ein Korrelat zu dem Kammergericht. Wenn man verhindern wollte, daß der Rechtszug nach der Fremde ging, mußte man auch dem Bedürfnis nach Universitätsrechtsgutachten im Lande Befriedigung verschaffen. Zudem war es längst üblich, auch wichtige Streitfragen politischer Art dem Urteile von Rechtsfakultäten zu unterbreiten. Namentlich die Städte machten gern davon Gebrauch, da die Universitäten sich im wesentlichen aus Bürgersöhnen zusammensetzten und städtischer Bestechung oder Beeinflussung zugänglich waren. In den Händeln der märkischen Gemeinden mit dem Kurfürsten wegen der Zölle wurde der Entscheid der akademischen Juristen angerufen; er soll den städtischen Widerstand für berechtigt erklärt haben[1]). Als Kurfürst Johann 1493 Schiedsrichter zwischen Braunschweig und seinem Herzoge geworden, verwarf er die der Stadt günstig lautende Rechtsbelehrung der Hochschulen zu Basel, Heidelberg, Erfurt[2]). Ebensowenig ging er 1479 auf den Vorschlag des Magdeburger Domkapitels ein, den Streit der Quitzows mit dem Erzstifte einigen Universitäten vorzulegen. Eine Universität im eignen Lande war von dem Fürsten abhängig und zur Rechtfertigung seiner Politik gewissermaßen verpflichtet. Sie erhöhte überdies den Glanz des Hofes, da Prunkreden beim Empfange fürstlicher Gäste, akademische Schaustellungen nach dem Muster der in Italien üblichen[3]) auch in Deutschland beliebt geworden waren. Von solchen Gesichtspunkten aus ist der Wetteifer, mit dem sich die Fürsten und auch die größeren Gemeinden auf die Gründung hoher Schulen stürzten, allein zu verstehen; an eine direkte Pflege der Wissenschaften haben sie wohl erst in letzter Reihe gedacht, oder sich höchstens solche Gedanken von gebildeten Räten einflößen lassen. Die mit der hohen Schule, auch in den gelehrten Fragen, erreichte Unabhängigkeit des eigenen Landes von der Fremde erscheint ihnen in gewissem Sinne als Krönung, als Vollendung ihres werdenden Territorialstaats. Die Gründung einer Universität lag in der Mark förmlich in der Luft. Schon Matthias Döring hatte ein studium, freilich außerhalb der Landesgrenzen und nur für seinen Orden

1) P. K. II 180.

2) Brandis, ed. Hänselmann 136, dat brak an dem markgraven. Vgl. auch Priebatsch, Die große Braunschweiger Stadtfehde 88.

3) Kitzing hebt eine feierliche Promotion zu Bologna hervor, Minutoli, Friedrich I. S. 10.

errichten wollen[1]). Friedrich II. muß ähnliche Pläne gehabt haben. Es läßt sich über diese Dinge zur Zeit noch wenig sagen. Aber die Beflissenheit, mit der Friedrich die Angriffe abwehrt, die einige Universitäten unter dem Eindruck der konziliaren Kämpfe und Enttäuschungen auch gegen seine Kirchenpolitik richteten, zeigt doch den hohen Wert, den er den akademischen Erörterungen beimaß. Bekannt ist, daß er den Joh. Wise gegen die Leipziger Hochschule lebhaft unterstützte. Von dem Federkriege, den er durch seine Hoftheologen gegen die Leipziger und Erfurter eröffnen ließ, haben sich einige Nachrichten erhalten[2]). Dr. Kannemann sollte sein Vorgehen gegen die geistliche Gerichtsbarkeit, Döring die Begünstigung der Wilsnacker Wunder verteidigen. Diese litterarischen Kämpfe lassen sich noch nicht recht überblicken; das eine ist aber gewiß, daß ihr Ausgang auf brandenburgischer Seite nicht befriedigen konnte, daß die ausgesandten Streitschriften an der Geschlossenheit der Erfurter und Leipziger Lehrmeinungen abprallten und daß Leute wie Döring dies vorausgesehen haben mögen, da sie nur zaghaft an die Erledigung ihrer Aufgaben herangingen. Vielleicht ist aus diesen Erfahrungen der Eifer zu erklären, den der dem Kurfürsten treu ergebene Brandenburger Bischof für die zu begründende Greifswalder Hochschule entfaltete. Bei der Zuversicht, mit der damals bereits auf den Heimfall des ganzen Pommerlandes gerechnet wurde, lag es nahe, in Greifswald die künftige Landeshochschule zu sehen. Die Hoffnung erfüllte sich freilich nicht. Kurfürst Albrecht scheint zunächst den Plan einer Universitätsgründung der mit der Mark innig befreundeten benachbarten Hansestadt Lüneburg gefördert zu haben. Die Stadt empfängt 1471 ein dahingehendes Privilegium Friedrichs III.[3]) Es leidet keinen Zweifel, daß diese Erlaubnis, wie die anderen Vergünstigungen, die Lüneburg im selben Jahre vom Kaiser erwarb, der Thätigkeit Albrechts zu danken war, der sich für seine Mitwirkung erkleckliche Summen bezahlen ließ[4]). Die Universität trat nicht ins Leben, vermutlich weil das gleichzeitig gegebene Zollprivileg, das wohl die Mittel liefern sollte, infolge des Widerstandes der Nachbarstädte nicht aufrecht zu erhalten war[5]), vielleicht auch, weil sich die Beziehungen zwischen der Stadt und den Markgrafen im folgenden Jahr-

1) Ss. rer. Lusat. I 340. Über das studium der Prenzlauer Franziskaner, das sich allerdings nicht halten konnte, siehe unten.
2) Vgl. Abh. d. sächs. Ges. d. Wiss. 1857 S. 728.
3) Vgl. Kaufmann, Gesch. d. d. Univ. II 12, 564 f.
4) Vgl. P. K. I, die im Register s. voce Lüneburg angegebenen Stellen.
5) P. K. I 43.

zehnte verschlechterten[1]). Dann soll Albrecht seinem Sohne die Gründung einer eignen märkischen Hochschule empfohlen haben; dies geht jedoch lediglich aus der Mitteilung hervor, die Johann seinem Nachfolger gemacht haben soll[2]). In den zahlreich erhaltenen Briefen Albrechts findet sich keinerlei Andeutung. Als die mecklenburgischen Herzöge, um die Rostocker Hochschule besser dotieren zu können, den Entschluß faßten, die dortige Stadtpfarre in ein Kollegiatstift umzuwandeln und mit dessen Pfründen die Universitätslehrer zu besolden, widerriet dies Albrecht und meinte, es komme nichts dabei heraus[3]). Johann beschäftigte sich allerdings seit Ausgang der achtziger Jahre ernsthaft mit diesem Plane, ohne daß es hierzu erst der Anregung Maximilians I. bedurft hätte[4]). Wann er zuerst an den Papst mit der Bitte um die Bestätigung herangetreten, läßt sich nicht sagen. Vermutlich wurden die Verhandlungen, um nicht Gegenmaßregeln der durch die Gründung einer märkischen Akademie geschädigten Nachbarhochschulen hervorzurufen, mit großer Heimlichkeit geführt. Wer die Angelegenheit in Rom betrieben hat, steht nicht fest; doch dürfte die Sache gleichzeitig mit dem bei der Kurie schwebenden Ehescheidungsprozesse der Markgräfin Barbara verhandelt worden sein, so daß die zahlreichen hierüber noch vorhandenen Akten[5]) vielleicht weitere Auskunft geben könnten. Als Rat Johanns erscheint im Jahre 1492/93 in Rom Doktor Dietrich von Dieskau[6]), der bei der Einweihung der Hochschule an hervorragender Stelle genannt wird. Im Jahre 1495 weilt ein Märker, Doktor Matthias Möring, Dechant zu Stendal, in Rom[7]); es ist ungewiß, ob in landesherrlichem Auftrage. Wohl aber war dies der Fall mit Johann Tolhopf, der 1496 als Vertreter Kurfürst Johanns genannt wird. Tolhopf, der aus der Geschichte der Wiener, Ingolstädter und Leipziger Universität bekannt ist, auch längere Zeit Astrolog des Königs Matthias von Ungarn war, hatte in Rom schon in den achtziger Jahren in Sachen einer Pfründe, die er dem markgräflichen Pfarrer Thumpeck bestritt, zu thun gehabt[8]). Hernach trat er selber in die Dienste der Söhne Albrechts, Friedrich und

1) Siehe P. K. III S. 298 f.

2) Sie findet sich in dem bekannten polit. Testamente Johanns.

3) P. K. III Nr. 1052.

4) Mit dem er übrigens durchaus nicht gut stand. Er traf die Vorbereitungen schon vor dem Wormser Reichstage; vgl. jedoch Kaufmann II 15.

5) Sie ruhen in Berlin im kgl. Hausarchiv.

6) Höfler, Barbara II 4. 6.

7) Unter dem 11. September 1495 wird er in die Liste der Brüderschaft der Deutschen eingetragen, Liber beate Marie 110.

8) P. K. III Nr. 797, 868.

Siegmund, und war in Barbaras Angelegenheit thätig [1]). Im Jahre 1496 widerriefen die Brüder die ihm erteilte Vollmacht. Doch blieb er in Kurfürst Johanns Diensten in Rom [2]). Und da kein anderer märkischer Rat in dieser Zeit bei der Kurie erscheint, auch kein anderer brandenburgischer Wunsch in Rom zur Zeit betrieben wurde [3]), hat es viel Wahrscheinlichkeit, daß der geachtete Humanist die Bestätigung der Hochschule erwirken sollte.

Aus den Vorberatungen, die Markgraf Johann mit seinen Räten pflog, ist zu ersehen, daß die Rechtswissenschaft in erster Linie befriedigt werden sollte. Drei juristische Stellen, so riet man, sollten geschaffen werden, auch ein Fürstenkolleg, wie es in Leipzig bestand, wurde für unerläßlich erachtet [4]). Das Leipziger Muster stand im Vordergrunde; ein bischen Abneigung und Konkurrenz gegen Sachsen war bei der ganzen Angelegenheit im Spiele. Auf das Beispiel Leipzigs wies jedenfalls auch der Arzt Pistoris hin, der in der Überlieferung als einer der Hauptförderer des Projektes erscheint und es vielleicht war, wenngleich die persönlichen Gründe, die man dafür anführt, nicht stichhaltig sein mögen. Ferner wird berichtet, daß die Wahl des Ortes einige Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen habe und daß drei Orte in die engere Wahl gekommen seien, Berlin, Frankfurt und Fürstenwalde. Daß Berlin nicht durchdrang, lag wohl daran, daß es Residenz war. Bei der Mehrzahl der Universitätsgründungen des 15. Jahrhunderts wird die hohe Schule nicht an den Wohnsitz des Fürsten verlegt [5]), doch wohl weil man den Hof nicht der Unruhe des losen Studententreibens aussetzen wollte. Für Fürstenwalde hatte vielleicht der Bischof von Lebus gesprochen, der, selber gelehrt, als erster Mäcen auf märkischem Boden weithin gepriesen, der neuen Universität von vornherein eine treue Stütze, zugleich auch für sie ein bedeutendes Lockmittel war. Schließlich wurde

---

1) P. K. II 410 f.

2) P. K. II 412.

3) An dem Barbaraprozesse nahm Johann fast gar keinen Anteil. Über die Erlangung der kaiserlichen Bestätigung und das Streben der Markgrafen, möglichst viel Privilegien aufzuhäufen, vgl. Kaufmann passim.

4) Kaufmann l. c. 44, ebendaselbst das wesentlichste über die Vorgeschichte der Universitätsgründung. Daß die politischen Gedanken die Universitätsgründung beherrschten, geht aus vielen kleinen Zügen hervor. So wurde z. B. bei der Einrichtung der Nationen eine gewisse Courtoisie gegen befreundete Mächte geübt, die preußische Nation als eine Konnivenz gegen Danzig hingestellt.

5) Beweis Leipzig, Rostock, Greifswald, Tübingen, Freiburg, Ingolstadt. Wittenberg bildete sich erst später zu einer wirklichen Residenz aus. Die bischöflichen Gründungen machen freilich eine Ausnahme.

doch Frankfurt gewählt; der genaue Zeitpunkt ist unbekannt. Schon 1493 unterhandelt die Stadt mit dem Kurfürsten wegen der Hochschule und ordnet einen Bürgermeister nach Berlin ab[1]). In den folgenden Jahren überwirft sie sich mit dem Landesherrn und muß sich 1496 zu einer eingreifenden Veränderung ihrer Verfassung verstehen[2]). Im Jahre 1497 kommt sie wieder auf das Universitätsprojekt zurück und beschenkt den Bischof von Lebus und den Johannitermeister, ihre Fürsprecher beim Kurfürsten[3]). Im Jahre 1497 werden die ersten Zahlungen für die Baulichkeiten und die Ausstattung der Hochschule gebucht. Sie erreichen schon im folgenden Jahre die Höhe von 1200 rh. fl. Von den Pfründen städtischen Patronates, deren sie 20 besaß, überließ sie allerdings nur eine einzige der Hochschule, präsentierte aber für die anderen bereitwilligst den einen oder den anderen Universitätslehrer. Diese entgegenkommende Übernahme eines großen Teiles der Kosten hatte jedenfalls für Frankfurt den Ausschlag gegeben. Daneben mochte Johann die Verpflichtung fühlen, endlich einmal der Oderstadt ein Zugeständnis zu gewähren. Er hatte ihr nach den schlesischen Kriegen, in denen sie schwer gelitten hatte, die Aufrichtung der zerrütteten Niederlage zugesichert und dann wirklich einige Schritte gethan, um auf diesem Wege den Verkehr wieder an Frankfurt zu fesseln. Die Gegenvorstellungen der Handel treibenden Fremden, vornehmlich der Nürnberger, und ihre Geldzahlungen hatten ihn dann veranlaßt, von dem Plane Abstand zu nehmen[4]). Es ist nun sehr gut denkbar, daß er daran dachte, die Stadt auf andere Weise zu entschädigen[5]). Herzog Albrecht der Weise von Bayern hatte in einem ähnlichen Falle, nach der Einnahme von Regensburg, dem als Handelsplatz nichts mehr bedeutenden Orte versprochen, dort ein studium generale ins Leben zu rufen. Die Lüneburger dachten bei ihren Plänen vermutlich gleichfalls an den zu erwartenden Verkehr. Auch in Frankfurt konnte und sollte wohl die Hochschule der Stadt zu neuem materiellen Wohlstande verhelfen. Außer den angeführten Gründen dürften, wie die Prunkreden bei der Einweihung angeben, für die Wahl die günstige und auch anmutige Lage der Stadt, dann die Leichtigkeit, mit der in dem großen Gemeinwesen für den

1) D. I 344.

2) Spieker, Gesch. d. Stadt Frankfurt 102—104.

3) D. I 345.

4) Näheres an anderm Orte.

5) Noch im 17. Jahrh. galt die Universität als Einnahmequelle der Bürger nach dem Rückgange des Handels, vgl. Jahresbericht über die Oberschule (Realgymnas.) zu Frankfurt a./O. 1898, S. 4.

Unterhalt der zuströmenden Fremden gesorgt werden konnte, maßgebend gewesen sein. Frankfurt besaß übrigens bereits ein ausgebreitetes Schulwesen, das der neuen Stiftung zu gute kommen mußte. Im Jahre 1497, also noch vor der Universitätsgründung, werden auf einmal nicht weniger als 25 Schüler, die den verschiedensten märkischen Orten entstammten, aus der Stadt verwiesen[1]).

Markgraf Johann starb nicht lange nach Erteilung des päpstlichen Privilegs. Er hat seine Ausführung, soweit es in seinen Kräften stand, gut vorbereitet, wenn er auch nicht, wie später, als man von seiner steten Geldnot nichts mehr wußte, erzählt wurde, einen Schatz eigens für diesen Zweck hinterlassen hat. Nach seinem Tode betrachteten seine Räte die Hochschulgründung als eine der dringlichsten Aufgaben und legten diese Frage neben der pommerschen, neben der Regentschafts- und Kurfrage den fränkischen Räten vor, die während der Minderjährigkeit Joachims die Verwaltung führen helfen sollten[2]). Sie erhielten von ihnen keinen Bescheid, obwohl auch die fränkischen Markgrafen für die geplante Universität Interesse zeigten, sich z. B. um die Gewinnung tüchtiger Lehrer bemühten. Erst als Joachim dann selber die Zügel der Regierung ergriff, kam die Angelegenheit rasch zu glücklichem Ende.

Die Universität ist eine fürstliche Gründung; mit ihr tritt, so gering die wissenschaftlichen Beweggründe des ganz gewiß ungelehrten[3]) Johann gewesen sein werden, ein landesherrliches Mäcenatentum in die Erscheinung, wie es die Mark bisher gar nicht oder nur in dem bescheidenen Maße gekannt hatte, in dem es der mit vielen Humanisten persönlich befreundete Bischof von Lebus oder Probst Klitzing hatten ausüben können. Die beflissenen Schmeicheleien und Gunstbetteleien der zahlreichen, nunmehr im Lande ansässigen Gelehrten wissen dann die Fürsten in die Rolle des Beschützers der Wissenschaften hineinzudrängen. Joachim I., über dessen Bildungsgang nichts bekannt ist, der aber einen humanistisch gerichteten Lehrer gehabt haben muß[4]) und gelehrten Bestrebungen Geschmack abgewann, hält sich bereits seinen Hofgelehrten. Als Gast des Landesherrn weilt z. B. Trithemius in

1) P. K. III S. 522.

2) Ztschr. f. preuß. Gesch. u. Landesk. XIX 514.

3) Es ist kein Zeichen einer gelehrten Bildung in den hunderten erhaltenen Briefen vorhanden. Daß er kein fleißiger Schüler war, bezeugt ein Klagschreiben seines Lehrers.

4) Er wurde in Franken erzogen.

Berlin. Zugleich mit der Wissenschaft findet die Kunst Pflege; ein Hofmaler wird ernannt[1]), die bildenden Künstler erhalten lohnende Aufträge[2]).

So ist es das entwickelte fürstliche Regiment, das dem wissenschaftlichen und künstlerischen Wirken in der Mark würdigere Lebensbedingungen schafft und die zahllosen Rinnsale, in denen bisher die idealen Bestrebungen verkümmerten, zu einem großen, mächtigen Strome zusammenzufassen sucht.

Die Universität Frankfurt a./O. hat eine Menge tüchtiger Geschäftsmänner herangebildet und die Bedürfnisse des Landes befriedigt, aber der Wanderlust der Brandenburger und dem Streben, sich auf fremden Akademien umzusehen, kein Ziel gesetzt. Eine hervorragende Leuchte der deutschen Wissenschaft ist sie nicht geworden. Nach einer kurzen Blüte verfiel sie und ragte, an veralteten Anschauungen und Methoden hartnäckig festhaltend, wie eine mittelalterliche Ruine in die neuere Zeit hinein. Sie genügte bald selbst denen nicht, die sie ins Leben gerufen. Trotzdem ist schon mit der Gründung der Hochschule die mittelalterliche Bildungsgeschichte der Mark zum Abschlusse gelangt. Die Sorge für die Wissenschaft ist seitdem zur Aufgabe des Staates geworden und dessen Obhut anvertraut. Die Gelehrsamkeit hat von nun an einen Mittelpunkt, der auf das Bildungsleben des ganzen Landes einwirkt. Der Besuch der Landesuniversität ist beinahe Pflicht der studierenden Märker[3]); auf ihr vorgebildete Männer sollen für alle Pfründen, Stadtschreiber- und Schulmeisterstellen in erster Linie in Frage kommen. Es giebt seitdem eine offizielle, staatlich anerkannte Wissenschaft, die sich gegebenenfalls mit staatlichen Machtmitteln durchzusetzen sucht, wenn sie von Lehrmeinungen, die von andern Bildungscentren ausgehen, Anfechtung erfährt. In der Reformationszeit steht die brandenburgische Wissenschaft der sächsischen eine Zeitlang ex officio feindlich gegenüber. Die Universität hat das litterarische Schaffen im Lande ohne Zweifel gesteigert und befruchtet und die Ergebnisse gesammelt und erhalten, aber sie hat es durch den Zwang, den sie ausübte, schulmäßig gestaltet. In der verflossenen Periode, in der es keine Pflegstätten der Gelehrsamkeit im Lande gab, — die Klöster kamen in der Mark nicht als solche in Betracht, —

1) Raumer II 265.

2) z. B. Peter Vischer. Bei Joachim zeigt sich auch bereits jene im 16. Jahrh. bei Fürsten häufiger auftretende Freude an allerhand brotlosen Künsten. Er interessiert sich für Alchemie, bemüht sich eine Geheimschrift erfinden zu lassen u. a.

3) Vgl. außer den bekannten Beispielen noch A. 4, 253.



waren die wissenschaftlichen Leistungen geringer an Zahl, dafür jedoch ursprünglicher und mannigfaltiger. Es ist dabei aber unendlich viel verloren gegangen, und nur wenige Spuren weisen darauf hin, daß auch aus der Mark im Mittelalter eine Reihe gelehrter Männer hervorgegangen sind, die ohne Berührung miteinander, zum Teil nicht einmal auf dem brandenburgischen Boden schaffend, der eine hier, der andere dort vorgebildet, eine Thätigkeit entfalteten, die ihrem Vaterlande eine ehrenvolle Stellung in der Geschichte der deutschen Wissenschaften sichern.

II.

Der Anteil der Mark an dem geistigen Schaffen des Mittelalters. — Rechtsgelehrsamkeit. — Johann v. Buch. — Verbreitung des römischen Rechts. — Märkische Rechtsgelehrten. Dekretisten. — Doktoren beider Rechte. — Legisten. — Druck juristischer Schriften. — Henning Goede. — Aufzeichnungen des geltenden Rechts. — Staatsrecht. — Heilkunde. — Leibärzte. — Herman Schedel. — Ärzte Albrechts und Johanns. — Ärzte in Städten. — Märkische Ärzte in der Fremde. — Helmold Gledenstede. — Wundärzte. — Jüdische Ärzte. — Ärztliche Honorare. — Apotheker. — Naturbetrachtung. — Scholastik. — Theologie. — M. Döring. — Jakob v. Jüterbock. — Litteratur über Wilsnack. — Döring gegen Capistrano. — Gegen Paul von Burgos. — Predigten Dörings und andrer Minoriten. — Sonstige Erbauungslitteratur. — Nitzschewitz. — Bibelverbreitung. — Passionsspiele. — Verbot des Bischofs Wedigo. — Kenntnis des Hebräischen. — Stephan Bodeker, Bischof von Brandenburg. — Kenntnis des Griechischen. — Des Lateinischen. — Klassiker. — Kenntnis des Altertums. — Kenntnis der Fremde. — Überwiegen der deutschen Sprache. — Deutscher Stil. — Märkisches Glossar. — Scharfe Scheidung gegen den Mittel- und Oberdeutschen. — Historische Litteratnr. — Wusterwitz. — Anteil an der Magdeburger Schöppenchronik. — Döring als Geschichtschreiber. — Der Adel nnd die Litteratur. — Geringe Kenntnis der heimischen Geschichte. — Erzählung vom falschen Waldemar. — Keine Kenntnis der deutschen Heldensage.

Es ist immer ein mißliches Unterfangen, aus der Geschichte der Wissenschaften, vornehmlich der mittelalterlichen, den Anteil, der der einen oder der anderen Nation gebührt, herausfinden zu wollen [1]). Es läuft eine solche Arbeit in der Regel auf ein unfruchtbares Zusammenstellen der Berühmtheiten und der Pflegstätten der verschiedenen Disciplinen hinaus. Noch schwieriger wird die Aufgabe, wenn man eine einzelne Landschaft, wie hier die Mark, zum Gegenstande der Betrachtung wählt. Das meiste von dem, was man hierzulande schrieb und abschrieb, ist überdies verloren gegangen; von den Büchern, die vorhanden waren, die man las oder zur Verfügung haben wollte, ist nur ein winziger

1) Kaufmann l. c. I 1.

Bruchteil heut noch festzustellen und zu überblicken. Mittelpunkte der Bildung, die dauernde Wirksamkeit ausübten, kann man mit Sicherheit nicht feststellen. Und es wird sich nicht immer sagen lassen, ob die hervorragenden Männer, die man zu nennen vermöchte, die Gipfel und Ausläufer einer wissenschaftlichen Bewegung im Lande waren, oder ob sie nur durch den Zufall der Geburt der Mark Brandenburg angehörten, ihre geistige Fortbildung aber in jeder Beziehung anderen Landschaften verdankten. Nur auf einem einzigen Gebiete kann man von einer bodenständigen Wissenschaft in der Mark sprechen, bei der Rechtsgelehrsamkeit. Man muß freilich die Mark in jenem größeren Umfange nehmen, wie sie die Askanier beherrschten, und die nächsten Nachbarländer mit gleichartiger Beschaffenheit hinzurechnen, also hierbei an das weite Land von den Abhängen des Harzes bis an Spree und Oder denken, die Heimat des Sachsenspiegels.

In stetem Gegensatze zu dem vordringenden kirchlichen Rechte, das nach Fertigstellung der Dekretalien allmählich alle menschlichen Verhältnisse, soweit sie sich unter dem Gesichtspunkte der Sündhaftigkeit betrachten ließen, abzuurteilen begehrte und überdies auch dem römischen Civilrechte den Weg bahnen wollte, hielt das Sachsenland und besonders das durch die oben geschilderten Grenzen gebildete Gebiet an den ererbten Rechtsbegriffen mit Zähigkeit fest. Dem feiner gegliederten, schärfer abgegrenzten fremden Rechte mußte aber das heimische von Tag zu Tag mehr weichen. Auch der Bevölkerung begann es schließlich erwünschter zu werden, von geschulten Klerikern nach den festen Normen der römischen Juristen abgeurteilt zu werden, als nach den schwankenden Überlieferungen der heimischen Gerichtsschöffen. Die geistlichen Richter wiesen mit berechtigtem Selbstgefühle auf die Überlegenheit ihrer Codices hin, lehnten Berufungen auf den Sachsenspiegel, der Sätze enthielt, die die Kirche bald als ketzerisch verdammte[1]), mit spöttischen Reden ab, und die Vorstellung gewann allgemach auch hier unbestrittene Geltung, daß das römische Recht hoch über allen Sonderrechten der einzelnen Völker schwebe[2]). Während der Kampf zwischen den alten Volksgewohnheiten und den neu eindringenden Satzungen in dem übrigen Deutschland verhältnismäßig rasch zu Gunsten des neuen entschieden wurde, führte er in den genannten niedersächsischen Gebietsteilen zu einem eigenartigen Versuche der Verschmelzung beider Rechtssysteme oder richtiger gesagt zu einem Versuche, sie wechselseitig zu ergänzen. Der erste erweisliche be-

1) Magd. Gesch.Bl. 18, 133.

2) Stintzing, Gesch. d. d. Rechtswissenschaft I 7 f.

wußte Vertreter dieser Umformung war der Altmärker Johann von Buch, ein Jurist und Verwaltungsbeamter im großen Stile[1]), der erste systematische Rechtsverständige weltlichen Standes im Norden. Buch ging im Jahre 1305 nach Bologna, ihn begleitete Achim von Kerkow, der wie er Laie gewesen zu sein scheint. Nach seiner Rückkehr schrieb Buch einen Kommentar zum Sachsenspiegel und suchte dabei das Sachsenrecht durch stete Berufung auf die römischen Rechtsparagraphen als diesen ähnlich hinzustellen und ihm so die versagte Geltung vor den geistlichen Tribunalen zu verschaffen. Er nahm indes auch mancherlei aus dem römischen Rechte hinüber[2]). Seine hervorragende Stellung als Hofrichter und Landeshauptmann gab ihm Gelegenheit, sein System auch praktisch zu erproben und seinen Anschauungen das Feld zu erobern[3]). Die von ihm vorgezeichnete Richtung blieb jahrhundertelang maßgebend[4]). Der Neuruppiner Nicolaus Wurm, der nach Vollendung seiner Studien in Bologna in Schlesien ein Unterkommen als Stadtschreiber fand, unternimmt es, in seinen Glossen zum Sachsenspiegel das deutsche Recht mit dem römischen, das ihm als das gemeine gilt, auszugleichen[5]). Bei einer ganzen Reihe anderer Schriftsteller der Nachbarlande ist derselbe Wunsch ersichtlich. Der Kolbatzer Abt Johann von Zinna und im 15. Jahrhundert der Naumburger Bischof Dietrich von Bocksdorf (ein Lausitzer) bewiesen durch ihre Bearbeitungen des Sachsenspiegels, daß sie Buchs Spuren folgten und eine Versöhnung beider Rechte erzielen wollten[6]). In den Prozeßvorschriften untergeordneter Sachwalter vergröberte sich dies Verfahren. Es kam zu ganz platten Gegenüberstellungen deutsch- und römischrechtlicher Sätze, die sich gegenseitig stützen sollten[7]), zur Anrufung im seltsamsten Gemisch citierter Autoritäten. Immerhin verraten sie eine nicht gewöhnliche, ausgebreitete Kenntnis der juristischen Autoren[8]); der Besitz der fremden Rechtsbücher wird von Kommunen[9]) wie von kundigen Privaten erstrebt

1) Stintzing, Gesch. d. Rechtswissenschaft I 10 f.; Biogr. M. F. II 242 ff.

2) Ebenda.

3) Ebenda.

4) Konrad von Krusemark, der 1310 in Italien studierte, war wohl auch ein adliger Laie, vgl. Abh. der Wiener Akad. phil.-hist. Klasse 127 S. 55.

5) Vgl. statt vieler Citate nur Stölzel, Gesch. d. gel. Richtertums I 45. Über seine Bearbeitung des Mainzer Landfriedens, die einzige märkische Schrift über das Reichsrecht, vgl. Schröder, Lehrbuch d. Rechtsgesch. ²631.

6) Stintzing 11 ff.

7) Vgl. z. B. das Buch des Abts Stich von Lehnin A. 10, 415.

8) B. IV 372.

9) z. B. von Perleberg. Lehnin erwirbt 1431 vom Papste das Recht, einige seiner Mönche kanonisches Recht studieren zu lassen (Repertor. Germ. 145).

und teuer bezahlt. Die geistliche Gerichtsbarkeit, die geistliche Rechtsbelehrung, die sich ebenso über Fragen des Lehnrechts[1]), wie natürlich über die viel erörterte Frage der Erlaubnis der Rentenkäufe u. a. verbreitet, der Beichtstuhl, dem die mächtig angewachsene[2]), auch in der Mark stark nachweisbare Summenlitteratur dient, sorgen für Verbreitung des römischen Rechtes. Zum mindesten wo die heimischen Rechte eine Lücke bieten, wird das römische zur Unterstützung herangezogen. Wenngleich noch einzelne Städte, wie Gardelegen, bestimmen, niemand habe eine schriftliche Klage zu verlangen[3]), so nahm doch die Neigung zu einem schriftlichen Verfahren stark zu und förderte an ihrem Teile nicht unbeträchtlich die Rezeption des römischen Rechtes. Nicht leicht zu überschätzen ist ferner der Einfluß der Notare. Sie sind, soweit man sehen kann, in der Mark durchweg Geistliche, höhere Schreiber, die ihr Amt auf Grund päpstlicher oder kaiserlicher Ermächtigung versehen. Doch erwerben auch zwei Frankfurter Bürgermeister von einem kaiserlichen Hofpfalzgrafen die Berechtigung, Notarien zu ernennen[4]). Die Notarienschulen, die Karl IV. eingerichtet hatte[5]), dürften der Mark mit in erster Linie zu gute gekommen sein. Kurz vorher hatte einer der märkischen Diöcesanbischöfe geklagt, daß viele Notare ihr Amt minus provide ausübten. Er ordnete an, daß jeder Notar de sua institucione sive legali creacione Rechenschaft ablege[6]). Märkische Notare werden in der Folgezeit bis Frankfurt am Main hin erwähnt[7])[8]).

Auch als am Ausgange des 14. Jahrhunderts die Flut geistlicher Urteilssprüche zurückgedämmt zu werden beginnt, tritt eine Reaktion zu Gunsten des alten Rechtes nicht mehr ein. Das neue ist fast schon heimisch geworden. Selbst bei den bürgerlichen Berliner Schöffenurteilen zeigen sich am Ausgange des Mittelalters starke Anklänge an die römischen Satzungen[9]). Von einem romantischen Zurücksehnen nach dem alten sächsischen Rechte, womit bei den Humanisten, wie bei Hutten, gern

1) B. Dietrich von Brandenburg läßt z. B. feststellen, daß Aussaat auf Lehngrundstücken Erbe und nicht Lehen sei. A. 24, 448.

2) Stintzing 16 ff.

3) A. 25, 354.

4) Gurnik, Die Urk. des Frankf. (a./O.) Stadtarchivs II 22. 1455.

5) Vgl. hierzu u. a. Burdach, Vom Mittelalter zur Neuzeit 43.

6) A. 25, 251.

7) Albrecht Achilles fiel übrigens ein märkisches notarielles Schriftstück auf, das merkwürdigerweise keine Unterschrift des Notars trug.

8) Frankfurt a./M. Stadtarchiv, Rachtungen 1395.

9) Vgl. die Ausführungen Holtzes in Schr. d. Ver. f. Gesch. Berl. 21. Sello bestreitet dies allerdings (Forsch. z. brand. u. preuß. Gesch. IV, 121).

gespielt wird[1]), ist keine Rede. Man preist das Sachsenrecht und widmet ihm eine Art landsmannschaftlicher Verehrung, aber man entfremdet sich ihm immer mehr. Die Universitätsbildung verbreitet das römische Recht in immer weiteren Kreisen und die landesherrliche Justiz sieht in ihm die Grundlage aller Rechtsprechung. Eine Menge Märker erwerben die juristische Doktorwürde. Als Dekretisten werden bis 1500 genannt und zwar als Doktoren: Johann Stadis, genannt Molse, Dechant des Domstifts zum Voister[2]), Hermann Piverling, Cellerar zu Halberstadt und Kaplan des Kardinals Fregoso[3]), Gerhard Detert, Dompropst zu Havelberg[4]), Johann Benedicti[5]), Matth. Möring[6]) vom Stendaler Stifte, Andreas Hasselmann, Propst zu Salzwedel[7]), Liborius von Schlieben, Bischof von Lebus[8]), Gregor Günther, Offizial daselbst, später Rechtslehrer zu Frankfurt[9]), Ästicampianus[10]), Simon Voltzke, 1491 Rektor zu Erfurt[11]), Moritz Schönau aus Brandenburg, Domherr zu Magdeburg[12]), Otto von Stutternheim, Rektor 1429 zu Erfurt[13]), Heinrich von Angern, Domherr zu Magdeburg[14]), Gerhard Koneken aus Bernau[15]), später Dechant zu Magdeburg, Heinrich Elling[16]) und ein paar Franken, die in der Mark weilten, wie Zerer, Stocker u. a. Als Licentiaten werden erwähnt: Gerhard Rodevos, Dompropst zu Havelberg, Deterts Vorgänger, F. Krüger, der 1427 zum Bischofe daselbst[17]) ausersehen war, ferner eine Menge Baccalaurei u. a., Andreas Dehne (Domher zu Soldin, 1473 Rektor in Leipzig)[18]), Anton Grabow[19]),

1) Hutten ed. Böcking 4, 285 f.
2) A. 6, 379; 8, 433.
3) Herold 1884 S. 62.
4) Stud. Rostock 1457 Jan., Domherr seit 1445.
5) A. 1, 326.
6) Ebenda.
7) A. 22, 274.
8) Stud. Leipzig S. 1461, Bologna 1467.
9) Wohlbrück, Lebus II 390.
10) Archiv f. Litteraturgesch. XII 333.
11) Siehe oben.
12) Stud. Erf. S. 1445.
13) Stud. Erf. 1401.
14) 1381 stud. in Prag, dann in Paris (Budinszki, Die Univ. Paris 130), Erfurt W. 1395.
15) A. 5, 184. B. 4, 425. Vgl. Knod. l. c. S. 264.
16) Cod. dipl. Sax. reg. II 167. A. 15, 251.
17) Möhsen, Medaillensammlung II 342.
18) Stud. Leipzig 1452.
19) Greifswald 1471 W. stud.

Otto von Gladow[1]) (Pfarrer zu Neuruppin), Jakob Retzow[2]), Joh. Schorlibben, Propst zu Tangermünde[3]), Johann Schulte und Johann Storm[4]).

Als Doktoren beider Rechte werden Johann Blankenfelde, der spätere Rigaer Erzbischof, Benedikt Stolzenhagen und Goede zu Erfurt, Johann Swane, 1492 Stadtschreiber zu Königsberg, die Bischöfe Busso von Alvensleben, Johann von Schlabrendorf und Otto von Königsmarck in Havelberg genannt. Der Dr. jur. utr. Seb. Stublinger, der bei der Einweihung der Frankfurter Hochschule erscheint[5]), ist wohl fränkischer Herkunft. Als Licentiaten in beiden Rechten bezeichnet sich der Brandenburger Offizial Friedrich Radeloff[6]), als Baccalaureus Johann Ruloff[7]), Domherr zu Soldin, der 1495 zu Leipzig Rektor wird, als juris utr. consultus der Frankfurter Stadtschreiber Nitzschewitz[8]).

Legisten scheinen aber fast noch gar nicht vorhanden zu sein; erwähnt werden nur Jakob Mathie[9]), der 1485 in Leipzig studierte, der berühmte Bischof Dietrich von Lebus (Bülow), Bernd v. Rohr und der bei der Einweihung der Frankfurter Hochschule viel genannte Dietrich von Dieskau. Baccalaureus legum ist 1456 der mehrfach erwähnte Joh. Perleberg. Ohne nähere Bezeichnung erscheint der Vicarius und Doktor Stephan Ghert zu Ziesar[10]).

Zu den ersten Büchern, die in der Mark oder deren Nachbarschaft gedruckt wurden, zählten überwiegend juristische Werke. Bereits im Jahre 1488 druckt Westphal in Stendal die Glossen zum Sachsenspiegel, die der bereits genannte Naumburger Bischof verfaßt hatte[11]). Vorher schon druckte derselbe Westphal in seiner Magdeburger Offizin einige kirchenrechtliche Schriften. Albert von Stendal druckte 1476 eine Schrift des bekannten Bologneser und Ferrareser Rechtslehrers Angelus Aretinus[12]).

---

1) Stud. 1454 Rostock, Bologna.
2) Stud. Erf. W. 1490.
3) A. 16, 39.
4) A. 1, 326.
5) Axungia (Inkunabel der Bresl. Univ.-Bibl. S. 10b).
6) Stud. Leipzig W. 1433, Erf. 1437.
7) Stud. Leipzig S. 1495; Stintzing, Zasius 335.
8) Ledebur, Archiv IX 199.
9) Ein Laie, A. 24, 473; er stud. Leipzig W. 1485.
10) Zerbster Stadtarchiv II 159 (1506).
11) Hain, Repert. bibliogr. II 2, 245. Über diese Ausgabe des Sachsenspiegels vgl. Abh. der W. Akademie 114, 699, über die Stendaler Glosse vgl. ebenda 701.
12) Ebenda I 195.

Ein gewiegter und begeisterter Kenner des römischen Rechtes, aber dabei noch ganz von Erinnerungen an die heimatlichen Rechtsgewohnheiten erfüllt, war der Altmärker Henning Goede. Er stammte aus Werben, nannte sich aber auch bisweilen nach dem benachbarten Bischofssitze zu Havelberg. Er studierte in Erfurt, wurde Doktor beider Rechte, bekleidete 1486 und 1489 das Rektorat. Er ließ sein Wappen mit besonderem Farbenschmucke in das Matrikelbuch eintragen. Jahrzehntelang gehörte er zu den einflußreichsten Lehrern der Hochschule. Durch die Wirren zwischen Rat und Bürgerschaft, an denen er als Vermittler lebhaften Anteil genommen, aus der Stadt verdrängt [1]), siedelte er am Ende seines Lebens nach Wittenberg über, wo er im Jahre 1521 starb [2]). Er gehörte dem geistlichen Stande an, besaß mehrere Kanonikate und erfreute sich in Rom großen Ansehens; er wurde z. B. auch zum Kommissar des heiligen Stuhls in dem Streite seines Landsmanns Ästicampian mit der Leipziger Universität ernannt [3]). Geschrieben hat er so gut wie nichts; seine Wirksamkeit beruhte in der fruchtbaren Lehrthätigkeit und der ausgebreiteten Praxis als Konsulent. Seine Gutachten standen in so hohem Ansehn, daß sie nach seinem Tode gesammelt und herausgegeben wurden [4]). Ein scharfer und eindringender Jurist war er eigentlich nicht, wohl aber verfügte er über eine große Belesenheit in der gelehrten juristischen Litteratur, ein gut Teil gesunden Menschenverstands und wirkliche Kenntnis des praktischen Lebens. Selbst über die verwickelten Fragen des Bergbaues weiß er sachlich und mit großem Verständnis zu urteilen. Der Mißachtung, in der die Jurisprudenz wegen ihrer scholastischen Formalitäten, ihres groben, unbeholfenen Stiles bei den Humanisten stand, hätte er neue Nahrung geben können. Doch muß hervorgehoben werden, daß er an der Bekämpfung der neuen Strömung nicht teilnahm, der ganz humanistisch gerichteten Erfurter Artistenfakultät große Schenkungen machte [5]) und als päpstlicher Richter die Leipziger mit ihren Verfolgungsgelüsten gegen Ästicampian jedenfalls nicht unterstützte [6]). So lange er lebte, konnte sich kein deutscher Jurist, selbst Zasius und Brandis nicht, mit seinem Einflusse und seiner Beliebtheit messen; er wurde der monarcha juris genannt. Seine Aussprüche, wie z. B. der, daß Gesetze, auf die nicht gehalten werde, wie Glocken

1) A. D. B. IX 315.
2) Ebenda 316.
3) Arch. f. Litteraturgesch. 13, 29 ff.
4) Stintzing, Rechtswissenschaft 263 ff.
5) Kaufmann l. c. II 529.
6) Vgl. Arch. f. Litteraturgesch. 13, 29 ff.

ohne Klöppel seien, waren in aller Munde[1]). Unter seinen Klienten befanden sich die Herzöge von Sachsen, Bayern, Pommern, böhmische und thüringische Große, Bischöfe, Städte, Privatpersonen jeden Standes. Seine maßvollen politischen Anschauungen, daneben auch die verbindliche, vermittelnde Stellung, die er stets einnahm, befähigten ihn, den verschiedenartigsten Interessen zu dienen. Als gelehriger Schüler der Italiener sah er in den römischen Kaisern die Quelle allen weltlichen Rechtes[2]), doch verkannte er dabei nicht, daß es noch andre, der deutschen Nation nicht zugehörige Könige gebe; die keinen Oberherrn hätten, ebenso nicht, daß viele der kaiserlichen Vorrechte bereits auf die einzelnen Reichsfürsten übergegangen waren. Das Aufstreben der neuen Territorialstaaten, das er in dem benachbarten Sachsen und seiner Heimat Brandenburg so deutlich vor Augen sah, betrachtete er nicht ohne Teilnahme. Er widerriet Zersplitterungen des Besitzes[3]), sprach dafür, daß bei Teilungen die Regalien zusammenblieben, empfahl Abfindung der jüngeren Söhne mit geistlichen Würden. Er ging aber nicht soweit wie manche seiner Kollegen, die den Fürsten bereits eine unumschränkte Macht zuschrieben. Er verteidigt die Städte gegen fürstliche Eingriffe. Er meint, sie hätten nicht nötig, den Landesherren Rechenschaft über ihre Einnahmen abzulegen[4]), sie seien nicht verpflichtet, für Verfehlungen ihrer untergeordneten Organe einzustehen[5]). Der Fürst sei nicht befugt, die Landstraßen zu ändern, neue Zölle aufzulegen. So äußert sich Goede auch in einem Falle, der die Mark anzugehen scheint[6]). In der Nähe einer Fürstenstadt, so heißt es in einem Gutachten, war durch eine Überschwemmung der alte Weg vernichtet worden, der Fürst hatte einen Damm gebaut und von nun an Zoll erheben wollen, die Stadt hinderte dies aber. Goede rechtfertigt das Verhalten der Bürger damit, daß die Stadt Privilegien über ihre Zollfreiheit vorweisen könnte. Da nun ausdrücklich angegeben wird, daß die Stadt im Gebiete des Weichbildrechts lag und eine Urkunde des Königs Sigismund besaß, ist an eine märkische Stadt zu denken. Da sich ein Schloß in ihren Mauern befand, ist wohl Salzwedel gemeint, das in der That einem landesherrlichen Straßenbau im Jahre 1488 Schwierigkeiten gemacht hat.

1) Möhsen, Medaillensammlung II 349.

2) Vgl. u. a. die Äußerung über Universitätsprivilegien: nemo potest dare privilegium studii generalis, quam princeps, ut est Bononiae, vel tanta consuetudo, de cuius contrarii etc. . . . . . ut est Paduae. (Ausg. von 1609 S. 31.)

3) Ausg. von 1609 S. 127.

4) l. c. 172.

5) l. c. 102.

6) l. c. 70 ff.

Goede blieb also trotz seiner nahen Beziehungen zu vielen Höfen der Bürgersohn. Auch der viel angefochtenen Stadt Erfurt leistete er Beistand. Bei ihren inneren Kämpfen stellte er sich auf die Seite des Rates, sprach aber zur Versöhnung. Bei Irrungen zwischen Städten und Fürsten suchte er stets einen Ausgleich herbeizuführen. Doch erklärte er die Bischofsstädte ohne weiteres für reichsfrei und wagte es sogar, Naumburg als eine Reichsstadt hinzustellen [1]).

Schöpferisch hat Goede nicht gewirkt; seine Gutachten fielen in der Regel nach den Wünschen der Besteller aus, und um diesen dienen zu können, benutzte er seine Quellen in ziemlich eklektischer Weise, bald diese, bald jene als Stützpunkt heranziehend.

Systematische Bearbeitungen sind überhaupt nicht mehr am Ausgange des Mittelalters zu nennen, wohl aber ließen einzelne adlige Familien wie die Alvensleben und einzelne Städte wie Frankfurt das in ihrem Bereiche geltende Recht zusammenstellen [2]). Mit der Aufzeichnung wurde wohl immer ein Jurist betraut, in Frankfurt der studierte Stadtschreiber Teymler. Dieser begnügt sich nicht damit, zu sammeln, was in seiner Vaterstadt Rechtens war, sondern er erhebt schon eine Reihe theoretisch-politischer Forderungen, er plädiert für Ausschluß der Wenden aus den Innungen [3]), für Vorsicht bei der Aufnahme neuer Bürger [4]), für auskömmliche Entschädigung der Thätigkeit der Ratmannen [5]). Andere politische Erwägungen enthält das Berliner Stadtbuch, das hervorhebt, daß Laien und Kleriker selten gute Freunde würden [6]). Ein System entwickelter politischer Theorien findet sich dagegen bei keinem einzigen, man müßte denn in des Johann von Falkenberg im Interesse des deutschen Ordens und dann gegen diesen abgefaßten Streitschriften solche vermuten.

Der Verfasser jener frischen politisch-juristischen Streitschrift über die Lehngüter, die die Lehnsfähigkeit der Bürger aus der Bibel und dem

1) l. c. 172 f.

2) Joh. Oldendorf, Stadtschreiber zu Neuruppin, stellt schon 1362 das Recht seiner Stadt, den Zolltarif ꝛc. zusammen. A. 4, 293—297. Desgl. Pfarrer Joh. Snege, genannt Soltow, 1402 das Apenburger Stadtbuch A. 6, 235. Eine Sammlung kanonistischer Formulare ꝛc., die der Notar Heinrich Silen unter Bischof Stephan Bodeker verfaßte, wird Sitzungsber. d. Berl. Akad. 1882, 588 erwähnt.

3) A. 23, 397.

4) Ebenda.

5) Er hat erlebt, daß 2—3 Bürgermeister verarmen durch ihre Thätigkeit für die Stadt, A. 23, 408, vgl. auch 410.

6) Stadtbuch 191.

Naturrechte, ja sogar aus dem sie schroff verneinenden Sachsenspiegel zu erweisen unternimmt, wird in der Altmark gesucht[1]).

Ein Sinn für die Bedeutung volkswirtschaftlicher Fragen ist im Mittelalter überhaupt selten zu finden; er offenbart sich in der Mark nur während der Zollstreitigkeiten zwischen den Städten und den Markgrafen im Anfange der 70er Jahre des 15ten Jahrhunderts. Der Landesherr äußert die Auffassung[2]), daß das Ausland den Zoll trage und daß die Märker unter ihm nicht leiden würden, da sie wohl imstande wären, alle gebrauchten Waren selbst zu erzeugen. Die Städte hielten dem entgegen[3]), ein jeder Zoll verminderе die Einfuhr, schwäche den Fremdenverkehr, treffe dadurch gerade den einheimischen Konsumenten und schade der Bedeutung der brandenburgischen Städte in ihrer Eigenschaft als Handelsplätze.

Politische Fragen streift auch die einzige erhaltene märkische Formelsammlung aus dem Mittelalter, die sächsische summa prosarum dictaminis. Sie wurde von einem Schüler des 1221 zum Bischofe von Brandenburg erwählten Gernand im Anschluß an dessen Vorträge zusammengestellt und zählt zu den berühmtesten ihrer Art[4]).

Die Ärzte waren in der Mark wie überall im damaligen Deutschland und vornehmlich im Norden noch ziemlich dünn gesät; aber es stand in der Mark nicht schlimmer als in andern Gegenden. Die Landesfürsten und vermutlich die Bischöfe zogen für ihren persönlichen Dienst eine Anzahl tüchtiger Ärzte heran, deren Thätigkeit weiteren Kreisen ebenfalls zugute kam. Schon aus den Tagen der Wittelsbacher und Luxemburger sind nicht wenige Leibärzte bekannt. Friedrich I. bediente sich des Dr. Dietrich Ramme. Gleichzeitig wirkte Dr. med. Petrus Mathie aus Bernau, der in Rostock, Paris und Padua studiert und an dem letzteren Orte die medizinische Doktorwürde erlangt hatte[5]). Eben-

1) Nachrichten von der Kgl. Ges. der Wissenschaften, Göttingen 1894, 419. Verf. hebt mit Genugthuung hervor, daß Bauernsöhne Bischöfe werden (413), daß der erste König (Saul) aus der Wahl des Volkes hervorgegangen (412) und meint, daß alle Menschen von Natur gleich seien. Über die Behandlung eines lehnrechtlichen Falles aus der Altmark vgl. Th. Muther, Aus dem Univ.- u. Gelehrtenleben 137.

2) M. F. I 349 f.

3) P. K. II 180.

4) Breßlau, Handbuch d. Urk.Lehre 633.

5) Mathie stud. 1414 als Dr. art. Parisiensis in Padua Medizin, wird 1418 Dr. med. (Licentia privati examinis) nnd erscheint 1423 als Dr. Paduanus in Rostock.

daher stammte Nikolaus Koneke, der in Paris Doktor der Medizin wurde. Koneke war Domherr zu St. Sebastian in Magdeburg, zeitweise Domherr zu Stendal und Propst zu Bernau [1]). Aus Bernau stammte ferner am Ausgange des Jahrhunderts Matthäus Zimmermann, der als Lehrer der Medizin zu Frankfurt starb [2]). Unter Friedrich I. stand auch der Dompropst zu Stendal Nicolaus Weltzien wegen seiner ärztlichen Geschicklichkeit in hohen Ehren [3]). Gleichzeitig (1414) erwarb sich Johann Kyritz in Bologna das medizinische Doktorat, nachdem er bereits 1410 in Padua Licentiat geworden war [4]). In Padua erscheint 1404 ein Matthäus aus Berlin als Scholar der Medizin [5]). Vielleicht entstammt der Kolberger Arzt Magister Arnold Grabow [6]) (1413—1443) der bekannten Priegnitzer Familie gleichen Namens.

Auf der Pilgerfahrt der Markgrafen Johann und Albrecht, an der mehrere Märker teilnahmen, war als Arzt der in Italien vorgebildete Nürnberger Dr. Lochner beigegeben, der die ganze Reise beschrieben hat [7]). Als Arzt Friedrichs II. erscheint der berühmte Nürnberger Herman Schedel [8]), der die Mark allerdings schon in den 40er Jahren wieder verlassen zu haben scheint, daneben aber auch ein Märker, der Doktor der Medizin Hermann Belkow [9]), ein Sprosse des bekannten Frankfurter Patriziergeschlechtes. Peter Krebs, der etwa 1469 verstorbene Propst von Berlin, war ebenfalls Doktor der Medizin [10]). Um dieselbe Zeit lebte der Arzt Benediktus Jacob aus Tangermünde, der in Montpellier die Doktorwürde erworben und hernach (1445) in Köln Theologie studierte [11]).

Kurfürst Albrecht nahm seine fränkischen Ärzte in die Mark mit [12]) und sandte außerdem gelegentlich zu Entbindungen oder bei Erkrankungen einen seiner Leibärzte dahin. Sein Sohn Johann bediente sich daneben des Schlesiers Johann Meurer, der erst in Leipzig gewirkt, dann aber

1) Vgl. A. 5, 182; A. 10, 510; 1426 ist er Rektor der Erfurter Universität.
2) Ztschr. d. hist.-statist. Ver. zu Frankfurt a./O. Heft 3 S. 9.
3) A. 5, 169. 177 u. a.
4) Abh. d. Wiener Akad. d. Wissensch. phil.-hist. Klasse 127 II 14.
5) Frdl. Mitteilung des Herrn Prof. Luschin von Ebengreuth.
6) Riemann, Gesch. d. St. Kolberg 99.
7) C. I 197 ff.
8) B. IV 434, 466.
9) A. 19, 384 f.; A. 20, 52 f.
10) Cod. dipl. Sax. reg. II 3, 57.
11) Matrikel I 364.
12) P. K. I 375, sein Arzt war auch der bekannte Hans von Bairenth, Abh. der Münchner Akad. hist. Kl. 1869 I 570.

sich mit den dortigen Fürsten entzweit und in Berlin und Frankfurt niedergelassen hatte. Meurer stammte aus Krossen und wurde 1447 Dr. med.; er behandelte den sterbenden Herzog Heinrich von Krossen. Von dessen Krankenbette schickte er Nachrichten über das bevorstehende Ableben nach Berlin und erwies sich auch sonst als williges Werkzeug der Markgrafen [1]). In Frankfurt wirkte neben ihm noch ein anderer schlesischer Arzt, der aus Schweidnitz gebürtige Stadtpfarrer Johann Meskow, der die Licentiatenwürde in der medizinischen Fakultät wohl zu Leipzig erworben hatte, woselbst er 1459 Baccalaureus geworden war [2]). Auch er wurde gelegentlich bei Krankheitsfällen im Herrscherhause befragt, so im Jahre 1479, als Markgräfin Barbara in ein schweres Fieber verfiel [3]). Sein Landsmann, der Schweidnitzer Dr. Cristoforus Tscheche wurde Leibarzt Johanns. Als er im Jahre 1496 starb, bat seine Mutter den Kurfürsten unter Aufzählung der Opfer, die sie für sein Studium gebracht, um Aushändigung des Nachlasses [4]). Ein anderer Leibarzt Johanns, Konrad Schwestermüller „in der erzney doctor" erhält bereits im Jahre 1483 die Anwartschaft auf gewisse Lehen [5]) und vielleicht gleichzeitig das Freihaus in Berlin, in dessen Besitze er nicht lange darnach erscheint [6]). Johann schickte ihn gegen Anfang der 90er Jahre den Herzögen Magnus und Balthasar zu, die sich seiner bedienen wollten. Als er ihn zurückverlangte [7]), machten die Herzöge Schwierigkeiten [8]). Im Lande herrsche Pest; Schwestermüller möchte lieber bei ihnen bleiben. Obwohl der Kurfürst daraufhin energischer wurde und betonte, daß der Doktor sein „gesworner" [9]) Leibarzt und Rat sei und seinen Dienst nicht eigenmächtig im Stich lassen dürfe [10]), scheint er damit nichts erreicht zu haben. Die schwere Krankheit, die Johann befiel, ließ ihn den Wert ärztlichen Beirats sehr hoch schätzen. Hauptsächlich um den Rat der verschiedenen Leibärzte andrer Fürsten zu hören, wagte er die beschwerliche Fahrt zu dem

---

1) Viel Material P. K. II, vgl. Register und III. Meurer war schon in Friedrichs II. Dienste gewesen. C. I 374.

2) Vgl. Cod. dipl. Sax. reg. II 17, 70.

3) P. K. II 550.

4) Berlin, kgl. Hausarchiv Rep. 28, 1496.

5) C. II 290 f.

6) A. 3, 502.

7) Schwerin, Geh. und Hauptarchiv, Brief d. d. Spandau, 8. Januar 1496.

8) Ebenda.

9) Vgl. hierzu Riezler, Gesch. Baierns III 687.

10) Schwerin, Geh. u. Hauptarchiv, Brief d. d. Pankow, Montag in Ostern 1496.

Lindauer Reichstage. Er umgab sich mit einem ganzen Stabe von Ärzten, darunter dem berühmten Pistoris[1]). Der Barfüßermönch Konrad Diel wurde als Arzt mit 200 rh. fl. angestellt und mit einem Freihause beschenkt. Die Söhne des Kurfürsten müssen nach seinem Tode auf Diels Dienste keinen Wert mehr gelegt haben; denn sie entließen ihn gegen Abfindung aus dem lebenslänglichen Dienstvertrage[2]). Ein Mönch, ein „begebener" Mann, wie er in der Urkunde genannt wird, schien den Fürsten vermutlich wegen seiner vielfachen religiösen Verpflichtungen minder geeignet als ein weltlicher Leibarzt. Auch bei diesen scheint die Ehelosigkeit ein Erfordernis für die Stelle als Leibarzt gebildet zu haben[3]). Unter die Ärzte Johanns ist wohl jener Dr. Fritz zu rechnen, den Bogislaw verhungern ließ. Er wurde des Ehebruchs mit der pommerschen Herzogin beschuldigt, von Andern verdächtigt, er solle im Auftrage Johanns Herzogin Margaretha vollends unfruchtbar machen[4]). Ein Augenarzt Meister Herman wird einige Male erwähnt[5]). Im Jahre 1498 bittet Markgraf Johann seinen Bruder Friedrich, sich im Reiche nach einem tüchtigen Augenarzte für ihn umzusehen[6]). Wie am Hofe der Fürsten, so erscheinen auch in den Städten eine Reihe Ärzte, so in Stendal ein Paduaner Doktor Gerhard Furcbolt, genannt Apoteker (1463)[7]); in Prenzlau wird schon 1356 ein Arzt Salomo von Möckern erwähnt[8]). Der in der Neustadt Salzwedel 1467 verstorbene verheiratete Meister Herman Winkelmann, dessen Bücherschätze der Rat an sich nimmt[9]), dürfte ebenfalls ein Arzt gewesen sein. In Salzwedel wirkte nicht lange darnach ein in Italien vorgebildeter, in Padua promovierter geistlicher Arzt[10]), als dessen Name bald Simon Ronceyer, bald Rovensegeter, bald Rovestyger angegeben wird. Er starb vor 1497.

1) Siehe oben S. 31.

2) C. II, 428.

3) P. K. I 484.

4) Barthold, Gesch. von Pommern IV 463.

5) Möhsen l. c. II 365. P. K. I 211 f.

6) Berlin, kgl. Hausarchiv 1 K 10 E 2 Pankow, Dienstag in den Ostern, 17. April 1498.

7) A. 15, 230, studierte in Leipzig S. 1435 und dann 1453 als Dr. in med. Paduanus in Erfurt.

8) A. 21, 177.

9) A. 15, 334 f.

10) 1479, freundliche Mitteilung des Herrn Prof. Luschin von Ebengreuth, vgl. auch A. 14, 369. 458. Über gesundheitspolizeiliche Vorschriften in märkischen Städten im 16. Jahrh. vgl. Vierteljahrsschrift für gerichtl. Medizin 3, Folge IX S. 5 u. 7.

Ein Johann Bellyn aus Brandenburg famuliert dem Universitätsarzte zu Köln[1]), ein Johann Cort aus derselben Stadt wurde gegen Ende des 14ten Jahrhunderts in Paris Baccalaureus in der Medizin[2]).

Märkische Ärzte fanden schon in der Fremde Unterkommen. So ist z. B. der Posener Arzt Meister Benediktus Springindiearche Halbbruder eines märkischen Geistlichen[3]). Der Leipziger Arzt und Universitätsrektor Alvensleben entstammte nicht der bekannten märkischen Adelsfamilie, sondern war ein geborener Magdeburger. Eine Fortbildung der medizinischen Wissenschaft ist wohl keinem märkischen Arzte zu verdanken. Nur Helmold Gledenstede aus Salzwedel, Dr. med. und daneben Baccalaureus in der Theologie, der in Prag und Leipzig als sehr angesehener Lehrer wirkte, hat einige Schriften verfaßt, die Kenntnis der arabischen Heilkunde verraten[4]). Zwei andere, etwas jüngere Märker, Nikolaus Sculteti aus Frankfurt und Jakob Meseberg, der später Bürgermeister in Leipzig wurde[5]), wirkten ebenfalls an der Leipziger Hochschule. Eine Anzahl medizinischer Schriften besitzt die Bücherei des Klosters Lehnin. Getrennt von der eigentlichen Medizin war die Chirurgie[6]), deren Vertreter in größerer Zahl als die wirklichen Ärzte vorhanden gewesen sein werden. Auch der Hof hatte seine Wundärzte, so Friedrich I. den Johann Hase[7]), Friedrich II. den Peter Mönch, dem er das Bärwalder Stadtgericht verlieh[8]). Den Rat eines Wundarztes Friedrichs II. erbittet König Matthias von Ungarn[9]). Schon 1356 wird ein Borchardus in cyrugica medicina satis expertus erwähnt[10]). Die Stadt Berlin stellt um 1440[11]) einen Wundarzt an, verlangt aber, daß die Nachbarstadt Köln, der seine Thätigkeit ebenfalls zugute kommt, an den Zahlungen für ihn teilnehme[12]). In den Rechnungen des Klosters Diesdorf kehren Ausgaben für den Salzwedeler Wundarzt Lunthen, für den Beetzendorfer Aderlasser und für mester Dirick deme aderlater häufig wieder[13]).

1) Köln 1450.
2) Er studierte als solcher 1394 in Erfurt.
3) A. 19, 379 f.
4) Möhsen, Medaillensammlung II 350.
5) Vgl. das Reg. zu Cod. dipl. Sax. reg. II 10. M. stammte aus Stendal.
6) Kaufmann, Gesch. d. d. Universitäten II 71.
7) C. I 190.
8) Möhsen, Medaillensammlung II 357. A. 16, 49.
9) C. III 85 f.
10) C. I 38.
11) Daselbst wird wenigstens davon zum ersten Male gesprochen. Es heißt freilich, es sei „von olders" der Fall.
12) B.U.B. 376.
13) Diesdorf l. c. 11, 119. 152; 12, 239 b; 14, 79.

Jüdische Ärzte werden in der Mark nicht erwähnt. Nur 1510 soll einen Berliner Juden seine Kenntnis der Augenheilkunde vor dem Schicksale seiner Glaubensgenossen gerettet haben. Kurfürst Albrecht wünscht, einen thüringer Juden als Arzt zu seinem Pommernfeldzuge mitzunehmen; da der gewünschte nicht abkömmlich war, wird ihm ein Jude aus Hof empfohlen, der auch die Behandlung des erkrankten Ritters Jorg von Waldenfels übernehmen will [1]).

Ein sicheres Urteil über die Höhe des Ertrages, den die Ausübung der ärztlichen Kunst ihren Jüngern brachte, läßt sich nicht gewinnen. Doktor Meurer erhielt von Friedrich II. ein Jahrgehalt von 100 fl. [2]), Konrad Diel von Markgraf Johann das Doppelte [3]). Die Hofärzte erhielten Freihäuser in der Residenz. Die Entlohnung des Arztes, der einen Hirten behandelt, den Bauernjungen beim Raufen am Feuer gebraten und schwer verletzt hatten, betrug 2 fl. [4]). Ein gemißhandelter Priester zu Tangermünde erhält 13 fl. als Schmerzensgeld und zur Bezahlung des Arztes [5]). Der erwähnte Aderlasser Meister Dirick erhält meist 6 Schill. [6]), ein andermal 1 Mark [7]), ein andermal 11 Mark für Heilung des Propstes. Ein Brandenburger Wundarzt klagt den Arztlohn, den man ihm schuldig geblieben, bei dem geistlichen Gerichte ein [8]). Ein märkischer Edelmann Oppen verlangt von einem Arzte das ihm gegebene Geld zurück, da die Krankheit nicht geheilt worden [9]).

Die Apotheker waren ursprünglich nichts anderes als Gewürzhändler und werden als solche schon früh erwähnt. Der Berliner Apotheker Johann Tempelhof hat die Wachslieferung für die kurfürstliche Kanzlei; doch fertigt er bereits die Arzneien nach den Rezepten des Leibarztes [10]). 1482 wird er auch von den Ratskollegien zu Berlin und Köln zu ihrem Apotheker ernannt und ihm ein Darlehn von 100 fl. und nach

1) P. K. II 402 f.
2) C. I 374.
3) C. II 428.
4) A. 11, 463.
5) A. 25, 429.
6) Diesdorf 11, 119. Ebenda 119b heißt es: IIII sz. Hanse, deme rideknechte to teringe, do he tome arsten lach.
7) 120. Diesdorf 14, 124; er erhält 11 Mark pro cura prepositi.
8) Zerbster Stadtarchiv II 91, er heißt Meister Hans Französer. Dem kurf. Augenarzte Meister Herman wirkt Kurfürst Johann Freiheit von den Bürgerpflichten aus. B.U.B. 463.
9) Zerbster Stadtarchiv II 50, ebenda II 94, 1469 wird ein Pferdearzt erwähnt, der die Dörfer der Priegnitz besucht.
10) C. I 515 f.

dessen Rückzahlung ein Wispel Getreide Jahrlohn, sowie Freiheit von allen städtischen Lasten und ein Wohnhaus zugesichert[1]). Markgraf Johann giebt ihm gleichzeitig mit Rücksicht auf die treuen Dienste, die er bereits Friedrich, Albrecht und ihm geleistet, das Monopol des Handels mit gefärbten Wassern und Konfekten[2]). 1488 wird Hans Zehender als Apotheker angenommen[3]). In Frankfurt wird ein Apotheker Peter Fünfrich bereits 1405 erwähnt[4]). Bei der Stendaler Familie Furcbolt verdrängt der Berufsname Apotheker ihren eigentlichen Namen. Eins ihrer Mitglieder studierte in Italien und in Erfurt Medizin[5]).

Apotheker werden noch in Prenzlau, Wittstock und Salzwedel erwähnt; auch an andern Orten dürften sie nicht gefehlt haben[6]).

Von der Pflege der exakten Wissenschaften ist wenig die Rede, doch wird schon im Jahre 1290 ein Astronom erwähnt[7]). Auf Beschäftigung mit Alchemie deuten Nachrichten über einen Oderberger Mönch und andere, die die schwarze Kunst verstanden haben sollen[8]). Das Herrscherhaus selber hatte an diesen Künsten ein starkes Interesse; nicht bloß der älteste der Söhne Friedrichs I., Johann, der von diesen Beschäftigungen seinen Beinamen erhalten hat, sondern auch seine Brüder und ihre Hofleute nahmen daran Anteil[9]).

Der Domherr Jakob von Krusemarck († 1455) besitzt ein horologium[10]). Berlin läßt ums Jahr 1440 eine Uhr herstellen[11]). 1504 läßt Propst Valentin und das Kapitel auf dem Brandenburger Marienberge durch den Zerbster Jordan einen neuen „seyger" machen. Das Brandenburger Barfüßerkloster läßt von demselben Meister gleichzeitig eine Uhr anfertigen[12]). — Von einer wirklichen Naturbetrachtung zeigt sich keine Spur. Äußerungen wie die, daß der Stör vom Winde lebe[13]),

1) C. II 285 f. Schon 1354 wird ein Apotheker Dietrich in Berlin erwähnt. C. I 34.

2) C. II 285 f.

3) Möhsen l. c. II 379.

4) D. I 322.

5) Siehe oben S. 47.

6) Michel Faber zu Stendal, der dem Kurf. den Apothekereid leistet (A. XV 447) lebte wohl erst nach 1540 und nicht, wie Riedel annimmt, schon um 1500.

7) Möhsen l. c. II 178.

8) Möhsen, Beiträge z. Gesch. d. Wissenschaften in der Mark Brandenburg S. 29.

9) Ztschr. f. preuß. Gesch. u. Landeskunde III 10.

10) A. 5, 222.

11) B.U.B. 376.

12) Zerbster Stadtarchiv II 184.

13) C. I 526.

die Kraniche sich einen König wählen[1]), die Eule von allen andern Vögeln angehaucht werde[2]), sind wohl aus irgend einem speculum naturale hervorgeholt. Erwähnt mag aber werden, daß nach dem Hamburger Faustbuche der Dr. Faustus aus der Mark Salzwedel stammt.

Philosophische Schulung genoß in gewissem Sinne jeder, der als Artist eine Hochschule bezog. Einen inneren Drang zur Philosophie hat vielleicht jener Pritzwalker Pfarrer Magister Günther verspürt, der bereits im Jahre 1343 von seinem Amte Urlaub nimmt, disciplinis scolasticis volens imbui[3]).

Stärker war die litterarische Thätigkeit auf dem Gebiete der Gottesgelahrtheit. Zu den kirchlichen Kämpfen des Tages stellte die Mark einen der streitbarsten Kämpen, den Matthias Döring, dessen Wirken bereits mehreremale gestreift worden ist. Er war der radikalsten einer unter den hoffnungsseligen radikalen Theologen der Basler Kirchenversammlung; er verfaßte die wuchtige polemische Schrift confutatio primatus pape[4]), die er seinem frommen Landesherrn zu überreichen wagte. Die abweichenden Lehrmeinungen der auf den Konzilien hervortretenden Gelehrten stellte er in dem leider verlorenen Liber perplexorum ecclesie zusammen. Sein vertrauter Genosse war der Minorit Kannemann, den Kurfürst Friedrich II. zu Sendungen nach Rom zu verwenden pflegte[5]). Auf Dörings Standpunkte werden viele der Märker gestanden haben, die wie er dem Minoritenorden angehörten und meist in Erfurt vorgebildet wurden, z. T. auch seiner Empfehlung ihr Fortkommen verdankten. Wie stark die kirchlichen Kämpfe auch in der Mark die Priesterschaft aufregten, zeigen eine Anzahl im Stendaler Domstifte entstandene Streitschriften, die die Fragen, die das Basler Konzil beschäftigten, erörterten[6]).

Ein scharfer und schlagfertiger Kämpfer gegen geistliche Mißbräuche war Jakob von Jüterbock, zwar kein unmittelbarer Unterthan der Mark, aber einer von brandenburgischem Gebiete umschlossenen Magdeburgischen Enclave entstammend. Er war Cistercienſermönch gewesen, hatte aber dann, da ihm die laxe Handhabung der Ordensregel in seinem polnischen

---

1) Goedeke l. c. 127.

2) P. K. II 378.

3) A. 2, 26. Vgl. auch A. 12, 162. Es erscheint freilich fraglich, ob der Ausdruck wirklich auf eine ernste Beschäftigung mit der scholastischen Theologie deutet oder ob er nur eine Umschreibung des Universitätsbesuches ist.

4) Nachgewiesen von Gebhard.

5) Albert, M. Döring 65 f.

6) Centralbl. f. Bibliothekswesen XI 349 f.

Kloster keine Befriedigung gewährte, mit Einwilligung eines Legaten seinen Austritt gefordert und sich in den strengen Karthäuserorden aufnehmen lassen[1]). Er lebte seitdem in Erfurt († 1465), wo er auch Vorlesungen hielt. Seine Schriften behandeln das unerschöpfliche Thema von der Zerrüttung der Kirche, von der Suprematie der Konzilien, die die ganze Kirche darstellen, über den Papst, von der Verwerflichkeit der Wunder und des entarteten Ablaßwesens. Daneben nahm er noch Stellung zu Fragen, wie z. B. wegen Berechtigung des Rentenkaufs oder der kanonischen Lehre vom Wucher.

Der starken Litteratur, die sich mit den Angriffen auf die märkischen Wunderstätten beschäftigte, standen die Märker ziemlich teilnahmslos gegenüber. Sie begnügten sich, sie mit den staatlichen Machtmitteln zu erwidern. Im Anfange des Jahrhunderts war es der Leipziger Theologe Wünschelburg, der den Ansturm vornehmlich auf Wilsnack eröffnete[2]). Um die Mitte des Jahrhunderts führte der Bremer Tocke, ehedem Kaplan Friedrichs I., durch den er ein Brandenburger Kanonikat erhalten hatte, den Kampf von Magdeburg aus unter Beihülfe des Erzbischofs und des Kardinals Cusanus fort. Im letzten Drittel des Jahrhunderts bekämpfte der Erfurter Johann von Dorsten die Wallfahrten, in denen er den akuten Ausdruck einer Volkskrankheit erblickte[3]). Es ist bekannt, daß Friedrich II. das Wunderblut schützte. In seinem Auftrage schrieb Matthias Döring eine Verteidigung des Heiligtums, die aber farblos ausfiel und wenig zur Sache beizubringen wußte, jedenfalls die Schärfe seiner sonstigen Schriften vermissen ließ[4]). Mit ihm kämpfte Dr. Kannemann für die Anerkennung der Wilsnacker Wunder.

Mit vollem Herzen war aber Döring dabei, wenn es der Ehre seines Ordens galt, und die Richtung, die er in diesem einnahm, zu verteidigen war. Das zeigten die Streitschriften gegen den Observanten Capistrano, dessen marktschreierisches Wesen, dessen Sucht, sich im Orden auf Kosten der Gemäßigten Anhang zu verschaffen, dessen zweifelhafte

---

1) Ullmann, Reformatoren vor der Reformation II 195.

2) Vgl. A. 2, 128; ferner A. 20, 275.

3) Näheres jetzt Sitzungsber. der Berl. Akad. d. Wiss. 1882 603 ff., vornehmlich 607.

4) Albert. Eine bei Albert und Breest nicht erwähnte Handschrift des Traktats Quoniam olim in studio Pragensi befindet sich nach Nentwig, Die mittelalterl. Hdschr. der Braunschw. Stadtbibl. 147 in Braunschweig. Außer den bei den genannten und bei Gebhard citierten Stellen, vgl. noch über die Wilsnacker Angelegenheit Sello, Lehnin 91. 98, Jahrb. f. niederd. Sprachforsch. 1875, 109. 1877, 57 ff.

Wunder er scharf beleuchtete[1]). Für die Ehre des Ordens glaubte er einzutreten, als er einen der Großen der Franziskaner, den Nikolaus von Lyra, gegen die Angriffe eines Dominikaners in Schutz nahm. Dieser, Bischof Paul von Burgos, hatte des Lyra bekannte Postille neu kommentiert und erheblich verbessert; Döring bekämpfte nun dies Unternehmen in ungewöhnlich schroffer, nicht eben wählerischer Weise, konnte indes bei seiner mangelhaften Kenntnis des Hebräischen dem Gegner, einem geborenen Juden, nicht standhalten[2]). Als sonstige Schriften Dörings theologischen Inhalts werden erwähnt: Lectura super primum, tercium et quartum sentenciarum[3]). Super Esaiam prophetam opus grande[4]).

Großes Ansehn gewann Döring durch seine Predigten, obwohl die erhaltenen Zeugnisse — Predigten vor Geistlichen, meist innerhalb des Ordens — trocken, nüchtern und durchaus nicht hinreißend oder schwungvoll klingen[5]). Während sonst die Predigtleistungen der Mendikanten nicht überall mehr genügten und Stiftungen gemacht wurden, um studierte Doktoren der Theologie heranzuziehen[6]), bewahrte die Volksberedsamkeit der märkischen Franziskaner den alten Predigerruhm, den schon Franziskus[7]) und Guido de Marchia[8]) im früheren Mittelalter ihrem Orden erworben hatten. Das Kyritzer Minoritenkloster stand wegen seiner kirchlichen Reden in hohem Ansehn. Im 14. Jahrhundert hatten sich noch Thomas von Kyritz, der dann Lector der Erfurter Franziskaner wurde[9]), sowie ein nicht näher bekannter Johann von Blomendal[10]) ausgezeichnet. Der Straußberger Barfüßermönch Konrad Bömlein gab im Jahre 1498 ein „Büchlein vom Sakrament" durch den Druck heraus[11]). Der neumärkische Augustinereremit Georg stellte im Jahre 1415 die Höllenstrafen und Heimsuchungen, die einige Verächter Gottes und der Heiligen getroffen hatten, in eindringlichen Sermonen zusammen[12]). Das sind die bekannten Reste der jedenfalls

1) D. I 176.
2) Vgl. Albert 19.
3) l. c. 16.
4) l. c. 17.
5) l. c. 24 f.
6) Neue Mitteil. a. d. hist. u. antiquar. Sitt. IX 69.
7) Geschichtsbl. f. Stadt u. Land Magdeburg 18, 104.
8) Möhsen, Medaillensammlung II 165.
9) Albert l. c. 12.
10) Möhsen l. c. II 165. Trithemius, Catal. script. eccles. (Ausgabe von 1531) 107 b.
11) Möhsen l. c. II 176 (nach Küster).
12) Forsch. z. brand. u. preuß. Gesch. IV, 615 ff.

auch hier vorhandenen starken Erbauungslitteratur. Die im Norden nicht minder als im Süden erörterte Frage, ob es den Laien zukomme, die heiligen Schriften zu lesen, was z. B. Tocke schroff abwies[1]), umging man hier, indem man für die Laien entsprechende Bearbeitungen der Bibel herstellte. Die eigenartigste schuf der Frankfurter Stadtschreiber Herman Nitzschewitz, der den eintönigen neuen Marienpsalter der Dominikaner dadurch beleben wollte, daß er den einzelnen Strophen Bilder beigab, die die neutestamentlichen Erzählungen veranschaulichen sollten. Ein knapper Text und eine parallele Geschichte aus dem alten Testamente waren jedem Blatte beigefügt[2]). Nitzschewitz erhoffte hiervon nicht nur eine Erbauung und Belehrung der Bevölkerung, er glaubte sie sogar durch diese Darstellungen zu freiwilligen Opfern für die Sache des Türkenkrieges begeistern zu können. In diesem Sinne wagte er, sich um die Unterstützung des Kaisers Friedrich und des Königs Maximilian zu bewerben[3]). Als Hauptförderer seiner Arbeit, die im Kloster Zinna gedruckt wurde, erscheint Albert Klitzing[4]).

Aber auch der Wunsch nach wirklichen Bibeln[5]) wurde geäußert; an Friedrich II. trat die Aufforderung heran, für Verbreitung von Übersetzungen der heiligen Schriften Sorge zu tragen[6]); und er hatte Interesse für solche Versuche, den Gottesdienst und die Mittel zur Erbauung allen Kreisen zugänglich zu machen; er pflegte mit seiner Umgebung das Osterlied in deutscher Sprache zu singen[7]); er ließ sich aus Franken eine Bibel übersenden[8]). In einer Prenzlauer Urkunde von 1442 überrascht die Fülle deutsch citierter Bibelsprüche[9]). Der Drang der Laienwelt nach unmittelbarer religiöser Erbauung scheint demnach auch hier nicht gering gewesen zu sein[10]). Die märkischen Kirchenbehörden kamen ihm insofern entgegen, als sie dem Gebrauche der Landessprache Zugeständ-

---

1) Geschichtsbl. f. Stadt u. Land Magdeb. 18, 63 f.

2) Neue Mitteil. a. d. Geb. der hist. u. antiquar. Litt. XV giebt die Texte und die Abbildungen.

3) Ebenda 253.

4) 257. Der dort geäußerte Zweifel, ob man es mit dem bekannten Klitzing zu thun habe, ist ganz grundlos.

5) Eine andere Historienbibel, die 1484 oder 1486 zu Berlin von Franziskanern vertrieben, nach der (unhaltbaren) Überlieferung auch gedruckt wurde, wird Ledeburs Archiv IX 211 erwähnt.

6) C I 406.

7) Geschichtsqu. d. Prov. Sachsen 19, 771.

8) C II 37.

9) Vgl. A. 21, 292 f. Bibelsprüche sonst noch A. 20, 19 u. a.

10) Geistliche Gelage zur Lesung der heiligen Schrift A. 23, 118—121.

nisse machten. Bischof Wedigo von Havelberg schärfte seinem Klerus ein, ihren Gemeinden das Ave Maria und die wichtigsten Gebete in deutscher Übersetzung einzuprägen [1]). Ein einfacher Berliner Bürger, der Schröder Peter Phele, bei St. Nikolaus Kirchhofe wohnhaft, erläßt ein Klagschreiben wider einen Geistlichen, der ihm die Frau verführt hatte. In dem augenscheinlich von ihm selbst verfaßten krausen Briefe springt er mit dem pflichtvergessenen Priester nicht gerade zart um; er verrät darin aber auch seine Kenntnis der Bibel und der geistlichen Obliegenheiten und beginnt gleich mit Erwähnung des Apostels Paulus, der vorschreibe, wenn man etwas nicht wisse, solle man zu verständigen Männern seine Zuflucht nehmen und von diesen Auskunft erhalten [2]).

Ein wirksames Mittel, die Anschauung von der heiligen Geschichte und damit den religiösen Sinn zu beleben, bildete die Aufführung einzelner Scenen aus dem Kreise der biblischen Erzählungen. Daß solche Passionsspiele überall stattfanden, dürfte mit Sicherheit anzunehmen sein. Überliefert sind sie nur aus dem Brandenburger, Havelberger und dem Kamminer Bistume. In Wittenberg, dem sächsischen Hauptorte der Brandenburger Diöcese, enthalten die Stadtrechnungen folgende Eintragungen [3]): „1451. item XXIIII g. deme schuler zu tranckgelde, der Jhesus in deme spele was, als man die passio spelte. item VI g. vor v elle lynwat zu Jhesus rocke. item VI g. haben vertruncken die düfele, als man spelte. und 1478 item IIII sz. XXIII[g] hat gekost das spell vom jungesten tage zu spelen." In dem neumärkischen Städtchen Bahn führten die Passionsspiele einmal zu einem beklagenswerten Vorfalle, der den Zeitgenossen lange in Erinnerung blieb. In dem Eifer, den die Vorstellung erweckte, stach der Darsteller des Longinus den ihm verfeindeten Darsteller Christi tot, und wurde dafür von den Mitspielenden erwürgt [4]). In Havelberg untersagte Bischof Wedigo derartige Aufführungen überhaupt. Er verbot „passionis domini et aliorum sanctorum ludos consuetos, in quibus turpido, scurrilitas, stultiloquium, que ad rem non pertinet (!), contra prohibitionem apostoli notorie fiunt. Das Schauspiel verlocke Zuschauer und Spieler ad lasciviam et voluptatem. Selbst in cantis et organis solle nicht das vorgetragen werden, quod vanis et lascivis hominibus, sed quod deo placet" [5]).

1) A. 3, 247.

2) Zerbster Stadtarchiv.

3) Wittenberger Stadtarchiv.

4) Kanzows Chronik (v. Medem) S. 405.

5) A. 3, 257. Den Klerikern war der Besuch von Schauspielen dort von jeher verboten.

In den Ursprachen vermochte, da Dörings Kenntnisse im Hebräischen gering waren, nur ein einziger Märker die gesamte heilige Schrift zu lesen, Stephan Bodeker, der Handwerkersohn, der zum Bischofe von Brandenburg aufgestiegen war. Doch befand sich im Kloster Lehnin eine hebräische Bibel und ein Vokabularium[1]). Bodeker stammte vielleicht nicht aus Stendal, wie oft ohne Begründung angegeben wird. Wenn sich die Eintragung in der Erfurter Matrikel auf ihn bezieht, war Rathenow seine Geburtsstadt. Er hätte darnach 1406 (S.) in Erfurt begonnen und das Studium in Leipzig (1411 W.) fortgesetzt, nachdem er inzwischen in Prag gewesen. In Leipzig wird Brandenburg als seine Heimat angegeben. Da Brandenburg unweit von Rathenow lag, hat diese abweichende Angabe mit Rücksicht auf die großen Willkürlichkeiten, die in den Matrikeln gerade bei diesen Angaben häufig sind, nichts auffallendes. Bodeker wurde im Jahre 1421 Bischof und blieb bis in sein Greisenalter litterarisch thätig. Er verteidigte die christliche Lehre gegen Angriffe der Juden und suchte diese aus ihren eigenen Büchern zu widerlegen. Die zahlreichen Werke des Bischofs sind bisher nur in Auszügen bekannt geworden, auch diese[2]) verraten schon, daß er die scholastische Philosophie und Theologie der Zeit beherrschte und durch seine große Kenntnis der biblischen Quellensprachen zu erweitern beflissen war. Sie zeigen eine rechtschaffene, milde Persönlichkeit, die sich bewußt ist, auf der Höhe der zeitgenössischen Bildung zu stehen und dies alles sich selbst zu verdanken hat. Wo sich sonst noch Kenntnis des Hebräischen zeigt, da handelt es sich nicht um erworbene Gelehrsamkeit von Märkern, sondern wahrscheinlich um getaufte Juden. So bei Schriftproben in einem Kopialbuche der kurfürstlichen Kanzlei, wo in hebräischer Sprache der Inhalt einer eingetragenen Urkunde kurz wiedergegeben wird[3]).

Kenntnis der griechischen Sprache läßt sich vor Johann von Sommerfeld, der 1497 in Krakau eine Grammatik und eine Ausgabe des Libanius erscheinen ließ[4]) und seinem gleichnamigen jüngeren Landsmanne, dem berühmten Aesticampianus, der sie in Italien bei Urceo, dem älteren Beroaldus u. a. erlernte[5]) und vor der Gründung der Frankfurter Hochschule nicht nachweisen. Einige Citate aus Aristoteles, die als Einleitungsworte von Urkunden wiederkehren und zum eisernen

---

1) Vgl. das bei Sello gegebene Verzeichnis.

2) A. 8, 83.

3) Berlin, kgl. geh. Staatsarchiv Rep. 78a (C. M. 21) fol. 46.

4) Archiv f. Litteraturgesch. XII 323.

5) Mitteil. d. Ges. f. deutsche Erziehung und Schulgesch. VI Heft 2, Sonderabdruck. Bauch, Die Anfänge des Studiums der griech. Sprache S. 20.

Bestande mehrerer städtischen Kanzleien gehörten, sind kaum aus Übersetzungen, obwohl solche nicht fehlten[1]), sondern vermutlich nur aus Formelbüchern entlehnt. Ein griechisches Wörterbuch findet sich in Lehnin. Mit der lateinischen Sprache konnten dagegen die meisten Kleriker und die in stets wachsender Zahl studierenden Laien in Prosa und bisweilen sogar in Versen recht gut umgehen. Schon die Kanzlistenschule des Bischofs Gernand legte auf etwas individuelleren Stil, auf Vermeidung überflüssigen Formelkrams viel Wert[2]). Eine gewisse Kenntnis der Formenlehre war Vorbedingung für die Aufnahme der Kleriker[3]). Freude an einer eleganten, geschmackvollen Schreibweise verrät sich dagegen nirgends. Döring weiß z. B. selber, daß er rudi stylo schreibt[4]). Der Stil ist geschäftsmäßig, trocken, breit und langatmig, dazu nicht frei von Fehlern. Die römischen Dichter sind im Lande gelesen worden, dies zeigen Anspielungen auf Wendungen des Horaz, Terenz und Virgil, mitunter auch direkte entlegene Citate[5]). Ciceros Buch über die Pflichten wird ebenfalls citiert[6]). Die Büchereien, deren Schätze wir kennen, enthalten so gut wie gar keine Klassiker[7]). Döring hat einige besonders schwungvolle Stellen aus den lateinischen Schriften des Petrarca seinen eigenen Arbeiten einverleibt[8]). Durch genaue Kenntnis der lateinischen Grammatik machte sich schon im 13. Jahrhundert ein Märker berühmt[9]). Ein Buch über Redekunst und ein anderes humanistisches über Grammatik druckt der nach Italien verschlagene Albert von Stendal[10]). Johann von Sommerfeld, ein älterer Namensvetter Aesticampians, der in Krakau lehrte, schrieb eine Grammatik und einen Briefsteller, der frühzeitig gedruckt wurde[11]). Kenntnis des klassischen Altertums ist selten. Ritzschewitz nennt die Türken Teucri[12]) und kennt

1) Siehe das Lehniner Bibliotheksverzeichnis.

2) Vgl. Michael, Die Formen des unmittelbaren Verkehrs zwischen den deutschen Kaisern ꝛc. S. 70.

3) A. 3, 254. 256.

4) Albert 152.

5) z. B. tunc tua res agitur u. a., vgl. Sitzungsber. d. Berl. Akad. 1882. S. 599. Burk. v. Güntersberg fertigt eine Abschrift des Terenz an.

6) P. K. II 602. Auch seine Briefe scheinen bekannt zu sein, vgl. Götze, Gesch. der Stadt Stendal 301.

7) Siehe unten.

8) Albert 140.

9) Möhsen l. c. II 166.

10) Siehe unten.

11) Arch. f. Litt. Gesch. XII 322 ff.

12) Ledeburs Archiv IX 199.

auch die Geschichte von Cyrus und Astyages[1]), Goede spricht von Romulus und Remus[2]), der Verfasser des Berliner Stadtbuchs von Darius und Alexander dem Großen[3]). Die humanistisch angehauchten Schriftsteller erwarben allmählich das ganze Rüstzeug antiquarischer Gelehrsamkeit, das in diesen Kreisen zu finden war.

Von den lebenden Sprachen kamen für die Brandenburger nur in Betracht das Czechische, das sich einige Diplomaten, wie Sigmund von Rothenburg, aber auch Kurfürst Friedrich II., aneigneten, und das Polnische, dessen Beherrschung der Grenzverkehr im Osten erheischte und das z. B. Paulus Molner, der Schreiber des Johanniterordens und Rat des Kurfürsten, erlernt hatte. Doch bedienen sich die märkischen Häretiker in ihrem Briefwechsel mit ihren hussitischen Genossen der deutschen Sprache. Der starke Besuch französischer und italienischer Hochschulen wird die Kenntnis der dortigen Landessprachen vermittelt haben; von einer Bekanntschaft mit fremden Ländern, ihrer Art und Sitte, ihren Merkwürdigkeiten[4]), verlautet dagegen wenig. Nur die Listen der Büchereien verraten, daß man für die Fremde einiges Interesse hatte, z. B. eine vita Thartarorum[5]), daneben eine historia Venetorum[6]) u. a. besaß. Eine Prozeßschrift aus der Mitte des 15. Jahrhunderts ergiebt, daß man über die Siegel von Venedig und Portugal Bescheid wußte[7]). Die Prüfungsordnung von Havelberg[8]) zeigt, daß man ungefähre Vorstellungen vom Wesen fremder Völker und Stämme, ihren Vorzügen und Fehlern, zu besitzen meinte. Jeder Bewerber um ein geistliches Amt mußte angeben, von wo er gebürtig sei, ut secundum hoc presumi possit de moribus, quia in una patria sive in una parte unius provincie consueverunt homines esse virtuosiores quam in alia, videlicet per experientiam cottidianam.

Die deutsche Sprache gelangt in den schriftlichen Äußerungen der

1) Neue Mitteil. l. c. XV 287.

2) Consil. Ausg. von 1609 S. 127.

3) S. 99.

4) Markgräfin Agnes ließ sich 1472 einen Affen kommen, Diesdorf 12, 32.

5) Serapeum XI 379.

6) Sello, Lehnin 94. Sello vermutet darin eine Slavenchronik, etwa den Helmold oder ähnliches.

7) B. IV, 388.

8) A. 3, 256. Die Äußerung ist freilich zu allgemein, als daß sich aus ihr Schlüsse ziehen ließen. Bei dieser Gelegenheit mag angemerkt werden, daß eine Beschreibung der Mark (B. III 1—7) von einem Nichtmärker, vielleicht von Joh. v. Jenzenstein) (vgl. Arch. f. öst. Gesch. 55) im Auftrage Karls IV. angefertigt worden ist. Andere Schriften über die Mark sollen an anderem Orte zusammengestellt werden.

Zeit schon überwiegend zur Anwendung. Der Nordosten hatte sich zwar gegen ihre Aufnahme in die Urkundensprache etwas länger als der Süden gesträubt, aber seit dem Ausgange des 14. Jahrhunderts ist das Lateinische auch hier bereits stark ins Hintertreffen geraten. Nur in kirchlichen Urkunden, notariellen Dokumenten oder bei rein gelehrten Abhandlungen wird es noch vorgezogen. Auch die emporblühende Erbauungslitteratur ist zum Teil deutsch. Der deutsche Stil der Märker ist einfach und klar. Im Gegensatze zu den Weichselzöpfen, die in den Schriften der Süddeutschen, besonders in amtlichen Berichten und juristischen Darlegungen so störend wirken, befleißigt man sich eines durchsichtigen Satzbaus. Statt der Sprachmengerei des Südens, die den deutschen Text mit lateinischen Floskeln bespickt, sucht man die fremden Begriffe in deutsche umzudenken und durch einheimische zu ersetzen. Ein ausführliches märkisches Glossar, deutsch-lateinisch, hat ein polnischer Abt, Johann Landisberg, der, wie sein Name zeigt, aus der Mark stammen dürfte, im Jahre 1477 verfaßt[1]). Das Niederdeutsche überwiegt im Lande; die Sprachgrenze geht wie in alter Zeit etwa am Fläming bei Jüterbock. Die Verständigung mit dem Oberdeutschen, selbst mit dem Schlesier, macht erhebliche Schwierigkeiten[2]). Doch verlieren einzelne Märker, die in der Fremde gewesen sind, in der Schreibweise ziemlich rasch die landschaftliche Färbung und eignen sich ein einwandfreies Hochdeutsch an. Ein Beweis hierfür ist Albert Klitzing, der aus der Priegnitz stammt, und von seinen Reisen und von den Leipziger Studentenjahren[3]) abgesehen, immer im niederdeutschen Sprachgebiete thätig war, in Berlin, in Hamburg, in Magdeburg lebte, und doch in seinem Briefwechsel mit Ober- und Mitteldeutschen ihr Idiom zu gebrauchen versteht.

Die Frucht von Klitzings größter Reise[4]), der nach Italien, die er als Begleiter König Christians von Dänemark unternahm, ist ein kurzes Tagebuch, das zwar nur bündige Angaben über Aufenthalt und Abreise giebt, aber dabei doch anmerkt, daß es auffiel, daß ein Fürst

---

1) M. F. I 160.

2) Ztschr. d. Ver. f. Gesch. u. Altertum Schles. 31, 148; vgl. übrigens auch Arch. f. Kunde öst. Gesch. 60, 353: Ludolfus alienigena in lingua Slesiana impeditus etsi in tractatibus et locucionibus ydonea Saganense minus noverit, populo tamen suo per se predicans intelligibiliter satis locutus fuit. dominus enim dat verbum evangelizantibus.

3) Er stud. in Leipzig S. 1469, nachdem er bereits W. 1450 in Rostock gewesen.

4) Einiges darüber P. K. I passim.

die lateinische Sprache nicht verstand[1]), und den Beweis liefert, daß es dem vielgewandten Diplomaten Bedürfnis war, die eignen Erlebnisse festzuhalten. Eine andere Reiseschilderung verfaßte Martin Dalmer, der vielleicht der verbreiteten Wittstocker Familie dieses Namens entstammte und der den Herzog Bogislaw auf seiner Pilgerfahrt begleitete. Er beschrieb sachlich und kurz alles was er erlebt, und erzählt auch das bekannte Seegefecht des Herzogs gegen die räuberischen Sarazenen wahrheitsgetreu und ohne die Ausschmückungen, mit denen schon die Zeitgenossen die gefahrvolle Begebenheit darstellten[2]). Ein Memoirenwerk ist auch der bekannte Bericht des 1492 zu Neuburg in der Priegnitz geborenen Joachim v. Malzan über seine Erlebnisse[3]).

Solche Zeichen von historischem Sinne, selbst wenn er sich nur auf das eigene Schicksal oder das der nächsten Angehörigen bezieht, finden sich sonst noch; so giebt es ein Verzeichnis, in das ein Stendaler Patrizier, Hans Buchholz, seine berühmten Zeitgenossen, seine Fürsten, adligen oder durch akademische Würden ausgezeichneten Verwandten, seine Bürgermeister und Nachbarn, sowie Überschwemmungen und sonstige Ereignisse eintrug[4]). Hierher gehören ferner die Zettel, die die altmärkischen Städte in den Knöpfen ihrer Kirchtürme niederlegten, worin bisweilen nur die sonst bei solchen Gelegenheiten üblichen Angaben, mitunter aber auch wichtige Nachrichten enthalten waren, z. B. solche, die den dumpfen Groll der besiegten altmärkischen Bürger späteren Geschlechtern überliefern sollten[5]). Historische Mitteilungen enthält die Urkunde über den Abzug der Hussiten von Bernau und die wegen der Errettung der Stadt veranstalteten Feiern[6]); solche Notizen bringen auch die Landbücher, die man in der Mark in großer Zahl und mit besonderer Sorgfalt abfaßte. Die bekanntesten sind das neumärkische unter Ludwig dem Älteren[7]), das märkische, das Karl IV. zusammenstellte, das Verzeichnis der Güter der Lebuser Kirche (um 1397)[8]), das Ruppiner Landbuch, das Graf Hans v. Lindow in Gemeinschaft mit dem Schreiber Henzeke 1491 anlegte[9]). In den Städten sorgte in der Regel der Stadtschreiber für

1) Minutoli, Friedrich I 9.

2) Kanzow (Böhmer) 307 ff.

3) Lisch, Urk. Gesch. d. Geschl. v. M. V.

4) A. 1, 326 f. Ein Verzeichnis der zeitgenöss. Fürsten mit ihren Titeln (Lewinski, Brand. Kanzlei S. 17) diente nur praktischen Zwecken.

5) Götze, Gesch. v. Stendal 243, vgl. ferner A. 5, 230. M. F. XIV, 281.

6) A. 19, 334 f.

7) Herausgeg. v. Gollmert. (Hist.-Statist. Verein zu Frankfurt a. O. 1.)

8) Vgl. Zeißberg, Die poln. Geschichtschreibung 288.

9) A. IV 116 f.

die Aufzeichnung der wichtigsten Begebenheiten. So findet sich aus Salzwedel ein tendenziöser Bericht über die Huldigungsreise Albrecht Achills und seine Verhandlungen mit den Ständen über die Schuldentilgung[1]). Aus Berlin liegen nur kurze annalistische Aufzeichnungen vor[2]); doch wurde außerdem manche Begebenheit in dem Stadtbuche vermerkt. In Stendal legt der Schreiber Volzekin ein Buch an für die Denkwürdigkeiten der Wandschneidergilde[3]). In Salzwedel stellt der Stadtschreiber die wichtigsten Ratsbeschlüsse zusammen[4]). In Straußberg soll eine Chronik geführt worden sein[5]). In der Neustadt Brandenburg finden sich im Stadtbuche einige leoninische Verse mit historischen Nachrichten, z. B. über die Errichtung des Rolands 1402, die Renovation der Schule 1404, den Abbruch der Katharinenkirche 1395 u. a.[6]). Aus den Klöstern ist, wenn man von dem Büchlein absieht, das Abt Heinrich Stich über die Streitigkeiten Lehnins mit seinen schlimmen Nachbarn aufnehmen ließ[7]), nichts Historiographisches zu melden. Annalen aus Lehnin und Chorin sind nur dem Namen nach bekannt[8]). Lehniner Mönche, die gegen Ende des 15. Jahrhunderts nach Ungarn auswanderten, sollen Aufzeichnungen über ihre Schicksale hinterlassen haben[9]). Ein Havelberger Domherr verfaßte eine Chronik, die Creusing gekannt hat[10]). Die Eroberung von Belitz wurde mehrfach von Zeitgenossen in Versen beschrieben. Ein Königsberger Priester Johann Friedrich soll

---

1) A. XIV, 348 f.

2) Vgl. Nachrichten von der Gött. Ges. d. Wissensch. 1895 S. 262. Der Verf. schrieb um 1434/1435; er dürfte aus bürgerlichen Kreisen stammen. Über die 1432 erfolgte Verbindung der Spreestädte sagt er (Zeile 107) pro qua deo laus.

3) Behrend, Ein Stendaler Urteilsbuch 40.

4) Beitr. z. Gesch., vornehml. Kölns. Festschr. zum 80. Geburtstage Mevissens. S. 29. 1458.

5) Wegele 437, daselbst auch Kottbuser Aufzeichnungen erwähnt. Stadtbücher werden aus Prenzlau und Perleberg gemeldet, vgl. u. a. A. 21, 319 u. a.

6) Vgl. Beil. z. Jahresber. über das ver. Alt- u. Neustädt. Gymnas. zu Brandenburg a. H. 9.

7) Eine Analyse giebt Sello l. c.

8) Lorenz, G.Quell. II 126. In Wilsnack wurden schon im 14. Jahrh. kurze Aufzeichnungen über die Auffindung der Hostie gemacht, die später fortgesetzt wurden, vgl. A. 2, 182, ad 64. Vgl. auch Wattenbach 6. Aufl. II 351. An die Legende über Wichmann v. Arnstein, den Bischof Anselm v. Havelberg, Heinrich v. Antwerpens Tractat de captivitate urbis Brandenburg. braucht nur kurz erinnert zu werden.

9) Sello 170.

10) A. 9, 473.

die Hussiteneinfälle geschildert haben [1]). Ein Magister Ludovicus Brun, der in der Mitte des 15. Jahrhunderts als Brandenburger vicarius in spiritualibus lebte, hinterließ historische Berichte, die noch Hafftitz benutzen konnte [2]). Größere Chroniken fehlen völlig. Aus dem früheren Mittelalter, aus dem Ende des 13. Jahrhunderts sind drei bedeutendere Arbeiten [3]), wenigstens dem Namen nach und aus ihren Ableitungen, bekannt. Der Franziskaner Balduin von Brandenburg verfertigte ebenfalls im 13. Jahrhundert die erste Niederschrift der Sachsenchronik des Jordan de Jano. Nach der Erklärung Jordans hatte ihn Balduins Ermunterung zur Abfassung seines Werkes angeregt [4]). Seit dieser Zeit hat die märkische Geschichtsschreibung entschiedene Rückschritte gemacht. Wohl bleibt man bemüht, Vorgänge, die möglicherweise als Präcedenzfälle aufgefaßt werden und damit eine rechtliche Bedeutung gewinnen könnten, festzustellen, und zuverlässiges Material hierüber zu sammeln und zurechtzulegen. Die in den ältesten Urkunden gebräuchliche formelhafte Einleitungswendung, die Aufzeichnung erfolge, damit der Vorfall nicht dem Gedächtnisse entschwinde, erhält sich bis ins 15. Jahrhundert. Aber es verliert sich die Neigung, Jahrbücher fortzusetzen, an Vorhandenes anzuknüpfen, für eine wirkliche historische Tradition zu sorgen. Keine umfassende offizielle Stadt- oder Klosterchronik läßt sich nennen. Wo sich einmal Märker zu geschichtlichen Arbeiten höheren Stils erheben, da folgen sie Anregungen aus der Fremde, schreiben in fremdem Auftrage oder in Anlehnung an ein nicht märkisches Geschichtswerk. Engelbert Wusterwitz und Matthias Döring, die hier wieder allein zu erwähnen wären, sind überdies nicht Geschichtschreiber oder Chronisten im eigentlichen Sinne; sie sind, wie einige oben genannte Staatsmänner, Verfasser von Memoiren, sie reihen den Erinnerungen des eigenen Lebens die Nachrichten an, die ihnen während der Arbeit zuflogen; sie zeigen aber, daß das Erzählertalent, die Kunst der gewandten, beredten Mitteilung, die uns an den bürgerlichen Lebensschilderungen des ausgehenden Mittel-

1) Lorenz II 126.

2) Göttingen l. c. 268 f.

3) Vgl. Lorenz II 120 f. Erwähnt mag übrigens noch werden, daß in einer jedenfalls von einem in Magdeburg lebenden Märker verfaßten Abschrift eines Büchleins des Joh. von Wesel sich einige historische Notizen befinden. Sie betreffen den Pommernkrieg Albrechts (1478 f.), die Eroberung von Belitz (mit der Namensform Jacubzc des feindlichen Führers), ferner die Heirat des dänischen Kronprinzen und die Verschwörung des Pazzi in Florenz, vgl. Sitzungsber. der Berl. Akad. der Wissensch. 1882, 609.

4) Archiv f. Litteratur- u. Kirchengesch. (Denifle und Ehrle) I 630 ff.

alters anderwärts so stark anmuten, auch hier vorhanden waren und nur geweckt und angespornt zu werden brauchten.

Engelbert Wusterwitz stammte aus Brandenburg und zwar, wie es scheint, aus der Neustadt, besuchte die Universitäten Erfurt und Prag, wurde Magister, trieb dann aber noch theologische und juristische Studien [1]). Er erlangte eine Pfründe in seiner Vaterstadt und wurde von hier nach Magdeburg als städtischer Syndikus berufen. In dieser Stellung, vielleicht aber schon vorher, wurde er nach Rom gesandt [2]); ferner führte er Verhandlungen mit dem Markgrafen Friedrich von Brandenburg [3]) und dem römischen Könige. Den letzteren suchte er zu Regensburg auf und folgte ihm nach Ungarn, Schlesien und Böhmen [4]). In Magdeburg empfing er die Anregung zu historiographischer Thätigkeit und setzte, was wohl zu den Pflichten seines Amtes gehörte, die dortige Schöppenchronik fort und führte sie (von 1411) bis zum Jahre 1421. Der von ihm bearbeitete Teil zeichnet sich durch besondere Reichhaltigkeit und durch stete Berücksichtigung der märkischen Verhältnisse aus [5]). Zur Feststellung seiner Autorschaft führten die vielen Anklänge an ein Geschichtswerk, das er dann lediglich über die brandenburgische Geschichte seiner Zeit verfaßt hat, das allerdings nur durch den Auszug des Hafftitz und durch starke Entlehnungen des Angelus und des Paul Lange auf uns gekommen ist. Dies Werk behandelt im wesentlichen die Leidenszeit der Mark unter Jobst von Mähren, den Wusterwitz neben den Quitzows für den Urheber allen Unglücks hält. Die Aufzeichnungen greifen aber über Jobsts Regierungszeit hinaus und umfassen die Jahre 1388—1423. Ein unparteiischer Beurteiler der erlebten Vorgänge ist Wusterwitz freilich nicht, wohl aber ein ruhiger, nüchterner Vertreter einer vernünftigen Landfriedenspolitik. Er sieht die Dinge vom Standpunkte der Städte, vornehmlich seiner Vaterstadt aus und kargt daher nicht mit seiner Anerkennung für den Burggrafen Friedrich; er bemüht sich vor allem, den Männern gerecht zu werden, die während der Anarchie für Aufrechterhaltung der Ordnung thätig gewesen. In späteren Lebensjahren wurde er Offizial des Bischofs von Halberstadt [6]) und starb am 6. Dezember 1433; er ließ sich in der Brandenburgischen Katharinenkirche beisetzen, der er mehrmals Zuwendungen gemacht hatte.

1) Siehe die versch. Aufsätze von Heidemann, Sello, Janicke.
2) Forsch. z. deutschen Gesch. 17, 524.
3) Chron. d. d. St. VII 355.
4) Ebenda 346.
5) Ebenda Einl. S. XXVII.
6) Geschichtsbl. f. St. u. L. Magdeburg 7, 273.

Am Ausgange seines thatenreichen Lebens schrieb, fast gebrochen durch die vielen Widrigkeiten der ohne Erfolg durchgefochtenen kirchlichen Kämpfe, Matthias Döring die Ereignisse seiner Zeit. Er knüpfte an das bekannte Werk des Thüringers Engelhusius an und führte es bis zum Jahre 1464 fort. Er nahm sich vor, nur wichtiges einzutragen; er schöpfte aus den reichen Erinnerungen seines Wirkens und fügte hinzu, was er an seinem entlegenen Ruhesitze von Vorkommnissen aus seiner Nachbarschaft erfuhr. Er blieb bei der Abfassung der erbitterte Parteimann, der die Gegner seiner Thätigkeit, seiner Ziele, seines Landes und seiner Vaterstadt schmähte und über das Grab hinaus mit seinen Angriffen verfolgte. Er scheint dabei mehr boshaft als wirklich erbittert, er stichelt mehr, als daß er verurteilt. Er zeigt gerade in diesem Werke am besten seine entschiedene schriftstellerische Begabung, seine Befähigung, trotz der Fessel rein chronologischer Anordnung, geschickt zu gruppieren, Ursache und Wirkung hervorzuheben, die leitenden Persönlichkeiten mit ihren Absichten und ihrer Art zu handeln, scharf zu beleuchten. Für die Geschichte der Mark, vornehmlich der Priegnitz, ist sein Werk von unschätzbarem Werte; es ist zugleich, da Döring die Stimmungen gewisser bürgerlicher Kreise, z. B. ihren durch die Raubthaten der Edlen hervorgerufenen Adelshaß wiederspiegelt, ein litterarisches Denkmal des märkischen Bürgertums.

Der Adel hat dem nichts entgegengestellt. Die starke Adelslitteratur, die in Süddeutschland gerade in dieser Zeit aufkam und sich dem Bedürfnisse des Standes entsprechend in Reimen über Alter, Verzweigungen und Wappensagen edler Familien verbreitet, Turnierregeln, Turnierfähigkeit erörtert, fehlt hier völlig. Da der Adel der Mark sich an den Turnieren nicht betheiligte [1]), feste Standesbegriffe noch nicht besaß, auch noch keinen Vorteil von dem Nachweise einer bestimmten Zahl von Ahnen hatte, war für diese Art von Poesie und Litteratur noch kein Boden bereitet. Wackre Kriegsthaten lebten im Volksliede fort. Die Zusammenstellungen, die bisweilen im Auftrage adliger Familien über Besitztümer, Erbfolge u. s. w. angefertigt wurden, dienten lediglich praktischen Zwecken. Nur Geschlechter, die wirklich große Erinnerungen besitzen, wie die Quitzows, wissen Bescheid über ihre Ahnen. Aber ein ums Jahr 1480 geborenes Familienmitglied gedenkt nur ihres Ungehorsams und der späteren Begnadigung [2]), von den hochfliegenden

1) P. K. III 344 f.
2) M. F. II 215.

Plänen und der fast fürstlichen Stellung der verwegenen Emporkömmlinge weiß er nichts mehr [1]).

Die Werke, die die Landesherrn zur Verschönerung ihres Stammbaums, zur Begründung ihrer oft angefochtenen fürstlichen Stellung herstellen ließen [2]), gehören nicht hierher, da die Verfasser keine Märker waren.

Anspielungen, die eine Kenntnis der heimischen Geschichte verraten, sind sehr selten. Nur die merkwürdige Begebenheit mit dem falschen Waldemar wird öfters erwähnt, weil dies seltsame Ereignis die Phantasie der Bevölkerung mächtig anregen mußte. In den Streitschriften, die Friedrich II. mit dem Erzbischofe von Magdeburg wechselte, wird ihrer gedacht. Friedrich erwähnt, daß viele Leute davon gehört und in vielen Büchern gelesen haben, daß, als Markgraf Ludwig außer Landes gegangen, ein Bauer „ufgerucket“ worden sei, auf den man den Vers gedichtet habe:

Nach god. M. tria CCC,
Quadrag-octe und nicht me
Dunn in deme jare
Quam valsche Waldemare
Marggraffe mit hulffe starke
So machede hie platz in der Margke [3]).

Auch daß er ein Müller gewesen [4]) und daß man ihm eine Wunde ins Antlitz geschnitten [5]), wußte er bereits zu erzählen. Von dem Wendenkönige Heinrich, der die Kirche auf dem sagenumwobenen Harlungerberge gegründet haben soll, ist bei der Errichtung des Schwanenordens die Rede [6]). Ein tydebök, wohl eine deutsch geschriebene Chronik, besitzt ein Werbener Priester [7]). Eine Chronik, die Nachrichten über die Grabstätte Albrechts des Bären enthalten habe, soll Bischof Hieronymus von Brandenburg besessen haben [8]). In Spandau ist die Kunde von

1) Es ist bezeichnend, daß die Frage, die in Böhmen und Schlesien so lebhaft erörtert wurde (vgl. z. B. Ss. rer. Sil. I 279, Arch. f. öst. Gesch. 60, 516 bis 521), ob Sigismund berechtigt gewesen, die Mark an Friedrich I. zu geben, sie von Böhmen zu trennen, hier gar nicht behandelt worden zu sein scheint. Auch von Karl IV. ist fast nie die Rede.

2) Siehe Anm. 8.

3) B. IV 332.

4) B. V 124.

5) Fontes rer. Austr. II 46. S. 31.

6) Forsch. z. brand. u. preuß. Gesch. V 2. 538.

7) A. 6, 68.

8) Ztschr. des Harzvereins III 1002. Er besitzt überhaupt viel historische Werke. Von andern Chroniken, die in der Mark vorhanden, ist M. F. II 212

einem großen Siege über die Mecklenburger, an den Rüstungen und Schwerter, die man in dem Boden findet, erinnern, noch nach Jahrhunderten (1499) lebendig[1]). Die historischen Nachrichten des Sachsenspiegels, das Schema der Weltmonarchien, das in allen Chroniken wiederkehrt, sind natürlich auch hier geläufig[2]).

Ein Vertrautsein mit der deutschen Heldensage, die im südlichen Deutschland nie völlig ihren Zauber eingebüßt hat, würde man vergebens suchen. Während die unmittelbaren Nachbarn der Mark davon nicht unberührt sind, Herzog Balthasar von Mecklenburg in den 70er Jahren ein deutsches Heldenbuch zusammenstellen läßt[3]), der sächsische Verweser zu Sagan, Ritter Heinrich von Miltitz, der mit den Markgrafen in steter Berührung war, vom rasenden Roland redet[4]), also wohl einen verdeutschten französischen Roman gelesen hat, läßt sich für den brandenburgischen Kurstaat nichts feststellen, das darauf hindeutet, daß die alten Sagen hier noch lebendig gewesen wären. Denn das bloße Vorkommen einzelner Vornamen wie Parcival[5]), Gawein[6]), Arbogast[7]), Wolfram[8]) oder Rüdiger[9]) wird als Beweis allein nicht genügen können.

Die Freude an den alten Heldenliedern wurde im Ausgange des Mittelalters weiteren Kreisen erst durch die Humanisten mitgeteilt. Die Humanisten bekundeten Interesse für die Volkssprache und begrüßten in den Sagen den Beweis der ruhmreichen Vergangenheit der deutschen Nation. Aber zwischen ihren Bestrebungen und der Mark haben sich erst verhältnismäßig spät geregelte und innigere Beziehungen herstellen lassen.

---

die Rede. Über das Interesse der Hohenzollern für die Tradition siehe die Arbeiten von Eyb, Eck, Suntheim, Trithemius, Axungia. Sollte die Äußerung M. Johanns, er wolle nicht mehr ein Jäger sein u. s. w. (P. K. I S. 578) nicht auf Eyb, Denkwürdigkeiten 116 zurückgehen?

1) A. 11, 500.

2) Berl. Stadtb. 99. Auf die Fülle brandenburgischer Sagen und Märchen soll hier nicht eingegangen werden.

3) Durch Kaspar von der Rön, vgl. A. D. B. 15, 437.

4) P. K. II 432.

5) In Salzwedel, vgl. Ztschr. d. Harzvereins 28, 373.

6) P. K. II 412.

7) Ein Arbogast Merckwyler in Berlin, vgl. Danzig, Stadtarchiv B. XXIII 99.

8) A. 19, 462.

9) A. 23, 143. A. 11, 439.

III.

Der Humanismus. — Mäcenaten. — Gründe, weshalb der Humanismus in der Mark nicht Wurzel fassen konnte. — Dichtung. — Joachim I. und der Humanismus. — Dietrich von Bülow. — Bibliotheken.

Schulwesen.

Musik. — Bildende Kunst. — Bekannte märkische Baumeister. — Einrichtung der Kirchen. — Bilder.

Die gelehrten Arbeiten hatten in Brandenburg, wie die bisherigen Darlegungen zeigten, niemals geruht. Die Verbindung mit Italien war stark und ununterbrochen. Als die neue Bildung nach Deutschland drang, war die Mark mit jenem Lande, in dem sie zuerst Eingang fand, mit Böhmen, fest verbunden. Karl IV., der seinen Lieblingsaufenthalt in Tangermünde nahm, wird an das Stift, das er dort begründete, nur Leute verpflanzt haben, die seine Ideen und Neigungen verstanden und ihnen entsprechen wollten. Sein Freund Petrarca ist noch nach Jahren einzelnen Märkern bekannt, Matthias Döring benutzt seine Schriften, Albert von Stendal giebt sie heraus.

Schon im Jahre 1423 wagt der Frankfurter Rat, einen Laien zum Stadtschreiber zu ernennen[1]), obwohl die Bürger sich vorerst mit dieser Neuerung noch nicht zu befreunden vermochten. Die Landesherrn, zuerst die Wittelsbacher, dann Friedrich I., waren ihnen hierin mit gutem Beispiele vorangegangen[2]). Die Laienbildung machte Fortschritte. Die Kanzleibehörden der Markgrafen, der Bischöfe, der Städte umfaßten schon eine Menge brauchbarer, tüchtiger, unterrichteter Leute, Kleriker und Laien. In ihren Kreisen giebt es sogar schon eine Art litterarischen Klatsches, ein gegenseitiges Abschätzen und Bekritteln. Ein markgräflicher Kanzlist verbreitet, daß ein Stadtschreiber eine längere Stelle in einem Recesse nicht verstanden und statt ihrer „et cetera“ vorgetragen habe. Derselbe habe auch mit der „Meißnischen Sprache“, auf deren Kenntnis die Kanzleibeamten bereits hohen Wert legten, nicht Bescheid gewußt[3]). Dörings Schriften sind voll von kritischen Bemerkungen über seine Kollegen.

---

1) Siehe oben S. 22.

2) Unter den Wittelsbachern sind Johann von Buch, Wilhelm von Rochow (B. II 302, da demselben das Prädikat dominus, das in der Urkunde alle Geistlichen erhalten, fehlt, war er wohl ein Laie) und Conrad Cumpleirus (B II 493, wegen des Titels ersamer) Laien. Unter Friedrich I. leiten Oertel v. Zehmen und Heinz Kracht, zwei Laien, die Kanzlei.

3) Zerbster Stadtarchiv II 13. 1459. Unverständlich ist dagegen der Vorwurf: ein Schreiber habe eine gewisse Monitio nicht selber geschrieben. Der Tadler fügt hinzu: he wil met eyme natten vingere ghan, dar de bryff geschreven unde versegild is (ebenda II 3.)

Aus solchen Anfeindungen spricht immerhin schon das erwachende Gefühl für eine Wertschätzung der Schreibweise; langsam erstarkt die Aufnahmefähigkeit für die humanistischen Bestrebungen. Wie weit sie dann wirklich Aufnahme gefunden haben, entzieht sich der Kenntnis. Doch wird es jedenfalls in der Mark Männer gegeben haben, die zwar nicht oder nur in geringem Maße litterarisch thätig sein konnten, sich aber doch eine „stille Liebe“ zu den modernen Wissenschaften bewahrten, ihre Schriften ankauften, lasen, verbreiteten[1]). Es ist in der Reformationszeit zuviel aus den Büchereien des Landes verschleppt oder vernichtet, z. B. durch das Treiben Thurneyßers verwahrlost worden, als daß es sich sagen ließe, welche Schätze der Sammeleifer gelehrter Märker aufzuspeichern verstanden hat und welche Richtung vornehmlich Geltung fand. Die humanistische wird vertreten gewesen sein. Es kommt noch hinzu, daß in der Mark noch keine Korporation bestand, die ein Interesse hatte, wie so manche Universität, den humanistischen Ansturm abzuwehren. Daher finden sich in der Mark keine eingefleischten Gegner der neuen Geistesrichtung; selbst auf den scholastischen Betrieb ihrer Wissenschaft eingeschworene Männer wie Goede stehen ihnen freundlich gegenüber und suchen sie zu fördern[2]). Als frühester Mäcen erscheint der vielgenannte Albert Klitzing, der für mancherlei litterarische Versuche eine offene Hand hatte. Er wird von dem Westfalen Boger in überschwänglichen Versen als Gönner gepriesen[3]). Weitere werden unten zu nennen sein. Trotzdem spielten die Mark und die Märker bei den Humanisten keine erhebliche Rolle. In der Mark gab es keine Hochschule und auch sonst war wenig vorhanden, was fremde Humanisten ins Land hätte locken können. Beziehungen zu ihnen ließen sich daher nur an fremden Hochschulen anknüpfen. Bei dem oben gekennzeichneten Charakter der märkischen Studenten ist es nun wenig wahrscheinlich, daß sie in die Kreise der Modernen hätten geraten sollen. Die studierenden Märker entstammten fast alle guten, angesessenen adligen oder patrizischen Familien. Sie werden mit Vorliebe zu den repräsentativen Stellungen an den Universitäten verwandt und sie besaßen ohne Zweifel jene norddeutsche Ehrbarkeit und Steifheit, die sie verhindern mußte, an der ungebundenen Lebensführung und dem „Künstlerelend“ jener Kreise Gefallen zu finden. Einzelne Ausnahmen, wie Ästicampian, weisen dafür die humanistischen Eigenschaften in besonderer Schärfe auf. Ebensowenig läßt sich annehmen,

---

1) Kaufmann l. c. II 507.
2) Kaufmann l. c. II 529 f.
3) Mitteil. d. Ver. f. Hamb. Gesch. II 51. 76 f.

daß diese schwerflüssigen Leute den Künsteleien, poetischen Tändeleien der neuen Litteratur, dem Dilettieren in allen Wissenschaften viel Verständnis entgegengebracht hätten. Gewiß besaßen die Märker und sogar die niederen Volksklassen — viele Beispiele zeugen davon — von jeher eine frische, natürliche Beredsamkeit, die mit Witz[1]) und Schlagfertigkeit gepaart war. Aber das Deklamatorische, der „rednerische Grundzug", der dem deutschen Humanismus so tief aufgeprägt war, ging ihnen ab. Hierzu kam die kritische Ader, das Erbteil der Niederdeutschen und vor allem der Märker, die sie vor der Überschätzung, welche die Humanisten selbst ihren Arbeiten zollten, bewahrt haben wird. Es war zwar kein geborener Märker, aber ein langjähriger brandenburgischer Staatsmann, der dort seit seiner Jugend thätig war, dabei ein warmer Freund gelehrter Bildung, der auf die Bemerkung, der Krieg gegen Venedig sei sehr schön beschrieben worden, die berühmte Antwort gab, wäre er lieber besser geführt worden[2]), also damit bewies, daß er nicht ganz wie die Humanisten in den litterarischen Fragen aufging. Bei aller Bewunderung für Trithemius hat doch sein märkischer Gönner, Bischof Dietrich, Furcht, daß ihm der gefeierte Gast seine Handschriften entführen könne. Leuten vom Schlage des Trebelius steht er anfänglich mit kühler Zurückhaltung gegenüber[3]). Die Dichtung hat in Deutschland von jeher mehr im Süden als im Norden Pflege gefunden; die Mark ist bis auf unsere Tage wenig ergiebig an dichterischen Leistungen geblieben und ihre nicht immer glücklichen Bemühungen nach dieser Richtung hin sind oft verspottet worden. Wenn man von den askanischen Markgrafen absieht, von denen einige dem Minnesange huldigten, andere ihn unterstützten, ist nicht viel zu berichten. Es bleiben einige Verse, die als Grabschriften von Prälaten oder als Inschriften auf Bauwerken nach bekannten Schemen

1) Selbst in einem Testamente findet sich bisweilen ein Witz. Der Propst Blogel, der durch seine Stipendienstiftung bekannt ist, vermacht einem Domherrn einige kleine Gefäße, sciens enim, quod magnos haustus bibere non potest. A. 5, 215.

2) A. D. B. 35. 607. Wie plump und schwerfällig es klingt, wenn Märker in Bildern reden, zeigt z. B. die Art, wie der Vergleich seines Buches mit einer Blume bei Nicol. Wurm herauskommt, vgl. Arch. f. Kunde österr. Gesch. 60, 300. Zahlreiche Pasquille sind erhalten, Schmähschriften in Form von Gemälden nach Art des Totentanzes, vgl. Heidemann, Jobst von Mähren S. 124. In einem Turmknopfzettel in Salzwedel 1496 werden einige Bürger erwähnt: bittet unsen leven herren goth, dath dese frome knechte alle hangen worden, so krüge gy de kleden. A. XIV 281.

3) A. D. B. 38, 550.

verfaßt sind [1]). Nicht ganz ohne individuelle Färbung ist der poetische Nachruf, den Busso Bratz, Schreiber des Bischofs von Havelberg, später, nach dem Besuche der Universitäten Erfurt und Rostock, Ratmann zu Neuruppin, dem Matthias Döring widmete [2]). Er giebt darin in klingenden Versen eine anschauliche Schilderung von dem Wirken und der Persönlichkeit des Verstorbenen. Ein Havelberger Domherr hat die Einnahme und die Wiedereroberung von Belitz in lateinischen Strophen besungen [3]). In deutscher Sprache sind einige Gelegenheitsgedichte abgefaßt, Erzeugnisse fahrender Sänger und zur Feier der Niederwerfung der Quitzows [4]), der Eroberung von Angermünde [5]) und Belitz [6]), eines Sieges der Neumärker über die Pommern [7]) u. s. w. bestimmt. Sie zeigen Witz und Darstellungstalent, suchen sich natürlich zu geben, verraten, wie nicht anders zu erwarten, die echt niederdeutsche Freude an einer trunkfesten Kehle und einem guten Trunke, stehen aber doch den ähnlichen Erzeugnissen andrer Landschaften nach. In der Berliner Marienkirche finden sich poetische Erklärungen der Bilder des Totentanzes in niederdeutscher Sprache; Abweichungen von den bekannten Vorbildern sind nicht ersichtlich [8]).

Unter dem Einfluße des Humanismus dichtete Ästicampian, der erste märkische poeta laureatus [9]). Zu seiner Pierischen Herde, den Jüngern, die er um sich sammelte, gehörten mehrere Edelleute, so Dietrich von Malzan und der Neffe des Bischofs von Lebus, Joachim von Bülow,

---

1) Bezüglich der brandenburgischen Dominschriften bietet jetzt Forsch. zur brand. u. preuß. Gesch. V 2. 178 ff. eine Zusammenstellung, vgl. auch A. 5, 506.

2) Albert l. c. 9. Albert weiß mit dem Namen des Dichters nichts anzufangen und kommt so zu der haltlosen Vermutung, ein Havelberger Bischof habe die Verse verfaßt. Busso Bratz oder Fratz ist bereits 1455 bischöflich havelbergischer Schreiber, A. 1, 416, W. 1481 studiert er in Rostock, W. 1486 in Erfurt. 1490 erscheint er als Ratmann zu Neuruppin, A. 4, 350. Es ist kaum anzunehmen, daß man es mit zwei verschiedenen Leuten hierbei zu thun hat.

3) Vgl. Angelus 242 ff.

4) Liliencron, Hist. Volkslieder I 223. Verf. ist Nickel Uppschlacht. Aus seiner Bemerkung, hi lovet die fursten mit flite, hat man (Ztschr. f. preußische Gesch. u. Landesk. 19, 123) geschlossen, daß U. ein berufsmäßiger Sänger war. Sollte er nicht aber mit dem, Sitz.Ber. d. Berl. Akad. 1883 450 erwähnten, gleichzeitigen Notar Nicolaus Upsclach identisch sein?

5) Liliencron I 274 f.

6) II 149.

7) I 567.

8) Vgl. Jahrb. d. Ver. f. niederdeutsche Sprachforsch. 1877 178 ff. Ein schlechter Abdruck in den Folioschriften des Ver. f. Gesch. d. Stadt Berlin.

9) Vgl. über ihn am besten G. Bauch, vornehmlich Arch. f. Litt.Gesch. XII.

von dem Arungia einen Vers überliefert hat[1]). Neben ihnen ist noch der Magister Heinrich Bibicetus zu nennen. Er stammte aus Storkow und besang den Einzug Maximilians in Köln (1500) in einem Gedichte voll antiquarischer Gelehrsamkeit. Mit Herman von dem Busche war er befreundet[2]). Mehr von der poetischen Litteratur ist nicht bekannt. Die dichterischen Bestrebungen der Märker hatten, wie bereits erwähnt, ohne Zweifel etwas nüchternes, hartes, prosaisches an sich. Die Dunkelmännerbriefe nahmen sie zur Zielscheibe ihres Spottes und teilten als Probe märkischer Poesie die Verse mit:

Ich kam genn Spandow opp den dam
Dar segen mich die plontzgen an.

In unbestimmbaren lateinischen Metren wurde dieser tiefsinnige Gedanke noch einmal wiedergegeben[3]). Größere Dienste als durch ihr eignes Schaffen leisteten die Märker der neuen Bildung durch ihre bereitwillige Unterstützung. Trithemius hebt z. B. mit großer Befriedigung hervor, daß man seinen Studien hier mit größter Achtung begegne[4]). Kurfürst Joachim, in bescheidnerem Maße schon sein ungelehrter Vater, ist ein richtiger Mäcen. Er ruft Gelehrte an seinen Hof, verkehrt mit ihnen auf freundschaftlichem Fuße, ohne daß sein fürstliches Selbstgefühl mit ihrem Unsterblichkeitsdünkel in Konflikt geraten wäre, bereitet ihnen an der neuen Landesuniversität ein warmes Nest. Unter den Prälaten und hohen Beamten finden sie Gönner. Albert Kliżing läßt sich von ihnen ansingen und unterstützt sie. Dasselbe ist mit Johann Blankenfelde der Fall, dem Berliner Patriziersohne und späteren Bischof, den Bohuslaw von Hassenstein mit Cicero, Solon und Homer vergleicht[5]) und den man in Rom den weisen Deutschen nannte[6]). Noch intimer stellt sich Dietrich von Bülow, der Bischof von Lebus, neben Eitelwolf von Stein und einigen gelehrten jungen Adligen, ihr Hauptgönner auf märkischem Boden. Der Bischof ist mit einer ganzen Anzahl befreundet, korrespondiert mit ihnen, lädt sie ein, kauft ihre Codices, empfängt ihre Huldigungen. Er sucht märkische Edelleute, in erster Linie seine Ver-

---

1) Arungia l. c. 18b.
2) Progr. des Kaiser Wilhelm-Gymnas. zu Köln 1884 (Nr. 393) S. 8.
3) Epist. obscur. vir. ed. Böcking. I 222. Der erste Dichter, der zu nennen ist, wäre der 1508 zu Brandenburg geborene Georg Sabinus, der Schwiegersohn Melanchthons.
4) Silbernagl, Trithemius l. c. 108 f.
5) Ausg. v. Mitis 1570 S. 278.
6) Schr. d. Ver. f. Gesch. d. St. Berl., Berl. Geschl. Blankenfelde.

wandten, den gelehrten Studien zuzuführen und vertraut ihre Erziehung erklärten Humanisten an. Er hilft ihnen in ihren Kämpfen. Er würdigt die Antike in überschwänglicher Weise; bis auf Proklus und Jamblichus erstreckt sich sein Interesse. Aus seinen Bücherschätzen schöpft Trithemius. In dem Bestreben, Bibliotheken zusammenzubringen, bleibt die Mark hinter anderen Landschaften nicht zurück. Wir kennen zwei größere Büchersammlungen, die des Stifts auf dem Marienberge zu Brandenburg und die im Kloster Lehnin. Die erstere[1]) umfaßt im wesentlichen die Kirchenväter, scholastische, theologische, katechetische Schriften, Heiligenlegenden, Wörterbücher, Grammatiken, juristische und liturgische Schriften, Übersetzungen, z. B. von der Metaphysik des Aristoteles. Die Bibliothek ist freilich nicht von Märkern gesammelt, sondern in ihrem ganzen Bestande von einem lausitzischen Kloster erworben worden[2]). Die Bücherei zu Lehnin[3]) war in ähnlicher Weise zusammengesetzt, sie enthielt Sammlungen des kanonischen und des Civilrechts, den Sachsenspiegel und seine Ausleger, Lexika und Lehrbücher für die griechische und hebräische Sprache, ferner eine Bibel mit hebräischen Vokabeln, medizinische und historische, übrigens durchweg allgemein historische Werke.

In dem stillen Prenzlau fand der Franciskaner Etzen, der auf seinen Wunsch an das dortige leider kurzlebige studium seines Ordens versetzt worden, eine stattliche Menge zumeist philosophischer Schriften. Er giebt seiner Freude hierüber mit den Worten Ausdruck, er wolle lieber stare in loco solitario, ut in studiis laborarem, quam ubi sine studii deliciis habundare, et accidit, quod optabam; ibi enim libros optimos in philosophia reperi[4]).

Über die andern, zahlreich vorhandenen Klosterbibliotheken sind wir minder gut unterrichtet. Aus den Berliner Klöstern soll während der Reformationszeit der Abenteurer Thurneyßer viel wertvolle Bücher entwendet und verschleppt haben. Die neumärkischen Bibliotheken traf schon im 15. Jahrhundert ein ähnliches Schicksal. Ein feingebildeter Handschriftenliebhaber, der italienische Ablaßsammler Marianus von Fregeno war von Sixtus IV. gegen den Willen des Stifts zum Bischof von Kammin erhoben worden. Ihm wird vorgeworfen, daß er der Neigung, Bücher,

---

1) Serapeum XI 377 ff. Die Bibliothek zu Leitzkau (vgl. Gottlieb, Über mittelalterl. Bibl. 48) lag zwar im Gebiete des Brandenburger Bistums, aber nicht mehr auf märkischem Boden.

2) l. c.

3) Eine genaue Beschreibung giebt Sello, Lehnin 87—102. 225—242.

4) Centralblatt für Bibl.wesen XI 347 ff.

die ihm gefielen, mitzunehmen, nirgends widerstehen konnte[1]). Da ihn nur der märkische Teil seiner Diöcese anerkannte, werden die von ihm geplünderten Bibliotheken überwiegend brandenburgische, d. h. neumärkische gewesen sein.

Neben den klösterlichen und kirchlichen[2]), über die noch so manche Nachricht beizubringen wäre, wird von städtischen[3]) und privaten Sammlungen berichtet. Es fehlt weder an Mitteln und Stiftungen noch an Interesse hierfür. Unter Umständen dürfen sogar die für studierende Bürgersöhne ausgesetzten Stipendien für Bücheranschaffungen verwendet werden[4]), es werden Vorkehrungen getroffen, daß wichtige Bücher in Privatbesitz nicht der allgemeinen Benutzung völlig entfremdet werden können[5]). Von Bibliotheksbauten ist ebenfalls die Rede[6]); es werden gewerbsmäßige Schreiber[7]) neben den Privatleuten, die für sich Bücher kopieren[8]), es wird einmal sogar ein Bücherdieb erwähnt[9]). Die privaten Büchersammlungen, über die mehrere eingehende Verzeichnisse und Notizen vorhanden sind[10]), enthalten meist nur die üblichen Hand- und Lehrbücher der kirchlichen und profanen Wissenschaften, daneben allenfalls einige Klassiker, Erbauungslitteratur und Streitschriften juristischen oder theologischen Inhalts. Auffallenderweise nennen alle diese Zusammenstellungen, selbst die aus dem Ende des Jahrhunderts, nur Handschriften und nur einmal einen Druck[11]). Doch buchen die Diesdorfer Klosterrechnungen

1) Kanzow (Medem, die neue Ausgabe konnte noch nicht benutzt werden) S. 294 f.

2) Eine Deutschordensbibl., vgl. Gottlieb l. c. 24. Bibl. in Havelberg, Möhsen II, 341, in Tangermünde A. XVI 95, Seehausen A VI 342. Ausführlich handelt über all diese Dinge ein Aufsatz des Verf. in der Ztschr. f. Bücherfreunde III 105.

3) Vgl. Brandenburg. Beil. z. Progr. d. Saldernschen Realgymnas. 1889 S. 9. Pritzwalk A. II 43 f. Salzwedel A. XV 334 f. Frankfurt a. O. Gurnik l. c. 8.

4) A. II 43 f.

5) A. VI 68.

6) Zerbst. Stadtarchiv II 31.

7) Wattenbach, Schriftwesen. 2. Aufl. 435.

8) Nentwig, Die mittelalterl. Handschr. in der Stadtbibl. zu Braunschweig 94. 24. Knod. 175.

9) A. IX 221.

10) A. XIV 384 f. Gesch.quellen d. Prov. Sachsen XV 319. Möhsen II 166. A. XXV 480. Wolkan, Böhmens Anteil an der deutschen Litteratur (betr. Damerows) III 99. A. V. 216. A. V. 222, betr. Erasmus Brandenburg, vgl. P. K. II 605 Anm. 3. Dem Stadtschreiber von Berlin werden Bücher geraubt. B. III 357.

11) A. XXV 480. Über Bücherpreise vgl. A. XIX 278 f. Nentwig l. c.

die Ausgabe (1483): item III R. gulden, de maken vj marcas, deme commissarien to Soltwedel vor de nyeen imprimereden boke horarum [1]); ähnliche Ausgaben können auch in den anderen Bistümern nicht gefehlt haben [2]), und von den gedruckten Ablaßbriefen, die Graf Rudolf von Werdenberg, Bailli des Johanniterordens zu Brandenburg, ausstellen ließ, ist wohl sicher ein Teil in die Mark gekommen [3]).

Schon im Jahre 1473 erscheint ein Albert aus Stendal als Drucker in Venedig [4]); ein zweiter, Drusedow, giebt als Heimat Lübeck an [5]); er trägt aber einen Namen, der von einem märkischen Dorfe hergenommen ist und als märkischer Familienname häufig, z. B. in Prenzlau, wiederkehrt. Der erstgenannte, der die Magisterwürde erworben hatte, war zunächst in Venedig und dann in Padua thätig; hernach scheint er sich nach Rom gewandt zu haben. Er gab des Petrarca sieben Bußpsalmen und die Summa des Thomas von Aquino im Jahre 1473 heraus [6]). Im nächsten Jahre folgten die Quästiones des Duns Scotus [7]) (eine zweite Ausgabe der Schriften des Duns veranstaltete er gleichzeitig in Venedig). Ebenda druckte er die „Redekunst", die der Humanist Nicolaus Leonicenus dem Markgrafen Friedrich von Mantua, einem nahen Verwandten des brandenburgischen Herrscherhauses, gewidmet hatte [8]). 1475 folgten zu Padua die Rudimente der Grammatik des Nicolaus Perottus, des bekannten Vertrauten des Kardinals Bessarion [9]). 1476 druckte er eine juristische Schrift des namhaften Bologneser und Ferrareser Rechtslehrers Angelus Aretinus [10]).

Im Jahre 1488 hat der Drucker Joachim Westphal zu Stendal Bücher gedruckt und zwar den Donat des Gerson und eine Bearbeitung des Sachsenspiegels [11]). Vorher war er in Magdeburg gemeinsam mit

---

passim. A. VI 7. Ein Buch Papier kostet im 14. Jahrhundert in der Altmark 2 Schill. (XVIII Jahresber. d. altmärk. Ver. ꝛc. 139 f.). Ein Buch einbinden kostet 2 Schill. 8 Pf. (140).

1) P. R. III S. 520.

2) Siehe unten.

3) Mitteil. der 3. (Archiv) Sektion (Wien 1888). Archivberichte von Ottenthal und Redlich.

4) Simonsfeld, Der Fondaco dei Tedeschi II 288.

5) Ebenda.

6) Hain, Repert. bibliograph. Vol. II pars II 84. I 173.

7) I 2, 285.

8) II 1, 255.

9) II 2, 65.

10) I 1, 195.

11) II 2, 245.

Albert Rauenstein thätig gewesen und hatte dort 1483 einen Tractat de septem sacramentis [1]), 1484 eine Anleitung de modo observandi interdictum, gleichzeitig auch ein deutsches Buch, Prophezeihungen, Episteln, Evangelien und die Glosse für das ganze Jahr herausgegeben [2]). Von dort scheint er seinen Wohnsitz nach Stendal verlegt zu haben. Die Katastrophe, die in dem Jahre 1488 über diese Stadt hereinbrach, dürfte seiner Thätigkeit rasch ein Ziel gesetzt haben. Im Kloster Zinna, also in der unmittelbaren Nachbarschaft der Mark, befand sich in den 90 er Jahren eine Offizin, aus der u. a. das bereits erwähnte Bilderwerk des Nitzschewitz, wenigstens der textliche Teil des Buches, hervorging. Die Statuten und Breviarien, die einige märkische Bischöfe drucken ließen, wurden in Leipzig oder in Nürnberg hergestellt. Jakob Pfortzheim druckte das Havelberger Meßbuch [3]), Georg von Stoechs das Brandenburgische [4]). Mit der Gründung der Frankfurter Hochschule kamen auch Druckereien dorthin, von denen einige großen Ruhm und Aufträge, selbst aus der Ferne, erhielten.

Über das Schulwesen ist wenig überliefert. Schon im 14. Jahrhundert begann der Kampf der Städte gegen das kirchliche Schulwesen [5]). In einer Reihe von Gemeinden gelang es in der That, besondere Schulen ins Leben zu rufen und trotz des Widerstandes der kirchlichen Behörden zu erhalten [6]). Andere Städte, wie Brandenburg, begnügten sich lange Zeit mit der Domschule [7]). Es handelte sich bei diesen Schulstreitigkeiten nicht

1) II 2, 245. Eine genaue Analyse der W.schen Drucke giebt Götze, Gesch. d. Stadt Stendal 294—302. Er schreibt ihm auch die Herausgabe eines Briefstellers zu (301) und meint, daß auch Rauenstein aus Stendal stamme (295). Nach ihm ist W. schon in gewissem Sinne vom Humanismus beeinflußt. Götze äußert auch die Vermutung, daß der oben genannte Albert von Stendal gleichfalls aus der patrizischen Familie Westphal stammt.

2) Hain I 2, 333.

3) Interessant ist der Befehl des Bischofs Busso (1490), Fehler in dem gedruckten Horarum liber zu verbessern. Der Befehl ergeht an alle Geistlichen. A. 3, 254.

4) Buchholz, Versuch ꝛc. III 256 f.

5) Das interessanteste Beispiel bietet Stendal, wo die Schule des Rates 1338 entstand. Vgl. besonders J. F. Behrend, Ein Stendaler Urteilsbuch S. 1 ff. 1342 Vergleich zwischen der Stadt und dem Domstift. 1329 wird festgesetzt, daß, wenn ein Kind das andre beschädigt, wird das beschädigte aus der Domschule genommen und die Sache bei dem weltlichen Gerichte anhängig gemacht.

6) Vgl. die Einleitung zu Behrend, Götze u. a. Doch erscheint auch dort 1385 ein laiischer Schulmeister und Hausbesitzer, vgl. A. 7, 134.

7) A. 8, 44.

um Durchsetzung eines besonderen pädagogischen Princips. Die bürgerlichen Lehranstalten unterschieden sich kaum von den kirchlichen, höchstens war bei diesen infolge der Angliederung der Schule an ein bestimmtes Gotteshaus [1]) mehr von der Heranbildung der Schüler zu kirchlichen Zwecken, Einübung eines guten Chorgesanges, die Rede. Aber auch die nicht kirchlichen Schulleiter machten aus der Verwertung der Stimmen der Schüler bei Gelagen u. s. w. ein umziemliches Gewerbe.

Der Rat wünschte nur, das Schulwesen und den Schulmeister von sich abhängig zu machen und für seine Zwecke zu benutzen. In Köpenick und zeitweise in der Altstadt Brandenburg ist der Schulmeister Stadtschreiber [2]), in Schönfließ muß er die Bürgerbriefe und die Hälfte der Geburtsbriefe schreiben und dazu sonstige vorliegende Schreibarbeit übernehmen [3]). Er ist Vorgesetzter des Küsters und hat dessen Läuten zu überwachen. Dafür sichert ihn der Rat vor ungebührlichen Zumutungen der Geistlichen [4]). In Beeskow erreicht er, daß der Schulmeister dem Propste nur zu bestimmten, genau abgegrenzten gottesdienstlichen Funktionen verpflichtet wird, dafür aber collaciones erhält. Der Lokat bekommt ein Trinkgeld. Der Schulmeister hat zum Gottesdienste Schüler zu liefern [5]). In Beeskow war der Streit über die Schule 1385 dahin geregelt worden, daß der Rat den Schulmeister anstellen, aber auf dringendes Verlangen des Propstes, wenn er sich ungehorsam zeigte, entlassen sollte [6]). In Werben erlangt der Rat mit Hilfe des Bischofs von Havelberg eine Festsetzung der Gebührnisse des Schulmeisters, den der Johanniterkomtur kurz zu halten versucht hatte [7]). Von einer Aufsicht der höheren kirchlichen Behörden über das Schulwesen verlautet nichts. Wo z. B. ein Bischof, wie der von Havelberg, in die Streitigkeiten über die Schule eingreift, erscheint er als angerufener Schiedsrichter.

Das Gehalt des Lehrers bestand meist in Zahlungen der Schüler und städtischen Zuschüssen, bei kirchlichen Anstalten in angewiesenen

1) Über die Chorschule der Berl. Marienkapelle in der Nikolaipfarrkirche, vgl. A. 12, 27 f.

2) A. 12, 41. Beil. z. Progr. des Sald.-Realgymn. 1889 S. 7. 1412.

3) A. 19, 105 f.

4) Ebenda.

5) A. 20, 380 ff. 1418. Über die dem Seehausener Lehrer obliegende Mitwirkung beim Gottesdienste vgl. das citierte Programm S. 32.

6) A. 20, 363.

7) A. 6, 71 f. In der Brandenburger Altstadt ist der Schulmeister ebenfalls zeitweise Kirchendiener, vgl. Beil. z. Progr. d. Sald.-Realgym. 1889 S. 7. Über die Schule in der Neustadt vgl. Rasmus, Beitr. z. Gesch. d. Alt- u. Neustädtischen Gymn. zu Brand. I (Beil. z. Jahresber. des Alt- u. Neustädt. Gymnas. zu Brandenburg S. 10). Über die Berliner Schule vgl. D. 113. 103. A. 12, 425.

Pfründen. Der Schulmeister in Schönfließ erhielt 5 Mark vom Rate, 6 Mark für verschiedene kirchliche Gesangsleistungen, ferner aus jedem Hause vierteljährlich einen Pfennig und von den Gotteshausleuten der städtischen Kirchen im ganzen 24 Pfennig[1]). In Berlin ist in den 70 er Jahren ein Wins[2]), also ein Mitglied einer patrizischen Familie, Schulmeister. Dort ist es den Wohlhabenden verboten, ihre Kinder in andere als in des Kirchspiels Anstalt zu schicken. Den Armen steht die Wahl der Schule frei[3]). In Stendal, das im 14. Jahrhundert sich seine eigene Schule mit besonderem Eifer erfochten hatte, wird später lange nichts mehr davon berichtet. Ein Stendaler erscheint um die Mitte des 15. Jahrhunderts als Schüler in Zerbst[4]). Am Anfang des 16. Jahrhunderts wird einem Schlesier die Leitung der Schule übertragen. Er vermag sich aber nur mit Mühe in der niederdeutschen Bevölkerung verständlich zu machen[5]). In Seehausen wird ein Stipendium für einen Studenten begründet. Nach Ablauf der Studienjahre hat der Inhaber sich dem Rate als Leiter der Stadtschule zur Verfügung zu stellen. Findet sich kein Student, so erhält der Lokat 10 fl. zur

---

1) In Seehausen wird er aus einer Stiftung besoldet, A 6, 344. In Trebbin erhält er aus einer Stiftung 10 Scheffel, A 11, 407, 1472. Nach der Frankfurter Schulordnung (Mitteil. des hist.-stat. Ver. zu Frankfurt a. O. 9.—12. Heft S. 133) von 1425 erhielt der Lehrer von jedem vermöglichen Schüler 2 Groschen das Vierteljahr; ebensoviel bekam der Geselle. Holzpfennige. Der Lehrer soll die Kinder säuberlich singen lehren und nur das im Chore singen lassen, was der Pfarrer und der Kaplan wünschen, damit keine Konfusion entsteht. Er hat auch dem Organisten Treter zur Orgel zu liefern.

2) M. F. I 352. Über die Berliner Schulen vgl. noch M. F. IX, 185 f.

3) Berliner Stadtbuch 253.

4) Siehe oben S. 8 Anm. 3.

5) Ztschr. d. Ver. f. Gesch. u. Alt. Schles. 31, 148. Schulmeister in Salzwedel ist 1500 Paulus Cavenrodis. A. 16, 510. Schon 1329 wird eine Schule in Salzwedel erwähnt. Danneil, Kirchengesch. 30, eine Schule bei der Katharinenkirche 123 erwähnt; nach dem citierten Seehausener Programm S. 32 entstand sie schon 1307, auch die Neustadt hatte eine Schule. In Gardelegen entsteht darnach 1340 eine Schule. In Apenburg wird 1368, in Werben 1398 eine Schule erwähnt; im 15. Jahrhundert hat sie zwei Lehrer. In Seehausen hat der Schulmeister zwei Lokaten. Als Schulmeister wird der bacc. art. Dietrich Norbeck 1482 erwähnt. A. 25, 410. N. hatte 1479 in Rostock studiert. Ein Salzwedler Lehrer Joachim Moller, vgl. Ztschr. f. Gesch. u. Altertum Schles. 31, 154 1512. Die erste Nachricht über die Krossener Schule findet sich 1380. Bei der Fundation des Hospitals wird dem Rektor und den Scholaren eine Remuneration für das Singen ausgeworfen. Desgl. 1400 bei der Neugründung eines Hospitalaltars. Hinsichtlich der äußeren Verhältnisse steht die Schule unter dem Stadtregimente. Jahresber. über das Realprogymnas. u. Gymnas. zu Krossen a. O. 1889 S. 5.

Unterstützung[1]). Ein großer Teil der Schulmeister ist geistlichen Standes[2]).

Eine Schülergilde, d. h. eine von Schülern — ehemaligen und gegenwärtigen — ausgehende Meßstiftung, bestand u. a. in Brandenburg[3]). Auch der Adel hält sich seine Lehrer; in der Geschlechtsordnung der Alvensleben wird der Schulmeister neben dem Priester erwähnt[4]). Eine Art Landschule war die in dem ländlichen Domstifte zu Boister unterhaltene[5]). Es ist jedoch fraglich, ob die Landbewohner, das heißt die Nichtadligen, von ihr Gebrauch gemacht haben. Ein ansässiger „Schüler" wird im Dorfe Blumberg[6]), ein anderer im Dorfe Reipzig[7]) erwähnt. Der Erziehung der Mädchen nahm sich das altmärkische Frauenkloster Diesdorf an. Alljährlich verzeichnen die Rechnungen größere Summen pro puellis secularibus; meist sind es die Töchter des Adels, die dort ihre Ausbildung erhalten. Das Spandauer Kloster erhielt schon 1299 die Vergünstigung, daß die ihm nicht gezahlten Erziehungsgelder durch die Vögte mit Pfändungen eingetrieben werden sollten[8]).

Art des Unterrichts und Vorbildung der Lehrer dürften von dem sonst üblichen nicht abgewichen sein. Der Gebrauch des doctrinale puerorum des Alexander de Villa dei ist für Brandenburg erwiesen. Das erste in der Mark gedruckte Schulbuch war der Donat des Gerson[9]). Äfticampian führte als Grammatik den Marcianus Capella ein[10]).

Eines guten Rufes genossen die märkischen Schulen nicht; beim Beginn der Reformationszeit galten sie als verfallen[11]).

Die Pflege der Musik gehörte in das Pensum der Schule; ihre Fortbildung blieb den Kirchen überlassen. Verbesserung des Kirchengesanges wurde an verschiedenen Orten angestrebt und durch milde Gaben unterstützt. Eine Orgel wird 1425 in Frankfurt[12]), 1445 in Finster-

1) Progr. des Seehausener Progymnas. 1865 31.
2) Z. B. Albert Retz, Schulmeister und Altarist zu Königsberg A. 19, 298 ff., die dortige Schule wird z. B. noch 1507 A. 19, 427 erwähnt.
3) Vgl. Rasmus l. c. 10.
4) A. 17, 181.
5) Progr. des Seehausener Progymnas. 1865 14 f.
6) Berlin, kgl. Hausarchiv. Kurbrand. Akten.
7) A. 23, 399.
8) A. 11, 15.
9) S. oben S. 74.
10) Arch. f. Litt.gesch. 13, 4 f.
11) Vgl. z. B. Beil. z. Saldernschen Realg.-Progr. 1889 S. 7 f.
12) A. 23, 175.

walde[1]), 1475 in Pritzwalk, im 14. Jahrhundert bereits in Diesdorf[2]) erwähnt. Der Preis betrug im vorletzten Falle 12 Schock, der Verfertiger war Nicolaus Kummerlein[3]). Ein Orgelbauer Wulff zu Friedeberg in der Neumark wird 1448 erwähnt[4]). Von Glocken ist selten die Rede. Im Dorfe Krusemark wird 1485 eine Glocke gegossen. Die Arbeit mißlang, der Stendaler Meister büßte 37 ½ fl. an Glockenspeise ein[5]). Ein ähnliches Mißgeschick traf einen Zerbster Gießer, der für ein anderes altmärkisches Dorf arbeitete und wegen schlechter Leistungen von den Einwohnern und ihrem Edelmanne in Anspruch genommen wurde[6]).

Die kirchliche Musik erzielte achtbare Leistungen, die bei festlichen Gelegenheiten, wie z. B. beim ersten Einzuge Albrechts in Berlin oder bei der Hochzeit des Markgrafen Johann auch von fremden Gästen anerkannt wurden[7]). Zu seinen weltlichen Lustbarkeiten hielt sich der Hof ein stattliches Personal von Trompetern, Lautenspielern und Pfeifern. Diese fürstlichen Musici ließen sich nicht selten außerhalb Berlins, in Neuruppin, in Wittenberg, in Hildesheim, in Hamburg hören und empfingen reichliche Spenden und Trinkgelder[8]). Kurfürst Albrecht tadelte die großen Aufwendungen, die sein Sohn für diese musikalischen Zerstreuungen machte[9]). Auch die Städte hielten sich ihre Spielleute, ihre Kunstpfeifer und Trommler[10]), zum Teil für Dienstzwecke, zum Teil auch für ihre Ratsschmäuse und Tanzfestlichkeiten, die die Landesherrn bisweilen mit ihrer Gegenwart beehrten. Von Zeit zu Zeit sandten sie ihre Musiker, geradeso wie der Kurfürst, auf Reisen. Die Herren von Ruppin und Bieberstein thaten das gleiche[11]).

Die bildenden Künste kamen in der Mark ebenso wie die Dichtkunst recht schlecht weg. Prachtbauten entstanden nirgends. Nur die Prenz-

1) F. lag in der unmittelbaren Nachbarschaft der Mark, allerdings nicht mehr auf märkischem Boden.

2) 18. Jahresber. des altmärk. Ver. 1875 134, Diesdorf 11, 118b. Ausgaben pro reformacione organorum in einem Klosterdorfe, 1488 wird der Organist Meister Hans Polkow nach D. berufen. 14, 33b.

3) A. 2, 3.

4) Schr. d. Ver. f. Gesch. d. Neumark III 211.

5) Berlin, kgl. geh. Staatsarchiv R. 78a. (C. M. 21) 89b.

6) Zerbst. Stadtarchiv II 95.

7) Burkhardt, Das funfft merkisch buech 1.

8) P. K. II 277 Anm. 2 und einige Nachträge in P. K. III.

9) C. II 198.

10) Vgl. Rießen, Woldenberg 203.

11) Vgl. Doebner, Urk.B. d. St. Hildesh. VI 749, vgl. auch 665. 533 f. 768. 770. P. K. II, 277 Anm. 2.

lauer Marienkirche kann den herrlichen Gotteshäusern der Hansestädte an die Seite gestellt werden[1]). Sonst zeigt sich überall bei weltlichen und kirchlichen Bauwerken derselbe nüchterne, prosaische Backsteinbau, die gleiche Armseligkeit in der Erfindung, dasselbe nackte Streben, dem Bedürfnisse auf die einfachste, schmuckloseste Weise zu dienen. Kanzow spricht von einer märkischen Bauart, ohne den Begriff näher zu erklären[2]). Nur in den Deichbauten leistete man großes. Das architektonische Bild einer märkischen Stadt ist unendlich einförmig. Eine feste Mauer mit ragenden, plumpen, weithin sichtbaren Türmen umschließt das Ganze; im Innern laufen wenige winklige Straßen. Der Holzbau überwiegt; die ländliche Beschäftigung der Mehrzahl der Bürger kommt in den weiten Höfen und Scheunen zum Ausdruck; kaum ein hervorragendes Haus, höchstens einmal ein einfacher Kirchturm unterbricht die Eintönigkeit. Einen gewissen Sinn für die Ausschmückung des Stadtbildes verrät nur der Rat von Salzwedel, der die Gärten vor einem der Thore nicht mehr veräußern will, sondern daraus ein „besondres Kleinod" der Stadt zu machen unternimmt[3]). Selbst die Häuser der Vornehmen sind armselig, bieten wenig Raum und enthalten keinerlei Prunkgemächer. Glasfenster sind kostspielig und selten; ihr Besitz wird besonders hervorgehoben[4]).

1) Treitschke, Deutsche Gesch. I 25.

2) Kanzow (Medem) 405. Nur von den weiten Gassen, großen, „gekleimeten" Häusern ist die Rede. Die neue Ausgabe von Kanzow war dem Verf. noch nicht zugänglich.

3) A. 14, 412.

4) A. 19, 53. 1489. Raumer II 213. Diesdorf 11, 91. 118b. A. 19, 52 enthält detaillierte Nachrichten über die Kosten eines Hausbaus in Küstrin. Es handelt sich um das dortige Zöllnerhaus (1478). Sie betragen insgesamt 65 Schock, also über 100 Gulden.

1 Schock	39 Gr.	— D.	Bauholz von der Fürstenfelder Heide inkl. Kost u. Lohn.
8 Schock	30 Gr.	2 D.	Baulohn für Meister Matz u. 5 Gesellen von Sonntag Misericord. dni. bis Pfingsten.
2 fl.			für Meister Matz beim Richtfest.
4 Schock	28 Gr.	— D.	für 5000 Dachsteine.
3 Schock	6 Gr.	6 D.	für 3600 Mauersteine (inkl. Fracht).
1 Schock	16 Gr.	5 D.	für Latten- und Brettnägel.
— Schock	12 Gr.	— D.	für span unter die Dachsteine.
— Schock	3 Gr.	— D.	für Mulden zum Kalk.
— Schock	30 Gr.	— D.	für 20 Schock „spled".
33 Schock	50 Gr.	6 D.	für Kost und Lohn der Zimmerleute, Maurer, Decker, Tagelöhner.
— Schock	3 Gr.	— D.	für 8 Fuder Lehmführen.
2 Schock	10 Gr.	— D.	für Eisenwerk.
4 Schock	32 Gr.	— D.	für Glasfenster in die „durntz" und die Kammer.
3 Schock	— Gr.	— D.	für grüne Kacheln und Ofenbau in der „Durntz".

„Gezierte Kemenaten" giebt es in Stendal nicht, erklärt der dortige Rat [1]).

An tüchtigen Baumeistern, die imstande gewesen wären, besseres zu schaffen, würde es vermutlich nicht gefehlt haben. Die Namen mehrerer Baumeister sind überliefert. Ein Claus Sandow, der 1459 an der kurfürstlichen Kapelle sehr gut gearbeitet hat, wird von Zerbst erbeten [2]). Ein Meister Stephan Buxtehude, der um 1450 viele märkische Kirchen „gebaut und ausgebaut" hat, ebenso ein Meister Hans Vogel aus Spandau werden dorthin empfohlen [3]). Ein Hans Kunstmeister aus Frankfurt tritt in die Dienste des deutschen Ordens [4]), ebenso der Maurermeister Mattis [5]) aus Küstrin. Der Erbauer des Frankfurter Universitätsgebäudes Stephan Hundertmark [6]), der Deichbaumeister Klaus Arendt [7]) und viele andere werden rühmlich genannt. Der Kölner Schloßbau (1443 ff.) wurde von nichtmärkischen Baumeistern und Schieferdeckern ausgeführt. Den abgebrannten Turm der Berliner Marienkirche stellte der Görlitzer Bart wieder her [8]).

Weniger schlicht und verwahrlost als die Gebände war nur das Innere der Kirchen. Hier fehlte es nicht an Bildschmuck, an geschnitzten Altarschreinen, an kostspieligen Grabplatten und Steindenkmälern. Besonders gefällig und reich war die Ausstattung der Tangermünder Schloßkapelle; dort hatte Kaiser Karl IV. gewirkt und seine freigebige Hand geöffnet. Bilder werden aus Wilsnack und Berlin erwähnt (z. B. auch im grauen Kloster) [9]). In der Berliner Marienkirche war der Totentanz dargestellt. Unter den Weihgeschenken, die das reiche Wilsnacker Heiligtum anhäufte, überwogen natürlich die üblichen Gaben, Wachs u. a., aber es dürften sich auch manche Kunstwerke darunter befunden haben; eine silberne Hand, ein Glasfenster werden erwähnt [10]). Auch die Salzwedler Marienkirche soll solche Schätze besessen haben [11]).

1) P. K. II 178.

2) Zerbst. Stadtarchiv II 13.

3) Mitteil. d. Ver. f. Anhalt. Gesch. VII 523. 525.

4) Schr. d. Ver. f. Gesch. d. Neumark III 202.

5) Ebenda III 234.

6) Axungia (Bresl. Inkun.) S. 5.

7) A. 1, 327.

8) Nachr. d. Gött. Ges. 1895 S. 264. Baumeister Paul von Brandenburg baute ein Kloster in Neuruppin A. 4, 271 1488.

9) Bellermann, Das graue Kloster (Progr. des Gymn. 1823. 28 ff.).

10) Koppmann, Hamb. Kämmereirechnungen II 328.

11) Danneil, Kirchengesch. der Stadt Salzwedel S. 29. Die Protokolle, die 1540 ff. bei Gelegenheit der Kirchenvisitationen abgefaßt wurden, zeigen, wie wenig Schmuck die märkischen Kirchen enthielten.

Im Hause, im Privatleben, schien man aber nach der Kunst nirgends zu verlangen. Bilder scheint der Altmärker Domherr Krusemark besessen zu haben[1]). Ein erhaltenes Gemälde stellt Albrecht Achill inmitten mehrerer märkischer Herren dar[2]). Die Märker, die an der Leipziger oder der Erfurter Hochschule Rektoren wurden, zeichnen sich durch besonders schöne Abbildungen des Wappens aus, so Volzke, Goede, Brunckow[3]). Die Holzschnitte, die Nitzschewitz seinem Marienpsalter beifügte, sind bemerkenswert, sind aber vielleicht nicht mit dem Buche in der Druckerei des Zinnaer Klosters hergestellt, sondern aus Nürnberg bezogen worden[4]).

Von dem Schwelgen in den Farben, von der Freude an der Kunst, wie sie in Süddeutschland selbst der Ungelehrte zu empfinden vermochte, ist hier nirgends die Rede. Als der Rat von Zerbst, das noch im Gebiete des Brandenburger Bistums lag, den Giebel seines Rathauses malen ließ, trifft er vorsorglich ins einzelne gehende Abmachungen über die Preise der Farben und des Leims, über das zu verwendende Gold, über Vorschüsse und Arbeitszeit u. s. w., aber von dem Gegenstande der Abbildungen, von den anzubringenden Mustern, von dem Aussehen des Ganzen ist nirgends die Rede[5]).

Erst der Glanz des Hoflebens, die lange Friedenszeit im folgenden Jahrhundert, der damit einkehrende Wohlstand, dann aber auch die Abhängigkeit, in die der märkische Gewerbfleiß von den entwickelteren Süd- und Mitteldeutschen geriet, erweckten allmählich selbst auf diesem spröden Boden den Sinn für eine höhere Lebensführung. Aber dies konnte sich nur langsam herausbilden. Die Reformation mit ihrer Abneigung gegen Prunk und Schmuck in den Kirchen trug das ihrige dazu bei, die Bevölkerung nüchtern und unempfänglich für künstlerische Leistungen auf dem Gebiete der bildenden Kunst zu erhalten.

Die dürftigen Notizen, die hier über das geistige Leben der Märker gegeben werden konnten, reichen doch aus, um ein Urteil über die eigenartige Stellung zu gewinnen, die dem entlegenen, armen, stets durch neue Drangsal um die Früchte der Kulturarbeit langer mühevoller Jahre betrogenen Lande, in der Geschichte der deutschen Bildung zukommt. Schöpferische Geister hat die Mark nicht hervorgebracht, wohl aber eine

1) A. 5, 222.

2) A. 4, 33. Die Frankfurter Stadtbücher enthalten Titelgemälde, vgl. Gurnik l. c. 7.

3) Siehe die betr. Matrikeln.

4) Vgl. den Aufsatz Ottos über Nitzschewitz, Mitteil. a. d. hist. u. antiquar. Litt. XV.

5) Hertel, Magd. Urk.Buch III 933.

Anzahl tüchtiger Fachmänner, die in ihren Wissenschaften nach alter Weise in den überlieferten Formen und gemäß den hergebrachten Anschauungen nützlich wirkten und fast als ihre typischen Vertreter angesehen werden können. Den Umschwung, der sich in den Formen und in den Grundlagen der Bildung am Ausgange des Mittelalters vollzog, verfolgte man mit wachsamem Auge. Es fiel den Märkern nicht leicht, sich in so viel neue Dinge hineinzudenken oder gar in ihrer schwerfälligen ungelenken Art mit der Behendigkeit eines Celtes oder seiner Genossen Schritt zu halten. Aber sie legten dem frischen Streben keine Hindernisse in den Weg. Die Landesherrschaft selber suchte ihm eine Heimstätte zu bereiten. Sie erhofft davon eine Besserung ihres Beamtenmaterials und neuen Glanz für ihr Territorium. Die staatliche Fürsorge hat sich das Gebiet der Bildungsbestrebungen, zunächst des höheren Unterrichts, erworben. Der Fortschritt der Wissenschaften führt zu ihrer Aufnahme in das Arbeitsprogramm des werdenden Staates.

Anhang.

Ort der Herkunft	Gesamtzahl	Es studierten bis 1500 in														auf zwei Universität.	auf drei Universität.
		Leipzig	Erfurt	Rostock	Greifswald	Krakau	Prag	Bologna	Padua	Paris	Köln	Ingolstadt	Heidelberg	Oxford	Montpellier		
Angermünde	30	16	5	2	6		1										
Arendsee	3			3													
Arnswalde	24	6	1	6	7	1	3	1								1	
Bärwalde	2	1			1												
Beeskow	49	44	6													1	
Belitz	31	25	4	1	1	1										1	
Berlin	192	139	26	21	1	5	10	6	1			1				16	1
Bernau	42	20	7	9	4		1	2	1	2						2	1
Bernstein. Berneuchen	2	1			1												
Brandenburg (Stadt u. Diöcese)	190	99	19	26	16		22	12		2	4		1			9	1
Bukow	7	2		4	1												
Dramburg	8	3		2	2			1									
Drossen.	31	14	6	4	3	3	3									2	
Eberswalde	21	3		15	3												
Frankfurt.	259	207	9	9	8	24	8	1			1					8	
Friedeberg	9	4	1	1	1		2				1					1	
Fürstenwalde	17	11	1	2	2		1										
Gardelegen	51	22	20	12		1	1									5	
Garz	19	11		1	8		1									2	
Übertrag	987	628	105	118	65	35	53	23	2	4	6	1	1			48	3

Ort der Herkunft	Gesamtzahl	Es studierten bis 1500 in: Leipzig	Erfurt	Rostock	Greifswald	Krakau	Prag	Bologna	Padua	Paris	Köln	Ingolstadt	Heidelberg	Oxford	Montpellier	auf zwei Universitäten	auf drei Universitäten
Übertrag	987	628	105	118	65	35	53	23	2	4	6	1	1			48	3
Gransee	31	11	1	15	3		1										
Havelberg (Stadt und Diöcese)	97	9	14	30	38	1	7	5			1					8	
Himmelpfort. Torgelow	3	2			1												
Königsberg	31	11		16	4												
Kottbus	103	88	2			11	1	2			1					2	
Krossen	59	57	1	1		1										1	
Küstrin	6	5				1											
Kyritz	31	3	2	22	4	1	1									2	
Landsberg	16	5	1	5	5												
Lebus	3	2			1												
Lehnin	19	18	2													1	
Lenzen	33	5	9	18	1		1									1	
Lindow	6	4	1	1													
Mittenwalde	9	9															
Müncheberg	13	8	3		2												
Nauen	17	8	8	1													
Neu-Ruppin	100	44	7	34	11	1	12				3					12	
Osterburg	22	13	4	4			1										
Peitz. Züllichau	3	3															
Perleberg	61	14	7	33	2	1	7									3	
Potsdam	4	3						1									
Prenzlau	89	39	7	14	21	1	13	2	1							9	
Pritzwalk	52	7	7	25	9		6	1		1						4	
Rathenow	11	5	1	5													
Salzwedel	196	69	43	72	2	2	16	2	1							11	
Sandow	8	2	2	3				1									
Schievelbein	24	5		8	12											1	
Schönfließ	2	1			1												
Schwedt. Straßburg	2	2															
Seehausen	70	19	12	31	1		6	3								2	
Soldin	25	12	4	3	4		3	1								2	
Sommerfeld	14	9	2			2		1									
Spandau	31	15	4	7	2	4										1	
Stendal	229	111	44	53	11	2	21	1	1				1			14	1
Sternberg	3		3														
Storkow	12	9	2				1										
Straußberg	15	13	2	1			1									2	
Tangermünde	77	42	19	5		1	12	2			1				1	6	
Templin	22	9	2	4	7												
Teupitz	3	3															
Trebbin	3	3															
Übertrag	2542	1325	321	529	207	64	163	45	5	5	12	1	2		1	130	4



Ort der Herkunft	Gesamtzahl	Es studierten bis 1500 in: Leipzig	Erfurt	Rostock	Greifswald	Krakau	Prag	Bologna	Padua	Paris	Köln	Ingolstadt	Heidelberg	Oxford	Montpellier.	auf zwei Universität.	auf drei Universität.
Übertrag	2542	1325	321	529	207	64	163	45	5	5	12	1	2		1	130	4
Treuenbrietzen	39	30	5			1	4									1	
Werben.	16	8	1	6			1										
Wilsnack	16	3		13	1											1	
Wittenberge. Wildberg	2	1		1													
Wittstock	71	16	7	49	2		3									6	
Woldenberg. Reetz . .	2	1			1												
Wriezen	10	10															
Wusterhausen	15	5		5	3	1	1										
Zehdenick	3	1				2											
Ziesar. Zossen . . .	2	1	1														
Zinna	15	14			1												
Sonstige	247	85	41	46	22	1	33	41	1	3	1			1		22	3
Zusammen	2980	1500	376	649	237	69	205	86	6	8	13	1	2	1	1	160	7

II.

Schwarzenberg und die brandenburgische Kriegführung in den Jahren 1638–1640.

Von

Otto Meinardus.

In den „Nachrichten" zum 55. Bande (S. 556) der Historischen Zeitschrift hat F. Meinecke mit Bezug auf die Dissertation von Brake, die Reduktion des brandenburgischen Heeres im Sommer 1641, erklärt, meine Auffassung über Schwarzenberg bedürfe im einzelnen einer Nachprüfung und Einschränkung, und auf meinen Widerspruch hinzugefügt, er sei auch infolge eigener Nachprüfung zu diesem Urteile gelangt. Nun habe ich zwar in den Einleitungen zum I. und II. Bande der „Protokolle" und in dem Aufsatze „Die Legende vom Grafen Schwarzenberg" meine Auffassung über die Geschichte der letzten Jahre Kurfürst Georg Wilhelms auf Grund der mir zu Gebote stehenden Quellen und der einschlägigen Litteratur entwickelt, die verschiedenen Gesichtspunkte jedoch, von denen aus man diese Zeit betrachten kann und muß, nicht an allen drei Stellen einheitlich zusammengefaßt, sodaß vielleicht einzelne Teile des ganzen Bildes verwischt und undeutlich erscheinen können. Es liegt mir dem gewichtigen Urteile eines Forschers wie Meinecke gegenüber daran, festzustellen, ob diese Zweifel gerechtfertigt sind. Ich bin daher dieser Anregung gefolgt und habe meine Ausführungen auch selbst nachgeprüft.

Es wird sich im wesentlichen und im allgemeinen um die Beteiligung Kurbrandenburgs am Kriege gegen Schweden seit dem Prager Frieden handeln. Eingehender als bisher gedenke ich die Heeres-Reduktion und Reorganisation im Winter 1638/39 zu schildern, auf denen

die militärischen Operationen im Sommer 1639 und im Sommer 1640 beruhen. Abgesehen von den allgemeinen Darstellungen der brandenburgischen Geschichte war Mörner[1]) für diese Zeit bisher die Hauptquelle. So trefflich auch seine Ausführungen sind, so leiden sie doch daran, daß er unter dem allgemeinen Banne der Gegnerschaft Schwarzenbergs steht und seine Quellen nur ganz unvollständig benutzt hat. Er führt die Relationen Schwarzenbergs und die Resolutionen des Kurfürsten[2]) aus diesen Jahren an, aber da, wo wir wünschen möchten, daß er sie ausbeutet, enthält er sie uns vor. Auch den umfangreichen Briefwechsel Schwarzenbergs mit Konrad v. Burgsdorf[3]) seit 1638 erwähnt und benutzt er garnicht. Ich habe früher aus diesen Archivalien ausführliche Excerpte angefertigt und jetzt eine Anzahl davon noch einmal mit den Orginalen verglichen. Nur diese gedenke ich im folgenden zu verwerten. Im übrigen wäre eine baldige Veröffentlichung dieser nicht nur für die brandenburgische, sondern für die ganze Zeitgeschichte außerordentlich wichtigen und teilweise merkwürdigen Korrespondenzen sehr zu wünschen.

Die politischen Beziehungen der deutschen Fürsten zum Kaiser sind durch die Prager Friedenspakten neu geregelt. Der Kurfürst von Brandenburg verließ die schwedische Partei und trat zum Kaiser über, nachdem die Integrität seiner Erblande garantiert und die Anwartschaft auf die pommerschen Lande und deren Belehnung ihm ausdrücklich zugesichert war[4]). Er verpflichtete sich durch seinen Beitritt auch dazu, den die militärischen Verhältnisse regelnden Bestimmungen des Friedens nachzukommen. Die völlige Durchführung des Friedens innerhalb und außerhalb des Reiches ist dessen Hauptzweck[5]). Gelingt es nicht, die Feinde des Reichs sofort und durch diplomatische Verhandlungen zur Anerkennung des Friedens zu nötigen, so wird nicht geruht, bis der Frieden durch die Waffen ins Werk gerichtet ist. „Zu dem Ende bleibt der Kaiser als das Haupt im Reich armirt.“ Zu ihm stößt des Kurfürsten von Sachsen und der andern Kurfürsten und Stände Kriegs-

1) Märkische Kriegs-Obersten.

2) Geheimes Staats-Archiv R. 21. 136 k—m.

3) G. St.A. R. 21. 27 h.

4) „Inmaßen dann auch hiemit ausstrücklich bedingt worden, daß der Churfürstlichen Durchlaucht zu Brandenburg, wann Sie Sich zu dieser Pacification verstehen und in allem bequemmen, die Anwartung und darüber habende Belehnung an den Pommerischen Landen und sonsten allerdings verbleiben, von Ihr. Kays. Mayt. auch dieselbe darbey geschützt werden solle.“ Prager Friedens-Instrument bei Mörner, Staatsverträge S. 115 f.

5) Vgl. für das Folgende Mörner S. 117.

volk und leistet dem Kaiser und Reich Pflicht zur Exekution des Friedens. Aus allen Armeen wird eine Hauptarmada gebildet: „Der Röm. Kays. May. und des h. Reichskriegsheer." Von dieser wird ein ansehnliches Corps des Kurfürsten von Sachsen General-Kommando unterstellt. Das ganze übrige Volk steht unter dem Kommando des Königs von Ungarn. Mit diesem Heer wird gegen alle, welche sich dem Frieden widersetzen, agiert. Sämtliche Corps und alle ihre Offiziere verpflichten sich dem Kaiser und Reich noch besonders zur Handhabung dieses Friedens; doch sind der König von Ungarn und die persönlich kommandierenden Kurfürsten des Reichs der bezüglichen persönlichen Eidespflicht erlassen."

Die Reichsarmee, des Kaisers und des Reiches Kriegsheer, eine einzige große Feldarmee sollte also fortan den Krieg weiter führen; einen Teil dieses Heeres kommandierte der Kurfürst von Sachsen, nämlich seine eigenen sächsischen Truppen und alle diejenigen andern Kontingente von kaiserlichen oder fürstlichen Soldaten, welche ihm untergeben wurden.

Nur zur Besetzung der festen Plätze behielten die sämtlichen deutschen Fürsten, soweit sie dem Prager Frieden beitraten und finanziell dazu in der Lage waren, noch eigene Truppenkörper. Es heißt im Friedensinstrument[1]): wer dem Frieden beitritt, hat sein Volk aus seiner Mitstände Land abzuführen, mit der kaiserlichen Armada zu vereinigen und behält nur notdürftige Besatzung für sich. Wie dies im einzelnen zu verstehen ist, ergiebt die sächsisch-brandenburgische Militärkonvention vom 6. Oktober 1635[2]). Danach „öffnet Kurbrandenburg dem Kurfürsten von Sachsen die Havel- und Oderpässe zur Besetzung mit dessen Volk. Es sollen derzeit Brandenburg nur mit 30 Mann, Rathenow mit 500, Havelberg mit 500, Plauen gar nicht besetzt werden. Dagegen behält sich der Kurfürst von Brandenburg die Besetzung von Spandow, Potsdam, Bötzow, Zehdenick, Liebenwalde und Fehrbellin vor." Auf eine Beschwerde, daß unter diesen Orten zumal die Festungen Küstrin, Peitz und Driesen ausgelassen seien, erwiderte der Kurfürst von Sachsen, daß auch diese Festungen des Kurfürsten von Brandenburg Besetzung vorbehalten bleiben sollten.

Weiter übergab der Kurfürst auch seine Reiterei dem sächsischen Kurfürsten bis auf drei Compagnien gegen die streifenden Rotten.

Die brandenburgischen Truppenkörper bestanden im Januar 1635[3])

---

1) Mörner S. 117.

2) Mörner S. 123 f. mit Datum alten Stils. Das Folgende wörtlich daraus entnommen.

3) Protokolle II, Einl. S. X.

aus 30 Reitercompagnien und drei Regimentern Fußvolk. Dem Drängen der Stände nachgebend reduzierte der Kurfürst die Kavallerie auf 14—15 Compagnien und löste ein Regiment zu Fuß ganz auf. Die beiden übriggebliebenen, das Alt-Burgsdorffsche (Konrad von B.) und das Alt-Krachtsche (Hildebrand von Kr.), wurden in einem Bestande von je 10 Compagnien erhalten. In den von Mitte Februar bis Anfang April 1636 mit einer mehrwöchentlichen Unterbrechung dauernden Verhandlungen mit den Ständen gestand Georg Wilhelm eine erneute Reduktion der beiden Regimenter auf zusammen 15 Compagnien[1]) zu, sodaß Kracht 7 und Burgsdorf 8 zugeteilt wurden. Die drei Compagnien Reiter, welche im Herbst 1635 gegen die streifenden Rotten zurückbehalten waren, müssen mittlerweile auch abgedankt sein; denn es heißt in der kurfürstlichen Duplik an die Stände vom 14./24. Februar, außer einer neu geworbenen Leibkompagnie von 78 Mann sei keine weitere Compagnie zu Roß im Lande.

Diese ständischen Verhandlungen fanden schon unter dem Eindrucke statt, den der Erlaß der Avokatorialmandate[2]) gegen Schweden im Lande hervorgerufen hatte. Während die Landstände sich bereit erklärten, den Unterhalt der beiden Fußregimenter noch auf 9 Monate zu übernehmen, bewilligten sie denselben für die Leibcompagnie und 200 neu zu werbende Dragoner nur auf 2—3 Monate[3]). Gefordert waren 300 Dragoner[4]): 100 für Spandau, 100 für Peitz, 50 für Küstrin und 50 für Driesen, und zwar auf unbeschränkte Zeit.

Über die Bildung dieser neuen Truppenkörper im Laufe des Jahres 1636 ist mir nichts bekannt geworden.

Für den Kurfürsten von Brandenburg wurde der Umstand, daß es nicht gelang, Schweden mit in den Prager Frieden einzuschließen, von verhängnisvoller Bedeutung. Mit der endgültigen Entscheidung im neu ausbrechenden Kriege war ein großes dynastisches Interesse des Hauses Brandenburg verknüpft: die pommersche Erbschaft. Schon Gustav Adolf hatte nach Pommern gestrebt, und je mehr die Krone Schweden an Kosten in diesem Kriege zusetzte, desto eifriger waren die Parteien in Stockholm darauf bedacht, die Herrschaft auf der Ostsee zu behaupten und sich an deren Rändern, namentlich im deutschen Reiche, dauernd fest-

1) Protokolle II, Einl. S. XIII u. Konzept Blumenthals vom 19./29. März in den Akten. Geh. St.A. R. 20. W. 3.

2) Protokolle I, Einl. XVI ff.

3) Prot. II, Einl. S. XIII.

4) Ebenda und in den Akten: Kurfürstliches Konzept (Blumenthal) vom 19./29. März.

zusetzen. Das sind bekannte geschichtliche Thatsachen. Seit dem Ende des Jahres 1635 sah Kurfürst Georg Wilhelm ein, daß er infolge seiner gebundenen Lage militärisch gegen Schweden nichts ausrichten konnte; und da im Kriege diplomatische Verhandlungen von geringem Erfolge zu sein pflegen, wenn sie nicht durch das Gewicht einer militärischen Macht unterstützt werden, so gedieh im Herbst 1636 der Entschluß bei ihm zur Reife, von neuem noch mehr eigene Truppenkörper zu errichten und selbst mit in den Kampf einzutreten.

Den Prager Friedenspakten widersprach diese Absicht des Kurfürsten. Es galt daher den Kaiser trotzdem dafür zu gewinnen, daß ihm ein der schwedischen Macht proportionables Heer untergeben werde. Am 3. Oktober[1]) dieses Jahres erhielt der damals in Regensburg weilende Schwarzenberg einen dahin gehenden Auftrag. Mitte November, nach den bösen Folgen der Schlacht bei Wittstock, ließ der Kurfürst durch den Komthur Burchard Goldacker[2]) sein Gesuch erneuern. Die Erfüllung des Wunsches zu erwirken war mit großen Schwierigkeiten verbunden, woran Schwarzenberg den Kurfürsten später[3]) erinnerte. Offenbar trugen die kaiserlichen Staatsmänner aus politischen Gründen Bedenken, den Kurfürsten zu einer selbständigen Armeeleitung zuzulassen. War es nicht möglich, daß er, der so lange Zeit mit den Schweden vereint gewesen war, auf Kosten des Kaisers sich aufs neue mit ihnen verband, wenn eine günstige politische Gelegenheit sich dazu darbot? Indessen diese Bedenken wurden überwunden, und Ende Dezember kehrte Goldacker mit der kaiserlichen Genehmigung[4]) zurück. Georg Wilhelm erhielt die Erlaubnis selbst zu werben und übernahm zugleich als kaiserlicher Generalissimus den Oberbefehl über das kaiserliche Korps unter Morzin.

Es sind nun bis zum Frühjahr 1637 mehrere Offiziere in den brandenburgischen Dienst getreten und mit Werbungen betraut worden: Moritz August v. Rochow, Dargitz, Vorhauer, Erichsohn, Potthausen; die beiden letzten waren bisher im sächsischen Dienst. Über die Bildung dieser Truppenkörper sind wir bisher sehr mangelhaft unterrichtet. Rochow und Dargitz warben Fußsoldaten, die drei andern Offiziere standen an der Spitze von Reiterregimentern oder -compagnien. Dargitz wurde zur Werbung nach Preußen geschickt.

Zur Darreichung der Mittel sind die Stände nicht in Anspruch genommen; sie sind im Hinblick auf die erfolglosen Verhandlungen

1) Prot. I, Einl. S. XXIV.
2) Mörner S. 154.
3) Vgl. Beilage I.
4) Mörner S. 155.

von 1636 auch gar nicht berufen und gefragt worden. Der Kurfürst selbst hat die Mittel hergegeben; ob dabei von Schwarzenberg unterstützt, vermag ich nicht zu sagen. Diesen Umstand erfahren wir bei der Abdankung des Dargitz im Oktober 1638[1]). Der Oberst hatte mit seinem Regiment mehrfach Unglück gehabt und wurde um diese Zeit von Schwarzenberg aufgefordert Rechenschaft abzulegen. Er verweigerte es und erklärte, er werde sich nur einem Gericht von kaiserlichen und brandenburgischen Generalen und Offizieren unterwerfen, da er nicht allein in brandenburgischen, sondern auch in kaiserlichen Diensten stehe. Da ließ ihm Schwarzenberg durch Blumenthal erwidern, er würde sich „dessen nicht aus dem Grunde weigern können, daß er mit in Ihr. Kais. Majestät Pflichten wäre; denn einmal so wäre von J. Kais. M. zu den 53000 Thalern, so er vor und nach in Preußen erhoben, wie auch zu allem dem, so ihm in Frankfurt zugekommenen (über 30000 Rth.), nicht das Geringste gegeben worden, sondern das Alles hätte aus SChD. -und Dero Lande eigenen Mitteln zu nicht geringer Beschwerung der armen Unterthanen[2]) genommen werden müssen. Ingleichen wäre ihm auch die Ordre, ehe sein Blut und Leben zu vergießen als selbigen Posto (Gartz ist gemeint) in der Feinde Hände kommen zu lassen, nicht von Ihr. Kais. Majestät, sondern von SChD. gegeben worden. Daß nun Dieselbe, als Welcher eigentlich die Stadt zugehörte, nicht einmal von dem, welchen Sie selbst hin kommandiret, wissen sollte, wie und warum dieselbe in so wenig Stunden verloren worden, das wolle sich keineswegs reimen."

Wenn in Berichten und Schriftstücken von diesen Truppen die Rede ist, werden sie kurfürstliche, brandenburgische genannt. In der kaiserlichen Resolution vom 2. Juli 1637[3]) über die großen Werbungen werden die damals neu zu werbenden Truppen in Gegensatz gestellt zu denen, „so Ihre Churfl. D. neulich in Preußen und anderstwo richten lassen." Im Berichte Blumenthals über die großen Werbungen spricht Knesebeck[4]) über die „damalige Werbung" des Kurfürsten, zu deren Fortsetzung der Kaiser die nötigen Geldmittel hergeben solle. An derselben Stelle erzählt Blumenthal[5]), daß Georg Wilhelm zu neuen Werbungen geschritten sei, da sein eigenes Volk nur aus zwei Regimentern zu Fuß bestand, und nennt die neuen Truppenkörper „die Regimenter und Compagnien, so

1) Relation Sch.s vom 2./12 Okt. 1638.

2) Unterthanen sind hier kurfürstliche Amts-Unterthanen; ebenso giebt es Unterthanen der Landstände.

3) Mörner S. 208.

4) Prot. I, S. 350.

5) Ebenda S. 348.

SChD. zu der Zeit nach einander richten lassen[1])." Derselbe Blumenthal wurde im Sommer 1637 an den kaiserlichen Hof geschickt, um die neuen großen Werbungen zu befürworten. Er meldet am 7./17. Juni[2]), der Kaiser habe gefragt, wie stark der Kurfürst, wie stark Morzin sei; darauf der Abgesandte, nachdem er des letzten Truppenzahl angegeben, „SChD. habe ich aus gewissen Gründen für itzo nicht stärker als 500 Pferde und 100 Dragoner außer dem Fußvolk in den Garnisonen machen wollen." Noch am Ende September dieses Jahres, wo also die neuen großen Werbungen im vollen Gange waren, erwähnt der Kurfürst[3]) in einem Schreiben an den Kaiser sein eigenes Volk, das dem Prager Frieden gemäß nicht in des Kaisers Diensten stehe, um damit Landsberg zu besetzen.

Auch Mörner[4]) ist der Meinung, daß diese „wenigen älteren brandenburgischen Truppen nicht schlecht" gewesen seien. Um nur einen Vorfall zu erwähnen, so berichtet der Kurfürst dem Kaiser am 17./7. Juli[5]) von einem Erfolge des Rittmeisters seiner Leibgarde, Hartmann v. Goldacker, der mit 300 Pferden über 1300 Feinde gefangen genommen habe. Und Blumenthal sagte dem Kaiser persönlich[6]), mit dem wenigen Volk hätte der Kurfürst gleichwohl bei 6 Regimenter ziemlich ruiniert. Hätte er mehr gehabt, so wäre wohl nicht viel mehr von Wrangels Kavallerie übrig.

Fassen wir diese einzelnen Äußerungen über die im Winter und Frühjahr neugebildete kleine brandenburgische Feldarmee zusammen, so ergiebt sich folgendes: der Kurfürst hat von dem ihm nach dem Prager Frieden zustehenden Recht, in seine festen Plätze eigene Truppen zu legen in so weitgehendem Maßstabe Gebrauch gemacht, daß zu den zwei alten Fußregimentern, Alt-Kracht und Alt-Burgsdorf, noch eins, das von Moritz August v. Rochow[7]), hinzugekommen ist. Er hat sich außerdem vom Kaiser die Erlaubnis erwirkt, mit einer Feldarmee gegen den Feind

1) Prot. I, S. 349.

2) Geh. St.A. R. 24b 1c Fasc. 2 vol. II. Der Monat fehlt, es ist aber wohl der Juni.

3) Prot. II, Einl. S. XVIII n. Das Schreiben ist an den Kaiser gerichtet, nicht an Gallas.

4) S. 155.

5) G. St.A. R. 24b 1c Fasc. 2 vol. I.

6) Bericht vom 17./7. Juni.

7) Mit ihm, der im November 1636 Kommandant in Peitz wurde, ist schon damals eine größere Werbung vereinbart. Das zweite des Obristen Dargitz wurde erst in Preußen geworben.

offensiv vorzugehen; hierzu sind wesentlich Reiterregimenter verwandt, wie es scheint. Über deren Verpflegung sind mit den Ständen keine neuen Vereinbarungen getroffen; die beiden alten Fußregimenter, welche bei den ständischen Verhandlungen „der Stände eigene Truppen" genannt werden, waren eben noch nach dem alten System gebildet und nach dem alten Kontributions-Maßstabe verpflegt. In den Kriegsjahren vor dem Prager Frieden waren in Fällen, wo man nicht mit den Ständen übereingekommen war, vom Kriegsrat die erforderlichen Kontributionsgelder zur Einlieferung in die Kriegskasse ausgeschrieben, ein Verfahren, das in den Verhandlungen vom Februar-April 1636 den Zorn der Stände hervorgerufen, ihren Widerstand verstärkt hatte. Für die neugeworbenen Truppenkörper wurde ebenfalls von den bestehen gebliebenen Kriegsbehörden die Kontribution im Lande ausgeschrieben und die Kreiskommissare angewiesen, für ihre Beitreibung zu sorgen. Soweit es möglich war, verpflegte man zunächst die Reiterregimenter außerhalb Landes. Erst seit 1638 wurde das Land selbst wieder in stärkerem Maßstabe herangezogen, und jetzt war es nötig, die ganzen Beziehungen des Landes zu den Soldaten, namentlich den Unterhalt und die Verpflegung, zu regeln und zu ordnen, was durch das Edikt vom 1. Januar dieses Jahres geschehen ist [1]).

Wir wissen nicht, ob diese Feldarmee, welche also beliebig und nach Bedarf durch Truppenabteilungen aus den Besatzungen der festen Plätze verstärkt werden konnte, der Absicht des Kurfürsten entsprechend ursprünglich nur die beiden Fußregimenter von Rochow und Dargitz und die Reiterregimenter und -compagnien von Pothausen, Erichsohn und Goldacker umfassen oder noch im Laufe der Zeit etwas vergrößert werden sollte. Erst der Tod des letzten Herzogs von Pommern am 10./20. März 1637 und die bekannte Zumutung des Kaisers, mehreren seiner Obristen eine Werbung von 6000 Mann zu Fuß und 1000 zu Roß im Herzogtum Preußen zu gestatten, veranlaßten den Kurfürsten zu dem Gegenvorschlag, die Werbungen selbst zu übernehmen.

Auf den Verlauf dieser unheilvollen Heeresbildung brauchen wir hier nicht einzugehen. Ich habe in der Einleitung zum 2. Bande der Protokolle [2]) schon auf die Störungen hingewiesen, welche die Eifersüchteleien der kaiserlichen Heerführer dem Unternehmen bereiteten. Oben ist erwähnt, daß selbst Blumenthal im Juni 1637 es nicht wagte, dem Kaiser die volle Zahl der bisherigen brandenburgischen Feldtruppen an-

1) Mylius, Corpus constitutionum Marchicar. III, S. 21 ff.
2) Einl. S. XX ff.

zugeben, sondern sich auf einige hundert Reiter beschränkte. Offenbar liegt dem allen ein tiefes politisches Mißtrauen gegen Kurbrandenburg zu Grunde. Man muß daher auch in dem ausdrücklichen Verlangen des Kaisers, daß diese neu zu werbenden Truppenteile und die vorher geworbenen Regimenter sowohl in des Kaisers als in des Kurfürsten Pflichten genommen werden sollen, das Bestreben sehen, die Prager Friedenspakten von neuem bekräftigen zu lassen und jeden Versuch des Kurfürsten, sich über diesen Vertrag hinwegzusetzen, im Keime zu ersticken. Der Kurfürst und seine Staatsmänner glaubten sich jetzt der Entscheidung über Pommern nahe und suchten die günstige Gelegenheit nach Kräften auszubeuten, allein sie gingen über ihre Kräfte hinaus. Pommern zu erobern und als rechtmäßigen Besitz festzuhalten, das sollte durch die Siege eines Heeres erreicht werden, welches man auf 25 000 Mann zu bringen hoffte. Wie weit die Anzahl der wirklich zusammengebrachten Truppen hinter dieser Zahl zurückgeblieben ist und wie im Laufe des Jahres 1638 die Truppenkörper immer mehr zusammenschmolzen, das hat Mörner an der Hand der Relationen geschildert.

Während das große Werbeunternehmen seinem Niedergang fast unaufhaltsam entgegenging, verließ der Kurfürst ganz im geheimen die Mark und begab sich nach Preußen. Verschiedene preußische Angelegenheiten, namentlich die Seezollfrage und die nach dem Stumsdorfer Frieden sehr notwendig gewordene Reorganisation der kurfürstlichen Domänen und der ganzen Landesverhältnisse waren der Anlaß dazu. Offenbar hat auf den Entschluß Georg Wilhelms aber auch die Erkenntnis eingewirkt, daß er bei dem zunehmenden Siechtum seines Körpers nicht die Kraft und Ausdauer besäße, die kriegerischen Anforderungen seiner Stellung als kaiserlicher Generalissimus voll und ganz zu erfüllen.

Schwarzenberg übernahm mit sehr schwerem Herzen, wie seine Briefe zeigen, die Statthalterschaft und die Aufgabe, nicht nur die Kurmark seinem kurfürstlichen Herrn zu erhalten, sondern auch Pommern hinzuzuerobern. Von der Thätigkeit, welche er im August 1638 begann und die sein Tod am 14. März 1641 erst beendete, erfahren wir bei Mörner nur sehr wenig, nämlich nur eine Auswahl von Relationen und eine kurze unvollständige Zusammenstellung des weiteren Verlaufs.

Die Lage der Dinge in den Herbstmonaten des Jahres 1638 läßt sich schwer beschreiben. Die Truppenteile lösten sich allmählich fast ganz auf, so daß nur eine große Anzahl Stäbe, 27 an Zahl, übrig blieben; die desertierten Soldaten räuberten im Lande umher; die Offiziere waren unwillig und unzufrieden; die kaiserlichen Heerführer überschütteten den brandenburgischen Statthalter und die Kriegsräte mit Hohn; am kaiser-

lichen Hofe war man im hohen Grade ungehalten: Trautmannsdorf, welcher im Juni dem Rendezvous der Truppen in Neustadt-Eberswalde beigewohnt, hat den Sohn Schwarzenbergs wegen dieses Unglücks sehr hart angefahren[1]); das Land ist in hohem Grade ruiniert: „vorm Jahre war dieses Land allenthalben (ohne die Neumark und Uckermark) in Consideration der jetzigen Beschaffenheit noch reich und gutes Vermögens", schreibt Schwarzenberg am 24. Dezember / 3. Januar 1639[2]); die Einwohner sind erbittert auf ihre Peiniger, die kaiserlichen und kurfürstlichen Soldaten, schon fangen sie an den Schweden Vorschub zu leisten.

Der Mangel an jeglicher Autorität war eine der Hauptursachen dieses üblen Zustandes; diese wiederaufzurichten wurde des Statthalters erste Aufgabe.

Von den Offizieren waren die vornehmsten General Klitzing und Oberst Konrad v. Burgsdorf. Beide waren mit ihrer Stellung unzufrieden; der erstere sah es Ende August[3]) schon als einen Schimpf an, bei der geringen Truppenanzahl noch den Namen eines Generals zu führen; er wollte Geld haben, gut untergebracht sein; Burgsdorf strebte nach kaiserlichen Diensten, wenigstens hatte er erwartet, mit einem hohen Posten betraut zu werden; unausgesetzt machte er Schwarzenberg zu schaffen. Dieser wünschte[4]), der Kaiser gebe ihm nicht bloß ein Regiment, sondern eine ganze Armee und Geld und Güter dazu, damit er den Kurfürsten nicht mehr belästige.

Offenbar hat die Unzufriedenheit dieser und aller andern Offiziere ihren Hauptgrund darin, daß sie gezwungen wurden, sich dem Kommando eines Statthalters zu fügen, der selbst Civilist war. Nun trifft diese Bezeichnung für Schwarzenberg nicht ganz zu; er hat in seiner Jugend Feldzüge gegen die Türken mitgemacht und während der bisherigen Kriegsjahre des großen Krieges viel mit militärischen Angelegenheiten zu thun gehabt; brachte er doch 1627[5]) ein kleines Heer für den Kurfürsten zusammen, welches in Preußen von Gustav Adolf allerdings bald auseinandergetrieben wurde. Immerhin traute ihm doch der Kurfürst die erforderlichen Fähigkeiten zu, und wir hören nicht, daß der Kaiser gegen seine Ernennung Einspruch erhoben hätte.

1) Relation vom $\frac{\text{30. August}}{\text{9. Septbr.}}$ 1638.
2) Relation.
3) Relation vom 27. August (st. v. ?) 1638.
4) Relation vom 22. August (st. v. ?) 1638.
5) Cosmar, Beiträge S. 340.

Schwarzenberg richtete sehr bald sein Augenmerk darauf, die unnützen Offiziere ganz los zu werden und die überall verstreuten Truppen-Bestandteile zu wenigen Truppenkörpern zusammenzulegen.

Es war nicht leicht, diese Absicht durchzusetzen, aber bis zum Ende des Jahres war sie im wesentlichen erreicht. Der Statthalter konnte im Februar 1639 [1]) den Landständen melden, er habe alle Offiziere ohne Kontentierung abgefunden und allein durch seine Autorität und durch Ermahnungen zur Zufriedenheit disponiert. Aus seinen Berichten an den Kurfürsten geht hervor, daß er sie bei den Vergehen zu fassen wußte, welche sie sich hatten zu schulden kommen lassen. Bei den meisten handelte es sich um die Verwendung der Werbegelder. Die großen Werbungen seit dem Sommer 1637 hatten der kurfürstlichen Kriegskasse reichlich 400000 [2]) Thaler gekostet, wozu der Kaiser 60000 Thaler bar beisteuerte; die übrige Summe hatte das Land Brandenburg aufgebracht; es war der Betrag für die seit dem Prager Frieden von den Reichsständen bewilligten 120 Römermonate, welche vom Kaiser dem Kurfürsten erlassen waren. Mit den Werbegeldern hatten die meisten Offiziere ein gutes Geschäft gemacht, da sie ihren Verpflichtungen, die vereinbarte Anzahl Soldaten zu liefern, nur in ganz unvollkommener Weise nachgekommen waren; und so gelang es dem Statthalter sie unter Ersparung der sonst üblichen Abdankungsgelder zu verabschieden. Gegen einzelne von ihnen ging er zugleich mit voller Schärfe der Justiz vor, so gegen Rüdiger v. Waldow, den Oberstlieutenant Milatz [3]) und Kehrberg; allerdings konnte er nicht verhindern, daß die Kriegsräte den ersten gegen einen Revers entließen. Gegen den meineidigen Wrangel, der im Januar mit seinem Regiment zu den Schweden überging, wurde in contumaciam verfahren, worüber Mörner [4]) kurz berichtet hat. Zu dem Kriegsgericht [5]), welches ihn aburteilte, waren berufen die Obristen Konrad und Ehrentreich v. Burgsdorf, Volkmann, Dietrich Kracht, v. Rochow; die Obristen-Wachtmeister Marcus Lütcke, Georg v. d. Marwitz und Georg Wilhelm v. Rochow; die Obristen-Lieutenants Hartman Goldtacker, Johann de Wahl, Jost Friedrich v. Oppen; die Rittmeister Caspar Otto v. Strauß, Christoph v. d. Goltz, Joachim v. Grewenitz; die Hauptleute J. Holst, Hans Schilling und Reinhart v. Hondorff.

1) G. St.A. R. 20. W. 3.
2) Mörner S. 207. Rel. Schwarzenbergs vom 22. August 1638 st. v. u. a.
3) Rel. vom 16. (26.) Sept. 1638.
4) S. 245.
5) Rechtmäßige Sentenz u. Urthel v. 21. Februar 1639 st. v. in R. 21. 1361.

Auch im übrigen begann Schwarzenberg, soweit es ihm möglich, mit empfindlichen Strafen[1]) gegen marodierende Soldaten vorzugehen. Zugleich ordnete[2]) er die Abschaffung der militärischen Exekutionen an und bestimmte, daß, wenn Offiziere liquide Forderungen zu erheben hätten, die Landreiter und andere Landesbediente die Exekution ausüben sollten. Als Klitzing[3]) und Burgsdorf[4]) dagegen handelten, verwies ihnen der Statthalter dies und ließ die exekutierenden Soldaten verhaften.

Es seien alles Anstalten zur Erleichterung und Soulagierung der hochbedrängten und erschöpften Lande, schrieb[5]) er dem Kurfürsten; er glaube seiner Zustimmung sicher zu sein.

Nicht minder war Schwarzenberg darauf bedacht, die festen Orte[6]) des Landes in einen besseren Verteidigungszustand zu setzen, Munition herbeizuschaffen, und für Bekleidung[7]) und Ausrüstung der Truppen, soweit es irgend möglich war, zu sorgen.

Auch die Abdankung überflüssiger Verwaltungsbeamten im Heere und am Hofe gehört zu den Maßregeln, durch die der Statthalter versuchen wollte, die Lasten des Landes zu vermindern und die Verhältnisse auf allen Gebieten zu reformieren: schon Anfang September[8]) 1638 schlug er vor, die überflüssigen Quartiermeister, Adjutanten, Kommissarien, Auditor, Obergeschützhauptmann, Konduktoren, Profoß und andere zu entlassen, und Ende November[9]) verlegte er den Hofstaat nach Berlin, nachdem er außerordentliche Einschränkungen vorgenommen hatte, wodurch er der Speisung einer ganzen Anzahl Hofbeamten überhoben wurde.

Die Civilverwaltung hörte, soweit sich dies machen ließ, keineswegs auf, und in den vom Kriege auf die Dauer noch verschont gebliebenen Landesteilen wurden eingetretene Vakanzen fast regelmäßig wieder besetzt, wenigstens finden sich in den Relationen Vorschläge dafür, denen der Kurfürst meistens zustimmte.

---

1) Rel. vom 16./26. Sept., 29. Sept./9. Okt., 13./23. Nov. 1638. 14./24. Jan. 1639: zwei raubende Reiter von Wrangels und Goldtackers Truppen wurden geköpft.

2) Rel. vom 16./26. Sept. 1638.

3) Rel. vom 29. Sept./9. Okt. 1638.

4) Rel. vom 24. Sept./4. Okt. 1638.

5) Rel. vom 16./26. Sept. 1638. Vgl. auch 17./27. Dez.

6) Rel. vom 20./30. Okt., 23. Okt./2. Nov., 29. Okt./8. Nov. 1638.

7) Rel. vom 26. Nov./6. Dez. 1638.

8) Eigenhändige Rel. vom 27. Aug./6. Sept. 1638.

9) Rel. vom 12./22. Nov. 1638.

Im Anfang des neuen Jahres meldete[1]) der Statthalter dem in Königsberg weilenden Geheimen Rat v. Brunne: „Die Reductionen sind nunmehr mit gutem Glimpf Gottlob alle vollbracht, also daß es jetziger Kriegsgelegenheit nach ziemlich wohl steht. Gott gebe nur, daß uns die Schweden nicht zu mächtig werden und das Compaß verrücken. Die Freunde, Kaiserliche und Sachsen, bringen uns auch keinen Nutzen; soviel ich kann, suche ich Schaden abzukehren."

Die militärischen Verhältnisse erhielten folgende Gestaltung: Klitzing verzichtete gegen Einräumung des Kommandos von Peitz und der Hauptmannschaft von Kottbus auf sein Generalat[2]); sein Regiment war in die kaiserliche Armee aufgegangen. Er klagte[3]) Konrad v. Burgsdorf verleumderischer und aufreizender Reden an; der habe ihn zum Widerstand verleitet. In der That erscheint Burgsdorf einer besonnen abwägenden Betrachtung in einem eigentümlichen Lichte. Spannagel hat Recht[4]), wenn er ihn ungünstiger beurteilt, als ich es noch im ersten Bande der Protokolle gethan. Es ist freilich schwierig, diesen Charakter ganz zu enträtseln. So lange Schwarzenberg Statthalter war, hat er nicht aufgehört zu querulieren, zu klagen und widerspenstig[5]) zu sein. Im Grunde ist es doch wohl verletzte Eitelkeit, die ihn dazu anstachelte. Das Thema „Burgsdorf" kehrt in den Relationen des Statthalters und den Antworten des Kurfürsten immer wieder; gewiß hat dieser Obrist, der vertraute Jugendfreund des Kurfürsten, mit die Hauptschuld an den Schwierigkeiten, die sich vor Schwarzenberg immer von neuem aufthaten. Es gelang wenigstens ihn zunächst in Küstrin als Kommandant festzulegen; sein kaiserliches Regiment zu Roß ließ er sich jedoch trotz der Einwendungen des Kurfürsten und des Statthalters nicht abwendig machen. Hätte Burgsdorf sich dem letzten freudig zur Verfügung gestellt, so wäre manches anders gekommen. Beide Offiziere, Klitzing und Burgsdorf, wurden verpflichtet lediglich auf die Erhaltung ihrer Festungen bedacht zu sein. Die Obristen Kracht, Volkmann und Rochow und ein

1) Rel. vom 1./11. Januar 1639.

2) Im nächsten Jahre trat er in braunschweigische Dienste. Vorher bedurfte es der Ablösung des ihm verpfändeten Amtes Sarmund, wofür Schwarzenberg 14 000 Thaler vorstreckte.

3) Rel. vom 9./19. Dezember 1638.

4) In einer Besprechung des IV. Bandes der Protokolle in der Historischen Zeitschrift.

5) Schwarzenberg sagt einmal (2./12. Dez. 1638), er hoffe, es sei bei Burgsdorf ein Defekt vom judicio und nicht eine malitia. — Fast Tag für Tag überschüttete er den Statthalter mit Klagebriefen (R. 21. 27 b).

vierter Obrist, dem die 8 Alt-Krachtschen Compagnien und die 3 Dargitzschen gegeben werden würden (sie erhielt nachher Georg Friedrich v. Trothe), sollten allein im Felde gebraucht werden; zusammen mit dem Reiterregiment des Ehrentreich von Burgsdorf und den 5 Goldtackerschen Compagnien bildeten sie in den ersten Monaten von 1639 den Bestand der reorganisierten brandenburgischen Feldarmee.

Nicht nur vom Kurfürsten eine Bestätigung aller seiner Maßregeln zu erlangen war des Statthalters sich immer wieder erneuerndes Bemühen, er hielt es im Interesse der augenblicklichen Lage und der weiteren Zukunft des Staates für das Beste, auch die Landstände womöglich damit auszusöhnen und sie für gemeinsames Handeln im Dienste des kurfürstlichen Hauses zu gewinnen.

Zum 14. (24.) Februar 1639 berief er die Landstände der am nächsten gelegenen und verhältnismäßig noch in besserem Zustande befindlichen Kreise und ließ ihnen folgende Auseinandersetzung unterbreiten[1]).

Er habe nach dem Abgang der 23 Regimenter und Eskadronen sich bemüht sie abzudanken. Dies war schwierig, da alle Offiziere ohne Kontentierung abzufinden waren, aber er habe sie allein durch seine Autorität und Ermahnung zur Zufriedenheit disponiert. Nur 7 Regimenter und 13 Compagnien zu Pferde seien übrig geblieben. Nun klagten aber die Offiziere, daß sie ohne den nötigen Unterhalt die Soldaten nicht festhalten noch an Plünderungen verhindern könnten. Wenn die Stände bei der Negation blieben, wolle er dem Kurfürsten gern zu weiteren Abdankungen raten; da er aber nicht glaube, daß dadurch den Ständen eine Erleichterung zu Teil werde, habe er sie vorher hören und von ihnen vernehmen wollen, „ob sie J. Ch. D. ratsamer und dem Lande nützlicher zu sein befinden würden, die 7 Regimenter im Dienst zu behalten und für den Unterhalt zu sorgen oder einen Teil derselben, namentlich von den 13 Compagnien zu Pferde abzudanken." Auf der einen Seite stehe Armut und großes Elend im Lande, auf der andern der Soldaten Unterhalt und des Landes Wohlfahrt und Konservation.

1) Aus Geh. St.A. R. 20. W. 3. Brake sagt in seiner Dissertation S. 9: „Träger derselben (der Opposition) waren zunächst die Stände, die berufenen Vertreter der märkischen Sonderinteressen, aber Schwarzenberg machte ihren Widerstand dadurch unschädlich, daß er sie nicht berief. Bei Abschluß des Prager Friedens hatte er sie noch befragt; die Avokatorialmandate aber und ebenso die Werbungen erfolgten ohne der Stände ‚Gedanken und Einrathen', die Kriegssteuerverwaltung ward ihnen genommen". Meine Mitteilungen über die Berufung der Stände 1636 und 1639, Protokolle II, Einl. S. XIII u. XXIII, sind hier übersehen.

Weitere Reduktion sei bedenklich, zumal der Kurfürst kürzlich deren Kompletierung zum künftigen Frühling reskribiert habe. Ohne äußerste Periclitierung der Festungen, der Residenzen und des ganzen Landes könne kein Fußvolk mehr abgedankt werden. Von einer Reduktion der Reiterei sei keine Erleichterung, sondern nur Beschwerung zu erwarten, da dann Freund und Feind bis vor die Thore der Festungen und der Residenzen reiten, auf die Ein- und Ausreisenden Acht haben, plündern und Ackerbau, Nahrung und Commercien hindern würden. Auch die Unterhaltung der Besatzungen in den Festungen sei dann schwer zu bewerkstelligen. Dann würde es sofort nötig sein, den Kaiser oder Sachsen um Hülfe anzugehen und um Zuschickung einiger Regimenter zu bitten. Daraus entständen nur doppelte Beschwerden, wie sie wüßten. „Wodurch dann J. Ch. D. bisheriger, wegen des weinigen Volks noch gehabter geringer Respekt ganz zerfallen und niederliegen würde, gestalt solches alschon von denen in der Nähe liegenden 7 kaiserlichen Regimentern, welche auf J. Ch. D. Schreiben und Begehren das Weinigste nicht achten noch sich wieder zurück nach der Schlesien und ihren Quartieren begeben wollen, sondern vorschützen, daß sie von denen, so sie hereingeschickt, auch wieder zurückgefordert werden müßten, geschiehet!" Nach Abdankung der Reiterei würde die wenige feindliche Reiterei an der Elbe und in Meklenburg die ganze Priegnitz, Ruppin und das Havelland überziehen. Die Schweden würden diese abgedankten Reiter mit offenen Armen aufnehmen. So lange der Kurfürst diese Truppen hatte, habe das Land nicht zu den Kriegs- und Reichssteuern beizutragen brauchen, sondern die seien erlassen gewesen. Dies würde nach Abdankung der noch übrigen Truppen aufhören.

Er wolle mit diesen Ausführungen den Ständen nicht präjudiciert haben, sondern gebe sie ihrer Deliberation anheim.

Die Antwort erfolgte zwei Tage später. Stände erkennen die Bemühungen Schwarzenbergs mit Dank an. Die Beschwerden der Offiziere könnten sich nur auf einzelne beziehen, da sie im Havelland und im Teltow stets kontribuiert. Gewalt der Offiziere beklagten sie. In den andern Kreisen herrsche völliges Unvermögen; adlige Witwen und Kinder müßten ihr Almosen vor den Thüren suchen und stürben vor Hunger: im Ober-Barnimschen Kreise ständen noch 28 adlige Leichen über der Erde, welche von den Hinterbliebenen der Armut wegen nicht beerdigt werden könnten, auch in den Städten herrsche Not.

Sie fänden es nicht thunlich der Herrschaft vorzugreifen, sondern gäben unterthänigst anheim in Gnaden zu erwägen, ob die Reiterei zu behalten und ob sie zu unterhalten. Sie hätten nicht das Absehen des

Kurfürsten bei den großen Werbungen gekannt und könnten daher nicht sagen, ob die Truppen abzudanken seien. Woher die Verpflegung zu nehmen wäre, sei nicht abzusehen. Sollten die Festungen in andere Hände, sei es Freund oder Feind, kommen, so würde der Kurfürst sie Zeit seines Lebens, vielleicht garnicht wieder in seine Gewalt bekommen. Eine Verstärkung der Regimenter im Frühling möchten sie dem Kurfürsten wünschen, wüßten aber nicht, wie dazu zu gelangen wäre; selbst wenn man die Bettler von den Gassen nehme, ginge es nicht; auch seien nicht Pferde genug im Lande.

Der Statthalter möchte auf der einen Seite den Vorrat des Landes, auf der andern den notwendigen Unterhalt der Soldaten berücksichtigen, daraus das Facit ziehen und thun, was möglich. Sie erkännten die Gründe an, weshalb die Reiterei nicht abzudanken sei. Endlich berufen sie sich noch auf eine Resolution von 1638 [1]) wegen der Jurisdiktion der Offiziere.

Er wolle auf Erleichterungen bezüglich der 7 Regimenter bedacht sein, erwiderte ihnen Schwarzenberg am 1. März, hoffe dann aber, daß die Stände bis zur Möglichkeit gänzlicher Abdankung die Truppen unterhalten würden. Den Offizieren wolle er die Übergriffe verweisen. Eventuell werde er die Soldaten abwechselnd in andere Kreise führen, um sie zu entlasten. Eine Kompletierung sei zwar notwendig, aber da die Stände sie für unmöglich und effektlos hielten, wolle der Kurfürst für jetzt davon absehen. Der Unterhalt aus der Uckermark geschähe nur noch für eine Compagnie, aus der Altmark, Priegnitz, Ruppin käme fast nichts; ebenso aus der Neumark seit einem Jahre nicht.

Eine Schlußerklärung gaben die Stände am 25. Februar (7. März): „Daß die Garnisonen in den Festungen, weiln an deren Manutention gar hoch und viel gelegen, notwendig unterhalten werden müßten, sei der Stände Meinung je und allewege gewesen." Burgsdorf sei, wie es heiße, ein Jahrgeld gegeben; es wäre gut, wenn dies mit den andern Obristen auch geschähe. Unter gewissen Bedingungen sei zum Unterhalt der Garnisonen auf zwei Monate die Möglichkeit vorhanden; wenn aber die 13 Compagnien Reiter blieben und die Compagnien zu Fuß, die zum Teil, ohne das erste Blatt, nur 18—20 Mann stark wären, auf 150 und für komplet traktiert würden, werde das Land dadurch vollends zu Grunde gehen. „Es kann wohl sein, daß ein Soldat in 10 Tagen bei dieser teuern Zeit mit einem Thaler nicht weit reichen wird, dagegen aber ist

1) Diese ist mir bisher unbekannt.



zu erinnern, daß meistenteils Einwohner, Adel und Unadel, wohl in ihrem ganzen Vermögen nicht einen Thaler haben."

Der Statthalter habe zugegeben, daß die Stände, wenn einer oder der andere seinem Gebote nicht gehorche, sich an den Kurfürsten selbst wende. Sie hielten es aber „aus vieler, bishero empfundenen gnädigen Affektion" für sicher, „es werde Seine Hochwürden und Gnaden solche Ihre zu den Ständen getragene Faveur von ihnen nicht wenden, sondern darauf in Gnaden gedenken helfen, wie die nunmehr unerträgliche Last von diesem Lande abgewendet werde."

Gleichzeitig mit den Landständen weilten die zur Abhaltung des Kriegsgerichts über den meineidigen Wrangel berufenen höheren Offiziere in der Hauptstadt. Schwarzenberg benutzte diese Gelegenheit dazu mit ihnen in nähere Verbindung zu treten, ihre Teilnahme und ihr Interesse für die Sache des Kurfürsten und die unglückliche Lage des Landes anzuregen, sie zu thatkräftigem Handeln anzuspornen und ihre Ansicht über ein wirkungsvolles kriegerisches Vorgehen zu vernehmen. Er ließ den 5 Obristen und Obristlieutenant Goldtacker durch Blumenthal in längerer Auseinandersetzung [1]) ans Herz legen, daß sie vor allen Dingen auf gute Disciplin ihr Augenmerk richten möchten; er habe jetzt die Stände berufen, um sie für Darreichung des Unterhalts der Soldaten willfährig zu machen, nun müsse er aber auch erwarten, daß die Offiziere scharf darauf achteten, daß der gemeine Mann die Einwohner des Landes nicht durch Raub, Plünderung und Vergewaltigung schädige und bedränge, wie es bisher öfter der Fall gewesen sei, sondern ihnen vielmehr Schutz gewähre, damit sie bei Haus und Hof bleiben, Nahrung beschaffen, Handel und Wandel treiben und Ackerbau pflegen könnten. Sache der Offiziere sei es ferner die Leute gut zu halten, nicht auf ihren Privatnutzen zu sehen, sondern auf regelmäßige Löhnung und Unterhalt der Soldaten bedacht zu sein. Er erinnerte sie daran, daß sie als brandenburgische Landeskinder und dem Landesherrn mit Eid und Dienst verpflichtete Soldaten die schwere Not des Vaterlandes berücksichtigen und danach ihr ganzes Verhalten einrichten möchten. Er stellte schließlich die Frage an sie, mit welcher Operation man in Anbetracht der augenblicklichen Lage der Dinge am besten den bevorstehenden Frühjahrs- und Sommerfeldzug einleite.

Auf diese Ansprache des Statthalters erwiderten die zusammengetretenen sechs Offiziere: sie dankten für seine Fürsorge und seien bereit Leib und Leben für ihren Kurfürsten einzusetzen; zwar sei ihnen nicht

---

1) Vgl. Beilage II.

bewußt, daß mit ihrem Willen Pressuren und Übelthaten der Soldaten ausgeübt und nicht gebührend geahndet seien, aber sie seien erbötig in Zukunft sorgfältig auf gute Disciplin zu achten und bäten nur durch die Kriegskanzlei dabei unterstützt zu werden. Wenn der Unterhalt für die Soldaten öfter durch die Exekution als mit Güte hätte beigetrieben werden müssen, so liege dies an dem hartnäckigen Widerstand der Bevölkerung, an dem Mangel einer Polizei in den Städten und an dem geringen Traktament, dem sie sich jetzt unterwerfen müßten. Von den drei Wegen, welche für den Feldzug vorgeschlagen, hielten sie eine Diversion nach Hinterpommern für das richtigste. Es sei nur dabei der geringe Bestand und namentlich der schlechte Zustand des soldatischen Materials zu bedenken, die üble Bewehrung und Bekleidung und die keineswegs günstige allgemeine Lage der pommerschen Bevölkerung; besonders käme aber auch in Betracht, daß man vor einem Überfall Baners auf der Hut sein müsse. Sie geben anheim, da es ihrer Ansicht nach unmöglich sein werde Reiter und Fußvolk im Lande zugleich zu unterhalten, die Kavallerie dem Kurfürsten von Sachsen auf eine Zeitlang zu übergeben, mittlerweile das Fußvolk zu ergänzen, besser zu bekleiden und auszurüsten und später mit dazu erbetener kaiserlicher und sächsischer Hilfe den Feind aus Pommern gemeinsam zu verjagen.

Damit fand diese Besprechung ihr Ende. Der Statthalter war es, welcher nunmehr nach Erwägung aller in Betracht kommenden Verhältnisse den Entschluß zu fassen hatte, was geschehen solle.

Überblicken wir kurz alle Maßregeln, welche Schwarzenberg ergriffen, seitdem er anfing einzusehen, daß eine Reduktion der kurfürstlichen Truppen notwendig sei, so gewinnen wir den Eindruck, daß er von dem Augenblick dieser Erkenntnis an in Aussicht genommen hat, nicht bloß zu reduzieren, sondern in umfassender Weise zu reorganisieren. Beschränkung und Konzentrierung der Kräfte, das sind die Grundsätze, nach denen er handelte; und nur mit einer kleinen, aber wohldisciplinierten Macht glaubte er noch einige Erfolge erringen zu können.

Was die Stärke der kleinen Armee betrifft, welche dem Kurfürsten in den beiden letzten Jahren seiner Regierungszeit hier in den Marken zur Verfügung gestanden, so hat Mörner eine Liste aus dem Jahre 1639[1]) und eine von 1640[2]) veröffentlicht. Danach betrug die Anzahl der gesamten Truppen am Ende des ersten Jahres reichlich 4500 Mann, etwa 1100 Mann Kavallerie und 3500 Mann Fußtruppen[3]); im Oktober

1) S. 227 ff.
2) S. 247.
3) Vgl. hierzu Beilage III.

1640 etwa ist die Gesamtzahl auf 6100 Mann gestiegen, von denen 4600 Mann zu Fuß, 1500 zu Pferde zu zählen sind.

Wenn es auch fraglich sein mag, ob im Jahre 1640 wirklich der Bestand ein so großer war, so entspräche doch die Verstärkung im letzten Jahre durchaus den Bemühungen, welche Schwarzenberg für diesen Zweck unausgesetzt aufwandte. Ebensowenig als die Klagen über Desertionen in den Relationen aufhören, ebensohäufig ist davon die Rede, die überall klaffenden Lücken und die durch Unglücksfälle aller Art gelichteten Reihen der verschiedenen Truppenkörper wieder auszufüllen. In diesem Sinne war er thätig, und wenn auch immer von neuem die Leute ausrückten, so enthalten die Relationen immer wieder Mitteilungen über veranstaltete Neuwerbungen. Zuerst setzte der Statthalter große Hoffnungen auf das Herzogtum Preußen. Um die vielen unberittenen Kavalleristen beritten zu machen, erbat[1]) er sich 2—400 Pferde aus Preußen; erst im Juni 1639 gelang es, hundert und einige wirklich in die Mark einzuführen. Später[2]) wird gar eine Werbung von 1000 Reitern und 2000 Mann zu Fuß in Preußen erwogen, wozu es aber nicht kam. Im Winter 1639, wo die Lage besonders schlimm war, wurde Obristlieutenant Goldtacker zum Kurfürsten gesandt[3]), um ausführlichen Bericht zu erstatten und Neuwerbungen energischer zu betreiben. Er kehrte Anfang April 1640 mit mehreren hundert Reitern von der Leibgarde und Neugeworbenen zurück, aber es kam nichts Rechtes bei diesen preußischen Werbungen heraus; sie haben „ein Großes gekostet[4]), aber in effectu wenig oder nichts genutzet.“ Statt der Werbung in Preußen empfahl Schwarzenberg im Herbst 1640 einen Austausch der in Cleve-Mark stehenden brandenburgischen Truppen unter Butler mit kaiserlichen; schon im Februar 1639[5]) hatte er von dort die Abführung der Reiterei des Obristlieutenants Landsperg betrieben. Endlich sind die kurmärkischen Regimenter mehrfach durch Werbungen im eigenen Lande und in dessen Nachbarschaft ergänzt worden, wozu Schwarzenberg Mittel aufzutreiben wußte und sogar selbst vorschoß[6]).

Zum Schluß dieser Ausführungen noch einige wenige Worte über

1) Rel. vom 8./18. Okt. 1638.

2) Beilage IV.

3) Instruktion vom 19./29. Dez. 1639.

4) Beilage V.

5) Beilage I.

6) Seit dem Winter 1639/40 ist von 6000 Thalern in den Relationen die Rede, welche Schwarzenberg vorzustrecken versprach; es scheint aber, daß sie nicht bloß für Werbungen, sondern auch für andere Zwecke verausgabt worden sind.

die Kriegsoperationen und deren Erfolge. Im Anschluß an das Gutachten der Offiziere und trotz der Bedenken, die sie geltend gemacht, wurde schon im März vom Obristlieutenant Goldtacker versucht, die von den Schweden belagerte Stadt Demmin zu entsetzen oder wenigstens zu verproviantieren, ein Unternehmen, das mit großer Kühnheit und Umsicht betrieben wurde, aber fehlschlug[1]). Dieser Umstand zwang Schwarzenberg, sich zunächst auf die Defensive zu beschränken; „weil die Garnisonen in den diesseitigen Quartieren durch Abgang der Kavallerie also beschaffen," schreibt er dem Kurfürsten am 2. (12.) April, „daß man mehr auf die Defension und Maintenirung E. Ch. D. alschon inhabenden Posti, als Offension und Persequirung des Feindes reflectiren muß." Als jedoch bis zum Sommer die Kavallerie Verstärkungen erfahren hatte, wurden auch wieder Vorstöße gemacht, wobei es im Juni dem Oberstwachtmeister Lütke gelang, die Stadt Plauen in Meklenburg zu entsetzen. Ebenso hatten Goldtacker und andere Reiteroffiziere im Laufe des Sommers neue Erfolge aufzuweisen. Denen gegenüber fielen die Verluste von Landsberg, Driesen und später Frankfurt schwer ins Gewicht. Im Jahre 1640 ist dann ein Aufschwung der brandenburgischen Waffen eingetreten, insofern als eine Anzahl kleinerer Waffenthaten in der Altmark, an der untern Elbe, in der Niederlausitz, sogar in Meklenburg zu verzeichnen sind, und da die Schweden im Anfang Oktober ihre gesamte Kavallerie nach Hinterpommern gezogen hatten, um sie zu Stalhans in Schlesien stoßen zu lassen, so glückte um diese Zeit Goldtacker sogar ein kräftiger Vorstoß nach Pommern.

Man darf bei der Beurteilung dieser ganzen Kämpfe nicht außer acht lassen, daß sie der Art der damaligen Kriegführung entsprachen, welche weniger in der Vernichtung des Gegners durch kräftige Schläge, als in seiner Unschädlichmachung ihre Aufgabe erblickte: durch den Überfall der Proviantzufuhren, durch die Störung der Werbe- und Musterplätze, durch die Wegnahme aller der kleinen festen Plätze, in denen überall verstreute Detachements untergebracht waren, sollten größere Truppen-Zusammenziehungen vereitelt werden. Für diese Zwecke waren verwegene Reiterführer am Platze; denn auf die Reiterei kam es dabei an, und bei der Reiterei besonders auf die Dragoner, wie bekannt, eine

1) Bei vielen fehlgeschlagenen Unternehmungen dieser Art ist Verräterei der Einwohner im Spiele, welche den Schweden Spionendienste leisteten. Ließ sich doch sogar Samuel v. Winterfeldt eine derartige Handlungsweise zu schulden kommen, als er Ende Mai den Schweden die Stärke der Garnison in Havelberg verriet. Er begab sich darauf nach Hamburg. Rel. vom 30. Mai (9. Juni).

kombinierte, zugleich auf das Fußgefecht eingeübte Truppe. Eine Verstärkung der Reiterei war daher Schwarzenbergs unausgesetztes Bemühen; im Anfang September[1]) 1639 heißt es, der Feind habe keine Kavallerie mehr, und auch im Sommer 1640 beruhten die brandenburgischen Erfolge, von denen ich gesprochen, wesentlich auf der Stärke und Überlegenheit der Kavallerie. Immerhin waren die festen Plätze jenseits der Oder und Elbe, Driesen, Krossen, Landsberg, Frankfurt, Gardelegen und Salzwedel in den Händen der Schweden und ziemlich stark besetzt, während dies mit den noch im brandenburgischen Besitz befindlichen festen Orten, wie Beeskow, Fürstenwalde, Zehdenick, Köpenick, Fehrbellin und den eigentlichen Festungen nicht genügend der Fall war.

Mit dieser kurzen Skizze habe ich versucht meine, in den Einleitungen der Protokolle mitgeteilten Notizen über die militärischen Zustände in der Mark ein wenig weiter auszuführen; ich wollte jedoch nur andeuten[2]), daß Schwarzenberg in den beiden Jahren 1639 und 1640 sich ernsthaft bemüht hat, mit einer disciplinierten kleinen Feldarmee kriegerische Operationen aller Art gegen einen stärkeren Feind zum Teil mit Glück zu unternehmen. Wenn diese brandenburgischen Truppen wirklich nur „ein zuchtloser Haufe" waren, wie dies von den Anhängern[3]) der bisherigen Anschauung behauptet wird, und da dieser „zuchtlose Haufe" das letzte Überbleibsel der seit dem Sommer 1637 geworbenen Soldaten, die schon im Herbst 1638 auseinanderliefen, gebildet haben soll, wie ist es denn in aller Welt zu erklären, daß die Schweden, nachdem Gallas und die kaiserliche Hauptarmee im Winter 1638/39 abgezogen waren, diesen „zuchtlosen Haufen" nicht schon damals einfach über den Haufen rannten, anstatt sich zu dem Versuch dazu mehr wie zwei Jahre Zeit zu lassen? Es ist ganz unbegreiflich, weshalb die Schweden gegen die seit zwei Jahren doch immer zuchtloser gewordenen Haufen erst in den ersten Monaten des Jahres 1641 die ungeheure Macht von „12000 Mann" aufboten, welche damals „von[4]) allen Seiten die Marken umklammert und langsam sich vorschiebend immer enger einschließt," eine Macht, die sogar „dreifach" der brandenburgischen überlegen gewesen sein soll!

Ich bin auf Grund der Nachprüfung in der Lage, nicht nur meine

1) Rel. vom 6./16. Sept. 1639.

2) Ein vollständiges Bild werden erst die außerordentlich umfassenden Relationen und die Korrespondenzen mit Burgsdorf gewähren.

3) So äußert sich nach Mörner und Droysen Brake in seiner Dissertation S. 62: „Da das vorhandene Heer aber nur ein zuchtloser Haufe war."

4) Brake S. 38.

Ausführungen in den Einleitungen zu den Protokollen aufrecht zu erhalten, sondern es noch viel wahrscheinlicher zu machen, daß eine Fortsetzung der Kriegspolitik gerade den Erfolg herbeigeführt hätte, auf den der Kurfürst Friedrich Wilhelm im Jahre 1652[1]) seine Landstände hinwies, daß nämlich die Krone Schweden dadurch genötigt wurde, selbst einen Waffenstillstand oder Frieden nachzusuchen.

Ich will dabei von der Untersuchung ausgehen, was es mit der „dreifach überlegenen" Macht der Schweden von 1641 für eine Bewandtnis hatte. „In der Altmark, Magdeburg, Halberstadt stehen etwa 2500 Mann," sagt Brake[2]), und weiter[3]): „Hier in der Altmark ist Gardelegen, das im Januar 1639 verloren ging, der Stützpunkt der schwedischen Macht, von dem aus sie immer weiter um sich greift. Hier sitzt der Obrist Dubaldt als schwedischer Commandant. Die letzten kurfürstlichen Garnisonen, die sich hier behaupten, sind Tangermünde, wo der Kapitän Tembler vom Regiment Volkmann mit 60 Mann zu Fuß und 30 Pferden liegt, und Stendal. Aber auch sie fallen noch in den letzten Tagen des Jahres 1640 bei einem letzten vergeblichen Versuch des Obristen Volkmann, dem Feinde hier Abbruch zu thun, den Schweden in die Hände."

Das heißt also: die Schweden, welche im Januar 1639 Gardelegen erobert haben, verwenden die Stadt als Stützpunkt dazu, um immer weiter um sich zu greifen; trotzdem gelingt es ihnen erst Ende des Jahres 1640, Tangermünde mit 90 Mann Besatzung und Stendal zu nehmen.

Nun versage ich mir durchaus für diese Kritik archivalisches Material herbeizuziehen, sondern begnüge mich mit der gedruckten Litteratur. Am 23. Dezember 1640[4]) berichtete Schwarzenberg an den Kurfürsten folgendermaßen: „E. Ch. D. soll ich hiermit gehorsamst nicht verhalten, welcher Gestalt ich vor ohngefähr 6 Wochen den Obristen Georg Volckmann mit etzlichen Trouppen zu Roß und Fuß vornehmlich aus diesen Ursachen nacher der Altmark expediret hab, damit dieselbe, als die eine geraume Zeit hero allein dem Feinde monatlich eine namhafte Summe Geldes contribuiret, vor E. Ch. D. auf den Beinen habende Trouppen aber, unangesehen sie dazu in Güte oft und viel anermahnet worden, wenig oder nichts hergegeben, durch Fassung eines oder des andern vor-

1) Prot. IV, 509.

2) Ich sehe mich zu meinem Bedauern durch die Bemerkung Meineckes genötigt, die folgende Kritik an der Dissertation zu üben.

3) S. 38.

4) U.-A. I, 377 f.

telhaften Posto zu ihrer Schuldig- und mehrer Willfährigkeit angetrieben und darneben dem Feinde aller möglicher Abbruch gethan werden möchte. Es hat auch besagter Obrister solche ihm aufgetragene Conduicte also vorsichtig geführet, daß er nicht allein die Altmärckische Eingesessene dahin disponiret, daß sie nebst Verpflegung der Guarnison in der Werber Schantzen auch vor die andere E. Ch. D. Völker monatlich 2000 Thaler und dann ein gewisses zu Bekleidung der Infanterie zusammen zu bringen und abzustatten sich verpflichtet, besondern er ist auch sonder einigen Verlust, nachdem er das Haus zu Tangermünde mit einer nothdürftigen Besatzung versehen und benebenst ziemlich verbauet, mit den Trouppen hinwieder zurück in die Quartiere kommen. Der Feind zwar hat verschiedentlich versuchet, E. Ch. D. Völkern einzufallen und denselben Abbruch zu thuen, mit deme dann auch theils Lüneburgische Trouppen, unangesehen man denselben dieser Seits darzu die allergeringste Ursach oder Anlaß nicht gegeben, sich conjungiret: haben aber dennoch, Gott Lob, nichts verrichtet; denn ob sie wol anfangs mit in 1000 Pferden, darunter die meisten Lüneburgische gewesen, den alhiesigen der Zeit in Stendal gelegenen Trouppen einzufallen gemeinet, auch allschon bis Garleben kommen, so seind sie dennoch, nachdem sie von der guten Positur und Wachsamkeit E. Ch. D. Völker Aviso erlanget, unverrichter Dinge und gleichsam flüchtig, indem sie der Gefangenen Aussagen nach in einem Tage 11 Meil Weges geritten, zurück geeilet. Sie seind zwar wenig Tag hernach, nachdem sie sich verstärket, mit 4 Regimentern, darunter 2 Lüneburgische gewesen, und etzlichen Stücken wiederkommen und die in Stendal damit zu attacquiren vermeinet; nachdem aber anfangs ermelter Obrister Volckmann davon zeitig Nachricht erlanget und judiciret, daß nicht rathsam die Trouppen separiren und in Stendal einschließen zu lassen, hat er dieselbe an sich nacher Tangermünde gezogen und daselbst Posto gefasset, darinnen aber der Feind sich nicht getrauet ihn anzugreifen. Inzwischen ist ein harter Frost eingefallen, die Elbe mit Grundeise stark angefüllet und die Überfahrt sehr difficil worden und daher nicht rathsam gewesen, länger zu besagtem Tangermünde stehen zu bleiben; derowegen mehrgemelter Obrister Volckmann hat in Zeiten die Völker überbringen und das Haus zu Tangermünde, wie gedacht, mit nothdürftiger Guarnison, um einen Fuß in der Altmarck zu behalten und dem Feinde das Überkommen und Beschädigen dieser Quartier, wie in voriger Zeit oft und viel geschehen, zu verwehren, besetzt hinterlassen; worauf ein Lüneburgischer Rittmeister mit ohngefähr 100 Pferden vor Stendal sich praesentiret, denen die Porten gutwillig geöffnet, und ein Corporal nebst 5 Reutern, welcher aus Tangermünde

die Contribution von Stendal abholen sollen, gefänglich aufgehoben und weggeführet worden."

Diesem Bericht braucht wohl nur wenig hinzugesetzt zu werden. Wenn Schweden und Lüneburger zusammen, nachdem sie seit 1639 in der Altmark festsaßen, am Ende des Jahres 1640 nicht einmal des Obristen Volkmann mit einer offenbar kleineren Truppe Herr werden und es nicht hindern konnten, daß die Altmark sogar im allgemeinen für die kurfürstlichen Truppenkörper in Kontribution gesetzt wurde, dann können die feindlichen „Völker" weder an Stärke noch an Qualität hervorragend gewesen sein. In um so besseren Lichte erscheinen diese brandenburgischen Teile des „zuchtlosen Haufens". Gegen diese tapfere kleinere Truppe wurden 2500 Mann Schweden mobil gemacht, und zwar mußten sie erst aus dem Stift Halberstadt, dem Erzstift Magdeburg und der Altmark selbst zusammengezogen werden. Bis dahin sind sie also nicht der sich „langsam vorschiebenden Macht" hinzuzurechnen, falls nicht etwa damit gemeint sein soll, daß dies langsame Vorrücken um 1638 vor sich ging; denn das ist thatsächlich der Fall; nur hörte dies „langsame Vorrücken" alsdann auf; in den folgenden zwei Jahren bis Ende 1640 sind die Schweden von dieser Seite her nicht weiter vorgerückt, sondern in der Altmark verblieben. Ja, wer nun nach der heldenhaften Eroberung Stendals diese Scharen weiter verfolgt, wird zu seinem Erstaunen gewahr, daß sie auch in den nächsten beiden Jahren, bis 1642 hin, ja noch weiter hinaus, die Altmark gar nicht verlassen und sich nicht an dem Einrücken in die Mittelmark beteiligt haben, sondern daß sie einfach in ihre Winterquartiere zurückgekehrt sind [1]). Von den „12000 Mann" starken, sich „vorschiebenden und umklammernden" Schweden scheiden also diese 2500 Mann ganz aus.

Eine zweite Abteilung „der schwedischen Streitmacht" von „12000 Mann" sind nach dem Verfasser der Dissertation „4000 Mann zu Fuß und Roß", die unter „Generalmajor Axel Lillie in Parchim" liegen sollen. Schlägt man die dazu citierte Stelle auf, so heißt es da in einer Relation Schwarzenbergs vom 21. Januar 1641: „Die Stadt Ruppin konnte, wie ihre eingereichte Supplicata zeigen, nicht eine halbe Compagnie im zurückgelegten 1640ten Jahr verpflegen; allein wie der schwedische Generalmajor Axel Lillie mit 4000 Mann zu Roß und Fuß dahin kam, da konnte er etliche Wochen aldort subsistiren und unterhalten werden." Hieraus wird jeder nur den Umstand herauslesen, daß Axel Lillie im Laufe des Jahres 1640 zu irgend einer Zeit einmal

1) Man vergleiche hierzu Bd. I der U.-A. und der Protokolle.



in Ruppin stand; aber daß die im Februar 1641 in Parchim liegenden Schweden, welche von den priegnitzischen und ruppinschen Städten damals Kontribution forderten[1]), die 4000 Mann waren, die 1640 einmal in Ruppin lagen, beruht lediglich in der Phantasie des Verfassers. Zunächst fragt man sich voll Erstaunen, warum blieben denn diese 4000 Mann 1640 nicht in Ruppin, von wo aus sie vortrefflich das Havelland brandschatzen konnten, oder warum nahmen sie denn nicht im Jahre 1640 die Mittelmark ein und verjagten die „zuchtlosen Haufen", welche dort schon seit 1638/39 standen? Warum zogen denn diese 4000 Mann weit nach Meklenburg hinein sich zurück und gaben alles Eroberte wieder auf? Warum endlich entschlossen sie sich erst im Februar 1641 dazu, der „umklammernden Streitmacht der 12000 Mann" sich anzureihen? Auf alle diese Fragen erhalten wir keine Antwort. Die Sache verhält sich eben ganz anders. Am 28. Februar 1641[2]) berichtet Schwarzenberg: „Wirklich ist der Feind jetzt aus Pommern vorgebrochen, hat Zehdenick und anderes genommen, und erwartet nur noch Verstärkung aus Meklenburg, um dann wahrscheinlich auf die Residenzstädte loszugehen." Wie stark diese Leute sind, erfahren wir aus der nächsten Relation vom 4. März[3]): Es hat „der Feind eben zu der Zeit in die 1500 zu Roß und Fuß nebst 7 Stücken Geschütz von Prenzlow sich heruntergezogen und zu Zehdenick Posto gefasset und der gemeine Ruf gegangen, daß sie Berlin auf beiden Seiten angreifen wollten", nämlich zugleich mit dem von anderer Seite kommenden Stalhans, der damals von Kottbus aufbrach[4]). Vierzehn Tage später wird neues Vordringen der Schweden jetzt von Meklenburg her berichtet[5]); „dieselben haben mit etlichen Truppen zu Pferde Neuen-Ruppin anfänglich berennet und die Stadt mit Sturm erobert"; zwei darin liegende brandenburgische Compagnien wurden dabei über den Haufen geworfen. Es heißt in den Urkunden und Aktenstücken im unmittelbaren Anschluß an diesen Bericht: „In den Relationen der folgenden Wochen gehen die Nachrichten von dem Vordringen der Schweden unter Axel Lillie fort." Am 4. Mai meldet[6]) Burgsdorf dem Kurfürsten, daß Axel Lillie zu Nauen stehe. Er giebt auch die Anzahl der Truppen an, es sind 1500 Mann zu

1) Hierauf bezieht sich das zweite Citat des Verfassers. Prot. I, 141.
2) U.-A. I, 430.
3) Prot. I, 168.
4) a. a. O.
5) U.-A. I, 434.
6) U.-A. I, 442.

Fuß und etwa 5—600 Pferde. Am 7. Mai[1]) zieht der Feind von Nauen nach Cremmen. Am 14. Mai[2]) ist davon die Rede, daß Stalhans und Axel Lillie sich mit ihren Armeen im Lande befinden.

Ziehen wir hieraus das Ergebnis, so zeigt sich, daß unter dem Kommando von Axel Lillie die aus Meklenburg und Pommern vorrückenden Truppenkörper standen. Die aus Pommern avancierten 1500 Mann zu Roß und Fuß und 7 Geschütze vereinigten sich mit den aus Meklenburg zu ihnen stoßenden Leuten des Axel Lillie; sie erhielten durch diesen Zusammenschluß die Stärke von 1500 Mann zu Fuß und 500—600 zu Roß. Gemeinsam erobern sie nun das in brandenburgischen Händen befindliche Neu-Ruppin, ziehen von da nach Nauen und Cremmen und warten auf den von Süd-Ost kommenden Stalhans. Ruppin ist also nicht in der Hand von 4000 Schweden[3]) unter Axel Lillie, sondern muß erst den Brandenburgern entrissen werden. Lillie unterstanden mithin nur 1500 Mann zu Fuß und 5—600 zu Roß nebst 7 Geschützen. Es sind die 1500 Mann, welche den dritten Teil der „12 000 Mann" des Verfassers ausmachen. Den vierten Teil dieser großen Armee bildete Stalhans mit 2000 Mann zu Fuß und 1500 zu Roß; er gab Mitte Januar seine Stellung bei Beuthen in Schlesien auf. Am 4. Mai lag er noch im Kottbusischen still[4]).

Von der großen Streitkraft der „12 000 Mann" bleiben also im ganzen nur 3500 Mann zu Fuß und etwa 2000 zu Roß übrig. Diese Zahl stimmt beinahe mit der Angabe Schwarzenbergs[5]) überein, daß die Schweden aus den meklenburgischen, pommerschen und andern Garnisonen zum allerwenigsten 6000 Mann zusammenziehen könnten.

Wo befanden sich nun aber diese Truppen zur Zeit des Todes Kurfürst Georg Wilhelms und in den nächst darauf folgenden Monaten? Anfangs Dezember 1640 operierte Volkmann noch glücklich in der Altmark; Ende Dezember sind in der Altmark die 2500 Mann Schweden zusammengezogen; Stalhans war um diese Zeit noch in Beuthen in Schlesien, mit ihm die Reiterei der Schweden; er ist erst Mitte Januar 1641 bei Kottbus angelangt; im März dringen die Truppenkörper aus Meklenburg unter Axel Lillie vor. Im Anfang Dezember 1640, wo

1) Prot. 1, 248.

2) U.-A. I, 434.

3) Offenbar sind diese 4000 Mann bis auf einen kleinen Teil zur Verstärkung der Hauptarmee unter Baner im Laufe des Jahres 1640 abkommandiert worden. Vgl. unten die Auszüge aus Baners Briefen.

4) U.-A. I, 444.

5) U.-A. I, 412.

bekanntlich der Tod Georg Wilhelms erfolgte, lagen also die Schweden überall in ihren Winterquartieren; sie hatten auch nicht die Absicht etwas gegen die Marken zu unternehmen; denn noch am 4. April 1641 [1]) beklagt sich der Feldmarschall Baner, Führer der schwedischen Hauptarmee, bei Oxenstierna über Stalhans. Er bittet den Reichskanzler, einen fähigeren Soldaten nach Schlesien abzuordnen als es Stalhans sei, welcher den ganzen Winter nicht das Geringste unternommen, wodurch seine eigenen Aktionen erleichtert worden seien und der Feind von ihm abgezogen würde, obwohl er vielfältige Ordres an ihn habe abgehen lassen, Goltz von ihm abzuhalten; infolgedessen sei die ganze Kavallerie, sowohl kaiserliche als sächsische, ihm über den Hals gekommen. „Er, Herr Stalhansche, hat sich dagegen in die Quartire geleget und im geringsten nicht moviret, auch annoch stille liegen thut.“ Hieraus geht hervor, daß Baner noch nichts von dem Vormarsche des Stalhans gegen Kottbus wußte, daß aber der letztere auch gar nicht beauftragt war, gegen die Marken vorzugehen, sondern daß er vielmehr die „Actionen“ der Hauptarmee „erleichtern“ sollte.

Die einzelnen schwedischen Heerführer wurden erst durch die Wandlung der Verhältnisse in Brandenburg nach dem Tode Georg Wilhelms, den plötzlichen Umschwung zum Frieden, veranlaßt, ihre Winterquartiere zu verlassen. Es braucht hier von mir wohl nicht ausgeführt zu werden, daß durch die ersten Verfügungen [2]) des Kurfürsten und durch das Auftreten der Stände [3]) nicht allein die Autorität Schwarzenbergs gegenüber den Soldaten geschwächt, sondern auch infolge der bald kund gewordenen Friedensabsicht des jungen neuen Herrn die kriegerischen Operationen lahm gelegt wurden.

Aus allen diesen Zusammenstellungen geht hervor, daß von einer von allen Seiten die Marken umklammernden schwedischen Vorwärtsbewegung zur Zeit des Regierungswechsels, sagen wir zur Zeit, als sich die Landstände in Berlin versammelten, am 9. Dezember 1640, gar nicht die Rede sein kann. Nach Schwarzenbergs Meinung ist sogar die Macht

1) Rikskansleren Axel Oxenstiernas skrifter och brefvexling. Senare afdelingen. Sjette bandet. Joh. Baners bref. 1624—1641. S. 843.

2) Hierzu rechne ich die Ordres an die Kommandanten vom 2. Dezember 1640 (Prot. I, Nr. 27), welche hinter dem Rücken Schwarzenbergs ergingen und den Widerstand Burgsdorfs gegen den Statthalter sehr stärkten.

3) Die Stände verweigerten, wie bekannt, den Soldaten das Wintertraktament und regten durch ihre Renitenz die Truppen zu Meutereien an.

der Schweden in Deutschland im Herbst 1640 überhaupt eine geringe zu nennen[1]).

Um hierüber ein richtiges Urteil zu gewinnen, wollen wir uns an die Stelle wenden, von der wir ganz authentische Auskunft über diesen Punkt erhalten können, an den Feldmarschall Baner selbst, dessen Briefwechsel mit dem Reichskanzler Oxenstierna ja vorliegt. Schon im Juli 1640[2])ist er in Sorge, ob der Krieg so weiter geführt werden kann, wo alle Lande ruiniert sind, auf die Verbündeten kein Verlaß mehr ist und die französischen Subsidien ganz ins Stocken geraten. Am 7. August[3]) schreibt er aus Münden, der Feind habe sich verstärkt und bedränge ihn, die Franzosen und die Weimarischen seien zwiespältig geworden, aus dem Braunschweigischen, Lüneburgischen und Hessischen versorge sich nur der Herzog Georg selbst, er, Baner, dagegen müsse sich „mit Unwillen und Kummer" abspeisen lassen. Es sei ihm unmöglich, ohne mehr Mittel den Krieg zu führen. Er halte es[4]) in Anbetracht aller Umstände, namentlich im Hinblick auf die „ungetreuen Interessenten", die „falschen Cooperanten", für seine Pflicht, seine Meinung dahin zu äußern, daß die Königin „zum reputirlichen Frieden die Gelegenheit reassumiren und nach Dero gnädigsten Willen ferner handeln ließen". Im Anfang Oktober heißt[5]) es, auf Herzog Georg von Lüneburg könne man sich nicht verlassen; die[6]) Soldaten seien bald alle nackt und wenig Offiziere bekleidet; „ich kann nicht gnugsamb beschreiben, wie hochnötig es ist, daß vor die Armee ein Stück Geldes, weil periculum summum in mora, zu schleuniger soulagement herbeygeschaffet und dadurch große Consequentien verhütet und des Kriegsstaats Integrität erhalten werden könne". Und weiter im selben Briefe eine Notiz, die wegen der Erwähnung der Zustände in den Marken von Wert ist[7]): „Und ist für erst an deme, daß die Kaufleute zu Hamburgk von Wein, Stockfisch, Schullen, Kese, Butter und allerhand Victualien, wie sie Namen haben können, einladen und damit die Elbe hinauf fahren, wodurch denn zu Ihr Königl. Mat. Nachtheil nicht alleine die feindtliche Garnisonen in Dömitz, Magdeburgk und in der Mark Zufuhre geschiehet und dieselbe mit Alimentation versehen werden, sondern auch

1) Beilage V.
2) Eschwege 14. Juli 1640, a. a. O. S. 764.
3) a. a. O. S. 766 ff.
4) S. 771.
5) S. 779.
6) S. 780.
7) S. 782.

der Churfürst zu Sachssen seine Messen zu Leipzigk zu halten und also consequenter zu Macht und Aufnehmen zu kommen dadurch Gelegenheit erlanget." Ende Oktober[1]) schreibt der General, die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg fange ihre Verbindung mit Schweden an zu gereuen. Ferner[2]): die Mittel zur Bekleidung der Infanterie und Kavallerie seien in Hamburg nicht, wie er gehofft, zu bekommen. Immer wieder kehrt die Geldfrage, der Mangel an Subsidien wieder und der böse Zustand der Truppen und der Quartiere. Am 11. November[3]) fügt er hinzu: sollte er plötzlich ableben oder krank werden oder würde er bei einer Aktion gefangen, „so ist gar gewis in demselben Tage die gantze Armee verlohren und wird von einander gehen wie der Schnee zerschmiltzet". Endlich, da aus Stockholm kein Geld kommt, streckte noch in demselben Monat Salvius aus seiner eigenen Tasche 100 000 Reichsthaler vor, um die Soldaten zu kleiden und „die Artillerie zum Feldzuge zu aptiren". Damit wird die Sachlage etwas besser, auch ist die Armee an Infanterie und Kavallerie „mit merklich verbesserten Truppen im Feld erschienen"[4]). Ende Februar 1641[5]) hat der Feldmarschall jedoch schon erneute Sorgen und Bedenken geltend zu machen: infolge der anscheinenden Trennung der weimarischen und französischen Truppen und weil auf die Landgräfin und Herzog Georg von Lüneburg noch kein fester Verlaß, habe er, in Erwägung daß die Krone Schweden den Krieg fortan mit eigenen Mitteln werde führen müssen und er der überlegenen „Forçe" des Feindes gegenüber das Heer nicht aufs Spiel setzen wolle, seinen Marsch gegen die Elbe genommen und beabsichtige im Frühling den Krieg in des Kaisers Erblanden „wenn nicht offensive", so doch wenigstens defensive zu tragen. Bei dieser Gelegenheit solle Stalhans auch herangezogen werden. Die Hauptsache sei ihm dabei die Sicherheit des Pommerlandes und der Seekante, „weil aus Preußen und vielen andern Orten noch continuirlich spargiret wirdt, daß allerhand große Bereidschaften zu deren Invasion und Perturbation mit großer Mühe, Arbeit und Unkosten im Schwange gehen sollen". Mitte März[6]) fangen wieder die Klagen über den Zustand der Armee an: der schwedische „Kriegsstaat in Deutschlandt wirdt numehr anderer gestalt nicht als durch erkleckliche Geldtmittel in seiner Integritet zu er-

1) S. 785.
2) S. 787.
3) S. 796.
4) S. 802.
5) S. 826 ff.
6) S. 836.

halten und zu verbessern stehen. Und vor allen Dingen will vor diesmal sehr hochnotwendig sein, daß deren sehr fatigirten Regimentern zu Roß und Fues eine ansehnliche Hülffe zu ihrer Recreation und Recruitirung in die Hende gegeben werden könnte". Endlich klagt Baner am 28. April: „Nur ein tausent Pferde könten die Lücken, welche neulich in die Cavallerie gerissen, ausfüllen, aber ..... wenn daneben des Feindes große Verstärkung in seinen Erb- und andern recuperirten Landen in Consideration gezogen wirdt, kan ich, umb Ihr Königl. Mat. und deren Alliirten gerechte Sache vor hasarde und Unfürsichtigkeit zu praeserviren, mich nicht gnugsamb proportioniren."

Treffender als durch diese Briefe Baners könnte der große Fehler nicht erwiesen werden, den die brandenburgische Politik mit ihren voreilig eingeleiteten und ungeschickt weitergeführten Friedensverhandlungen im Jahre 1640/1641 begangen hat. Baner selbst will daher auch gar nicht glauben[1]), daß die Stillstandsverhandlungen ernstlich gemeint sind; er vermutet mit Salvius, daß eine List dahinter stecke. Wenn es reelle Absicht sei, so hielte er dafür, daß „hoc rerum statu er (Salvius) nicht irren könte, wenn ihm gefallen wolte, zu ermelter Waffensuspension gute Vertröstung zu geben und anzudeuten". Es geht zweifellos aus diesem Briefwechsel hervor, daß die schwedische Macht im Sommer und Herbst 1640 und weiterhin in Deutschland heruntergekommen war.

Wir haben jetzt zwei Momente festgestellt, welche für eine Fortsetzung der Kriegspolitik beim Regierungsantritt Kurfürst Friedrich Wilhelms angeführt werden können: 1. Die brandenburgischen Truppen waren kein „zuchtloser Haufe", sondern eine zwar kleine, aber wohldisciplinierte Truppe, die den Vergleich mit den schwedischen wohl aushalten konnte; 2. die schwedische Hauptarmee befand sich in einem desolaten Zustande, die kleinen an den Grenzen und in der Nachbarschaft der Mark liegenden schwedischen Corps waren einzeln den schneidigen brandenburgischen Heerführern nicht bastant und dachten nicht an ihre Vereinigung, die Krone Schweden mußte den Frieden herbeiwünschen.

Ein drittes Moment ergiebt sich aus der Möglichkeit, Neuwerbungen zu veranstalten, woran Schwarzenberg geglaubt hat. Sowie er dem Kurfürsten energisch davon abriet[2]), im Herbst 1640 auf einen Antrag des Kaisers einzugehen, der 10000 Mann in Preußen auf die Beine gebracht haben wollte, so sehr befürwortete er es, daß man diesen günstigen Umstand für Neuwerbungen in der Mark und den umliegenden

1) S. 817.
2) Beilage V.



Territorien dazu benutze, um vom Kaiser eine gute Summe Geldes zu erbitten. Dazu solle der Kurfürst selbst eine entsprechende Summe hinzulegen, und mit diesen neu zu werbenden Leuten seien die gelichteten Reihen der brandenburgischen Regimenter zu verstärken. Ein weiterer Vorschlag bezweckte die Abgabe des in der Grafschaft Mark stehenden Butlerischen Regiments gegen den Eintausch eines kaiserlichen Regiments, welches auch auf dem kurmärkisch-pommerschen Kriegsschauplatz gebraucht werden sollte. Schwarzenberg setzte Mittel beim Kurfürsten voraus. Bringt man in Anschlag, daß der junge Kurfürst Friedrich Wilhelm in den folgenden Jahren aus Preußen erkleckliche Einnahmen[1]) bezog, daß dort seit einem Jahre durch den Amtsrat Joachim Schulze eine Reform der Domänenverwaltung in Gang gebracht war, daß seit 1638 auch der Pillauer Seezoll etwas einbrachte, so läßt sich wohl die Möglichkeit nicht bestreiten, daß auch Georg Wilhelm für Neuwerbungen Gelder flüssig machen konnte; hatte er doch, wie sich aus Schwarzenbergs Bericht ergiebt, dem Kaiser bereits zugesagt, in Preußen so große Werbungen veranstalten zu wollen. Der weitere Unterhalt in den Marken war gewiß recht schwierig; immerhin heißt es im Juni[2]) 1640, Getreide sei im Lande sehr wohlfeil, aber das Geld sei sehr teuer. Nun wurden von den brandenburgischen Reiterführern die umliegenden Territorien schon einzeln zum Unterhalt herangezogen, was nach dem Wegzuge der schwedischen Reiterei noch leichter möglich zu machen war; auch aus Hamburg kamen Transporte von Viktualien die Elbe herauf, wie wir aus Baners Schreiben vernommen haben. Endlich darf man nicht vergessen, daß doch noch mehr Geld im Lande steckte, als nach den ewigen Klagen der Landstände angenommen werden darf: in den Jahren 1641 bis 1645 sind aus der Kurmark für den Landesherrn und die Schweden zusammen noch 800 000 Thaler Steuern erhoben worden.

Wäre unter diesen Umständen der junge, willensstarke Kurfürst nach des Vaters Tode in die Kurmark zurückgekehrt, hätte er sich Schwarzenberg in Übereinstimmung an die Seite gestellt, dann wäre nicht bloß eine moralische Belebung der Truppen und der ganzen Bevölkerung und eine Versöhnung Konrad v. Burgsdorfs und der sonstigen widerstrebenden Elemente im Lande mit dem Statthalter die Folge gewesen, sondern es hätten sich bei der zweifelhaften Stellung der Lüneburgischen Herzöge zu Schweden, von der die Briefe Baners Kunde geben, und der

1) Vgl. Prot. II, Einl. S. LXXXII u. Prot. III, 531 ff. und J. Triebel, Die Finanzverwaltung des Herzogtums Preußen von 1640—1646. Leipzig 1897.

2) Eigenhändige Rel. Schwarzenbergs ohne Tagesdatum.

allgemeinen wenig günstigen Zusammensetzung und Position der schwedischen Hauptarmee offenbar weitgehende politische Konsequenzen daran knüpfen können.

Doch lassen wir derartige Konjekturen auf sich beruhen!

Neben einer Fortsetzung der bisherigen Kriegspolitik hat Schwarzenberg nun auch das Zustandekommen eines friedlichen Abkommens mit Schweden seinem kurfürstlichen Herrn gegenüber erwogen. Ich habe mich darüber in der Einleitung zum 2. Bande der Protokolle ausführlich verbreitet und will daher nur noch einmal kurz darauf hinweisen, daß auch in dieser Frage die Nichtachtung der Schwarzenbergischen Ratschläge von verhängnisvoller Bedeutung geworden ist.

Schon im Februar 1639 hatte der Statthalter den Ständen auseinandergesetzt, weshalb eine Einschränkung der Waffen, eine Beschränkung der Truppen auf zwei Fußregimenter und wenige Compagnien Reiter dem Lande nur Schaden zufügen, nur Feind und Freund herbeiziehen und die Festungen in Gefahr setzen werde. Dem Kurfürsten selbst stellte er im Juni[1]) die Sachlage von einem höheren politischen Gesichtspunkte aus dar: „So lange E. Ch. D. bei gegenwärtiger im heiligen Reich annoch leider continuirender Unruhe in Verfassung sich befinden und Volk auf den Beinen haben werden, wird ein jedweder, Freund und Feind, auf Dieselbe reflectiren und E. Ch. D. respectiren müssen, inmaßen das Exempel mit dem Herzogen zu Lünenburg vor Augen, deme vielleicht soviel nicht wäre nachgesehen worden, wann er nicht in Verfassung, wie schlecht und gering dieselbe auch beschaffen sein mag, gewesen wäre.“ Es ist ferner seine Meinung, daß man besonders dann sich militärisch verstärken muß, wenn man beabsichtigt eine friedliche Übereinkunft mit dem Feinde zu treffen: es bestehe große Neigung zum Frieden, schreibt er Anfang März 1640[2]), deshalb veranstalte man zugleich große Rüstungen; ähnlich später noch einmal; offenbar waren die vom Kaiser im Herbst 1640 dem Kurfürsten angetragene große Werbung und die in Baners Briefen erwähnten Bedrohungen Pommerns von Preußen her dazu bestimmt, bei den Verhandlungen in Regensburg und in Hamburg ihre Wirkung zu äußern. Si vis pacem, para bellum, diesen alten Grundsatz hatte Schwarzenberg dabei im Auge; und daß die alten brandenburgischen Räte, welche 1641 den jungen Kurfürsten berieten, diesen Grundsatz außer acht ließen, daraus sind die bösen Folgen des niemals zu rechtem Abschluß gediehenen Waffenstillstands hergeflossen.

1) Beilage IV.
2) Eigenhändige Rel. vom 22. Febr./3. März 1640.



Auch General von Wedel in seiner Denkschrift für den jungen Kurfürsten sagt [1]): von den drei Wegen, die er vorschlage, lasse sich keiner ohne eine gewisse Anzahl Kriegsvolk zu Roß und zu Fuß thun. Anstatt diesem Rate zu folgen entließ man zu früh die Truppen und wartete nicht auf den Abschluß des Waffenstillstandes in Stockholm.

Zum Schluß noch ein Wort über das unmittelbare Ergebnis der sogenannten Stockholmer Punktation vom 24. Juli 1641, welche keineswegs den Abschluß des Waffenstillstands bedeutet. In der Dissertation von Brake heißt es S. 6: „noch hatte man die Marken schützen können. Ende 1640 sind die Alt- und Neumark völlig von den Schweden besetzt, das Land zwischen Elbe und Oder ist zum größten Teil ihrer Willkür preisgegeben." S. 52 ff. schildert der Verfasser alsdann den allmählichen Einmarsch der Schweden auch in die Lande zwischen Elbe und Oder. S. 56 heißt es endlich, infolge des seit dem Regierungsanfang eingeleiteten und mit der Stockholmer Punktation vom 24. Juli 1641 abgeschlossenen Waffenstillstands: „Seit Ende Juli ist das gesammte Land zwischen Elbe und Oder wieder in den Händen der Kurfürstlichen." Ist je mit leichterer Mühe ein friedliches Übereinkommen erzielt worden und mit geringerem Erfolge? Schwarzenberg hat zwei Jahre die Marken, das Land zwischen Elbe und Oder, rein gehalten; auch Ende 1640 war er in der Lage die Schweden zurückzuweisen, denn er verfügte über eine beträchtliche Reiterei, während die schwedische in Schlesien stand, und über gut disciplinierte Fußtruppen. Da legten die Verfügungen des Kurfürsten die kriegerische Thätigkeit seiner Truppen lahm; jetzt erst besetzten die Feinde die Mittelmark, die Lande zwischen Elbe und Oder, und waren nachher so gut sie wieder zu verlassen, nachdem es zur Stockholmer Punktation gekommen war. Wäre es im Sinne Schwarzenbergs weiter gegangen, wären die Truppen verstärkt worden, so hätte man bei den Waffenstillstandsverhandlungen auch auf die Räumung der Altmark und Neumark bestehen können, derjenigen Landesteile, welche die Schweden nun mit eiserner Hand noch Jahre lang festhielten, um von dort aus die ganzen Lande auszusaugen.

Ob nach allen diesen Ausführungen Meinecke seine Äußerung über die Notwendigkeit der Nachprüfung und Einschränkung meiner Auffassung über Schwarzenberg mit Bezug auf die genannte Dissertation aufrecht erhalten kann, stelle ich anheim. Da aber auch andere Historiker, wie zum Beispiel F. Hirsch und M. Philippson, die Ansicht, freilich ohne sie zu begründen, ausgesprochen haben, mein Urteil über diesen Staats-

1) Prot. I, S. 35.

mann sei übertrieben, ja überschwänglich, so will ich meine Auffassung über Schwarzenbergs Bedeutung noch einmal zusammenfassen.

Den Kern seiner politischen Anschauungen über die damalige brandenburgische äußere Politik finde ich in jenen aus dem Juni 1639 stammenden Worten, die ich oben angeführt: „So lange E. Ch. D. bei gegenwärtiger im heiligen Reich annoch leider continuirender Unruhe in Verfassung sich befinden und Volk auf den Beinen haben werden, wird ein jedweder, Freund und Feind, auf Dieselbe reflectiren und E. Ch. D. respectiren müssen, inmaßen das Exempel mit dem Herzogen zu Lüneburg vor Augen, deme vielleicht soviel nicht wäre nachgesehen worden, wann er nicht in Verfassung, wie schlecht und gering dieselbe auch beschaffen sein mag, gewesen wäre." Was uns als etwas Selbstverständliches erscheint, war es für damalige Zeiten nicht. Es ist bekannt, daß Kurbrandenburg im dreißigjährigen Kriege ohne auch nur irgendwie ausreichende Wehr und Waffen in völlige Abhängigkeit von seinen Bundesgenossen geriet und sich in das Schicksal ergeben mußte, welches der Feind verhängte, sei es Krieg oder Frieden, so lange eine disciplinierte Feldarmee ihm nicht zur Verfügung stand. Schwarzenberg hat stets auf genügende Wehrhaftigkeit gedrungen, gegen Gustav Adolf hat er selbst ein kleines Heer für den Feldzug in Preußen zusammengebracht. Damals war es bereits zu spät. Der Kurfürst wollte auch Gustav Adolf gegenüber selbständig bleiben. Ganz abgesehen davon, ob dies der damaligen allgemeinen Kriegführung im Reiche nützlich oder schädlich gewesen ist, vom brandenburgischen Standpunkt aus kann man die schwedische Bundesgenossenschaft nur als eine Abhängigkeit ansehen, in welche der Kurfürst sich infolge seiner Hilflosigkeit versetzt sah. Er konnte Gustav Adolf nichts bieten und mußte es daher abwarten, ob dieser ihm Pommern lassen würde. Nach dem Tode des Königs wäre er auf der Seite der schwedischen Bundesgenossen geblieben, wenn Oxenstierna ihm Pommern garantiert hätte. Jetzt trat der Unterschied der politischen Auffassung Schwarzenbergs und der übrigen Geheimen Räte zu Tage. Im Gegensatz zu deren wesentlich konfessionell gefärbten politischen Anschauungen sah er in Gustav Adolf und dessen Reichskanzler lediglich die Politiker. Mit dem Beitritt zum Prager Frieden begab sich der Kurfürst in die kaiserlich-sächsische Abhängigkeit, wiederum ganz von Waffen entblößt. Dieser Zustand wurde unerträglich. Die Geheimen Räte wollten aber dabei verharren, weil sie hofften von den Schweden einen anständigen Frieden zu erzielen, wenn diese vom Kaiser und von Sachsen genug gedemütigt seien. An einen Frieden über ihren Kopf hinweg dachten sie nicht. Jetzt erst drang Schwarzenberg mit seiner Ansicht durch, daß

man dauernd gerüstet sein und bleiben müßte, bis der Friede geschlossen sei. Obwohl Pommern vom Kaiser garantiert war, wollte Schwarzenberg sich auch dabei nicht beruhigen, wie die Geheimen Räte. Die Aufstellung einer brandenburgischen Feldarmee bezweckte also eine größere allgemeine Unabhängigkeit der brandenburgischen Politik herbeizuführen; sie richtete sich also in gewissem Sinne auch gegen die völlige Abhängigkeit von der kaiserlichen Politik; sie wollte dem Kurfürsten sein politisches Selbstbestimmungsrecht wiedergeben, eine möglichst selbständige Stellung, grade wie Herzog Georg von Lüneburg und die Landgräfin von Hessen sie erreicht hatten, und erregte aus diesem Grunde die Eifersucht und das Mißtrauen der kaiserlichen Staatsmänner. Schwarzenberg wollte den Kurfürsten dagegen gewappnet machen, daß Pommern als Preis des Friedens den Schweden angeboten werde. Es ist die Schuld der früheren waffenlosen Politik, daß dies Ziel nicht mehr in vollem Umfang erreicht werden konnte, nicht Schwarzenbergs, und daß die kaiserliche Politik 1639 halb Pommern hergeben wollte. Durch die Erfolge der Kriegführung von 1640 und aus andern Gründen ging die schwedische Streitmacht, wie Baners Briefe zeigen, bedeutend zurück. Eine Fortsetzung der Kriegspolitik hätte daher wahrscheinlich den Frieden auf der Grundlage der Erwerbung von ganz Pommern herbeigeführt, wenn die Krone Schweden den ersten Schritt dazu gethan hätte, was der Große Kurfürst 1652 für möglich gehalten hat.

Der Abhängigkeit des Kurfürsten nach außen entsprach die innere. Die Landstände waren zum gleichberechtigten Faktor der damaligen Regierung geworden. Aus der Bereitwilligkeit, die Schulden des landesherrlichen Hauses zu übernehmen, ist das Geldbewilligungsrecht für sie erwachsen; ja sie wurden bald nicht bloß in Fragen der innern, sondern auch der äußern Politik angegangen. Diese kolossale Schwäche des landesherrlichen Regiments rächte sich in diesen Kriegszeiten sehr bitter. Überall verfochten die Landstände in erster Reihe ihre Interessen, in zweiter erst die des Landesherrn, diese nur nach dem Maße, wie sie ihnen erschienen, wie sie sie für berechtigt hielten. Sie waren in allen drei Erblanden sogar mächtiger als der Kurfürst geworden und zum Mitbestimmungsrecht über dessen Politik gelangt, das sie von ihrem Gesichtswinkel aus geltend machten; ja, sie griffen überall über ihre Befugnisse und Privilegien hinaus. In Preußen waren fast alle Domänen in ihrer Hand; als der Kurfürst dort seine Domänenverwaltung reformieren und aus den Domänen Ämter machen, eine Centralbehörde als Amtskammer einsetzen wollte, arbeiteten sie dagegen und ließen einen Mordanschlag auf den damit beauftragten kurfürstlichen Beamten machen;

politisch standen sie in steter Verbindung mit der Krone Polen. In Kleve-Mark war es ähnlich. Hier hatten die Stände eine Union gegen den Landesherrn mit der Spitze nach außen geschlossen, sie konspirierten mit dem Ausland, mit Holland. In der Kurmark verweigerten im richtigen Augenblick die Stände auf Grund ihres Steuerbewilligungs- und politischen Mitbestimmungsrechts die Mittel zur Aufstellung eines Heeres, obwohl dies nur zum Schutze ihres Heimatlandes dienen sollte. Nachher wurden sie dazu gezwungen, Mittel für diesen Zweck herzugeben, als der Schwede kam. Sie weigerten sich aber hinterher wieder, in den Krieg einzutreten um Pommerns willen, das sie als kurmärkische Stände nichts angehe. Die Geheimen Räte waren eigentlich nur ein Ausschuß der kurmärkischen Stände, mit einigen Ausnahmen; je nach ihrer politischen Begabung wußten sich die einzelnen über die engen Schranken ihrer heimischen Interessen hinwegzusetzen und eine mehr dynastische Politik zu vertreten. Als aber die Abmahnungsschreiben, die Avokatorialmandate gegen Schweden erlassen werden sollten, wodurch der Krieg inauguriert ward, da leisteten sie alle Widerstand. Wo sollte nun der Kurfürst Mittel und Waffen herbekommen, um für sein Erbrecht einzutreten, da sich ihm Räte und Landstände versagten. Da hieß es, entweder den Ständen folgen und mit Pommern zugleich die politische Selbständigkeit ganz verloren geben oder gegen den Willen der Stände sich in Rüstung werfen. In dieser Konfliktszeit trat, wie Bismarck dem König Wilhelm, Schwarzenberg dem Kurfürsten Georg Wilhelm zur Seite. Wir wissen, daß dieser Staatsmann seinem kurfürstlichen Herrn schon bei seinem Regierungsantritt geraten hatte, die ständischen Privilegien in der Kurmark stillschweigend bestehen zu lassen, aber nicht feierlich zu bestätigen; daß er ferner in der Zeit von 1630—1632 in Kleve-Mark mit Geschick und Festigkeit die Landstände dem landesherrlichen Regiment unterzuordnen wußte und jährliche Steuern von ihnen bewilligt erhielt.

Aus der Zeit seines dortigen Aufenthaltes sind uns von ihm außer andern zwei briefliche Äußerungen[1]) überliefert, welche so charakteristisch für seine staatsmännische Auffassung sind, daß ich sie hierhersetzen will, obwohl ich sie schon einmal veröffentlicht habe[2]). Mit Bezug auf die klevischen Stände schreibt er dem Kurfürsten: „Sie sind hart an mir gewesen und haben mich mit vielen guten Worten und Verheißungen großer Affection und Diensterweisung dahin induciren wollen, ich sollte

1) Aus den Jahren 1631 und 1632.
2) Preuß. Jahrbücher Bd. 86, Heft 1, S. 38 und 42.

ihnen doch in einem einzigen Stück willfahren und sollte nur zwei oder drei Unterbeamte absetzen, die Ausländer seien, aber in diesem Punkt sind E. Ch. D. albereit selber so weit gegangen, als man salva reputatione gehen kann. Ich sehe auch keine Noth, warum E. Ch. D. sich die Hände also sollten binden lassen. Was ist ein Fürst, der ganz keine fürstliche Freiheit hat." Die zweite Äußerung betrifft die Notwendigkeit ein eigenes Heer aufzustellen: „Mit allen, denen ich hieraus geredt hab, die sein der Meinung, weiln es nunmehr mit E. Ch. D. so weit kummen ist, so sei kein besserer Rath, als daß E. Ch. D. vor sich selber armiren, so stark sie aufkummen können. Das würde Ihr nützen bei Freunden und bei Feinden. Da sunsten bei allen aller Respect fallen würde; denn wer itziger Zeit kein Vollik hat, der wird auch wenig geacht. Wann E. Ch. D. Vollik haben, so werden Sie zu Kriegs- und zu Friedens-Handlungen gezogen und an Fremde zu contribuiren nit genötiget werden."

Nach sorgfältiger Prüfung und unbefangenem Durchdenken dieses ganzen Materiales kann ich mithin meine bisherige Ansicht über die Bedeutung Schwarzenbergs nur aufrecht erhalten: er war ein weitblickender Staatsmann und ragte dadurch unter seinen zeitgenössischen Landsleuten in brandenburgischen Landen hervor, daß er für eine starke, nach außen und innen unabhängige, rein dynastische Politik seine ganze Persönlichkeit einsetzte, eine Politik, welche man, da sie alle Erblande gleichmäßig umfaßte, als erste konsequente brandenburgisch-preußische Reichspolitik bezeichnen muß. In diesem Sinne war er ein Vorkämpfer des absoluten Beamten- und des brandenburgisch-preußischen Einheitsstaates.

Daß ich die bösen Seiten seines politischen und persönlichen Charakters, namentlich seine Bereicherungssucht, an allen Stellen, wo ich über Schwarzenberg gesprochen, gebührend hervorgehoben habe, muß jeder zugeben, der meine Arbeiten gelesen hat. Aber grade nach diesen Richtungen hin sind mir allerlei Zweifel aufgestiegen; und ich möchte hiemit erklären, daß ich darüber mein letztes Wort noch nicht gesprochen habe; daß es ungünstiger für Schwarzenberg ausfallen würde, falls mir weitere Forschungen auf diesem Gebiet anzustellen überhaupt möglich sein sollte, glaube ich nicht.

— - —

Beilagen.

I.

Relation Schwarzenbergs an den Kurfürsten. Cölln a./S. 10./20. Februar 1639. Präsentiert zu Königsberg 27. Febr./9. März.

Ausfertigung.

Neuordnung der militärischen Verhältnisse. Nachrichten von der Haupt-Armee.

In meiner hiebevorigen Relation unterm Dato des . . .[1]) passato hab E. Ch. D. ich mit mehrerm gehorsambst vorgetragen, welcher gestalt ich nach beschehener Reduction der vielen Regimenter und Stäbe die Anstalt gemachet, daß die überige weinige in Dienst behaltene Regimenter und Compagnien und zwar die zu Pferde auf 100 Einspänniger und die zu Fuß auf 150 gemeine Knechte, ohn das erste Blatt, zwei Monat lang tractiret und verpfleget werden, und dahinkegen die Officirer schuldig und gehalten sein solten binnen solcher Zeit entweder die ermanglende Reuter und Knechte an die Hand zu schaffen oder das deshalb vom Lande eingehobene Geld zu restituiren.

Ich hab auch nicht allein E. Ch. D. selbst, besondern auch der Röm. Kais. Mat. Großhofmeistern und Geheimen Raths Directorn, dem Herrn Grafen von und zu Trautmanstorff, eine richtige Liste aller E. Ch. D. in Dienst und Bestallung continuirender Trouppen und wie dieselbe recreutiret werden sollen, nachrichtlich überschickt und dahin mit allem möglichen Fleiß gearbeitet, wie dieses zu E. Ch. D. und des gemeinen Wesens Bestem wohlgemeintes Werk zu behörigem Effect und Perfection möchte gebracht werden.

Allein unangesehen daß die 27 Stäbe, die E. Ch. D. in zurückgelegtem Jahre in Dienst gehabt und deren entretement aus diesen Landen erfolgen müssen, nunmehr, da auch der Oberster Wrangell leichtfertiger und meineidiger Weise übergetreten, in sieben zusammengezogen, und die Stände also merklich und empfindlich erleichtert worden, muß ich anstatt verhoffeter dankbarer Erkanntnüß nichts als tägliches Lamentiren, Queruliren und Klagen, wobei allenthalben die Unmüglichkeit vornemblich vorgeschützet und angezogen wird, vernehmen.

Dannenhero ich dann endlich durch solch unaufhörliches Anflehen und Lamentiren bin genöthiget worden an E. Ch. D. dieses unterthänigst gelangen zu lassen und bei Derselben mich eigentlichen Befehlichs zu erholen, ob E. Ch. D. gemeinet die noch übrige, in Dienst continuirende sieben Regimenter in noch eine geringere Anzahl contrahiren oder dieselbe eines Theils und zwar die Reuterei, als des Obristen Georg Ehrentreich von Burgstorffs 8 und des Obristenlieutenant Goldtackers 5 Compagnien (dann diese 13 Compagnien zu Pferde haben E. Ch. D. von aller Ihrer Cavallerie, nach des Wrangels Überfall, dieser Ends nur noch in Dienst) entweder gar abdanken oder selbige der Röm. Kais. Mat. übergeben zu lassen.

---

1) Es ist wohl die Relation vom 17./27. Dez. 1638 gemeint.

Beides hat seine sonderbare Difficultäten. An einer Seiten militiret des Landes kundbare Armuth und miseria, anderntheils aber ist zu considериren, wie schwer es daher gangen, ehe E. Ch. D. am kaiserlichen Hofe zu dieser Werbung verstattet worden, und, daß, dafern E. Ch. D. einmal aus derselben gebracht sein werden, Dieselbe dazu wohl nimmer hinwieder gelangen dörften. So wird auch durch Licentirung des Volks den Ständen nicht allein gar keine Erleichterung oder Soulagement, besondern anstatt desselben nur noch mehrere und größere, ja drei und mehrfache Beschwerde zuwachsen. Dann sobald E. Ch. D. das Volk werden abgedanket oder einem Andern überlassen haben, sofort wird ohnzweifelich entweder der Feind sich des Landes bis auf die Festungen vollends bemächtigen, oder aber allerhöchstgedachte Ihro Kais. Mat. oder auch wohl die Ch. D. zu Sachsen werden anstatt zweier oder dreier Regimenter, die E. Ch. D. licentiret, 6, 7 und mehr sub specie einer Defension und Versicherung mit der Stände drei dobbelten Beschwer ins Land schicken, wodurch zugleich E. Ch. D. Authorität und Respect, den Sie bis hierzu durch Beibehaltung dieser weinigen Regimenter bei Ihrer Kais. Mat. und andern Ständen des Reichs und zumal bei solchen Ihren eigenen Völkern noch gehabt, zugleich mit fallen und daniederliegen, und alsolche frembde Völker, die etwa ins Land möchten geschicket werden, dergestalt nicht auf E. Ch. D., wie Dero eigene noch thun müssen, besondern allein und vornemblich auf ihren Herrn reflectiren würden.

Wann mans auch gleich davor halten wolte, daß man zwar das Fueßvolk beibehalten, der Reuterei aber bis etwan auf eine Compagnie sich entlasten könte, so ist doch hinkegen vernünftig zu expendiren, daß ohn Reuterei E. Ch. D. nicht vermöglich sein werde das allergeringste gegen den Feind auszurichten oder demselben einige Resistenz zu thun. Vielmehr ist nichts gewissers, als daß mit Abdankung der weinigen Reuterei E. Ch. D. auch zugleich nicht allein diejenige Quartiere, daraus dieselbe bis hierzu auch unterhalten worden, besondern auch diejenige, welche denen in den Festungen und andern wohlverwahrten Placen liegenden Guarnisonen die Unterhaltungs- und Lebensmittel subministriret, gänzlich abandonniren und dem Feinde zu seinem merklichen aventagio und Verstärkung in Handen geben, Sich und Dero Festungen aber, welche durch dies Mittel vom Feinde umb so viel leichter würden blocquiret und zur Übergabe genötiget werden können, ein unwiederbringliches Unheil zuziehen würden. Dann sobald E. Ch. D. des Wrangels mit seinem Regiment quit worden, sobald ist zugleich die ganze Altmark in des Feindes Gewalt gerathen. Also sobald E. Ch. D. die noch überige 13 Compagnien Reuter abdanken und licentiren werden, zur Stund werden Sie auch die Prignitz, Grafschaft Ruppin und andere districtus mehr, welche durch dieselbe bis hierzu, andern Guarnisonen zum besten, annoch bedecket worden, zugleich mit verlieren und entweder dem Feinde oder andern zu freier Disposition übergeben.

Damit ich aber hierunter E. Ch. D. eigentlichen Willen vernehmen, solchen den querulirenden Ständen eröffnen und dadurch alle sonst auf mich ankommende invidiam und Verhassung umb so viel mehr von

mir ablehnen möge, so hab ich dieses also ausführlich E. Ch. D. unterthänigst vorzustellen eine besondere Notdurft zu sein ermessen, Dieselbe benebenst gehorsambst bittende, es wolten E. Ch. D. mir Dero gnädigste Willensmeinung hierüber mit dem forderlichsten zukommen lassen.

Diesem nächst und ferner hat des Obersten Wrangels unvermutetes leichtfertiges procedere bei mir und anderen E. Ch. D. alhier hinterlassenen Räthen nicht unbillig eine besondere Sorgfalt des Obersten Butlers und Obristenlieutenant Landtspergs halber causiret. Denn erstgemelter Butler ist nicht allein hiebevor, gleichwie der Wrangell, auf des Feindes partie gewesen, besondern er und Wrangell seind auch an zwei Schwestern verheirathet und haben fast auf gleiche Zeit in E. Ch. D. Dienste und Bestallung sich eingelassen; denn sobald Butler sich bei E. Ch. D. bestellen ließ, promittirte er sofort dobei es dahin zu befodern, daß auch sein Schwager, der Oberster Wrangell, auf diese Seite übertreten solte, so auch dergestalt bald darauf also erfolgte. Welches alles dann also beschaffen, daß es billig ein Nachdenken und Argwohn erwecken muß und also nicht außer Consideration zu lassen sein will. Wannenhero ich dann zu E. Ch. D. fernern gnädigsten Nachdenken gestellet sein lasse, was Sie dieses Obersten halber zu resolviren vor gut finden werden, gestalt ich darüber Dero gnädigsten Befehlichs mit dem forderlichsten gewärtig sein will.

Den Obristen-Lieutenant Landtspergen hiernächst betreffend, da kann ich zwar eigentlich nicht wissen, ob derselbe dabevor auch in schwedischen Diensten gewesen oder nicht. Allein ich finde doch nicht, daß er mit der Reuterei drunten[1]) E. Ch. D. große Dienste solte leisten können; vielmehr aber dörfte derselbe dieser Ends kegen bevorstehenden Sommer nützlicher emploiret werden; und solte dahero wohl am besten sein ihn mit seinen Compagnien kegen solche Zeit anhero zu erfordern und die Stadt Lünen mit Volk von den Buttlerischen Regiment, oder wem dasselbe E. Ch. D. gnädigstem Gutfinden nach sonst möchte gegeben werden, praesidiren zu lassen. Darüber ich jedoch E. Ch. D. gnädigsten und eigentlichen Willen erwarten und demselben alsdann mit aller Punctualität gehorsambst nachkommen werde.

Im Übrigen continuiret des Feinds marche mit der völligen armata noch durch das Stift Halberstadt auf Erfurdt, wie er dann albereits Helmstadt und Halberstadt passiret haben solle. Die kaiserlichen und chursächsischen Regimenter, so in Schlesien und Lausitz überwintern sollen, werden zusammen- und über die Elbe in Meißen und Thüringen gezogen, umb dem Feinde zu resistiren, dahin auch der General-Zeugmeister Saliß aus dem Halberstädtischen mit bei sich habenden 7 kaiserlichen Regimentern sich retteriret. Wie gleich dato der Commenthur Goldtacker anhero referiret, so soll der Feind die Stadt Garleben mit 2 Compagnien zu Pferde und 1 Compagnie Dragons besetzet hinterlassen haben. Ich bin gleich bemühet dahin zu trachten, wie der Ort mit dem Beistand Gottes von der inhabenden feindlichen Guarnison möge gereiniget und die Altenmark hinwieder zu E. Ch. D. Devotion reduciret und

1) In Cleve-Mark.

gebracht werden möge, wovon Derselben ich mit nächstem mehrere Nachricht unterthänigst überschreiben werde.

Von dem debouchirten Wrangelischen Regiment haben sich albereits drei Rittmeister mit etlichen Reutern auf dieser Seiten hinwieder eingestellet, denen ich interimsweise die Stadt Nauwen zum Sammelplatz hab anweisen lassen, und hoffe, es sollen deren sich nach und nach mehr finden.

II.

Ansprache des Statthalters an die Obristen Konrad und Ehrentreich v. Burgsdorf, Volkmann, Dieterich Kracht, v. Rochow und den Obristlieutenant Hartman Goldtacker. Cölln a./S. 22. Februar/1. März 1639.

Abschrift.

Mahnung zur Disciplin. Unterhalt der Soldaten. Verwendung der Truppen gegen den Feind.

Die Churfürstliche Durchlaucht zu Brandenburg, unser gnädigster Herr, setzen außer Zweifel, es werden Dero anwesende Obristen und Officierer sich gehorsambst erinnern, welchergestalt S. Ch. D. vergangener Zeit die Officierer von unterschiedlichen Regimentern und Esquadronen zur Erleichterung des Landes Beschwerden und zu desto besserer Verpflegung der im Dienst behaltenen Soldatesque gnädigst erlassen und dimittiret und den übrigen ihre Assignationes, soviel immer geschehen können, nicht allein behörig ertheilet, sondern auch, wann von denselben wider der Stände Seumnus und Differirung des Unterhalts geklaget worden, S. Ch. D. es an gnädigster Verordenung niemaln erwinden, vielmehr aber ihnen auf ihre unterthänigstes Anhalten alle mügliche Handbietung gnädigst widerfahren lassen, gestalt Sie dann nur vor weinig Tagen etliche Dero nächst angesessene Stände anhero verschrieben und an dieselbe bringen lassen, auf zureichende Mittel und Wege zu gedenken, wie die Regimenter noch eine Zeit lang und bis sie aus diese Lande nützlich geführet werden könten, der Notdurft nach erhalten und mit ihren verordneten Löhnungen versehen werden möchten. Wie nun S. Ch. D. hierdurch Dero gnädigste Sorgfalt vor der Soldatesque Conservation und Erhaltung gnugsamb contestiret, also hätten Sie auch widerumb wohl gnädigst gehoffet, es würden die Officierer solches, als meheren Theils Ihrer Ch. D. in diese Lande gezogene und geborne Unterthanen oder doch Derselben mit schweren Eiden und Pflichten verobligirte Officierer ihre meiste und vornembste Gedanken haben sein lassen, wie dasjenige, so ihnen assigniret und angewiesen worden, mit guten Glimpf und ohne sonderbare Bedrückung der armen Unterthanen hätte mügen collectiret und zusammengebracht werden, sondern ihrer Schuldigkeit nach mit allem Fleiß dahin getrachtet haben, daß die geplagete Einwohner vor die so willige Beitragung ihres ganzen Vermügens auch hätten geschützet, bei Haus und Hof, Nahrung, Handel und Wandel und sonderlich ihren Ackerbau, als das beste Mittel zu

fernerer der Soldaten nötiger Unterhaltung mainteniret und nach Inhalt Ihrer Ch. D. deshalb im Druck gelassenen Ordre[1]) vor aller Vergewaltigung verteidigt werden mügen. Daß aber solches von Theils derselben alle Mal nicht in Acht genommen worden oder noch geschiehet, das bezeugen die Klagten, so über die vielfältige Pressuren, Plündern, Mord und Rauben täglich einkommen, mehr dann zu viel, und erfahrens diejenige, so in ihren Häusern nicht sicher sein noch das Geringste darin behalten können, mit unersetzlichen Schaden. Und obwohl den Officierern, als denen S. Ch. D. aus Confidenz ihrer zu der Gerechtigkeit tragender schuldiger Liebe und Eifers die Jurisdiction und Bestrafung solcher unchristlicher Delinquenten gnädigst bishero gelassen, in alle Wege hätte gebühren und obliegen wollen Ihres Regiments sich zu gebrauchen und solche Ihnen geklagte Insolentien und Frevelthaten abzuschaffen und die Verbrecher, anderen zum Abscheu und Exempel, gebührend zu bestrafen, wie ihnen dann dasjenige, so bei S. Ch. D. geklaget und gebeten, zu dem Ende alle Mal zugeschickt und gebührende Animadversion darüber ergehen zu lassen, ganz ernstlich anbefohlen worden, so hat doch die Erfahrung zum öftern gegeben, daß dergleichen Verordnungen weinig verfangen noch den Leuten, ob sie ihnen schon die Thäter gleichsamb mit Fingern gezeiget, wieder zu dem Ihrigen verholfen, hingegen aber zu vielen Malen die klagende Leute anstatt der schuldigen Verhelfung mit Prügeln und harten Schlägen abgewiesen worden, gestalt dann auch über solche Insolentien und andere täglich mehr vorgehende Exorbitantien die anwesende Stände sehr harte und schwere Klagen führen, und daß dannenhero die Continuation des Unterhalts alleinig gehindert und ins künftige unmöglich gemacht werde, ganz beweglich anziehen.

Allermaßen nun S. Ch. D. Dero getreue Stände, als denen Sie zum Schutz von Gott verordenet, hülflos in solcher Bedrückung nicht weiter stecken lassen können, also wollen Sie Dero Obristen und Officierern hiermit nochmaln ganz ernstlich anermahnet und befehliget haben bei der ihnen anvertraueten Soldatesque bessere Ordre und Disciplin, wie bishero geschehen, zu halten, denselbten einigen mutwilligen Frevel zu begehen nicht verstatten, den notwendigen Ackerbau durch die bishero gleichsamb ohne Scheu vorgegangene Abnahme des Zugviehes in keine Wege zu hindern, sondern vielmehr zu beforderen, daß alle reisende Leute, so zur Fortsetzung ihrer Nahrung, Handels und Wandels aufm Lande zu verrichten haben, keineswegs zu beschädigen oder im widrigen Fall die beleidigte zur befridlichen Satisfaction zu verhelfen und die Verbrechere mit allem Ernst zu bestrafen; insonderheit aber die Einwohner durch all zu schwerer und übermäßiger Execution, als wodurch sie bishero fast eben so hart als durch die Contribution selbst beschweret worden, nicht zu belästigen noch den Unschuldigen vor den Schuldigen und einen oder mehr vor eine ganze Gemeine anzufassen, sondern hierunter sich dem Inhalt mehrgemelter Churfürstlicher Ordonnance allerdings gemäß zu bezeigen.

---

1) Vom 1. Jan. 1638. Bei Mylius, Corp. const. III, S. 21 ff.

Im Fall aber diesem J. Ch. D. gnädigsten Befehl nicht mit schuldigstem Gehorsamb und Observantz, wie Sie Sich doch zu den Officierern, als denen der Unterthanen Armut und großes Elend gnugsamb bekannt, gnädigst versehen wollen, nachgelebet und den Ständen zu ferneres Klagen Anlaß und Ursach gegeben werden solte, so können S. Ch. D. nicht umbhin, Sich an die Officierer zu halten und die Refusion der Schäden von ihnen selbst zu forderen.

Hiernägst erinnern S. Ch. D. Sich gnädigst, daß von etlichen Officierern, wie die ihnen ausgereichte Assignationes, und daß dieselbe theils an ruinirte und ausgeplünderte, theils weit und in des Feindes Gewalt gelegene Städte und Örter gegeben worden, unterschiedliche Klagen geführet und dabei angezeiget worden, daß, weil die Soldaten aus dergleichen Orten ihren Unterhalt nicht vor voll oder doch sehr langsamb bekommen könten, ihnen den Officierern auch unmüglich fiele dieselbe länger in Geduld und den Mauren zu halten.

Gleichwie aber S. Ch. D. nichts liebers wünschen wolten, als daß das Land in bessern Zustand sich befinden und dadurch dieser Beschwernus abgeholfen und den Officierern bei so vorgegangener allgemeiner Ruin bessere und gewissere Assignationes hätten können ertheilet werden, also ist Derselben nachrichtlich bekannt, daß dennoch auf die angewiesene Gelder zimbliche große Posten abgegeben und dannenhero die Officierer, welche nur ihre eigene Bezahlung der Soldaten Unterhaltung vorziehen und das Meiste und Bareste wegnehmen wollen, Mittel gnug gehabt hätten den Soldaten den größern Theil dessen, so ihnen gebühret, zu geben; nichtsdestoweiniger haben S. Ch. D. die vernommenen Klagten den anwesenden Ständen vorbringen und, wie nötig die Verpflegung der Soldatesque, als auf welche des Landes Conservation zum größeren Theil beruhe, mit mehrerem remonstriren und zu derselben Beforderung sie gnädigst erinnern lassen.

Demnach aber den Officierern des Landes Vermögen und Gelegenheit so wohl als jemanden bekannt, so begehren S. Ch. D., sie wolten selbst aufs fleißigste erwägen und bedenken auf Weise, das Volk ohne größere Beschwerden und Last des Landes besser und richtiger unterhalten und bezahlet werden könne, und S. Ch. D. das, so sie hierzu dienlich ermessen werden, schriftlich communiciren, welche es nicht allein gnädigst gerne erwägen und bedenken, sondern auch, im Fall es nur immer practicable und zureichend erachtet werden kann, befordern und anordnen wollen. Unterdeß aber wolten die Officierer dahin mit mehrerm Eifer sehen, wie dasjenige, so nach und nach zusammengebracht wird, auch den Soldaten alle 10 Tage völlig und ohne einigen Abbruch verreichet und dieselbe nicht ohne Not und durch der Officierer Privatnutzen ruiniret werden mögen.

Und weil nach diesem die Erfahrung weisen wird, daß es unmüglich sei in diesen noch weinig übrigen Kreisen, als welche diese Zeit über durch die schwere Contributiones und Exactiones den anderen desolirten fast gleich worden, die Regimenter länger zu behalten und daraus zu verpflegen, der Frühling auch nunmehr vor der Thür, und mit denselben vielleicht etwas Nützliches und sonderlich bei dieser Zeit, da der Feind

mit der größesten Macht jenseit der Elbe gangen, verrichtet werden könte, als begehren S. Ch. D. gleichergestalt, die Obristen wolten erwägen und bedenken, was J. Ch. D. und dem Lande mit dem Volke aufs forderlichste anzufangen und vorzunehmen am nütz- und zuträglichsten sein möge. Wobei dann S. Ch. D. denenselben zu ihrer Nachricht unvermeldet nicht lassen wollen, daß Sie auf drei Wege Ihre bisheriges meistes Absehen gehabt, als mit dem meisten und besten Volk in Hinterpommern zu gehen und zu sehen, ob in Stargard und Piritz Posto zu fassen, die Einwohner in Contribution zu setzen und dadurch nicht allein dem Feinde seine vom Lande bishero gehabte Lebensmittel zu entziehen, die darinnen angestellete Werbungen zu hindern, sondern vornemblich diesen Landen Respiration und Sicherheit zur Bestellung ihrer Saat zu beforderen und zu Wege zu bringen.

Vors andere mit Theils des besten Volks nach der Altenmark zu gehen und die Recuperation der Stadt Gardelegen, als woran gleichwohl die ganze Altmark haftet, zu versuchen.

Oder vors dritte das meiste Volk nach der Elbe zu führen und den Feind aus seinen daselbst noch inhabenden Orten zu treiben und dieselbe entweder ganz zu ruiniren oder ihren Eigenthumbs-Herren besser zu besetzen wieder einzuräumen.

Wodurch nicht allein die Elbe zu dieser Lande merklichen Nutzen befreiet, sondern auch der Feind des Orts nicht so leicht wieder zu passiren würde gehindert oder aufgehalten werden.

Welcher aber unter diesen dreien Wegen am sichersten und nützlichsten zuerst und auf was Art und Weise vorzunehmen oder was außer diesen vorgeschlagenen Wegen anzufangen sei, darüber wollen S. Ch. D. der Obristen und Officierer Gutachten und wohlmeinende unterthänigste Gedanken erwarten und nach denselben sich weiter gnädigst resolviren und ihnen unterdeß mit Churfürstlicher Affection zugethan verbleiben.

III.

Erwiderung der genannten Offiziere. Berlin, 23. Febr. (2. März) 1639.

Abschrift.

Sie haben vernommen, was der Kurfürst ihnen durch den Geheimen und Kriegsrath J. F. v. Blumenthal vortragen lassen.

Gleichwie nun sämbtliche Obristen und Oberster Lieutenant an ihrem Theile nichts liebers wünschen und sehen möchten, dann daß S. Ch. D. Landen also beschaffen, daß nicht allein die noch auf den Beinen feinde Soldatesca ferner beibehalten, sondern auch selbige multipliciret und in größerer Anzahl dazu geworben werden könte, auf daß dadurch S. Ch. D. Ihro vom Gegentheil zur Ungebühr bisher vorenthaltene pommerische Lande hinwider recuperiren und zu ihren natürlichen Herren hätten kommen mögen, dazu dann anwesende sämbtliche Obristen und Obrister-Lieutenant, so ofte es erfordert wird, ihr Leib und Leben zu

wagen und in S. Ch. D. Diensten willigst aufzusetzen sich hierdurch anerbieten thuen, also nehmen sie auch hiermit zu unterthänigstem Danke an, daß S. Ch. D. bishero vor die noch überbliebene und in Dienst behaltene Regimenter und Esquadronen so fleißige Vorsorge tragen wollen, damit sie, als billig und höchst nötig, aus den angewiesenen Kreisen hätten verpfleget werden mögen.

Dahingegen aber kömbt ihnen ganz schmerzlich vor, daß von ihnen erwähnet, sambt Theils derselben S. Ch. D. gedruckten Verpflegungs-Ordonnance in Einforderung desjenigen, so ihnen assigniret, nicht in Acht genommen worden sein, sondern sie gleichsamb ungestraft zugelassen haben solten, daß der Landmann von Haus und Hof, Nahrung, Handel und Wandel hätte behindert werden müssen, wie solches die über sothane vielfältige Pressuren, Plündern, Morden und Rauben täglich eingekommene Klagten mehr dann zuviel bezeugten, und es diejenige, so in ihren Häusern nicht sicher sein noch das Geringste behalten können, mit unersetzlichem Schaden erfahren hätten.

Aldieweil aber keinen unter anwesenden Officierern bewußt, daß er dergleichen Pressuren und Übelthaten mit seinem Willen verhänget und auf eingekommene Klagten nicht gebührlich gestrafet haben solte, so bitten sie hiermit unterthänigst, daß S. Ch. D. gnädigst belieben möchten den- oder diejenigen namkundig zu machen, der anstatt schuldiger Verhelfung die klagende Leute mit Prügeln und harten Schlägen abgewiesen, damit der- oder diejenigen nochmals, im Fall es nicht geschehen sein solte, gebührlich justiciam administriren oder aber im widrigen seine Unschuld zu deduciren möge bedacht sein können. Inmittelst werden sie hierdurch sämbtlich erbötig, soviel nur von ihnen geklaget werden möchte, Alles dasselbe würklich zu remediren. Nur wollen S. Ch. D. gnädigst Gefallen tragen bei Dero Kriegskanzlei die Verordnung zu machen, wann und so ofte Klagten aldort einkämen, daß man mit denselben die Leute vorhero an anwesende Officierer verweisen oder aber, ob sie solches bereits bei ihnen gesucht, befragen möchten. Wann nun einer unter ihnen gefunden werden solte, der solche Insolentien gebührlich nicht remediret, alsdann erachten sie nicht unbillig zu sein, daß S. Ch. D. darüber eifern und die verschriebene Justiz hinwieder zu sich nehmen.

Was aber die Execution betrifft, haben anwesende Officierer vielmehr zu klagen, wann sie nach erlangeter Anweisung den Unterhalt vor die Soldatesca gleich anfänglich in Güte fordern, daß doch bei den meisten Leuten also die Obstination überhand genommen, daß sie in keinem Wege mit der Güte zu gewinnen, sondern öffentlich sich verlauten lassen, wann nicht mehr als 2, 3 oder 4 Soldaten, möchten sie nach der Ordre zehren, wie sie wolten. Wäre derohalben den anwesenden Offizierern am allerliebsten, wann ohne Execution zugetragen würde, und bitten demnach, daß S. Ch. D. Kreise und Stände, und sonderlich die noch zu geben vermögen, mit allem Ernst zu williger Zutragung ohne Execution gnädigst anmahnen lassen wolten, damit der Unterhalt besser als leider itzo geschiehet erfolgen möge. Dann obgleich S. Ch. D. in der Proposition gnädigst erwähnen lassen, sambt Derselben nachrichtlich bekannt, daß dennoch auf die angewiesene Gelder zimbliche große Posten

abgegeben worden und dannenhero die Officierer, wann sie nur ihre eigene Bezahlung der Soldaten Unterhaltung nicht vorziehen und das Meiste und Barste wegnehmen wollen, Mittel gehabt hätten, den Soldaten den größeren Theil dessen, so ihnen gebühret, zu geben, so vermeinen doch anwesende Officierer, daß bis dato von Zeit würklicher Begreifung der Quartiere weinig große Posten auskommen, sondern wäre vielmehr dasjenige, so bei den Kreisen und Städten angewiesen, nach allen möglichen angewandten Fleiß, ob man gleich die Güte und zugelassene Execution versucht, nicht zum 3. oder 4. Teil erfolget, wie dessals S. Ch. D. hinter den eigentlichen Grund kommen könten, wann sie zu Untersuchung dieses Werkes jemanden verordnen wolten.

Und ebensolches verursachet die Insolentien, indem ohne das das Tractament geringe und der große Unterschied zwischen itziger Zeit und derselben, zu welche S. Ch. D. Verpflegungs-Ordonnance publiciret; zudeme ist keine Polizei in einiger Stadt, sondern es wird Reuter und Soldat also und dermaßen übersetzet, wenn sie gleich auch das Ihrige richtig bekämen, daß sie bei so gestalten Sachen nicht davon leben, zu geschweigen sich einer ein Paar Stiefel, Pulver, Blei oder Schuch davon dringen[1]) könnten. Derowegen wann den ungeachtet dennoch gleichwohl bei S. Ch. D. anwesende Officierer in den Verdacht sein solten, daß sie ihren Privatnutzen vor die Churfürstlichen Dienste zögen und dadurch den Soldaten das Ihrige entzögen, so können sie wohl geschehen lassen insgemein oder bei einem jeden Regiment einen zu ordnen, der die Gelder aus den Kreisen erhebe und gleichmäßig auf die Regimenter und Esquadronen austheile.

Und wiewohl S. Ch. D. Begehren nach anwesende Officierer gerne andere Mittel vorschlagen wolten, auf was Weise das Volk ohne größere Beschwerden und Last des Landes hinfüro besser und richtiger unterhalten und bezahlet werden möchte, so bekennen sie doch hiermit öffentlich, inmaßen auch S. Ch. D. in der Proposition selbst die Unmüglichkeit wegen des Unterhalts aufführen, daß sie solche zu erdenken bei so gestalten Sachen in ihren Witze nicht vermögen, sondern müssens billig S. Ch. D. und Dero hochvernünftigen Herren Kriegsräthen, als denen der Zustand dieses Landes aus täglicher Erfahrung am besten bekannt, anheimgeben, von Herzen dabei wünschend, daß man dessals sich nicht zu bekümmern haben möchte.

Im übrigen da S. Ch. D. vermeinen, weil der Frühling nunmehr vor der Thür, daß mit denen auf den Beinen noch habenden Völkern, sonderlich bei dieser Zeit, da der Feind mit der größesten Macht jenseit der Elbe gangen, vielleicht etwas Nützliches verrichtet werden könnte, und deshalb sämbtlicher anwesender Obristen und Obristlieutnant Bedenken, was mit dem Volk aufs förderlichste anzufangen und vorzunehmen, am nutz- und zuträglichsten sein möchte, begehret, dabei auch drei Wege [vorschlagen] (folgen diese), würde anwesenden Officierern nichts Erfreulichers sein, dann daß von S. Ch. D. sie einige Occasion anzutreten nur commandiret und employiret werden möchten, inmaßen sie sich hierdurch

1) Unklar.

erbieten ihre Schuldigkeit durch Gottes Gnade also zu erweisen, daß daran an ihnen das geringste manquement nicht zu verspüren sein solle.

Dennoch aber weil S. Ch. D. ihre Gutachten über diese drei Wege, welcher am sichersten, gnädigst begehren, so müssen sie, jedoch ohnmaßgeblich, davor halten, daß der erste vorgeschlagene Weg unter diesen allen der beste. Dabei aber ist gleichwohl zu consideriren (welches E. Ch. D. Herren Kriegsräthen anheimbgegeben wird), dasjenige Volk, so noch in Diensten, nemblich daß von der Cavallerie über 1100, so beritten, noch[1]) zu gebrauchen und an Fußvolk in allen ohngefähr 3400 Mann. Wann nun von solchen 2500 gute versuchte Soldaten genommen werden, ist leicht die Anzahl des Überrestes, wie selbiger beschaffen, zu machen, indem bei jüngsten Feldzuge nicht weinig alte Knechte Hungers gestorben, entlaufen und vom Feinde gefangen worden. Zudem so ist solch Volk übel bekleidet, wegen Außenbleibung ihres Unterhalts fast ganz von Kräften kommen, beginnet heftig zu kranken, und möchte nach so ausgestandener großen Dürftigkeit, indem mancher zu unmenschlichen Lebensmitteln hat greifen müssen, bei antretenden Frühling erst recht unter dasselbe anfangen; und ist über dem ziemblich übel bewehret, indeme die Mousquetten fast alle schadhaft sein. Über dem allen würde auch, wann die Völker aus dem Lande gehen solten, müssen eine Willigkeit in Reichung etlicher Löhnungen gemachet werden, zu geschweigen, daß die Officierer, welche ganz und gar von Pferden und Wagen abkommen, sich zu montieren ihren Nachstand vor voll würden haben wollen. Ob nun zu dem allen Mittel, dasselbe ist anwesenden Officierern unwissend.

Und den Fall gesetzt daß obgedachte Mängel alle remediret wären, Stargardt und Pyritz wegzunehmen, wiewohl sonderlich der letzte Ort Pyritz von schlechter Importanz, mit der Cavallerie und ein 1000 Mousquetiers, so notwendig in Stargardt und 500 in Pyritz dabei sein müssen, darin zu liegen und das Land in Contribution zu setzen, so ist doch nichts anders zu befahren, wann das Land und die beiden Städte in Contribution gesetzet werden solten, dann daß alle Einwohner des Landes sich in die feste Städte begeben und ihre Häuser leerstehen lassen würden. Nun ist noch zur Zeit kein Gras im Felde, die beiden Städte möchten es auch in die Länge nicht mehr aushalten können. Derowegen so würde man sich viel ehender ruiniren als recreutiren und refrechiren, sonderlich da der Feind in Pommern in den festen Städten, als zu beklagen, noch Meister und vermutlich nach äußersten Vermögen zu verhindern sich angelegen sein lassen wird, solcher Guarnison den Unterhalt zu schmälern. Das allermeiste, so zu consideriren, ist dieses, daß Banner von diesen Örtern noch so gar weit nicht, daß er nicht solte eine Brücke über die Elbe machen und soviel von seiner Armee herüber lassen können, so diesem Volk gewachsen.

Dann so haben S. Ch. D. zu betrachten, in was Pericul und Gefahr Dero Festungen und Residenzien sein werden, sonderlich wann etwa solch Volk in Pommern, das doch Gott verhüten wolle, ohne hazard

1) Es hat erst versehentlich „nicht" dagestanden.

dieser Örter nicht solte wieder kommen können oder aber man etwa an denselben gar Schiffbruch leiden müßte.

Gleichwohl ist es unmüglich, daß Reuter und Fußvolk solchergestalt zugleich in diesen Landen solten verbleiben können, im Fall nicht eins das ander ruiniren solte.

Stellen derowegen S. Ch. D. anwesende Officierer, jedoch ohnmaßgeblich, anheimb, ob Sie die Cavallerie nicht etwa auf eine Zeit S. Ch. D. zu Sachsen bei itzigen ihrem Notstande, jedoch certis condicionibus, daß Churf. D. zu Sachsen nicht allein diese auf Erfordern wieder zurück zu lassen, besondern auch aufm Notfall von den Ihrigen hinwieder etliche zu Hülfe zu schicken, sich versprechen, überlassen wollen. Alsdann hätten S. Ch. D. gnädigst sich zu resolviren, wieviel Fußvolk sie in allen vermeineten zu halten oder noch dazu zu werben, wieviel Obristen und wo der Unterhalt richtig herzunehmen, item daß die itzigen möchten bekleidet und ihnen anstatt böses gut Gewehr gegeben werden.

Es könten auch alsdann, wann sich solch Volk in etwas wiederumb respiriret, ein zimbliches davon der Röm. Kais. Mat. zugeschickt oder do Banner sich interim weiter ins Reich begebe, von Ihr. Mat. und Churf. D. zu Sachsen etliche Völker begehret werden, mit welchen allen alsdann S. Ch. D. ihre Heil in den pommerischen Landen, umb dasselbe vom Feinde zu reinigen, versuchen, in guter Hoffnung, daß die Allmacht Gottes Dero rechtmäßige abgenötigte Wehr und Waffen wider das unbillige Gegentheil glücklich also benedeien würde, daß daselbst vielleicht etwas fruchtbarliches auszurichten sein möchte. Dazu sich anwesende Officierer ihrer Schuldigkeit nach williger dann willig gebrauchen lassen wollen.

IV.

Relation Schwarzenbergs an den Kurfürsten. Cölln a./S. 4./14. Juni 1639.

Ausfertigung.

Verstärkung der Truppen, deren notwendige Beibehaltung erörtert wird.

Sendet eine Correspondenz mit Konrad v. Burgsdorf. — Und werden Dieselbe (der Kurfürst) daraus mit mehrerm gnädigst vernehmen, wie weit nunmehr der Feind nach jüngsten in Bernau vorüber gangenem unglücklichen rencontre, davon ich E. Ch. D. unterm Dato des 30. passato unterthänigste ausführliche Relation gethan, sich zu extendiren und dadurch E. Ch. D. noch auf den Beinen habenden Trouppen die Quartiere und daraus bis hierzu erhobene Verpflegung abzustricken und dieselbe in mehrere Enge zu bringen sich unterstehet.

Ich werde zwar an äußeristér Sorgfalt und Anwendung alles dessen, wie dem Feinde nach Möglichkeit möge resistiret und desselben höchst nachtheiliger weiterer Ein- und Vorbruch verhindert werden, noch ferner nichts ermangeln lassen. Allermaßen ich dann umb Verstärkung alhiesiger Trouppen und Asistenz an die Röm. Kais. Mat., meinen aller-

gnädigsten Herren, wie auch den Herrn Grafen von Trautmanstorff und Generallieutenant Grafen Gallas anderweit alleruntertthänigst und fleißig geschrieben, allein, weil darauf bei gegenwärtigen Conjuncturen, do der Feind mit seiner vornembsten Macht in den kaiserlichen Erblanden residiret, keine gewisse und zuverlässige Rechnung zu machen, die kaiserlichen Völker auch, wann deren gleich einige anhero geschicket werden solten, wie E. Ch. D. vorhin gnädigst bekannt, sehr insolent und dergestalt, wie E. Ch. D. eigene, nicht zu discipliniren sein, so hab aus E. Ch. D. an vorgestern vor Dato alhier eingelangeter gnädigsten Resolution vom 19. passato ich in Unterthänigkeit gern verstanden, daß Dieselbe Jhro meinen gethanen ohnmaßgeblichen Vorschlag wegen Werbung 1000 Pferde und 2000 Mann zu Fuß in Dero Herzogthumb Preußen in Gnaden haben gefallen lassen.

E. Ch. D. thun daran sehr löblich und dasjenige, was zu kräftiger Maintenirung Jhres hohen und gegenwärtiglich periclitirenden Status, auch churfürstlicher Authorität und Reputation vornemblich gereichend ist. Denn so lang E. Ch. D. bei gegenwärtiger im heiligen Reich annoch leider continuirender Unruhe in Verfassung sich befinden und Volk auf den Beinen haben werden, wird ein jedweder, Freund und Feind, auf Dieselbe reflectiren und E. Ch. D. respectiren müssen, inmaßen das Exempel mit dem Herzogen zu Lünenburgk vor Augen, deme vielleicht soviel nicht wäre nachgesehen worden, wann er nicht in Verfassung, wie schlecht und gering dieselbe auch beschaffen sein mag, gewesen wäre.

Und muß ich zwar bekennen, daß es nicht ein geringes, daß E. Ch. D. die Muster- und Sammelplätze in vorbezeichnetem Dero Herzogthumb Preußen assigniren zu lassen gemeinet; denn dazu ist in Gegenwart dieses Orts ganz und zumal nicht zu gelangen, wenngleich sonst alle andere requisita vorhanden wären, daran es jedoch in soweit ermangelt, daß bei gegenwärtigem äußerist verderbten Zustande alhiesiger Lande, da nunmehr bis auf etliche weinige Kreise dieselbe unter des Feindes Gewalt und also fast alle Einnahmen und Mittel abgeschnitten sein, zu den Werbegeldern dieses Orts Rath zu schaffen unmüglich. Denn dasjenige, was bis dahero gesamblet worden und noch aufgetrieben werden kann, hat vornemblich zu dem hochnotwendigen Bau, welcher noch Dato zu Landtspergk, Spandow, Peitz, Driesen, Werberschanz und Oderbergk unnachläßig continuiret wird, imgleichen die Notdurft an Munition vor die Festung [1]), welche darinnen täglich consumiret wird, an die Hand zu schaffen und zu andern täglich vorgehenden nötigen Ausgaben verwendet werden müssen.

Nicht weiniger hab ich die Werbegelder vor die 2. Compagnie Dragons, welche der Oberster Lieutenant Goldtacker richtet, alhier auftreiben lassen, werde auch, wann meinem unterthänigsten Vorschlage nach aus den ruinirten 8 Burgstorffischen [2]) Compagnien 4 gemachet und dieselbe hinwieder in einen solchen Stand gebracht werden sollen, daß

1) Soll heißen: alle Festungen.
2) Georg Ehrentreich v. Burgsdorf.

E. Ch. D. davon behörige Dienste können zugewarten haben, auf dieselbe zum weinigsten ein dreitausend Thaler Recreutengelder geben lassen müssen, daß also E. Ch. D. hieraus angezogene Unmüglichkeit dieses Orts zu den Werbegeldern zu gelangen, von selbst gnädigst begreifen werden.

Weil aber dennoch, wie oben angezogen, solche Werbung der 1000 Pferde und 2000 Mann zu Fuß hochnützlich und nötig, und je schleuniger dieselbe wird zu Werke gerichtet, je größern Nutzen E. Ch. D. daraus werden zu gewarten haben, so zweifele in Unterthänigkeit nicht, es werden Dieselbe, wie auch zu erstberührten Werbegeldern in Preußen möge Rath geschaffet werden, gnädigste Sorge tragen. Solte man dieselbe bei Entstehung aller anderer Mittel gleich mit schweren Interessen aufnehmen und entlehnen müssen, so möchte es so sehr nicht zu widerrathen und zu deren Abführung hiernächst hinwieder zu gelangen sein. — Sendet Berichte über den Zustand des Krieges in Meißen und Böhmen und befürwortet eine dritte Citation des Obersten Kehrberg, der sich in Polen aufhalten solle, und Verhandlung in contumaciam gegen ihn.

V.

Relation Schwarzenbergs an den Kurfürsten. Cölln a. S. 21. September (1. Oktober) 1640. Präs. Königsberg 21./11. Oktober.

Ausfertigung, vielfach chiffriert.

Reichstag zu Regensburg. Neuwerbungen. Tausch des Butlerschen Regiments.

Sendet eine außerordentliche Post. Hat vertraulich gehört, daß der Kaiser einen Secretär an den Kurfürsten senden wolle, um folgende drei Punkte zu besprechen, 1. wegen wichtiger Verhandlungen auf dem Reichstage zu Regensburg die Sendung Schwarzenbergs dahin. 2. So hätten E. Ch. D. durch den Obristen Joachim Ernst v. Krockow Ihrer Kais. M. die Offerte thun lassen zu Dienst erstallerhöchstgedachter Ihrer Kais. Mat. vornemblich aber zu Recuperirung der pommerischen Lande ein corpo von zehentausend in dem Herzogtum Preußen zu werben und auf den Fuß zu bringen, deshalb anfangs ermelter Secretarius von Ihr. Kais. M. bevollmächtiget dieser Werbung halber mit E. Ch. D. verbündlich zu schließen. 3. Nachdem auch J. Kais. M. gegen den in Soest commandirenden Obristen Jobst Sigmund von Treutsch genannt Butler solche Anzeigungen und Praesumptiones hätten, daß sehr zu besorgen stünde, es möchten desselben Actiones dermaleines, wie des leichtfertigen Wrangels, zu Ihr. Kais. M. und des heil. Reichs Undienst und hohen disaventagio hinausschlagen, so möchten E. Ch. D. Ihro gefallen lassen J. K. M. solch Butlerisches Regiment lediglich zu übergeben, also daß Dieselbe damit nach Ihrem allergnädigsten Wohlgefallen möchten zu schalten und zu walten haben; und wären alsdann J. K. M. allergnädigst gemeinet, meinen Sohn demselben Regiment vor einen Obristen vorstellen zu lassen.

Was nun den ersten Punkt angehet, ob ich zwar nunmehr nicht allein alt, sondern auch wegen meiner bisherigen ausgestandenen Leibes-Indisposition noch zimblich schwach und unvermögen bin," so sei er doch bereit, wenn der Kurfürst es gut finde, die Reise zu unternehmen. Doch wisse er 1. nicht Rat zu den Reisekosten und 2. „so werden E. Ch. D. gnädigst zu bedenken haben, ob Sie bei gegenwärtigem Zustande Dero Churfürstenthumbs mich aus demselben werden zu entrathen und ich Derselben mehr Nutzens bei angezogener Schickung weder alhier im Lande werde stiften und schaffen können.

Es hat zwar derjenige, von dem ich diese Nachricht habe, den kaiserlichen Ministris hierauf vor sich sofort geantwortet, daß bei jetzigem Zustande E. Ch. D. die meinige Person aus hiesigen Landen nicht würden entrathen können, allein es ist darauf repliciret worden, daß man Zeit meiner Abwesenheit hiesiges Orts allein defensive gehen und die Festungen wohl in Acht nehmen und bewahren solte, welches dann zumal jetziger Zeit umb soviel desto leichter würde geschehen können, weil der Kron Schweden Macht geringe, denselben auch an andern Orten soviel zu schaffen geben würde, daß sie sich so leichtlich nicht hervor machen und einen oder den andern Ort von importance würden angreifen dörfen.

E. Ch. D. haben dieses alles und jedes nach Dero hocherleuchtem und weisen Verstande reiflich und wohl zu überlegen, sich eines Gewissen zu entschließen und mir gnädigst zu befehlen, als der ich bereit und höchstwillig bei E. Ch. D. gnädigsten Willen in allem vollenkommene gehorsambste Folge zu leisten.

Den 2. Punkt, namentlich den Obersten Krockowen und die von demselben in E. Ch. D. Namen vorgeschlagene Werbung betreffende, da habe E. Ch. D. ich bei jüngster Post gehorsambst communiciret, was deshalb der kaiserliche Generalfeldzeugmeister Freiherr von der Goltze an mich geschrieben, daß nämlich solche Werbung in Hinterpommern angestalt werden solte. Am kaiserlichen Hofe aber nimbt mans also, daß solche in dem Herzogthumb Preußen anzustellen. Ob nun dies E. Ch. D. eigentlicher Wille und Meinung sei, davon haben Sie mir annoch nichts communiciret, dahero lasse ichs auch dahin gestalt sein; ich weiß auch nicht gewiß, ob Krockow selber zu dem Kaiser gereiset oder aber Goltze diese Vorschläge J. K. M. überschrieben und vorgetragen haben mag. Mich will sonst an meinen unterthänigsten Ort bedünken, es werden E. Ch. D. von solcher Werbung, es geschehe dieselbe entweder in Preußen oder in Hinterpommern, gleichen Nutzen, Dank und Reputation zu gewarten haben.

Denn damit ich bei der preußischen Werbung alle andere Respecten übergehe und bei Seiten setze, so haben E. Ch. D. bei denen nun zu dreien Maln vorgewesenen preußischen geringen und schlechten Werbungen, als des Obersten Dargitz, der beiden Capitäne Mervii und Grundteisens und letzlich derjenigen Trouppen, welche in diesem laufenden Jahre der Obriste-Lieutenant Goldtacker herausgeführet, in der That erfahren, daß zwar dieselbe ein überaus Großes gekostet, aber E. Ch. D. in effectu wenig oder nichts genutzet; daraus dann leichtlich zu colligiren, daß

auch gleichmäßiger Succes und Effect bei einer größern Werbung und Armatur zu promittiren sein werde.

Hinterpommern betreffend, dasselbe ist in der Schweden Gewalt und kann des Orts keine Werbung angestellet werden, ehe und bevor die Schweden depossessioniret und ausgetrieben sein, anderer gestalt nicht als vi armata und per exercitum geschehen kann. Nun seind aber E. Ch. D. nicht bemittelt einen solchen exercitum weder alhier noch in Preußen vor sich alleine auf den Fuß zu bringen, besondern Sie werden solches nothwendig mit Zuthuen der kaiserlichen Waffen thuen müssen. Wenn aber ein solcher exercitus in Hinterpommern kommen solte, so würde dasselbe Land nicht sufficient sein, solchen behörig zu unterhalten, besondern man würde noch wohl, wie die Erfahrung dabevor, wann die kaiserliche Waffen sich bis dahin extendiret gehabt, gegeben, aus Böheimb, Schlesien und Polen zu entretenirung, eine zimbliche Notdurft beischaffen müssen; woher wolte man dann des Orts zu Mitteln gelangen ein so namhaftes Corpus von zehen tausend Mann auf den Fuß zu bringen?

Werden dannenhero E. Ch. D. sich hierinnen sehr wohl in Acht zu nehmen haben, damit Sie Sich nicht übereilen und zu einer solchen Sache verbinden, die Deroselben in Effect zu setzen entweder sehr schwer, wo nicht gar unmöglich fallen und davon Sie weder Dank, Nutzen oder Reputation zu erwarten haben möchten.

Daß E. Ch. D. des Volkes zu wenig und dahero vonnöten haben Sich in mehrer Positur zu setzen, solches habe Deroselben ich oftermalig zu erkennen gegeben, muß es auch meinen Pflichten nach nochmaln gehorsambst wiederholen. Allein alhier in diesen Landen solten, wie ich vielmals vorgeschlagen, E. Ch. D. die Werbungen anstellen lassen, woselbst man nicht allein mit halben Kosten zu Volke gelangen, besondern auch dasselbe sofort mit Nutzen emploiren und die Quartiere auch wohl gar bis in Hinterpommern mit besserer Manier und Nachdruck, weder hiebevor angezogen, erweitern kann.

Wann derowegen E. Ch. D. hierzu ein Stück Geldes herschießen, die kaiserliche Mat. auch das Ihrige dabei thuen wolten, dann wäre nicht zu zweifeln, daß die Werbungen dieses Orts glücklich an- und fortgestellet und I. K. M. und E. Ch. D. empfindlicher Nutzen damit gestiftet werden solte.

Den Obersten Butlern vors dritte belangende, deshalb haben I. K. M. unlängsthin solchergestalt an mich allergnädigst geschrieben, allermaßen die Beilage sub numero 1 mit mehrerm zeiget; und habe I. K. M. ich darauf solchergestalt hinwieder geantwortet, allermaßen E. Ch. D. Ihro nach gnädigsten Wohlgefallen sub numero 2 mit mehrerm können vortragen lassen. Daß nun Butlers bisherige Actiones nicht allein den kaiserlichen in Westphalen residirenden Generaln, besondern auch mir selber suspect gewesen und zu allerhand Argwohn Anlaß gegeben, dasselbe kann ich leichtlich zugestehen, zumaln, wann ich mich des Anfangs und Verlaufs, wie er in E. Ch. D. Dienste kommen, zurückerinnere; denn doselbst promittirte er, sobald er in E. Ch. D. Diensten würde an- und aufgenommen sein, daß er alsdann sofort befordern



und zu Wege bringen wolte, daß auch sein Schwager, der meineidige Wrangell, von den Schweden auf diese Seiten solte, welches auch bald darauf im Werk dergestalt erfolget. Weiln nun Wrangell hinwieder leichtfertiger und meineidiger Weise umbgesattelt, so könte leicht Sache sein, daß er auch dazu Butlern als seinen Schwager disponirte, als welcher ohne dies ein Vasall der Landgräfin von Hessen ist; hat unter derselben seine gute Freunde und Verwandten; dahero nicht leichtlich zu vermuten, daß er nicht mehr bei denselben sich beliebet als verhasset zu machen suchen solte.

Ich bin aber zu einer solchen Antwort, die ich mehr allerhöchstgedachter J. K. M. gegeben, vornemblich dadurch veranlasset worden, weiln E. Ch. D. mir hiebevor in Gnaden befohlen dahin zu trachten, obs practicable solch Butlerisches Regiment gar oder zum Theil aus der Grafschaft Mark in diese Lande zu ziehen, als die an Volk und zuforderst die Festung Spandow, als die rechte Hauptfestung, merklichen Mangel leiden. Nachdem aber solches ganz und gar unmöglich gewesen, zumaln bei nunmehr erfolgeter Ruptur des Hauses Braunschweigk und Lünenburgk, so habe ich davor gehalten, es würde am besten und E. Ch. D. nicht zuwidern sein, wann mehrbezeichnetes Butlerisches Regiment J. K. M. lediglich zu Dero freien Willen übergeben und dahingegen von J. K. M. E. Ch. D. ein Regiment zu Fuß, welches dem Butlerischen an Stärke gleich, ebenfalls ganz lediglich und zu Deren freien Disposition hinwiederumb überlassen und in diese Lande geschicket würde, welches dann J. K. M. aus Böhmen, Schlesien oder auch von andern Orten wohl zu Werke richten und hingegen die Butlerische Völker, weil sie in Westphalen nicht allein einen formirten exercitum auf den Beinen, besondern auch die meisten und vornembsten Posti in ihrer Gewalt haben, an Ort und Enden, dahin sie wollen, ohne Gefahr ziehen und gebrauchen können. E. Ch. D. aber bekämen hierdurch eine gute Anzahl Fußvolks, welches Compagnienweis unter die alte Regimenter vertheilet, die schlechteste Örter darmit besetzet und dahingegen E. Ch. D. altes Volk in die Hauptfestungen geleget und die Guarnisonen verstärket werden. Es stünde auch alsdann zu J. K. M. allergnädigsten Gefallen, ob Sie solch Regiment meinem Sohn conferiren, und derselbe es acceptiren wolle oder nicht. Und dabei hättens E. Ch. D. meiner ohnmaßgeblichen unterthänigsten Meinung nach nochmals zu lassen, ohngeachtet was meines Sohns wegen darbei vorkommen möchte; denn daß desselben aventagio mit E. Ch. D. Schaden und Nachtheil gesuchet und befodert werden solte, dasselbe werde ich an meinen Ort mit Willen oder Wissen wohl nimmer verhängen oder zugeben.

III.

Aus Berichten des hessischen Sekretärs Lincker vom Berliner Hofe während der Jahre 1666—1669.

Von

Walther Ribbeck.

Von Beginn des Jahres 1666 ab unterhielt die Landgräfin Hedwig Sophie von Hessen-Kassel, die damals nach dem frühen Tode ihres Gatten, des Landgrafen Wilhelm VI., für ihren minderjährigen Sohn die Regierung führte, an dem Hofe ihres Bruders, des Großen Kurfürsten, einen ständigen Vertreter in der Person des Sekretärs Georg Lincker. Dieser, einer bekannten hessischen Gelehrten- und Beamtenfamilie entstammend, hatte den Regierungsrat von Dalwig abgelöst, welcher am 2. Januar 1666 in Kleve vom Kurfürsten seinen Abschied genommen. Linckers erster Bericht ist vom 6. Januar aus Wesel datiert. Vom 13. Januar bis gegen Ende Oktober finden wir ihn am kurfürstlichen Hoflager in Kleve, dann bis zum Juni 1668 in Berlin. Inzwischen hatte ihm seine Herrin die Erlaubnis erteilt, auch den nahe verwandten[1]) dänischen Hof in Berlin zu vertreten[2]). Vom Juni bis November 1668 weilte er als hessischer Agent in Kopenhagen, von da ab bis Ende Juli 1669 am kurfürstlichen Hoflager in Königsberg, später bis zum

---

1) Ihre Tochter Charlotte Amalie heiratete am 25. Juni 1667 den dänischen Kronprinzen Christian.

2) Am 2./12. Oktober 1667 dankt Lincker der Landgräfin für die erteilte Erlaubnis. Am $\frac{\text{23. März}}{\text{2. April}}$ 1668 giebt die Landgräfin ihrem Abgesandten in Dänemark, Dalwig, ihre Einwilligung zu erkennen, daß sich der König Linckers als seines Vertreters bediene.

April 1672 in Berlin mit Unterbrechungen, welche durch seine dänischen Reisen herbeigeführt wurden. Die Feldzüge gegen Frankreich in den Jahren 1672 bis 1674 machte er im kurfürstlichen Hauptquartier mit, während wir ihn in den nächsten Jahren hauptsächlich in Dänemark oder Hamburg als hessischen Agenten antreffen.

Am vollständigsten erhalten sind uns die Berichte Linckers aus den Jahren 1666 bis 1669. Er hatte keine wichtigen diplomatischen Verhandlungen zu führen, und von den Geheimnissen der hohen Politik hat er uns nur wenig mitgeteilt, was wir nicht anderswoher schon wissen. Seine Aufgabe war, die Interessen seiner Gebieterin wahrzunehmen, namentlich dafür zu sorgen, daß ihr die ihr zustehenden Ehegelder richtig gezahlt wurden. Daneben hatte er sie über alle Vorgänge am Hofe und in der Stadt auf dem Laufenden zu erhalten, da sie begreiflicherweise an allem, was ihren Bruder und ihre Heimat betraf, das lebhafteste Interesse nahm. Seine Berichte sind meist an sie direkt, seltener an den Kanzler gerichtet. Die Namen, bisweilen auch ganze Wortreihen und Sätze, sind in Chiffren geschrieben, deren Auflösung in der Regel zwischen den Zeilen steht.

[Kirchliche Streitigkeiten in Berlin.]

In den ersten Jahren seines Berliner Aufenthaltes berührt Linckers Berichterstattung vor allem die kirchlichen Fragen der Zeit, insbesondere den Widerstand, den die irenischen Bestrebungen des Kurfürsten bei den Lutheranern fanden. Durch das Toleranzedikt vom 16. September 1664 war Reformierten wie Lutheranern alles gegenseitige Schmähen untersagt worden. Zur Nachachtung dieser Verordnung sollten sich sowohl die neu anzustellenden als die im Amte befindlichen Geistlichen durch einen Revers verpflichten [1]). Wohl unterschrieben bei weitem die Mehrzahl auch der lutherischen Prediger, aber verschiedene verweigerten dennoch ihre Unterschrift, unter ihnen der Berliner [2]) Propst Lilius und der Archidiakon Reinhardt. Beide wurden ihrer Ämter entsetzt, Lilius indes wieder zugelassen, nachdem er eine zwar nicht dem Revers gleichlautende, aber doch ähnliche Verpflichtung unterschrieben [3]). Diese Nachgiebigkeit nahmen ihm aber seine Glaubensgenossen so übel, daß er bis zu seinem bald darauf erfolgenden Tode keine Zuhörer mehr fand [4]). Lincker be-

1) Landwehr, Die Kirchenpolitik des großen Kurfürsten. Berlin 1894. S. 215.
2) Lincker sagt irrtümlicher Weise: „Köllnischen“.
3) Landwehr S. 218. 224; Hering, Neue Beiträge ꝛc. II. S. 218—29.
4) Linckers Bericht vom 13./23. März 1667.

richtete bald nach seinem Eintreffen in Berlin, wie man in lutherischen Kreisen sehr in Angst sei vor einer scharfen Durchführung des Ediktes. Man erkannte vielfach an, daß die Autorität des Kurfürsten diese Durchführung der einmal gegebenen Befehle verlange, aber man verwünschte die ersten Angeber dieses Werkes, welches der Oberpräsident [1]) Otto von Schwerin und der Hofprediger und Konsistorialrat Stosch [2]) waren. Hofprediger Kunsch meinte, Stosch habe sich mit dem Edikte blamiert, durch den Propst und späteren Konvertiten Andreas Fromm [3]) irre geführt [4]). Auch der Kanzler Jena war der Ansicht, man hätte materialia und doctrinalia aus dem Edikt fortlassen sollen, und äußerte die Hoffnung, daß man niemals solchen soloecismum in politicis begehen werde, als bereits in ecclesiasticis geschehen [5]).

Unter denen, die den Revers unterschrieben, hatte sich auch David Gigas befunden, um eine Predigerstelle an St. Nikolai zu erlangen. Er war deshalb von seiner Gemeinde übel angesehen und durch den Diakonus Lorenz vom Abendmahl ausgeschlossen worden [6]). Infolgedessen widerrief er nicht nur seine Unterschrift, sondern hielt auch am Neujahrstage des Jahres 1667 eine aufreizende Predigt. Er erging sich in Exklamationen über das vergangene Angstjahr und führte dem Kurfürsten alle möglichen Exempel aus dem alten Testamente vor Augen, die beweisen sollten, daß Glaubensbedrückungen notwendig Rebellionen und traurige Kriege zur Folge haben müßten [7]). Die Predigt war derartig, daß dem Prediger von seiten des Magistrates geraten wurde, das Concept nicht aus der Hand zu geben, aber er beherzigte diesen Rat nicht, weil ihm eben daran lag, sich bei seinen Glaubensgenossen zu rehabilitieren [8]). Die Folgen blieben denn auch nicht aus. Am 9. Januar ließ der Kurfürst den Magistrat zu sich ins Schloß bescheiden. Gigas wurde durch den Kanzlisten Pölter unter irgend einem Vorwande veranlaßt, ebenfalls ins

1) Linder vom $\frac{\text{21. November}}{\text{1. Dezember}}$ 1666.

2) S. über ihn: Landwehr, in den Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte Bd. VI. S. 91—140.

3) Vgl. über ihn Hering, Neue Beiträge II. 274 ff., Landwehr in den Forschungen VI. 121 ff.

4) Linder am $\frac{\text{30. Januar}}{\text{9. Februar}}$ 1667. Dies könnte richtig sein, obwohl Fromm später als heftigster Gegner der Reverse auftrat.

5) Linder am 13./23. Februar 1667.

6) Hering II. 253.

7) Linder den 16./26. Januar 1667.

8) Linder den $\frac{\text{25. Juni}}{\text{5. Juli}}$ 1667.

Schloß zu kommen und, nachdem er durch das große Schloßthor auf den Schloßplatz geführt worden war, damit ihn der Kurfürst, dem er persönlich unbekannt war, mit Augen sehen konnte, verhaftet und nach der Hausvogtei gebracht. Darauf wurde der Magistrat vorgelassen und ihm die Verhaftung des Gigas mitgeteilt. Der Prediger aber wurde in einer Kutsche mit 6 Pferden von dem Kapitän Hutt durch das Georgenthor nach Spandau geführt, ohne daß irgend welcher Lärm entstanden wäre [1]). Allein diese Art der Wegführung machte doch viel böses Blut und nicht nur in Berlin; man meinte, die Stadt Danzig, die gerade im Begriff stand, den Schutz des Kurfürsten gegen Polen anzurufen, werde sich durch diesen Schritt davon abhalten lassen [2]). Der Hofprediger Kunsch gab der Besorgnis Ausdruck, in Kopenhagen werde man die Festnahme des Gigas übel vermerken [3]), und in der That wurde der Kurfürst dort der Religionsverfolgung bezichtigt [4]). Die Reformierten in Frankfurt a. M., die damals gerade bei dem dortigen Magistrat um die Einräumung einer Kirche petitionierten, fürchteten, daß die Verhaftung des Gigas ihnen nicht förderlich sein werde [5]). Wirklich erhielt der Kurfürst, als er sich für die Frankfurter Reformierten verwandte, eine abschlägige Antwort [6]). Gigas wurde übrigens im Juni seiner Haft entlassen und mußte sich verpflichten, die Städte Cölln und Berlin zu meiden [7]).

Zu denen, welche die Unterzeichnung des Reverses verweigerten, gehörte bekanntlich auch Paul Gerhardt, Diakonus an St. Nikolai. Er wurde deshalb vom Amte suspendiert, aber auf die Fürbitte der Kurfürstin Luise wieder eingesetzt. Derselbe Sonntagische Merkur vom 12. Januar 1667, der den Berlinern die Verhaftung des Gigas meldete, berichtete die Wiedereinsetzung Gerhardts in folgenden Worten: „Wie

---

1) Lincker am 16./26. Januar 1667.

2) Ebendaselbst.

3) Bericht vom $\frac{\text{30. Januar}}{\text{3. Februar}}$ 1667.

4) Bericht vom $\frac{\text{25. Dezember 67.}}{\text{4. Januar 68.}}$

5) Bericht vom $\frac{\text{30. Januar}}{\text{9. Februar}}$ 67. Nach gütiger Mitteilung des Frankfurter Stadtarchivars Dr. Jung ist der Kurfürst in dieser Sache öfters vorstellig geworden (zuletzt 1661), aber nicht damals. Lincker verdankte die Nachricht dem Schreiben eines Herrn Toma.

6) Bericht vom $\frac{\text{25. Juni}}{\text{5. Juli}}$ 67.

7) Ebendaselbst.

Sr. Churfürstl. Durchlaucht des bishero ab officio suspendirten Predigers Paulus Gerhardt Unschuld und Moderation gerühmt worden, haben Sie allsofort anbefohlen, denselben wieder in sein Amt einzusetzen[1])". Wie Lincker mitteilt, nahmen diejenigen, denen die Autorität des Kurfürsten am Herzen lag, an dem Worte „Unschuld" Anstoß. Der Hofprediger Stosch verhehlte dies dem Kurfürsten nicht. Dieser sagte ihm ins Ohr, er wisse wohl, wer jenes Wort in die Ankündigung hineingebracht, nämlich Schwerin, den man durch seine den Lutheranern günstig gestimmte Frau[2]) für beeinflußt hielt.

Heftige Streitigkeiten erhoben sich jedesmal bei der Neubesetzung von Kirchenstellen, besonders in der Hauptstadt. So bestritt Stosch, als das Amt eines cöllnischen Propstes zu St. Petri erledigt war, der Stadt das lange gewohnheitsmäßig geübte Recht, diese Stelle zu besetzen, und schrieb es dem Kurfürsten zu[3]). Doch behauptete die Stadt ihr Recht[4]). Die Stelle erhielt Buntebart, der für einen Synkretisten galt. Charakteristisch ist, daß einer der ersten Hofbeamten, der Oberhofmarschall Raban von Canstein, der streng lutherisch war, sich der Einführung des neuen Propstes durch eine Reise entzog. Statt seiner führte ihn der Dechant Gröben ein[5]). Auch der Stadt Berlin wollte der Kurfürst nach dem Tode des Lilius († 27. Juli 1667) einen Propst seiner Wahl aufnötigen. Es war dies der Propst Müller zu Bernau, ein gelehrter Mann. Die Berliner verwarfen ihn als einen zum Predigtamt Ungeschickten, in Wahrheit aber, weil sie ihn, freilich mit Unrecht, für einen Synkretisten, ja Reformierten hielten[6]), da er in England gewesen war[7]). Diesen Mann nun ließ der Kurfürst eines Sonntagmorgens in seinem Gemach in Gegenwart von Bürgermeister und Rat vor sich predigen. Nach gehaltener Predigt befahl er den Häuptern der Stadt in Gegenwart von Schwerin, Canstein[8]) und Somnitz[9]) ernstlich an, daß sie diesen Mann entweder annehmen oder ehestes Tages genügsame Entschuldigung anwenden müßten. Der erste Bürgermeister Tieffenbach,

1) Landwehr, Kirchenpolitik S. 225.

2) Schwerins zweite Gemahlin Helene Dorothea von Kreytzen † 1677., die lutherisch war.

3) Bericht von Anfang Dezember 1666.

4) Bericht vom 16./26. Januar 67.

5) Bericht vom $\frac{27.\ \text{Febr.}}{9.\ \text{März}}$ 67.

6) Bericht vom 13./23. März 67.

7) Bericht vom 17./27. Juli 67.

8) Amtskammerpräsident und Oberhofmarschall Raban von Canstein.

9) Lorenz Christoph, kurfürstl. Geh. Rat und Kanzler.

welcher von diesem Vorhaben Wind bekommen, war einfach aufs Land gegangen. Auch der zweite Bürgermeister Zerlenden hatte wegbleiben wollen unter dem Vorwande, er müsse Arzneien gebrauchen, aber der Kurfürst ließ ihm sagen, die Arzneien könne er wohl auf den folgenden Tag lassen [1]). Da der neue Propst sich auf die kurfürstlichen Edikte verpflichtet hatte, so drohte der Diakon Lorenz, derselbe, der früher dem Gigas das Abendmahl verweigert, ihn von der Kommunion auszuschließen, falls er nicht vorher sich über gewisse Artikel zufriedenstellend geäußert. Schwerin, um seinen Rat angegangen, meinte, Müller solle es ruhig darauf ankommen lassen, ob man ihm das Abendmahl versagen werde [2]). Es kam in der That zu dieser Verweigerung. Der Hofprediger Bergius sprach daraufhin sein Bedauern aus, daß man nicht schon in jenem früheren Fall gegen Lorenz eingeschritten sei [3]). Auch benahm sich der Propst ziemlich schwächlich. Er hielt sich zu Hause, behauptete krank zu sein und bat, daß man seine streng lutherischen Amtsbrüder schonen solle [4]). Und doch hatte einer derselben, Lubath, in einer Predigt die Reformierten als falsche Propheten bezeichnet [5]). Über dieses Betragen erbittert, ließ der Kurfürst mehrere lutherische Konsistorialräte zu sich fordern und hielt ihnen in Gegenwart des Hofpredigers Stosch vor, wie er ihnen alle Gnade habe zu teil werden lassen, sie ihn aber mit Undank belohnt hätten [6]).

Der Widerstand der Lutheraner war so heftig und die Macht derselben, die im Beamtentum und Heer die wichtigsten Stellen inne hatten [7]), so groß, daß der Kurfürst sich zu einem gewissen Einlenken genötigt sah. Es ergingen neue Bestimmungen (am 6. Juni 1668), daß kein im Amt befindlicher Geistlicher mehr zur Unterzeichnung der Reverse veranlaßt werden sollte, dafür aber jeder neu zu Berufende sich mündlich auf sie verpflichten und daß bei seiner Bestätigung ausdrücklich hervorgehoben werden solle, diese erfolge nur unter der Voraussetzung, daß der Betreffende sich dem Edikte von 1664 gemäß verhalte. Trotz dem Widerspruch einiger

1) Bericht vom 13./23. März 67. Nach O. Schwebel, Geschichte der Stadt Berlin 1888 II heißt er Zarlang.

2) Bericht vom $\frac{\text{30. Oktober}}{\text{9. November}}$ 67.

3) Bericht vom 1./11. Januar 68.

4) Bericht vom 8./18. Januar 68. Zu dieser Haltung Müllers stimmt, was Hering, Neue Beiträge II. 258, obwohl selber zweifelnd, von ihm erzählt.

5) Bericht vom 21. Oktober 67.

6) Bericht vom 8./18. Januar 68.

7) Bericht vom $\frac{\text{25. Dezember 67.}}{\text{4. Januar 68.}}$

Zeloten gaben sich die Lutheraner damit zufrieden. Auch wurden sie ausdrücklich der Gnade des Kurfürsten versichert; es wurde ihnen versprochen, bei der Besetzung der Stellen solle zwischen ihnen und den Reformierten kein Unterschied gemacht werden, ja der Kurprinz und die andern Prinzen sollten mit ihrer Lehre bekannt gemacht werden[1]). Nur eine Schmähung seiner eigenen Konfession könne der Kurfürst sich nicht bieten lassen, wer davon nicht abstehen könne, solle sein Glück anderswo suchen[2]).

[Kirchliche Streitigkeiten in Königsberg.]

Auch aus Königsberg, wo Lincker von Ende 1668 bis Mitte 1669 mit dem Kurfürsten verweilte, hatte er von der Intoleranz der Lutheraner zu berichten. So hatte der Kurfürst befohlen, aus dem Gebetsformular die Worte „wider das calvinische Seelengift" auszulassen[3]). Das lutherische Konsistorium hatte sich dem nach einigem Sträuben gefügt und den Predigern freigestellt, anstatt dessen „wider die calvinische Lehre" zu sagen. Allein Magister Schröder, Prediger in der Altstadt, erklärte die Worte, da sie ihm von seinen Vorgängern überliefert worden seien, nicht auslassen oder verändern zu können, und wurde deshalb in seinem eigenen Hause in Arrest gehalten[4]). Dann wurde er freigelassen und übte während des Weihnachtsfestes sein Amt aus, enthielt sich jedoch sorgfältig des Gebetes[5]). Selbst das Königsberger Bürgerrecht erlangten die Reformierten erst in jenen Tagen und nur mit Mühe. Von den Zünften, die dabei die ausschlaggebende Stimme hatten, war ihnen die der Faßbinder am geneigtesten[6]).

[Tod der Kurfürstin.]

Einen Teil der Schuld daran, daß der Kurfürst die Calvinisten vor den Lutheranern begünstige, schrieb man dem Einfluß seiner ersten Gemahlin, Luise von Oranien, zu[7]). Sie soll auch außerdem nicht beliebt gewesen sein, weil man ihr nachsagte, daß sie für die märkischen Unterthanen kein Herz habe[8]). Als diese fromme Fürstin nun ihren

1) Lincker den $\frac{\text{30. Juni}}{\text{20. Juli}}$ 67. ad 3./13. Juli. Hering II. 249. Landwehr S. 227 giebt den Inhalt nicht genau wieder.

2) Bericht vom $\frac{\text{30. Juni}}{\text{10. Juli}}$ 67.

3) Landwehr S. 168.

4) Lincker am 4./14. Dezember 68.

5) Bericht vom 18./28. Dezember 68.

6) Bericht vom 11./21. Dezember 68.

7) Vgl. Landwehr S. 230.

8) Lincker am 17./27. Juli 67.

Leiden erlegen war (8./18. Juni 1667), und ihr Leichnam auf dem Paradebette ausgestellt wurde, ließ sich der lutherische Pöbel zu unziemlichen Reden hinreißen, so daß der Kurfürst — wie es hieß auf Anstiften der Oberhofmeisterin von Götzen — verbot, weiter irgend jemand zur Besichtigung zuzulassen[1]).

[Der Kurprinz Karl Ämil.]

War der Kurfürst ein so unumschränkter Gebieter in seinem Hause, wie er es in seinem Staate zu sein sich bemühte? Eine merkwürdige Äußerung des Kurprinzen Karl Aemil, die uns Lincker berichtet, könnte fast daran zweifeln lassen. Obwohl der Prinz (geb. 1655) sich damals in dem zarten Alter von 12 Jahren befand, wurde doch schon von verschiedenen Seiten an seine Verlobung gedacht. In Kopenhagen wurde wegen der Verbindung mit einer dänischen Prinzessin sondiert[2]), und der bekannte Staatsmann Ezechiel von Spanheim brachte eine solche mit einem pfälzischen Fräulein in Anregung[3]). Einige Zeit vor dem Tode der Mutter sprach der Prinz nun ganz ernsthaft darüber, wen er wohl zur Frau haben möchte und meinte, für ihn kämen nur zwei Prinzessinnen in Frage, die von Hessen[4]) und die von Kurland[5]), beides seine Cousinen. Die erstere sei noch zu jung — sie war 1661 geboren —, und er müsse in diesem Falle noch etwas warten, die andere ein paar Jahre älter als er, was nicht gut sei, doch habe er im Princip gegen sie nichts einzuwenden. Als ihn nun die holländisch Gesinnten auf eine dritte Cousine, die Prinzessin von Nassau[6]), hinwiesen, deren Alter zu dem seinen besser stimme, versetzte er lebhaft, er begehre keine Holländerin, sondern eine Teutsche, denn er müsse eine haben, die ihm Gehorsam leiste. Als man ihn nun ehrerbietigst darauf aufmerksam machte, wie

---

1) Bericht vom 12./22. Juni u. 17./27. Juli 67.

2) Lincker am $\frac{\text{25. September}}{\text{5. Oktober}}$ Nach den „Urkunden und Aktenstücken zur Geschichte des Churfürsten Friedrich Wilhelm", Bd. IX S. 855, war der Kurfürst 1663 gegen die dänische Heirat, weil die betreffende Prinzessin älter und die zweite Tochter war.

3) Bericht vom $\frac{\text{25. September}}{\text{5. Oktober}}$ 67.

4) Elisabeth Henriette, Tochter des Landgrafen Wilhelm VI. und der Hedwig Sophie von Brandenbnrg.

5) Wohl Charlotte Sophie, geb. 1652, Tochter des Herzogs Jakob und der Schwester des Kurfürsten.

6) Amalia, geb. 1654, Tochter des Herzogs Friedrich von Nassau-Dietz und der Albertine Agnes von Oranien, Schwester der Kurfürstin.

ja auch seine Frau Mutter eine Holländerin sei, erwiderte er, er wolle nichts gegen seine Mutter gesagt haben, aber er müsse eine teutsche und gehorsame Frau haben[1]).

Darauf, daß der Kurprinz ernster angelegt war als sein Bruder, der nachmalige König Friedrich I.[2]), scheint der nachfolgende Zug schließen zu lassen. Der Präceptor der Prinzen, Dr. Meintzel, hatte eines Tages, wohl nicht ohne ihre Mitschuld, im Vorgemach des Kurfürsten dem Trunk derartig zugesprochen, daß er die Thür nicht finden konnte. Der Hofprediger Kunsch stellte den Prinzen vor, daß, wenn ein Mensch in derartiger Verfassung stürbe, derjenige, der ihn in eine solche gebracht, einem Totschläger gleich zu achten sei, und machte damit auf den Kurprinzen einen tiefen Eindruck. Prinz Friedrich aber sprach dagegen und rief:

„Was? Das ist ein Doktor, dem muß man's zum Possen thun, daß man ihn voll saufet; kann er mich und einen andern präceptorieren, wie mäßig wir leben sollen, warum thut er's denn selbst nicht[3]?“

[Plan einer zweiten (nicht standesgemäßen) Vermählung des Kurfürsten].

Von großem Interesse, namentlich von kirchlichen Gesichtspunkten aus, war für Lincker die Frage, wen der Kurfürst nach dem Tode seiner ersten Gemahlin heimführen werde. Schon bald nach dem eingetretenen Trauerfall, noch ehe die feierliche Beisetzung stattgefunden, ist von einer zweiten Vermählung die Rede. Aus dem Umstande, daß der Kurfürst von Sachsen zur Beerdigung zu kommen beabsichtigte, wollte man den Schluß ziehen, daß es auf die Stiftung einer lutherischen Heirat abgesehen sei[4]). Der Fürst von Anhalt, des Kurfürsten Schwager, äußerte einem Kavalier gegenüber, der Kurfürst werde entweder bloß nach Belieben oder nach großer avantageuser Allianz freien. Einige meinten, der Anhalter wolle den Kurfürsten zu einer Heirat mit seiner Schwestertochter, einem Fräulein von Brügs[5]) (Brieg)[6]), bereden. Lincker hielt

1) Bericht Linckers vom 16./26. Juni 67.

2) geb. 1657.

3) Lincker den $\frac{\text{30. Januar}}{\text{9. Februar}}$ 67.

4) Lincker am 17./27. Juli 67.

5) So ist die Chiffre aufgelöst.

6) Gemeint ist Charlotte, Tochter des Herzogs Christian von Liegnitz, Brieg und Wohlau und der Luise von Anhalt, geb. den 2. Dezember 1652, die letzte des Piastischen Stammes.

dies aber nicht für wahrscheinlich, weil dieses Fräulein von gebrechlicher Gesundheit sei —, sie gebrauche in Berlin jedes Jahr die Bastelin(?)-Kur[1]).

Inzwischen fand die Beisetzung statt (Anfang Dezember 1667), zu der sich auch die Landgräfin nach Berlin begab. Nach ihrer Wiederabreise wünschte der Hofprediger Bergius von Lincker zu erfahren, wie sie ihren Bruder gestimmt gefunden habe. Er selbst sprach den Wunsch aus, daß der Kurfürst die Prinzessin von Zweibrücken[2]) heimführen möchte, und meinte, wenn etwas Gutes in dieser Sache gethan werden sollte, so müsse es vor der Rückkehr des nach Paris geschickten Oberstallmeisters von Pöllnitz geschehen, da dieser dem Kurfürsten etwas Widriges über Zweibrücken ins Ohr gesetzt haben solle. Ferner war Bergius der Ansicht, daß, wenn die Frage so stehe, ob es besser sei, daß der Kurfürst eine lutherische Ehefrau oder eine reformierte „gleichsam Ehefrau" oder Nebenfrau[3]) habe, das erstere vorzuziehen sei, weil man dergestalt noch reformierte Prinzen zu hoffen habe und die Kur inskünftig in der reformierten Religion desto besser versichern könne[4]).

Andeutungen dahin, daß auch eine andere als standesgemäße Verbindung in Frage kommen könne, kehren in einem bald darauf folgenden Berichte Linckers[5]) wieder. Nach diesem hatte ihm der Amtskammerpräsident und Oberhofmarschall Raban von Canstein erzählt, die Hofmeisterin Frau von Götzen habe — in Widerlegung gewisser ihr gemachter Vorwürfe — ihm gegenüber sich den Anschein gegeben, als habe sie nichts anderes bezweckt, als dem Kurfürsten zur Beibehaltung des ledigen Standes zu raten. Er, Canstein, habe hiergegen eingewendet, daß sich dieses mit der Natur des Kurfürsten nicht vertrage, man mute ihm mit solchen Vorschlägen Dinge zu, die entweder sündlich oder schimpflich oder beides zugleich seien. Das Argument, daß das Land zu arm sei, mehr Prinzen zu ertragen, habe er zurückgewiesen mit der Bemerkung, was man denn hätte anfangen wollen, wenn die Kurfürstin am Leben geblieben wäre und dem Gatten noch mehr Kinder geschenkt hätte. Auch weitere Nachkommen des Kurfürsten könnten versorgt werden, wenn man ihnen dasjenige gebe, was jetzt die Fremden erhielten. Auch

1) Bericht vom $\frac{23.\text{ Oktober}}{2.\text{ November}}$ 67. Gemeint ist wohl die Chinarinde, die damals in Europa in Gebrauch kam.

2) Elisabeth, Tochter des Pfalzgrafen Friedrich und der Anna Juliane von Nassau-Saarbrücken, geb. den 1. April 1642.

3) Bericht vom 18./28. Dezember 67.

4) Bericht vom 11./21. Dezember 67.

5) Vom 18./28. Dezember 67.

sei es gegen ihr, der Hofmeisterin, Interesse, daß sie, die einer Kurfürstin gedienet, jetzt einer geringeren Person dienen solle. In dieser letzten Bemerkung scheint eine deutliche Anspielung auf eine morganatische Ehe zu liegen. Canstein meinte ferner, die Opposition gegen eine standesgemäße Vermählung gehe größtenteils von dem Oberpräsidenten Schwerin aus, der nicht hoffen dürfe, auf eine künftige Kurfürstin Einfluß zu haben, sich an dem Beispiel Burgsdorffs[1]) spiegeln und deshalb keine Lust zu Heiratsconsiliis habe. Sodann rühmte er die Landgräfin, die bei ihrer neulichen Anwesenheit die Prediger beherzt gemacht habe, daß sie gegen eine nicht standesgemäße Heirat den Mund aufgethan. So habe der Hofprediger Bergius an dem Tage, da das Evangelium von Johannes dem Täufer Perikope gewesen, mit deutlicher Anspielung davor gewarnt, sein Herz an eine Herodias zu hängen[2]). Als Argument gegen eine standesgemäße Verbindung werde, so berichtet Lincker ein anderes Mal[3]), auch angeführt, die verstorbene Kurfürstin habe ihrem Gatten in ihrem Testamente alles entzogen[4]) (?), und bei einer ebenbürtigen Nachfolgerin müsse man auf das Gleiche gefaßt sein. Nach allen diesen Andeutungen, wobei der Name der betreffenden Person leider niemals genannt wird, scheint es sich um die morganatische Verbindung mit einer Reformierten gehandelt zu haben, wobei freilich ganz ungewiß bleibt, ob der Kurfürst selber sich jemals ernstlich mit derartigen Plänen getragen hat. Der Hofprediger Bergius hielt, wie Lincker berichtet[5]), immer noch an der Prinzessin von Zweibrücken fest, sah aber Schwierigkeiten, da man — insbesondere Pöllnitz — dieser Fürstin allerhand Übles nachsage. Auch Dohna — Graf Christian Albert[6]), brandenburgischer Geheimer Rat —, der sehr für eine standesgemäße Vermählung sei und die Pläne der Frau von Götzen, die sich gänzlich gegen ihn bloßgegeben, mißbillige, halte diese Heirat für faisable. Bald darauf sollte dann wieder Hofprediger Stosch erzählt haben, er habe den Kur-

---

1) Konrad von Burgsdorff, bekannter Staatsmann unter dem Großen Kurfürsten, wurde 1652 entlassen, wie es heißt, infolge der Abneigung derselben Kurfürstin, deren Heirat er vermittelt hatte.

2) Bericht vom 18./28. Dezember 67. Am 3. Advent ist die Perikope Matth. 11, 2: die Botschaft des Johannes aus dem Gefängnis.

3) Am $\frac{\text{26. Februar}}{\text{7. März}}$ 68.

4) Wegen des Testaments der Kurfürstin vgl. Droysen, Geschichte der preußischen Politik IV, 140 und Testament des Großen Kurfürsten S. 19.

5) Am 18./28. Dezember 67 und 20./30. Januar 68.

6) Nicht Christoph, wie es in den Registern zu den Urkunden und Aktenstücken ꝛc. an manchen Stellen irrtümlicherweise heißt.

fürsten abgeneigt gefunden, eine Lutherische zu heiraten[1]). Auch von Frankreich her sondierte man, vermutlich auf Äußerungen von Pöllnitz hin, ob der Kurfürst geneigt sei, das Fräulein von Montpensier, eine Verwandte des Königs, heimzuführen[2]). Das Gerücht hiervon drang selbst über den Kanal, und König Karl II. von England ließ dem brandenburgischen Gesandten von Brandt gegenüber eine hierauf bezügliche Bemerkung fallen[3]). Der Kurfürst selber stellte sich, als ob an dieser Sache etwas sei, indem er die Äußerung hinwarf, in Frankreich wäre viel Geld zu bekommen, und amüsierte sich darüber, daß infolgedessen Bergius und die Hofmeisterin von Götzen Angst vor einer katholischen Heirat hatten[4]). Auch die Schwiegermutter des Kurfürsten, die Prinzessin-Witwe Amalie von Oranien, schrieb deswegen an ihn[5]).

[Zweite Ehe.]

Er hatte aber ganz jemand anders ins Auge gefaßt, nämlich die verwitwete Herzogin Dorothea von Braunschweig-Lüneburg, geborene Herzogin von Holstein-Glücksburg. Die Vermittlerin machte die Landgräfin, seine Schwester[6]). Die Erwählte war lutherisch, stellte jedoch einen Revers aus, durch den sie sich verpflichtete, ihre Kinder in der reformierten Religion zu erziehen[7]). Die Hochzeit fand am 14. Juni statt, im Oktober trat die Kurfürstin zur reformierten Konfession über. Dieser Übertritt wurde in geschickter Weise von dem Verfasser einer Flugschrift benutzt, welcher es sich zum Ziel gesetzt hatte, den Kurfürsten zur Annahme der polnischen Königskrone zu bewegen. Diese Flugschrift führte die Kurfürstin redend ein, wie sie ihrem Gatten Vorhaltungen darüber macht, daß nur er Bedenken trage, aus Scheu vor einer Religionsänderung sich um die polnische Krone zu bewerben und sie zur Königin zu machen, während sie doch ihm zu Liebe calvinisch geworden sei: da

1) Bericht vom 1./11. Januar 68.

2) Bericht vom 13./23. Mai 68.

3) Brand an den Kurfürsten den 10./20. Februar 68 in den Urkunden und Aktenstücken, Band XII S. 661. Pufendorf X S. 45. Orlich, Friedrich Wilhelm u. s. w. S. 51 legt diese Äußerung irrtümlicherweise der Mutter des Königs in den Mund, Pufendorf mißverstehend.

4) Urkunden und Aktenstücke Bd. XII S. 922 (Kurfürst an Schwerin den 7./17. April 68.

5) Ebendaselbst S. 921; Kurfürst an Schwerin den $\frac{31. \text{ März}}{10. \text{ April}}$.

6) Ebendaselbst S. 922; Kurfürst an Schwerin den 7./17. April 68, S. 924. Kurfürst an Schwerin den 12./22. April.

7) Ebendaselbst S. 924, Anm. 2.

alle gemäßigten protestantischen Theologen darin übereinstimmten, daß man auch in der katholischen Kirche selig werden könne, diese letztere dies aber von andern Konfessionen nicht gelten lasse, so sei es für alle Fälle das Sicherste, katholisch zu werden[1]).

[Der Fürst von Anhalt.]

Eine gewisse Voreingenommenheit äußert Lincker gegen einen der angesehensten Staatsmänner des Großen Kurfürsten, den Fürsten Johann Georg II. von Anhalt. Dieser, lange Jahre hindurch Statthalter der Kurmark, hatte Henriette Katharina von Oranien, die Schwester der Kurfürstin Luise, zur Frau. Schon früher war bekannt, daß das Verhältnis der hohen Verwandten zum Kurfürsten nach dem Tode seiner Gemahlin eine Trübung erlitt infolge seiner Weigerung, den Fürsten bei der Eröffnung ihres Testamentes zugegen sein zu lassen[2]). Nach Linckers Berichten scheint es aber, als ob schon zu Lebzeiten der Kurfürstin gewisse Verstimmungen Platz gegriffen hätten. Am $\frac{\text{26. Dezember 1666}}{\text{5. Januar 1667}}$ schreibt er folgendes: ein Kavalier sei dazu gekommen, als sich der Kurfürst mit dem Herzog von Holstein[3]) unterhielt, und habe aus dem Munde des Herrschers folgende Worte gehört:

Il ne m'a pas fait l'honneur de m'avoir écrit un seul mot de lettres depuis 15 jours, j'ai de ministres qui croyent que je suis obligé de les entretenir à quelque frais qui que soit, mais ils verront enfin qu'ils sont bien trompés. Der Kavalier, welcher glaubte, der Kurfürst habe den Herrn von Dohna[4]) gemeint, sprach nachher mit dem Herzog von Holstein in diesem Sinne über die Sache, und dieser äußerte sich dahin, der Fürst von Anhalt sei des Hoflebens müde und werde sich bald völlig zurückziehen. In der That, meinte Lincker, nähme es wunder, daß der Fürst so selten hinkomme, man wolle sogar wissen, daß er 40 000 Thaler Staatsgelder unterschlagen. Viele seien der Meinung, es sei unmöglich, daß der Staat auf diese Weise länger bestehen könne; vielleicht werde die Landgräfin im Interesse der kurfürstlichen Kinder bei der demnächstigen Zusammenkunft mit ihrem Bruder auf dem Sparenberg sich ins Mittel legen.

---

1) Lincker am $\frac{\text{25. Dezember 68}}{\text{4. Januar 69.}}$

2) Urkunden und Aktenstücke Bd. XII S. 82 Anm. 2.

3) Herzog August von Holstein-Plön.

4) Graf Christian Albert, brandenburgischer Geheimer Rat, Statthalter zu Halberstadt.

Ein anderes Mal berichtet Lincker[1]), der Kurfürst solle ein Schreiben des Fürsten ungelesen ins Feuer geworfen haben. Der Grund der Verstimmung sei, daß die Fürstin sich mit der Kurfürstin wegen der Teilung der zu erwartenden mütterlichen Hinterlassenschaft brouilliert habe[2]). Während der fünfwöchigen Krankheit des Kurfürsten habe der Fürst sich nicht einmal nach seinem Befinden erkundigen lassen[3]). Doch sei nicht anzunehmen, daß die Prinzessin von Oranien sich einen solchen Stein, wie der Fürst sei, aus dem Brett nehmen lassen werde[4]). Solange der Fürst am Ruder, sei an eine Reduktion der Truppen nicht zu denken[5]).

Bald darauf meldet Lincker, daß der Fürst wieder in Berlin sei, dagegen habe die Fürstin geäußert, sie werde sich künftig mehr in Dessau aufhalten[6]). Kürzlich sei sie heimlich und verkleidet auf einem Bauernwagen, nur von zwei Mägden begleitet, in die Stadt gekommen, um ihren Mann zu besuchen, und habe sich ebenso wieder entfernt.

Als der Kurfürst am Podagra darnieder gelegen und der Fürst lächelnd dabei gestanden, habe jener mit saurem Angesicht geäußert, ihm sei bei Gott nicht lächerig zu Mute, und habe nach dem Weggange des Fürsten sehr bittere Bemerkungen über ihn fallen lassen[7]). Nach dem Tode der Kurfürstin sollte die Fürstin gesagt haben, sie sehe wohl, daß ihr in dieser Stadt niemand gewogen sei, sie werde ihr Kindbett in Dessau abhalten[8]).

[Dohna.]

Als eifriger Anhänger des Fürsten wird der oben erwähnte Graf Dohna[9]) bezeichnet[10]). Von ihm heißt es, daß unter der Abwesenheit der Kurfürstin — in der Zeit kurz vor ihrem Tode —, deren Verwandter und Günstling er war, sein Einfluß sehr leide. Kein Bürger

1) Den 2./12. Januar 67.
2) Ebendaselbst.
3) Bericht vom 9./19. Januar 67.
4) Ebendaselbst.
5) Ebendaselbst.
6) Bericht vom 13./23. Februar 67.
7) Bericht vom $\frac{\text{20. Februar}}{\text{2. März}}$ 67.
8) Bericht vom 17./27. Juli 67.
9) Vergleiche über ihn die „Aufzeichnungen über die Vergangenheit der Familie von Dohna", Teil II.
10) Bericht vom $\frac{\text{26. Dezember 66.}}{\text{2. Januar 67.}}$ Orlich (Geschichte des preußischen Staates S. 248) zählt freilich 1664 beide zu entgegengesetzten Parteien.

wolle ihm sein Haus vermieten oder ihn aufnehmen[1]). Die Satiriker des Hofes spotteten, daß die Dohnaischen ins Lippische eingefallen seien wie die Türken in Neuhäusel[2]).

Ferner berichtet Lincker[3]) von Dohna, er habe in der Nähe von Berlin[4]) ein Gut gekauft und à la moderne ein Haus dahin bauen lassen, das er dem Kurfürsten aufschwatzen und großen Gewinn daran machen wolle; Chaise[5]), der jenem verpflichtet war, habe die Sache bei dem Kurfürsten zur Sprache gebracht und gerühmt, eine wie große Menge Heu man jährlich daselbst machen könne. Hierauf versetzte der Kurfürst: „Ja, auf die Manier, wie es Donau machet, welcher den Bauern alles das Ihrige entzieht, daß sie alle davonlaufen müssen." Pöllnitz, der nach Verabredung dabeistand, wendete ein, die Bauern hätten in Friedenszeiten (?) die meisten adeligen Äcker an sich gezogen, weswegen ihnen diese wieder hätten abgenommen werden müssen. Darauf der Kurfürst, noch mehr irritiert: „Ei, das könnten die Saalbücher genugsam entscheiden, aber so hält nur dieser haus, daß alle Leute entlaufen müssen."

[Verhältnis zu Münster.]

Auf das Gebiet der großen Politik fallen, wie schon bemerkt, aus Linckers Berichten nicht eben viel neue Streiflichter. Bemerkenswert ist die Abneigung, die uns bei dem Kurfürsten und seiner Umgebung gegen den kriegerischen Bischof Christoph Bernhard von Münster[6]), den unbequemen Nachbar und ewigen Friedensstörer, entgegentritt.

Als Lincker zuerst zu Beginn des Jahres 1666 an das kurfürstliche Hoflager kam, befand sich dieses gerade zu Kleve, wo eifrig an der Her-

---

1) Im September 1665 geriet seine Wohnung über oder neben dem kurfürstlichen Marstall in Brand. Der Kurfürst überwies ihm dann das Haus der „düchesse de Schöningen" (?). Aber dort scheint seines Bleibens nicht lange gewesen zu sein. Denn schon 1667 wurde ihm eine Wohnung im ehemaligen Gouvernementshause angewiesen. (Aufzeichnungen II Anm. 37 S. 152.)

2) Ebendas. Neuhäusel wurde 1663 von den Türken erobert. Dohnas Tochter Amalie heiratete im September 66 einen Grafen zur Lippe. Seitdem suchten die Dohnas den Detmolder Hof häufig heim. Darauf bezieht sich wohl die obige Bemerkung.

3) Bericht vom 2./12. Januar 67.

4) In Nieder-Schönhausen (Aufzeichnungen u. s. w. Teil II S. 146).

5) Chieze, Quartiermeister beim Fortifikationswesen (Aufzeichnungen II S. 155 Anm.).

6) Vergleiche über ihn die Aufsätze des Verfassers in dieser Zeitschrift Bd. VIII S. 151—168 und in der Zeitschrift für vaterländische Geschichte und Altertumskunde Westfalens Bd. 52.

stellung eines Friedens zwischen dem Bischof und den Generalstaaten gearbeitet wurde. Der Bischof, von Frankreich und Brandenburg zum Frieden gedrängt, wollte doch seine Ansprüche auf Borckeloe nicht fahren lassen und wurde von dem verbündeten England, das ihn freilich schlecht genug unterstützt hatte, zum Aushalten ermahnt[1]). In dieser Zeit gab der Geheimrat Raban von Canstein im Gespräch mit Lincker seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß die deutschen Fürsten nicht zusammenhielten und den Bischof zum Frieden zwängen. Wenn einer solches für sich allein thäte, so wäre es den andern zwar ein angenehm Ding, aber keiner wollte etwas mit dabei thun. Die katholischen Fürsten würden eben nicht hoch danach fragen, daß sie des Bischofs los würden, aber sie würden nicht zugeben, daß das Bistum vom Reich demembrieret würde. Lincker versetzte darauf, die weltlichen Fürsten würden es vielleicht nicht eben ungern sehen, daß ein Glied vom Reich abkäme. Dies sagte er darum, weil die Holländer ausgesprengt hatten, sie würden dem Kurfürsten gern einen Teil der zu erobernden Länder überlassen. Canstein antwortete hierauf ausweichend, davon lasse sich noch nichts sagen[2]).

Als im Jahre 1667 Frankreich den sogenannten Devolutionskrieg um den Besitz der spanischen Niederlande begann, war in Berlin wie anderswo der Argwohn vorherrschend, daß der Bischof von Münster, von dem es hieß, daß er rüste, nur allzu geneigt sei, die französischen Aspirationen zum Schaden Spaniens und Hollands zu unterstützen. Der Geheime Rat Köppen äußerte damals zu Lincker: der Kurfürst und der Bischof würden sicherlich nicht Freunde bleiben. Der Bischof fürchte, daß dem Kurfürsten das Kreisoberstenamt des westfälischen Kreises werde aufgetragen werden, und suche daher auf alle Weise den Kreistag (zu Köln) zu zerstören. Er bestritte Dinge, die er mit Hand und Siegel bereits bekräftigt, was der Kurfürst als Affront aufnähme. Dies sei der Dank dafür, daß der Kurfürst durch einige Kapitularen, die seine Lehnsleute seien, den Bischof von Paderborn zum Koadjutor habe wählen lassen[4]). Es sei der katholischen und geistlichen Fürsten

1) Der englische Envoyé Chevalier Vane erhielt damals von dem Residenten Swan einen Brief des Inhalts, daß Mylord Carlingford (der damals in Deutschland herumreiste, um für England Bundesgenossen gegen Holland zu suchen) ihm aus Prag zugeschrieben, wenn der Bischof sich nur diesen Winter über halten könne, werde es ihm im künftigen Frühling an Assistenten nicht ermangeln. (Bericht vom 3./13. Januar aus Kleve.)

2) Bericht vom 5./15. Januar 1666.

3) Bericht vom 29. Mai und vom 17. Juli 1667.

4) Vergleiche darüber diese Zeitschrift Bd. VIII S. 157.

Wunsch, die rheinische Allianz mit Frankreich, die damals dem Ablaufen nahe war, zu verlängern. Hieran knüpfte Köppen eine gar nicht üble Erklärung der Münsterschen Politik. Schon zur Zeit der westfälischen Friedenstraktate habe der brandenburgische Abgesandte von Löben die sehr richtige Bemerkung gemacht, daß die katholischen Fürsten nun, da sich Spanien und Österreich zur Vertilgung der Ketzer als zu schwach erwiesen, sich an Frankreich halten würden[1]. Bei einer derartigen Stimmung gegen Münster konnte es den Kurfürsten nicht angenehm berühren, als verlautete, der König von Frankreich habe geäußert, kein Kurfürst oder Fürst des Reiches könne etwas Nachdrückliches unternehmen als der Bischof von Münster[2].

[Verhältnis zu Frankreich.]

In demselben Berichte, der dies mitteilt, steht ein scharfes Wort des Kurfürsten über den französischen Gesandten Millet. Dieser erzählte bei der kurfürstlichen Tafel, Marquis Castel Rodrigo, der Statthalter der spanischen Niederlande, habe seinem König den Krieg erklärt, dieser aber nicht gleiches mit gleichem vergolten. Der Kurfürst lächelte damals dazu, äußerte aber nach Tisch, die Franzosen bildeten sich ein, andere Leute wären Narren. Er wollte damit offenbar besagen, es liege doch auf der Hand, daß, indem die Franzosen in Flandern einrückten, sie den Krieg bereits angefangen hätten[3].

Die Frage, wie man sich zu der unaufhaltsam vordringenden Macht, zu Frankreich, zu stellen habe, wurde von den Räten des Kurfürsten verschieden beantwortet. Den Fürsten von Anhalt nennt Lincker als Anhänger der holländischen Partei[4]. Als der Kurfürst im Dezember 1667 eine Schwenkung von Holland hinweg zu Frankreich hin vornahm[5], hatte dies eine Annäherung zwischen dem Kanzler Jena und dem Oberpräsidenten von Schwerin zur Folge, die der Kurfürst auf alle Weise beförderte[6]. Daß der Kurfürst gegenüber der Tripelallianz zwischen Holland, England und Schweden, welche bestimmt war, dem Vordringen Frankreichs Einhalt zu gebieten, sich kühl verhielt, trug ihm das Lob des Bischofs von Beziers, des französischen Agenten in Polen, ein[7].

1) Bericht vom 11./21. September 67.
2) Bericht vom 17./27. Juli 67.
3) Ebendaselbst.
4) Bericht vom 9./19. Januar 67.
5) Droysen, Geschichte der preußischen Politik, Bd. III S. 219.
6) Bericht vom 11./21. Dezember 67.
7) Bericht vom $\frac{\text{19. Februar}}{\text{1. März}}$ 69.

Als der pfalz-neuburgische Rat Strattmann Schwerin darauf hinwies, der Kurfürst habe ein Interesse an der Wohlfahrt der vereinigten Provinzen, besonders der klevischen Lande wegen, wollte dieser das nicht so ohne weiteres gelten lassen. Man hätte damals am brandenburgischen Hofe eine Demütigung Hollands, von dem man nur Undank erfahren, nicht ungern gesehen [1]).

Gegenüber dieser Hinwendung zu Frankreich, die doch etwas Unnatürliches hatte, berührt es dann wieder sympathisch, wenn berichtet wird [2]), der Kurfürst habe in Königsberg gegen den schwedischen Sekretär Dörffler seine Entrüstung geäußert über das Vorgehen gegen die Evangelischen in Frankreich und den Wunsch ausgesprochen, andere Evangelische möchten, wie die Notdurft erfordere, mit ihm in ein Bündnis treten, er seinesorts wolle gern alles, was er hätte, fürs Religionsinteresse aufsetzen.

Die Zeit, da derartige Erwägungen in der hohen Politik den Ausschlag gaben, war freilich vorüber. Höchstens der Bischof von Münster führte noch Religionskriege, aber auch dieser war nicht mächtig und nicht reich genug, das Prinzip in voller Reinheit durchzuführen. Als Jahrzehnte später die Verfolgungen der Hugenotten den höchsten Grad erreicht hatten, da konnte der Kurfürst ihnen nicht mit den Waffen beistehen, sondern ihnen nur eine Zuflucht in seinen Staaten gewähren.

---

1) Bericht vom 19. Februar / 1. März 69.

2) Am 26. Februar / 8. März 69.

IV.

Der Wendepunkt im zweiten schlesischen Kriege.

Mitteilungen zur Kaiserwahl Franz I. Die Lage Bayerns zur Zeit des Füssener Friedens. April 1745.

Von

Mathien Schwann.

Der zu Frankfurt am 22. Mai 1744 abgeschlossene Traktat der konföderierten Union hatte die Streitkräfte der einen Partei zu einem Bunde zusammengeschlossen. Dieser Bund umfaßte Hessen, Kurpfalz, den Kaiser Karl VII. mit seinen bayerischen Erblanden, Friedrich II. von Preußen und Ludwig XV. von Frankreich. Das Ergebnis des auf diese Vereinigung hin unternommenen Feldzugs im Jahre 1744 aber war ein ungünstiges. Zwar wurde Österreich aus seiner in Lothringen unternommenen Offensive herausgeworfen, und Seckendorff führte den Kaiser in seine Residenzstadt München zurück. Allein Österreich war an keinem Punkte entscheidend getroffen worden. Es behielt die festen Plätze in Bayern teilweise besetzt, und der König von Preußen mußte Böhmen und die Hauptstadt Prag wieder aufgeben und sich nach Schlesien zurückziehen. Ein zweiter Feldzug war nötig geworden. Aber auch der Gedanke an Frieden wurde an manchen Höfen schon Ende 1744 erwogen.

Zu dem neuen Feldzuge nun schloß sich die andere Partei enger und fester zusammen, als es bisher der Fall war. Am 13. September 1743 war zu Worms ein definitiver Vertrag zwischen Österreich, England-Hannover und Sardinien gegen die Bourbonen von Spanien und Neapel abgeschlossen worden. Am 20. Dezember desselben Jahres folgte der Abschluß des Defensivbündnisses zwischen Österreich und Sachsen. Und nun am 8. Januar 1745 kam es zu Warschau zum Abschluß

einer Quadrupalallianz zwischen Österreich, Sachsen, England und Holland. Dieser Bund sollte eigentlich eine Vereinigung der vier Mächte zur Offensive gegen Preußen bedeuten, allein Sachsens Zusage, 30000 Mann gegen Subsidien zur Verteidigung Böhmens stellen zu wollen, gab auch diesem Bunde wieder mehr den Charakter eines Defensivbündnisses [1]).

In der gleichen Zeit nun, da hier die Streitkräfte sich enger zusammenschlossen, lockerten sich die auf der Gegenseite mehr und mehr. Am 20. Januar 1745 starb Kaiser Karl VII., der für sein Haus den Kampf um die Erbfolge in Österreich gegen Maria Theresia aufgenommen hatte [2]). Nur Unglück und Leid hatte ihm und seinem Lande die Kaiserkrone gebracht, und die Ursache des Unglücks wird nicht nur von ihm und Friedrich dem Großen in erster Reihe Frankreich zugeschrieben, sondern auch die französischen Geschichtschreiber, so Pajol und Zevort, bestätigen die Vorwürfe, welche die Verbündeten Frankreichs gegen die Regierung Ludwigs XV. erhoben. Allerdings wird da zugleich das tiefe Mißtrauen bestätigt, welches die Franzosen gegen den kaiserlichen General-Feldmarschall Freiherrn von Seckendorff hegten.

Der Tod des Kaisers nun regte eine Menge alter und neuer Fragen wieder an. Unter ihnen traten namentlich hervor, ob Sachsen nun auch noch an seinem Bunde mit Österreich festhalten werde? Ob es nicht vielleicht selbst die Hand nach der Kaiserkrone ausstrecken möchte? Welche Partei wird der junge Kurfürst Maximilian III. Josef von Bayern ergreifen? Wird die Frankfurter Union bestehen bleiben? Welche Stellung werden Hannover und England jetzt einnehmen? Welche die geistlichen Kurfürsten des Reiches?

Nur ein Zusammenraffen aller Kräfte, ein rasches entschiedenes Handeln hätte Bayern retten können. Aber dazu hatte man weder den eigenen Mut, noch ermunterte Frankreich, das jetzt vor allem hätte einspringen müssen, dazu. Friedrich II. meldete Ludwig XV., von München komme ihm die Nachricht, die Kaiserin und alle Minister mit Ausnahme Törrings wollten den Frieden; die österreichischen Fortschritte in der Pfalz und in Baden drängten noch mehr dazu; von der Seite stünde das Schlimmste zu befürchten; der Tod des Kaisers habe die Verbündeten entmutigt .... Sollte Frankreich den Kurfürsten von Bayern nicht unterstützen, so werde der sich Österreich in die Arme werfen [3]). Das war im Januar 1745.

---

1) Arneth, Maria Theresia III, 3 ff.
2) Vgl. Heigel, Der österreichische Erbfolgestreit und die Kaiserwahl Karls VII.
3) Politische Korrespondenz Friedrichs des Großen (P. K.) Bd. IV S. 31.

Aber alles Mahnen nützte nichts. Argenson, der französische Minister des Auswärtigen, glaubte nicht an den Abfall der Bayern, da diese hinreichende Gründe hätten, sich nicht mit dem Wiener Hofe zu verständigen[1]). Wie vor dem Tode des Kaisers ging es auch jetzt in Frankreich fort: „man wartet auf Vorschläge, die etwa der Feind machen könne; man entschließt sich weder zu ernstem Kriege, noch zu dem wahren Versuche, den Frieden zu erhalten — ewig das gleiche System des Aufschiebens und Abwartens, ewig dieselben Illusionen, die gleiche Unfruchtbarkeit der Gedanken und erwählten Mittel, das gleiche Strampeln auf einem Fleck" [2]).

Zu einer so dringend notwendigen Einheitlichkeit im Handeln vermochten die Verbündeten der Frankfurter Union nicht zu gelangen. Daß der junge Kurfürst von Bayern die Aussöhnungsversuche mit Österreich nicht fortsetzte, war eine irrige Meinung, veranlaßt durch die Thatsache, daß er bereits am 22. Januar den Titel eines Erzherzogs von Österreich annahm[3]). Mochte immerhin die Sehnsucht nach dem Frieden anfangs gedämpft worden sein durch den Gedanken des Kurfürsten an die Kaiserkrone[4]), so bedeutete das doch nur ein Stadium in dem Kampfe der Parteien am Münchener Hofe, an deren Spitze einerseits Graf Törring, der Kommandant der bayerischen Armee nach dem Abschiede Seckendorffs, der französische Gesandte Chavigny und Klinggräffen, der preußische Gesandte standen, andrerseits die vom Feldmarschall Seckendorff inspirierten Elemente. Seckendorff war nach Augsburg gegangen. Von dort aus arbeitete er für den Frieden zwischen München und Wien, und seine Schlauheit gewann den Sieg.

Wir stehen in der Mitte März 1745. Der französische General Maillebois begann am Rhein gegen die Österreicher vorzurücken. Die Franzosen hatten hier ihre Stellung von Friedberg bis Wiesbaden ausgedehnt. Ihr rechter Flügel lehnte sich an Friedberg, ihr linker stand

1) Zevort, Le marquis d'Argenson S. 120.

2) Ebenda S. 137.

3) Seeländer, Die Publizistik zum Füssener Frieden S. 45 f. u. Bayerisches geheimes Staatsarchiv (B. g. St.A.) Baron von Wetzelsche Korrespondenz: Max Josef an Wetzel, München, 6. Februar 1745: Sollte Sachsen zu gleichem Verständnis, wie mit dem verstorbenen Kaiser, zu bewegen sein, so wollte man sich nicht mißfallen lassen, den Weg noch einmal einzuschlagen.

4) Seeländer a. a. O. S. 47 u. B. g. St.A.: Praidlohn an Wetzel, München 10. Februar 1745. Looß werde wie ein angelus pacis angesehen und verehrt werden, wenn er etwas Gutes von Wien mitbringe; aber Wetzel (ebenda an Praidlohn, Dresden, 13. Februar) glaubt nicht an die Möglichkeit des Friedens, da Sachsen zu sehr mit Österreich und England liiert sei.

von Oberursel bis Wiesbaden, dazu ein besonderes Corps unter Gen. Löwendal bei Hochheim. Daß man nun diese Armee zu verst- suchte, indem man die französischen Truppen aus Schwaben heranz- hatte selbstverständlich eine Schwächung der Armee in Bayern z- Folge. Ein Bericht Segurs an Argenson aus der Mitte des M- giebt uns Aufschluß, wie es in Bayern aussah[1]). Segur, der Befehls- haber der französischen Hilfstruppen in Bayern, hatte mit Törring, de- Grafen Preysing und Chavigny am 7. März eine Konferenz abgehal- Da habe er den Herren auseinandergesetzt, daß er sich jetzt in der M- des März außer Stande sehe, die Armee zu versammeln, da d- Subsistenzmittel fehlten; trotz der numerischen Überlegenheit werde er gezwungen sein, Bayern zu verlassen; alle Ausgaben des Königs wär- verloren, alle guten Intentionen für den Kurfürsten umsonst; d- gemeinsame Sache sei total vernichtet[2]). Dann habe er am ande- Tage den Kurfürsten selbst gesehen und ihm das Gleiche gesagt. Ma- Josef habe erwidert, daß er wohl wisse, was der König für den Kai- gethan; daß er auf die nämliche Unterstützung rechne; daß er all- anordnen werde, was zur Erfüllung des Engagements nötig sei; daß e- aber auch den Zustand des Landes kenne; daß endlich der König ih- habe wissen lassen, es sei seine Absicht nicht, seine Völker von neuem i- das äußerste Elend zu bringen, daß er thun werde, was nötig sei, dam- das Land gebe, was es noch geben könne.

Ein persönliches Urteil Segurs über Max Josef wird als Gegenbild zu der Darstellung eines österreichischen Berichtes des Generals Thüngen nicht uninteressant sein. Während der Österreicher meldete, der junge Kurfürst sei so unwissend, daß er nicht einmal die Kleinigkeiten begreife, schrieb Segur wörtlich nach Paris: „Ich kann nicht sagen, wie sehr ich mit dem jungen Kurfürsten zufrieden bin: das ist ein Prinz, welcher aufmerksam zuhört, überlegt und alle Hoffnungen giebt, die man von einem reiferen Alter und größerer Erfahrung erwarten darf."

Es läßt sich denken, daß solche Nachrichten aus Bayern in Paris keine allzu große Freude erweckten, und wir können es wenigstens be-

1) Pajol, Les guerres sous Louis XV. II. 471.

2) Über diese Konferenz meldete der bayer. Vicekanzler Praidlohn an Seckendorff in Augsburg: (München, 7. März 1745) man habe die Mittel beraten, wie man die Armee unterhalten könne? Mit den Lieferungen für die Magazine nehme es immer mehr ab; schon gebrach es vielfach an dem täglichen Unterhalt, und die Frage war, wie man im kommenden Monat April werde bestehen können. B. g. St.A. Füssener Friedens-Acta Tom. I. Nr. 28.

greiflich finden, daß die schwache Regierung Frankreichs sich unter solchen Umständen nicht mehr zu einem „coup de vigueur“, wie ihn Friedrich der Große forderte, aufzuraffen vermochte. Überhaupt schien man in Frankreich auf etwas anderes zu rechnen, als auf seine eigene Kraft. Valory, der französische Gesandte am Berliner Hofe, gab sich große Mühe, Sachsen zu gewinnen. Durfte doch Frankreich, so meinte man allenthalben, die Kaiserkrone nicht wieder an Österreich kommen lassen. Und am 3. März schrieb der Graf Moritz von Sachsen von Paris aus an den König August III. von Polen[1]): „Alle Wünsche dieses Landes vereinigen sich dahin, Euerer Majestät diese große Würde zu verschaffen, und man fürchtet nur, daß die Klugheit Eurer Majestät dieselbe ausschlage. Das ist indes ein Fall, Sire, wo es geboten ist, daß Euere Majestät sich einiger Mühe unterziehe, um so mehr, da es sich darum handelt, Europa den Frieden zu verschaffen und vielleicht seine eigene Ruhe zu sichern.“ Frankreich bleibe bei denselben gegnerischen Gesinnungen gegen das Haus Österreich und werde alle Kräfte anstrengen, einen andern Kandidaten für die Kaiserwürde zu gewinnen. Es scheine ihm, daß die Angelegenheit der Succession des Hauses Österreich nicht der Punkt sei, welcher jetzt die meiste Aufmerksamkeit verlange; aber wenn Österreich den Krieg von neuem beginne und seine Fortsetzung verursache, so könne es für den König nur vorteilhaft sein, wenn er dann auch noch Träger der kaiserlichen Krone wäre. Dann werden andere Vorteile vorgezogen, welche mit dem Besitz der Kaiserkrone für Sachsen-Polen verbunden seien, die Macht wird betont, welche diese Würde dem Könige gegen den König von Preußen verleihe, und zum Schlusse vergleicht Graf Moritz die Stärke Bourbons mit derjenigen Österreichs und kommt zu dem Ergebnis, daß die Bourbonen mit ihren Verbündeten mindestens 200 000, wenn nicht 300 000 Mann mehr ins Feld stellen könnten, als die Verbündeten Maria Theresias[2]).

---

1) Maurice comte de Saxe et Marie Josèphe de Saxe, Dauphine de France. Lettres et documents inédits des archives de Dresde, publiés par M. le comte C. F. Vitzthum d'Eckstädt. S. 478 ff.

2)

Franzosen	322 000	Mann.	Österreicher	120 000	Mann.
Spanier	80 000	„	Sachsen	40 000	„
Sicilier	30 000	„	Hannoveraner	30 000	„
Preußen	150 000	„	Holländer	80 000	„
Bayern	30 000	„	Engländer	20 000	„
Pfälzer	9 000	„	Piemontesen	40 000	„
Hessen	9 000	„		330 000	Mann.
	630 000	Mann.			

Im Februar hatte Brühl schon ein gleiches Anerbieten Argensons im Namen seines Königs ausgeschlagen. Am 26. März schrieb August III. selbst in gleichem Sinne an Moritz. Aber in Frankreich ließ man von dem Gedanken nicht ab. Erst Ende August, da die Wahl Franz Stephans von Lothringen bereits feststand, schrieb Moritz wieder an den Grafen Brühl[1]), Frankreich habe nie den formellen Ausschluß des Großherzogs verlangt; es verlange nur die Freiheit der Wahl. Die Bedingungen, auf die hin Frankreich sich zu einem Frieden verstehen würde, seien:

1. Freiheit der Wahl.
2. Aufrechterhaltung des Breslauer Friedens zu Gunsten des Königs von Preußen.
3. Sicherheiten für Frankreich in den Niederlanden.
4. Ein Etablissement für Don Philipp.

Die Absicht Sachsens auf die Kaiserkrone wurde also vom Dresdener Hofe geleugnet. Allein in Deutschland und den deutschen Gesandten gegenüber zeigte der Dresdener Hof ein sehr zweideutiges Gesicht[2]). Am 17. Februar sah Seckendorff sich bereits imstande, einen ganzen Plan vorzulegen: Sachsen wird Kaiser; eine doppelte Heirat zwischen den Häusern Bayern und Sachsen; die Wahl des bayerischen Kurfürsten zum römischen Könige, vermittelt durch den Kaiser, „den künftigen Herrn Schwiegervater," Vermittlung eines für Bayern vorteilhaften Friedens durch dieselbe Stelle[3]). Aber die Aussichten Österreichs wurden bald heller, und Seckendorff wandte sich der „neuaufgehenden" Sonne zu.

Der Mainzer Gesandte in München, Baron Kesselstatt, arbeitete im Interesse Österreichs. Aber der Mainzer Gesandte Baron Erthal hatte sich in den Kopf gesetzt, Kursachsen mit Wien zu vereinigen, so daß entweder Österreich die sächsische Stimme ungeheuer teuer erkaufen sollte, oder der König von Polen Kaiser, der älteste Erzherzog dagegen zum römischen Könige erwählt würde. Als Preis der sächsischen Stimme

---

1) Vitzthum d'Eckstädt S. 486 ff.

2) B. g. St.A. Wetzel an Praidlohn d. d. Dresden, 6. und 8. Februar: der König von Polen denke an Annahme der Kaiserkrone, und dem Dresdener Hofe seien die Verhandlungen betreffs der Doppelheirat (zwischen dem sächsischen Kurprinzen und der Prinzessin Charlotte von Lothringen, wie dem Prinzen Karl von Lothringen, dem Bruder Franz Stephans, und der kursächsischen Prinzessin Marianne) als verfrüht leid geworden. (Nicht auch die Allianz von Warschau etc.? Vgl. u.) Man hoffe, daß der bayerische Kurfürst die Prinzessin Marianne heiraten werde.

3) B. g. St.A. Füssener Friedens-Acta I. Nr. 10. Augsburg, den 17. Febr.

bezeichnete Erthal dem österreichischen Staatskanzler Uhlefeld ein Stück von Schlesien, da Magdeburg unter der russischen Garantie begriffen, und man nur Ostfriesland, das Clevische und Schlesien dem Könige von Preußen abnehmen könne[1]). — Was wollte denn Erthal? Er hatte doch von dem Kurfürsten von Mainz am 9. März den Bescheid erhalten, daß er, wenn die Königin von Ungarn und deren Verbündete dem Dresdener Hofe die Absicht auf die Kaiserwürde mit allem Nachdruck widerrieten und benähmen, dem mit Glimpf beitreten könne[2]). Erthal trat eben für die Wünsche Sachsens ein, und Sachsen ging dafür wieder mit Erthal, indem es die Zulassung der böhmischen Stimme zur Wahl billigte. Der Gesandte versuchte auch sein Glück bei Wetzel, kam aber nicht an[3]).

In Wien wollte man die Kaiserkrone wohl. Dieselbe aber mit Länderabgaben zu erkaufen, hatte man nicht im Sinn, da dies dieselbe auf die Dauer nicht bei dem Erzhause befestigen, sondern die Stellung Österreichs schwächen würde. Auf die Haltung Sachsens kam es daher besonders an, und das wußte Graf Brühl sehr gut. Seine Aufgabe war es, zu sehen, auf welcher Seite er den größten Vorteil habe.

Vereinigung mit Preußen? — Es wird noch davon die Rede sein.

Vereinigung mit Bayern? — Wir hörten davon, daß Seckendorff für Sachsen am Münchener Hofe arbeitete. Aber in Wien suchte man diese Vereinigung zunächst zu verhindern, und in Sachsen selbst schien man nicht so versessen auf diesen Plan. Wetzel meinte, daß nur glückliche Erfolge im nächsten Feldzug eine Änderung in der Denkungsart des Dresdener Hofes bewirken könnten[4]). Und hier kommt uns eine Mitteilung Seckendorffs in dem angeführten Schreiben vom 17. Februar zu Hilfe. Die doppelte Heirat, welche schon der verstorbene Kaiser beschlossen habe, solle man nicht durch Wetzel betreiben lassen, der mit seinem Vertrauen dem preußischen Gesandten gegenüber fortfahren müsse, sondern durch einen Specialgesandten. Er schlägt Fürstenberg vor. Anfangs solle man das Werk mit der Königin von Polen und ihrem Beichtvater verabreden und womöglich sicher stellen, denn er fürchte, Graf Brühl und Guarini seien vom Wiener Hofe gewonnen. Sachsen habe sich allem Anschein nach mit Österreich zu weit eingelassen. —

1) Wiener geheimes Staatsarchiv, Reskript an Palm d. d. 29. März. Beilage 1 zum Original-Reskript an Colloredo vom 29. März.

2) Kurfürst zu Mainz an Erthal in Dresden. Mainz, den 9. März. 3. Beilage z. Orig.-Reskr. an Colloredo.

3) B. g. St.A. Relation Wetzels d. d. Dresden, 8. März.

4) B. g. St.A. dechiffré ad Rel. d. d. 8. März.

Die Warschauer Allianz war eben abgeschlossen; da mußte die offizielle Politik Sachsens in österreichischem Fahrwasser bleiben. Und so riet Seckendorff zu geheimen Umwegen.

In Wien aber glaube man, daß es Sachsen mehr um teuern Verkauf seiner Wahlstimme, als um die Kaiserkrone zu thun sei[1]).

Nach alledem war die Lage Österreichs keineswegs so einfach, zumal auch England und Holland daran dachten, die Forderungen Sachsens und Bayerns zum Teil zu unterstützen[2]). Kurköln hegte ähnliche Pläne: Bayern sollte vergrößert werden, wenn auch auf Kosten Preußens. Und von Wien aus teilte man Colloredo, dem zur Unterhandlung mit Bayern bestimmten Friedenskommissar mit, daß Kurtrier sich „auf Irrwege" habe verleiten lassen.

Wollte man nun diese gefährliche Klippe umgehen, wollte man verhüten, daß dieses allseitige Denken an österreichische Landabtretungen zur wirklichen Forderung wurde, so mußte man möglichst schnell mit Bayern fertig zu werden suchen, denn schon hatte Burmannia, der außerordentliche Gesandte der Generalstaaten am Wiener Hofe, wie auch Robinson, der Gesandte Englands, Befehl erhalten, Bayerns Forderung einer mäßigen Landabtretung zu unterstützen[3]). Weiter hatte aber auch England erklärt, nicht abgeneigt zu sein, die bayerischen Truppen in seinen Sold zu nehmen, und darauf setzte man in Wien die schöne Hoffnung, den Geldpunkt bei den Verhandlungen mit Bayern auf eine für das österreichische Ärar ganz unnachteilige Weise heben zu können[4]).

Am 31. März nun erhielt Colloredo von Wien aus den Bericht über die Vorgänge an der Vils. Batthyany, der gegen Bayern kommandierende General, war am 21. März mit drei Kolonnen über den Inn gegangen und trieb nun die bayerische Armee vor sich her. Indessen saß Colloredo in Innsbruck und wartete auf den Paß, dessen er zu seiner Reise nach Bayern benötigte. Richtig rechnete man, daß das kriegerische Unglück Bayerns in Dresden anspornen würde, weil man

---

1) W. g. St.A. Reskript an Palm d. d. Wien, den 29. März. Zusatz.

2) Ebenda.

3) W. g. St. A. Extrait du Registre des Resolutions de LL. h.h. p. p. les États generaux des Provinces Unies. 12. März 1745. Nr. 6. Beilage zum Original-Reskript an Colloredo vom 29. März, und W. g. St.A. Verschiedene Fragmente das Friedensgeschäft von Füssen betreffend: Extrait de la lettre de M. le Baron de Hammerstein à S. E. Grand Maître en date la Haye le 2er avril 1745 (communiqué par M. de Droste, ministre de Cologne).

4) W. g. St.A. Original-Reskript an Colloredo, Wien, den 19. März.

sonst fürchten müsse, daß Bayern zuvorkomme. Und schon habe Erthal seine Sprache gänzlich geändert [1]).

Mit Bayern fertig zu werden: das war nun der drängende Gedanke der österreichischen Diplomaten. Denn dadurch bekam man hier freie Hand, man gewann drei Kurstimmen auf einmal; Bayern, Pfalz, Köln, die Stimmen der Wittelsbacher, und Sachsen mußte dann thun, was Österreich wollte. Sachsen habe früher schon manches Verlangen aufgegeben, meinte man lakonisch. Deshalb wollte man Sachsens Vermittlung in Bayern nicht, deshalb überhaupt keine Vermittlung. Der gerade Weg zum Ziel — der Erfolg gab der österreichischen Politik recht.

Nun aber Preußen! Am 27. Februar hatte der preußische Gesandte aus München berichtet, Baron Haßlang, der bayerische Gesandte, habe aus London gemeldet, der König von Preußen hätte dort seine Stimme für die Wahl des Großherzogs angeboten, worüber Graf Preysing sehr in Unruhe gekommen sei. Ein zweiter Bericht Haßlangs hätte den ersten widerrufen, jedoch habe Harrington dem bayerischen Gesandten erklärt, der König von Preußen sei bereit, sich mit dem Könige von England über den allgemeinen Plan eines Friedens und die künftige Kaiserwahl ins Benehmen zu setzen. Seit dem Tode des Kaisers allarmierten derartige Nachrichten, der König von Preußen suche den Frieden und unterhandle mit Wien, fort und fort den Münchener Hof. Vor allem benützte Seckendorff dieses unbestimmte Gerede von überallher, um den Münchener Hof zum Frieden mit Österreich zu bestimmen.

Friedrich II. aber faßte jene Handlungsweise für kein gutes Zeichen der Geradheit des englischen Ministeriums auf und warnte seinen Gesandten Andrié in London, er solle auf seiner Hut sein und sich von den englischen Ministern keine Flausen vormachen lassen. Klinggräffen in München erhielt den Bescheid, daß man in England das Terrain auf Anlaß des Königs von Frankreich und noch zu Lebzeiten des verstorbenen Kaisers habe sondieren lassen, daß Friedrich sich aber von dem Kurfürsten nimmermehr trennen würde [2]). Zu gleicher Zeit hatte auch Chambrier, der preußische Gesandte in Paris, ähnliches erfahren [3]). Am 13. März schrieb Friedrich II. dem Könige von Frankreich, England verwerfe die Vorschläge Ludwigs nicht ganz, müsse sie aber vor einer Beschlußnahme seinen Verbündeten mitteilen. Es sei sicher, daß man in London mit dem Gedanken umgehe, die Frankfurter Union zu sprengen,

1) W. g. St.A. Original-Reskript an Colloredo d. d. Wien, 31. März.

2) Politische Korrespondenz (P. K.) Friedrichs des Großen IV. 76. Potsdam, 8. März.

3) P. K. IV. 79. An Podewils in Berlin. Berlin, 11. März.

daß die Höfe von London, Wien, Dresden, alle Anstrengungen machten, den Kurfürsten von Bayern und den Landgrafen von Hessen außer Aktivität zu setzen. Überdies würden die Rüstungen Rußlands ernster, und schon hätten die Österreicher 10 000 Mann aus der Oberpfalz nach Schlesien abkommandiert, so sicher rechne man auf den Kurfürsten von Bayern [1]).

Am 14. März kommt der König in einem längeren Schreiben wieder darauf zurück, daß nur große Erfolge das einzige Mittel seien, die Mehrheit im Kurfürstenkolleg zu gewinnen; mit einem Worte: „toutes les affaires dépendent du nerf, que l'armée du Rhin mettra dans ses opérations." Ludwig möge sich erinnern, daß der Fehler, den man in Bayern im Jahre 1741 machte, war, nicht direkt auf Wien marschiert zu sein: „c'est la seule opération décisive et qui nous mène à quelque chose [2])." An demselben Tage ging ein Ermunterungsschreiben an den Kurfürsten von Bayern ab [3]). Aber dasselbe konnte in München die ratlose Unentschiedenheit nur noch vermehren.

Der König hoffte immer noch, durch die äußersten Anstrengungen einen Frieden zu erzwingen. Er begriff es wohl, daß man sich, einmal im Kriege, zu einem guten Abkommen ebenso, vielleicht gewaltiger rüsten müsse, wie zu einer guten Campagne. Nur das eine oder das andere wollte er. Niemals dachte er daran, sich nach dem Wunsche seiner Gegner zu bequemen. Wie ernst er es nahm, ersieht man daraus, daß er wirklich in London seine Stimme für den Großherzog anbot. Welchen Gebrauch man aber da von seinem Anerbieten machte, sagten uns die Klagen Klinggräffens und Chambriers. Das mußte den König befremden, es mußte ihn zwingen, über die Absichten Englands Klarheit zu bekommen. Entweder die Hoffnung, Bayern zum Frieden zu bewegen, mit dem man in Unterhandlung sei, oder die mit seinen Vorschlägen unvereinbaren Engagements mit Sachsen, oder die Zugeständnisse, welche man Sachsen vielleicht sogar auf seine Kosten gemacht habe, hielt der König für den Grund, weshalb man in England so wenig Neigung zeige, auf seine Vorschläge einzugehen. So der König an Andrié [4]).

Aber so großmütig war man in England nicht Sachsen gegenüber. Da galt es zunächst, Frankreich niederzuringen. Dann aber war der

1) P. K. IV. 78. Berlin, 13. März.
2) Ebenda IV. 79. Berlin, 14. März.
3) Ebenda IV. 80. Berlin, 14. März.
4) Ebenda IV. 80. 81. Breslau, 19. März.

König von England auch Kurfürst von Hannover, und als solcher dachte er an Ostfriesland, Mecklenburg und Nassau. Schon waren mit dem Wiener Hofe diesbezügliche Urkunden ausgewechselt worden[1]). Bei der großen preußischen Teilung wollte auch Hannover sein gutes Stück. Ob aber der König von Preußen seine Länder wohl so gutwillig hergeben würde, als man sie zu nehmen beschloß, daran schien von diesen Bärentötern keiner mehr zu denken.

Valory, der französische Gesandte in Berlin, hatte indessen von seinem Hofe einen neuen Auftrag zu einer zweiten Reise nach Dresden erhalten. Mit welchen Lockungen er dort zu wirken suchte, sagte uns schon jener Brief des Grafen Moritz von Sachsen, der in die gleiche Zeit fällt. Friedrich II. zollte auch dieser zweiten Reise keinen Beifall[2]). Preußen hätte den Sachsen als Kaiser am wenigsten brauchen könnnen, und um Sachsens Freundschaft betteln könne er nicht, schrieb Friedrich selbst[3]).

Graf Beeß, der preußische Gesandte in Dresden, berichtete eben in damaliger Zeit sehr merkwürdige Dinge. Die Sachsen hätten ein großes Magazin bei Bautzen angelegt und wollten mit einem Heere von 30000 Mann in Niederschlesien gegen den König agieren. Friedrich sah sich vor. Seine Instruktionen flogen nach allen Seiten. Er teilte Sachsens Pläne Ludwig XV. mit[4]) und drängte zum Vorgehen am Rhein und in Bayern. Die gleiche Nachricht über die Absichten des Dresdener Hofes ging an Mardefeld in Petersburg[5]). Den russischen Kanzlern ließ der König anbieten, jeder von ihnen solle 100000 Thaler erhalten, wenn sie den Frieden mit ganz Oberschlesien und den Gebirgspässen für ihn zu stande brächten; 80000 Thaler, wenn nur Oberschlesien mit den Enclaven; 50000 Thaler, wenn nur mit der Bedingung, den Sachsen keine Entschädigung für den Durchmarsch seiner Truppen zahlen zu müssen. — Podewils wurde angewiesen, sofort die russische Mediation anzurufen, wenn es mit Andriés Bemühungen in London nichts wäre. Auch Spon und Klinggräffen sollten arbeiten, daß in Bayern die Operationen begännen. Und dazu berichtete nun Graf Beeß am 20. März aus Dresden[6]), daß ein Jude Baruch, Lieferant des Brühlschen Hauses, an Wallenrodt gewisse Eröffnungen gemacht

1) W. g. St.A. Original-Reskript an Colloredo d. d. Wien, 31. März.
2) P. K. IV. 86. Neiße, 26. März.
3) Ebenda IV. 102. Neiße, 3. April.
4) Ebenda IV. 90. Neiße, 26. März.
5) Ebenda IV. 88. Neiße, 26. März.
6) Ebenda IV. 93.

habe über die Vorteile, welche man sich für den Fall des Anschlusses an Bayern verspreche. Das sei offenbar in der wahrscheinlichen Absicht geschehen, den Wiener Hof willfähriger zu machen. Denn dieser gleiche Jude sei an ihn abgeschickt worden, um ihm beizubringen, daß Graf Brühl eigentlich ein guter Preuße sei. Der Warschauer Vertrag verpflichte zu nichts, und man sei nicht schlecht aufgelegt, den Teilungsplan, wie er mit dem verstorbenen Kaiser einst verabredet wurde, wieder aufzunehmen, wenn Frankreich und Preußen sich dazu verständen, die nämlichen Subsidien zu zahlen, welche man von England und Holland beziehe. Auf seine Frage, ob der Jude Auftrag vom Minister habe, sagte er, er sei von dem Generaladjutanten zu diesem Besuche engagiert worden. Brühl erwarte für sich die Erhebung in den Reichsfürstenstand mit ansehnlicher Grundlage. — Nach zwei Tagen kam der Kommissar wieder; Graf Beeß aber sagte ihm, Brühl solle sich direkt an ihn wenden.

Was soll man davon denken? Welche Absicht barg Brühl hinter dieser „feinen" Politik? Der Warschauer Vertrag war erst am 15. März ratifiziert worden. Da machte er es ähnlich. Er gab eine Verwahrungsurkunde an Esterhazy, Villiers und Calckoën, die Vertreter der paktierenden Mächte. Esterhazy aber verweigerte die Annahme[1]). Was sollte das alles? Nur zwei Deutungen scheinen möglich. Sachsen war gerüstet mit Hilfe der Seemächte. Es konnte sich, wie Baruch behauptete, stellen, wohin es wollte. Man bot sich — und daran werden Frankreichs Lockungen nicht das wenigste gethan haben — Preußen an, um durch Frankreich und Preußen zu einem größeren Gewinn zu kommen. Denn Graf Brühl war politischer Handelsjude. Die eigene Bereicherung und diejenige seines Hofes war sein Ziel. Oder aber er wollte durch solches Vorgehen Österreichs Willfährigkeit steigern und zugleich dem lauernden Preußenkönige Sand in die Augen streuen. Aus allem aber ist zu ersehen, daß Sachsen nur ein lauer Bundesgenosse Österreichs war. Versicherte doch Graf Brühl, daß der König von Polen an dem Kriege keinen direkten Anteil nehmen, sondern nur Hilfstruppen stellen, daß er nie selbst gegen Frankreich oder Bayern vorgehen wolle, und daß er auch glücklichen Erfolgen Bayerns und seiner Verbündeten mit Ruhe zusehen werde[2]). Jedenfalls hatte Brühl seinen ersten Zweck erreicht: Sachsen war gerüstet. Für wen? Das sollte sich jetzt erst entscheiden.

---

1) W. g. St.A. Reskript an Palm. Wien, 29. März.

2) B. g. St.A. Wetzels Relation vom 22. März. In diesem Bericht bittet Wetzel zugleich, der Minister möge ihm eine bayerische Köchin für die Oberhof-

Friedrich II. schrieb an seinen Gesandten in Dresden, die Nachricht habe ihn so überrascht, daß er nicht wisse, was er davon denken solle. Für den Fall, daß Brühl sich wirklich an ihn wende, solle der Gesandte ihm schmeicheln, ohne den König zu irgend etwas zu verpflichten, und alles anhören, was er sagen werde. Wie aber solle man die Nachricht vereinbaren mit der Absicht Sachsens, ihn anzugreifen? Graf Beeß solle aufmerksam sein auf alle militärischen Einrichtungen, Pläne und die geringsten Truppenbewegungen. Nach allen Seiten solle er auf der Hut sein und sich von Gaunern nicht dupieren lassen, die keine andere Profession hätten, als zu schwindeln [1]).

Die Episode ist damit beendet, daß wir nichts mehr hören. Und das mag seinen Grund darin haben, daß Brühl zu lange gewartet hatte. Österreich hatte seine erfolgreiche Aktion in Bayern begonnen und führte sie siegreich durch. Damit war Sachsen kalt gestellt. Aber weiter that man von Wien, London, Dresden aus alles mögliche, in Paris den Argwohn gegen Friedrich II. zu erwecken und zu vermehren [2]). Und diese Ergüsse der Feinde Friedrichs fanden an vielen Orten Glauben, um so mehr, als man in Frankreich gerade jetzt weniger denn je geneigt nnd in der Lage war, sich in so weit aussehende Operationen, wie Friedrich sie vorschlug, einzulassen.

Frankreich richtete seine Absichten darauf, Sachsen zu gewinnen. Allein dem Könige von Preußen war damit wenig gedient, obschon er sonst allen billigen Forderungen Frankreichs gern willfahrte. So schrieb er auf den Wunsch Valorys [3]) an den Prinzen Wilhelm von Hessen-

meisterin Gräfin Kollowrat besorgen. Sehr gemütlich! Ebenso charakteristisch ist folgendes: Wetzel erfuhr in Dresden, daß man von seinen Berichten genau unterrichtet werde und man sich rühme, von dem Münchener Hofe alles haben zu können. (Durch wen? War Seckendorff etwa auch hier der Vermittler?) Wahrscheinlich bediente sich Wetzel deshalb einer andern Chiffre zu seinen Depeschen. Drauf aber schrieb ihm Praidlohn, der Vicekanzler, er habe das Chiffrierte nicht lesen können, da ihm die Chiffre fehle. Und doch hatte Wetzel diese Chiffre von Praidlohn selbst zugeschickt erhalten. Was nützen wohl Gesandtschaften, wenn man ihre Depeschen nicht enträtseln kann? Die Konfusion und Unordnung in München spiegelt sich auch in solchen Kleinigkeiten wieder. Dann brennt dem Gesandten in Dresden sein Kanzlist mit Sack und Pack und mit Hinterlassung etlicher 100 Gulden Schulden durch. Die Köchin ist auch noch nicht besorgt; sie erscheint noch wiederholt als Fragezeichen in den Berichten des Gesandten. Endlich am 5. Mai erhält Wetzel Nachricht über die Köchin und den mittlerweile abgeschlossenen Frieden.

1) P. K. IV. 93. Neiße, den 29. März.

2) P. K. IV. 94.

3) Ebenda IV. 102. Neiße, 3. April.

Kassel[1]), dessen General nach Klinggräffens Bericht seinen Truppen sollte verboten haben, gegen die Österreicher offensiv vorzugehen. Ein zweiter Brief des Königs an den Prinzen Wilhelm[2]) zeigt, daß dieser dann auch den Entschluß faßte, den Kurfürsten von Bayern nicht zu verlassen, und Friedrich hoffte, in München werde dies Eindruck machen, wenigstens soweit, daß man dort keinen erzwungenen Frieden mit Ausschluß der Verbündeten annehmen werde. Das war am 21. April. Am folgenden Tage schloß Bayern seinen Separatfrieden mit Österreich.

Bis zum letzten Augenblick blieb der König bemüht, die Frankfurter Union zusammenzuhalten. Immer wieder wies er darauf hin, daß es Frankreich nicht gelingen könne, Sachsen zu gewinnen, da dieses nach allen Seiten engagiert sei. So in einem gleichzeitigen Schreiben an Ludwig XV.[3]), und so in sehr scharfer Tonart in dem berühmt gewordenen Schreiben an Valory vom 9. April[4]). Es thue ihm leid, schreibt Friedrich da, den französischen Gesandten und seinen Hof als Narren der Sachsen zu sehen. Er wundere sich, ihn von Leuten dupiert zu sehen, die nur darauf ausgingen, ihn zu täuschen. Das Memoire, welches Valory überschickt habe, sei wenig exakt, denn die Sachsen hätten ihr Hilfscorps um 10000 Mann vermehrt, in der Gegend von Ratibor stünden 20000 ungarische Insurgenten u. s. w. „Ich weiß nicht, warum Ihr Hof es immer liebt, die Operationen seinen Verbündeten zu überlassen; wenn Sie in diesem Augenblick auch noch nicht an Bayern denken, setzen Sie mich in große Verlegenheit. Denn was nützt mir die Expedition in Flandern? Das ist etwas für den König von Frankreich, dem Könige von Preußen aber nützt sie nichts. Sie wünschen, daß ich offensiv agiere mit einer Armee vor mir, die ebenso stark ist, als die meinige, nach Abzug der 20000 Mann, welche zum Schutze von Schlesien und als Besatzung meiner Festungen dienen. Alles kommt Euch leicht vor für Eure Verbündeten und alles schwer für Euch selbst. Der Prinz Wilhelm, erschreckt durch die Ereignisse, welche dem verstorbenen Kaiser und dem Pfälzer zugestoßen, Euer Bundesgenosse, ist unentschieden; ich finde das nicht befremdend und denke auf Mittel, ihm Mut einzuflößen. Aber Eure Vorliebe für die Sachsen erscheint mir unbegreiflich. Ihr seid mit Blindheit geschlagen, und nichts ist im Stande, Euch die Augen zu öffnen; kurz, ich kenne Euch nicht mehr.

1) P. K. IV. 105. Neiße, 4. April.
2) Ebenda IV. 127. Neiße, 21. April.
3) Ebenda IV. 103. Neiße, 3. April.
4) Ebenda IV. 115. Neiße, 9. April.

Lesen Sie die Berichte des Herrn von Saint Severin, und wenn dieselben Ihren Schnupfen nicht lösen, sind Sie unheilbar. Dem, welcher angreift, liegt die Versöhnung mit dem Angegriffenen ob, aber nicht dem, der allen Grund hat, sich zu beklagen, sich um seine Feinde zu bemühen. Adieu, mein guter Valory, lassen Sie sich dreimal am Tage zur Ader und nehmen Sie noch mehr weißes Pulver, damit Sie von dem hitzigen Fieber genesen, das Sie sicherlich haben."

Schon im Februar hatte der König einmal seine Ansicht über Bündnisse klar dahin ausgesprochen, qu'il n'y a aucune alliance et lien dans le monde qui puisse être regardé valide, si les intérêts communs et réciproques ne le forment; que, de même, dans tout contrat, dès que tout l'avantage est d'un côté, et rien de l'autre, cette disparute rompt l'engagement [1]). Seine lebendige Seele fühlte das Kommende voraus. Und doch, soweit auch die Interessen Frankreichs und Preußens auseinanderliegen, so wenig Vertrauen Friedrich II. auch haben mochte, mit diesem erschöpften Frankreich einheitliche Operationen im bevorstehenden Frühjahr erzielen zu können, er durfte Frankreich nicht ganz vor den Kopf stoßen, solange er nicht Nachrichten aus England hatte. Deshalb erhielt Podewils [2]) den Befehl, den Brief Friedrichs an Ludwig, in welchem dieser um Subsidien gebeten wurde [3]), solange zurückzuhalten, als man noch einige Hoffnung haben müsse, durch England zu einem Abkommen zu gelangen.

Andrié war wirklich mit Lord Harrington zur Feststellung von Grundzügen für einen Frieden gekommen. Am 19. März hatte er sie dem Könige übersendet [4]). Es galt Aufrechterhaltung und Wiederherstellung des Friedens von Breslau, Stimme des Königs für den Großherzog, Wiederherstellung von Bayern, Pfalz, Hessen und Einschluß derselben, gegenseitige Garantie ihrer Länder. Friedrich verlangte die Garantie Schlesiens durch alle Fürsten des Reiches und eine allgemeine Garantie des allgemeinen Friedens zum ersten Punkte, und zum zweiten Punkte wollte er seine Kapitulation mit dem letzten Kaiser als Grundlage für die Kapitulation des Großherzogs aufrecht erhalten wissen. Friedrich schrieb also an Podewils [5]), daß er den Frieden annehme, wie England ihn offeriere wegen der sehr weit aussehenden Konjunkturen

1) P. K. IV. 67 ff. Berlin, 28. Februar. An den g. Legationsrat Grafen Podewils im Haag.

2) Ebenda IV. 130. Neiße, 24. April.

3) Ebenda IV. 97. Neiße, 30. März.

4) Ebenda IV. 98. Neiße, 2. April.

5) Ebenda IV. 99. Neiße, 2. April.

und der critiquen Situation, worin er sich jetzt selbst befinde. Andrié solle alles zeichnen ohne Zeitverlust, und Podewils solle ihm schreiben, ob er es nicht für gut halte, dem Könige von Frankreich die reine Wahrheit zu sagen, wie und warum alles dies verhandelt worden sei.

An demselben Tage noch fügte er hinzu [1]), Podewils solle seine Worte betreffs der Garantie der Staaten der Königin von Ungarn und der Unterstützung des Großherzogs zur Erlangung der Kaiserwürde so setzen, daß er dadurch niemals in einen Krieg mit Frankreich könne verwickelt werden.. Mit der Zeit werde er von dem Unglücke Frankreichs mitbetroffen, und um den König von Polen zu vergrößern, möge er sich auf den Krieg nicht steifen. Und als Nachschrift: der Minister möge sehen, einen Artikel zu Gunsten des Hessischen Hauses zu stipulieren.

Der König warf dem Minister seine Ansichten so hin. Dieser aber gedachte seiner Verantwortung und frug am 6. April wieder an. Am 9. erhielt er hierauf Bescheid vom Könige [2]). Und am 14. April schrieb Friedrich seinem Staatsminister [3]), Podewils werde Andriés Depesche eher empfangen. Sobald er sehe, daß sich entweder der Wiener Hof geradeheraus weigere, ein Abkommen auf die mit England vorläufig vereinbarten Bedingungen hin zu treffen, oder daß man die Unterhandlung hinzuziehen suche, indem man andere unannehmbare Forderungen stelle, oder daß man sich wohl zu einem Separatfrieden bereit erkläre mit Ausschluß Bayerns und des Königs anderer Verbündeten von Frankfurt, so sei die Unterhandlung als abgebrochen zu betrachten, und Podewils solle dann ohne Verzug den Brief um Subsidien an Chambrier absenden. Am 20. April ging eine gleiche Anweisung an Andrié [4]).

Die Situation ist klar. Wir stehen vor der Entscheidung. Der König fühlte ihr Nahen. Am 26. April sprach er sich hierüber seinem Minister gegenüber aus [5]). Und schon am folgenden Tage schickte ihm dieser als Bestätigung seiner Voraussicht die neuesten Berichte aus Bayern [6]). Klinggräffens Depesche vom 19. sagte an, daß der Friede zwischen den Höfen von München und Wien unmittelbar bevorstehe. Der König erwiderte ruhig: „Was hat kommen müssen, ist nun eingetroffen: also der einzige Entschluß, der zu fassen mir übrig bleibt, ist mein Unglück in Geduld zu tragen."

---

1) P. K. IV. 100. Neiße, 2. April.
2) Ebenda IV. 114. Neiße, 9. April.
3) Ebenda IV. 126. Neiße, 14. April.
4) Ebenda IV. 126. Neiße, 20. April.
5) Ebenda IV. 132. Neiße, 26. April.
6) Ebenda IV. 134. Pomsdorf, 27. April.

Ein schwacher Hoffnungsschimmer blieb ihm immer noch: die Vermittlung Englands. Aber wenn alles sich gegen ihn erklärt, will er lieber mit Ehre zu Grunde gehen, als sich für sein ganzes Leben um Ruhm und Ruf gebracht sehen. Und seine Seele flammte auf: „Ich habe mir eine Ehrensache daraus gemacht, mehr als je einer zur Vergrößerung meines Hauses beigetragen zu haben; ich habe eine vornehme Rolle unter den gekrönten Häuptern Europas gespielt: das sind ebenso viele persönliche Engagements, welche ich auf mich genommen, und die ich auf Kosten meines Glückes und meines Lebens aufrecht zu erhalten durchaus entschlossen bin. Wenn ich Podewils wäre, würde ich ebenso denken, wie Sie; aber ich habe den Rubikon überschritten, und entweder will ich meine Macht behaupten, oder ich will, daß alles zu Grunde gehe und bis auf den preußischen Namen mit mir begraben werde. . . . Wenn der Feind etwas unternimmt, werden wir ihn sicherlich besiegen, oder uns alle niedermetzeln lassen für das Wohl des Vaterlandes und den Ruhm des preußischen Hauses. Mein Entschluß ist gefaßt. . . . . Welcher Kapitän ist so feige, daß er nicht, wenn er bemerkt, wie er von Feinden umringt ist, wenn er alle Anstrengungen sich zu befreien gemacht, wenn er keinen Ausweg mehr sieht, hochherzig die Fackel ins Pulver schleuderte, um also den Feind um seine Erwartung zu täuschen? Bedenken Sie, daß die Königin von Ungarn, ein Weib, an ihrem Schicksal nicht verzweifelte, als ihre Feinde vor Wien standen und ihre schönsten Provinzen überfluteten, und Sie hätten nicht den Mut dieser Frau, da uns noch kein Verlust getroffen, und wir durch einen glücklichen Erfolg höher steigen können, als wir je gewesen?“

Das stolzeste, fast verwegene Selbstbewußtsein redete hier, jene Seelenmaterie, aus der die Geschichte ihre Helden formt. Des Königs Seele wurde endlich frei und unternahm ihren eigenen ungebundenen Flug. Und das ist der Augenblick, indem er seiner Feindin und — Rivalin das höchste Zugeständnis einer Verehrung und Bewunderung macht, wie sie nie größer dieser Fürstin gezollt worden sind. Friedrich der Große und Maria Theresia — die Gegensätze der deutschen Entwicklung stehen vor uns als höchste Verkörperung, und die Gestalt des einen wächst an derjenigen des andern.

Der König rüstete. Bis zum 28. April hoffte er die Armee beisammen zu haben. Ein österreichischer Oberst, Baron von Krummenau, hatte ihm die Absichten des Feindes angegeben. Friedrich erwartete den Anmarsch der großen österreichischen Armee auf Schweidnitz oder von Glatz her. Sowie sich dieselbe in Bewegung setzt, wird er marschieren

und sie bekämpfen. „Wir werden uns schlagen wie Verzweifelte“[1] Dem Fürsten von Anhalt-Dessau, dem alten Generalfeldmarschall, trug er das Oberkommando über die Truppen an, welche für den Einfall in Sachsen bestimmt waren und gab ihm plein pouvoir, seine Veranstaltungen zu treffen[2]). Auf die Klagen und Drohungen Sachsens hatte er den Bescheid für seinen Gesandten Beeß, daß er hoffe, wenn Brühls erster Zorn verraucht sei, werde derselbe einsehen, wie wenig Grund er habe zu verlangen, der König müsse sich ungestraft von den sächsischen Truppen in seinem eigenen Lande überfallen lassen, ohne alle erlaubten Mittel zur Verteidigung zu ergreifen; 50 000 Mann ließen sich leichter auf dem Papier, als in Wirklichkeit bewaffnen[3]).

Natürlich, daß Brühl in Zorn geriet. Denn ihm war nun die Wahl genommen, sich entweder an Preußen und Frankreich oder an Österreich anzuschließen. Und wenn nun die Nachrichten aus Bayern eintrafen, die ja in diesen Tagen kommen mußten, stand es ihm frei, von neuem zornig zu werden. Das war ein ebenso verfehltes wie jämmerliches Spiel, nach allen Seiten von Mißerfolg gekrönt: denn als sich Brühl nun gezwungen an Österreich anschloß und glaubte, daß hier doch der Sachse wenigstens persönlich sicher sei, ward ihm auch noch der Traum, der letzte, zerstört. Die Batterien von Kesselsdorf, wo der „alte Dessauer“ noch einmal vor dem Sterben dirigierte, ließen die anmutigen Kartenhäuslein Seiner Excellenz in die Luft fliegen. Brühls „überfeine“ Politik brachte es dahin, daß gerade Sachsen den eigentlichen und größten Schaden in diesem Feldzuge erleiden mußte.

Bayern hatte die Partie aufgegeben. Anfangs April hatte König Friedrich noch gehofft, es könne ihm oder seinem Gesandten Klinggräffen in München gelingen, wenigstens den Einschluß der Verbündeten in das österreichisch-bayerische Abkommen durchzusetzen[4]). Aber gerade damals begannen sich die Verhältnisse für Preußen immer unfreundlicher zu gestalten. Wie Friedrich seinem Gesandten die Versicherung gab, er werde den Kurfürsten von Bayern nicht verlassen, so schrieb er auch an Seckendorff[5]). Er meinte, der alte Feldmarschall wäre nach seiner Ansicht, daß die Verbündeten von Frankfurt jetzt nichts besseres thun könnten, als zusammenzuhalten. Aber Seckendorff war andrer Ansicht:

1) P. K. IV. 122. Neiße, 19. April. An Podewils.
2) Ebenda IV. 125. Neiße, 20. April. An den Fürsten.
3) Ebenda IV. 129. Neiße, 23. April.
4) Ebenda IV. 106. Neiße, 4. April. An Klinggräffen.
5) Ebenda IV. 116. Neiße, 9. April. An Seckendorff.

Bayern sollte um jeden Preis nach dem Frieden mit Österreich streben, und diesen Frieden sollte man ihm in München und Wien verdanken. Wäre es möglich gewesen, auch Preußen in diesen Frieden einzuschließen, so wäre das Seckendorff um so lieber gewesen. Es hätte ihm einen dritten Hof verpflichtet. Da es aber nicht möglich war, sah er nur freundlich nach der Taube auf dem Dach und behielt den Sperling fest in seiner Hand. Auch Seckendorff gestand der König frei, daß er dem Frieden nicht abgeneigt sei, daß es aber nur ein solcher Friede sein dürfe, in den alle Verbündeten eingeschlossen wären, ohne irgend einen Verlust an dem Besitztum, welches ein jeder vor dem Kriege inne hatte.

Auf den Bericht Klinggräffens vom 5. April, in welchem die bayerischen Unglücksfälle an der Vils geschildert wurden, schrieb Friedrich am 14. zurück, daß man trotz aller Versicherungen der Kaiserin Witwe und des Marschalls von Törring sich nicht wundern dürfe, wenn der Kurfürst sich zuletzt zu einem Abkommen würde gezwungen sehen. Und wieder empfahl er dem Gesandten, auf den Einschluß der Verbündeten von Frankfurt zu dringen [1]). Und mit der ganzen Fassung, zu welcher sich der König bis zum 29. April durchgerungen, erteilte er alsdann seinem Gesandten in München seine Instruktionen. Wäre Preußen eingeschlossen in den Frieden, gut; wenn nicht, muß man schweigen und das Übel in Geduld ertragen [2]).

Wir sind zum Wendepunkte gelangt. Die Frankfurter Union war gesprengt. Bayern machte seinen Frieden mit Maria Theresia. Die Politik Preußens wurde eine selbständigere, freiere, mächtigere. In positivem Vorgehen fand die Natur des Königs sich wieder. Hohenfriedberg, Soor, Katholisch-Hennersdorf, Kesselsdorf — das sind die durch ihn zur Berühmtheit erhobenen Stationen zum Frieden von Dresden.

Die österreichische Diplomatie hatte während des Winters den jetzt in Bayern errungenen Sieg vorbereitet. Dem Könige ward hier das Heft aus den Händen gerungen, aber nicht zu seinem Schaden, denn nicht jeder Bundesgenosse stärkte seine Partei, sondern der Schwache hemmte ihn nur. Und darum sei hier noch versucht, die traurige Lage Bayerns etwas eingehender zu beleuchten.

„Bayern war der Wohnsitz des Elendes, das die Wut des Krieges umher pflanzte, der Geist der Nation ermattet; die Kassen waren ausgeleert; die Felder lagen teils ungebaut, teils verwüstet; die Nahrungsquellen waren versiegt; überall zeigten sich den Augen die traurigsten

1) P. K. IV. 118. Neiße, 14. April. An Klinggräffen.

2) Ebenda IV. 135. Nieder-Pomsdorf, 29. April. An denselben.

Spuren der Verheerung; die Unterthanen seufzten unter dem Druck der Armut, die Industrie erschlaffte, ein gräßlicher Schwarm physischer Übel bedeckte das Vaterland." So berichtet Rothammer in seiner Biographie des Kurfürsten Maximilian III.[1]) über die allgemeine Lage. Wie es im einzelnen aussah, darüber könnte erst eingehendere Forschung vollen Aufschluß geben. Ich begnüge mich, mitzuteilen, was mir auf meinem Wege sichtbar wurde.

„Zu den 30 Millionen Gulden, welche Kaiser Karl VII. von seinem Vater Maximilian Emanuel überkommen hatte, waren noch 10 Millionen hinzugekommen, so daß die ganze Schuldenlast bei 40 Millionen Gulden betrug. Das Ganze sämtlicher Roheinnahmen des Staates betrug nicht mehr als 5 300 000 Gulden, und nach Abzug der Perceptionsgelder blieben nur noch 2 600 000 Gulden. Da nun die Zinsen der Staatsschuld allein 2 Millionen wegnahmen, so blieben für den Hof und für den Staat (Militär- und Civilpersonal) nur 600 000 Gulden[2])."

Freyberg teilt mit, daß Seckendorff nach dem Abzug der Österreicher am 6. Oktober 1742 zwei Land- und zwei Standsteuern ausschrieb, da Rat geschafft werden mußte, wie man die Truppen den Winter über verpflegen wollte. „Ungeheuer war der Bedarf an Fourage und Getreide. Die Verordneten des Ober- und Unterlandes konferierten häufig mit dem Ministerium. Der Landschaftskanzler schrieb schon damals, „so tief sei ihm das Herz noch nie gesunken, als jetzt, selbst damals nicht, als die Feinde mit langen Messern sein Haus durchsucht, und als er neun Stunden lang auf dem Karren gesessen, um als Geisel weggeschleppt zu werden." Für die sechs Sommermonate waren 600 000 Gulden an den Feldmarschall zu entrichten. Die Landschaft sendete zwei Verordnete an den Feldmarschall mit dem Erbieten, monatlich 300 000 Gulden zu erlegen, bagegen wolle 1. das Eingreifen der Generalität und des Kriegszahlamtes in die ständischen Gefälle unterbleiben, 2. die Kriegsscharwerk gemindert werden, 3. die Einheischung der Anlagen durch die Landschaft geschehen. Es wurden bereits im Jahre 1742 für die kaiserliche und französische Armee auf 4 Monate lang, 143 821 Scheffel Hafer, 421 113 Centner Heu, 377 797 Centner Stroh gefordert. Dazu kam die Quartierlast, während alles schon am Hungertuche nagte. Die Aufschläge auf die gewöhnlichen Steuern hatten seit 1738, 1739 und 1740 zusammen 1 552 697 Gulden eingetragen.

1) Rothammer, Maximilian III. von Bayern. S. 54.

2) Buchner, Geschichte von Bayern IX 233.

Zu den monatlichen 80 000 Gulden von der Landschaft sollte jeder Hof reichen 3 Gulden Anlage = 54 000 Gulden; die Geistlichkeit 10 000 Gulden, der Adel 2000 Gulden, die Bürger 2000, die Collegia 1000 Gulden. Die Landschaft dazu noch 11 000 Gulden. Überdies wurden sämtliche Pfarreien in drei Klassen mit 12, 8 und 4 Gulden belegt. Von den Höfen waren noch in Feindesgewalt 7722, von den Franzosen besetzt 3576. Statt des Geldes forderte Seckendorff später eine Partie Getreide [1]).

So war der Stand der Dinge 1742. Weit über die Hälfte der steuertragenden Höfe war also noch im fremden Besitz. Am 14. Juni 1743 besetzten die Österreicher unter Bernklau und Palfy München wieder und verließen es erst im Oktober 1744. In dieser Zeit schaltete dort eine österreichische Administration. Wie — das ersehen wir am besten aus einer Erläuterung, welche Rat Thierböck zu den Verhandlungen, die nachmals in Salzburg betreffs Erleichterung des Landes und Befreiung von der Einzahlung der rückständigen Steuern mit Österreich stattfanden, schriftlich verfaßte [2]). Zuvor sei nur noch daran erinnert, daß der Abzug der Österreicher im Oktober 1744 dem Lande kaum Erleichterung brachte, da ja, als sie gingen, die bayrische und französische Armee wiederkam. Und sie mußte ebenso verpflegt werden. Ja, Seckendorff behauptete einmal, die verbündeten Franzosen hätten sich an Geld und Fourage in einem Monat soviel liefern lassen, als die feindlichen Österreicher nicht in zwei. Dazu rückte schon in den ersten Tagen des Januar 1745 der österreichische Feldmarschallieutenant von Thüngen wieder in die Oberpfalz ein und begann die Belagerung Ambergs. Die Festung Ingolstadt blieb überhaupt von den Österreichern besetzt, und im März rückte Batthyany mit einem Corps von 11 000 Mann über den Inn und brachte alsbald eine große Strecke des niederbayerischen Landes wieder in seine Gewalt.

In jenem zu Salzburg benützten „kurbayerischen Promemoria" wird nun folgendes dargethan. Von 100 bayerischen und oberpfälzischen Unterthanen würden keine 10 anzutreffen sein, die in dieser Zeit nicht ein- oder zweimal ausgeplündert worden seien. Die Kontributionen wären ohne Maß und Ziel ausgeschrieben worden, die königliche — also österreichische — Administration habe im Rentamt Straubing verfügt, „daß von dasiger Regierung ein Kommissarius ex gremio mit Zu-

1) Freyberg, Pragmatische Geschichte der bayerischen Gesetzgebung und Staatsverwaltung I. 414 f.

2) W. g. St.A. Füssener Friedens-Acta — Sub Nr. 108. 3. Mai 1745.

ziehung des von Pachofen Obristwachtmeisters unter dem Infanterie-regiment Mercy nach Regen, einem in der waldt-Revier entlegenen Landgericht zu dem Endte abgehen möchte, damit eine vollständige Auskunfft von dem übergroßen Noth-Standt dasiger Gegend könnte erhohlet werden; die Untersuchung wurde in Beyseyn erstbemelten Obristwachtmeisters den 7. Jänner 1744 mit aller Integrität vorgenommen, und meistens nur dahin gesehen, wie viel denn dieses in 314 Höf bestehende kleine Gerichtl möchte betroffen haben; die zur königlichen Administration von der Regierung eingesendete acta, daß von dem mitgewesten Obristwachtmeister eigenhändig unterschriebene Protocol, der von dem Commissario erstattete, jederzeit zu produzieren stehende Bericht, müssen den wahren Unterricht dahin geben, daß alle erlittene Schäden, Geld, praestationes und andere zu Kriegszeiten übliche exactiones vom Jänner 1742 biß ohngefähr in Oktober 1743 so viel an Geld betroffen, alß sonsten 70 ordinari Steuern abgeworffen hätten, eine Summa, so bey der Nachweld nicht glauben fünden würde, wann solches nit theils per evidentiam facti, theils per jurata elogia testium bestärcket wäre, dahero auch diese arme leuth in solchen Nothstandt verfallen, daß deren Viele gedrungen worden, das S. R. gefallene Rindviehe für ihre Nahrung zu nehmen, und in Abgang des Mennaths (sic) mit ihren Weib und Kindern, Pflug und egen selbst zu ziehen, umb gleichwohlen so viel, als möglich ware, ihre Felder anzubauen" .... Als dann die königliche Administration „nach völlig evacuiertem Lande" die Regierung antrat, wurden anfänglich außer der Brandschatzung keine „Geldpraestationes" gefordert; der ungemein häufige Durchmarsch und Vorspann seien genug gewesen, dem Unterthan alle Erleichterung zu nehmen, bis endlich im November 1743 die Winterquartiere geregelt waren und in jedes Rentamt soviel Truppen gelegt wurden, daß auf den einzelnen Unterthan der Betrag „von etwa 12 oder 15 ordinari ganzen Steuern" gekommen sei. Und solches mußten die Leute leisten, die vorher Haus und Hof zu verlassen fast gedrungen waren. Wie man Klöstern, Rittern und Bürgern mitgespielt, sei allgemein bekannt. Dann hoffte man im Jahre 1744 nach vollendetem Winterquartier, man werde den Landmann etwas aufatmen lassen; aber da wurden Schanzarbeiter nach Ingolstadt dem Tausend nach oder anstatt jedes Mannes 12, später 9 Kreuzer, und für einen Wagen 2 Gulden gefordert; nur im Rentamt Straubing hat die Post 15000 Gulden getroffen. Im Mai mußten viele tausend Fuhren zur Verlegung verschiedener Magazine, aus Straubing allein 2055, gestellt oder mit Geld, jede Fuhre zu 14—15 Gulden angeschlagen, aufgewogen werden. Die Durchmärsche waren ohne Ende, wo die Truppen cam-

pierten, wurde fouragiert, während die andern Orte zur Einrichtung der Magazine beitragen mußten. Dann brach im August oder September ein neues schweres Ungewitter über die armen Bewohner herein. Der zu Ingolstadt weilende Administrationsrat Neumeyr forderte „ex commissione administrationis regiae“ Geld, Getreide, Fourage, wovon mittelst schärfster Exekution vieles eingetrieben wurde. Für die in den Jahren 1742 und 43 hin und wieder ausgeschriebenen, aber wegen öfterer Veränderung des Kriegslaufes nicht einkassierten Kontributionen wurde neuerlich über eine Million gefordert. Das Land sollte weiter unter dem Namen eines Nachtrags zum Winterquartier 350 000 Gulden abführen; die Klöster im Rentamt Straubing zwang man mittelst militärischer Exekution dazu, für 5—600 Gulden, ja für 1000 Gulden Salz zu kaufen, wovon dann, ausgenommen das Kollegiatstift Straubing, die allerwenigsten eine Scheibe zu Gesicht bekamen. Dann folgten die vier ganzen Steuern, zu deren Eintreibung man in die einzelne Dorfschaft 30. 40, 50 und mehr Mann abschickte. Was davon eingetrieben wurde und was noch ausstehe, wisse man nicht, aber daß es durch die außerordentlichsten Exekutionen eingetrieben worden wäre, wenns möglich gewesen, sei man überzeugt. In den Waldrevieren hätten die königlichen Truppen nicht nur ihre Portionen an Geld und Fourage verlangt, sondern die angekommenen königlichen Offizianten suchten die alten Rückstände hervor, betrieben die vier alten und forderten vier neue Steuern, zusammen acht. Und als man alle Zwangsmittel erschöpft sah, weil nichts mehr zu holen war, „ergriffen einige (nit alle) eine ganz besondere executionsordnung, sie ließen den restanten so lang und viel mit Streich tractiren, biß er in Abgang eigenen Vermögens einen Borgen stellete, der gleiches tractament zu befahren hatte, wenn er oder der Principal-Debitor nit zuhalten kunte“. Durch alles das sei nur soviel erzwungen worden, daß die Unterthanen truppenweise von Haus und Hof gelaufen.

Die kleine Blumenlese genügt. Gewiß, der Friede war eine Notwendigkeit für Bayern, aber — ebenso notwendig wäre die vorherige Überlegung gewesen, ob das Land zur Durchführung dieses Krieges überhaupt stark genug war? Nicht nur dynastische Illusionen und diplomatische Launen hätten bei dieser Frage berücksichtigt werden dürfen. Dann aber drängen sich unsrer Betrachtung noch einige andere Punkte auf. Von einem aktiven Einfluß des Volkselendes auf die Verhandlungen des Friedens findet sich in der ganzen diplomatischen Korrespondenz, welche mir vorlag, vor dem Frieden kaum eine Spur. Einmal teilt der Mainzer Gesandte Kesselstatt mit, die Österreicher möchten mit

ihren Operationen einhalten, damit der arme Landmann nicht ganz ruiniret werde. Aber Kesselstatt nannte diese Begründung einen Vorwand und riet der österreichischen Regierung an, die Güter und Landhäuser der bayerischen Minister in etwa zu verschonen. Das Volk selbst zählte kaum mit, so wenig, wie es mitsprach. Denn auch von einer Bearbeitung der leitenden Kreise durch Flugschriften und Zeitungen etwa hören wir nichts. Vielleicht daß sich da bei weiterem Suchen manches noch finden würde, aber gleich betont sei es wieder hier, daß auch davon, wenn es geschah, in den Verhandlungen der Diplomaten nichts widerhallt. Nirgendwo ist da vor dem Frieden von einer Rücksicht auf das Volk die Rede, wohl das beste Zeichen, daß die Stimme des Volkes nicht bis in diese Kreise hineindrang. Zudem hat die breitere Öffentlichkeit von den thatsächlichen Verhandlungen erst sehr spät etwas vernommen, so daß auch schon aus diesem Grunde eine Beeinflussung nicht gut statthaben konnte. Berichten doch die Mémoires de nos jours [1]), das Werk sei so im geheimen vollendet worden, daß mehrere Minister zu träumen vermeinten, als sie davon erfuhren. Indes sei dem Frieden allenthalben Beifall gespendet worden, weil er für Bayern wie für das Reich von großem Nutzen gewesen. Die Freude am Hofe und in der Stadt München entzöge sich der Beschreibung, und für einen Augenblick habe man alle ausgestandenen Leiden vergessen.

Wir wollen die Wahrheit dieser letzten Nachricht nicht bestreiten, müssen aber bemerken, daß sie sich nur auf die Thatsache des Friedensschlusses beziehen kann, da über die Art und Weise, wie der Friede zustande kam, wie auch über das Ergebnis desselben die Meinungen sehr bald in starken Hader gerieten. Selbst der Kurfürst sprach sich später gegen diesen Frieden aus. Und ebensowenig möchte ich eine andere Meinung, „daß Karl Alberts Entschluß, inmitten so vieler Scheinansprüche Wittelbachs wichtige Rechte geltend zu machen, daß diesen Entschluß — trotz allem Unglück — kein Bayer mißbilligt noch bereut habe" [2]), so unbesehen unterschreiben. Der geistige und materielle Zustand des bayerischen Volkes war nicht derart, daß da von Volksmeinung und bayerischem Patriotismus anders, als in den allergröbsten und unentwickelten Formen die Rede sein kann.

So bleibt für die historische Beurteilung nur ein bestimmtes Resultat übrig: Das Friedenswerk, wie es da in Füssen zustande kam, hing in erster Linie von dem Willen und der Willkür der Diplomaten

1) ou Reflexions politiques arrivées après la mort de l'empereur Charles VII. S. 93.

2) Anemonen aus dem Tagebuch eines alten Pilgermanns II. 198.



ab. Weder der Zustand des Landes noch der des Volkes ist da von direktem Einfluß gewesen, sondern Seckendorffs diplomatische Überlegenheit, welche alle Umstände und Begebenheiten für die Verwirklichung seiner Idee geschickt zu verwerten verstand, ist die Urheberin dieses Friedens. Denn Seckendorff war es, der diesen Frieden in erster Linie nötig hatte, er war es, dem dieser Friede auch allein Nutzen brachte. An das bayerische Land und Volk dachte er so wenig, daß er kaum vier Wochen nach dem Friedensschlusse schon versicherte, in vier Wochen könne ein Corps von 4000 Mann zu Pferde und 8000 Mann zu Fuß ausrücken; im künftigen Jahre könne das Corps ohne Mühe auf 20000 Mann vermehrt werden, denn der Fuß hierzu sei da, und es komme nur darauf an, das man das oeconomicum und militare besser einrichte. Dazu war das französische Hilfscorps auf 30000 Mann angewachsen, eine Macht, mehr als hinreichend, die Österreicher über die Grenze hinüberzuschaffen und sie dort zu halten.

Schlossen sich denn diese Hilfsquellen jetzt so plötzlich auf? So fragt man erstaunt. Oder waren sie auch früher da, und verstand man sie nur nicht zu benutzen? Seckendorff selbst bestätigte das letztere. Er aber wollte diese Hilfsquellen nicht im Bunde mit Frankreich und Preußen erschöpft sehen, sondern allein für Österreich. Was das Land für einen Vorteil davon hatte, daß seine Truppen nun auf einer andern Seite ausrückten, ist auch nicht einzusehen.

Seckendorff hatte sein Ziel erreicht: die Gnade und das Wohlwollen des Wiener Hofes. So verknüpfte sich sein Name, allerdings nicht in rühmlicher Weise, mit dem Kulminationspunkte des zweiten schlesischen Krieges. Die Sprengung der Frankfurter Union war das Werk der österreichischen Diplomatie, und dieser leistete Seckendorff in Bayern Handlangerdienste.

V.

Willibald Alexis als vaterländischer Dichter und Patriot.

Von

Otto Tschirch.

Nichts pflegt schneller zu veralten, als Romane. Wenn der begabte Erzähler auf die Mitwelt gewaltig wirkt, indem er die innersten Gedanken und Geistesströmungen der Gegenwart zu künstlerischem Ausdruck bringt, und in inniger Fühlung mit den Lesern das Glück kosten mag, von der Welle der Volksgunst auf die Höhe getragen zu werden, so wird er doch bald genug von andern Autoren abgelöst, und sein Ruhmeskranz welkt nur zu rasch. Das hat schon zu Lebzeiten der vaterländische Dichter erfahren, dessen Andenken die folgenden Zeilen gewidmet sind. Er klagt in der Vorrede seines bekanntesten Werks über die Infamie des deutschen Publikums, das heute die Götzen seiner Laune in den Himmel hebe und sie morgen vom Piedestal stürze. Er verlangt, die öffentliche Meinung solle auch denen dankbar bleiben, die irgend einmal ihrem Zeitalter genügt hätten, und dürfe nicht hohnlachend über die alternden Poeten zur Tagesordnung übergehen. Die Bitterkeit dieser Worte an der Spitze des gelungensten Romans Härings (Die Hosen des Herrn von Bredow) erklärt sich hinlänglich aus den seltsamen Erfahrungen, die der Dichter mit der öffentlichen Meinung gemacht hatte. Nur einmal waren ihm vielstimmiger Beifall und allgemeine Volksgunst zuteil geworden, als er den Roman Walladmor unter Scotts Namen geschrieben hatte. Das Publikum hob ihn damals auf den Schild für ein Werk, das er selbst nur als das Augenblicksprodukt einer kecken Laune ansah. Als er dann nach langen Irr- und Lehrjahren seiner Muse den rechten Boden, auf dem er wurzeln und sich selbst zur Freude wachsen konnte, gefunden hatte, sah er sich einsam und von der Masse,

wie von den Kunstrichtern, die er schätzte, verlassen. Nur wenige Erfolge waren ihm dann noch gegönnt. Das trübe Schicksal des preußischen Vaterlandes nach 1848 kam hinzu, um ihm, dem tief und leidenschaftlich für die nationale Sache empfindenden, den Blick zu verdüstern und die Dichterschwingen zu lähmen. Er verfiel schließlich dem traurigsten, geistigen Marasmus, und als er 1871 starb, war er schon fast verschollen. Julian Schmidt[1]) hat sich damals das Verdienst erworben, durch eine feinsinnige Analyse seiner vaterländischen Romane ein tieferes Verständnis des Dichters anzubahnen, Theodor Fontane widmete seinem Vorgänger auf dem Gebiete der märkischen Poesie einen glänzend geschriebenen Essay[2]), und Gustav Freytags schöner, warm empfundener Nachruf[3]) zeigte, wie hoch der Dichter in der Schätzung unserer Besten stand. Aber obgleich seitdem das Interesse für die brandenburgisch-preußische Vergangenheit, den Stoff der Erzählungen Härings, durch die große Wendung der deutschen Geschicke mächtig gewachsen ist, so wird doch der Sänger, der diese Geschichte zuerst in packender Lebenswahrheit verkörpert hat, dem jungen Geschlecht allmählich immer fremder. Und doch vermag er sich trotz seiner in die Augen fallenden Schwächen neben den Stimmen, die seitdem mit großem Pathos Brandenburgs Vergangenheit verherrlichen, in allen Ehren zu behaupten. Das Beste, was die modernen Schilderer des märkischen Landes und die vaterländischen Dramatiker bieten, verdanken sie meist dem Vorgange des feinen Natur- und Menschenbeobachters, der schärfer als alle dem Weben der märkischen Landschaft gelauscht und tiefer den Werdegang der märkischen Volksseele beobachtet hat; vor seinen Nachfolgern hat Willibald Alexis besonders den Reichtum der Phantasie, die Weite des historischen Blickes, meist auch ernsteren Wahrheitssinn und männlichen Freimut voraus. —

Mit paradoxer Übertreibung hat man ihn im vergangenen Jahre als den größten märkischen Historiker gefeiert[4]). Aber wahr bleibt daran, daß die Entwicklungsgeschichte der märkischen Volksseele, wie sie aus seinen Romanen zu schöpfen ist, auch für den Kenner der Geschichte eine Fülle des Lehrreichen bietet. In der Erkenntnis, daß sein Name eine dauernde Bedeutung hat, haben eine stattliche Reihe unserer ersten

---

1) Julian Schmidt, Neue Bilder aus dem geistigen Leben unserer Zeit. 1873. III. 76—148. (Zuerst in Westermanns Monatsheften.)

2) Th. Fontane, Willibald Alexis. Salon. Bd. X, 420—30. 603—614. 752—768.

3) Gustav Freytag in den Grenzboten 1872; auch in den ges. Werken.

4) Rich. M. Meyer, W. Alexis. Voss. Zeitung 1898, Sonntagsbeilage Nr. 26 (26. Juni).

Dichter und Gelehrten am hundertsten Geburtstage Härings (29. Juni 1898) einen Aufruf erlassen, ihm ein Denkmal an seiner letzten Wohnstätte in Arnstadt zu setzen. Freilich hat Julian Schmidt schon 1872 mit Recht gesagt, wenn irgend ein Dichter ein märkisches Denkmal verdient hat, so ist es Willibald Alexis gewesen. Denn er zuerst hat uns gelehrt, „Freude an dieser besondern provinziellen Existenz zu haben", und so mag die Hoffnung nicht aufgegeben werden, daß auch auf dem Boden der Mark sich ihm ein schlichtes Monument erhebe. Der Weg dazu aber ist, einem Geschlechte, das ganz andere politische Ideale hat und zudem von historischen Romanen übersättigt ist, den Dichter märkischer Geschichte persönlich näher zu bringen. Aus diesem Grunde mag auch an dieser Stelle, die der Pflege brandenburgischer Geschichte gewidmet ist, ein urkundlicher Beitrag zur Geschichte des Lebens und der Werke Härings freundliche Aufnahme finden.

Dem Historiker mag die Frage Teilnahme erregen, wie Willibald Alexis, Tiecks Schüler, zum märkischen Dichter ward. Im engsten Zusammenhange hiermit steht die Frage nach dem politischen Entwicklungsgang Härings, der auf seine schriftstellerische Laufbahn den größten Einfluß geübt hat. Endlich dürfen einige Mitteilungen über die Arbeitsweise und die Quellenbenutzung des Dichters Interesse beanspruchen. Die folgende Studie ruht auf umfassender Benutzung der Werke des Autors und der gedruckten Litteratur. Zum ersten Male sind zum Zwecke der Charakteristik die eignen Lebenserinnerungen des Dichters, die zwar gedruckt, aber in alten Taschenbüchern zerstreut und eigentlich verschollen sind[1]), ausgiebiger benutzt worden. Auch die bisher unbekannten politischen Artikel Härings in der Vossischen Zeitung vom Jahre 1848 und 1849 sind herangezogen worden, und durch umfassende Beachtung der Werke, auch der ganz vergessenen, habe ich das litterarische Charakterbild abzurunden versucht. Der handschriftliche Nachlaß des Dichters galt bisher als verschollen; er ist in der That in seinem wichtigsten Teile achtlos vernichtet worden[2]). Den Rest beabsichtigt Dr. Max Ewert zu einer ausführlichen Lebensbeschreibung zu verarbeiten.

Wilhelm Häring, am 29. Juni 1798 in Breslau geboren, war ein Schlesier aus hugenottischem Stamme. In der lebensvollen Schilderung der Berliner französischen Kolonie im Cabanis ist das Familieninteresse eines Abkömmlings der Refugiés nicht zu verkennen. Aber es

1) Penelope für 1837, 39. 40. 44—46.

2) Häring hatte seine Tagebücher und zahlreiche Briefe an seinen Freund Hermann von Raumer (Friedrichs Sohn) geschickt, der später — alles verbrannt hat, wie mir Dr. M. Ewert mitteilt.

fällt fast schwer, in seinem Wesen Spuren der romanischen Abstammung zu entdecken. Mag man seine heitere Liebenswürdigkeit, seine anmutige Plaudergabe, die er freilich nur mit der Feder bewies, seine merkwürdige Neigung, zweideutige und innerlich unwahre Charaktere zu schildern, als Erbteile des französischen Blutes ansehen, in allem übrigen erscheint sein Charakter echt deutsch, und jedenfalls erfolgte auch seine Erziehung in rein deutscher Umgebung. Er wurde nicht, wie Chamisso, in einen schmerzlichen Konflikt gestellt, als der Kampf zwischen Frankreich und Deutschland ausbrach, sondern war mit ganzem Herzen in der neuen Heimat seiner Familie festgewachsen. Sein Vater, ein ernster Beamter, starb schon vier Jahre nach der Geburt des Sohnes, nnd so fiel seine Erziehung ganz seiner Mutter, einer gütigen, feingebildeten Frau zu. In Wilhelms frühe Kinderjahre fiel der Todeskampf der preußischen Monarchie. Er schildert uns in seinen Erinnerungen mit Lebhaftigkeit das Entsetzen, die Ratlosigkeit und die Erbitterung, die die Bevölkerung von Breslau nach dem Tage von Jena ergriff. Der frühreife Knabe lernte alle Schrecken einer Belagerung kennen, als die schlesische Hauptstadt von den Franzosen eingeschlossen und bombardiert wurde. Um den Gefahren des Bombardements in einem leicht gebauten Holzhause zu entgehen, suchten und fanden Mutter und Kinder eine Zuflucht hinter den dicken Mauern und den Kreuzgewölben des Nonnenklosters zur heiligen Katharina [1]). Sehr anschaulich malt der Dichter das Leben seiner Familie in einer kleinen Zelle inmitten des Konvents alternder Nonnen, die zwischen frommer Andacht und weltlicher Neugier schwankten, die romantischen Eindrücke des öden Kreuzgangs, der feuchten Gewölbe, der zugemauerten Nischen. An aufregenden Nachtscenen fehlte es nicht. Niemals schwand aus dem Gedächtnisse des Knaben die Purpurröte einer schauerlichen Nacht, wo das ganze Firmament in Flammen zu stehen schien, und der blutrote Schimmer bis in die tiefsten Klostergänge drang. Viertausend Holzstöße vor dem Ohlauer Thore, die die Belagerten den Feinden nicht überlassen wollten, loderten in jener Stunde in Flammen auf. Die strengen Regeln des Klosters wurden durch die gemeinsame Gefahr über den Haufen geworfen. Zuletzt brachte man die Betten sämtlicher Nonnen in das große Refektorium im Erdgeschoß, wo das gemeinsame Nachtlager für mehr als fünfzig geistliche und weltliche Frauen eingerichtet wurde, in deren Mitte der achtjährige Knabe verweilte. Nach dem Friedensschlusse zog die Mutter, die Schwester des

1) W. A., Das Nonnenkloster zur heiligen Katharina in Breslau während der Belagerung 1806. Penelope f. 1837. S. 316—50.

Buchdruckers und Musikalienhändlers Rellstab, nach Berlin, das nun die zweite Heimat Wilhelms wurde. Im alten Bürgerhause der Familie Rellstab in der Jägerstraße, im Sommer in einem Gartenhause am Rande des damals von der Kultur noch nicht berührten Tiergartens wuchs der Knabe mit seinem Vetter L. Rellstab gemeinsam auf und besuchte wie dieser das Friedrichswerdersche Gymnasium. Er blieb infolge der vorwiegend weiblichen Erziehung lange frauenhaft zart, ein stiller, musterhaft fleißiger Knabe[1]).

Tief empfand er die Schande der Knechtschaft, die in den Jahren seiner Entwicklung auf Preußen lastete. Als werdender Mann erlebte er die Erhebung des Vaterlandes gegen Napoleon. 1813 beklagte er es, noch nicht in den Freiheitskampf ziehen zu dürfen. Als aber 1815 der Korse von Elba wiederkehrte und man in Preußen wiederum Freiwillige zum Kampfe aufrief, da litt es den Jüngling nicht in der Schulstube. Wer konnte, der sollte und mußte mit, darüber war keine Frage in der Prima der Berliner Gymnasien. Es war schon ein wonniges Gefühl, halb in militärischer Kleidung, mit rotgestreiften Beinkleidern oder gar mit der grünen, wohlkleidenden Jägeruniform in die Klasse zu gehen. Das zornige Wort Blüchers, daß die Federfuchser mit ihrem Geschmier das Werk des Schwertes verderben wollten, hallte in den begeisterten Seelen der Jugend fort. Die guten Jungen schwelgten in Fouqués reckenhaften Nordlandssagen und in seinem gründlichen Neufranzosenhaß. Die Ideen des Turnertums waren mächtig unter ihnen, Jahns deutsches Volkstum war ihr Losungswort; ihre Stimmung war ernst, religiös, christlich, romantisch. Der junge Krieger packte in sein Tornister eine Handausgabe der Nibelungen und ließ sich auf dem mühseligen Marsche von seinem belletristisch reiferen Nebenmanne in Schlegel-Tieckscher Romantik unterrichten. Das harte, anstrengende Marschieren und das Zusammenleben mit der bunt zusammengewürfelten Soldateska rief die jungen Idealisten bald auf die Erde zurück. Die Gebildeten aus der Kompanie versammelten sich unter ihrem Leutnant im Freien unter alten Bäumen, sangen vaterländische Lieder, deklamierten deutsche Klassiker, schwuren beim Scheine des Mondes mit gezückten Hirschfängern einander deutsche Treue und stifteten unter Bruderküssen einen Hermannsbund. Unklugerweise übertrug der Offizier seine Vorliebe für den Bund in den Dienst und bevorzugte die Genossen sichtlich, so daß es eine große Meuterei gab und der Bund aufgelöst wurde. Aber mußten derartige Auswüchse jugendlicher Begeisterung auch beschnitten werden, die vater-

1) Rellstab, Aus meinem Leben. Berlin 1861. 1. Bd.

ländische Gesinnung des Jünglings bewährte sich auch im Ernste militärischer Anstrengungen. Der zukünftige Meister des historischen Romans suchte überall die getürmten Mauern, die ehrwürdigen Giebelhäuser, die altertümlichen Dome auf. Selbst der Brandenburger Roland setzte ihn in helles Entzücken und pflanzte vielleicht den poetischen Keim zu einem seiner Hauptwerke in das junge Dichtergemüt. Freilich zu dem großen Kriegsdrama vou Waterloo kam das Regiment Kolberg, dem Häring angehörte, zu spät. Vor Köln ereilte es die Siegesnachricht, und am 29. Juni, an seinem siebzehnten Geburtstage, stand der Jüngling auf dem Schlachtfelde von Belle-Alliance, beklagend, zehn Tage zu spät zu kommen[1]). Dann folgten mühselige Tage des Festungskrieges; vor Landrecy, vor Philippeville, vor Givet in den Ardennen lernte der junge Krieger das Lagerleben mit seinen Leiden und Freuden kennen. Am 4. Dezember wurde er auf dem Kasernenhofe zu Sedan in die Heimat entlassen. Unendliche Anstrengungen und schroffe Behandlung hatten das Kriegsfeuer der Freiwilligen so abgekühlt, daß Häring und drei Genossen den Entschluß faßten und trotz aller Schwierigkeiten durchführten, sich von den heimmarschierenden Jägern zu trennen und auf eigene Kosten zurückzukehren[2]). Er mußte nun wieder die Waffen mit den Büchern vertauschen und bestand etwa nach Jahresfrist Ostern 1817 das Abiturientenexamen, um sich alsdann dem Rechtsstudium in Berlin und Breslau zu widmen. Dann wurde er Kammergerichtsreferendar, aber bald zeigte sich, daß der phantasiereiche Geist des Jünglings nicht durch den juristischen Beruf gefesselt wurde. Er ging ganz in dem stark pulsierenden litterarischen Leben Berlins auf und wandte sich für immer der schriftstellerischen Thätigkeit zu. Für juristische und insbesondere kriminalistische Fragen hat er freilich immer das lebhafteste Interesse bewahrt. So gab er später mit J. E. Hitzig den „neuen Pitaval" heraus, worin er die merkwürdigsten Verbrechen der neuern Zeit psychologisch ergründete[3]).

Die litterarische Periode, in der der junge Dichter in die Öffentlichkeit trat, war die des Stilllebens nach den Befreiungskriegen, voll geistiger Anregung und freier Geselligkeit, voll Kunstliebe und Kunstverständnis. Aber es zeigte sich, daß auch unsere größten Dichter keinen nationalen Stil ausgebildet hatten. Es war, wie Goethe sagt, die

1) W. A., Blätter aus meinen Erinnerungen. Mein Marsch nach Frankreich. Penelope f. 1844—1845 S. 107—11.

2) W. Alexis, Blätter aus meinen Erinnerungen. Leben im Lager und vor den Festungen. Penelope f. 1845 S. 92—181, Mein Ardennenleben. Penelope f. 1846 S. 1—71.

3) Hitzig lieferte für das Sammelwerk nur das meiste Material, so daß die Ausarbeitung Häring allein zufiel.

Epoche der forcierten Talente, die sich ohne strenges Stilgefühl in gewaltsamen und willkürlichen Experimenten versuchten, gefährlich für weiblich anempfindende Seelen wie Häring, dessen Geburtsfehler nach seiner eignen Meinung war, sich leicht imponieren zu lassen[1]). Zwar die großen Sterne leuchteten auch für ihn. Dreimal ist er nach Weimar gepilgert, der heiligen Stadt der Litteratur, um dem Genius seine Anbetung zu weihen[2]). Aber die Bewunderung des universellen Genius, der längst aufgehört hatte, auf die zeitgenössische Litteratur direkt zu wirken, vermochte dem jungen Dichter keine bestimmte Richtung zu geben, wenn er auch seine edle, fein gebildete Sprache nach dem großen Muster geschult hatte. Ebensowenig der Einfluß Jean Pauls, dem er sein unbedeutendes Erstlingswerk, das komische Epos „Die Treibjagd", widmen wollte und wirklich zusandte, während er später die Schwärmerei der Berliner Damen für den sentimentalen Manieristen in „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht" ergötzlich verspottet hat. Schon deutlicher läßt sich die Einwirkung Tiecks verfolgen, dessen Zauberblick aus dunkel feuchten Augen, dessen magisch fesselnde Unterhaltung ihm unvergeßlich war und dessen Märchen mit ihrer Mischung von süßer Schwärmerei und starrem Grausen ihm Vorbilder waren. Aber in viel höherem Grade zeigen seine ersten Werke den gefährlichen Einfluß der falschen Romantik, wie sie in der Schicksalstragödie und in den Capriccios Callot-Hofmanns hervortritt.

Sein erster knabenhafter Bühnenversuch, den er als Quartaner wagte, war ein wildes Ritterstück, vom edlen Böhmenherzog Othelrich, gewesen, das er und sein Vetter Rellstab, in dessen Hause er wohnte, mit selbstgepappten Rüstungen aufführte. Seinen späteren Ritterstücken, wie dem nie gedruckten Konradin und Astolf, hauchte er einen fatalistischen Geist ein; er suchte darin den grausenhaften Erbfluch nach dem Rezepte Müllners darzustellen[3]). Ein wohlwollender Wink Tiecks machte ihn dann darauf aufmerksam, daß sein Talent mehr zum Epischen als zum Dramatischen zu neigen scheine, und so wandte er sich nunmehr der Novelle zu. Hierbei war ihm zunächst das barocke Genie Hoffmanns eine irreführende Leuchte. Dieser zwiespältige Geist, der den Tag über Delinquenten verhörte, die Nacht aber bei Lutter und Wegner mit ausgelassenen Freunden zechte und hier die Inspiration zu seinen phantastischen Gespenstergeschichten gewann, die die nüchterne Wirklichkeit und

1) Penelope f. 1839 S. 334.
2) W. A., Dreimal in Weimar. Penelope f. 1839 S. 324—43.
3) W. A., Einige Theatererinnerungen. Penelope f. 1842 S. 18 ff., 42—48.

grausigen Gespensterspuk unvermittelt nebeneinander stellte, übte auf Häring einen tiefgehenden Einfluß aus. Seine ersten Novellen, die schon eine hohe geistige Bildung und Gewandtheit der Darstellung verraten, bevorzugen vielfach das Wunderbare und Märchenhafte. So die besonders liebevoll behandelte Novelle „Venus in Rom", die uns die Herrlichkeit der italienischen Renaissance farbenprächtig schildert und von einem deutschen Ritter erzählt, der einem Liebeszauber erliegt, indem ein Nekromant dem Schlafenden das Schattenbild einer Römerin in einem Zauberspiegel zeigt und so seine Seele an sie festschmiedet [1]). Auch in seinen Balladen, in denen Willibald Alexis alten englischen Mustern nacheifert [2]), waltet das Übersinnliche und Düsterdämonische vor. Zwei von ihnen, „Walpurgisnacht" und „Der späte Gast", sind bekanntlich von Löwe mit gewaltiger dramatischer Kraft in Musik gesetzt worden.

Verfolgte Alexis in diesen Erstlingswerken noch ganz und gar die Irrgänge der Romantik, so wandte sich sein reiches Talent bald nach einer anderen Richtung, angeregt durch den Weltruhm Walter Scotts. Das Gestirn des großen schottischen Dichters stand damals auf der Höhe. Es bleibt sein weltgeschichtliches Verdienst, nicht seine Landsleute allein, sondern alle Nationen auf die poetischen Schätze aufmerksam gemacht zu haben, die in ihrer Geschichte schlummern, und indem er durch seine lebensvollen Gemälde die Thaten der Vorfahren ins Gedächtnis rief, das Bewußtsein des nationalen Volkstums allenthalben erweckt zu haben [3]). Auch Scott war ein Romantiker, dem Abenteuerlichen nicht abhold. Aber der englische Wirklichkeitssinn, die Naturbeobachtung des Landmanns und Sportsmanns bewahrt ihn davor, das Gespenstige der Schmuggler, Räuber, Zigeuner und Astrologen in seinen Erzählungen überwuchern zu lassen, und so schildert er vor allem derbes, wirkliches Volk, das er mit großer Menschenkenntis der Natur ablauschte und im Zusammenhange der historischen Vergangenheit darstellte. Der ungeheure Erfolg seiner Romane machte auch auf den jungen Berliner Romantiker Eindruck. Was dieses Vorbild im Ernste für ihn bedeuten sollte, davon hatte Willibald Alexis freilich noch keine Ahnung. Daß es seine Lebens-

1) Taschenbuch f. Damen 1828, auch im dritten Bande der gesammelten Novellen. Berlin 1830—31.

2) Balladen. Berlin 1836. Vgl. dazu Härings Aufsatz über Balladenpoesie im Hermes. St. 31, S. 1—114.

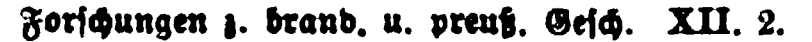
3) So brachte Walter Scotts „Ivanhoe" Augustin Thierry auf den Gedanken, hinter den Thaten Chlodwigs, Karls des Großen und Hugo Capets den Rassenkampf zwischen Normannen und Sachsen zu suchen. Brandes, Die Hauptströmungen der Litteratur des 19. Jhs. IV, 194.



aufgabe sein werde, mit dem Schotten in der dichterischen Verherrlichung der heimischen Vergangenheit zu wetteifern, lag dem umhertastenden Litteraten noch ganz fern. Häring liebte Scott, den alle bewunderten, aber nicht pietätvoll wie etwa Goethe und Tieck. Er war nicht blind für seine Schwächen, und seinem kecken Jugendübermut erschien es gar nicht schwer, ein Scottsches Werk zu schreiben, ohne Scott zu sein. Gälte es doch nur Stoffe, Farben, Effekte geschickt zu mischen, um es dem Vorbilde gleich zu thun. Als der Dichter im Jahre 1823 in Breslau einen Bekannten traf, dem eines Duells wegen ein sechsmonatlicher Festungsarrest in Glatz bevorstand und der sich deshalb mit Scottschen Romanen zur Lektüre versah, sagte er, er wisse, mit welchen Gestalten er die öden Räume des Gefängnisses bevölkern würde, wenn ihn ein solches Los träfe. Die Antwort eines befreundeten Barons: „Das können Sie ja, ohne in Glatz zu sitzen", rief in ihm den Entschluß hervor einen Walter Scottschen Roman zu schreiben, nicht um sich einen Namen zu machen, sondern lediglich um einer tollen Laune des Übermuts nachzugehn, die litterarische Welt zu foppen und zugleich „den großen Unbekannten", wie man den längst erratenen Verfasser der Waverley-Romane nannte, in seinen Schwächen zu parodieren[1]).

Ein junger Deutscher, der nach England reist, um zu einem britischen Roman in neuer Manier Stoff aufzufinden, leidet Schiffbruch an der Küste von Wales, rettet sich auf einer Tonne ans Land, gerät in die kompromittierende Gesellschaft von Schmugglern und Verbrechern, wird unter tausend Abenteuern und Gefahren als sehr verdächtiger Gefangener nach dem am Meere gelegenen Schlosse Walladmor gebracht, wo er bald die Freiheit, die Gunst des ritterlichen Schloßherrn und schließlich, als echter Sohn des Grafen erkannt, die Hand seiner schönen Nichte gewinnt. Diese ganze Erzählung mit ihren romantischen Naturscenen, wilden Nachtstücken und halsbrecherischen Abenteuern löst sich schließlich als ein parodistischer Scherz auf. Der Held der Erzählung, der, wie gesagt, Gestalten für einen Roman sammeln will, findet überall einen Unbekannten, der ihn stört, ungebeten lauscht und sich alle Ereignisse gleichfalls in seinem Tagebuche notiert. Schließlich kommt es zu einer erregten Auseinandersetzung zwischen beiden, in der sich der Unbekannte als Walter Scott zu erkennen giebt und seinem Gegner den schon skizzierten Romanplan eskamotiert, indem er ihm dafür zur Entschädigung die Hand der holden Ginievra verschafft. Der Roman ist höchst lebendig geschrieben, offenbar mit jugendlicher Schaffenskraft

1) W. A., Drei Blätter aus meinen Erinnerungen. 1. Walladmor. Penelope f. 1839, S. 303—24, bes. S. 305.



atemlos hingeworfen. Was aber zuerst nur ein Spiel neckender Laune ist, wird im Verlaufe der Arbeit Ernst. Der Verfasser wird warm, begeistert sich für seine Figuren und macht durch packende Naturwahrheit und Anschaulichkeit auch das Unwahrscheinliche glaublich[1]). Alle Welt meinte im ersten Bande einen echten Scott vor sich zu haben; nur wenige Kritiker zweifelten sogleich, bis der dritte Band das Problem löste. Der persiflierte Schotte selbst kritisierte das Werk mit wohlwollendem Humor und erklärte den Walladmor für „den kühnsten Vexierstreich unserer Zeiten". Das Buch wurde in das Englische, Französische, Schwedische, Holländische, Polnische u. s. w. übersetzt; die deutschen Gymnasiasten citierten Verse aus dem Walladmor, der deutsche Verfasser, der bei aller Neigung für kecke Persiflage doch ernste Strebsamkeit besaß, beobachtete diesen überraschenden Erfolg seines Jugendstreichs mit Befremden. Ihm war das Werk, wie er schreibt, nichts als eine Seifenblase gewesen, die er in übermütiger Laune von sich wegblies, und nun wurde es auf einmal ein Luftballon, der ihn selbst in die Höhe hob[2]).

Häring besaß seitdem Ruf und Ansehen in dem Kreise der Berliner Litteraten, die sich ein Jahr später auf Hitzigs Anregung zu der vielgenannten Mittwochsgesellschaft vereinigten[3]). Nach dem Gedanken des Stifters sollten hier neue Gedichte und Aufsätze ausschließlich von Nichtmitgliedern vorgetragen und bei einem einfachen Mahle vertraulich be-

---

1) Die Kreidefelsen von Stubbenkammer, in deren Nähe Häring den Roman schrieb, mußten als Vorbild der Walliser Scenerie dienen. Penelope f. 1839, S. 311.

2) Penelope f. 1839, S. 304.

3) Diese Mittwochsgesellschaft ist nicht zu verwechseln mit den beiden in Berlin früher bestehenden, deren eine die namhaftesten Männer der Aufklärungsperiode von 1783—1800 vereinigte, deren andere sich später um Henriette Herz sammelte. Vgl. Stölzes Aufsatz Forschungen II 201. — Über die 1824 gestiftete Mittwochsgesellschaft, die später regelmäßig Montags tagte, ist wenig gedruckt überliefert, da die Mitglieder statutenmäßig verpflichtet waren, nichts über den Verein in die Öffentlichkeit zu senden. Doch ist uns in dem ersten Liederbüchlein der Gesellschaft 1827 das Mitgliederverzeichnis und das Statut erhalten. (Exemplar in der Göritz-Lübeckstiftung.) Wertvolle Nachrichten über die Entwicklung der Mittwochsgesellschaft bis zu ihrer Auflösung im Jahre 1856 giebt F. W. Gubitz in seinen Erlebnissen (3. Bd. Berlin 1869, S. 134—150 und weiterhin), der als letzter Vorsteher im Besitze des vollständigen schriftlichen Nachlasses der Gesellschaft sich befand. Dieser Nachlaß scheint verschollen zu sein, obwohl er noch nach Gubitz' Tode 1870 in R. Zeunes Katalog, Das berühmte Berlin in Porträts, Nr. 1285, zum Kauf ausgeboten worden ist. Vgl. übrigens auch Geiger, Berlin 1688—1840. II., 387. 448.

sprochen werden. Eine große Anzahl begabter und bedeutender Männer gehörten der Gesellschaft an, wie Chamisso, Fouqué, Gubitz, Hitzig, v. Holtei, Raupach, Simrock, v. Stägemann, Varnhagen v. Ense, von auswärtigen Eichendorff, Immermann, Houwald, Wilh. Müller.

Häring war einer der Sekretäre, die das Protokoll zu führen und den Lesestoff herbeizuschaffen hatten. Die Geburtstage der großen Dichter Shakespeare, Goethe, Schiller, Jean Paul wurden meist gefeiert, am höchsten begangen der Goethes, zu dessen Ehren auch wohl ein Liederbüchlein erschien und der der Gesellschaft seine Teilnahme brieflich erwies [1]). Auch Fremde, deutsche Schriftsteller wie Schlegel, Matthisson, Hauff u. a., ja Engländer und Franzosen erschienen im Verein als Gäste. Ein erster Riß kam in die Mittwochsgesellschaft, die später den Namen „Gesellschaft für in- und ausländische Litteratur" annahm, als ein Teil der Mitglieder, Berliner Bühnendichter, unter ihnen Häring, in litterarischen Hader mit dem witzigen, aber bestechlichen und gesinnungslosen Saphir geriet und diese Fehde in den Verein tragen wollte. Zwar wurde die Spaltung nach Jahresfrist ausgeglichen, aber der Verein kam nicht wieder zur alten Blüte und welkte langsam dahin [2]), wozu der große Riß, der seit 1830 durch die politische und die litterarische Welt ging, das seinige beitrug. In jener ersten Blüteperiode aber war Häring eines der regsamsten Mitglieder, das durch seine persönliche Liebenswürdigkeit der Sache viele Freunde gewann. Mit vielen jungen Schriftstellern stand er in herzlichen Beziehungen, was ihm als Redakteur des Berliner Konversationsblattes, das er seit 1827 redigierte und 1830 mit dem Freimütigen verschmolz, sehr zu statten kam. In einem anziehenden Aufsatze schildert uns W. Alexis diese Beziehungen zu dem liebenswürdigen Sänger der Griechenlieder, Wilhelm Müller, zu dem früh vollendeten Wilhelm Hauff, einem vielversprechenden Talent des historischen Romans, dem reichbegabten Wilhelm v. Normann, den Berliner Kritikern Wilhelm Neumann, Wilhelm Albrecht und andern und setzt seinen Jugendgenossen ein schönes Denkmal [3]).

Unter so mannigfachen Eindrücken, die durch Reisen vermehrt wurden, blieb Häring merkwürdig lange über die Richtung seines Talents im Unklaren. Durch den überraschenden Erfolg seines Walladmor geblendet, glaubte er wirklich eine Zeit lang, seine litterarische Aufgabe sei, die Manier nachzuahmen, die er keck parodiert hatte. Mit allem Ernste

---

1) Gubitz, Erlebnisse III, 140.
2) A. v. Sternberg, Erinnerungsblätter. Berlin 1855. I, 101.
3) Penelope f. 1839 S. 343—371. W. A., Meine Zeitgenossen.

vertiefte er sich in die englische Geschichte des 17. Jahrhunderts, und unternahm es 1827 in seinem „Schloß Avalon" ein farbenreiches Zeitgemälde aus der Periode der Vertreibung der Stuarts vom englischen Boden 1688 zu entwerfen, nicht ohne bedeutungsvolle politische Seitenblicke auf Frankreich, wo die älteren Bourbonen in ähnlicher Blindheit der Julirevolution entgegentrieben[1]). Das Zeitkolorit jener Periode der englischen Glaubenskämpfe zu zeichnen, gelang ihm überraschend gut, wenn er auch die englischen Sekten bisweilen arg karikiert, aber die Charakteristik der Haupthelden hatte nichts Überzeugendes, und so gewann das Werk nur einen matten Achtungserfolg. Erst in seinen späteren märkischen Romanen wurde Willibald Alexis aus einem unfreien Nachahmer ein selbständiger Nachschöpfer Scottscher Dichtungsart. In jenen Tagen tastete er noch nach den verschiedensten Seiten. Er schrieb Novellen in der Manier Hoffmanns und Tiecks, er versuchte sich auf der Bühne in Lustspielen, Melodramen und derben Schwänken, er lieferte ästhetische Recensionen für seine Zeitschriften und die Brockhausschen Blätter. Er beschrieb seine Reisen, die er nach Frankreich, Skandinavien, Wien, Süddeutschland und Oberitalien unternahm, und gewann auf diesem Wege reiche Menschenkenntnis, scharfen Blick für die Natur der Landschaft und politische Erfahrungen. Sein fast weiblich empfänglicher Sinn zeigt noch lange in seinen Werken die wechselnden geistigen Eindrücke seiner Umgebung. Sein Schaffen hat noch etwas spielendes. Die romantische Wertschätzung der überlegenen Ironie des Poeten beherrschte ihn ganz. Nichts bezeichnender für ihn, als eine Stelle in einem seiner Jugendbriefe (vom 9. August 1820): „Mein Grundsatz ist, daß man auch das Heiligste bespötteln kann, wenn man selbst innig von demselben durchdrungen ist, und daß jedes Ding, vor allem die Poesie, zwei Seiten, die tragische und die komische, haben müsse, welche beide Seiten schroff zu sondern ich für höchst unrecht halte[2])." Ein damaliger Freund, der Musiker Marx, sagt von ihm, es sei ihm mit keiner Stimmung seiner Figuren Ernst gewesen[3]). Als sein Prinz von Pisa, ein shakespearisierendes Lustspiel, aufgeführt wurde, blieb er unverstanden, weil man nicht wußte, ob er als Satire oder ernsthaft gemeint war. So mißverstand man auch seine Novelle: „Kollaborator Liborius oder der Braune", und hielt sie für eine Nachahmung der Hoffmannschen Geistergeschichten. Und doch war

---

1) Penelope f. 1839 S. 322.

2) G. Weißstein, Zur Erinnerung an Will. Alexis. Nationalzeitung 1898, Nr. 384 u. 388, S. 29. 6 u. 1. 7.

3) Marx, Erinnerungen aus meinem Leben. 1865

es ein höchst drolliger, satirischer Scherz, durch den sich Alexis von dem gefährlichen Einflusse seines Meisters zu befreien suchte. Hoffmann muß darin als Geist umgehen, wegen des Mißbrauches, den er mit der Geisterwelt getrieben hat. Walladmor trägt ja, wie oben gezeigt, die gleichen Züge.

Unzweifelhaft ist diese Ironie der Todfeind jeder gesunden Poesie, und nur indem sie Alexis allmählich verabschiedete, erhob er sich zu echten Dichterschöpfungen. Weit ist, wie es scheint, der Weg von dieser romantisch-ironischen Richtung zu seinem ersten vaterländischen Roman Cabanis, der das alte fridericianische Preußen in packender Naturwahrheit schildert. Freilich das Vaterländische hatte, wie wir sahen, schon früh auf des Dichters Leben gewirkt. Auch preußische Stoffe hatte er schon bearbeitet. Seine Feldzugserinnerungen von 1815 verwebte er mit einer düstern Verbrechergeschichte Iblon, in den Geächteten verarbeitete er den Schillschen Zug, den er herb verurteilt, in eigentümlicher Weise, indem er einen Teilnehmer des Abenteuers verzweifelnd auf eine abgelegene Insel der Ostsee flüchten und dort den Tag der Befreiung verträumen läßt. In der Schlacht von Torgau, einer seiner frühesten Novellen, liegt uns eine interessante Studie zum Cabanis (1832) vor, dessen Plan schon früh entworfen war. Sie ist bei allen Jugendschwächen ein kühner Griff ins fridericianische Leben. Hier findet sich dicht neben Traumromantik derb realistischer Humor. Eine romantische Engelserscheinung, die ein träumerischer Kandidat der Theologie im Walde bei Torgau erblickt, erweist sich als eine verkappte Agentin preußischer Werber, und so muß der unkriegerische Theologe wider Willen an dem wilden Kampfe der rohen Soldateska teilnehmen. Eine Scene, wo sich im Dunkel der Nacht Freund und Feind, Preußen, Österreicher, Franzosen um zwei alte Eichen sammeln, um ausgelassen zu zechen, bis die Trompeten zu neuer Blutarbeit rufen, ist besonders wirksam.

Aber das unreife Produkt steht weit ab von der Meisterschaft, mit der im Cabanis das Zeitkolorit der fridericianischen Epoche und der Monarch selbst geschildert ist. Der Gegenstand des Romans führt uns nach Preußen und Sachsen in der Zeit des siebenjährigen Krieges. Der Held des Stückes wächst in einer Familie der französischen Kolonie von Berlin um 1740 auf. Seine Mutter ist gegen die Sitte der exklusiven Refugiés an einen schlichten Berliner Bürger verheiratet, den Inspektor Bohm, der als ein ehrenfester, aber starrer Haustyrann aus der Schule Friedrich Wilhelms I. seine Kinder mit Schrecken und Prügeln erzieht. Der Knabe, von einem italienischen Sprachlehrer für Maria Theresia begeistert, entläuft aus Furcht vor Strafe aus dem väterlichen Hause,

um Dienste im österreichischen Heere zu nehmen. Der Marquis von Cabanis, ein vornehmer Sonderling, der schon bisher für ihn gesorgt hat und sich zuletzt als sein Vater entpuppt, läßt ihn in einer österreichischen Militärakademie erziehen, und so kämpft er unter der Kaiserin gegen Friedrich, fühlt aber bald sein preußisches Vaterlandsgefühl unwiderstehlich erwachen. Vergeblich fordert er wiederholt seine Entlassung; endlich, als er vernimmt, daß des großen Königs Leben durch Verrat bedroht ist, desertiert er aus dem österreichischen Heere, um den Helden des Jahrhunderts zu retten. Anfangs vom vergötterten Könige mit Gleichgiltigkeit und Mißtrauen angesehen, gelingt es ihm schließlich, durch ausharrende Treue des großen Friedrichs Gunst zu gewinnen und die Hand der geliebten Komtesse Eugenie zu erringen, die er nicht eher sein nennen wollte, bis er die Anerkennung seines Königs gefunden hatte.

Die Fabel des Romans verläuft schließlich gar sehr ins Breite. Die bizarre, gespenstige Gestalt des Marquis von Cabanis stammt offenbar aus der Schule Callot-Hoffmanns, und die Gespräche der sächsischen Komtesse und ihrer intriguanten Gesellschafterin erinnern allzusehr an den berühmten Berliner ästhetischen Thee, den Ludwig Robert so glücklich gegeißelt hat[1]). Aber daneben trägt das Werk das Gepräge echter Kunst. Die Jugendgeschichte des Helden, von ihm selbst erzählt, führt uns die Zustände der französischen Kolonie in Berlin mit einer packenden Lebendigkeit, mit so schalkhaftem Humor und so inniger Gemütswärme vor, daß das Buch noch heute wirkt wie am ersten Tage. Man möchte glauben, dem Dichter hätten handschriftliche Denkwürdigkeiten aus der Kolonie vorgelegen, wenn dies irgendwie bezeugt wäre und der reichen Einbildungskraft Härings nicht die Fähigkeit zuzutrauen wäre, das Erzählte aus dürftigen mündlichen Überlieferungen zu schöpfen[2]). Mit genialer Anschauungskraft ist die ganze Lebensatmosphäre der Berliner Welt um 1740 dargestellt. Besonders glücklich ist die Charakterentwicklung des ungeratenen Sohnes Gottlieb gezeichnet, der zur letzten Kur unter die Soldaten gesteckt, der ärgsten Verwilderung verfällt, aber sein wildes Leben durch einen tapfern Soldatentod sühnt. Ein realistisches Genrebild anmutigster Art ist die Scene, da der von den Feinden verfolgte Held über die Dächer weg in ein Schlafzimmer

1) Promenaden eines Berliners, in Roberts Gedichten. Mannheim 1838. II, 139 ff.

2) Nach freundlicher Ermittelung des Herrn Dr. W. Erman, Direktors der Universitätsbibliothek, giebt es in der Familie Erman keine Familiengeschichte aus jener Zeit, und die von Alexis geschilderten Schicksale des Kandidaten Meran (= Erman) sind freie Erfindung des Dichters.

bringt und dort seine Jugendgeliebte auf dem Kanapee aufrecht eingeschlafen findet, wo sie in vollem Putz und bereits beendeter Frisur ihren Hochzeitsmorgen erwartet. Im Hintergrunde der Geschichte aber steht die monumentale Gestalt des alten Fritz, begeistert verehrt von seinen Preußen, aber einsam und bitter, streng, kalt und selbstherrlich, von dem Dichter mit scheuer Bewunderung gezeichnet.

W. Alexis giebt uns selbst in einem seiner späteren Romane (Ruhe ist die erste Bürgerpflicht) ein Bild seiner politischen Entwicklung, wie er allmählich, in seinen politischen Anschauungen sich befreiend, zu einer tieferen Würdigung Friedrichs des Großen vordrang. Walter von Asten sitzt sinnend auf der Terrasse von Sanssouci, von sorgenvollen Gedanken um das Schicksal der preußischen Monarchie erfüllt. Da glaubt er plötzlich in seiner Nähe den alten Fritz sitzen zu sehen, erkennt aber in ihm schließlich einen alten Veteranen aus Friedrichs Epoche, Major Rittgarten, der die alte Zeit und den großen König gegen die pietätlose Jugend verteitigt. Walter von Asten ist wie Willibald Alexis Romantiker. Das Licht, das aus Friedrich leuchtet, ist ihm ein kalter Schein. Der greise Einsiedler ohne Liebe und Vertrauen, der französisch dachte und sprach, vermag sein Herz nicht zu erwärmen. Aber der alte Major zeigt ihm, wie der preußische König auch Deutschland Respekt verschafft hat, wie sein Auge als heller Stern den Armen und Unterdrückten leuchtete, seine milde Toleranz unvergeßlich bleibt und das Andenken seiner Größe den Nachkommen Mut giebt, eine Welt von Feinden zu bestehen. Offenbar schildert W. Alexis hier, wie er selbst vor dem alten schroffen Preußentum allmählich Respekt gewonnen und in Liebe sich ihm gebeugt hat.

Diese litterarische Verherrlichung des fridericianischen Preußentums war in der deutschen schönen Litteratur ein lange nicht gehörter Ton und stand zu den politischen Idealen jener ersten Jahre nach der Julirevolution im schärfsten Gegensatze. So erhält denn der Roman Cabanis seine tiefste Bedeutung erst vom nationalen Standpunkte aus betrachtet. In einer Zeit, in der die Geschichtsschreibung das Wesen Friedrichs des Großen erst ins Auge zu fassen begann, stellte ein Dichter diese Gestalt so gewaltig hin, daß sie wie unmittelbares Leben wirkte. Zwar ist das Charaterbild keineswegs von blinder Bewunderung eingegeben oder geschmeichelt. Wie W. Alexis überhaupt viel eher die Neigung hat, die Fürsten mit all ihren Schwächen zu schildern und mit Vorliebe die sittlichen Gefahren des Herrscherberufes ausmalt, so hat er auch bei Friedrich dem Großen die Schattenseiten seiner einsamen Größe stark hervorgehoben. Aber eine Zeit, die wenig Sinn für Preußens stolzen Beruf hatte, die

Heines Witzeleien und Schmähungen gegen das „steife, heuchlerische und scheinheilige Preußen" beifällig las und das Schicksal des Vaterlandes allein von der Einflutung der französischen Freiheitsideen erwartete, berührte schon die preußische Tonart des Buches, der herbe Preußenstolz der geschilderten Helden fremdartig und neu. So wirkte das Werk wie eine politische That und bearbeitete den Boden für Preußens Zukunft in Deutschland.

Auch sonst machte der Dichter aus seinen gemäßigt liberalen, aber streng monarchischen und nationalen Gesinnungen kein Hehl. Als Börne seine Pariser Briefe schrieb und in einem französischen Blatte gestand: „Ich bin so viel Franzose als Deutscher und Gott sei Dank niemals ein Tölpel des Patriotismus gewesen", trat er mutig gegen ihn in die Schranken und lieh seinem Freunde, dem Berliner Schriftsteller Wilhelm Neumann, seinen Namen zu einem scharfen Artikel voll ehrlicher Entrüstung in Brockhaus' Blättern für litterarische Unterhaltung[1]). Börne antwortete darauf mit einem trotz alles starken Pfeffers recht geschmacklosen „Häringssalat", der mit einem Alphabet der plumpsten Schimpfwörter endigt und in dem er Alexis die feige Absicht unterschiebt, durch seinen Angriff auf ihn, dem er einst befreundet gewesen, sich vor der preußischen Polizei wegen des Verdachts demokratischer Gesinnung zu reinigen[2]). — Als Häring 1833 eine Reise nach Süddeutschland unternahm, beobachtete er das dortige laute politische Leben mit besonnener Kritik und dem richtigen durch das Leben in einem Großstaat geschulten politischen Augenmaß. Er verspottet die franzosenfreundlichen Rheinbayern, die sich in ihrer politischen Aufklärung hoch erhaben über die preußische Stupidität dünken. Auch die dröhnenden Kammerreden der badischen Volksvertreter, die da meinen, Europa lausche auf ihre Debatten, wecken seine Ironie; sehr fein bezeichnet er den kosmopolitischen französierenden Neuliberalismus Württembergs als ein fremdes Element im schwäbischen Charakter, der doch echt deutschen eingeborenen Freiheitssinn genug besäße[3]). Mit dem Weinsberger Magus Justinus Kerner weiß er sich darin ganz einig, daß sie die Politik nicht berühren, denn auch jenem erscheint Württemberg zu klein, um von da

---

1) Nur durch diese von mir gewagte Annahme ist der Widerspruch zu erklären, daß die betreffenden Artikel mit W. Alexis unterzeichnet sind, der Dichter selbst aber in seinen Erinnerungen (Penelope f. 1839 S. 366) ihre Autorschaft ablehnt und sie Neumann zuschiebt.

2) Börne, Briefe aus Paris 1831—32. 4. Teil. Paris 1833. S. 223—304.

3) Schattenrisse aus Süddeutschland. Berlin 1834; zuerst abgedruckt im Freimütigen von 1833.

aus Deutschland reformieren zu wollen [1]). Ein vollständiges politisches Glaubensbekenntnis legt Häring in seinen Wiener Bildern (1834) nieder, um den Angriffen von der rechten und der linken Seite zu begegnen, die ihm nicht erspart blieben. Er erklärt darin die Erbmonarchie für die allein angemessene Regierungsform für Europa und bezeichnet sich als einen überzeugten Royalisten. Er preist mit allem Ernst die Vorzüge des Königtums gegenüber der Republik, die nur möglich sein würde, wenn alle Menschen leidenschaftslos und tugendhaft wären. Das allgemeine Verlangen nach fixierten Verfassungen entspreche einem wahren Bedürfnisse, aber mehr als von solchen Verfassungen erwartet er von dem öffentlichen Geiste in Wissenschaft, Schulen, Handel und Beamtenschaft einen geregelten Fortschritt des politischen Lebens. Gegen die Fehler der Fürsten ist er nicht blind; er hält im Notfalle eine Revolution für gerechtfertigt, wie die Julirevolution eine heilige Sache verfocht. Aber trotz aller Fehlgriffe der Regierungen preist er Deutschland glücklich, weil in seinen Fürstengeschlechtern Habsburg und Hohenzollern noch das Mark des Lebens rinne und sie mit ihren Völkern noch gegenseitige Liebe verbinde. Den unseligen Zwiespalt zwischen Nord- und Süddeutschland beklagt er schmerzlich, ebenso die republikanischen Neigungen der Rheindeutschen. Aber wenn er es auch für möglich hält, daß die gute Sache der Könige zeitweilig sinke, weil die Herrscher das Vertrauen zu den Völkern verloren haben, im Herzen lebt ihm die freudige Zuversicht, daß die Völker einst zu den Monarchen zurückkehren werden [2]).

Es ist bezeichnend für die Berliner Censurverhältnisse, daß diese Schrift, die immerhin trotzige Freimütigkeiten enthält, aber besonnene Mäßigung atmete, verboten wurde. Kein Wunder, wenn der Verfasser einer Erbitterung anheimfiel, die noch durch persönlich schmerzliche Erfahrungen [3]) verstärkt wurde. Die gewaltige Gährung in der Litteratur jener Tage riß auch ihn in ihre Kreise. Der Geist der nervösen Unruhe, des düsteren Pessimismus, der in den Jungdeutschen wogte, war auch ihm nicht fremd. Der Zwiespalt zwischen der Wirklichkeit und den Gedanken, das politische Elend der Zeit legte sich wie eine Krankheit auf sein Gemüt. Sein für alle Zeitströmungen empfänglicher Geist fühlte die Zerrissenheit der Zeit mehr als andere. Aber sein politisch reiferer

1) Der Freimütige, 1834, Nr. 34—37. W. Alexis, Der Kastellan von Weinsberg. S. 138.

2) W. A., Wiener Bilder. Leipzig 1833. Mein politisches Glaubensbekenntnis S. 425—53.

3) Ein dreijähriges Verlöbnis des Dichters mit der hochbegabten Schauspielerin Julie Gley löste sich ganz plötzlich auf. Nord und Süd. 1898. Sept.

Sinn wollte den Versuch nicht unterlassen, die Zeitprobleme versöhnend zu lösen[1]). So entstand sein „Haus Düsterweg“, das er als Kunstwerk für seine schwächste Arbeit, aber gleichzeitig als Schöpfung für seine bedeutendste und tiefste erklärte[2]). Es ist eben eine politische und persönliche Konfession des Dichters, an der er zu sehr mit seinem Herzen beteiligt war, um die objektive Ruhe des Künstlers zu gewinnen. Ganz in der Art der jungdeutschen Dichter zerfließt die Form des Romans in Briefe, Tagebuchblätter, Aphorismen, Zeitungsartikel, die es recht schwer machen, den Faden der Erzählung festzuhalten. Allerdings hat der Verfasser dem Werke durch diese Form des Zwiegesprächs, durch den fein durchgeführten, individuellen Charakter der einzelnen Briefe einen gewissen dramatischen Reiz verliehen. Aber diese Art der Darstellung behält doch etwas zweideutig Schillerndes, da Personen und Handlungen nacheinander in der verschiedenartigsten Beleuchtung erscheinen. Der Kern der Geschichte ist das seltsame Schicksal zweier Söhne eines altadligen Geschlechts, deren Leben durch eine boshafte Laune ihres Erzeugers verdorben wird, nicht ohne grelle Effekte und arge Unwahrscheinlichkeiten erzählt. Ein steinreicher Freiherr, der für kinderlos gehalten worden ist, äfft seine erbschaftslüsterne Verwandtschaft durch ein seltsames Testament, wonach die Erbschaft von Vetter zu Vetter wandert, bis er schließlich einen auf dem Lande erzogenen Jüngling für seinen gesetzlichen Erben erklärt. Aber auch dieser, der als schriftstellernder Edelmann inzwischen eine angesehene Stellung gewinnt, wird genarrt, da er zehn Tage vor seiner Hochzeit ein Kodizill zu öffnen hat, das ihn enterbt, wenn er eine Gattin ohne 16 Ahnen wählt, und an seine Stelle einen ebenfalls bürgerlich erzogenen, legitimen älteren Bruder setzt. Der erstgenannte Erbe, der seinen Bruder durch einen öffentlichen Aufruf sucht, hat das tragische Geschick, diesen Unglücklichen, den verkehrte Erziehung und politische Verfolgung in den Wahnsinn getrieben, in einem Straßenkampfe ahnungslos zu erschlagen, lebt nun durch den Verdacht des Brudermordes entehrt auf dem öden Ahnenschlosse und giebt seinem verfehlten Leben Wert durch die Rettung einer durch Verführung in tiefes Elend geratenen früheren Geliebten. — Fast alle Gestalten des Romans

1) Der Jungdeutsche Wienbarg warnte in dem letzten Aufsatze der Thierkreiswanderungen (1835) die jungen Dichter davor, die verfallene, menschenleere Straße einer abgestorbenen Zeit zu wandeln, und forderte sie auf, in die Zeit und den eigenen Busen zu greifen, um einen zeitgeschichtlichen Roman mit Zeitgenossen als Helden zu schreiben. Diesem Rufe entsprach Alexis, wenn auch seine Antwort auf die ernsten Fragen der Zeit anders lautete, als die der Stürmer und Dränger.

2) Selbstanzeige des Werks im Freimütigen 1835, Nr. 173, S. 696.

leiden unter der Zeitkrankheit der Zerrissenheit. Radikaler Pessimismus spricht aus den Briefen und Tagebüchern Eberhards, der schließlich in offenen Wahnsinn übergeht. Daneben steht der gemäßigte Liberalismus des jungen Barons Landschaden, der aus einem aristokratischen Eiferer und Demagogenverfolger zu einem Vertreter freiheitlicher Grundsätze wird, aber aus Gram über die trostlosen politischen Zustände schließlich der Verzweiflung anheimfällt. Mit besonderer Liebe gezeichnet ist die episodische Figur des Prinzen Guido, der voll Feuereifer, sein Volk zu beglücken, durch den Widerstand der Bureaukratie und der verblendeten Liberalen in seinem Wirken gelähmt, ein Opfer des Tiefsinns wird und vor den Dämonen der Verneinung Grauen empfindet. So vergiftet die Zeitkrankheit alle Glieder des Volkskörpers. Am nächsten der Auffassung des Dichters steht das Stiftsfräulein Sophie, die in ihrer Einsamkeit frei von der Geistesverwirrung bleibt, das Schicksal des jungen Barons als guter Genius mit Teilnahme und Rat begleitet und ihn durch ihre Hoffnungspredigt aus dem Trübsinn erhebt. — Liebe zum „armen, zerrissenen und noch in seiner Zerrissenheit herrlichen Vaterlande" führt dem Dichter die Feder. Mit wie schneidender Satire er die Demagogenriecherei und das gehässige Mißtrauen der Regierungen gegen das Volk geißelt, Versöhnung zwischen Fürst und Volk ist doch das schöne Evangelium, das das Buch verkündet. Über dem Bette des Barons hängt das Bildnis des edlen George Canning, „des letzten Staatsmannes, der an die Versöhnung glaubte und diesem Gedanken sein Leben opferte" [1]). Mit edlem Freimut tritt der warmherzige Aristokrat, ein zweiter Marquis Posa, vor den alten Minister [2]), dessen Urbild wohl der Kanzler Hardenberg ist, und fordert mit flammenden Worten die Regierenden auf, mit großartigem Vertrauen dem Mißtrauen, mit ernsten, würdigen Thaten den Phrasen entgegenzutreten, den wilden Freiheitsmelodien gegenüber die deutsche Treue, für die die Germanen noch immer Haus und Hof verließen, aufzurufen. — Und in der Vision des Prinzen Guido warnt ein silberhaariger Greis Riesen und Zwerge (Edelleute und Bürger), die alte Zwietracht aufs neue anzuheben, die unser herrliches Volk in unnennbare Knechtschaft stürzte. „Fluch dem, der fragt: ward ein Vater ein Riese oder ein Zwerg? Gleichheit unter uns allen darin, daß wir unsere Unterdrücker hassen und wieder ein Volk werden wollen." In

1) Das Haus Düsterweg. 1835. II, 262.

2) Ebenda I, 366. Die Scene ist das Vorbild der ähnlichen in „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht" gewesen, wo Walter von Asten den Minister für seine Ideen zu gewinnen sucht. Es ist das Kapitel: Gehn Sie nach Karlsbad. Bd. II Kapitel 15.

hehrem Traume erblickt der Fürstensohn den Ritter auf leuchtendem Rosse mit der Silberrüstung, den Doppelaar auf dem Helme, mit goldenem Schilde im Morgenrot, das Reichsbanner schwingend und aus den Grüften heraus vom Meer und den Bergen die alten Germanen zum Siegeszuge rufend [1]).

So ist Wilibald Alexis auch in diesem Werke ein Herold der deutschen Einigung in trüber Zeit. Aber das Werk blieb ohne Wirkung. Die krause Darstellung erschwerte das Verständnis. W. Alexis' mäßige Gestaltungskraft war einer Aufgabe, aus sich heraus ein packendes Zeitgemälde der Gegenwart zu entwerfen, nicht gewachsen, er bedurfte der Anlehnung an geschichtliche Vorgänge, um plastische Charakterbilder zu schaffen. Der Ruf nach Versöhnung verhallte ungehört in einer Zeit der schroffsten politischen Gegensätze.

Noch in einem Werke jener Jahre hat W. Alexis der jungdeutschen Zerrissenheit seinen Tribut gezahlt, in dem Roman „Zwölf Nächte" (1838). Es ist die Geschichte eines phantastischen Hausbaues, der im Auftrage eines geheimnisvollen Bauherrn geschieht und in den zwölf Nächten zwischen Weihnachten und dem Dreikönigsabend vollendet sein muß. So mystisch und symbolisch märchenhaft die Erzählung aber auch ist, so zeigt sich doch eine Gesundung der dichterischen Phantasie. Der Held ringt sich aus Selbstmordgedanken durch rüstige Arbeit zur Lebensfreude empor. Der Fortschritt in der Charakteristik der zum Teil derb volkstümlich gezeichneten Figuren ist unverkennbar. Die Politik tritt in dem Werke sehr zurück; nur gegen die gehässigen Glaubenseiferer wendet sich der Dichter; den unduldsamen Leineweber, der den lieben Gott stets im Munde führt und seine Nachbarn verlästert, wirft die resolute Mutter Martin am Ende aus dem neuen Hause hinaus.

Es scheint, als ob über dem Buche schon ein Abglanz des Glückes schwebe, das im Winter 1837—38 in die Seele des Dichters einzog. Eine schöne Engländerin, Lätitia Perceval, aus einer angesehenen, aber verarmten englischen Familie, damals Gesellschafterin im Hause einer Schwester des Kriegsminister von Boyen, gewann sein Herz und ward die Seine. Seitdem hat ihn das reinste eheliche Glück niemals verlassen, und auch auf seine dichterische Thätigkeit hat die geistvolle und feinsinnige Lebensgefährtin den segensreichsten Einfluß geübt. So

1) II, 147—55. — Tief sind auch Härings Bemerkungen über die Juden (II, 58—60), denen keine Emancipation etwas helfen werde. Er beklagt den entsetzlichen Fluch, der auf dem Geschlechte lastet, und daß ihre einzige Rettung in der völligen Verschmelzung bestehen muß, da doch eine zweitausendjährige Originalität verdiente bestehen zu bleiben.

begann denn für ihn eine Zeit fruchtbarsten und erfolgreichsten Schaffens[1]).

Im Jahre 1840 kam der zweite große vaterländische Roman Härings, Der Roland von Berlin, heraus. Fidicins Beiträge zur Geschichte der Stadt Berlin, die 1837 erschienen und reiches Material zur Geschichte der Unterwerfung Berlins und Kölns durch Friedrich Eisenzahn boten, haben ihm offenbar die Anregung dazu gegeben, weshalb er auch in seinem Werke den Berliner Stadtarchivar als Ratsschreiber Fidicinus verewigt hat. Es lockte den Dichter, der seit Jahren Bürger und Hausbesitzer in der preußischen Hauptstadt war, die Vergangenheit seiner zweiten Heimat dichterisch zu verherrlichen, und in der That hatte er in dem Konflikt zwischen Fürsten- und Städtemacht einen höchst dankbaren kulturgeschichtlichen Stoff erfaßt. Das Steinbild vor dem Rathause ist das stolze Symbol der Stadtfreiheit. Am Ende der Erzählung läßt der Kurfürst den Roland zertrümmern zum Zeichen seiner Hoheit über die Stadt. Hüter des Rolands, Verteidiger der Stadtfreiheit, ist der Bürgermeister Johannes Rathenow, der auf dem Rechte der Stadtgemeinde besteht, stolz seine Überzeugung vertritt und doch schließlich dem Kurfürsten unterliegt, der ohne ängstliche Scheu vor Herkommen und geschriebenem Rechte die notwendige Hoheit über die Städte aufrichtet. Bürger und Fürst endigen beide tragisch; der erste verläßt stolz die unfrei gewordene Stadt, der zweite siegt, aber erkennt doch schließlich kummervoll, daß es ihm nicht beschieden war, der Mark Glück und Frieden zu bringen. Mit diesem politischen Hergange ist eine anmutige Liebesgeschichte verflochten, die den schroffen Standesunterschied zwischen Patriziern und Zünften zeigt.

Die Handlung des Romans ist von kulturgeschichtlichen Arabesken wohl allzudicht umsponnen, aber die eigentliche Schönheit des Werkes liegt gerade in diesen köstlichen Einzelbildern mittelalterlicher Kultur. Es scheint sogar, als ob erst später in die schon vorliegenden Genrebilder der eigentliche Romanplan hineingearbeitet wäre; denn als eine der gelungensten Scenen des Werkes unter dem Titel: „Eine Exekution vor dem Spandauer Thore“ im Preußischen Volksfreund 1839 im voraus gedruckt wird, trägt das Buch noch nicht den späteren Namen, sondern ist farblos „Berliner Lebensbilder“ bezeichnet[2]). Wenn man die dürftigen Quellen zu der Geschichte dieser Zeit betrachtet, es kommen

1) Vgl. M. Ewert, Wil. Alexis. Nord u. Süd 1898, Septemberheft.

2) Preußischer Volksfreund, hrsg. von C. G. v. Puttkammer, 4. Jahrgang 1839, Nr. 106—108.

nur die städtischen Urkunden von Berlin und Köln in Betracht, die uns kaum den äußern Hergang, geschweige denn die handelnden Personen und ihre Triebfedern erkennen lassen, so erstaunt man, welch reiches Leben die dichterische Phantasie den lückenhaften Notizen der Zeitchroniken abgewonnen hat.

Das städtische Leben im Rathause und auf der Straße, in den Herbergen, Barbierstuben und in der Judengasse, im Patrizierhause und im Laden des Knochenhauers ist prachtvoll lebendig wiedergegeben. In der Scene, da auf des Rats Befehl die rote Hanne mit dem Glüheisen gebrannt und die schöne Salome ausgepeitscht wird, die ausgestoßenen Weiber den trunkenen Raubritter aus dem Schnee retten und unter ihre Botmäßigkeit bringen, liegt etwas von dem grausigen Humor Shakespeares.

W. Alexis fühlte selbst, daß er nun auf der rechten Bahn zur Meisterschaft war. Immer tiefer drang er ein in die Vergangenheit der Heimat. Bald fesselte ihn ein merkwürdiges Problem der märkischen Geschichte des Mittelalters nnd lockte ihn unwiderstehlich zu dichterischer Gestaltung. Es ist jenes Rätsel, das schon die Zeitgenossen nicht lösen konnten, und an dessen Entzifferung sich Geschichtsforscher und Dichter, wie Fouqué, Achim von Arnim, von Putlitz, Klöden, Schwebel u. a. immer wieder versucht haben: Die Wiederkehr des Markgrafen Woldemar in die Mark nach 30 Jahren. Klöden hat ihn als echt urkundlich erweisen wollen, und Gustav zu Putlitz hat in dieser Voraussetzung ein Drama geschaffen. Alexis hält den zurückgekehrten Woldemar für einen Betrüger und hat sich die Aufgabe gestellt, psychologisch zu begründen, wie ein solcher Betrüger auftreten, wie er Glauben finden und Anhang gewinnen konnte und was in seiner Seele vorging. In der That hat Alexis das Problem tiefer und feiner als alle anderen Bearbeiter dieses Stoffes gefaßt. Während in Schillers Demetrius, der einen ähnlichen Gegenstand behandelt, der Held in gutem Glauben, der echte Herrscher zu sein, die Krone ergreift, dann aber durch die furchtbare Entdeckung, er sei unecht, in innern Zwiespalt gerät, von Ehrgeiz ergriffen die Rolle fortspielt und so den tückischen Mächten der Erde erliegt, ist sich der falsche Woldemar von vornherein seines Betruges bewußt, glaubt aber aus innerem Berufe bei dieser Täuschung recht zu handeln.

Als die Mark durch die Mißregierung der bayerischen Fürsten in schwerer innerer und äußerer Bedrängnis schmachtet und das Volk sich nach der alten ruhmreichen Askanierherrschaft zurücksehnt, suchen die Feinde des wittelsbachischen Fürstenhauses, der märkische Klerus und habgierige Nachbarfürsten, nach einem gefügigen Werkzeuge, durch listiges Gaukel-



spiel das Volk zu täuschen und so die Bayern zu entthronen. Aber der Vertraute Woldemars, der sich zu diesem Betruge hergiebt, thut es nur um dem lange gequälten Lande ein Retter zu sein, und Friede und Ordnung zu bringen. Durch Gebet und ernste Selbstprüfung in der Einsamkeit einsamer Pilgerschaft bereitet er sich zu seinem Werke vor, und als er hervortritt, setzt er alle, selbst die Mitwisser des Gaukelspiels, durch seine fürstliche Hoheit, durch seine Herrscherweisheit, durch seine kraftvolle Selbständigkeit in Erstaunen. Es gelingt ihm in der That, das Volk zu gewinnen, und er waltet wie ein echter Herr über dem unglücklichen Lande, das er gegen die Ränkespinner, die ihn benutzen wollten, machtvoll schützt. So darf er sich echt fühlen, weil seine echte Herrschernatur der Not des Landes ein Ziel zu setzen vermag, wie es der echte Woldemar verstanden hätte. Mit großer Wirkung hat es der Dichter geschildert, wie der Markgraf seine Sendung erfüllt und selbst die Anerkennung des Kaisers gewinnt. Aber er bleibt nicht derselbe. Es kommt eine Zeit, wo ihn das Vertrauen des Volkes nicht mehr stützt, weil er in verblendeter Selbstüberhebung als ein auserwähltes Rüstzeug Gottes allzeit die Hilfe der himmlischen Heerscharen erwartet. Er hält sich für einen Propheten, aber seine Weissagungen gehen nicht in Erfüllung, und so schwindet seine Macht, und er verzichtet schließlich auf sein Markgrafentum, besiegt, aber ungebeugt, und auch nur deshalb, weil er in dem neuen bayrischen Markgrafen Ludwig dem Römer einen Überlegenen, einen strengen und gerechten Richter der Friedebrecher erkennt.

Wilibald Alexis hat den falschen Woldemar immer für seinen gelungensten Roman gehalten, und man fühlt, er hat jede Zeile mit seinem Herzen geschrieben. Man kann darüber streiten, ob es ihm gelungen ist, das schwierige psychologische Problem, das er sich selbst gestellt hat, rein aufzulösen. Gewiß ist es, das uns auch in diesem Werke wahre Kabinettstücke historischer Genremalerei erfreuen. Wie prächtig sind die Eingangskapitel gelungen: die bunte Reisegesellschaft, die sich zur Wanderung durch das unsichere Land zusammengethan hat, vergeblich allenthalben im Waldkruge, auf der Burg, im Dorf, in der Stadt eine nächtliche Unterkunft sucht und schließlich in den Mauern einer zerstörten Mühle lagert, macht uns sogleich mit allen Schrecken der Friedlosigkeit in der Mark vertraut. Auch das freie Leben im Walde bei den Stellmeisern ist voll reizenden, romantischen Zaubers. Am packendsten aber, echt niederländische Gemälde, sind die Scenen bei der Warte von Gransee, wo die tapferen Frauen der Stadt ein Weib auf den Wartturm setzen, weil der rechte Wächter den Angriff des Raubritters trunken verschlafen hat und der Rat dann den gefangenen Raubritter und den pflicht-

vergessenen Türmer waffenlos auf die Warte sperrt, damit der eine am andern das Henkeramt übe, bis Woldemar erscheint, der unwürdigen Scene ein Ende macht, den Raubritter unter sein gerechtes Gericht zwingt, ihn begnadigt und den wilden Gesellen zu seinem treuesten Diener gewinnt. Man kann sagen, im falschen Woldemar hat Wilibald Alexis nach der höchsten Palme der Kunst gerungen, und er ist nicht allzuweit hinter seinem Ziele zurückgeblieben. Aber der Erfolg beim großen Publikum blieb aus, und selbst urteilsfähige Kunstrichter wie Tieck und Friedrich von Raumer konnten sich nicht entschließen, seiner Dichtung in die wüsten, für sie unerquicklichen Gebiete des märkischen Mittelalters zu folgen.

Der Mangel an jeder Aufmunterung auch von seiten der Regierung ward von dem Autor tief empfunden, um so mehr, als er durch seine Darstellung märkisch-preußischer Geschichte für die große Aufgabe Preußens in Deutschland Freunde werben und Verständnis wecken wollte. Der Preußenstolz Härings, sein maßvoller Freisinn und seine deutschnationale Gesinnung stehen, wie leicht zu sehen, in innerem Zusammenhange miteinander. Er ist stolz auf die norddeutsche Intelligenz, kräftig protestantisch und antirömisch[1]), der fridericianischen Traditionen sich wohl bewußt; darum führt ihn gerade sein preußischer Patriotismus zur Forderung, Preußen solle in gemäßigtem Fortschritte den andern Staaten voranschreiten und sich so würdig erweisen, die Führung Deutschlands zu übernehmen.

Mit Jubel begrüßte er, der so manchmal unter der Censur hatte leiden müssen, den kurzen Honigmond preußischer Preßfreiheit im Jahre 1842, als Friedrich Wilhelm IV., bereit, der neuen Zeit entgegenzukommen, den Censoren vorschrieb, einen freimütigen, wenn nur wohlwollenden und anständigen Tadel des Bestehenden zuzulassen, die Bildercensur gänzlich aufhob, die Censur der Bücher über 20 Bogen gänzlich abschaffte und den Entstellungen der Presse nur durch Berichtigungen zu begegnen befahl. Als die Regierung dann aber durch die oppositionelle Haltung der Zeitungen erschreckt Ende 1842 und Anfang 1843 ihre Haltung änderte, zum Verbote der Allgemeinen Leipziger Zeitung und zur Unterdrückung der Rheinischen Zeitung schritt (25. Januar 1843) und die Vernichtung der Deutschen Jahrbücher durch die sächsische Regierung veranlaßte, vermochte Häring nicht stumm zu bleiben. Er erhob schon nach dem ersten Verbote seine Stimme in der Vossischen

1) Vgl. zum Beispiel das prächtige Volkslied: Schwerins Tod.

Zeitung[1]). Man solle der Lüge in der Presse, wie es der König befohlen habe, durch Berichtigungen entgegentreten, aber sich nicht durch sie zu Preßbeschränkungen treiben lassen. In England, wo die größte Preßfreiheit herrsche, habe die Lüge die wenigste Macht. Verbote und Konfiskationen seien unnötig; in Preußen habe ein hundertjähriger Bildungsprozeß der Preßfreiheit so vorgearbeitet, daß die noch bestehenden Schranken doch nur noch den Ruinen alter Schanzmauern glichen, die den ehrlichen Kaufmann auf offener Straße einen halben Tag aufhielten, aber von den Schleichhändlern ungestraft verlacht würden. Er weist nach, daß vollkommene Freiheit der Presse für die bürgerlichen Zustände heilsam wirken werde, wie ein windiges Klima, das die Luft reinigt und hindert, daß feuchte und giftige Dünste stehen bleiben und die Gesundheit untergraben. Er beklagt offen das Verbot von drei der namhaftesten Zeitungen Deutschlands, wenn er auch anerkennt, daß mit dem Verbote der Leipziger und Rheinischen Zeitung eine Rechtsform nicht verletzt worden sei. Man solle der Frondier- und Räsonnierlust ihre Kanäle lassen, da es gefährlicher sei ihr den Mund zu schließen.

Mit diesen Ausführungen will er aber französischer Zügellosigkeit nicht das Wort reden. Die germanische Natur sei eine andere als die romanische. Die vorhandene französische Preßfreiheit gebe Freiheit für die Parteien, aber nicht für das Individuum. Schon jetzt herrsche in Deutschland bei allen Hemmnissen und Schranken mehr geistige Freiheit als in Frankreich. Die Ausschreitungen der französischen Presse aber seien nicht eine Folge der fehlenden gesetzlichen Schranken, sondern der französischen Natur, die allzeit lügenhaften Gerüchten und schmachvollen Verdrehungen zugeneigt gewesen sei. In England und Holland setze sich die freie Presse durch die Achtung vor der Wahrheit, die Sitte und das Nationalgefühl selber Schranken.

Während Häring so aus innerster Überzeugung im Interesse einer gedeihlichen politischen Entwicklung Preußens für das Recht maßvoller

---

1) Die Verfasserschaft Härings steht für die im folgenden benutzten Artikel auf Grund der nachstehenden Erklärung (in der Voss. Zeitung vom 17. März 1843 Nr. 65) fest: Wiederholten Mißverständnissen zu begegnen, finde ich mich zu der Erklärung veranlaßt, daß von den leitenden Artikeln in dieser Zeitung nur die sieben in Nr. 3, 6, 12, 18, 24, 27 u. 43 von mir herrühren, daß seit dem 23. Februar d. J. keiner von meiner Feder abgedruckt ist und ich die bereits abgefaßten seitdem zurückgenommen habe. Berlin, den 15. März 1843. Dr. W. Häring. — Übrigens waren erst seit 1842 einige Leitartikel an die Spitze des Blattes gesetzt worden. Unter der Herrschaft der Censur war dergleichen nicht gewagt worden.

politischer Meinungsäußerung eintrat, wurde er selbst von der Censur bedroht, die er bekämpfte. Mehrere seiner Artikel für die Vossische Zeitung wurden vom Censor beanstandet und ihr Druck verboten. Da er sich in keiner Weise schuldig fühlte, wandte er sich direkt an den König, um sich über die Censurbehörde zu beschweren. Der Monarch antwortete ihm im März 1843 in dem bekannten ungnädigen Handschreiben, das die Beschwerde gegen die Censoren zurückweist, die übrigens an den Minister des Innern zu richten gewesen wäre, und mit der harten Abfertigung schließt: „Mit Widerwillen habe ich einen Mann von Ihrer Bildung und litterarischen Bekanntheit durch jenen Artikel unter der Klasse derer gefunden, die es sich zum Geschäfte machen, die Verwaltung des Landes durch hohle Beurteilung ihres nicht von ihnen begriffenen Geistes vor der großen meist urteilslosen Menge herabzusetzen und dadurch ihren schweren Beruf noch schwerer zu machen. Von Ihrer Einsicht wie von Ihrem Talent hätte ich anderes erwartet und sehe Mich ungern getäuscht."

Dieser Brief[1]), wie Treitschke bitter bemerkt, „das einzige Zeichen der Teilnahme, das der Dichter des „Rolands von Berlin" und der „Hosen des Herrn von Bredow" von seinem kunstsinnigen Könige erhielt", wurde bald, anscheinend ohne Zuthun Härings, öffentlich bekannt und in allen namhaften Zeitungen Deutschlands abgedruckt[2]). Selbst ein so königstreuer Mann wie Gerlach meinte, man hätte dem treuen, von den Demokraten oft servil gescholtenen Dichter der Mark nicht eben so begegnen sollen, und Herwegh spottete: „Unser genädigster Herr, seht, welch ein Freund des Pikanten. Mit Höchsteigener Hand salzt er die Häringe ein[3])."

Tief verstimmt, aber unbeirrt durch Tadel und Verkennung, schritt Alexis auf der Bahn vaterländischer Dichtung weiter fort, immer fester überzeugt, daß es seine Lebensaufgabe sei, durch dichterische Verklärung der märkischen Heimatsgeschichte sein Volk über die trübe Gegenwart zu erheben und die Hoffnung auf eine stolze Zukunft zu nähren. Er wollte nicht mehr den Vorwurf von den Freunden hören, daß er umhersuche und sein Eignes aufginge in fremder Weise. Er sagte es frei heraus in der schönen Vorrede seines nächsten Werkes: „Ich suche nicht mehr, weil ich gefunden habe. Ich glaube, daß ich die Weise anschlug, die mein eigen

1) Nach dem Abdruck in der Augsburger Allgem. Zeitung 1843 Nr. 100 10. April.

2) F. Brunold berichtet in seinen litterarischen Erinnerungen (2. Aufl. 1881) I, 140: Alexis soll diesen Brief im Lesekabinett verloren haben.

3) Herwegh, Gedichte eines Lebendigen. 2. Bd.

ist, und nun will ich auf dem Wege gehen, den ich mir bahnte [1])." Dies Werk waren „Die Hosen des Herrn von Bredow" (1846—48). Schon lange hatte er sich mit dem seinem protestantischen Sinne so verlockenden Gedanken getragen, das Reformationszeitalter in der Mark Brandenburg zu schildern. Jetzt entstand das Buch, das seinen Schöpfer am meisten populär gemacht hat, und das in glücklichster Mischung gemütvollen Humor und tragischen Ernst, märkische Burgidylle und Haupt- und Staatsaktionen verbindet. Das Schicksal der Bredowhosen, des uralten, heilig gehaltenen Familienerbstücks, ist in drolligster Weise in den Mittelpunkt der Handlung gestellt. Der Dämon steckt in ihnen und sie spielen bei dem Überfall der Edelleute auf den Krämer, bei der Anklage gegen Götz von Bredow als Raubritter, bei der Verschwörung der Adligen gegen den Kurfürsten Joachim eine entscheidende und sehr ergötzliche Rolle. In der Fortsetzung des Romans, dem Werwolf, tritt dieses komische Motiv mehr zurück hinter den ernsten Schicksalen Joachims I., der hochgestimmt und geistesstolz an eine große Mission seines Lebens glaubt, aber durch seine Überhebung und seinen rücksichtslosen Eigenwillen allmählich immer mehr vereinsamt. In der großen Angelegenheit der Zeit stemmt er dem einmütigen Verlangen seines Volkes entgegen, fällt darüber thörichtem Aberglauben und habsüchtigem Betruge zum Opfer und zerstört sein häusliches Leben durch das starre Festhalten am alten Glauben. So endet der hochbegabte Fürst in tiefem Schmerze, für eine verlorene Sache gekämpft zu haben.

Einen eignen Reiz gewährt es, die Quellenbenutzung und Arbeitsweise Härings in diesen Romanen zu studieren. Für die Reformationszeit flossen ihm die Quellen schon reichlicher, als für das 14. und 15. Jahrhundert. Hier hat er die Chroniken von Hafftiz und Creusing ausgiebig benutzen können und daneben aus Kulturschilderungen der alten Zeit, wie des Ritters von Schweinichen, ein lebendiges Bild der Epoche gewonnen. Seine dichterische Einbildungskraft bewegt sich nicht in so engen Schranken, wie z. B. Scheffel in seinem Ekkehard, der fast jede Zeile mit einem mittelalterlichen Citat belegt. Leichte Anachronismen und Abweichungen von der historischen Überlieferung vermeidet er nicht ängstlich. So setzt er den Prediger Musculus, der gegen den Hosenteufel predigt, um mindestens ein Menschenalter früher. Aus dem derben, schwäbischen Astrologen Carion am Hofe Joachims, von dem Hafftiz manch saftiges Stücklein berichtet, ist bei Alexis ein mißgestalteter, bos=

1) Hans Jürgen und Hans Jochen. Vaterländischer Roman. Berlin 1846. Vorrede XII.

hafter Zwerg jüdischer Abkunft geworden. Joachim I. ist höchst interessant, aber wohl etwas zu modern philosophisch gezeichnet. Für die Charakteristik des geistreichen Fürsten, der sich in verhängnisvoller Überhebung dem Zeitgeist entgegenwirft, scheint Friedrich Wilhelm IV. manche Züge hergeliehen zu haben. Die übrigen Gestalten des Romans, die resolute Brigitte, der wackere Götz mit dem ferngesunden Appetit und der Angst vor dem Denken, der unbeholfene, aber kreuzbrave Hans Jürgen, sind freie Schöpfungen der dichterischen Einbildungskraft und doch Lieblinge des märkischen Volks geworden. Der wilde Pfaffenfeind Hake von Stülpe verdient wohl unter ihnen die Krone. Nirgends auch hat sich unser Dichter zu so köstlichen Naturschilderungen der einfachen märkischen Landschaft erhoben als in diesem Werke. Sie sind denn auch aus unmittelbarer Anschauung hervorgegangen. Der größte Teil des Werks ist in der Oberförsterei zu Lehnin entstanden, wo Häring als Gast seines Schwagers Scheffler weilte und das östliche Giebelzimmer monatelang bewohnte[1]). Schuf in jenen Jahren sein häusliches Glück die rechte Stimmung für die reichste Entfaltung seiner Produktion, so waren die herrlichen Tage in der Wald- und Seenlandschaft in der Nähe des alten Klosters die glückliche Geburtsstunde dieses Romans. Auf den Spaziergängen in der anmutigen Umgebung der Oberförsterei erschienen ihm die Gestalten seines Werkes zuerst, und es ergiebt sich aus dem Buche unfraglich, daß er im Gegensatz zu unbestimmter gehaltenen Ortsbeschreibungen in anderen Romanen bei der Schilderung der Bredowburg eine bestimmte Lokalität in der Nähe Lehnins im Auge gehabt hat. Zwar findet sich kein Sitz der Bredows in dieser Gegend, aber ein alter Burgwall zwischen Mittel- und Gohlitzsee (südlich von Lehnin) ist mit ziemlicher Sicherheit als die Burg Hohenziatz, welche Alexis schildert, anzusprechen. — Trefflich ist auch der dramatische Aufbau in dem Romane, der trotz mancher Längen das Interesse des Lesers bis zuletzt fesselt.

Die außerordentlich fruchtbare Thätigkeit der letzten Jahre machte ihm eine größere Erholungsreise erwünscht. Mit seiner Gattin ging er Ende 1847 über die Schweiz nach Italien, wo er sich in Florenz, Rom und Neapel längere Zeit aufhielt. Hier traf er mit bedeutenden Schriftstellern, wie Friedrich Bodenstedt, Levin Schücking, Fanny Lewald, zusammen. Vor allem lebte er mit dem märkischen Edelmann und Dichter Gustav zu Putlitz und seiner Gemahlin Monate hindurch in anregendem und freundschaftlichem Verkehre, aus dem eine jahrelange,

1) Nach freundlicher Mitteilung des Herrn Major a. D. Scheffler in Düsseldorf und des Herrn Oberförster von Doehn in Lehnin.

herzliche Freundschaft hervorging. Sie standen seitdem in brieflichem Verkehre und vereinigten sich im Sommer 1848 sogar zu gemeinsamer Arbeit an kleinen politisch-satirischen Lustspielen. Aus diesem römischen Dichterkreis haben wir einige sehr lebendige Schilderungen der Persönlichkeit Härings, während uns solche Nachrichten von seinem Berliner Leben, das wohl geringe Beziehungen zu den schriftstellerischen Kreisen hatte, fast ganz fehlen[1]). Sein gedrungener, kräftiger, mehr in die Breite als in die Höhe gehender Körperbau schien in einem Gegensatze zu stehen mit dem milden, friedfertigen Ausdrucke seines durchgeistigten Gesichts. Er war eine tief angelegte, grüblerische Natur, voll frischer Empfänglichkeit und feiner Beobachtungsgabe, jedoch mehr geneigt, seine Eindrücke und Betrachtungen durch die Feder als durch das gesprochene Wort wiederzugeben. In größerer Gesellschaft verhielt er sich meist auffallend still und verhielt sich als schweigsamer, kritischer Beobachter, dessen Anteil an Gesprächen nur an dem ausdrucksvollen, oft schelmischen Augenspiel zu erkennen war. Seine noch sehr jugendliche Gattin, eine englische Schönheit von feinem Schnitte, hatte großen Einfluß auf ihn. Wie sie schon als Braut seine unerquickliche Neigung zur Ironie, die ihm manchen Freund entfremdet hatte, mit einigem Erfolge bekämpft hatte, so verstand sie es vortrefflich, in kleinerem Kreise den Gatten anzuregen und aus seiner bescheidenen Zurückhaltung hervorzuziehen, wo sich dann reizende Erörterungen und Plänkeleien entspannen, in denen sie ihn gewöhnlich zu ihrer Ansicht bekehrte. Denn sie war eine jener glücklichen Frauennaturen, die die Dinge in voller Unbefangenheit auf sich wirken ließ, während der Gatte in der Gründlichkeit seiner weitschichtigen Studien bisweilen den Überblick verlor. So wirkte das liebenswürdige Paar auf seine Umgebung in hohem Grade belebend und wohlthuend, und war bald allenthalben der Mittelpunkt eines anziehenden Kreises. Ein Denkmal jener glücklichen Tage ist Härings Märchen, der Zauberer Virgilius, ein übermütiges, geistreiches Capriccio, das uns aus der schönen Wirklichkeit italienischer Landschaft und südlichen Lebens unmerklich in das Zauberland des Märchens hinüberführt. Das Ganze ist eine phantastische Wanderung im Fiebertraume, in dem dem Dichter der alte Virgilius als Cicerone dient, wie einst dem großen Dante durch die Hölle. Auch ernste politische Gedanken spielen in das phantastische Traumspiel hinein, aber die wilden Kämpfe der Zeit er-

1) Friedr. Bodenstedt, Erinnerungen aus meinem Leben. 2. Aufl. 1890. II. passim. — Lewin Schücking, Lebenserinnerungen. 1886. II, 340. — Putlitz, Theatererinnerungen.

scheinen dem Seherblicke des Dichters in der Zukunft versöhnt. Der Dichter sieht am Schlusse des Traumes die untergehende Sonne von der Höhe von Camaldoli und hört den Choral der Mönche: „Alle sie irrten, Herden und Hirten! Ach den verirrten, Wahnverwirrten Herden und Hirten Wer bringet Heil?" Virgil aber steht unten in der Barke und singt die Antwort: „Nimmer wird die Barbarei wieder über die Welt hereinbrechen. Die Dämonen von links und rechts sind ohnmächtig gegen den Schöpfer und Herrn des Lichts. Er ist in der Natur und in der Natur seine Harmonie [1])."

Die Dämonen von links und rechts, vor denen der Dichter in das Märchenland entfloh, sollten ihm im tollen Jahre noch arg genug mitspielen. Im Frühjahr 1848, als in der Heimat die Stürme der Revolution immer bedrohlicher wurden, kehrte Häring nach Deutschland zurück. In Frankfurt a. M. hatte er Gelegenheit, das deutsche Parlament in der Paulskirche in voller Thätigkeit zu sehen, faßte für den Präsidenten von Gagern, der durch sein machtvolles Wesen die auseinanderstrebende Versammlung disciplinierte, das herzlichste Vertrauen, gewann aber, wie Bodenstedt, von der Bildung der Parteien und Fraktionen ein geradezu trostloses Bild deutscher Uneinigkeit [2]). Was er dann auf der Reise und zu Hause sah, mußte ihn aufs tiefste niederdrücken. Gewiß ist ihm die entmutigende Unpopularität des preußischen Königs in ganz Deutschland nicht entgangen. Er traf gerade in den Tagen in der Heimat ein, als der Zeughaussturm in Berlin stattfand und die Anarchie auf ihrem Gipfel war, und mußte daher, um seine Frau nicht in den hellen Straßenkampf zu führen, noch einige Tage bei seinem Schwager in Lehnin verweilen. Als er dann am 16. Juni in der Hauptstadt eintraf, machte die revolutionäre Erhitzung des Pöbels und die Schwäche der Regierung auf ihn einen höchst niederschlagenden Eindruck. Er hörte, daß es nicht ratsam sei, konservative Meinungen auszusprechen, da der demokratische Terrorismus herrsche.

Den Druck der Zeitverhältnisse empfand er auch in seinen Vermögensumständen. Sonst wohlhabend, war er durch allerlei Verluste eine Zeitlang ganz auf den Erwerb seiner Feder angewiesen, und da die Verleger sich scheuten, größere litterarische Werke herauszugeben, so war er genötigt, unter die politischen Publicisten zu gehen, wozu ihn ohnedies das Verlangen trieb, in diesen Tagen der Verwirrung handelnd einzugreifen. Er wurde im Januar 1849 Mitredakteur der Vossischen

1) Der Zauberer Virgilius. Ein Märchen aus der Gegenwart. Berlin 1851.
2) Bodenstedt, Erinnerungen. II, 251 u. 254. Vgl. auch Voss. Zeitung vom 29. März 1849.

Zeitung, die damals eine gemäßigt konservative Richtung verfolgte. Außer der täglichen angestrengten Redaktionsthätigkeit äußert er auch in den mit besonderer Chiffre (□)[1]) bezeichneten, bisher unbeachteten Leitartikeln seine politische Ansicht, die bald mit der der übrigen Herausgeber, namentlich seines Vetters Rellstab, in offenen Zwiespalt geriet. Er, der Herold des Preußentums, war von der Überzeugung im innersten erfüllt, daß jetzt oder nie der Augenblick gekommen sei, wo der Hohenzollernstaat an die Spitze des deutschen Vaterlandes treten müsse. Hinter dieser größten Frage verschwanden ihm alle anderen Interessen, und so sind fast alle seine Artikel jenes halben Jahres diesem Gegenstande gewidmet. Als unter den größten Schwierigkeiten die Idee des preußischen Erbkaisertums im Frankfurter Parlament allmählich Boden gewann, kämpfte er für sie immer wieder in seiner Zeitung. Da er jetzt den großen Schicksalstag gekommen wähnte, verteidigte er die Frankfurter Versammlung warm gegen die roten Demokraten und die Stockpreußen, die die deutsche Krone nicht aus den Händen der Volksvertreter annehmen wollten. Er giebt ihnen den Vorwurf des träumenden Idealismus, den sie den Frankfurtern machen, zurück, da sie glaubten, das alte Preußen, das unwiederbringlich dahin sei, könne noch ferner bestehen, ohne mit Deutschland zu verschmelzen. Die preußischen Kammern ruft er auf, die Stimme der Krone in diesem Augenblicke durch die ihre zu unterstützen, daß sie klinge wie ein voller Glockenlaut. Seine Rufe offenbaren bald frohe Hoffnung, bald Enttäuschung, aber immer hochgespannte nationale Empfindung. Endlich am 28. März erfolgt die Kaiserwahl, die Frankfurter Deputation erscheint in Berlin und empfängt am 3. April die Antwort Friedrich Wilhelms IV., er sei vor dem Könige der Könige mit seinem Gewissen zu Rate gegangen und könne nicht mit einer Verletzung heiliger Rechte und ohne das freie Einverständnis der Fürsten eine entscheidende Entschließung fassen, müsse es vielmehr der Beratung der deutschen Regierungen vorbehalten, ob die Verfassung den Einzelnen wie dem Ganzen frommen werde.

Am Tage darauf finden wir an der Spitze der Zeitung einen von

---

1) Es wird uns leicht, den Anteil Härings an dem Inhalt der Zeitung — abgesehen von kleineren Redaktionsnotizen — festzustellen, da am 24. Januar 1849 die Redaktion ausdrücklich erklärt, daß unter den leitenden Artikeln von dem Mitredakteur Häring nur die mit einem vorangestellten □ Zeichen herrühren. Zu den so bezeichneten gesellen sich nur noch einige, die mit W. H—g unterschrieben sind. Es sind im ganzen etwa 16 an der Zahl. Sie stammen aus der Zeit vom 24. Januar bis Mitte Mai 1849. Doch ergreift er noch einmal am 30. Dezember 1849 das Wort.

flammender Erregung erfüllten, atemlos niedergeschriebenen Erguß des Dichters, der sich unerbittlich richtend unmittelbar gegen die Worte des Monarchen wendet: „Wo der „König der Könige“ seinen Sturm wehen ließ über die Erde, fielen auch Kronen wie Spreu im Winde. Nicht das Alter, nicht das heiligste Salböl auf der Stirn schützte. Der Geist des angerufenen Königs war nicht bei den frommen Männern, welche die heiligen und unantastbaren Pflichten und Rechte der Einzelnen sorgfältiger achteten als das große Gemeinwohl, sondern bei denen, welche, die Zeit und ihre Not erkennend, das thaten, was für alle Not war, und nach dem Schwert, dem Scepter, der Krone griffen, die allein Schutz vor dem Wüten, Ordnung in dem Chaos versprach, die da nicht fragten, ob dieses oder jenes Recht dadurch gekränkt wurde, denn vor dem heiligsten Rechte der Selbstrettung eines großen Volkes verschwindet das verbriefte und versiegelte Recht der Gewaltigen wie der Kleinen, wie Spreu im Winde. Wie man ihre Wunden heilt, ihre Verluste entschädigt, ist nachher Frage. Diese großen Männer sind die Leuchtpunkte in der Geschichte des Menschengeschlechts. Ohne sie wäre die Welt in Verdummung oder Barbarei versunken; darum, selbst wo ihre Hände von Blut gefärbt sind, waren sie die Wohlthäter der Völker. Sie sind es, die unsre Geschichte gemacht, die mit der Kraft, die ihnen Gott gegeben, den Wagen fortrissen aus den alten Geleisen, trotz des Angstschreies, trotz der Gespenster, die man beschwor, sie von ihrer Vermessenheit zurückzuschrecken, und ihre Thaten sind der Quell unsrer Geschichte, sie sind unsre Geschichte selbst, von dem König der Könige gemacht, zugelassen; oder die hätten Recht, die da behaupten, es wäre unsre Geschichte, unsre Welt und wir alle ohne Gott!“ Wie mit des Dichters Herzblut geschrieben klingen diese dem empörten Innern entströmten Worte. Später wird er wieder ruhiger, bleibt aber immer bitter und schmerzvoll bewegt. Er meint, die Partei werde sich täuschen, die da glaube, die deutsche Nation sei nun über ihre wichtigste Angelegenheit zum Schweigen gebracht. Und als Graf Brandenburg in des Königs Auftrage vor den preußischen Kammern der öffentlichen Meinung Deutschlands sein „Niemals! Niemals“ entgegensetzt, beklagt er das Wort als eine unwiderrufliche Absage an das deutsche Volk. Die stolzen Preußen, die das nicht als ein Geschenk annehmen wollten, was ihnen ohnehin dereinst zufallen müsse, schilt er Egoisten. Käme es wirklich einmal zur Einheit, so werde unfreiwillig und mit grollendem Herzen erfolgen, was jetzt mit Freuden möglich war. Die Entgegnung, daß ein Steuermann gefehlt habe, der das Schiff in den Hafen führte, läßt er nicht gelten. Er klagt den Berliner Hof an, daß er den

treuen, klaren, mutigen Heinrich von Gagern, der Deutschland retten konnte, von sich gestoßen und zu Falle gebracht habe. Dann schweigt er wohl wochenlang und erklärt sein Verstummen aus Ekel und Schmerz über den herzzerreißenden Ausgang der nationalen Hoffnungen, und weil er mit denen kämpfen müßte, die er ehre und liebe. Er verteidigt sich gegen den Vorwurf der demokratischen Gesinnung. Er nimmt es als sein gutes Recht in Anspruch, als preußischer Schriftsteller, der ein Leben dichterischer Thätigkeit den Großthaten der Hohenzollern geweiht, so zu reden. Er habe die großen Männer gepriesen, die mit Charakterstärke und eisernem Willem rücksichtslos thaten, was ihre Zeit forderte. Wenn sie ein Volk nach ihrem Bilde schufen und ein stolzes Volksbewußtsein hervorriefen, so verlange nun das mündige Volk von ihnen die Befriedigung seiner nationalen Hoffnungen. In der That war es ein merkwürdiges Schicksal Härings, daß, wie er am 19. April 1849 an seinen Freund Putlitz schreibt, „er, der bis dahin als Dichter, in der Idee des Preußentums, der Hohenzollernschen Mission mit allen Kräften aus vollster Überzeugung gelebt, sich nun gedrungen fühlte, gegen dieses specifische Preußentum mit allem, was ihm an Kraft blieb, zu kämpfen [1])." Es ist überflüssig, an den Gedanken des Dichters Kritik zu üben. Wir segnen jetzt das Geschick, daß die Frucht der deutschen Einheit nicht vor der Reife vom Baume fiel. Aber trotz alledem wirkt imponierend und ergreifend auf uns, die die Erfüllung gesehen haben, des Mannes mächtige Sehnsucht nach dem rettenden Manne und seine klare Erkenntnis, daß „nur eiserner Wille und kräftige That Deutschland aus seiner Fäulnis und Erstarrung reißen könne" [2]).

Bald verstummte er ganz als Publizist. Sein Herz war zu leidenschaftlich, sein Gemüt zu weich und empfindsam, als daß er in dem Tagesstreit der politischen Meinungen dauernd hätte leben können. Tief verwundet zog er sich zurück. Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß die herben, politischen Erfahrungen dieses Jahres die Schwungkraft seines Geistes gelähmt haben und dem Gleichgewicht seines Dichtergeistes verhängnisvoll gewesen sind. Steht er vor 1848 auf der Höhe heiterer, lebensfrischer Schöpferkraft, so konnte nun das Gemüt des Dichters dem niederschlagenden Eindrucke der Reaktionsjahre nicht entfliehen, in denen Preußen seiner deutschen Aufgabe ganz vergaß. In der Verstimmung jener hoffnungslosen Periode versenkte er sich in die Zustände des preußischen Staates vor 1806 und schrieb 1852 den Roman: Ruhe ist

1) E. zu Putlitz, Gustav zu Putlitz. Ein Lebensbild. Berlin 1894. I, 67 ff.
2) Voss. Zeitung v. 30. Dezember 1849.

die erste Bürgerpflicht, der jene berüchtigte Mahnung des Gouverneurs Schulenburg nach der Schlacht bei Jena als Titel führt, weil der Autor diesen Ausspruch gewissermaßen als die Devise der verhängnisvollen Zeit vor Preußens Fall betrachtet. Indem er die verweichlichte geistreichelnde Generation vor der Katastrophe von Jena schildert, hält er seiner Zeit einen Spiegel vor. Die düsteren Bilder, die er entwarf, sollten seinem Volke die ernste Mahnung zurufen, den Staat nicht wieder in verhängnisvolle Lethargie versinken zu lassen, sondern dafür zu sorgen, daß die hohen Opfer der Freiheitskriege nicht vergeblich gebracht seien. Wie die großen Geschichtsschreiber Droysen und Häusser, die in jenen trüben Tagen die Werke entwarfen, die Preußens deutschen Beruf erweisen sollten, will der Dichter mit seinem Romane der großen nationalen Sache dienen und die preußisch-deutsche Zukunft vorbereiten helfen. — Vielleicht ist dieser Roman das geistreichste Buch Härings. Mit erstaunlicher Kunst werden uns alle Stände der Berliner Gesellschaft um die Wende des Jahrhunderts (von 1803—1806) vorgeführt, die regierenden Kreise in der politischen Auffassung gezeichnet, wie sich Steins berühmtes Memoire äußert. Der Dichter verzichtet mit Recht meist darauf, uns die führenden Personen selbst darzustellen; aber er stellt an ihrer Stelle ihnen ähnliche typische Gestalten in den Vordergrund, die sie gewissermaßen vertreten. So erscheint nicht Lombard selbst, sondern der geheime Rat Bovillard, der mit seiner Vorliebe für französische Dichtung, — er schickt anonyme Poeme in die Vossische Zeitung — seiner Frivolität, seinem Verkehr in unwürdiger Gesellschaft, seiner niedrigen Herkunft wie ein Abbild Lombards erscheint. Neben dem im Hintergrunde bleibenden Rüchel tritt ein General auf, der wie Rüchel mit dem bekannten, von Clausewitz stammenden Worte: „eine aus lauter Preußentum konzentrierte Säure" charakterisiert wird [1]). Endlich ist der junge Bovillard, der sich aus einer wüsten Jugend zu männlicher Vaterlandsliebe erhebt und seine Verfehlungen durch einen Heldentod sühnt, der Gestalt des Prinzen Louis Ferdinand nachgebildet. So viele meisterhafte Einzelheiten das Werk zeigt, so wirkt es doch im ganzen unerfreulich. Im Mittelpunkte stehen zwei Verbrecher, die Geheimrätin Lupinus, eine vornehme Giftmischerin wie die historische Ursinus, in allen Einzelheiten dem geschichtlichen Urbilde nachgezeichnet, und der Legationsrat Wandel, der ebenfalls fast in allen Zügen einem verbrecherischen Abenteurer jener Zeit (Wilster, genannt Baron von Essen) gleicht, dessen Prozeß Häring im neuen Pitaval

1) Ruhe ist die erste Bürgerpflicht. 1852. 2. Bd. S. 90.

erzählt hatte[1]). Der Dichter will in diesen Verbrecherexistenzen offenbar Giftpflanzen schildern, die mit Naturnotwendigkeit auf dem Sumpfboden der raffinierten Kultur des damaligen Berlins aufwachsen mußten. Aber es ist offenbar sehr bedenklich, durch eigentliche Kriminalverbrechen eine Zeit charakterisieren zu wollen, zumal durch solche, welche auf geistige Abnormität hindeuten[2]). Überhaupt kommt in dem Buche zu wenig zur Anschauung, daß bei alledem ein tüchtiger Kern im Volke und in den gebildeten Klassen steckte. W. Alexis selbst nahm den Stimmen gegenüber, die da meinten, er habe hier das Gemälde der Sünde und der Erniedrigung mit zu brennenden Farben gemalt, für dieses Werk andere Gesetze in Anspruch als die Vorschriften Scottscher Dichtung, die mit elegischer Ruhe die Zustände eines gewesenen Volkes schilderte; ihm hätte der brennende Schmerz noch blutender Wunden seines Volkes die Farben und Tinten zu einem Gemälde eingegeben, das ein Teil seiner selbst geworden sei[3]). Die Fortsetzung des Romans, Der Isegrim, spielt in der Zeit der Franzosenherrschaft und führt uns auf das märkische Land. Prachtvolle Kernfiguren realistischer Menschen sind der Schulze Köpke, der Kutscher Lamprecht und die derbe, rüstige Martha. Wie in diesen trägen, meist nur auf den nächsten Vorteil bedachten, schwerfälligen Bauernnaturen unter dem Druck und Schimpf der Fremdenherrschaft allmählich Trotz und Haß erwachen, wie sie zu Schill gehen, um auf eigne Hand gegen die Franzosen zu kämpfen, ist meisterlich dargestellt. Aber in der Ausführung der Hauptfigur, des bärbeißigen Junkers Major von Quarwitz auf Flitz[4]), zeigt sich schon das Ermatten des reichen Dichtergeistes. Ursprünglich als ein Urbild starr aristokratischen, aber patriotischen Sinnes entworfen, handelt der Held durchaus unwahrscheinlich und seinem innern Wesen widersprechend[5]). Am Schlusse skizziert der Dichter nur ganz kurz die Tage der Befreiung. Es hatte ursprünglich in seiner Absicht gelegen, den beiden genannten düsteren Romanen durch einen dritten: Großbeeren, einen versöhnlichen Abschluß

---

1) Die Ursinus hat Häring im 2. Bande des neuen Pitaval (1842) behandelt, Wilster im 9. Bande (1846) S. 387—488. Der Giftmord in der Restauration von Dallach mit allen Nebenumständen ist der Prozeßgeschichte genau nachgebildet. Hierauf bin ich von Herrn Amtsgerichtsrat Dr. Holtze freundlichst aufmerksam gemacht worden.

2) Jul. Schmidt, Will. Alexis a. a. O. S. 139.

3) Isegrim. Schluß. III, 359.

4) Bekanntlich hat v. d. Marwitz dazu Modell gestanden.

5) Vergleiche hierzu die Besprechung des Romans durch G. Freytag in seinen Werken.

zu geben. Daß dies unterblieb, ist bezeichnend für die Stimmung des Autors, der seine herbe Verurteilung der Zustände der Gegenwart nicht verhehlte. Seine innerste politische Meinung über jene Tage ruht wohl in der ergreifenden Leichenrede auf den alten Isegrim. Am Sarge des schroffen altpreußischen Junkers und des tapferen Helden der Befreiungskriege preist sein Schwiegersohn, der auch schon hochbetagte Pastor Mauritz, mit Sehermunde die großen, schöpferischen Geister der Vergangenheit, die oft gewaltsam und rücksichtslos, aber Gott im Auge nur für ihre Nachkommen gedacht und gewirkt hätten, und klagt die schlechte Gegenwart an, in der nur falsche Propheten in Stahl und Feuer gerüstet erscheinen, aber keine wahrhaft freien und großen Geister, um die Welt zu retten und zu erlösen aus den Ketten des Egoismus [1]).

In dem letzten Romane des Autors, Dorothe, worin die zweite Gemahlin des Großen Kurfürsten als eine mattere Wiederholung der Geheimrätin Lupinus erscheint, die freilich nur bis zur Gedankensünde kommt, wiegt bei aller Meisterschaft in der Landschaftsmalerei das Unerquickliche noch mehr als früher vor. Schon breitete eine verhängnisvolle Krankheit ihre dunklen Fittiche über des Dichters Geist. Ein wiederholter Schlaganfall zwang ihn seit 1856, seine litterarische Thätigkeit ganz aufzugeben und nur seiner Gesundheit zu leben. Er zog nach Arnstadt, wo er ein Haus mit schönem Garten erworben hatte, verfiel aber immer mehr in unheilbares Siechtum. Die rechte Hand und der rechte Fuß waren gelähmt, das Sprachvermögen hatte gelitten. Er konnte sich nicht mehr verständlich ausdrücken. So brachte er über ein Jahrzehnt in hilflosem Zustande zu, von seiner Gattin in treuester Liebe gepflegt. Zuerst gingen noch alte und neue Freunde im gastfreien Hause ein und aus, aber allmählich wurde es doch immer einsamer um den stillen Dulder.

Als letztes großes Ereignis seines Lebens drangen im Jahre 1871 noch die Siegesbotschaften unserer Heere, die Kunde von dem neugegründeten Reiche deutscher Nation durch den dunkeln Flor, den sein Leiden ihm um Haupt und Sinne gelegt hatte. Mit Worten konnte er nicht mehr aussprechen, wie hoch es ihn beglückte, daß sein Jugendtraum zu herrlichster Erfüllung kam. Aber in seinen freudig glänzenden Augen sah man die tiefe Glücksempfindung, wie Moses sterbend noch in das Land der nationalen Verheißung zu schauen. Als ihm auf Antrag des Kronprinzen im Jahre 1867 der König Wilhelm den Hohenzollernschen Hausorden verlieh und damit eine Ehrenschuld der Dank-

1) Isegrim. 1854. III, 353—57.

barkeit gegen den hochverdienten vaterländischen Dichter abzahlte, war der Greis freudig bewegt darüber, daß sich der Monarch seiner erinnert hatte.

Am 16. Dezember 1871 starb er. Als zum ersten Male im neuen Deutschen Reiche die Weihnachtsglocken läuteten und die Lichterbäume durch die Winternacht glänzten, hatte der müde Pilger, der Sänger brandenburgischer Geschicke, die letzte Ruhestätte erreicht.

Niemand bezweifelt, daß vieles von den Schöpfungen des Dichters der Vergessenheit anheimfallen wird. Ja auch in seinen besseren Werken finden sich leicht in die Augen springende Mängel. Was die meisten Leser zuerst abschreckt, ist die Breite der Darstellung, die Undurchsichtigkeit der Komposition und die ungleichartige Durchführung des Ganzen. Oft ermattet der Dichter weit vor dem Schlusse, und es gelingt ihm nicht immer, seine großen poetischen Gedanken rein durchzuführen. Und dennoch stellen ihn seine einzigartigen Vorzüge auch heute noch in die erste Reihe der Verfasser historischer Romane.

Man hat Willibald Alexis den märkischen Walter Scott genannt, und man wiederholt heute bisweilen das Wort mit einem Anfluge von mitleidigem Lächeln, indem man denkt, beider Periode sei dahin. Unser Dichter gab zu diesem Vergleiche selbst den Anlaß, indem er durch eine persiflierende und eine ernsthaft gemeinte Nachahmung des schottischen Dichters seine Laufbahn begann. Aber so gewiß Scott dem jüngeren Dichter die Rennbahn des historischen Romans gezeigt hat, so wenig ist die Bedeutung Hährings mit dem Worte eines Nachahmers des Schotten erschöpft. Auf steilerem Wege hat, wie wir meinen, Alexis eine größere Höhe künstlerischer Charakteristik erklommen. Wie viel leichter wurde es dem schottischen Edelmann, den Weg zu seinem Schaffensgebiet zu finden, als dem hugenottisch-schlesischen Beamtensohn, der in die Mark verpflanzt wurde. Einem uralten schottischen Clan entsprossen, nach dessen verfallener Stammburg Scott als Knabe alljährlich wallfahrtete, dessen Glieder seit Jahrhunderten mit der Sage und Geschichte der schottischen Marken aufs innigste verwachsen waren, dessen Familienzusammenhang noch lebendig fortbestand, begann Scott damit, die Ruhmesthaten seines Geschlechts zu verherrlichen und umfaßte allmählich das größere Vaterland. Stolz, in dem Felsboden, der ihn erzeugt hatte, festzuwurzeln, verjüngte er seine Dichterkraft immer wieder durch die Berührung mit der mütterlichen Erde. Glücklich, einem großen Volke anzugehören, das in ungebrochener Entwicklung durch romantische Kämpfe mit Achtung des Alten zu einem modernen Einheitsstaate erwachsen ist,

durfte er sich nur unbefangen in die Überlieferung seines Geschlechts vertiefen, um allen Volksgenossen zum Herzen zu sprechen.

Wie anders bei Häring. Er mußte mit unsäglicher Mühe die Trümmer ausgraben, unter denen die verschütteten Quellen der vaterländischen Geschichte verborgen waren. Eine natürliche Vorliebe führte ihn schon früh zu vaterländischen Stoffen. Aber den rechten Weg, diese Gegenstände künstlerisch zu beleben, entdeckte er erst ganz allmählich. Die Beobachtung alter Soldatenoriginale des fridericianischen Heeres, wie er deren eins im Korporal Lungenbrand in der „Schlacht von Torgau“ schildert, die Überlieferungen der hugenottischen Kolonie, der er entstammte, öffneten ihm erst das Auge für packendes Zeitkolorit, und der Erfolg zeigte ihm, was er vermochte. Von hier aus führte ihn tiefes Studium und kulturgeschichtliche Divinationsgabe in das märkische Mittelalter zurück, und aus den trockenen Urkundenregesten Fidicins, aus den fragmentarischen Chroniken des Hafftiz und Creusing las er ergreifende Menschenschicksale und die ganze Lebensfülle einer längst vergangenen Kultur heraus. Indem er mit tiefem Naturgefühl dem märkischen Sandboden, seiner dürren Heide, seinen einsamen Seenspiegeln poetisches Leben verlieh, hörte er, unter der Zaubereiche der Heimatsliebe träumend, in der Äolsharfe ihrer Zweige die Stimmen von Jahrhunderten wieder. Und wie er uns die einfachen Reize der märkischen Natur, das äußere Leben der Vergangenheit nahe bringt, so ist ihm weiter die köstliche Gabe verliehen, das rätselhafte Weben der Volksseele vergangener Tage zu belauschen. Etwa nur Gustav Freytag hat es in gleichem Maße wie Willibald Alexis verstanden, die Stimmungen und Ahnungen des Volkes unter der Einwirkung der Zeiten bloßzulegen. Im Cabanis tritt uns das Fühlen der fridericianischen Soldaten nahe, im Roland die trotzigen Gedanken der aufsässigen Handwerker, im Werwolf sind die Ideen der Reformation im Gemüte der Ritter, der Knechte und der Frauen meisterlich gespiegelt. Ein besonders feiner Zug ist in „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht“ das sentimentale Fest der Hausvoigteigefangenen mit dampfender Punschbowle unter ihrem Kerkermeister zu Ehren der hingerichteten Kindesmörderin, höchst charakteristisch für die schwächliche Humanität des Zeitalters. Und wie bezeichnend für die Zeit des konfessionellen Gezänks ist in der Dorothe die Scene, wo der alte lutherische Übelthäter auf der Galgenleiter mit seinem calvinistischen Beichtvater in einen Disput über die guten Werke gerät.

Mit der Feinheit kulturhistorischer Seelenmalerei hängt die Kunst kraftvoller Charakteristik eng zusammen. Auf dem Höhepunkt seines Schaffens hat Willibald Alexis darin Großes geleistet. Am besten

gelingen ihm derbe, männliche Gestalten aus dem Volke oder dem Volksempfinden nahestehende Charaktere wie die Junker des 16. Jahrhunderts, im Roland von Berlin Bartz Kuhlemey, der Ratsherr Niklas Perwenitz und andere, im Cabanis der verlorene Sohn Gottlieb. Freilich stellt er sich öfter verwickelte Seelenprobleme, und dann gelingt ihm nicht immer die reine Ausgestaltung seiner Ideen. Eine merkwürdige Vorliebe hat er, wohl aus der Zeit seiner romantisch-ironischen Periode, aber auch von Natur, für Charaktere, die ein zwiespältiges Doppelleben führen, die etwas anderes sind, als sie scheinen, und mit einer großen Lüge durch die Welt gehen. Die Ironie spielt schon eine große Rolle bei den harmlosen Schelmen, die er mit vieler Liebe schildert, wie dem in mutwilligen Streichen unerschöpflichen Raschmacher Henning Molner und dem Barbier Hans Ferbitz. Ins Dämonische spielt dann der wilde Hake von Stülpe, ein prachtvoller märkischer Mephisto. Am tiefsten — bis zur ergreifenden Tragik — ist das Problem eines solchen Doppellebens in der Gestalt des falschen Woldemars gefaßt; aber es scheint, als ob der Dichter selbst ein Vergnügen daran fände, den Leser geschickt zu äffen und ihn absichtlich in Unklarheit über die Echtheit des Mannes zu lassen. Ein höchst interessantes Gegenstück zum falschen Woldemar ist die Gestalt des tief verschlagenen Karl IV., das beste historische Charakterbild, das Alexis je gelungen ist. Auch sonst finden sich in des Dichters Werken überall derartige zweideutig schillernde Gestalten: von der düstern Novelle Acerbi an, die der Dichter für sein bestes Jugendwerk hielt[1]), bis zu der Geheimrätin Lupinus und dem Legationsrat Wandel in „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht" und der Kurfürstin Dorothea im Roman[2]). Die seltsamste Schelmenfigur in dieser Reihe ist der französische Oberst Espignac im Isegrim, der, einstmals Konditorssohn, Kellner, Komödiant und Kunstreiter in buntem Wechsel, jetzt als Kavallerieoffizier die krankhafte Manie hat, sich in eine altadelige Existenz hineinzulügen und den ehrenfesten, märkischen Edelmann zu täuschen versteht. Derartigen Schemen stehen aber die derben Kern-

1) In dem Helden dieser Novelle soll Alexis den Baron von Baerst, den Leiter der Breslauer Zeitung, gezeichnet haben. Kossuth, Max Ring. Nord und Süd. März 1898. Über diesen schlesischen Sonderling vgl. auch J. Proelß, Das junge Deutschland. 1892. S. 207.

2) Auch der nordische Graf im Hause Düsterweg, der den Geisterseher spielt, um interessant zu erscheinen, und die Frauenseelen mit großem Raffinement verlockt, in den Zwölf Nächten der intriguante Streber Dr. Simon Strahlheim und Madame Lömlein, die femme incomprise, eine Vorstudie zur Lupinus und Dorothea, gehören zu dieser Gruppe.

gestalten aus märkischem Holze, an denen des Dichters Romane so reich sind, nur um so wirksamer gegenüber.

Schließlich kann man die Werke des märkischen Dichters nicht anders als mit dem liebenden Auge des Patrioten betrachten. Seine preußische Vaterlandsliebe, sein nationaler Stolz hat ihn in der That erst herausgehoben über die Novellisten gewöhnlichen Schlages. Indem es ihn drängte, in den trüben, thatenarmen Jahrzehnten des Vaterlandes das Heimatsgefühl der Zeitgenossen zu beleben und zu erwärmen, gelang es ihm, die ungesunden Einflüsse seiner Jugendbildung zu überwinden und die romantischen Spukgestalten, die ihn bisher begleiteten, zu verjagen. So gesundete seine Muse, indem sie national wurde und sich mit dem festen Glauben an die hohe Bestimmung der Hohenzollern und ihres Staats erfüllte. Sein Patriotismus war nicht beschaulich, wie der Walter Scotts, er war ein Patriotismus der Sehnsucht und des Kampfes, und darum soll das Andenken an diesen Dichterkämpfer in den Annalen unserer nationalen Geschichte unter uns nicht erlöschen, die die Erfüllung seines Sehnens, den Sieg nach dem Kampf erlebt haben.

Das Jahr 1898 hat neben seine Gestalt, die, schon fast vergessen, die Centenarfeier in Erinnerung brachte, die Theodor Fontanes gestellt, der im höchsten Alter noch rüstig wirkend uns entrissen wurde. Beide stammen aus Familien der französischen Kolonie, die auf preußischem Boden festgewachsen sind, und vereinigen mit deutschem Ernst französischen Esprit. Beider Schaffensgebiet war die poetische Erzählung, Ballade und Roman, während lyrische Stimmung und dramatische Effekte ihnen fern geblieben sind. Beide behandeln mit Vorliebe, ja fast ausschließlich, märkische und berliner Stoffe. Willibald Alexis hat dieses Gebiet für die Litteratur entdeckt, und Fontane wandelt in seinen Preußenliedern, seinen märkischen Wanderungen denselben Weg, den Häring mit seinen Romanen und seinem köstlichen, zum Volksliede gewordenen Fridericus Rex vorangegangen war. Häring wie Fontane begannen beide damit, wie Scott, altenglische Volkslieder nachzudichten, schottisch-englische Landschaften zu schildern und die britische Vergangenheit zu verherrlichen. Aber wie Fontane auf dem Loch leven mit seinen stolzschmerzlichen Erinnerungen sich des Rheinberger Sees erinnerte, den die Gegenwart eines königlichen Genius geweiht hat, so war Alexis bald genug von der Walliser Felsklippe auf die märkische Heide zurückgekehrt.

Doch bei aller Verwandtschaft, wie verschieden sind Charakter und Werke beider Männer. Man kann keineswegs, wie es zunächst nahe läge, Fontane einfach als Schüler Härings bezeichnen; denn so wenig



der Einfluß wegzuleugnen ist, den der Vorgang des ersten specifisch märkischen Dichters auf Fontane gehabt haben muß, so hat doch dieser selbst erklärt, daß er Häring niemals im Verkehr nahe gestanden und auch seine Werke erst im späteren Alter (näher) kennen gelernt habe. Jedenfalls liegt die eigentliche Größe Fontanes doch nicht vorzugsweise in seinen märkischen Wanderungen, die bei allem Reiz in Inhalt und Form nicht über den Wert einer flüchtigen Feuilletonplauderei hinausgehen, ebensowenig in seinen keineswegs mustergiltigen historischen Romanen oder in seinen markigen, aber zu wenig volkstümlichen Preußenliedern, sondern er erreicht die Höhe seiner Kunst am Anfang und am Schlusse seiner Thätigkeit in den schottischen Balladen und dem modernen Berliner Sittenroman. Dem gegenüber lebt Alexis lediglich durch seine historischen Romane und seine vaterländischen Volkslieder im Andenken seiner Nation fort, und man möchte sagen, mit der Entfernung von der Gegenwart wachsen ihm die Flügel. Vergleicht man nun die wenigen historischen Romane und Geschichten Fontanes mit denen Härings, so sind sie wie diese an köstlichen Genrescenen, an treu gezeichneten Landschaftsbildern reich, aber während der ältere immer darauf ausgeht, die großen, politischen Gegensätze der Zeit, die im Volke herrschenden Geistesströmungen, die staatlichen Kämpfe zu schildern, interessiert sich Fontane vor allem für die ergreifenden Schicksale der Einzelmenschen, ja er giebt mit Vorliebe idyllisches Stillleben wieder. Selbst in dem Romane „Vor dem Sturme", der die Zeit von dem Untergange der großen Armee in Rußland bis zum Ausbruch des Freiheitskrieges schildert, fällt es auf, wie wenig von der Gärung und Begeisterung der großen Zeit zu spüren ist, wie gerade die Jugend rein litterarischen Interessen hingegeben und der nationalen Sache gegenüber kühl gezeichnet ist. Es hängt dies offenbar mit dem innersten Wesen Fontanes zusammen. Er ist im Grunde, obwohl ihn das Schicksal wiederholt in enge Berührung mit den Organen der Tagesmeinung gebracht hat, ganz und gar unpolitisch gewesen und hat von jenem flammenden, patriotisch-politischen Pathos, das Willibald Alexis durchglühte, keine Spur. Der märkische Junker, den er so meisterhaft und liebevoll geschildert hat, erregt als Menschenspecies sein ästhetisch-künstlerisches Wohlgefallen, während er ihm politisch keineswegs nahesteht. Der ältere ist dem jüngeren unzweifelhaft an Reichtum und Tiefe des historischen Wissens überlegen. Auf der andern Seite erscheint dieser aber als der größere Künstler, insofern er seinen Gestalten objektiv gegenübersteht und sie als Menschen mit ihren Tugenden und Schwächen meisterhaft schildert, während Alexis den Wust der Arbeit nicht immer

[illegible]

[illegible]

[illegible] in dem Dienst des [illegible] auch vor dem Königsthron [illegible] dem steilen Sonnenstieg [illegible] geführt hat.

Kleine Mitteilungen.

Ein unbekannter Brief des Kurfürsten Joachim aus der Zeit der Kaiserwahl 1519.

Mitgeteilt von Dr. Adolf Wrede.

Im Mai 1519 nahmen Reiter Heinrichs des Jüngeren von Braunschweig-Wolfenbüttel einem Diener des Ritters Joachim von Moltzan, der damals als französischer Agent für die Wahl Franz I. in Deutschland thätig war, ein Packet Briefe ab, meistens Briefe hochstehender Persönlichkeiten an den Ritter. Sie wurden trotz aller Bitten und Klagen ihm auch später nicht zurückgegeben und befinden sich noch jetzt in dem Archiv zu Wolfenbüttel. Lisch hat sie zum größten Teil im fünften Bande seiner Urkundensammlung zur Geschichte des Geschlechts von Moltzan zum ersten Male veröffentlicht. Aber die Briefe sind nicht mehr vollständig vorhanden, es fehlen gerade die, welche uns für die Geschichte der Wahl am interessantesten wären, die Briefe des Kurfürsten Joachim, der mit Moltzan einen regen Briefwechsel unterhalten haben muß. Der Kurfürst forderte diese Briefe wieder zurück und sie sind ihm auch 1526 ausgehändigt worden (Lisch V 351). Seither sind sie nicht wieder an das Licht gekommen; auch im Berliner Hausarchiv habe ich vergeblich danach geforscht.

Vor einiger Zeit bin ich zufällig auf einen dieser Briefe aufmerksam gemacht worden; er findet sich (nicht im Original, sondern in einer sehr verderbten Abschrift des ausgehenden 16. oder des 17. Jahrhunderts) im Staatsarchiv zu Hannover (Verz. d. Mſ. F. 6). Die Abschrift geht jedenfalls auf eine vor der Rücklieferung von braunschweigischer Seite genommene Kopie zurück. Weitere Spuren der Briefe vermochte ich nicht zu entdecken.

Der Brief, datiert vom 20. Februar, versetzt uns in die erste Zeit des Wahlkampfes; er ist sehr instruktiv, namentlich für das anfängliche Verhalten von Kurmainz, und bietet so eine wertvolle Ergänzung zu dem späteren Briefe des Kurfürsten Joachim an seinen Bruder Albrecht vom 20. April (Reichstagsakten I 576 ff.).

Ich lasse das Schreiben im Wortlaut folgen:

Lieber herr Jochim. Diessen morgen, als ich noch im bedde gelegen, ist mir [in] meines herrn und bruders handschrift ein brief zugekomen, darinne mir S. L. under andern angezeigt, dass [der] Konig von Frankreich ime auch ein post geschickt[1]) mit anzeigunge, dafs ein botschaft hernach kahme und hat S. L. Ko. W. darauf geantwortet, das S. L. mir in diesen sachen folmacht geben habe zu handeln und [zu] beschliessen, darum bat[2]) S. L. ihne mit der botschaft verschonen [zu] wolle[n] aus velen ursachen und sunderlich diefsen, dafs sich S. L. besorgt, es werde seinen leuten im stichte[3]) zu Meintz dermafsen wisgemacht werden, das man bishero in diesen sachen verborgen hette. S. L. sei aber doch geneigt seine verschribunge zu folgen und noch zu thun; darumb wollest[4]) [du] mit disser[5]) post euern [Konige[6])] och anzeigen, dafs solches geschehen möge, dann ich bitt es und rath es, es soll auch[7]) dem handel mehr zudreglich sein. Item in meines bruders artickel sold ir noch mit einsetzen, dafs im das segel und dye[9]) canzeleie schal seinem ampte noch zu diensten vorbehalten sein[10]). Item vorgefset auch nit der pension und vorerunge[11]) meiner rethe und diener, als von Brandenborck[12]), Melchior Pfuhl[13]), ern Bernd von Saltz und des Drohers; und ob der pot weg wer, so schicket im elende noch; daranne dod ihr mir sunderlich gefallen, in gnaden zu erkennen. Wan ich weder zu euch kome, will ich euch wol seltzamer neue zeitung vermelden. Datum elende Spanch[14]) sontag septuagesima, mein hand. 1519.

---

1) Der Erzbischof von Mainz hatte davon schon am 7. Februar dem Kurfürsten von Sachsen Mitteilung gemacht, s. RTA. I 198 Nr. 32.
2) Hs. hat.
3) Sic! Hs. es werden seine leute und stichte.
4) Hs. willet.
5) Hs. düssen.
6) Hs. K, wohl ursprünglich eine Chiffre.
7) Hs. eich.
8) Hs. den.
9) Hs. de.
10) Vgl. RTA. I 409 Nr. 3.
11) Hs. vrehrige.
12) Hieronymus Schulz, Bischof von Brandenburg. Es sind wohl dieselben Räte, für die auch 1518 Pensionen ausgesetzt waren (RTA. I 107), statt Bernd von Saltz ist wohl zu lesen Bernd von Zedwitz, statt des Drohers jedenfalls Thomas Krull, vgl. auch RTA. I 529.
13) Hs. Phal.
14) Spanch ist jedenfalls verderbt, und, da Kurfürst Joachim damals in Berlin gewesen zu sein scheint, wohin Moltzan bald darauf zurückkehrte, wohl aus Coln an der Sprew. Vielleicht steckt auch das Coln an der im elende, obwohl „eilends“ bei der Datierung ja nicht ungewöhnlich ist: man würde sich dann eher die Entstehung von Spanch aus Sprew erklären können.

Reskript des Großen Kurfürsten über die Ansiedelung clevischer Landwirte im Herzogtum Preußen vom 8. Mai 1642.

Mitgeteilt von Otto Meinardus.

Es ist bekannt, daß der Große Kurfürst seit dem Jahre 1648 holländische Kolonisten in die Kurmark zog, um die Domänenwirtschaft zu verbessern. Dieser Versuch ist, wie Breysig in seiner Geschichte der Finanzen geschildert hat, im wesentlichen mislungen. Aus dem hierbei abgedruckten Reskript erfahren wir, daß der junge Fürst kurz nach Antritt seiner Regierung clevische Landwirte in das Herzogtum Preußen berufen wollte. Damals war die von seinem Vater begonnene Reform der Domänenverwaltung oder vielmehr der ganzen Finanzen[1]) im wesentlichen abgeschlossen, es galt nun, erfahrene Landwirte aus den westlichen Gegenden zu gewinnen, um eine reifere wirtschaftliche Kultur in Preußen einzuführen und die Erträge der Domänen zu steigern. In dieser Absicht erließ der Kurfürst das Reskript an die clevische Landesregierung zu Emmerich, welches über die Ertragsfähigkeit des Landes und über alle die Privilegien und Freiheiten Aufschluß giebt, welche den Leuten aus Cleve zuteil werden sollten, mit dem Befehl, es in Cleve öffentlich bekannt machen zu lassen. Durch die eingehende Behandlung des Gegenstandes wird diese Verfügung, welche die Aufbesserung der bedrängten Lage des clevischen Landes zum Anlaß nimmt, gewiß besonderes Interesse erregen. Indem ich auf sie selbst verweise, bemerke ich nur noch, daß ich über deren Erfolg nichts ermittelt habe.

Kurfürst Friedrich Wilhelm an die clevische Landesregierung zu Emmerich. Königsberg, 8. Mai 1642.

Präsent. Embr. am 5. Juni 1642.

Ausfertigung aus dem landständischen Archiv von Cleve-Mark im Stadtarchiv Münster Nr. 26.

Nachdem Wir von Tage zu Tage mehr als Uns lieb in Erfahrung bringen, wie auch in den clevischen Landen Unsere Unterthanen dergestalt ruiniret worden und noch ferner ruiniret werden, daß sie guten Theils sich schon in die benachbarte Örter haben begeben, ihrer Viele denselben auch noch werden folgen müssen; und aber dieselbe auch bei itzigem Zustande die gesuchte Sicherheit in den benachbarten Orten nicht werden haben können, als geben Wir euch hiermit in Gnaden zu vernehmen, welchergestalt Wir aus landesfürstlicher väterlicher Vorsorge Uns derselben so hoch bedrängten Unterthanen anzunehmen und denselben alhier in Unserm Herzogthumb Preußen gewisse gut nutzbare Huben, deren annoch eine große Anzahl unbesetzet sein, zu überlassen und einzuräumen entschlossen sein, deren sie sich dann in gutem gewünschten Frieden zu ihrem und der Ihrigen Unterhalt zu gebrauchen haben werden. Ob nun wol die endliche Berechnung und Vergleich dieses Orts mit den Unterthanen

1) Vgl. hierzu besonders J. Triebel, Die Finanzverwaltung des Herzogtums Preußen von 1640—1646. Leipzig 1897.

zu treffen sein wird, so haben Wir euch dennoch umb mehrer Gewisheit willen, und damit die Leute umb so viel ehe Lust und Begierde sich anhero zu begeben gewinnen, Unsere gnädigste Willensmeinung, wie die Leute anhero zu bringen und ohngefährlich mit denselben zu tractiren und zu schließen sein möchte, hiermit gnädigst entdecken wollen und zwarten

Anfangs, so ist Unsere Meinung, daß die Leute auf Unsere Kosten, darzu dann aus einem jeden Ambt, darunter die Leute gehören, leichtlich Rath wird geschaffet werden können, sambt Weibern und Kindern nach Ambsterdamb an Unsern Factorn Johann Bohnen geliefert werden sollen, welcher von Uns befehliget ist, dieselbe darauf ferner frei und auf Unsere Unkosten anherozuschaffen;

und soll ihnen, nachdem das Land gut ist, die Hube zu zwölf, funfzehn oder zwanzig Rthl. jährlich verpachtet werden. Der Scheffel Roggen bringet das siebende und achte Korn, wie auch ebenmäßig der Weizen; die Gerste und Haber aber das zehende und zwölfte Korn; wann der Acker öfter dann zweimal gepflüget wird, kann es auch wol ein Mehrers tragen. Eine Hube Landes hat dreißig Morgen in sich; darauf können dreißig Kühe geweidet werden. Weidland und Wiesenwachs wird alles mit unter die Huben und Äcker gerechnet; den Brand kann ein jeder vor sich und seine Haushaltung vor zween Reichsthaler haben und bekommen.

So sollen den Unterthanen auch wol zu ihrem bessern Aufkommen anfangs nötige Pferde und Bestialen, als Kühe und Schweine, vor einem erträglichen Stücke Geldes zugestellet und ihnen dieselbe allgemach aus den Kornfrüchten zu bezahlen gelassen werden. Nicht weniger soll ihnen auch wohl anfangs zu Erkaufung einiger Mobilien ein Stücke Geldes vorgeschossen werden. Contributiones dürfen die Unterthanen nicht geben, es würden dann selbige auf öffentlichem Landtage, welches doch gar selten geschieht, sich auch nicht auf ein Hohes belaufen pfleget, laudiret und bewilliget. So sollen sie auch aller und jeden Diensten ganz befreiet sein.

Es sollen auch diese Leute keineswegs als Leibeigene, sondern als Freie dergestalt gehalten werden, daß, wenn sie ihre Pachtjahre, so etwa zu 6, 9, 12, 18 oder 24 conditioniret werden können, ausgehalten und alle versprochene Schuldigkeit der Gebühr abgetragn, sie ihres Gefallens mit Weib und Kindern, Hab und Gütern von dem Gute wieder ab zum Lande hinaus ziehen oder auch im Lande bleiben, aus dem einem Ambt ins andere und von des einen Herren Gut auf des andern nach Belieben unbekümmert sich begeben können; da sie auch auf dem erst bestandenen Gut länger bleiben, neue Pachtung machen und, was Andere vor dem Gut zur Pacht versprechen möchten, geben wollten, so soll ihnen in regard, daß sie auf dem Gute sitzen, auch das Gut in gutem Bau gebracht, vor allen Andern die Praeferentz gegönnet werden. Da aber nach Verlauf der erst bedungenen Jahre sich der Grundherr und Pächter oder Baumann scheiden wollten, so soll ihnen die erweißliche Besserung gewiß und unfeilbar erstattet werden, wie man sich deshalb auch bei der Verpachtung wird zu vergleichen haben. Und im Fall sich ein Bürgersmann fände, der ein guter Oeconomus wäre, die Bauerei wol verstände und einige Bauren dero Orten annehmen, herausbringen, dabei



bleiben, die Ländereien vor sich pachten und dann den Bauern in anderwärter Verpachtung wieder über oder umb der Garbe bauen lassen wollte, so soll demselben auf den verpachten Ländereien eine gute Wohnung verschaffet werden, und muß er das Haus in baulichen Würden erhalten.

Und dieses ist, was Wir noch zur Zeit hierbei haben bedenken können. Damit aber dieses Unser gnädigst wolgemeintes Vorhaben zu männigliches Wissenschaft gebracht werden möge, so wollet ihr dasselbe an Unsere gesambte clevische Beamte gelangen lassen und ihnen zu mehrer Nachricht copiam dieses Unsers gnädigsten Rescripts mit zuschicken damit sie solches ferner an die notleidende Unterthanen bringen; da deren einige sich anhero zu begeben Lust haben, dieselbe auf Ambsterdamb an Unsern Factorn Johann Bohnen schicken und bis dahin mit nötiger Zehrung versehen mögen. Welchen Johann Bohnen wir schon gemessenen Befehl gegeben, wie die Ankommende weiter anhero zu schicken und zu bringen.

Vorschläge zu einem europäischen Friedensbunde im Jahre 1807.

Von Friedrich Holtze.

Die kürzlich in Haag versammelt gewesene Friedenskonferenz erinnert an einen kurz nach dem Frieden von Tilsit gemachten Vorschlag, einen dauerhafteren Frieden herzustellen, der allerdings nur ein frommer Wunsch geblieben ist. In den Nummern 18—21 des Intelligenzblattes zu den vom bekannten Kriegsrate von Cölln herausgegebenen Neuen Feuerbränden machte nämlich ein Anonymus, angeblich ein großer erfahrener pensionierter Staatsmann, „dessen Namen Ehrfurcht erwecken würde", in Wahrheit dagegen offenbar v. Cölln selbst, eine Reihe sorgfältig entwickelter, wenn auch praktisch kaum durchführbarer Vorschläge, um durch ein Bündnis der europäischen Mächte (ohne die Türkei) die Gefahren einer kriegerischen Verwickelung unter ihnen zu beschränken.

Man befand sich damals (Herbst 1807) zur Zeit der höchsten Erfolge Napoleons: neben Frankreich hatten nur das seit kurzem mit ihm eng verbündete Rußland und England ihre Großmachtstellung zu erhalten vermocht; alle übrigen Staaten waren darauf angewiesen, ihre Existenz durch den Anschluß an eine dieser Mächte zu bewahren, ein großer Teil stand bereits zu Frankreich im Vasallenverhältnisse. Die Vorschläge des Verfassers sind nun vom Wunsche geleitet, die Stellung der kleinen und kleinsten Staaten gegenüber diesen drei Großmächten zu einer stärkeren und selbständigeren zu machen und er sieht das Mittel hierzu in einem allgemeinen Bündnisse der sämtlichen europäischen Mächte. Er schlägt deshalb vor, daß bei dem alsbald zu erwartenden allgemeinen Friedensschlusse (mit England) unter Beitritt aller Mächte ein Bündnis errichtet werde, in dem sich jeder der Beitretenden verpflichten sollte, bei etwa entstehenden Mißhelligkeiten nicht eher zu den Waffen zu greifen, bevor er die Meinung der Bundesgenossen vernommen hätte. Zunächst sollte durch einen Beschluß der verbündeten Staaten festgestellt werden, wieviel

Kriegsschiffe und Soldaten jeder Staat mit Rücksicht auf seinen Gebietsumfang, seine Volkszahl und seinen Handel halten dürfe, und eine Abweichung von der ermittelten Zahl sollte ebenfalls nur auf Grund eines Bundesbeschlusses zulässig sein. Für je 20000 Soldaten sollte dann jeder Staat eine Stimme erhalten und 10 Kriegsschiffe gleich 30000 Soldaten gerechnet werden. Diejenigen Staaten, die keine 20000 Soldaten hielten, sollten sich mit kleineren Nachbarländern besonders verbinden, und sollte in diesem engeren Bunde nach Mehrheitsbeschluß die zustehende Stimme abgegeben werden. Es werden hiernach die den einzelnen Staaten zu gewährenden Stimmen ermittelt. An der Spitze steht Großbritannien, dem 80000 Soldaten und 100 Kriegsschiffe das Anrecht auf 19 Stimmen geben, es folgen Rußland mit 17, Frankreich mit 16, Österreich mit 10, Spanien mit 7 Stimmen; je 3 Stimmen werden für Schweden, Neapel (nach Vereinigung mit Sicilien), Preußen und Sachsen (mit Warschau), je 2 für Dänemark, Portugal, Italien, Bayern und Holland ermittelt; je eine Stimme sollen Sardinien (nach Zutritt von Malta, Ragusa und Marino), Württemberg (mit Baden, Darmstadt nnd Nassau), Westphalen, Mecklenburg, Oldenburg (mit den Hansastädten, dem Reste von Hannover, Fulda, Münster u. s. w.) und die Schweiz erhalten. Hiernach werden im Ganzen 97 Stimmen berechnet. Würde nun eine Mißhelligkeit zwischen zwei Bundesstaaten entstehen, so sollten diese kein Stimmrecht haben, von den übrigen aber ein Beschluß nach Stimmenmehrheit, bei Stimmengleichheit nach Mehrheit der stimmenden Staaten gefaßt werden, dem sich die Streitenden zu unterwerfen hätten. Würde von einer Seite diesem Beschlusse nicht gewillfahrt, so sollte durch Exekution, deren Kosten der Ungehorsame zu tragen hätte, dieser Widerstand gebrochen werden.

Als recht unglückliches Beispiel fingiert hier der Verfasser einen Streit zwischen England und Rußland einerseits und dem Freistaate Ragusa andererseits in einer Handelsfrage. Es würden nach Abzug der Stimmen dieser Staaten noch 60 Stimmen übrig bleiben, die Majorität also 31 betragen. Es ist nun richtig, daß bei einem solchen Verfahren das machtlose Ragusa jenen beiden Großmächten völlig gleichberechtigt gestellt wäre; aber es ist schwer zu ersehen, wie die Mehrheit ihren Beschluß gegen Englands Flotten und Rußlands Landmacht hätte zur Geltung bringen können. Die Fehler liegen auf der Hand: 20000 Soldaten bedeuten für jedes Land ein ganz verschiedenes Machtmittel; zehn Mächte mit je 20000 Soldaten haben in ihrer Vereinigung noch lange nicht die Stärke der einen Macht, die über 200000 Soldaten verfügt; eine Seemacht, der 20 Kriegsschiffe drei Stimmen geben, ist mit einer Landmacht, die für 60000 Soldaten ebenfalls drei Stimmen hat, gar nicht in Parallele zu stellen, und es ist — um bei obigem Beispiele zu bleiben — etwas sehr verschiedenes, in einer so gleichgiltigen Sache, wie es jener Handelsstreit mit Ragusa für Europa gewesen wäre, mitzustimmen, als nachher dem Votum durch Waffengewalt Geltung zu verschaffen. Es ist daher anzunehmen, daß der Bundesbeschluß in dieser Sache nur dahin ergangen wäre, den streitenden Parteien die Austragung ihrer Mißhelligkeit selbst zu überlassen; man wäre also ohne Bundes-



beschluß auf demselben Punkte wie ohne einen solchen gewesen. Weiter übersieht der Verfasser bei der von ihm vorgenommenen Bewertung der Machtverhältnisse der einzelnen Staaten, daß damals (1807) ein großer Teil derselben, so Sachsen und Neapel mit je 3, Italien, Bayern und Holland mit je 2, die kleineren Rheinbundstaaten mit 4 und die Schweiz mit einer Stimme lediglich französische Vasallenstaaten waren, daß also Frankreich nicht über 16, sondern thatsächlich über 38 Stimmen verfügt hätte.

Sieht man von diesen großen Mängeln bei der Exekution ab, so muß man anerkennen, daß der Verfasser seine Vorschläge im Einzelnen recht sorgfältig ausgearbeitet hat: Stimmberechtigt sollten auch in konstitutionellen Staaten lediglich die Souveräne sein; ein Bundeskanzler mit sechs Assessoren und drei Sekretären, von denen je einer der deutschen, der französischen und der lateinischen Sprache mächtig wäre, sollten die Büreaugeschäfte des Bundes besorgen, in Streitfällen Beweiserhebungen vornehmen und über das Ergebnis den Bundesmitgliedern in Druckschriften Bericht erstatten. Aber diese Vorschläge sind nicht nur bis ins Kleinste ausgeführt, sondern der Verfasser bemüht sich auch, alle möglichen Einwendungen gegen seinen Friedensbund von vornherein zu widerlegen.

Schwierigkeiten würde es namentlich machen, wenn ein Staat seine Kriegsmacht über das ihm bewilligte Maß vermehren würde; in solchem Falle solle dann der Bund durch sein vorbereitendes Organ, den Kanzler und seine Assessoren untersuchen lassen, ob diese Verstärkung für jenen Staat notwendig wäre (etwa wegen Räuberbanden), oder ob sie durch Eroberungslust verursacht wäre. Würde letzteres festgestellt, sei durch Bundesbeschluß die Herabminderung anzuordnen und zu erzwingen. Eine solche Vermehrung der Truppen sei aber unwahrscheinlich — so fügt der Verfasser hinzu — viel eher sei anzunehmen, daß jeder Souverän im Vertrauen auf den Bund seine Kriegsmacht auf das äußerste Maß (Polizeitruppen) herabmindern werde, um so seinem Lande Kosten zu ersparen. Die Übelstände in einem Bundesheere, das zur Erzwingung der Bundesbeschlüsse auftreten müßte, würden grundlos überschätzt, habe doch Leonidas bei den Thermopylen für Verbündete gefochten und das große Genie (Napoleon) die meisten Staaten Europas mit Truppen aus aller Herren Länder überwunden. Die Gefahr endlich, daß die Kriege ganz beseitigt und damit der kriegerischen Tugend der Völker Abbruch geschehen werde, liege recht fern, da auch in jenem Bunde Kriege genug entstehen würden, namentlich solche, die der Bund selbst beschlösse, um ungehorsamen Mitgliedern seinen Willen aufzuzwingen; aber diese Kriege würden dann nur gerechte sein.

Die Geschichte der nächsten Jahre hat den Beweis für die völlige Unausführbarkeit der gutgemeinten Vorschläge erbracht: durch den Tilsiter Frieden hatte Napoleon gewissermaßen ein Mandat des ganzen europäischen Festlandes erlangt, England zum Frieden und zur Anerkennung der politischen Veränderungen in Europa zu zwingen. Dennoch konnte er dieses Mandat gegen England, das sich seit der Fortnahme der dänischen Kriegsflotte fast unverwundbar gemacht hatte, nicht zur Aus-



führung bringen und im Jahre 1812 erlag er, obwohl er mit dem ganzen Festlande Europas verbündet war, den Schwierigkeiten des russischen Kriegsschauplatzes.

Die Macht eines Staates und die Bedeutung seiner Stimme im Völkerrate hängt eben nicht nur von der Zahl seiner Soldaten ab; er muß auch in der Lage sein, durch eine ausreichende Kriegsflotte seine Interessen zu wahren und zu verteidigen.

Eine Denkschrift Wilhelms v. Humboldt über die Stellung und die Befugnisse der Oberpräsidenten (1817).

Mitgeteilt von Ernst Berner.

Die nachfolgende Denkschrift stammt aus dem Humboldtschen Nachlaß, in dem sich außer einer vollständigen, von Humboldt selbst korrigierten Abschrift noch ein Teil des eigenhändigen Konzepts befindet (von Anfang bis zu den Worten: „so ist er nicht mehr“, unter den Gründen Nr. 1). Sie ist veranlaßt durch die Absicht der Regierung, für die durch die Verordnung vom 30. April wieder eingeführten Oberpräsidenten eine neue Instruktion zu erlassen, die dann unterm 13. Oktober 1817 erschienen ist.

Die Ausführungen Humboldts bedürfen im Übrigen keiner weiteren Erläuterung. Es mag außer dem Abschnitt über die Oberpräsidenten bei E. Meier (Die Reform der Verwaltungsorganisation unter Stein und Hardenberg (S. 197 ff.), der in der Hauptsache mit dem Jahre 1810 abschließt, nur noch auf Treitschkes Deutsche Gesch. II, 202 und auf meine Ausführungen B.P.F. 6, 606 ff. und 7, 567 ff. verwiesen werden[1]).

Wenn man den Oberpräsidenten eine wirklich zweckmäßige Stellung geben will, muß man, meinem Ermessen nach, gänzlich von dem bisher eingeschlagenen Wege abgehen. Den Hauptbegriff, den man bisher sowohl den ergangenen Verfügungen zufolge, als in der Wirklichkeit mit ihnen verband, war der von beständigen Commissarien der Minister in den Provinzen. Außerdem haben sie wohl eine Controlle über die Verwaltung, sind aber schlechterdings nicht in die wahre Lage gesetzt, um sie wirklich auszuüben. Endlich sind sie Präsidenten einer einzelnen Regierung und Chefs der Consistorien und Medizinalbehörden. Besonders ausgesprochen war in dem bisherigen Gesetz[2]), daß sie keine Zwischeninstanz bilden sollten. Diesen Allem liegt, wie man leicht sieht, kein fester und bestimmter Begriff zu Grunde; die Oberpräsidenten besitzen

---

1) Die dort benutzten Denkschriften von Motz und Humboldt aus den Jahren 1818 und 1819 werden im nächsten Hefte der „Forschungen“ mitgeteilt werden.

2) Verordnung wegen verbesserter Einrichtung der Provinzialbehörden vom 30. April 1815, § 4.

nicht das gehörige Ansehen und den gehörigen Wirkungskreis, um der Provinz im ganzen nnd wahrhaft nützlich zu sein, und doch können die Provinzen dagegen auch nicht in den Regierungen oder den Ministerien ihren wahren Schutz und ihre Zuflucht erkennen, da die Oberpräsidenten sich zwischen beiden befinden. So leidet offenbar die Einheit der Geschäfte, die Verantwortlichkeit der Behörden und das Vertrauen des Volks. Kein Verhältnis ist recht geschieden, welches unstreitig der größeste Vorwurf ist, den man einer Verwaltungsform machen kann.

Um einen richtigen Begriff aufzustellen, muß man zuerst die Frage beantworten, wie die Provinzen verwaltet werden sollen? Erst nachher kann sich zeigen, ob und wie es Oberpräsidenten geben muß, oder nicht? Wie die Sache jetzt liegt, so geschieht die Verwaltung der Provinzen bis in ein großes Detail hin von dem Ministerium und dessen Generalverwaltungen aus. Die Regierungen berichten über die speciellsten Gegenstände, die Ministerien geben ihnen gleiche Befehle und gehen durchaus in dies Detail ein; die Oberpräsidenten können keines von beiden hindern, sondern werden vielmehr selbst in den gleichen Geschäftsgang mit fortgezogen. Alles dies erscheint mir fehlerhaft.

Das Ministerium regiert im eigentlichen Sinne des Worts, im Namen des Königs, das Ganze des Staats. Die Minister sollten sich daher auch nur mit dem Ganzen beschäftigen, und mit den Teilen nur insofern, als sie zum Ganzen gehören, nicht insofern sie abgesondert sind. Die Verwaltung der Teile, als solche der Provinzen, muß in den Provinzen selbst durch die Provinzialbehörden geschehen. Hieraus ergiebt sich das richtige Verhältnis sehr natürlich und einfach: das Ministerium bestimmt nicht nur die allgemeinen Grundsätze der Verwaltung, sondern auch die für die einzelnen Provinzen daraus herfließenden besonderen Maßregeln, und zwar letztere, soviel es geschehen kann, im Voraus in jährlichen Festsetzungen oder, jedoch nur da, wo eintretende Umstände es nötig machen, augenblicklich. Die Provinzialbehörde verwaltet die Provinz nach diesen Grundsätzen und mit genauer Ausführung dieser Maßregeln. Sie legt darüber dem Ministerium Rechenschaft ab, und dieses führt die Kontrolle über sie, aber nur dergestalt im ganzen und großen, daß es bloß bei offenbaren oder vermuteten Mängeln oder Fehlern ins einzelne eingeht. Bei der Verwaltung ist die Provinzialbehörde, wenn sie nur den ihr vorgeschriebenen Zweck erfüllt, durchaus frei, und läßt ebenso wieder dem Ministerium die nötige Muße, seinen noch[1]) wichtigeren Geschäften nachzugehen. Wenn die Provinzialbehörde zu verwalten bestimmt ist, so heißt das aber nicht, daß sie bloß die ihr ein für allemal, oder einzeln zukommenden Weisungen befolgen, und die einzelnen Geschäfte, wie sie entstehen, abwickeln soll, sondern Verwalter, als Behörde einer Provinz hat einen ganz andern Begriff. Es heißt unablässig mit Gedanken und That bemüht sein, von der genauen Kenntnis der natürlichen und Kulturkräfte ausgehend, dieselbe in beständiger Beziehung auf den ganzen Staat dergestalt zu erhalten und zu verbessern, daß ihr Zustand mehr befriedigend und der Zusammen-

1) So von Humboldt selbst statt des ursprünglichen „viel" verbessert.

hang mit dem Ganzen fester und enger werde. Von dieser Seite tritt die Provinzialbehörde mit der Centralbehörde, dem Ministerium, in die genaueste Berührung, indem sie derselben Vorschläge macht, und durch sie die Bedürfnisse und Zwecke des Ganzen, welchem sie den Teil anpassen soll, kennen lernt. Beide Behörden kommen in dem gleichen Bestreben, nur von verschiedenen Punkten aus, zusammen, und das Resultat wird dadurch vollständig, daß nur die Provinzialbehörde den Teil gründlich und genau kennen, nur die Centralbehörde die Übersicht des Ganzen besitzen kann.

Um nun auf die Oberpräsidenten zurückzukommen, ist es nur nötig zu fragen, wie die Provinzialbehörde organisiert sein soll? Die Verwaltung der Provinzen ist offenbar bei den Regierungen, und die Leitung dieser Verwaltung führen die Präsidenten derselben. Es fragt sich also nur, ob von dieser Regierung und ihrem Präsidenten dasjenige gelten soll, was soeben von den Provinzialbehörden gesagt worden ist, oder ob mehrere Regierungen unter einem Oberpräsidenten vereinigt werden sollen, sodaß jenes Gesagte nunmehr von diesem gilt?

Ehe ich zur Beantwortung dieser Frage übergehe, muß ich aber feststellen, daß ein Drittes nicht möglich ist. Wenn die Verwaltung der einzelnen Provinzen mit der Regierung des Staats gehörig zusammenpassen soll, so muß das oben auseinandergesetzte Verhältnis nicht an seiner Reinheit und Einfachheit leiden. Die Provinzialbehörde muß eine sein und in unmittelbarer Berührung mit der Centralbehörde stehen. Sobald dies Verhältnis verletzt wird, sobald man zwischen den Regierungen und das Ministerium eine andere Behörde hineinschiebt, welche in die erstere eingreift, ohne ihr ganz vorzustehen und sie eigentlich als Haupt auszumachen, so ist es um reine Verantwortlichkeit und reines Vertrauen geschehen, so giebt es keine Einheit mehr in der Sorge für das Wohl der Provinz, und so ist auch ihr Zusammenhang mit dem ganzen Staat verletzt, weil auch die Einwirkung des Ministeriums auf sie sich in verschiedenen Richtungen teilt. Gerade aber dies, was sie nicht sein sollten, sind die Oberpräsidenten jetzt, Verwalter der gesamten Provinz für gewisse, gewaltsam von den übrigen abgerissene Gegenstände, Commissarien der Minister für einzelne Aufträge, ohne daß ein einziger Grundsatz darüber feststeht, welche Aufträge allein die Minister den Provinzialbehörden geben sollten? Ist dagegen das obige Raisonnement richtig, so ist es klar, daß der Oberpräsident die obere Leitung der Gesamtverwaltung der Provinz haben muß.

Wer diese ausübt ist, wie er immer heißen möge, der That und dem Wirken nach Oberpräsident.

Ob dies nun, wie vorhin gefragt wurde, eine eigene Person oder der Oberpräsident jeder Regierung sein soll, hängt erstlich davon ab, ob man so viele unmittelbar mit der Centralbehörde zusammenwirkende Behörden haben will, als es Regierungsdepartements giebt? Gewiß wäre es besser dies anzunehmen und die Oberpräsidenten aufzuheben, als die letzteren in der unangemessensten aller Stellungen zu lassen. Allein es giebt, wie es mir scheint, sehr wichtige Gründe, den anderen Weg eigener Oberpräsidenten vorzuziehen. Denn



1) ist der Präsident einer Regierung zu sehr in der Verwaltung befangen, um mit einer solchen Freiheit über ihr zu stehen, daß er das Wohl der Provinz und ihre Stellung zum Ganzen recht vollständig beurteilen und in Rücksicht auf beides recht zweckmäßige Vorschläge machen könnte. Er hat dazu selbst zu viele materielle Geschäfte, und sollte man einwenden, daß er sich diese nötige Freiheit durch Hilfe seiner Direktoren verschaffen kann, so ist er nicht mehr Präsident im jetzigen Sinne des Ausdrucks, und so streitet man nur um Worte. Es versteht sich daher auch von selbst, daß die Oberpräsidenten nicht mehr Präsidenten einzelner Regierungen sein dürfen.

2) der Regierungspräsident ist immer Chef eines Collegii und an kollegialische Formen gebunden. Das Geschäft eines Leiters der Gesamtverwaltung, der die Provinz einem höheren Ziele zuführen, außerdem aber bei besonderen Gelegenheiten vertreten, sie schützen und für sie sorgen soll, verträgt sich mit einer solchen Form nicht.

3) der Regierungspräsident kann nur selten und kurz von seiner Stelle abwesend sein. Wer aber an der Spitze einer Provinzialbehörde im oben festgesetzten Sinne des Worts steht, müßte notwendig in jedem Jahre eine bestimmte Zeit zur Seite des Ministeriums zubringen. In dieser Zeit müßten die Etats reguliert oder durchgesehen, die neu zu nehmenden Maßregeln verabredet und dahin gestrebt werden, daß die Ministerien im Laufe des übrigen Jahres so wenig als möglich einzelne Verfügungen machten. Ob diese vom Gesamtministerium ausgehen müßten oder von dem einzelnen Minister? ist eine höchst wichtige Frage, läßt sich aber hier nicht bestimmen, weil erst höher hinauf festgesetzt werden müßte, was es jetzt gar nicht ist, was ein einzelner Minister für sich, was nur mit dem ganzen Ministerium thun kann?

4) es wird immer zweckmäßig sein, nur eine kleine Anzahl solcher obersten Provinzialbehörden zu haben, auf welche die Ministerien unmittelbar einwirken, und daher werden immer ihre Distrikte zu groß sein, um von einer und derselben Regierung verwaltet zu werden.

Die Vorteile einer solchen Stellung der Oberpräsidenten gehen aus dem Obigen von selbst hervor. Die Verantwortlichkeit, worauf bei der Verwaltung des Staats Alles ankommt, ist voll, rein und stufenweis geschieden, nicht wie jetzt bunt durcheinandergreifend, da wirklich Minister, Oberpräsidenten und Regierungen jetzt nur immer für einzelne Maßregeln, nie für einen ganzen Wirkungskreis verantwortlich sein können. Der Zusammenhang der Provinzial- und Centralverwaltung ist so eng, als er sein muß und sein kann und die Sorge für den Teil und das Ganze ist den Händen anvertraut, welche sich derselben am besten unterziehen können. Die Bewohner der Provinzen haben einen Mann, auf den sie sehen, der sie vertritt, und doch auf der einen Seite von dem festen gesetzmäßigen Gange der Regierungen, in den er nicht eigenmächtig eingreifen darf, auf der andern von der Gewalt der Minister gehalten, sie nie willkürlich behandeln kann. Eine Zwischenbehörde würden die Oberpräsidenten nun allerdings bilden. Allein erstlich keine eigentliche Behörde, da jedem ein einziger vortragender Rat vollkommen genügte, sondern nur eine Zwischenautorität, und dann sehe ich nicht ab, wie

nicht in der Stufenfolge der Staatsgewalten überall Zwischenbehörden sein müssen. Jede ist notwendig, eine solche zwischen der ihr untergeordneten und derjenigen, von der sie selbst abhängt, und es ist davon kein möglicher Nachteil, sondern nur Vorteil in der vermehrten Controlle, der stufenweisen Beratung der Gegenstände und der Vereinfachung der Geschäfte gegen die Spitze hin abzusehen. Daß endlich durch diese Einrichtung des Schreibens unendlich weniger werden würde, und es nicht leicht bei der Civilverwaltung ein wirksameres Mittel der Ersparung geben könnte, leuchtet von selbst ein.

Die Haupteinwendungen, die man dagegen erheben wird, sind unstreitig die, daß man bei diesem Plan Provinzialminister schafft und dadurch auf der einen Seite das Ansehen der Minister schwächt, auf der anderen den Regierungen Freiheit und Kraft nimmt. Diese Besorgnisse sind aber gewiß nicht mit dem Plane selbst verbunden, sondern könnten nur durch die Schuld der Minister selbst, durch Mangel an Controlle oder Charakterschwäche entstehen. Der Oberpräsident bleibt immer dem Ministerium geradezu untergeordnet, er empfängt die von demselben, jedoch in der Regel so, daß er dabei gehört worden ist, gemachten Anordnungen und muß ihm Rechenschaft ablegen. Wie könnte er aus diesem Gleise herausweichen, ohne daß die Minister selbst es verstatteten? Sie haben, jeder in seiner Partei, und alle zusammen über sein Betragen überhaupt, die Controlle über ihn und seine Geschäftsführung, und können ihn in jedem Augenblick auffordern, ihm Rede und Antwort zu stehen. Ein solches Verhältnis läßt sich wohl nicht mit dem eines Provinzialministers, der seine Provinz abgesondert für sich, und unabhängig vom Ministerium, bloß unter Verantwortung gegen den König verwaltet, in Vergleichung bringen. Nur ein solcher Provinzialminister aber wäre schädlich; in allem Übrigen streitet man bloß über Worte. Die Regierungen könnten sich ebensowenig in ihren Funktionen gehemmt fühlen. Der Oberpräsident soll die Verwaltung leiten, allein nicht in sie eingreifen, nicht selbst verwalten. Hier lassen sich nun durch die Instruktionen die Grenzen leicht ziehen. Überschreitet sie der Oberpräsident, so steht die Beschwerde bei dem Ministerium frei, ja die Controlle des Ministeriums selbst würde ohne Beschwerde die nötige Abhülfe gewähren, wenn der Mißbrauch irgend groß oder fortgesetzt wäre. Es ist hier schlechterdings kein anderer Fall und keine andere Gefahr, als bei jeder Oberbehörde, die wie die ihr untergeordnete unterdrückte, ihr immer in der ihr untergeordneten Sphäre die nötige Freiheit lassen muß. Man kann endlich noch einwenden, daß die Ministerien und die Oberpräsidenten viel weniger zu thun haben werden. Allein die höchsten Staatsbeamten müssen nicht in einer Last von einzelnen Geschäften untergehen; Freiheit und Muße sind unerläßliche Bedingungen einer Wirksamkeit, wie der Staat sie mit Recht von ihnen verlangen kann und sie thun sehr wenig, wenn sie bloß ewig fort das Rad der Geschäfte umwälzen, wie ihnen dieselben von Tag zu Tag vorgelegt werden.

Dies ist meine, nicht bloß aus dem Nachdenken, sondern auch aus der Beobachtung des jetzigen Zustandes geschöpfte Meinung über diese



Materie. Es ist möglich, daß ich mich darin irre, daß ich den Oberpräsidenten eine solche Stellung anweisen will. Allein das halte ich für unumstößlich gewiß, daß, wenn ihre nun nicht eine solche sein, sondern sich auch wieder auf den Begriff beständiger Commissarien sogar der einzelnen Minister (woraus dann selbst in demselben Ministerium widersprechende Aufträge entspringen) und auf die Scheu vor Bildung einer Zwischenbehörde gründen soll, es bei weitem ratsamer ist, sie gänzlich aufzuheben.

Ich habe in diesem ganzen Aufsatz des Staatskanzlers nicht besonders erwähnt, weil ich ihn, als den Chef des Ministeriums und der ganzen Staatsverwaltung mit dem Ministerium zusammenbegreife.

Berlin, den 4. Juni 1817.

Ein Beitrag zum Rücktritt des Grafen Hans von Bülow vom Finanzministerium im Jahre 1817.

Von Gustav Schmoller.

Als ich im Sommer 1898 eine Reihe von Archivstudien über die Entstehung des preußischen Zollgesetzes von 1818 und die Finanzreformen jener Zeit überhaupt machte, suchte ich mir auch über den Rücktritt des damaligen Finanzministers Bülow und seine Ersetzung durch Klewitz (Ende des Jahres 1817) klar zu werden. Ich fand weder in der Litteratur (z. B. bei Treitschke oder Caro in der Allgemeinen Deutschen Biographie Bd. 3 S. 533—8, oder bei K. Dieterici, Zur Geschichte der preußischen Steuerreform 1810—20, 1875) eine irgendwie befriedigende Aufhellung, noch ergaben die Akten, soweit sie mir zugänglich waren, eine solche. In den summarisch gehaltenen handschriftlichen Staatsratsprotokollen sieht man wohl noch deutlicher, als in den bisher schon publizierten Denkschriften, daß W. von Humboldt ein schroffer Gegner der Bülowschen Finanzvorschläge (abgesehen von dem Projekt des Zollgesetzes und -Tarifes) war. Aber diese Opposition bewegt sich doch mehr in allgemeinen Vorwürfen: Humboldt vermißt das planmäßig Systematische an den Bülowschen Vorschlägen; man sieht, daß er von seinem idealistischen Standpunkt aus Bülow für einen Routinier hält. Aber man sollte meinen, zwischen zwei solchen Männern wäre bei einigem guten Willen doch eine Verständigung möglich gewesen.

Zuletzt fand ich nun doch einige sehr interessante, Licht auf den Rücktritt Bülows werfende Aktenstücke, die ich hier folgen lasse: ein Schreiben Humboldts an den Staatskanzler Hardenberg vom 14. Juli 1817 über die ganze Stellung des Finanzministers und ein Votum Boyens vom 10. August 1817 über dasselbe Thema. Um sie verständlich zu machen, erinnere ich daran, daß die Bülowschen Finanzprojekte im Laufe des Jahres 1816 fertig geworden waren, vom Januar bis Anfang Juli 1817 im Staatsrat beraten und hier (von dem Zoll-

gesetz abgesehen) verworfen wurden, daß daran sich dann im Juli 181[illegible] vor einer besonderen Kommission die Beratungen über den Gesamtbedarf des Staatshaushalts knüpften. Bülow wurde dabei heftig angegriffen; er weiß sich nicht anders zu helfen, als durch einen Angriff auf den Staatskanzler, auf den er den Vorwurf einer ungeordneten Finanzverwaltung abzulenken sucht. Dieser, tief gekränkt, läßt die sofortige briefliche Entschuldigung seines Neffen nicht gelten, weigert sich wenigstens ihn vor seiner Abreise nach Karlsbad, wo auch der König weilte, zu empfangen; er sei gesundheitlich zu angegriffen, um sich neuen Alterationen auszusetzen.

Die zwei Schriftstücke, die ich mitteile, suchen das Eisen zu schmieden, so lange es heiß war; sie wollen offenbar auf Hardenberg im Sinne eines Sturzes von Bülow einwirken. Die beiden Angriffe scheinen mir zu übertreiben; sie betonen richtig die Schwäche Bülows, die Finanzen eines großen Staates cavalierement aus dem Handgelenk zu führen, in der Erwartung, der Findigkeit des Ministers öffne sich immer wieder ein Ausweg; aber im übrigen wissen sie doch keine durchschlagenden Belege für ihre Vorwürfe vorzulegen und verkennen die Vorzüge Bülows und seiner Gehilfen.

Als ich die Aktenstücke in einer Sitzung des Vereins für brandenburgische Geschichte vorlegte, setzte Dr. Meinecke, der dieselben Vorgänge im Zusammenhang mit seiner Biographie Boyens untersucht hat, auseinander, daß Bülow von der Partei der militärischen, die Reform von 1813—15 bekämpfenden Reaktion (Karl von Mecklenburg 2c.) gewonnen gewesen sei, und daß er so als Finanzminister von Boyen und Humboldt hätte bekämpft werden müssen. Wir werden also im zweiten Bande Meineckes wohl das Nähere über diese Zusammenhänge erfahren[1]). Jedenfalls wird der Kampf der beiden Staatsmänner gegen Bülow nur unter diesem Gesichtspunkt recht verständlich.

Unter allen Umständen aber sind die beiden folgenden Schriftstücke interessante Beiträge über das Verhältnis der leitenden Persönlichkeiten zu einander im Jahre 1817, über die Kämpfe der Minister unter sich in der Zeit Hardenbergs und über dessen Stellung. Daß der Brief Humboldts an den Staatskanzler wohl nicht ganz die innerste Überzeugung desselben über diesen ausdrückt, braucht für keinen Kenner der Geschichte jener Tage hinzugefügt zu werden. Wie weit er aber Hardenberg nur im Moment gewinnen wollte, wie weit er ihn damals wirklich so hoch schätzte, wage ich nicht zu entscheiden.

Wie es im einzelnen dann kam, daß Graf Bülow zwar das Finanzministerium genommen, aber das neue Handelsministerium übertragen wurde, darüber enthalten die Akten, die ich einsehen konnte, nichts.

---

1) Vgl. S. 299 ff. des inzwischen erschienenen Buches. (Das Leben des Generalfeldmarschalls Hermann v. Boyen. Zweiter Band. Stuttgart 1899.)

1.

Brief Wilhelms von Humboldt an den Staatskanzler.

Berlin, den 14. Juli 1817.

B. G. St.A. Rep. 92, Hardenberg H. 14, B. 1817—20. Original.

Ew. Durchlaucht haben mir während der Monate meines hiesigen Aufenthalts aufs neue die überzeugendsten Beweise Ihres gütigen Wohlwollens, und ich kann es sagen, Ihrer festen und unverbrüchlichen Freundschaft gegeben; wir haben uns in dieser Zeit in sehr unangenehmen und wahrhaft traurigen Geschäften befunden, aber es gereicht mir zu einer größeren Befriedigung, als ich es ausdrücken kann, daß wir, ob wir gleich jeder dem einfachen Weg unserer Ueberzeugung folgten, gleich enge verbunden geblieben sind. Meine innige Dankbarkeit dafür, meine unveränderliche Anhänglichkeit an Ew. Durchlaucht, mein stetes Bemühen, Ihnen mit Freimüthigkeit zu sagen, was ich zur Erhaltung Ihrer Ruhe und Ihres so wohlerworbenen Ruhms für nothwendig halte, und zu diesem Allen mitzuwirken, werden ohne Unterschied immer dieselben bleiben. Erlauben Sie mir aber, diesen Versicherungen noch in dem Augenblicke, wo wir einer längeren Trennung entgegengehen, einige Eröffnungen hinzuzufügen, welche zwar unangenehme Verhältnisse berühren, allein nothwendig und unvermeidlich sind.

Ew. Durchlaucht haben mich während meines Hierseyns in Geschäfte gesetzt, die mir eine vollständige Kenntniß der äußeren und inneren Lage des Staats verschafft haben. Zu nichts ist mir der Zugang versagt, nichts ist mir geheim gehalten worden; wenn ich mir also überhaupt ein Urtheil zutrauen darf, so kann ich ein richtiges und vollständiges über diese Lage fällen.

Ich kann mir nun nicht verhehlen, und Ew. Durchlaucht fühlen es selbst, daß sie, im Innern wenigstens, nicht befriedigend genannt werden kann. Der Zustand der Finanzen ist zwar, meiner Ueberzeugung nach, nicht an sich schlecht, aber doch unsicher und precaire, und durch die bisherige Verwaltung, wenn nicht schleunig geholfen wird, sogar höchst gefährlich geworden; die Kräfte der Nation sind angespannt, und werden doch bloß zur einfachen Erhaltung des Vorhandenen verwendet, ohne daß große wohlthätige Landesanstalten gemacht, oder Hülfsmittel für außerordentliche Ereignisse gesammelt werden; eine Menge von Verhältnissen sind und bleiben unbestimmt; in der Nation herrscht in mehreren Orten Unzufriedenheit, und nirgend, und am wenigsten im Ganzen die lebendige Bereitwilligkeit, mit der ein Volk, nach so glorreichen Begebenheiten, seiner Regierung folgen, und mit ihr fortstreben müßte. Man hat deshalb neue Einrichtungen gemacht, und bereitet andere vor; der Staatsrath ist gestiftet, Stände sollen versammelt, den Provinzen eine zweckmäßigere Verwaltung gegeben, eine neue Steuerverfassung angeordnet werden. Allein alle diese Mittel können nicht wirken, diese Einrichtungeu selbst müssen gelähmt werden, ja sogar eine schiefe

und nachtheilige Richtung nehmen, wenn nicht das Grundübel geheilt wird, und dieses Grundübel ist nach meiner festen Ueberzeugung:

daß die Verwaltung in fast allen ihren Theilen fehlerhaft ist.

Dies ist nicht Ew. Durchlaucht Schuld. Vielmehr, was noch an Geist, an liberalen Grundsätzen, an edlen Gesinnungen in der Verwaltung einzeln sich findet, gehört einzig und allein Ihnen an, und wenn der König und der Staat einmal das Unglück haben, Ew. Durchlaucht zu verlieren, und das Uebrige bleibt, wie es ist, so ist aller dieser Geist, diese Liberalität, diese Gesinnung für den Augenblick, und vielleicht für lange dahin.

Die Schuld liegt in den Ministerien, unter denen ich nur das Kriegsministerium, aber dies auf alle Weise ausnehme, da es mit Ernst, Ordnung, Zweckmäßigkeit und mit Streben nach Erhaltung lebendig vaterländischer und energischer Gesinnung geführt wird. In den Ministerien der Justiz und des Innern sind bloßer und reiner Mechanismus und Ertödtung alles Geistes an der Tagesordnung; in dem wichtigen geistlichen Departement ist, wie die eigenen Räthe leicht bezeugen würden, seit dem Abgange des Grafen Dohna, außer der sehr überflüssigen Stiftung der Universität zu Breslau, nichts geschehen, was nur einigermaßen der Reihe der seitdem verflossenen Jahre und dem Wiederaufblühen des Staats entspräche, dagegen manches untergegangen. Das Finanzministerium ist Ew. Durchlaucht und allen Mitgliedern der Commission über den Haushalt in seiner Führung bekannt; ich darf mich bloß auf Ew. Durchlaucht beziehen, ob Sie richtige Ueberſicht, solide und feste Grundsätze, sichere Geschäftsleitung (um gar nicht die höheren Forderungen zu erwähnen, die man an einen Financier machen kann) darin angetroffen haben, ob Sie nicht über die Dreistigkeit in gewagten Operationen, die Kühnheit ganz unrichtiger, oder halb wahrer Darstellungen erstaunt sind, und ob man es nicht schwer zu entschuldigende Anmaßung nennen muß, daß alle Schriften, die jetzt von da ausgegangen sind, das Bestreben in sich tragen, zu zeigen, daß alles Gute und Richtige nur dort vorhanden ist, alle Fehler aber auf fremde Rechnung kommen. Von dem Polizeiministerium bin ich nicht im Stande etwas zu sagen; es ist im Frieden zu unbedeutend, und wäre viel besser ein bloßer Theil des Ministeriums des Innern. Die traurige aber natürliche Folge hiervon ist nun, daß dies gesammte Ministerium (immer das des Krieges ausgenommen) schlechterdings keines Vertrauens weder in den Provinzen, noch bei den Regierungen, noch endlich bei den Centralbehörden der Hauptstadt genießt.

Hiervon liegen Ew. Durchlaucht, dasjenige ungerechnet, was Sie auch hier von den Provinzen erfahren, die unwiderleglichsten Beweise in den Erklärungen der Ober-Präsidenten, den Verhandlungen der Steuer-Commission, den Abstimmungen des Staatsraths vor. In der letzten hat sich, wenn es auch nicht in Worten gesagt wurde, deutlich die Ueberzeugung ausgesprochen, daß von einem Finanzministerium ohne Vertrauen keine Reform der Abgabengesetze ausgehen, und eine



dennoch mit einem solchen Ministerio vorgenommene nicht wohlthätig bleiben kann.

Ew. Durchlaucht haben mir manchmal geschienen zu glauben, daß man diesen Uebeln durch geschärfte Controlle, durch andere Abtheilung und Stellung der Ministerien, oder der Minister abhelfen könne. Ich vermag diese Meynung nicht zu theilen, und halte eine Verbesserung nur durch eine gänzliche Veränderung in den Personen für möglich. Diese aber kann, wenn sie glücklich ist, Alles und leicht wiederherstellen. Denn, wenn ich vorher die innere Lage des Staats wenig beruhigend nannte, so ist doch noch vollkommene Zeit zu helfen, die Sache befindet sich noch gleichsam auf dem Scheidewege; es ist noch ein entschiedenes Vertrauen zu Ew. Durchlaucht vorhanden; treten andere zweckmäßig gewählte Minister in enger Verbindung mit Ew. Durchlaucht auf, so erwacht wieder das Vertrauen und mit ihm alles Gute.

Es gehört aber allerdings dazu, daß das Ministerium einig unter sich, und einig mit Ew. Durchlaucht sey. Beides ist jetzt nicht der Fall. Die Minister untereinander stimmen zwar wohl gewissermaßen überein, allein es ist nicht die belebende Einigkeit, vermöge deren jeder zu bewirken strebt, daß sein Departement harmonisch mit den übrigen zum Ganzen passe. Von der Einigkeit mit Ew. Durchlaucht würde es unbescheiden von mir seyn reden zu wollen; Ew. Durchlaucht können dies am besten selbst.

Ich kann mich aber nicht enthalten, hierbei auf eine Idee zurückzukommen, die ich mir die Freiheit nahm, Ew. Durchlaucht schon öfter zu äußern. Ich glaube nicht, daß Ew. Durchlaucht jetzige Stellung und die Ihres Bureau die richtige ist; ich kann sogar nicht läugnen, daß dieselbe den Ministern oft sehr scheinbaren Vorwand, manchmal vielleicht wahren Grund zu Beschwerden giebt. Die Wirkungskreise sind nicht bestimmt genug geschieden, und es kann damit keine reine und volle Verantwortlichkeit, welche die einzige Gewährleistung und die Seele aller guten Verwaltung ist, bestehen. Ich halte für die einzige angemessene Stellung eines Staatskanzlers die eines Präsidenten des Ministeriums und Staatsraths. Das entschiedene Uebergewicht, die ganz selbstständige und nur von dem Könige allein abhängige Leitung der gesammten Regierungsgeschäfte behalten Ew. Durchlaucht immer dadurch, daß Sie Präsident mit dem Recht, ohne alle Rücksicht auf die Stimmenmehrheit im Ministerio zu entscheiden sind, und allein den Vortrag bei Sr. Majestät haben. Ihre Räthe bereiten Ihnen die Sachen vor und sind als vortragende Räthe bei den Ministerial-Conferenzen zugegen. Ich kann mich irren, allein ich glaube, daß Ew. Durchlaucht allein bei dieser Einrichtung die Muße, Ruhe und Befriedigung finden würden, die Sie jetzt, zum tiefen Schmerz aller derer, die Ihnen anhängen, doch nicht selten in Ihrer mühevollen Geschäftsführung entbehren.

Dies ist meine Meynung über die höchsten Beziehungen unserer jetzigen Verwaltung, und diese meyne Meynung schließt sich insofern an mein in der Steuer-Commission, und mein in der Commission über den Haushalt abgelegtes Gutachten an. Ich würde es, ohne einen beson-



deren Grund, nicht gewagt haben, Ew. Durchlaucht diese vielleicht zu freimüthig geäußerte Meynung zu sagen; aber die besondere Beziehung, in der ich das Gesagte Ew. Durchlaucht vorzutragen für meine Pflicht hielt, ist folgende:

Ew. Durchlaucht haben die Güte gehabt, mir zu äußern, daß Sie dem Könige vorschlagen wollten, mich in einiger Zeit zum zweiten Cabinetsminister zu machen. Ew. Durchlaucht fühlten, daß ich dies nur annehmen könnte, wenn ich zugleich Mitglied des gesammten Staatsministeriums wäre; es war also meine Pflicht, mich zu prüfen, ob ich in das Staatsministerium, wie es jetzt ist, eintreten könnte, oder nicht? und ich bitte Ew. Durchlaucht, in dem vorhin gesagten die Resultate dieser Prüfung zu finden. Wo ich einen eigenen Entschluß nehmen soll, da kann ich nur meiner eigenen, wenn gleich vielleicht, wie ich mich gern bescheide, irrigen Ueberzeugung folgen; und ich muß daher Ew. Durchlaucht, damit ich auf keine Weise falsche Erwartungen in Ihnen errege, bestimmt erklären, daß ich, so lange der jetzige Finanzminister und Minister des Innern Mitglieder des Ministeriums sind, nicht jenen sonst so gütigen Antrag annehmen, und nicht in das Ministerium eintreten könnte. Es ist meine tiefe Ueberzeugung, daß durch den einen die materiellen, durch den andern die moralischen Kräfte des Staates gefährdet werden, und daß, wenn die Verwaltung, wie jetzt, fortgeht, das Verderben des Staates unvermeidlich ist; ich weiß auf das Bestimmteste, daß ich mit diesen beiden Männern niemals in Grundsätzen, Gesinnungen und Geschäftsführung übereinstimmen, ja mich nicht einmal mit ihnen darüber verständigen kann, und es liegt am Tage; daß es den Geschäften und dem Dienste des Königs nur nachtheilig seyn müßte, einen solchen Widerstreit der Meynungen und Ueberzeugungen in dem Ministerium einheimisch zu machen. Um vor Ew. Durchlaucht diese meine Erklärung zu rechtfertigen, war es nothwendig, in meine Ansichten des Ministeriums überhaupt einzugehen, und sie Ew. Durchlaucht freimüthig darzulegen.

Ich halte meine Sendung nach London für nicht unwichtig, theils weil sehr lange keine eigentlich thätige Gesandtschaft von unserer Seite dort gewesen ist, theils weil man auf den Englischen Hof auf eine, unserem Interesse gemäße Weise in Absicht aller großen politischen Combinationen, die jetzt zur Sprache kommen, einwirken kann. Ich werde in dieser doppelten Rücksicht alle meine Kräfte anstrengen, um des Königs und Ew. Durchlaucht Erwartungen zu entsprechen. Ich würde indeß auch in jedem Augenblick mit Freuden zurückkommen, um, wie Herr von Altenstein und Herr von Beyme, bloß Mitglied des Staatsraths zu seyn.

Ich bitte jetzt Ew. Durchlaucht inständigst, diese meine offene Erklärung gütigst aufzunehmen. Es liegt ihr schlechterdings nichts Persönliches zum Grunde. Persönlich kann ich nur verlieren, wenn ich an einem theuren Ort, in der Entfernung von meinem Vaterlande, von einem Theil meiner Familie, und von meinem Vermögen, in einer Stadt



lebe, die denjenigen der Meinigen, die mir dahin folgen, gewiß nicht zusagt; wenn ich die Hofnung des Verhältnisses aufgebe, das Ew. Durchlaucht mir immer so angenehm gemacht haben, neben Ihnen zu arbeiten; es ist endlich ein natürliches Streben, das Ziel seiner Laufbahn, was für einen Gesandten immer die Rückkehr ins Vaterland ist, nicht zu spät zu erreichen. Allein da ich ohne Amt meinen Bedürfnissen angemessen leben kann, und da ich selbstgewählte Studien bei weiten den Geschäften vorziehe, so habe ich bei dem Königlichen Dienste keine andere Befriedigung, als die, nützlich zu seyn, meine Kräfte auf eine mir selbst genügende Weise zu entwickeln, und die Meynung der Bessern, die jedem Staatsdiener zur Richtschnur dienen muß, mir zu gewinnen, oder zu erhalten; und diese Rücksichten sind es, die mich bei meiner gegenwärtigen Erklärung entschieden geleitet haben. Ew. Durchlaucht beobachten zu sehr dieselben Grundsätze, um mich hierin zu misbilligen. Wenn Sie in dem Fall, von dem hier die Rede ist, verschiedener Meynung sind, so kann es nur daher rühren, daß Sie andere Ansichten über die Personen und Verhältnisse haben. Ich bin weit entfernt, die meinigen diesen vorziehen zu wollen, aber Ew. Durchlaucht fühlen, daß ich dennoch nur den meinigen zu folgen vermag.

Ich brauche Ew. Durchlaucht nicht zu sagen, daß ich diesen Brief niemanden, ohne Ausnahme, gezeigt habe, noch zeigen werde. Nur wenn Se. Majestät der König meine Meynung über diesen Gegenstand einfordern, oder mir zu irgend einer Zeit, wo dieselben Umstände obwalteten, den Eintritt ins Ministerium anzutragen geruhen sollten, würde ich von meiner darin ausgesprochenen Ansicht des jetzigen Ministeriums bei Sr. Königlichen Majestät Gebrauch machen, und bloß zu diesem Zwecke habe ich eine Abschrift dieses Schreibens behalten.

Humboldt.

2.

Votum Boyens für den Staatskanzler über die Finanzverwaltung Bülows.

Karlsbad, den 10. August 1817.

B. G. St.A. Rep. 92, Hardenberg H. 14, B. 1817—20. Original.

Wenn ich nach genommener Durchsicht der mir mitgetheilten Akten, über die Regulierung unseres Staatshaushalts, mich nach meinem Gewissen und meiner Einsicht, nur mit strengem Tadel über die Verwaltung des Finanz-Ministeriums aussprechen konnte; so wird es mir in jeder Hinsicht hier noch Pflicht, einige Motive, welche mein Urtheil leiteten, hier noch näher zu entwickeln, als ich dieses in meinem Gutachten, welches in mehrere Hände kömt, thun mochte.

Wer die Akten in dieser so merkwürdigen Streitsache mit Aufmerksamkeit durchließt, wird mit Staunen ein fortlaufendes Gewebe von kaum begreiflichen Widersprüchen und ungewöhnlicher Unordnung in der

Verwaltung des Finanzministeriums entdecken. Nirgends findet sich eine Spur, ein der Ordnung angemessenes System einzuführen oder durch zweckmäßig vorbereitende Maaßregeln, den Verlegenheiten die hier oder dort entstehen konnten, durch angemessene Anordnungen vorzubeugen. Alles wird dem Zufall überlassen, und wenn in dem Augenblick sich die Noth zusammendrängt, dan werden gute und schlechte Maaßregeln, selbst bis zum schwindelnden Borgen, zusammengeraft, um der Noth des Augenblicks so gut wie es geht zu begegnen. Eine solche Verwaltung, ein solcher Mann kann bey längerer Fortdauer, nur dem Vaterlande nahmenloses Verderben bereiten. Zu einer jeden Zeit ist es für einen Staat höchst wichtig, einen Finanzminister zu haben, dessen Ordnungsliebe und Umsicht der Nation Vertrauen einflößt, aber dreyfach wichtig ist es in dem gegenwärtigen Augenblick, wo alle Finanzverhältnisse des Staats sich neu ordnen müssen und wo in einer schlechten Finanzverwaltung der gährende Geist der Unzufriedenheit nur zu leicht gerechten Stoff zu weitgreifenden Klagen findet. Rechnet man hinzu noch die, mit dem gelindesten Ausdruck belegt, so leichtsinnig und unbesonnen geleitete Unternehmung wegen des Korn-Ankaufs für die Rhein-Provinzen, so kann ich nach meinem Gewissen meine Meinung nur dahin abgeben:

daß ich den Finanzminister weder geeignet halte unsere Finanzen in Ordnung zu bringen, noch wenn dies geschehen wäre, sie weiter fortzuführen.

Das was bis jetzt nur in den Akten, und in einem kleinen Kreise über die Verwaltung des Finanzministeriums bekannt ist, muß nach dem Laufe aller menschlichen Dinge, bald auch im Publiko bekannt werden, und es wäre wirklich ein Unglück, wenn man warten wollte, bis die Nation auf Gründe gestützt, eine Minister-Veränderung forderte.

Der Zeitgeist, den eine Regierung nie unbeachtet lassen darf, fordert in den höheren Posten Männer des Vertrauens, die mit ihrer Ehre für den Erfolg ihrer Verwaltung verhaftet sind.

Eben aber aus dieser Rücksicht kann ich mich auch nicht für die in dem Gutachten des Königlichen wirklichen Geheimen Raths Sad Excellenz angedeutete Idee, das Finanzministerium durch Kommissionen zu beschränken, erklären. Von allen Verwaltungen ist die einer Kommission die schlechteste, weil jedes Mitglied dem andern die Verantwortung zuschiebt, und der König sich an keinen halten kann. Einen Minister aber durch eine Kommission bewachen zu lassen, ist das größte Unglück was man sich nur denken kann, denn nun löst sich das ganze Regieren in kleinliche Kabalen auf, und das Publikum ist zu dem Glauben berechtigt, daß man nicht rücksichtslos zu der Wahl des Mannes kommen kann, der dem Posten gewachsen ist, von allen Staatsbeamten müssen die Minister doch wohl am ersten als Mündige angesehen werden. Ich bin weit entfernt mir ohnaufgefordert ein Urtheil über zu treffende Wahlen zu erlauben, aber es fordert mich Pflicht und Gewissen auf, Ew. Durchlaucht zu beschwören, nur einen Mann für die Finanzen Sr. Majestät in Vorschlag zu bringen, der seinem schwierigen Geschäft auch ganz gewachsen ist. Für diese Ansicht müssen bey dem heutigen,



nicht gefahrlosen Standpunkte von Europa alle übrigen Rücksichten schweigen, wenn wir nicht einer großen Krisis entgegengehen wollen; es ist viel besser, einen sich nicht ganz richtig entwicklenden Minister nach einiger Zeit fortzuschicken, als nicht kräftig und mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung zu wählen. Blos schon die Institution des Staatsraths macht es nothwendig, daß ein Minister nicht allein seinen Zweig ganz inne haben, sondern auch so viel persöhnliche Eigenschaften haben muß, daß er sich bei den gerechten oder ungerechten Angriffen einer solchen Versammlung die nöthige Autorität erhält; ist dieß nicht der Fall, so leidet das ganze Ministerium und geräth durch einen Einzelnen in ein nachtheiliges Schwanken.

Boyen.

Sitzungsberichte des Vereins für Geschichte der Mark Brandenburg.

Sitzung vom 12. Oktober 1898.

Die erste Sitzung nach den Sommerferien eröffnete Herr Professor Dr. Schmoller mit einer Ansprache zum Gedächtnis des verewigten Vereinsmitgliedes Fürsten Bismarck. Im Dezember 1866 huldigte der Verein dem Grafen Bismarck durch die Dedikation einer vom ersten Vorsitzenden Geh. Archivrat Riedel verfaßten Druckschrift: „Geschichte des schloßgesessenen adligen Geschlechtes von Bismarck bis zur Erwerbung von Crevesa und Schönhausen" (Märkische Forschungen XI S. 1—244). Der Graf antwortete am 7. Januar 1867: „Der Vorstand des Vereins für Geschichte der Mark Brandenburg hat mir mittelst gefälliger Zuschrift vom 20. December v. J. eine Geschichte des Geschlechtes von Bismarck übersandt, welche auf den Beschluß des verehrlichen Vereins abgefaßt und publicirt ist. Der Vorstand wolle Sich überzeugt halten, daß ich in vollem Maaße die Ehre zu schätzen weiß, welche mir der um die vaterländische Geschichte hochverdiente Verein durch jenen Beschluß und dessen ebenso eingehende, wie geistvolle Ausführung erwiesen hat. Es ist mir aber Bedürfniß, zugleich auszusprechen, wie herzlich mich der Ausdruck theilnehmender Gesinnung erfreut, mit welchem der Vorstand die Vereinsgabe begleitet hat. Es knüpft sich hieran unwillkührlich der Wunsch, auch fernerhin mit einem Kreise von Männern in Verbindung zu bleiben, welche der Geschichte meiner Vorfahren eine so ausdauernde Hingebung zugewendet haben. Indem ich daher den geehrten Vorstand um die gefällige Aufnahme in den Verein ergebenst ersuche, bitte ich Wohldenselben zugleich den Herren Mitgliedern des Vereins für die mir erwiesene Aufmerksamkeit meinen ebenso aufrichtigen, als verbindlichen Dank gefälligst aussprechen zu wollen. Bismarck." —

Seitdem ist der Fürst bis an sein Ende dem Verein treu geblieben, und zwar, da die Statuten vom Jahre 1837 eine Ehrenmitgliedschaft nicht vorgesehen haben, als ordentliches, zahlendes Mitglied.

Herr Archivrat Dr. Keller berichtete über die diesjährige, in Münster abgehaltene Versammlung des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine, welcher er als Delegierter des Vereins für Geschichte der Mark Brandenburg beigewohnt hat.

Herr Archivrat Dr. Bailleu gedachte des schweren und schmerzlichen Verlustes, den der Verein durch das Ableben eines seiner ältesten und treuesten Mitglieder, des am 6. August d. J. verstorbenen Geh. Archivrates B. Reuter erlitten habe. Nach dem Tode Riedels war es Reuter, der mit Prof. Holtze und Rektor Budczies den Verein lebensfähig erhielt. Besondere Verdienste erwarb er sich um den Verein durch die Verwaltung der Kasse, die er lange Jahre hindurch mit peinlicher Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit verwaltet hat. War er auch selbst nicht sehr produktiv, so sind doch seine archivalischen Kenntnisse dem Verein vielfach zu gute gekommen und es wird wenige Vereinsmitglieder geben, die ihm nicht in dieser Hinsicht zu Dank verpflichtet sind. Der Verein wird dem Verstorbenen ein treues und ehrendes Andenken dankbar bewahren.

Der Direktor der Staatsarchive, Geh. Ober.-Reg.-Rat Herr Dr. Koser, knüpfte an das binnen kurzem bevorstehende Erscheinen der von ihm vorbereiteten Ausgabe des Briefwechsels Friedrichs des Großen mit dem General v. Grumbkow und dem Akademiepräsidenten Maupertuis einige Bemerkungen zur persönlichen Charakteristik Grumbkows und zur Kennzeichnung seiner in den Jahren 1730 und 1731 während der Küstriner Festungszeit mit dem bis dahin ihm entfremdeten Kronprinzen Friedrich eingegangenen Interessenallianz und erörterte dann an der Hand des Briefwechsels den Anteil Grumbkows an der dem Kronprinzen aufgezwungenen Vermählung mit Elisabeth Christine von Braunschweig, sowie die Stellung Friedrichs zu den Vorgängen der europäischen Politik seit 1735. Die programmatischen Äußerungen seiner Briefe erinnern an die berühmten Frankfurter Depeschen des Bundestagsgesandten v. Bismarck, in denen nach mehr als 100 Jahren ein zweites Mal in unsrer Geschichte ein kommender Staatsmann die kommende Stunde vorausgesehen und verkündet hat. Die Briefe an Grumbkow zeigen uns den künftigen Friedrich in mehr als einer Beziehung: den Staatsmann von 1740, der zwischen Österreich und Frankreich, den beiden Mächten, welche seinem Vorgänger ihr Gebot hatten aufzwingen wollen, den Ausschlag giebt; den Mann der kühnen That, der den vorausgeschauten Augenblick entschlossen und mit fester Hand ergreift, und den Mann der mißtrauischen Vorsicht, die den um sein Bündnis werbenden Franzosen, an ihrer politischen Zuverlässigkeit vordem irre geworden, die Hand langsam reicht und schnell wieder entzieht. Aber auch der Held des siebenjährigen Krieges steht bereits vor uns, der Fürst, der im Kampfe gegen eine Welt in Waffen der Losung treu bleibt, welche er als Kronprinz ausgegeben hat: „Der König von Preußen ist dem edlen Palmbaum gleich: je tiefer Ihr ihn beugt, um so höher schnellt er seinen stolzen Wipfel."

Zuletzt gedachte Herr Amtsgerichtsrat Dr. Holtze der Verdienste Theodor Fontanes, der dem Verein zwar niemals angehört, die Zwecke desselben aber gefördert hat, wie seit Wilibald Alexis kein Zweiter.

Sitzung vom 9. November 1898.

Herr Archivrat Dr. Bailleu sprach über die politische Haltung König Friedrich Wilhelms III. vor Ausbruch des Krieges von 1806. Gegenüber der Ansicht, daß der König bis zuletzt an die Möglichkeit der Erhaltung des Friedens geglaubt habe, wies der Vortragende nach, daß der König allerdings bis weit in den September 1806 hinein die Annahme der preußischen Forderungen (Rückzug der französischen Truppen über den Rhein und Anerkennung des norddeutschen Bundes) durch Napoleon für möglich gehalten hat. Aber selbst im Falle dieser Annahme war der König noch keineswegs zur Erhaltung des Friedens entschlossen. Vielmehr suchte er eben im September 1806 durch seine Tante, die Prinzessin von Oranien, mit England eine geheime Verhandlung über ein gemeinsames Vorgehen gegen Frankreich anzuknüpfen. Wie ein ganz eigenhändiges Schreiben des Königs vom 12. September 1806 beweist, war er bereit, dann neue Forderungen an Napoleon zu stellen und selbst einen Angriffskrieg zu unternehmen, falls England ihm das zur Verbindung der preußischen Landesteile unentbehrliche Hannover überlasse. Der Vortragende betonte, daß die Kenntnis dieser geheimen Verhandlung die Beurteilung der damaligen politischen Haltung König Friedrich Wilhelms III. wesentlich modifizieren müsse.

Herr Prof. Dr. Schiemann legte eine Reihe von Briefen vor, die zwischen dem General Grafen Wittgenstein und Kaiser Alexander I. in der Yorckschen Angelegenheit Ende 1828 und Februar 1813 gewechselt wurden. Sie ergaben, daß Yorck am 12. Februar 1813 oder unmittelbar vorher, dem Grafen Wittgenstein mitgeteilt hatte, daß König Friedrich Wilhelm III. ihn, Yorck, nach Breslau vor ein Kriegsgericht zu rufen beabsichtige. Wittgenstein stattete darüber dem Kaiser seinen Bericht ab und Alexander ließ Yorck raten, die Fahrt nach Breslau aufzuschieben und versprach, für Yorck beim Könige einzutreten. Während der Abfassung dieses vom 15. Februar datierten Schreibens erhielt der Kaiser durch Anstett die Nachricht vom Abschluß der Allianz mit Preußen, und beauftragte nun

Wittgenstein, York davon Mitteilung zu machen, das werde genügen „um ihn über seine persönliche Lage zu beruhigen".

Herr Oberlehrer Dr. Tschirch aus Brandenburg a./H. widmete dem märkischen Dichter Wilibald Alexis (W. Häring) zur 100. Wiederkehr seines Geburtstages Worte des Gedächtnisses. Er verfolgte insbesondere die künstlerische Entwicklung des Dichters, besprach seine politischen Ansichten und deren Einfluß auf seine vaterländischen Dichtungen und gab schließlich ein Bild der Arbeitsweise und der Quellenbenutzung Härings. — W. Alexis ist ein Kind der Romantik und stand anfänglich ganz unter der Einwirkung Tiecks, Müllners und E. A. Hoffmanns. Daneben wirkte auf ihn das Vorbild des großen schottischen Romandichters Walter Scott, aber er behielt ihm gegenüber Kritik genug, um seine Manier geschickt nachzuahmen und dabei übermütig zu persiflieren. Die Ironie, die diesen Erstlingsroman Walladmor an ernsterer Wirkung schädigt, ist allen seinen Erstlingswerken nicht zu ihrem Vorteil eigen. Erst indem er sie allmählich verabschiedete, erhob er sich zu echten Dichterschöpfungen. Schon früh lockten ihn vaterländische Stoffe, wie er denn unter den mächtigen Eindrücken der Not und der Erhebung Preußens aufgewachsen an den Schicksalen des Vaterlandes allezeit den lebendigsten Anteil nahm. Wie der Romantiker Walter von Asten in seinem Roman „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht", erfüllte er sich allmählich mit Begeisterung für Friedrich den Großen, dessen nüchterne, verstandesklare Gestalt der schwärmende Romantik so fern stand, und gewann Sinn für die schlichte märkische Landschaft, die ihre Reize nur dem liebevollen Blicke erschließt. So zeigt sein erster vaterländischer Roman Cabanis schon alle charakteristischen Züge, die seine Werke den Märkern teuer machen, aber bei den Zeitgenossen wenig Anklang fanden, die die französischen Zeitideen gegen die Verherrlichung des Preußentums unempfindlich machten. Trotz vielfacher Angriffe von beiden Seiten hat W. Alexis auch weiterhin seinen gemäßigt freisinnigen, monarchisch national-preußischen Standpunkt und die großen fridericianischen Traditionen der preußischen Politik tapfer vertreten, in dem Preßstreit von 1843, der ihm eine ungnädige Zurechtweisung Friedrich Wilhelms IV. eintrug, wie im Frühjahr 1849, wo er vergeblich als Publizist der Vossischen Zeitung leidenschaftlich für die Annahme der deutschen Kaiserkrone durch den preußischen König eintrat. In seinen vaterländischen Dichtungen aber hat er mit wachsender Meisterschaft die Vergangenheit des märkischen Volkes dichterisch zu beleben verstanden. Seit 1840 hat er die Hauptepochen der brandenburgisch-preußischen Geschichte in lebensvollen Romanen behandelt, deren Wert sich vom Roland von Berlin bis zu dem großen Roman aus der Reformationszeit, den Hosen des Herrn von Bredow, steigerte. Er selbst hielt den falschen Woldemar für sein gelungenstes Werk, und gewiß ist, daß er die schwierige Aufgabe, das Auftreten des edlen Betrügers Rehbock als Markgraf wahrscheinlich zu machen und für ihn zu interessieren, mit großer Virtuosität gelöst hat. Das Jahr 1848, in dem vieles seinen Preußensinn empörte, führte ihn noch einmal in die politische Arena, aus der er sich aber nach dem Scheitern des deutschen Kaisertraumes tief verstimmt zurückzog. Die geistreichen Romane, die er seitdem schrieb und die das Preußen vor und nach Jena mit großer Kunst behandeln, zeigen bei aller vaterländischen Gesinnung zu düstere Farben und verraten ermattende Kraft. Bald darauf verfiel der Dichter in unheilbares Siechtum, das seine letzten Jahre, die die Erfüllung seiner nationalen Träume brachten, zu einer harten Leidenszeit machte. — Der Vortragende schloß an diese Darstellung der politischen Anschauungen des vaterländischen Dichters eine Schilderung seiner Arbeitsweise und wies insbesondere nach, daß bei aller Gründlichkeit der wissenschaftlichen Vorarbeiten der Dichter nach den Geboten der künstlerischen Ökonomie frei mit seinen Gestalten schaltet. Am Schlusse wurde Häring mit dem jüngst verstorbenen märkischen Dichter Fontane verglichen. Unzweifelhaft ist Fontane, der Wilibald Alexis sehr viel verdankt, der größere Künstler, weil er niemals mehr zu leisten versucht, als er vermag und seinen Gestalten objektiv gegenübersteht, während Alexis bisweilen etwas über seine Kräfte wagt und sich nicht immer über die Figuren seiner Phantasie erhebt. Aber neben dem leidenschaftslosen, glücklicheren Nachfolger, dem es beschieden war noch als Greis in Schaffenskraft über sich hinauszuwachsen, mag der heißer empfindende Vorgänger, der in

politischem Kampfe mit seinem Herzblute zahlte und in einigen seiner Werke auf das Volksgemüt tiefer wirkte, eine ehrenvolle Stelle im Gedächtnis des märkischen Stammes behaupten.

Sitzung vom 14. Dezember 1898.

Unter den Druckschriften der Universität Upsala, die mit dem Verein in Schriftentausch steht, erregte die Arbeit Emil Olmers über den Streit zwischen Dänemark und dem Hause Gottorp (1695—1697) besondere Aufmerksamkeit. Herr Amtsgerichtsrat Dr. Holtze spendete nicht nur den eingehenden archivalischen Forschungen des Verfassers, durch die er unsere Kenntnis von der damaligen brandenburgischen Politik vertieft hat, sondern auch der Vorurteilsfreiheit, mit welcher der schwedische Gelehrte diese Staatskunst würdigt, die verdiente Anerkennung.

Herr Archivar Privatdozent Dr. Meinecke sprach über die „Gedanken und Erinnerungen" Bismarcks. Er charakterisierte die historiographischen Eigentümlichkeiten des Werkes und hob dabei hervor, in wie hohem Grade der Zweck die Auswahl und Auffassung des Stoffes beherrscht, so daß auch Beimischungen späterer Erwägungen zu den ursprünglichen Motiven häufig vorkommen. Der einzige Mensch, der mit allen Fasern seines Wesens erfaßt ist, ist Kaiser Wilhelm I., ein wunderbar ausgeführtes Charakterbild. Sodann behandelte der Vortragende die Frage, wie Bismarck selbst sein Verhältnis zu den geistigen politischen und socialen Strömungen seiner Zeit darstelle und wies darauf hin, wie einsam und wie einzigartig Bismarck aus denselben hervorrage und wie einfach und elementar die Impulse seines Handelns waren. — Bismarck ist, wie im Verein kürzlich noch hervorgehoben wurde, über drei Jahrzehnte hindurch ordentliches Mitglied des Vereins gewesen.

Herr Archivrat Dr. Bailleu machte im Anschluß an die in der letzten Sitzung von Prof. Schiemann vorgelegten Korrespondenzen Mitteilung von einigen Aktenstücken russischen Ursprungs zur Geschichte der Kapitulation von Tauroggen. Aus den Schreiben Kaiser Alexanders an seinen Kanzler Rumianzow scheint hervorgehen, daß der russische Kaiser selbst den Entschluß Yorcks für eine Folge der aus Berlin erhaltenen Weisungen angesehen hat. Die Berichte Dolgoruckis ferner vom Januar 1813 aus Königsberg zeigen, daß Yorck durch König Friedrich Wilhelm III. selbst von den gegen ihn ergriffenen Maßregeln, Verhaftung, Absetzung u. s. w. im geheimen unterrichtet wurde und den Wink erhielt, sich nötigenfalls unter russischen Schutz zu stellen.

Herr Professor Schmoller erörtert die Ursachen der Ersetzung des Finanzministers Grafen v. Bülow im Jahre 1817 durch Klewitz; er legt einige neue Aktenstücke vor, welche aus den höchsten Kreisen des Beamtentums gegen Bülow gerichtet, unzweifelhaft zu seinem Sturze beitrugen, ihn aber doch noch nicht eigentlich erklären. Herr Staatsarchivar Dr. Meinecke teilte hierauf aus seinen Untersuchungen über Boyens Leben mit, daß wahrscheinlich die Gefügigkeit Bülows gegenüber den Feinden der neuen Armeeverfassung dazu beigetragen habe, die Zahl seiner Gegner zu vermehren. Daß Bülow dieser Gruppe von Staatsmännern, welche die Rückkehr zu dem Heeressystem von 1806 predigten, beitrat, erklärt sich dadurch, daß er glaubte, hiermit wesentliche Summen im Etat zu sparen.

Sitzung vom 11. Januar 1899.

Den ersten Vortrag hielt Herr Stadtbaumeister O. Stiehl über die Einführung des Backsteinbaues in die Mark Brandenburg.

Die bisherige Ansicht, daß der Backsteinbau durch Niederländer in die Mark eingeführt sei, erscheint unhaltbar, da die Beteiligung der Niederländer an der Siedelung gerade für die Mark nicht in umfangreicher Weise festzustellen ist, da die sicheren Kolonien der Holländer diese Bauweise nicht gebraucht haben, auch

ihre Kenntnis in den Niederlanden zu frühromanischer Zeit nicht nachzuweisen ist. Dafür ist mit großer Sicherheit Oberitalien als Ursprungsland der romanischen Backsteinbaukunst anzunehmen. Dort hat der Vortragende eine ganze Reihe romanische Backsteinbauwerke aufgefunden, welche die Entwickelung des Stiles aus den ersten Anfängen und die größte formale Übereinstimmung mit unseren Bauten erkennen lassen. Dies führt dazu, den Beginn der Backsteinbaukunst in unseren Landen später als bisher anzusetzen; es wird für die maßgebenden Kirchen zu Jerichow und Brandenburg die Entstehungszeit auf den Beginn des 13. Jahrhunderts festgesetzt.

Herr Privatdozent Dr. Wilhelm Naudé teilte aus seiner demnächst in den „Acta Borussica" erscheinenden Darstellung der „Getreidehandelspolitik und Getreidemagazinverwaltung Friedrich Wilhelms I." die Abschnitte mit, die sich auf „die Anfänge der agrarischen Schutzzollpolitik in Preußen" beziehen. Von den europäischen Staaten der neueren Zeit hat am frühesten England agrarische Schutzzölle eingeführt: bereits 1463, dann von neuem 1660—1846, ihm sind etwa gleichzeitig Preußen (1721) und Holland (1725) gefolgt, in allen anderen Ländern gehört das agrarische Schutzzollsystem einer erheblich späteren Zeit an. In Preußen entspringt die agrarische Schutzzollpolitik der Domänenpolitik. Der große staatliche Domänenbesitz, der im 18. Jahrhundert einen starken Bruchteil der gesamten Bodenfläche ausmachte, war hoch verpachtet; die Pachtsumme wurde mit Hilfe der sog. Kammertaxe bemessen, d. h. einer Berechnung des Staates, die nach dem Durchschnitt einer längeren Reihe von Jahren formiert war und in ihren einzelnen, nach den verschiedenen Provinzen und den verschiedenen Getreidesorten variierenden Sätzen zum Ausdruck bringen wollte, wie hoch der Pächter das von ihm geerntete Korn im Lande werde absetzen können. Die Kammertaxe entsprach den Produktionskosten des Getreides einschließlich eines Gewinnes für den Produzenten. Der König wünschte nicht, daß die Getreidepreise in wohlfeilen Jahren dauernd unter die Sätze der Kammertaxe sanken, da er voraussah, daß die Landwirtschaft dann nur noch mit Verlust werde produzieren können. Als diese Gefahr den preußischen Domänenpächtern von Polen her drohte, dessen Landwirtschaft unter ungleich günstigeren Produktionsbedingungen, auf reicherem Boden, mit unentgeltlichen Arbeitskräften wirtschaftete, führte Friedrich Wilhelm 1721 zunächst in den mittleren Provinzen Einfuhrzölle auf polnisches Getreide ein und steigerte seine Prohibitivpolitik 1722 zum Einfuhrverbot. 1723 wurde auf Vorschlag des Fürsten Leopold von Anhalt in Ostpreußen eine strenge Scheidung des polnischen und des inländischen Getreides vorgenommen, der Konsum polnischen Getreides im Inland verboten, dem polnischen Getreide nur noch der Transit und die Ausfuhr über See gelassen. Dieser Grundsatz ist dann auch auf die mittleren Provinzen und überhaupt auf die Einfuhr alles fremden Getreides ausgedehnt worden, sodaß nicht ein Scheffel ausländischen Korns in Preußen verzehrt werden durfte, sondern alles fremde Korn wieder ausgeführt werden mußte. Friedrich der Große brachte das agrarische Schutzzollsystem zur stärksten Konsequenz durch eine völlige Grenzsperre gegen Polen und eine staatliche Monopolisierung der fremden Einfuhr.

Sitzung vom 8. Februar 1899.

Die Generalversammlung ernannte den langjährigen Vorsitzenden des Vereins Wirkl. Geh. Rat Dr. v. Levetzow, den Landesdirektor der Provinz Brandenburg v. Manteuffel und den nach fast 40 jähriger Amtsführung zurückgetretenen Generalsekretär Professor Holtze zu Ehren-Vorsitzenden des Vereins und wählte den Professor Dr. Schmoller zum Vorsitzenden, Dr. Fr. Holtze zum Generalsekretär, Archivar Dr. Erhardt zum Bibliothekar, Geh. Archivrat Dr. Hegert zum Schatzmeister, sowie Archivrat Dr. Bailleu, Dr. Hintze und Oberlehrer Dr. Tschirch zu Beisitzern des Vereins.

Es wurde darauf in die Beratung der Satzungen des Vereins eingetreten, die am 1. Januar 1900 in Kraft treten sollen und im Entwurfe einstimmig genehmigt wurden. Nach diesen neuen Satzungen ist für die wissenschaftliche Thätig-

keit des Vereins der breiteste Raum geschaffen und die Hoffnung wohl berechtigt, daß die Städte und Kreise der Provinz diese Thätigkeit des Vereins unterstützen werden. Es ist zunächst die weitere Bearbeitung der Grundkarten, die Herausgabe der Landtagsakten, die Sammlung der in Stadtarchiven, Kirchenbibliotheken, Schlössern u. s. w. zerstreuten Archivalien in Aussicht genommen und durch die gesicherte Mitarbeit des Archivars Dr. Meinecke, der Professoren Dr. Brecher und Dr. Breysig, vorab aber die des Direktors der Staatsarchive Geh. Ober-Regierungsrats Dr. Koser für den erstrebten Erfolg.

Herr Dr. Freiherr v. Schroetter gab nunmehr eine kurze Darstellung der Entwickelung des Begriffes „Servis“ in der preußischen Militärverwaltung. Er suchte besonders zu zeigen, wie der Große Kurfürst die „Servitien“ beschränkt, Friedrich Wilhelm I. sie bis auf das Naturalquartier oder dessen Ablösungssumme in Geld beseitigte, wie der seit dem 7jährigen Kriege geförderte Kasernenbau die Stellung von Naturalquartier immer seltener machte und endlich im Laufe des darauffolgenden Jahrhunderts auch das alte Charakteristikum einer unentgeltlichen Leistung der Quartierstellung oder Serviszahlung genommen wurde.

Herr Oberstlieutenant Schnackenburg machte folgende von ihm in den „Annales Berolino Marchicae“ (Manuscr. boruss. in fol. 29) der Königl. Bibliothek gefundene Mitteilung aus dem Jahre 1526:

„In diesem Jahre (1526) starb zu Valencia der Spanische Gouverneur Markgraf Johannes von Brandenburg Friderici Sohn, welcher sich bei Kaiser Carolo V. sonderbare Gnade verdienet. Darüber neideten ihm die Spanier, durften sichs doch nicht öffentlich merken lassen, bis einer sonderlich mit großen Injurien herausbrach. Als ihn nun Markgraf Johannes deswegen herausforderte und ihm eine „scharfe Lanze“ zuschickte, erschrak der Spanier dergestalt, daß er sich entschuldigte, er hätte vor dieses Mal nicht Zeit, ein ander Mal wolle er erscheinen. Aber er suchte nur Gelegenheit, sich fort zu machen. Indeß erschien Markgraf Johannes auf dem Platze und hielt mit seiner Lanze, daß sich alle darüber verwunderten. Endlich sprach er in Gegenwart vieler Leute, er sei da, seine Sache auszufechten, aber der Spanier scheue das Licht, man sollte urtheilen, was von ihm zu halten. Da Solches der Kaiser erfahren, hat er den Spanier am Hofe verstoßen.“ —

Besagter Markgraf Johann war ein Sohn des Markgrafen Friedrich des Älteren von Anspach, der wiederum der zweite von den hinterbliebenen Söhnen des Kurfürsten Albrecht Achilles war; von den 17 Kindern seines Vaters war er das 10. Er war geboren am 2. Januar 1493, vermählt seit 1522 mit Germaine de Foix, der Witwe des Königs Ferdinand des Katholischen von Spanien und starb am 5. Juli 1526 als Vizekönig von Valencia an Gift.

Herr Oberlehrer Dr. Tschirch aus Brandenburg a. H. teilte ein von Herrn Oberpfarrer Timann in dem Pfarrarchiv von St. Catharinen ebendaselbst aufgefundenes, merkwürdiges Schriftstück mystischen Inhalts mit, das nach der Unterschrift aus den handschriftlichen Sammlungen des bekannten Martin Friedr. Seidel stammt. Es enthält neben einem Teufelsspuk, der Moritz v. Sachsen und Albrecht Alcibiades bei einem Trinkgelage in Dresden erscheint, ein vollständiges Pactum Joachims II. mit einem Geiste, der sich in der Schwurformel einen Sonnenengel nennt. Er verspricht dem Kurfürsten während seines ganzen Lebens treuen Gehorsam, will auf verabredeten Anruf eines göttlichen Namens allzeit erscheinen und seinem Herrn zu Diensten sein, der christlichen Religion ihn nicht entfremden, ihn auch niemals im Traum schrecken und, wenn nicht früher verabschiedet, 30 Tage vor seinem Tode den Abschied fordern. Das seltsame Schriftstück bezieht sich jedenfalls nicht auf Joachim II., sondern dies ist ein Irrtum des Abschreibers, da am Ende des Textes angeführt wird, dieser Fürst habe die Magie von dem Abt Trithein gelernt, der doch nur in Beziehungen mit dem ersten Joachim stand. Übrigens ist der Pakt wohl ein Phantasieprodukt aus späterer Zeit und verfolgt die Tendenz, die Geisterbannerei des Kurfürsten als eine zwar unheimliche, aber harmlose Beschäftigung darzustellen, die sich mit dem Christentum wohl verträgt. Daher ist der Satan in einen Sonnenengel verwandelt. Aber es scheint ihm doch nicht ganz zu trauen zu sein; denn er muß versprechen, die Träume seines Herrn nicht zu ängstigen und seinem Totenbette fern zu bleiben.

Herr Professor Dr. Brecher machte auf verwandte Archivalien im Königl. Hausarchiv aufmerksam, die Joachims I. magische und astrologische Neigungen und

seinen Verkehr mit Tritheim und Carion betreffen. In Bezug auf den letzteren, der damals als Hofastrolog in Berlin eine einflußreiche Rolle spielte, bemerkte Dr. Tschirch, daß er wahrscheinlich auf der Universität Tübingen, die seiner Heimat nahe lag, studiert und dort die Unterweisung des berühmten Astronomen Stoffler genossen habe. Der Nachweis in der Tübinger Matrikel ist dadurch erschwert, daß der uns bekannte Name Carion offenbar eine Übersetzung des ursprünglichen ins Griechische ist. Doch ist unter den zahlreichen Namen aus Bietigheim, seinem Geburtsorte, vielleicht Johann Näglein unser Carion, da Caryophyllon die schon damals aus dem Plinius bekannte wissenschaftliche Bezeichnung für das Gewürznäglein war.

Sitzung vom 8. März 1899.

Herr Dr. Hintze erörterte auf Grund archivalischer Forschungen die bisher noch ungelöste Frage nach dem Ursprung des Ober-Revisionskollegiums, jener Behörde die im 18. Jahrhundert als Oberinstanz der Verwaltungsgerichtsbarkeit funktionierte, wie sie in erster Instanz anfangs durch die Kriegs- und Domänenkammern, später durch die Kammer-Justizdeputationen ausgeübt wurde. Als Ausgangspunkt ist eine Kommission von Kammergerichtsräten zu betrachten, die im Jahre 1724 zur Bearbeitung der Revisionen niedergesetzt wurde, die von dem Königsberger Tribunal nach Berlin „an den Hof" gelangten. Diese Kommission ist 1725 auf Coccejis Antrag auch mit der Revision von Erkenntnissen des Königsbergischen Kommerzienkollegiums, das als Handels- und Schiffahrtsgericht diente, beauftragt worden. Dadurch kam sie in dauernde Beziehungen zum Generaldirektorium, da die von ihr in diesen kommerziellen Angelegenheiten erstatteten Rechtsgutachten nicht (wie die in den eigentlichen, vom Königsberger Tribunal kommenden Justizsachen) an den Justiz-Staatsrat, sondern eben an das Generaldirektorium als oberste Behörde in allen Kommerzialsachen, zur Bestätigung gingen. An diesen Specialauftrag haben sich im Laufe der Zeit noch eine größere Reihe von anderen Aufträgen geschlossen, die in der Hauptsache das ganze Gebiet der administrativen Justiz umfaßten. Der Vortragende wollte den Anstoß zu dieser Ausdehnung in einer bisher unbekannten königlichen Entscheidung aus dem Jahre 1731 erkennen, die eine ganze Reihe von Gegenständen der administrativen Justiz der unmittelbaren Bearbeitung der Geh. Finanzräte im Generaldirektorium entzieht und dem „Kammergericht" überträgt. Er ging dabei von der Voraussetzung aus, daß das Kammergericht mit diesen seinem ordentlichen Kompetenzkreise meist ganz fremden Sachen nur „modo commissionis" habe befaßt werden können, und daß diese Sachen der bereits für ähnliche Zwecke bestehenden Kommission von Kammergerichtsräten gewissermaßen von selbst zufallen müßten. Der starken Vermehrung der Geschäftslast, die den Mitgliedern der Kommission damit aufgebürdet wurde, würde es entsprechen, daß bald darauf die „Königsbergischen Revisionssachen" (die Revisionen vom Königsbergischen Tribunal), die den Ausgangspunkt ihrer Thätigkeit gebildet hatten, dem Ober-Appellationsgericht in Berlin zur Erledigung überwiesen wurden. 1772 ist dann aus der Kommission ein „Kollegium" formiert worden.

In der sich daran schließenden Diskussion wurde namentlich die von Herrn Geh. Ober-Regierungsrat Dr. E. v. Meier aufgeworfene Frage behandelt, ob und inwiefern die administrative Justiz des 18. Jahrhunderts als eine Verwaltungsgerichtsbarkeit im neuern Sinne d. h. als eine Gerichtsbarkeit des öffentlichen Rechts betrachtet werden darf.

Sitzung vom 12. April 1899.

Herr Geh. Ober-Regierungsrat Dr. v. Meier sprach über die in einigen Teilen Hannovers, namentlich im Fürstentum Lüneburg seit dem 17. Jahrhundert neben den landesherrlichen Ämtern als Organe der Kriegs- und Steuerverwaltung entstandenen ritterschaftlichen Landkommissarien, über deren Verwandtschaft mit den preußischen Landräten und über die Frage, wie es zu erklären sei, daß die preußische Ämterverfassung immer mehr vor der Landratsverfassung zurückgetreten

sei, während die für eine solche in Hannover vorhandenen Keime sich nicht weiter entwickelt hätten.

Dem Vortrage, der sich eingehend mit der historischen Entwicklung und der socialen Stellung dieser Verwaltungsorgane beschäftigte, folgte eine eingehende Debatte, an der sich besonders die Herren Professoren Dr. Schmoller und Dr. Breysig beteiligten.

Herr Archivrat Dr. Bailleu verbreitete sich über die unter dem Titel „69 Jahre am Preußischen Hofe" veröffentlichten Auszüge aus den Tagebüchern der Gräfin Voß und gab dazu einige Ergänzungen und Berichtigungen.

Herr Professor Dr. Schiemann prüfte an der Hand des neuen urkundlichen Materials, das seit 1887 an die Öffentlichkeit getreten ist, den bekannten Aufsatz H. v. Sybels über den Grafen Brandenburg und dessen tragischen Ausgang am 6. November 1850. Sybel gelangte zum Schluß, daß es eine Legende sei, wenn man den Tod Brandenburgs in Verbindung setze mit den Demütigungen, welche Preußen in der kurhessischen Angelegenheit hinnehmen mußte. Als Resultat der Schiemann'schen Ausführungen ergab sich, daß Brandenburg von Schwarzenberg Versprechungen erhalten hatte, die ihn mit Bestimmtheit annehmen ließen, daß in der hessischen Angelegenheit nichts geschehen werde, ehe in Aussicht genommene Ministerkonferenzen die schwebenden Differenzen geregelt hätten. Auf diese Versprechungen bauend, bestimmte Brandenburg die Majorität des preußischen Ministeriums den österreichischen Forderungen nachzugeben und nicht zu mobilisieren. Der König schloß sich diesem Votum an. In der Nacht vom 2. auf den 3. November traf jedoch das Telegramm ein, durch welches Brandenburg erfuhr, daß auf Schwarzenbergs Befehl die bayrischen Truppen in Hessen einmarschiert seien. Am Morgen des 3. konnte Brandenburg, der sich am 2. abends gesund zu Bett gelegt hatte, bereits das Bett nicht mehr verlassen, am 6. starb er. Man wird demnach bis auf weiteres, trotz Sybel, an der „Legende" festhalten dürfen, daß allerdings die Politik es war, die dem stolzen und tapferen Grafen das Herz gebrochen hat.

Sitzung vom 10. Mai 1899.

Der dem Vereine leider bereits am 16. Mai durch den Tod entrissene Geh. Regierungsrat Dr. W. Schwartz hatte ein von ihm entdecktes Buch, enthaltend chronistische Aufzeichnungen eines Berliners aus den Jahren 1704—1758 zur Ansicht übersandt. Besonderes Interesse erregten die in den ersten Jahren des dritten schlesischen Krieges gemachten Bemerkungen über den Ausmarsch der Berliner Garnison, über das im Juni 1757 verbreitete Gerücht, daß Prag sich mit dem seit dem Mai eingeschlossenen Heere ergeben habe und über die kurze Besetzung Berlins durch den kühnen österreichischen General Grafen Haddik im Oktober 1757. Das Buch besteht — deutlich erkennbar — aus zwei in ihrem Werte verschiedenen Teilen. Die Aufzeichnungen bis zum Jahre 1752 sind sauber geschrieben, vielleicht eine Abschrift eines vorhandenen Originals. In diesem Teile werden, abgesehen von einzelnen für die Lokalgeschichte Berlins bemerkenswerten Notizen, nur kurze Mitteilungen über Thatsachen gebracht, die auch sonst bekannt sind. Wichtiger ist dagegen der mit dem Jahre 1753 beginnende zweite Teil. In diesem, weit flüchtiger geschriebenen Teile legt ein offenbar gebildeter, mit einem scharfen Blick versehener Mann die Eindrücke nieder, die auf ihn die Ereignisse von 1753 bis 1758 gemacht haben. In den ersten Jahren handelt es sich dabei allerdings vorwiegend um Unglücksfälle, Exekutionen und Hofnachrichten; ni den drei letzten dagegen um die Kriegsthaten und Siege Friedrichs in ihrer Rückwirkung auf seine Hauptstadt. Man erstaunt, wie gewaltig auch der Bürger durch jene Thaten aus dem kleinlichen Einerlei seiner Anschauungen und Interessen aufgerüttelt und zur Teilnahme am Schicksale seines Vaterlandes erweckt wurde.

Herr Universitäts-Professor Dr. Breysig beleuchtete den wegen Hochverrats geführten Prozeß gegen den Königsberger Schöppenmeister Roth, welcher an der Spitze der städtischen Agitation der Einfügung des Herzogtums Preußen in den Staat des großen Kurfürsten widerstrebt hatte.



Herr Graf Lippe-Weißenfeld teilte mit, anläßlich des nahbevorstehenden Zietengedenktages: König Friedrich Wilhelm IV. habe dem weltberühmten Husarengeneral eine äußerst ehrende Erinnerung gewidmet durch die Worte „dem besten Namen der Mark", welche dieser souveräne Ordensmeister an Hans Joachim v. Zietens greisen Sohn richtete bei dessen Einkleidung als Ritter des höchsten preußischen Ordens, den 18. 1. 1852. Ein besonderer Ruhmeskranz gebührt dem „Zietenritt" (20. Mai 1745). Schließlich bleibt erwähnenswert, daß ganz gegen den Wunsch des damaligen Zietenhusaren-Offiziercorps die Statue auf dem Berliner Wilhelmsplatz einen langsamen Grübler darstellt, statt des stets flinken „Zieten aus dem Busch!".

Sitzung vom 14. Juni 1899.

Der erste Teil der Sitzung galt dem Andenken des am 16. Mai 1899 verstorbenen Mitgliedes, Geh. Regierungsrates Dr. Wilhelm Schwartz, der dem Vereine 38 Jahre angehört und bis in seine letzten Lebenstage die regste Teilnahme an dessen Arbeiten bewiesen hat. Gestützt auf eigene, sorgfältige und umfangreiche Untersuchungen hat Schwartz bahnbrechend für die Erforschung der vorgeschichtlichen Zustände der Mark gewirkt und eine Reihe von Werken geschaffen, die sein Andenken, das bei denen, die ihn gekannt, unvergeßlich sein wird, auch bei den Späteren in Dankbarkeit fortleben lassen werden.

Herr Oberlehrer Dr. Tschirch aus Brandenburg a. H. sprach über das politische System des Berliner Publizisten Friedrich Buchholz, der in der Zeit vor und nach Jena in der Schriftstellerwelt Berlins das größte Ansehen genoß und der Hauptwortführer der franzosenfreundlichen Partei war. Das Studium der modernen Litteratur hatte ihn zu einem überzeugten Anhänger der politischen Ansichten eines Machiavelli und Hobbes gemacht, und dem radikalen Absolutisten mußte dann Bonaparte als der politische Messias erscheinen, der bestimmt sei, Frankreich und ganz Europa mit den Segnungen der Kultur und des Friedens zu überschütten. Er stützte die Auffassung vor allem durch die starke Betonung des damals weit verbreiteten Dogmas von der britischen Handelsdespotie, die den Kontinent mit ihrer Knechtschaft bedrohe. Die erwähnten Ansichten des Publizisten finden sich namentlich in seinen Hauptschriften: Der neue Leviathan, in der er an die gleichnamige politische Schrift des Hobbes anknüpfte, und: Rom und London, worin er Napoleon als den Gründer einer neuen Weltherrschaft pries, die bestimmt sei, die Universalmonarchie des Papismus nnd des britischen Handels abzulösen. In den politischen Werken, die Buchholz nach dem Zusammensturz des preußischen Staates herausgab, beschäftigte er sich vor allem mit den innern Reformen Preußens und erwartete auch hier das Heil für den Staat von einer sklavischen Nachahmung der französischen Einrichtungen. Am meisten Aufsehen machte die anonyme Schrift: Gallerie preußischer Charaktere, die aller Wahrscheinlichkeit ein gemeinsames Werk Massenbachs und Buchholz' ist und eine schneidende und gehässige Kritik der preußischen Feldherrn und Staatsmänner enthält. Später trat Buchholz auf Hardenbergs Veranlassung in den Dienst der preußischen Regierung und erscheint seitdem in seiner politischen Schriftstellerei ziemlich farblos.

An den Vortrag schloß sich eine lebhafte Diskussion, an der sich die Herren Prof. Schmoller, Privatdozent Dr. Hintze, Dr. Roloff und Dr. Naudé beteiligten. Die drei erstgenannten hoben hervor, daß der politische Standpunkt des genannten Publizisten vor 1806 keine unbedingte Verurteilung verdiene, da der britische Handelsdespotismus in der That allgemeine Entrüstung erregt habe und eine Hinneigung zu Frankreich daher natürlich gewesen sei; der letztgenannte aber machte geltend, daß auch schon 1805 und 1806 gewiß die schlimmere Gefahr für Preußen von Napoleon gedroht habe. Der Vortragende betonte zum Schlusse, daß Buchholz bei seinen politischen Ideen weniger von praktischer Erkenntnis der preußischen Handelsverhältnisse, als vielmehr von philosophischen Hirngespinnsten und blinder Vorliebe für Napoleon ausgegangen sei. —

Neue Erscheinungen.

I. Zeitschriftenschau 1899[1]).
(1. Januar bis 1. Juli.)

Altpreußische Monatsschrift. Herausgegeben von Rud. Reicke und Ernst Wichert. XXXVI. Band. Heft 1—4 (Januar bis Juni). Königsberg i/.Pr. 1899.

S. 1—73: Georg Hollmann, Prolegomena zur Genesis der Religionsphilosophie Kants.

S. 74—107: C. L. Fischer (Pfarrer em.), Das samländische Bauerndorf, insonderheit das Bauernhaus und das Leben darin. Vortrag. [Soweit der Vortragende sein eigentliches Thema behandelt, soweit er Selbsterlebtes darstellt und schildert, kann man ihm, wie der Berichterstatter aus eigener Kenntnis gern bezeugt, vollen Glauben schenken, weniger da, wo auf Entfernteres zurückgegriffen wird, wie z. B. auf Entstehung und Entwicklung der Leibeigenschaft, die der Verfasser bis auf die Ordenszeit zurückführen will.]

S. 108—122: A. Gundel (Pfarrer), Noch einmal die Wege Adalberts von Prag im Preußenlande. [Bereits im Jahrgang 1897 der Monatsschrift hatte derselbe Verfasser die Wege des heiligen Adalbert im Preußenlande einer näheren Untersuchung unterzogen. Da aber H. G. Voigt in seinem inzwischen erschienenen Buche über den ersten preußischen Glaubensboten auf diese Ergebnisse nicht eingegangen war, so hat jetzt G. dieselben auch gegen ihn noch einmal verteidigen zu müssen geglaubt. Trotz der drei fast gleichzeitigen Berichte über das Martyrium des Prager Bischofs, die doch wenigstens zu einem gewissen Teile sogar auf Berichten von Augenzeugen beruhen, wird heute schwerlich jemand, der mittelalterliche Quellen zu lesen versteht, mit Bestimmtheit die Stellen bezeichnen wollen, an denen Adalbert im Samland gelandet ist und geendet hat; über ein „es kann wohl sein" kommt man da bei richtiger Kritik eben nicht hinaus.]

S. 123—128: Gründungs-Urkunde des Dorfes Conradswalde (Kreis Stuhm). Mitgeteilt von R. Toeppen. [Diese Urkunde, vom 18. Dezember 1284, die zweite Handfeste, welche der Orden in Preußen für ein deutsches Dorf erteilt hat, war bisher nur in fehlerhaften Auszügen bekannt.]

S. 145 222: Curt Dewischeit. Der Deutsche Orden in Preußen als Bauherr. [Von dieser Abhandlung, einer philosophischen Doktor-Dissertation, kann ich nach bestem Wissen und Gewissen nur sagen, daß

1) Von Herrn Prof. Lohmeyer, Herrn Dr. Victor Loewe und dem Herausgeber zusammengestellt.

ich sie in Bezug auf ihren sachlichen Inhalt nach allen Richtungen hin für durch und durch verfehlt halte. Dieses harte Urteil auch nur durch einzelne Beispiele zu belegen, würde hier einen zu großen Raum in Anspruch nehmen, so daß ich bitten muß mich auf folgende allgemeine Auslassungen beschränken zu dürfen. Gern aber bin ich natürlich bereit, wie ich es schon dem jungen Herrn Verfasser selbst gegenüber gethan habe, jedem der es verlangt ausreichende Nachweise zu geben. Wer sich auf das Gebiet der altpreußischen „Kulturgeschichte“ begiebt, darf sich selbstverständlich, will er nicht immerfort straucheln, die Mühe nicht ersparen, sich vorher genau auch mit der politischen Geschichte des Landes und mit seinen Zuständen und Verhältnissen der betreffenden Zeit, hier also des Mittelalters, bekannt zu machen; es ist aber kaum zu sagen, wie fern diese Dinge dem Verfasser liegen. Die Hauptquellen weiter, auf welche der Verfasser allein seine Arbeit aufbauen konnte, sind das Marienburger Treßlerbuch und fast in noch höherem Maße Urkunden, aber wie geht der Verfasser mit diesen Quellen um! was liest er aus seinen Vorlagen heraus, und was alles legt er hinein! Wer sich die Mühe geben wollte, die zahlreichen Citate zu prüfen, würde weitaus in den meisten Fällen die Beobachtung machen, daß der Verfasser doch, um es milde auszudrücken, gar zu willkürlich damit umgegangen ist.]

S. 223—273: Das Elbinger Kriegsbuch. Bearbeitet von Max Töppen. [Die schon längst, auch bereits Joh. Voigt bekannte und vielfach benutzte, den obigen Namen führende Handschrift des Elbinger Stadtarchivs wird hier, mit einer kurzen Einleitung und mit Anmerkungen versehen, wieder aus dem schier unerschöpflich erscheinenden Schatze des Max Töppenschen Nachlasses von dem Sohne veröffentlicht. Die Jahre 1383 bis 1409 umfassend, giebt das Buch ein Verzeichnis aller Leistungen an Mannschaft, welche die Stadt zu den Kriegsfahrten jener Jahre gestellt hat. Weit umfangreicher aber als dieser Hauptteil ist, was Töppen aus anderen Kämmereibüchern an Kriegsausgaben auch über jenen Zeitraum hinaus, und nicht bloß für das Unglücksjahr 1410, sondern bis 1417 hin entnommen hat. Es waren doch gewaltig schwere Lasten, welche den Ordensunterthanen, zumal den Städten, oblagen.]

S. 287—304: G. Sommerfeldt, Über die ältesten preußischen Stammsitze des Geschlechts der Reichsgrafen von Lehndorff. [Auch diese urkundlichen Mitteilungen können als ein Beweis für die Richtigkeit der Behauptung v. Mülverstedts dienen, daß die heutigen Grafen Lehndorff altpreußischen Ursprungs und mit den älteren, schon im 15. Jahrhundert erscheinenden v. Legendorf (Logendorf) und v. Maulen identisch sind. Auch ihre heutigen Hauptgüter, Steinort u. s. w. am Mauersee, haben ihnen wohl schon im 15. Jahrhundert, vor dem großen Kriege, angehört.] K. Lohmeyer.

Zeitschrift des Westpreußischen Geschichtsvereins. Heft 39. Danzig 1899, Th. Bertling (2,50 Mk.).

S. 3—98: Fr. Schultz, Das Deutsch-Kroner Land im 14. Jahrhunderte. [Die, wie alle ähnlichen Arbeiten des auf verwandtem Gebiete schon lange thätigen Verfassers, musterhaft fleißige und ins kleinste Detail gehende Abhandlung beruht wieder ausschließlich auf urkundlichem Material. Sie behandelt die äußere Geschichte sowie die innere Entwicklung des äußersten westlichen Zipfels der heutigen Provinz Westpreußen. Unter der Bezeichnung Deutsch-Kroner Land versteht der Verfasser zwar das ganze Gebiet zwischen den Flüssen Küddow, Netze und Drage und will dieses auch zum Gegenstande der Fortsetzung der hier vorliegenden Arbeit machen, hier aber, für die älteste Zeit, kommt nur erst die östliche Hälfte desselben, zwischen Küddow und Döberitz, in Betracht. Der überaus reichhaltige thatsächliche Inhalt, den der Verfasser aus seinen urkundlichen Vorlagen zu ziehen weiß, dürfte wohl, soweit man ohne



eigene Kontrolle zu urteilen vermag', im ganzen richtig sein, nur sehr wenige Stellen geben an sich selbst Anlaß zu Bedenken. Aber in Bezug auf die verschiedenartigen allgemeinen Verhältnisse, die hier in Betracht kommen, bei den Deutschen wie bei den Polen, stehen dem Verfasser offenbar nicht immer die zu solchen Untersuchungen nötigen Kenntnisse voll zur Verfügung, und hier darf zu größerer Vorsicht gemahnt werden.]

S. 101—130: H. Freytag (Pfarrer), Zwei Danziger Armenordnungen des 16. Jhdt. [Der Verf. bringt die beiden Danziger Armenordnungen von 1525 und 1551 zum Abdruck und behandelt in einer Einleitung (bis S. 119) den Inhalt derselben, namentlich im Vergleich mit ähnlichen Maßregeln und Verordnungen anderer protestantischen Stadt- und Landesregierungen.]

S. 133—146: R. F. Arnold (Beamter der Hofbibliothek in Wien), Drei politische Gedichte aus der Zeit des polnischen Erbfolgekrieges. [Diese nach Form und Inhalt interessanten Gedichte, von denen das erste gegen Stanislaus Leszczinski, die beiden anderen gegen seinen sächsischen Mitbewerber oder vielmehr gegen dessen russische Verbündete und ihren Anführer Münnich gerichtet sind, hat der Herausgeber einem Berliner Sammelbande entnommen, von dessen reichem, fast ausnahmslos auf die polnischen Thronwirren von 1733 ff. bezüglichem Inhalt er zugleich Mitteilung macht.]

S. 147—158: Festmahle und Ehrungen den Hochmeistern von der Stadt Elbing gegeben. Mitgeteilt von Max Töppen. [Wieder aus den Kämmereibüchern entnommene Notizen für die Jahre 1407, 1411 und 1412]. K. Lohmeyer.

— — Heft 40. 1899 (2 Mk.).

S. 3—105: K. Benrath, Die Ansiedlung der Jesuiten in Braunsberg 1565 ff. Nach den Originalberichten des Braunsberger Jesuiten-Kollegiums dargestellt. [Es ist ja nun längst allgemein bekannt, daß allen Missionen der Jesuiten, besonders den Kollegien, aufgegeben war, in ganz bestimmten, kürzeren und längeren Zeiträumen an ihre Oberen Berichte über ihre eigene Thätigkeit abzustatten, und daß aus diesen Berichten Auszüge angefertigt, durch den Druck vervielfältigt und in dieser Zusammenfassung allen Ordensanstalten mitgeteilt wurden. Solche Berichte sind, seitdem man erst auf sie aufmerksam geworden ist, an sehr vielen Orten zu Tage gekommen, für das ermländische Braunsberg z. B. aus der Zeit von 1584—1602 auf der öffentlichen Bibliothek zu St. Petersburg. Für dasselbe Kolleg sind aber in letzter Zeit gerade auch aus seinen ersten Jahren solche Berichte, wenn auch wieder nicht in zusammenhängender Reihe, in Köln aufgefunden worden, und aus ihnen giebt der genannte Königsberger Professor der Kirchengeschichte, noch einige andere Akten heranziehend, zuerst (bis S. 61) eine eingehende und fesselnde, dabei sehr lehrreiche Darstellung der Gründung der Anstalt und der ersten sechs Jahre ihrer schon recht sehr erfolgreichen gegenreformatorischen Thätigkeit, die sich weit über die Grenzen Ermlands hinaus erstreckt hat, nicht bloß nach Westpreußen und Polen, sondern auch in das Herzogtum Preußen, nach Litauen und ganz besonders nach Schweden. Dann folgen die noch vorhandenen sechs Berichte selbst aus den Jahren 1565—1571 und ein Stück aus den Akten der ermländischen Generalvisitation von 1572.]

S. 107—115 sucht H. Freytag wahrscheinlich zu machen, daß ein im kgl. Museum zu Berlin vorhandenes, aus England stammendes Porträt von Hans Holbein dem Jüngern einen dem Londoner Stahlhofe angehörigen jungen Kaufmann aus der Danziger Familie Giese, einen Verwandten also des ermländischen Bischofs Thiedemann Giese, darstellt.

S. 116—120 giebt Dr. Paul Simson einige sehr beherzigenswerte „Beobachtungen über das Wertverhältnis verschiedener Münzsorten im 16. und 17. Jahrhundert". K. Lohmeyer.



Zeitschrift für die Geschichte und Altertumskunde Ermlands. Im Namen des historischen Vereins für Ermland herausgeg. von Franz Dittrich. Jahrgang 1898 (XII, 2). Braunsberg 1898.

S. 217—266: V. Röhrich, Die Teilung der Diöcese Ermland zwischen dem Deutschen Orden und dem ermländischen Bischofe. [Zu so schweren Ausstellungen, wie sie leider gegen die letzte große Abhandlung des Braunsberger Lycealprofessors über den dreizehnjährigen Krieg erhoben werden mußten, ist hier, was mit Freuden anerkannt werden soll, keine Veranlassung gegeben, aber von aller Einseitigkeit der Auffassung und des Standpunktes hat sich der Verfasser doch nicht freimachen können. Wenn er z. B. schon bei der ersten Teilung von 1251/4 beim Orden nichts als schlaue Vorspiegelungen und kluge Überredungskünste, nur Überlistung und Berückung findet, so legt er doch in die Urkunden, die als alleinige Quelle vorliegen, etwas hinein, was der unbefangene Leser unmöglich darin finden kann: selbst nach der klar in die Augen springenden Auffassung des Bischofs ist da noch alles in gutem Glauben geschehen und aufgenommen. Wenn dann freilich bei der weiteren Entwicklung der Sache auch auf der Ordensseite manches Menschliche vorgekommen ist, so muß man nicht vergessen, daß für jedes Staatengebilde, welches diesen Namen ernstlich verdient, alle Politik nur Realpolitik sein darf, weil eine Hauptpflicht desselben doch einmal die der Selbsterhaltung ist. Hätte auch nach dem ursprünglichen Teilungsprincip wirklich das zwischen der heutigen Südgrenze des Bistums und der polnischen Grenze gelegene ganze Gebiet mit größerm Rechte unter die Landeshoheit von Bischof und Kapitel fallen sollen, so wird wohl niemand dem Orden zumuten wollen, daß er ein Jahrhundert später gutwillig auf die völlige Zerreißung seines Landes in zwei ganz und gar getrennte Gebiete hätte eingehen sollen. Auch die Anwendung der Titel Fürstbischof und Fürstentum, von denen es immerhin doch fraglich sein dürfte, ob sie bei Ermland überhaupt zutreffen, sogar bis in das 13. Jahrhdt. hinauf, muß als unhistorisch bezeichnet werden und verrät ein wenig die Absicht. — Wenn man von solchen nun einmal unvermeidlich erscheinenden Irrwegen absieht, so wird man den sachlichen Ergebnissen der Untersuchung des Verfassers gern und mit Dank zustimmen.]

S. 267—322: A. Kolberg, Historische Bedeutung der Passio S. Adalberti. Hier zunächst einige Proben von der Methode des Verfassers, S. 298 ff.: Da mare nicht immer das Meer bedeuten muß, sondern bisweilen auch jedes beliebige Gewässer bedeuten kann, so muß das Wort sich, wo es bei Gelegenheit der Schiffsreise Adalberts gebraucht wird, für jeden „Unbefangenen" auf die Weichsel beziehen. S. 309: der sicco, der dem Bischof den Todesstoß versetzt, ist kein Heidenpriester, sondern ein einfacher „Mordgeselle", denn sicco = siccarius! S. 314: urbanus custos . . . respondere fertur heißt nicht „der Wächter soll geantwortet haben", sondern „er stürzt schnell herbei um zu antworten". S. 317: caput de sude oracula aeternae eructuabat vitae will K. nicht „das (abgeschlagene) Haupt ließ vom Pfahl herab noch Sprüche des ewigen Lebens ertönen" übersetzen, sondern „es hauchte vom Pfahl herab aus in das Allerheiligste oder die Zelte des ewigen Lebens". S. 318: nachdem der Leichnam des Erschlagenen sechs Tage im Flusse geruht hatte, „septimo (die) piscino more defluit ad ripam"; das heißt nicht „am siebenten Tage kam er wie ein Fisch an das Ufer", sondern „am siebenten Tage des Aufenthalts im Wasser kam der Leib ans Ufer", denn — more ist Genitiv von mora und statt piscino ist piscine zu lesen!! S. 297 wird der Versuch gemacht, das bekannte altpreußische Wort witing mit guido, wido (Führer, Leitsmann) und durch dieses gar mit gyddanyzc (etwa = guidaneus) zusammenzubringen. — Wenn in der Weise mit Sprache und Text umgesprungen wird, dann mag das für manchen ja geistreich erscheinen, aber ich für



meine Person bin der Ansicht, daß dem gegenüber jede ernste Kritik ihr Recht verloren hat.]

S. 323—358: A. Kolberg, Über den Verfasser des Lobgedichts auf den hl. Adalbert. [Gegen den Widerspruch des neuesten Adalbertbiographen Voigt bemüht sich der Verfasser, seine Hypothese, daß die versifizierte Vita des Märtyrers nicht erst dem 13. Jahrhundert angehöre, sondern niemand anders als den berühmten Gerbert, den nachmaligen Papst Sylvester II., zum Verfasser hätte, durch immer neue Gründe zu bekräftigen. Es wäre also nicht die sogenannte Vita I (Canaparius), die so viele Übereinstimmungen mit dem Poem zeigt, die Grundlage desselben, sondern das Verhältnis wäre geradezu umgekehrt. Auch diese neuen Gründe, nach dem eigenen Zugeständnis des Verfassers mehr äußere, wollen mir nicht stichhaltiger erscheinen. In einer Anmerkung (S. 347) wird sogar die Behauptung aufgestellt, auch jene Vita I rührte, wie die Vita II, von Bischof Brun her, der sie, eben „auf Grund des Poems“, als „seine Erstlingsschrift“ verfaßt hätte.]

S. 359—382: „Nicolai Coppernici de hypothesibus motuum coelestium a se constitutis commentariolus“, übersetzt und durch Anmerkungen erläutert von P. Adolf Müller, S. J. [dessen kleine Lebensbeschreibung des Frauenburger Astronomen im vorigen Jahrgange S. 571 angezeigt ist. Die Schrift, deren in Wien gefundenes Original bereits seit 20 Jahren gedruckt vorliegt, ist „nicht eine populär gehaltene Darlegung des coppernikanischen Systems“, sondern „offenbar eine für astronomisch geschulte Freunde bestimmte Einführung in die Hauptlehren“ desselben.]

S. 383—427: Fr. Dittrich, Dr. Franz Hipler, Domkapitular in Frauenburg [† 22. Dezember 1898]. Skizze eines Gelehrtenlebens.

K. Lohmeyer.

Mitteilungen der Litterarischen Gesellschaft Masovia (des früheren Vereins für Kunde Masurens). Herausgeg. von Dr. K. Ed. Schmidt. 4. Heft. Lötzen 1898.

S. 9—53: Die Tagebücher des Grafen Ernst Ahasverus Heinrich von Lehndorf. Mitgeteilt von K. E. Schmidt. 1. Fortsetzung.

S. 54—70: M. Gerß' Geschichte und Chronik von Rydzewen. 3. Teil (Fortsetzung und Schluß), bearbeitet von Karl Haugwitz. [Über beide Mitteilungen vgl. oben S. 281.]

S. 71—130: Urkunden über die Güter Borken und Symken im Kreise Johannisburg. Mitgeteilt von Rechtsanwalt K. A. Maczkowski.

K. Lohmeyer.

Oberländische Geschichtsblätter. Im Auftrage des Oberländischen Geschichtsvereins herausgeg. von Georg Conrad. Heft I. Königsberg in Pr. 1899.

S. 1—13: Conrad (Amtsrichter), Über die Gründung des Oberländischen Geschichtsvereins. [Dieser neue Verein, der sich die Erforschung des ehemaligen „Oberländischeu Kreises“, d. h. der heutigen Landratskreise Pr.-Holland, Mohrungen, Osterode, Neidenburg, Ortelsburg in Ostpreußen und Rosenberg in Westpreußen zur Aufgabe aestellt hat, ist erst zu Ende des vorigen Jahres, am 22. Dezember, begründet worden.]

Den weiteren Hauptinhalt dieses Heftes (S. 23—107) bilden urkundliche Mitteilungen, die sämtlich auch von dem eben genannten Vorsitzenden des Vereins herrühren. K. Lohmeyer.

Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken, herausgeg. vom Königl. Preuß. Historischen Institut in Rom. Band II. Heft 1. Rom 1898.

S. 116—139: G. Kupke, Beiträge zur Geschichte der katholischen Mission in Tilsit im vorigen Jahrhundert. [Auf Grund einiger Akten des vatikanischen Archivs, von denen im Anhang (S. 124—139) 13 abgedruckt werden, und der bereits von Lehmann mitgeteilten Urkunden, schildert der Verfasser, ein Mitarbeiter des Instituts, die schweren Kämpfe, welche die kleine katholische Gemeinschaft in und um Tilsit, die einzige, die sich nach der Reformation im östlichen Preußen zu erhalten gewußt hatte, während des vorigen Jahrhunderts um ihre Existenz hat führen müssen.] K. Lohmeyer.

Ostpreußische Zeitung. Königsberg 1899.

Nr. 171. 177: G. Sommerfeldt, Die zweite preußische Dragonerbrigade, nachmals Brigade von Langen, im Kriegsjahre 1807. [Nach Akten des Magistrats zu Osterode.]

Archiv der „Brandenburgia", Gesellschaft für Heimatkunde der Provinz Brandenburg. Bd. 4. Berlin 1898.

S. 1—84: A. Reckling, Geschichte der Stadt Driesen. [Der Aufsatz ist von Bürgermeister Reckling für den Grundstein des Kaiser Wilhelm-denkmals zu Driesen niedergeschrieben. Ausführlicher ist nur das 19. Jahrhundert behandelt.]

S. 85—97: R. Altrichter, Die Wandgemälde in der Kapelle St. Spiritus zu Wusterhausen an der Dosse. [Die von einem böhmischen Künstler aus der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts herstammenden Malereien sind durch den jüngst erfolgten Abbruch der Kapelle vernichtet worden].

S. 98—104: R. Mielke, Die Blockhauskirche in Burschen. [Die Kirche zu Burschen bei Liebenau ist wohl das einzige erhaltene Beispiel des Blockbaus bei märkischen Kirchen.]

S. 121—132: W. Zincke, Über die historischen Beziehungen der alten Stadt Jüterbog zu Berlin.

Historische Zeitschrift. Hrsgb. von Fr. Meinecke. München und Leipzig 1899.

Bd. 82. S. 282—295: Fr. Meinecke, Die Gedanken und Erinnerungen Bismarcks. [Eine tief und stark empfundene Würdigung des Werkes und der Persönlichkeit des Verfassers, wie sie darin hervortritt. Die Beherrschung der Darstellung durch den politischen Zweckgedanken wird nachdrücklich, vielleicht etwas zu stark, oder wenigstens zu einseitig hervorgehoben. Die Charakteristik des Verhältnisses Bismarcks zum Adel und zur Monarchie und seiner Eigenart überhaupt ist reich an bedeutenden Gesichtspunkten; die Bemerkung über die Berechtigung der Kondensierung politischer Verhandlungen, ihrer „Sublimierung zu einem geistigen Prozeß" enthält einen für die Kritik der Memoiren höchst fruchtbaren Gedanken, auf den wir die künftigen Kritiker noch besonders hinweisen möchten.] O. H.

Bd. 83. S. 43—84: R. Koser, Friedrich Wilhelm IV. am Vorabend der Märzrevolution. [Der inhaltreiche Aufsatz verfolgt — gewissermaßen in Ergänzung des für die Märztage versagenden Gerlachschen Tagebuchs — auf Grund der Akten des Geh. Staatsarchivs die Entwickelung der Verhältnisse am preußischen Hofe bis zum 18. März und suchte ein Bild zu geben von dem Reifen der Entschlüsse und den Einwirkungen,

unter denen sie entstanden sind. Viele interessante Details, die sich dabei ergeben, können in diesem kurzen Referat nicht berührt werden; das Wesentlichste ist, daß die der königlichen Politik zu Grunde liegende nationale Tendenz, die Rücksicht auf die deutsche Bewegung, in schärferer und nachdrücklicherer Form, als es bisher, namentlich auch durch Sybel geschehen ist, als die Quelle aufgezeigt wird, aus der der Entschluß zur Anerkennung des konstitutionellen Systems, wie er in dem Patent vom 18. März zu Tage tritt, abzuleiten ist. Bemerkenswert ist noch, daß unter den Räten des Königs neben Bodelschwingh namentlich der Bundestagsgesandte Graf Dönhoff als Vertreter der konstitutionellen Idee, und zwar ausdrücklich vom Standpunkt der deutschen Frage aus, erscheint. „Mit der Anerkennung des konstitutionellen Systems — urteilt der Verfasser — hatte der König die Führung der deutschen Reformbewegung, das Vertrauen der nationalen Reformpartei gewinnen wollen. Das Ergebnis des 19. März war, daß er das, was er als Mittel zum Zwecke nur mit hat hinnehmen wollen, als alleinigen Gewinn behielt, den großen Zweck aber verfehlte". Hätte der König die Kraft besessen, die ja erst nach der Bewilligung der Konstitution ausbrechende Empörung mit Waffengewalt zu ersticken, so würde — meint der Verfasser — die Durchführung des königlichen Programms verhältnismäßig leicht gewesen sein. Ob aber dann nicht die reaktionären Strömungen die Oberhand bekommen hätten, die die Lösung der deutschen Frage um den Preis des Konstitutionalismus verabscheuten, scheint uns eine erwägenswerte Frage.] O. H.

Schriften des Vereins für Geschichte der Neumark. Heft 7. Landsberg a. d. Warthe 1898.

S. 1—18: G. Berg, Der Wiederaufbau Küstrins nach dem russischen Bombardement.

S. 19—28: F. Charitius, Die Schicksale der Stadt Landsberg während der Invasion des Jahres 1758.

S. 29—50: G. Berg, Die Garnison der Festung Küstrin bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts. [Der aus den Akten des Geheimen Staatsarchivs geschöpfte Aufsatz teilt u. a. einen Artikelsbrief von 1571 und ferner die Kriegsartikel mit, auf die die Küstriner Garnison im Jahre 1641 vereidigt wurde.]

S. 51—189: E. Mucke, Die slavischen Ortsnamen der Neumark.

S. 191—192: L. Erhardt, Ein Brief des Markgrafen Johann von Küstrin. [Der, Ulm 23. Mai 1547 datierte, an den Kurfürsten Joachim gerichtete Brief betrifft die brandenburgische Exekution gegen Pommern nach der Schlacht bei Mühlberg.]

S. 203—206: Bluth, Mittelalterliche Wandgemälde in der Kirche zu Quartschen, Kreis Königsberg N./M.

Baltische Studien. Hrsgb. von der Gesellschaft für Pommersche Geschichte und Altertumskunde. N. F. Bd. 2. Stettin 1898.

S. 1—20: Hans Prutz, Die Eroberung von Stralsund durch den Großen Kurfürsten, Oktober 1678. [Mitteilungen aus den Berichten Rébenacs über seinen Anteil an den schwedischen Operationen vor der Einschließung Stralsunds bis zum Falle der Stadt. Aus den Berichten ergiebt sich, daß das Schicksal Stralsunds bereits als entschieden gelten konnte, bevor noch der Kurfürst die Stadt ernstlich angegriffen hatte. — Vergl. Forsch. 12, 202 ff.]

Zeitschrift des Vereins für Geschichte und Altertum Schlesiens hrsgb. von C. Grünhagen. Bd. 33. Breslau 1899.

S. 67—108: F. Priebatsch, Der Glogauer Erbfolgestreit. [Barbara, die Tochter Kurfürst Albrechts von Brandenburg, war mit dem Herzog Heinrich von Glogau und Krossen vermählt, der im Jahre 1476 ohne Nachkommen zu hinterlassen starb. Barbara heiratete darauf Wladislaw, den einen der böhmischen Könige, dem somit die Glogau-Krossener Lande zufallen mußten. Demgegenüber begünstigte nun der andere König von Böhmen, Mathias Corvinus, die Ansprüche Hans von Sagans, eines entfernten Verwandten des verstorbenen Herzogs. — P. schildert ausführlich die daraus sich entspinnenden Kämpfe zwischen Herzog Hans und Johann, dem Verwalter des Kurstaats Brandenburg. Die Kamenzer Abmachungen von 1482 beendeten schließlich den Streit: sie waren der erste Frieden, der dem Hause Hohenzollern schlesisches Gebiet zubrachte.]

S. 187—208: O. Linke, Schlesiens Wünsche bei den Friedensverhandlungen 1814. [Auf Anregung Hardenbergs und Sacks, des Chefs des Gewerbedepartements, reichten der schlesische Militärgouverneur v. Gaudi und der Civilgouverneur Merkel im April 1814 eine Denkschrift ein, die namentlich die Grundlinien einer mit dem Friedensschluß einzuschlagenden Handelspolitik im Hinblick auf die Interessen Schlesiens darlegte. Trotzdem die Denkschrift den Gedanken voranstellt, daß die freie Konkurrenz für Gewerbe und Handel unbedingt erforderlich sei, mahnt sie doch besonders vor dem Egoismus Englands auf der Hut zu sein, das namentlich die schlesische Leinwand von seinen Märkten ganz verdrängt habe. Im Übrigen giebt die Denkschrift lehrreiche Rückblicke und Ausblicke auf den Handelsverkehr der europäischen Staaten mit Schlesien. Sie regt auch die Erwerbung eines Stapelplatzes in Westindien von Portugal oder Spanien an.]

S. 239—268: C. Grünhagen, Schlesische Beziehungen zur Carmerschen Justizreform und der Entstehung des Landrechts. [Schilderung des Anteils Carmers und Svarezs an der Justizreform auf Grund des bekannten Materials.]

S. 355—368: C. Grünhagen, Schlesien im Jahre 1797. Bericht des Ministers Grafen Hoym. [Das hier mitgeteilte, am 29. Januar 1797 eingesandte Schriftstück ist der letzte Jahresbericht den Hoym an Friedrich Wilhelm II. abstattete. Der Bericht giebt statistische Notizen über die Bevölkerungsbewegung und den Zustand von Gewerbe und Handel.]

Zeitschrift der Historischen Gesellschaft der Provinz Posen. Jahrg. 13. Heft 3 u. 4. Posen 1898.

S. 243—339: Franz Guradze, Der Bauer in Posen. Beiträge zur Geschichte der rechtlichen und wirtschaftlichen Hebung des Bauernstandes der jetzigen Provinz Posen durch den preußischen Staat von 1772—1805. [Die auf umfangreiches Aktenmaterial gegründete Abhandlung ist in folgende Kapitel eingeteilt: 1) Bäuerliche Verhältnisse der jetzt die Provinz Posen bildenden Gebiete in der letzten Zeit des polnischen Reiches. 2) Die bäuerliche Gesetzgebung für den Netzedistrikt von 1772—1806. 3) Die persönlichen und Prästationsverhältnisse der Bauern des Netzedistrikts. 4) Die bäuerliche Gesetzgebung für Südpreußen von 1793—1806. 5) Die Prästationsverhältnisse der Bauern Südpreußens. 6) Die Zeit des Großherzogtums Warschau 1807—1815. — Der Verfasser polemisiert scharf gegen die Auffassung Knapps von der Gesetzgebung Friedrichs II. im Netzedistrikt und gegen seine düstere Schilderung des bäuerlichen Lebens.]

Jahrgang 14. Heft 1 u. 2. Posen 1899.

S. 1—66: R. Bartolomäus, Die Provinz Posen auf dem Frankfurter Parlament.

S. 161—166: R. Schottmüller, Zwei brandenburgische Erlasse für Großpolen aus dem schwedisch-polnischen Kriege. [1) Der große Kurfürst fordert, 8. Juli 1656, die Großpolen zu Treue und Gehorsam auf und verspricht seinen Schutz. 2) Lieferungsordre für die Unterhaltung der brandenburgischen Garnisonen.]

Archiv für Geschichte und Altertumskunde von Oberfranken. Bd. 20. Heft 3. Bayreuth 1898.

S. 65—95: K. H. Zwanziger, Das fränkische Element in der Mark Brandenburg im 15. Jahrhundert. Ein Vortrag. [Die neuere Litteratur ist nicht vollständig benutzt].

Bismarck-Jahrbuch. Hrsgb. von Horst Kohl. Bd. 6, Liefer. 3 u. 4. Leipzig 1899.

S. 243—290: Fr. Neubauer, Stein und Bismarck. [Eine vergleichende Charakteristik.]

S. 271—308: v. Petersdorff, Fürst Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" und Treitschkes „Politik." [Ein Vergleich.]

S. 335—410: Chronik vom 1. Januar bis 31. Dezember 1898.

Dresdner Geschichtsblätter, hrsgb. vom Verein für Geschichte Dresdens. Jahrgang 8. 1899.

Nr. 1. S. 137—146: Fr. After, Journal über die Anwesenheit des Königs von Preußen zu Dresden im Jahre 1728. [Mitgeteilt aus den Papieren des Feldmarschalls Grafen Flemming im Dresdener Hauptstaatsarchiv. — Vgl. Forsch. IX, 589 f.]

Nr. 2. S. 153—164: Otto Richter, Ereignisse in Dresden vor und nach der Schlacht bei Kesselsdorf. Nach einem gleichzeitigen Tagebuch. [Das hier mitgeteilte Tagebuch ist nur in einer jetzt im Dresdener Ratsarchiv befindlichen Abschrift bekannt. Es stammt wahrscheinlich von einem Hofbeamten, da es über alle Vorgänge im Residenzschlosse aufs genaueste unterrichtet ist; seine Mitteilungen über die Schlacht haben keinen eigenen Wert.]

Wissenschaftliche Beilage der Leipziger Zeitung. 1899.

Nr. 70: G. Sommerfeldt, Preußen und das „Reich" zur Zeit des siebenjährigen Krieges. Der Kriegszug nach Franken im April—Juni 1758. [Für die Schilderung der Ereignisse in Bamberg sind im Bamberger Kreisarchiv befindliche Aufzeichnungen benutzt.]

Zeitschrift des Vereins für die Geschichte Mährens und Schlesiens. Brünn 1899.

S. 1—50: H. Schulz, Neue Briefe Karls von Zierotin an Hartwich von Stitten aus den Jahren 1610—1612. [Die hier mitgeteilten, im Berliner Geheimen Staatsarchiv befindlichen 30 Briefe sind von dem mährischen Landeshauptmann Karl von Zierotin an Hartwich von Stitten, brandenburgischen Geheimen Rat und Landeshauptmann des Herzogtums Jägerndorf gerichtet. Die Briefe behandeln hauptsächlich den damals schwebenden Bruderstreit im Hause Habsburg. — Vgl. bei den Büchern: Schulz, Markgraf Johann Georg von Brandenburg-Jägerndorf.]

Korrespondenzblatt des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine. Jahrgang 47. Berlin 1899. Nr. 4.

S. 53—56: **Schuster, Zur Genealogie der Hohenzollern.** [**Warnt vor** Grißners 1897 erschienenem „Stammbaum des Preußischen **Königs**hauses“. Vergl. Forschungen XI, 609.]

Historische Vierteljahrsschrift. Hrsgb. von G. Seeliger. Jahrgang 2. Leipzig 1899.

S. 189—210: **J. v. Pflugk-Harttung, Die Anfänge des Johanniter-Herrenmeistertums.** [Die Errichtung des Herrenmeistertums in der Mark im Jahre 1327 war in erster Linie ein politischer Akt, dessen Urheber Berthold von Henneberg der Verweser der Mark war. Der Johanniterorden trat jetzt für den Nordosten in seinem ersten Herrenmeister Gebhard v. Bortfelde aus der neutralen Haltung heraus auf die bayerische Seite. — Vgl. Zeitschrift für Kirchengeschichte.]

Revue Historique. tome 70. Paris 1899.

S. 1—52: **A. Pingaud, Le congrès de Vienne et la politique de Talleyrand.** [Eine Verteidigung der Politik Talleyrands.]

Zeitschrift für Kirchengeschichte. Bd. 19 u. 20. Gotha 1899.

Bd. 19. S. 398—430, Bd. 20. S. 159—185: **F. Priebatsch, Staat und Kirche in der Mark Brandenburg am Ende des Mittelalters.** [Der bisher voliegende Teil dieser Arbeit erörtert zuerst Umfang und Bedeutung des deutschen Staatskirchenrechts des 15. Jahrhunderts, schildert dann eingehend die Stellung Friedrichs II. zur Kirche, dessen Regiment bereits die Züge des summus episcopus der Reformationsepoche zeigt. Dann werden die kirchlichen Anschauungen Albrechts dargelegt, der im Gegensatz zu seinem Bruder religiösen Fragen gleichgültig und kirchlichen Einrichtungen ohne wirkliche Ehrfurcht gegenübersteht. Weiterhin werden die Bischofswahlen, die Beziehungen zu den Nachbarbischöfen und die eigene Politik der märkischen Bischöfe geschildert.]

Bd. 20. S. 1—18, 132—158: **J. v. Pflugk-Harttung, Die inneren Verhältnisse des Johanniterordens in Deutschland, besonders im östlichen Niederdeutschland (bis zum Beginne der Herrenmeisterwürde).** [Vgl. bei den Büchern und Histor. Vierteljahrsschrift, ferner Forsch. XI, 301 ff.]

Zeitschrift für Bücherfreunde. Hrsg. von F. v. Zobeltitz. Jahrgang 3. Heft 2 u. 3. 1899.

S. 105—108: **F. Priebatsch, Märkische Bibliotheken im Mittelalter.** [Stellt zum erstenmal die Notizen über märkische Bibliotheken aus Quellen und Litteratur zusammen.]

Vierteljahrsschrift für Wappen-, Siegel- und Familienkunde, hrsgb. vom Verein „Herold“ in Berlin. Berlin 1899, C. Heymann. Jahrgang 27. Heft 1.

S. 1—158: **Frhr. v. d. Horst, Nachtrag zu den [1894 erschienenen] „Rittersitzen der Grafschaft Ravensberg und des Fürstentums Minden“.**

Euphorion. Zeitschrift für Litteraturgeschichte, hrsgb. von A. Sauer. Ergänzungsheft 4. Leipzig u. Wien 1899.

S. 132—140: **Th. Distel, Unbekannte Gedichte aus den schlesischen Kriegen:** 1. Eine in Kursachsen konfiszierte Arie auf den Einmarsch der preußischen Truppen in Schlesien, gedruckt 1741; 2. Verse auf Preußens Sieg bei Mollwitz. [Aus dem Dresdener Hauptstaatsarchiv.]

S. 142 f.: A. Sauer, Ein Gedicht auf Friedrich den Großen: „An Friedrich den Grauen“, von dem deutsch-ungarischen Dichter J. M. Tekusch aus dem Jahre 1785.

Goethe-Jahrbuch. Hrsgb. von L. Geiger. Bd. 20. Frankfurt a./M. 1899.

S. 144—152: P. Bailleu, Herzog Karl August, Goethe und die ungarische Königskrone. [Als im Jahre 1789 ein Krieg zwischen Österreich und Preußen auszubrechen drohte, ist in Berlin der Plan erörtert worden, Karl August von Weimar zum Könige von Ungarn zu machen. B. teilt hier die von Goethe entworfenen und von Karl August nach Berlin gerichteten Schreiben mit; sie zeigen, daß der Herzog dem abenteuerlichen Plane wenigstens eine Zeit lang nicht unbedingt ablehnend gegenüber stand.]

Militär-Wochenblatt. Hrsgb. von v. Estorff. Berlin 1899, E. S. Mittler u. Sohn.

Nr. 34. 36: v. Scherff, Fritz Hoenigs „Wahrheit“. [Vgl. bei den Büchern. — Die Ansichten Hoenigs, der sich gegen die Darstellung des Forsch. XII, 311 besprochenen Heftes 25 der kriegsgeschichtlichen Einzelschriften ausspricht, bekämpft neben v. Scherff auch F. v. Bernhardi in Nr. 41. 42 ff. des Militärwochenblattes. — Vgl. Deutsche Heereszeitung und Jahrbücher für Armee und Marine.]

Beihefte zum Militär-Wochenblatt. Hrsgb. von v. Estorff. Berlin 1899. Heft 4.

S. 139—152: Balck, Die Schlacht von Soor am 30. September 1745. Ein Vortrag, gehalten in der Militärischen Gesellschaft zu Berlin.

Jahrbücher für Armee und Marine. Hrsgb. von E. Schnackenburg. Berlin 1899.

Bd. 110. S. 1—34: G. Geest, Zum Friedrichstage. Friedrich der Große und Lessing. Vortrag, gehalten im Kgl. Invalidenhause am 5. April 1898. [Der Verf. bespricht die Berührungspunkte Friedrichs und Lessings und giebt dann, angeregt durch die Figur Tellheims in „Minna von Barnhelm“ neue Nachrichten über die preußischen Freicorps im siebenjährigen Kriege aus dem Archiv des Generalstabs und dem Breslauer Staatsarchiv. Im Anhang sind abgedruckt: „Capitulatio des Major Schönyschen Corps“ vom 3. Juni 1760 und die „Liste der Offiziere von Freicorps anno 1763“.]

S. 35—56: A. Dittrich, Schwarzenbergs Marsch auf Wolkowysk. Ein Beitrag zur Geschichte des Feldzuges 1812.

S. 306—312: Lge, Der Kampf der 38. Infanteriebrigade und des linken deutschen Flügels in der Schlacht bei Vionville-Mars la Tour am 16. August 1870. [Vgl. Militärwochenblatt und Deutsche Heereszeitung.]

Bd. 111. S. 1—20. 129—154. 257—281: Borissow, Die Thätigkeit Moltkes als Chef des Generalstabes. Vorträge, gehalten in der Versammlung der Generalstabsoffiziere des Militärbezirks Warschau. [Wird fortgesetzt.]

Deutsche Heereszeitung. Hrsgb. von F. Hoenig. Berlin 1899.

Nr. 46—48. 54—57: Hoenig, Zur Beurteilung der kritischen Thätigkeit des Obersten F. v. Bernhardi. [Vgl. Militärwochenblatt.]

Neue Militärische Blätter. Hrsgb. von v. Glasenapp. Bd. 54. Berlin 1899.

S. 417—429: v. Graevenitz, Ein Parolebuch des von Schillschen Leichten Infanteriebataillons aus den Jahren 1807—1809.

Sitzungsberichte der Kgl. Preußischen Akademie der Wissenschaften. Berlin 1899. Nr. 4.

S. 49—71: J. Vahlen, Friedrich der Große und d'Alembert. [Festrede, gehalten am 27. Januar 1899. — Verfolgt an der Hand des Briefwechsels die Beziehungen d'Alemberts zu Friedrich und seinen Einfluß auf die Geschicke der Akademie.]

Preußische Jahrbücher. Hrsgb. von H. Delbrück. Bd. 95. Berlin 1899.

S. 264—275: W. Landsberg, Geschichte des Bernsteins und seiner Gewinnung. [Bei diesem im übrigen sehr lehrreichen Aufsatz hätte wohl auch für die historische Einleitung, zumal soweit sie das Altertum betrifft, etwas mehr Sorgfalt verwendet werden können. Warum mögen da die zusammenfassenden Abhandlungen des Referenten nicht herangezogen, warum für das weitere gar die größere Arbeit Tesdorpfs unberücksichtigt geblieben sein?] K. Lohmeyer.

S. 461—480: H Delbrück, Bismarck-Historiographie. [Bekämpft namentlich die Darstellung Buschs in seinen Tagebuchblättern von der Belagerung von Paris und von den Gründen, die die Verzögerung der Beschießung herbeiführten. — Vgl. bei den Büchern: v. Blume.]

Deutsche Revue. Hrsgb. von R. Fleischer. Jahrgang 24. Stuttgart u. Leipzig 1899.

Bd. 2. S. 44—57, 196—210, 337—353. Bd. 3. S. 92—107: Wilhelm Oncken, Die Sendung des Fürsten Hatzfeld nach Paris, Januar—März 1813. Urkundliche Mitteilungen. [Wird fortgesetzt.]

Deutsche Rundschau. Hrsgb. von J. Rodenberg. Bd. 99 u. 100. Berlin 1899.

Bd. 99. S. 37—65, 242—279: Erich Marcks, Bismarck und die Bismarcklitteratur des letzten Jahres. Eine kritische Betrachtung. [Die beiden ziemlich umfangreichen Artikel, die, wie wir hören, in wenig veränderter Gestalt demnächst als besonderes Büchlein erscheinen werden[1], haben es ganz vornehmlich mit Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" selbst zu thun. Voraus geht eine feine kritische Würdigung der Bücher von Busch (Tagebuchblätter) und Abeken (Lebensbild aus den Briefen). Die persönliche Art ihrer Verfasser, als das subjektive Medium der Überlieferung, wird sorgsam charakterisiert, der Wert ihrer Aufzeichnungen parteilos und gewissenhaft abgeschätzt; zumal die quellenmäßige Bedeutung der Tagebücher von Busch wird trotz der menschlichen Schwächen ihres Verfassers sehr hoch angeschlagen. Dann geht die Untersuchung auf die Bismarckschen Memoiren selbst über, bei aller Pietät und allem Bemühen liebevoll eindringenden Verständnisses doch ganz und gar in der Haltung unabhängiger historischer Kritik, hie und da mit den Wahrnehmungen von Meinecke sich berührend und auseinandersetzend. Auch hier wird

1) Soeben geht der Redaktion die Ausgabe in Buchform zu. — Vgl. unter den Büchern. — Auch die Lenzschen Artikel, über die unten gesprochenen wird, sind in Buchform erschienen (Berlin, Gebr. Paetel).



keine systematische Analyse des Werkes geboten, keine kritische Einzeluntersuchung angestellt. Die Studie folgt den Abschnitten der Denkwürdigkeiten; sie sucht für jede Epoche und Gruppe das wesentliche ihres Inhalts und seiner Auffassung herauszuheben und zu prüfen und schreitet so zu einer Gesamtcharakteristik des Buches und der Persönlichkeit seines Verfassers fort. Die Entstehungsweise, der schriftstellerische Eindruck des Buches nach der formellen wie der sachlichen Seite hin wird erörtert, dann folgen Bemerkungen über die Jugenderinnerungen, über das Verhältnis zum Adel und zur Monarchie, zu Preußen- und Deutschtum; die Mitteilungen über die Politik von 1864, 66, 70, über das Verhältnis zum Kaiser, über den Kulturkampf, über die Ausgestaltung des Reiches werden kritisch beleuchtet; daran schließt sich eine zusammenfassende Charakteristik der Urteilsweise gegenüber den handelnden Persönlichkeiten und Parteien; die Einseitigkeit der Auswahl des Stoffes, der Mangel an Mitteilungen über die wichtige innere Politik der 70er und 80er Jahre wird hervorgehoben; eine Charakteristik der politischen Gesamtauffassung der letzten Jahre macht den Schluß. Das Ganze — so etwa resumiert der Verfasser — bietet an thatsächlichem Stoff im wesentlichen nichts Neues. Die Erinnerungen sind in Bericht und Auffassung nicht einfach zuverlässig; für den Historiker bedarf es, wie bei Memoiren überhaupt, durchweg der kritischen Behandlung. Der größte und unzweifelhafte Wert des Buches beruht in den „Gedanken", in dem politischen System des alten Bismarck, das es darstellt, in den praktischen Lehren, die es erteilt, und schließlich und vor allem in dem lebendigen Eindruck von der großen Persönlichkeit, den es hinterläßt.]

Bd. 99. S. 405—427, Bd. 100. S. 109—140: Max Lenz, Zur Kritik der „Gedanken und Erinnerungen" des Fürsten Bismarck. [Die beiden Abhandlungen sind der erste bedeutende Versuch einer umständlichen Detailkritik gegenüber den Bismarckschen Memoiren. Man könnte die Betrachtungsweise von Marcks eine makroskopische, die von Lenz eine mikroskopische nennen. Natürlich kann es sich dabei zunächst nur um einzelne Beispiele handeln. Lenz will „ein paar erste, tiefer greifende Spatenstiche" thun „in einen Acker, der sicherlich noch von der Kritik in seiner Länge und Breite durchgepflügt werden wird". Er wählt dazu zwei Stellen, auf die schon früher, auch von Marcks, hingewiesen worden war, die Verhältnisse während des Krimkrieges und die Nikolsburger Krisis. Die Resultate seiner eindringenden Kritik sind recht bemerkenswert.

Er geht aus von einem Gespräch mit dem Prinzen von Preußen, über das Bismarck I, 113 berichtet. Er fixiert es auf Grund der beiderseitigen Itinerarien und anderer Erwägungen auf den 4. März 1854. Auf Grund dieser Datierung bezweifelt er dann den von Bismarck mitgeteilten Inhalt des Gesprächs, da darin die Rede von den Schlachten vor Sebastopol ist, die erst in den Herbst fallen; er bringt aus Gerlachs Tagebuch ein paar echte Bestandteile des Gesprächs bei: sie zeigen keine wesentliche Verschiedenheit der politischen Auffassungen und ihrer Gegensätze (Beeinflussung durch die Westmächte beim Prinzen, selbständige Großmachtspolitik bei Bismarck), aber im einzelnen andere Wendungen[1]). — Im Anschluß daran wird der weitere Verlauf

1) Gegen diesen allerdings nicht ganz unbedenklichen Punkt der Lenzschen Argumentation (der indessen mit Unrecht als der „Hauptangriff" bezeichnet wird) richtet sich ein in dem soeben erschienenen Heft der Hist. Zeitschrift (83, 3) veröffentlichter Aufsatz von Prof. Schiemann, der das Verfahren von Lenz als methodisch falsch zu erweisen sucht und zu dem Ergebnis gelangt, daß das Gespräch vielmehr in den Januar 1855 zu verlegen sei, wo der Prinz und Bismarck sich beide in Berlin befanden, wenn auch eine Audienz nicht direkt bezeugt ist. Damit schießt meines Erachtens der Verfasser doch über das Ziel hinaus. Die Möglichkeit, daß die Worte des Prinzen in einem späteren Gespräch (etwa im

der Dinge namentlich an der Hand des Gerlachschen Tagebuches und des Briefwechsels zwischen Gerlach und Bismarck näher verfolgt: das Zustandekommen des Bündnisses mit Österreich vom 20. April (statt der geplanten Konvention mit den Westmächten), dann der Umschwung, der sich Ende April und Anfang Mai vollzog, die Zurückdrängung des Einflusses der Bethmann-Hollwegschen Partei durch die Abberufung Bunsens von London und die Entlassung Bonins aus dem Kriegsministerium, ein Umschwung, dem der Bruch des Prinzen mit dem König und seine Abreise von Berlin auf dem Fuße folgte. In demselben Moment tritt Bismarck wieder auf den Plan. Aber seine Erzählung fügt sich auch für diese Phase nicht widerspruchslos in den Zusammenhang der Ereignisse. Der Rat, den er dem König im Mai 1854 gegeben haben will (starke Aufstellung gegen Österreich wie gegen Rußland) kann, wie L. zeigt, in der angegebenen Fassung und Motivierung nicht erteilt worden sein, da er die Situation des Krieges in der Krim, also die Situation vom Herbst, anticipiert. Auch die an den Schluß des Berliner Aufenthalts im Winter 53/54 angeknüpfte Erzählung von dem eigenhändigen Brief des Königs an Franz Josef, den Bismarck entwerfen mußte, läßt sich mit dem sonst bekannten nicht recht in Übereinstimmung bringen; sie ist, nach dem Urteil von Lenz, „so wie sie dasteht, verwischt und historisch unbrauchbar". Die ganze Lage und das Verhältnis zu den maßgebenden Personen hat sich für diese Zeit dem Verfasser der Memoiren in der Erinnerung verschoben. Nach seiner Erzählung wird Bismarck damals immer vom König herbeigeholt, „zur Territion des Ministers" (Manteuffels), als Schiedsrichter gegenüber den sich bekämpfenden Meinungen, in einem gewissen Gegensatz auch zu der Kamarilla, deren Mitglieder (Gerlach, Niebuhr, Münster) nicht geneigt sind, ihren Einfluß auf den König mit dem jüngeren Manne zu teilen, der gegen den Doktrinarismus Ludwig v. Gerlachs und Stahls in der konservativen Fraktion mehrmals aufgetreten war. Seine Ministerkandidatur, die der König seit dem Anfang des Jahres 1854 schärfer ins Auge gefaßt hat, paßt ihnen keineswegs; und dabei hat Bismarck selbst eine ganz entschiedene Abneigung vor der Übernahme eines Ministerpostens, wie er namentlich bei der Berufung nach Putbus im August 1854 hervorhebt, wo er sich durch seine verfrühte Abreise die ernstliche Ungnade des Königs zugezogen haben will. Dieser Darstellung gegenüber weist Lenz an der Hand von Briefen und Tagebüchern nach, daß Bismarck damals keineswegs so ungern an den Hof kam, wie er später in der Erinnerung glaubte, daß seine Berufungen teils von ihm selbst bestellt, teils von Gerlach aus eigenem Antriebe veranlaßt worden sind, daß er in der That nicht vom König als Schiedsrichter berufen wurde, sondern als Vorkämpfer der Kamarilla, um deren wankende Phalanx zu stärken, nicht bloß zur Territion des Ministers, sondern auch des Königs selbst, daß endlich nicht der König selbst, sondern der der Kamarilla nahestehende Senft v. Pilsach den Gedanken seiner Ministerkandidatur zuerst ausgesprochen hat. — Zu minder festen Ergebnissen gelangt der zweite Aufsatz, der sich mit dem Bismarckschen Kapitel „Nikolsburg" beschäftigt. L. weist nach, daß die Einmischung Bismarcks in die militärischen Fragen in

Januar 1855) gefallen sein mögen, leugnet Lenz ja nicht (Referent möchte diese Möglichkeit nur stärker betont oder vielmehr zu einer Wahrscheinlichkeit erhoben wünschen); und andererseits muß auch Schiemann zugeben, daß die Einkleidung des Gesprächs mehr auf die Situation des 4. März weist. Das wesentliche scheint doch zu sein, daß Bismarck offenbar zwei Gespräche in der Erinnerung vermischt und in eins zusammengezogen hat — ein in der Memoirenlitteratur gar nicht ungewöhnlicher Fall; dies Gespräch, wie er es sich so zurecht gemacht hat, für das eine oder das andere Datum reklamieren zu wollen, dürfte vergebliche Mühe sein. — Übrigens wird man die Erwiderung von Prof. Lenz abzuwarten haben.



ihrer Bedeutung hier doch wohl überschätzt ist, daß namentlich der Rat zu der Schwenkung auf Preßburg in dem Kriegsrat zu Czernahora schwerlich erteilt sein kann und jedenfalls so nicht zur Ausführung gekommen ist (eine Ansicht, die L. mit v. Lettow, Krieg von 1866 II. teilt). Er sieht in der Art, wie der Gegensatz zwischen Bismarck und dem Könige bei den Friedensverhandlungen in den Memoiren formuliert wird, nämlich als der Gegensatz einer deutsch-nationalen Politik gegen die dynastisch-partikularistischen Vergrößerungsbestrebungen des Königs, den verändernden Einfluß einer rückschauenden Betrachtungsweise, in der die Motive der jüngsten Vergangenheit vorwalten. Er weist eine Reihe von thatsächlichen Irrtümern und Ungenauigkeiten nach; er zeigt an der Hand der französischen Veröffentlichungen und der Sybelschen Darstellung, in der die Korrespondenzen mit dem Pariser Botschafter benutzt sind, daß auch Bismarck die Frage der Annexionen wesentlich vom preußischen Interessenstandpunkt aus und mit selbständigem Eifer erfaßte; er kommt zu der — allerdings auch in Bismarcks Darstellung schon durchschimmernden — Auffassung, daß der Gegensatz in den Fragen der Friedensbedingungen doch mehr der des weitblickenden, die Gesamtlage Europas im Auge behaltenden Staatsmannes zu dem vom Erfolg der Waffen fortgerissenen königlichen Feldherrn gewesen sei. Die dramatisch zugespitzte Erzählung von dem Konflikt mit dem König, in dem der Kronprinz vermittelt, bietet Anlaß zu kritischen Erörterungen, die zu keinem positiven Resultat führen, wohl aber den Zweifel begründen, ob sich nicht auch hier manches in der Erinnerung verschoben habe. Ein wesentlicher Punkt ist noch, daß in Ergänzung der Bismarckschen Darstellung nach den französischen Quellen betont wird, einen wie bedeutenden Anteil an dem glücklichen und verhältnismäßig glatten Verlauf der Verhandlungen mit Frankreich die von den Gegnern in ihrer ganzen Bedeutung nicht geahnte Verwirrung und Schwäche der kaiserlichen Politik gehabt hat, die nicht sowohl in der Krankheit Napoleons, als vielmehr in seinem ganzen politischen System lag, das durch den rapiden Fortschritt der deutschen Einheitsbestrebungen eine verhängnisvolle Erschütterung erfuhr. Der Verf. schließt seine Ausführungen mit einer lebhaften — namentlich wohl gegen den verdienstvollen, aber etwas zu unbedingt bismarckgläubigen Horst Kohl gerichteten — Apologie der Freiheit historisch-kritischer Forschung auch gegenüber dem Genius, der ihm trotzdem ein Gegenstand begeisterter Verehrung bleibt. O. H.

---

1) **Friedrich Tewes, „Numismatischer Anzeiger“.** Hannover, Februar 1899.

2) **Frankfurter Zeitung Nr. 56** vom 25. Februar 1899. „Die Numismatik im Dienst der Politik.“

3) **Rostocker Anzeiger.** Drittes Beiblatt zu Nr. 117 vom 21. Mai 1899. A. H. „Das Märchen vom mecklenburgischen Angstthaler.“

In dem kleinen Aufsatz „Die deutschen Thaler als Marksteine der Entwicklung Deutschlands von 1815—1871“, im 11. Bande dieser Zeitschrift S. 543—546, war ausgeführt, daß sich auch auf diesem kleinen Gebiete der Münzkunde der Weg verfolgen läßt, auf dem Preußen zur Vorherrschaft in Deutschland gelangte und sich die Hindernisse zeigen, die es bis zur Begründung des neuen Deutschen Reiches zu überwinden hatte. Da die seit 1866 und 1870 überwundenen Zustände noch jetzt Anhänger haben, so darf es als bestes Zeugnis für die Richtigkeit des Gesagten erachtet werden, daß in Hannover die an den Waterloothaler und an die beiden auf die Vereinigung Ostfrieslands geprägten Gedenkthaler geknüpften Bemerkungen Mißbehagen erregt haben, das dann in der Frankfurter Zeitung kräftigen Beifall gefunden hat. Ein anderer Angriff geht von Mecklenburg aus, ist aber wohl nur von dem

Bestreben geleitet, den in Mecklenburg wie überall in Deutschland mit vollem Rechte hochgeehrten Großherzog Friedrich Franz II. wegen des fehlenden „von Gottes Gnaden“ auf dem Thaler von 1848 zu rechtfertigen.

Dem Unterzeichneten war es, da er das von ihm besprochene Buch von Kittelmann auch gelesen, selbstverständlich bekannt, daß die im Jahre 1865 geschlagenen sog. Waterloothaler an bedürftige Mitkämpfer des 18. Juni 1815 verteilt werden sollten. Unerfindlich ist aber, wie hierdurch irgend etwas an den Bemerkungen S. 545 f. geändert werden sollte. Wenn Herr Lewes und sein Nachfolger in der Frankfurter Zeitung diese Bemerkungen aufmerksam lesen, werden sie erkennen, daß darin nicht ein Wort gegen die Tapferkeit der am 18. Juni 1815 im englischen Heere mitkämpfenden Hannoveraner gesagt ist. Dieser Thaten sich zu freuen, war voll berechtigt, bedürftige Mitkämpfer zu beschenken, nur eine Ehrenpflicht; aber die Inschrift des Thalers: „Den Siegern von Waterloo“, zeigt genau denselben welfischen Großmachtsstandpunkt, den König Georg V. im selben Jahre bei verschiedenen Gelegenheiten zum Ausdruck gebracht hat. Hannover mit seinem Tochterlande England sollte bei Waterloo gesiegt haben, während Wellington doch ohne die Preußen, welche die Entscheidung brachten, unterlegen wäre. Gegen diese einseitige Inanspruchnahme des Sieges vom 18. Juni 1815, als eines hannöverisch-englischen Sieges, gegen diese partikularistische Geschichtsauffassung richteten sich jene Bemerkungen, von denen nichts entkräftet worden ist.

Daß die 50jährige Vereinigung von Ostfriesland mit Hannover durch zwei Gedenkthaler verherrlicht wurde, bleibt verwunderlich, wenn auch das ostfriesische Landratskollegium dies gewünscht hat. Man braucht eben nicht alle Wünsche zu erfüllen, und ein Versagen wäre um so leichter gewesen, als in den übrigen Annexionen des Königreichs vom Jahre 1815 keine solchen Gedenkthaler gewünscht oder gewährt wurden. Gerade diese Feier in Ostfriesland, das so lange unter preußischem Scepter glücklich gewesen war, mußte in Preußen das Gedächtnis an den mit schwerem Herzen dereinst erlittenen Verlust erneuern. Dies zu bewirken war weniger politisch als partikularisch.

Der „A. H.“ unterzeichnete Aufsatz im Rostocker Anzeiger nimmt daran Anstoß, daß vom Großherzog Friedrich Franz II. gesagt ist, er habe — wie König Ernst August von Hannover — das „V. G. G.“ auf den Thalern von 1848 der Zeitströmung geopfert, und führt aus, daß sich dieser Zusatz auch auf anderen Münzen dieses Fürsten seit 1842 und seines Vaters Paul Friedrich nicht findet, dagegen auf kleineren Münzen schon seit 1848. Hieraus folgt allerdings, daß nicht erst 1848 jenes Opfer der Zeitströmung gebracht worden ist; man sieht daraus aber zugleich auch, daß der in ganz Deutschland kursierende Konventionsthaler anders behandelt wurde als die lediglich in Mecklenburg kursierenden Schillinge. Ganz gewiß ist es ein charakteristisches Zeichen der Zeit und ihrer Unklarheit, wenn der Großherzog sich auf dem in ganz Deutschland kursierenden Thaler damals anders zeigte als auf den kleinen Münzen im eigenen Lande. Deshalb dem Fürsten, der, wie aus seiner bekannten Rede im Schweriner Dome bei Eröffnung der verfassungsgebenden Abgeordnetenkammer hervorgeht, bereit gewesen wäre, weit mehr der Zeitströmung zu opfern, einen Vorwurf zu machen, wäre ungerecht, und den Ausdruck „Angstthaler“ für die mecklenburger Thaler von 1848 wird jeder Einsichtige mit Herrn A. H. für taktlos und unangebracht halten. Aber zu verkennen, daß die mecklenburgischen Thaler von 1848 ohne „V. G. G.“ und die späteren mit diesem Zusatze auch für den Historiker lehrreich sind, da sie zeigen, daß inzwischen eine Reaktion stattgefunden, wäre unrichtig.

In Mecklenburg im Jahre 1848 und in Hannover 1865 herrschten eigentümliche Zustände, wie sie seitdem, Gott sei Dank, überwunden sind.

Friedrich Holtze.



II. Schulprogramme und Universitätsschriften 1898 [1].

G. **Bauch**, Aktenstücke zur Geschichte des Breslauer Schulwesens im XVI. Jahrhundert. Wissenschaftliche Beilage zum Jahresbericht der evangelischen Realschule II zu Breslau 1898 (48 S. 8⁰).

E. **Brake**, Die Reduktion des brandenburgischen Heeres im Sommer 1641. Bonner Diss. 1898 (67 S. 8⁰).

W. **Brandt**, Der Märkische Krieg gegen Sagan und Pommern 1476—1479. Greifswalder Diss. 1898 (IX, 96 S. 8⁰).

K. **Brunner**, Die steinzeitliche Keramik in der Mark Brandenburg. (Sonderabdruck aus dem „Archiv für Anthropologie" Band XXV.) Münchener Diss. Braunschweig 1898 (56 S. u. 1 Bl. 4⁰).

F. **Darpe**, Coesfelder Urkundenbuch. I. Teil Fortsetzung. Beilage zu dem Jahresberichte des kgl. Gymnasiums zu Coesfeld 1898 (1 Bl. u. S. 49—96 8⁰).

P. **Diebow**, Zur Geschichte des Schulwesens Oschersleben. Jahresbericht der in der Entwicklung begriffenen Realschule zu Oschersleben 1898 (18 S. 4⁰).

R. **Franz**, Das Wandsbecker Gymnasium mit Realanstalt in den ersten 25 Jahren. Programm (Festschrift) des Matthias Claudius-Gymnasiums mit Realschule und Vorschule in Wandsbeck 1898 (32 S. 4⁰).

J. **Gebauer**, Zur Geschichte der Reformation im Bistum Brandenburg. Wissenschaftliche Beilage zum Jahresprogramm der Ritterakademie zu Brandenburg a./H. 1898 (1 Bl. u. 43 S. 4⁰).

E. **Glatzel**, Geschichte und Organisation der Königlichen Fachschule für technische Chemie und Hüttenkunde in Breslau. Zweite wissenschaftliche Beilage zum Programm der kgl. Oberrealschule in Breslau 1898 (XL S. 4⁰).

A. **Gronau**, Das Gymnasium und die Pott-Cowlesche Stiftung in Elbing. Programm des kgl. Gymnasiums zu Elbing 1898 (19 S. 4⁰).

F. **Guradze**, Der Bauer in Posen. Beiträge zur Geschichte der rechtlichen und wirtschaftlichen Hebung des Bauernstandes der jetzigen Provinz Posen durch den preußischen Staat (seit 1772). I. Teil (1772—1815). Hallische Diss. 1898 (97 S. 8⁰).

A. **Gurnik**, Die Urkunden des Stadtarchivs zu Frankfurt a./O. IV. (Schluß). 1602(1604)—1722. Jahresbericht über die Oberschule (Realgymnasium) zu Frankfurt a./O. 1898 (1 Bl. u. 28 S. 4⁰).

J. **Hermes**, Die Schlacht bei St. Quentin, den 19. Januar 1871. Rede, gehalten am 27. Januar 1896, im Gymnasium zu Lingen a. d. Ems. Beilage zum Programm des Gymnasiums Georgianum 1898 (14 S. 4⁰).

G. **Hertel**, Rückblick auf die Entwicklung des Klosters U. L. Fr. Jahrbuch des Pädagogiums zum Kloster Unser Lieben Frauen in Magdeburg 1898 (5 S. 4⁰).

F. **Hirsch**, Brandenburg und England 1674—1679. I. Teil. Wissenschaftliche Beilage zum Jahresbericht des Königstädtischen Realgymnasiums zu Berlin 1898 [und im Buchhandel: Berlin, R. Gaertner] (24 S. 4⁰).

W. **Hofmann**, Die Ansiedlung nassauischer Kolonisten auf den südpreußischen Gütern des Erbprinzen Wilhelm von Oranien im Jahre 1799. Wissenschaftliche Beilage zum Jahresbericht des Realprogymnasiums zu Ems 1898 (47 S. 4⁰).

---

1) Zusammengestellt durch Hrn. Dr. Runge, kgl. Universitätsbibliothekar zu Greifswald.

E. Huckert, Zur Statistik der preußischen Studenten. Wissenschaftliche Beilage zum Programm des Realgymnasiums zu Neisse 1898 [und im Buchhandel: Neisse, F. Huch] (32 S. 8°).

G. Korneck, Geschichte der höheren Unterrichtsanstalt zu Kempen in Posen. I. Teil: Vorgeschichte 1837—1865. Beilage zum XXIV. (33.) Jahresbericht des Progymnasiums Kempen i. P. 1898 (15 S. 4°).

G. Krause, Der preußische Provinzialminister Freiherr von Schroetter und sein Anteil an der Steinschen Reformgesetzgebung. Teil I. Beilage zum Programm des Kneiphöfischen Stadtgymnasiums in Königsberg i. Pr. 1898 (79 S. 8°). [Vgl. Forsch. XI, 284.]

L. Krause, Die ältesten Zunftrollen der Stadt Greifswald. Jahresbericht über das städtische Gymnasium und die mit demselben verbundenen Realklassen zu Greifswald 1898 (72 S. 4°).

J. Langer, Die altmärkischen Ortsnamen auf —ingen und —leben. Jahresbericht des kgl. Stiftsgymnasiums in Zeitz 1898 (25 S. 4°).

M. Leitzke, Neue Beiträge zur Geschichte der preußischen Politik und Kriegführung im Jahre 1744. Heidelberger Diss. Berlin 1898 (48 S. u 1 Bl. 8°). [Vgl. Forsch. XII, 300.]

J. Lübbert, Der Seidenbau in den Franckeschen Stiftungen. In: Festschrift zur zweihundertjährigen Jubelfeier der Franckeschen Stiftungen und der Lateinischen Hauptschule am 30. Juni und 1. Juli 1898 dargebracht von dem Kollegium der Lateinischen Hauptschule. Beilage zum Programm der Lateinischen Hauptschule zu Halle a./S. 1898 (23. S.) [und im Buchhandel: Halle, Buchhandlung des Waisenhauses (25 S. 4°)].

A. Moich, Die socialen Verhältnisse der Malteserkommende Gröbnig zu Anfang des 19. Jahrhunderts. Jahresbericht des kgl. katholischen Gymnasiums zu Leobschütz 1898 (XVI S. 4°).

F. Mohnau, Beiträge zur Geschichte des Krieges der Hanse wider Dänemark 1509—12. Jahresbericht des Gymnasiums zu Stralsund 1898 (26 S. 4°).

A. Müller, Frankenstein im dreißigjährigen Kriege. I. Teil: Vom Dresdner Akkord bis zum Prager Frieden. 1621—1635. Wissenschaftliche Beilage zum Jahresbericht des städtischen katholischen Progymnasiums zu Frankenstein i. Schl. 1898 (31 S. 4°).

J. Müller, Zur Geschichte der Provinzialschule in Saalfeld, Ostpreußen. Beilage zum Jahresbericht des in der Umwandelung zum Gymnasium begriffenen Realgymnasiums in Osterode 1898 (50 S. 8°).

F. Neubauer, Stein und Bismarck. In: Festschrift zur zweihundertjährigen Jubelfeier der Franckeschen Stiftungeu und der Lateinischen Hauptschule am 30. Juni und 1. Juli 1898 dargebracht von dem Kollegium der Lateinischen Hauptschule. Beilage zum Programm der Lateinischen Hauptschule zu Halle a./S. 1898 (14 S. 4°).

H. Pieper, Der märkische Chronist Zacharias Garcaeus (Gartz). II. Teil: Nachträgliches zu Garcaeus' Leben. Seine litterarische Thätigkeit als Historiker. Handschriften seiner historischen Schriften. Wissenschaftliche Beilage zum Jahresbericht der 2. städtischen Realschule zu Berlin [und im Buchhandel: Berlin, R. Gaertner] (25 S. 4°).

Rademacher, Die urbs Merseburg im X. Jahrhundert. Beilage zum Jahrestage des Domgymnasiums zu Merseburg 1898 (31, 1 S. 8°).

E. Rasmus, Beiträge zur Geschichte des Vereinigten Alt- und Neustädtischen Gymnasitims zu Brandenburg a./H. II. Das Gymnasium (1797—1897). Beilage zum Jahresbericht über das Vereinigte Alt- und Neustädtische Gymnasium zu Brandenburg a./H. 1898 (31 S. 8°).



R. Reiche, Bausteine zur Geschichte der Stadt Königsberg in der Neumark während des Mittelalters. Wissenschaftliche Beilage zum Jahresbericht des Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums zu Königsberg Nm. 1898 (159 S. 8⁰).

K. Ribbeck, Geschichte des Essener Gymnasiums. Zweiter Teil. Die lutherische Stadtschule 1564—1611. Beilage zum Jahresbericht des kgl. Gymnasiums zu Essen 1898 (73 S. 8⁰).

Riehm, Inwiefern hat die Einigung Deutschlands der Wohlfahrt des Einzelnen gedient? Jahresbericht über das Herzogl. Ernst-Realgymnasium zu Altenburg 1898 (10 S. 4⁰).

P. Ritter, Die Konvention von Reichenbach (27. Juli 1790). [Teil einer größeren Arbeit.] Berliner Diss. 1898 (34 S. u. 1 Bl. 8⁰).

C. Rodenberg, Gedächtnisrede auf den Fürsten Bismarck, gehalten am 5. August 1898 in der Aula der Universität Kiel (17 S. 8⁰).

G. Schaumkell, Beitrag zur Entstehungsgeschichte der Magdeburger Centurien. Beilage zum Programm des großherzoglichen Realgymnasiums zu Ludwigslust 1898 [und im Buchhandel: Ludwigslust, Hinstorff] (IV, 58 S. 8⁰).

B. Schirrmacher, Drei unbekannte Streitschriften aus der Zeit des Jülich-Clevischen Erbfolgekrieges mit einem Anhang: Zwei neue Handschriften des „Strahlendorffschen Gutachtens". Rostocker Diss. 1898 (127 S. 8⁰).

Schmidt, 1871—1888: Die Friedensjahre Kaiser Wilhelms I. Jahresbericht des Gymnasiums zu Seehausen i. d. A. 1898 (15 S. 4⁰).

A. Schmidt, Über das geschichtliche Wachstum der deutschen Vaterlandsliebe. Programm des kgl. Gymnasiums zu Schleusingen 1898 (14 S. 4⁰).

G. Schmoller, Das preußische Handels- und Zollgesetz vom 21. Mai 1818 im Zusammenhang mit der Geschichte der Zeit, ihrer Kämpfe und Ideen. Rede zur Gedächtnisfeier des Stifters der Berliner Universität König Friedrich Wilhelm III. in der Aula am 3. August 1898 (53 S. 4⁰). Vgl. Forsch. XII, 287.

R. Schulze, Das Projekt der Vermählung Friedrich Wilhelms von Brandenburg mit Christina von Schweden. Hallische Diss. 1898 (2 Bl. u. 31, 1 S.) [Vollständig in: Hallesche Abhandlungen zur neueren Geschichte, hrsgb. von G. Droysen. Heft 36. Halle, M. Niemeyer 1898 (VIII, 80 S. 8⁰).] (Vgl. Forsch. XI, 574.)

H. Siebert, Zwei Festreden. I. Rede zur hundertjährigen Gedenkfeier des Geburtstages Kaiser Wilhelms des Großen. II. Rede zur Sedanfeier am 2. September 1897. Beilage zum Jahresbericht des Realgymnasiums zu Cassel 1898 (19 S. 4⁰).

M. Toeppen, Des Bürgermeisters Samuel Wilhelmi Marienburgische Chronik 1696—1726. II. Teil. Beilage zum Programm des kgl. Gymnasiums zu Marienburg 1898 (1 Bl. u. S. 71—148 8⁰).

R. Trapp, Kriegführung und Diplomatie der Verbündeten vom 1. Februar bis zum 25. März 1814. I. Teil. Göttinger Diss. 1898 (2 Bl. u. 49, 1 S.) [und vollständig im Buchhandel: Gießen 1899, A. Frees (178 S. 8⁰)].

S. Tschirschky, Das Schlesische Kommerz-Kolleg. Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte des XVIII. Jahrhunderts. Breslauer Diss. Naumburg a./S. 1898 (3 Bl. u. 39, 1 S. u. 1 Bl. 8⁰). [Erscheint vollständig in: Staatswissenschaftlich Studien, hrsgb. von L. Elster.]

M. Türk, Friedrichs des Großen Dichtungen im Urteile des achtzehnten Jahrhunderts. Zweiter Teil. Wissenschaftliche Beilage zum Jahresbericht der achten städtischen Realschule zu Berlin 1898 [und im Buchhandel: Berlin, R. Gaertner] (29 S. 4⁰).



H. Ulmann, Kaiser Wilhelm der Alte. Festrede gehalten am 22. März 1897 in der Aula der Universität Greifswald. (Festreden der Universität Greifswald Nr. 6). Greifswald 1898 (20 S. 8⁰). [Vgl. Forsch. XII, 315].

O. Vogel, Zur Geschichte des Perleberger Schuhmacher- und Lohgerbergewerks. Wissenschaftliche Beilage zum XXXVI. Jahresbericht des Kgl. Realgymnasiums zu Perleberg 1898 (1 Bl. u. 25 S. 4⁰).

(J. Wahle,) Die ersten 25 Jahre des Kaiser Wilhelms-Gymnasiums zu Montabaur. Jahresbericht des Kaiser Wilhelms-Gymnasiums in Montabaur 1898. (11 S. 4⁰.)

W. Waldeyer, Über Aufgaben und Stellung unserer Universitäten seit der Neugründung des Deutschen Reiches. Rede zum Antritt des Rektorates der kgl. Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin, gehalten in der Aula am 15. Oktober 1898 [und im Buchhandel: Berlin, A. Hirschwald] (31 S. 8⁰).

P. Wehrmann, Friedrich der Große als Kolonisator in Pommern. 2. Teil. Beilage zum Programm des kgl. Bismarck-Gymasiums zu Pyritz 1898 (1 Bl. u. 17 S. 4⁰).

A. Wetzold, Beiträge zur Geschichte der Stadt Görlitz im 1. und 2. Schlesischen Kriege. Wissenschaftliche Beilage zu dem Programm des städtischen Gymnasiums zu Görlitz 1898 (25 S. 4⁰).

Th. Besch, Friedrich von Heydeck, ein Beitrag zur Geschichte der Reformation und Säkularisation Preußens. Königsberger Diss. 1897 (2 Bl. u. 63, 1 S. u. 1 Bl.).

H. Freymark, Zur preußischen Handels- und Zollpolitik von 1648—1818. Hallesche Diss. 1897 (2 Bl. u. 59, 1 S.). [Vollständig unter dem Titel: „Die Reform der preußischen Handels- und Zollpolitik von 1800—1821 und ihre Bedeutung" in: Sammlung nationalökonomischer und statistischer Abhandlungen des staatswissenschaftlichen Seminars zu Halle a. d. S. Hrsgb. von Joh. Conrad. Bd. 17. Jena, G. Fischer (VII, 103 S. 8⁰)]. (Vgl. Forsch. XII, 305.)

F. Luckwaldt, Österreichs Friedensverwendung zu Beginn des Befreiungskrieges von 1813. Göttinger Diss. Berlin 1897 (2 Bl. u. 36 S. u. 1 Bl.) [Vollständig unter dem Titel: Österreich und die Anfänge des Befreiungskrieges von 1813. Vom Abschluß der Allianz mit Frankreich bis zum Eintritt in die Koalition" in: Historische Studien. Veröffentlicht von E. Ebering. Heft 10. Berlin, E. Ebering 1898 (XVI, 407 S. 8⁰)]. (Vgl. Forsch. XI, 587.)

III. Bücher.

W. Pierson: Preußische Geschichte. Siebente, verbesserte und vermehrte Auflage. Herausg. von John Pierson. 2 Bde. Berlin 1898, Gebr. Paetel (VIII u. 553; VI u. 613 S.; 10 Mk.).

Ein untrügliches Zeichen für die Beliebtheit, deren sich Piersons Preußische Geschichte in weiten Kreisen erfreut, liegt in der schnellen Folge der einzelnen Auflagen. Erst vier Jahre sind seit dem Erscheinen der sechsten Ausgabe verflossen, und schon ist wieder eine neue notwendig geworden, die diesmal der Sohn des erkrankten Verfassers besorgt hat. Mit Genugthuung kann Referent feststellen, daß P. alle an der vorigen Auflage gemachten Ausstellungen (vgl. Forsch. VIII, 279) berücksichtigt und an der Hand dieser Zeitschrift die neueren Forschungsergebnisse in die ältere Darstellung hineingearbeitet hat; freilich hätte das manchmal in weniger äußer-

licher Weise geschehen können. Nicht ganz verständlich ist es, weshalb P. die Speciallitteratur der letzten Jahre in den Anmerkungen verzeichnet. Diese gehört doch schwerlich in eine populäre Geschichtserzählung, und ich bezweifle, ob irgend einem Leser mit dem Citieren des Pastoralblattes für die Diöcese Ermland oder der Denkwürdigkeiten der Krakauer Akademie und ähnlicher Schriften wirklich gedient ist. Sollen überhaupt Litteraturnachweise gegeben werden, so dürfte es sich empfehlen, in besonderem Überblick auf die grundlegenden Werke und Publikationen aufmerksam zu machen, einzelner Arbeiten im Rahmen der Darstellung aber nur zu gedenken, wenn es sich um wichtige neue Resultate oder interessante Streitfragen handelt. Die starke Kürzung, welche P. an dem letzten Abschnitt vorgenommen hat, wird überall Zustimmung finden. M. Immich

Emil Wolff, Prof., Gymnasialdirektor (Schleswig): **Grundriß der preußisch-deutschen socialpolitischen und Volkswirtschaftsgeschichte vom Ende des 30jährigen Krieges bis zur Gegenwart** (1640—1898). Berlin 1899, Weidmannsche Buchhandlung (232 S.; geb. 3,60 Mk.).

Das sauber und gefällig ausgestattete Büchlein hat den Charakter eines Leitfadens für den Schul- und Selbstunterricht. Es sucht in knapper, klarer Darstellung zusammenzufassen, was die Wissenschaft bisher im Gebiete der preußischen Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte an hauptsächlichen und allgemein wissenswürdigen Resultaten erarbeitet hat, mit besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen und socialpolitischen Seite; daran knüpft sich eine gedrängte Übersicht unserer gegenwärtigen öffentlichen Verhältnisse, die in den Abschnitten über sociale Gesetzgebung und christliche Liebesthätigkeit gipfelt.

Es ist ein ungeheurer Stoff, den der Verf. zu bewältigen unternommen hat. Ref. möchte nicht behaupten, daß ihm das ganz in dem wünschenswerten Maße gelungen sei — Aufbau und Gliederung lassen im einzelnen die beherrschenden Gesichtspunkte nicht deutlich genug hervortreten, die Hauptsachen hätten kräftiger hervorgehoben und eingehender behandelt werden können, manches Nebensächliche konnte wegbleiben oder kürzer abgethan werden, namentlich der letzte Hauptabschnitt macht einen unruhigen Eindruck durch das allzubunte Vielerlei —, aber es darf anerkannt werden, daß das Buch doch im großen und ganzen ein brauchbares Hilfsmittel zur Orientierung über den Gegenstand für alle die ist, denen es an Zeit oder Neigung fehlt, sich aus einer zerstreuten, umfangreichen und doch noch keineswegs erschöpfenden Litteratur zu informieren. Ein befriedigendes, einigermaßen abschließendes Werk über preußische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte besitzen wir ja noch nicht, und von den Büchern über preußische Geschichte, die beim Schulunterricht gebraucht zu werden pflegen, hat namentlich das beliebte zweibändige Werk von Pierson in dieser Hinsicht auffallende Lücken. Hier könnte der Wolffsche Grundriß immerhin helfend eintreten. Der Verf. hat offenbar die Litteratur fleißig studiert, und wenn es ihm bisher noch nicht gelungen ist, seine Darstellung von Irrtümern und schiefen Auffassungen freizuhalten, so ist das eben bei der Beschaffenheit der einschlägigen Litteratur namentlich für jemand, der nicht von Haus aus juristisch und staatswissenschaftlich geschult ist, keine so leichte Sache, und es ist wohl zu hoffen, daß bei einer neuen Auflage noch manches gebessert werden wird. — Ref. hat das Buch nicht systematisch auf etwaige Fehler hin untersucht; es soll hier nur einiges, was bei der Lektüre auffällt, angemerkt werden. — Es fällt z. B. auf, daß der wichtige kurmärkische Receß von 1653 nicht erwähnt wird, der doch die Grundlage für den miles perpetuus gebildet hat. — Die Kommissariatsbehörden sind gar zu kurz behandelt, und was darüber gesagt wird, ist in dieser Fassung nicht ganz zutreffend. Es giebt eine falsche Anschauung, wenn man die Kriegskommissarien kurzweg als die ersten staatlichen Steuerbeamten bezeichnet. Die Steuerverwaltung blieb noch längere Zeit halbständisch. Die Umwand-

lung zu einer staatlichen fällt zusammen mit der Einrichtung der Provinzialkommissariate, über die der I. Band der Acta Borussica, Behördenorganisation, viel neues Material enthält. — Die Regierung aus dem Kabinett, wie sie allerdings in der Geheimratsordnung von 1651 ins Auge gefaßt wird, ist nach allem, was wir davon wissen, unter dem Großen Kurfürsten noch nicht realisiert worden. Er hat noch in und mit dem Staatsrat regiert, in dem er oft persönlich den Vorsitz führte. Dagegen sehen wir Friedrich Wilhelm I. schon bald nach seinem Regierungsantritt vom Kabinett aus mit den Behörden korrespondieren. Es trifft nicht zu, wenn der Verf. sagt, er habe persönlich den Vorsitz in den Plenarsitzungen des Generaldirektoriums geführt; das Präsidium, das er sich — wie übrigens auch Friedrich der Große — vorbehielt, war nur eine Fiktion. Zwischen der Regierung Friedrichs d. Gr. und Friedrich Wilhelms I. besteht also in dieser Beziehung kein Gegensatz; Friedrich d. Gr. ist nicht, wie noch Stein glaubte, der erste preußische König, der aus dem Kabinett die Regierung geführt hat; er hat nur seine Kabinettssekretäre nicht mehr, wie Friedrich Wilhelm I., zu Ministern aufrücken lassen. — Beim Generaldirektorium ist dem Verf. entgangen, daß das Justizdepartement schon vor dem Regierungsantritt Friedrichs II. eingegangen ist. Das von ihm als VI. Departement bezeichnete ist vielmehr das fünfte (für Handel und Gewerbe); es ist nicht erst 1748, sondern gleich nach dem Regierungsantritt 1740 begründet worden. Auch das VI. (nicht VII.!) Departement, dessen Bezeichnung als Departement für „Generalverwaltungs- und Servissachen" natürlich unrichtig ist, datiert nicht erst von 1748, sondern von 1746. Von 1748 ist die erneuerte Instruktion für das Generaldirektorium; besondere Instruktionen für die einzelnen Departements hat es nicht gegeben; die Absonderung einzelner Departements war nur eine unbeabsichtigte Nebenwirkung der Regierungsweise Friedrichs d. Gr. — Daß er die Jägerei und die Oberrechenkammer unter seine unmittelbare Leitung genommen habe, ist nicht richtig. Die Oberrechenkammer unterstand damals dem Generaldirektorium: sie ist erst unter Friedrich Wilhelm III. eine Immediatbehörde geworden; sie hatte früher nur die Provinzialrechnungen zu prüfen. — Nicht richtig ist es auch, daß Friedrich d. Gr. gleich nach seinem Regierungsantritt die Rekrutenkasse aufgehoben und die Chargenkasse neu begründet habe. — In dem 1748 von Cocceji eingerichteten „Friedrichskollegium" war die erste Instanz nicht der Geh. Justizrat, sondern das Kriegs- und Hofgericht. — Der Inhalt des Ressortreglements von 1749 ist nicht ganz zutreffend wiedergegeben. — Die kurze Bemerkung über die justizpolitische Bedeutung der Arnoldschen Prozeßsache ist schief; ebenso die über den Adel und das Civilbeamtentum unter Friedrich d. Gr.: die Präsidenten der Provinzialbehörden wurden doch grundsätzlich aus dem Adel genommen. — Von einem „Kantonreglement vom 15. Sept. 1733" sollte nach Lehmanns bekanntem Aufsatz nicht mehr geredet werden. — Die „Freiwächter" unterscheidet der Verf. nicht genügend von den übrigen, einländischen „Beurlaubten". — Er wiederholt die Legende von der Einrichtung der Regie, gegen die Schmoller in einer Akademieabhandlung (1888) aufgetreten ist. — Die von Stadelmann angegebene Zahl 17 000 Pfd. Seide habe ich früher schon als einen Irrtum erwiesen (für 7000 Pfd.). — Bei der Stein-Hardenbergschen Reform tritt die grundsätzliche Verschiedenheit des Staatsrats, wie ihn Stein 1808 plante und wie ihn Hardenberg 1810 (bezw. 1817) eingeführt hat, gar nicht hervor; ebensowenig die Verschiedenheit in der Stellung der früheren und der späteren Oberpräsidenten. — Viel zu kurz ist m. E. die Frage der preußischen Verfassung behandelt. — Der Provinzialrat ist nicht die dritte Instanz im Verwaltungsstreitverfahren. — Die Kreisordnung ist nicht von 1874, sondern vom 13. Dez. 1872; das Gerichtsverfassungsgesetz nicht von 1875, sondern vom 27. Januar 1877. — Es ist nicht richtig, zu sagen: „Die Städte handhaben die Polizei durch ihre eigenen Organe"; die Bürgermeister haben die Polizei nicht als Kommunalbeamte, sondern kraft königlichen Auftrags. —

Das sind, wie gesagt, einzelne mehr zufällige Bemerkungen, die den Wert des Büchleins nicht herabsetzen, sondern Fingerzeige für Verbesserungen geben wollen. Zum Schluß mag noch hervorgehoben werden, daß der Verf. sich durchweg eines maßvollen, verständigen Urteils befleißigt und bei aller patriotischen Wärme die Phrase, wie billig, verschmäht hat. O. H.

Theo Sommerlad (Privatdocent an der Universität Halle): **Die sociale Wirksamkeit der Hohenzollern.** Leipzig 1899, J. J. Weber (120 S.).

Der Verf. erzählt in der Vorrede, er habe über das Thema dieses Buches zweimal Vorlesungen an der Universität Halle gehalten, das letzte Mal „vor einem großen studentischen Zuhörerkreis“; er habe dann die Grundgedanken dieser Vorlesungen viermal in Vorträgen für kaufmännische und landwirtschaftliche Vereine weiter zu entwickeln Gelegenheit gehabt. Aus diesen Zuhörerkreisen seien ihm so oft Bitten um Veröffentlichung dieser Grundgedanken zugegangen, daß er sich endlich dazu entschlossen habe.

Danach wird man berechtigt sein, etwas Tüchtiges oder wenigstens Interessantes zu erwarten. Aber diese Erwartung wird arg getäuscht. Trotz der hervorragend glänzenden Ausstattung, die der Verleger dem Werkchen hat angedeihen lassen, können wir ihm kein Wort der Empfehlung mit auf den Weg geben. Viel allgemeine Redensarten und wenig greifbarer Inhalt! Ausdauernder panegyrischer Schwung, salbungsvolle Gemeinplätze, breit ausgeführte poetische Gleichnisse, „geistreiche“ Seitenblicke auf alle möglichen Geistesheroen bis auf Gerh. Hauptmann und Fr. Nietzsche, aber — sehr geringe Sachkenntnis. „Das redliche Streben, den Dingen auf den Grund zu gehen“, von dem die Vorrede spricht, hat Ref. nur zu sehr vermißt. Die Berufung auf „Schmollers gediegene Forschungen zur preußischen Verwaltungsgeschichte“ setzt ihn in eine gewisse Verwunderung; in dem Buche selbst ist von dem Studium Schmollerscher Arbeiten kaum etwas zu spüren. — Es ist überflüssig, auf Einzelheiten einzugehen, da der Inhalt meist zu dürftig ist und der Verf. sich dazu noch oft in Allgemeinheiten bewegt, die eine Diskussion ausschließen. Nur auf einen Punkt mag hingewiesen werden, auf die Behandlung der Frage der Bauernbefreiung, die doch gewiß für dieses Thema eine besondere Bedeutung beanspruchen darf. Was erfährt der Leser da? Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Große haben die Leibeigenschaft in den Amtsdörfern aufgehoben. Von dem großen Ablösungswerk seit 1799, mit dem doch erst an vielen Stellen die persönliche Befreiung der Bauern verbunden war, kein Wort. Die Erbunterthänigkeit bei den Privatbauern bestand fort. Ihren Inhalt charakterisiert der folgende Satz: „Als Nutznießer des diesem (dem Gutsherrn) gehörigen Landes that er (der Bauer) seine Arbeit, ihm entrichtete er Geld oder die Früchte des Feldes als Erbzins, seiner Genehmigung bedurfte er, wenn er umziehen oder heiraten wollte.“ Von den Frondiensten sagt der Verf. nichts. Eine eigentümliche Vorstellung ist es, die er von den Wirkungen des Edikts vom 9. Oktober 1807 hat. Es hat den Bauern nicht bloß die persönliche Freiheit gegeben — nein: „mit einem Schlage sind dadurch 47 000 Bauernhöfe frei geworden.“ Der Verf. widmet denn auch diesem Edikt eine begeisterte Tirade und schließt: „Durch das Memeler Edikt sind die beiden Grundlagen des modernen landwirtschaftlichen Betriebes in Preußen gelegt worden: persönliche Freiheit und freies Eigentum!“ Von der Regulierungsgesetzgebung sagt der Verf. nichts. Von den „Septemberedikten von 1811“ redet er einmal beiläufig; sie hätten, sagt er, „jedem Bauer den Erwerb adliger Güter, jedem Edelmann den bürgerlichen Gewerbebetrieb eröffnet und jedem Grundbesitzer die freie Veräußerung seines Grund und Bodens gestattet“. Wir verweisen den Verf. auf §§ 1 und 2 des von ihm so hochgepriesenen Memeler Edikts vom 9. Oktober 1807; sie scheinen ihm gänzlich entgangen zu sein.

Dies Beispiel wird genügen. Auf weitere Einzelheiten gehe ich nicht ein; nur kuriositätshalber mag noch auf den tiefsinnigen Ausspruch S. 71

verwiesen werden, wo von der Miquelschen Steuerreform gerühmt wird, sie habe „die Steuern auf die Schultern derjenigen gelegt, die sie zahlen".

O. H.

Geschichte der deutschen Rechtswissenschaft. Dritte Abteilung (Fortsetzung zu der Geschichte der deutschen Rechtswissenschaft, I. und II. Abt., von R. Stintzing). Von Ernst Landsberg. Erster Halbband, Text 552 S. (Mk. 8,75), Noten 326 S. (Mk. 5,25). München u. Leipzig, R. Oldenbourg.

Verfasser, der sich um die Stintzingsche „Geschichte der deutschen Rechtswissenschaft bereits dadurch hochverdient gemacht hat, daß er nach dem plötzlichen Tode Stintzings sich der Mühe unterzog, den von dem Verstorbenen im wesentlichen noch fertig gearbeiteten zweiten Band des großen Werkes herauszugeben, erscheint nunmehr als der wissenschaftliche und litterarische Nachfolger Stintzings auf dem Plan, als ein Nachfolger, der berufen ist, den Torso aus Eigenem zu ergänzen, die Geschichte der deutschen Rechtswissenschaft zu Ende zu schreiben. — Während dem noch ausstehenden zweiten Halbbande dieser „dritten Abteilung" die Entwicklung der deutschen Jurisprudenz im 19. Jahrhundert vorbehalten bleiben soll, giebt der vorliegende, von einem besonderen Bande „Noten und Exkurse" begleitete Halbband eine „Geschichte der deutschen Rechtswissenschaft im Zeitalter des Naturrechts" (Vorwort S. VI). Das Wort „Naturrecht" ist hier in einem, auch sonst vielfach gebräuchlichen, engeren Sinne genommen, d. h. als Bezeichnung für die vorherrschende Gedankenrichtung der Rechtswissenschaft in der Zeit von Grotius bis auf Kant. Thema der Darstellung ist, um wiederum mit dem Verf. zu reden (a. a. O. S. VI), die Geschichte der Wissenschaft zu schildern „für die civilrechtlichen Dinge bis an die Schwelle der historischen Schule, für die strafrechtlichen Dinge bis zu Beginn der spekulativ-philosophischen Richtung und für die staatlichen Dinge bis an das Ende des alten deutschen Reichs". Also die eigentliche Blüte- und Vorherrschaftszeit naturrechtlichen Denkens ist zum Gegenstand genommen, nicht aber die gesamte Lebenszeit des Naturrechts, d. h. nicht alle Epochen der juristischen Dogmengeschichte, in denen „vom Rechte, das mit uns geboren ist", schon oder noch „die Frage ist"; andernfalls hätte ja die Schilderung der Anfänge des Naturrechts im Mittelalter (vgl. Gierke, Joh. Althusius) und die seiner Epigonie im 19. Jahrhundert nicht unterbleiben dürfen. Übrigens ergab sich für den Verf. die Notwendigkeit einer Erweiterung seines Darstellungsgebietes über die hiermit gesteckten Grenzen hinaus insofern, als in der vorliegenden dritten Abteilung mancherlei nachzuholen war, was an sich nicht eigentlich der naturrechtlichen Entwicklung im engeren Sinne, wohl aber zeitlich dem 17. Jahrhundert angehört und daher strenggenommen bereits in der zweiten Abteilung zu schildern gewesen wäre. Letztere schließt nämlich mit dem Jahre 1700 ab, wobei die das 17. Jahrh. durchziehende naturrechtliche Richtung absichtlich bei Seite gelassen und ad separatum verwiesen, im übrigen aber von Stintzing das eigentümliche Princip befolgt worden ist, die Gedanken und Schriften nur solcher Rechtsgelehrten zu berücksichtigen, die bis 1700 gestorben sind. In Konsequenz dieses Princips mußte Stintzings Fortsetzer nun außer den Naturrechten des 17. Jahrhunderts auch noch diejenigen positivrechtlichen (d. h. nicht-naturrechtlichen) Schriften u. s. w. des 17. Jahrhunderts schildern, deren Verfasser nach 1700 noch gelebt haben.

Kaum des Hinweises bedarf es, daß diese „Fortsetzung" ganz im geistigen Eigentum des Verf. steht. Irgend welche Vorarbeiten oder auch nur Notizen Stintzings für diejenigen Teile seines Werkes, die zu schreiben ihm nicht mehr vergönnt war, sind, wie im Vorwort bemerkt wird, nicht bekannt geworden. Verf. war daher in der gewiß preisenswerten Lage, die vorliegende „Fortsetzung" als ein eigenes Buch aus Eigenem schaffen zu

müssen, dafür aber auch das wissenschaftliche Verdienst allein beanspruchen zu dürfen.

Daß dieses Verdienst ein hohes ist, darin freut sich Ref. mit vielen anderen Beurteilern übereinzustimmen. Der Verf. hat uns ein gehaltreiches, ein tiefes Buch und zugleich, daß ich so sage, ein Lesebuch in des Wortes bester Bedeutung gegeben: ein Buch, das man nicht nur nachschlägt, sondern gern und mit Genuß liest.

Den Leserkreis dieser Zeitschrift werden insbesondere diejenigen Partieen des Buches interessieren, welche sich auf die Entwicklung der preußischen Jurisprudenz und Gesetzgebung beziehen; es mag genügen, hier auf die Überschriften dieser Abschnitte hinzuweisen: Die Publizisten und die hallische Schule (Heinrich Cocceji, Ludewig, Gundling, Stryk, J. H. Böhmer u. a.), S. 112 ff.; Wolf, S. 198 ff.; Samuel v. Cocceji, S. 215 ff.; Friedrich II, S. 221 ff.; Die preußische Gesetzgebung, S. 465 ff.

Zu dem Abschnitt über J. J. Moser (S. 315 ff.) sind jetzt die Ergebnisse der Untersuchungen nachzutragen, welche Bornhak in dem laufenden Bande dieser Zeitschrift (S. 329 ff.) über Mosers Thätigkeit in Frankfurt a. O. veröffentlicht hat. Die bisher herrschende und auch vom Verf. (S. 317) vertretene Meinung, daß Mosers Entlassung aus dem preußischen Staatsdienst auf einen „persönlichen Zusammenstoß" mit König Friedrich Wilhelm I. zurückzuführen sei, wird nicht mehr aufrecht zu erhalten sein. Die Gründe, welche Mosers Stellung als Professor in Frankfurt a. O. unhaltbar gemacht haben, waren, wie Bornhak aktenmäßig darlegt, durchaus nicht persönlicher, sondern durchaus sachlicher Natur. König Friedrich Wilhelm I. hat in die Mosersche Angelegenheit überhaupt nicht persönlich eingegriffen; die Entlassung Mosers hat er verfügt in Genehmigung des Vorschlags seiner Räte, welche die begründete Ansicht hegten (Bornhak a. a. O. S. 334), „daß J. Moser nicht imstande sei, weder der Universität noch der Fakultät einige Dienste zu thun". G. Anschütz.

Kurt von Rohrscheidt (Regierungsrat): **Vom Zunftzwange zur Gewerbefreiheit.** Berlin 1898, Carl Heymanns Verlag (668 S.; 12 Mk).

Während die Reformen der Stein-Hardenbergschen Zeit nach der Seite der Verwaltungsorganisation, der Heeresverfassung, des Steuerwesens, der Handels- und Zollgesetzgebung der Agrarverhältnisse, längst aktenmäßig bearbeitet sind, fehlte es bisher noch immer an einer derartigen Darstellung der Reform im Gewerbewesen. Die Schriften von J. G. Hoffmann und anderen boten einen gewissen Ersatz dafür, aber doch ohne das historische Bedürfnis voll zu befriedigen. Man kann also wirklich sagen, daß das vorliegende Buch, das vornehmlich aus den Akten der Archive von Berlin und Königsberg, sowie aus Akten verschiedener Ministerien gearbeitet ist, eine vorhandene Lücke ausfüllt. Absicht und Interesse des Verf. ist allerdings wohl mehr als auf eine Vervollständigung historischer Kenntnisse, auf die historische Fundierung und Vertiefung des Studiums der praktischen Probleme gerichtet gewesen, die unsere Gewerbegesetzgebung mit dem Reichsgesetz vom 26. Juli 1897 zu lösen versucht hat. Er schreibt mehr in der Weise eines Verwaltungsbeamten, der aus den Akten referiert, als in der eines Gelehrten, der die Einzelheiten in einen allgemeinen Zusammenhang einzuordnen unternimmt. Sein Buch ist nicht eine zusammenfassende historische Darstellung aus einem Guß und von strenger Komposition und Gedankenführung, sondern eine mehr lockere Zusammenstellung von Untersuchungen über einzelne Gesetzesakte, eine Mischung von Materialsammlung und Raisonnement, aber auch in dieser — übrigens eine bequeme Benutzung gestattenden — Form sehr lehrreich und dankenswert, da überall gründliches Aktenstudium und eine breite Belesenheit in der Litteratur obwaltet. Die specifisch-historischen Abschnitte, wie z. B. die Bemerkungen zur Charakteristik der führenden Männer, sind interessant zu lesen wegen der geschickten und eindrucksvollen Zusammenstellung von Zeugnissen aus der

Litteratur, werden aber kritisch-historischen Ansprüchen nicht überall gerecht. Immerhin zeigen sie, daß der Verf. ein feines Gefühl für den Zusammenhang des Persönlich-Psychologischen mit dem sachlichen Gange der Gesetzgebung hat.

Das erste Buch des Werkes schildert die Organisation der Zünfte samt den Zunftmißbräuchen und ihre Bekämpfung im 18. Jahrhundert, hauptsächlich in Anlehnung an die alte kameralistische Litteratur, in breiter, anschaulicher Weise. Eine Benutzung der Aufsätze Schmollers über das brandenburgisch-preußische Innungswesen und die Gewerbepolitik überhaupt von 1640—1806 (B.-P. F. I.) hätte diesem Teil des Werkes wohl manche neuen und fruchtbaren Gesichtspunkte dargeboten.

In dem zweiten Buch untersucht der Verf. die gesamte einschlägige Gesetzgebung von 1806—1810 unter dem Gesichtspunkt der allmählichen Annäherung an den Grundsatz der Gewerbefreiheit; das dritte Buch behandelt dann den Ausbau des neuen gewerbepolizeilichen Systems und insonderheit die Genesis des Gesetzes vom 7. September 1811, alles in breiter Ausführlichkeit und stellenweise fast in Art einer Aktenpublikation, unter Einfügung allgemeiner historischer Zwischenbetrachtungen. Damit ist das eigentliche Hauptthema erschöpft. Im vierten Buche folgen noch einige Vor- und Rückblicke; die Gegenströmungen gegen die neue Gesetzgebung werden charakterisiert (wobei die schon 1894 von Berner in den Schriften des Vereins für Berliner Geschichte veröffentlichte Drackesche Denkschrift nochmals abgedruckt wird); die Verhältnisse bis 1840 hin und die auf eine modifizierte allgemeine Gesetzgebung gerichteten Bestrebungen werden namentlich an der Hand des Hoffmannschen Buches über die Befugnis zum Gewerbebetrieb verfolgt. Das Gesetz von 1845 und die weitere Entwicklung der Gewerbegesetzgebung hat der Verf. nicht mehr in den Kreis seiner Betrachtungen gezogen; nur auf das neueste Gesetz von 1897, das ja in gewissem Sinne als eine Wiederaufnahme der Bestrebungen der 40er Jahre betrachtet werden kann, wirft er zum Schluß noch einen Blick: er ist mit dessen Bestimmungen durchaus einverstanden und erhofft auf deren Grundlage eine Konsolidation des Innungswesens, wobei er namentlich die idealen Aufgaben der gewerblichen Genossenschaften betont. O. H.

Heinrich Ulmann: Über die Memoiren des Fürsten Adam Czartoryski. Wissenschaftliche Beilage zum Vorlesungsverzeichnis der Universität Greifswald. Michaelis 1898. Greifswald 1898, Druck von J. Abel (48 S. 8⁰).

Mit großem Interesse wird man die sorgfältige Untersuchung Ulmanns über die Czartoryskischen Memoiren lesen. Eine Kritik dieser Arbeit zu schreiben ist aber beinahe unmöglich, da Ulmann sich ausdrücklich vorbehält, über denjenigen Teil der Memoiren, der als die eigentliche pièce de resistance zu betrachten ist, eine zweite eingehende Untersuchung zu veröffentlichen. „Ich werde“, sagt er, „an anderer Stelle in der Lage sein, die gegen Frankreich gerichtete, bald bestimmt den Krieg ins Auge fassende Politik des Ministers in der Zeit vor 1805 näher im einzelnen zu begründen“ (S. 25). Und S. 30: „die Geschichte des Gedankens „de forcer la main à la Prusse“ ist mit Gegenstand einer Arbeit, die ich über die Beziehungen Rußlands und Preußens seit der Thronbesteigung Alexanders I. bis 1806 unter der Feder habe.“ S. 34 aber heißt es: „eine Würdigung der gesamten Politik Alexanders ... die für einen anderen Ort vorbehalten bleiben muß.“ Wir können deshalb auf seine Kontroverse mit Lenz und Onken nicht eingehen und müssen auch sonst ausscheiden, was in den Rahmen der Grenzen fällt, die Ulmann sich reserviert hat. Damit scheidet freilich der Schluß des ersten Bandes (Kap. X—XIV) und fast der ganze zweite Band, der die Korrespondenz Czartoryskis enthält, aus. Immerhin bleibt noch viel Interessantes übrig. Ulmann formuliert das Ziel, das er sich bei Prüfung der Memoiren setzt, folgendermaßen: „Dürfen wir nun in



ihnen (den Memoiren) eine Art Schlüssel erkennen für die immer noch geheimnisvolle Herzensschrift des Selbstherrschers? Es fragt sich, ob Czartoryski der Mann gewesen ist, dieselbe bei der durch das Leben zeitig ausgebildeten Verstellungskunst Alexanders richtig zu entziffern. Ferner ob er gewillt gewesen ist, bei seinen Mitteilungen über seine und des Zaren politische Grundtendenzen und Pläne die ganze Wahrheit treu und zuverlässig, ohne Beschönigung und Selbstverherrlichung zu enthüllen. Unter diesen Gesichtspunkten möchte ich den Memoiren, die zwar mannigfach verwertet, aber noch kaum kritisch geprüft sind, eine schärfere Aufmerksamkeit zuwenden." An die so gefaßten Aufgaben der Ulmannschen Studien werden wir uns zu halten haben.

Ich schicke dabei voraus, daß Ulmann glücklicherweise irrt, wenn er sagt, daß Alexander I. „Aufzeichnungen biographischer Natur bekanntlich nicht hinterlassen habe". Solche Aufzeichnungen existieren in einer Reihe von Heften, die in der kaiserlichen Privatbibliothek im Original erhalten sind. Sie reichen bis 1812 und sind mit Bleistift, wie der Kaiser es liebte, geschrieben. Zugänglich aber sind sie bis heute nicht, und erst wenn wir sie kennen, wird es möglich sein, einen tieferen Blick in die Seele dieses wunderbar begabten, von Widersprüchen hin und hergezerrten, zugleich erhabenen und kleinlichen, hingebenden und verschlossenen Mannes zu werfen. Doch wir kehren zu Ulmanns Untersuchung zurück. Er beginnt mit einer kurzen Biographie Czartoryskis, bei der ich die Betonung der wichtigen Thatsache vermisse, daß Czartoryski durch seine Schwester mit der Kaiserin Maria Feodorowna verschwägert war. Marianne Czartoryska, nicht Maria, wie der Herausgeber der Memoiren, Mazade, sagt, war mit Ludwig Friedrich Alexander Herzog von Württemberg vermählt. Czartoryski erwähnt gelegentlich, Konstantin habe sie „ma tante" genannt. Diese verwandtschaftlichen Beziehungen sind aber unzweifelhaft, obgleich Fürst Adam ihrer nur später gedenkt, der erste und naheliegende Grund zu seiner Freundschaft mit Alexander gewesen. Ulmann wird sich freuen, in den jetzt im Istoritscheski Wjestnik erscheinenden Memoiren der Gräfin Golowin ein vorzügliches Kontrollmaterial für die Geschichte und den Verlauf dieser Freundschaft zu finden. Es ist dieselbe Gräfin Golowin, deren Czartoryski I S. 45 flüchtig gedenkt, ohne darauf hinzuweisen, welche wichtige Rolle sie, und welche wichtigere Rolle noch die Kaiserin Elisabeth, deren Herzensfreundin die Gräfin war, in seinem Leben gespielt hat. Ich kann hier nur andeuten, was mir aus anderen Quellen, namentlich aber aus der Korrespondenz des Kaisers Nikolaus mit dem Großfürsten Konstantin bekannt ist, daß nämlich über der Ehe Alexanders ein dunkles Geheimnis schwebt, und daß Fürst Adam Czartoryski in diesem Mysterium mitspielt. Wie viel er hier verschwiegen hat, geht aus den Golowinschen Memoiren klärlich hervor und wirft nachträglich ein Licht auf die Partieen der Czartoryskischen Darstellung, in denen von der Kaiserin Elisabeth die Rede ist. Die Beziehungen Alexanders zu Czartoryski aber lassen sich ohne Kenntnis dieser Dinge überhaupt nicht verstehen. Noch auf eine andere Lücke bei Ulmann muß hingewiesen werden. Das sind die Beziehungen Alexanders zu dem Grafen Michel Oginski (cf. dessen Memoires sur la Pologne et les Polonais 1788—1815. Paris 1826—27. 4 Bde.), die ein Gegenstück zu der Polenpolitik darstellen, die er mit Czartoryski führte. Daß Czartoryski dieser Dinge nicht gedenkt, ist aber um so auffallender, als er die Oginskischen Memoiren kannte. Gleich auffallend aber dürfte es erscheinen, daß er, dessen Portraitgallerie sonst so reich ist, nicht Maria Naryschkins, geborener Fürstin Czetwertinska, Erwähnung thut, obgleich gerade sie die polnische Sache bei Alexander am nachhaltigsten und wirksamsten vertrat. Schon hieraus ergiebt sich, daß Fürst Adam sehr viel mehr wußte als er mitzuteilen für gut fand, und daß er tendenziös schwieg, wo es ihm — gleichviel aus welchen Gründen — notwendig erschien. In den Memoiren erscheint Fürst Adam neben Alexander als der einzige Vertreter der polnischen Idee, in Wirklichkeit ist dies keineswegs der Fall gewesen.

Was Ulmann über die Abfassungszeit der Memoiren sagt, wird man ohne Widerspruch unterschreiben, und ebenso hat er zweifellos recht, wo er sachliche Irrtümer Czartoryskis aufzählt. Nur ließe sich die Liste erklecklich vermehren. Wenn z. B. Czartoryski I 273 von der ersten Gemahlin Pauls sagt, sie sei gestorben „regrettée de l'impératrice Catherine", so ist genau das Gegenteil richtig. Katherina hat niemanden so gefürchtet wie diese Schwiegertochter, die sich sehr ernstlich mit der Absicht trug, die von Rechts wegen Paul gebührende Krone der Schwiegermutter zu entreißen. Schon Kobeko, Der Cäsarewitsch Paul Petrowitsch (Berlin 1886, S. 98 ff.), hat darüber das Richtige festgestellt. Weit wichtiger ist nun aber die Frage, ob, wie Ulmann es Czartoryski aufs Wort glaubt, dieser wirklich keinen Ehrgeiz gehabt und keine leitende Stellung in Rußland ambiert hat. Ich bin der Meinung nicht und möchte, da zur Zeit intimere Quellen für das Jahr 1804 noch fehlen, auf die Rolle hinweisen, die Czartoryski 1815 spielte, da seine Absicht, Vicekönig zu werden, ohne allen Zweifel feststeht, und die Ernennungen von Zajaczek ihm eine bittere Enttäuschung war. Damals, als der Ehrgeiz Czartoryskis unverkennbar zu Tage trat, ist er gescheitert, eben weil Alexander den Ehrgeiz des „Freundes" erkannte und fürchtete. Czartoryskis ablehnende Haltung war, bei der eigentümlichen Natur Alexanders, das einzige Mittel, zu Macht und Stellung zu gelangen. Das wußte Czartoryski, der das Mißtrauen, das den Kern der Natur Alexanders bildete, sehr fein durchschaute, und danach hat er gehandelt, um ein ersehntes Ziel zu erreichen. Zwei große Schauspieler standen sich gegenüber; war Czartoryski zunächst der feinere, so hat sich später das Verhältnis in das Gegenteil verkehrt. Auch das vielberufene Memoire vom 5. April 1806 ist ein Musterstück berechneter psychologischer Behandlung des Zaren. Ulmann schätzt die Umsicht des „verschlagenen Ministers" sehr hoch, aber sie ist trotzdem noch weit größer gewesen, als er annimmt. Daß Czartoryski, wie Tatischtschew 1804 sagt, jemals „ein so guter Russe, wie man es nur sein kann", gewesen oder gar, wie er ein andermal sagt, Russe geworden sei, wird durch das ganze Leben des Fürsten widerlegt und zeigt nur, wie sehr auch die nächststehenden Personen sich über sein innerstes Wesen täuschten. Die „folie de la paix et de la justice" aber, die Czartoryski als Mittel für seine antipreußische, auf die Herstellung Polens zielende Politik benutzte, ist als schimmernder Untergrund für Alexander nicht erst von dem polnischen Staatsmann und seinen Genossen hergestellt worden, sondern war der von La Harpe übernommene Fond, den Alexander während der Dauer seiner Regierung niemals aufgegeben hat.

Für durchaus treffend halte ich dagegen die Ausführungen Ulmanns, die gegen Bernhardi die antifranzösische Politik Czartoryskis für echt erklären. Es gab für den polnischen Patrioten nur zwei Möglichkeiten, die zur Herstellung Polens führen konnten: mit Rußland gegen Frankreich oder mit Frankreich gegen Rußland. Die Kombination einer russisch-französischen Freundschaft war für die Polen allezeit, bis auf den heutigen Tag die hoffnungsloseste. So ist denn Czartoryski von 1801 bis 1807 russisch gewesen, von 1807 bis 1810 verstimmter Zuschauer der alliance Franco-Russe, danach französisch vor und während des russisch-französischen Krieges und wiederum russisch, als Napoleons Stern sank. Diese russische Haltung dauerte dann bis gegen die Mitte der zwanziger Jahre und bricht während der Revolution von 1830/31 endgültig zusammen, um nie mehr lebendig zu werden. Im Hotel Lambert galt die Parole Frankreich. Ich finde kein Anzeichen im ganzen Lauf der offiziellen wie der privaten politischen Thätigkeit Czartoryskis, daß er jemals andere als polnische Ziele verfolgt hätte; Rußland und später Frankreich sollten seine Werkzeuge sein, und wenn er dem Kaiser Alexander die Versicherung giebt, daß er nur das Beste Rußlands im Auge habe, so spricht er eben zum Kaiser von Rußland. Noch 1823 beschönigt er mit diesem Argument sein Verhalten als Kurator von Wilna: „je quitte ma place avec la conviction d'avoir servi votre Majesté de tous mes moyens avec un zèle sincère et bien dirigé" . . . . . Man braucht nur einen Blick in die Berichte und

in die Korrespondenz Nowosilzews zu werfen, der in Polen ein Polenfeind wurde, um sich von der berechneten Unwahrheit dieser Behauptung zu überzeugen. Doch das führt über die Ulmannsche Untersuchung hinaus. Ich bemerke nur noch zum Schluß, daß aller Wahrscheinlichkeit nach die „Memoiren", so wie sie uns vorliegen, aus gleichzeitigen Aufzeichnungen Czartoryskis entstanden sind, die ihm bei seinem Diktat vorlagen. Die oft überraschende, auch bei einem umfassenden Gedächtnis kaum zu erreichende Zuverlässigkeit bei Wiedergabe langer Gespräche, sowie die Sicherheit der Datierungen, weist darauf hin. Dazu kommt, daß uns im 2. Bande für die Jahre 1809 und 1810, gleichsam als Muster, derartige Aufzeichnungen von Gesprächen erhalten sind. Ich bewundere zumeist an den Memoiren die Porträtgallerie, die Czartoryski entworfen hat. In betreff Alexanders ist die Zeichnung bei aller Feinheit doch nur halb wahr. Auch Fürst Adam hat das Rätsel dieser Sphinx nicht gelöst.

Theodor Schiemann.

Friederich Pieth: Die Mission Justus von Gruners in der Schweiz 1816—1819. (Nach seinen Berichten im Kgl. Preuß. Geheimen Staatsarchiv in Berlin.) Chur, Hitz; Berlin, Skopnik (192, III S. 8°; 2,50 Mk.).

Vorliegendes Werk beruht so gut wie ausschließlich auf den Gesandtschaftsberichten Gruners; nur ganz gelegentlich ist andere Litteratur herangezogen worden. Gruner war vom 1. April 1816 bis kurz vor seinem am 8. Februar 1820 erfolgten Tod als preußischer Gesandter in der Schweiz thätig; seine sehr ausführlichen, von guter Beobachtungsgabe und Auffassungskraft Zeugnis ablegenden Berichte beschränken sich nicht auf die eigentlich politischen Dinge, sondern geben auch eingehende Schilderungen der inneren Angelegenheiten der Schweiz. Pieth bietet uns den wesentlichen Inhalt dieser Berichte, nach sachlichen Gesichtspunkten gruppiert, wobei er in reichem Maße auch Gruner selbst zu Worte kommen läßt. Wieweit diese aktenmäßigen Mitteilungen eine Bereicherung unserer Kenntnisse über die damaligen Zustände der Schweiz darstellen, und wieweit es möglich gewesen wäre, Gruners Angaben aus anderen Quellen zu ergänzen und zu prüfen, das zu beurteilen fühle ich mich nicht kompetent. Für die preußische Politik, auf die es dem Leserkreis dieser Zeitschrift allein ankommt, fällt aus Pieths Werk kaum etwas ab. Zu erwähnen wäre etwa der freilich mehr von Rußland als von Preußen veranlaßte Eintritt der Schweiz in die Heilige Allianz, die Einmischung Preußens zu Gunsten der Schweiz in deren finanziellen und territorialen Händeln mit Baden, die preußische Anerkennung der schweizer Ansprüche auf das jener von Frankreich bestrittene Dappenthal; endlich sei noch angeführt, daß Gruner dem Zustandekommen eines Handelsvertrags zwischen Frankreich und der Schweiz mit Erfolg entgegenarbeitete. Den Bemühungen Gruners, den preußischen Einfluß in der Schweiz zu steigern, die Beziehungen zwischen Preußen und der Schweiz freundschaftlicher und intimer zu gestalten, steht man in Berlin sehr kühl gegenüber: man ist zufrieden, wenn sich die Schweiz nicht direkt in die Arme Österreichs oder Frankreichs wirft; selbst einen maßgebenden Einfluß dort auszuüben ist man nicht gewillt, wünscht nicht den Glauben zu erwecken, daß Preußen der hauptsächlichste Alliierte oder ausschließliche Protektor der Schweiz sei.

Walther Schultze.

A. Ritter von Arneth: Johann Freiherr von Wessenberg. Ein österreichischer Staatsmann des neunzehnten Jahrhunderts. 2 Bände, XIII, 292 und 337 S. Wien 1898, W. Braumüller.

Schon vor diesem seinem letzten Werk hatte Alfred von Arneth von dem Lebenslauf Wessenbergs in der Allgemeinen Deutschen Biographie ein Bild entworfen, das sich zu obigem Buch verhält, wie die sorgfältige Skizze

zum Gemälde. Das war nicht anders zu erwarten, da der Skizze bereits die reichen Materialien zu gute gekommen waren, die Arneth aus dem Wiener Staatsarchiv sowie aus dem Besitz des Grafen von Meran u. s. w. zur Verfügung standen. Auch die Auffassung ist in beiden Arbeiten die gleiche überzeugt-wohlwollende. Und nicht unverdient — denn dieser Diplomat der Metternichschen Schule ist nicht ein bloßer Handlanger der Stabilitätskünstler gewesen, hat auch nicht etwa bloß in der Tasche eine Faust gemacht. Z. B. zeigt seine Wirksamkeit als zweiter österreichischer Bevollmächtigter auf der Londoner Konferenz von 1831—34, daß er sich nicht von engherzig-legitimistischen Gesichtspunkten ganz gefangen nehmen läßt, so daß er ob seiner Unabhängigkeit die dienstlich berechtigte Unzufriedenheit seines Meisters zu erfahren hat. Man kann auch kaum zweifeln, daß derselbe Gesichtspunkt die Ursache seiner wiederholten Kaltstellung gewesen ist. Aber trotz der Wärme des Geschichtsschreibers läßt sich auch nicht verkennen, daß dieser ehrlich dynastisch und deutsch gerichtete Großösterreicher nicht zu den hervorragenden Staatsmännern gerechnet werden kann. Es fehlt ihm die Kunst, die Dinge geduldig an sich herankommen zu lassen, er ist zu vielgeschäftig. Und dazu gebricht ihm nicht nur die Kraft, sondern oft genug auch die rechte Einsicht. Daß er als geistiger Vater der Bundesverfassung von 1814 auch in der Folge kein Verständnis für ihre Grundfehler gewonnen, sondern die offensichtige Mangelhaftigkeit nur dem üblen Gebrauch der schönen Gabe zugeschrieben hat, möchte menschlicherweise noch hingehen. Aber tieferen Einblick verstattet es, wie oft angesichts wichtigster Wendepunkte vorausschauende Klarheit des Urteils sich vermissen läßt. Nur zwei Fälle seien hervorgehoben: seine gleichzeitige und seine nachherige Beurteilung der österreichischen Schilderhebung von 1805 sowie sein unmittelbares und sein späteres Urteil über die Karlsbader Beschlüsse I 72 f. und II 83 ff. Beiläufig bemerkt scheint es mir nach den mitgeteilten Proben nicht sicher, daß Seite 85 der Sinn der Wessenbergschen Denkschrift der Auslegung Arneths entspricht. Weniger die Richtigkeit der Voraussetzungen der großen Höfe scheint die Denkschrift zu bezweifeln, als die Vollständigkeit ihrer Bekanntgebung: W. meint Wissen von umfassenderen revolutionären Umtrieben als das über die Attentate von 1819 bei den Regierungen voraussetzen zu dürfen. —

Übrigens kommt die Frucht dieser zum Buch erweiterten Darstellung Arneths fast mehr noch als Wessenberg der österreichischen Gesamtpolitik zu gute. Sie bringt wichtige Beiträge zur Geschichte des Kaisers Franz und Metternichs. Ich weise der Kürze halber nur auf das 1815 von Metternich dem Kaiser überreichte Programm mit der Perspektive einer zukünftigen habsburgischen Kaiserwürde über Deutschland hin (II 36). So dankbar man dem fast stets maßvollen (doch s. I S. 243) und kenntnisreichen Forscher auch gerade für diese Partien seines interessanten Werkes sein muß, so wird man sich doch nicht selten zum Widerspruch herausgefordert fühlen. So hinsichtlich der Darstellung der polnisch-sächsischen Frage auf dem Wiener Kongreß, wo mir z. B. die Sätze über die Polenpolitik des Zaren teilweis unverständlich sind (I 223). Was ferner in Wessenbergs Aufzeichnung von 1820 über den Widerstand der preußischen Regierung bei Begründung des Bundes gegen Beschlüsse per majora hingestellt ist (II 87), widerspricht schon dem, was I 279 aktenmäßig dargethan ist. Und weiter, der Biograph, der es I 277 als Gewaltmaßregel brandmarkt, wenn Preußen im Mai 1814 vorschlug, durch ein Ultimatum die übrigen Staaten zum Beitritt zu drängen, hätte von seinem Helden lernen können, der 1820 retrospektiv erklärt hat: „in dieser besten aller Welten ist es nur das Übergewicht, d. h. die Macht, welche die Einheit herbeiführen kann" (II 87). Die Benutzung der allgemeingeschichtlichen Litteratur scheint mir eine ungleiche, hie und da unzureichende, was vielleicht mit der biographischen Absicht zusammenhängt. Das führt zurück auf die Notwendigkeit zur Orientierung wenigstens hinzuweisen auf einige noch unerwähnte biographische Einzelheiten. Dazu möchte ich zählen die Berichte Wessen-

bergs als Gesandter in Kassel 1806 und Berlin 1809, sowie seine Unterredung mit Napoleon im März 1814 und endlich als Höhepunkt seine opfervolle Wirksamkeit als Ministerpräsident im Sommer und Herbst 1848. Ausgesprochenermaßen verdankt die Wissenschaft dem sympathischen Eindruck gerade des damaligen Auftretens die Errichtung dieses letzten litterarischen Denkmals durch die Hand des leider inzwischen uns entrissenen Verfassers.

H. Ulmann.

Fedor von Demelitsch: Metternich und seine Politik. Erster Band. Stuttgart 1898, Cottasche Buchhandlung Nachfolger (XVIII und 692 S.).

In den vier Büchern dieses starken Bandes folgt der Verfasser, der in zwei weiteren Bänden eine Fortsetzung bis 1830 verheißt, nach einem kurzen Rückblick auf das Jahr 1809 den Verflechtungen der durch Metternich geleiteten Politik der habsburgischen „Monarchie" bis Ende 1812. Die Grundlage für seine Arbeit hat er in den Beständen des österreichischen Haus-, Hof- und Staatsarchivs sowie denen des Kriegsarchivs und des Hof- und Kammerarchivs gefunden. In der Verwertung dieser bisher zum großen Teil ungehobenen Schätze ruht die bleibende Bedeutung des Ganzen.

Sicherlich ist der Plan, die Gesamtpolitik Metternichs, der bisher, wie sich nicht leugnen läßt, nicht immer Gerechtigkeit widerfahren ist, zur Darstellung zu bringen, ein anerkennenswerter. Aber in vorliegendem Buch ist der Wissenschaft nicht ein standard work geschenkt, wie sie dessen benötigt war, sondern nur eine Vorarbeit. Das Ganze ist wesentlich ein Resumé des diplomatischen Gedankenaustauschs zwischen der Centralstelle in Wien und ihren Agenten in Paris, Petersburg, London, Berlin, Kopenhagen, Stockholm, Konstantinopel u. s. w. Gewiß erblickt man so den österreichischen Staatsmann an der Arbeit auf allen in Betracht kommenden Stellen. Aber eine Geschichte der Metternichschen Politik ist nicht gegeben, so lange die verschiedenen Fäden nicht fester zusammengefaßt und vor allem so lange nicht die Neufunde des Verfassers durchgehend angepaßt sind an die sonstige Überlieferung der Zeitgeschichte. Es ist trotz gelegentlicher Berufung auf die Arbeiten von Vorgängern, wie Wertheimer, Beer, Oncken, Vandal, nicht zu verkennen, daß der Verfasser es nicht für erforderlich erachtet hat, die wissenschaftliche Litteratur gebührend auszubeuten. — Das ist der große Mangel, dem es zuzuschreiben ist, daß die hauptsächlichen Probleme trotz alles Hin- und Herredens unmittelbar nicht gerade sehr gefördert erscheinen. Es ist dem künftigen Benutzer überlassen, aus den sehr schätzenswerten Materialien die Ernte einzusammeln.

Unter diesen Umständen darf eine kurze Anzeige darauf verzichten, den vom Verfasser angelegten Maßstab des Urteils, der kein unbilliger zu sein scheint, im einzelnen nachzuprüfen. Dem Referenten würde dadurch die vom Verfasser versäumte Arbeit zugemutet sein.

Wichtig ist die Frage nach der Genauigkeit der Analysen, die definitiv nur von jemand beantwortet werden kann, der gleichfalls das Material durchmustert hat. Mir ist aufgefallen, daß gelegentlich die auffallendsten Angaben gesandtschaftlicher Depeschen, ja offenbare Versehen, ohne jeden Versuch der Prüfung oder Richtigstellung wiedergegeben werden. So das von Wessenberg im Herbst 1811 eingesandte Schreiben Napoleons nach Stockholm, in dem er sich als Kaiser des Kontinents bezeichnet und erklärt, daß er, sobald er 200 Linienschiffe besitze, den Engländern *den Krieg erklären werde* (S. 501). Außer in einer Denkschrift desselben Wessenberg von 1812 (Arneth, Wessenberg I 154) findet sich meines Wissens sonst keine Spur eines so wichtigen Briefs. Dem Verfasser ist auch die für Metternich wohl nicht unwichtige Thatsache entgangen, daß Metternichs Mitteilung an Stackelberg über einen Brief Gneisenaus aus Rußland an seinen König im Sommer 1812 sich mit den sonstigen Berichten des Generals aus dieser Zeitspanne nicht vereinigen läßt. Vgl. S. 603 und

Pertz, Gneisenau II 315, 332, sowie Historische Zeitschrift, Neue Folge 26, S. 482. Was Bignon und Oncken längst ermittelt haben über die österreichischerseits aufgefangenen Verhandlungen der Warschauer Regierung mit dem Czaren im Jahre 1812 hätte auf die Darstellung S. 611 Einfluß haben müssen. Wenn ferner in einer Depesche Zichys vom 3. Februar 1813 (S. 620 ff.) ausführlich berichtet ist über eine Unterredung Napoleons mit Krusemark, so führt das geradezu irre, da nirgends gesagt wird, daß Zichy von der erst jetzt in seinen Besitz gekommenen Relation Krusemarks vom 17. Dezember 1812 redet, die der Wissenschaft durch Duncker und Ranke längst zugänglich war. Wie soll man es verstehen, wenn gemäß einem Bericht Zichys vom August 1812 (S. 627) eine Rede Napoleons in Warschau in Berlin die Befürchtung hervorgerufen haben soll, der französische Kaiser wolle Preußen seiner polnischen Provinzen berauben! Nach der Analyse S. 485 müßte Zichy Kolberg zu den von französischen Truppen besetzten Festungen gerechnet haben. Auch Gedrucktes wird wohl flüchtig wiedergegeben. Graf Lieven hat nicht namens des Czaren im Oktober 1812 in Berlin weitgehende Vollmachten für York vorgeschlagen, weil ihm die nachdrücklichsten Operationen bevorstünden (S. 630), sondern weil ihm gegenüber die nachdrücklichsten Operationen bevorstünden (Oncken, Österreich und Preußen I 27).

Von kleineren Versehen seien erwähnt Herzog von Oranien (S. 12), Graf Hardenberg für den preußischen Minister (310 und öfters); Insel Morea (257). Von sinnstörenden Druckfehlern notiere ich S. 402 Z. 9 v. u. der preußische Staat statt der polnische Staat. H. Ulmann.

Aus dem Nachlaß von Karl Mathy. Briefe aus den Jahren 1846 bis 1848, mit Erläuterungen herausgegeben von Ludwig Mathy. Leipzig 1898, S. Hirzel (9 Mk.).

Der ganze litterarische Nachlaß Karl Mathys kam nach dem Tode seiner Wittwe in den Besitz der Kinder seines vor ihm gestorbenen Bruders, des Kaufmanns Heinrich Mathy, und dessen Sohn Ludwig, jetzt Gymnasialdirektor in Konstanz, hat es für seine Pflicht gehalten, einen Teil der Schriftstücke der Öffentlichkeit zu übergeben, nämlich den, der sich wesentlich auf das Jahr 1848 bezieht. Es ist über diesen Band von einer Seite ziemlich abschätzig geurteilt worden, da er genau besehen wenig Neues und Interessantes biete. Wir können dieser Ansicht doch nicht beitreten. Es ist ja wohl wahr, daß Gustav Freytag in seinem Buch „Karl Mathy" (vielleicht dem schönsten Buch, das er überhaupt geschrieben hat) das Wesentliche aus Mathys Papieren schon längst mitgeteilt, bezw. verwertet hat, und daß gerade über die wichtigsten Ereignisse, an denen sich Mathy beteiligte und die sich in Frankfurt und Karlsruhe abspielen, keine Briefe vorhanden sind, weil Mathy da mit seinen Freunden örtlich zusammen war und der ganze Verkehr von Person zu Person sich vollzog. Aber gleichwohl haben wir die mannigfachen Schreiben von und an Mathy, namentlich die Briefe an seine Frau, mit Vergnügen und Interesse gelesen und sind der Meinung, daß sie ein anschauliches Bild der Ereignisse vor uns entrollen und zahlreiche charakteristische Züge zur Erfassung Mathys und seiner Zeitgenossen liefern. Auch die wichtigen Artikel aus der „Deutschen Zeitung", die Stücke aus dem Tagebuch Dr. Ladenburgs u. dgl. hat man gern gedruckt vor sich. Der Herausgeber hat durch ein Verzeichnis der Briefsteller und ein Register über die in dem Bande vorkommenden Personen, wobei über diese kurze Notizen gegeben sind, die Brauchbarkeit des Buches erhöht; nur ist irreführend, daß Erzherzog Johann nicht unter „Johann", sondern erst unter „Reichsverweser" behandelt ist. Wir stehen nicht an, das Werk als eine willkommene Gabe zur Geschichte des Jahres 1848 — der letzte mitgeteilte Brief ist vom 30. Dezember — zu bezeichnen. Unter den Urteilen greifen wir nur zwei zur Probe heraus. S. 311 (26. Juni) heißt es: „Die Haltung Lichnowskys und Blums war fest, aber würdig, und nach keiner

Richtung verletzend. Nicht in gleicher Weise sprach Vogt aus Gießen, was auch nicht von ihm verlangt werden kann." S. 380 (7. Sept.): „Der Reichsverweser benimmt sich sehr ruhig und sehr verständig. Er hat eine gute Lebensschule durchgemacht und verliert den Kopf nicht."

G. Egelhaaf.

Fritz Hoenig: 1) Die Wahrheit über die Schlacht von Vionville-Mars la Tour auf dem linken Flügel. Mit 1 Übersichtskarte, 5 Plänen und 4 Skizzen (X und 159 S.; 5 Mk.). **2) Beiträge zur Schlacht von Vionville-Mars la Tour** (88 S.). Berlin 1899, Militär-Verlagsanstalt.

Das im vorigen Halbbande der „Forschungen" S. 311/312 erwähnte 25. Heft der „Kriegsgeschichtlichen Einzelschriften" hat die schon vordem viel erörterte Frage nach den Ursachen des Scheiterns des Angriffes der Brigade Wedell bei Mars la Tour in neuen Fluß gebracht, aus dessen Treiben wir die oben genannten Schriften Hoenigs hervorheben. Sie sind bestimmt, gegenüber der „Einzelschrift" Hoenigs Anschauungen und Ergebnisse über jene Katastrophe in der Hauptsache festzuhalten, wie er sie zuerst in seiner epochemachenden Schrift: „Zwei Brigaden" bereits 1882 niedergelegt hatte.

Die „Wahrheit" hat eine scharfe Entgegnung erfahren im Militär-Wochenblatte 1899 Nr. 41 u. 42 durch den Obersten von Bernhardi, sowie in einer „Erklärung" des Generals v. Voigts-Rhetz, des Generalstabschefs des III. Corps im Feldzuge, ebenda Nr. 37, und eben tritt auch der General von Scherff wiederum auf den Plan in einer Schrift: „Generalleutnant von Schwartzkoppen am 16. August 1870", München 1899 (Lindauer, 131 S.; 2,40 Mk.), in der der damalige Generalstabsoffizier seinen Divisionskommandeur gegen die Angriffe in der „Wahrheit" in Schutz nimmt. Die Antwort wird Hoenig wohl nicht schuldig bleiben, und so ist der Abschluß der Diskussion noch nicht abzusehen, bei der wir nur dringend wünschen wollen, daß die sehr bedauerlichen persönlichen Schärfen, die namentlich in den Hoenig feindlichen Schriften hervorgetreten sind, wieder vor dem allgemeinen Interesse der Kriegswissenschaft sich abstumpfen möchten.

Die Differenzen drehen sich im wesentlichen einmal um die strategische Frage, inwieweit das Generalkommando des X. Corps die Sachlage beim Feinde richtiger erkannt hatte, als das Oberkommando der II. Armee, wobei Hoenig namentlich dem Generalstabschef Caprivi das entscheidende Verdienst zuweist, durch die Fassung des Befehls für den 16. August das Eingreifen des X. Corps in die Schlacht ermöglicht und damit die Niederlage abgewendet zu haben. Zweitens um die taktische Frage, ob es die Schuld der Führung war, daß die Brigade Wedell statt auf die Flanke des Feindes, auf die Front eines sich entwickelnden Armeecorps stieß und damit dem Zusammenbruche überliefert ward. Wir dürfen hier, noch dazu im Rahmen einer kurzen Anzeige, mit unserm Urteile noch zurückhalten, wollen nur feststellen, daß thatsächlich das X. Corps am 16. August vollzählig das Schlachtfeld erreichte, und thatsächlich die Brigade Wedell so angesetzt war, daß in ihrer linken Flanke eine volle feindliche Brigade stand, während in ihre Front eine frische feindliche Division hineinbrach. Zugleich aber möchten wir betonen, daß die Aufgabe der Halbdivision Schwartzkoppen durch den Gang der Ereignisse strategisch zu einer der schwierigsten geworden war, und taktisch die Brigade Wedell ihre Aufgabe mit unübertrefflichem Heldenmute auf sich genommen hat. Bei diesem zweiten Punkte müssen wir noch ausdrücklich hervorheben, daß dem Heldenmute der Truppen grade Hoenigs Schriften das schönste Denkmal gesetzt haben, und daß es nicht zulässig ist, ihn hierin des Mangels an patriotischer Pietät zu zeihen — ein Kriterium, mit dem man auf dem Gebiete der Geschichtsschreibung überhaupt recht vorsichtig sein sollte. Herman Granier.

v. Blume, General der Infanterie z. D.: **Die Beschießung von Paris von 1870/71 und die Ursachen ihrer Verzögerung.** Berlin 1899, E. S. Mittler u. Sohn (82 S.).

Die vorliegende Schrift des verdienten Generals, der im Feldzuge als Generalstabsoffizier dem Großen Hauptquartiere angehörte, hat den Zweck, nachzuweisen, daß es lediglich militärische und technische Gründe und Schwierigkeiten waren, die die Beschießung von Paris in so unerwarteter Weise hinausgeschoben haben. Vielleicht ist diese Darlegung durch die „Tagebuchblätter“ von Moritz Busch mit veranlaßt worden, da aus ihnen, wie freilich auch sonst schon längst bekannt, Bismarcks Überzeugung neu hervortrat, unberechtigte Einflüsse hoher Damen, d. h. vor allem der Königin und der Kronprinzessin, hätten aus übel angewandter Humanität das militärisch Notwendige zu verzögern gewußt. Nun waren unzweifelhaft bei einem Teile der hierbei hauptsächlich in Frage kommenden Männer rein militärische Überlegungen in ausreichendem Maße vorhanden, die sie der Beschießung und damit ihren Vorbereitungen abgeneigt sein ließen. Dem gegenüber aber standen die nicht umzudeutenden Befehle des Königs — dem, wie Blume entgegengehalten werden muß, so weit ich sehe, noch kein „Schießer“ aus seiner Haltung in dieser Frage einen Vorwurf zu machen unternommen hat.

Was aber befohlen war, hätte auch mit Energie ausgeführt werden müssen, und grade Blume zeigt, daß und an welcher Stelle dies nicht geschah. Das aber war es, was Bismarck erbitterte und Roon krank machte, und sie darauf führen mußte, den hinter den Coulissen thatsächlich bohrenden Einflüssen eine Wirkung zuzuschreiben, die sie, ohne die Grundlage jener militärischen Beweggründe, für sich allein wohl nicht hätten erreichen können.

Bei den Darlegungen über den Unterschied zwischen „Bombardement“ und „Gewaltsamem Angriff“ möchte ich darauf hinweisen, daß für Bismarck und Roon es sich lediglich darum handelte, daß g e s c h o s s e n wurde, — wie und wo das geschah, das waren Erwägungen, die für sie in den Hintergrund traten. Aber die Stockung der Operationen, die auf der Unterschätzung der Widerstandskraft von Paris an maßgebender Stelle beruhte, war politisch nicht ohne Bedenken und militärisch unerwünscht, und diese Erkenntnis bei Bismarck und Roon war es, die die Gegensätze immer mehr verschärfte.

Wenn Blume mehrfach hervorhebt, Roon habe der endlich von Moltke selbst beantragten Neuaufstellung von Transportmitteln finanzielle Bedenken entgegengehalten, so bin ich überrascht, daß ihm in dem im Anhange wieder abgedruckten Schreiben Roons der sarkastische Ingrimm entgangen zu sein scheint, mit dem der alte Kämpe darauf hinweist, wie er bisher alle Mittel umsonst aufgewandt sähe, und ohne b e s t i m m t e Aussicht auf ihre Verwendung die neuen Aufwendungen nicht verantworten könne.

Will Blume das Gewicht der Ansicht von Bismarck und Roon damit entkräften, daß er jenen wegen zu geringer Beschäftigung für mißgestimmt, diesen aber für krank und kriegsmüde erklärt, so wird er hiermit kaum Glauben finden. Nie war Bismarck frischer, als in den ersten, für ihn politisch verhältnismäßig ruhigen Wochen, und von Sedan an hat es ihm an „Beschäftigung“ wahrlich nicht gefehlt; und bei Roon ist wohl Ursache und Wirkung verwechselt. Ist es wirklich noch nötig, als Beleg anzuführen, daß Roon u. a. am 4. Dezember 1870 schreibt: „Mit meiner Gesundheit geht es recht leidlich, seitdem ich wieder gut schlafe, was seit einigen Tagen, d. h. seitdem die Beschießungsfrage endlich einen meinen Intentionen entsprechenden Gang anzunehmen scheint, wieder der Fall ist.“

Herman Granier.

v. Pflugk-Harttung: Die Anfänge des Johanniter-Ordens in Deutschland, besonders in der Mark Brandenburg und in Mecklenburg. Berlin 1899, J. M. Spaeths Verlag (5 Mk.)

Ausgehend von Studien zur Geschichte der deutschen Johanniter, vornehmlich ihrer Haltung in den kirchlichen Kämpfen Kaiser Ludwigs des Bayern, hat sich Pflugk-Harttung in die Anfänge des märkischen Zweiges dieses Ordens vertieft und schildert nun in einem knappen, aber stoff- und inhaltreichen Buche die Entstehung und Entwicklung der brandenburgischen Balei. Es ist bei derartigen Untersuchungen natürlich viel Konstruktion, und es würde sich über die Bedeutung mancher Persönlichkeit, die er für einen Träger dieser Entwicklung hält, wie über manche andere Einzelheit rechten lassen. Im allgemeinen hat aber der Gang der Ereignisse, den er annimmt, viel Wahrscheinlichkeit für sich.

Später als in den romanischen Ländern hat sich innerhalb des die ganze Christenheit umfassenden Ordens für Deutschland ein besonderes Großpriorat ausgebildet. Es reichte über die deutschen Grenzen hinaus und umfaßte die Nachbarländer slawischer Nationalität im Osten. Diese slawischen Außenposten lösen sich indes ziemlich früh los und werden zu selbständigen Großprioraten. Der verbleibende Rest teilt sich in ein ober- und ein niederdeutsches Vicepriorat, von welchem letzteren sich allmählich, etwa um 1300, wiederum die nordöstlichen Bezirke, das deutsche Kolonialgebiet, abzweigen. Maßgebend für diese Trennung ist einerseits der große Machtzuwachs, den die Aufhebung des Templerordens den Johannitern gerade in diesen Landschaften bringt, ferner das Erstarken der dortigen Territorialstaaten, der Ehrgeiz und die Rivalität einiger hochstrebenden Komture und die Begünstigung ihrer centrifugalen Tendenzen durch Ludwig den Bayern, dessen eigentümliche Haltung und nahe Beziehungen zu diesen Kreisen wirksam beleuchtet werden. Aus gelegentlichen Aufträgen und Vertretungen des fernen deutschen Großpriors oder seines norddeutschen Statthalters, dann aber auch aus dem Bedürfnisse der einzelnen norddeutschen Komtureien, die hegemonischen Gelüste der mächtigsten ihrer Genossen, des altmärkischen Werben, durch eine in diesen Gegenden amtierende starke Gewalt im Zaume zu halten, erwächst ein selbstbewußtes Herrenmeistertum[1]) im Wendland und der Mark, dem Kaiser Ludwig die Reichsunmittelbarkeit verlieh. Seinen Stützpunkt findet es zunächst in den Rivalinnen Werbens, das infolge dieser Wandlungen rasch herabsinkt, den Komtureien Braunschweig und Nemerow. Indes auch diese Orte behaupten den Vorrang nicht. Das Herrenmeistertum erstrebt eine alle ihm untergebenen Komtureien überragende Stellung, vermeidet, schon weil es in Mecklenburg und Pommern nicht minder als in der Mark Geltung haben will, sich mit einer einzelnen zu identifizieren und siedelt — was Pfl. allerdings unerwähnt läßt — aus dem Umkreise der hadernden Komtureien an Elbe und Oker in ein eignes unabhängiges Besitztum im Südosten seines Gebietes über.

Bis hierher ungefähr führt Pflugk-Harttung seine wertvollen Untersuchungen. Er fügt der Schrift außer einigen Dokumenten einen ausführlichen Anhang über die Urkunden des Ordens und das in den verschiedensten Archiven über ihn zu findende Material bei und fordert dringend zu seiner Verwertung auf; er scheint also von diesem Arbeitsgebiete Abschied zu nehmen. Die interessantesten Partien in der Geschichte der Balei liegen übrigens erst in der späteren Zeit. An großen Momenten ist sie allerdings arm; zwei Punkte kennzeichnen sie: Das Großpriorat von Deutschland vermag sich mit der Neubildung vorerst nicht zu befreunden. Zwei Jahrhunderte währen seine Versuche, sich hier bei jeder Gelegenheit einzumischen und Einfluß zu üben; auch der Heimbacher Vertrag, zu dem es sich in den 80er Jahren des 14. Jahrhunderts herbeiließ, ändert dies nicht auf die Dauer. Ferner vermögen die Herrenmeister ihre Selbständigkeit weder gegen die Markgrafen noch gegen die minder mächtigen Nachbarfürsten zu behaupten und sinken zu zwar angesehenen, aber auch viel geplagten, belasteten Vasallen zahlreicher Herren herab.

---

1) Dieser Titel war früh in Deutschland zur Aufnahme gekommen.



Eigenartig gestaltet sich auch das Schicksal der Besitzungen des Ordens innerhalb der Mauern mächtiger Städte. Der Verf. schildert das Ergehen des Braunschweiger Hofes; bekannt sind auch die Irrungen zwischen den Johannitern und Berlin, ferner die widerwärtigen Zänkereien zwischen der Bürgerschaft von Werben und der dortigen Komturei. Pflugk-Harttung deutet diese Dinge an, ohne auf die Kontroverse zwischen Ledebur und Riedel hierüber zurückzukommen. Hinsichtlich der Streitfrage, ob es dort auch bürgerliche Komture gegeben habe, scheint er der bejahenden Meinung des letzteren beizupflichten.

Ein eigenes Kapitel beschäftigt sich mit den inneren, rechtlichen Zuständen, nützliche Seitenblicke auf die andern ritterlichen Orden fehlen nicht. Man vermißt einen Nachweis über die mehrfach gerühmte caritative Thätigkeit. Von den wirtschaftlichen Leistungen des Ordens wird oft, aber nur in ganz allgemeinen Ausdrücken gesprochen. Gar nichts erfahren wir über die Zusammensetzung der einzelnen Komtureien in Bezug auf die Herkunft ihrer Mitglieder; und doch sind die Beziehungen einzelner Geschlechter zu einzelnen Komtureien, die sie geradezu beherrschten, wie z. B. die Schlieben Lietzen, von erheblicher Bedeutung für die Geschichte des Ordens geworden. Ferner erführe man gern, wieso und wann eigentlich der Name brandenburgisch sich an diesen Zweig des Ordens heftete.

Von kleineren Versehen möge nur notiert werden, daß P.-H. den unglücklichen Sohn Kaiser Friedrichs II., Heinrich, der 1227 zu Gunsten des Ordens urkundet, irrtümlich Kaiser nennt.

Eine hübsche Beigabe des Buches ist eine gute Reproduktion des Grabsteins des bekannten deutschen Großpriors und Rats Ludwigs des Bayern, des Grafen Berthold von Henneberg, der auch in den brandenburgischen Verhältnissen eine große Rolle spielt. Das Bild gewährt auch manchen Fingerzeig bezüglich der Tracht des Ordens. Auffallen muß, daß der Verfasser, so oft er von den Besitzungen der Balei redet, seinen Blick immer nur auf den Winkel an der Elbe, auf Werben, Mirow und Nemerow, außerdem auf Goslar und Braunschweig richtet, das weite Besitztum im Stromgebiet der Oder, das bekannte Kernland des Ordens, ganz außer acht läßt. Und doch lag hier der wesentlichste Teil seines und des ehemals templerischen Eigentums, dem die Herrenmeister schon im 14. Jahrhundert ihre Hauptthätigkeit zuwandten und wohin sie ihre Residenz verlegt haben. Hier befanden sich die Grundlagen ihrer politischen Macht; auf diesen Landesteilen beruhte auch die leider verabsäumte Gelegenheit, durch rechtzeitige Verbindung mit dem bedrängten deutschen Orden den Geschicken des deutschen Ostens eine andere Wendung zu geben und dem vordringenden Polentum Halt zu gebieten. Die Johanniter haben sich dieser ihnen wiederholt nahe gelegten Aufgabe entzogen und sich aus Eifersucht gegen die Deutschherren freundlich zu den Polen gestellt. Sie haben ihre reichen, musterhaft verwalteten Besitzungen im Lande Sternberg, in der Neumark, im südlichen Pommern nur dazu benutzt, ein behagliches Wohlleben zu führen, über dessen Üppigkeit sich selbst im späten Mittelalter, dem doch prunkende Prälaten keine ungewohnte Erscheinung waren, Staunen erhob. Auch Begünstigung oder gar Beteiligung an mancher häßlichen Raubthat, was sich für einzelne Fälle nachweisen läßt, bilden ein dunkles Blatt in ihrer Geschichte, an dem indes ein Geschichtsschreiber, der nicht lediglich panegyrische Zwecke im Auge hat, nicht vorbeigehen dürfte.

Bedeutende Männer haben die märkischen Johanniter nicht hervorgebracht. In der langen Reihe ihrer Würdenträger findet sich höchst selten einmal ein namhafter Staatsmann oder ein bekannter Heerführer. Sie gleichem dem Durchschnitt des märkischen, pommerschen und mecklenburgischen Adels, aus dem sie hervorgehen und unter dem sie leben: sie sind in ihrer Mehrzahl nüchterne, tapfere, wirtschaftlich tüchtige Männer, aber von engem Gesichtskreise. Die paar begüterten Komture am Ende des Mittelalters, die gelehrten Studien Interesse entgegenbringen und sogar die Mäcene spielen, bestätigen als vielgepriesene Ausnahme nur die Regel.



Die Berührungen mit dem ruhmreichen Gesamtorden sind flüchtig und beschränken sich auf karge Geldzahlungen und die Abordnungen zu den Kapitelstagen. Von dem Schwunge, der den Orden auch in den Tagen des Scheiterns seiner Mission beseelt, zeigt sich hier nichts. Es scheint, als ob die Abzweigung einer besonderen märkischen Balei diese Kreise auch innerlich von der großen Gemeinschaft schied, zu der sie sich noch immer rechneten. Die brandenburgische Balei ist nichts als die bequeme Versorgungsstätte der jüngeren Söhne des Adels dieser Gebiete. Ihrer schlichten wirtschaftlichen Arbeit dankt die Mark und ihre Nachbarschaft mancherlei; es wäre aber eine große Übertreibung, wollte man ihr bescheidenes Wirken — wie Pflugk-Harttung durchblicken läßt — irgendwie in Parallele stellen mit der welthistorischen Thätigkeit des deutschen Ordens im Preußenlande.

Felix Priebatsch.

O. Wiedfeldt: Statistische Studien zur Entwicklungsgeschichte der Berliner Industrie von 1720 bis 1890. (Staats- u. socialwissenschaftliche Forschungen hrsgb. von G. Schmoller XVI, 2.) Leipzig 1898, Duncker & Humblot (XI u. 411 S.; 9,60 Mk.).

Für Berlin besitzen wir ein ausgezeichnetes gewerbestatistisches Material aus den beiden letzten Jahrhunderten, ohne daß doch bisher ein umfassender Versuch zu dessen wissenschaftlicher Verarbeitung gemacht worden wäre. In der vorliegenden Arbeit, die auf eine Anregung von Prof. Schmoller zurückgeht, ist diese Aufgabe mit Fleiß und Geschick gelöst worden, und die Resultate, die sich dabei ergeben haben, sind zum Teil recht interessant. Wir dürfen hier auf das verweisen, was Schmoller früher in einer Sitzung des Vereins f. Gesch. d. M. B. darüber ausgeführt hat (vgl. den Sitzungsbericht vom 14. April 1897 F. B.P.G. X, 376 f.) und beschränken uns im übrigen auf eine kurze Charakteristik des Werkes. — Es ist, wie der Titel sagt, eine statistische Studie: das Zahlenmaterial, seine kritische Sichtung und Durcharbeitung bildet den Kern der Arbeit; der Text dient hauptsächlich zur Erläuterung der Tabellen und zur Zusammenfassung der Resultate. Er zeigt durchweg eben so gute wirtschaftsgeschichtliche wie technische Kenntnisse des Verfassers, ohne die auch die Lösung der Aufgabe schwerlich hätte gelingen können. Die Methode zur Verwertung des gewerbestatistischen Materials wird in einem einleitenden Abschnitt über Geschichte und Kritik der Berliner Gewerbezählungen von 1720 bis 1890 erörtert; die statistische Erfaßbarkeit der Unterschiede zwischen Handwerk und Großbetrieb bildet den Gegenstand besonderer methodologischer Vorbemerkungen. Die Hauptmasse des Werkes besteht in der gruppenweis spezialisierten Betrachtung der einzelnen Industriezweige. Der Historiker wird dem Verfasser besonders dankbar sein für einen Abschnitt, der die Entwicklung der Berliner Industrie im allgemeinen behandelt, vom Ende des 30jährigen Krieges bis auf die Gegenwart. Der Haupteindruck, den man von der Lektüre dieses Abschnittes mitnimmt, ist die statistisch präzisierte Erkenntnis, daß die Berliner Industrie, in der sich die preußische überhaupt spiegelt, zwei Höhepunkte gehabt hat, einmal gegen Ende des vorigen Jahrhunderts, namentlich von 1801—1804; und dann in der Gegenwart. Erst in den letzten Jahrzehnten ist Berlin wieder in dem Maße Industriestadt (und wir können hinzufügen: Preußens Industriestaat) geworden, wie vor 1806. Die erste Blütezeit war mehr ein Erfolg des konsequent angewandten Systems merkantilistischer Wirtschaftspolitik, die zweite mehr eine von selbst reifende Frucht der Verkehrs- und Wirtschaftsverhältnisse, wie sie sich seit der Mitte des Jahrhunderts, namentlich auch unter dem Einfluß der großen politischen Ereignisse gestaltet haben. Man empfängt bei der Betrachtung dieses Entwicklungsganges den lebhaften Eindruck, daß im großen und ganzen industrieller Aufschwung und politische Macht eng unter einander zusammenhängen. In der neueren Zeit ist der erstere mehr eine ohne aktives Eingreifen des

Staates sich einstellende Folgeerscheinung des Wachstums der politischen Macht gewesen; im 18. Jahrhundert war die merkantilistische Wirtschafts- und Gewerbepolitik der in dem politischen Gesamtsystem jener Zeit begründete Versuch, die politisch-militärische Machtstellung Preußens, die durch seine großen Könige weit über die schmale Grundlage seiner natürlichen Machtmittel hinaus vorgeschoben worden war, durch eine beschleunigte Entwicklung der produktiven Kräfte und insonderheit der Industrie zu stützen und breiter zu fundieren. Mit dem Staate Friedrichs d. Gr. brach 1806 auch sein Industriesystem zusammen. Beide waren damals im Grunde noch etwas Künstliches, über die natürlichen Bedingungen hinaus durch einen starken und zähen Willen zur Macht zu abnormer Höhe Gesteigertes. Aber die moralischen Kräfte, die in diesem großartigen Versuch geweckt und erzogen worden sind, haben dann doch die politische wie die wirtschaftliche Entwicklung Preußens und Deutschlands in die Bahnen gelenkt, in denen sich die Gegenwart bewegt. O. H.

Beiträge zur Kulturgeschichte von Berlin. Festschrift zur Feier des fünfzigjährigen Bestehens der Korporation der Berliner Buchhändler (1. November 1898). Berlin 1898, Verlag der Korporation der Berliner Buchhändler (303 S.).

Aus dem bunten Inhalt der hübsch ausgestatteten Festschrift, die an ihrem Teile den Zusammenhang des Berliner Buchhandels mit dem geistigen Leben der Stadt aufweisen will, sei in diesen Blättern namentlich ein Aufsatz des Stadtbibliothekars Dr. Buchholtz genannt, der die städtischen wissenschaftlichen Bibliotheken der Reichshauptstadt behandelt. Wir erfahren daraus, daß die Magistratsbibliothek wohl die vollständigste Sammlung für die Geschichte und Landeskunde der Mark Brandenburg und Berlins enthält — wünschen wir daher, daß der schwebende Plan, die nicht für die Zwecke der Verwaltung nötigen Bestände aus der Magistratsbibliothek auszuscheiden und aus ihnen den Grundstock einer Stadtbibliothek zu bilden, recht bald verwirklicht werden möge! Von den Lehrerbibliotheken zeichnen sich zwei durch besonders wertvollen Besitz aus: die im Jahre 1714 begründete Bibliothek des Grauen Klosters mit ihrer großen Sammlung von Leichenpredigten des 17. und 18. Jahrhunderts und die Bücherei des Friedrichwerderschen Gymnasiums, die im Jahre 1753 aus dem Vermächtnis von Christoph Heinrich Buchholtz entstanden ist.

Ein Aufsatz von Dr. Brendicke über die Flugschriftenlitteratur des Jahres 1848 bringt für das in letzter Zeit mehrfach behandelte Thema nichts Neues bei. V. Loewe.

R. Armstedt: Geschichte der Königl. Haupt- und Residenzstadt Königsberg in Preußen. Mit 2 Stadtplänen, 2 Siegeltafeln und 32 Abbildungen. Stuttgart 1899, Hobbing u. Büchle (X S., 1 Bl., 354 S. 8°, 8 Mk.; geb. 9,50 Mk.). [A. u. d. Titel: Deutsches Land und Leben in Einzelschilderungen. Landschaftskunden und Städtegeschichten. II. Städtegeschichten.]

Eine ausführliche, den Anforderungen der heutigen Wissenschaft und der heutigen Leser, auch derjenigen eines weiteren Kreises, genügende „Geschichte“ der preußischen Hauptstadt Königsberg ist ohne alle Frage schon seit lange ein wirklich tiefgefühltes Bedürfnis gewesen. Selbst das Buch Baczkos aus dem Anfange dieses Jahrhunderts und die über zwei Menschenalter zurückliegenden Bücher Fabers waren doch weniger eine Geschichte als vielmehr nur eine Beschreibung der Stadt, und auch die von dem Verfasser des oben angeführten Buches zusammen mit Rich. Fischer bearbeitete Heimatkunde von Königsberg (1895) ist nichts wesentlich anderes und will kaum etwas anderes sein. Eine solche wirkliche Geschichte der Stadt kann nun

aber, wie natürlich jedes andere Geschichtswerk, entweder ganz und gar auf eigenen Quellen- und Aktenstudien des Verfassers beruhen, höchstens unter Heranziehung der für richtig erkannten Ergebnisse anderer, älterer und neuerer Forscher, oder sie will nur eine Zusammenstellung dieser Forschungsergebnisse Anderer sein, höchstens hier und da, mehr oder weniger ergänzt durch eigene Quellenstudien des Verfassers. Bei dem vorhandenen weitschichtigen und vielseitigen Material, dessen wissenschaftliche Durcharbeitung eine volle Lebensarbeit gewesen wäre, hat sich der Verfasser selbst die Beschränkung aufgelegt, nur ein Werk der zweiten Art, eine wissenschaftlich-populäre Darstellung der Stadtgeschichte zu geben und auch damit eine überaus dankenswerte Arbeit auf sich genommen. Daß der Verfasser dabei die vorhandene Litteratur, Bücher und kleinere Abhandlungen und Mitteilungen der verschiedensten Art, möglichst vollständig herangezogen und gewissenhaft ausgenutzt hat, kann der Kenner auf jeder Seite wahrnehmen, und ebenso sieht man, daß er für diesen oder jenen Punkt auch aus Urkunden und Akten Ergänzungen und Verbesserungen zu entnehmen gewußt hat. Daß aber der Verfasser nicht bloß mit Umsicht und Scharfsinn zu forschen versteht, sondern auch das nötige Geschick besitzt, den Stoff übersichtlich zu ordnen und ihm eine nicht unebene Darstellung zu geben, hat mancher öffentliche Vortrag und manche Abhandlung bewiesen; und doch, es muß mit Bedauern ausgesprochen werden, will das vorliegende Buch den Eindruck machen, als ob es viel schneller hätte fertig werden müssen, als zu seinem Gedeihen gut war, und zwar in dem sachlichen Inhalt wie in der äußeren Form. Mit solchen Bedenken gegen das Buch bin ich aber weit davon entfernt etwa gar sagen zu wollen, daß es in Anlage und Ausführung verfehlt, oder daß das Gebotene durchweg unzuverlässig wäre; ich meine eben nur, daß wie für die Jugend, so auch für das „Volk“ das Beste gerade gut genug ist. Bei der Darstellung der Geschichte einzelner Orte, sowie einzelner Personen, liegt für den Verfasser, zumal wenn er an größere Zeiträume kommt, wo jene keine besondere Rolle gespielt haben, wo die Blätter ihrer eigentlichen Geschichte selbst weiß geblieben sind, die Versuchung nur zu nahe, die Lücke durch unverhältnismäßiges Hereinziehen des Allgemeinen auszufüllen. Königsberg tritt aus dem stillen Dunkel einer kleinen Landstadt erst hervor, als volle zwei Jahrhunderte an ihm vorübergegangen sind, als es durch den unglücklichen dreizehnjährigen Krieg die Residenz der Hochmeister und die Hauptstadt des arg verstümmelten Ordensstaates wird, und auch darnach hat es doch immer nur für vorübergehende Zeiträume, meist für kürzere, die allgemeinen Blicke bald mehr, bald weniger auf sich zu lenken vermocht oder Gelegenheit gewonnen, sei es in der Politik oder in Litteratur und Wissenschaft oder durch seinen Handel. Wenn da der Verfasser, zumal auf den ersten 200 Seiten, in den ersten drei Kapiteln, also bis 1688, wie mich dünkt, aber leider der Raum verbietet hier zu erweisen, viel mehr als es nötig wäre, die allgemeine Entwicklung des Landes und seiner Verhältnisse eingehend schildert, so dürfte doch der Einwand, der gegen meine Ausstellung erhoben werden könnte, daß damit ja auch die inneren und äußeren Verhältnisse Königsbergs selbst zur Darstellung gekommen wären, nichts weniger als stichhaltig sein. Für den Rest, die letzten zwei Jahrhunderte (bis 1898), ist dieses Mißverhältnis besser vermieden. Hier zunächst einige Beispiele dafür, daß durch schärferes Zusehen, durch etwas größere Achtsamkeit so manches Versehen leicht hätte vermieden werden können. Das der Kirche zugewiesene Drittel des ganzen Ordensgebietes war den vier Bischöfen und ihren Kapiteln nicht bloß „mit aller Gerichtsbarkeit zugefallen“ (S. 10), sondern mit voller Landeshoheit. Als die Altstadt am 28. Februar 1286 ihr Stadtrecht urkundlich verbrieft erhielt, war dieses durchaus nicht eine Belohnung für die Treue während des Aufstandes (S. 22), sondern die Beurkundung ist hier, wie so häufig, erst geraume Zeit nach der thatsächlichen Begründung der Stadt geschehen, so daß auch die Einsetzung des Rates nicht erst (S. 24) in den zwei Wochen zwischen dem 28. Februar und dem

12. März 1286, sondern schon lange vorher vor sich gegangen war. „Danziger Keller" ist nicht die Bezeichnung für einen Teil der heutigen Kantstraße (S. 43), sondern es hat so eine ehemals dem hinteren Schloßportal gegenüber, in der Nähe des alten Schloß-Danzk gelegene, jetzt längst abgebrochene Restauration geheißen. Die (in der Regel) nächst höhere Instanz über den städtischen Schöffengerichten lag nach S. 53 beim Orden, nach S. 104 richtig beim Rate von Kulm, seit 1455 bei dem der Altstadt-Königsberg. Daß Winrich v. Kniprode das Armbrustschießen bei den Stadtbürgern eingeführt hätte (S. 64), ist ebenso eine unerwiesene Fabel, wie die immer wiederholte Erzählung, Hochmeister Konrad v. Jungingen hätte auf dem Sterbebette vor der Wahl seines eigenen Bruders zum Nachfolger gewarnt (S. 80). Im 13. und 14. Jahrhundert darf doch noch niemand von „Kolonialwaren" reden (S. 66), wie denn auch in der Vorlage für diese Stelle erst vom 16. Jahrhundert die Rede ist. Die Nachricht Grunaus von der Verteilung des Ordenslandes samt Polen und Littauen unter drei preußische Stapelorte hätte (S. 66) auch nicht einmal erwähnt werden dürfen, ebensowenig wie (S. 93) sein Gerede von einer Mauer des Schlosses, die (1454) „auf 300 Ellen Länge mit vier Türmen niedergebrochen" sei. S. 148 wird die Chronik des Balthasar Gans (von dem wohl hätte gesagt werden müssen, welche bedeutende Stellung er einnahm) richtig als vorhanden erwähnt, während es auf der folgenden Seite nur heißt, er hätte „die Absicht gehabt eine solche zu schreiben". „Der Groll Friedrichs des Großen gegen Ostpreußen und besonders gegen Königsberg" war nicht erst, wie es nach S. 242 scheinen könnte, seit dem siebenjährigen Kriege her vorhanden, als hätte man hier der russischen Herrschaft besser widerstehen können und müssen, diese Mißstimmung war doch schon, wie der Verfasser wohl weiß, viel älter, und der König hatte zudem ja selbst Preußen im Kriege aufgegeben. Holländer Baum wird nicht (S. 73) „noch heute das rechte Ufer des aus der Stadt heraustretenden Pregels genannt", sondern es war das, gleich wie am obern, östlichen Ende der Littauer Baum, am untern westlichen Ende eine aus gekoppelten starken Balken gebildete Vorrichtung, um den Schiffen während der Nacht (hauptsächlich aus Zollrücksichten) Eingang und Ausgang zu sperren. Die drei Fließstraßen (S. 329) haben ihren Namen nicht von verschiedenen Fließen, welche jede derselben durchzogen, sondern von dem einzigen „Fließ", das eine von ihnen durchzieht, und auf welches jene an einer und derselben Stelle münden. Doch genug der sachlichen Beispiele, die sich leicht vermehren ließen: man sieht, wie meine Ausstellung zu verstehen ist. Für sehr eilige Darstellung zeugt es andererseits auch, wenn S. 79 bereits von „dem Bunde" gesprochen wird, den Hochmeister Konrad v. Erlichshausen vergebens aufzulösen bemüht ist, während erst S. 84 die Schaffung des preußischen Bundes erzählt wird, wenn S. 155 gesagt wird, daß (1566) statt der „abhängigeren Präsidenten" wieder Bischöfe gewählt werden sollten, obgleich von jenen Vorstehern der Konsistorien vorher nichts berichtet ist u. dgl., oder wenn S. 75 ff. die Darstellung so wenig durchsichtig ist, weil die Thatsachen sehr stark durcheinander geworfen werden. Wenn S. 151 oben von einem Siege der „städtischen Gewalt" im Jahre 1566 gesprochen wird, so ist darin doch wohl nur ein Druckfehler (für ständische Gewalt) zu erkennen, ebenso wenn S. 164 zum Jahre 1576 Herzog Albrecht erwähnt, oder? wenn S. 228 unter König Friedrich Wilhelm I. noch von einem Herzogtum Preußen gesprochen wird. — Für meine weitere Behauptung, daß auch die äußere Form der Darstellung, also Stil und Ausdrucksweise, mehr, als gerade hier zu wünschen wäre, die letzte Feile vermissen ließe, wird man mir vielleicht gestatten, von einer Anführung beweisender Beispiele abzustehen: wir dürfen hoffen, daß von dem trotz dieser Ausstellungen sehr brauchbaren Werke bald eine neue Auflage nötig werden wird, und dann bin ich zu Nachweisen gern bereit. — Von sachlichen Punkten ferner, bei denen der Verfasser zu neuen Ergebnissen und Auffassungen gekommen ist, denen ich nicht zustimmen kann, möchte ich hier zwei zur Sprache bringen. Zu dem

Berge und der alten Heidenburg Twangste am rechten Pregelufer, auf welcher die Deutschordensritter ihre Burg Königsberg angelegt haben, kann man unmöglich, wie nach der gewöhnlichen Auffassung auch der Verfasser S. 6 meint, von Natangen, vom linken Ufer her gelangt sein, das machten die breiten sumpfigen Ufergelände und an dieser Stelle gerade die den Strom teilende und ganz und gar von tiefen Sumpfwiesen bedeckte Insel (der spätere Kneiphof) zur vollen Unmöglichkeit. Man kann nur an der Nordküste des Haffes, also weiter westlich von der Pregelmündung, an irgend einer Stelle, wo festeres Land bis an das Wasser reicht, gelandet und dann auf der Uferhöhe ostwärts in das Land hineingegangen sein; auf diesem Wege traf man auf mehrere Burgwälle, so auf die gewaltige Doppelanlage von Juditten (Park Louisenthal und Kirchenberg), aber sie lagen alle zu weit vom Flußufer ab, und erst jenes Twangste konnte den nötigen Anforderungen für eine dauernde Niederlassung entsprechen. Was dann weiter den ersten, den späteren Gesamtnamen Königsberg betrifft, so stimme ich dem Verfasser, der die Beziehung auf König Ottokar aufrecht erhalten will, vollkommen bei, nicht so aber seiner Herleitung für die Namen der beiden Neustädte Löbenicht und Kneiphof. Bei dem ersteren Namen kann ich durchaus nicht an ein Dorf glauben, welches noch 1322 oberhalb der altstädtischen Dom- und Kapitelsgebäude am Pregelufer, also südlich der Stadt Löbenicht gelegen haben soll, und vollends der Dorfname Lipa in der Urkunde von 1338 bezieht sich auf das weit oberhalb gelegene Dorf Liep — für Weiteres dürfte hier kein Raum sein. Der Name Kneiphof ferner ist sicher aus einem dem slavischen Ortsnamen Kniebau verwandten pruzischen Namen entstanden, sicher aber steckt darin nicht — diese Ableitung wäre wohl sprachlich unmöglich und für jene Zeit vollends zu künstlich — das hier und anderwärts oft gehörte „Kneipab“. — Dem mühevollen, verdienstlichen und dankenswerten Werke sollen meine Ausstellungen, die ich zum Beweise meines Urteils beibringen mußte, keinen ernstlichen Abbruch thun: sie werden sich leicht ausmerzen lassen. Sollte jemand finden, daß die äußere Entwicklung der Stadt etwas zu kurz gekommen wäre, so mag daran erinnert werden, daß die Eingangs erwähnte Heimatkunde von Königsberg eben diese Lücke ausfüllt. — Die Ausstattung des Buches in Druck und Abbildungen verdient alles Lob; nur von einem Komplex alter Gebäude habe ich mit Bedauern ein Bild vermißt — von der alten Albertina.

K. Lohmeyer.

Emil Hollack und Friedrich Tromnau: Geschichte des Schulwesens der Königlichen Haupt- und Residenzstadt Königsberg i. Pr. mit besonderer Berücksichtigung der niederen Schulen. Ein Beitrag zur Kulturgeschichte Altpreußens. Königsberg i. Preußen 1899, J. H. Bon (XIV u. 740 S. 8⁰; 20 Mk.).

Seine volle Würdigung kann dieses hochbedeutsame und wahrhaft gelungene Werk, eine Arbeit zweier Männer vom Fach, zweier in ihrer Amtsthätigkeit anerkannten Volksschullehrer, eine Festschrift zur Feier des 200jährigen Bestehens der Königsberger „Volksschulen, ehemaligen Armenschulen“, an dieser Stelle natürlich nicht finden. Da es aber ein hervorragendes Gebiet der Kulturgeschichte Altpreußens behandelt, diese hohe Aufgabe auch schon auf dem Titel zum Ausdruck bringt, so darf es andererseits hier auch nicht mit Stillschweigen übergangen, es soll den Lesern der Forschungen wenigstens ein Bild von seinem reichen Inhalt dargeboten werden, und dieses dürfte in gebotener Kürze wohl am besten dadurch geschehen, daß die Überschriften der 23 Kapitel des Buches hier wiedergegeben werden. Nachdem in der Einleitung (wohl aus der Feder des mit der älteren heimischen Geschichte und ihren Quellen recht sehr vertrauten E. Hollack) die vorreformatorische Zeit in Preußen mit ihren Ansätzen zum höheren und niederen Jugendunterricht zur Darstellung gebracht ist, folgen: die Schulen im Jahrhundert der Reformation; Schul-

leben und Schuleinrichtungen im 16. und 17. Jahrhundert; die kleinen lateinischen Kirchschulen (die polnisch-evangelische Schule und die Schule der Jesuiten, die evangelisch-lutherischen Schulen auf den Freiheiten); die deutsch-reformierte Schule bis zum Ausgange des 18. Jahrhunderts; die Winkelschulen (S. 171—209); der Anfang des Friedrichs-Kollegiums und der (mit ihm ursprünglich verbundenen) königlichen Armenschulen; die Armenschulen im 18. Jahrhundert; äußere und innere Verhältnisse der Armenschulen bis zu ihrer Umgestaltung im Jahre 1814 (S. 277—32?); die Lehrer bis zum Jahre 1810; Unterricht und Methode in den großen lateinischen Schulen bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts (S. 391 bis 421); das Schulwesen am Anfange des 19. Jahrhunderts; die große Schulreform von 1809—1814; die niederen Schulen von 1814—1828; die Gründung besonderer städtischen Armenschulen im Jahre 1828; die Armenschulen in der Zeit von 1828—1850; die Armenschulen (Volksschulen) von 1850 bis 1880; die Volksschulen von 1880—1898; die Bürgerschulen (vormals Elementarschulen) von 1828—1898; Mittelschulen, Fortbildungsschulen, Hülfsschulen; Besoldung der Lehrer (an Volksschulen und Bürgerschulen) im 19. Jahrhundert; die Schulaufsicht im 19. Jahrhundert; Lehrgegenstände moderner pädagogischen Richtung (Turnunterricht, Unterricht in weiblichen Handarbeiten, in Knaben-Handarbeit, in Hauswirtschaft für Mädchen); endlich Wohlfahrtseinrichtungen für die Schuljugend (Schulärzte, Jugendspielplätze, Ferienkolonien, Bespeisung armer Schulkinder, Baden und Schwimmen der Schulkinder, Schulbrausebäder). Man sieht: ein erstaunlich reicher, seinen Gegenstand voll erschöpfender Inhalt, den die Verfasser, soweit ein Laie es zu übersehen im stande ist, trefflich verarbeitet haben, selbst auf dem ihnen wohl etwas weniger geläufigen Gebiete der höheren Schulen. — Zum Schlusse werden 17 Beilagen mitgeteilt (S. 709—740), von der Landesordnung von 1526 („von erhaltung der schulen und derselben Vorsteher") ab bis zur Dienstanweisung für die Lehrer und Lehrerinnen an den Volks- und Bürgerschulen vom Juni 1898 und einer Übersicht über die Frequenz dieser Schulen 1880—1898. K. Lohmeyer.

A. Boetticher: Die Bau- und Kunstdenkmäler der Provinz Ostpreußen. Im Auftrage des Ostpreußischen Provinzial-Landtages dargestellt. Heft IX. Namens- und Ortsverzeichnis aufgestellt von v. Schimmelpfennig, Rechtsanwalt. Königsberg 1899, B. Teichert (99 S. 4°).

Diese sehr erwünschte und dankenswerte, aber auch im höchsten Maße mühsame Ergänzungsarbeit des Boetticherschen Monumentalwerkes hat doch sehr in ihrem Werte leiden müssen, da dem Verfasser die richtige Methode nicht ganz geläufig war und dadurch die Benutzung des Verzeichnisses sehr erschwert wird. Allein richtig wäre doch gewesen alle Stellen des Werkes, in denen ein Name vorkommt, zu vereinigen, und zwar unter der heute gebräuchlichen Form desselben, bei den abweichenden Formen aber nur „Nachweise" beizubringen. Wenn nun etwa für Littauen vier Namensformen (Litauen, Littauen, Lithauen, Litthauen) nachzusehen und so erst alle Stellen seiner Erwähnung zusammenzubringen sind, so wäre ja hier die Sache nicht gar so schlimm, weil diese Formen im Verzeichnis so gut wie unmittelbar aufeinander folgen. Wer will aber wissen, daß er z. B. das Schloß Lochstedt auch noch unter den weit abstehenden Formen Lauchstädt, Louchsted und Louchstedt zu suchen hat? oder gar Königsberg außer dieser Hauptform noch an nicht weniger als 27 Stellen? Daß diese Zerreißung der Stellen, an welchen eine Person oder ein Ort in dem weitschichtigen Werke erwähnt werden, zu den größesten Schwierigkeiten, selbst zu Fehlern führen muß, liegt doch wohl auf der Hand. — Eine neue Auflage wird diese Anordnung gründlich abthun müssen.

Dasselbe. Heft I. Das Samland, Heft II. Natangen, Heft III. Das Oberland. Zweite, durchgesehene und erweiterte Auflage. Königs-

berg 1898, B. Teichert (5 Bl. u. 170 S.; 4 Bl. u. 209 S.; 4 Bl. u. 135 S. 4°; 9 Mk.).

Schon die beträchtlich stärkere Seitenzahl, die bei den neuen Heften an je 15—30 mehr beträgt als bei der ersten Auflage, zeigt zur Genüge, daß wir es in der That mit einer stark „erweiterten" Auflage der ostpreußischen Baudenkmäler zu thun haben. Bei einer auch nur oberflächlichen Vergleichung bemerkt man sofort, daß der Verfasser es nicht bloß im Sinne gehabt hat, einen neuen Abdruck seines verdienten und allseitig anerkannten, darum auch so schnell vergriffenen Werkes zu veranstalten; vielmehr hat er sich ernstlich darum bemüht, wo nur immer, sei es von ihm selbst oder von anderen neue Entdeckungen gemacht, neue Aufklärungen zu Tage gefördert sind, alles Neue heranzuziehen. Um wenigstens einen Begriff von der Wichtigkeit einzelner Neuerungen zu geben, sei nur an die inzwischen aufgefundenen und herausgegebenen Zeichnungen von samländischen Ordensschlössern, welche der Baumeister John v. Collas (Anfang des 18. Jahrhunderts) hinterlassen hat, und an die umfangreichen mittelalterlichen Wandmalereien im Schlosse Lochstädt erinnert (die Phototypien der letzteren hätten doch viel deutlicher, klarer und heller ausfallen können und müssen). Auch von den hergebrachten Fabeleien und Faseleien aus dem Gebiete unserer Vorzeit, welche die erste Auflage so sehr verunziert haben, ist hier Vieles, freilich noch immer nicht genug, gestrichen. So kann man den Verfasser zu der bedeutenden Förderung seines schönen Werkes nur aufrichtig beglückwünschen. K. Lohmeyer.

Volkmer, Schulrat Dr.: **Geschichte der Stadt Habelschwerdt in der Grafschaft Glatz.** Mit einem Bilde von Habelschwerdt und einem lithographierten Stadtplan. Habelschwerdt 1897, Franke (3 Mk.).

Die Stadt Habelschwerdt, der natürliche Mittelpunkt des oberen Teiles der Grafschaft Glatz, giebt in ihrer äußeren Geschichte ein Spiegelbild der Geschicke dieses Grenz- und Übergangslandes zwischen Böhmen und Schlesien. Sie entsteht als reindeutsche Gründung in der Mitte des 13. Jahrhunderts, leidet in den Hussitenkämpfen und dem böhmischen Thronstreite, nimmt in der Reformationszeit erst wiedertäuferische und Schwenkfelder Lehren, dann seit 1560 das lutherische Bekenntnis an, wird aber in den Zeiten der „Seligmacher", 1629—1639, durch brutale Gewalt zur alten Kirche zurückgeführt. Die Verwüstungen des dreißigjährigen Krieges werden ziemlich schnell verschmerzt, so daß die Stadt 1684 für 21000 Gulden Landbesitz erwerben kann. In den schlesischen Kriegen wird Habelschwerdt bei den Kämpfen um Glatz in Mitleidenschaft gezogen, kommt 1760—63 ganz unter österreichische Herrschaft und wird von den im ganzen geringen Kriegsereignissen des bayrischen Erbfolgekrieges verhältnismäßig stark berührt. Die auch in Droysens Leben Yorks übergegangene Erzählung, daß bei dem Überfalle Habelschwerdts durch die Oesterreicher am 18. Januar 1779 Verrat mitgewirkt hätte, hält näherer Prüfung nicht Stand. Der ansprechenden Darstellung, welche der um die Glatzer Geschichtsforschung längst wohlverdiente Verfasser von dieser äußeren Geschichte Habelschwerdts entwirft, tritt die innere Entwicklung der Stadt in gleich anschaulicher Schilderung zur Seite. Statt des in Büchern dieser Art nur zu häufigen wirren Notizenwustes, finden wir hier das reiche Material gut gesichtet und das rechts-, wirtschafts- und kulturgeschichtlich Interessante meist ausreichend hervorgehoben. Das Streben des Verfassers, statt einer „bloßen Stadtchronik" wenigstens „die Grundlinien einer wirklichen Stadtgeschichte" zu liefern, hat gute Frucht getragen. H. Wendt.

Hugo Reinhold, Oberlehrer: **Die Hauptereignisse der Geschichte Bartensteins.** Bartenstein 1899 (27 S. 8°).



Dieses Schriftchen, das als Beilage zu einer Bartensteiner Lokalzeitung ausgegeben ist, enthält nichts weiter als einen sehr gedrängten Auszug aus der 1832 erschienenen Geschichte der Stadt von Pfarrer Behnisch. Wie die letzten zwei Menschenalter mit zwei kurzen Anmerkungen (auf S. 1 und am Ende) abgefunden sind, so fehlt auch jede Spur davon, daß die Kenntnis unserer früheren Geschichte seit dem Erscheinen der Vorlage irgend einen Fortschritt gemacht hätte. L.

G. Schmoller, M. Lenz, E. Marcks: Zu Bismarcks Gedächtnis. 1—3 Auflage. Leipzig 1899, Duncker u. Humblot (V u. 174 S.; 3,60 Mk.).

In vornehmer Ausstattung vereinigt dies Bändchen eine Reihe von Bismarck-Artikeln, die bisher an sehr verschiedenen Stellen zerstreut waren und die sich gegenseitig ergänzend und verschiedenstimmig zusammenklingend einen vollen Akkord zum Gedächtnis Bismarcks bilden. Den Grundstock bilden die Schmollerschen Artikel, die im vorigen Hefte dieser Zeitschrift zum Abdruck gelangt sind und denen der Verfasser ein paar Anmerkungen und ein namentlich für seine Auffassung der Entlassung Bismarcks bezeichnendes Vorwort zugefügt hat. Es schließen sich daran ein Kosmopolis-Artikel und eine Universitätsrede von Max Lenz, eine Trauer- und eine Gedächtnisrede von Erich Marcks und ein Artikel desselben Verfassers aus dem Hohenzollern-Jahrbuch. O. H.

Erich Marcks: Fürst Bismarcks Gedanken und Erinnerungen. Versuch einer kritischen Würdigung. Berlin 1899, Gebr. Paetel.

Max Lenz: Zur Kritik der „Gedanken und Erinnerungen" des Fürsten Bismarck. Berlin 1899, Gebr. Paetel.

Die beiden hübsch ausgestatteten Bändchen sind im wesentlichen ein Wiederabdruck der Rundschau-Artikel, über die wir bereits oben (S. 594 f.) ausführlich berichtet haben. Marcks hat noch manches hinzugefügt und verändert und namentlich auch zu den allerneuesten Erscheinungen Stellung genommen; in einem Vorwort giebt er selbst näher Rechenschaft darüber. Die Schrift tritt in der neuen Gestalt auch äußerlich in übersichtlicher Gliederung auf; ein ausführliches Inhaltsverzeichnis und ein umsichtig angelegtes Register erleichtern das Auffinden von Einzelheiten. — Die Schrift von Lenz ist im wesentlichen unverändert geblieben; nur eine Anmerkung, die die Möglichkeiten hinsichtlich der Audienz Bismarcks beim Prinzen von Preußen in der Krimkrieg-Angelegenheit näher erörtert, ist, wie in Voraussicht des Schiemannsches Angriffes, hinzugefügt worden. O. H.

C. Dewischeit: Der deutsche Orden in Preußen als Bauherr. Dissert. Königsberg 1899, Gräfe u. Unzer (78 S.; 2 Mk.). [S. Zeitschriftenschau S. 584.]

Herm. Ehrenberg: Die Kunst am Hofe der Herzöge von Preußen. (Mit 2 Heliograv., 10 Tafeln u. 51 Illustr. im Text.) Imp. 4°. Leipzig 1899, Giesecke und Devrient (VIII u. 287 S.; 27 Mk.).

Fr. Meine: Die vermittelnde Stellung Joachims II. von Brandenburg zu den politischen und religiösen Parteien seiner Zeit. Dissertation Lüneburg 1899, Herold u. Wahlstab (52 S.; 1 Mk.).

J. H. Gebauer: Kurbrandenburg und das Restitutionsedikt von 1629. Halle 1899, M. Niemeyer (VIII u. 255 S.; 7 Mk.). A. u. d. T.:

Hallesche Abhandlungen zur neueren Geschichte, herausgegeben von G. Droysen. Heft 38.

Ferd. Hirsch: Brandenburg und England 1674—1679. II. Teil. (Schluß). Progr. 4°. Berlin 1899, R. Gärtner (28 S.; 1 Mk.).

G. Bulard: Les traités de Saint-Germain, signés en 1679 entre l'électeur de Brandebourg et Louis XIV. Essai sur l'alliance étroite de Louis XIV et du Grand Électeur après la guerre de Hollande. Paris 1898, A. Picard et fils (160 S.).

R. Waddington: La guerre de sept ans I. Paris 1899, Firmin-Didot (III u. 753 S.; 7,50 Fr.).

S. Fitte: Religion und Politik vor und während des siebenjährigen Krieges. Progr. 4°. Berlin 1899, R. Gärtner (34 S.; 1 Mk.)

P. Wittichen: Die polnische Politik Preußens 1788—1790. Göttingen 1899, Vandenhoeck u. Ruprecht (VII u. 110 S.; 2,60 Mk.).

R. Trapp: Kriegführung und Diplomatie der Verbündeten vom 1. Februar bis 25. März 1814. Gießen 1899, A. Frees (178 S.; 2 Mk.).

K. Th. Heigel: Deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen bis zur Auflösung des alten Reichs. Bd. 1: Bis zum Feldzug in der Champagne (1786—1792). Stuttgart 1899, J. G. Cotta Nachf. (X u. 574 S.; 8 Mk.). [Bibliothek deutscher Geschichte.]

H. Ulmann: Russisch-preußische Politik unter Alexander I. und Friedrich Wilhelm III. bis 1806. Urkundlich dargestellt. Leipzig 1899. Duncker & Humblot (XII u. 318 S.; 7 Mk.).

W. v. Hassell: Geschichte des Königreichs Hannover. Unter Benutzung bisher unbekannter Aktenstücke. 2. Teil. 1. Abteil.: Von 1849 bis 1862. Leipzig 1899, M. Heinsius Nachfolger (IV, XVII u. 13 S.; 9 Mk.).

E. v. Meier: Hannoversche Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte 1680—1866. Band 2: Die Verwaltungsgeschichte. Leipzig 1899, Duncker u. Humblot (VIII u. 647 S.; 13,40 Mk.).

O. Pfleiderer: Zu Bismarcks Gedächtnis. Rede. Berlin 1899, G. Reimer (24 S.; 40 Pf.)

Ph. Zorn: Bismarck. Rede. Berlin 1899, C. Heymann (38 S.; 80 Pf.).

Magnus Biermer: Fürst Bismarck als Volkswirt. Gedenkrede. Greifswald 1899, J. Abel (43 S.; 1 Mk.),

Ch. Andler: Le Prince de Bismarck. Paris 1899, G. Bellais (X. u. 402 S.; 3,50 Fr.).

[illegible] Gedanken und Erinnerungen [illegible] Stuttgart [illegible] Cotta [illegible] VIII u. 227 S.; 4 Mk.).

[illegible] Zum 1. April [illegible] S. [illegible] Mk.

[illegible] Band 4. Stuttgart [illegible] Mk.

[illegible] im [illegible] 1898 [illegible] Berlin 1898, E. S. Mittler [illegible] Mk.

[illegible] Die [illegible] der ersten und zweiten deutschen [illegible] 1870 dargestellt [illegible] anderen Quellen. Mit 10 Karten, Skizzen [illegible] Mittler u. Sohn XIV u. 217 S.; 6 Mk.).

[illegible] Berlin 1899, E. S. [illegible] Mittler u. Sohn [illegible] S.

[illegible]: Das Leben des Generalfeldmarschalls Hermann [illegible] Stuttgart 1899. J. G. [illegible] Buchhandlung Nachfolger [illegible] S.).

Berichtigungen.

Bd. [illegible] S. [illegible] Z. [illegible] zu lesen:

Geh. [illegible] Dr. [illegible]

S. [illegible] Z. [illegible] f—g statt f—h.

S. [illegible] Nr. 46:

[illegible] Superintendent u. [illegible]

S. [illegible] Z. [illegible] statt [illegible].

S. [illegible] Z. [illegible] statt [illegible].

S. [illegible] Z. [illegible] statt [illegible].

Zugleich mag hier noch zur Ergänzung des Registers über die „Märkischen Forschungen“, Bd. X S. 454 1. Spalte, am Ende nachgetragen werden:

[illegible] V., über die „Erinnerungen“ des kgl. sächs. Staatsministers [illegible] 18, 292.

Derselbe (V.), über [illegible] „[illegible] am Bundestage“ 18, 306.

